

Mathias Rösch
Die Münchner NSDAP 1925–1933

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 63

R. Oldenbourg Verlag München 2002

Mathias Rösch

Die Münchner NSDAP 1925–1933

Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP
in der Weimarer Republik

R. Oldenbourg Verlag München 2002

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Rösch, Mathias:

Die Münchner NSDAP 1925–1933 : eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik / Mathias Rösch. – München : Oldenbourg, 2002

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 63)

Zugl.: München, Univ., Diss., 1998

ISBN 3-486-56670-9

© 2002 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: NSDAP-Sektion München-Schwabing beim Fahrradausflug nach Gars am Inn, 15.08.1925.

Quelle: BayHStA, Abt. V., Bildersammlung: NSDAP Ortsgruppe München-Schwabing, Nr. 1.

[Sitzgruppe im Garten; links von der Hakenkreuzfahne ist Hermann Esser und der Sektionsvorsitzende Ernst Woltereck erkennbar]

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56670-9

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	13
<i>I. Die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen in München 1925–1933</i>	27
1. Soziale und wirtschaftliche Strukturen	27
2. Gesellschaft und Politik	30
Der Antisemitismus (30) – Das rechtsgerichtete Verbandswesen (35) – Presse und Verlage (41) – Die Parteienlandschaft (43) – Die Hochschulen (48) – Die Kirchen (49)	
3. Polizei und Justiz	56
Die Verbotspraxis gegenüber der NSDAP (56) – Die tatsächliche Wirkung der Verbotspraxis (69)	
<i>II. Die Bedeutung Münchens innerhalb der NSDAP</i>	79
1. Gründungsmythos, Stätte des ersten Erfolges und „Hausmacht“ Hitlers	79
2. Ein Vergleich mit der NSDAP im Reich	85
3. Finanzielle Basis der Reichsleitung 1925–1927	91
4. Rekrutierungsbasis für Reichs- und Gauleitung	95
<i>III. Die Jahre der Stagnation 1925–1928</i>	101
1. Die Phase der Neuorganisation 1925/1926	101
2. Die Organisation	111
Grundstrukturen der Ortsgruppe (111) – Binnenstrukturen der Sektionen (121) – Die Entwicklung von SA und SS (122) – Die Entwicklung der übrigen Unterorganisationen (128)	
3. Ringen um die Durchsetzung – Propaganda und Vereinsleben ...	139
Die frühen Jahre 1925–1927 (139) – Krisen und Veränderungen 1927/1928 (157)	
4. Binnenkonflikte als Hindernis	184
Die Fronten des Jahres 1924 existieren weiterhin (184) – Machtkämpfe im Zusammenhang mit der Reichsleitung (186) – Machtkämpfe inner- halb der Sektionen (197) – Die Krisen des NSDStB (200) – Ursachen und Hintergründe der Konflikte (203)	

5. Mißerfolg und Erfolg der Partei 1925–1928	208
Partizipation der Basis: Besucherzahlen und Bereitschaft zu finanziellem Engagement (208) – Die Mitgliederfluktuation (213) – Erfolg unter den politischen Organisationen insbesondere der rechtsgerichteten Konkurrenz (223) – Die Wahlergebnisse (226)	
<i>IV. Der Aufstieg der NSDAP 1929–1933</i>	<i>231</i>
1. Die Parteireform 1929	231
2. Die Organisation	233
Die Binnenstruktur des Münchner Gaugebietes (233) – Die Binnenstruktur der Ortsgruppen (246) – Die Entwicklung der SA (247) – Die Entwicklung der übrigen Unterorganisationen (254)	
3. Ringen um die Durchsetzung – Propaganda und Vereinsleben ...	291
Das Vereinsleben reaktiviert sich (291) – Die Propaganda außerhalb der Wahlkämpfe (305) – Hoffnung auf den Durchbruch: Die Wahlkämpfe 1929 bis Juli 1932 (345) – Ratlosigkeit und Abwarten: Sommer 1932 bis Januar 1933 (364) – Die Reichstagswahl am 5. März 1933 (375)	
4. Konflikte und Aggressivität als Charakteristikum der Parteiarbeit	380
Innerparteiliche Konflikte (380) – Zunehmende Aggressivität gegen den weltanschaulichen Gegner (391)	
5. Mißerfolg und Erfolg der Partei 1929 bis März 1933	426
Partizipation der Basis: Besucherzahlen und Bereitschaft zu finanziellem Engagement (426) – Die Mitgliederfluktuation (430) – Der Erfolg an den Hochschulen (440) – Erfolg unter den politischen Organisationen insbesondere der rechtsgerichteten Konkurrenz (446) – Die Unterwanderung und Instrumentalisierung des Mittelstandes (450) – Die Wahlergebnisse (454)	
<i>V. Die Finanzierung der Parteiarbeit</i>	<i>461</i>
1. Sektionen und Ortsgruppen	461
Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren (461) – Sammlungen und Spenden (465) – Gewinne aus den Veranstaltungen (478) – Verkauf von Propagandamaterialien und sonstige Einnahmequellen (482)	
2. Die SA	485
Zuweisungen seitens der Parteiorganisation und der SA-Führung (485) – Die Eigeninitiative der SA-Verbände (494)	
3. Zusammenfassung	499
<i>VI. Die NSDAP im Münchner Stadtrat 1925–1933</i>	<i>511</i>
1. Die nationalsozialistischen Stadträte	511
2. Die Tätigkeit der Fraktion	515
3. Die Bedeutung der Mitarbeit im Stadtrat für die Münchner NSDAP	525

Zusammenfassung	529
Anhang	547
1. Wahlergebnisse	547
Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933 (548) – Wahlberechtigte, die bei den Reichstagswahlen 1924–1933 in München für die NSDAP stimmten (549) – Wahlverhalten der Wahlberechtigten bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932 (550) – Wahlverhalten in den Münchner Stimmkreisen bei den Landtagswahlen 1924–1932 (550) – Er- gebnisse der AStA-Wahlen an Universität und TH 1927–1933 (552)	
2. Soziographische Statistik der Parteikader	554
Münchner Parteifunktionäre in Reichsleitung, Gauleitung, OSAF und Gau-SAF (554) – Die Sektions- und Ortsgruppenführer des Gebietes München-Stadt (555)	
3. Die Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren der NSDAP 1925–1933	556
Verzeichnis der Tabellen und Graphiken	561
Abkürzungsverzeichnis	563
Quellen und Literatur	567
Personenregister	593

„Wenn heute der Nationalsozialismus triumphiert [...], dann werdet ihr, solange diese Herrschaft dauern wird, nicht mehr zur Wahl gehen, nicht mehr eure Meinung in die Waagschale werfen dürfen, dann wird man die letzten Reste eurer Freiheit und eurer Bürgerrechte zerschlagen und mit den brutalen Mitteln, die ihr kennt, euch zu dumpfem Gehorsam, zu schweigender Unterwerfung zwingen. Die deutsche Republik hat, wie Simpson, zu lange geschlafen, man hat ihr schon mehr als eine Locke weggeschnitten und ihr recht hübsche Fesseln angelegt.“

Der liberale Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Theodor Wolf, in seinem Leitartikel am Tag der Reichstagswahl, 31. 7. 1932.

Zitiert nach Steinbach/Tuchel, Widerstand in Deutschland, S. 27–31.

Vorwort

An dieser Stelle sei all jenen gedankt, die die Arbeit unterstützten und zu ihrer Fertigstellung beitrugen. Die Annahme als Dissertation durch die Philosophische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Wintersemester 1997/1998 beschloß einen langen, von vielen günstigen Umständen begleiteten Entstehungsprozeß. Hierzu zählt die Unterstützung durch das 1993 verliehene Forschungsstipendium der Landeshauptstadt München, für das ich der Stadt München besonderen Dank schulde. Hierzu zählen aber auch die zahlreichen Anregungen, der kritische Rat und die Ermunterung, die ich von vielen Seiten erhielt. An erster Stelle möchte ich meinem geschätzten Lehrer, Herrn Professor Dr. Walter Ziegler für die langjährige Begleitung herzlich danken. Mein Dank gilt auch Dr. Helmut Hanko, Dr. habil. Hartmut Mehringer sowie besonders Dr. Paul Hoser und Dr. Clemens Vollnhals, die die Arbeit in inspirierender Diskussion begleiteten. Für die Korrekturarbeiten danke ich meinem Schwesterherz Barbara, Moogi Vollhardt, meiner Freundin Margit und vor allem meiner Mutter. Großer Dank gilt generell meinen Eltern, die mir ermöglichten, die letzte Abfassung der Arbeit wunderbar versorgt und in Ruhe fertigstellen zu können. Herrn Dr. Hecker und den Archivkräften des Münchner Stadtarchivs, die geduldig die biographischen Recherchen unterstützten sowie Frau Wolf im Bundesarchiv, Abt. Berlin-Zehlendorf, die trotz des Umzuges der Abteilung nach Berlin-Lichterfelde die abschließenden Recherchen ermöglichte, sei an dieser Stelle ebenfalls gedankt. Unter den Archivaren möchte ich Herrn Dr. Krause (Hauptstaatsarchiv München), Herrn Dr. Klahr (Staatsarchiv Nürnberg), Herrn Dr. Schott (Staatsarchiv Würzburg), Frau Professor Dr. Laetitia Böhm (Universitätsarchiv München) und vor allen Dingen Herrn Dr. Weber (Staatsarchiv München) für die gute Beratung danken. Unter den Münchner Handwerkerinnungen, die mir den Zugang zu ihrem Archivgut ermöglichten, sei vor allem der Schneiderinnung und der Elektroinnung für ihr großes Engagement gedankt.

Abschließend gilt mein Dank dem Institut für Zeitgeschichte, das die Arbeit in die Reihe „Studien zur Zeitgeschichte“ aufnahm, als auch den Professoren Udo Wengst und Hartmut Mehringer sowie den Redaktionsmitarbeiterinnen Frau Dr. Weber und Frau Mörtl für ihre Anregungen bei der Überarbeitung des Manuskriptes.

München, im Januar 2002

Mathias Rösch

Einleitung

„Auf diesen Fehltritt der Bavaria brauchen sich die Münchener nichts einzubilden; fast drei Viertel der Münchener sind denn auch tatsächlich über diesen Familienzuwachs nichts weniger als erfreut und lehnen die Vaterschaft dankend ab.“¹ Mit diesen Worten attackierte die sozialdemokratische „Münchner Post“ im Frühjahr 1932 den NS-Slogan „Der Nationalsozialismus ist ein Münchner Kind!“. Dagegen polemisierte Lion Feuchtwanger in seinem 1930 veröffentlichten politischen Roman „Erfolg“: „Früher hatte die schöne behagliche Stadt die besten Köpfe des Reiches angezogen. Wie kam es, daß die jetzt fort waren, daß an ihrer Stelle alles, was faul und schlecht war im Reich und sich anderswo nicht halten konnte, magisch angezogen nach München flüchtete?“² Thomas Mann konstatierte, ebenfalls unter dem Eindruck der Verhältnisse vor dem „Hitlerputsch“: „München ist die Stadt Hitlers, des deutschen Faschistenführers, die Stadt des Hakenkreuzes.“³ Acht Jahre später sah er in der Stadt „einen Hort der Zuflucht“, in dem der Nationalsozialismus „zum Stillstand gekommen [sei] und zwar dank einer gesunden und menschlichen Skepsis der Bevölkerung, der ihrer Natur nach das Verstiegene und Extreme nicht liegt [...]“.⁴ Die zeitgenössischen Beobachter⁵ suchten immer wieder Ursachen und Ausmaß des nationalsozialistischen Erfolgs zu ergründen, ohne dabei jedoch eine schlüssige Antwort zu finden. Oskar Maria Graf beantwortete die Frage, wer eigentlich in München die Nationalsozialisten unterstütze, kurz und bündig: „Es gibt doch genug Rindviecher bei uns.“⁶ Die NSDAP selbst proklamierte eine enge Verbindung mit der Stadt. Prominente NS-Publikationen definierten nach der Machtergreifung den Nationalsozialismus als „neue Münchener Art“ und sahen „[...] wohl nirgends so gut die Voraussetzungen für die große deutsche Volksgemeinschaft gegeben wie in der Münchener Bevölkerung [...]“.⁷ Gauleiter Adolf Wagner behauptete kurzerhand: „Nationalsozialismus und München sind ewig unzertrennbare Begriffe geworden!“⁸

Gegenüber diesen aus der Reflexion der Jahre 1919–1923 geprägten Einschätzungen ist Skepsis angebracht. Zweifellos besaß München als Entstehungsort des Nationalsozialismus Hitlerscher Prägung durch die große Resonanz der NSDAP

¹ MP 97 (27. 4. 1932), „Aus der Art geschlagen“; die Post wandte sich damit gegen eine Äußerung Essers in der Münchner Zirkus-Krone-Versammlung am 23. 4. 1932, dem Tag vor der bayerischen Landtagswahl.

² Feuchtwanger, Erfolg, S. 32.

³ Mann im Juni 1923 in der New Yorker Zeitschrift „The Dial“: Zitiert nach Kolbe, Heller Zauber, S. 348.

⁴ Mann an Otto Groth, Schriftleiter der Frankfurter Zeitung vom 1. 11. 1931: Zitiert nach Gerstenberg, Burg, S. 42.

⁵ Vgl. auch Joseph Roth in seiner Erzählung über eine fiktive rechtsradikale Verschwörerzentrale in München: Ders., Das Spinnennetz.

⁶ Graf, Gelächter von außen, S. 511.

⁷ Zöberlein, Stadt der Bewegung, S. 30–32.

⁸ Hoffmann, Hauptstadt der Bewegung, S. 4.

in den Jahren bis 1923 und durch die räumliche Nähe zur Parteileitung erhebliche Bedeutung innerhalb der Gesamtpartei. Doch waren Arbeiterbewegung und BVP auch in der Zeit bis 1923 der NSDAP an Mitgliederstärke deutlich überlegen.⁹ Nach 1923 folgte die Entwicklung des Münchner Nationalsozialismus extremen Schwankungen zwischen kurzzeitigem ungebremsen Erfolg, Stagnation und erneutem, allerdings deutlich gebremstem Aufschwung. Bei den entscheidenden Reichstagswahlen 1932 und 1933 lagen die Münchner NSDAP-Ergebnisse weit unter dem Reichsdurchschnitt. Die Ursachen für ihren Aufstieg bis 1923 sind weitgehend bekannt. Doch was verhinderte den Durchbruch nach 1925? Lag dies ausschließlich an der für die Partei in der Weimarer Republik generell ungünstigen Dominanz des Katholizismus? Konnte die Anwesenheit der Reichsleitung bzw. Hitlers und später der Gauleitung dies nicht ausgleichen? Schließlich stellt sich auch für die Jahre ab 1925 die Frage, warum ausgerechnet in München, der gemüthlichen Residenzstadt Ludwigs I., zugleich Stadt des „Blauen Reiters“, des „Simplissimus“, in einer Stadt, deren Liberalität und Kulturleben um die Jahrhundertwende und im ersten Jahrzehnt danach weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus einen besonderen Ruf besaß, eine Organisation wie die NSDAP entstehen und zugleich so großen Anhang finden konnte.¹⁰ In welchem Ausmaß ließen sich die Münchner tatsächlich vom Nationalsozialismus ergreifen?

Daß es trotz der bedeutenden Stellung Münchens innerhalb der NSDAP und trotz der wachsenden Zahl von Publikationen über die Regionalentwicklung dieser Partei¹¹ noch keine zusammenhängende, detaillierte Untersuchung über den Aufstieg der NSDAP gibt, ist erstaunlich. Dies gilt um so mehr angesichts der überaus günstigen Quellenlage. Kritische und zugleich detaillierte¹² zeitgenössische Darstellungen sind nicht nachzuweisen. Die Münchner Stadtviertel-Historiographie ignorierte von 1945 bis Mitte/Ende der 1980er Jahre den Nationalsozialismus nahezu vollständig.¹³ Seitdem widmeten sich mit wachsendem Engagement vor allem lokale „Geschichtswerkstätten“, unter anderem in Neuhausen, Giesing und Pasing, diesem Phänomen und bezogen dabei auch die Weimarer

⁹ Vgl. Kapitel II. Friedrich Prinz sieht im München der zwanziger Jahre eine „breite Palette konservativer Strömungen“, die sich keineswegs gänzlich für den Nationalsozialismus einspannen ließen. Überdies scheiterte der „Hitlerputsch“ am Widerstand des „konservativen Establishment“: Prinz, Präludium, S. 45 f.

¹⁰ So auch Prinz, Präludium, S. 28.

¹¹ Zum Stand der Forschung bis Mitte der achtziger Jahre vgl. Grill, *Local and Regional Studies*, S. 253–293. Als aktuelle Standortbestimmung: Wirsching, *Nationalsozialismus in der Region*, S. 25–46.

¹² Ohne Bedeutung sind hier die zeitgenössischen, kurzen und an den Bedürfnissen der NS-Propaganda orientierten Darstellungen der Entwicklung des Nationalsozialismus in München, wie etwa der bereits genannte Beitrag von Zöberlein (*Stadt der Bewegung*) oder auch Hoffmann (*Hauptstadt der Bewegung*).

¹³ Von rund 50 gesichteten Publikationen, die die Geschichte der Münchner Stadtteile darstellen, behandeln nur sehr wenige den Nationalsozialismus, fast immer in Bezug auf das Dritte Reich und auch dann meist dürftig und auf knappstem Raum. Die NSDAP während der Weimarer Jahre erhält in der Regel keine Erwähnung. Vgl. die Ausnahmen: Knauer-Nothhaft/Kasberger, *Berg am Laim*. Wilhelm, *Nationalsozialismus im Münchner Osten*. Ders., *Haidhausen*. Brauer/Reinartz, *Milbertshofen*.

Jahre mit ein.¹⁴ Die wissenschaftliche Forschung hingegen befaßte sich bisher ebenfalls nur wenig mit der Münchner NSDAP im Zeitraum vor der Machtergreifung. Die auf breiter Quellenbasis angelegten Studien zur Entwicklung der NSDAP in Bayern vor 1933, allen voran die Arbeit von Geoffrey Pridham,¹⁵ widmen den Münchner Organisationsstrukturen bzw. deren Einbindung in die allgemeine Entwicklung nur wenige Zeilen.¹⁶ Allerdings betreffen die von Pridham geschilderten Rahmenbedingungen für die NSDAP-Entwicklung immer wieder auch München, sei es die staatliche Bekämpfung der Partei, die stimulierende Wirkung der Wirtschaftskrise oder die Ablehnung seitens des Katholizismus. Dies gilt auch für die Aktivitäten von Reichs- und Gauleitung, für Stagnation und späteren Aufstieg der bayerischen Partei, für die Neuorientierung der Propaganda ab 1927, für die taktische Modifikation des Antisemitismus ab 1930 und für die Parteikrise Ende 1932. Pridhams Argumente für den NS-Erfolg in Bayern, die Klammerwirkung des Führerprinzips, Professionalität und erfolgreiche Orientierung von Organisation und Propaganda sowie die Schwäche der staatlichen Gegenwehr, sind auch für München zu diskutieren. Dies gilt desgleichen für die von Pridham seinerseits modifizierten Thesen Dietrich Orlows, wie etwa die propagandistische Orientierungswende weg von der ausschließlichen Konzentration auf die städtische Arbeiterschaft hin zu Landwirtschaft, Mittelstand und Wehrverbänden.¹⁷ Doch selbst Orlows Pionierarbeit zur Entwicklung der NSDAP in der Weimarer Republik beleuchtet die Münchner Verhältnisse nur wenig.¹⁸ Das Gros der Publikationen, die sich in der einen oder anderen Form mit der Entwicklung in München befassen, diskutiert die Vorgänge um den „Hitlerputsch“ 1923 bzw. dessen Vorgeschichte, bietet jedoch keine genaue Analyse des Binnengefüges der Ortsgruppe.¹⁹ Erstaunlicherweise vermeidet dies auch die jüngst von David Clay

¹⁴ Vgl. insbesondere: Spuren. Beiträge zur Pasinger Geschichte. Guttman, Giesing. Zum Beispiel Neuhausen. Spuren jüdischen Lebens in Neuhausen. Vgl. auch Weyerer, Stadtrundgänge.

¹⁵ Pridham, *Hitler's Rise*. Vereinzelt gibt auch Wiesemann, *Vorgeschichte*, sowie Domröse, *NS-Staat*.

¹⁶ Pridham zur Entwicklung der Sektion Schwabing 1926, zur Münchner SA-Revolution 1927 und zu den Auseinandersetzungen um das Braune Haus im Juni 1931: Ders., *Hitler's Rise*, S. 62 f., 256 f.

¹⁷ Orlow, *Nazi Party*; hier insbesondere S. 87–91, 113 ff.

¹⁸ Vgl. die Bemerkungen zum innerparteilichen Ärger über den schnelleren Zugriff der Münchner auf Mitgliedsausweise 1925, zu den Schwabinger Mitgliedsbeiträgen 1927, zur Münchner „Vereinsmeierei“ 1926 und zur SA-Rebellion 1927: Orlow, *Nazi Party*, S. 79, 108, 116, 125.

¹⁹ Hier seien nur die wichtigsten Arbeiten genannt: Auerbach, *Regionale Wurzeln*. Ders., Trommler. Bocherding, *Münchner Zeitgeschichte*. Bonnin, *Le putsch de Hitler*. Broszat, *Machtergreifung*. Deuerlein, *Augenzeugenberichte*. Ders., *Hitlerputsch*. Ders., *Hitler*. Dornberg, *Hitlerputsch*. Douglas, *Early Ortsgruppen*. Ders., *Parent Cell*. Franz [Willing], *Hitlerbewegung*. Ders., *Krisenjahr*. Ders., *Birthplace*. Ders., *Putsch und Verbotzeit*. Franz Willing wurde wegen seiner einseitigen Quelleninterpretation in der vorliegenden Untersuchung eher zurückhaltend benutzt. Gordon, *Hitlerputsch*. Hofmann, *Hitlerputsch*. Horn, *Führerideologie*. Hoser, *Münchner Tagespresse*. Jäckel/Kuhn, *Hitler*. Longerich, *Braune Bataillone*. Manstein, *Mitglieder und Wähler*. Maser, *Frühgeschichte*. Orlow, *Nazi Party*. Phelps, *Drexler*. Ders., *Deutsche Arbeiterpartei*. Richardi, *Hintermänner*. Speckner, *Ordnungszelle*. Thoss, *Ludendorff-Kreis*. Tyrell, *Führer befehl*. Vogelsang, *Reichswehr*.

Large veröffentlichte Gesamtdarstellung zum Nationalsozialismus in München 1919–1945.²⁰ Diese Studie verzichtet für die Analyse der Jahre ab 1925 weitgehend auf die vorhandene Quellenbasis, bietet folglich keinen Erkenntnisgewinn, der über die bisherigen Skizzen der Forschung hinausginge, und verliert sich nicht selten in Spekulationen und falschen Behauptungen.²¹ Dagegen steht diese Thematik in der (unveröffentlichten) Magisterarbeit von Robert Motzet im Mittelpunkt.²² Motzet verwertet für seinen knappen ereignisgeschichtlichen Überblick über den Zeitraum 1925 bis zur Reichstagswahl im September 1930 zwangsläufig nur einen geringen Teil des vorhandenen Quellenmaterials²³ und gibt für die Jahre ab 1928 zunehmend weniger die münchenerische, sondern die reichsweite Parteienentwicklung wieder. Die Arbeit beschreibt eine Organisation, die nach kurzem Aufschwung 1925 bis 1927 in einer von internen Auseinandersetzungen und dem Desinteresse der Bevölkerung geprägten Stagnation verharrete. Dennoch lag sie in der Wählergunst bis 1930 stets über dem Reichsdurchschnitt und bot Hitler eine „bedingungslos ergebene Gefolgschaft“ bzw. eine gute Ausgangsbasis für dessen innerparteiliche Durchsetzung. Die Wende erfolgte demnach erst mit der Kommunalwahl und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929.²⁴

Daneben behandelt eine Reihe von meist kleineren Abhandlungen verschiedene Teilbereiche des Münchner Nationalsozialismus vor 1933,²⁵ insbesondere die Stadtratsarbeit,²⁶ die völkischen Frauenorganisationen²⁷ und die Sozialstruktur der Mitgliederschaft 1919–1923.²⁸ Letzterem Aspekt widmet sich derzeit für den Zeitraum 1925 bis 1929 ein deutsch-amerikanisches sozialstatistisches Forschungsprojekt unter Leitung der Professoren Anheier (Johns Hopkins University) und Neidhardt (TU Berlin).²⁹ Dieselben Autoren suchten jüngst für die Münchner NSDAP eine Effizienzsteigerung im Sinne vermehrter Versammlungs-

²⁰ Large, Aufstieg.

²¹ Um nur wenige Beispiele zu nennen: Die SA im Reich finanzierte sich keineswegs „größtenteils“ selbst. Der gegen die NSDAP gerichtete Umdenkungsprozeß der Regierung Held 1924 wird nicht genannt, dafür den Regierungsmaßnahmen gegen die Partei „rührende Harmlosigkeit“ bescheinigt und die Auswirkung des Uniformverbotes auf die SA als „kleines Ärgernis“ uminterpretiert. Das reichsweite SA/SS-Verbot wird gar nicht erwähnt: Ders., Aufstieg, S. 282–286. Vgl. dagegen Kapitel I. und VI. Die Behauptung, die Münchner NSDAP habe 1931 „über 20000“ Mitglieder besessen, ist nicht zu prüfen, da Large auf einen Fußnotenapparat verzichtet; sie findet jedoch in den Quellen keine Entsprechung: Ders., Aufstieg, S. 286.

²² Motzet, NSDAP.

²³ Im wesentlichen die Polizeiberichte über die Mitgliederversammlungen der Sektionen (StA, PDM 6733–6740), die Polizeilageberichte, die Halbmonatsberichte des Regierungspräsidenten von Oberbayern und die RKO-Berichte (vgl. Einleitung, Anm. 70, 71 und 72).

²⁴ Motzet, NSDAP, u. a. S. 117–119; allerdings dienen als Beleg für die Wende nur die Wahlergebnisse.

²⁵ Hier auch: Auerbach, Trommler, S. 67–91. Ders., Lehrjahre, S. 1–45. Mensing/Prinz, Irrlicht.

²⁶ Friebel, Kommunalpolitik. Hanko, Kommunalpolitik, S. 403–442.

²⁷ Knesebeck-Gohary, Völkische Frauenbewegungen, S. 146–165.

²⁸ Vgl. die kritische Zusammenfassung der Forschungsdiskussion bei Manstein, Mitglieder.

²⁹ Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 97–104.

aktivitäten und attraktiverer propagandistischer „Sinnkonstruktionen“ (framing) zu beweisen. Die Studie ist jedoch aufgrund ihrer methodischen Fehler nur schwer zu nützen.³⁰ Anlässlich der 1993 in München veranstalteten Ausstellung „Hauptstadt der Bewegung“ entstand ein Katalogband, der mit einer Reihe von Aufsätzen, darunter dem Vorbericht dieses Forschungsprojektes, erstmals das gesamte Themenspektrum der Entwicklung der Münchner NSDAP anschnitt.³¹ Einige Forschungsarbeiten zur allgemeinen Münchner bzw. bayerischen Geschichte widmeten sich nebenbei auch der Frühentwicklung des „Völkischen Beobachters“ und den Beziehungen zwischen Münchner Tagespresse und Nationalsozialismus,³² dem Vorgehen der Münchner Polizei gegen die NSDAP³³ oder der Münchner Wahlentwicklung der Jahre bis 1933.³⁴ Gerhard Widmanns Analyse

³⁰ Anheier/Neidhardt, *Konjunkturen*, S. 619–643. Die Argumentationskraft dieser knappen Studie reduziert sich durch ihre Datenbasis auf den Wert von Hypothesen bzw. Spekulationen. Die Autoren stützen sich nur auf die VB-Ankündigungen der stadtteilübergreifenden und der sektionsinternen Versammlungen in München, erfassen jedoch nicht die hiervon erheblich abweichende Gesamtzahl abgehaltener NS-Versammlungen in der Stadt bzw. die tatsächlichen Inhalte der Vorträge. Viele Versammlungen wurden nicht im VB angekündigt, wieder andere fanden trotz Ankündigung nie statt. Die Redeinhalte waren selten identisch mit den Titeln der Ankündigungen. Dennoch setzen Anheier und Neidhardt die VB-Ankündigungen letztendlich mit der nationalsozialistischen Veranstaltungsaktivität und Propaganda gleich und verzichten überdies auf eine Erklärung, wie verfahren wurde, wenn eine Veranstaltungsankündigung mehrere Vortragsthemen nannte. Zur Frage der „Themenkonjunkturen“ wertet die Studie nur die VB-Ankündigungen aus, die ausdrücklich einen Redner nennen. Doch gerade bei den Sektionsversammlungen unterließ es der VB häufig, wohl aus Platzgründen, den vorgesehenen Redner anzukündigen. In der Folge entsteht eine interpretative Schiefelage, die die an sich interessante Fragestellung der Studie wie auch ihre Ergebnisse entwertet. Um hier nur zwei Beispiele herauszugreifen: So schält sich aus der Statistik eine vermeintliche dreiphasige Aktivitätenskonjunktur heraus, der zufolge die Münchner NSDAP erst im Frühjahr 1929 ihre Versammlungszahl gesteigert hätte. Tatsächlich tat sie dies bereits ein Jahr früher (Vgl. Kapitel III). Für 1929 konstatiert die Studie, die Thematik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Verelendung“ habe bei den NS-Rednern mit einem Anteil von 14,5 % der Ankündigungen „relativ“ an Bedeutung verloren. Tatsächlich gewann dieses Thema gerade 1929 erheblich an Bedeutung. Diese Fehlinterpretationen wären vermieden worden, wenn die Autoren zusätzlich die Unterlagen von NSDAP und staatlichen Behörden verwendet hätten. Aufgrund der lückenhaften Datenbasis bleibt letztendlich auch die zentrale These der Studie, die durchaus plausibel erscheint, unbewiesen: Die Münchner NSDAP habe ab der „zweiten Phase“ ihre Propagandathemen „Elend und Not“ und „NSDAP als Chance für eine Veränderung“ erheblich konkretisiert und sich dadurch von einer bloß skandalisierenden Protestbewegung zu einer erfolgreichen Partei mit zukunftsträchtigem Problemlösungsanspruch und erheblich geschärftem Profil entwickelt. Diese These wird allerdings auch nicht im Rahmen der vorliegenden Dissertation diskutiert werden, da hier darauf verzichtet wird, die in München artikulierte NS-Ideologie bzw. Propagandathemen zu analysieren.

³¹ München – „Hauptstadt der Bewegung“. Vgl. hier insbesondere den knappen, jedoch ausgezeichneten Überblick: Vollnhals, *Aufstieg der NSDAP*, S. 157–165.

³² Hoser, *Tagespresse*.

³³ MacGee, *Political Police in Bavaria*. Faatz, *Staatsschutz*. Nachdem Faatz stellenweise auf MacGee aufbaut, jedoch weit über dessen Arbeit hinaus auch die Aktivitäten der Münchner Polizeidirektion in den Jahren 1925–1933 analysiert, greift die vorliegende Untersuchung vorwiegend auf die Studie von Faatz zurück.

³⁴ Widmann, *Wahlergebnisse*. Ders.: 35 Prozent für den „Völkischen Block“.

bestätigt den aus der Wahlforschung seit längerem bekannten tendenziellen Mißerfolg der Partei in katholisch-dominierten Großstädten ab 1930³⁵ und liefert wichtige soziostrukturelle Hintergründe. Eine wertvolle Basis für das vorliegende Forschungsvorhaben bietet auch die hervorragende Quellenedition des Instituts für Zeitgeschichte München „Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen“,³⁶ die sämtliche Auftritte Hitlers in der Stadt rekonstruiert und ausführlich kommentiert. Eine Reihe von Überblicksdarstellungen zur Geschichte Münchens³⁷ beleuchtet ebenfalls den Nationalsozialismus. Diese Veröffentlichungen, eher für ein breiteres Publikum und konzeptionell nicht als tiefergehende wissenschaftliche Analysen gedacht, verwandten kaum archivalische Quellen. Eine breit angelegte, auf intensiver Quellenrecherche basierende Studie über die Entwicklung der Partei in diesem gesamten Zeitraum fehlt bisher.

Einer solchen Untersuchung bieten sich, trotz des insgesamt fortgeschrittenen wissenschaftlichen Erkenntnisstands, verschiedene offene Forschungsfragen zu Entwicklung und Strukturen des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik. Während Themenkomplexe wie die Sozialstruktur der Mitglieder- und Wählerschaft³⁸ oder die Rolle der Großindustrie für den Erfolg der NSDAP³⁹ bereits weitgehend erschöpfend analysiert wurden, harren Fragen der Parteipropaganda, der Finanzierung oder des Antisemitismus nach wie vor der Erörterung. Zeitgründe, Quellenlage und Gesamtkonzeption bestimmten hierbei die Themenauswahl. Forschungsarbeiten zur lokalen bzw. regionalen Geschichte der NSDAP stehen stets in der Gefahr, entweder bei der Beobachtung der Mikroebene, dem begrenzten Raum einer Stadtorganisation, den Blick für den Gesamtzusammenhang zu verlieren oder sich sämtliche Fragenkomplexe zur NS-Forschung aufzuladen und dabei allen Überblick sowie die notwendige Straffheit einzubüßen.

Die vorliegende Arbeit steckt sich einen zeitlichen Rahmen von der Wiedergründung der NSDAP am 27. Februar 1925 bis zur Reichstagswahl am 5. März 1933. Dieser Zeitraum ist für die zentralen Fragestellungen entscheidend: Hier bieten sich, nicht zuletzt aufgrund der Wählervoten, weit mehr Möglichkeiten, den nationalsozialistischen Einfluß auszuloten. Überdies vollzogen sich die breite Entfaltung und der entscheidende Aufstieg der NSDAP in diesem Zeitraum. Für den Vergleich mit der Entwicklung 1919 bis 1925, die sich signifikant von den Folgejahren unterscheidet und im Grunde nach einer eigenen Studie verlangt, genügen die bislang von der Forschung entworfenen Skizzen. Auf eine zusätzliche Darstellung der „Machtergreifung“ wurde verzichtet, denn damit beginnt bereits eine neue Phase des Nationalsozialismus in München. Vier Tage nach dem 5. März

³⁵ Falter, Hitlers Wähler, S. 169–193. Als Forschungsüberblick: Rauh-Kühne, Katholisches Sozialmilieu, S. 218–224.

³⁶ Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925–Januar 1933 [künftig zitiert: HRS].

³⁷ Rudloff, Notjahre, S. 336–368. Wuermeling, München. Stözl, Zwanziger Jahre.

³⁸ Um nur einige der wichtigsten Arbeiten zu nennen: Hamilton, Who voted for Hitler? Childers, Nazi Voter. Kater, Nazi Party. Manstein, Mitglieder. Mühlberger, Hitlers Followers. Falter, Hitlers' Wähler. Als knapper Einblick in die Diskussion: Ders., Moderne Integrationspartei? S. 33.

³⁹ Die Diskussion dürfte durch die Publikation von Turner, Großindustrie, ein vorläufiges Ende gefunden haben.

1933 endete nicht nur die Weimarer Republik in Bayern, es endete auch der bis dahin noch funktionierende Rechtsstaat sowie die prägende Wirkung der Parteien, Verbände und auch der Kirchen. Die „Machtergreifung“ in München, d. h. der erzwungene Rücktritt des Oberbürgermeisters Karl Scharnagl am 20. März und die Amtsübernahme durch den Nationalsozialisten Karl Fiehler, kam im wesentlichen durch den Druck des kommissarischen Innenministers und Gauleiters Adolf Wagner zustande.⁴⁰ Die Münchner NSDAP war in die entscheidenden Vorgänge, abgesehen von der Präsenz ihrer SA-Verbände, im Grunde nicht involviert. Helmut Auerbach formulierte dies kurz und prägnant: Hitler eroberte 1933 München „von Berlin aus“.⁴¹

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach den Ursachen für die wechselvolle Entwicklung der Münchner NSDAP sowie nach den tatsächlichen Wurzeln des Nationalsozialismus in dieser Stadt. Warum fielen Handlungsspielraum und Fähigkeit der Nationalsozialisten zur Artikulation und Durchsetzung in den drei Entwicklungsphasen 1919–1923, 1925–1928 und 1929–1932 so unterschiedlich aus? Welchen Anteil hatte daran München und seine Bevölkerung? Daraus erwachsen drei Fragenkomplexe: An erster Stelle steht die Frage nach der inneren Funktionstüchtigkeit der NSDAP. Damit verknüpft ist zweitens das Bündel der äußeren Faktoren, die die Parteientwicklung beeinträchtigten bzw. förderten, und drittens die Frage nach dem tatsächlichen Erfolg. Die Funktionstüchtigkeit läßt sich konkret prüfen an der Struktur und Arbeitsweise der Binnenorganisation, an Ausmaß und Methoden der Propaganda, an Ausdehnung und Folgen der parteiinternen Konflikte, an der Effizienz des Finanzierungssystems und schließlich am Zusammenspiel dieser genannten Handlungsebenen im Wandel der politischen und wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen. Als Gradmesser des Erfolgs dienen der Zustrom an Mitgliedern und Wählern, die Einbindung dieser Klientel in die Partei sowie die Unterwanderung des rechtsgerichteten Verbandswesens und der Handwerkerinnungen.

Bei der Darstellung der Binnenorganisation werden aufgrund des komplexen Beziehungsgeflechts zwischen der Münchner Parteiorganisation einerseits und der NSDAP-Reichsleitung bzw. der Gauleitung München-Oberbayern (ab 1929) andererseits punktuell auch deren Strukturen erörtert. Nachdem der Münchner Stadtrat der Partei eine wichtige – Mitte der zwanziger Jahre oft die einzige – Profilierungsebene bot, wurden auch die dortigen Aktivitäten der NSDAP in die Untersuchung aufgenommen. Dagegen erübrigte sich eine gesonderte Darstellung im Falle der Landtagsfraktion, da keine entsprechenden Verbindungen bestanden.⁴² Der Schilderung der Propagandaaktivitäten wie auch des Vereinslebens als einem eigenständigen Teil der Parteipropaganda wird breiter Raum gewährt, denn Wirkungsweise und Existenz eines spezifisch nationalsozialistischen Milieus in der Weimarer Republik wurden in der Forschung bislang relativ selten disku-

⁴⁰ Vgl. u. a. Hanko, Machtübernahme, S. 196–201. Selig, Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung. Becker, Machtergreifung. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 254–283.

⁴¹ Auerbach, Trommler, S. 89.

⁴² Vgl. zu diesem Thema: Probst, NSDAP im bayerischen Landtag.

tiert,⁴³ sein Anteil am Parteierfolg ist nahezu unbekannt. Auch im Bereich der übrigen Propaganda ergeben sich verschiedene offene Fragen. Die grundlegende Untersuchung Gerhard Pauls zur Parteipropaganda der Weimarer Jahre prüft, von einem gelegentlichen Rückgriff auf die Regionalforschung abgesehen, häufig nur die Ebene der Reichspropagandaleitung (RPL) und der Korrespondenz mit den lokalen Gaupropagandazentralen aus der Sicht der RPL. Vor allem bei der Darstellung der Reichstagswahlkämpfe fehlt nahezu jeglicher Einblick, wie sich die RPL-Anweisungen vor Ort durchsetzten. Damit erfaßt die ebenso materialreiche wie hervorragende Forschungsarbeit Pauls nur ein Segment der nationalsozialistischen Propaganda.⁴⁴ Pauls zentrale These, die unter anderem auch bereits Broszat andeutete,⁴⁵ postuliert, daß die Organisationsstruktur und der Propagandaaufwand der NSDAP, außer in Großstädten, „bei bestimmten Wählerpopulationen“ nicht entscheidend für ihren Wahlerfolg gewesen seien – dafür habe oft bereits die Vermittlung eines „diffusen Image“ genügt. Dies führte letztendlich dazu, daß das Interesse des Autors nicht dem konkreten Propagandaaufwand, d. h. den eingesetzten Flugblättern oder Propagandamärschen galt, er jedoch auch nicht die Frage beantwortete, auf welche Weise die Wählerschaft dann auf die NSDAP aufmerksam werden konnte.⁴⁶ Wie hätte dieses „diffuse Image“ verbreitet werden können, wenn nicht mittels der überall verteilten Schriftmaterialien und der SA-Märsche? Diese Aktionen erforderten jedoch nicht unbedingt eine lokale Organisationsstruktur, sondern konnten auch von der benachbarten Großstadt aus durchgeführt werden. Die Münchner SA war während der Wahlkämpfe stets entsprechend eingesetzt, z. B. 1928 selbst im 90 km entfernten Traunstein.⁴⁷ Es gilt, die zweifellos vorhandene Abhängigkeit des nationalsozialistischen Erfolgs seit 1930, insbesondere bei der Mobilisierung der Nichtwähler, von der Präsenz der Propaganda zu konkretisieren. Dagegen widmet sich die vorliegende Studie, von einzelnen Fragen abgesehen, nicht dem bereits überzeugend unter anderem von Paul untersuchten⁴⁸ ideologischen oder visuell-psychologischen Gehalt der Parteipropaganda.

Detaillierte Erörterung erfährt auch das vielschichtige Phänomen der innerparteilichen Konflikte und Aggressionen, das Motzet zufolge schon Mitte der zwanziger Jahre kontraproduktive Wirkung entfaltete.⁴⁹ Skepsis erscheint angebracht,

⁴³ Vgl. u. a. von Saldern, *Sozialmilieus*, S. 20–52; Saldern diskutiert die Wirksamkeit einer nationalsozialistischen „Milieu-Zellbildung“ in Bezug auf die SA und ein „kleinbürgerlich geprägtes NS-Stadtteil- bzw. Kneipenmilieu“, bleibt allerdings (aufgrund der Forschungslage) sehr vage: Ebenda, S. 38f. Zur Subkultur der SA: Longerich, *Braune Bataillone*, S. 127–143.

⁴⁴ Paul, *Aufstand der Bilder*.

⁴⁵ Broszat sieht seit 1930 auch Interessengruppen zur NSDAP übertreten, die „häufig nur noch durch sehr allgemein gehaltene propagandistische Formel-Kompromisse, durch eine vage Emotionalisierung“ gebunden und integriert werden konnten: Ders., *Struktur*, S. 60f.

⁴⁶ Paul, *Aufstand der Bilder*, hier v. a. S. 83–113 und 262 (die Reichstagswahlkämpfe 1928–1933); Paul behandelt den Einsatz von Flugblättern nicht: Ebenda, S. 149–157.

⁴⁷ Vgl. Kapitel IV.

⁴⁸ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 213–252.

⁴⁹ Motzet, *NSDAP*, u. a. S. 54–59; allerdings erörtert Motzet nicht, inwiefern die Konflikte die Ortsgruppe konkret belasteten.

ob das Parteischiedsgericht die Auseinandersetzungen dämpfen konnte, ob diese Konflikte die innerparteiliche Stellung Hitlers durch seine Rolle als Schlichter stärkten und ihm somit eher förderlich waren.⁵⁰ Die nationalsozialistischen Aggressionen gegen den politischen Gegner, insbesondere seitens der SA, erfuhren in der Forschung rege Beachtung. Die Funktion dieser Gewalt als demonstrativer und symbolischer „Kampf gegen den Marxismus“, der der Partei in den Augen des konservativen Bürgertums Ansehen verschaffen sollte, ist bekannt.⁵¹ Es bleibt zu fragen, welchen Spielraum die Gewalt in München erhielt und in welchen Formen sie sich äußerte. Hierbei gilt es auch, die verbale Gewalt, insbesondere den verbalen Antisemitismus, als integralen Bestandteil der NS-Propaganda zu erörtern. Jede Einschränkung dieser Artikulationsformen, die für die Identifikation der Partei und als massenpsychologisches Stimulans⁵² unabdingbar waren, mußte Folgen haben. Bezüglich des Antisemitismus steht jedoch nicht die ideologische Argumentation, sondern nur Frequenz und Aggressionsgehalt entsprechender Äußerungen zur Erörterung. Auch wenn sich aus dem Verhalten einer Lokalorganisation nur eingeschränkt allgemein gültige Thesen herleiten lassen, können diese einen Beitrag zur Forschungsdiskussion⁵³ um Ausmaß, Formen und Absichten des nationalsozialistischen Antisemitismus liefern.

Der Fragenkomplex der NSDAP-Finanzierung gleicht über weite Strecken einem unbeschriebenen Blatt. Zwar konnten die Arbeiten von Henry A. Turner, Horst Matzerath und Martin Vogt⁵⁴ – bislang die einzigen, die sich ausführlicher diesem Thema widmeten – die wichtigsten Grundstrukturen klären. Dabei kristallisierte sich die Selbstfinanzierung durch die Parteibasis als Mittelpunkt des Geldbeschaffungssystems heraus, während sich der entsprechende Anteil der Großindustrie als gering erwies. Die konkrete Funktionsweise dieses Systems, das Zusammenspiel zwischen Propaganda und Finanzierung und der tatsächliche Einfluß auf die Parteientwicklung blieben aber im Dunklen. Diesem Thema galt bereits die Magisterarbeit des Autors. Die vorliegende Untersuchung knüpft an deren Grundlinien an. Hierbei erscheint die Beschränkung auf die Jahre von 1925 bis zum Herbst 1932 und auf das in diesem Zeitraum im wesentlichen gleichbleibende Finanzierungssystem der Stadtteilorganisationen und der SA nach wie vor gerechtfertigt. Denn diese repräsentierten im eigentlichen Sinne die Münchner NSDAP und leisteten den größten Teil der Parteiaktivitäten. Die Finanzierung der Vielzahl nationalsozialistischer Unterorganisationen der dreißiger Jahre entwickelte sich nach ähnlichen Prinzipien. Die komplexen finanziellen Verbindungen zwischen Reichsregierung und NS-Wahlkampf im März 1933 waren hierfür unerheblich und wurden nicht untersucht.

⁵⁰ McKale, *Nazi Party Courts* (1974), u. a. S. 62.

⁵¹ Vgl. u. a. Merkl, *Gewaltanwendung*, S. 430. Bessel, *Violence as Propaganda*, S. 131–146. Longerich, *Braune Bataillone*, S. 116–126. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 133–142.

⁵² Paul, *Aufstand der Bilder*, u. a. S. 239–241.

⁵³ Zur Antisemitismusforschung für die Weimarer Republik: Heilbronner, *Antisemitismus*. Vgl. auch die überzeugende Studie von Dirk Walter, die u. a. den Münchner Antisemitismus bis 1923 analysiert: Ders., *Judenfeindschaft*.

⁵⁴ Vogt, *Finanzierung*, S. 234–243. Matzerath/Turner, *Selbstfinanzierung*, S. 59–92. Turner, *Großindustrie*.

Die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen waren ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der Partei in München. Deren Erörterung kann hier jedoch nicht in der eigentlich notwendigen Detailliertheit vorgenommen werden; dazu bedürfte es angesichts der dürftigen Forschungslage einer eigenständigen Studie. Insbesondere darf die Rolle des kulturpolitischen Milieus in der Stadt nicht unterschätzt werden.⁵⁵ Dies gilt speziell, wenn man etwa an die Ausstrahlungskraft der Kreise um Stefan George⁵⁶ oder Oswald Spengler⁵⁷ denkt. Seit den frühen zwanziger Jahren, seit 1930 verstärkt, engagierte sich der Nobelpreisträger Thomas Mann in bemerkenswerter und gewiß nicht wirkungsloser Weise gegen den Rechtsradikalismus.⁵⁸ Doch inwiefern sich dies konkret auf die Entwicklung der NSDAP auswirkte, wäre nur mit erheblichem Aufwand zu beantworten.⁵⁹ Aus demselben Grund können auch Ursachen und Wirkung der Mentalitäten in Gesellschaft und Behörden nicht im Detail analysiert werden.⁶⁰ Um eine Vorstellung davon zu erhalten, welcher „Spielraum“ sich der NSDAP in dieser Stadt bot, bzw. welche machtpolitische Bedeutung die Partei gewann, erscheint es ausreichend, nur die markantesten Hindernisse und fördernden Faktoren in knappen Linien zu umschreiben. Dazu gehört die Verbreitung des Antisemitismus, wobei hier die Fragestellung nicht den vielfältigen Triebfedern gilt und auch nicht zwischen religiösem Antijudaismus und dem rassistisch orientierten, „modernen“ Antisemitismus⁶¹ unterschieden wird. Dazu gehören auch die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Mitgliederstärke, Propaganda und Finanzierung der politischen Konkurrenten der NSDAP, sowie die Grundlinien des Verhaltens von Kirchen, Medien und Staat bzw. Polizei und Justiz gegenüber der NSDAP. Gerade die Wirkung der staatlichen Gegenwehr wird in vielen regionalgeschichtlichen Forschungspublikationen nur sehr zurückhaltend thematisiert.⁶²

Der Erfolg als Anhaltspunkt für die Funktionstüchtigkeit der Partei wird in vier Bereichen analysiert. Neben den Themengebieten Mitgliederzuwachs und

⁵⁵ Vgl. zu den verschiedenen in München aktiven Gruppen, vom Kreis um Paul Nikolaus Cossmann über die Gruppe um die Brüder Thomas und Heinrich Mann bis zum Riemerschmid-Kreis, den Überblick von Friedrich Prinz, der bereits die wesentlichen Fragestellungen aufwirft: Prinz, *Präludium*, S. 27–48. Vgl. auch: Müller-Funk, *Nährboden*, S. 49–66. Prinz, *Geistiges Leben*, S. 19–27. Sowie: Stölzl, *Zwanziger Jahre*, S. 607–655.

⁵⁶ Vgl. z. B. Wilhelm, *Dichter*, S. 9–35.

⁵⁷ Zu Spenglers rechtskonservativer Haltung, seinen gescheiterten Presselenkungsplänen und seinem weitreichenden Einfluß in München: Hoser, *Tagespresse*, S. 172–194 und 262–269. Zu Spenglers Beziehungen zu Gregor Straßer: Kissenkoetter, *Straßer*, S. 32. Vgl. auch Kocktanek, *Spengler. Prinz, Geistiges Leben*, S. 20f. Ders., *Fronten und Dialoge*, S. 211f. Felken, *Spengler*, S. 134–156.

⁵⁸ Kolbe, *Heller Zauber*, S. 326–402.

⁵⁹ Selbst ein Kenner des kulturellen Milieus im München der zwanziger Jahre wie Friedrich Prinz erachtet auf die Frage nach der Wirkung eine „klare Antwort“ als „kaum möglich“: Ders., *Präludium*, S. 45.

⁶⁰ So existiert etwa nur zur Mentalität der Münchner Beamten am Ende des Ersten Weltkrieges eine Studie: Kalmer, *Beamtenschaft*, S. 201–262.

⁶¹ Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus*, S. 145–155.

⁶² Eine interessante Ausnahme ist die Studie Hambrechts, *Aufstieg der NSDAP in Mittelfranken und Oberfranken*.

Wahlervoten wird auch die Partizipation an den Parteiaktivitäten untersucht, d. h. der Erfolg bei der Integration der Wähler und Anhänger. Aufgrund der dürftigen Quellenlage erwies sich eine Untersuchung der Auflösung und nationalsozialistischen Unterwanderung des bürgerlichen Vereinslebens, die mit ein Grund für die Erfolge der Partei ab 1930 waren,⁶³ als nicht realisierbar. Dafür gilt das Augenmerk der Unterwanderung des rechtsgerichteten Verbandswesens sowie der Handwerkerinnungen und der wichtigsten mittelständischen Dachverbände. Gelang es der NSDAP, die lokalen Proteste des im Wirtschaftsleben entscheidenden Münchner Handwerks während der Wirtschaftskrise zu instrumentalisieren und in ihre Kanäle zu lenken? Inwieweit schuf das rechtsgerichtete Verbandswesen günstige Voraussetzungen für die NSDAP, etwa ein Sympathisantenpotential, das die Partei ohne Verzug übernehmen konnte? Forschungsarbeiten zum Aufstieg der NSDAP in Schleswig-Holstein zeigen deutlich, daß die Partei selbst in Hochburgen des organisierten Antisemitismus angesichts der Wirksamkeit sozialer Barrieren, wie etwa dem negativen Image eines NS-Funktionärs, erfolglos blieb.⁶⁴

Auf eine detaillierte Wählerschichtenanalyse wurde verzichtet, da nur eine sehr aufwendige, auf Basis der Stadtdreißbücher erstellte sozialstrukturelle Untersuchung über die Ergebnisse der genannten Arbeit von Widmann hinausreichen würde. Daher konnten auch nicht mögliche, spezifisch münchenerische Elemente erfaßt werden, die über die von der historischen Forschung bislang erarbeiteten Motive der NS-Mitglieder- und Wählerschaft hinausgehen. Dazu zählen die Angst vor der „Proletarisierung“, die Anziehungskraft der „Volksgemeinschafts“-Ideologie und ideologische Affinitäten im Bereich des Antisemitismus, des Nationalismus, des nationalsozialistischen „Sozialismus“ und der Staatsvorstellungen.⁶⁵

Aus der Gesamtbetrachtung der verschiedenen Erfolgsfaktoren werden die Wurzeln des Nationalsozialismus in München deutlich. Die Publikationen, die sich dessen Entwicklung in den Jahren bis 1923 widmeten, offenbaren hier manche grundsätzliche Schwäche: Einerseits werden plausible Erklärungen geboten, weshalb die NSDAP gerade nach dem Ersten Weltkrieg in München derartige Resonanz gewinnen konnte: Der durch die Ereignisse der Münchner Räterepublik ausgelöste „Rechtsruck“ innerhalb breiter Bevölkerungsschichten und auch der staatlichen Organe entwickelte angesichts des durch den Versailler Vertrag und seinen Folgeerscheinungen bestimmten politischen Alltages sowie des dramatischen wirtschaftlichen Niederganges seine besondere Dynamik. Die NSDAP verstand es besonders, aus der gestiegenen Bereitschaft, sich radikalisieren zu lassen, Nutzen zu ziehen, und war zugleich Motor dieser Radikalisierung.⁶⁶ Andererseits bleiben Grenzen und Möglichkeiten und damit die tatsächlichen Wurzeln des Nationalsozialismus in der Stadt undeutlich. Selbst der gut informierte frühere BVP-Spitzenfunktionär Karl Schwend verwahrte sich in seiner Rückschau „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur“ energisch gegen die Be-

⁶³ Vgl. u. a. Heilbronner, Stammtisch, S. 178–200. Saldern, Sozialmilieus, S. 28–37. Zur Forschungsdiskussion: Wirsching, Nationalsozialismus in der Region, S. 38 ff.

⁶⁴ Büttner, „Volksgemeinschaft“ oder Heimatbindung, S. 89.

⁶⁵ Manstein, Mitglieder, S. 11–101 und 201 f. Falter, Hitlers Wähler, S. 373.

⁶⁶ Vgl. Kapitel I., Anm. 19.

hauptung, München sei in seinem „Kern“ vom Nationalsozialismus erfaßt worden.⁶⁷ Auch die Bedeutung der Münchner NSDAP innerhalb der Gesamtpartei bleibt offen. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Frage, ob München „Nährboden“ oder nur die „Kulisse“ für die Entwicklung des Nationalsozialismus war,⁶⁸ falsch gestellt. Ein Phänomen wie die NSDAP ist ohne einen gewissen Nährboden aus Toleranz, Zustimmung und Mitarbeit an ihrem Wirkungsort nicht denkbar. Die Frage ist nur: Welches Ausmaß besaß dieser Nährboden in der Stadt? War die Gründung der NSDAP nur in München möglich? Wie weit prägte der Nationalsozialismus die Identität der Stadt vor 1933?

Einem derartigen Forschungsvorhaben bot sich eine sehr günstige Quellenlage, die im wesentlichen auf den Materialiensammlungen der staatlichen Behörden, den Unterlagen der Partei und den Presseorganen basiert. Diese verteilen sich auf die staatlichen Archive in München und Berlin⁶⁹ sowie verschiedene bayerische Archivstandorte, in der Hauptsache Nürnberg und Würzburg.

Das reichhaltige Quellenmaterial ermöglichte z. B., weitgehend vollständig Parteiveranstaltungen, Flugschriftenpropaganda, NS-Gewaltaktionen oder auch die Führungskader zu rekonstruieren. Die Grundlage liefert hierbei die intensive Beobachtung und Überwachung der NSDAP (wie auch aller anderen Parteien und politischen Organisationen mit Ausnahme der BVP und DNVP) durch die Münchner Polizei und andere staatliche Behörden. Diese im Staatsarchiv München gelagerten und weitgehend vollständigen Aktenbestände spiegeln jedoch nur den Ausschnitt des Parteilaltages, der die Behörde interessierte, d. h. primär die strafrechtlich relevanten und staatsgefährdenden Aktivitäten. Darüber hinaus sammelten die Beamten präventiv allgemeine Informationen zu Binnenstrukturen und Entwicklung der NSDAP. Trotz ihres Fehlergehaltes – z. B. wird hier nur undeutlich zwischen Münchner und reichsweiter NSDAP differenziert – sind besonders die monatlichen Lageberichte der Polizeidirektion München, die die Beobachtungsergebnisse des gesamten linken und rechten politischen Spektrums zusammenfassen, eine Quelle von höchstem Wert.⁷⁰ Die Prozeßunterlagen der

⁶⁷ Schwend, Bayern, S. 300.

⁶⁸ Müller-Funk, Nährboden, S. 51.

⁶⁹ Die vom Bundesarchiv übernommenen Unterlagen des ehemaligen „Berlin Document Center“ (BDC) lagerten ursprünglich in Berlin-Zehlendorf. Weitere ursprünglich in der Koblenzer Abteilung des Bundesarchivs aufbewahrte relevante Bestände des NSDAP-Hauptarchivs wurden zunächst nach Potsdam überführt. Nunmehr lagern die Zehlendorfer und die Potsdamer Bestände in Berlin-Lichterfelde. In der vorliegenden Untersuchung wird jedoch noch zwischen den Signaturen „BA, Berlin“ oder „BA, Berlin (ehem. BDC)“ unterschieden.

⁷⁰ StA, LRA 109010: „P-Berichte“ (Politische Berichte) der Polizeidirektion München Nr. 1–80, Januar 1922–April 1924. [künftig zitiert: P-Bericht]. Ebenda, LRA 109011: „Lageberichte N“ (Lageberichte des politischen Nachrichtendienstes der Polizeidirektion München) Nr. 1–21, Februar–Dezember 1924 [künftig zitiert: Lageberichte]. Ebenda, LRA 109012: „Lageberichte N“ (s. o.) Nr. 22–109, Januar 1925–Februar 1932 [künftig zitiert: Lageberichte]. Ebenda, LRA 134029: „Lageberichte N“ (s. o.) Nr. 110–113a, April–Dezember 1932 [künftig zitiert: Lageberichte]. Eine Anzahl Doppel Exemplare dieser Berichte lagern im Hauptstaatsarchiv München (HStA, MA 101235/1–3: Lageberichte der PDM 1924–1932) und im Nürnberger Staatsarchiv (PDNF 405).

zahlreichen Verfahren gegen Münchner Nationalsozialisten, die größtenteils im Staatsarchiv München lagern, wurden (bis auf einige Ausnahmen) aus Zeitgründen nicht genutzt. Die Statistik der nationalsozialistischen Gewalt ließ sich über die Polizeiunterlagen und Presseberichte befriedigend erarbeiten. Die Polizeiunterlagen bildeten, wie sich in vielen Fällen herausstellte, die wesentliche Grundlage für die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München gelagerten Materialiensammlungen der bayerischen Ministerien des Innern, des Äußern und der Justiz. Diese Polizeiunterlagen deckten darüber hinaus in Verbindung mit den archivalischen Überresten der NSDAP-Verwaltung die Fragestellungen bereits wesentlich ab. Daher ließ sich die Recherche in den Beständen der genannten Ministerien auf ein Mindestmaß beschränken. Vielfältige zusätzliche Einzelheiten boten vor allem die Materialiensammlungen des Innenministeriums. Die ebenfalls im Hauptstaatsarchiv gelagerten Berichte des Reichskommissars für öffentliche Ordnung⁷¹ und die Halbmonatsberichte des Regierungspräsidenten von Oberbayern⁷² stützten sich, soweit sie München betrafen, weitgehend auf die Polizeiunterlagen und wurden bereits in weiten Bereichen von Motzet ausgewertet.⁷³

Vor allem der Bestand „Bürgermeister und Rat“⁷⁴ und die Städtische Gemeindezeitung, die im Stadtarchiv München lagern, beantworteten Fragen zur nationalsozialistischen Stadtratsarbeit. In diesem Archiv stand überdies für die Untersuchung der nationalsozialistischen Unterwanderung der Münchner Handwerkerinnungen der Bestand „Gewerbeamt“ zur Verfügung. Zusätzlich konnten für diese Fragestellung verschiedene Archive der Innungen sowie sechs Zeitzeugen zu Rate gezogen werden. Dagegen existieren bei der Industrie- und Handelskammer München und bei der Münchner Handwerkskammer keine Unterlagen mehr.

Insgesamt weniger umfangreich als die Materialien der staatlichen Behörden, zweifellos jedoch von ebenso großer Bedeutung, sind die erhaltenen Unterlagen der Parteigliederungen, die nicht von der Polizei erfaßt worden waren, sowie die Bestände der Sammlung Rehse. Die Quellen, die im Laufe der Jahre vom NSDAP-Hauptarchiv übernommen wurden, sind im Münchner Institut für Zeitgeschichte, im Staatsarchiv München und im Bundesarchiv in Berlin zugänglich. Die ursprünglich umfangreichen Bestände des der NSDAP nahestehenden Privatsammlers Friedrich Josef Maria Rehse waren bereits 1929 in den Parteibesitz übergegangen. Während Einzelstücke über alle Münchner Archive verteilt sind, lagert der Hauptteil in der Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.⁷⁵ Zu den bedeutendsten zusammenhängenden Beständen der Parteiunterlagen gehören die Tagebücher der Sektionen Schwabing und Neuhausen,⁷⁶ die Reste des

⁷¹ HStA, MA 101243–101250: Berichte des RKO 1920–1929.

⁷² HStA, MA 102136–102138: Halbmonatsberichte des Regierungspräsidenten von Oberbayern 1921–1932.

⁷³ Allerdings erwiesen sich diese Berichte als nicht sehr ergiebig. Die wesentlichen Ereignisse stellten die Polizeiberichte in der Regel detaillierter dar.

⁷⁴ Hier vor allem: StdA, BuR 451/1: Nationalsozialistische Anträge im Münchner Stadtrat 1925–1932.

⁷⁵ Verschiedene Originale und Filmkopien der in bundesdeutschen Archiven gelagerten Bestände befinden sich nach wie vor in der Library of Congress in Washington.

⁷⁶ IfZ, ED 39: „Protokollheft“ der Sektion Schwabing vom 9. 4. 1925–28. 1. 1926. IfZ, MA

innerparteilichen Schriftverkehrs 1925–1929,⁷⁷ die Sammlungen der Ortsgruppenführer von Perlach und Ramersdorf,⁷⁸ verschiedene Mitgliederlisten, größere Bestände an Flugblättern, Handzetteln, Plakaten und schließlich die Mitteilungsblätter der Sektionen Schwabing und Westend aus den zwanziger Jahren.⁷⁹ Weitgehend vollständig erhalten sind die Rundschreiben unter anderem der Gauorganisationsleitung und der Gaupropagandaleitung von 1931 bis Januar 1933 sowie der Ortsgruppe Westend vom September 1931 bis Juni 1932.⁸⁰ Das Mitgliederverzeichnis der Münchner NSDAP 1925 bis Jahresanfang 1930,⁸¹ das, wie erwähnt, umfassend sozialstatistisch ausgewertet wird,⁸² ermöglicht, ergänzt durch die Mitgliederstatistik der NSDAP Schwabing aus demselben Zeitraum,⁸³ ein sehr genaues Bild der Fluktuation und Sozialstruktur. Die im ehemaligen „Berlin Document Center“ (jetzt Bundesarchiv, Abteilung Berlin-Lichterfelde) archivierten Unterlagen der zentralen NSDAP-Mitgliederkartei, des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Reichsleitung (USchLA), die Personalakten der SA und SS sowie die Reste des innerparteilichen Schriftverkehrs 1925–1933 gewähren weitgehende Einblicke in das Innenleben der Partei. Die finanziellen Strukturen wurden im Wesentlichen aus einer Vielzahl von Einzelinformationen aus allen Quellenbereichen rekonstruiert. Hier erwiesen sich die Kassenbücher und Abrechnungsbelege der Sektion Schwabing,⁸⁴ die Unterlagen des USchLA-Verfahrens gegen den Münchner Sektionsführer Karl Eggers,⁸⁵ die Abrechnungen des NSDAP-Reichsschatzmeisters über die Münchner Mitgliedsbeiträge 1926–1928⁸⁶ sowie die Unterlagen eines Münchner Sturmbannes vom Herbst 1931 und Frühjahr 1932⁸⁷ als besonders wichtig. Die Akten des Münchner „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (NSDStB) sind im Würzburger Staatsarchiv aufbewahrt, darunter Reste der bundesinternen Korrespondenz 1928–1933. Das Münchner Universitätsarchiv liefert Detailinformationen zu Gewaltaktionen des NSDStB in der Stadt.

1220: „Protokollbuch“ der Ortsgruppe Neuhausen vom 2. 1.–18. 12. 1923 und „Protokollbuch“ der Sektion Schwabing vom 4. 2. 1926–12. 10. 1930 [Die Schwabinger Bücher werden künftig zitiert als „Protokollbuch“ bzw. „Protokollheft“].

⁷⁷ StA, NSDAP 496.

⁷⁸ IfZ, MA 1216.

⁷⁹ Vgl. Kapitel IV.

⁸⁰ IfZ, MA 1216 und MA 738.

⁸¹ Das Mitgliederverzeichnis ist in 26 Kladden in den Akten des ehemaligen „Berlin Document Center“, jetzt Bundesarchiv, Abt. Berlin-Lichterfelde niedergelegt. Die Unterlagen für den 16. Bezirk (Untere Au) fehlen.

⁸² Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, S. 179–186.

⁸³ IfZ, MA 738: Hs. Mitgliederstatistik NSDAP Sektion Schwabing, Mai 1925–September 1929.

⁸⁴ IfZ, MA 1221: „Kassenhauptbuch“ März 1924–Oktober 1929, „Hauptkassenbuch für Beiträge“ 1924–1933 und „Tagebuch-Sektionskassa“ März 1924–Januar 1927, jeweils der Sektion Schwabing [künftig zitiert KHB, HKB und SKTB].

⁸⁵ BA, Berlin (ehem. BDC): OPG-Akte Eggers, Karl: Hs. Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Sektion Innere Stadt von Januar bis August 1925 durch den RSM vom 2. 9. 1925.

⁸⁶ BA, Berlin: NS 1/312–313.

⁸⁷ Vgl. u. a. StA, NSDAP 740.

I. Die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen in München 1925–1933

1. Soziale und wirtschaftliche Strukturen

Mit rund 603 000 Einwohnern Ende 1918 und ca. 735 000 1933¹ war München die viertgrößte deutsche Stadt nach Berlin, Hamburg und Köln. 1925 teilte sich das Stadtgebiet in 29 Stadtbezirke, bis 1933 kamen drei weitere hinzu. Groß-München umfaßte die Stadtgemeinde München und das Bezirksamt München-Land mit rund 70 000 Einwohnern (1925). Die bis 1933 konstante Konfessionsstruktur mit 81 Prozent Katholiken, 15 Prozent Protestanten und 1,4–1,2 Prozent Juden verschaffte München noch vor Köln den mit Abstand höchsten Prozentsatz an Katholiken unter den deutschen Großstädten.² Das wichtigste Charakteristikum der Wirtschaftsstruktur Münchens fiel sofort ins Auge: München war, mangels entsprechender Rohstoffe in unmittelbarer Nähe, keine Industriestadt.³ In den Jahren 1925–1933 lassen sich nur 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung als Arbeiter bezeichnen oder lebten in Arbeiterfamilien, also weit weniger als der Durchschnitt vergleichbarer Großstädte. Davon wiederum waren 1933 41 Prozent gelernte Facharbeiter und Betriebshandwerker, 13 Prozent angelernte Facharbeiter und 46 Prozent sonstige Arbeiter, ca. 8000 Fabrik- und Handwerkslehrlinge eingeschlossen. Die Schicht des kleinen und mittleren Bürgertums war in München weit stärker vertreten als die Arbeiterklasse. Etwa 15 Prozent der insgesamt 221 728 Beschäftigten zählten bis 1933 zu den selbständigen Erwerbstätigen, knapp 18 Prozent waren Rentner und Pensionisten, 29 Prozent der Bevölkerung waren Angestellte und Beamte. Ein Fünftel der Bevölkerung arbeitete für die öffentliche Verwaltung, ein Zehntel für den Fremdenverkehr. Die große Zahl von aktiven oder pensionierten Reichs- und Staatsbeamten, von Wissenschaftlern, Künstlern und Studenten in der Stadt spiegelte zugleich Münchens Bedeutung als Residenz- und Hauptstadt und damit als politisches, verwaltungstechnisches und kulturelles Zentrum Bayerns. Aufgrund der wenigen Großbetriebe, wie etwa der Krauss & Maffei Maschinenfabriken, der Bayerischen Motorenwerke und einiger während des Ersten Weltkrieges am Stadtrand angesiedelter Rüstungsbetriebe,

¹ Im Folgenden: Statistisches Handbuch 1938, S. 19 und 22 f. Quellen des Münchner Wirtschaftslebens, S. 11, 19, 25 und Anhang „Siedlungskarte von München“.

² Hillmayr, München, S. 481. Vgl. die deutschen Großstädte mit dem höchsten Katholikenanteil 1925–1933: Köln (über 70%), Düsseldorf (knapp über 60%), Essen (über 50%), Duisburg (50%), Dortmund (40%), Frankfurt a. M. und Nürnberg (über 30%); Schmichen-Ackermann, Großstädte, S. 270 (Diagramm 8).

³ Im Folgenden: Rudloff, Notjahre, S. 356. Vgl. auch Münchner Wirtschafts- und Verwaltungsblatt Nr. 10 (Juli 1926), Nr. 1/2/3 (Oktober–Dezember 1934). Vgl. auch die Übersicht über die wirtschaftlich-soziale Situation Münchens am Ende des Ersten Weltkrieges: Hillmayr, München, S. 454–504, hier insbesondere S. 455 und 461.

darunter das Krupp-Zweigwerk in Freimann,⁴ war die Masse der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben tätig.⁵ 1925 war in 41 Prozent der rund 48 000 Gewerbebetriebe ausschließlich der Betriebsinhaber tätig, weitere 44 Prozent beschäftigten maximal fünf Personen. Nur 53 Großbetriebe beschäftigten mehr als 500 Personen und nur zehn mehr als 1000. Diese Zahlen veränderten sich bis 1933 nur unwesentlich. München zeichnete sich durch eine überdurchschnittlich hohe Dichte an Qualitäts- und Veredelungsindustrien aus, dazu zählten insbesondere die Brauereien und die Betriebe aus den Bereichen Graphik, Optik, Kunst, Metallverarbeitung, Bekleidung und Konfektion sowie Holzverarbeitung. Das zweite wirtschaftliche Standbein der Stadt war der Dienstleistungssektor, an erster Stelle das hauptsächlich vom Fremdenverkehr lebende vielseitige Hotel-, Gast- und Schankgewerbe. Schon vor 1914 war München eines der führenden Fremdenverkehrszentren Europas.⁶

Die Münchner Hochschulen entwickelten sich in den Jahren 1925 bis 1933 unterschiedlich.⁷ Während die Zahl der an der Universität München eingeschriebenen Studenten von 7016 auf 8696 stieg, verringerte sie sich an der Technischen Hochschule (TH) von 4102 auf 3593. Den weitaus größten Zulauf verzeichneten an der Universität die Juristische, die Medizinische und die Philosophische Fakultät, an der TH die Maschinenbau-Ingenieure und die Bauingenieure. Die Konfessionsstrukturen wichen deutlich von derjenigen der Münchner Bevölkerung ab. Knapp 50 Prozent der Universitätsstudenten waren im Sommersemester 1930 katholisch, 45 Prozent evangelisch, und 247 Studenten, 2,8 Prozent, bekannten sich zum jüdischen Glauben. Die TH zählte zum selben Zeitpunkt knapp 55 Prozent Protestanten neben 41 Prozent Katholiken und 1 Prozent Juden. Die Hochschulen befanden sich in München wie in vielen anderen deutschen Städten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in einer von tiefgreifenden Strukturveränderungen geprägten Krise.⁸ Wachsende Studentenzahlen, zunehmend überfüllte Lehrveranstaltungen und andere Faktoren veränderten häufig die Qualität der Lehre negativ. Die Hochschulen litten an einem wachsenden Reformdefizit, das von Fragen des Prüfungswesens oder der Verjüngung des Lehrkörpers bis zu Forderungen reichte, künftig Erziehung und Persönlichkeitsbildung mehr Spielraum zu geben. Die soziale Stellung der Dozenten und Studenten verschlechterte sich in den Weimarer Jahren mehr und mehr. Der Lebensstandard der Münchner Studenten sank

⁴ Vgl. Rudloff, Notjahre, S. 356. Hillmayr, München, S. 460. Sowie Steinborn, Kommunalpolitik, S. 17f.

⁵ Im Folgenden: Brunner, Arbeitslosigkeit, S. 75. Vgl. auch Münchner Wirtschafts- und Verwaltungsblatt Nr. 11 (August 1926) und Nr. 1/2/3 (Oktober–Dezember 1934).

⁶ Brunner, Arbeitslosigkeit, S. 72. Hillmayr, München, S. 460. Vgl. auch Quellen des Münchner Wirtschaftslebens, S. 193–308. Münchner Wirtschafts- und Verwaltungsblatt Nr. 11 (August 1926) und Nr. 1/2/3 (Oktober–Dezember 1934).

⁷ Im Folgenden: Statistisches Handbuch 1938, S. 210f. Grüttner, Studenten, S. 495 (Tabelle 24).

⁸ Böhm, Universität München, S. 27ff. und 34. Grüttner, Studenten, S. 23ff. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus; S. 43ff. und 77. Faust, Nationalsozialistischer Studentenbund, Bd. I, S. 112–121. Selbst in NSDStB-„Führerring“-Sitzungen war die Hochschulreform ein Thema. Vgl. z. B. StA, Würzburg, RSF II p 224: Protokoll der 3. „Führersitzung“ des NSDStB am 1. 3. 1931 im „Braunen Haus“.

im Vergleich zur restlichen Gesellschaft, so daß manche Studenten an den Rand des Existenzminimums gerieten. Die Wirtschaftskrise ab 1929 verschärfte diese Situation und verdüsterte zusätzlich auch die studentischen Zukunftsaussichten.

München war in die allgemeine Wirtschaftsentwicklung der Weimarer Jahre eingebunden. Nach dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Herbst 1923⁹ verbesserte sich durch die Währungsanierung und durch den Dawes-Plan, der die Reparationszahlungen verringerte und dem Reich internationale Anleihen verschaffte, bereits im darauffolgenden Jahr die wirtschaftliche Lage nachdrücklich. Entsprechend schwand in der zweiten Jahreshälfte 1924 auch die radikale politische Stimmung. Die neue bayerische Regierung unter Ministerpräsident Held trug hierzu wesentlich bei, indem sie die Beziehungen zur Reichsregierung entspannte und gleichzeitig den Wehrverbänden und Rechtsradikalen ihre früheren Spielräume nahm.¹⁰ Unter Führung des von der BVP gestellten Bürgermeisters Karl Scharnagl hatte München nun an der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung in der Mitte der zwanziger Jahre teil.¹¹ Die Stadtführung engagierte sich rege nicht zuletzt im Wohnungsbau und im Sozial- und Gesundheitswesen. Allerdings verdoppelte die Kreditaufnahme den städtischen Schuldenstand zwischen 1924 und 1929 auf 237 Millionen. Als nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 der größte Teil der amerikanischen Kredite aus Europa abgezogen wurde, griff die Krise auf Deutschland über. Die vielseitige Wirtschaftsstruktur Münchens dämpfte deren Auswirkungen bis 1931, der Niedergang gewann erst allmählich dieselbe Dramatik wie im gesamten Reich.¹² Dennoch erreichte die Zahl der Münchner Arbeitslosen, die 1930 rapide auf 51 972 anstieg und bis zum Januar 1933 auf über 85 000 wuchs, bei weitem nicht das Niveau wie in den hochindustrialisierten Großstädten des Reiches. Die Münchner Unternehmenskurse, als zweitwichtigster Krisenindikator, erreichten 1931 mit einem Anstieg um 81 Prozent gegenüber 1927 ihren Höhepunkt. Die sinkende Kaufkraft und der allgemeine Auftragsrückgang hatten nun auch die Reserven der kleinen Gewerbebetriebe erschöpft. Der Besucherrückgang, 1931 um 21 Prozent und 1932 um weitere 10 Prozent, bedrohte das Fremdenverkehrsgewerbe. Mittlerweile trafen die sozialen Folgen der Krise, wie der soziale Abstieg breiter Bevölkerungsschichten, der Zerfall vieler Familien, Zunahme von Pfandverleih und Selbstmordraten, überfüllte Obdachlosenasyile und das Anwachsen von Barackenquartieren, auch

⁹ Zur Münchner Entwicklung bis 1923: Rudloff, Notjahre, S. 344–353. Brunner, Arbeitslosigkeit, S. 91f.

¹⁰ Keßler, Held, S. 509 und 522. Pöhlmann, Held, S. 101f. Altendorfer, Schäffer, S. 222. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 90. Gordon, Hitlerputsch, S. 370 und 490f. Vgl. generell Kapitel I.3.

¹¹ Rudloff, Notjahre, S. 355–360. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 390–396 und 408–428.

¹² Im Folgenden: Rudloff, Stadt und Armut, S. 13ff. Ders., Notjahre, S. 363–366. Brunner, Arbeitslosigkeit, S. 55–59, 73, 77, 98, 128 und 152–172. Münchner Wirtschafts- und Verwaltungsblatt Nr. 1/2/3 (Oktober–Dezember 1934). Statistisches Handbuch 1938, S. 48, 112, 126, 136, 162, 363. Petzina/Abelshauer/Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 121 (Tabelle „Arbeitslosigkeit in Städten und Regionen 1928, 1932 und 1936“). Unter den 16 größten deutschen Städten hatte München 1933 neben Bremen und nach Stuttgart die niedrigste Erwerbslosenquote: Schmiechen-Ackermann, Großstädte, S. 270 (Diagramm 9).

München in voller Härte. 1932 nahm vermutlich jeder vierte Münchner die städtische Fürsorge in Anspruch, deren Höhe sich allerdings angesichts leerer Kassen stetig reduzierte. Um Hungerunruhen, wie sie sich in anderen deutschen Städten ereigneten, zu verhindern, löste die Polizei jede Demonstration von Arbeitslosen und selbst größere Diskussionsgruppen in den Straßen umgehend auf. Die städtischen Behörden und viele Verbände reagierten auf die Not mit wachsendem Engagement.¹³ Die städtischen Fürsorge-Aufwendungen steigerten sich bis 1932 auf 18,9 Millionen RM. Seit 1930 wurden Arbeitslose zu Pflicht- und Notstandsarbeiten herangezogen und ab Sommer 1931 ein freiwilliger Arbeitsdienst angeboten. Gleichzeitig verteilten die Behörden seit 1930 in rund 50 Suppenküchen und Wärmestuben warme Mahlzeiten, bzw. 1931 im Tagesdurchschnitt rund 35 000 Mittagsmahlzeiten. Zusätzlich engagierten sich Privatorganisationen, parteinahe und kirchliche Einrichtungen, Gewerkschaften und in hohem Maße auch Privatpersonen. Das „Münchner Hilfswerk“ (1931 „Münchner Nothilfe“), eine Gemeinschaftsaktion solcher Organisationen mit städtischer und freier Wohlfahrt, verteilte von Ende 1930 bis März 1932 Nahrungsmittel, Kleidung und Hausrat im Wert von knapp einer Million Reichsmark.

2. Gesellschaft und Politik

Der Antisemitismus

Das Phänomen der Judenfeindschaft betraf in vielfältigsten Ausprägungen seit Jahrhunderten ganz Europa.¹⁴ Seit dem 19. Jahrhundert – nunmehr unter dem Begriff „Antisemitismus“ subsumiert – stand neben der religiösen und sozialen vor allem die rassistische Komponente im Vordergrund. Im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts entwickelten sich wie im Reich so auch in München feste organisatorische Strukturen, die sich schließlich in Parteien wie dem „Deutsch-Sozialen-Verein“ oder auch der „Christlich-sozialen Vereinigung“ manifestierten. Deren politischer Mißerfolg – selbst bei den Gemeindewahlen erhielten sie nie mehr als knapp 5 Prozent und blieben trotz gelegentlicher Zusammenarbeit mit dem Zentrum weitgehend isoliert – zeigte, daß der radikale Antisemitismus in München zu diesem Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig war. Dennoch war das Phänomen in gemäßigter Form in Teilen der städtischen Gesellschaft, aber auch in Randbereichen der Zentrumsparterie stets präsent und erfuhr erneute Förderung während des Ersten Weltkrieges, als die großen, reichsweit organisierten, berufsspezifischen und politischen Interessenverbände wie der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-

¹³ Im Folgenden: Brunner, Arbeitslosigkeit, S. 111 ff., 142–150, 174 ff., 184–187, 193–198 und 204–210. Rudloff, Notjahre, S. 364 ff. Vgl. auch Statistisches Handbuch 1938, S. 138–145. Obwohl die von Reich und Bayern erstmals vergebenen Zuschüsse 46 Prozent der Münchner Fürsorgeaufwendungen deckten, war die Belastung immens angesichts der hohen Verschuldung und der 1929–1932 um 22 Prozent gesunkenen Steuereinnahmen.

¹⁴ Dazu u. a. Poliakov, Geschichte des Antisemitismus. Strauss/Kampe, Antisemitismus. Weiss, Holocaust. Vgl. zum Antisemitismus in Bayern im 19./20. Jahrhundert: Hanke, Juden, S. 10–49.

verband“ oder der „Alldeutsche Verband“ in der Stadt Fuß faßten.¹⁵ In seiner gemäßigten, oft versteckt-indirekten Artikulation war der Antisemitismus in den Weimarer Jahren wie in der gesamten deutschen,¹⁶ so auch in der Münchner Gesellschaft und Politik salonfähig bzw. als eine „populäre Abneigung“ greifbar und keineswegs als Negativum registriert, auch wenn er „gelegentlich derbste Formen“ annahm, wie es Thomas Mann im Sommer 1923 formulierte.¹⁷ Selbst des Radikalismus unverdächtige politische Führungspersönlichkeiten wie Heinrich Held blieben davon nicht unberührt.¹⁸

Allerdings kann man keinesfalls davon ausgehen, daß der Antisemitismus die gesamte Münchner Bevölkerung ergriffen hatte; die tatsächliche Verbreitung bedarf einer genaueren Analyse. Vereinzelt stellte sich dem Phänomen auch Widerstand entgegen. So zwang etwa Innenminister Schwyer in den Jahren bis 1923 die Münchner Polizei immer wieder zu nachhaltigerem Vorgehen gegen antisemitische Gewalt.¹⁹ Nach 1925 wurden bestimmte extreme Formen verbaler Agitation, wie Gotteslästerung oder Aufruf zum Mord, nachhaltiger bekämpft.²⁰ Seit 1930 war in der Stadt der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ aktiv, in dessen Reihen sich eine Anzahl prominenter Münchner, darunter Thomas Mann oder Bruno Frank, und auch BVP-Politiker, wie Michael Horlacher, engagierten.²¹ Ebenso griffen nicht zuletzt einzelne Vertreter der katholischen Kirche die anti-

¹⁵ Tiedemann, Antisemitismus, S. 304–310. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 68. Kirschstein, Futterneid.

¹⁶ Vgl. u. a. den Sammelband von Mosse, Entscheidungsjahr 1932.

¹⁷ Zitiert nach Kolbe, Heller Zauber, S. 348.

¹⁸ So erklärte Held in der Debatte im Bayerischen Landtag am 16. 11. 1922 über die möglichen staatlichen Reaktionen auf den zunehmend brutaleren Antisemitismus in Bayern: „Ich lehne den Antisemitismus ab, ich bin kein Rassenantisemit, überhaupt kein Antisemit, sondern ich betrachte jeden Menschen so, wie er ist und behandle ihn danach. Aber wenn die Frage heute in den Mittelpunkt der politischen Erörterung gestellt wird, darf ich sie nicht einseitig betrachten und behandeln. Ist es vielleicht nicht richtig, daß doch das deutsche Volk durch mehr als hundert Jahre unter jüdischem Einflusse, namentlich von Philosophen, von Dichtern, Schriftstellern zum wesentlichenteile geistig-sittlich am wenigsten in den Sumpf geführt worden ist? Und ist es vielleicht nicht richtig, daß sich heute gerade die Neujuden, die Eingewanderten, in Deutschland an die Regierungsstellen in Berlin so vordrängen und sich breitmachen, daß ganz von selbst gegen sie die Reaktion einsetzen muß? Ich glaube, der beste Kampf gegen die Antisemiten wäre der, wenn bei uns die vernünftigen Juden – und deren gibt es genug – den Leuten sagen wollten: Hinter die Front, drückt Euch nicht so vor, nehmt andere Manieren an, wenn ihr in Deutschland leben wollt! [...] Man soll doch die Dinge nehmen, wie sie sind, dann wird man verstehen, daß aus einem gesunden Volksempfinden heraus die Reaktion ganz von selbst eintreten muß.“ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags 148. Sitzung vom 16. 11. 1922, S. 79.

¹⁹ Z. B. StA, PDM 6708: MInn a PDM vom 5. 10. 1920. Gordon, Hitlerputsch, S. 121 f. Maser, Frühgeschichte, S. 334 f. Hanke, Juden, S. 58. Altendorfer, Schäffer, S. 156. Allerdings intervenierte der Verband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern im März 1923 vergeblich bei Ministerpräsident Knilling: BSZ 66 (20. 3. 1923), „Die Lage der Juden in Bayern“. MP 68 (22. 3. 1923), „Gegen die nationalsozialistische antisemitische Hetze“.

²⁰ Vgl. Kapitel I.3.

²¹ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 13 f. Ebenda 97 (26. 2. 1931), S. 6. Hanke, Juden, S. 71 ff.

semitische Propaganda an.²² Dennoch dürfte der Kreis der Münchner, die den Antisemitismus vor 1933 in seinen verschiedenen Spielarten vertraten, nicht unwesentlich gewesen sein, wie bereits einige wenige Indizien zeigen. Eine Vielzahl an Periodika, Autoren, Verlagen und, wenn auch nach 1923 weitaus zurückhaltender, selbst angesehene Tageszeitungen, wie etwa die „Münchner Neuesten Nachrichten“, die „Münchner Augsburger Abendzeitung“ oder die „Münchner Zeitung“, propagierten in der Stadt den Antisemitismus.²³ Einer der radikalsten Protagonisten war die „Nymphenburger Zeitung und Neuhauser Nachrichten“. Das seit Ende des 19. Jahrhunderts zweimal wöchentlich erscheinende vierseitige Stadtviertelblatt stand dem „Völkischen Beobachter“ in Stil und Radikalität in nichts nach.²⁴ Die Publikationen verwiesen überdies auf eine entsprechende Leserschaft, die eine solche Haltung teilte oder zumindest partiell akzeptierte. Nicht zuletzt die Verlage und Autoren brachten München bereits während des Ersten Weltkrieges und in den frühen zwanziger Jahren in den Ruf, Hauptagitationszentrum des Antisemitismus im süddeutschen Raum zu sein.²⁵ Der Antisemitismus zeigte sich 1919/1920 unter den Münchner Reichswehrverbänden²⁶ und fand auch in den Behörden nicht wenige Anhänger. Frappierend offenbarte sich dies 1920 und 1923 an der Zusammenarbeit von städtischem Fremdenamt, Polizei und Regierungsbeamten bei der Ausweiskampagne gegen Ostjuden. Diese von der bayerischen Regierung Kahr getragene Kampagne scheute auch vor Rechtsbrüchen, Enteignungen und Zwangsinternierung von Juden nicht zurück und stimulierte in der Münchner Bevölkerung eine Denunziationsflut.²⁷ Besonders verhängnisvoll war die Judenfeindschaft des Münchner Polizeipräsidenten der Jahre 1919 bis 1921, Ernst Pöhner.²⁸ Selbst im Handwerk,²⁹ an Münchner Schulen³⁰ oder, wie noch zu schildern, unter protestantischen und katholischen Geistlichen besaß das Phänomen eine feste Basis. Entsprechend fand die „Münchner Gesellschaft für Rassenhygiene“ stets ausreichend Zuhörer und Aktivisten und konnte im Auditorium

²² Allerdings äußerte sich die Kirchenspitze, namentlich Kardinal Faulhaber, hierzu nur 1923 deutlich: Kapitel I.2., Anm. 125.

²³ Vgl. u. a. Hoser, Tagespresse, S. 691–697 702 ff., 709 ff., 1035 f.

²⁴ Zum Beispiel Neuhausen, S. 122–138.

²⁵ Vgl. Auerbach, Lehrjahre, S. 6–11, und ders., Regionale Wurzel, S. 65–68.

²⁶ StA, Nürnberg, PDNF 405: Tagesbericht der PDM vom 6. 11. 1919 über die „Stimmungen bei den Reichswehrtruppen“. Spuren jüdischen Lebens, S. 25: „Offener Brief an die Regierung des Freistaates Bayern“, verfaßt vom Bund der jüdischen Frontsoldaten München und abgedruckt in den MNN vom 6. 4. 1920. Zur Einstellung von Hitlers Vorgesetzten im Reichswehrgruppenkommando: Maser, Frühgeschichte, S. 154 ff.

²⁷ Walter, Judenfeindschaft, S. 64–79. Hanke, Juden, S. 57, 63. Pommerin, Ausweisung von ‚Ostjuden‘, S. 311–340.

²⁸ Vgl. z. B. StA, Nürnberg, PDNF 406: Wochenberichte der PDM vom 1. 12. und 8. 12. 1919, gez. jeweils von Pöhner. Vgl. auch Hanke, Juden, S. 57. 1922 wurden jüdische Sportvereine von der PDM als „Ausländervereine“ behandelt: Spuren jüdischen Lebens, S. 31.

²⁹ StA, Nürnberg, PDNF 405: Tagesbericht der PDM vom 5. 12. 1919 über die Protestversammlung der „Handwerker, Handels- und Gewerbetreibenden“ im Münchner Kindl-keller am 4. 12. 1919.

³⁰ Rudloff, Revolution und Gegenrevolution, S. 34. Vgl. auch z. B. Jugendbilder, S. 64 f.

Maximum der Universität Vorträge abhalten lassen.³¹ Die Situation an den Münchner Hochschulen war jedoch ambivalent. Unter den Dozenten dominierte der Antisemitismus keineswegs, dafür fand er unter den Studenten auch in seinen radikalen Varianten sehr hohe Akzeptanz.³² In den Jahren 1925 bis 1933 wurde der Antisemitismus in der Stadt, abgesehen von der NSDAP, auch von etlichen anderen Gruppierungen, Verbänden oder Parteien offen vertreten, so etwa vom „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ (bis 1923),³³ der „Thule-Gesellschaft“,³⁴ dem „Alldeutschen Verband“,³⁵ der DNVP,³⁶ dem „Stahlhelm“ oder dem Ludendorffschen „Tannenbergbund“.³⁷

Kriegsniederlage, Revolution und Räterepublik radikalisierten und popularisierten in München – wesentlich gefördert durch eine Phalanx von Zeitschriften, Zeitungen, Verbänden, einzelnen Parteien und Literaten, darunter etwa Ludwig Thoma – die Hetze gegen die Juden. Die Kernthese dieser Propaganda, die später auch die Nationalsozialisten aufgriffen, setzte Judentum und Bolschewismus gleich und entwarf das Zerrbild von der Alleinschuld „der Juden“ an Revolution und Niederlage.³⁸ Die Wirksamkeit dieser Propaganda zeigte sich deutlich, als die Israelitische Kultusgemeinde im November 1919 die Münchner Polizeispitze um Schutz gegen den aggressiven Antisemitismus bat und sich zunächst einmal über die angebliche Mitschuld der Juden an den Ausschreitungen belehren lassen mußte, mit der Begründung, die Mehrzahl der kommunistischen Revolutionäre seien doch Juden gewesen.³⁹ Seit 1918 beobachtete die Münchner Polizei das verstärkte Anwachsen des radikalen Antisemitismus in der Stadt, der in der zweiten Jahreshälfte 1919 und im Winter 1920 nach Ansicht der Polizei immer größere Teile vor allem der „unteren Bevölkerungsschichten“ ergriff und schließlich so dramatische Ausmaße annahm, daß die Behörden mit Pogromen in der Stadt rechneten.⁴⁰ Wenngleich diese Erregung wieder abklang, so sahen sich die Münch-

³¹ So sprach hier etwa am 17. 2. 1932 der Dresdener Stadtschulrat Dr. Hartnacke zum Thema „Bildungswahn – Volkstod“: BSZ 40 (18. 2. 1932), Rubrik „Aus der Landeshauptstadt“.

³² Vgl. z. B. StA, Nürnberg, PDNF 405: Tagesbericht der PDM vom 22. 11. 1919 über die Wahlen zum AStA an der Technischen Hochschule München. Dieses Phänomen betraf jedoch bereits im 19. Jahrhundert die gesamte deutsche Studentenschaft: Bleuel/Klunnert, Deutsche Studenten, S. 18–25.

³³ Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 290–294.

³⁴ Wilhelm, Dichter, S. 42–45 und 57–75. Gilbhard, Thule, S. 48–113. Phelps, Thule Society, S. 245–261.

³⁵ Wilhelm, Dichter, S. 39ff. Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 32–56.

³⁶ Hier sind vor allem Rudolf Buttman und Rudolf von Xylander zu nennen, die radikalen Exponenten der BMP, die jedoch beide im Juli 1922 aus der Partei ausgeschlossen wurden; Xylander war bis dahin Vorsitzender der Münchner Ortsgruppe: Hoser, Tagespresse, S. 697–702. Generell: Mosse, Deutsche Rechte, S. 222–234. In den „Blättern zur Abwehr des Antisemitismus“ bezeichnete der CV die DNVP 1928 sogar als den stärksten Machtfaktor des politischen Antisemitismus neben der NSDAP: Ebenda, S. 233.

³⁷ StA, Lageberichte 1925–1932.

³⁸ Halfbrodt, Rezeptiongeschichte, u. a. S. 219–226. Hanke, Juden, S. 49–55. Thoma, Miesbacher Anzeiger. Zu Thoma auch: Wilhelm, Dichter, S. 108–117.

³⁹ Rudloff, Revolution und Gegenrevolution, S. 34

⁴⁰ StA, PDM 6697, sowie StA, Nürnberg, PDNF 406: Polizeiberichte vom Oktober 1919 bis April 1920. Walter, Judenfeindschaft, S. 27–37.

ner Juden dennoch weiterhin mit der brutalen Agitation der Antisemiten jeder Couleur, einschließlich der Nationalsozialisten, konfrontiert. Erst nach dem „Hitlerputsch“ 1923 flaute diese ab – vor allem, da sich nun die wirtschaftlichen Verhältnisse erholten und Teile der Bevölkerung deutlich von ihrer bislang gegenüber eben diesem Extremismus geübten Toleranz abrückten. Bemerkenswert war die Feststellung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ im Frühjahr 1931, als die Wirtschaftskrise auch die Münchner Wirtschaft mit voller Wucht traf, daß in „weitesten Kreisen der Münchener Bevölkerung der Wille nach Entgiftung der Atmosphäre“ rege sei und daß besonders die Bekämpfung des Antisemitismus „in ungeahntem Ausmaß freudige Begrüßung und überraschend aktive Unterstützung gefunden habe“.⁴¹ Doch der latente Antisemitismus blieb weiterhin bestehen.⁴²

Man kann annehmen, daß sich die meisten Vertreter eines gemäßigten Antisemitismus eine Entwicklung, wie sie schließlich ab 1933 ihren Gang nahm und in Auschwitz endete, oder Verbrechen wie die ukrainischen und polnischen Pogrome von 1919,⁴³ in Deutschland nicht vorstellen konnten.⁴⁴ Nur wenige Deutsche entwickelten bereits angesichts der brutalen Artikulation des Antisemitismus in den Weimarer Jahren⁴⁵ ein Gefahrenbewußtsein.⁴⁶ Diese Haltung, so unverständlich sie dem Betrachter über ein halbes Jahrhundert später erscheint, war eine wesentliche Ursache für die weite Verbreitung des Antisemitismus in seiner gemäßigten Variante und noch mehr für die Toleranz gegenüber derartiger Propaganda und Gewalt. Bis zum Herbst 1930 wurde das Phänomen selbst in weiten Kreisen der deutschen Juden nicht ernst genommen. Mancher Beobachter war sich sicher, daß diese vorübergehende „antisemitische Hochflut“ genauso rasch wieder verebben werde wie bereits in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts.⁴⁷ Vermutlich aus derselben Einstellung heraus verbesserte der Gesetzgeber die juristischen Grundlagen für die Bekämpfung des Antisemitismus nicht und stellte nicht einmal die Beleidigung und Hetze gegen das Judentum generell unter Strafe.⁴⁸ Insgesamt gesehen besaß der Antisemitismus in München eine feste Basis, die, im Verbund mit der Toleranz und der allmählichen Gewöhnung an dieses Phänomen,⁴⁹ der NSDAP einen wichtigen Nährboden lieferte. Gleichzeitig signalisierten die Jahre bis 1923 den Nationalsozialisten, wie weit in Extremsituationen wie etwa einer wirtschaftlich-politischen Krise die gesellschaftliche und

⁴¹ Zitiert nach Hanke, Juden, S. 73. Ders., S. 57f. und 68–77.

⁴² Vgl. dazu u. a. die sehr materialreiche Publikation: Spuren jüdischen Lebens.

⁴³ Vgl. z. B. MP 254 (31. 10. 1919), „Judenschlächtere in der Ukraine“.

⁴⁴ Hierzu u. a. Mosse, Deutsche Rechte, S. 184–246, insbesondere S. 227.

⁴⁵ Zum nationalsozialistischen Antisemitismus in München: Kapitel IV.4.

⁴⁶ Bezeichnend eine Karikatur in der Zeitschrift „Jugend“ aus dem Jahr 1930: Hier verspeist Hitler im Kreis der SA eine Lebkuchenfigur, die der bürgerliche Frack und die überzeichnete Nase als Jude kennzeichnen sollen. Die Überschrift lautet: „Julfest bei Hitlers. Dieses Weihnachten muß sich die Partei leider noch mit dem Verzehr von Juden aus Pfefferkuchen behelfen“. Abgebildet in: Stölzl, Zwanziger Jahre, S. 335.

⁴⁷ Mosse, Niedergang, S. 17–22. Loewenstein, Innerjüdische Reaktion, u. a. S. 350ff.

⁴⁸ Vgl. Kapitel I.3.

⁴⁹ So auch Walter, Judenfeindschaft, S. 110.

staatliche Toleranz bzw. Akzeptanz gegenüber dem Antisemitismus reichte. Denn die maßlose nationalsozialistische Brutalität gegen Juden veranlaßte die Behörden keineswegs zu wirksamer Gegenwehr. SA-Trupps zogen, von Hitler persönlich ermuntert, ziellos durch die Stadt auf der Suche nach Juden und planten manche Überfälle auch gezielt. Opfer konnte jeder werden, der „dem Gesicht nach“ als Jude „erkannt“ wurde. Als der Vizepräsident der Münchner Industrie- und Handelskammer, Siegmund Fraenkel, seine Frau und sein Sohn nachts von den Stoßtrupp-Mitgliedern Josef Berchtold und Erhard Heiden brutal niedergeschlagen wurden, erklärte der „Völkische Beobachter“, statt zu bedauern, „daß wir froh sind, wenn München allmählich in den Ruf kommt, daß es für Juden und andere Ausländer besser ist, die Stadt überhaupt nicht zu betreten.“⁵⁰ Die entsprechenden Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem „Hitlerputsch“ wurden nicht einmal Gegenstand eines Gerichtsverfahrens.⁵¹

Das rechtsgerichtete Verbandswesen

Angesichts der Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl Ende April 1925 resümierte die Münchner Polizeidirektion die anhaltende Zersplitterung der völkischen Bewegung in Baden, Württemberg, Thüringen oder Sachsen. In Preußen und Norddeutschland vereinigte nur die NSFP die völkischen Anhänger unter sich, während Hitler in Bayern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle völkischen Organisationen innerhalb der NSDAP gesammelt habe.⁵² Für München trog diese Sicht jedoch, hier war Hitler diese Fusion bei weitem nicht gelungen. Insgesamt waren in München 1925 bis 1928 – läßt man die mindestens elf in der

⁵⁰ StA, PDM 6708: Protokoll der Vernehmung eines SA-Mannes durch die PDM vom 24. 7. 1922. StA, PDM 6701: Anzeige der Studenten Morgenroth und Hene bei der PDM/VI am 20. 1. 1923. Ebda.: Ermittlungsbericht PDM/Va vom 23. 2. 1923. Zum Überfall auf Fraenkel am 21. 6. 1923 u. a.: Richardi, Hintermänner, S. 428–432. Zu weiteren nationalsozialistischen Überfällen: Ebda., S. 403–432. Vgl. generell: StA, PDM 6698–6700: Polizeiberichte über Vorfälle bei NSDAP-Versammlungen 1920–1923. StA, PDM 6701–6705: Polizeiberichte über strafrechtlich relevante Aktivitäten der Münchner NSDAP 1923. MP 260/261 (10./11. 11. 1923), „Chronik völkisch-nationalsozialistischer Gewalttaten in Bayern [1920–1923]“ MP 273 (25. 11. 1931), „Nationalsozialistische Gewalttaten in Bayern. Eine zeitgemäße Erinnerung 1920–1927.“ Zu den Polizeiverboten: StA, PDM 6654: Vermerk PDM/Vd vom 6. 4. 1922 über die Verbote politischer Plakate im Jahr 1921. StA, PDM 6654: PDM an MIInn vom 23. 9. 1921 über die Verbote von Flugblättern, Plakaten, Demonstration und Presse u. a. NSDAP vom Anfang 1920 bis September 1921. In beiden Schreiben werden insgesamt acht Verbote gegen Schriftgut, 21 Strafanzeigen wegen Verbreitung „hetzerischen“ bzw. illegalen Schriftgutes, sechs Textabänderungen, vier Demonstrationsauflösungen sowie das Verbot des VB für insgesamt sechs Wochen aufgelistet. Angesichts der maßlosen Volksverhetzung der NSDAP während der über zweieinhalbjährigen Amtszeit des Polizeipräsidenten Pöhner war dies ein mehr als dürftiges Ergebnis polizeilicher Gegenwehr. Vgl. ferner StA, PDM 6708: Polizeiberichte über Flugblattverteilungen und Versammlungen der NSDAP 1922–1923. StA, PDM 6653–6656: Verbote von nationalsozialistischen Plakaten und Flugblättern 1922 und 1923. StA, 6654: PDM an MIInn vom 10. 7. 1923 über den Vollzug der Notverordnung vom 11. 5. 1923 gegenüber den politischen Organisationen Münchens.

⁵¹ Zu den Ausschreitungen beim Putsch: Walter, Judenfeindschaft, S. 119–139.

⁵² Pridham, Hitler's Rise, S. 44.

Stadt aktiven weitgehend unpolitischen Veteranenverbände, wie etwa den „Bayrischen Kriegerbund“,⁵³ und die Gewerkschaften außer Acht – schätzungsweise zwischen 40 000 und 45 000 Einwohner politisch organisiert, in den Jahren 1929 bis 1933 rund 50 000.⁵⁴ Das waren konstant knapp sieben Prozent der Bevölkerung.⁵⁵ 1925 bis 1928 konkurrierten in der Stadt mit der NSDAP über 70 rechtsradikale und völkische Organisationen, mindestens fünf monarchistische Verbände und mindestens 40 rechtskonservative Gruppierungen.⁵⁶ Allein 33 Organisationen registrierten die Polizeiquellen als „völkisch“ orientiert. Zu den größeren völkischen Gruppierungen, von denen der Polizei Mitgliederzahlen bekannt waren, zählten, abgesehen von der NSDAP, der „Bund Oberland“ mit etwa 100 bis

⁵³ Dem Münchner Bund waren 100 Vereine mit ca. 30 000 Mitgliedern angeschlossen: Vossische Zeitung 7 (8. 1. 1929), „Kriegerbund gegen Vaterländische Verbände“.

⁵⁴ Diese Zahlen errechnen sich auf der Basis sämtlicher verfügbarer Mitgliederzahlen politischer Organisationen, wie sie zum Teil hier bereits genannt wurden (Kapitel I.2., S. 36, 37, 44–48). Für die KPD samt ihrem Umfeld dürfen rund 3–4000 Mitglieder angenommen werden. Die „Eiserne Front“ war in München vermutlich mit Teilen der SPD und des Reichsbanners identisch und wird hier nicht mit einer eigenen hypothetischen Mitgliederzahl mitgerechnet. Für die DNVP wurde ihre Mitgliederzahl von 1928 (700), für die anderen Kleinstparteien mit unbekannter Mitgliederzahl wurden hypothetisch zusammen 1000 Mitglieder zugrunde gelegt.

⁵⁵ Zur Münchner Einwohnerschaft: Kapitel I.1, S. 27.

⁵⁶ Für die Zusammenstellung sämtlicher in München 1925–1933 politisch aktiver, rechtskonservativer, rechtsextremistischer und monarchistischer Organisationen wurden folgende Quellen benutzt: Die gesamten Unterlagen der PDM, darunter v. a. folgende große Bestände: StA, LRA 109011, 109012 und 134029: Lageberichte der PDM 1925 bis 1932. StA, Nürnberg, PDNF 582: Zusammenstellung aller wesentlichen politischen Organisationen in Bayern, Stand 1. 1. 1925, durch die PDM. StA, PDM 5430, 5439, 5442, 5445, 5448, 5451–5453, 5664, 5744–5748, 5750: Polizeiberichte über die völkischen und rechtsgerichteten Organisationen in München 1920–1932. StA, AG 37989 Registerakten. In die Statistik wurden sowohl die großen Verbände, alle Parteien, Soldaten-/Veteranenorganisationen, Jugend- und Studentenorganisationen, als auch kleine Gruppierungen, wie etwa der TAT-Leserkreis oder der Paul-de-Lagarde-Verein, aufgenommen. Die Lageberichte sind ein ausreichender Sensor für den Erfolg einer Gruppierung. Jede auffällige Mitgliederentwicklung oder Veränderung wurden hier registriert. Die Münchner Polizei und die Registerakten des Amtsgerichtes erfaßten nicht alle Organisationen lückenlos. Die wichtigsten sind jedoch dokumentiert. 22 kleinere Gruppierungen lassen sich 1925–1932 nicht eindeutig als rechtsradikal, rechtskonservativ oder monarchistisch orientiert einordnen. Diese werden daher in der Statistik nicht mit berechnet. Als rechtskonservativ wurden Parteien wie etwa die BVP und die DVP, sowie Organisationen wie der föderalistische „Bayernbund“ oder der TAT-Leserkreis eingestuft. Diese Organisationen vertraten im Gegensatz zu den hier als rechtsradikal aufgeführten Verbänden keinen radikalen Antisemitismus und Rassismus, extremen Nationalismus und völkisches Gedankengut und verfolgten nicht als Hauptziel die Zerstörung der Weimarer Republik. Als spezifisch „völkisches“ Gedankengut gilt die variantenreiche Uminterpretation des deutschen Volkes zur „nordischen Rasse“ und zugleich zum „Herrenvolk“, das zur rücksichtslosen Durchsetzung seiner angeblichen Führungsrolle in der Welt bestimmt sei. Damit verband sich eine romantisierte und mystisch verklärte Betonung des Volkstümlichen als höchsten, normstiftenden Wert sowie die Bekämpfung aller der Führungsrolle hinderlichen Faktoren mittels Rassismus und Antisemitismus: Deutschvölkischer Katechismus, S. 3 ff. Zu den rechtsradikalen Organisationen zählen DNVP oder VVM, als völkische gilt z. B. der DVOB oder auch der „Tannenbergbund“.

200 Mitgliedern,⁵⁷ der „Deutschvölkische Offiziersbund“ bis 1926 mit 400 bis 500 Mitgliedern und weniger als 300 Ende 1927,⁵⁸ der „Nationalsoziale Volksbund“ mit 200 bis 300 Mitgliedern,⁵⁹ der „Deutschvölkische Turnverein“ mit über 200 Mitgliedern,⁶⁰ der „Tannenbergbund“ mit mindestens 500 Mitgliedern,⁶¹ die „Thule-Gesellschaft“ mit rund 40 bis 60 Mitgliedern.⁶² Die Mitgliederzahlen aller übrigen aktiveren völkischen Organisationen, des „Frontkriegerbundes“, der „Altreichsflagge“, des „Blücherbundes“, der „Reichsflagge“, der „Rossbachorganisation“, des „Bundes Wiking“ und der Münchner Ortsgruppe des „Wehrwolfs“, bezeichneten die Polizeiquellen regelmäßig als „unbedeutend“.⁶³ Von den rechtsradikalen Organisationen rangierten der „Stahlhelm“ (SH) mit mindestens 400 bis 500 Mitgliedern⁶⁴ und der „Verein Vaterländischer Bezirksverbände München“ (VVM) mit mindestens 400 Mitgliedern an der Spitze.⁶⁵ Der weitaus stärkste monarchistische Verband in der Stadt, der „Bayerische Heimat- und Königsbund“ (BHKB), konnte Anfang 1928 auf gut 1000 Mitglieder zählen.⁶⁶ Zu allen diesen unterschiedlichen politischen Organisationen kamen noch Dutzende von Leser- und Diskussionskreisen hinzu. Manche Verbände unterhielten auch eigene Jugendorganisationen, wie etwa der Stahlhelm. Lässt man die Mitgliederzahlen der NSDAP außer Acht, so organisierten sich 1925 bis 1928 schätzungsweise mindestens 6000 bis 7000 Münchner in rechtsradikalen, monarchistischen und rechtskonservativen Gruppierungen.⁶⁷ Hier bot sich theoretisch für jede künftige Expansion der NSDAP ein großes Potential.

⁵⁷ StA, Lagebericht 60 (8. 10. 1927), S. 15. Ebenda 84 (16. 9. 1929), S. 4. Ebenda 88 (23. 12. 1929), S. 12.

⁵⁸ Politische Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel I.2., Anm. 56. StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 21. Ebenda 60 (8. 10. 1927), S. 15.

⁵⁹ HStA, Minn 81644: PND 547 (7. 8. 1926). Ebenda: Vermerk PDM o. w. A. StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 16.

⁶⁰ Politische Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel I.2., Anm. 56. StA, Lagebericht 44 (25. 2. 1926), S. 24.

⁶¹ Im Sommer 1926 waren dem TBB der DVOB, der „Deutsche Frontkriegerbund“ und die „Altreichsflagge“ angeschlossen: StA, Lagebericht 49 (22. 6. 1926), S. 20. Diese Organisationen wurden im Herbst 1928 zur Ortsgruppe München des TBB umbenannt: Ebenda 71 (28. 11. 1928), S. 25. Daher verfügte der TBB in München mindestens über die Mitgliederstärke dieser Organisationen. Allein der DVOB umfaßte zwischen 300 und 500 Mitglieder. Vgl. generell StA, Lageberichte 1926–1928.

⁶² Politische Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel I.2., Anm. 56. Gilbhard, Thule, S. 166.

⁶³ Vgl. Kapitel I.2., Anm. 56.

⁶⁴ Diese Zahl ergibt sich aus der Summe der dem Stahlhelm korporativ angeschlossenen oder mit ihm fusionierten Organisationen (Vgl. Kapitel I.2., Tab. 1). Vermutlich war die tatsächliche Mitgliederzahl des Stahlhelms bis 1928 um einiges höher.

⁶⁵ StA, Lagebericht 73 (31. 1. 1929), S. 24. Nachdem die VVM seit 1926 eine massive Krise durchlebten, dürfte die Mitgliederzahl 1925–1928 um einiges höher gewesen sein.

⁶⁶ StA, Lagebericht 74 (23. 2. 1929), S. 20. Zwischen 1925 und 1929 hatte der Bund seine Mitgliederzahl in ganz Bayern von 60000 auf gut 120000 verdoppeln können: StA, Lagebericht 52 (15. 11. 1926), S. 30, und ebenda 73 (31. 1. 1929), S. 25. Möglicherweise betraf diese Entwicklung auch München.

⁶⁷ Von fünf größeren Organisationen, die in München eine Ortsgruppe führten („Alldeutscher Verband“, „Bayernwacht“, „Bürgerrat“, „Deutschnationaler Handlungsgehilfen-

Tab. 1: Zusammenschlüsse und Fusionen rechtsgerichteter Verbände in München und Bayern 1925–1933⁶⁸

Organisation	Zusammenschluß	Auflösung/endgültige Fusion
„Deutschsoziale Partei“ „Nationalsozialer Volksbund“	Dez. 1925 mit DVFP	Sept. 1928 Auflösung DVFP Jan. 1927 Mitglieder zu DVFP
„Altreichsflagge“	Sept. 1926 mit Tannenbergbund	Okt. 1928 mit Tannenbergbund
„Kaeßkompanie“ ⁶⁹		1926 mit Stahlhelm
„Bund Oberland“	1926 Teile zum Stahlhelm	Herbst 1931 mit Stahlhelm
„Verein Freie Bürger“	1926 mit Stahlhelm	
„Bund Wiking“	1926 mit Stahlhelm	
„Bayerischer Treubund“	1927 mit Stahlhelm	
„Reichsflagge“	1927 mit Stahlhelm	März 1929 mit Stahlhelm
„Deutscher Frontkriegerbund“	Juni 1928 mit Tannenbergbund	
„Deutschwölkischer Offiziersbund“	Okt. 1928 mit Tannenbergbund	
„Vereinigte Vaterländische Verbände München“	Nov. 1930 Teile zu Bayerischem Heimatschutz (BHS) Nov. 1927 Teile zu BBUr	März 1929 mit Stahlhelm
„Bund Bayern und Reich“ (BBuR)		März 1929 zum Stahlhelm
„Deutscher Frontkämpferbund“	Dez. 1928 Teile zu BHS März 1931 Teile zum Stahlhelm	März 1931 mit BHS

verband“, „Frontkriegerbund“), und 103 Kleinstgruppierungen fehlt jeder Hinweis auf die Mitgliederstärke. Die Schätzzahl ergibt sich, wenn sämtliche verfügbaren Daten (Vgl. Kapitel I.2., Anm. 56) mit einer durchschnittlichen fixen Ziffer für die Organisationen ohne Daten zusammengezählt werden. Die fünf größeren Verbände werden mit je 100 theoretischen Mitgliedern gezählt, die kleineren mit 10. Diese Summe ist nur eine Mindestschätzung. Zum Beispiel verfügte der Handlungsgehilfenverband bereits 1921 als drittgrößter Angestelltenverband im Reich über 264 000 und 1925 in Bayern über 19 000 Mitglieder. Somit dürfte die Organisation in München wohl mehr als 100 Mitglieder besitzen haben: Politische Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel I.2., Anm. 56. Hamel, Handlungsgehilfen-Verband, S. 174.

⁶⁸ VK 354 (24. 12. 1925), „Zusammenschluß der DVFP mit den Deutschsozialen“. StA, Nürnberg, Slg Streicher 92: Reichsparteitag der DSP in Leipzig 31. 7. 1920–2. 8. 1920: Bericht des Münchner Vorsitzenden Sesselmann.

HStA, MIInn 81633, 81643 und 81644: Vermerke des Bayerischen Innenministeriums und Polizeiberichte über den NSVB 1925–1927. Hier insbesondere HStA, MIInn 81644: Vermerk, verm. PDM, o. w. A., über die Auflösung des bayerischen NSVB auf dessen Landesversammlung am 9. 1. 1927 und über die Eingliederung in die DVFP als deren Landesverband Bayern. Lageberichte der PDM 1925–1932. Nußer, Wehrverbände, S. 292 f., 300. Politische Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel I.2., Anm. 56. Nachrichtenkonferenz 24. 10. 1925: Kapitel I.2., Anm. 68.

⁶⁹ Die 1926 rund 100 Mitglieder starke „Kaeßkompanie“ erfaßte die Reste der ehemaligen Roßbachorganisation und bildete 1924 die getarnte ehemalige 20. Kompanie der Münchner SA aus der Zeit vor dem „Hitlerputsch“: Vgl. Kapitel I.2., Anm. 56.

Die Jahre zwischen 1925 und 1929 brachten für die rechtsgerichteten Organisationen Münchens dramatische Veränderungen, einen Konzentrationsprozeß, an dessen Ende für einen Großteil die Fusion oder Auflösung stand (Tabelle 1). Schon im Herbst 1925 hatte die Münchner Polizei den schleichenden Bedeutungsverlust der völkisch-nationalsozialistischen Organisationen im gesamten Reich beobachtet und attestierte besonders solchen in Nord- und Süddeutschland „einen Zustand weitgehender Zersetzung“.⁷⁰ Die Zusammenschlüsse von Organisationen begannen in München 1925 und verstärkten sich 1927 und 1928, waren jedoch letztendlich nur Etappe auf dem Weg zur endgültigen Auflösung bzw. Fusion. Die Aufgabe des eigenen organisatorischen Gerüsts folgte meist bis zwei Jahre später. Drastische Beispiele boten der jahrelange Verfall der noch im Sommer 1920 rund 300 Mitglieder starken Münchner Ortsgruppe der „Deutschsozialen Partei“⁷¹ oder des bayerischen „Nationalsozialen Volksbundes“ (NSVB).⁷²

Den Polizeiberichten 1927 und 1928 zufolge waren die Ursachen der Krise zu meist die fehlenden Nahziele, Lethargie, Streitigkeiten und Desinteresse der Mitglieder, die kontinuierliche Mitgliederverluste nach sich zogen. Dies galt auch für etliche Verbände, die nicht fusionierten, und erfaßte ab 1927 die gesamte „Vaterländische“ Bewegung in Bayern.⁷³ Ein Indiz für diese Situation war beispielsweise die geringe Resonanz der VVVB-Kundgebung am 4. November 1928 anlässlich des 10. Jahrestages der Revolution. Nur 2500 Teilnehmer, darunter Abteilungen des „Bayerischen Heimat- und Königsbundes“ (BHKB), des „Bundes Bayern und Reich“ (BBuR), des „Deutschen Offiziersbundes“, des „Deutschen Frontkämpferbundes“, des „Bürgerrates“ und der „Vereinigten Vaterländischen Verbände München“ (VVM), waren erschienen.⁷⁴ Die meisten Organisationen, deren Existenz die Polizei 1929–1932 nicht mehr registrierte, zählten zuvor zu den kleineren Gruppierungen mit 10–50 Mitgliedern, so etwa der „Bayerische Treubund“, der „Bund Wiking“, der „Verein Freier Bürger“ oder die „Reichsflagge“. Von den Fusionen profitierten nur der „Stahlhelm“, der „Bayerische Heimatschutz“ (BHS) und der allerdings stets sehr kleine „Tannenbergbund“ (TBB). Der Zusammenschluß von „Altreichsflagge“, „Deutschem Frontkriegerbund“ und „Deutschvölkischem Offiziersbund“ bildete die Basis der Ortsgruppe München des TBB.⁷⁵ Die VVM, die durch ihr Verhalten im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch vermutlich ein Drittel ihrer Mitglieder verloren hatten,⁷⁶ zogen nur bis 1925 aus den Mitgliederverlusten anderer Verbände Nutzen und wurden anschließend von der allgemeinen Krise der Verbände mitgerissen.

⁷⁰ BA, Berlin, R 15.07, 67100: Nachrichtenkonferenz der Länderinnenministerien in Darmstadt am 24. 10. 1925: Vortrag über die Rechtsbewegung im Reich.

⁷¹ VK 354 (24. 12. 1925), „Zusammenschluß der DVFP mit den Deutschsozialen“. StA, Nürnberg, Slg Streicher 92: Reichsparteitag der DSP in Leipzig 31. 7.–2. 8. 1920: Bericht des Münchner Vorsitzenden Sesselmann.

⁷² Vgl. Kapitel I., Anm. 56.

⁷³ Vgl. StA, Lageberichte 1925–1929. Nußer, Wehrverbände, S. 267 ff.

⁷⁴ StA, Lagebericht 71 (28. 11. 1928), S. 28.

⁷⁵ Im Sommer 1929 verließ der „Frontkriegerbund“ den Verband wieder: StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 8 f.

⁷⁶ Politische Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel I.2., Anm. 56.

1929 und in den folgenden Jahren bis Ende 1932 registrierte die Münchner Polizei neben der NSDAP nur noch 18 bedeutendere rechtsradikale und völkische, drei größere monarchistische und 21 rechtskonservative Organisationen. Dazu kamen noch einige sehr kleine Organisationen, welche die Polizei nicht mehr erfaßt hatte, da sie weder besondere politische Aktivitäten zeigten noch erkennbare Bedeutung erlangt hatten.⁷⁷ Selbst wenn man die Existenz dieser Gruppierungen noch in Rechnung stellt, hatte sich die Szenerie dramatisch verändert, denn etwa die Hälfte der rechtsgerichteten Organisationen war 1929 verschwunden.⁷⁸ Läßt man die Parteien außer Acht, organisierten sich in derartigen politischen Gruppierungen schätzungsweise nur mehr 4000 Münchner, 2000–3000 weniger als in den Jahren bis 1928.⁷⁹ Der Stahlhelm war in Bayern bis 1929 außer in München fast nur in Franken, hauptsächlich im Coburger Land, vertreten. Erst 1930 ließ sich der Landesverband in das Vereinsregister eintragen, gewann jedoch im Süden Bayerns weit weniger Mitglieder als im Norden. Der Münchner Stahlhelm stagnierte seit Beginn des Jahres 1932 und umfaßte im Oktober nur noch rund 500 Mitglieder.⁸⁰ Ähnlich wie für den Stahlhelm lassen die von der Polizei registrierten Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände, mit Ausnahme des TBB, auf Mißerfolg und Stagnation schließen. Nur der Münchner TBB konnte seine Mitgliedschaft, die noch vor 1929 rund 500 betrug, bis 1932 vergrößern.⁸¹ Dagegen verlor etwa der BdO in den Jahren bis zum Herbst 1932 den größten Teil seiner bayerischen Mitglieder. Die meisten wechselten zur SA, und auch der beim BdO verbliebene Rest fühlte sich der NSDAP nahe. Durch die Eintritte seiner Mitglieder in verschiedene Organisationen entstand für den Münchner Bund Oberland im April 1932 eine kuriose Situation: Die rund 200 Männer bildeten drei Züge, von denen zwei die Ortsgruppe des Stahlhelms stellten und der dritte die Ersatzorganisation für den im Zuge des SA/SS-Verbotes in den Untergrund gegangenen SS-Sturmabteilung II.⁸² Die Münchner Ortsgruppe zählte im Oktober 1932 nur noch 60 Mitglieder.⁸³ Die Münchner Mitgliedschaft des BBuR, der im Herbst 1928 in Bayern 40 000 Mitglieder besaß,⁸⁴ fand in den Polizeiquellen keinen Niederschlag.

⁷⁷ Vgl. Kapitel I.2., Anm. 56.

⁷⁸ Selbst die Organisationen, die sich nicht eindeutig einordnen ließen, gingen um beinahe die Hälfte zurück.

⁷⁹ Vgl. Kapitel I.2., Anm. 56. Die Summe der bekannten Mitgliederzahlen, ergänzt durch eine fixe Mitgliederzahl für Organisationen, über die keine Daten bekannt sind, ergibt diese Zahl. Für die großen Organisationen, für die keine Daten bekannt sind, werden hypothetisch 100 Mitglieder gerechnet, für die kleineren Gruppierungen 10. Diese Schätzung geht von dem hypothetischen Fall aus, daß der Mitgliederstand einer Organisation, etwa des BHKB, von 1200 im März 1930 auch noch im Dezember 1932 galt. Daher dürfte die tatsächliche Gesamtzahl noch von der genannten Ziffer abweichen. Dennoch könnte auch eine solche Abweichung den Trend nicht aufheben.

⁸⁰ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 10. Auch an den Geländeübungen des Stahlhelms 1930/1931 nahmen jedesmal zwischen 300 und 500 Münchner teil: StA, Lageberichte 1930 und 1931, Rubrik „Aus der Rechtsbewegung“. Nußer, Wehrverbände, S. 292 und 301.

⁸¹ StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 7.

⁸² StA, PDM 6824: Polizeinachrichtendienst vom 18. 4. 1932 über den Bericht eines Polizeinformanten.

⁸³ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 10 f.

⁸⁴ Nußer, Wehrverbände, S. 291.

Im Gegensatz zum erfolgreichen Landesverband des BHS, der von 30 000 Mitgliedern Anfang 1930 und 40 000 Mann am Jahresende bayernweit zur mitgliederstärksten Wehrorganisation mit 50 000 Mitgliedern Ende 1932 aufstieg,⁸⁵ war dessen Münchner Ortsgruppe weniger Erfolg beschieden. Mit knapp über 100 Mitgliedern im Oktober 1930, die meisten davon auf der Schwanthalerhöhe, war München noch 1931 einer der kleinsten bayerischen BHS-Verbände.⁸⁶ Der monarchistische BHKB führte in München noch im Frühjahr 1930 1240 Mitglieder, verlor jedoch Teile davon vermutlich schon im Winter des Jahres infolge innerer Krisen.⁸⁷ In der 1932 aufgelösten Thule-Gesellschaft waren nach der Wiedergründung im April 1933 etwa 70 Münchner aktiv.⁸⁸

Presse und Verlage

In einer Zeit ohne Fernsehen und Radio trugen die Zeitungen als grundlegendes Medium zur Bildung politischer Meinung bei, besaßen allerdings höchstens fördernde, jedoch keinesfalls wahlentscheidende Wirkungsmacht. Sie waren mehr ein Seismograph und zugleich „Katalysator politischer Prozesse“ und Mentalitäten bzw. Gefühle als ein bestimmender, richtungweisender Faktor.⁸⁹ Die der BVP nahestehenden Tageszeitungen, der „Bayerische Kurier“ mit einer bayernweiten Auflage von rund 30 000, das „Neue Münchner Tagblatt“ (seit 1932 BVP-nahe) sowie die „Bayerische Staatszeitung“ mit einer bayernweiten Auflage von 20 000 bis 30 000, die der Öffentlichkeitsarbeit der bayerischen Staatsregierung diene, lehnten die NSDAP grundsätzlich ab. Dies bewies besonders der „Bayerische Kurier“ durch seine detaillierten Analysen über Hitler und die NSDAP. Die sozialdemokratische „Münchner Post“ mit einer Münchner Auflagenhöhe von 15 000 im Jahre 1933 und die kommunistische „Neue Zeitung“ mit einer Münchner Auflage von 2500 bis 3000 traten als offensive und kompromißlose Gegner der NSDAP auf. Besonders die von ihrem weitreichenden Informantennetz mehr oder minder zutreffend informierte „Post“ berichtete immer wieder über Partei-interna und eröffnete 1931/1932 eine breit angelegte Kampagne gegen den Stabschef der SA, Ernst Röhm.⁹⁰ Allerdings nahm die „Post“, entsprechend der Haltung der bayerischen SPD-Führung, die Nationalsozialisten bis 1929 kaum ernst. Erst mit den wachsenden Wahlerfolgen der NSDAP gingen SPD und „Post“ zu einer scharfen Auseinandersetzung über.⁹¹ Die der DNVP nahestehenden Tageszeitungen „Münchner Augsburgischer Abendzeitung“ (MAA), „Münchner Zeitung“ (MZ) und „Münchner Neueste Nachrichten“ (MNN) pendelten der NSDAP gegenüber bis zum „Hitlerputsch“ 1923 zwischen zeitweiliger Anbiederung und

⁸⁵ Ebenda, S. 318, S. 323 und 350.

⁸⁶ StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 13. Nußer, Wehrverbände, S. 328.

⁸⁷ StA, Lagebericht 90 (8. 4. 1930), S. 20. Ebenda 96 (23. 1. 1931), S. 13. Ebenda 101 (9. 6. 1931), S. 7.

⁸⁸ Gilbhard, Thule, S. 168 ff. HStA, MInn 81588: Thule-Bote 1 (März 1933): Thule-Versammlung im März 1933.

⁸⁹ Im Folgenden: Hoser, Tagespresse, S. 97–100, 592, 981 ff., 1051 ff.

⁹⁰ Ebenda, S. 113–119, 711 f. und 981.

⁹¹ Kral, SPD, S. 107 ff. und 167–175.

grundlegender Sympathie einerseits und partieller Kritik andererseits.⁹² Kurzzeitig übten einzelne Nationalsozialisten, darunter der Gesellschafter der MAA, Lehmann, oder auch Ludendorff starken Einfluß aus. Nach dem Putsch brachen diese Zeitungen mit den Nationalsozialisten. Die bayernweite Auflagenhöhe der MNN schwankte zwischen 130 000 und 140 000. Die MAA halbierte zwischen 1922 und 1927 ihre gesamt-bayerische Auflage von ursprünglich 26 000, konnte sie jedoch bis 1932 wieder auf 27 800 steigern. Die MZ schwankte zwischen 90 000 und über 100 000 bayernweit und 70 000 bis 80 000 Leser in München. Nach dem nationalsozialistischen Wahlerfolg vom Herbst 1930 sympathisierte die MAA, im Gegensatz zur ablehnenden Haltung der MNN, erneut mit der NSDAP und wich nur im Herbst 1932 von diesem Kurs ab. Zugleich war der latente Antisemitismus mancher Redakteure offenkundig, obwohl die MAA offiziell den „Radauantisemitismus“ der NSDAP ablehnte. Durch seine Haltung vermittelte das Blatt seiner Leserschaft einen Zugang zu dieser Partei und förderte sie damit wesentlich.

München war in den Weimarer Jahren eines der bedeutendsten deutschen Verlagszentren und stand 1927 mit insgesamt 171 Unternehmen und knapp 1700 Titeln unter den deutschen Verlagsorten hinter Berlin und Leipzig an dritter Stelle.⁹³ Die 1925 bis 1933 in München tätigen rechtsradikalen Verleger arbeiteten keineswegs geschlossen für die NSDAP oder ausschließlich in deren Sinne. Sie spiegelten jedoch die weite Verbreitung der Sympathien für nationalsozialistisches Gedankengut und förderten durch ihre Publikationen den Nährboden für den Aufstieg der NSDAP. Die Größe ihrer Leserschaft ist allerdings ebensowenig faßbar wie der tatsächliche Einfluß der Verlage, den die stark rückläufigen Verkaufszahlen im Buchhandel gerade in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg nachhaltig schmälerten. Einzelne Verleger, wie etwa Julius F. Lehmann, Hugo Bruckmann, Karl Baur oder in den Jahren bis 1923 auch Dietrich Eckart, besaßen, über die publizistische Wirkung hinaus, für die NSDAP große Bedeutung als Geldgeber und Verbindung zur gehobenen Gesellschaft Münchens. Lehmann und Bruckmann gehörten überdies zu den 21 bedeutendsten Münchner Verlagen. Unter den Münchner Verlagen stellten die rechtsradikalen Unternehmen nur eine kleine Gruppe. Die meisten hiervon waren von sehr geringer Größe und gehörten häufig der völkisch-pseudoreligiösen Szenerie an, wie etwa der „Asgard-Verlag“, der „Druiden-Verlag“ oder der esoterisch-rassenideologische „Verlag Deutsche Freiheit“. Zu den bekannteren Unternehmen zählte der schon 1915 entstandene „Hoheneichen-Verlag“ Dietrich Eckarts, der ab 1918 das antisemitische Pamphlet „Auf gut Deutsch. Wochenschrift für Ordnung und Recht“ verbreitete. Am Ende der zwanziger Jahre entwickelte sich der Verlag zum Hausunternehmen des Rosenbergschen „Kampfbundes für deutsche Kultur“ und wurde schließlich 1929 weitgehend vom Eher-Verlag übernommen. Größere Bekanntheit erlangte auch der 1929 von Ludendorff gegründete „Ludendorffs-Volkswarte-Verlag“, der die

⁹² Im Folgenden: Hoser, Tagespresse, S. 691–697, 702 ff., 981, 988, Anm. 16, S. 1035 f.

⁹³ Im Folgenden: Wittmann, Buchkultur, S. 117, S. 122–125, S. 135–139 ff. Ulbricht, Völkische Publizistik, S. 131–136. Auerbach, Trommler, S. 69. Hoser, Tagespresse, S. 691. Ders., Parteiverlag, S. 137. Wilhelm, Dichter, S. 118–127. Vgl. auch: Flemmer, Verlage in Bayern.

gleichnamige Zeitschrift verbreitete. Bis 1929 hatte Ludendorff seine gegen Juden und – seit Mitte der zwanziger Jahre – auch gegen die katholische Kirche sowie die Nationalsozialisten gerichteten Schriften im Selbstverlag publiziert. Besondere Bedeutung besaß der Verlag Julius F. Lehmann, der wesentlich zur weiten Verbreitung rechtsradikaler Literatur im gesamten Reich beitrug. Dessen Renommee als einer der führenden deutschen Verlage für medizinische Fachliteratur erhöhte die Akzeptanz seiner antisemitischen und extrem nationalistischen Produkte. Lehmann gab seit 1917 die radikal nationalistische und antisemitische Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“ und seit 1926 die Zeitschrift „Volk und Rasse“ heraus, ließ mit hohen Auflagen die prominenteren zeitgenössischen Antisemiten und „Rassentheoretiker“ bekannt werden und machte Antisemitismus und extremen Nationalismus durch billige Flugschriften und Bücher einer breiten Leserschicht zugänglich. Die Buchreihe mit dem Titel „Unbesiegt“ popularisierte unter Mitarbeit ehemaliger hochrangiger Militärs die „Dolchstoßlegende“. Lehmann, der sich zeitweilig führend im „Alldeutschen Verband“ und in der Thule-Gesellschaft betätigte, besaß als Gesellschafter in den frühen zwanziger Jahren auch in der MAA Einfluß. 1919 gründete er den „Deutschen Volksverlag“, der nun unter Leitung des Nationalsozialisten und Führungsmitglieds des Münchner „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“, Ernst Boepple, gezielt völkisch-antisemitische Propaganda betrieb und 1922 sogar das Parteiprogramm der NSDAP herausgab. Die größte Bedeutung unter den rechtsradikalen Verlagen besaß jedoch der Parteiverlag der NSDAP „Franz Eher Nachf.“, der anfangs unter Leitung Dietrich Eckarts stand und ab 1924 von Max Amann geführt wurde. Der Verlag gab den „Völkischen Beobachter“ heraus, veröffentlichte die Publikationen der Nationalsozialisten, darunter 1925 Hitlers „Mein Kampf“, und druckte Propagandamaterialien. Bis 1931 erreichten die Verlagstitel eine Auflage von fast zweieinhalb Millionen und steigerten sich 1932, vermutlich vor allem durch Wahlkampfbroschüren, auf 10 Millionen. Zwei weitere aus der Gruppe der 21 bedeutendsten Münchner Verlage schufen seit 1931 ebenfalls ein für die NSDAP günstiges Klima, obwohl beide noch in der Prinzregentenzeit liberale und weltoffene Positionen vertreten hatten: Albert Langen und Georg Müller. Die politische Kursänderung des Verlagsangebotes entstand durch ihren Verkauf an den „Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen-Verband“ (DHV) und der damit verbundenen Fusion im Jahr 1931. In dem neuen Verlag publizierten nun auch völkisch-rechtsradikale Schriftsteller wie Hanns Johst, Hans Grimm, Erwin Guido Kolbenheyer oder Hans Friedrich Blunck.

Die Parteienlandschaft

Die NSDAP sah sich 1925 bis 1933 in München einer Vielzahl von politischen Gegnern und Konkurrenten gegenüber. Die SPD und die 1918 aus dem bayerischen Zentrum entstandene „Bayerische Volkspartei“ (BVP) waren ein großes Hindernis für einen durchschlagenden Erfolg in der Stadt. Ohnehin mußte die NSDAP damit rechnen, daß Münchens Status als Landeshauptstadt sämtliche Parteien motivierte, ihre Organisation in der Stadt sozusagen als „Aushängeschild“ möglichst erfolgreich und umfassend auszubauen.

Tab. 2: Mitgliederstand der Münchner BVP 1925–1931

1925	1928	April 1929	Ende 1929	1930	Mai 1931
11 700	14 000	14 700	15 300	15 900	16 000

Die BVP konnte sich in München in diesen Jahren auf die im bayerischen Vergleich vermutlich bestausgebaute und mitgliederstärkste Kreisorganisation stützen.⁹⁴ 37 Stadtteilorganisationen, die wiederum mit über 1000 Obmännern und Vertrauensleuten in den Stimmbezirken arbeiteten, sowie mehrere berufsständische Unterorganisationen unterhielten ein reges Vereinsleben. Der Kreisverband richtete, sozusagen als innerparteilicher Vorreiter, eine eigene Jugendorganisation ein und besaß seit der zweiten Jahreshälfte 1924 einen effizienten Saalschutz, aus dem sich schließlich die „Bayernwacht“ entwickelte. Das Organ des Kreisverbandes namens „Treu zur Fahne“ erreichte eine Auflage von rund 50 000. Fritz Schäffer,⁹⁵ seit Mai 1924 Kreisvorsitzender, zeigte sich in den Jahren bis 1933 als ebenso charismatisch-zugkräftiger wie durchsetzungsfähiger Politiker und war seit 1929 zugleich Landesvorsitzender der BVP. Er stand Republik und Parlamentarismus eher reserviert gegenüber und tendierte lange zu weitgehender Indifferenz und Toleranz gegenüber dem Rechtsradikalismus. Die nationalsozialistische Gewalt im Frühjahr 1923 und schließlich der „Hitlerputsch“ ließen Schäffer jedoch bald zum Gegner der NSDAP werden – auch wenn er im Sommer 1932 aus Parteitaktik kurzzeitig für Koalitionsverhandlungen mit der Partei plädierte. Schäffer war eng mit dem Münchner Bürgermeister der Jahre von 1925 bis 1933, Karl Scharnagl, befreundet, der mit ihm sowohl die reservierte Haltung gegenüber der Republik als auch die Gegnerschaft zur NSDAP teilte.⁹⁶ Schäffers Engagement wie auch die Stärke der Münchner BVP waren vermutlich mit ein Grund dafür, daß der BVP-Wählerblock⁹⁷ gleichermaßen wie die Mitgliederzahlen des Kreisverbandes⁹⁸ bis 1933 relativ stabil blieben.

⁹⁴ Im Folgenden: „Treu zur Fahne“ 1924–1929, insbesondere Nr. 1 (27. 4. 1929) und Nr. 1 (1. 8. 1930). Vgl. auch Altendorfer, Schäffer, S. 284 f., 288 ff. und 392 f.

⁹⁵ Im Folgenden: Altendorfer, Schäffer, S. 166, 188 ff., 249–257, 284, 295 und 299–304. Röhm charakterisierte Schäffer in seinen Memoiren als Politiker, „der ja alle deutschen Nationalsozialisten wie die Hölle haßte und zweifellos der entschlossenste Widersacher von uns war“. Zitiert nach Altendorfer, Schäffer, S. 196. Zu Schäffers Indifferenz vgl. v. a. seine Rede im Bayerischen Landtag im November 1922 anlässlich der Diskussionen über ein SA-Verbot: Wiesemann, Vorgeschichte, S. 19. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Schäffer kurzzeitig bayerischer Ministerpräsident und schließlich Bundesfinanzminister; vgl. die umfassende Biographie: Altendorfer, Schäffer.

⁹⁶ Rudloff, Notjahre, S. 355.

⁹⁷ Vgl. Anhang 1.1., Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

⁹⁸ „Treu zur Fahne“ 4 (1925), 3 (1926), 2 (1927), 4 (1928), 1 (1929), 1 (1. 8. 1930), jeweils „Aus unserem Kreisverband“; ebenda 1 (Mai 1931), „Ein Jahr erfolgreicher Arbeit“.

Die „Bayernwacht“, die Wehrorganisation der BVP,⁹⁹ zählte in München und Umgebung im März 1933 vermutlich 1500 Mann in ihren Reihen.¹⁰⁰ Wenngleich die Quellen für die folgenden Jahre keine Informationen über die Mitgliederstärke des Kreisverbandes geben, so dürfte ein drastischer Rückgang dieser Zahl wenig wahrscheinlich sein. Die Nationalsozialisten hätten dies früher oder später registriert und ohne Zweifel sofort propagandistisch ausgenutzt. Möglicherweise ist auch die relative Stabilität des BVP-Wählerblockes bis 1933¹⁰¹ für die Stabilität der Mitgliedschaft ein Indiz. Dieser Block basierte wesentlich auf dem katholischen Milieu Münchens, im Kern das breite kirchliche und kirchennahe Vereinswesen, das personell eng mit den Organisationsstrukturen der BVP verzahnt gewesen sein dürfte.

Von den Münchner Ortsgruppen der „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) und der „Deutschen Volkspartei“ (DVP) sind keine Mitgliederzahlen bekannt. Die Ortsgruppe der „Bayerischen Mittelpartei“ war noch 1922, d. h. vor der Abspaltung eines völkischen Flügels unter Buttman und Xylander, rund 2500 Mitglieder stark. 1928 zählte sie, mittlerweile zur DNVP umbenannt, nur mehr 700 Mitglieder.¹⁰² Es ist unwahrscheinlich, daß die Mitgliederzahl, nimmt man ihre Wahlerfolge 1928 als Anhaltspunkt,¹⁰³ jemals die Höhe der BVP, SPD oder der NSDAP erreichte. Als sich der bayerische DNVP-Vorsitzende Hilpert für das Jahr 1929 einen landesweiten Mitgliederstand von 15000 zum Ziel setzte, erreichte die DNVP dieses Ziel keineswegs, sondern mußte 1929 und 1930 sogar Mitgliederverluste hinnehmen.¹⁰⁴

München war während der gesamten Weimarer Jahre neben Nürnberg eine der Hochburgen der bayerischen KPD. Die Stadt verzeichnete die höchsten Mitgliederzahlen unter den bayerischen KPD-Unterbezirken und zugleich besonders hohe Wahlergebnisse. Dennoch war auch die Münchner KPD der für die Partei generell charakteristischen extremen Mitgliederfluktuation ausgesetzt¹⁰⁵ und verlor während ihres bayernweiten Verbotes vom 11. November 1923 bis Ende Februar 1925 rund die Hälfte ihrer Mitglieder.

⁹⁹ Zur Organisation vgl. BA, R 15.01 RMdI/26149/1: Lageberichte der Nürnberger Polizeidirektion vom 18. 12. 1930, S. 2f. und vom 5. 11. 1932, S. 14 ff.

¹⁰⁰ Lorant, Tagebuch, S. 20: Lorant erfuhr am 9. 3. 1933 telefonisch, daß „die 1500 Mann starke Bayernwacht [...] in Pasing und in den Vorstädten“ auf den Befehl warte, der Regierung zu helfen.

¹⁰¹ Vgl. Anhang 1.1., Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

¹⁰² Hoser, Tagespresse, S. 702, Anm. 67.

¹⁰³ Vgl. Anhang 1.1., Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

¹⁰⁴ HStA, NL Hilpert: Protokollbuch der Landesausschußsitzungen der bayerischen DNVP: Sitzungen vom 16. 2. 1929 und vom 28. 3. 1931: Der Rückgang der Beitragseinnahmen der bayerischen DNVP im Jahr 1930 im Vergleich zum Vorjahr um rund 40 Prozent läßt durchaus auf einen Mitgliederrückgang schließen.

¹⁰⁵ Mehringer, KPD, S. 6, 14, 18f., 20, 26–33 sowie 27 (Tabelle 3) und 37 (Tabelle 8). StA, Lageberichte 1925–1932.

Tab. 3: Mitgliederstand der Münchner KPD und einiger KPD-Unterorganisationen 1919–1932¹⁰⁶

KPD	Kommunistischer Jugendverband Deutschland	Roter Frontkämpferbund/Kampfbund gegen den Faschismus	Rote Hilfe
1919–1921	über 3000		
Feb. 1925	1500		
Juni 1925	über 1000		
April 1926	960	Mai 1926	100
März 1927	800	März 1926	über 1000
	März 1927	Feb. 1927	3000
	Nov. 1927		
Aug. 1928	1400	Feb. 1928	320
Okt. 1928	700	Jan. 1929	200
		Juli 1928	190
		Okt. 1928	300
		Anf. 1929	1700
		2. Hälfte 1929	2000
	1931		
	1932		
Jan. 1932	2000		
Mai 1932	1400		
Okt. 1932	3500	Ende 1932	500–700
			Mai 1932
			4500

Die KPD-Jugendorganisation, die sehr starkem polizeilichem Verfolgungsdruck ausgesetzt war, besaß möglicherweise über die eingeschriebenen Mitglieder hinaus einen noch weit größeren Sympathisantenkreis. Wesentlich mehr Mitglieder als die Partei selbst dürfte das KPD-nahe Umfeld angezogen haben. Dazu zählten die Münchner Abteilung des 1926 aufgebauten und ab Mai 1929 verbotenen paramilitärischen „Roten Frontkämpferbundes“, dessen Nachfolgeorganisation, der „Kampfbund gegen den Faschismus“, sowie die Fürsorgeeinrichtung „Rote Hilfe“, die der KPD nahestand, jedoch auch SPD-Mitglieder in ihren Reihen hatte. Über die Münchner Abteilung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ sind keine Zahlen überliefert. Der kommunistische „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung Bayern“ verfügte im April 1929 über 3600 Münchner Mitglieder und im Sommer 1931, nach seiner Spaltung nunmehr unter dem Titel „Verband proletarischer Freidenker“, über 800 Mitglieder. Die kommunistischen Sportvereine konnten im Mai 1932 rund 500 Münchner aufweisen. Dazu kamen noch die von der Polizei nicht erfaßten Freizeitorganisationen der KPD.

Die Sozialdemokraten verzeichneten wesentlich höhere Mitgliederzahlen als die KPD. Bereits im gesamt-bayerischen Vergleich schnitt die Partei sehr erfolgreich ab und stand Ende 1926 unter den drei mitgliederstärksten politischen Vereinigungen in Bayern mit über 68 000 Mitgliedern an erster Stelle, gefolgt von Bayerischem Heimat- und Königsbund und BVP mit jeweils 60 000.¹⁰⁷

¹⁰⁶ StA, Lageberichte 1926–1932. Mehringer, KPD, S. 42–55. Alfred Andersch, seit 1932 Organisationsleiter der südbayerischen kommunistischen Jugend, schätzte deren Münchner Mitgliederzahl auf rund 1000; damit war vermutlich jedoch die gesamte Zahl der Sympathisanten gemeint: Ders., Kirschen der Freiheit, S. 38. Vgl. zur bayerischen und Münchner KJVd auch: Mehringer, KPD, S. 42–45.

¹⁰⁷ StA, Lagebericht 52 (15. 11. 1926), S. 30. Kral, SPD, S. 24. Die bayerische SPD schwankte

Tab. 4: Mitgliederstand der Münchner SPD 1919–1932¹⁰⁸

Okt. 1919	Anf. 1926	Anf. 1927	Anf. 1928	1929	Jan. 1930	Jan. 1933
18400	11600	11700	12200	13000	14000	15000

Allerdings verlor die Münchner SPD im Gefolge der Niederschlagung der Münchner Räterepublik zwischen 1919 und 1926 rund 27 Prozent ihrer Mitglieder. Es gelang ihr zwar in den folgenden Jahren, ihre Mitgliedschaft deutlich zu vergrößern, doch den Stand des Jahres 1919 erreichte sie nicht mehr. Die SPD verfügte, wie die BVP, in der Stadt über ein dichtes Netz an Sektionen, die jeweils einen oder mehrere Stadtbezirke erfassten, jeden Straßenzug mit Verbindungsleuten betreuten und ein reges Vereinsleben unterhielten.¹⁰⁹ Das in über einem Dutzend Sport-, Musik-, Freizeit- oder Selbsthilfegruppen organisierte sozialdemokratische Umfeld dürfte noch um ein Vielfaches über die genannten Mitgliederzahlen hinausreichen.¹¹⁰ So hatte etwa allein die Münchner Ortsgruppe des „Arbeiterradfahrbundes Solidarität“ Ende 1925 1300 Mitglieder und steigerte sich mit jährlichen Zuwachsraten von mindestens 200 bis 1931 auf 4289 Mitglieder. Der Münchner Arbeiter-Touristenverein „die Naturfreunde“, der eine Reihe von Berghütten besaß oder angemietet hatte, zählte in den zwanziger und dreißiger Jahren über 3200 Mitglieder. Der sozialdemokratische „Arbeiterverein Kinderfreunde“ zeigte sich in Neuhausen höchst aktiv, veranstaltete regelmäßig Ausflüge für eine größere Gruppe von Kindern und organisierte in seinem Kinderheim ein reges Vereinsleben. Im Spätherbst baute die Münchner SPD mehrere Jugendsektionen auf, um der Abwanderung der Jungarbeiter zur NSDAP vorzubeugen. Seit Ende November 1929 war in der Stadt sogar ein sozialdemokratischer „Flugverband der Werktätigen – Sturmvogel“ aktiv, der Segelflugzeuge baute und Flugübungen abhielt. Das bayerische sozialdemokratische „Reichsbanner“ sammelte in seinen Reihen vor allem Sozialdemokraten sowie einige wenige Mitglieder der DDP und war vor allem auf München und Nürnberg konzentriert.¹¹¹ Die Organisation hatte bei ihrer Gründung in München im Juli 1924 rund 1000 Mitglieder und wuchs mit 6000 im Januar 1926¹¹² zu einer Größe an,

1925 und 1931 zwischen rund 70000 und 90000 Mitgliedern: Ebenda. Vgl. auch Mehringer, Sozialdemokratie, S. 318.

¹⁰⁸ StA, PDM 6881: Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der Münchner SPD durch die PDM vom 8. 4. 1933; das Zahlenmaterial war bei einer Haussuchung beim SPD-Stadtrat Thomas Wimmer beschlagnahmt worden. StA, Lageberichte 1927–1932. StA, PDM 6884: Polizeiberichte über die Münchner SPD 1925–1933.

¹⁰⁹ Vgl. StA, PDM 6884: Mitgliederversammlungen der Münchner Sektionen der SPD 1925–1932. StA, PDM 6887: Polizeiberichte über das Münchner Reichsbanner 1925–1932. Vgl. auch StA, Lageberichte 1925–1929. Bauer, Thomas Wimmer, S. 13–20. 100 Jahre SPD, S. 69–78.

¹¹⁰ Im Folgenden: Empor zum Licht, hier v.a. S. 105, 113 ff. und 148 f. StA, Lageberichte 1926–1932. Kral, SPD, S. 167.

¹¹¹ Gordon, Hitlerputsch, S. 538.

¹¹² StA, Lagebericht 44 (11. 2. 1926), S. 8. Gerstenberg, Freiheit, S. 155 und 211.

die selbst den Befehlshaber der 7. (Bayerischen) Reichswehrdivision aufmerksam werden ließ.¹¹³ Die Jungmannschaft des Verbandes organisierte zum selben Zeitpunkt in der Stadt rund 200 Jugendliche.¹¹⁴ Seit Dezember 1931 war das „Reichsbanner“ mit der SPD, den sozialdemokratischen Sportvereinen und den Freien Gewerkschaften in der republikanischen, halb-militärischen Organisation „Eiserne Front“ verbunden.¹¹⁵ Zu diesem Zeitpunkt fanden sich nur mehr 2800 Münchner in seinen Reihen. Bei der Auflösung im Sommer 1933 zählte die Münchner Mitgliederliste noch 2000 Mann.¹¹⁶ Die den Sozialdemokraten nahestehenden Freien Gewerkschaften verfügten in München im Sommer 1927 über gut 65 000 Mitglieder und konnten sich bis November 1928 sogar auf ca. 72 000 steigern. Bis Sommer 1929 fiel ihre Mitgliederstärke jedoch wieder auf 59 000 zurück¹¹⁷ und dürfte sich durch die Wirtschaftskrise weiter reduziert haben, nachdem manches Mitglied die Mitgliedsbeiträge nicht mehr zahlen konnte.

Die Hochschulen

Wie der größte Teil der deutschen Studentenschaft¹¹⁸ stand auch die der Münchner Hochschule mehrheitlich der Republik ablehnend, ja feindlich gegenüber und sympathisierte mit Antisemitismus, extremem Nationalismus und völkischen Ideologien. Die Kämpfe gegen die Räterepublik im Mai 1919 und die Wirtschaftskrise 1922/1923 förderten diese Radikalisierung entscheidend, die schließlich in der Beteiligung breiter Studentenkreise, darunter auch des Dachverbandes „Hochschulring Deutscher Art“, am „Hitlerputsch“ 1923 mündete. Das Scheitern des Putsches löste unter den Studenten Krawalle aus, die Universität mußte vorübergehend geschlossen werden. Die extreme Politisierung flaute in den folgenden Jahren wieder ab, die Grundhaltung vieler Studenten blieb jedoch unverändert. Das zeigte sich deutlich, als der Rektor, Karl Vossler, bei der Reichsgründungsfeier 1927 gegen massive Proteste durchsetzte, daß die schwarz-rot-goldene Flagge gehißt und auch die jüdischen Verbindungen zur Feier zugelassen wurden. Daraufhin boykottierte eine beträchtliche Zahl der Studenten die Veranstaltung.

¹¹³ Generalleutnant Krefß von Kressenstein äußerte gegenüber dem württembergischen Gesandten Moser von Filseck Anfang November 1925, das Reichsbanner „[...] sei sehr stark, gut ausgebildet und glänzend militärisch geführt. Diese Leute würden nicht davonlaufen, wenn geschossen werde, wie die Hitlerbuben“: Benz, *Berichte*, S. 180.

¹¹⁴ StA, Lagebericht 43 (25. 1. 1926), S. 12.

¹¹⁵ Rohe, *Reichsbanner*, S. 396f. Mit fünf Großveranstaltungen, die insgesamt 12 000 Besucher aufwiesen, trat die „Eiserne Front“ im Februar 1932 erstmals in München an die Öffentlichkeit: Kral, SPD, S. 218.

¹¹⁶ StA, Lagebericht 110 (4. 4. 1932), S. 10. StA, Gestapo 35: Formblatt der Bayerischen Politischen Polizei zur Beschlagnahme des gesamten Besitzes des Münchner Reichsbanners, hs. ausgefüllt am 17. 5. 1933.

¹¹⁷ StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 9: Thomas Wimmer in einer Versammlung der SPD-Sektionsführer. Ebenda 71 (28. 11. 1928), S. 14: GMV des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter am 9. 11. 1928. Ebenda 82 (14. 8. 1929), S. 2: Sitzung des Münchner SPD-Vorstandes und der Gewerkschaftsführer am 8. 7. 1929.

¹¹⁸ Grüttner, *Studenten*, S. 25–29. Schwarz, *Studentenschaft*, S. 395f. Bracher, *Auflösung der Weimarer Republik*, S. 146. Kater, *Studentenschaft und Rechtsradikalismus*, S. 20.

Diese Stimmung reflektierte der Rektor der Jahre 1928/1929, Oswald Bumke, als er die Münchner Studentenschaft seiner Amtszeit als „größtenteils braun“ bezeichnete.¹¹⁹ Mit dem Ende der zwanziger Jahre begann die Radikalisierung der Studentenschaft erneut zu wachsen. Die Auswirkungen des bereits geschilderten Strukturwandels, die zunehmende Verarmung und die schwindenden Zukunftsaussichten waren hier die tieferliegenden Ursachen.¹²⁰ Damit boten sich den Nationalsozialisten an den Münchner Hochschulen höchst günstige Voraussetzungen.

Wie an den meisten Hochschulen im Reich, so machte auch die Münchner Professorenschaft, ohnehin überwiegend liberal-konservativ bis deutschnational gesinnt, kein Hehl aus ihrer Distanz gegenüber der Republik. Nur die wenigsten bekannten sich offen zur Verfassung. Die Universität vermied jedes demonstrative Bekenntnis zur Republik, wie etwa Verfassungsfeiern, und scheute sich nicht, Hörsäle an rechtsradikale Gruppierungen wie etwa den „Hochschulring Deutscher Art“ oder den nationalsozialistischen „Kampfbund für deutsche Kultur“ zu vergeben. Allerdings fanden sich Sympathie für die extremen Formen des Nationalismus und Antisemitismus im Lehrkörper eher selten und wurden stets diskret artikuliert. Doch bereits der weit verbreitete „gemäßigte“ Antisemitismus besaß erhebliche Wirkung. Im Sommer 1924 verließ der Chemiker und Nobelpreisträger Richard Willstätter, selbst Jude, die Universität, da ihn der allgegenwärtige Antisemitismus in München und speziell an den Hochschulen belastete. Den letzten Anstoß gab ein Berufungsverfahren an der Universität, bei dem der von ihm vorgeschlagene Hochschullehrer vor allem wegen seines jüdischen Glaubens abgelehnt wurde. Selbst die Solidaritätsinitiative von 400 Studenten und Assistenten einschließlich des Rektors und des berühmten Münchner Chirurgen Ferdinand Sauerbruch konnten Willstätter nicht zum Bleiben bewegen.¹²¹

Die Kirchen

Der Protestantismus befand sich in München in der Diaspora.¹²² Von den rund 100 000 bis 125 000 Münchner Protestanten der Jahre bis 1933 mit ihrem hohen Anteil an beruflich Selbständigen, höheren Beamten, Offizieren und leitenden Angestellten beteiligten sich nur rund 30 Prozent am Kirchenleben. In diesem Umfeld stieß die NSDAP auf eine für sie sehr günstige Situation. Offene Ablehnung erfuhr der Nationalsozialismus nur von einer verschwindenden Minderheit von protestantischen Pfarrern, während sich die Mehrheit bis zum Ende der zwanziger Jahre politisch neutral verhielt. Ab 1930 engagierten sich zunehmend mehr Münchner Pfarrer offen für die NSDAP, obwohl offiziell nur knapp 20 Pro-

¹¹⁹ Bumke, *Erinnerungen*, S. 136.

¹²⁰ Böhm, *Universität München*, S. 50ff. Zum Antisemitismus der Verbindungen: Kuhn, *Corps Palatia*, S. 213–220.

¹²¹ Sauerbruch, *Leben*, S. 384–387. Böhm, *Universität München*, S. 41–48.

¹²² Im Folgenden: Mensing, *Göttliche Sendung*, S. 92–108, und ders. *Verstrickung*, S. 122ff., 129; hier auch weiterführende Literatur zum Protestantismus in München und Bayern 1919–1945.

zent der Geistlichen Parteimitglieder waren, weit weniger als etwa in den fränkischen Gebieten, in Ansbach (44,5) oder Bayreuth (35,9). Auch der Pfarrer der 1926 gegründeten evangelisch-reformierten Gemeinde warb ab 1931 intensiv für die NSDAP. Von entscheidender Bedeutung war jedoch die Haltung des Leiters des Kirchenkreises München der Jahre bis 1930, Dekan Hermann Lambert. Besonders bis 1923, aber auch noch danach und selbst nach seiner Pensionierung 1929, zeigte Lambert seine extrem nationalistische, antidemokratische und antisemitische Grundhaltung und sympathisierte unter anderem im Gemeindeblatt offen mit den Nationalsozialisten. Sein Nachfolger Friedrich Langenfaß, ebenfalls überzeugter Antisemit, hielt sich dagegen weitgehend mit politischen Auftritten und Aussagen zurück. Das Verhalten Lamberts und eines Teils der protestantischen Münchner Pfarrer sowie der verschwindend geringe Widerstand gegen den Nationalsozialismus dürften sich auf die Haltung der Kirchenbasis ausgewirkt haben. Somit boten zumindest Teile des Münchner Protestantismus der NSDAP einen günstigen Nährboden.

Darauf durfte die Partei allerdings bei der größten Konfession der Münchner Bürgerschaft nicht hoffen. Der Katholizismus war ein Faktor, der für Erfolg oder Mißerfolg der NSDAP in München, das noch im 18. Jahrhundert mancherorts als das „deutsche Rom“ angesehen wurde,¹²³ ausschlaggebende Bedeutung besaß. Wenngleich sich die politische Haltung der großen Mehrheit der rund 80 Prozent katholischen Einwohner Münchens zwischen 1925 und 1933 nicht unmittelbar rekonstruieren läßt – von Wahldaten abgesehen –, zeigen verschiedene Momente, daß die Partei hier im Gegensatz zu den Protestanten vor allem seit 1930 auf ein sehr ungünstiges Meinungsklima, ja stellenweise auf offenen Widerstand stieß, sieht man von wenigen Ausnahmen ab.¹²⁴ So konzentrierten sich in München einige der aktivsten und zugkräftigsten katholischen Gegner des Nationalsozialismus. Bereits 1923 lehnte die bayerische Kirchengspitze, namentlich Kardinal Faulhaber, den nationalsozialistischen Antisemitismus und die Volksverhetzung deutlich ab.¹²⁵ Nachdem der „Hitlerputsch“ gescheitert war, sah die Kirchenführung

¹²³ Zitiert nach Hillmayr, München, S. 459.

¹²⁴ Z. B. wirkte seit 1921 in München und Bad Aibling der Benediktinerpater Alban Schachleiter, ein fanatischer Nationalsozialist, der schließlich im März 1933 nicht zuletzt aus diesem Grund suspendiert wurde: Volk, Bayerischer Episkopat, S. 52–55. Bleistein, Schachleiter, S. 170–187. Zu den Sympathisanten der NSDAP zählten auch der Kaplan von St. Ursula, Joseph Roth, der Diözesanpriester Albert Hartl und der Stiftskanonikus von St. Kajetan, Wilhelm August Patin; diesen gelang im Dritten Reich sogar ein Aufstieg in staatlichen Behörden (u. a. in Gestapo und SD): Denzler, Gebetssturm, S. 139f. Baumgärtner, Roth, S. 226–232.

¹²⁵ Angesichts der in München besonders aggressiven antisemitischen Hetze nahm auch Kardinal Faulhaber in seiner Allerseelenpredigt am 6. November 1923, drei Tage vor dem Hitlerputsch, deutlich Stellung gegen dieses Phänomen und damit, wenn auch indirekt, so doch unmißverständlich, gegen die Nationalsozialisten. In der Folge warfen ihm die Rechtsradikalen Mitverantwortung für das Scheitern des Putsches vor: Volk, Bayerischer Episkopat, S. 17f. Die „Seelsorgerlichen Winke“ der bayerischen Bischofskonferenz vom September 1921 richteten sich dagegen nur gegen die Arbeiterparteien und bezogen die NSDAP nicht namentlich ein: Ebenda, S. 14. In den ersten Wochen nach dem Putsch äußerte sich der Kardinal erneut gegen den Nationalsozialismus, zielte damit jedoch vor

erst angesichts des gewaltigen Erfolgs der NSDAP bei der Reichstagswahl im September 1930 wieder die Notwendigkeit zu einer öffentlichen Stellungnahme gekommen.¹²⁶ Allerdings rechnete Faulhaber, der den Nationalsozialismus als „Häresie“ vehement ablehnte, noch Ende 1930 mit einem erneuten Abflauen des NS-Erfolges und wollte daher einen strikten Kirchenausschluß von Nationalsozialisten vermeiden.¹²⁷ Die pastoralen Anweisungen für den Umgang mit der NSDAP, von den bayerischen Bischöfen am 10. Februar 1931 veröffentlicht, verwarfen die „Irrlehren“ des kulturpolitischen Programms der NSDAP, namentlich den Primat der Rassenlehre gegenüber der Religion, verboten Uniformen „in geschlossener Kolonne“ in Gottesdiensten und die Mitarbeit von Geistlichen in der NSDAP und riefen diese zugleich dazu auf, über die „Irrlehre“ der NSDAP aufzuklären. Grundsätzlich warnte das Schreiben vor dem Nationalsozialismus, „solange und soweit er kulturpolitische Auffassungen kundgibt, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar sind“, und drohte für den Fall, daß die Nationalsozialisten die Radikalität der KPD übernahmen, schärfere Richtlinien an. Das Schreiben übernahm ebenfalls die Ansicht der Bischöfe, daß einfache Mitläufer im Gegensatz zu Parteiaktivisten nicht an der radikalen Ausprägung des Nationalsozialismus beteiligt seien und deshalb nicht unbeschadet aus der Kirche gedrängt werden dürften. Dadurch verloren die Anweisungen erheblich an Schärfe im Gegensatz zu den hier wesentlich eindeutigeren, im August erschienenen seelsorgerischen Winken der Fuldaer Bischofskonferenz. Nachdem die bayerischen Bischöfe im September 1931 in einem Hirtenschreiben den extremen Nationalismus und Antisemitismus der NSDAP erneut verurteilt hatten, hielt Faulhaber den kirchlichen Standpunkt für ausreichend geklärt und unterließ 1932 und 1933 einen eigenen Wahlaufruf.¹²⁸

Die Ablehnung des Nationalsozialismus durch Faulhaber und die bayerischen Bischöfe dürfte innerhalb der kirchlichen Binnenorganisation in München mit nachhaltiger Wirkung umgesetzt worden sein. In der Stadt waren 40 Pfarreien, 537 Priester in den Stadtdekanaten und ein breites kirchliches Verbandswesen ak-

allein auf die kirchenfeindlichen Attacken Ludendorffs, verschonte Hitler und vermied jede deutliche Verurteilung des Putsches: Ebenda, S. 20 ff.

¹²⁶ Dabei geriet die deutsche Kirchengspitze auch durch die schnelle Reaktion einzelner Bischöfe unter Zugzwang. So hatte bereits Ende September der Mainzer Generalvikar Richtlinien für das Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten erlassen, die Katholiken die Mitgliedschaft in der NSDAP sowie das Tragen von Uniformen in Gottesdiensten untersagten: Van Roon, Widerstand, S. 102. Den letzten Ausschlag für Faulhabers Reaktion gaben vermutlich die Vorträge des Domdekans und BVP-Landtagsmitglieds Anton Scharnagl auf der Veranstaltungsreihe in München am 11. November 1930 (BSZ 261 (12. 11. 1930), „Kundgebung der Münchner Katholiken“) und auf der Diözesansynode am 18./19. November 1930 sowie die öffentliche Erklärung des Fuldaer Erzbischofs Bertram an Sylvester 1930. Faulhaber stimmte sofort Scharnagl zu, als der den christlichen Glauben als grundsätzlich unvereinbar mit dem Nationalsozialismus erklärte: Volk, Bayerischer Episkopat, S. 23 und 27.

¹²⁷ Im Folgenden: Volk, Bayerischer Episkopat, S. 23 f., 28–37. Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Dok. 236, S. 541 ff. und Dok. 259, S. 612: Rschr. Faulhaber an den bayerischen Episkopat vom 27. 7. 1932.

¹²⁸ Volk, Bayerischer Episkopat, S. 47 f.

tiv,¹²⁹ so etwa die zahlreichen Elternvereinigungen, Müttervereine, die aktive Männerseelsorge, die „Katholische Heimatmission“, der „Katholische Gesellenverein“ (Kolping), mehrere katholische Studentenvereinigungen, darunter der „Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ (C.V.) oder die Studentenbewegung „Quickborn“, die Schülerorganisation „Bund Neudeutschland“ und schließlich eine Reihe weiterer Organisationen für Frauen, Arbeiter oder auch Berufsstände. Gerade München war Sitz der Zentralen mancher Orden und vieler katholischer Einrichtungen, sei es der „Deutsche Katechetenverein“, der „Verband katholischer Orden und ordensähnlicher Vereinigungen in der Krankenpflege“, die Oberdeutsche Provinz der Jesuiten oder auch die „Armen Schulschwestern“. Nach Beobachtung Faulhabers wurden die bischöflichen Anweisungen im Sommer 1932 in München „von Priestern und Laien vor ihren katholischen Hörern reichlich ausgeschlachtet“. Daher erachtete er weitere Stellungnahmen der Kirchenführung als überflüssig.¹³⁰

Seit den bischöflichen Weisungen von 1931 sah sich die NSDAP in München auch mit der mehr oder weniger intensiven, individuellen Ablehnung der katholischen Geistlichen konfrontiert. Hier fanden sich mindestens zwei der stärksten Persönlichkeiten des katholischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus: der Jesuitenpater Rupert Mayer und Emil Muhler. Muhler (1892–1963), Stadtpfarrer von St. Andreas und zugleich für die BVP im Stadtrat, engagierte sich in zahlreichen Zeitungsbeiträgen und Vorträgen in der Stadt und in seiner Pfarrei offensiv gegen die NSDAP.¹³¹ Der aktive Männerseelsorger und Prediger in St. Michael, Pater Rupert Mayer,¹³² war, trotz seiner nationalistischen Haltung während der frühen zwanziger Jahre,¹³³ ein ebenso energischer wie konsequenter Gegner des Nationalsozialismus. In den Jahren bis zum „Hitlerputsch“ vertrat er in NS-Versammlungen offen seine konträre Meinung. Als mitreißender Prediger mit außergewöhnlicher Ausstrahlungskraft, der in der Stadt große Bekanntheit und Beliebtheit genoss, war er auch in den Jahren von 1925 bis 1933 ein gravierendes Hindernis für die nationalsozialistischen Werbungsversuche unter den

¹²⁹ Im Folgenden: Münchner Jahrbuch 1933, S. 339. Witetschek, Katholische Kirche, S. 937–940. Seiler, Statistik, S. 305–326.

¹³⁰ Vor allem Domdekan Scharnagl, Stadtpfarrer Muhler und der Franziskanerpater Schlund traten nun mit Publikationen an die Öffentlichkeit: Volk, Bayerischer Episkopat, S. 40.

¹³¹ Grietschneider, Akten, S. 126. Volk, Bayerischer Episkopat, S. 40. Vgl. z. B. Front 10 (5. 3. 1932), „Stadtpfarrer Dr. Muhler unterliegt gegen Pg Dauser MdL“ oder VB 29 (29. 1. 1932), „Kaltwasserkur!“ sowie Augsburgischer Postzeitung 204 (6. 9. 1930), „Wer hat recht? Eine Erwiderung von Stadtpfarrer Dr. Muhler, München“.

¹³² Im Folgenden: Bleistein, Rupert Mayer, S. 12 ff. und 56–63. Unter der Vielzahl an Publikationen über Rupert Mayer nach wie vor grundlegend: Sandfuchs, Rupert Mayer. Mayer zeigte sich auch gegenüber dem kirchenfeindlichen Engagement des Ludendorffschen „Tannenbergbundes“ in München durchaus militant. So erzwang er im November 1929 gemeinsam mit katholischen Jugendlichen die Auflösung einer gegen die Jesuiten gerichteten Versammlung; die Polizei verbot, da sie weitere Unruhen fürchtete, alle weiteren TBB-Veranstaltungen, die sich diesem Thema widmeten: StA, Lagebericht 88 (23. 12. 1929), S. 10 f.

¹³³ P-Bericht 67 (26. 1. 1923), S. 1 f.: Rede Mayers auf der Großkundgebung am 15. 1. 1923 anlässlich der französischen Ruhrbesetzung auf dem Königsplatz.

Münchener Katholiken, obgleich seine Biographen hierzu keine Details vermerkten.¹³⁴ Ähnlich engagiert zeigte sich der Franziskanerpater Erhard Schlund, Lektor an der Theologischen Hochschule der Franziskaner in München und Herausgeber des „Consilium a vigilantia“, eines vertraulichen Informationsdienstes für die deutschen Bischöfe.¹³⁵ 1923 und erneut ab 1931 griff Schlund in Artikeln und Schriften die Religionsfeindlichkeit, den Antisemitismus und die Volksverhetzung der NSDAP an. Zwei engagierte publizistische Gegner fand die NSDAP auch in den Jesuiten Jakob Nötges und Friedrich Muckermann, beide seit Beginn der dreißiger Jahre Mitarbeiter der Münchner Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit“.¹³⁶ Die vermutlich noch weit größere Zahl aktiver NS-Gegner unter Münchner Pfarrern bleibt vorerst aufgrund der dürftigen Forschungslage unbekannt.¹³⁷ Vier katholische Organe mit großer Ausstrahlungskraft innerhalb des Münchner und bayerischen Katholizismus bezogen vor allem in den Jahren 1930 bis 1933 dezidiert Stellung gegen den Nationalsozialismus: Der in der Diözese München-Freising tätige Priester Alois Wurm (1874–1968), Gründer und Herausgeber der Monatsschrift „Seele“, focht nachhaltig gegen den nationalsozialistischen Antisemitismus.¹³⁸ Die in liberalen Kirchenkreisen hochangesehene, in München herausgegebene Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“ beschränkte sich unter ihrem Chefredakteur, dem Priester Georg Moenius (1890–1953), nicht nur auf kulturpolitische Fragen, sondern griff mit großer Vehemenz auch den Nationalsozialismus an, den Moenius als tödliche Gefahr ansah.¹³⁹ Energische publizistische Ablehnung erfuhr die NSDAP auch durch Carl Muth (1867–1944), Begründer und Herausgeber der für den modernen Katholizismus bedeutsamen Monatsschrift „Das Hochland“.¹⁴⁰ Ausschließlich dem Kampf gegen den Natio-

¹³⁴ So warnte er Kardinal Faulhaber 1930, fünf Tage vor der folgenreichen Reichstagswahl, davor, daß „der Hitlerschwindel wieder die weitesten, auch katholischen Volkskreise [in Bayern] erfaßt hat“.

¹³⁵ Volk, Bayerischer Episkopat, S. 15 und 40. 1924 erschienen Schlunds „Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland“ und 1931 „Orientierung. Eine Hilfe im Weltanschauungskampf der Gegenwart“.

¹³⁶ Volk, Bayerischer Episkopat, S. 42.

¹³⁷ So etwa der seit 1930 in München aktive Priester Franz Johann Gebhardt, dem allerdings die Zelebrationserlaubnis entzogen worden war. Gebhardt engagierte sich für die deutsche „Friedensliga“ und gegen die NSDAP und besuchte gelegentlich NS-Versammlungen: HRS IV/1, S. 35, Anm. 10.

¹³⁸ Weiß, Wurm, S. 141–198. Alois Wurm, Christliche Gedanken zum nationalen Problem. In: „Seele“ 15 (1933), S. 135f. Wurm bat Faulhaber auch nach der „Machtergreifung“ um ein energischeres Einschreiten gegen den Nationalsozialismus und den Antisemitismus: Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Dok. 298, S. 701f.: Wurm an Faulhaber vom 5. 4. 1933.

¹³⁹ Moenius, seit 1928 Chefredakteur, war wegen seiner linksliberalen Gesinnung und seines betont antiföderalistischen Engagements auch innerhalb von BVP und Kirchenführung umstritten. 1933 wurde die Zeitschrift verboten, und Moenius emigrierte: Munro, Moenius. Volk, Bayerischer Episkopat, S. 40. Kock, Moenius, S. 75–76.

¹⁴⁰ Muth galt mit seiner seit 1919 erscheinenden Zeitschrift als Pionier des neuen Kulturkatholizismus von internationalem Ruf; vgl. u. a.: Ackermann, Hochland. Bei manchem bayerischen Bischof war er allerdings nicht sehr beliebt: Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Dok. 383 und 385, S. 821f. und 824: Bischof von Eichstätt an Faulhaber vom 9. 12. 1933 und Antwort Faulhabers vom Dezember 1933.

nalsozialismus verschrieben hatte sich seit 1931 die von Fritz Michael Gerlich herausgegebene Wochenschrift „Der Illustrierte Sonntag“, ab 1932 „Der Gerade Weg – Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht“. Gerlich zählt besonders wegen seiner radikalen biographischen Brüche zu den faszinierendsten Persönlichkeiten des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Noch in den frühen zwanziger Jahren verfocht er als Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen extrem nationalistischen und antirepublikanischen Kurs und sympathisierte mit dem Rechtsradikalismus.¹⁴¹ Der „Hitlerputsch“ bewirkte 1923 bei Gerlich eine politische, und die Begegnung mit Therese von Konnersreuth 1927 eine menschlich-persönliche Wandlung, die schließlich 1931 in den wegen seiner Radikalität und Hellsichtigkeit einzigartigen Kampf gegen den Nationalsozialismus mündete. Die Nationalsozialisten reagierten durchaus getroffen, denn der „Gerade Weg“ zeigte sich gut informiert über Parteiinternas und erreichte Auflagen von rund 100 000 Exemplaren. Ein Artikel wurde anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 sogar in 1 250 000 Exemplaren verteilt und in vielen deutschen Zeitungen nachgedruckt.¹⁴² Kardinal Faulhaber unterstützte Gerlich 1932 nachhaltig und nahm ihn gegen Vorwürfe, er gehe zu radikal vor, ausdrücklich in Schutz, denn Gerlich habe „die beste Absicht“. Er habe „zum ersten Mal dem Völkischen Beobachter einen ebenbürtigen und sogar einen überlegenen Gegner ins Feld [ge]stellt. [...] Der hiesige Klerus ist begeistert, daß endlich auf katholischer Seite ein Mann aufgetreten ist, der den Gegnern [des Nationalsozialismus] die Stange hält“.¹⁴³ Die katholische Kirche ließ es in München jedoch nicht nur mit dem Engagement der Geistlichen und den bischöflichen Rundschreiben bewenden, sondern initiierte darüber hinaus öffentliche Versammlungen gegen den Links- und Rechtsradikalismus. Den Anfang machte das Zentralkomitee der Münchner Katholiken in Zusammenarbeit mit allen katholischen Pfarrämtern und Vereinen der Stadt am 11. November 1930, also wenige Wochen nach dem nationalsozialistischen Erfolg bei den Reichstagswahlen, in den zehn größten Sälen Münchens. Hier erklärten über 20 Redner, darunter etliche Stadtpfarrer, Ordinariatsvertreter und auch der Landtagspräsident Stang, die Gegensätze zwischen Katholizismus und den Ideologien von Kommunismus bzw. Nationalsozialismus als unüberbrückbar.¹⁴⁴

Die Wirkung der geschilderten Ablehnung gegenüber der NSDAP, etwa hinsichtlich der Wahlentscheidung der Münchner Katholiken, kann an dieser Stelle

¹⁴¹ Verschiedene biographische Arbeiten zu Gerlich tendieren leider dazu, dessen politische Haltung vor dem „Hitlerputsch“ zu harmonisieren oder gänzlich auszublenden; der Würdigung seines Widerstandes gegen den Nationalsozialismus tut eine offene Auseinandersetzung mit allen Seiten seiner Persönlichkeit keinen Abbruch; im Gegenteil, dadurch wird Gerlich menschlich verständlicher: Steiner, Gerlich – Naab. Bender, „Gerade Weg“. Zittel, Gerlich, S. 521–532. Donohoe, Conservative Opponents, S. 35–40. Richardi/Schumann, Geheimakte, u. a. S. 28–51. Niedermeier, Gerlich. Dagegen kritischer: Hoser, Tagespresse, u. a. S. 603, 638 f. 696 f. und 1096. Volk, Bayerischer Episkopat, S. 42. Aretin, Gerlich, S. 157–172.

¹⁴² Richardi/Schumann, Geheimakte, S. 42 ff.

¹⁴³ Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Dok. 262, S. 639 f.: Faulhaber an Bischof von Rottenburg vom 13. 9. 1932.

¹⁴⁴ BSZ 261 (12. 11. 1930), „Kundgebung der Münchner Katholiken“.

nicht konkretisiert werden. Die tatsächliche Verbreitung und Rezeption der genannten Organe ist unbekannt. Vermutlich stand nur ein Drittel der Münchner Katholiken der Kirche nahe¹⁴⁵ und ließ sich von der bischöflichen Haltung beeinflussen. Überdies versäumte die Kirchengspitze die entscheidende Offensive und verzichtete während des Wahljahres 1932 auf eine erneute Stellungnahme gegen die Partei. Zumindest dürfte die Ablehnung in der Summe Teile des katholischen Milieus gegen den Nationalsozialismus mobilisiert und immunisiert haben. Dies kam nicht zuletzt der mit der katholischen Kirche vielfach verflochtenen Bayerischen Volkspartei zugute.¹⁴⁶ Um so fataler wirkte sich der am 10. Februar 1933 veröffentlichte Fastenhirtenbrief Kardinal Faulhabers aus, der die frühere Ablehnung des Nationalsozialismus relativierte. Das Schreiben forderte, gut eine Woche nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler – während im Reich der Rechts- und Verfassungsstaat demontiert wurde, hochrangige NS-Parteiführer in der Münchner Öffentlichkeit eine bevorstehende Diktatur und die damit verbundene Abrechnung mit allen Widersachern ankündigten,¹⁴⁷ während in der bayerischen Regierungsspitze Schutzmaßnahmen gegen die mögliche Entsendung eines nationalsozialistischen Reichskommissars diskutiert wurden¹⁴⁸ –, die „göttliche Einsetzung“ aller Gewalt zu akzeptieren, „auch wenn ein Pilatus oder ein Nero auf dem Throne sitzt“. Ein Christ schulde der Obrigkeit „Ehrfurcht und Gehorsam“, solange die Gesetze und Verordnungen den Geboten Gottes und der Kirche nicht widersprüchen. Dies gelte auch dann, „wenn die derzeitige Staatsform und ihr System uns nicht gefallen. [...] Auch dann, wenn eine Notverordnung der Regierung oder eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes uns rätselhaft bleiben.“¹⁴⁹ Vermutlich ebnete dieses Schreiben manchem katholischen Wähler am 5. März 1933 den Weg zum Nationalsozialismus, auch wenn das Erzbischöfliche Sekretariat am

¹⁴⁵ Nach der Erfahrung Pater Rupert Mayers als Leiter der Münchner katholischen Stadtmission konnte die Kirche hier z. B. im Jahr 1926 nur auf 30–40 Prozent der Katholiken als Kirchgänger zählen: Bleistein, Rupert Mayer, S. 182.

¹⁴⁶ Volk sieht das Engagement des Klerus als wesentliche Ursache dafür, daß der katholische Wählerstamm der BVP vor 1933 nicht wesentlich stärker zur NSDAP abwanderte: Ders., Bayerischer Episkopat, S. 44. Zur engen Verbindung bzw. Abhängigkeit der BVP von der katholischen Kirche in Bayern: Pridham, Hitler's Rise, S. 66 ff.

¹⁴⁷ Vgl. Kapitel IV.4.

¹⁴⁸ Volk, NS-Staat, S. 519 f. Vgl. auch BSZ 38 (15. 2. 1933), „Hessen“; der vermutlich von hochrangigen BVP-Politikern lancierte Artikel griff die Entsendung eines Aufsichtsbeamten für den hessischen SPD-Innenminister massiv an und mündete in der Warnung: „Ein Reichskommissar, der den Main überschreitet, wäre eine Kampfansage für den gesamten deutschen Süden“.

¹⁴⁹ Volk, Bayerischer Episkopat, S. 51. Das Schreiben wurde nahezu vollständig abgedruckt u. a. in: BSZ 52 (3. 3. 1933), „Ein zeitgemäßer Hirtenbrief“. Der Hirtenbrief war natürlich keineswegs als Sympathiewerbung für Hitler und die neue Reichsregierung gedacht. Deutlich forderte Faulhaber in dem Schreiben vom Staat die Einhaltung „sittlicher Pflichten“ und lehnte „sklavisches Verstehen oder byzantinisches Allesloben“ gegenüber der staatlichen Politik strikt ab. Davon unabhängig bleibt die zentrale Leitaussage, die zum Gehorsam gegenüber der Regierung Hitlers auffordert, fatal. Offensichtlich suchte die Kirchenführung auf diesem Wege eine Annäherung an die neue Regierung vorzubereiten, mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen über den Status der Kirche. Denn wenn man weiterhin auf der Ablehnung des Nationalsozialismus beharrte, war der Konfrontationskurs mit der Reichsregierung vorprogrammiert.

Tag vor der Wahl erklärte, der Nationalsozialismus sei für den Kardinal derzeit nach wie vor unannehmbar. Die NS-Propaganda nutzte das Hirtenwort weidlich aus, und Goebbels' Berliner Organ „Angriff“ zufolge hatten nun alle Katholiken nicht nur die freie Möglichkeit, sondern sogar die Verpflichtung, Hitler ihre Stimme zu geben.¹⁵⁰

3. Polizei und Justiz

Die Verbotspraxis gegenüber der NSDAP

Seit dem Kurswechsel der bayerischen Regierung gegenüber dem Rechtsradikalismus im Jahre 1924 hatten die Nationalsozialisten mit dem sehr viel energischeren Widerstand der Münchner Polizeidirektion zu rechnen. Ohne dabei genauer auf den gesetzgeberischen Hintergrund¹⁵¹ oder die ministerielle Verantwortung einzugehen, soll im Folgenden die polizeiliche Verbotspraxis in groben Umrissen geschildert werden. Die Polizeidirektion München hatte in den Jahren 1925 bis 1933 unter den bayerischen Polizeibehörden eine besondere Stellung.¹⁵² Ihre Abteilung VI war die bayerische Zentralstelle für die Informationsbeschaffung des politischen Nachrichtendienstes und für die Bekämpfung von Spionage und Landesverrat. Daher korrespondierte die Polizeidirektion stets auch direkt mit dem Innenministerium, anstatt mit ihrer eigentlichen vorgesetzten Behörde, der Regierung von Oberbayern. Das Verhalten der Münchner Polizeidirektion gegenüber der NSDAP glich bis September 1921 gezielter Förderung. Wesentlichen Anteil daran hatten der erste Präsident nach dem Weltkrieg, Ernst Pöhner, und der Leiter der politischen Abteilung, Wilhelm Frick. Pöhners Nachfolger, der eher zögerliche und zurückhaltende Eduard Nortz, folgte zwar allgemein dem strikteren Kurs der Regierungen Lerchenfeld und Knilling, bekam jedoch weder die Gewalttätigkeit noch die Eigenmächtigkeiten der NSDAP in Griff und ignorierte auch die personelle Durchsetzung der Polizeidirektion mit Nationalsozialisten. Erst der „Hitlerputsch“ veranlaßte die Bayerische Staatsregierung zum Kurswechsel. Die neue Regierung Held war nicht gewillt, die nationalistische und rechtsradikale Szene, insbesondere die NSDAP, wie in der Ära Kahr außer Kontrolle geraten zu lassen und ähnlichen Einfluß auf die Regierungspolitik zu dulden.¹⁵³ Hinter dem energischen Kurs stand – allerdings erst seit Ende der zwanziger Jahre – der bayerische Ministerpräsident Held,¹⁵⁴ zuvorderst jedoch

¹⁵⁰ Volk, Bayerischer Episkopat, S. 53.

¹⁵¹ Vgl. dazu Faatz, Staatsschutz, S. 145–244.

¹⁵² Faatz, Staatsschutz, S. 72f., 130–134. Gordon, Hitlerputsch, S. 121–127, 169–183. Pridham, Hitler's Rise, S. 32 ff. Sabrow, Rathenaumord, S. 17–44, 49f. Maser, Frühgeschichte, S. 293f. Deuerlein, Hitlerputsch, S. 56–62.

¹⁵³ Pöhlmann, Held, S. 101f. Keßler, Held, S. 509, 522. Gordon, Hitlerputsch, S. 490f. Altdorfer, Schäffer, S. 222.

¹⁵⁴ Seit 1930 erachtete Held die NSDAP zunehmend mehr als Gefahr für die Republik; daher rang er im Juni 1932 mit der Reichsregierung gerade um das bayerische Uniform- und Demonstrationsverbot mit großer Vehemenz: Pöhlmann, Held, S. 171, 185, 200. Vgl. da-

der bayerische Innenminister Karl Stützel,¹⁵⁵ der insbesondere seit 1930 seine Mittel in Bayern bis an die Grenzen des Machbaren gegen die NSDAP auszunutzen suchte. Zu diesem Zweck kontrollierte er regelmäßig und gelegentlich auch mit gehörigem Druck die Arbeit der Vollzugsbehörden.¹⁵⁶ Insbesondere das Vorgehen gegen die nationalsozialistischen Parteifinancen offenbart, daß es ihm nicht allein auf die Wahrung der Staatsautorität oder der Rechtsnormen ankam, sondern auf eine grundsätzliche Bekämpfung der NSDAP. Einen vergleichbaren Einsatz gegen die Nationalsozialisten bestritt vermutlich nur noch das sozialdemokratische Preußen.¹⁵⁷ Stützel wurde in seinem Kurs durch eine Reihe hochrangiger BVP-Politiker, allen voran der Münchner Kreisvorsitzende und Landesvorsitzende seit 1929, Fritz Schäffer, unterstützt bzw. zu noch massiverem Auftreten gedrängt.¹⁵⁸ Dem im Mai 1923 eingesetzten Polizeipräsidenten Karl Mantel und ab 1929 seinem Nachfolger Julius Koch, gelang es, die politische Einseitigkeit ihrer Behörde zu überwinden und der Gewalt enge Grenzen zu setzen. Auf Druck des Innenministers wandte sich die Aufmerksamkeit seit 1924 verstärkt auch der NSDAP und den Rechtsradikalen zu, diese wurden nun mit der gleichen Akribie wie die linksradikalen Organisationen von einem weitreichenden Agentennetz überwacht. Die Münchner Polizeidirektion ging seit 1925 energisch gegen die Beleidigung des Staates und seiner Spitzenrepräsentanten sowie gegen Volksverhetzung, Ausschreitungen und die Gefährdung des staatlichen Gewalt- und Ordnungsmonopols vor.¹⁵⁹ Die Verbote von Versammlungen, Propagandamärschen, Presseorganen und die Redeverbote lassen sich im Gegensatz zum Verbot des Parteischriftgutes gut rekonstruieren.¹⁶⁰ Die Gesamtzahl der verbotenen

gegen Helds eher verharmlosende Äußerungen gegenüber dem württembergischen Gesandten Moser von Filseck: Benz, *Berichte*, S. 203 f. und 211; Held zu Moser am 27. 6. 1928 und am 17. 12. 1928. Hierzu auch Wiesemann, *Vorgesichte*, S. 90.

¹⁵⁵ Erstaunlicherweise beleuchtet Faatz' umfassende, gründliche Studie zur bayerischen politischen Polizei nur Zetlmeiers politische Einstellungen und Motive: Vgl. ders., *Staatschutz*, S. 137–141.

¹⁵⁶ Hierzu auch: Faatz, *Staatschutz*, insbesondere S. 173–205 und 244 ff.

¹⁵⁷ Vgl. dazu u. a.: Broszat, *Machtergreifung*, S. 53 ff. Pyta, *Gegen Hitler*, S. 265 ff. *Staat und NSDAP*, S. 175 ff.

¹⁵⁸ Vgl. insbesondere HStA, MInn 81584–81587: Korrespondenz des Innenministeriums 1930–1932.

¹⁵⁹ Faatz, *Staatschutz*, S. 249 ff.

¹⁶⁰ Die Verbotspraxis der PDM läßt sich aus einer Vielzahl von Einzelinformationen rekonstruieren, die aus dem gesamten Quellenbestand zur Münchner NSDAP gewonnen werden. Vgl. im Folgenden nur die wichtigsten Bestände: StA, Lageberichte 1925–1932. *Polizeipresseberichte* 1930–1932: u. a. StA, PDM 6653–6657, 6659–6661, 6666, 6667, 6764–6766, 6774, 6827, 6839, 6881: Vorgehen gegen das NSDAP-Schriftgut 1924–1932. Ebenda 6764, 6766, 6826: Polizeivermerke zum Uniformverbot 1930–1932. Ebenda 6828–6830: Vorgehen der PDM gegen die SS 1929–1932. Ebenda 6831: Polizeivermerke zum SA/SS-Verbot 1932. Ebenda 6730–6732: Verbote von Versammlungen, Demonstrationen u. a. der NSDAP 1925–1931. Ebenda 6733–6745: NSDAP-Versammlungen 1925–1933; hier sind zugleich auch das Vorgehen der PDM gegen die Versammlungen und gegen Plakate, die hierzu einladen, sowie Redeverbote (z. B. gegen Hitler) dokumentiert. Ebenda 6788: Polizeiliches Vorgehen gegen das NS-Sammlungswesen. HStA, MInn 81580–81588: Polizeivermerke über die Verbote von Versammlungen, Demonstrationen, Uniformen, Schriftgut, Redeverbote u. a. gegen die NSDAP 1925–1933; vgl. insbesondere

Flugblätter und Plakate dürfte daher um einiges höher liegen als die im Folgenden angegebenen Zahlen.¹⁶¹ Aufgrund der zunehmenden Aggressivität der NSDAP stieg die Zahl der Verbote in allen genannten Bereichen generell seit 1930 rapide an und erreichte in der ersten Hälfte 1932 ihren Höhepunkt.

1925 untersagte die Polizeidirektion im Zusammenhang mit dem Redeverbot gegen Hitler rund ein Dutzend nationalsozialistische Versammlungen in München.¹⁶² In den folgenden Jahren verhinderten solche Verbote durchschnittlich bis zu vier Parteiversammlungen pro Jahr. 1930 schnellte die Zahl auf 13 Verbote hoch, davon traf die Hälfte die Monate Juni und Juli, jedoch keines die Wahlkampfzeit im August und September. 1931 erließ die Polizei 46 Verbote gegen die Partei und untersagte im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Uniformverbot und angesichts der allgemeinen politischen Unruhe¹⁶³ von Anfang Juli bis Ende September sämtliche öffentlichen Versammlungen. Im folgenden Jahr ging die Zahl auf 18 Verbote zurück, wobei deren Mehrzahl während des Wahlkampfes in den Monaten von Februar bis April außerhalb des „Osterfriedens“ erging. In diesen Monaten konnten zwölf von insgesamt 43 vorgesehenen Großveranstaltungen in den großen Münchner Sälen nicht stattfinden.¹⁶⁴ Im Frühjahr und Herbst 1932 verhinderte die Polizeidirektion während der Wahl-

MInn 81580 zum Redeverbot gegen Hitler. Ebenda 81612–613: Versammlungsverbote gegen die NSDAP 1931–1933. Ebenda 81603: Polizeivermerke zum Uniformverbot 1931. VB 1925–1933. Front 1931/1932. Sonntag-Morgenpost 1932/1933. BSZ 1931/1932. Faatz' summarische Zusammenfassung der polizeilichen Verbotspraxis in Bayern stützt sich weitgehend nur auf die Münchner Polizeilageberichte und die Regierungspräsidentenberichte, die jedoch viele Verbote von Versammlungen, Schriftgut oder Presseorganen nicht wiedergaben: Faatz, Staatsschutz, S. 284–304. Daher kennt Faatz z. B. nur die im Februar und Juli 1931 ausgesprochenen Verbote der „Front“, nicht jedoch das gesamte, über ein halbes Jahr währende Erscheinungsverbot: Ders., S. 306f. Seine Quellenauswertung verleitet Faatz sogar zu den gravierenden Fehleinschätzungen, die Münchner Polizeidirektion habe „nahezu ausschließlich“ nur Flugblätter von Kommunisten beschlagnahmt und die NSDAP habe sich „des Mittels der Flugblätter allerdings auch weit seltener bedient“: Ders., S. 312. Zum Einsatz von Flugblättern in München vgl. Kapitel III.3. und IV.3.

¹⁶¹ Die einschlägigen Akten zu den polizeilichen Schriftgut-Verboten weisen immer wieder große Lücken auf, wie ein Vergleich mit den Polizeipresseberichten zeigt, die solche Verbote vollständig und mit detaillierter Begründung wiedergeben. Diese hervorragende Quelle ist als zusammenhängender Bestand verloren gegangen, nur einzelne Exemplare blieben erhalten, da sie in der Polizeidirektion auf der Rückseite ein zweites Mal verwendet wurden.

¹⁶² Im Folgenden: Kapitel I.3., Anm. 160 (Quellen Polizeiverbote 1925–1933).

¹⁶³ Die Behörden wollten jede politische Radikalisierung im Gefolge der Bankenkrise im Sommer 1932 verhindern und untersagten in diesen Monaten bayernweit rund 760 NS-Versammlungen: Faatz, Staatsschutz, S. 194 und 253. Den entscheidenden Anlaß lieferte jedoch der Gauleiter Wagner, indem er wegen des bayerischen Uniformverbotes der Staatsregierung den „Krieg“ erklärte und die Parteibasis offen zum Bruch desselben aufrief. Darauf untersagte die Polizeidirektion konsequent alle Versammlungen, auf denen Wagner auftreten wollte oder die das Thema Uniformverbot vorsahen: StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 9f.

¹⁶⁴ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen NS-Versammlungen). Vgl. auch StA, PDM 6774: PDM/VI am 4. 6. 1932 über die Verbote von Versammlungen, Plakaten und Flugschriften während der Wahlkämpfe zur Reichspräsidenten- und zur Landtagswahl.

kämpfe vier von sechs geplanten Großveranstaltungen im Dantestadion bzw. in einem Massenzelt mit jeweils rund 10–20000 Zuhörern.¹⁶⁵ Seit 1931 wandten die Polizeibehörden in München wie in ganz Bayern immer häufiger präventive Verbote an, um zu erwartende Ausschreitungen zu verhindern.¹⁶⁶ Die Wirkung der Versammlungsverbote inmitten der Wahlkampfzeit verstärkte sich noch, nachdem der von der Reichsregierung erlassene „Osterfrieden“ vom 20. März bis zum 3. April sämtliche politischen Versammlungen sowie die Verbreitung von Flugblättern, Flugschriften und Plakaten untersagte. Nach dem „Osterfrieden“ verblieb nur eine Woche Zeit für den Wahlkampf. Bereits der „Weihnachtsfrieden“ der Reichsregierung, jeweils im Dezember 1931 und 1932, verhinderte die großen offiziellen Partei-Weihnachtsfeiern und ein Symphoniekonzert. Ein ähnliches Verbot galt vom Tag der Reichstagswahl am 6. November 1932 bis nach Neujahr 1933. Dieser „Burgfrieden“ behinderte auch die Wahlkampfpropaganda des Münchner NSDStB für die AStA-Wahlen.¹⁶⁷ Grundsätzlich entsandte die Münchner Polizeidirektion in jede NS-Versammlung, in den dreißiger Jahren allerdings nur mehr in die Großveranstaltungen, Beamte in Zivil oder Uniform, die gegen verbale und handgreifliche Ausschreitungen einzuschreiten hatten oder diese zumindest in einem späteren Verfahren bezeugen sollten.¹⁶⁸ Daneben stellte die Behörde im Umfeld der NSDAP-Großveranstaltungen stets starke Kräfte bereit, um Ausschreitungen zu verhindern. So waren etwa anlässlich der NSDAP-Versammlungswelle am 3. Dezember 1929, zu einer Zeit also, als die politische Radikalisierung noch nicht das Ausmaß der Jahre 1931/1932 erreicht hatte, rund 200 Polizeibeamte bei den 19 von der Partei belegten Gasthäusern stationiert. Acht Hundertschaften Bereitschaftspolizei standen in den Kasernen in Alarmbereitschaft, während ein Kommando von 25 Mann in der Ettstraße wartete und vier Motorradstreifen in der Stadt unterwegs waren.¹⁶⁹

Ähnliche für die Nationalsozialisten negative Wirkung hatten die behördlichen Redeverbote, die sich gegen die verbalen Exzesse in NS-Veranstaltungen richteten. Abgesehen von dem Fall Hitlers benutzten die Behörden diese Handhabe in

¹⁶⁵ Dies betraf die Veranstaltungen am 12. 3. 1932 im Dantestadion, am 9. 4. 1932 in einem Zelt auf der Wiese Agnes-Bernauer-Straße/Landsberger Straße, die folgende Ersatzveranstaltung im Dantestadion und die Veranstaltung am 9. 10. 1932 in den Ausstellungshallen auf der Theresienwiese: StA, PDM 6743: Morgenrapport PDMVI/N vom 14. 3. 1932. Ebenda: Hs. Vermerk PDM/Meixner vom 14. 3. 1932. Front 15 (9. 4. 1932), „Polizeidirektion München verhindert Hitlerversammlung!“. HStA, MInn 81587: Beschwerde der GL München-Oberbayern an MInn vom 7. 4. 1932. Ebenda: Vermerk MInn vom 11. 4. 1932, o. w. A. Faatz, Staatsschutz, S. 272. Durchgeführt wurden dagegen die Veranstaltungen im Dantestadion am 3. und 30. 7. 1932: Front 1932 (6. 8. 1932), „Die Freiheitskundgebungen im Dantestadion“. MNN (1. 8. 1932), „Hitler-Kundgebung im Dantestadion“.

¹⁶⁶ Im Folgenden: Faatz, Staatsschutz, S. 157f., 167, 270ff. Vgl. auch Front 1 (1. 1. 1932), Leitartikel Wagner: „Zum Kampf 1932“. Und: VB 339 (4./5. 12. 1932), „Unsere Organisation tritt an“.

¹⁶⁷ StA, Würzburg, RSF II 17: NSDStB-Bundesführer an RSM vom 25. 11. 1932.

¹⁶⁸ Faatz, Staatsschutz, S. 284.

¹⁶⁹ StA, PDM 6740: Verfügung des Münchner Polizeipräsidenten Koch vom 2. 12. 1929. Generell zu Sicherheitsvorkehrungen der Münchner Polizei anlässlich von NS-Versammlungen: Faatz, Staatsschutz, S. 261 ff.

den Jahren bis 1932 eher selten. Durchschnittlich eine bis zwei solcher Maßnahmen ergingen jährlich gegen nationalsozialistische Redner, die in der Stadt auftraten. Allerdings zeigte das gegen Hitler wegen dessen Aggressivität in der Parteigründungsveranstaltung verhängte Redeverbot vom 9. März 1925 bis zum 5. März 1927 deutliche Wirkung. Stützel beraubte damit die NSDAP ihrer wichtigsten Versammlungsattraktion.¹⁷⁰ Als die Regierung das Verbot wieder aufhob, ließ sie sich von dem sichtbar desolaten Zustand der NSDAP leiten¹⁷¹ und ignorierte inkonsequenterweise, daß die Partei unverändert offen die Beseitigung der republikanischen Verfassung propagierte und Hitler dafür nicht nur in dem 1925 erschienenen „Mein Kampf“ die systematische Verhetzung der Bevölkerung als unabdingbar ansah.¹⁷² Daran änderte sich auch 1927 nichts, obgleich Hitler seine Verbalradikalität geringfügig abgeschwächt hatte und die Partei dem Innenministerium schriftlich zusicherte, „keinerlei gesetzwidrige Ziele“ zu verfolgen oder entsprechende Methoden anzuwenden“.¹⁷³ Genau dies, was die Behörden 1925 durch das Redeverbot verhindern wollten, ließen sie nun 1927 angesichts der äußeren Erscheinung der Partei wieder zu. Erst 1932, und jetzt vor allem während des Reichspräsidenten- und Landtagswahlkampfes, setzte die Polizeidirektion das Instrument des Redeverbotes massiv ein: Von den hier in ganz Bayern gegen Nationalsozialisten erlassenen 80 Redeverböten¹⁷⁴ betrafen mindestens 21 die Münchner NSDAP. Bis zum Jahresende wurden nur noch zehn weitere Verbote erteilt.¹⁷⁵

In den Jahren 1925 bis 1929 lassen sich in München pro Jahr Verbote von durchschnittlich zwei bis drei verschiedenen Flugblättern und Plakaten belegen sowie zwei bis drei polizeilich verordnete Textabänderungen in Flugschriften.¹⁷⁶

¹⁷⁰ Das Redeverbot betraf erstmals die fünf am 10. 3. 1925 in München geplanten NSDAP-Großveranstaltungen: StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 11. Die Behörden untersagten Hitler zwar nicht, in der Öffentlichkeit zu sprechen, aber sie verboten präventiv jede Versammlung, in der er als Redner vorgesehen war: So auch Stützel in der „streng vertraulichen“ Verhandlung mit den Nationalsozialisten Buttman und Wagner am 13. 11. 1925: HStA, MIIn 81576: ms. Gesprächsaufzeichnung vom 30. 11. 1925. Vgl. auch Tyrell, Führer befehl, S. 102 f. Pridham, Hitler's Rise, S. 41 f. und 73. Preußen, Sachsen, Baden, Hessen, Oldenburg, Anhalt, Hamburg und Lübeck erließen ebenfalls bis 1927/1928 Redeverbote für Hitler: Pridham, Hitler's Rise, S. 42.

¹⁷¹ StA, Lagebericht 56 (6. 5. 1927), S. 22. Stützel hielt die Partei besonders in Oberbayern und München für „restlos“ ruiniert: Pridham, Hitler's Rise, S. 76 f.

¹⁷² Hitler, Kampf (Bd. I), u. a. S. 531 ff.

¹⁷³ Deuerlein, Augenzeugenberichte, S. 268. Vgl. auch Motzet, Münchner NSDAP, S. 62.

¹⁷⁴ Faatz, Staatsschutz, S. 255.

¹⁷⁵ Front 5 (30. 1. 1932), „[dreimonatiges] Redeverbot gegen Bezirksleiter Buchner und Dötsch“. Ebenda 12 (18. 3. 1932), „Ritterlicher Kampf“. Ebenda 15 (9. 4. 1932), „Maulkörbel“. Ebenda 18 (30. 4. 1932), „Aus der Tätigkeit des Gau München-Oberbayern“. StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 4. Generell StA, Lageberichte Mai bis Dezember 1932.

¹⁷⁶ Im Folgenden: Kapitel I.3., Anm. 160. Insbesondere: StA, PDM 6774: Verbote von NS-Flugblättern, Plakaten und Handzetteln. Ebenda: Vermerk PDM/VI vom 4. 6. 1932 über die Verbote von Versammlungen, Plakaten und Flugschriften während des Reichspräsidenten- und Landtagswahlkampfes. StA, PDM 6764: Vorgehen der Münchner Polizei im Jahr 1932 gegen Stoffplakate und Fahnen der NSDAP, die aus Häusern hingen. Front 12 (18. 3. 1932), „Ritterlicher Kampf“.

Im Wahlkampf 1928 waren zwei derartige Propagandawerke verboten, im Wahlkampf 1929 vier. 1930 stieg die Zahl der Verbote auf neun, davon waren drei verschiedene Plakate für die Reichstagswahl betroffen. 1931 galt das Verbot zehn verschiedenen Flugblättern und Plakaten. 1932 verdreifachte sich diese Zahl. Allein während der Reichspräsidentenwahl durften in München 23 verschiedene Exemplare sowie sämtliche vorgesehenen Klebezettel nicht verteilt werden. Wie schon 1930 ging die Polizei auch 1932 gegen Hakenkreuzfahrten oder Transparente an Hauswänden vor. Nachdem die Partei diesmal in München für die Landtagswahl keine Flugschriften ausgab, wurden auch keine Verbote erlassen. Während der Reichstagswahlkämpfe im Juli und November 1932 ergingen jeweils mindestens zwei Verbote. Parallel zum Anstieg der Schriftgutverbote verdoppelten sich auch die angeordneten Textabänderungen ab 1930. Doch nicht allein die einzelnen Verbote behinderten die NSDAP. Generell hatte die Münchner Polizei seit der letzten Novemberwoche 1929, der Endphase des Kommunalwahlkampfes, künftig jede Verteilung von Flugschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen des Stadtzentrums untersagt und für deren anderweitige Verteilung eine Genehmigung zur Bedingung gestellt. Vermutlich war die gestiegene Aggressivität solcher Schriften der entscheidende Anlaß, denn die offizielle Begründung, „Belästigung der Straßenspassanten“, „Behinderung des Verkehrs“ und „Verunreinigung der Straßen“,¹⁷⁷ erklärte einen so gravierenden Eingriff in die Meinungsfreiheit nicht ausreichend. Trotz dieses Verbotes verteilten die Nationalsozialisten jedoch 1929 und in den folgenden Jahren fortwährend auch illegal Flugzettel an Passanten in der Stadt.¹⁷⁸

Die gelegentlichen, einen bis zwei Tage währenden Erscheinungsverbote gegen die in München verbreitete Parteipresse, besonders den „Völkischen Beobachter“, steigerten sich in den Jahren ab 1929 aufgrund der zunehmenden Aggressivität immer öfter zu mehrwöchigen Verboten. Davon war besonders „Die Front“ betroffen, die 1931 in der Summe sechseinhalb Monate lang nicht erscheinen konnte.¹⁷⁹ Die Bayernausgabe des „Völkischen Beobachters“ wurde im selben Jahr insgesamt knapp zwei Monate verboten, 1932 dagegen nur mehr zwei Wochen. Allerdings wurden nun immer wieder Wahlkampf-Sondernummern beider Zeitungen beschlagnahmt.¹⁸⁰ Fortwährende Verbote und Beschlagnahmungen verhinderten im Sommer die „Münchner Wacht“, das Tageszeitungs-Projekt der Gauleitung.¹⁸¹ 1932 erteilte die Polizeidirektion vor allem während der Wahlkämpfe kontinuierlich kurzzeitige Presseverbote, hielt sich jedoch weit stärker

¹⁷⁷ StA, PDM 6774: Vermerk der PDM/VI d vom 23. 11. 1929, betreff Flugblattverteilung während der Wahlzeit.

¹⁷⁸ Vgl. zwei Beispiele: StA, PDM 6741: Polizeibeizirk 10 (Nymphenburg) an PDM/VI/N vom 8. 10. 1930. StA, PDM 6774: „Vorführungsnote“ der PDM/VIa vom 17. 1. 1931.

¹⁷⁹ Front 1 (1. 1. 1932), „Die Front im Jahre 1932“. Front im Bild 7 (29. 5. 1932), „Die Entwicklung des Verlages Adolf Wagner“. Vgl. die Lücken in der gebundenen Front-Gesamtausgabe 1930–1932: BStB, 2° J. publ. G. 500z.

¹⁸⁰ StA, Lagebericht 97 (26. 2. 1931), S. 4. Ebenda 103 (2. 8. 1931), S. 5. Ebenda 105 (23. 10. 1931), S. 7. Ebenda 109 (22. 2. 1932), S. 6. Ebenda 113a (30. 12. 1932), S. 7. Front 12 (18. 3. 1932), „Ritterlicher Kampf“.

¹⁸¹ Front im Bild 7 (29. 5. 1932), „Entwicklung des Verlages Adolf Wagner“. Front 14 (2. 4. 1932) „Zeitungsbeschlagnahmung im Gau München-Oberbayern“. IfZ, MA 1216: Rschr. GGF an die Bezirks- und Ortsgruppenführer vom 30. 3. 1932 und 4. 6. 1932.

zurück als im Vorjahr.¹⁸² Die Aggressivität der Parteizeitungen mündete nun öfters als im Vorjahr in Beleidigungsklagen des politischen Gegners.¹⁸³

Gegen die Propagandamärsche und Veranstaltungen der Partei unter freiem Himmel ging die Münchner Polizei 1925 bis 1929 eher sporadisch vor. Regelmäßig wurden zwei bis drei kleinere oder größere Märsche aufgelöst oder im Vorfeld verboten. Am 8. Dezember 1929, dem Tag der Münchner Kommunalwahl, wurden alle entsprechenden Veranstaltungen untersagt. Dieses Schicksal traf im ersten Halbjahr 1930 bereits sechs Märsche, anschließend war ab 5. Juni 1930 generell die Teilnahme Uniformierter an Kundgebungen politischer Gruppierungen unter freiem Himmel bis Mitte Dezember 1932 in Bayern nicht mehr möglich.¹⁸⁴ Ab 10. Juli 1931 folgte schließlich das Verbot solcher Kundgebungen an sich.¹⁸⁵ Als die Reichsregierung am 29. Juni 1932 die Aufhebung des bayerischen Uniform- und Demonstrationsverbotes erzwang, nachdem sie bereits am 14. Juni alle entsprechenden Verbote im Reich für ungültig erklärt hatte,¹⁸⁶ ließ die Münchner Polizei den Nationalsozialisten dennoch auch in den folgenden Wochen durch vielfältige Auflagen keinen großen Spielraum.¹⁸⁷ Die Verordnung der Reichsregierung vom 18. Juli 1932, knapp vierzehn Tage vor der Reichstagswahl, ermöglichte den bayerischen Behörden die Wiedereinführung der vorherigen Verbote. Erst die Verordnung der Reichsregierung vom 19. Dezember hob endgültig sämtliche derartigen Verbote im Reich auf und beseitigte zugleich alle rechtlichen Grundlagen für ein strikteres Vorgehen gegen den politischen Radikalismus, wie sie die Verordnungen seit 1931 boten.¹⁸⁸

Um den Auseinandersetzungen der politischen Organisationen in der Öffentlichkeit das Wasser abzugraben, bzw. zu verhindern, daß sich die Kontrahenten bereits an der Kleidung erkannten, griff die Polizei immer wieder zu Uniformver-

¹⁸² Vermutlich spielten die Presseverbote gegen die NSDAP 1932 bayernweit eine untergeordnete Rolle: Faatz, Staatsschutz, S. 309. Der VB erhielt mindestens im Januar, März und November jeweils ein etwa einwöchiges Erscheinungsverbot und im restlichen Jahr mehrere Einzelnummer-Verbote: Vgl. Front 1932, AdB; hier insbesondere: Front 13 (25. 3. 1932), „Der Völkischer Beobachter erneut verboten“. StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 6. Ebenda 113a (30. 12. 1932), S. 7. Faatz, Staatsschutz, S. 309f.

¹⁸³ Die Zahl der vom Gauorgan „Die Front“ gemeldeten Beleidigungsklagen sowie der auf gerichtliche Anordnung hin abgedruckten Berichtigungen stieg 1932 rapide an. Möglicherweise nutzte die „Front“ diese Klagen auch nur erstmals verstärkt für ihre Propaganda und gab damit nicht einen realen Anstieg solcher Prozesse wieder.

¹⁸⁴ Faatz, Staatsschutz, S. 185 ff. Vgl. generell Kapitel I.3., Anm. 160.

¹⁸⁵ Die bayerische Verordnung wurde am 29. 9. 1931 und am 30. 3. 1932 jeweils um ein halbes Jahr verlängert: Faatz, Staatsschutz, S. 191 ff.

¹⁸⁶ Faatz, Staatsschutz, S. 160f. Pridham, Hitler's Rise, S. 276 ff. Vgl. auch Vogelsang, Reichswehr, S. 216 ff. Das bayerische Innenministerium hatte nach der Verordnung vom 14. 6. 1932 ursprünglich das Uniformverbot kurzerhand auf der Basis polizeilicher Vorschriften weitergeführt: Faatz, Staatsschutz, S. 201 f. Vgl. auch Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“; dem Artikel zufolge war die Partei in München aufgrund der Verbote seit zwei Jahren „kein einziges Mal aufmarschiert“.

¹⁸⁷ Faatz, Staatsschutz, S. 174 f. In einer Anordnung vom 14. 7. 1932 riet der bayerische Innenminister der Polizei, weiterhin öffentliche Versammlungen mit genauen Begründungen zu verbieten und Propagandamärsche durch strikte Auflagen von Stadtzentren fernzuhalten und in enge Bahnen zu lenken: Ebenda, S. 203.

¹⁸⁸ Faatz, Staatsschutz, S. 162 f. und 167 f.

boten.¹⁸⁹ Entsprechende Verbote erließ die Behörde schon für Juni und Juli 1927 im Gefolge der Ausschreitungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei denen ein SA-Mann erschlagen worden war,¹⁹⁰ und für die drei Tage vor der Kommunalwahl am 10. Dezember 1929.¹⁹¹ Seit dem 5. Juni 1930 galt ein entsprechendes Verbot für alle Kundgebungen unter freiem Himmel. Für die letzten drei Wochen vor der Reichstagswahl 1930 waren davon grundsätzlich sämtliche politischen Versammlungen und von 18.00 Uhr abends bis 6.00 Uhr morgens sogar jeder Aufenthalt auf öffentlichen Straßen und Plätze betroffen.¹⁹² Der SA-Aufmarsch am 1. Juni 1930, der aufgrund der durch die Nationalsozialisten geschürten aggressiven Stimmung einen erheblichen Polizeieinsatz ausgelöst hatte, gab für das bayerische Innenministerium den letzten Ausschlag. Stützel war nicht gewillt, weiterhin das Risiko blutiger Straßenschlachten und die finanziellen Folgen der Polizeieinsätze hinzunehmen. Die polizeilichen Einsatzkräfte reichten ohnehin nicht, um gegen jeden einzelnen gewalttätigen Aufmarsch im Lande vorzugehen. Kurzfristige Uniformverbote erschienen hier ausreichend gegenüber einem grundsätzlichen Demonstrationsverbot.¹⁹³ Nachdem diese jedoch im Sommer 1931 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen bei den Standkonzerten am Odeonsplatz und vor dem Braunen Haus wirkungslos blieben, untersagte die Polizeidirektion schließlich ab 4. Juli 1931 generell, Einheitskleidung politischer Organisationen unter freiem Himmel zu tragen. Das bayerische Innenministerium erweiterte sechs Tage später den Geltungsbereich der Verordnung auf grundsätzlich jede politische Versammlung. Darunter fielen auch die von der SA als Ersatz getragenen weißen Hemden. Dieses Verbot endete auf Druck der Reichsregierung am 29. Juni 1932 und wurde auch später, als die Möglichkeit dazu wieder bestand, nicht mehr eingeführt.¹⁹⁴

Mit einer Vielzahl an zusätzlichen Maßnahmen erschwerte die Polizei die Aktivitäten der Münchner NSDAP. Sie unterband die aufwendig geplante Einweihung des „Braunen Hauses“ in der Brienerstraße am 5. Juli 1930 samt dem hierfür vorgesehenen Aufmarsch der gesamten Münchner SA und SS im Garten des Hauses, mit dem Hinweis, daß sich das Haus im Bannkreis befinde und daher hier keine politischen Veranstaltungen stattfinden dürften. Die Parteiführung war höchst überrascht und verärgert, hatte doch bei der Entscheidung für das Haus der große Innenhof eine wesentliche Rolle gespielt.¹⁹⁵ Auch die NS-Filmpropaganda stieß immer wieder auf den Widerstand der bayerischen staatlichen Filmprüfstelle, die z. B. 1929 die Vorführung des Filmes „Kampf um Berlin“ verhinderte oder im Juli

¹⁸⁹ Dazu auch: Faatz, Staatsschutz, S. 251 f.

¹⁹⁰ StA, PDM 6745: Vermerk PDM vom 12. 7. 1927. Zum Fall des SA-Mannes Hirschmann: Kapitel IV.4., Anm. 266.

¹⁹¹ StA, PDM 6766: MInn an GL Groß-München vom 7. 12. 1929.

¹⁹² Faatz, Staatsschutz, S. 185–188. Vgl. auch: StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 1.

¹⁹³ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 10. Münchner Telegramm-Zeitung 106 (5. 1. 1930), „Regierung gegen Ruhestörer“.

¹⁹⁴ Faatz, Staatsschutz, S. 190 ff. Dieses Verbot wurde jeweils im selben Rhythmus wie das Demonstrationsverbot verlängert.

¹⁹⁵ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 12.

1932 den an die katholischen Reichstagswähler gerichteten Tonfilm der Gauleitung verbot.¹⁹⁶

Angesichts der stetig wachsenden Aggressivität der Nationalsozialisten erließ die Reichsregierung vor allem aufgrund der bayerischen Initiative hin am 13. April 1932 ein reichsweites Verbot der SA und SS.¹⁹⁷ Zusätzlich wurde am 15. April das Verbot der der SA unterstellten Organisationen, wie der HJ oder des NS-Schülerbundes, ausgesprochen.¹⁹⁸ Künftig drohte jedem, der diese Organisationen illegal weiterführte, Gefängnis nicht unter einem Monat, ersatzweise eine Geldstrafe. Auch die polizeiliche Beschlagnahme von Unterlagen, Propagandamaterial, Bekleidung und Ausrüstung der Organisationen war gestattet.¹⁹⁹ Nachdem die NSDAP-Reichsleitung²⁰⁰ und auch die Münchner Nationalsozialisten bereits Tage vorher über das kommende Verbot informiert waren²⁰¹ und entsprechend alles belastende Material beiseite geschafft hatten,²⁰² fanden sich bei den Durchsuchungsaktionen in der Gauleitung und in den SA-Büros nur unbedeutende Unterlagen. Mit der Durchsuchung des „Braunen Hauses“ hatte die Partei jedoch offensichtlich nicht gerechnet, denn hier wurde die Polizei fündig und beschlagnahmte belastendes Material in großen Mengen.²⁰³ Vergeblich verlangte

¹⁹⁶ StA, Lagebericht 80 (2. 7. 1929), S. 16. Front 30 (23. 7. 1932), „Tonfilm des Gauleiters Adolf Wagner verboten“. Die Begründung 1932 lautete, der Tonfilm könne die öffentliche Ordnung gefährden und das religiöse Empfinden verletzen; der Film war bereits für das Reich zugelassen worden: Ebenda. Vgl. auch Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 193.

¹⁹⁷ Faatz, *Staatsschutz*, S. 158 f. Ausführlicher: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 270 ff.

¹⁹⁸ StA, PDM 6831: Reichsinnenminister Groener an Polizei-Funkdienst Bayern vom 15. 4. 1932, 14⁵⁶ Uhr. Ebenda: MInn an sämtl. Regierungen, Polizeidirektionen und Bezirksämter Bayerns vom 16. 4. 1932.

¹⁹⁹ BSZ 86 (15. 4. 1932), „Verbot der SA und SS im ganzen Reich“; hier wörtlicher Abdruck der Notverordnung der Reichsregierung vom 13. 4. 1932 und der Durchführungsbestimmungen des Reichsministers des Innern.

²⁰⁰ StA, PDM 6776: NSDAP-Gau Brandenburg an ROL Straßer vom 9. 4. 1932: Bericht über Diskussionen im Reichswehrministerium über das bevorstehende SA/SS-Verbot; die Brandenburger Gauleitung hatte diese Informationen von einem hochrangigen Mitarbeiter des Reichswehrministeriums am selben Tag erhalten.

²⁰¹ Nach vertraulichen Angaben eines SA-Sturmführers vor seinem Motorsturm am 13. 4. 1932 war die Partei bereits eineinhalb Tage vorher über den Termin und das Vorhaben informiert gewesen und habe sich entsprechend vorbereitet: StA, PDM 6833: PND 773.

²⁰² StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 8. StA, PDM 6831: Bericht der 2. Polizeihundertschaft vom 14. 4. 1932. Ebenda: Vermerk PDM/VIa vom 14. 4. 1932 über das Ergebnis der Durchsuchung des Drexl-Palais: „Es war somit ersichtlich, daß das gesamte Material der SS [...] weggeschafft worden war.[...] Es hatte den Anschein, als ob auf das Kommen der Polizei bereits gewartet worden wäre“.

²⁰³ Vgl. StA, PDM 6831: 59seitiges Verzeichnis der am 13. 4. 1932 im „Braunen Haus“, im Drexl-Palais, in der Reichsführerschule, in den Abteilungen der Reichszeugmeisterei und in den Büros der GL München-Oberbayern und der HJ beschlagnahmten Materialien; hierbei waren den Beamten Kassen-Revisionsberichte, Tätigkeitsberichte, SA-Vierteljahresberichte, Tagebücher, dutzende Leitzordner mit insges. 68350 SA/SS-Stärkemeldungen (jeweils 250–300 Seiten) in die Hände gefallen; die umfangreichsten und interessantesten Bestände kamen im „Braunen Haus“ zutage, darunter Nachrichtendienstmaterial und tausende von hochrangigen SA-Befehlen; einem Mitarbeiter der Gauleitung nahmen die Beamten im letzten Moment einen Aktenordner zur Thematik „Spionage“ aus der Hand.

die NSDAP daraufhin, daß dieses Material den Händen der Justiz zu übergeben sei und damit der Polizei entzogen werde.²⁰⁴ Das SA/SS-Verbot zeigte jedoch keine entscheidende Auswirkung auf den Wahlkampf. Nach seiner Aufhebung am 14. Juni 1932 durch die Reichsregierung²⁰⁵ lebten die Verbände auch in München „sofort in alter Form und ungeschwächt wieder auf“, wie die Münchner Polizeidirektion erkennen mußte.²⁰⁶

Neben ihrem Vorgehen gegen die verbalen und handgreiflichen Ausschreitungen der Nationalsozialisten, widmeten Polizei und Innenministerium den NS-Jugendorganisationen große Aufmerksamkeit. Konsequenz setzten sie das 1924 erlassene Verbot der Teilnahme schulpflichtiger Kinder an politischen Organisationen und Aktivitäten gegenüber der HJ sowie später gegenüber Jungvolk und NSS durch.²⁰⁷ Damit war deren Spielraum in München erheblich verringert und ihre Organisation empfindlich getroffen. Der Mitgliederzulauf blieb eingeschränkt. 1931 und 1932 war nahezu das gesamte Versammlungswesen der beiden letzteren Organisationen in den Untergrund gedrängt, das Jungvolk konnte von vornherein keine offiziellen Organisationsstrukturen aufbauen.

Die polizeilichen Maßnahmen gegen ihr Finanzierungssystem trafen die Münchner NSDAP zweifellos am schwersten. Von 1925 bis März 1933 war jede Spendensammlung außerhalb der Wahlkämpfe generell verboten.²⁰⁸ Dabei stützte sich die Polizeidirektion auf einen ministeriellen Erlaß aus dem Jahre 1917, der den politischen Parteien und Verbänden untersagte, in Versammlungen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie mit Hilfe der Presse zu sammeln, und dies nur in Veranstaltungen mit „geschlossenem Charakter“ erlaubte, das heißt im engen Kreise von Freunden und Vereinsmitgliedern.²⁰⁹ Als Begründung diente das Argument, die Sammlungstätigkeit der politischen Parteien gehe zu Lasten der freien Wohlfahrtspflege.²¹⁰ Gleichzeitig kappte die Behörde durch die geschil- derten, fortwährenden Verbandsverbote²¹¹ eine der wichtigsten Einnahmequellen der Partei, die Eintrittsgelder. Besonders nachhaltig wirkte das vom 15. August 1930 bis Sommer 1932 geltende Verbot, in Versammlungen der NSDAP und der KPD Speisen und Getränke auszugeben sowie Aschenbecher „und sonstige Tischgeräte“ aufzustellen. Zunächst sollte damit eigentlich nur bei Auseinandersetzungen die Verletzungsgefahr durch Eßbesteck und Maßkrüge

²⁰⁴ StA, PDM 6831: RL/Rechtsabteilung an PDM vom 14. 4. 1932.

²⁰⁵ Faatz, Staatsschutz, S. 160f.

²⁰⁶ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 9.

²⁰⁷ Faatz, Staatsschutz, S. 101 f. und 238 ff. Sowie Kapitel IV.3.

²⁰⁸ Vgl. Kapitel V.

²⁰⁹ Bundesratsverordnung über die Wohlfahrtspflege vom 15. 2. 1917. Vgl. u. a. StA, PDM 6788: PDM an Gendarmeriestation Feldmoching vom 27. 10. 1931 anlässlich der Anzeige gegen die Ortsgruppe Feldmoching wegen einer nicht genehmigten Sammlung. Ebenda, PDM/VIId an Oberstaatsanwalt für den Landgerichtsbezirk München I vom 18. 11. 1931 anlässlich der nicht genehmigten Sammlung der Ortsgruppe 10 am 28. 10. 1931.

²¹⁰ Vgl. u. a. StA, PDM 6788: MInn an PDM vom 24. 7. 1925 zum Genehmigungsantrag der NSDAP für ihre Sammlungen. Ebenda: Regierung von Oberbayern an NSDAP-Stadtrat Christian Weber vom 14. 11. 1928.

²¹¹ Pridham hebt hier besonders die Wirkung des Redeverbotes für Hitler hervor, wodurch der Partei fortwährend gutbesuchte Versammlungen entgingen: Ders., *Hitler's Rise*, S. 74.

verhindert werden. Eine besonders schwere Schlägerei am 5. August des Jahres in Neuhausen, die Dutzende Schwerverletzte und ein zerstörtes Gasthaus hinterließ, gab hierfür den letzten Anstoß.²¹² Nachdem jedoch die Verordnung die Wirte zwang, bei nationalsozialistischen Versammlungen entweder finanzielle Verluste in Kauf zu nehmen oder Saalmiete zu verlangen, schmälerte sie zugleich die Einnahmen der Partei aus den Eintrittsgebühren und Spenden bei diesen Veranstaltungen. Entsprechend vehement attackierte die Parteipresse die Anordnung.²¹³ Bereits im Wahlkampf 1930 wurden die Folgen des Verbotes sichtbar, als die NSDAP unbeirrt versuchte, Säle kostenlos zu erhalten. Die für den 12. September in der Stadt geplante Serie von 30 Versammlungen mußte ausfallen, da die Partei nicht genügend Wirte fand, die bereit waren, einen Saal zu stellen.²¹⁴

Über die Auswirkung der Versammlungsverbote auf die Parteifinanzen war man sich sowohl in der Polizeidirektion²¹⁵ als auch auf ministerieller Ebene²¹⁶ im Klaren. Nachdem die Erträge der Großveranstaltungen in München „in der Hauptsache“ der Gauleitung zufließen, sah sich diese angesichts der fortwährenden Versammlungsverbote im Sommer und Herbst 1931 zu einer monatlichen Umlage gezwungen, um die Lücken ihres Finanzhaushaltes zu decken.²¹⁷ Im April 1932 verklagte die Gauleitung die Polizeidirektion vergeblich wegen der finanziellen Einbußen für die ausgefallene Versammlung im Dantestadion.²¹⁸ Daher darf angenommen werden, daß die Behörde mit Versammlungsverböten nicht nur die verbale Aggressivität der NSDAP bekämpfen wollte, sondern darüber hinaus gezielt die Finanzen und damit die Parteiaktivitäten vermindern wollte.

²¹² StA, PDM 6741: PDM an die NSDAP München vom 15. 8. 1930. StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 1. Vgl. generell StA, PDM 6743–6745: Polizeiberichte über NSDAP-Versammlungen in der zweiten Hälfte 1932.

²¹³ Vgl. z. B. VB 204 (28. 8. 1930), „Unterbindung der Wahlfreiheit der NSDAP in München durch den Polizeipräsidenten Koch und den Innenminister Stützel, die im kommenden Deutschland ohne Pension auf die Straße gesetzt werden wollen“.

²¹⁴ BA, Berlin, NS 18: Rschr GGF „An die Herren Redner für den 12. 9. 1930“ vom 1. 9. 1930.

²¹⁵ Die Behörde wußte wohl um den hohen Wert der Großveranstaltungen: Vgl. z. B. StA, Lagebericht 77 (7. 5. 1929), S. 12: Hier bemerkt die PDM zu den häufigen Großveranstaltungen des Frühjahres: „Von den Versammlungen in München verspricht sich die Parteileitung neben der Propaganda auch eine Stärkung der Parteikasse“. Vgl. auch StA, Lagebericht 86 (16. 12. 1929), S. 4: zur finanziellen Bedeutung der überfüllten Parteiversammlungen am 6. 11. 1929.

²¹⁶ Benz, Berichte, S. 174: Der bayerische Justizminister Gürtner gegenüber Moser von Filseck am 14. 3. 1925: „Hitler habe kürzlich eine Bettelfahrt durchs ganze Land gemacht, habe aber keinen Erfolg gehabt, deswegen müsse er jetzt bei seinen Versammlungen ein Eintrittsgeld von 1 Mark pro Person erheben. Durch Versammlungsverbote könnte man ihn also lahmlegen [...]“. Selbst das Reichsinnenministerium wußte genau um diese Fakten: „Vom finanziellen Gesichtspunkt aus bedeutet die Versammlungsunterbindung einen äußerst empfindlichen Schlag für die Parteikasse [...]“: BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26091: Vermerk vom November 1931, o. w. A.

²¹⁷ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 3.

²¹⁸ Front 17 (23. 4. 1932), „Der Bayerische Staat von der NSDAP auf Schadensersatz wegen verbotener Versammlung verklagt“. Zur Verhinderung der Versammlung durch die Polizei: Kapitel I., Anm. 165.

Auch die langfristigen Verbote der NSDAP-Zeitungen hatten finanzielle Folgen, da der technische Apparat der Zeitungsredaktionen währenddessen aufrechterhalten und die Angestellten weiter entlohnt werden mußten.²¹⁹ Die Gauleitung gab dies im Fall des mehrmonatigen Verbotes „Der Front“ offen zu.²²⁰ Das gleiche gilt für Schriftgutverbote, denn häufig wurden Plakate und Flugblätter erst verboten, nachdem sie bereits gedruckt worden waren. Selbst wenn sie nicht beschlagnahmt wurden, waren sie für die Propaganda nun nutzlos, und der NSDAP entstand jedesmal finanzieller Schaden. Vermutlich war genau dies auch das Ziel der Behörden. Beispielsweise beschlagnahmten die Beamten in einem Fall im Mai 1930 rund 300 000 Klebezettel.²²¹ Im Februar 1932 zog die Polizei von einem verbotenen Flugblatt der „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ die gesamte Auflage von 12 000 Stück ein.²²² Bei einer Durchsuchungsaktion in den Räumen der Gauleitung München-Oberbayern transportierten die Beamten Anfang März 1932 unter anderem rund 1500 Plakate für den Reichstagswahlkampf ab.²²³ Die Verantwortlichen in der Münchner Polizeidirektion waren sich auch in diesem Fall der finanziellen Schäden, die sie der NSDAP damit zufügten, durchaus bewußt.²²⁴

Nachdem Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler geworden war, veränderte sich die Situation für die Münchner NSDAP grundlegend. Zunächst schien der Kurs von Innenministerium und Polizeidirektion unverändert. Stützel sah es nach wie vor als seine Aufgabe an, auch die Gewalttätigkeit und Unruhe der Rechtsradikalen schon im Vorfeld zu bekämpfen.²²⁵ Die bayerische Regierungsspitze lehnte die NSDAP unverändert ab und zeigte sich nicht bereit, dieser über die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber der Reichsregierung hinaus entgegenzukommen. Das bewies man regelmäßig durch Auflagen gegen Propagandamärsche der Partei²²⁶ oder durch die Handhabung des Rundfunks. Der Bayerische Rund-

²¹⁹ BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26091: Die Mitteilungen Nr. 22 des Landeskriminalpolizeiamtes Ia Berlin vom 15. 11. 1931 berichteten u. a. über den finanziellen Schaden für die NSDAP im Reich durch die Presseverbote.

²²⁰ Front im Bild 7 (29. 5. 1932), „Die Entwicklung des Verlages Adolf Wagner“.

²²¹ StA, PDM 6774: Vermerk PDM/VI vom 17. 2. 1932 u. a. zur Hausdurchsuchung am 15. 5. 1930 bei Ostberg.

²²² BSZ 48 (27. 2. 1932), „Aus der Landeshauptstadt“. VB 58 (27. 2. 1932), „Polizei beschlagnahmt 12 000 Flugblätter!“

²²³ StA, PDM 6774. Vermerk des Polizeireferats VI a vom 5. 3. 1932 über die Hausdurchsuchung am 4. 3. 1932.

²²⁴ StA, PDM 6827: Bericht eines SA-Mannes, der unerkannt, vermutlich für den SA-Nachrichtendienst, an einer Unterredung prominenter Münchner Politiker und hochrangiger Beamter, darunter der Polizeipräsident Koch, Oberbürgermeister Scharnagl und Landtagspräsident Stang, am 10. 2. 1932 im Hotel Vier Jahreszeiten teilnahm, o. w. A.; Koch habe sich hier befriedigt über den finanziellen Schaden, den er der NSDAP unlängst durch Klebezettelbeschlagnahmungen „zugefügt“ hatte, geäußert.

²²⁵ Faatz, Staatsschutz, S. 362 ff. Vgl. insbesondere die großen Sicherheitsvorbereitungen der Münchner Polizei anlässlich des SA-Propagandazuges am 24. 2. 1933 durch die Stadt: StA, PDM 6744: Vermerk PDM/VI vom 23. 2. 1933. Nach wie vor wurde auch der illegale Waffenbesitz bekämpft: vgl. generell: StA, PDM 6758: Vorgehen der Münchner Polizei gegen politische Gewalt Januar-März 1933.

²²⁶ Zu den Sicherheitsauflagen gegen NS-Veranstaltungen: Faatz, Staatsschutz, S. 370.

funk übertrug zwar Hitlers Münchner Rede am 24. Februar 1933, lehnte jedoch die Aufnahme einer Rede des Gauleiters Wagner ab. Am 30. Januar konnten die bayerischen Hörer den Bericht über den Fackelzug in der Reichshauptstadt anlässlich Hitlers Reichskanzlerschaft hören, die Übertragung der anschließenden Rede Goebbels über den Reichssender stellte der Bayerische Rundfunk jedoch kurzerhand ab.²²⁷ Die Anmeldepflicht für politische Versammlungen galt auch für die NSDAP nach wie vor.²²⁸ Gleichzeitig setzte die Polizeidirektion die nachrichtendienstliche Überwachung der NSDAP unvermindert fort. Die grundsätzlich feindliche Einstellung der Polizeiführung gegenüber der NSDAP hatte sich offensichtlich nicht verändert.

Die Auswirkungen der Reichskanzlerschaft Hitlers waren dennoch nicht zu übersehen. Die Polizeidirektion setzte auch in München die nun folgenden Anweisungen der Reichsregierung, darunter die Verordnung zum „Schutz des deutschen Volkes“ und die „Reichstagsbrandverordnung“, durch. Mit diesen Mitteln des Ausnahmezustandes wurde primär die KPD bekämpft, d.h. ihre gesamte öffentliche Präsenz unterdrückt. Dagegen stießen etwa Propagandamärsche der NSDAP auf nahezu kein Hindernis mehr.²²⁹ Die Polizeidirektion erließ bis zum Wahltag am 5. März 1933 kein einziges Versammlungsverbot, erteilte in München, wie in ganz Bayern, keine Redeverbote mehr und sah von Maßregelungen bei verbalen Entgleisungen nationalsozialistischer Redner, Zeitungen oder Flugschriften beinahe vollständig ab. Umgekehrt sahen sich die Beamten nun verpflichtet, den Reichskanzler Hitler vor Beleidigungen zu schützen.²³⁰ Die Zurückhaltung bedeutete möglicherweise, daß mancher Beamte die NSDAP nun nicht mehr als staatsgefährdend ansah, da die Maßregelung immer von dem Beamten veranlaßt werden mußte, der die Versammlung überwachte.²³¹ Dahinter stand jedoch vermutlich noch weit mehr die Furcht der bayerischen Regierung, der Reichsregierung einen Anlaß für einen zweiten „Preußenschlag“ zu liefern.²³²

²²⁷ StA, PDM 6744: Vermerk der PDM über die Übertragung der Rede Hitlers in den Ausstellungshallen am 24. 2. 1933, o. w. A. MP 35 (11./12. 2. 1933), „Was geht im bayerischen Rundfunk vor?“

²²⁸ Vgl. StA, PDM 6744: Versammlungen der NSDAP in München Januar-März 1933.

²²⁹ Faatz, Staatsschutz, S. 367f.

²³⁰ Ebenda, S. 370. So wurde z. B. am 9. 3. 1933 im Gasthaus Donisl am Marienplatz ein Mann auf die bloße Verdächtigung zweier SS-Männer hin, er habe Hitler einen „Lumpen“ genannt, festgenommen: StA, PDM 6758: Vermerk PDM/VI vom 9. 2. 1933. Die PDM beschlagnahmte nur ein Plakat sowie sämtliche antisemitischen Klebezettel Ostbergs: BK 64 (5. 3. 1933), „Beschlagnahmt“. StA, PDM 6775: Vermerk Polizeibezirk 7 vom 20. 2. 1933.

²³¹ Faatz, Staatsschutz, S. 373 und 375.

²³² Diese Befürchtung äußerte Held bereits unmittelbar nach der Absetzung der preußischen Regierung am 20. 7. 1932: Pöhlmann, Held, S. 205. Ähnliches deutete Hitler in der Großveranstaltung am 24. 2. 1933 an: MP 47 (25./26. 2. 1933), „Der braune Freitag“. MZ 55/56 (25. 2. 1933), „Hitler in München“. BK 57 (26. 2. 1933), „Der Hitler-Rummel in München“.

Die tatsächliche Wirkung der Verbotspraxis

Die Qualität und Quantität der Verbotserslasse zeigten, daß die Behörden in München im Zeitraum von der innenpolitischen Wende der bayerischen Regierung 1924/1925 bis zum Januar 1933 mit großem Nachdruck gegen die NSDAP vorgehen. Dennoch wies dieses Vorgehen gegenüber der Aggressivität und Hetze der Nationalsozialisten strukturelle wie auch individuelle, in der Haltung der einzelnen Beamten gelegene Schwächen auf. Grundsätzlich tolerierte die Polizeidirektion die „gemäßigte“ Form der antisemitischen Beleidigung und Hetze unverändert. Ausschlaggebend hierfür war wesentlich die Haltung des Gesetzgebers und der höchsten deutschen Gerichte. Bis auf wenige Ausnahmen betrachteten die deutschen Gerichte, darunter seit 1930 auch das Reichsgericht, die Beleidigung eines Kollektivs zwar im Falle zahlreicher gesellschaftlicher Gruppierungen wie etwa Stahlhelm oder „die deutschen Unteroffiziere“, nicht jedoch im Falle „der Juden“ als strafbar. Wer innerhalb gewisser Grenzen pauschal „die Juden“ oder „jüdische“ Einrichtungen verunglimpfte, konnte nicht belangt werden.²³³ Das bayerische Innenministerium wiederum bedauerte zwar stets, nur geringe juristische Handhaben gegen die antisemitische Agitation zu besitzen, schuf jedoch andererseits auch keine Abhilfe.²³⁴ Derartige Exzesse wurden in der Regel nur dann verfolgt, wenn sie den Tatbestand der Volksverhetzung, bzw. der „Aufreizung zum Klassenhaß“ (§ 130) oder der Beleidigung der Religion (§ 166) erfüllten. Um die Fragen, ab wann diese Tatbestände zuträfen und ob Juden als „Klasse“ zu sehen waren oder nicht, entspann sich in der Weimarer Republik ein stetes Tauziehen zwischen Antisemiten und ihren Gegnern.²³⁵ Eine Reihe von Strafverfahren vermittelte den Nationalsozialisten in München, welche Form antisemitischer Hetze von dieser Formel betroffen war und damit jenseits der behördlichen Toleranzgrenze lag. So verurteilte das Schwurgericht München I aufgrund einer Anzeige des „Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV) Ende Oktober 1927 den Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Josef Stolzinger-Cerny, wegen Gotteslästerung zu einer Geldstrafe von 300 Mark. Stolzinger-Cerny wurde für einen Aufruf Arthur Dinters im „Völkischen Beobachter“ verantwortlich gemacht, in dem dieser unter anderem „den Judengott Jahve“ beleidigt hatte.²³⁶ Das antisemitische Stück „Der Kompromißgeist“, das der Theatertrupp des NS-Bezirk München-Nord 1932 einstudiert hatte, wurde nach der Erstaufführung wegen „Verunglimpfung der bisherigen deutschen Politik“ und „Anreizung zum Klassenkampf“ verboten.²³⁷ Kundgebungen oder Schriftwerke, die die Lüge vom jüdischen „Ritualmord“ verbreiten wollten, wurden seit 1929

²³³ Walter, Judenfeindschaft, S. 193–196. Hannover, Politische Justiz, S. 263–273. Hanke, Juden, S. 69 ff.

²³⁴ Hanke, Juden, S. 69–75.

²³⁵ Walter, Judenfeindschaft, S. 89–93, 191. § 130 RStGB bestrafte denjenigen, der „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt“. Zitiert nach ebenda, S. 89. Vgl. Art. 102 des bayerischen Ausführungsgesetzes vom 18. 8. 1879 zur RStPO; die Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft war strafbar gemäß § 166 RStGB.

²³⁶ StA, PDM 6745: Vermerk PDM/VI vom 30. 10. 1927.

²³⁷ StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 3.

weitgehend untersagt.²³⁸ In allen diesen Fällen war anscheinend immer die Strafanzeige Dritter notwendig. Gelegentlich zeigte sich die Polizeidirektion jedoch selbst gegenüber extremer antisemitischer Hetze sehr nachlässig. Auf sein Ersuchen, gegen die antisemitischen Klebezettel des SS-Führers Karl Ostberg vorzugehen, die zu Gewalttätigkeiten gegen Juden aufriefen, mußte der bayerische Landesverband des CV im Herbst 1931 über drei Monate auf eine Antwort warten. Schließlich erhielt er den Bescheid, die Polizeidirektion könne, angeblich wegen „Geschäftsbelastung“, derzeit nichts tun und sich auch wegen der gebotenen „Amtsverschwiegenheit“ zum Verlauf möglicher Ermittlungen nicht äußern. In Wahrheit war der entsprechende Akt in der Ettstraße verlorengegangen, und die Beamten scheuten die Mühe einer erneuten Ermittlung, obwohl sie nach wie vor über Duplikate der Klebezettel verfügten.²³⁹ Noch drastischer war das Verhalten der Behörde gegenüber einer CV-Beschwerde gegen das in München verbreitete Plakat, das zur Versammlung mit Julius Streicher am 22. August 1930 einlud. Auf diesem war unter anderem zu lesen: „Im Jahre 1919 sagte der Jude Paul Landau im Lehrervereinshaus Berlin: Wenn die Deutschen wüßten, was wir Juden im Weltkrieg gemacht haben, würden sie uns auf der Straße totschiessen.“ Der CV erkannte hierin eine längst widerlegte Fälschung und „eine kaum verhüllte Aufforderung, die Juden totzuschlagen“. Das Plakat habe unter den Münchner Juden „lebhaftes Beunruhigen“ hervorgerufen, die angesichts der in den letzten Wahlversammlungen verübten Gewalttaten verständlich und berechtigt sei. Daher forderte die Organisation, das Plakat zu verbieten „oder wenigstens“ die beanstandeten Stellen zu entfernen bzw. unkenntlich zu machen. Sowohl die Polizeidirektion als auch das Landgericht München I sahen hier jedoch weder den Tatbestand der „Aufreizung zum Klassenhaß“ noch den der Volksverhetzung gegeben und lehnten ein Eingreifen ab.²⁴⁰

Auch gegenüber allen weiteren Formen nationalsozialistischer Aggressivität war die Haltung der Polizeibeamten keineswegs immer von Konsequenz und Beharrlichkeit geprägt, wie drei Beispiele veranschaulichen. Nachdem Hitlers radikale Rede auf der NSDAP-Wiedergründungsversammlung Ende Februar 1925 ein weiteres Redeverbot nach sich gezogen hatte, ignorierte die Behörde bereits im Herbst des gleichen Jahres die Reaktion des „Völkischen Beobachters“, der die Polizeibeamten, die 1923 Nationalsozialisten erschossen hatten, als „Mörder“ titulierte. Zwar war der Behörde bewußt, daß sie eigentlich einschreiten mußte, doch wollte sie vermeiden, daß in einem Strafverfahren die Vorgänge des „Hitlerputsches“ erneut aufgerollt würden.²⁴¹ Als am 17. Dezember 1930 drei Beamte einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die 20 zum Teil

²³⁸ Hanke, Juden, S. 72. Hier wirkte v. a. die auf ausführliche Sachgutachten gestützte, diesbezügliche Verurteilung Julius Streichers und Karl Holz' durch ein Nürnberger Gericht Ende 1929: Walter, Judenfeindschaft, S. 186–189.

²³⁹ StA, PDM 6669: Landesverband Bayern des CV an PDM vom 9. 10. 1931 und 20. 1. 1932 mit beigelegten Klebezetteln. Ebenda: Vermerke der PDM/Vd vom 14. 10. 1931 und 28. 1. 1932.

²⁴⁰ StA, PDM 6660: Landesverband Bayern des CV an PDM, 21. 8. 1930, und Vermerk PDM/VId vom 27. 8. 1930.

²⁴¹ HStA, MInn 81580: Polizeipräsident Mantel an MInn vom 12. 11. 1925.

schwer Verletzte hinterließ, tatenlos zusahen, veranlaßte Stützel persönlich eine Dienstaufsichtsbeschwerde. In einem Schreiben an die Münchner Polizeidirektion verlangte er darüber hinaus vehement, künftig mit verstärktem Polizeieinsatz und nachhaltigerer Vorermittlung solche Geschehnisse unter allen Umständen zu verhindern.²⁴² Ende Oktober 1931 bemerkte ein nationalsozialistischer Redner, das deutsche Volk werde „von einer Verbrecherbande“ geführt, beeilte sich jedoch hinzuzufügen, daß damit nicht die Regierung gemeint sei, sondern „jene“, die immer noch die Überzeugung verbreiten, Deutschland trage die Alleinschuld am Weltkrieg. Der die Versammlung überwachende Beamte glaubte diesem Nachsatz und veranlaßte keine Strafverfolgung.²⁴³

Hinter der stetigen Zurückhaltung einzelner Beamten verbarg sich eine Vielzahl von Beweggründen, zweifelsohne auch partielle Sympathie für die nationalsozialistischen Ideen; vereinzelt fanden sich in den Reihen der Polizei auch überzeugte Nationalsozialisten.²⁴⁴ Dies läßt ein Polizeibericht vom Januar 1932 vermuten, der die Ausführungen eines hochrangigen Münchner SS-Führers zum Thema „Judenfrage“, die zahlreiche extrem antisemitische Ausfälle enthielt, als „im allgemeinen sachlich“ bezeichnete.²⁴⁵ Der Beamte, der die NS-Versammlungen am 3. Dezember 1929 im Löwenbräukeller überwachte, behauptete in seinem Bericht: „[...] sämtliche Redner sprachen sachlich und frei von hetzerischer Absicht.“ Dies wollte der Beamte offensichtlich auch für den ersten Redner Streicher gelten lassen, der in seinen für die Münchner Auftritte üblichen aggressiven Hetztiraden Juden unter anderem als „Lumpenpack“ beschimpfte, das Christus selbst als „Ausgeburt der Hölle“ bezeichnet habe. Der Polizist schrieb dazu nur: „Die Ausführungen, die oft sehr witzig gehalten waren, wurden von den Zuhörern begeistert aufgenommen.“²⁴⁶ Neben solcher partiellen Sympathie oder auch der Unsensibilität gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung sowie der gelegentlichen Furcht, in eine aufgehetzte Versammlung einzugreifen, gab es vor allem eine Ursache für die Zurückhaltung: Viele Beamte waren aufgrund der komplexen und häufig wechselnden gesetzlichen Grundlage über ihre rechtlichen Möglichkeiten beim Vorgehen gegen die NSDAP unsicher. Dies bezog sich vorwiegend darauf, welcher Wortlaut denn nun tatsächlich strafbar, bzw. ab wann eine Äußerung als Beleidigung zu verstehen war.²⁴⁷ Eine Versammlung konnte bis zum 28. März 1931, als die Verordnung des Reichspräsidenten erstmals das präventive

²⁴² HStA, MInn 81584: Stützel an PDM vom Dezember 1930, hs. überarbeitetes Manuskript.

²⁴³ StA, PDM 6742: Vermerk des Polizeireferates VI und Polizeibericht vom 28. 10. 1931 über die Versammlung der Ortsgruppe 6 am 27. 10. 1931 im Arzbergkeller.

²⁴⁴ Faatz, Staatsschutz, S. 379 f.

²⁴⁵ StA, PDM 6743: Polizeibericht (o. D.) über die eineinhalbstündige Rede Ostbergs, Adjutant des Führers der SS-Standarte München, in der NS-Versammlung am 27. 1. 1932 im Arzbergkeller; dieser bemerkte u. a.: „der Jude“ sei „in seinem Innern nur ein Fremdkörper, ein giftiger Zersetzungstoff“. Er habe es „von jeher mit bewundernswerter Hinterlist und Feigheit verstanden, von der Arbeit und ihren Gefahren sich zu drücken. [...] Dort, wo sein Geschäft am einträglichsten blühte und er am meisten saugen konnte, gleich einem Egel, wurde er seßhaft.“

²⁴⁶ StA, PDM 6740: Polizeibericht vom 4. 12. 1929.

²⁴⁷ Faatz, Staatsschutz, S. 255 ff. und 284 f.

Verbot wegen Beleidigung von Regierungsangehörigen ermöglichte,²⁴⁸ nur aufgelöst werden, wenn ihr Zweck strafbar war, nicht jedoch wegen anfallender Beleidigungen. Der Polizeireferent im Innenministerium Zetlmeier empfand diesen Zustand als „peinlich“, denn in der Folge konnten etwa Versammlungen mit Julius Streicher, von welchem stets massive Beleidigungen zu erwarten waren, nicht präventiv verboten werden.²⁴⁹ Für ein summarisches Versammlungsverbot lieferte jedoch auch diese Verordnung vom März 1931 keine Grundlage. Nach wie vor war jedes Verbot individuell zu begründen.²⁵⁰ Da Personalmangel die Überwachung jeder einzelnen NS-Versammlung verhinderte, man jedoch die radikalen Auftritte nationalsozialistischer Redner möglichst weitgehend erfassen wollte, werteten die Beamten Zeitungen, insbesondere die „Münchner Post“, aus,²⁵¹ obwohl sich deren Informationen nicht immer als zuverlässig erwiesen.²⁵²

Die gelegentlich nachlässige Haltung der Polizei, die sich offensichtlich in ganz Bayern beobachten ließ, veranlaßte den bayerischen Innenminister Karl Stützel im Herbst 1931 mehrfach zu deutlichen Mahnungen an die Polizeibehörden im Lande.²⁵³ In einem zweieinhalbseitigen Rundschreiben an die Landespolizeiamter kritisierte er schließlich Anfang Dezember 1931 erneut mit kaum verhohlenen Ärger die Zurückhaltung gegenüber den NS-Rednern und forderte mit allem Nachdruck ein verstärktes Vorgehen: „Ein passives Verhalten der Polizei solchen Exzessen gegenüber erweckt in der Bevölkerung den Eindruck, als sei die Polizei nicht willens, oder nicht in der Lage, diesem Treiben entgegenzutreten [...]. Die Duldung solcher Auslassungen erschüttert das Ansehen des Staates und das Vertrauen zu den staatlichen Organen. Das untätige Verhalten der Polizei bestärkt aber auch die betreffenden Redner und ihre Parteigenossen in dem Glauben, die Polizei sei nicht in der Lage, oder habe nicht den Mut, ihnen entgegenzutreten.“²⁵⁴ Wenige Tage später beklagte sich Stützel auch bei Georg Heim über die stete Behinderung der Bekämpfung der NSDAP durch die absichtliche und unabsichtliche Indifferenz mancher Staatsbeamter, aber auch der Justiz: „Ist es dann nicht absolut natürlich und unvermeidbar, daß das Instrument der Polizei im

²⁴⁸ „Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung „politischer Ausschreitungen“ vom 28. 3. 1931. In: RGBL. 11 (1931), S. 79; hier § 1.

²⁴⁹ HStA, MIIn 81582: Vermerk Staatssekretär Zetlmeier vom 14. 10. 1929, zur Vorlage für den Innenminister.

²⁵⁰ Faatz, Staatsschutz, S. 258.

²⁵¹ Z. B. reagierte die Polizeidirektion im März 1931 erst auf einen Artikel des „Vorwärts“ hin auf die illegale uniformierte Wache im „Braunen Haus“: Vorwärts 101 (1. 3. 1931), „Hitlers Wachtparade. Die Schloßwache für den Millionenpalast“; vgl. die hs. Randnotizen des Referenten im Innenministerium und den Querverweis auf das Schreiben des MIIn an die PDM vom 4. 3. 1931: HStA, MIIn 81584.

²⁵² Nachdem monatelange Ermittlungen anlässlich eines Artikels der kommunistischen „Roten Fahne“ über nationalsozialistische „Felddienstübungen“ in Ettal im Dezember 1930 nichts ergaben, riß dem leitenden Beamten der Geduldsfaden: „An der Meldung dieses unauffindbaren ‚Berichterstatters‘ ist sicherlich kein wahres Wort. Der Fall beweist aber aufs Neue, wie leichtfertig Gerüchte in die Welt gesetzt und wie leichtfertig sie von einer willfähigen Presse übernommen werden.“

²⁵³ Faatz, Staatsschutz, S. 253 ff.

²⁵⁴ StA, PDM 6742: MIIn/Stützel, u. a. an sämtliche Polizeidirektionen und Staatspolizeiamter vom 7. 12. 1931. Vgl. auch Faatz, Staatsschutz, S. 255.

Kampf gegen die Nationalsozialisten allmählich stumpf wird, wenn eine derartige Betätigung der Beamten der übrigen Ressorts stattfindet und wenn gleichzeitig die Justiz in vielen Dutzenden von Fällen offensichtlich versagt, Freisprüche fällt oder lächerlich geringe Strafen wegen Zuwiderhandlung gegen die polizeilichen Anordnungen, insbesondere gegen das Uniform- und Aufzugsverbot verhängt?“²⁵⁵

Stützels Unmut richtete sich nicht zu Unrecht auch gegen die Justiz. Die in München ansässigen Justizbehörden trugen allem Anschein nach wesentlich dazu bei, daß das Vorgehen der Polizei gegen die NSDAP immer wieder²⁵⁶ abgemildert, ja stellenweise sogar konterkariert wurde.²⁵⁷ Ohne näher ins Detail zu gehen, illustrieren einige wenige Urteile dieses Phänomen.²⁵⁸ So wies das Amtsgericht München 1927 eine Klage nassauischer Juden gegen einen Artikel des „Völkischen Beobachters“ zurück, der behauptete, die Juden des Landkreises Nassau hätten versucht, den „Deutschen Tag“ der Nationalsozialisten durch Denunziation bei den französischen Besatzungsbehörden zu verhindern, und damit bewiesen, „daß sie allein die wahren Todfeinde des deutschen Volkes sind“. Nach Ansicht des Gerichtes habe der Beschuldigte damit keineswegs eindeutig alle Juden Nassaus gemeint; die Privatkläger müßten daher nachweisen, daß der Artikel konkret sie bezichtigt habe.²⁵⁹ Das Landgericht München I lehnte im Juni 1927 die Strafverfolgung eines Münchner Nationalsozialisten, der die Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Erzberger in beleidigender Weise gelobt hatte, mit der Begründung ab, Erzberger sei bei seiner Ermordung nicht mehr Regierungsmitglied gewesen, daher gelte die Beschimpfung nicht als strafbar im Sinne des Republiksschutzgesetzes.²⁶⁰ Anfang September 1930 veröffentlichte die Münchner Gauleitung ein Flugblatt mit dem Titel „Regierungslügen“, das Auszüge aus Reden von Reichsministern und des bayerischen Ministerpräsidenten wiedergab und mit der Aufforderung endete: „Darum: Keine Stimme diesen Narren oder Betrügern“. Das Landgericht München I stellte das von der Münchner Polizei veranlaßte Strafverfahren gegen den verantwortlichen Gauleiter Wagner mit der Begründung ein, es sei „zweifelhaft“, ob mit den „Narren oder Betrügern“

²⁵⁵ HStA, MA 100425: Stützel an Georg Heim vom 18. 12. 1931; zitiert u. a. bei Vollnhals, Aufstieg der NSDAP, S. 163 f., und bei Wiesemann, Vorgeschichte, S. 104 f. Vgl. auch Stützels Klage über die Schuld der Justiz an der unzulänglichen Bestrafung verbaler Exzesse der Nationalsozialisten in einem Aktenvermerk anlässlich der Ministerratssitzung am 2. 4. 1931: HStA, MInn 81584.

²⁵⁶ Um das Verhalten der in München ansässigen Justiz in seinem gesamten Spektrum zu erfassen, ist ein umfassenderes Aktenstudium notwendig, als es an dieser Stelle möglich war. Eine ganze Reihe von Urteilen gegen Nationalsozialisten, besonders 1932, sanktionierte deren Aggressivität durchaus auch mit drastischen Geldstrafen: Vgl. z. B. die Urteile gegen die Demonstranten des 19. 6. 1932: Kapitel IV.4., S. 399 f.

²⁵⁷ Zu demselben Befund kommt auch Hambrecht in seiner Untersuchung über den Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken: Ders., Aufstieg, S. 277–284. Vgl. auch Wiesemanns, allerdings kaum quellengestützten Hinweis: Ders., Vorgeschichte, S. 104 f.

²⁵⁸ Die Beispiele ließen sich aus den Akten des Bayerischen Hauptstaatsarchives beliebig fortsetzen.

²⁵⁹ Walter, Judenfeindschaft, S. 194.

²⁶⁰ StA, PDM 6737: Staatsanwalt des Landgerichtes München I an PDM/VI vom 25. 6. 1927.

Regierungsmitglieder gemeint seien.²⁶¹ Zum gleichen Zeitpunkt beschlagnahmte die Münchner Polizeidirektion ein in der Stadt verbreitetes Plakat der Gauleitung mit dem Titel: „Haut sie zusammen! Wählt Liste 9“ und „Volksgenossen, wir hauen sie zusammen! [...] das Parlament kracht in allen Fugen [...]“. Als die Behörde Strafanzeige erstattete, lehnte das Amtsgericht München ein Verfahren ab: „Aus dem Gesamthalt der Plakate ergibt sich zweifelsfrei, daß in der Aufforderung: ‚Haut sie zusammen‘ dem Sinne nach lediglich eine Aufforderung zur Wahl der Liste 9 [NSDAP] gemeint ist. Der Ausdruck ‚Zusammenhauen‘ hat offensichtlich übertragene Bedeutung.“ Das Landgericht München I verwarf die sofort eingereichte Beschwerde des Staatsanwaltes: Es handele sich um „eine, der in jedem Wahlkampf üblichen Übertreibungen, die von den Lesern auch als solche gewertet werden“.²⁶² Im Oktober 1930 sprach das Landgericht München I in der Revisionsverhandlung den SS-Führer Karl Ostberg „mangels Beweisen“ von dem Vorwurf frei, nicht genehmigte Klebezettel hergestellt und verbreitet zu haben. Das Gericht ignorierte geflissentlich, daß etliche der in München verteilten Zettel Ostbergs Namen trugen und die Polizei bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung 300 000 Stück dieser antisemitischen Hetzschriften beschlagnahmt hatte.²⁶³ Zu den erstaunlichsten Urteilen dürfte wohl der Spruch des Landgerichtes München I im März 1932 zählen. Der Besucher einer NS-Versammlung im September 1930 war mit einer geladenen Pistole in der Hosentasche von der Polizei festgenommen worden. Bereits das Amtsgericht München sprach ihn von dem Vorwurf des Waffenmißbrauchs frei. Das Landgericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. Dabei spielte die Tatsache, daß der Angeklagte einen Waffenschein besessen hatte, keine Rolle. Vielmehr entschied das Gericht ausdrücklich deswegen, weil es dessen Behauptung als „glaubhaft“ ansah, er habe an jenem Abend gar nicht gewußt, daß er die Waffe in der Hosentasche trug.²⁶⁴ Die Münchner Justiz setzte ihre frühere verhängnisvolle Rolle beim Aufstieg des Nationalsozialismus²⁶⁵ auch in den Jahren nach der Wiedergründung 1925 fort, indem sie,

²⁶¹ StA, PDM 6666: Vermerk PDM/VI vom 14. 1. 1931.

²⁶² StA, PDM 6657: PDM/VI an Oberstaatsanwalt Landgericht München I vom 9. 9. 1930. Ebenda: Beschluß des Amtsgerichts München I vom 3. 9. 1930, Abschrift PDM/VI.

Ebenda: Staatsanwalt München I an Vorsitzenden I. Strafkammer vom 4. 9. 1930. Ebenda: Beschluß der I. Ferienstrafkammer des Landgerichtes München I vom 4. 9. 1930.

²⁶³ StA, PDM 6669: Vermerk PDM/VI, vom 14. 10. 1931.

²⁶⁴ StA, AG 36.948: Urteil des Landgerichtes München I vom 5. 3. 1932 in der Strafsache Josef Klingenberg.

²⁶⁵ Die Münchner bzw. bayerische Justiz bewies bereits in den Jahren bis 1925 immer wieder ihre Einseitigkeit, denkt man u. a. an den Fechenbach-Prozeß, an die Verfahren im Zusammenhang mit den Münchner Morden der Freikorps im Mai 1919, an den skandalös nachlässigen Prozeß gegen die Putschisten vom 9. November 1923 oder auch an die Haftentlassung Hitlers nach nur wenigen Monaten durch das Oberlandesgericht: Rasehorn, Rechtspolitik, S. 411 ff. Hannover, Justiz, S. 53–68 und 271 f. Gruchmann, Justiz, S. 33–41. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 32–96. Steger, Hitlerprozeß, S. 441–466. Der Hitler-Prozess 1924 (Gruchmann, Weber, Gritschneder). Zur Haltung des bayerischen Oberlandesgerichtes 1924: Weber, Frick, S. 129–150. In der historischen Forschung ist es nach wie vor umstritten, inwieweit die Haltung der Justiz den Aufstieg der NSDAP förderte bzw. nur bedingten Anteil am Untergang der Weimarer Republik hatte oder maßgeblich daran beteiligt war: Vgl. u. a. Rasehorn, Rechtspolitik, S. 410. Jasper, Justiz,

wie die geschilderten Urteile zeigen, der maßlosen politischen Hetze, dem Lebenselixier der Nationalsozialisten, nicht konsequent entgegenwirkte und die Rechtsradikalen durch ihre Rechtsprechung stellenweise geradezu ermunterte.²⁶⁶

Das Vorgehen gegen die NSDAP in München wurde jedoch nicht nur durch die Schwächen von Polizei und Justiz, sondern auch durch die Eingriffe der Reichsregierung massiv beeinträchtigt. Die nachhaltigsten Folgen zeigten wohl die bereits genannte Aufhebung des SA/SS-Verbotes und des bayerischen Uniform- und Demonstrationsverbotes im Sommer 1932 sowie die Verordnung vom 18. Dezember 1932.²⁶⁷ Den Effekt der Dezember-Verordnung verstärkte die reichsweite Amnestie für politische Vergehen, die am 21. Dezember 1932 gültig wurde, noch zusätzlich.²⁶⁸ Diese Amnestie versetzte der Bekämpfung der NSDAP einen gravierenden Rückschlag. Die bayerische Regierung hatte die Initiative im Reichsrat bis zur letzten Sekunde bekämpft, da man einen Auftrieb für die radikalen Parteien und eine ernste Erschütterung des Rechtsstaates befürchtete, wenn schwere strafbare Vergehen allein deshalb amnestiert wurden, d.h. straflos blieben, weil sie politisch motiviert waren. Trotzdem stimmte Bayern auf Drängen, nicht zuletzt des Reichsjustizministers Gürtner, dem Gesetz letztendlich zu. Der frühere Münchner Oberlandesgerichtsrat Meyer bezeichnete das Gesetz geradezu als Anreiz, die Staatsautorität zu bekämpfen, wie auch angesichts der Wirtschaftskrise als Gefahr für den Staat, ja sogar als rechtspolitische Kursänderung zugunsten der politisch Radikalen. Tatsächlich hatte die Weihnachtsamnestie für die Münchner NSDAP angenehme Folgen, indem eine Reihe von Nationalsozialisten zwei Tage vor Weihnachten aus der Haft entlassen wurden. Auch die zahlreichen Prozeßstrafen gegen den ehemaligen Gaugeschäftsführer Nippold wegen Beleidigung des Staates und politischer Gegner wurden aufgehoben, und Nippold konnte aus seinem Südtiroler „Exil“ zurückkehren.²⁶⁹ Dem Gaupressewart Karl Springer wurde die Hälfte seiner viermonatigen Haft wegen

S. 176. Erdmann, Weimar, S. 356. Hannover, Justiz. „Im Namen des Deutschen Volkes“ (Ausstellungskatalog).

²⁶⁶ Das Verhalten der Münchner wie der bayerischen Justiz konnte keineswegs verwundern. Der Antisemitismus fand bis in die höchsten deutschen Gerichtsinstanzen in der Regel keinen Widerstand. Nicht zuletzt unter den Mitgliedern des Reichsgerichts befanden sich immer wieder Antisemiten. Wenn der Oberreichsanwalt in den öffentlichen Äußerungen eines Amtsgerichtsrates, Erzberger sei „der größte Halunke, den je die Sonne beschienen“ habe, und „Wir sehen Zuchthäusler als Ministerpräsidenten, wir sehen bestechliche Polizeipräsidenten und bestochene Minister“, keinen Verstoß gegen das Republiksschutzgesetz sah, warum sollte dann ein Münchner Gericht in ähnlichen Thesen einen Verstoß sehen? Selbst der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes konnte die Zusammenarbeit der Parteien im Reichstag als „Bastardrecht“ und „Lügenkunst“ beschimpfen, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen: Rasehorn, Rechtspolitik, S. 416 ff. „Im Namen des Deutschen Volkes“ (Ausstellungskatalog), S. 28–46. Vgl. zum Oberlandesgericht München: Toppe, Provinzialjustizverwaltung, S. 60–87.

²⁶⁷ Ihren nachgiebigen Kurs im Juni nahm die Reichsregierung jedoch bereits in der Verordnung vom 18. 7. 1932 wieder zurück: Kapitel I.3., S. 62.

²⁶⁸ Im Folgenden zum Straffreiheitsgesetz vom 20. 12. 1932: Christoph, Reichsamnestien, S. 323–357.

²⁶⁹ SMP 1 (1. 1. 1933), Rubrik „7 Tage zurück“.

Beleidigung eines BVP-Politikers erlassen.²⁷⁰ Dagegen blieben der für die Brandanschläge im Sommer 1932 verantwortliche SA-Sturmchef Rudolf Strauß und seine Komplizen weiterhin inhaftiert.²⁷¹ Die Bedeutung der für die Partei sehr günstigen Politik der Reichsregierung Papen 1932 spürte man in der Münchner NSDAP durchaus. Als die Reichsregierung Papen die bayerischen Verbotsmaßnahmen zwangsweise aufhob und die Headlines der „Front“ Ende Juni 1932 triumphierten, „das Morgenrot des dritten Reiches leuchtet auf“,²⁷² dürfte allerdings nur wenigen in der Stadt der prophetische Gehalt dieser Worte bewußt gewesen sein.

Unbenommen der genannten Schwächen führte die Münchner Polizeidirektion im Vergleich zum Durchschnitt der gesamten bayerischen Polizei bis 1933 einen strengeren Kurs gegen die NSDAP. Die Behörden im Lande zeigten häufig, selbst als die Aggressivität 1930/1931 erheblich zunahm entgegen den wiederholten ministeriellen Anweisungen, Zurückhaltung gegenüber den verbalen Exzessen der Nationalsozialisten.²⁷³ Die Münchner Polizei dagegen steigerte, wie schon ausgeführt, seit 1930 die Zahl ihrer Versammlungs- und Schriftgutverbote signifikant und übte nur bei Redeverböten eine gewisse Zurückhaltung. Im deutlichen Gegensatz insbesondere zur Nürnberger Polizeidirektion erfuhr die NSDAP bis März 1933 keinerlei Wohlwollen und wurde spätestens seit Ende 1930 als Gefahr für Staat und Republik betrachtet.²⁷⁴ Bereits auf der Konferenz der oberbayerischen Parteiführer in Rosenheim, Anfang Juli 1925, beklagte Hitler, daß die Nationalsozialisten im Vergleich zum Reich in München am heftigsten bekämpft würden.²⁷⁵ Die Vermutung, der Staat wolle die NSDAP durch die fortwährende „Verfolgung“ „mürbe“ machen, wie er im Herbst 1930 in einer Münchner Großveranstaltung verlauten ließ,²⁷⁶ dürfte zumindest den Intentionen des Innenministers entsprochen haben. Der entschiedener Kurs der Polizeidirektion hemmte in den Jahren bis 1929 die maximale Entfaltung der Finanzen und Organisation und in den Folgejahren zusätzlich, ganz besonders 1932, die der Wahlpropaganda der Münchner NSDAP. Nach Polizeiansicht trafen die Demonstrationsverbote 1931 die Partei sogar schwerer als die Stennes-Revolution zum selben Zeitpunkt, da die Aufmärsche in Uniform einer der wichtigsten und zugkräftigsten Bestandteile der Parteipropaganda waren.²⁷⁷ Vermutlich verlegte die Partei hauptsächlich aufgrund dieses Kurses ihre Reichsparteitage ab 1926 von München nach Nürnberg,

²⁷⁰ SMP 1 (1. 1. 1933), „Als politischer Gefangener hinter Kerkermauern. Erinnerungen eines Amnestierten“.

²⁷¹ IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

²⁷² Front 25 (18. 6. 1932), „SA und SS angetreten. Die Fahne heraus!“

²⁷³ Faatz, Staatsschutz, S. 253 ff.

²⁷⁴ Ebenda, S. 344 ff. Die Nürnberger Polizeispitze unter ihrem Präsidenten Gareis sympathisierte bis 1923 deutlich mit der NSDAP, beteiligte sich jedoch nicht am „Hitlerputsch“: Maser, Frühgeschichte, u. a. S. 383. Das Vorgehen der Polizeibehörden gegen die NSDAP im fränkischen Gebiet wies gravierende Schwächen auf: Hambrecht, Aufstieg, S. 262–277.

²⁷⁵ HRS I, Dok. 54, S. 105: NSDAP-Führertagung in Rosenheim am 5. 7. 1925.

²⁷⁶ StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 8.

²⁷⁷ StA, Lagebericht 99 (20. 4. 1931), S. 1. Zur Stennes-Revolution im April 1931: Longenrich, Braune Bataillone, S. 111 ff.

da sich die dortige Polizeidirektion konzilianter zeigte.²⁷⁸ Erst im Wahlkampf 1933 sah sich die Münchner NSDAP von beinahe sämtlichen bisherigen Einschränkungen befreit. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Effizienz des polizeilichen Vorgehens offenkundig, auch wenn es nur eingeschränkt gelang, wie am Fall des Antisemitismus bereits angedeutet, die Aggressivität der nationalsozialistischen Verbalagitation in München einzudämmen. Diese erreichte 1932 ihren Höhepunkt, und manche Parteiführer gingen im Herbst sogar wieder dazu über, laut über einen möglichen Putsch nachzudenken.²⁷⁹ Andererseits nahmen die Versammlungssprengungen und auch die Schlägereien in der zweiten Hälfte 1932 deutlich ab. Anlässlich der Herbstwahl 1932 ordnete die Gauleitung an, solche Gewalttaten unter allen Umständen zu vermeiden, um der Polizeidirektion keinen Anlaß zu bieten, den Wahlkampf einzuschränken.²⁸⁰ Polizei und Strafgesetze boten den handgreiflichen Auseinandersetzungen wirksamen Widerstand. Die Äußerungen prominenter Nationalsozialisten beweisen, daß das Vorgehen der Polizei die NSDAP nicht unbeeindruckt ließ, auch wenn manche dieser Bemerkungen auf den ersten Blick eher den Anschein propagandistischer Demonstration der „Legalität“ der NSDAP erweckten.²⁸¹ Hitler und die lokalen Partei- und Verbandsführer mahnten die Parteibasis beständig zur Zurückhaltung. So begründete Hitler vor der Münchner SA-Standarte, Anfang Januar 1928, seine stete Bitte um Zurückhaltung damit, er sei in den letzten Jahren „Pazifist“ geworden. „Dies sei momentan das beste Kampfmittel. Würde er eine Brandrede halten, käme er wieder nach Landsberg. Dazu habe er aber gar keine Lust. Daraus erkläre sich auch die Einstellung des [Völkischen] Beobachters. Ein Verbot der Zeitung könne auf gar keinen Fall riskiert werden.“²⁸² Mitte September 1931 erklärte Hitler auf einer SA-Führerbesprechung in München, der „Polizeiterror“ herrsche zur Zeit „am stärksten [...] in Bayern“. Der „legale“ Weg sei „augenblicklich der einzig sichere“.²⁸³ Ein Münchner Sturmbannführer riet im April 1931 den ihm unterstellten SA-Leuten, jeglichen Streit mit politischen Gegnern zu vermeiden, da die

²⁷⁸ Faatz, Staatsschutz, S. 136. Allerdings vermutete die PDM, daß die NSDAP ihren Plan, anlässlich des 10jährigen Gründungsjubiläums den Parteitag 1929 in München abzuhalten, eher mangels ausreichender Versammlungsräume wieder fallen ließ: StA, Lagebericht 73 (31. 1. 1929), S. 16.

²⁷⁹ Kapitel IV.4.

²⁸⁰ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 3: Propagandatagung der GL München-Oberbayern am 15. 10. 1932.

²⁸¹ Vgl. als ein charakteristisches Beispiel Hitlers Aufruf beim Partei-Zentralsprechabend am 23. 5. 1927: StA, PDM 6737: Polizeibericht PND 575. Das reichsweite Verbot des kommunistischen „Rotfrontkämpferbundes“ veranlaßte Hitler im Sommer 1929, die SA zur Zurückhaltung zu mahnen, da er auch für die SA ein Verbot fürchtete: StA, Lagebericht 79 (8. 6. 1929), S. 1. Angesichts der Putschgerüchte, die die bayerische Polizei alarmierten: Front 19 (5. 12. 1931), „[Hitlers] Tagesbefehl an die SA und SS“. Vgl. auch das vertrauliche Rundschr. im Februar 1929, mit dem der NSDAP-Reichsorganisationsleiter, Gregor Straßer, sämtliche Parteiführer aufforderte, künftig aus taktischen Gründen ihre öffentliche Radikalität zu dämpfen: StA, Lagebericht 74 (23. 2. 1929), S. 15. Hierzu auch Motzet, NSDAP, S. 94.

²⁸² StA, Lagebericht 63 (19. 1. 1928), S. 13.

²⁸³ StA, PDM 6824: SA-Führerbesprechung in München am 15./16. 9. 1931 in der Reichsführerschule.

gesetzlichen Bestimmungen der Notverordnung vom 28. März 1931 so einschneidend seien, daß der Partei durch „unbesonnenes Verhalten“ großer Schaden entstehen könne.²⁸⁴ Ein SS-Führer bat im Juni 1931 seine Untergebenen, sie sollten sich „[...] ja nicht provozieren und zu Dummheiten hinreißen lassen [...]. Die Regierung habe es darauf abgesehen, uns vor die Maschinengewehre zu hetzen oder doch zum mindesten ein Verbot der Partei und ihrer Organisationen herbeizuführen.“ Hitler selbst mahne „zur größten Besonnenheit und Ruhe“ und zur unbedingten Befolgung „aller behördlichen Anordnungen“.²⁸⁵ Nach den fortwährenden Versammlungsverboten zeigte sich im Sommer 1931 selbst der sonst wenig zurückhaltende Gauleiter Wagner sehr vorsichtig in seinen Äußerungen.²⁸⁶

²⁸⁴ StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 730 (4. 7. 1931) über den General-Appell des Sturm 18 am 1. 4. 1931.

²⁸⁵ StA, PDM 6829: PND 742 (29. 7. 1931): Appell des SS-Sturms 2/II am 14. 7. 1931. Vgl. auch die Aufrufe anderer SS-Führer: u. a. StA, PDM 6829: PND-Bericht 786 (1. 9. 1932) über den Appell des SS-Sturm 1/III/1 am 5. 8. 1932. Ebenda: PND-Bericht 794 (16. 11. 1932) über Appell des SS-Sturm 1/I/1 am 26. 10. 1932.

²⁸⁶ Dies fiel dem Beamten auf, der die Versammlung der Ortsgruppe 9 am 20. 8. 1931 mit Wagner als Referenten überwachte: StA, PDM 6742: PND 748 (o. D.).

II. Die Bedeutung Münchens innerhalb der NSDAP

Am 2. August 1935 erhielt München von Hitler den Titel „Hauptstadt der Bewegung“ verliehen.¹ Bereits unmittelbar nach der Machtergreifung versuchten sich ehemalige und aktive Münchner Parteiführer in einer geradezu hagiographischen Stilisierung der Geschichte der NSDAP in München. So erklärte der ehemalige Giesinger Sektionsführer Hans Zöberlein 1934 in einer Publikation die Münchner Bewegung zum Mittelpunkt der NSDAP im Reich und suggerierte zwischen den Zeilen, ohne es deutlich auszusprechen, München sei die reichsweit erfolgreichste Parteiorganisation der Weimarer Jahre gewesen.² Damit dehnte er die Bedeutung Münchens bis zum Jahr 1923 kurzerhand auch auf die darauffolgenden neun Jahre aus. Tatsächlich war das Bild sehr viel facettenreicher. Nach der Wiedergründung der NSDAP 1925 besaß München zwar nach wie vor innerhalb der NSDAP eine mehrfache Bedeutung, auf mythisch-emotionalem Gebiet, als Sitz der Parteizentrale, als Rekrutierungspotential für die Führungskader der Parteispitze, als Hausmacht Hitlers und als finanzielle Basis der Reichsleitung. Die städtische Organisation hatte nun jedoch auch als eine von vielen Ortsgruppen des Reiches ihren Wert zu beweisen.

1. Gründungsmythos, Stätte des ersten Erfolges und „Hausmacht“ Hitlers

Die Bedeutung der Münchner NSDAP basierte zunächst wesentlich auf den Ereignissen bis zum „Hitlerputsch“ 1923.³ In München war die NSDAP aus der Anfang 1919 gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei“ entstanden, und hier gelang ihr innerhalb dreier Jahre ein rasanter Aufstieg. Die Nationalsozialisten präsentierten sich in der Stadt als einflußreichste und maßgebende politische Organisation, gefördert durch eine kaum trennbare Mischung aus Toleranz und Unterstützung von Seiten einiger staatlicher Behörden und Teilen der städtischen Gesellschaft, und dennoch ob ihrer Radikalität und Putschbereitschaft auch von der bayerischen Regierung als ernsthafte Gefahr eingeschätzt. Infolgedessen geriet die Stadt schließlich zu einem Anziehungspunkt für den deutschen Rechtsradikalismus. Die Basis des Erfolgs bot die wirtschaftlich-politische Dauerkrise der Republik in diesen Jahren, die die politische Radikalisierung wie auch die Anziehungskraft der entsprechenden nationalsozialistischen Lösungsvorschläge

¹ Hockerts, „Hauptstadt der Bewegung“, S. 355.

² Zöberlein, München, S. 30. Vgl. auch Heilmeyer, Stadt Adolf Hitler.

³ Zu den Publikationen, die die Münchner NSDAP-Frühgeschichte bis 1923 behandeln: Einleitung, Anm. 19.

förderte. Ein wichtiger Treibriemen waren neben dem fanatischen Engagement der Organisationskader die charismatischen und rhetorischen Fähigkeiten Hitlers, der der Organisation im September 1919 beitrug und sie seit Sommer 1921 unumschränkt führte. Die handgreifliche bzw. verbale Brutalität⁴ sowie der Propagandaaufwand⁵ mit Plakaten, Flugschriften, SA-Aufmärschen, Massenversammlungen und dem im Dezember 1920 gekauften „Völkischen Beobachter“⁶ erregten großes Aufsehen. Mit 46 Versammlungen bzw. rund 62 000 Besuchern im Jahr 1920, 35 im nächsten Jahr und 51 1922 übertraf die NSDAP alle anderen politischen Organisationen in der Stadt, mit Ausnahme der KPD, bei weitem.⁷ Die Ortsgruppe bestand aus sieben Stadtviertel-Sektionen⁸ und verschiedenen Unterorganisationen,⁹ darunter eine „Vereinigung erwerbsloser Kaufleute“,¹⁰ ein „Jugendbund“¹¹ oder auch eine nationalsozialistische „Alpenvereinssektion München“.¹² Die im Herbst 1920 als Saalschutz gegründete „Sturmabteilung“ (SA) umfaßte in der Stadt im November 1923 rund 1500 Mann. Dazu kam der im Frühjahr 1923 aufgestellte und Hitler direkt untergeordnete 125 Mann starke „Stoßtrupp“.¹³ Die Zahl von 2100 Münchner NSDAP-Mitgliedern im August 1921¹⁴ dürfte bis 1923 erheblich angewachsen sein, betrachtet man den reichsweiten Anstieg der Mitgliedschaft von schätzungsweise über 8000 Ende 1922 auf über 55 000 im November 1923.¹⁵ Vermutlich war die Münchner Ortsgruppe die mitgliederstärkste¹⁶ unter den 129 Ortsgruppen in Bayern und 347 im Reich¹⁷ und

⁴ Polizeiberichte über strafrechtlich relevante Vorfälle im Zusammenhang mit der Münchner NSDAP 1920–1923: StA, PDM 6698–6705. MP 260/261 (10./11. 11. 1923), „Chronik völkisch-nationalsozialistischer Gewalttaten in Bayern [1920–1923]“. Maser, Frühgeschichte, S. 210 ff., 306. Walter, Judenfeindschaft, S. 97–142.

⁵ Zu den SA-Märschen: MP 1922–1923 und die entsprechenden Polizeiberichte 1922/1923: StA, PDM 6699. Auch: Maser, Frühgeschichte, u. a. S. 334. Zur Flugschriftpropaganda: PDM 6698–6701, 6705, 6708: Polizeiberichte über die NS-Flugblattpropaganda 1920–1923.

⁶ Hoser, Tagespresse, S. 120–126, 986. Zur Finanzierung des Beobachters: Ders., S. 808–812.

⁷ Maser, Frühgeschichte, S. 256 f. und 323. StA, P-Bericht 65 (18. 12. 1922), S. 9 f.

⁸ Vgl. generell VB 1921–1923. IfZ, MA 1217: Protokollbuch der NSDAP-Sektion Neuhausen Januar bis Dezember 1923. IfZ, Db 01.11: Mitteilungsblatt der NSDAP 1921–1922.

⁹ Zum „Deutschen Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft“: StA, Nürnberg, PDNF 582: Zusammenstellung aller wesentlichen politischen Organisationen in Bayern, Stand 1. 1. 1925, durch die PDM. Zu den NS-Studentengruppen: Maser, Frühgeschichte, S. 304. Zur „Erwerbslosengruppe“: BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Personalakt Eggers Karl: „Zeugnis“ des NSDAP-Geschäftsführers für Eggers vom 16. 11. 1923. Zum „Aus-schluß für Volksernährung“: StA, PDM 6697: Sesselmann, der Leiter der Organisation, an Hitler vom 25. 6 und 4. 7. 1923.

¹⁰ StA, PDM 6654: Vermerk PDM/VIId vom 5. 1. 1922 über die Versammlung der Vereinigung am 4. 1. 1922.

¹¹ VB 19 (8. 3. 1922), „An die deutsche Jugend“. HStA, MInn 81575: NS-Zeitung „Nationaler Jungsturm“ Nr. 1 (Mai 1923). Leonhardt, Wir arbeiten auf lange Sicht, S. 189 f.

¹² VB 128 (29. 6. 1923), Anzeige.

¹³ StA, PDM 6708: Bericht eines Polizeiagenten über Entwicklung und Aufbau der SA, Abschrift vom 18. 10. 1922. Gordon, Hitlerputsch, S. 65, 244. Maser, Frühgeschichte, S. 307, 323. Höhne, Orden, S. 23 f.

¹⁴ Douglas, Early Ortsgruppen, S. 50 und 125. Kritische Zusammenfassung der Ergebnisse von Douglas (Ders., Parent Cell, S. 55–72): Manstein, Mitglieder, S. 104.

¹⁵ Manstein, Mitglieder, S. 115.

¹⁶ StA, PDM 6708: PDM an Stadtrat Ulm vom 17. 11. 1922. Zu den Mitgliederzahlen in

konnte zusätzlich auf einige 10000 nicht eingeschriebene Anhänger zurückgreifen.¹⁸ Nicht nur dadurch besaß die Ortsgruppe München, der „unzerstörbare Granitblock“ des Nationalsozialismus, so Hitler Anfang 1922, eine zentrale Rolle innerhalb der NSDAP: Angesichts der geringen Erträge aus den Mitgliedsbeiträgen finanzierte sie den gesamten Apparat der Reichsleitung, die Propaganda und weitgehend die Schuldentilgung für den „Völkischen Beobachter“. Daneben war die Stadt ein Ort, um „praktische Erfahrungen“ zu sammeln und Propagandamethoden zu „erproben“.¹⁹ Entsprechend propagierte der Beobachter bereits 1922: „Bayerns Sendung ist es, Großdeutschland aus dem Süden wieder zu errichten. Die Hochburg dieses Gedankens ist München.“²⁰

Doch die sensationsheischenden nationalsozialistischen Auftritte offenbarten nicht das tatsächliche Kräfteverhältnis zwischen der NSDAP und ihren Gegnern. Die Münchner BVP und die Arbeiterbewegung boten ein beachtliches, wenn auch weniger augenfälliges Gegenpotential.²¹ Die Niederschlagung der Münchner Räterepublik und das harte Vorgehen der staatlichen Behörden in den folgenden Jahren hatten das linke Spektrum der Stadt keineswegs „ausgeräumt“.²² Während der BVP-Kreisverband noch 1924 rund 12000 Mitglieder umfaßte, zählte der sozialdemokratische Saalschutz, die „Auergarden“, im Mai 1923 etwa 9500 und die SPD selbst im Januar 1922 genau 15329. Die Landtagswahl im April 1924 deutete das Unterstützungspotential an, das die Münchner Nationalsozialisten unter entsprechenden, aus ihrer Sicht günstigen Umständen – in diesem Fall die durch den Prozeß aufgeputschte Stimmung und die Schwäche der städtischen DNVP – erwarten konnten: knapp 26 Prozent der Wahlberechtigten.²³ Der erste Versuch Hitlers und der NSDAP, sich in Bayern und München als dominierende politische Kraft durchzusetzen, scheiterte am 9. November 1923²⁴ am Widerstand der – in ihrer Ablehnung des Putsches allerdings keineswegs sofort eindeutigen – politischen Führung Bayerns sowie von Polizei und Reichswehr. Die folgenden rund 15 Monate brachten den vorläufigen Niedergang,²⁵ NSDAP und „Völkischer Beobachter“ waren verboten, finanzielle Guthaben beschlagnahmt

bayerischen Städten, Berlin und Mannheim: Maser, Frühgeschichte, S. 316 ff. Douglas, Early Ortsgruppen, S. 85, 93, 97, 103 f., 113.

¹⁷ IfZ, Db 20.02: Partei-Statistik der NSDAP (Stand 1. Januar 1935), Tabelle S. 175.

¹⁸ Maser, Frühgeschichte, S. 264. Die Polizei schätzte im Sommer 1923 die Gesamtzahl der NSDAP-Anhänger in München auf rund 35000 und in ganz Bayern auf 150000: Gordon, Hitlerputsch, S. 66.

¹⁹ IfZ, Db 01.11: Mitteilungsblatt der NSDAP 4 (8. 10. 1921) und 10 (7. 1. 1922), Leitartikel Hitlers.

²⁰ VB 97 (6. 12. 1922), „Das nationalsozialistische München“.

²¹ Im Folgenden: Treu zur Fahne 4 (Oktober 1925). P-Bericht 74 (19. 7. 1923), S. 2. StA, PDM 6881: Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der Münchner SPD durch die PDM vom 8. 4. 1933.

²² Prinz, Präludium, S. 45

²³ Anhang 1.1., Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

²⁴ Zum „Hitler-Putsch“ vgl. v. a. Deuerlein, Hitlerputsch. Vogelsang, Reichswehr in Bayern. Hofmann, Hitlerputsch. Bonnin, Le putsch de Hitler. Gordon, Hitlerputsch. Dornberg, Hitlerputsch.

²⁵ Vgl. dazu v. a. StA, Lageberichte 1924. Jablonsky, Dissolution. Watt, Bemühungen. Steger, Hitlerprozeß. Hitler-Prozeß (Hg. Gruchmann/Weber).

und Teile der Führung, einschließlich Hitlers, durch den Prozeß im Februar/April 1924 zu (milden) Haftstrafen verurteilt. Der genannte Landtagswahlerfolg verschaffte nur kurzen Auftrieb. Bald verloren sich die Nachfolgeorganisationen, „Großdeutsche Volksgemeinschaft“ (GVG) und „Völkischer Block“ (VBI), in ebenso hemmungslosen wie selbstzerstörerischen gegenseitigen Auseinandersetzungen um den Sinn des parlamentarischen Engagements bzw. um den Vorrang innerhalb des völkischen Lagers. Den Absturz in die Bedeutungslosigkeit beschleunigte, daß beide Organisationen nicht mit der nunmehr konsequent ablehnenden Haltung des Staates und der sich verbessernden wirtschaftlichen Lage zurechtkamen.

Doch die Wirkung der Erfolgsgeschichte der Jahre bis 1923 blieb davon unberührt. Überdies lieferte der „Hitlerputsch“ der NSDAP ihre ersten angeblichen „Märtyrer“.²⁶ Für Hitler waren diese Momente entscheidend für seine besondere Wertschätzung Münchens wie auch für seinen bereits Jahresende 1924 bekanntgegebenen²⁷ Beschluß, die Parteizentrale in der Stadt zu belassen.²⁸ Pathetisch lehnte er es auf der Landesvertretertagung der Sächsischen NSDAP im Juni 1925 ab, München als Parteisitz aufzugeben, nur weil dort das Vorgehen der Polizei schärfer geworden sei: „Rom – Mekka – Moskau! Jeder der drei Orte verkörpert eine Weltanschauung. Bleiben wir bei der Stadt, die die ersten Blutopfer unserer Bewegung sah: sie muß das Moskau unserer Bewegung werden!“²⁹ Hitlers Verbindung mit München ging offenbar über diese mit den Jahren bis 1923 verknüpften Motive hinaus, wenn er den „Weggang von München“ mit dem „Ende der Bewegung“ gleichsetzte.³⁰ Er hatte die Stadt nach seinem Abschied von Wien als neue Heimat gewählt und seit er sie als Vierundzwanzigjähriger im Mai 1913 erstmals betrat,³¹ ihr gegenüber angeblich eine Art „innere Liebe“ entwickelt. Der Münchner Dialekt gefiel ihm, der „Zauber“ der wittelsbachischen Bauten, der Parks und Cafés nahm ihn so sehr gefangen, daß er noch in der Landsberger Haft die Zeit in München bis zum Kriegsausbruch als „die glücklichste und weitaus zufriedenste meines Lebens“ betrachtete. Noch weit mehr war München in Hitlers Landsberger Erinnerung positiv besetzt, nachdem sich in der Stadt seine persönliche politische Karriere, seine eminente Bedeutung innerhalb des

²⁶ HRS I, Dok. 51, S. 102: Hitler in der Stuttgarter NS-Versammlung am 14. 6. 1925: „Märtyrer, wie sie die christliche Kirche so vielfach aufzuweisen habe, helfen mächtig zur Stärkung und Ausbreitung einer Bewegung. Auch die Nationalsozialisten haben seit dem 9. November 1923 Märtyrer in ihren Reihen“.

²⁷ Lüdecke, Hitler, S. 256.

²⁸ Pridham, Hitler's Rise, S. 37. Vgl. insbesondere Hitlers Äußerungen auf NSDAP-Versammlungen in Rosenheim am 5. 7. 1925 und in Stuttgart am 8. 7. 1925: HRS I, Dok. 54, S. 105, und Dok. 55, S. 115 f.

²⁹ HRS I, Dok. 50, S. 91 ff.: Hitler in Plauen am 12. 6. 1925.

³⁰ HRS I, Dok. 51, S. 102: Hitler in einer Stuttgarter NSDAP-Versammlung am 14. 6. 1925.

³¹ Fest, Hitler, S. 90 ff., S. 122, 184: Hitler wohnte 1913/1914 in der Schleißheimer Straße 34, vom Sommer 1919 bis Mai 1920 in der Infanterie-Kaserne an der Winzererstraße und anschließend bis Oktober 1929, die Zeit der Festungshaft ausgenommen, in der Thierschstraße 41. Schließlich bezog er eine Neunzimmerwohnung am Prinzregentenplatz 16: Schuster, Hitler, S. 129.

rechtsradikalen Lagers entwickelt hatte, die wiederum wesentlicher Teil seines Selbstbewußtseins war: „Daß ich heute an dieser Stadt hänge, mehr als an irgendeinem anderen Flecken der Erde auf dieser Welt, liegt wohl mitbegründet in der Tatsache, daß sie mit der Entwicklung meines eigenen Lebens unzertrennlich verbunden ist und bleibt.“³² In München hatte sich Ende 1918/Frühjahr 1919 im Kontakt mit Soldaten seine antisemitische Grundeinstellung entscheidend radikalisiert, in der Stadt entwickelte er sein rednerisches Talent zu durchschlagendem Erfolg.³³

Vermutlich hoffte Hitler 1925, den zwei Jahre zurückliegenden großen Erfolg in München wiederholen zu können. Seine Entscheidung für die Stadt gründete sich zweifellos auch auf die Sicherheiten, die sich ihm hier boten. Hier, bzw. in Bayern, im Zentrum der NS-Aktivitäten vor dem Putsch, war er breiten Bevölkerungskreisen bekannt und hatte er seine stärkste Unterstützung gefunden.³⁴ Hier konnte er auch 1925 auf eine größere und enger verbundene Anhängerschaft rechnen als etwa in Nord- oder Mitteldeutschland, wo er keineswegs fraglos als „Führer“ anerkannt war.³⁵ München besaß zudem den Nimbus der Landeshauptstadt³⁶ und war der Sitz des „Völkischen Beobachters“ bzw. des Parteiverlags. Entsprechend wollte Hitler 1925 zunächst diese Hausmacht stärken. München sollte nach der NSDAP-Wiedergründung in den Mittelpunkt der propagandistischen Bemühungen der Reichsleitung gestellt und zum Sprungbrett für die weitere Ausdehnung in Bayern und im Reich ausgebaut werden. Tatsächlich wechselte die Basis der GVG und mehr oder minder auch die des Völkischen Blocks bereitwillig zu Hitler über.³⁷ Mindestens bis 1926/1927 hatte die städtische Parteiorganisation für Hitler als persönliche Hausmacht große Bedeutung. Dies bewies sein Verhalten bei den Auseinandersetzungen mit einzelnen Sektionsführern deutlich.³⁸ Doch selbst noch 1928 betrachtete er die städtische Organisation als seine Domäne, bestimmte Sektionsführer³⁹ und lenkte etwa den

³² Hitler, *Kampf*, S. 138 f.

³³ Fest, *Hitler*, u. a. S. 192 f. und 217 ff. Joachimsthaler, *Hitlers Eintritt*, S. 71 ff. Auerbach, *Lehrjahre*, S. 4 f.

³⁴ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 37. Lüdecke, *Hitler*, S. 256.

³⁵ Noakes, *Lower Saxony*, S. 65 ff. Tyrell, *Führer befehl*, S. 71.

³⁶ Ziegler, *München*, S. 212.

³⁷ StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10 f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44 f. Motzet, *NSDAP*, S. 22.

³⁸ Vgl. Kapitel III.4. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 46. Pridham sah als weiteres Motiv Hitlers für seine Entscheidung zugunsten Münchens den ideologischen Konservatismus der Nationalsozialisten in Bayern. Hier habe er nicht mit theoretisch-ideologischen Diskussionen rechnen müssen, wie sie die norddeutschen Führer etwa über den Gehalt des Sozialismus im Parteiprogramm pflegten. Zudem basiere die bayerische NSDAP, mit Ausnahme Nürnbergs, vor allem auf dem konservativen Bürgertum und weniger auf den Arbeiterschichten: Ders., *Hitler's Rise*, S. 46 f. Diese Interpretation ist jedoch zu sehr aus der Perspektive der späteren Auseinandersetzungen mit der Arbeitsgemeinschaft Nordwestdeutscher Gauleiter heraus getroffen.

³⁹ StA, Lagebericht 71 (28. 11. 1928), S. 16. HRS III/1, Dok. 25, S. 68–72: „Richtlinien für die Untergliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei“ vom 15. 9. 1928.

SA-Einsatz im Wahlkampf bis ins Detail.⁴⁰ Schon 1920 bis 1923 war München für Hitler und andere Parteiführer wie etwa Oskar Körner, zweiter Parteivorsitzender und zugleich Führer der Sektion Schwabing,⁴¹ als „Hausmacht“ und schließlich als Basis für den Putsch in Bayern von hoher Bedeutung. Auch in den Jahren 1925 bis 1928 stützten sich manche Parteiführer wie etwa der Propagandaleiter Otto May oder der ROL Bruno Heinemann auf ihre „Hausmacht“ in den Münchner Sektionen.⁴²

Hitlers Ideen und Planungen für einen Ausbau Münchens nach einer „Machtergreifung“ signalisierten bereits lange vor 1933 die wichtige Rolle, die die Stadt in seiner Gedankenwelt stets spielte. Schon im November 1929 prophezeite er seinen Zuhörern in einer Wahlkampfveranstaltung im Münchner Löwenbräukeller, daß er mit seiner künftigen Bautätigkeit in die Fußstapfen Ludwigs I. treten wolle. Dann werde München insbesondere durch nationalsozialistische Denkmäler „als Beweis des Sieges dieser Überzeugung“ die Würdigung erfahren als „der Ausgangsort des einstigen deutschen Freiheitskampfes und die Stätte der Verherrlichung der Erhebung der deutschen Nation. Dann wird München wieder werden, was es war: Die Stadt, die man gesehen haben muß, um Deutschland zu kennen.“⁴³ Die Pläne für die Parteibauten am Königsplatz reiften in Hitlers Vorstellung 1931/1932 heran.⁴⁴ Damit stand für Hitler fest, daß die Parteizentrale, wie in den Parteisatzungen von 1925 und schließlich 1926 festgeschrieben,⁴⁵ auch nach einer möglichen „Machtergreifung“ in München verbleiben werde. Dies unterstrich er entsprechend auf dem Nürnberger Parteitag im August 1933.⁴⁶

Allerdings fand Hitlers Wertschätzung für München in der Partei keine ungeteilte Zustimmung. Immer wieder galt es, Forderungen abzuwehren, die Parteizentrale in den für die NSDAP verheißungsvolleren Norden zu verlegen.⁴⁷ Bereits 1921 hatte Hitler erst nach längeren Diskussionen München als Sitz durchsetzen können.⁴⁸ Die Ablehnung der Gruppe nord- und nordwestdeutscher

⁴⁰ Vgl. z. B. StA, PDM 6809: PND 612: Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 14. 4. 1928.

⁴¹ StA, PDM 6700: PND 390 über die Mitgliederversammlung der NSDAP Schwabing am 30. 11. 1922. StA, PDM 6708: Abschrift des Sitzungsprotokolls vom 10. 2. 1921 über die Vorstandswahl der NSDAP am 21. 1. 1921. Ebenda: Vermerk der PDM o. w. A. über die Vorstandswahl der NSDAP am 30. 1. 1922.

⁴² Zur Biographie Otto Mays: Kapitel III.1., Anm. 64. Zu Heinemann Kapitel III.1., Anm. 61.

⁴³ HRS III/2, Dok. 106, S. 492: Rede Hitlers im Münchner Löwenbräukeller am 29. 11. 1929.

⁴⁴ Schäfer, München, S. 92.

⁴⁵ Vgl. die Satzung der NSDAP vom 21. August 1925 und vom 22. 5. 1926: HRS I, Dok. 64, S. 147 ff., hier S. 149. Ebenda, Dok. 146, S. 461 ff. Dies wurde nicht erst, nachdem sich die norddeutsche Opposition auf der Bamberger Führertagung 1926 Hitlers Willen unterworfen hatte, festgeschrieben, wie Peter Weidisch behauptet: Ders., München, S. 259–263.

⁴⁶ Schäfer, München, S. 92.

⁴⁷ Vgl. Hitler in Plauen (12. 6. 1925), Stuttgart (14. 6. und 8. 7. 1925) und Rosenheim (3. 7. 1925): Kapitel II., Anm. 28, 29, 30.

⁴⁸ Maser, Frühgeschichte, S. 280.

Parteiführer um Gregor Straßer und Josef Goebbels gegenüber „München“ betraf an sich weniger die städtische Parteiorganisation als vielmehr einzelne Persönlichkeiten innerhalb der Reichsleitung, insbesondere Hermann Esser. Allerdings lassen Goebbels' zahlreiche abfällige Tagebuchkommentare vermuten, daß der Münchner Mythos für Teile der norddeutschen Parteiprominenz kaum Bedeutung besaß.⁴⁹ Möglicherweise hielt sich diese Distanz über Jahrzehnte hinweg.⁵⁰ So reagierte Goebbels noch im Oktober 1942 auf Gerüchte, daß viele Münchner einen Auftritt Hitlers am 9. November des Jahres in der Stadt aus Furcht vor einem Bombenangriff der britischen Luftwaffe ablehnten, mit der Tagebuchnotiz: „Bei einer anderen Stadt in Deutschland wäre das gar nicht vorstellbar. Aber München hat eben immer eine Extrawurst gebraten bekommen. [...] Die Stadt muß noch sehr viel lernen und noch sehr viel an Leistung vollbringen, wenn sie sich ihren Ehrentitel einer Stadt der Bewegung wirklich verdienen will.“⁵¹ Die Münchner Nationalsozialisten jedoch pflegten in den Jahren bis 1933 den Mythos der „Geburtsstätte des Nationalsozialismus“ und des „Hitlerputsches“ stets demonstrativ,⁵² nicht zuletzt mit Blick auf den damit zusammenhängenden wachsenden München-Tourismus unter Parteimitgliedern.⁵³

2. Ein Vergleich mit der NSDAP im Reich

Soweit die wenigen Informationen über die Stärke regionaler NS-Organisationen eine Schlußfolgerung zulassen, dürfte die Münchner Ortsgruppe bis 1928/1929 eine Spitzenstellung unter den Parteiorganisationen im Reich eingenommen haben (Tabelle 5). Im bayerischen Vergleich lag die Münchner Ortsgruppe nur im Spätsommer 1925 kurzzeitig hinter Nürnberg zurück, übertraf dann jedoch ver-

⁴⁹ Heiber, Tagebuch Goebbels, S. 21, 33, 39: Goebbels vermerkte etwa am 21. August 1925: Straßer erzählt „viel Trauriges“ aus München; „Von dieser Sau- und Luderwirtschaft in der Zentrale. Hitler ist von den falschen Leuten umgeben. Ich glaube, Hermann Esser ist sein Verhängnis.“ Und am 2. Oktober 1925: „Immerhin scheint doch München ein großer Saustall zu sein.“ Am 11. 2. 1926: „Kein Mensch glaubt mehr an München. Elberfeld soll das Mekka des deutschen Sozialismus werden.“

⁵⁰ Vgl. Goebbels' Kommentar über die „schauderhafte Lotter- und Cliqueswirtschaft“ und „blöde Münchnerei“: Tagebücher Goebbels I, S. 517f., 521: Eintragungen vom 20., 22. und 23. 3. 1930.

⁵¹ Tagebücher Goebbels II/6, S. 147: Eintragung vom 18. 10. 1942.

⁵² Vgl. z. B. die Werbeanzeige des BDM: „Euch Münchner Mädels, die ihr das Glück habt, in der Geburtsstätte des Nationalsozialismus leben zu dürfen, fordern wir auf: Zeigt euch dessen würdig, indem ihr durch euren Eintritt in unseren Bund unsere Front stärkt. So daß wir mit Stolz melden können, München voran!“: Front 1 (1. 9. 1930), „Münchner Mädels!“. Charakteristisch für die Mythos-Pflege war es auch, daß Gauleiter Wagner die Münchner Sektionen aufforderte, „München wieder zur Hochburg des Nationalsozialismus zu machen“: StA, PDM 6733: PND 676 (4. 11. 1929) über die Versammlung der Sektion Westend am 23. 10. 1929. Vgl. auch den Aufruf des Westender Ortsgruppenführers Dietenhauser in der Westend-Wacht 4 (April 1930): „Wir müssen wieder aus dem heutigen München ein München von 1923 machen!“

⁵³ BA, Berlin, NS 44/55: Zeitungsartikelmanuskript der Münchner DFO-Führerin, Stierhof-Schultes, vom 29. 6. 1931.

- 54 Statistisches Handbuch 1938, S. 19 und 22f. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 38, 172.
- 55 Kapitel III.5., S. 27 und IV.5., S. 430f.
- 56 Buchloh, Duisburg, S. 44f. Duisburg-Stadt hatte einen Anteil von 50 Prozent Katholiken: Schmieden-Ackermann, Großstädte, S. 270 (Diagramm 8).
- 57 Franke, NSDAP in Düsseldorf, S. 145 und 152.
- 58 Klein, Köln im Dritten Reich, S. 31.
- 59 Braünche, NSDAP in Baden, S. 27 und 38.
- 60 Schnabel, NSDAP in Württemberg, S. 52 und 54 ff.
- 61 Noakes, Nazi Party, S. 141. Behrend, Beziehungen, S. 257. Braunschweig zählte 1933 ca. 513 000 Einwohner, Hannover 1925 ca. 423 000, das Land Oldenburg 1933 ca. 574 000: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 38, 172.
- 62 Franke, NSDAP in Düsseldorf, S. 145.
- 63 Klein, Köln im Dritten Reich, S. 29.
- 64 Böhnke, NSDAP im Ruhrgebiet, S. 153.
- 65 Tyrell, Führer befehl, S. 266, Anm. 41. Der Gau Sachsen umfasste im Juli 1931 rund 16 000 SA-Leute.
- 66 Hüttenberger, Gauleiter, S. 46, 52. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 38, 172.
- 67 Ebenda.
- 68 Krause, Hamburg, S. 97, 122, 143; die Hamburger SA wuchs langsam, von 107 Personen im Herbst 1926, auf 400 im Sommer 1929, 1500 im April 1931 und ca. 4200 im Herbst 1932. Dagegen hatte die Hamburger SPD Anfang 1933 rund 50 000 Mitglieder.
- 69 Paul, Aufstand der Bilder, S. 46. Hüttenberger, Gauleiter, S. 39 ff. Kruppa, Rechtsradikalismus, S. 343. Tyrell, Führer befehl, S. 266, Anm. 41. Die Stärke der NSBO 1933 dürfte der Mitgliederzahl entsprechen; die Gau-SA war Ende 1932 rund 30 000 und im Januar 1933 ca. 35 000 Mann stark: Gau Groß Berlin, S. 104, 116.
- 70 Wriesemann, Vorgeschichte, S. 86.
- 71 Schenk, Forster, S. 31, 36.
- 72 Schön, Hessen, S. 140.

mutlich alle anderen lokalen Organisationen.⁷³ Im Vergleich mit deutschen Großstädten, in denen wie in München der katholische Bevölkerungsteil dominierte, stand München möglicherweise sogar bis 1930 in der Spitzengruppe. Die herausragende Stellung zeigte sich am deutlichsten – ohne Berücksichtigung der soziostrukturellen Unterschiede – im Vergleich mit der Mitgliederstärke verschiedener NS-Gauorganisationen, die alle weitaus höhere Bevölkerungszahlen als das etwa 700 000 Einwohner starke München aufwies. Aber auch mit den Großstädten Berlin und Hamburg konnte sich München bis mindestens 1928/1929, soweit Zahlenmaterial vorliegt, messen. Mit dem reichsweiten Anstieg der NS-Mitgliederzahlen ab 1930 verlor die Münchner NSDAP ihre Spitzenposition binnen kurzem. Zwar übertraf sie selbst jetzt noch etwa den Gau Oberpfalz und konnte ihre eigene Mitgliederzahl von 1929 bis 1933 nahezu verdreifachen, doch die meisten Parteiorganisationen im Reich dürften München jetzt weit überholt haben. Selbst die Düsseldorf- und Duisburger NSDAP war nach 1930 erfolgreicher, vergleicht man Einwohner- und Mitgliederzahlen. Der Vergleich der Wahlergebnisse im Reich und München bestätigt diese Entwicklung:⁷⁴ Bis 1930 reihten sich die Münchner NSDAP-Ergebnisse in die Spitzengruppe im Reich ein. Bei den Wahlen 1932 und 1933 ging diese Stellung verloren, und München fiel nun weit unter den Reichsdurchschnitt. Der NSDStB rückte bei den AStA-Wahlen an der Münchner Universität – allerdings im Gegensatz zu dem wesentlich besser abschneidenden NSDStB der TH – ab 1931 vom Mittelfeld des Reichsdurchschnittes an den Schluß. Ein gemischteres Bild boten die übrigen Unterorganisationen der Münchner NSDAP. Während etwa die SS, soweit Zahlen bekannt sind, zu den mitgliederstärksten SS-Lokalverbänden im Reich gehörte, fiel die SA nur im bayerischen Vergleich auf. Die NSBO-Mitgliederzahlen blieben nicht zuletzt infolge der Münchner Wirtschaftsstrukturen niedrig, die Jugendorganisationen waren aufgrund des polizeilichen Widerstandes in München wesentlich kleiner als in anderen Städten im Reich.

In einem Punkt stand die Münchner NSDAP jedoch auch schon in den Jahren vor 1929 nicht an der Spitze der lokalen Parteiorganisationen. Entgegen Hitlers Ankündigung war sie, abgesehen vom Fall ihrer Mittelstandsorganisation KGWK,⁷⁵ nie der Vorreiter neuer propagandistischer Entwicklungen innerhalb der NSDAP oder gar ein Experimentierfeld der Reichsleitung.⁷⁶ An sich hätte dies

⁷³ Hambrecht, Aufstieg, S. 96. BA, Berlin, NS 1, 312/2: „Aufstellung über die Beitrags-Schuldigkeit und -Leistungen der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP“ durch den RSM vom 7. 9. 1926 und vom 2. 2. 1927: Nürnberg hatte Ende 1925 etwa 1700–1800 Mitglieder, im Februar 1926 rund 1300 und am Jahresende etwa 1450. Pridham bestätigt die Nürnberger Mitgliederzahl für Ende 1925: Ders., Hitler's Rise, S. 52. Hetzer, Augsburg, S. 68: Augsburg hatte im September 1930 nur 600 und im November 1932 etwa 1800 Mitglieder. Zweck, Regensburg, S. 244: Regensburg hatte 1932 als erfolgreichste Ortsgruppe der Oberpfalz 800–1000 Mitglieder. Der Kreisverband Niederbayern besaß 1925 rund 2000 Mitglieder: Tyrell, Führer befehl, S. 97.

⁷⁴ Im Folgenden Kapitel III.5. und IV.5. sowie Anhang 1.1. und 1.5.

⁷⁵ Die Münchner KGWK diente der RL im Spätherbst 1932 als Vorbild für den reichsweiten Ausbau dieser Einrichtung: VB 299 (25. 10. 1932), „Der nationalsozialistische Aufbruch des Mittelstandes“. BA, Berlin, NS 22/447: Sturm an Gauleiter Wagner vom 23. 9. 1932.

⁷⁶ Diese Rolle hatte die Münchner Ortsgruppe noch bis 1923 durchaus besessen: IfZ, Db 01.11:

nahe gelegen, nachdem die Parteizentrale ihren Sitz in der Stadt hatte und die Münchner Organisation unter ihrer besonderen Beobachtung und bis 1929 auch unter ihrer Führung stand. Dennoch entsprach es nicht den Tatsachen, wenn Zöberlein in der bereits genannten Publikation schrieb: „Alles, was diese Bewegung mit sich brachte, entstand zuerst in München und wurde hier in harter Bewährung erprobt.“⁷⁷ Die städtische Organisation stand bei vielen Neuerungen hinter anderen Parteiorganisationen im Reich, speziell in Berlin, zurück. Sei es der propagandistische Einsatz von Theatergruppen und „Spielscharen“ oder der Aufbau eines Kammer- bzw. eines Sinfonieorchesters, die Verwendung und Herstellung von Propagandafilmen und -schallplatten,⁷⁸ eine Ortsgruppe für Schwerhörige,⁷⁹ ja sogar die Gründung einer SA-Musikkapelle,⁸⁰ stets hatte der Gau Berlin all dies bereits lange vor der Münchner NSDAP eingeführt. Selbst der benachbarte Gau Oberbayern stellte 1928/1929 mit seiner Organisationsreform, dem festen organisierten Spender-Kreis und systematischer Rednerschulung die Ortsgruppe in den Schatten.⁸¹

Erstaunlicherweise nahm die Parteiführung in den Jahren bis 1929 die aus dem reichsweiten Vergleich der Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse ersichtliche tatsächliche starke Stellung Münchens nur selten wahr. Größere Aufmerksamkeit erhielt nun vor allem das striktere Vorgehen der Polizeibehörden. Daher war München in den Augen des Nürnberger Parteiführers Julius Streicher gerade zwei Monate nach der Wiedergründung für die NSDAP „eine verlorene Stadt“.⁸² Hermann Esser bemerkte in einer Neuhauser Sektionsversammlung im Oktober 1925

Mitteilungsblatt der NSDAP 4 (8. 10. 1921): Hitler zur Funktion der Münchner Ortsgruppe.

⁷⁷ Zöberlein, München, S. 30.

⁷⁸ In Berlin war bereits seit 1924 eine nationalsozialistische Theatergruppe aktiv, die seit 1927 im großen Stil eingesetzt wurde: HStA, MInn 81632: Vermerk Polizeidirektion Berlin vom 20. 2. 1924. BA, Berlin, NS 51, 5b: RPL an Münchner VB-Redaktion vom 21. 11. 1928. Die Berliner NS-Spielschar „Die Braunhemden“ war seit 1930 regelmäßig auf Tournee. Im Februar 1930 kam die „NS-Volksbühne“ Berlin hinzu. Der Gau Berlin arbeitete schon seit 1928 an eigenen Filmproduktionen und hatte seit Oktober 1930 ein eigenes Sinfonieorchester. Seit 1930 warb der Gau mit Kammermusik, das Orchester entstand im Juni 1932: Vgl. dazu: BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26103: Pressesammlung des Reichsinnenministeriums 1930–1932. Der Angriff 119 (9. 6. 1932), „Nationalsozialistisches Kammerorchester“. Vgl. generell auch Hanna-Daoud, Film, S. 61–75. Der Berliner „Funkhörerdienst, Aufnahme und Vertriebsstelle für Nationalsozialistische Schallplatten“ stellte schon 1930 „seit einiger Zeit“ Propagandaschallplatten her und vertrieb diese mit Genehmigung der RPL; seit 29. 1. 1931 war die Einrichtung der RPL unterstellt: VB 42 (11. 2. 1931), „Bekanntmachung“.

⁷⁹ In Berlin war bereits seit 1931 eine solche Ortsgruppe aktiv: Der Angriff 87 (25. 4. 1931), „Die Gehörlosen- und Schwerhörigengruppe“. Ebenda 90 (29. 4. 1932), „Werbeversammlung der Gehörlosen“.

⁸⁰ StA, PDM 6737: PND 575: Polizeibericht über den Zentralsprechabend am 23. 5. 1927: Hitler erklärte hier, die städtische SA brauche nun eine Kapelle, denn überall, so etwa in Nürnberg, habe die SA bereits Musikkapellen, so daß „München nicht zurückstehen dürfe“.

⁸¹ Pridham, Hitler's Rise, S. 98–101.

⁸² StA, PDM 6733: PND 506: Streicher in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 7. 5. 1925.

über den Fortschritt der NSDAP seit dem Sommer: „Überall geht's flott voran! Bedauerlicherweise lahme es nur in München, das von Nürnberg weit überflügelt worden sei.“⁸³ Otto May schrieb April 1926, angesichts der bevorstehenden Maifeier der SPD und der Gewerkschaften, an Hitler, „über die Tatsache kommt man nicht hinweg, daß in der Zentrale der Bewegung nicht mehr soviel Kraft vorhanden ist, irgend eine Gegendemonstration gegen Links in Szene setzen zu können.“⁸⁴ Nach Ansicht der Münchner Polizei richtete die Reichsleitung wie schon zuvor auch 1927 ihr Hauptaugenmerk auf Nord- und Westdeutschland, wo sich im Gegensatz zu Bayern nun wesentlich mehr Mitglieder gewinnen ließen.⁸⁵ Wenig aufmunternd konstatierte Hitler auf der Generalmitgliederversammlung der Partei im Juli 1927, die Bewegung habe in diesem Jahr auch in München wieder den Stand von 1922 erreicht.⁸⁶ Im Januar 1928 versprach er vor der Schwabinger NSDAP, „in Kürze werde auch München wieder das vor 1923 gewohnte Bild bieten“.⁸⁷ Eineinhalb Jahre später verlangte Gauleiter Wagner bei seinem Amtsantritt von den Sektionen, „München wieder zur Hochburg des Nationalsozialismus zu machen“. Gleichzeitig kritisierte er das „klägliche“ Münchner Ergebnis bei den Einzeichnungen zum Volksbegehren harsch,⁸⁸ das nicht nur hinter dem gesamt-bayerischen, sondern auch hinter dem Reichsergebnis zurückstand. Am Jahresende 1929 griff er die städtischen Parteiführer erneut an: Gerade in München sei die NSDAP „nicht auf der Höhe ihres Erfolges“.⁸⁹

Vermutlich bewertete die Münchner NSDAP auch ihre Wahlergebnisse bis 1930 keineswegs als erfolgreich. Die Entwicklung ab 1932 vermittelte ihr, wie geschildert, ohnehin wenig Anlaß zu Euphorie, sondern eher den Eindruck wachsenden Bedeutungsverlustes. Zwar schnitt die Münchner Partei gegenüber Berlin, Köln oder Essen nach wie vor besser ab, konnte jedoch keine vergleichbaren Stimmenzahlen wie etwa im Juli 1932 in Breslau (43%), Wuppertal (43%), Hannover (40%), Frankfurt am Main (39%), Dresden (38%) oder auch in Nürnberg (38%) vorweisen⁹⁰ und stand vor allem hinter verschiedenen fränkischen Kleinstädten weit zurück.⁹¹ Vermutlich war es für das subjektive Empfinden der Zeitgenossen unerheblich, daß manche Stadt, mit der man sich maß, von ihrer Bevölkerungsstruktur her gar nicht vergleichbar war. Ohnehin standen den Parteiführern der

⁸³ VB 169 (16. 10. 1925), „Sektion Neuhausen“. StA, PDM 6733: Polizeibericht PDN 518 (o. D.) über die Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 13. 10. 1925.

⁸⁴ May, Canaille, S. 14.

⁸⁵ StA, Lagebericht 56 (6. 5. 1927), S. 19.

⁸⁶ HRS II/1, Dok. 159, S. 413 ff.: Generalmitgliederversammlung der NSDAP am 30. 7. 1927, hier S. 420 ff.

⁸⁷ HRS II/2, Dok. 222, S. 640: Hitler in der Jahresversammlung der Schwabinger NSDAP am 19. 1. 1928.

⁸⁸ StA, PDM 6733: PND 676 (4. 11. 1929) über die Mitgliederversammlung der Sektion Westend am 23. 20. 1929.

⁸⁹ StA, Lagebericht 88 (17. 12. 1929), S. 8: Wagner in der Weihnachtsfeier des Münchner Untergaues am 13. 12. 1929.

⁹⁰ Schmiechen-Ackermann, Großstädte, S. 253, Anm. 6, und S. 266 (Diagramm 1).

⁹¹ Die NS-Reichstagswahlergebnisse pendelten 1932/1933 etwa in Rothenburg an der Tauber zwischen 76 und 83 Prozent oder in Neustadt an der Aisch zwischen 70 und 79: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 133.

Jahre bis 1933 die komplexen Methoden der modernen Wahlforschung nicht zur Verfügung, niemand wäre vermutlich auf die Idee gekommen, einen Kontrastgruppenvergleich aufzustellen. So beunruhigte die Parteiführung z. B. 1928 trotz des nicht unbedeutenden Erfolgs in München vor allem das geringe Ergebnis im Reich.⁹² Diese Frustration ergriff auch die Basis; so versuchte ein Parteifunktionär in einer Sektionsversammlung seine Zuhörer zu beruhigen: Für die NSDAP sei das Wahlergebnis wie der Ausgang des Weltkriegs: Niemand habe gewonnen, niemand verloren.⁹³ Der im Frühjahr 1928 aus der NSDAP ausgeschlossene Schriftsteller Dr. Erich Rosikat⁹⁴ dürfte die Stimmungslage in seiner Äußerung vor Münchner Parteimitgliedern jedoch besser erfaßt haben: Die mageren Gewinne der Nationalsozialisten seien nicht der Rede wert angesichts der jahrelangen leidenschaftlichen Propaganda.⁹⁵

Die Unzufriedenheit mancher Parteiführer mit der Münchner NSDAP, wie sie vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedergründung geäußert wurde, rührte wesentlich von dem Anspruch her, München habe wie in den Jahren bis 1923 dem Wunschbild des Vorreiters, des Vorbildes und der erfolgreichsten Parteiorganisation zu entsprechen. Die Erinnerung an frühere Visionen war frisch. Noch auf dem NSDAP-Parteitag im Januar 1922 hatte Hitler erklärt „München muß Vorbild werden, Schule, aber auch granitenes Postament“.⁹⁶ Vor der Sektion Schwabing forderte er im April 1926, „München habe die besondere Ehre, die Bewegung im Reiche zu leiten, und habe deshalb die Pflicht, vorbildlich zu sein“.⁹⁷ Ähnlich erwartete Gauleiter Wagner, München müsse nicht nur wieder „mustergültig“ werden, sondern vielmehr „im Kleinen“ ein Beispiel geben für den Aufbau des zukünftigen nationalsozialistischen Staates.⁹⁸ Die in den Jahren 1927 bis 1929 finanziell bankrott und ohne großen propagandistischen oder organisatorischen Glanz darniederliegende Ortsgruppe München genügte diesen Erwartungen keineswegs. Daran änderten auch im Reichsvergleich hohe Mitgliederzahlen und erfolgreiche Wahlergebnisse wenig.

3. Finanzielle Basis der Reichsleitung 1925–1927

Die Finanzierung der Reichsleitung wurde in den ersten Jahren nach 1925 im wesentlichen von der Münchner Ortsgruppe und einigen bayerischen Parteigliederungen getragen, wobei die Ortsgruppe wohl den Hauptanteil lieferte. Dies verschaffte ihr innerhalb der NSDAP im Reich besondere Bedeutung. Analog

⁹² StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 11.

⁹³ StA, Lagebericht 68 (13. 7. 1928), S. 8 f.

⁹⁴ Tyrell, Führer befehl, S. 166 f.

⁹⁵ StA, Lagebericht 68 (13. 7. 1928), S. 8 f.

⁹⁶ Zitiert nach Maser, Frühgeschichte, S. 330.

⁹⁷ IfZ, „Protokollbuch“, S. 45: Hitler in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 22. 4. 1926.

⁹⁸ IfZ, „Protokollbuch“, S. 141 f.: Wagner in der Schwabinger Mitgliederversammlung am 23. 10. 1929. Vgl. auch den Aufruf des Ogf Westend, Diethausen, im Organ seiner Ortsgruppe im April 1930: Kapitel II., Anm. 52.

zum steigenden reichsweiten Beitragsaufkommen der NSDAP ging diese Stellung ab 1928 allmählich verloren. Nicht zuletzt deshalb war die Reichsleitung schließlich 1929 bereit, die Münchner Ortsgruppe aus der engen organisatorischen und finanziellen Anbindung zu entlassen. Wie schon in den Jahren bis 1923 lieferte München von 1925 bis 1929 die Mitgliederbeiträge, Aufnahmegebühren sowie die beim Parteibeitritt fälligen Werbebeiträge vollständig an die Reichsleitung ab.⁹⁹ Bis zur Organisationsreform der NSDAP im September 1928 galt diese Sonderregelung für das gesamte Gebiet Bayerns mit Ausnahme des Gaues Niederbayern und vermutlich auch der unter Streichers Leitung stehenden mittelfränkischen Gebiete sowie der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth,¹⁰⁰ die wie alle übrigen Ortsgruppen im Reich nach einem bestimmten Schlüssel an den Mitgliederbeiträgen beteiligt wurden.¹⁰¹ Auf diese Weise sicherte sich die Parteizentrale ihre Finanzen. 1926 lieferte die Münchner Ortsgruppe der Reichsleitung aus diesen genannten Einnahmeposten rund 13 000 RM. Dies waren 19,2 Prozent der 68 000 RM, die die Parteileitung reichsweit aus diesen Posten kassierte, sowie 11,4 Prozent der etwa 114 500 RM Gesamteinnahmen der Parteizentrale.¹⁰² 1927 sank der Betrag, abhängig von der in diesem Jahr nachlassenden Zahlungsmoral, auf schätzungsweise 10–12 000 RM,¹⁰³ bzw. zwölf Prozent der Einnahmen aus den genannten Posten

⁹⁹ IfZ, „Protokollheft“, S. 92: Kassenberichte der Sektion Schwabing für 1925, 1928 und 1929.

¹⁰⁰ Die Unterstellung der bayerischen Parteiuntergliederungen unter die RL in finanzieller Hinsicht ist für die Jahre von 1925 bis zur Organisationsreform 1928 nur unzureichend gesichert. Vor allem die Stellung der fränkischen Gebiete unter Streichers Leitung bleibt offen. Pridham, Hüttenberger und Wiesemann halten sich zu dieser Frage bedeckt: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 45, 95 und 97 ff. Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 13 und 223. Wiesemann, *Vorgesichte*, S. 82–88. Lt. Kissenkoetter finanzierte sich die RL aus dem bayerischen Parteigebiet, das ihr bis auf Straßers Gau Niederbayern-Oberpfalz unterstand und das sie für Hitler verwaltete; Kissenkoetter bietet dafür jedoch keinen Beleg, der Querverweis auf Tyrell (Führer befehl, S. 178 ff.) erwies sich als nicht stichhaltig: Kissenkoetter, *Straßer*, S. 37. Lt. den beiden Parteisatzungen von 1925 und 1926 war nur München in finanzieller Hinsicht der RL unmittelbar unterstellt: Kapitel III.1., Anm. 1. Auf jeden Fall behielt die RL in den Jahren 1925–1928 auch die Finanzen Oberbayerns, Schwabens und der Oberpfalz in der Hand. Denn der „Kreis“ Südbayern (Oberbayern und Schwaben) wurde von September 1926 bis Mai 1927 nur in propagandistischen und organisatorischen Belangen von Esser geleitet und anschließend erneut unmittelbar von der RL: HRS II/1, Dok. 29, S. 64, und Dok. 132, S. 323. Der „Kreis“ Oberpfalz unterstand bis Januar 1927 der RL und wurde anschließend in organisatorischer und propagandistischer Hinsicht dem Gau Niederbayern unterstellt; in Bezug auf Beitragsleistung, Aufnahmegebühren und Sonderumlagen blieb er jedoch wie in den Jahren zuvor bis September 1928 „ausdrücklich“ der Reichsleitung „unmittelbar“ unterstellt: HRS II/1, Dok. 64, S. 114: Anordnung Hitlers vom 7. 1. 1927. Ebenda III/1, Dok. 16, S. 60: Anordnung Hitlers zur Neueinteilung der Gaue vom 3. 9. 1928. Streicher war 1925–1928 Nürnberger Ofg und ab September 1928 Leiter des Untergaues Nürnberg-Fürth: HRS III/1, S. 61, Anm. 44. Die Ortsgruppe Nürnberg zahlte 1926 an die RL nur 10 Pf Anteil pro Mitgliedsbeitrag bzw. ab Oktober 1927 20 Pf. Eine solche Anteilshöhe wurde jedoch nur Gauleitungen zugestanden: Vgl. Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

¹⁰¹ Vgl. Kapitel V.1.

¹⁰² StA, Lagebericht 59 (31. 8. 1927), S. 20: Kassenbericht des RSM für 1926 und das erste Halbjahr 1927 auf der GMV der NSDAP am 30. 7. 1927.

¹⁰³ Dieses Volumen läßt sich auf der Basis der Beitragsabrechnung der Münchner Ortsgruppe in den beiden Monaten Januar und Februar 1928 errechnen: BA, Berlin, NS 1,

und nur noch 4,7 Prozent der 254 996 RM Gesamteinnahmen der Reichsleitung.¹⁰⁴ 1928 setzte sich diese rückläufige Tendenz entsprechend den steigenden Gesamteinnahmen fort, 1929 betrug diese bereits 395 000 RM.¹⁰⁵

Daneben überwies die Münchner Ortsgruppe der Reichsleitung bis 1929 fortlaufend zusätzliche Beträge. Dazu zählten mindestens sieben „Sonderumlagen“¹⁰⁶ und eine Reihe anderer verbindlicher Spendenforderungen. 1925 über-

312/1: Zusammenstellung der im Januar und Februar 1928 kassierten Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren, Werbebeiträge der Ortsgruppe München durch den RSM. Im Januar 1928 zahlten die Mitglieder der Münchner Ortsgruppe über die Sektionskassiere, das Postscheckkonto, den Schalter der Hauptgeschäftsstelle und spezielle Kassiere des RSM 2173,70 RM, im Februar 1110,50 RM. Diese Summe bestand im Januar zu 40 Prozent aus Beiträgen für den laufenden Monat, zu 37 aus Beiträgen, die noch von 1927 ausstanden. Der Rest waren Beiträge ohne Differenzierung, Werbebeiträge und Aufnahmegebühren. Im Februar betrugen die laufenden Beiträge dagegen 70 Prozent, rund 100 RM mehr als im Vormonat, die des Vorjahres betrugen 15 Prozent. Nachdem im Januar noch ein größerer Teil der Beitragssumme aus Beiträgen für 1927 stammte, wird für die Schätzung des Jahreseinnahmenvolumens von 1927 der Betrag des Februar hypothetisch zugrunde gelegt und auf die zwölf Monate des Jahres hochgerechnet. Die 15 Prozent Beiträge des Jahres 1927 stören das Bild nicht, da vermutlich in jedem Monat immer wieder auch Beiträge aus den Vormonaten miteinbezahlt wurden (Aus diesem Grund läßt sich jedoch aus diesen vorliegenden Zahlen die Beitragszahlungsmoral nicht ermitteln). Die Münchner Mitgliederzahl blieb von 1926 bis Frühjahr 1928 etwa auf gleicher Höhe und stieg dann kontinuierlich an; daher läßt sich auf der Basis des Februar 1928 zwar das Volumen für 1927 errechnen, nicht jedoch das für 1928: Vgl. Kapitel III.5.

¹⁰⁴ StA, PDM 6735: PND 626 (o.D.): Kassenbericht des RSM für 1927 auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München am 31. 8. 1928.

¹⁰⁵ BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26091: StA, Lagebericht München Nr. 91 (23. 5. 1930), ergänzt durch Details des Kassenberichtes des RSM für 1929.

¹⁰⁶ Vermutlich verlangte die RL im Frühjahr 1925 eine Wahlsonderumlage: IfZ, „Protokollheft“, S. 93: Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1925. Vgl. auch KHB, Eintragungen 1925. 1926 führte die RL zwei Umlagen durch, für die insgesamt von jedem Mitglied 1,50 RM gefordert wurde. Eine davon galt der Landtagswahl in Mecklenburg: VB 119 (27. 5. 1926), „Mitteilung“ des RSM Schwarz. Die andere galt den Wahlkämpfen in Sachsen und Thüringen: VB 224 (28. 9. 1926), „Mitteilung“ des RSM Schwarz; sowie: HRS, Bd. II, S. 65 (Dok. 30): „Aufruf“ Hitlers. 1927 wurden zwei Sonderumlagen durchgeführt: einem Parteitagbeschuß Ende August 1927 zufolge wurde von jedem Mitglied eine Sonderabgabe von 2 RM gefordert: IfZ, MA 1216: Rschr. des RSM an sämtliche Gaue und selbständige Ortsgruppen vom 1. 9. 1927. Entsprechend einer Anordnung der RL im Oktober des Jahres sollte jedes Parteimitglied 1 RM für den kommenden Parteitag [1928 fand jedoch kein NSDAP-Parteitag statt!] einbezahlen (StA, Lagebericht 60 (8. 10. 1927), S. 13). 1928 und 1929 forderte die RL nur jeweils eine Umlage ein. Sämtliche dieser Anordnungen bezüglich der Umlagen schlugen sich in irgendeiner Form in den Schwabinger Sektionstagebüchern nieder: vgl. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“. Im November 1928 galt eine Umlage den ausgesperrten Parteimitgliedern unter den streikenden Ruhrarbeitern: VB 275 (25./26. 11. 1928), „Nationalsozialisten“. Im Oktober und November 1929 wurde eine Sonderumlage von mindestens 1 RM anlässlich der Münchner Kommunalwahl erhoben: IfZ, MA 1221: Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1929; vgl. insbesondere die Bemerkung des Kassenwartes Hilbe am Schluß des Berichts. VB 220 (22./23. 9. 1929) und 223 (26. 9. 1929), AdB: „An alle Münchner Parteigenossen!“. Auch nach 1929 forderte die RL von den Münchner Stadtteilorganisationen ebenso wie von sämtlichen Ortsgruppen im Reich Sonderumlagen ein, wie ein Beispiel zeigt: Im Juni 1930 ordnete die RL eine Sonderumlage von 2 RM für jedes Mitglied an, mit

nahmen die Sektionen die Grabpflege der beim Hitlerputsch 1923 Erschossenen.¹⁰⁷ Die besonders finanzkräftige Sektion Schwabing zum Beispiel zweigte hierfür 1925 und 1927 rund 50 RM ab, 1926 mehr als die dreifache Summe.¹⁰⁸ Ende Mai 1927 mußte jede Sektion mit dem Gewinn eines „Opferstocks“ zur Finanzierung der Musikkapelle für die Münchner Partei beitragen.¹⁰⁹ Mitte November 1928 hatten die Sektionen, im Rahmen der reichsweiten Sammlungsaktion für den „Hitler-Kampfschatz“,¹¹⁰ jeweils mindestens zehn RM, unter anderem zugunsten eines Erholungsheimes für Parteimitglieder und eines Parteiarchivs, einzuzahlen.¹¹¹ Die Gesamtsumme, die von der Sektion Schwabing in den zwanziger Jahren an die Reichsleitung floß, erreichte ein erhebliches Ausmaß, rechnet man zu den verbindlichen Forderungen die freiwilligen Überweisungen aus der Sektionskasse hinzu.¹¹² 1925 gingen insgesamt, die Rückerstattung der Wahlkampfmaterialien eingerechnet, über 190 RM an die Reichsleitung,¹¹³ 1926 rund 300 RM, gut zwei Drittel davon innerhalb der fünf Monate bis zum Rücktritt des besonders engagierten Sektionsführers Woltereck. 1927 waren es trotz des auf die Hälfte geschrumpften Gesamtbudgets insgesamt über 450 RM, 1928 sogar knapp 670 RM, 90 Prozent davon allein für den „Hitler-Kampfschatz“.¹¹⁴ Vermutlich erreichten die Überweisungen der anderen Münchner Sektionen selten dieses Ausmaß, doch waren sie in der Summe nicht unerheblich. So sammelte die Sektion Innere Stadt im April 1925 für die „Hitler-Spende“ innerhalb von 14 Tagen über 200 RM.¹¹⁵ Die Sektion Sendling überwies trotz ihrer kleinen Mitgliederzahl für diese Aktion im November des Jahres 75 RM¹¹⁶ und im folgenden Jahr als „Hitlers Geburtstagsspende“ 63 RM; das waren gut 20 Prozent der Gesamtaus-

Ausnahme von SA, SS, NSDStB, NS-Frauenorden und den Erwerbslosen: Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Parteigenossen“.

¹⁰⁷ IfZ, Fa 104/1: Rschr. der HGS an alle Münchner Sektionen vom 9. 5. 1925.

¹⁰⁸ KHB, Bl. 13 (Eintragung vom 15. 10. 1925), 16, 17, 20, 21 (Eintragung vom 5. 1. 1927).

¹⁰⁹ StA, PDM 6733: Polizeibericht PND 572 (23. 5. 1927) über die Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 5. 5. 1927: Äußerungen des Sektionsvorsitzenden Fiehler. Entsprechend dem KHB hatte die Sektion jedoch dieser Aufforderung nicht Folge geleistet. Vermutlich, da sie bereits wenige Wochen später über 70 RM aus einer Sammlung für den „Reichshilfsfond“ überwiesen hatte: KHB, Bl. 22, Eintragung vom 11. 7. 1927.

¹¹⁰ Vgl. etwa IfZ, MA 738: die gedruckten Sammlungslisten.

¹¹¹ HStA, Slg. Varia 1383: Rschr. der HGS an alle Ofg der NSDAP sowie alle Leiter des NSDStB und des DFO vom 15. 11. 1928; dem Schreiben zufolge hatten die Sektionen der Städte wie etwa Berlin, Hamburg oder München denselben Betrag wie die Ortsgruppen zu zahlen.

¹¹² Vgl. hier im Folgenden die Eintragungen im KHB, SKTB bzw. die Bemerkungen von Mitgliedern des Sektionsvorstandes in den Sektionstagebüchern (IfZ, „Protokollbuch“ und „Protokollheft“).

¹¹³ IfZ, „Protokollheft“, S. 93: Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1925. Vgl. auch KHB, Eintragungen 1925.

¹¹⁴ KHB, Bl. 26, Eintragung vom 23. 12. 1928.

¹¹⁵ BA, Berlin (ehem. BDC): OPG-Akte Eggers, Karl: Hs. „Einzeichnungs-Liste für die Hitler-Spende“ der Sektion Innere Stadt, April 1925. Ebenda: Eggers an Heinemann vom 16. 11. 1925; hier auch die Aufstellung Eggers' über die Sammlungsergebnisse für die „Hitler-Spende“.

¹¹⁶ StA, NSDAP 496: RSM Schwarz an den Kassier der Sektion Sendling vom 5. 11. 1925.

gaben des Jahres.¹¹⁷ Zu dieser Unterstützung durch die Sektionen sind noch die einzelnen in München ansässigen vermögenden Spender hinzuzurechnen, die gezielt die Reichsleitung unterstützten. Diese lieferten z.B. 1926 einen großen Teil der rund 11 000 RM in München gesammelten Spendengelder für den „Baufonds“.¹¹⁸ Der Chemiefabrikant Pietzsch etwa trug mit mehreren tausend RM wesentlich zum Neubeginn der Partei bei und finanzierte seit 1930 mit je 500 RM monatlich die Gehälter der ROL-Abteilungsleiter Darré und Schulz.¹¹⁹

4. Rekrutierungsbasis für Reichs- und Gauleitung

Abschließend gilt es, den Anteil der in der Münchner NSDAP aktiven Parteifunktionäre am Führungskorps der Parteiorganisationen zu untersuchen. Dabei stehen weniger die in München geborenen oder ansässigen Persönlichkeiten im Blick – Mitglied der Münchner NSDAP wurde bis zur Gründung der Sektion „Reichsleitung“ 1927 zwangsläufig jeder Angehörige der Parteizentrale, auch wenn er keinerlei Bezug zur Ortsgruppe hatte – als vielmehr der Personenkreis, der sich tatsächlich in den Stadtteilsorganisationen engagiert hatte.

Von 1925 bis 1930 lieferten die Münchner Aktivisten das wichtigste Rekrutierungspotential für das Personal der Reichsleitung. Beinahe die Hälfte aller Abteilungs- und Unterabteilungsleiter hatte ihre Parteikarriere entweder in München begonnen oder war zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeit auch in der Münchner Ortsgruppe engagiert. Mit dem Propagandaleiter der Jahre 1925/1926, Otto May,¹²⁰ dem Organisationsleiter bzw. Vorsitzenden des Parteigerichtes während der Jahre 1926 bis 1928, Bruno Heinemann,¹²¹ dem Parteigeschäftsführer Philipp Bouhler¹²² sowie dem Sekretär Hitlers, Rudolf Heß,¹²³ ferner den Schriftführern Hermann Schneider¹²⁴ und Karl Fiehler¹²⁵ stellte die Münchner Ortsgruppe bis 1928 stellenweise die wichtigsten Persönlichkeiten der Reichsleitung. Auch Hitler selbst, der sich bis 1923 und schließlich in den ersten Jahren nach 1925 als nomineller Führer der Ortsgruppe München engagierte, kann zu dieser Gruppe gezählt werden. Der Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz arbeitete 1924 als Kassier sowohl in der GVG-Führung als auch in der Münchner GVG-Sektion Schwa-

¹¹⁷ StA, NSDAP 496: „Rechenschaftsbericht über die Sektionskasse Sendling“, gezeichnet vom Sektionskassier vom 1. 1. 1927. Unter der „Geburtstagsspende“ dürfte, wie die Verwendung ähnlicher Begriffe in den Kassenbüchern der Sektion Schwabing zeigt, eine Geldspende an die RL verstanden worden sein.

¹¹⁸ Vgl. Kapitel V.1., S. 476.

¹¹⁹ IfZ, Nachlaß Albert Pietzsch: Unterlagen des Entnazifizierungsverfahrens.

¹²⁰ Zur Biographie Otto Mays: Kapitel III.1., Anm. 64.

¹²¹ Zur Biographie Bruno Heinemanns: Kapitel III.1., Anm. 61.

¹²² Philipp Bouhler hatte bereits als 2. Reichsgeschäftsführer der NSDAP 1922/1923 sowie als Geschäftsführer der GVG 1924 an der Leitung der Münchner Parteistrukturen teil: Kapitel III.1., Anm. 60.

¹²³ Rudolf Heß führte 1923 eine Münchner SA-Hundertschaft und stellte im selben Jahr an der Universität einen SA-Studentensturm zusammen: Kapitel III.1., Anm. 63.

¹²⁴ Kapitel III.1., Anm. 62.

¹²⁵ Zur Biographie Karl Fiehlers: Kapitel VI.1.

bing.¹²⁶ Dagegen war Max Amann, der Direktor des Parteiverlages und 1922/1923 zeitweilig Parteigeschäftsführer,¹²⁷ nie innerhalb der Münchner Stadtteilorganisation aktiv und gilt daher auch nicht im engeren Sinne als Münchner Parteifunktionär. Ähnlich ist aufgrund der noch zu schildernden, geringen Verbindungen zwischen der Fraktion und den lokalen Organisationen Amanns Tätigkeit im Münchner Stadtrat zu bewerten. In den beiden Ausbauphasen der Reichsleitung zwischen September 1930, Juni 1932 und Herbst 1932 ging der Münchner Anteil an den Funktionären der Parteizentrale auf knapp 30 Prozent zurück – nach wie vor ein hoher Prozentsatz. Die vierte Phase vom Rücktritt Straßers im Dezember 1932 bis zur „Machtergreifung“, in der der Apparat der ROL weitgehend aufgelöst wurde, erscheint für die vorliegende Fragestellung unerheblich.

Auch innerhalb der Führungsgremien der SA, SS und im Gau München-Oberbayern stellten die Münchner Parteiaktivisten in den Jahren von 1930 bis 1932 einen hohen Anteil. Bei der Gauleitung waren dies knapp 70 Prozent der Funktionäre; mit den Gau-Propagandaleitern Edmund Heines, Hans Rauscher, Matthäus Dötsch und Karl Wenzl,¹²⁸ dem Gau-USchLA-Vorsitzenden Joseph Bauer¹²⁹ und

¹²⁶ Kapitel III.1., Anm. 59.

¹²⁷ Zur Biographie Max Amanns: Kapitel III.1., Anm. 65.

¹²⁸ Der 1897 in München geborene und 1934 im Zuge des „Röhm-Putsches“ ermordete Heines nahm als Führer einer Münchner SA-Hundertschaft (1922–1923) am „Hitlerputsch“ teil. 1925 und 1926 war er Reichsleiter der „Schilljugend“ und zugleich Landesleiter Bayern der „Abteilung Roßbach“, die er schließlich 1926 in die SA überführte. Von 1926 bis 1927 leitete er den Münchner SA-Sturm 3 und wurde als einer der Protagonisten der Münchner SA-Rebellion 1927 aus der NSDAP/SA ausgeschlossen. Nach kurzzeitiger Haft (1928–1929) wegen Beteiligung an einem „Fememord“ und dem Wiedereintritt in die NSDAP übernahm er 1930 vorübergehend die Münchner Ortsgruppe Haidhausen und die Gaupropagandaleitung. 1930 als Referent, schließlich 1931 als Ic in der OSAF aktiv, war er ab 1931 SA-Führer in Schlesien und zugleich Röhms Stellvertreter, sowie ab 1933 Polizeipräsident von Breslau: StA, PDM 6702: Aussage Edmund Heines in der Polizeivernehmung vom 17. 5. 1923. Dornberg, Hitlerputsch, S. 370. BA, Berlin, 15.01 RMDI/26093: Polizeipräsidentium Berlin an Polizeipräsidentium Bielefeld vom „Mai 1931“. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 4. Generell: StA, Lageberichte 1926–1927. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Organisatorisches“, und ebenda 8 (1. 7. 1930), „Organisatorisches“. BA, Berlin, Slg. Schumacher 404: OSAF, Referats-Einteilung vom 3. 3. 1931. HRS IV/1, Dok. 113, S. 356, mit Anm. 4: Hitler an Heines vom 6. 5. 1931. Zur Rolle Heines' während der SA-Krise 1927: Kapitel III.3. Rauscher, ebenfalls 1897 in München geboren, leitete 1926–1927 den SA-Sturm 1: IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauß, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg. StA, PDM 6805: Polizeiberichte über Versammlungen der Münchner SA 1925–1927. Der 1891 geborene Dötsch führte 1930 die Sektion Borstei: Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Organisatorisches“. Wenzl, 1903 in München geboren, führte von 1931 bis Januar 1933 die Ortsgruppe Haidhausen-West und war von November 1932 bis April 1933 Propagandaleiter des Kreises München-Ost-Mitte-Süd: Der Großdeutsche Reichstag 1938. Berlin 1938, s. v. Wenzl, Karl. BA, Berlin (ehem. BDC): Mitgliederkarte Wenzl, Karl. StA, PDM 6744: Polizeiberichte über Versammlungen der Ortsgruppe Haidhausen-West 1930–1933, insbesondere die Versammlung am 19. 1. 1933. StdA, Ratsherrenkartei, Wenzl, Karl.

¹²⁹ Bauer, 1881 in Untergrasensee bei Pfarrkirchen geboren, führte von 1925–1927 die Sektion Süd und anschließend bis 1929 die Sektion Süd-Thalkirchen-Sendling. Von 1928 bis 1931 hatte er den Vorsitz im Gau-USchLA inne und leitete 1931–1933 die Münchner Ortsgruppe des NSLB: StA, NSDAP 49: RL-USchla an GL-USchla vom 5. 5. 1931. BA, Berlin (ehem. BDC), SSO, Personalakte Bauer, Joseph. Ebenda, OPG-Akte Bauer,

den Gaugeschäftsführern Otto Nippold¹³⁰ und Otto Hartmann¹³¹ sowie dem Geschäftsführer der Gauzeitung „Die Front“, Franz Xaver Reichinger,¹³² besetzten sie zugleich die entscheidenden Positionen. Eine Stichprobe unter den Führungspersonen der OSAF und der SS-Oberleitung zeigt ein ähnliches Bild: Mit Adolf Hühnlein, Führer des NSKK 1931 bis 1933 und mindestens 1932 SA-Quartiermeister,¹³³ Edmund Heines, 1931 Mitarbeiter der Abteilung Ic und 1932 Stellvertreter Röhms,¹³⁴ Hans Zöberlein, Führer der Abteilungen Ib und Iib 1931 bis 1932,¹³⁵ Richard Büchner, 1929 bis 1933 Führer der Reichszeugmeisterei,¹³⁶ sowie dem Führer des Nachrichtendienstes von 1930 bis Sommer 1931, Herbert Riestler,¹³⁷ seien nur einige der wesentlichen, von Münchner Parteiaktivisten besetzten Positionen genannt. Der Führer der SA-Gruppe „Hochland“ in den Jahren von 1931 bis 1933, Friedrich von Krausser, bereits 1923 ein begeisterter Anhänger Hitlers und deswegen nach dem „Hitlerputsch“ aus der bayerischen Reichswehr entlassen, leitete 1924/1925 den Münchner Frontbann,¹³⁸ sein Stabsführer Ri-

Joseph. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925–1929. Vgl. auch Schäffer, Bauer, S. 19–25.

¹³⁰ Nippold, 1902 in Meiningen (Thüringen) geboren, war 1928–1929 in der Führung des Münchner NSDStB aktiv, gründete und leitete 1929–1930 die Ortsgruppe Gauting und arbeitete von 1930 bis September 1932 als GGF: BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Nippold, Otto. Front 1931/1932, AdB, und SMP 1932/1933, AdB: Vgl. hier die von Nippold gezeichneten Anordnungen 1930–1932. NLG, Spruchkammerakte Nippold, Otto.

¹³¹ Hartmann, 1880 in München geboren, war 1930 Ortsgruppenführer von Grünwald und von September 1932 bis mindestens 1933 GGF München-Oberbayern: HStA, MInn 81584: Vermerk PDM vom November 1930. BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Biechteler, Gustav sowie Front 1932, AdB und SMP 1933, AdB: Vgl. hier die von Hartmann gezeichneten Versammlungseinladungen und Anordnungen 1932–1933. NLG, Spruchkammerakte Hartmann, Otto.

¹³² Reichinger, 1907 in München geboren, war 1928–1930 Amtswalter in der Sektion/Ortsgruppe Haidhausen und 1931–1932 in der Ortsgruppe Ramersdorf, sowie 1930–1932 Geschäftsführer der Front: BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Reichinger, Franz. StDA, München, BuR 1585: Personalbogen Franz Reichinger vom 25. 4. 1938, mit Anlagen.

¹³³ NSKK-Mitteilungsblatt Nr. 2. (1931). VB 42 (11. 2. 1931), „Verordnung“. StA, PDM 6835: Satzungen des NSKK vom 1. 5. 1931 mit Zusatzvermerk der PDM. StA, PDM 6824: Hs. Übersichtsplan des OSAF-Stab o. w. A.; Datierung nach Angaben zu Personen: 1932. Hühnlein, 1881 in Neustädt am Rhein geboren, war im Oktober 1923 Chef des Truppenstabs der SA für München und Bayern: StA, PDM 6697: Dienstanweisung für Stab des SA-Oberkommandos vom 20. 10. 1923, Abschrift PDM o. w. A.

¹³⁴ Kapitel II.4., Anm. 128.

¹³⁵ BA, Berlin, Slg. Schumacher 404: OSAF, Referats-Einteilung vom 3. 3. 1931. StA, PDM 6824: Hs. Übersichtsplan des OSAF-Stab, o. w. A.; Datierung entsprechend Personenstand: 1932. Zöberlein, bereits 1922 Führer einer Münchner SA-Hundertschaft, leitete 1923 und 1925–1927 die Sektion Au-Giesing, 1926–1928 die Giesinger SA und 1928–1929 die Münchner SA-Standarte: Kapitel III.3.

¹³⁶ Tyrell, Führer befiehl, S. 359. StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 24. StA, Lagebericht 57 (9. 6. 1927), S. 17. Büchner war bis 1927 Adjutant des Münchner SA-Standartenführers und leitete 1927, als Nachfolger des wegen der SA-Rebellion abgesetzten Rauscher, den Sturm 1: Ebenda.

¹³⁷ StA, PDM 6824 und 6826: Polizeiberichte über die Aktivitäten der SA in München 1930–1931. StA, Lageberichte 1931. Riestler leitete 1931 die Münchner SA-Standarte 2: Ebenda.

¹³⁸ Gordon, Hitlerputsch, S. 309 und 459. Werner, SA, 321 ff. StA, Lagebericht 107 (29. 12. 1931), S. 3.

chard Murr stand bis 1931 einem Münchner SS-Trupp vor und leitete 1932 die Ortsgruppe Borstei.¹³⁹ Der Stabsführer der SA-Untergruppe München-Oberbayern 1931 bis 1932, Josef Malzer, war zuvor Adjutant der Münchner SA-Standarte I,¹⁴⁰ der Geldverwalter der Untergruppe 1929 bis 1932, Hans Dietl, arbeitete von 1925 bis 1928 als Kassier der Sektion Süd und führte von 1927 bis 1929 den SA-Sturm dieser Sektion.¹⁴¹ Einige Beispiele aus der SS-Oberleitung belegen auch hier die Münchner Dominanz: Die ersten drei SS-Reichsführer nach 1925, Julius Schreck,¹⁴² Josef Berchtold¹⁴³ und Erhard Heiden,¹⁴⁴ entstammten alle dem ehemaligen Münchner „Stoßtrupp Hitler“ und waren bis 1923 in der Münchner SA aktiv gewesen. Der Reichsgeschäftsführer der SS und Adjutant Himmlers 1930 bis 1931, Georg Aumeier, hatte sich in den Jahren bis 1929 in der Stadt als SA- und schließlich als SS-Führer bewährt.¹⁴⁵ Sein Vorgänger Hanns Hustert war 1929 engagiertes Mitglied der Münchner SA.¹⁴⁶ Der Leiter der Abteilung Sanitätswesen und spätere SS-Reichsarzt, Heinrich Höhmann, leitete 1930 die Sektion Lehel und fungierte 1931 als Arzt der Münchner SS-Standarte.¹⁴⁷ Der Reichsgeldverwalter der Jahre 1929 bis 1931, Paul Weickert, engagierte sich bereits 1923 in der Münchner SA und führte seit 1928 einen Münchner SS-Trupp.¹⁴⁸

Stichproben in den Führungsgremien anderer Parteiorganisationen ergaben im NSDStB und im NS-Ärztbund eine ähnliche Bedeutung der Münchner Funktionäre. Der Reichsführer des NSDStB 1928 bis 1932, der HJ 1932 bis 1940 und

¹³⁹ StA, PDM 6824 und PDM 6831: Polizeiberichte über die Münchner SS 1931–1932.

¹⁴⁰ StA, PDM 6824 und PDM 6831: Polizeiberichte und Dokumentensammlung der PDM über die Aktivitäten der Münchner SA 1930–1932.

¹⁴¹ BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Akte Dietl, Hans.

¹⁴² Schreck hatte 1923 den „Stoßtrupp Hitler“ mitbegründet, war 1925–1926 RFSS und leitete 1925 kurzzeitig die Münchner SS: BA, Berlin, NS 51, 5b: Bericht über die Versammlung der NSDAP Regensburg am 22. 12. 1925. StA, Lagebericht 44 (11. 2. 1926), S. 10. Tyrell, Führer befehl, S. 356.

¹⁴³ Berchtold führte 1923 das 3. Bataillon der Münchner SA sowie den „Stoßtrupp Hitler“. Von 1926–1927 war er RFSS und leitete 1926 kurzzeitig auch die Münchner SA: StA, PDM 6702: Aussage Josef Berchtold in der Vernehmung durch die PDM/Va am 17. 5. 1923. BA, Berlin, NS 51/2 a: Notiz Heinemann vom 6. 12. 1926. StA, Lagebericht 47 (28. 4. 1926), S. 11. Tyrell, Führer befehl, S. 356.

¹⁴⁴ Heiden war seit Sommer 1923 in der Münchner NSDAP aktiv, u.a. im „Stoßtrupp Hitler“. 1925–1927 war er Stellvertreter des RFSS, 1927–1929 RFSS: HStA, MIInn 81575: Polizeibericht über die Mißhandlung des jüdischen Kommerzienrates Fränkel vom Juli 1923. StA, Lagebericht 54 (4. 2. 1927), S. 24. Tyrell, Führer befehl, S. 356.

¹⁴⁵ BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Aumeier, Georg. Ebenda: OSS und OPG-Akte Aumeier, Georg. StA, PDM 6829: Polizeiberichte und Dokumentensammlung der PDM über die Aktivitäten der Münchner SS 1929–1932. Aumeier leitete 1922–1923 eine Münchner SA-Hunderttschaft, 1925–1926 den Münchner SA-Sturm 5 und fungierte, nach seinem Übertritt zur SS, 1929 als Adjutant der Münchner SS-Standarte: Ebenda.

¹⁴⁶ StA, PDM 6829: Polizeiberichte und Dokumentensammlung der PDM über die Aktivitäten der Münchner SS 1929–1932. Tyrell, Führer befehl, S. 356.

¹⁴⁷ Münchner Wacht 7 (1. 6. 1930), „Organisatorisches“. BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Höhmann, Heinrich.

¹⁴⁸ StA, PDM 6826: SS-Befehl Nr. 16 (10. 3. 1930). StA, PDM 6829: Polizeivernehmung des Führers der Münchner SS am 29. 1. 1928 wegen verbotener Geldsammlungen. BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Weickert, Paul.

zugleich Reichsjugendführer 1931 bis 1940, Baldur von Schirach, leitete 1928 einen SA-Trupp sowie den Münchner NSDStB, den er mitbegründet hatte.¹⁴⁹ Walter Lienau leitete 1929 den NSDStB an der Technischen Hochschule München, übernahm 1930 die Leitung des NSDStB- sowie des D.St.-Kreises VII (Bayern), war zum selben Zeitpunkt Referent in der Reichsleitung des NSDStB und führte von Juli bis Dezember 1931 den Reichsverband des D.St.¹⁵⁰ Der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe München des NS-Ärztbundes von 1930 bis 1932, Dr. Gerhard Wagner, Mitbegründer des Ärztbundes auf dem Reichsparteitag, übernahm im September 1932 dessen Leitung im Reich und stieg nach der Machtergreifung zum Reichsärztführer auf. In dieser Rolle war Wagner einer der Initiatoren der Euthanasie-Aktion.¹⁵¹ Der Schriftführer dieser Ortsgruppe, der praktizierende Arzt und Zahnarzt Dr. Bernhard Hörmann, führte seit Juni 1932 die Abteilung Volksgesundheit der ROL III.¹⁵²

In allen genannten Institutionen, sei es die Gauleitung oder die SS-Oberleitung, stechen zwei Phänomene ins Auge. Zum einen waren die in München geborenen Parteifunktionäre stets in der Minderzahl. Hier drängt sich der Eindruck auf, als ob die genuin „Münchner“ Wurzeln der NSDAP, zumindest innerhalb des Führungskorps, nicht sehr tief reichten. Zum anderen fällt die große Bedeutung einer Parteikarriere in München während der Jahre bis 1923 auf. Mindestens ein Viertel aller Münchner Aktivisten in den verschiedenen Führungsgremien zählte zu dieser Gruppe. Naturgemäß bot die räumliche Nähe der zentralen Parteigremien in der Stadt den Münchner Nationalsozialisten mehr Möglichkeiten als etwa Berliner Funktionären, sich in den Augen der Parteiführung zu profilieren oder enge persönliche Beziehungen anzuknüpfen und somit in das Führungskorps übernommen zu werden. Dies war vor und nach 1925 ein wesentlicher Grund für den höheren Anteil an Münchner Aktivisten in der Reichsleitung oder OSAF. Hinzu kommt, daß Hitler vermutlich in den ersten Jahren nach 1925 mit Vorliebe auf Aktivisten seiner Hausmacht München zurückgriff, auf die er sich eher zu verlassen können glaubte. Allerdings war etwa die Reichsleitung 1925 bis 1928 keineswegs mit der Führungsgruppe der Ortsgruppe München identisch. Die Münchner Funktionäre dachten und handelten zudem wohl kaum als geschlossene Gruppe oder nach einheitlichen Grundlinien. Daher kann man sicher nicht von einer spe-

¹⁴⁹ StA, Würzburg, RSF II, 10: Photographie des „Gründungstisches“ des Münchner NSDStB mit eingeritzten Namenszügen. StA, Würzburg, RSF II, 47 b: Korrespondenz von Schirach mit der NSDStB-RL April-Juni 1928. Wortmann, Schirach, S. 249. Stachura, Nazi Youth, S. 245. Tyrell, Führer befehl, S. 357 und 360.

¹⁵⁰ StA, Würzburg, RSF II 10: Lienau an NSDStB-RL vom 29. 11. 1929 und Antwort von Schirach am 1. 12. 1929. Ebenda, RSF II 14: Gladiss, Mitglied des AStA-Vorstands der Universität München, an den AStA-Vorstand vom 16. 6. 1930. Ebenda, RSF II, 47 b: Rschr. Nr. 1 (17. 11. 1930) der NSDStB-RL an die NSDStB-KrL. Grüttner, Studenten, S. 508.

¹⁵¹ VB 98 (26. 4. 1930), „Nationalsozialistischer Deutscher Ärztbund“. Ebenda 101 (30. 4. 1930), „Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund“. BA, Berlin (ehem. BDC), Personenakte Wagner, Gerhard. Tyrell, Führer befehl, S. 358. Klee, Euthanasie, S. 52 f.

¹⁵² VB 98 (26. 4. 1930), „Nationalsozialistischer Deutscher Ärztbund“. Ebenda 101 (30. 4. 1930), „Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund“. VB 55 (24. 2. 1933), „Die Reichstagswahlvorschläge“. Tyrell, Führer befehl, S. 365.

zifisch münchenerisch geprägten oder gar dominierten Grundhaltung der Reichsleitung sprechen. Als Frage bleibt offen, inwieweit der spezifische Erfahrungshintergrund der Münchner Funktionäre die Politik der Parteigremien beeinflusste. Als wesentliche Rekrutierungsbasis der nationalsozialistischen Führungsgremien gewann die Münchner NSDAP jedenfalls eine bedeutende Rolle, auch wenn die für den entscheidenden Ausbau von Organisation und Propaganda verantwortlichen Persönlichkeiten, Gregor Straßer, Heinrich Himmler, Fritz Reinhardt und Josef Goebbels, nicht aus ihren Reihen stammten. Innerhalb der Gesamtpartei im Reich erweckte diese Bedeutung einerseits Neid und Mißtrauen (vor allem bei Goebbels und den norddeutschen Nationalsozialisten 1925–1926), vermehrte aber auch das Ansehen.

III. Die Jahre der Stagnation 1925–1928

1. Die Phase der Neuorganisation 1925/1926

In der Gründungsphase der neuen NSDAP während der ersten Monate des Jahres 1925 näherten sich zunächst die Fronten zwischen den Nationalsozialisten und dem Staat sowie zwischen den verfeindeten völkischen Lagern einander an. Hitler entschied endgültig, die Parteizentrale erneut in München zu verankern und von hier aus die Partei aufzubauen. Dem folgten die öffentlichkeitswirksam inszenierte innervölkische „Versöhnung“ und die offizielle Partiewiedergründung. München wurde der Sitz der Parteileitung, des Parteiorgans „Der Völkische Beobachter“ und des Parteiverlages. Die nun neuentstehenden Organisations- und Finanzierungsstrukturen der Münchner Ortsgruppe erhielten durch die Richtlinien vom Februar 1925, die Parteistatuten vom August 1925 und vom Mai 1926 sowie durch die SA-Statuten vom September des Jahres ihre bis 1929 gültige Form.¹ Der Wiederaufbau der Münchner NSDAP fand seinen Abschluß auf der Bamberger Führertagung und der anschließenden Generalmitgliederversammlung der NSDAP am 22. Mai 1926, die zugleich den Übergang zur Führerpartei und Hitlers endgültige innerparteiliche Durchsetzung verdeutlichten.² Die erste organisatorische Konsolidierung gelang in München bereits im Frühjahr 1925, in Bayern und im Reich jedoch erst bis zum Sommer.³

Als Hitler am 20. Dezember 1924 die Landsberger Haft verließ,⁴ war er zur Neugründung der NSDAP entschlossen. Die Chance war günstig, da die bayerische Regierung allmählich von ihrer bisherigen Ablehnung gegenüber der Partei abwich. Nachdem im Reich bereits Ende Februar 1924 der Ausnahmezustand und im Juli das NSDAP-Verbot aufgehoben worden waren,⁵ signalisierte der bayerische Innenminister Stützel im Sommer des Jahres gegenüber entsprechenden Forderungen des Völkischen Blocks Verhandlungsbereitschaft, sobald eine erneute „Erschütterung“ des Staatswesens durch eine NS-Organisation zweifelsfrei ausgeschlossen sei.⁶ Die Staatsregierung war weder willens noch in der Lage, die NSDAP auf immer zu verbieten. Alle Versuche, Hitler nach Österreich auszuwei-

¹ HRS I, Dok. 4, S. 7–9: „Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP“ vom 26. 2. 1925. HRS I, Dok. 64, S. 147 ff.: „Satzungen der NSDAP“ vom 21. 8. 1925: § 6 „Organisation des Vereins“. HRS I, Dok. 146, S. 461 ff.: „Satzungen der NSDAP/NSDAV e.V.“ vom 22. 5. 1926: § 5 „Generalversammlungen“. HRS II/1, Dok. 31, S. 65 ff.: SA-Satzungen vom 17. 9. 1926.

² Tyrell, Führer befehl, S. 103 f.

³ Orlow, Nazi Party, S. 54 ff.

⁴ Hitler war vom 1.4. bis 20. 12. 1924 in der Festung Landsberg am Lech inhaftiert: Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 668, S. 1249: Notiz Hitlers am 21. 12. 1924.

⁵ Heiber, Republik von Weimar, S. 152. Schwend, Bayern, S. 297.

⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 17. Sitzung vom 31. 7. 1924, S. 438 f. (mit Beilage 326) und 18. Sitzung vom 1. 8. 1924, S. 521 f.

sen, waren im Dezember 1924 auf Eis und im April 1925 endgültig ad acta gelegt worden, nachdem die österreichische Regierung jede Kooperation verweigert hatte und auch Held selbst nicht mehr mit Nachdruck vorging. Hitler wurde nun auf eigenen Wunsch aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen, und man mußte künftig mit ihm in Bayern rechnen. Daher diskutierte die bayerische Regierungsspitze über die Präventionsmaßnahmen gegen eine ähnliche Entwicklung wie im Herbst 1923.⁷ Angesichts der rückläufigen völkischen Wählerstimmen im Dezember 1924 und dem weitgehenden Zerfall der völkischen Bewegung festigte sich innerhalb der bayerischen Regierung die Überzeugung, daß von einer künftigen NSDAP keine größere Gefahr mehr ausgehen würde.⁸ Der bayerische Ministerpräsident Held wie auch der Justizminister Gürtner gaben sich überzeugt, selbst Hitler werde es nicht gelingen, die zerstrittenen Gruppierungen je wieder zu einigen.⁹ Nach wie vor hielt man jedoch Hitler für politisch einflußreich, wie Helds spätere Rechtfertigung vor dem Landtag für seine Gespräche mit Hitler zeigen.¹⁰ Diese zwei auf Vermittlung Pöhners und Gürtners zustandekommenen Unterredungen¹¹ an den beiden Tagen unmittelbar nach Hitlers Haftentlassung sollten diesem unmißverständlich seine Grenzen verdeutlichen und ihn zu einem eindeutigen Bekenntnis zwingen, um ihn bei allen neuen Verfehlungen schneller greifen zu können. Entsprechend versicherte Hitler, er wende sich nicht, wie Ludendorff oder andere völkische Führer, gegen den Katholizismus, sondern gegen den Marxismus, und er werde jede Regierung unterstützen, die hier „brutal vorgehe“. Zugleich distanzierte er sich von Ludendorff und proklamierte seinen absoluten Führungsanspruch. Held warnte Hitler, die bayerische Regierung werde Zustände wie vor dem 9. November nicht mehr tolerieren. Allerdings relativierte er seine Aussage nicht unerheblich und verriet erstaunliche Unkenntnis

⁷ Watt, Bemühungen, S. 273–279. Pöhlmann, Held, S. 102. Pridham, Hitler's Rise, S. 32 ff. U. a. Fritz Schäffer forderte ein fortdauerndes Redeverbot für Hitler: Altendorfer, Schäffer, S. 302. Ungeklärt bleibt, ob Held die Ausweisung nicht eher dem Druck des Koalitionspartners DNVP opferte: vgl. u. a. Pöhlmann, Held, S. 102.

⁸ Broszat, Machtergreifung, S. 85. Pridham, Hitler's Rise, S. 32.

⁹ Benz, Berichte, S. 166 f.: Held zu Moser am 3. 11. 1924; Gürtner zu Moser am 6. 11. 1924. Fritz Schäffer betrachtete die NSDAP im Dezember 1923 als „erledigt“, es „sei eigentlich schon Leichenschändung“, weiterhin über diese Organisation zu reden: Altendorfer, Schäffer, S. 224. Gürtner erklärte Moser noch im März 1925, der Partei stünden zwar „immer noch genug hysterische Menschen“ zur Verfügung, doch die Vorbedingungen seien jetzt ungleich ungünstiger als noch 1923 angesichts der nunmehr stabilen Währung und des sehr viel stärkeren politischen Gegners, insbesondere des Reichsbanners: Benz, Berichte, S. 174: Gürtner zu Moser am 14. 3. 1925.

¹⁰ Pridham, Hitler's Rise, S. 35.

¹¹ Im Folgenden: HRS I, Dok. 9, S. 29: Hitler vor dem Amtsgericht München im Beleidigungsprozeß Drexler und Genossen gegen Hitler und Rosenberg, MNN 195 (16. 7. 1926), „Völkische gegen Nationalsozialisten“. Vollnhals, Aufstieg, S. 157. Münchner Zeitung 190 (16. 7. 1926). Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Sitzung vom 15. 12. 1925. Pöhlmann und Pridham übernehmen Schwends irrtümliche Datierung des Gesprächs auf den 4. Januar 1925: Pöhlmann, Held, S. 102 f. Pridham, Hitler's Rise, S. 35. Schwend, Bayern, S. 298. Der Völkische-Block-Abgeordnete Dörfler erwähnte vor dem Münchner Amtsgericht (Beleidigungsklage des Blocks gegen den VB) das zweite Treffen Held-Hitler: Vorwärts 162 (16. 7. 1926), „Enthüllungen des völkischen Abgeordneten Dörfler“. BK 197 (16. 7. 1926), „Wenn zwei sich streiten, erfährt der Dritte was“.

des NS-Gedankengutes, als er Hitler im selben Augenblick versicherte, er werde ihm „bei einer ordnungsgemäßen Agitation und Aktion nicht das Geringste in den Weg legen, da ich selbst das lebhafteste Bedürfnis danach habe, daß namentlich unsere Jugend vaterländisch gesinnt und vaterländisch opferbereit sich zeige“. Obwohl Held die Echtheit des Hitlerschen Sinneswandels bezweifelte,¹² gab der Verlauf des Gesprächs den letzten Ausschlag für die Wiederzulassung der NSDAP. Am 14. Februar 1925 wurde der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben, zwei Tage später fiel das Verbot des „Völkischen Beobachters“ und der NSDAP.¹³

Hitlers Entscheidung für München, die auf emotionalen und machttaktischen Gründen basierte, stand Ende 1924 fest.¹⁴ Das Konzept für die Neugründung der NSDAP war bereits in der Landsberger Haft entstanden, als Hitler Heß das Manuskript für sein Buch „Mein Kampf“ diktierte. Der hier reflektierte Organisationsaufbau der Jahre bis 1923 sollte auch künftig Gültigkeit haben. Hitler maß einem „mit dem magischen Zauber eines Mekka oder Rom umgebenen Ort“ existentielle Bedeutung für den inneren Parteizusammenhalt und für die Autorität der dortigen Parteiführung bei. Zu dem Zweck gelte es, entsprechend dem allmählichen Anwachsen der Bewegung, „dem Ausgangsort der Idee die Bedeutung nicht nur zu erhalten, sondern zu einer überragenden zu steigern“. Hier hatte sich „zunächst“ die gesamte Arbeit der NSDAP zu konzentrieren, und hier mußte die Partei um der „notwendigen Autorität“ ihrer Führung willen „möglichst große sichtbare Erfolge“ erzielen, nicht zuletzt im Kampf gegen „die marxistische Lehre“. Die städtische Organisation hatte Vorbildcharakter zu entfalten und die Rolle einer Art „Schule“ der Partei zu übernehmen. Erst wenn die Autorität der Parteileitung in München „unbedingt“ anerkannt war, stand die überregionale Expansion an.¹⁵ Mit der Präferenz für München fiel zugleich die Entscheidung, sich vor allem auf die GVG zu stützen, die zwar bayernweit kleiner als der Völkische Block war, jedoch unter den Münchner Völkischen 1924 über die stärkste Anhängerschaft verfügte.¹⁶ Es war ein deutliches Signal, als Hitler noch am Tag der Haftentlassung sofort den Leiter des Parteiverlags, Max Amann, und die GVG-Führer Hermann Esser und Julius Streicher in seiner Münchner Wohnung in der Thierschstraße empfing. Hier warteten bereits die Stadträte Graf und Weber, während die GVG-Sektion Schwabing einen Empfang inszenierte.¹⁷

Obwohl jede der völkischen Gruppierungen die Hoffnung hegte, Hitler werde sich für sie entscheiden, lehnte dieser zwei Monate lang jede öffentliche Begrüßung oder eigene Auftritte ab und äußerte sich erst am 26. Februar 1925 öffentlich zu seinen künftigen Plänen. Währenddessen analysierte er die Gründe für die innervölkische Zerstrittenheit und bereitete die Annäherung der zerstrittenen

¹² Pöhlmann, Held, S. 102f. Schwend, Bayern S. 298.

¹³ Jablonsky, Nazi Party, S. 158. Schwend, Bayern, S. 299.

¹⁴ Lüdecke, Hitler, S. 256. Pridham, Hitler's Rise, S. 37.

¹⁵ Hitler, Kampf, S. 380ff. Vgl. auch Pridham, Hitler's Rise, S. 37.

¹⁶ Lageberichte 7 (16. 5. 1924), S. 11f. und 12 (2. 8. 1924), S. 5. Der Nationalsozialist, 1924/1925, Rubrik „Aus der Kampfbewegung“. Völkischer Kurier 1924/1925, Rubrik „Aus der Bewegung“.

¹⁷ Der Nationalsozialist 10/11 (25. 12. 1924), „Hitler frei!“.

Parteiführer vor.¹⁸ Schwierigkeiten bereitete auch das Dilemma, daß einerseits der Staat künftig den Verzicht auf gewalttätige Methoden und militärisches Gebaren forderte und andererseits Hitler die radikale GVG sowie die Kreise um Streicher und Röhm gewinnen wollte, die solche Kompromisse ablehnten. Bei der Wiedergründung versuchte er das Dilemma zu entschärfen, indem er durch Verbalradikalität die Kontinuität der Methoden suggerierte und zugleich Organisation und Propaganda den staatlichen Auflagen anpaßte.¹⁹ Hitlers Zurückhaltung provozierte unter den Völkischen Enttäuschung und „Nervosität“, da man sich von seiner Entscheidung Vorteile für die eigene Organisation erhoffte. Völkischer Block und GVG mieden nun bis Mitte Februar die Öffentlichkeit.²⁰ Zu dem Zeitpunkt sah sich Hitler in seiner Entscheidung für München bestätigt, da der Versuch, die norddeutschen Parteiführer auf seine Linie festzulegen, nach wochenlangen Verhandlungen gescheitert war und das völkische Lager endgültig zersplitterte.²¹

Am 26. Februar 1925, einen Tag vor der Wiedergründung, wandte sich Hitler im „Völkischen Beobachter“ an die frühere NSDAP-Anhängerschaft.²² Er beanspruchte die Parteiführung ausschließlich für sich und erklärte dem Judentum, dem Marxismus und dem „mit dem atheistischen Marxismus verbündeten“²³ Zentrum den Kampf. Gleichzeitig lehnte er jeden „Kampf in religiösen Belangen“ ab und damit auch die Agitation der norddeutschen völkischen Führer, die unter dem Einfluß der traditionellen protestantischen Attitüde gegen den Ultramontanismus als „Feind der nationalen Einheit“ schärfer gegen die katholische Kirche vorgingen als ihre süddeutschen Kollegen.²⁴ Hitler wollte keinesfalls ähnlich vehemente Reaktionen seitens der katholischen Kirche oder der bayerischen Regierung provozieren wie die kirchenfeindlichen Attacken Ludendorffs,²⁵ auch wenn ihn nun ein NSFB-Führer, Graf Reventlow, als „Lakai Roms“ bezeichnete.²⁶ Am folgenden Tag gründete Hitler im Münchner Bürgerbräukeller die NSDAP neu.²⁷ Hier spielte sich vor 3000 Besuchern des Stunden vorher überfüllten

¹⁸ Benz, *Berichte*, S. 170: Eintragung Mosers vom 2. 3. 1925. Horn, *Marsch*, S. 211 f.

¹⁹ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 38. Horn, *Marsch*, 210ff., Werner, *SA*, S. 288 f.

²⁰ StA, Lagebericht 22 (9. 1. 1925), S. 11–13, und 24 (2. 2. 1925), S. 13 f.

²¹ Die DVFP gestand Hitler allenfalls die Rolle eines ihr unterstellten „Trommlers“ zu. Ludendorff legte sich vorerst weder auf die NSFB noch auf Hitler fest: Jablonsky, *Dissolution*, S. 156 ff. Horn, *Marsch*, S. 213. Noakes, *Conflict*, S. 11. Vgl. auch *Der Nationalsozialist* 24 (14. 2. 1925), „An alle Hitlertrouen!“.

²² Vgl. die Richtlinien für den Wiederaufbau der Partei: Kapitel III.1., Anm. 1. HRS I, Dok. 1 und 2, S. 1–6: Leitartikel und Aufruf Hitlers im VB vom 26. 2. 1925. Ebenda, Dok. 3, S. 6 f.: „Aufruf zur Bildung eines Pressefonds“ im VB vom 26. 2. 1925.

²³ 1919 bis 1923 hatten Zentrum und SPD im Reich immer wieder Regierungskoalitionen gebildet, zuletzt unter Stresemann im August und November 1923: Hehl, *Katholizismus*, S. 246 ff.

²⁴ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 40.

²⁵ Kirche und BVP reagierten mit einer Broschüre und einer Kundgebung im Löwenbräukeller, auf der auch Kardinal Faulhaber auftrat, auf Ludendorffs Angriffe im Prozeß gegen den „Hitler-Putsch“: Volk, *Bayerischer Episkopat*, S. 19 f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 19.

²⁶ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 40.

²⁷ Im Folgenden: StA, Lagebericht 25 (2. 3. 1925), S. 15 f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 40 f. Motzet, *NSDAP*, S. 11 ff. Benz, *Berichte*, S. 170: Eintragung Mosers vom 2. 3. 1925. Vgl. auch: StA, PDM 6734: PND 496 (o. D.).

Saales ein geschickt inszenierter Coup ab. Im Saal befand sich die gesamte GVG-Spitze, darunter Streicher und Esser sowie der thüringische Gauleiter Dinter, Frick, Feder, Kriebel und Buttmann. Dagegen waren wesentliche Teile der völkischen Führerschaft wie Straßer, Röhm, Rosenberg, Ludendorff und auch der von Hitler persönlich geladene Drexler nicht erschienen. Allerdings stand Gregor Straßer, einer der Führer der norddeutschen Völkischen und seit 1924 Mitglied des Landtags und Reichstags, bereits im Vorfeld zu Hitler.²⁸ Dessen zweistündige Propagandarede²⁹ enthielt sich jeder Programmatik und verlor kein Wort über die Gründe für die Entscheidung zugunsten des parlamentarischen Engagements, sondern bereitete primär den Boden für die anschließende theatralisch-demonstrative Versöhnungsgeste. Frick, Feder, Buttmann, Esser, Streicher und Dinter kamen auf das Podium, reichten sich die Hände und schworen Hitler Treue und Gefolgschaft.³⁰

Nach dem Auflösungsbeschluss des Völkischen Blocks am 6. bzw. 8. März 1925 folgte jedoch nur ein Teil der Münchner Mitgliederbasis Straßers Appell, zur NSDAP überzutreten.³¹ Hier stand man der NSDAP-Gründung eher skeptisch gegenüber. Der Führer der Block-Sektion Süd, Theodor Eilken, trat sogar von seinem Amt zurück, weil er wie seine gesamte Sektion sowohl die Versöhnungsgeste als auch die Unterstellung unter Hitler und den Anschluß ablehnte mit der Begründung, Ludendorff werde hierbei übergangen.³² Auch von der 23köpfigen bayerischen Landtagsfraktion wechselten nur sechs Abgeordnete zur neuen NS-Fraktion, die Buttmann am 24. September 1925 formierte, während der Rest dem NSVB beitrug.³³ Weitaus geschlossener wechselte dagegen die GVG nach ihrer offiziellen Auflösung am 12. März 1925 zur NSDAP. Sämtliche GVG-Führer erklärten ihre Unterordnung unter Hitlers Befehl.³⁴ Die von Hitler³⁵ zwischen dem 3. und 9. März 1925 initiierte En-bloc-Umwandlung der Münchner GVG-Sektionen in NSDAP-Sektionen fand, von einer Gruppe Dissidenten der Sektion Innere Stadt abgesehen,³⁶ breite Zustimmung.³⁷ Der Übertritt der Mitgliederschaft zog

²⁸ Jablonsky, *Dissolution*, S. 154 f.

²⁹ HRS I, Dok. 6, S. 14–28. Die Rede liefert ein Musterbeispiel für Hitlers Fähigkeit, durch den Wechsel von Suggestion, emotionalen Appellen, extremem Selbstbewusstsein und verbaler Kälte eine Zuhörerschaft, die über eine gewisse ideologische Disposition verfügte, in seinen Bann zu ziehen.

³⁰ StA, Lagebericht 25 (2. 3. 1925), S. 15 f. VB 2 (7. 3. 1925), „Adolf Hitler wieder in der Öffentlichkeit“.

³¹ StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10 f. Motzet, NSDAP, S. 22. Pridham dagegen sieht den größten Teil des Münchner Blocks zur NSDAP übertreten: vgl. ders., *Hitler's Rise*, S. 44.

³² StA, PDM 6733: PND 498: Mitgliederversammlung der Sektion Süd des Völkischen Block am 4. 3. 1925.

³³ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 45.

³⁴ StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10 f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44 f.

³⁵ So der Vorsitzende der GVG-Sektion Süd Bauer vor seiner Sektion am 4. 3. 1925: StA, PDM 6733: PND 497 (o. D.). Hitler wollte ursprünglich keinen Beitritt geschlossener Organisationen, um jede mögliche Opposition auszuschließen: StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10 f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44 f. Jablonsky, *Dissolution*, S. 170.

³⁶ StA, PDM 6733: PND 497 (o. D.): Versammlung der Sektion Innere Stadt am 9. 3. 1925.

³⁷ StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchner Sektionen mit der HGS 1925. StA,

sich allerdings über mehrere Monate hin, auch wenn er den Polizeiberichten zufolge letztendlich nahezu vollständig geschah. Im Fall der Sektion Schwabing traten von ursprünglich 560 GVG-Mitgliedern anfangs nur ca. 100 der neuen NSDAP-Sektion bei; diese erreichte erst im Sommer 1925 den alten Stand. Ein ähnliches Bild bot sich in sämtlichen anderen Münchner Sektionen,³⁸ aber auch im übrigen Bayern, wo bereits Ende April zumindest die Organisationsgerüste von GVG und Völkischer Block vollständig übergewechselt waren. Dieser schnelle Wiederaufbau der NSDAP überraschte selbst die Münchner Polizei und den Reichskommissar für öffentliche Ordnung.³⁹

Die Basis der neugegründeten NSDAP in München und Bayern bildete vor allem die vormalige GVG-Binnenorganisation sowie deren Führungskader.⁴⁰ Die Übernahme vorhandener Strukturen erleichterte den Neuanfang. Die Sektionen behielten den Aufbau ihres Vorstandes, das Obmännersystem, ihre wöchentlichen Sprechabende sowie ihre Stammlokale bei. Zumeist bestätigten sofort nach dem Übertrittsbeschluß Vorstandswahlen die bisherigen Sektionsführer.⁴¹ Gleichzeitig war eine rege Reorganisation im Gange. Im April 1925 hatte die Sektion Schwabing bereits neue SA-Gruppierungen aufgebaut und erweiterte beständig ihre Binnenorganisation. Die Schwabinger knüpften im Herbst 1925 Verbindungen zur Pasinger NSDAP und beteiligten diese ab Dezember auch an ihrem Mitteilungsblatt.⁴² Die NSDAP München erhielt wieder den Status einer Ortsgruppe und bestand bereits im Sommer 1925 aus mindestens 10 Sektionen.⁴³ Die Reichsleitung der NSDAP übernahm deren Leitung inoffiziell unmittelbar nach der Wiedergründung und offiziell mit der Satzung vom Mai 1926.⁴⁴ Sie verzichtete jedoch auf ein übergeordnetes, eigens für die Münchner Sektionen eingesetztes Leitungsgremium oder einen speziell zuständigen Führer.⁴⁵ Im Frühjahr 1925 war die organisatorische Basis der Partei in Bayern wie auch in München mit ihren

PDM 6733: Polizeiberichte über die Münchner NSDAP-Versammlungen im Februar und März 1925. Die GVG-Neuhausen proklamierte ihren Übertritt sogar schon am Tag vor der Wiedergründungsversammlung: StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen an HGS, vom 5. 3. 1925.

³⁸ IfZ, MA 738: hs. Mitgliederstatistik der Sektion Schwabing für den Zeitraum Mai 1925 bis September 1929. Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, Schaubild 1 (Mitglieder der Münchner NSDAP, 1925–1929), S. 180. Vgl. auch IfZ, „Protokollheft“, S. 6, 15.

³⁹ HStA, MA 101247: Bericht RKO Nr. 111 (25. 4. 1925). StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 45.

⁴⁰ Vgl. Hambrecht, *Aufstieg*, S. 87 f.

⁴¹ StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchner Sektionen mit der HGS 1925.

⁴² IfZ, „Protokollheft“, S. 3, 10, 26, 65, 70: Sprechabende und Vorstandssitzungen April bis November 1925.

⁴³ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Neuhausen an HGS vom 15. 10. 1925.

⁴⁴ Zur NSDAP-Satzung vom 22. 5. 1926 (hier § 6): Kapitel III.1., Anm. 1. Vgl. auch die „Richtlinien für die Untergliederung der NSDAP“ vom 15. 9. 1928: z. T. in Tyrell, *Führerbefehl*, Dok. 93, S. 245 ff.

⁴⁵ In den Protokollen der Vorstandssitzungen der Sektion Schwabing (vgl. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“) wie auch in sämtlichen untersuchten Quellen fand sich kein entsprechender Hinweis.

niedrigen Mitgliederzahlen und Binnenstrukturen, die kaum über fünfköpfige Sektionsvorstände hinausreichten, genauso schwach wie noch Ende 1924.⁴⁶

Die für den Wiederaufbau wesentlichen, am 26. Februar 1925 erlassenen Richtlinien,⁴⁷ die sich primär an die Partei im gesamten Reich wandten, jedoch die Münchner Organisation, abgesehen von den Passagen zur SA, kaum betrafen, spiegelten deutlich Hitlers Anpassung an die neuen Verhältnisse. Doch damit verband sich kein radikaler Wandel der Parteistrukturen und Ziele, da die Richtlinien das alte Parteiprogramm wieder in Kraft setzten und proklamierten: Der Kampf werde „nach den gleichen taktischen Richtlinien geführt“ wie vor dem 9. November 1923. Für die Reorganisation der NSDAP waren die alten Parteistatuten von 1921 maßgebend⁴⁸ und für die SA die bis zum Februar 1923 gültigen „Grundlagen“.⁴⁹ Um von vornherein den Einfluß der Reichsleitung über die Gesamtorganisation zu sichern, wurde ein bedingungsloser „Neubeitritt“ zur Partei verlangt, der nur über die Parteileitung erfolgen konnte.⁵⁰ Dies sorgte allerdings für erhebliche Verstimmung, da nun frühere Parteianhänger mit ursprünglich niedriger Mitgliedsnummer um ihr damit verbundenes Prestige fürchteten. Vor allem in Südbayern, wo viele alte Parteimitglieder lebten, erhoben sich Proteste. Personal-mangel verzögerte die allgemeine Ausgabe der Ausweise zusätzlich. Die Münchner Mitglieder dürften nicht nur die niedrigsten Nummern erhalten, sondern auch die Ausweise am schnellsten in Händen gehabt haben. Darüber ärgerte sich etwa der Gauleiter von Schwaben, Karl Wahl, noch in seinen Erinnerungen 1954.⁵¹

Als Ersatzorganisation für die verbotene SA fungierte 1924 im Reich vor allem der Frontbann.⁵² Anfang 1925 hatte dessen Führer, Ernst Röhm, 1924 Leiter der Reichskriegsflagge und der SA, entgegen Ludendorffs Wunsch nach einer „mittleren Linie“, seinen noch im Herbst 1924 rund 30000 Mann starken Verband auf Hitler eingeschworen. Obwohl der bayerische Frontbann vom Staat bekämpft wurde und ein Teil seiner Führerschaft sich in Haft befand, bot sich hier die Basis für eine neue paramilitärische Organisation der NSDAP. Hitler wollte jedoch ein Propagandainstrument, wie es die frühere SA vor ihrer Umwandlung in einen Wehrverband gewesen war. Die Verzögerung seiner Haftentlassung durch die Aktivitäten des Frontbanns machte Hitler das Risiko paramilitärischer Ambitionen für die staatliche Tolerierung der NSDAP wie auch der SA einmal mehr bewußt. Daher nahm er dem Verband seinen bis 1923 prägenden Charakter als eigenständiger Wehrverband und teilte ihm ausschließlich propagandistische Funktionen zu. Daraufhin trat Röhm, der zunächst die Reorganisation der SA übernommen

⁴⁶ StA, Lageberichte 1925. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 43.

⁴⁷ Kapitel III.1., Anm. 1.

⁴⁸ Satzung vom 29. 7. 1921; abgedruckt bei Tyrell, *Führer befehl*, Dok. 9, S. 31–36.

⁴⁹ D. h. vor dem Ausbau zum Wehrverband und vor dem Beitritt zur „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände“, Anfang Februar 1923: Longerich, *Braune Bataillone*, S. 33 ff.

⁵⁰ Hitler bekräftigte dieses Grundprinzip Ende Juni 1925 im VB: HRS I, Dok. 52, S. 103.

⁵¹ Orlow, *Nazi Party*, S. 79. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 50 f.

⁵² Im Folgenden Gordon, *Hitlerputsch*, S. 508 f. Jablonsky, *Dissolution*, S. 90 ff. und 132 ff. Longerich, *Braune Bataillone*, S. 48 f.

hatte und auf einer parteiunabhängigen Wehrorganisation beharrte, von seinem Amt zurück.⁵³ Hitler übernahm die Leitung der SA selbst und verankerte die neuen Gestaltungsvorgaben in den SA-Richtlinien vom 25. Mai 1925. In der Folge löste sich der Frontbann auf und seine Münchner Mitglieder schlossen sich anderen Organisationen an, beispielsweise dem Wehrwolf oder dem Tannenbergbund.

Die Parteileitung bestand im März 1925 aus dem Vorsitzenden Hitler, dem Reichsschatzmeister, dem Reichsgeschäftsführer und der Propagandaabteilung des „Völkischen Beobachters“, die vorerst die Parteipropaganda koordinierte. Dazu kamen im August 1925 der Schriftführer und im Dezember des Jahres der Vorsitzende des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchLA).⁵⁴ Mit diesem Ausschuss reaktivierte die Partei den bereits im Juli 1921 eingeführten „Untersuchungsausschuß“⁵⁵ und orientierte sich zugleich an dem Ehrengericht der „Reichsführerschaft“ des NSFB, das noch zum Jahresende 1924 in München die Auseinandersetzungen um Esser und Streicher geschlichtet hatte.⁵⁶ Erst im April 1926 entstand eine offizielle Reichspropagandaleitung (RPL) sowie im Juli des Jahres die Reichsorganisationsleitung (ROL).⁵⁷ Für die Besetzung der Posten in der Parteileitung bestimmte Hitler vorwiegend die ehemaligen bayerischen GVG-Führer.⁵⁸ Franz Xaver Schwarz, 1924 Kassier der GVG und der GVG-Sektion Schwabing, übernahm im März 1925 als Reichsschatzmeister die Parteifinanzien.⁵⁹ Den wichtigen Posten des Geschäftsführers erhielt Philipp Bouhler, 1922/23 in der NSDAP zweiter und 1924 in der GVG erster Geschäftsführer.⁶⁰ Bruno Heinemann, seit November 1924 Vorsitzender des Ehrengerichtes der Reichsführerschaft der NSFB, zugleich Obmann der GVG-, dann der NSDAP-Sektion Schwabing, übernahm ab Dezember 1925 den Vorsitz des USchLA und war von 1926 bis Dezember 1927 zugleich Reichsorganisationsleiter.⁶¹ Hermann Schnei-

⁵³ Im Folgenden: Werner, SA, S. 309 ff., 321 ff. Longerich, Braune Bataillone, S. 48–52. Noakes, Conflict, S. 14. Röhm, Hochverräter, S. 67. Nachdem Hitler Röhm's Rücktrittsgesuch vom 16. 4. 1925 ignorierte, gab dieser seinen Rücktritt kurzerhand im Völkischen Beobachter bekannt: VB 29 (1. 5. 1925), AdB, „Erklärung“.

⁵⁴ Tyrell, Führer befehl, S. 355 ff. Orlow, Nazi Party, S. 80 ff. Paul, Aufstand der Bilder, S. 61.

⁵⁵ Orlow, Nazi Party, S. 79 f. Zum USchLA 1925–1928 allgemein: McKale, Party Courts (1974), S. 1–30.

⁵⁶ Vgl. BA, OPG-Akte Esser Hermann: Unterlagen des „Ehrenhofes“ vom Oktober/November 1924.

⁵⁷ Tyrell, Führer befehl, S. 356. Paul, Aufstand der Bilder, S. 63.

⁵⁸ Pridham erwähnt nur Bouhler, Amann und Schwarz: Ders., Hitler's Rise, S. 48. Die GVG-Dominanz verstärkte wohl die Ablehnung der norddeutschen NSDAP-Führer gegen Esser und Streicher (Kapitel III.4., Anm. 74–76).

⁵⁹ Tyrell, Führer befehl, S. 74 und 355. IfZ, „Protokollheft“, S. 92.

⁶⁰ Schmuhl, Bouhler, S. 41. StA, PDM 6705: Vermerk PDM/VIa vom 29. 5. 1923. Weiß, Lexikon zum Dritten Reich, S. 52.

⁶¹ Tyrell, Führer befehl, S. 356. Heinemann war Obmann der Sektion Schwabing für den 26. Stadtbezirk: HStA, Slg. Varia 1328: Adressenverzeichnis Sektion Schwabing vom 15. 2. 1926. Heinemann trat nach Wolterecks Rücktritt im Mai 1926 als Obmann zurück: IfZ, „Protokollbuch“, S. 72. Gordon, Hitlerputsch, S. 82, Anm. 111. HRS, Bd. I, S. 429, Anm. 12 (Dok. 143). Ebenda., S. 595, Dok. 215: Entlassung Heinemanns am 2. 1. 1928.

der, 1924 Schriftführer der GVG, war von 1925–1927 Schriftführer der NSDAP und zugleich der Sektion Schwabing.⁶² Zu dieser Gruppe ehemaliger GVG-Führer kamen Rudolf Heß und Otto May hinzu. Heß, 1923 Führer eines Münchner SA-Bataillons, war seit seiner Landsberger Haft Privatsekretär Hitlers und damit ein wichtiges innerparteiliches „Sprachrohr“ des Parteiführers.⁶³ May, bereits 1923 Leiter der Propagandaabteilung des „Völkischen Beobachters“, 1924 als Parteipropagandist in Thüringen aktiv, übernahm im März 1925 erneut seinen alten Posten bei der Parteizeitung und arbeitete nun bis August des Jahres als inoffizieller Propagandakoordinator der NSDAP.⁶⁴ Wenn auch Max Amann nicht offiziell Mitglied der Reichsleitung war, so ist er doch aufgrund seines großen Einflusses zur engeren Parteiführung zu rechnen. Amann, 1921–1923 Parteigeschäftsführer, ab 1924 Stadtrat in München, leitete seit 1921 und erneut ab April 1925 als Geschäftsführer den Parteiverlag.⁶⁵ Hermann Esser, Gründungsmitglied der NSDAP, 1920 Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, 1921/1922 Propagandaleiter der Partei und 1924 zweiter Vorsitzender der GVG,⁶⁶ erhielt vorerst kein Amt – nach eigenen Angaben wollte er sich zunächst noch aus der Partei fernhalten, um die Versöhnung der alten Fronten nicht zu gefährden.⁶⁷ Esser wurde erst im August 1925 als Nachfolger Mays für wenige Monate Leiter der Propagandaabteilung des „Völkischen Beobachters“.⁶⁸ Auch Streicher erhielt kein Amt in der Reichsleitung, da ihn Hitler, so die parteioffizielle Begründung, als Führer des fränkischen Gaues dringender benötigte.⁶⁹ Streichers Unterstützung war Hitler höchst nützlich, da er die starke Nürnberger Parteiorganisation repräsentierte und über Einfluß in Nordbayern verfügte.⁷⁰

Dienten zunächst ab Februar 1925 die Räume des Parteiverlags Franz Eher Nachf. in der Thierschstraße 15 als Provisorium, so besaß die Partei dank Hitlers

⁶² Tyrell, Führer befehl, S. 82 und 355; allerdings bei Tyrell (S. 82) falscher Vorname Friedrich (statt Hermann) Schneider. IfZ, „Protokollbuch“, u. a. S. 68.

⁶³ Weiß, Lexikon zum Dritten Reich, S. 199. Orlow, Heß, S. 86 ff. StA, PDM 6705: Wilhelm Brückner in der Vernehmung durch die PDM/VIa am 19. 5. 1923 und 18. 6. 1923 zu den Vorfällen am 1. Mai 1923.

⁶⁴ May, Canaille, S. 5. Paul, Aufstand der Bilder, S. 61 f. May war zugleich von März bis August 1925 Neuhausener Sektionsführer: StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen an HGS, 1. 4. 1925. Ebenda: May an HGS, 21. 8. 1925.

⁶⁵ Tyrell, S. 357. StdA München, Ratsherrenkartei Amann Max. Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 287, S. 480: NSDAP-Rschr. 4 vom 10. 9. 1921. Maser, Frühgeschichte, S. 307.

⁶⁶ Paul, Aufstand der Bilder, S. 59–62. Hoser, Tagespresse, S. 1091. Tyrell, Führer befehl, S. 74. Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 483, S. 824 und Anm. 6: NSDAP-Generalmgliederversammlung am 29. 1. 1923.

⁶⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 18: Esser in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 14. 5. 1925. Zu den Auseinandersetzungen zwischen GVG und VBI 1924 und Essers Verhalten: Jablonsky, Dissolution, u. a. S. 84–89, S. 140–145. Pridham, Hitlers Rise, S. 22–32. Tyrell, Führer befehl, Dok. 31 und 34. Nachrichtenblätter 9 (18. 6. 1924), S. 9 und 11 (17. 7. 1924), S. 7 sowie 14 (2. 9. 1924), S. 9. BA, Berlin (ehem. BDC): OPG-Akte Esser Hermann: Aufzeichnung Heinemanns über die Schlußsitzung des „Ehrenhofes“ der NSFB am 24. 11. 1924 „in Sachen Esser und Streicher“. Lageberichte 7 (16. 5. 1924), S. 10–11 und 20 (2. 12. 1924), S. 10 ff.

⁶⁸ Paul, Aufstand der Bilder, S. 59–62. Pridham, Hitler's Rise, S. 49.

⁶⁹ Pridham, Hitler's Rise, S. 49.

⁷⁰ Ebenda, S. 45.

späteren Leibfotografen, Heinrich Hoffmann, ab 24. Juni 1925 wieder eine feste Geschäftsstelle. Hoffmann stellte seine Räume in der Schellingstraße 50 zur Verfügung und verlegte das Fotoatelier ins Hinterhaus. Bald darauf mietete die Partei weitere fünf Räume im Rückgebäude der Schellingstraße 50. Ab Sommer 1926 kam das rechte Untergeschoß des Rückgebäudes hinzu, in das die Schaltherhalle, die Zentral-Kartothek, die Buchhaltung und der Reichsschatzmeister einzogen. Im Herbst des Jahres übernahm die Partei auch den linken Trakt und im folgenden Jahr 1927 das Obergeschoß. Hier arbeitete nun das Büro der OSAF. 1928 überließ Hoffmann schließlich auch seine Atelierräume im ersten Stock der Partei.⁷¹

⁷¹ Bouhler, Lesebuch, S. 79f. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Parteigenossen!“. HRS I, Dok. 52, S. 103: Aufruf Hitlers im VB am 25. 6. 1925.

2. Die Organisation

Grundstrukturen der Ortsgruppe

Der erste Entwicklungsabschnitt der NSDAP im Reich wie auch in München zwischen 1925 und 1933 reicht von der Gründungsphase 1925/1926 über die Organisationsreform Straßers 1928 bis zur entscheidenden Zäsur, den kommunalpolitischen Erfolgen 1929, die den Aufstieg der Partei charakterisieren. Die Jahre 1929 bis 1933 gelten als die zweite Entwicklungsphase der NSDAP, in der die Entwicklung zur stärksten Partei im Reichstag und schließlich die „Machtübernahme“ gelang. Das Jahr 1929 war jedoch für die Münchner Ortsgruppe nicht allein wegen der Wahlerfolge, sondern in weit größerem Maße wegen der Reform des eigenen Parteiapparates im Herbst entscheidend. Daher erscheint der Zeitraum von 1925 bis zu diesem Zeitpunkt als eine weitgehend zusammenhängende Entwicklungsphase, die auch von Straßers Reform nicht beeinflusst wurde.

Tab. 6: Die Münchner Sektionen und ihr Gebiet 1926

Sektion	zugeteilte Stadtbezirke
Au-Giesing	Au, Ramersdorf, Giesing und Harlaching (Stadtbezirke 16, 17, 18)
Haidhausen	Haidhausen, Bogenhausen (Stadtbezirke 14, 15, 29)
Innere Stadt	Max-Joseph-Platz, Angerviertel, Sendlinger Straße, Promenadenplatz, Max II-Denkmal, Gärtnerplatz (Stadtbezirke 1–4, 12, 13)
Laim	Laim
Sendling	Sendling
Thalkirchen	Thalkirchen
Neuhausen-Nymphenburg	Neuhausen, Nymphenburg, Marsfeld, Moosach (Stadtbezirke 8, 21)
Süd	Schlachthausviertel, Wittelsbacherstraße (Stadtbezirke 10, 11)
Schwabing	Ludwigstraße, Königsplatz, Nordfriedhof, Schwabing-Ost, -West und -Nord und Milbertshofen (Stadtbezirke 5, 6, 7, 22, 26, 27)
Westend	Westend, Gebiet um die Theresienwiese (Stadtbezirke 9, 20)
Gern	23. und 28 Stadtbezirk

Die NSDAP-Ortsgruppe München bestand während der zwanziger Jahre aus verschiedenen Sektionen, die jeweils bestimmte Stadtbezirke betreuten. Bis zum Hitlerputsch 1923 und erneut im Gefolge der Organisationsreform Ende 1929 wurde der Bezirk München-Land dem Gebiet der Münchner Ortsgruppe zugeteilt. Dagegen endete das Gebiet von 1925 bis 1929 an den Stadtgrenzen.¹ Mitte März 1925 wurde dieses Gebiet an die Sektionen verteilt (Tabelle 6)², von denen im Oktober

¹ BA, Berlin, NS 22/1050: ROL an Gauleiter Reinhardt vom 21. 10. 1929. Straßer spricht davon, daß das Bezirksamt München-Land „ursprünglich“ zur Münchner NSDAP gehört habe. In den Sektionsführer-Sitzungen 1925–28 erschienen jedoch stets nur die Münchner Sektionsführer: Vgl. Kapitel III.2., Anm. 70. Überdies läßt sich die Zugehörigkeit des Bezirksamtes vor 1929 in den Quellen nicht nachweisen. Mit „ursprünglich“ mußte Straßer also die Zeit vor dem „Hitlerputsch“ 1923 gemeint haben.

² Vgl. im Folgenden: StA, NSDAP 496: „Sektionseinteilung“ der Ortsgruppe München vom 20. 3. 1925.

des Jahres zehn aktiv waren.³ Im April 1926 kam die Sektion Gern hinzu, die auch die Propaganda für Moosach zu organisieren hatte.⁴ Im Herbst 1927 reduzierte sich durch die Angliederung der Sektionen Sendling und Thalkirchen an die Sektion Süd und der Sektion Neuhausen an Gern-Nymphenburg⁵ die Zahl von elf Sektionen⁶ auf acht. Die Fusionen waren durch den Rückgang der Mitglieder- und Besucherzahlen notwendig geworden, stießen jedoch in Gern-Nymphenburg und Neuhausen auch auf Ablehnung.⁷ Im Januar 1930 existierten schließlich nur noch sieben Sektionen (ab November 1929 „Ortsgruppen“).⁸ Nebenbei gründete die Reichsleitung am 28. September 1927 eine ihr unterstellte „Sektion Reichsleitung“, die die in München ansässigen Mitglieder der Reichsleitung, Landtags- und Reichstagsabgeordneten der NSDAP sowie alle Gauleiter und Gau-SA-Führer zusammenfaßte und jeweils aus den Münchner Sektionen herausnahm,⁹ um deren Unterstellung unter lokale Parteifunktionäre zu vermeiden.

Im Gebiet München-Land entwickelten sich die Parteistrukturen wesentlich langsamer. Im Oktober 1925 war die Ortsgruppe Neubiberg durch Abspaltung von der Ortsgruppe Perlach entstanden. Doch fusionierten die beiden Ortsgruppen Ende 1927 erneut, vermutlich aus Mitgliedermangel.¹⁰ Ebenfalls 1925 entstand die Ortsgruppe Ismaning-Freimann-Unterföhring.¹¹ Die schon 1923 aktive Gruppe von Nationalsozialisten in Obermenzing startete nach 1925 erneut ihr politisches Engagement. Die etwa zwei Dutzend Parteimitglieder hatten bereits im Herbst 1925 die Ortsgruppengründung beantragt, erhielten jedoch erst im März 1926 die Genehmigung.¹² Nachdem bislang die Sektion Schwabing das Freimanner Gebiet mitbetreut hatte, gründeten zwölf Nationalsozialisten im Mai 1926 im Gasthof Aumeister die Ortsgruppe Freimann. Dem ersten SA-Sturmführer Georg Sergel, der in den kommenden Jahren die SA im Norden Münchens von

³ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Neuhausen an HGS vom 15. 10. 1925.

⁴ IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg [1919–1933]. Den Bericht hatte die Ehefrau des langjährigen Neuhausener SA-Führers, Rudolf Strauß, 1936 für das NSDAP-Hauptarchiv verfaßt. StA, NSDAP 496: Walter an HGS vom 5. 2. 1925. Ebenda, Gerner NSDAP an HGS vom 3. 4. 1926.

⁵ Vgl. HRS II/2, Dok. 176, S. 511 f.: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927.

⁶ IfZ, MA 738: „Verzeichnis der Sektionen, Sektionsführer, Sektionslokale usw.“ der Ortsgruppe München; hier wird Karl Fiehler als Schwabinger Sektionsführer genannt, daher ist das „Verzeichnis“ nach seiner Ernennung am 22. 7. 1926 entstanden; zur Wahl Fiehlers: StA, PDM 6733: PND 546 (4. 8. 1926) über die Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 22. 6. 1926.

⁷ StA, NSDAP 496: Ein Sektionsmitglied an Bouhler vom 28. 7. 1928, mit der Bitte, die Fusion wieder zu lösen, da diese heftigen Streit in der Sektionsführung erzeuge.

⁸ Vgl. den Hinweis auf der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Mitte (ehemals Sektion Innere Stadt) am 13. 1. 1930: StA, PDM 6733: PND 686 (5. 2. 1930).

⁹ HRS II/2, Dok. 175, S. 511: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927. Z. B. schieden aus der Sektion Schwabing Heinemann, von Pfeffer, Schneider, Schwarz aus: IfZ, MA 738: RSM an Sektion Schwabing vom 30. 9. 1927.

¹⁰ IfZ, MA 1216: Neubiberger Ortsgruppenführer Weinbeer an HGS vom 17. 10. 1925. IfZ, MA 738: Weinbeer an RL/USchlA vom 5. 1. 1928.

¹¹ BStB, Mitteilungsblatt Kreis München-Nord der NSDAP Nr. 14 (1. 12. 1933), „Ehrenecke“.

¹² HStA, Slg. Varia 1328: „Chronik der NSDAP-Ortsgruppe Obermenzing“, München 1937.

der Stadtgrenze bis Freising aufbaute, wurde aus diesem Anlaß im Juli 1933 ein 30 Meter hoher Fahnenmast als Denkmal gewidmet.¹³ Bereits im Sommer 1925 war auch in Solln eine eigene Ortsgruppe aktiv.¹⁴ Im Herbst 1927 entstand der NSDAP-Stützpunkt Ottobrunn.¹⁵ Die Pasinger NSDAP hatte ihre Ursprünge bereits 1921, umfaßte damals jedoch nur fünf Mitglieder. Nach der Auflösung, im November 1923, etablierte sich im folgenden Jahr eine Ortsgruppe der NSFB, aus der schließlich im März 1925 die Pasinger NSDAP-Ortsgruppe entstand, die bald zunehmend größere Mitgliederzahlen gewann.¹⁶

Die Münchner Ortsgruppe war der in München ansässigen Reichsleitung der Partei bis 1929 direkt unterstellt,¹⁷ wurde von ihr aber eher „nebenher“ verwaltet. Die Reichsleitung leitete zugleich von 1925 bis Herbst 1928, abgesehen von Niederbayern und der Rheinpfalz, die mit Straßer und Bürckel eigene Gauleiter hatten, die Parteioorganisation in ganz Bayern. Die organisatorische und propagandistische Leitung der drei fränkischen Bezirke lag in Streichers Händen, Oberbayern und Schwaben waren dagegen ab September 1926 genau ein Jahr lang Esser unterstellt,¹⁸ dann übernahm die Reichsleitung dessen Aufgabenbereich wieder selbst.¹⁹ Selbst als Bayern im Februar 1928 für den Wahlkampf in Arbeitsbezirke unterteilt und die vorherige Aufteilung in Gaue aufgehoben wurde, unterstand das Land nach wie vor direkt der Parteiführung. Diese Gliederung galt bis September des Jahres.²⁰ Im April 1928 gab es in ganz Bayern 165 NSDAP-Ortsgruppen. Oberbayern stand mit 29 Ortsgruppen, München eingeschlossen, an zweiter Stelle nach Oberfranken mit 56, gefolgt von Mittelfranken mit 25. Die Schlußlichter bildeten Schwaben und die Oberpfalz mit je zehn sowie die Pfalz mit sechs Ortsgruppen.²¹ Im Rahmen der auf der Führertagung vom 31. August bis 2. September 1928²² beschlossenen Organisationsreform wurde München zum „Untergau München“. Im Gegensatz zu den ebenfalls neuengerichteten sieben anderen bayerischen Untergauen, die als Teil des Gaus Bayern alle Hitler unterstanden, erhielt die Stadt jedoch keinen eigenen Gauleiter.²³ Neben der

¹³ Front 33 (13. 8. 1932), „Aus der NS-Bewegung“. Maurer, Freimann, S. 58. IfZ, „Protokollheft“, u. a. S. 25.

¹⁴ BA, Berlin, NS 51, 5b: Korrespondenz Sollner Ortsgruppenführer Schmeidl mit HGS im Juli/August 1925.

¹⁵ IfZ, MA 1216: Stützpunktleiter Reisewitz an Neubiberger Ortsgruppenführer Weinbeer vom 14. 10. 1927.

¹⁶ Heusler, Pasing, S. 135 ff.

¹⁷ Vgl. die „Richtlinien“ vom 26. 2. 1925, die NSDAP-Satzungen vom 21. 8. 1925 und vom 22. 5. 1926: Kapitel III.1., Anm. 1. Vgl. ferner HStA, Slg. Varia 1439: „Richtlinien für die Untergliederung der NSDAP“ vom 15. 9. 1928.

¹⁸ NS-Jahrbuch 1927, S. 86. Zur Gliederung Bayerns in NSDAP-Gaue vgl. auch: Ziegler, Gauleiter, S. 437 ff. Zu Esser: HRS II/1, Dok. 29, S. 64: Anordnung Hitlers vom 16. 9. 1926. StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15.

¹⁹ HRS II/1, Dok. 132, S. 323: Anordnung Hitlers vom 28. 5. 1927.

²⁰ StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 18. VB 206 (3. 9. 1928), „Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung“. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 95.

²¹ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 16.

²² Zu den Tagungsbeschlüssen: Kissenkoetter, Straßer, S. 36–40. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 92–95.

²³ HRS III/1, Dok. 16, S. 61: Neueinteilung der Gaue vom 3. 9. 1928. Vgl. VB 206 (5. 9.

Reichsleitung waren in München die zentralen Leitungsgremien verschiedener Parteiorganisationen, so der Hitlerjugend (HJ) und der SA, sowie das offizielle Parteiorgan, „Der Völkische Beobachter“, ansässig.

Nach der Wiedergründung 1925 waren die Münchner Sektionsvorstände für ihr Vereinsleben, den Aufbau und Erhalt ihrer Binnenorganisation und die Ausführung der Propagandaanweisungen der Partei zuständig.²⁴ Die Reichsleitung dagegen koordinierte im Stadtgebiet die Propaganda, lenkte in begrenztem Maße den Organisationsausbau und ernannte für bestimmte Aufgaben eigene Beauftragte.²⁵ Die Hauptgeschäftsstelle und der RSM erfaßten den Wohnungswechsel bzw. den Ein- und Austritt der Mitglieder und überwachten bzw. lenkten die Sektionsfinanzen.²⁶ Die Karteiabteilung der Reichsleitung korrespondierte zu diesem Zweck nahezu täglich mit den Sektionen.²⁷ Bis zum Frühjahr 1926 war Bouhlers Hauptgeschäftsstelle grundsätzlich die erste Anlaufstelle der Münchner NSDAP in allen Belangen.²⁸ Anschließend übernahm die „Reichspropagandaleitung“ (RPL) diese Aufgabe. Diese koordinierte und initiierte von 1925 bis zur Gründung des Gaues München, Ende 1929, immer wieder auch die Propagandaaktivitäten der Sektionen. Die NSDAP-Propagandaleitung für das Reich entwickelte sich nach der Wiedergründung 1925 stufenweise.²⁹ Obwohl sowohl die Partei-satzung von 1921,³⁰ die in den ersten Monaten 1925 Gültigkeit hatte,³¹ als auch die Satzung vom 21. August 1925 und die endgültige Partei-satzung vom 22. Mai 1926 einen eigenen „Propagandaausschuß“ vorsah,³² übernahm bis zum Sommer 1926 die Propaganda-Abteilung des „Völkischen Beobachters“ alle entsprechen-

1928), „Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung [1.–2. 9. 1928 in München]“. Vgl. zur Unterstellung des Gaues München unter die RL die „Richtlinien für die Untergliederungen der NSDAP“ vom 15. 9. 1928 (Kapitel III.2., Anm. 17).

²⁴ Vgl. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“ sowie StA, PDM 496: Korrespondenz HGS mit Sektionen 1925–1929.

²⁵ So leitete etwa der Schwabinger Sektionsführer Woltereck 1926 die Sammlung für den Ausbau der Geschäftsstelle und die Unterschriftenaktion gegen das Rede- und Versammlungsverbot Hitlers: IfZ, „Protokollbuch“, u. a. S. 36 und 44: Vorstandssitzung Sektion Schwabing am 30. 4. 1926 und Woltereck in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 15. 4. 1926. Christian Weber leitete die zentrale Partei-Weihnachtsfeier 1928 und die entsprechenden Vorbereitungen: HRS III/1, Dok. 38, S. 174: Anordnung Hitlers vom 23. 10. 1928.

²⁶ IfZ, MA 738: „Richtlinien für die Sektionen der Ortsgruppe München der NSDAP“, 16. 3. 1925.

²⁷ Vgl. z. B. die hunderte von Schreiben zwischen Juni 1925 und Oktober 1929, darunter vor allem die Korrespondenz der Vertrauensleute, Obmänner u. a. mit den Sektionsleitungen Ende 1925 bis Ende 1929: IfZ, MA 738. Eine ähnliche Praxis betrieb offensichtlich auch schon die GVG: vgl. ebenda, GVG an Sektion Schwabing vom 17. 4. 1925 über eine Änderung im Mitgliederstand der Sektion.

²⁸ BA, Berlin, NS 51 5a: Korrespondenz Bouhlers u. a. mit Esser (April 1925) und den Sektionen 1925–1928.

²⁹ Gerhard Pauls Chronologie der Entwicklung 1925–1927 überzeugt nicht. Paul übersieht die Gültigkeit der Satzungen von 1921 und vom August 1925 und datiert verschiedene Ergebnisse unrichtig, darunter die Amtszeit Mays und Essers oder auch die Verabschiedung der endgültigen Partei-satzung: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 61 ff.

³⁰ Satzung vom 29. 7. 1921; abgedruckt bei Tyrell, *Führer befehl*, Dok. 9, S. 31–36.

³¹ Richtlinien vom 26. 2. 1925: Kapitel III.1., Anm. 1.

³² Vgl. hier jeweils § 7, Absatz a): Kapitel III.1., Anm. 1.

den Aktivitäten. Diese Regelung entstand aus der Zwangslage während des Reichspräsidentenwahlkampfes, als die Abteilung das einzige funktionierende zentrale Propagandagremium der Partei war.³³ Erst die „Richtlinien für die Gau- und Ortsgruppen der NSDAP“ sprachen von der Bildung einer Abteilung für „Propaganda und Presse“ bei der Reichsleitung.³⁴ Die Beschlüsse des Weimarer Reichsparteitags (3./4. Juli 1926) beließen jedoch die Kompetenzen in Pressefragen beim „Völkischen Beobachter“. Vom März bis 30. August 1925 und vom 1. Februar bis zum 6. Mai 1926 steuerte Otto May, Führer der Sektion Neuhäusen, als entsprechender Abteilungsleiter des „Beobachters“ die Parteipropaganda im Reich und in München.³⁵ Von September 1925 bis Januar 1926 wurde Hermann Esser mit dieser Aufgabe betraut, mußte jedoch unter dem Druck einflußreicher norddeutscher Parteiführer weichen.³⁶ Nach Mays endgültigem Ausscheiden blieb die RPL zweieinhalb Monate lang, von Mai bis Juli 1926, formell führungslos. Dann erhielt Gregor Straßer die Leitung der neugegründeten RPL (offiziell erst am 16. September 1926³⁷), sein engster Mitarbeiter und Vertreter wurde Heinrich Himmler.³⁸ Anfang Januar 1928 übernahm offiziell Hitler selbst die Leitung der Parteipropaganda und kündigte an, die Flugblätter, Flugschriften und Redner für den bevorstehenden Wahlkampf „persönlich“ zu organisieren. Schließlich wurde am 27. April 1930 die Reichspropagandaleitung I an den Berliner Gauleiter Joseph Goebbels übertragen. Alle wesentlichen Arbeiten wie auch (bis 1929) der Kontakt zur Münchner Ortsgruppe blieben jedoch noch bis Oktober 1930 in der Hand des stellvertretenden RPL Himmler.³⁹

Auf die im März 1926 von May, nach dem Vorbild der entsprechenden KPD-Einrichtungen, bei jeder NSDAP-Ortsgruppe reichsweit eingeführten Propagandazellen zur Vereinheitlichung und besseren Steuerung der Parteipropaganda verzichtete man in München⁴⁰ – vermutlich da hier die Reichsleitung direkt agierte. Auch von der Einflußnahme auf die Organisation der Sprechabende sah May 1925 ab. Gerade das Rednerwesen war 1925 kaum geregelt und lag bis zur Übernahme dieser Aufgabe durch die Propagandaabteilung nach Himmlers Amtsantritt⁴¹ in

³³ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 61 f. und 278. May, *Canaille*, S. 9 ff.

³⁴ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 61–63.

³⁵ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 61 f. und 278. May, *Canaille*, S. 9 ff. StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15. StA, NSDAP 496: Korrespondenz RL mit May. StA, Lagebericht 31 (22. 9. 1926), S. 15.

³⁶ Tyrell, *Führer befehl*, S. 355. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 61 f.

³⁷ HRS II/1, Dok. 29, S. 64: Anordnung Hitlers vom 16. 9. 1926.

³⁸ Kissenkoetter, *Straßer*, S. 31.

³⁹ HRS II/2, S. 560, Anm. 3. Ebenda, Dok. 211 und 212, S. 593: Anordnung Hitlers vom 2. 1. 1928. Vgl. Auch Kissenkoetter, *Straßer*, S. 55 f. und 60. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 70 f.

⁴⁰ Bei den Ortsgruppen sollten diese Zellen als „Propagandaausschuß“ bis spätestens 25. März 1926 eingesetzt werden. Eine Propagandazelle hatte unter dem Vorsitz eines Obmannes zu einem Drittel aus weiblichen und zu zwei Dritteln aus männlichen Parteimitgliedern zu bestehen. May wollte diese Zellen, von denen Ende April reichsweit bereits ca. 400 existierten, zentral lenken: Rdschr. Bouhlers an alle Ortsgruppenführer vom 20. 3. 1926 mit Anlage (Organisationsplan für die Propagandazellen): StA, Lagebericht 46 (15. 4. 1926), S. 6. Ebenda 47 (28. 4. 1926), S. 11. Pridham nimmt fälschlicherweise Bouhler als Initiator der Zellen an: Ders. *Hitler's Rise*, S. 52 f.

⁴¹ Vgl. BA, Berlin, Pk Dauser, Hans: Bezirksleitung Hermann Esser an Propagandaabteilung

Händen der Sektionsführer.⁴² Die Reichsleitung verlangte allenfalls eine ausdrückliche Genehmigung, wenn Nicht-Parteimitglieder sprechen wollten.⁴³ 1925 bis 1927 forderten die Sektionen in der Regel ihre Versammlungsredner über Bouhler an, der gelegentlich auch Alternativen vorschlug, wenn ein gewünschter Redner nicht verfügbar war.⁴⁴ In München betrieb das ehemalige GVG-Vorstandsmitglied Friedrich Plümer von 1924 bis zu seinem Bruch mit der NSDAP im Herbst 1925 eine Rednerschule, die einzelnen Sektionen als Ausbildungsstätte diente.⁴⁵ Trotz des akuten Rednermangels⁴⁶ lehnte Hitler zu diesem Zeitpunkt eine NS-Rednerschule für München generell als „Unsinn“ ab.⁴⁷ Erst Jahre später stand der Münchner Ortsgruppe wieder eine solche Einrichtung zur Verfügung, als der Gauleiter von Oberbayern-Schwaben, Fritz Reinhardt, ab Oktober 1928 regelmäßige Fernschulkurse für Parteiredner aus dem ganzen Reich anbot, die sich ab Mai 1929 als offizielle Rednerschule der NSDAP etablierten. Dieser Aufgabenbereich wurde schließlich im April 1930 als Abteilung II unter Reinhardts Leitung in die RPL übernommen.⁴⁸

Die Zentralsprechabende und die großen öffentlichen Veranstaltungen in der Stadt wurden seit 1925 von der RPL organisiert. Nach seinem Antritt als stellvertretender Reichspropagandaleiter, Mitte September 1926,⁴⁹ koordinierte Himmler auch die Sektionsprechabende⁵⁰ und vereinbarte auf schriftlichem Weg oder in den Sektionsführerbesprechungen Termine, Redner, vereinzelt auch Referatsthemen oder Gasthäuser jeweils für eine Woche, später für einen Monat.⁵¹ Für die Reichstagswahl 1928 verteilte Himmler die Sektionen auf die Stimmkreise, um die Propaganda zu intensivieren.⁵² Ab Januar 1928 und während des Wahlkampfes übernahm die RPL die Rednereinteilung schließlich auch für die Parteiorganisation im gesamten Reich.⁵³ Für die am selben Tag wie die Reichstagswahl stattfin-

der NSDAP vom 26. 11. 1926: Für den Bezirk Südbayern verteilte die Abteilung „schon seit längerem“ Redner. Vgl. generell ebenda, Korrespondenz von Parteiführern mit Himmler über die Bestellung von Vorträgen Dausers.

⁴² Vgl. u. a. StA, PDM 496: Korrespondenz HGS mit den Münchner Sektionen 1925.

⁴³ VB 38 (12. 5. 1925), „An alle Ortsgruppen!“.

⁴⁴ Vgl. u. a. StA, PDM 496: Korrespondenz HGS mit den Sektionen 1925. Auch BA, Berlin, Pk Dauser, Hans.

⁴⁵ IfZ, „Protokollheft“, S. 58 f. und 62.

⁴⁶ Vgl. Kapitel III.3.

⁴⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 62: Woltereck in Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 1. 10. 1925.

⁴⁸ Kissenkoetter, Straßer, S. 57 f.

⁴⁹ Tyrell, Führer befehl, S. 355. Paul, Aufstand der Bilder, S. 63.

⁵⁰ Vgl. StA, NSDAP 496: Korrespondenz Himmlers mit den Sektionen. Sowie StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Mitgliederversammlungen der Münchner Sektionen 1926–1929.

⁵¹ Vgl. generell BA, Berlin, NS 18/5001: Korrespondenz Himmlers mit den Münchner Sektionsführern und Parteirednern 1926–1928. Ebenda, Hs. Aufstellungen Himmlers für 1926 und 1927 (rund 20–30 Wochen- und Monatspläne Januar-Mai 1927).

⁵² StA, PDM 6809: PND 615 (24. 5. 1928) über die Führerbesprechung der Standarte I München am 12. 5. 1928; der Polizeibericht gibt die im Anschluß stattfindende Sitzung der Münchner Sektionsführer wieder, bei der Himmler Anweisungen für die Propagandaaktivitäten in der letzten Woche vor der Wahl erteilte.

⁵³ VB 288 (14. 12. 1927), „Bekanntmachung“ [Bouhlers vom 12. 12. 1927].

denden bayerischen Kreistags- und Bezirkstagswahlen wurde zusätzlich Fiehler als Wahlleiter aufgestellt.⁵⁴

Weit weniger Initiative als Himmler zeigte in München die im Mai 1926 neu eingerichtete „Reichsorganisationsleitung“ (ROL)⁵⁵ unter Bruno Heinemann und seinem Nachfolger ab Dezember 1927, Gregor Straßer.⁵⁶ Nur gelegentlich, in grundsätzlichen Organisationsfragen, entschied auch einmal die ROL, so etwa bei der Diskussion im August 1928 über die erneute Trennung der seit 1927 fusionierten Sektionen Gern-Nymphenburg und Neuhausen.⁵⁷ Als Hitler Dezember 1926 die bisher üblichen Vorstandswahlen der Sektionen verbot, übernahm nicht die ROL, sondern Hitler persönlich die Auswahl der Sektionsführer. Den Anlaß für diesen Eingriff in die Sektionsautonomie lieferten vermutlich die fortwährenden Auseinandersetzungen in Verbindung mit der hohen Fluktuationsrate in den Sektionsvorständen. Bereits im Vormonat hatte Hitler eine solche Wahl für ungültig erklärt und einen anderen Sektionsführer bestimmt.⁵⁸ Die Parteirichtlinien vom September 1928 legten endgültig die Ernennung der Münchner Sektionsführer durch Hitler fest.⁵⁹ Gelegentlich übernahm dies mit Zustimmung Hitlers auch Himmler.⁶⁰ Dagegen mußte die Absetzung des Kassenführers einer Sektion in der Regel dem RSM gemeldet werden.⁶¹

Für Streitfragen innerhalb der Münchner Partei war das dreiköpfige Parteischiedsgericht zuständig, das ab Dezember 1925 als „Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß“ (USchLA)⁶² unter dem Vorsitz Bruno Heinemanns, einem

⁵⁴ HRS II/2, Dok. 260, S. 791 und Anm. 1: Ernennung Fiehlers durch Hitler am 19. 4. 1928.

⁵⁵ Vgl. die Satzung der NSDAP vom 22. 5. 1926, hier insbesondere § 7, Absatz e) und f); Kapitel III.1., Anm. 1.

⁵⁶ Tyrell, Führer befehl, S. 356. HRS II/2, Dok. 211, S. 593: Ernennung Straßers zum ROL am 2. 1. 1928. Ebenda., Dok. 215, S. 595: Bekanntmachung der Entlassung Heinemanns vom 2. 1. 1928.

⁵⁷ StA, NSDAP 496: Bouhler an Alois Friedrich vom 1. 8. 1928.

⁵⁸ HRS II/1, Dok. 51, S. 92f.: Anordnung Hitlers vom 20. 11. 1926; damit ergänzte Hitler den § 6 der Satzung vom 22. 5. 1926 (Kapitel III.1., Anm. 1). StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 22: Verfügung Hitlers. Vgl. auch Orlow, Nazi Party, S. 116; lt. Orlow beendete die künftige Ernennung der Sektionsführer die „Vereinsmeierei“ der Sektionen und wandelte diese von „neighborhood clubs“ in Propagandaorganisationen um. Tatsächlich hatte diese Maßnahme jedoch keinerlei Auswirkung auf die Entwicklung des Münchner Vereinslebens.

⁵⁹ StA, Lagebericht 71 (28. 11. 1928), S. 16. HRS III/1, Dok. 25, S. 68–72: „Richtlinien für die Untergliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei“ vom 15. 9. 1928.

⁶⁰ Vgl. die Fälle der Sektionsführer Armbrüster (Innere Stadt), Alois Rosenwink (Innere Stadt) und Joseph Bauer (Au-Giesing): StA, PDM 6733: PND 557 (4. 1. 1927): Mitgliederversammlung der Sektion Innere Stadt am 26. 11. 1926. StA, NSDAP 496: Himmler an ROL, 27. 9. 1927. Ebenda, Entlassung Gonnermanns durch den USchLA-Vorsitzenden (mit Hitlers Unterschrift) vom 19. 11. 1926. Ebenda: Hitler bevollmächtigt Bauer am 8. 5. 1929 zur Sektionsführung.

⁶¹ StA, NSDAP 496: Allwein „an die Leitung der NSDAP“ vom 28. 5. 1928; vgl. am Dokumentenrand den Stempel der Kassenverwaltung der RL und die Unterschrift Schwarz' vom 1. 6. 1928.

⁶² Die Parteisatzung vom Mai 1926 bestätigte diese Fusion des Untersuchungs- und des

aktiven Schwabinger Sektionsmitglied und kurzzeitigen Reichsorganisationsleiter,⁶³ offiziell seine Tätigkeit aufnahm. Der erste Beisitzer, Ulrich Graf, saß für die Partei im Münchner Stadtrat und war 1923 Hitlers Leibwächter gewesen.⁶⁴ Der zweite Beisitzer Karl Ostberg war 1923 bis 1924 sowie 1926 und 1927 Führer der Sektion Neuhausen.⁶⁵ Im September 1927 ersetzte der Rechtsanwalt Hans Frank Ostberg als Beisitzer. Ende dieses Jahres löste Walter Buch Heinemann ab,⁶⁶ den Hitler aufgrund von Meinungsverschiedenheiten und wegen seiner geringen Durchsetzungsfähigkeit entließ.⁶⁷ Der Wechsel Ostbergs ist nicht eindeutig erklärbar, hängt jedoch vermutlich mit seinem Rücktritt als Neuhausener Sektionsführer im Oktober 1927⁶⁸ zusammen. Ostbergs Tätigkeit im Parteischiedsgericht dürfte sich ohnehin nur schwer mit seiner Tätigkeit in den Münchner Sektionen vertragen haben. Diese enge personelle Verbindung mit der Münchner Ortsgruppe galt bis 1928 für die gesamte Reichsleitung. Von den dreizehn Personen, die 1925 bis 1928 ein Führungsamt der NSDAP-Reichsleitung innehatten, waren fünf, nämlich Fiehler, Schneider, May, Ostberg und Heinemann, in Sektionsvorständen aktiv. Und auch Esser, häufiger Gast in Mitgliederversammlungen, besaß großes Ansehen in manchen Sektionen. Heinemann verfügte in seiner Doppelfunktion als ROL und USchLA-Vorsitzender nominell über großen Einfluß in der Partei. Fast alle Mitglieder der Reichsführung entstammten der Münchner Parteibasis und hatten, wie geschildert, hier ihre Karriere begonnen.

Die Reichsleitung lenkte die Münchner Ortsgruppe mit Hilfe der Sektionsführer-Besprechungen sowie durch Rundschreiben und spezielle Richtlinien.⁶⁹ Die Besprechungen fanden meist zweimal im Monat, gelegentlich auch nur viertel-

Schlichtungsausschusses nun auch offiziell: Kapitel III.1., Anm. 1. Tyrell, Führer befehl, S. 356.

⁶³ Vgl. Kapitel III.1., Anm. 61.

⁶⁴ Hanko, Kommunalpolitik, S. 338.

⁶⁵ BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Biechtele, Gustav. Memoiren Antonie Strauss (Kapitel III.2., Anm. 4). StA, PDM 6733: PND 497 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 3. 5. 1925. StA, NSDAP 496: Rücktrittsschreiben Ostbergs an die Parteileitung vom 25. 3. 1925. StA, PDM 6733: PND 536 (o. D.): Erneute Wahl Ostbergs in der Sektionsversammlung am 13. 4. 1926. Bei der Zusammenlegung der Sektionen Neuhausen und Gern-Nymphenburg Ende September 1927 gab er den Vorsitz wieder ab: HRS II/2, Dok. 176, S. 511: Anordnung Hitlers vom 28. 8. 1927. Tyrell, Führer befehl, S. 356. BA, Berlin, NS 51, 5a: Korrespondenz anlässlich des Ausschlusses von SA-Mitgliedern der Sektion Neuhausen am Jahresende 1926.

⁶⁶ HRS II/2, Dok. 181 (S. 514), 215 und 216 (S. 595): Anordnungen Hitlers vom 29. 9. 1927 und 2. 1. 1928.

⁶⁷ Heinemann gelang es nicht, die fortwährenden Auseinandersetzungen mit hochrangigen Parteiführern in den Griff zu bekommen. Zuletzt scheiterte sein Versuch, zur Lösung des Streits zwischen dem OSAF Pfeffer und dem Ruhr-Gauleiter Kaufmann, im Juli 1927, den Parteausschluß des OSAF durchzusetzen, denn Hitler hielt an Pfeffer fest: McKale, Party Courts (1974), S. 97–99. Tyrell, Führer befehl, Dok. 68a-e, S. 181–185. StA, Lagebericht 62 (28. 12. 1927), S. 13.

⁶⁸ Vgl. Kapitel III.2. Auch McKale gibt keine Gründe an: Ders., Party Courts (1974), S. 98.

⁶⁹ IfZ, MA 738: „Richtlinien für die Sektionen der Ortsgruppe München der NSDAP“ vom 1. 5. 1926. StA, NSDAP 496: „Richtlinien für die Zusammenarbeit der Vorstandsschaft“; hs. Datierung auf den 1. 10. 1925 durch den Neuhausener Sektionsführer Franz Walter. Ebenda: Rschr. RSM an die Sektionen vom 25. 5. 1926.

jährlich statt⁷⁰ und standen 1925 unter Hitlers oder Bouhlers Leitung, ab 1926 meist unter Himmlers.⁷¹ Auf der Tagesordnung standen, wenn es der zeitliche Rahmen zuließ, neben der Organisations- und Propagandaplanung und den Anfragen und Wünschen der Sektionsführer auch Monologe Hitlers über die innen- und außenpolitische Lage sowie den Stand der Bewegung in München und im Reich. Zu diesen Sitzungen, die meist in der Hauptgeschäftsstelle in der Schellingstraße stattfanden, trafen gewöhnlich alle Sektionsführer, Kassiere und Schriftführer ein. Dazu kamen immer wieder Vertreter der Reichsleitung, darunter Hitler, Heinemann, Bouhler, Schwarz, Himmler, Schneider und von der Landtagsfraktion Buttman. Insgesamt diskutierten hier in der Regel zwischen 30 und 40 Personen.⁷²

Die Rolle Hitlers innerhalb der Ortsgruppe war eher ambivalent. Er beanspruchte die Führungsrolle, verwandte jedoch kaum Zeit auf diese Aufgabe. Selbst sein stärkeres Engagement während der ersten beiden Jahre nach der Wiedergründung 1925 blieb sporadisch. Gelegentlich nahm er an Sektionsführerbesprechungen teil, besuchte Mitgliederversammlungen, meist um Streitigkeiten zu schlichten, und bestimmte ab Ende 1926 die Sektionsführer.⁷³ Damit genügte er der Rolle eines Ortsgruppenführers in keiner Weise. Als Parteiführer sah Hitler 1925 seine Hauptaufgabe nicht in der Ortsgruppe München, sondern in den Kontakten zu den NS-Gauen. Folgt man seinen Redeterminen (Tabelle 7), so war er 1925 mehr als die Hälfte des Jahres außerhalb Münchens, vor allem im Sommer

Tab. 7: Redeauftritte Hitlers 1925–1933⁷⁴

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	Jan. 1933
München	5	25	23	30	17	18	25	18	1
übriges Bayern	13	19	14	27	12	12	8	30	1
Reich (ohne Bayern)	20	28	25	21	10	42	33	189	25

⁷⁰ Vgl. Im Folgenden: IfZ, Fa 104/1, S. 107–211: Rschr. RL an Münchner Sektionen 1925–1928. StA, PDM 6733: PND 592 (o.D.): Bericht über die Sektionsführer-Sitzung vom 25. 10. 1927. StA, NSDAP 496: Rschr. Sektionsführer Dietenhauser an die Mitglieder der Sektion Westend vom 7. 2. 1926. StA, Lagebericht 35 (5. 8. 1925), S. 9. BA, Berlin, NS 18/5001: Himmler an Fiehler, 26. 9. 1927. Ebenda: Notiz RPL für die Sprechabende im Juli 1926.

⁷¹ Die Rolle Essers und Mays, der Vorgänger Himmlers in der Funktion als Propagandaleiter, ließ sich aus den Quellen nicht klären.

⁷² Vgl. im Folgenden exemplarisch BA, Potsdam, NS 18/5001: Einladung Himmlers an die Münchner Sektionen vom 4. 12. 1926 zur Besprechung am 7. 12. 1926. Ebenda, hs. Liste der Anwesenden der Besprechung am 7. 12. 1926. Ebenda, Sitzung am 20. 9. 1927 abends in der HGS; Himmler lud hierzu u. a. auch Buchner [VB-Schriftleiter], Hans Frank und Stolzing-Cerny ein. Thema des Abends war die Planung für die Monate September und Oktober 1927. Ebenda, Himmler an Buchner, Frank und Stolzing-Cerny, jeweils vom 15. 9. 1927.

⁷³ Kapitel III.2., Anm. 58 und 59.

⁷⁴ Im Folgenden: HRS I, II/1–2, III/1–3, IV/1–3, V/1: Reden Hitlers in München 1925–1933. StA, PDM 6733, 6741–6745: Versammlungen der NSDAP in München 1925–1933. StA, Lageberichte 1925–1932.

und Herbst.⁷⁵ Wegen der Parteizentrale weilte Hitler allerdings öfters in München und trat entsprechend häufiger in Versammlungen auf als in anderen Städten des Reiches. Daher profitierte die Partei hier auch intensiver von Hitlers Wirkung als Publikummagnet. Waren dies in den Jahren 1926 bis 1929 zwischen 35 und 50 Prozent aller Auftritte reichsweit, so reduzierte sich diese Zahl mit der wachsenden Bedeutung der NSDAP und der ansteigenden Zahl an Auftritten Hitlers im Reich drastisch. 1930 bis 1932 sprach Hitler in München zudem weniger in der Öffentlichkeit, sondern überwiegend vor Parteigremien wie etwa der Reichsführerschule oder der Landtagsfraktion. Mit seinen Auftritten vor den Sektionen wollte er diese intensiver an sich binden und ihnen neue Mitglieder bzw. Besucher werben. So sprach Hitler 1926 je achtmal bei den Sektionen Schwabing und Neuhausen, um deren fortwährende Auseinandersetzungen zu schlichten. 1927 trat er lediglich noch auf der Generalmitgliederversammlung der Sektion Schwabing auf und engagierte sich ab jetzt, entsprechend den neuen Propagandaschwerpunkten,⁷⁶ nur noch in den Großveranstaltungen.⁷⁷ Hitlers Auftritte lösten regelmäßig besonders starken Besucherandrang aus⁷⁸ und warben neue Mitglieder, wie die Mitgliederstatistik der Sektion Schwabing⁷⁹ von März bis Mai 1927 – in diesem Zeitraum war Hitler, um die Wirkung der SA-Krise zu kompensieren, 15mal in der Stadt aufgetreten – erkennen läßt: Während die Mitgliederentwicklung dieser Sektion insgesamt von Frühsommer 1926 bis Frühjahr 1928 stagnierte, verdoppelten sich allein während dieser drei Monate die Zahl der Beitritte.

Möglicherweise hatte Hitler ursprünglich doch ein zentrales Führungsgremium für die Münchner Ortsgruppe geplant. 1926 zog er kurzzeitig den Schwabinger Sektionsführer Woltereck als Ortsgruppenführer in Erwägung.⁸⁰ Dieser leitete mit großem Erfolg die mitgliederstärkste und aktivste Münchner Sektion und war zuvor von Juli 1924 bis Februar 1925 bereits der Schwabinger GVG-Sektion und zugleich bis zum Auftritt Essers im August 1924 der gesamten GVG-Ortsgruppe München vorgestanden. Dadurch besaß er in der Münchner Partei besonderes Ansehen. 1923 und erneut von 1925 bis 1926 beteiligte er sich an der Gründung zahlreicher Ortsgruppen im Münchner Umland.⁸¹ Als einer der bedeutenderen

⁷⁵ 1925 war Hitler die zweite Hälfte des März, die erste Hälfte des Juni, den gesamten Juli bis Anfang August, kurzzeitig Mitte August und Ende September bis Ende Oktober nicht in München. Drei oder vier Tage später war er bereits wieder unterwegs und blieb nun bis Mitte Dezember außerhalb der Stadt. Zumeist hielt sich Hitler in Mitteldeutschland auf, immer wieder auch in Bayern.

⁷⁶ Die stadtteilübergreifende Werbung von Anhängern durch Großveranstaltungen sollte nunmehr die dominierende Rolle des Vereinslebens der Sektionen ablösen: Kapitel III.3.

⁷⁷ Im Folgenden: HRS II und III.

⁷⁸ StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Versammlungen der Münchner Sektionen 1925–1929. StA, PDM 6737: Polizeiberichte über die öffentlichen Versammlungen der NSDAP 1927. StA, Lageberichte 51 (22. 9. 1926) und 54 (4. 2. 1927).

⁷⁹ IfZ, MA 738: hs. Mitgliederstatistik der Sektion Schwabing für den Zeitraum Mai 1925 bis September 1929.

⁸⁰ HRS I, Dok. 159, S. 481: Hitler in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 24. 6. 1926.

⁸¹ BStB: Mitteilungsblatt des Kreises München-Nord der NSDAP 14 (1. 12. 1933), „Ehrenecke“.

Münchener Parteiredner wurde er auch außerhalb der Stadt häufig eingesetzt.⁸² Bei der Münchener Kommunalwahl 1924 stand er auf Platz zwei der GVG-Liste.⁸³ 1926 übernahm er kurzzeitig auch die kommissarische Leitung der zweitgrößten Münchener Sektion Innere Stadt.⁸⁴ Wolterecks Sektion Schwabing unterstützte 1925/1926 die Reichsleitung mit erheblichen Spenden und Parteibeiträgen.⁸⁵ Entsprechend ernannte Hitler Woltereck zum Leiter der Sammlungen für den Ausbau der Parteigeschäftsstelle und später zum Leiter der Unterschriftenaktion gegen sein Redeverbot.⁸⁶ Wolterecks Einfluß in München verstärkte sich wohl auch durch seine guten Beziehungen zum Vorsitzenden der ROL und des USchLA, Bruno Heinemann, zugleich Mitglied des Schwabinger Sektionsvorstandes.⁸⁷ Die May-Fronde im Sommer 1925 und andererseits die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Wolterecks Rücktritt im Frühjahr 1926⁸⁸ dürften Hitler schließlich dazu bewogen haben, von der Aufstellung eines Ortsgruppenführers abzusehen,⁸⁹ denn ein selbstbewußter Ortsgruppenführer – und nur ein solcher konnte sich in der spannungsreichen Münchener Atmosphäre durchsetzen – würde ihm möglicherweise seinen absoluten Anspruch auf die „Hausmacht“ und Ausgangsbasis München erschweren.

Binnenstrukturen der Sektionen

Der Verwaltungsapparat einer Münchener Sektion bestand aus dem Sektionsführer, dem Kassierer, dem Schriftführer und deren jeweiligem Stellvertreter. Diese zählten zum Vorstand im engeren Sinn⁹⁰ und wurden in jährlichen Generalmitgliederversammlungen von den Sektionsmitgliedern gewählt.⁹¹ Ab Ende November 1926 bestimmte Hitler die Münchener Sektionsführer selbst.⁹² Dazu

⁸² So trat er allein 1925 neben den Sprechabenden seiner Sektion in weiteren 22 Versammlungen innerhalb sowie in 39 außerhalb Münchens auf: IfZ, „Protokollheft“, S. 89: Jahresbericht der Sektion Schwabing für 1925. Z. B. leitete er die öffentliche Versammlung im Anschluß an die Rosenheimer Tagung der NSDAP-Ortsgruppenführer Oberbayerns am 5. Juli 1925: VB 83 (7. 7. 1925), „Die Führertagung in Rosenheim“.

⁸³ IfZ, „Protokollheft“, S. 57: Woltereck in der Vorstandssitzung seiner Sektion am 23. 9. 1925.

⁸⁴ StA, NSDAP 496: Woltereck an HGS vom 12. 1. 1926.

⁸⁵ Vgl. Kapitel II.3.

⁸⁶ Vgl. Kapitel III.2., Anm. 25.

⁸⁷ Vgl. z. B. IfZ, „Protokollheft“, S. 26 f.: Heinemann, Obmann der Sektion Schwabing, „gelobte“ Woltereck in der Mitgliederversammlung am 25. 6. 1925, treu zu folgen und ihn gegen alle „Neider“ zu verteidigen.

⁸⁸ StA, PDM 6733: PND 541, 543, 544: Schwabinger NSDAP-Mitgliederversammlungen am 10. 6., 24. 6. und 1. 7. 1926.

⁸⁹ In den Quellen läßt sich kein Beleg für derartige Planungen finden.

⁹⁰ StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchener Sektionen mit der HGS 1925. Der Schwabinger Sektionsführer Woltereck betrachtete selbst Obmänner und Vertrauensleute als Vorstandsmitglieder: IfZ, „Protokollbuch“, S. 5: Schwabinger Vorstandssitzung am 9. 2. 1926.

⁹¹ Vgl. die Darstellung der jährlichen Wahlen in den Sektionen in den PND-Berichten: StA, PDM 6733.

⁹² Kapitel III.2., Anm. 58 und 59.

kamen je nach Sektionsgröße verschiedene Obleute, die jeweils einen Stadtbezirk zugeteilt erhielten und wiederum für bestimmte Gebiete innerhalb des Stadtbezirkes mehrere Vertrauensleute anleiteten.⁹³ Im Laufe der Zeit kamen noch zwei Kassenrevisoren und ein Obmann für die Propaganda hinzu.⁹⁴ Manche Sektion richtete auch ein Pressereferat ein.⁹⁵ Gelegentlich bestimmte der Vorsitzende das Führungspersonal seiner Sektion auch selbst.⁹⁶ Bereits die Sektionen der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ arbeiteten mit diesen Strukturen,⁹⁷ die sich wohl an dem bereits genannten, ausgeklügelten System von Bezirksobleuten und Vertrauensleuten bei SPD und BVP orientiert hatten. Die Obleute und Vertrauensmänner der NSDAP waren unter anderem für die Eintreibung der Mitgliedsbeiträge, die Mitgliederwerbung, die Propaganda für Versammlungen, generell für die Mobilisierung und Kontaktpflege zur Parteibasis zuständig. Dieses Gebilde der Sektionsführung besaß entscheidenden Wert als Klammer und Motor des Sektionslebens sowie als Rekrutierungsbasis und Profilierungs- und Ausbildungsmöglichkeit für geeignetes Führungspersonal der Partei. Die Sektion konnte so im Falle einer Expansion nach dem biologischen Modell der Zellteilung das Organisationsmuster vervielfältigen und auf eine Reihe „gübter“ Funktionäre zurückgreifen. Aus dem Personal der zwanziger Jahre rekrutierte sich weitgehend die Führungsschicht der Münchner Stadtteilsorganisationen der dreißiger Jahre wie auch partiell die Reichsleitung.⁹⁸

Die Entwicklung von SA und SS

In den ersten beiden Jahren nach 1925 bestand die Münchner SA aus einer Reihe kleiner Formationen, die unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen geführt wurden. So rangierte zum Beispiel die Schwabinger SA zunächst als „Jungmannschaft“ der Sektions-Sportgruppe.⁹⁹ Im Herbst 1925 war innerhalb der NSDAP München neben der SA auch die „Völkische Turner-Riege“ aktiv,¹⁰⁰ deren Führer Rossa für sein Ziel, die „Wehrhaftmachung“ der Jugend, in den Sektionsversamm-

⁹³ Vgl. hierzu die Informationen aus den Sektionsversammlungen: StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925–1929. Vgl. auch die Parteisatzungen vom 21. 8. 1925, § 8 und § 9: Kapitel III.1., Anm. 1. Sowie: Tyrell, Führer befehl: Dok. 83a, S. 230ff.: „Richtlinien für Gaue und Ortsgruppen der NSDAP“ vom 1. 7. 1926. Vgl. auch den Hinweis auf die Obleute der Sektion Innere Stadt während der gemeinsamen Versammlung der Sektionen Schwabing und Innere Stadt am 9. 2. 1926: IfZ, „Protokollbuch“, S. 6.

⁹⁴ StA, NSDAP 496: masch. Bericht o. w. A. über die GMV der Sektion Sendling am 1. 2. 1927.

⁹⁵ So die Sektion Schwabing unter Heinemanns Leitung: IfZ, „Protokollheft“, S. 20: Vorstandssitzung am 19. 5. 1925.

⁹⁶ Vgl. die Praxis Wolterecks auf der GMV der Sektion Schwabing am 28. 1. 1926: IfZ, „Protokollheft“, S. 89.

⁹⁷ IfZ, MA 738: „Richtlinien für die Obmänner und Vertrauensleute“ der GVG vom 2. 8. 1924.

⁹⁸ Vgl. Anhang 2.1. und 2., Statistik der Sektions- und Ortsgruppenführer.

⁹⁹ IfZ, „Protokollheft“, S. 10f.: Sprechabend am 27. 4. 1925 und 30. 4. 1925.

¹⁰⁰ StA, NSDAP 496: Rschr. RSM an die Münchner Sektionsführer vom 1. 9. 1925.

lungen warb.¹⁰¹ Hitler unterstellte die SA-Formationen zunächst den einzelnen Sektionsführern, aus deren Sektionen sie entstanden waren.¹⁰² Diese verstanden ihre Verfügungsgewalt umfassend. So hatte die SA nach Ansicht des Schwabinger Sektionsführers Woltereck vor allem den Sektionsbelangen „zu dienen“.¹⁰³ Die Ernennung von SA-Truppführern wurde zwischen Hauptgeschäftsstelle und Sektionen geregelt. Seinen Rücktritt hatte ein SA-Führer zuerst dem Sektionsführer zu melden.¹⁰⁴ Die SA erreichte damals in München keine bedeutende Größe. Zu ihrer Weihnachtsfeier 1925 beispielsweise erschienen nur 300 Teilnehmer. Obwohl die Reichsleitung im Januar 1926 die Gründung einer SA-Abteilung für jede Sektion angeordnet hatte, existierten im Sommer 1926 nur bei etwa der Hälfte der Münchner Sektionen, d. h. in Schwabing, Gern, Nymphenburg, Haidhausen, Augiesing, Westend und Sendling, entsprechende Formationen. Dazu kam die aus den Resten der ehemaligen Roßbach-Kompanie aus der Zeit vor dem November 1923 aufgebaute SA-Radfahrerabteilung unter Edmund Heines.¹⁰⁵

Schließlich entschied sich Hitler Anfang November 1926 für die organisatorische Eigenständigkeit der SA von der Partei und ließ eine „Oberste SA-Führung“ (OSAF) unter dem ehemaligen Berufsoffizier Franz von Pfeffer einrichten mit eigener Geschäftsstelle, Finanzorganisation¹⁰⁶ und Zuständigkeit für alle Geschäfte mit SA-Ausrüstung.¹⁰⁷ Aus der Sicht der Münchner Polizei nahm die SA nun wieder „die früheren Formen“ an.¹⁰⁸ Anfang Dezember entstand ein reichsweit einheitliches, hierarchisches Organisationskonzept, dessen Basiseinheit die „Gruppe“ mit rund einem Dutzend SA-Leute bildete. Mehrere Gruppen ergaben einen Trupp, bis zu fünf Trupps wiederum einen Sturm. Bis zu fünf Stürme waren zu einer Standarte zusammengefaßt. Mehrere Standarten wurden schließlich unter der Leitung eines Gausturms vereinigt.¹⁰⁹ Mitte 1927 führte von Pfeffer zwischen

¹⁰¹ StA, PDM 6733: PND 539 (3. 7. 1926): Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 7. 5. 1926. Im Frühjahr 1929 bestand die Organisation unter dem Namen „Völkischer Turnverein Friesen“ und unter Rossas Führung noch immer. Der Verein warb nach wie vor in den Sektionen und trainierte regelmäßig in städtischen Turnsälen, u. a. in der Winthirschule: StA, PDM 6733: PND 645: Holzner in der Versammlung der Sektion Gern-Nymphenburg am 1. 2. 1929.

¹⁰² Tyrell, Führer befiehlt, S. 226.

¹⁰³ IfZ, „Protokollheft“, S. 51 f.: Woltereck in der Vorstandssitzung seiner Sektion am 1. 4. 1925.

¹⁰⁴ StA, NSDAP 496: Führer der SA Gern-Nymphenburg an Vorstand dieser Sektion vom 28. 6. 1926. Ebenda: HGS an Sektionsführer Gern-Nymphenburg vom 8. 6. 1926 und dessen Antwort vom 7. 7. 1926.

¹⁰⁵ StA, Lagebericht 41 (18. 12. 1925), S. 10. StA, Lagebericht 43 (25. 1. 1926), S. 18. StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 19. Die Schwabinger SA initiierte als größter Verband die Gründung weiterer SA-Trupps, darunter der Neuhausener SA, die der Schwabinger SA-Führer Daub vorerst leitete, bis Neuhausen einen eigenen SA-Führer erhielt: StA, PDM 6733: PND 522: Familienabend der Sektion Neuhausen am 24. 11. 1925. In den Stadtteilen Gern und Nymphenburg war schon im Sommer 1926 ein kleiner Trupp aktiv: StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 19.

¹⁰⁶ Dazu u. a. Longerich, Braune Bataillone, S. 52 ff. Vgl. auch HRS II/1, Dok. 43, S. 82: Anordnung Hitlers vom 27. 10. 1926.

¹⁰⁷ HRS II/1, Dok. 31, S. 65 ff.: SA-Satzungen vom 17. 9. 1926.

¹⁰⁸ StA, Lagebericht 52 (15. 11. 1926), S. 22.

¹⁰⁹ StA, PDM 6805: Angaben des SA-Führers im „Kompanie“-Appell der SA Schwabing am

den Standarten und den Gaustürmen mit den „Brigaden“ schließlich eine weitere organisatorische Ebene ein.¹¹⁰ Die Verbände erhielten statt der bisher getragenen schwarz-weiß-roten Armbinde mit Hakenkreuz eine eigene Uniform mit festen Rang- bzw. Gausturmzugehörigkeitsabzeichen an Kragenspiegel und Mütze.¹¹¹ Ende November 1926 wurde die Münchner SA der Verfügungsgewalt der Sektionen entzogen und zu zwei Stürmen zusammengefaßt. Die SA-Verbände aus den südlichen Stadtteilen und Pasing bildeten gemeinsam mit der Radfahrertruppe den dritten Sturm.¹¹² Unter dem Titel „Standarte I München“ (ab Mitte September 1926),¹¹³ bzw. „Brigade Gross-München“ (ab September 1927)¹¹⁴ unterstand die Münchner SA zunächst ab November 1926 dem SA-Gausturm Oberbayern-Schwaben-Niederbayern¹¹⁵ und ab Mitte 1927 dem Gausturm¹¹⁶ bzw. zugleich der zivilen Parteiorganisation für Oberbayern¹¹⁷ und damit bis 1929 unmittelbar der Reichsleitung. 1928 gehörte zur Münchner SA schließlich auch das Gebiet München-Land, welches wiederum zunächst der Kreisleitung für Oberbayern, also der Reichsleitung, unterstand und seit der Organisationstagung im September 1928 dem Gauleiter für Oberbayern, Reinhardt. Damit war die Münchner SA zwei Führungen gleichzeitig untergeordnet. Von 1929 bis Anfang 1931 lassen sich die Unterstellungsverhältnisse nicht eindeutig klären.

Die grundsätzliche Anordnung der OSAF vom Juni 1927 definierte die SA als „Mittel zum Zweck“ für die zivile Parteiorganisation, die über das „sichtbare Auftreten“ der SA-Verbände in ihrem Gebiet zu entscheiden hatte. Dagegen lag die Ausführung der Anweisungen der Parteileiter ohne weitere Eingriffsmöglichkeit der Partei in den Händen der SA. Parteistellen durften nicht den „inneren Dienst“ der SA bestimmen, d. h. die Fragen zur Hierarchie, zum Personal, zu Bekleidung und Ausrüstung sowie zu Auszeichnungen. Bei Meinungsverschiedenheiten entschied die nächsthöhere Parteinstanz.¹¹⁸

Im Zusammenhang mit der Krise der Münchner SA im Herbst 1927 und den damit verbundenen hohen Mitgliederverlusten schrumpfte die „Standarte München“ bis zum Jahresende 1927 auf zwei Stürme,¹¹⁹ erholte sich jedoch im darauf-

10. 12. 1926. Vgl. auch StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 25. Longerich erwähnt diese Einteilung nicht: Ders., *Braune Bataillone*, S. 52 ff. Möglicherweise erfolgte die endgültige Einteilung der SA Münchens jedoch erst im Februar 1927: *Memoiren Antonie Strauss* (Kapitel III.2., Anm. 4). Vgl. auch die Satzungen der SA vom 17. 9. 1926: Kapitel III.1., Anm. 1.

¹¹⁰ HRS II/1, Dok. 141, S. 342: „GRUSA IV. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 4. 6. 1927; diese Anordnung Pfeffers bestätigte ansonsten die Ende 1926 getroffene Regelung.

¹¹¹ StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 25.

¹¹² StA, PDM 6805: „Kompanie“-Appell der SA Schwabing am 10. 12. 1926.

¹¹³ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 18 über die Feier am 12. 9. 1926.

¹¹⁴ *Memoiren Antonie Strauss* (Kapitel III.2., Anm. 4).

¹¹⁵ BA, Berlin, Slg. Schumacher 403: SABE 13 der Gauführung Bayern vom 13. 11. 1926.

¹¹⁶ StA, PDM 6825: Briefköpfe der Korrespondenz der Münchner SA-Standarte 1927/1928.

¹¹⁷ So unterstand Ende 1926 ein SA-Gausturmführer dem zivilen Leiter dieses Gaues: StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 11. Vgl. auch HRS II/1, Dok. 139, S. 335 f.: „GRUSA III. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 3. 6. 1927.

¹¹⁸ Vgl. Grundsätzliche Anordnung der SA vom 3. 6. 1927: Kapitel III.2., Anm. 117.

¹¹⁹ Zur Fusion u. a. der Trupps Neuhausen und Gern-Nymphenburg: StA, PDM 6809: PND 591 (3. 11. 1927): Führerbesprechung SA-Sturm I am 14. 10. 1927. Sturm I umfaßte die

folgenden Frühjahr wieder und wuchs bis März 1928 zunächst auf drei¹²⁰ und schließlich zwei Monate später auf sechs Stürme.¹²¹ Seit März bildeten einige SA-Formationen zusätzliche, sehr kleine „Reserve-Abteilungen“, in denen Parteimitglieder zusammengefaßt waren, die nicht in die aktive SA wollten oder konnten.¹²² Seit dem Frühjahr 1927 besaß die Münchner SA ein Trommlerkorps und eine 24 Mann starke Musikkapelle,¹²³ die allerdings bis Januar 1928 bereits wieder die meisten Mitglieder verlor. So baute die SA-Führung Anfang März des Jahres einen „Spielmanszug“ neu auf und ergänzte ihn mit einem „Querpfeiferzug“.¹²⁴

Neben der SA arbeitete ab 1925 noch ein zweiter halb-militärisch organisierter Verband in München, die „Schutzstaffel“ (SS). Auf Befehl Hitlers gründete Julius Schreck, ehemaliges Mitglied dieses Trupps und zugleich gelegentlicher Chauffeur des Parteiführers, im April 1925 in Anlehnung an den ehemaligen „Stoßtrupp Hitler“ die SS. Der Verband übernahm den Personenschutz für Hitler und andere hochrangige Parteiführer und engagierte sich generell für den Versammlungsschutz sowie für die allgemeine Parteierwerbung. Sämtliche Führer des SS-Reichsverbandes, der sogenannten „SS-Oberleitung“, hatten dem „Stoßtrupp Hitler“ als Führer oder Mitglied angehört. Auf Schreck folgte im April 1926 Josef Berchtold, im März 1927 Erhard Heiden und schließlich im Januar 1929 Heinrich Himmeler.¹²⁵ Ihre Geschäftsstelle richtete die Oberleitung in der Schellingstraße 50 ein.¹²⁶ Die Münchner SS, anfangs gerade acht ehemalige „Stoßtrupp“-Mitglieder unter Führung Alois Rosenwinks,¹²⁷ war zunächst noch wenig stabil und verhinderte nur mühsam, daß der Schwabinger SA-Führer Daub im November 1925 aus 15 SA-Männern eine unabhängige „Schutzstaffel“ aufbaute.¹²⁸

Die Münchner SS unterstand bis November 1926 der SS-Oberleitung sowie Hitler persönlich. Ortsgruppe und Gauleiter konnten zwar den Einsatz lokaler SS-Verbände anfordern, durften sich jedoch nicht in deren innere Organisation

Trupps Schwabing, Neuhausen, Gern, Nymphenburg und Innere Stadt. Dem Sturm V waren die Trupps Süd, Westend, Au, Giesing und Haidhausen unterstellt. Die Trupps der nächsten Umgebung Münchens: Pasing, Allach, Menzing und Schleißheim wurden von Sturm XXV geleitet: StA, Lagebericht 62 (28. 12. 1927), S. 13 und 14.

¹²⁰ StA, PDM 6809: PND 601: Führerbesprechung SA-Standarte I am 31. 3. 1928; Sturm 1 umfaßte die Trupps Neuhausen-Gern und Schwabing, Sturm 5 die Trupps Westend und Süd, Sturm 9 die Trupps Innere Stadt, Giesing und Haidhausen.

¹²¹ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 20. Ebenda 67 (13. 6. 1928), S. 13; hier Erläuterung des Standartenbefehls Nr. 12 vom 30. 5. 1928 der OSAF über die Gründung drei neuer Stürme in München.

¹²² StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 22.

¹²³ StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 15. HRS II/1, Dok. 128, S. 312f.: Hitler in der Veranstaltung am 23. 5. 1927.

¹²⁴ StA, PDM 6809: PND 599: Standartenführerbesprechungen 3.1. und 3. 3. 1928. StA, Lagebericht 71 (28. 11. 1928), S. 18.

¹²⁵ Tyrell, Führer befehl, S. 356. Höhne, Orden, S. 27ff.

¹²⁶ StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 19.

¹²⁷ Koehl, Black Corps, S. 21f. StA, PDM 6829: PND 525 (o. D.) über die Rede des SS-Staffelführers Rosenwink auf der Weihnachtsfeier der Münchner SS am 11. 12. 1925. StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 19. Auch Höhne, Orden, S. 27f.

¹²⁸ Höhne, Orden, S. 28.

einschalten. Ähnlich unabhängig war der Verband auch gegenüber der SA,¹²⁹ bis im November 1926 die OSAF ihre Tätigkeit aufnahm und SS bzw. HJ dieser unterstellt wurden.¹³⁰ Neben den genannten vordringlichen Aufgaben, verlangten die Organisationsrichtlinien vom Juni 1927,¹³¹ die Bewegung gegen „Berufsständler“ zu schützen, für den „Völkischen Beobachter“ Inserate und Abonnenten zu beschaffen und neue Parteimitglieder zu werben. Dafür hatte die SS-Führung sogar Prämien ausgesetzt. Der kleine Münchner Verband war in dieser Hinsicht sehr aktiv und wurde im Juni 1926 eigens dafür im Parteiorgan gelobt, daß er innerhalb eines Monats 18 neue Parteimitglieder und fünf Zeitungsubonnenen geworben hatte.¹³² In der Öffentlichkeit zeigte sich die Münchner SS nahezu nur bei den verbandseigenen Weihnachtsfeiern 1925 und 1926, beim alljährlichen „Deutschen Abend“ und bei SA-Aufmärschen.¹³³ Um ihren Aufgaben als mobile Schutzorganisation der Partei gerecht zu werden, versuchte die SS-Führung seit März 1928 ihre Verbände zu motorisieren. Alle SS-Mitglieder, die einen Führerschein und einen eigenen Kraftwagen besaßen, hatten sich zur Verfügung zu stellen.¹³⁴ Den verbandsinternen Beziehungen, vor allem dem Kontakt zu den „Fördernden Mitgliedern“, dienten die „Schutzstaffelhefte“, die kurzzeitig zwischen November 1926 und Mai 1927 reichsweit erschienen¹³⁵ und aus finanziellen Gründen wieder eingestellt wurden.¹³⁶

Im April 1929 wurde die SS der SA „als Sonderformation“ regelrecht eingegliedert. Der „Reichsführer der SS“ (RFSS) unterstand nun unmittelbar dem OSAF und wurde auf dessen Vorschlag hin von Hitler ernannt. Während die SS ihren „Innendienst“ nach wie vor selbständig regelte, dirigierte der Führer einer SA-Standarte oder Brigade, in deren Gebiet der SS-Verband lag, den Öffentlichkeitinsatz der SS. Ein SS-Führer konnte allenfalls entscheiden, ob die Verwendung die Leistungsfähigkeit des SS-Verbandes überstieg. Die Anforderung eines SS-Verbandes durch die zivile Parteileitung hatte über die lokale SA-Führung zu erfolgen. Um Spannungen zwischen SA und SS von vornherein zu entschärfen, legte der OSAF die Stärke eines lokalen SS-Verbandes im Einvernehmen mit dem RFSS fest, erlaubte Übertritte von der SA zur SS nur mit Einverständnis der beiderseitigen lokalen Führer und verbot die Aufnahme ausgeschlossener Mitglieder von SA oder SS.¹³⁷ Diese Regelungen waren angesichts der fortdauernden Miß-

¹²⁹ Zitiert aus der Erklärung der RL im VB 179 (6. 8. 1926). StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 17.

¹³⁰ StA, Lagebericht 52 (15. 11. 1926), S. 22: Vermerk über die Neuorganisation der SA Anfang November 1926. HRS II/1, Dok. 43, S. 82: Anordnung Hitlers vom 27. 10. 1926. Vgl. überdies Longerich, Braune Bataillone, S. 53.

¹³¹ StA, PDM 6827: Richtlinien zur Aufstellung von Schutzstaffeln der NSDAP; Datumsstempel der PDM: 14. 6. 1927. Vgl. auch StA, PDM 6822: „Stabe“ 3/28 vom 22. 2. 1928: „Versammlungsschutz in München“.

¹³² VB 133 (13./14. 6. 1926), kleine Notiz.

¹³³ Vgl. StA, PDM 6829: Polizeiberichte über die Aktivitäten der Münchner SS 1925–1932.

¹³⁴ StA, PDM 6827: SS-Befehl Nr. 5 (15. 3. 1928) der SS-OL.

¹³⁵ StA, PDM 6829: Staatliches Polizeiamt Plauen an PDM vom 17. 1. 1927 und Antwort PDM vom 27. 1. 1927.

¹³⁶ StA, PDM 6829: hs. Vermerk PDM/VI/N vom 17. 3. und 10. 5. 1927.

¹³⁷ Zum Verhältnis der „zivilen“ Parteiorganisation zur SS vgl. Grundsätzliche Anordnung

stimmung zwischen Münchner SA und SS notwendig, die vor allem durch die wechselseitige Mitgliederfluktuation stets neue Nahrung erhielt. Gegen die massiven Forderungen Münchner SA-Führer, die SS aufzulösen oder fester in die SA einzugliedern, gab allein der bayerische SA-Führer Buch Kontra: Hitler benötige die SS als eine Elitetruppe, die „alles zu leisten habe, was verlangt werde“. Die Aussprache zwischen dem Münchner SA-Führer Zöberlein und Himmler im April 1928 blieb vergeblich, das Thema beschäftigte selbst den Generalappell der SA im September des Jahres.¹³⁸

Die notwendige Ausrüstung und Uniformen lieferte 1925, mindestens für den bayerischen Raum, ein in München ansässiges Privatunternehmen unter Leitung des damaligen Führers der Münchner „Schilljugend“ und späteren SA-Führers Edmund Heines¹³⁹ sowie des Rheinpfälzers Rudolf Born. Dieser „Sportversand Schill“, der vermutlich eine Art Monopolstellung für SA-Ausrüstungen besaß, war in Heines' und Borns gemeinsamer Wohnung in der Schellingstraße 28 untergebracht.¹⁴⁰ 1926 übernahm unter der Führung Adolf Rottenbergers, 1927 SS-Reichskassenverwalter,¹⁴¹ die sogenannte „Reichswirtschaftsstelle“, eine Unterabteilung der OSAF,¹⁴² diese Geschäfte.¹⁴³ Bis zu seinem Parteiausschluß, im Mai 1927, arbeitete hier auch Heines mit. Noch im Juni 1927 bestätigte Hitler die Firma Rottenbergers als alleinberechtigten Ausrüster der SA.¹⁴⁴ Nach einer Reihe von Skandalen in Rottenbergers Betrieb¹⁴⁵ beauftragte die Reichsleitung im Dezember 1928 den OSAF, eine eigene offizielle Zeugmeisterei für den gesamten SA-Bedarf aufzubauen, die diesem künftig direkt unterstand im Gegensatz zu der von Rottenberger auf eigene Rechnung geführten Warenvermittlungsstelle. Die Zeugmeisterei nahm ihre Tätigkeit sofort im neuen Jahr 1929 auf.¹⁴⁶ Hinter dieser engeren organisatorischen Anbindung an die SA stand nicht nur die Absicht, die

der SA vom 3. 6. 1927: Kapitel III.2., Anm. 117. HRS III/2, Dok. 22, S. 194f.: „Grusa VII. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 12. 4. 1929.

¹³⁸ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 19. Ebenda 70 (16. 10. 1928), 23.

¹³⁹ Zu Heines' Parteikarriere als Münchner SA-Führer, Ortsgruppenführer und schließlich als Stellvertreter Röhms, die mit seiner Ermordung anlässlich des sogen. „Röhmputsches“ 1934 endete, vgl. Kapitel II.4., Anm. 128.

¹⁴⁰ Vgl. die häufigen Inserate im VB, z. B. VB 72 (28. 3. 1926), „Alleinige Vertriebsstelle der neuen Hitlerbekleidung“; vgl. hierzu die Randnotizen der PDM vom 6. 4. 1926: StA, PDM 6695.

¹⁴¹ Vgl. u. a. StA, PDM 6827: SS-Befehl Nr. 3 (15. 12. 1927) der SS-OL. Rottenberger hatte von April bis November 1923 eine Münchner SA-Hundertschaft geführt: StA, PDM 6702: Aussagen u. a. Josef Berchtold in den Polizeivernehmungen 14.–17. 5. 1923 im Fall Rosa Kempf.

¹⁴² Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1929.

¹⁴³ VB 285 (7. 12. 1928), „Bekanntmachung“ (Anzeige Rottenbergers).

¹⁴⁴ HRS II/1, Dok. 143, S. 346: Anordnung Hitlers vom 7. 6. 1927.

¹⁴⁵ Rottenberger hatte eine Zeitlang Materialien von einer Münchner Firma bezogen, deren Inhaber Jude war. Darüber hinaus stießen auch seine durch überbeuerte Waren erzielten Gewinne auf parteiinterne Kritik. Rottenberger gab seine anfänglichen Versuche, die Enthüllungsberichte der Münchner Post gerichtlich zu verhindern, auf, als die Beweise in dieser Gerichtsverhandlung immer erdrückender wurden: MP 17 (21. 1. 1929), „Juden als Hitlerlieferanten“. VB 26 (31. 1. 1929), „Klage gegen Münchner Post“. MP 50 (1./2. 3. 1930), „Auch eine gemeinnützige Reichswirtschaftsstelle“.

¹⁴⁶ StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 9. VB 76 (3. 4. 1929), „Reichszeugmeisterei.“

Ausrüstung der Verbände nachhaltiger als bisher zentral zu steuern bzw. zu überwachen,¹⁴⁷ sondern wohl auch handfeste finanzielle Interessen, denn bereits Rotenberger erwirtschaftete offensichtlich größere Gewinne. Die Münchner Zeugmeisterei entwickelte sich schließlich zur Koordinationstelle für die entsprechenden Einrichtungen im ganzen Reich, war jedoch ab August 1930 nicht mehr dem OSAF, sondern dem RSM unterstellt.¹⁴⁸

Die Entwicklung der übrigen Unterorganisationen

Bis 1929 wirkten im Stadtgebiet Münchens neben den Sektionen und der SA acht weitere Organisationen, deren Aufbau, wie im Reich auch, weniger einer Systematik folgte, sondern eher ungeordnetem Wildwuchs glich. Dennoch zeigte sich hier bereits im Ansatz die ab Ende der zwanziger Jahre mit größerer Systematik verfeinerte Methode, mittels Sonderorganisationen sämtliche sozialen und beruflichen Schichten gezielt zu umwerben.¹⁴⁹

Die seit dem Frühjahr 1923 innerhalb der Münchner NSDAP kursierende Idee einer nationalsozialistischen Gewerkschaft manifestierte sich nur in einem von Franz Emmer – bis Juli 1921 Schriftführer der NSDAP – im Januar 1923 veröffentlichten, jedoch folgenlosen Sammlungsaufruf.¹⁵⁰ Vor allem auf Betreiben des Schwabinger Sektionsführers Woltereck griff eine Gruppe Münchner Parteiaktivisten 1925 den Gedanken wieder auf. Im Herbst des Jahres wollte der ehemalige KPD-Unterführer Riederer, nun Schwabinger Sektionsmitglied, mit Unterstützung der Schwabinger Sektionsführung die Gründung vollziehen.¹⁵¹ Nach mehreren Gesprächen Wolterecks mit Hitler und Mitgliedern der Reichsleitung lehnte der Parteiführer im Dezember das Unternehmen mit dem vagen Hinweis auf die „zu ungünstigen“ Zeitumstände ab.¹⁵² Vermutlich sah Hitler, wie schon in „Mein Kampf“ formuliert, keine Notwendigkeit für Gewerkschaften in einem künftigen „nationalen“ Staat, der für die Arbeiter selbst sorgen werde, und befürchtete eher die Gefährdung der zentralistischen Parteiführung bzw. seiner Autorität wie auch

¹⁴⁷ Longerich, Braune Bataillone, S. 93 f. Werner, SA, S. 415 ff. Vgl. auch die StA, Lageberichte 72 (17. 12. 1928), S. 9, und 77 (7. 5. 1929), S. 14: Einteilung der „Reichszeugmeisterei“ in fünf Abteilungen. Bayern gehörte neben Württemberg und Baden zur „Zeugmeisterei Süd“. Der Hauptsitz der „Reichszeugmeisterei“ war München. Die gesamte Ausrüstung der Parteimitgliedschaft mußte bei diesen „Zeugmeistereien“ gekauft werden. Vgl. auch Hanseder, Reichszeugmeisterei, S. 181 ff.

¹⁴⁸ VB 276 (27. 11. 1928), „Bekanntmachung!“. VB 76 (3. 4. 1929), „Reichszeugmeisterei“. Hanseder, Reichszeugmeisterei, S. 181 f. Tyrell, Führer befehl, S. 359.

¹⁴⁹ Vgl. Kapitel IV.2.

¹⁵⁰ VB 3 (10. 1. 1923), „Aufruf“. Zu Emmer: StA, PDM 6708: NSDAP-Sitzungsprotokoll vom 10. 2. 1921. Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 270, S. 449 f.: NSDAP-Mitgliederversammlung am 29. 7. 1921.

¹⁵¹ IfZ, „Protokollheft“, S. 57: Woltereck in Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 23. 9. 1925. Dem Schwabinger Antrag schloß sich auch die Sektion Süd an: StA, Lagebericht 40 (19. 11. 1925), S. 13. IfZ, „Protokollheft“, S. 62: Riederer und Woltereck in Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 1. 10. 1925.

¹⁵² IfZ, „Protokollheft“, S. 65–68, 70 und 78: Berichte Wolterecks in den Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen der Sektion Schwabing von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1925.

des besonderen Status der SA.¹⁵³ Dennoch verlor man in München dieses Projekt nicht aus den Augen. Mitte November 1926 entstand unter dem Vorsitz des Reichsbahnangestellten Barmer in München eine völkische Eisenbahnergewerkschaft, der „Nationale Verkehrsbund“ (NVB). Der Münchner NVB begann im Januar 1927 mit seiner öffentlichen Versammlungstätigkeit, wuchs jedoch von den vier Gründungsmitgliedern nur sehr langsam zu einem kleinen Mitgliederstamm an. Der Bund war der NSDAP zwar nicht unterstellt, doch Himmler verdeutlichte bereits in der Gründungsversammlung 1926, daß der äußerlich neutrale NVB Politik im Sinne Hitlers betreiben werde. Der Sendlinger NS-Sektionsführer Hans Dauser, selbst jahrelang in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung aktiv, bemühte sich, Straßenbahner und Postangestellte für die neue Gewerkschaft zu gewinnen. Gelegentlich hielten Heinrich Himmler und der NS-Reichstagsabgeordnete Hans Dietrich Vorträge.¹⁵⁴ Die Anerkennung des NVB als Parteiorganisation oder seine Umwandlung in eine NS-Gewerkschaft scheiterte jedoch. Die Sondertagungen für Gewerkschaftsfragen auf den NSDAP-Reichsparteitagen 1926 und 1927 konnten sich nicht zur Gründung einer NS-Gewerkschaft entschließen.¹⁵⁵ Im August 1928 verbot die Reichsleitung schließlich endgültig jede Gründung nationalsozialistischer Gewerkschaften, da sie den Zeitpunkt für ein solches an sich „dringend notwendiges“ Unternehmen als nicht geeignet erachtete.¹⁵⁶ Vermutlich hatte der Mißerfolg des NVB, der bereits 1927 auch in München jede Bedeutung verlor, Hitlers Skepsis verstärkt. Bis zur Gründung der Münchner NSBO-Ortsgruppe 1931 sah man nun in der Stadt von weiteren Initiativen ab.

Da die zentrale Parteipropaganda den NS-Frauenorganisationen erst mit dem wachsenden Erfolg der NSDAP ab 1929 eine Bedeutung als Werbefaktor beimaß, vermied der „Völkische Beobachter“ bis dahin nahezu jede Nachricht über die durchaus aktiven Münchner Organisationen. Diese Geringschätzung in den Augen der NS-Führung verhinderte bis 1933 die Entwicklung eines dezidierten NS-Frauenprogrammes.¹⁵⁷ Unbeirrt dadurch, befanden sich über 44 Prozent Frauen – rund die Hälfte davon waren Ehefrauen männlicher Mitglieder – unter den Ersten, die der Münchner NSDAP im Februar 1925 beitraten. Nur allmählich sank dieser Anteil auf knapp 33 Prozent am Jahresende, rund 25 Prozent 1926 und pendelte sich zwischen 1927 und Anfang 1930 bei etwa 16 Prozent ein.¹⁵⁸ Einzig für die Sektion Schwabing erlaubt die Quellenlage, die Arbeit einer Münchner Frauenorganisation ab 1925 genauer zu beschreiben. Vermutlich entwickelte sich diese in den anderen Sektionen sehr ähnlich. Allerdings erwähnen die nun sehr viel knapper berichtenden Schwabinger Sektionstagebücher ab 1926 die auch wei-

¹⁵³ Hitler, Kampf, u. a. S. 373 f. Vgl. auch Orlow, Nazi Party, S. 102 f. Stachura, Wendepunkt, S. 77 f.

¹⁵⁴ StA, PDM 6734: PND 556 über die NVB-Gründungsversammlung am 18. 11. 1926. StA, Lagebericht 54 (4. 2. 1927), S. 20.

¹⁵⁵ VB 153 (3. 7. 1926), „Programm des Reichsparteitages“. Führer zum Reichsparteitag der NSDAP 1927. Orlow, Nazi Party, S. 115, 168 f.

¹⁵⁶ StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 12. Orlow, Nazi Party, S. 134.

¹⁵⁷ Jaschke, Zur politischen Orientierung von Frauen, S. 155 f.

¹⁵⁸ Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 183.

terhin aktive Frauenorganisation nicht mehr. In Schwabing war seit April 1925 eine „Damenriege“ innerhalb der als Sportgruppe „Treuschafft“ getarnten SA der Sektion aktiv und seit Oktober des Jahres ein „Frauenausschuß“. Die Damenriege war vermutlich der Schwabinger Ableger der in der SA-Satzung vorgesehenen SA-Frauenabteilung. Im Dezember 1925 fusionierten beide Organisationen.¹⁵⁹ Frauen arbeiteten von Anfang an in allen Bereichen der Sektion mit. Obwohl formell 1921 und auch nach 1925¹⁶⁰ von allen Führungspositionen der NSDAP ausgeschlossen,¹⁶¹ stellten Frauen in der Schwabinger Sektion auch Vertrauensleute und waren somit Teil der Sektionsleitung.¹⁶² Die weiblichen Mitglieder der Münchner NSDAP spielten zudem eine nicht zu unterschätzende Rolle durch ihren großen Anteil an den Besucherzahlen von NS-Großveranstaltungen, der in einem Fall 1925 nach Polizeischätzungen zwei Drittel der 200–300 Anwesenden ausmachte.¹⁶³

Der überregionale „Deutsche Frauenorden“ (DFO), der bedeutendste der verschiedenen eigenständigen Verbände, die der NSDAP bis 1928 als Ersatz für eine eigene Frauenorganisation dienten, besaß jedoch in München bis 1929 keinen Ableger. Auch dessen seit Sommer 1928 reichsweit aktive Studentenhilfe¹⁶⁴ läßt sich hier nicht nachweisen. Der 1923 von der ehemaligen DVFP-Sekretärin, Elsbeth Zander, in Berlin als Ableger der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ (DVFB) gegründete DFO wurde der NSDAP 1926 nominell und im Januar 1928 organisatorisch angegliedert. Der DFO erhielt nun die Bezeichnung „Rotes Hakenkreuz“, führte allerdings stellenweise auch den alten Namen weiter.¹⁶⁵ Der von der Berliner Hauptgeschäftsstelle – seit 1923 unter der Leitung Zanders – straff zentralistisch gelenkte „Orden“ sah es als sein Ziel, Frauen ab 18 Jahren „vaterländisch“, „sozial“ und „rassebewußt“ zu erziehen. Er bot darüber hinaus eine verkürzte Krankenpflegeausbildung sowie die Unterstützung kinderreicher Familien, Auslandsdeutscher und Vertriebener an.¹⁶⁶ Entsprechend dem nationalsozialistischen Frauenbild war der „Orden“ dennoch keine Parteiorganisation im

¹⁵⁹ IfZ, „Protokollheft“, S. 11, 14, 65: Mitgliederversammlungen der Sektion Schwabing am 23. und 30. 4. 1925 sowie am 15. 10. 1925. Ebenda, S. 78: Vorstandssitzung der Sektion Schwabing vom 8. 12. 1925. HRS II/1, Dok. 31, S. 66: Satzung der SA vom 17. 9. 1926, § 6: Kapitel III.1., Anm. 1.

¹⁶⁰ HRS II/2, Dok. 165, S. 479f. und Anm. 21: Hitler auf dem Nürnberger Parteitag am 20. 8. 1927.

¹⁶¹ Klinsiek, Frau im NS-Staat, S. 207.

¹⁶² Vgl. generell IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“.

¹⁶³ HStA, MInn 81580: Vermerk PDM/VI/N vom 11. 8. 1925.

¹⁶⁴ VB 293 (16./17. 7. 1928), „Aufgaben und Ziele des Deutschen Frauenordens“.

¹⁶⁵ Der DFO nahm erstmals am NSDAP-Reichsparteitag 1926 als „Unterorganisation“ teil und wurde seither von Hitler öffentlich als „die von der NSDAP anerkannte Frauenbewegung“ bezeichnet: VB 258 (7./8. 11. 1926), „Mitteilungen an die Frauen der NSDAP“. Vgl. auch Hitler auf dem NS-Parteitag 1927: Kapitel III.2., Anm. 160. HRS II/2, S. 594, Dok. 214: Anordnung Hitlers vom 2. 1. 1928. StA, Lagebericht 63 (19. 1. 1928), S. 11. VB 20 (15. 2. 1928), „Deutscher Frauenorden“. StA, PDM 6852: Hs. Vermerk PDM/VID vom 14. 2. 1928.

¹⁶⁶ BA, Berlin, R 134/125: RKO-Lagebericht Nr. 123 (15. 10. 1927) mit Anlage (Internes Organisationspapier des DFO, o. w. A.). HRS II/2, Dok. 214, S. 594: Anordnung Hitlers vom 2. 1. 1928.

strengen Sinne. Dies verdeutlichte Hitler auf dem Nürnberger Parteitag 1927, als er den Antrag der Berliner NSDAP, die Frauen der Partei nach dem Schema der SA in Gau und Ortsgruppen zu organisieren und der Parteileitung zu unterstellen, ablehnte. In diesem Fall stelle nämlich das Vereinsgesetz die Frau dem Mann, unter anderem in Bezug auf den Mitgliedsbeitrag oder die Teilnahme an Generalmitgliederversammlungen, gleich. Der Frau gebühre jedoch nicht die Rolle der politischen Leitung, sondern ausschließlich die der „Helferin im Kampfe des Mannes“. Gerade der DFO sei „eine rein caritative Institution [...], die uns ebenso dient, wie die Rote-Kreuz-Schwester der kämpfenden Truppe“.¹⁶⁷ Analog kommentierte Zander die Eingliederung des DFO in die NSDAP 1928, der „Orden“ brauche „den ritterlichen Schutz des deutschen Mannes“.¹⁶⁸

Große Bedeutung für die Münchner NSDAP wie auch für Hitler und die Partei allgemein hatten in den ersten Jahren nach der Wiedergründung 1925 auch eine Reihe von Einzelpersonlichkeiten aus den gehobenen Schichten. Diese Frauen unterstützten Hitler und die Partei z. T. seit 1919 kontinuierlich und begeistert finanziell sowie ideell durch die Vermittlung wichtiger gesellschaftlicher Kontakte. Zu ihnen zählte Elsa Bruckmann, die Frau des Leiters des bekannten Münchner Kunstbuchverlages. Ihre Villa am Karolinenplatz war eines der konservativen gesellschaftlichen Zentren Münchens. Zu diesem Kreis gehörten auch Erna und Helene Hanfstaengl, die Schwester und die Frau Ernst Hanfstaengls. Hanfstaengls Bruder leitete den gleichnamigen ebenfalls hochangesehenen Münchner Kunstverlag. Helene Bechstein, Frau des Berliner Pianofabrikanten Carl Bechstein, lud Hitler immer wieder in ihre Suite im Hotel Bayerischer Hof ein. Bechsteins Firma besaß in der Münchner Johannesstraße 5 eine Filiale, weshalb das Ehepaar Bechstein kurzzeitig im Sommer 1925 in München wohnte.¹⁶⁹ Bekannt für ihre Kontakte zur NSDAP in München wurde Hermine Hoffmann, die Witwe eines Studiendirektors. Nachdem sie vor allem Hitler intensiv mit Geld und Lebensmitteln versorgte und ihre Sollner Villa der Partei als inoffizielles Parteibüro zur Verfügung stellte, erhielt sie den Spitznamen „Hitler-Mutter!“. ¹⁷⁰ In diesem Zusammenhang muß auch die begüterte Arztwitwe Gertrud von Seydlitz genannt werden, die bis 1923 unter anderem den Ausbau des „Völkischen Beobachters“ mit bedeutenden Beträgen unterstützte.¹⁷¹

Sofort nach der Wiedergründung der NSDAP 1925 versuchte der Führer des nationalsozialistischen „Jugendbundes“ aus der Zeit vor 1923, Gustav Lenk, an die alte Organisation anzuknüpfen und gründete im März 1925 die „Deutsche Wehrjugend“ für Jugendliche ab 14 Jahren, die jedoch vorerst nur aus der Ortsgruppe München bestand. Lenk startete sofort rege Aktivitäten, darunter Tages-

¹⁶⁷ Kapitel III.2., Anm. 160.

¹⁶⁸ StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 18: Elsbeth Zander auf der NSDAP-Führertagung am 3. 9. 1928 in München.

¹⁶⁹ HStA, MIInn 81580: PDM/VI/N an MIInn vom 18. 8. 1925. Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 147 ff. Hoser, Tagespresse, S. 808–812.

¹⁷⁰ Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 147 f. Hermine Hoffmann behielt den „Titel“, wurde noch 1943 selbst vom RSM Schwarz als „Mutter Hoffmann“ angeredet: BA, Berlin, PK Schüssler Rudolf: RSM an Leiter Parteikanzlei Bormann vom 4. 3. 1943.

¹⁷¹ Hoser, Tagespresse, S. 811 f. Maser, Frühgeschichte, S. 408.

ausflüge, einen Fackelzug anlässlich des Ludendorff-Geburtstags und eine Filmvorführung „Des Königs Grenadiere“, zu der 70 8- bis 16jährige Buben kamen.¹⁷² Unabhängig hiervon führte manche Sektion auch eigene „Jugendgruppen“.¹⁷³ Zwei Monate nach der Gründung gab Lenk sein Unternehmen auf, nachdem ihm Hitler, aber auch andere völkische Führer, jede Unterstützung versagten¹⁷⁴ und ihm finanzielle Schwierigkeiten¹⁷⁵ sowie persönliche und berufliche Probleme über den Kopf wuchsen.¹⁷⁶ Im Mai 1925 etablierte sich schließlich die vom ehemaligen Freikorpsführer Gerhard Roßbach 1924 in Salzburg gegründete¹⁷⁷ „Schill-Jugend“ als vorläufiger Ersatz für eine NS-Jugendorganisation und behielt diese Position bis 1927.¹⁷⁸ Den Münchner Ableger übernahm Edmund Heines, 1923 Führer einer Münchner SA-Hundertschaft und nun 1925 Bundesleiter der „Schill-Jugend“.¹⁷⁹ Zum Vereinsleben gehörten Wanderungen, Turnübungen, Gruppenabende und die „Ekkehard-Spiele“, bei denen in der Öffentlichkeit Volkslieder und -tänze, mittelalterliche Musikstücke oder auch eine „Schwertweihe“ vorgeführt wurden. Die Ziele der „Schill-Jugend“, insbesondere die Militarisierung der Jugendlichen sowie die antisemitische und gegen den Weimarer Staat gerichtete Indoktrination, deckten sich weitgehend mit der NS-Ideologie.¹⁸⁰

Ende 1926 ging die Bedeutung des Bundes zurück. Heines vernachlässigte den Münchner Verband und wurde schließlich im Zusammenhang mit der SA-Revolution im Mai 1927 aus der NSDAP ausgeschlossen. Damit war die Münchner „Schill-Jugend“ endgültig zerbrochen und die NSDAP in der Stadt erneut ohne Jugendorganisation.¹⁸¹ Die Bemühungen des Stadtschulrats Joseph Bauer, Führer der

¹⁷² StA, PDM 6694: Vermerk PDM/VI vom 11. 4. 1925. StA, Lageberichte 28 (18. 4. 1925) und 31 (27. 5. 1925). VK 61 (4. 3. 1925), „Aufruf zur Wiederbegründung der nationalsozialistischen Jugendbewegung!“.

¹⁷³ IfZ, „Protokollheft“, S. 14: Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 30. 4. 1925.

¹⁷⁴ StA, Lageberichte 28 (18. 4. 1925) und 31 (27. 5. 1925). StA, PDM 6694: Karl Haas, Landesleiter Preußen der „Nationalsozialistischen Jugendbewegung“ an Lenk am 23. 4. 1925.

¹⁷⁵ StA, PDM 6694: Vermerk PDM/VI vom 2. 3. 1925.

¹⁷⁶ StA, PDM 6694: Rechtsanwalt Meyer an Lenk vom 16. 4. 1925. Ebenda: „Eichborn/Schlageter-Jugend“ Augsburg an Lenk vom 20. 4. 1925.

¹⁷⁷ StA, PDM 6695: Polizeidirektion Bremen an PDM vom 14. 2. 1929.

¹⁷⁸ Am 6. 5. 1925 anerkannte Hitler die Schilljugend als offizielle Jugendbewegung der NSDAP und veröffentlichte das Ausscheiden Lenks: HRS I, Dok. 43, S. 79. Daher lehnte Bouhler die Versuche eines ehemaligen Münchner Unterführer Lenks, eine eigene NS-Jugendgruppe aufzubauen, ab, BA, Berlin, NS 51/59: Fritz Winkler an Parteileitung vom 16. 9. 1925 und Antwort Bouhlers vom 23. 9. 1925. Nach der Gründung der HJ im Sommer 1926 gab der VB am 16. 10. 1926 bekannt, daß die Schilljugend künftig kein „Bestandteil der NSDAP“ mehr sei.

¹⁷⁹ Zu Heines vgl. auch Kapitel II.4., Anm. 128 und 134 sowie Kapitel III.2., Anm. 139.

¹⁸⁰ StA, PDM 6695: Polizeidirektion Bremen an PDM vom 14. 2. 1929. Ebenda: Satzungen der Schill-Jugend e.V. vom September 1925. StA, Lagebericht 71 (28. 11. 1928), S. 13.

¹⁸¹ Ende der zwanziger Jahre, nachdem Überalterung und Mitgliederschwund den Bund vollkommen bedeutungslos gemacht hatten, fusionierte Roßbach die deutsche „Schill-Jugend“ mit den Resten der Nachfolgeorganisation des Freikorps Roßbach im „Bund Ekkehard e.V. (Schilljugend)“; StA, PDM 6695: Protokoll der Hauptversammlung der Schilljugend am 21. 5. 1929 in Arnstadt/Thüringen. StA, Lagebericht 90 (8. 4. 1930), S. 17.

Münchner NSDAP-Sektion Süd und später Leiter des Münchner NS-Lehrerbundes, eine HJ-Ortsgruppe aufzubauen, hatten jedoch erst im November des Jahres Erfolg.¹⁸² Die Gründung einer nationalsozialistischen Jugendbewegung war bereits auf dem NSDAP-Reichsparteitag im August 1926 beschlossen worden. Diese „Hitlerjugend“ (HJ) war seit Ende November 1926 der SA unterstellt und besaß ein eigenes Organ, die „Hitlerjugend-Zeitung“. Obwohl die HJ offiziell 10–18jährige „arische“ Jungen zum Nachwuchs der Partei erziehen sollte, entstand eine NS-Organisation für Kinder im schulpflichtigen Alter erst 1930.¹⁸³ Wenige Monate auf die Gründung der Münchner HJ Mitte November 1927¹⁸⁴ folgte die Münchner „Schwesternschaft der HJ“.¹⁸⁵ Diese HJ-Mädchenorganisation war mit ihrer Zeitschrift „Sturmjugend“ bereits seit 1927 reichsweit aktiv.¹⁸⁶ Die HJ, die nicht-schulpflichtige Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren aufnahm, hatte, der Münchner Polizei zufolge, vorerst nur wenig Anziehungskraft und weckte keine „besondere Begeisterung in nationalsozialistischen Kreisen“.¹⁸⁷ Nach ihrer Umorganisation im Frühjahr 1928 umfaßte die der HJ-Landesleitung Bayern unterstellte Münchner HJ unter der Führung des Studenten Horst Raecke und nun als „Jung-Standarte“ titulierte, mit fünf Sektionen das Stadtgebiet und die „nächste Umgebung“, vermutlich den Bezirk München-Land.¹⁸⁸ Raeckes Stellvertreter, Emil Klein, gelang innerhalb weniger Monate ein rasanter Aufstieg bis zum Führer des HJ-Gaues Südbayern, dem die Münchner HJ seit Mai 1928 unterstellt war. Dieser Gau gehörte neben den Gauen Niederbayern-Oberpfalz, Mittelfranken und Mainfranken zum HJ-Verband Bayern.¹⁸⁹

Die seltenen öffentlichen Aktivitäten in den ersten Jahren bestanden meist aus gemeinsamen Feiern der Stadtviertelverbände oder dem Besuch politischer Schulungsabende. Um möglichst viele Besucher anzuziehen, gestaltete die Organisation ihre erste eigene Weihnachtsfeier 1928 sehr aufwendig mit Gedichten, Vorträgen sowie kleinen Theaterstücken und Musikdarbietungen.¹⁹⁰ Doch trotz aller „Vereinsmeierei“ stand die HJ der Mutterpartei an Radikalität in nichts nach und attackierte z. B. Jugendliche aus katholischen Einrichtungen gegebenenfalls auch mit den Fäusten.¹⁹¹

Von 1922 bis zu ihrer Auflösung 1924/1925 war in München bereits eine rechtsradikale Studentenorganisation aktiv, die „Völkische Finkenschaft“. Diese ver-

¹⁸² StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 16.

¹⁸³ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 20. Ebenda 52 (15. 11. 1926), S. 22. StdA, BuR 452/13: Satzungen der HJ vom 1. 7. 1927. Vgl. auch: Longerich, Braune Bataillone, S. 53. Zum NSS vgl. Kapitel IV.2.

¹⁸⁴ VB 265 (17. 11. 1927), „Parteigenossen, schickt eure Kinder in die HJ“. NS-Jahrbuch 1927, S. 91.

¹⁸⁵ HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“. München 1943, S. 5.

¹⁸⁶ Leonhart, Wir arbeiten auf lange Sicht, S. 190.

¹⁸⁷ StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 16.

¹⁸⁸ Ebenda 65 (21. 3. 1928), S. 23. Ebenda 69 (31. 8. 1928), S. 15.

¹⁸⁹ Ebenda 67 (13. 6. 1928), S. 14. Ebenda 71 (28. 11. 1928), S. 23.

¹⁹⁰ IfZ, MA 738: Programm der Feier am 15. 12. 1928.

¹⁹¹ Vgl. den Vorfall während des Reichstagswahlkampfes im Mai 1928: BK 142 (21. 5. 1928), „Eine völkische Heldentat“. StA, PDM 6745: Polizeibericht 23. Bezirk vom 21. 5. 1928.

suchte sich vor allem durch sensationsheischende Aktionen gegen jüdische Professoren bzw. deren Berufung und durch die Forderung nach einem antijüdischen Numerus clausus zu profilieren.¹⁹² Die „Finkenschaft“ lieferte die erste Mitgliederbasis für die im Mai 1925 an der Münchner Hochschule entstandene „Sektion München“ nationalsozialistischer Studenten.¹⁹³ Im Februar 1926 gründeten die Studenten Wilhelm Tempel und Helmuth Podlich in München schließlich offiziell den reichsweit operierenden „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ (NSDStB).¹⁹⁴ Tempel übernahm den Vorsitz des Bundes und zugleich der Münchner Ortsgruppe¹⁹⁵ und warb nun in den Sektionsversammlungen intensiv für seine Organisation.¹⁹⁶ Im Februar 1927 entstand auch eine NSDStB-Gruppe an der Münchner Technischen Hochschule mit vorläufig zehn Studenten.¹⁹⁷ Nachdem die Freisinger NS-Hochschulgruppe, bislang ein Ableger der Münchner NSDStB-Hochschulgemeinde (HGM), im Juli 1928 selbständig wurde,¹⁹⁸ bestand die HGM künftig bis 1933 aus den beiden Sektionen Universität und Technische Hochschule.¹⁹⁹ Unter den 25 Mitgliedern der HGM im Frühjahr 1926²⁰⁰ waren nur sechs gebürtige Münchner. Neben Tempel fanden sich in dieser Gruppe etliche künftige Führungspersonlichkeiten, darunter Max Kurz, 1927 Führer der HGM, Gerd Rühle, 1932/1933 NSDStB-Reichsführer, und Baldur von Schirach, 1928 Führer der HGM und schließlich Reichsführer des NSDStB. Von den Studienrichtungen waren sieben Juristen vertreten, vier Mediziner, sieben Geisteswissenschaftler, je zwei Ingenieure und Forstwirtschaftler und je ein Student der Kunst, der Pharmazie und der Chemie. Bereits im Dezember 1926 übergab Tempel die Führung der HGM an Kurz und konzentrierte sich auf die Reichsleitung des NSDStB. In der Folge wechselten sich in München hintereinander drei HGM-Führer ab, die gewöhnlich von ihrem Vorgänger dem Reichsleiter vorgeschlagen, gelegentlich auch von der HGM gewählt wurden. Im Februar 1928

¹⁹² Frankfurter Zeitung 432 (14. 6. 1923), „Ein Übergriff der ‚Völkischen Finkenschaft‘ in München“. VB 116 (15. 6. 1923), „Zur Verjudung der Münchner Universität“. Die Quellen belegen die Weiterexistenz nach 1924 nicht.

¹⁹³ StA, Würzburg, RSF II/14: hs. Notiz eines unbek. Nationalsozialisten vom 28. 5. 1925.

¹⁹⁴ Grüttner, Studenten, S. 20.

¹⁹⁵ StA, Würzburg, RSF II 10: Sekretariat Universität München an Tempel vom 8. 2. 1926.

¹⁹⁶ StA, PDM 6733: PND 529 (8. 3. 1926) und 539 (3. 7. 1926); vgl. auch IfZ, „Protokollbuch“, S. 67: Mitgliederversammlungen der Sektion Schwabing 1926.

¹⁹⁷ StA, Würzburg, RSF II/47 b: HGM-Führer Bergemann an NSDStB-RL vom 14. 2. 1927. Das NS-Jahrbuch 1927 registrierte diesen Verband jedoch noch nicht.

¹⁹⁸ StA, Würzburg, RSF II/10: NSDStB-RL an Führer Sektion Freising des NSDStB vom 12. 7. 1928.

¹⁹⁹ Vgl. u. a. UAM, G XVI-28: Politische Vorgänge an der Universität München 1929–1930 (Korrespondenz HGM mit der Universitätsleitung). Auch: UAM, G XVI-37/1: Politische Betätigung der Studentenschaft 1925–1933.

²⁰⁰ Im Folgenden: StA, Würzburg, RSF II/17: „Mitgliedsbuch des NSDStB, geführt von Helmuth Podlich, Werdau“ o. w. A.; da hier die Anfang 1927 gegründete NSDStB-Gruppe der TH München noch nicht erwähnt ist, gilt als Datierung das Jahr 1926. Zu Kurz: vgl. u. a. NS-Jahrbuch 1927. Zu Rühle: Tyrell, Führer befehl, S. 360. Zu Schirach: StA, Würzburg, RSF II/10: Fotografie des „Gründungstisches“ des NSDStB München mit eingeritzten Namenszügen. Wortmann, Schirach, S. 246–257. Kapitel III.4.

trat Schirach die HGM-Leitung an.²⁰¹ Wenig später wurde er schließlich, nachdem ihm Hitler anlässlich des Rücktritts von Tempel bereits Anfang Juni 1928 provisorisch dieses Amt übertragen hatte, von den NS-Hochschulgruppen zum neuen NSDStB-Reichsführer gewählt. Erst jetzt wechselte der Sitz der NSDStB-Reichsleitung von Leipzig nach München.²⁰²

Tempel wie auch sein Nachfolger Kurz legten den Schwerpunkt auf die Propaganda und versuchten den Bund in München mit aufsehenerregenden Aktionen nicht zuletzt gegen den Münchner Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) bekannt zu machen.²⁰³ Bis 1928 wurden neben den regelmäßigen Mitgliederversammlungen jährlich drei bis vier Massenversammlungen in den großen Münchner Sälen inszeniert. Diese stießen trotz größerem Werbeaufwand, mit Ausnahme der Großversammlungen unmittelbar vor den AStA-Wahlen im Herbst, meist auf nur sehr geringe Resonanz.²⁰⁴ Im Wahlkampf 1928 steigerte der Münchner NSDStB sein propagandistisches Engagement erheblich und investierte, unbeirrt um das entstehende Kassendefizit von 50 Mark, seine gesamten personellen und finanziellen Ressourcen, rund 200 Mark, für die Verteilung von Schriftmaterial.²⁰⁵

Unter Tempel steuerte der NSDStB, vermutlich auch in München, einen stark antibürgerlichen, antikapitalistischen und pseudosozialistischen Kurs und engagierte sich vehement gegen den Kastengeist vieler Korporationen sowie für eine Öffnung der Universitäten zugunsten der Arbeiterschichten.²⁰⁶ Schirach setzte sowohl in München als auch in der Bundesleitung neue Schwerpunkte, d. h. auf ein eher bürgerliches Gepräge. Zugleich reduzierte er die radikale Kritik an den Korporationen, um nicht durch die ständige Konfrontation mit diesen Verbänden, die das gesamte Studentenwesen dominierten, den Erfolg des NSDStB an den Hochschulen zu untergraben.²⁰⁷ Schirach, begeistert vom nationalsozialistischen Propagandaideal einer Verbindung von „Kopfarbeiter“ und „Handarbeiter“, brachte binnen kurzem nahezu sämtliche Münchner NSDStB-Mitglieder dazu, der SA beizutreten.²⁰⁸ Der Streit um die „Clubräume“ der HGM illustriert die differie-

²⁰¹ Hierzu auch Kapitel III.4.

²⁰² StA, Würzburg, RSF II/47 b: Schriftleiter HGM an HG Kiel vom 20. 6. 1928. Ebenda, RSF II/10: Kanzlei Adolf Hitler an die Hochschulgruppen des NSDStB vom 11. 7. 1928. StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 15. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Tempel und Schirach: Kapitel III.4.

²⁰³ StA, Würzburg, RSF II/14: NSDStB-RL an AStA Universität München vom 14. 6. 1926 und Antwort AStA vom 18. 6. 1926. StA, Würzburg, RSF II/47 b: HGM-Führer an NSDStB-RL vom 4. 3. 1927.

²⁰⁴ StA, PDM 6737 und 6740: Polizeiberichte über die HGM-Versammlungen 1926–1928. HRS II/2, Dok. 195, S. 550.

²⁰⁵ StA, Würzburg, RSF II/47 b: Schirach an NSDStB-RL vom 8. 6. 1928.

²⁰⁶ Grüttner, Studenten, S. 20.

²⁰⁷ Grüttner, Studenten, S. 21. Heiber, Universität, S. 45. Wortmann, Schirach, S. 249.

²⁰⁸ StA, Würzburg, RSF II/17: Schirach an Tempel vom 25. 2. 1928. Ebenda, RSF II/47 b: HGM an Tempel vom 9. 6. 1928. Der ideologische Kurs des NSDStB unter Schirach folgte der Parteilinie. Der Bund bekämpfte den Versailler Vertrag ebenso wie den Young-Plan, trat für die Stärkung des „Wehrwillens“ sowie die Entfernung der Juden von den Hochschulen ein und forderte, die wissenschaftliche Forschung auf die im nationalsozialistischen Sinne definierten Volksinteressen auszurichten; dies beinhaltete die Einrichtung von Lehrstühlen für „Rassenkunde“ und „Wehrwissenschaft“: Grüttner, Studenten, S. 22.

renden ideologischen Schwerpunkte Tempels und Schirachs. Im Mai 1928 richtete die HGM, um ihr Binnenleben und die persönlichen Verbindungen zu intensivieren und dadurch den Studenten ein Heimatgefühl zu vermitteln, „Clubräume“ ein; dies waren ein Empfangsraum, eine Bibliothek, das Schlafzimmer des HGM-Führers, Wohnraum für weitere drei HGM-Funktionäre und ein „Damenzimmer“. Schirach hegte hochfliegende Pläne und wollte der HGM damit als „einem geistigen Mittelpunkt im akademischen Leben Münchens“ zu starkem Einfluß auf die Münchner Gesellschaft verhelfen. Dazu waren auch Vortragsabende vorgesehen unter anderem mit Rosenberg, Buttmann und Klagges sowie Abende für die SA.²⁰⁹ Tempel dagegen lehnte dies als Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft scharf ab und versuchte es mit allen Mitteln zu verhindern. Derartiges passe zu einer wissenschaftlichen Gesellschaft, nicht aber zum NSDStB; ein „Damenzimmer“ sei mit dem Geist einer Jugend- und Wehrbewegung unvereinbar.²¹⁰

Entsprechend der allmählichen Öffnung der Partei gegenüber neuen Zielgruppen initiierte Alfred Rosenberg, führender Parteideologe und Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, auf dem Reichsparteitag im August 1927 die Gründung einer „Nationalsozialistischen wissenschaftlichen Gesellschaft“. Nach deren Auflösung gründete er im Mai 1928 den „Kampfbund für deutsche Kultur“. Diese Sammlungsorganisation für rechtskonservative Prominente suchte kulturpolitischen Einfluß und neue Sympathisanten im gehobenen Mittelstand für die NSDAP zu gewinnen.²¹¹ Das Bundesorgan, die Zeitschrift „Weltkampf“, umriß als Ziele die Verteidigung der „Werte des deutschen Charakters“, den Kampf gegen die künstlerische Moderne und die Aufklärung über angebliche Zusammenhänge zwischen Rasse, Kunst, Wissenschaft und „sittlichen und soldatischen Werten“. Der NSDAP-Beitritt wurde zur „Bedingung“ gemacht.²¹² Die Zusammensetzung der Unterstützer zeigte ausschnittsweise die Verbindungen der NSDAP zum Münchner Großbürgertum. So gehörten zum Mitarbeiterkreis der Verleger Lehmann und der evangelische Dekan Lambert. Im Vorstand saßen Theodor Becher, das Ehepaar Bruckmann, Regierungsrat Dr. Friedrich Dörnhöfer, General Epp, Lehmann und Rosenberg. Den Gründungsauftrag hatten Graf Heinrich Luxburg, der Schriftsteller Dr. Georg Lange sowie die Professoren Fritz Behn (Bildhauer), Carl Cornelius (Kunsthistoriker) und Hermann Groeber (Maler) unterzeichnet.²¹³ Trotz dieser Prominenz verzeichnete die Organisation in München keinen besonderen Erfolg und entfaltete vor 1929 keine größeren öffentlichen Aktivitäten.

²⁰⁹ StA, Würzburg, RSF II/14: Schirach an NSDStB-RL vom 20. 4. 1928. Ebenda, RSF II/17: Schirach an Tempel vom 25. 2. 1928. Ebenda, RSF II/10: Rschr Schirach/NSDStB-RL vom Juli 1928.

²¹⁰ StA, Würzburg, RSF II/14: NSDStB-RL an Schirach vom 27. 4. 1928. Vgl. auch Kapitel III.4.

²¹¹ Tyrell, Führer befehl, S. 229, 357. Lt. Orlow lag die Gründung im Oktober 1927: Ders., Nazi Party, S. 118.

²¹² Weltkampf 53 (Mai 1928). StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 13. Vgl. auch ebenda 61 (24. 11. 1927), S. 18.

²¹³ Weltkampf 55 (Juli 1928). Ebenda 6 (1929), S. 23 f. StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 13. Ebenda 73 (31. 1. 1929), S. 18 f. Zu Lambert: Kapitel I.2.

Ähnliches galt auch für den NS-Juristenbund, der im Anschluß an die NSDAP-Führertagung vom 3. September 1928 entstanden war.²¹⁴ Dessen Geschäftsführer und Leiter, der Münchner Rechtsanwalt Hans Frank, war 1919/1920 in Freikorps Epp und Thulegesellschaft und schließlich 1921 bis 1923 als Mitglied der NSDAP und SA aktiv gewesen. Ein Jahr nach seinem Wiedereintritt in die NSDAP 1925 trat er aus Ablehnung der Haltung Hitlers in der Südtirolfrage aus, wurde jedoch 1928 erneut Parteimitglied. Seit Oktober 1927 wieder in München als Jurist niedergelassen, engagierte er sich als Verteidiger von Parteimitgliedern und zugleich ab 1. Oktober 1927 als 2. Beisitzer im USchLA der Reichsleitung. Frank war von 1928 bis 1942 Leiter des Bundes der NS-Juristen, bis 1929 hatte er auch die Geschäftsführung inne.²¹⁵ Der Bund vertrat die NSDAP und ihre Mitglieder in allen politischen Rechtsfragen und versuchte die Anwälte, die im Reich Nationalsozialisten in „politischen“ Verfahren verteidigten, zu vereinen. Gleichzeitig dokumentierte er aus historiographischen Erwägungen und um Erfahrungen mit Präzedenzfällen zu gewinnen, alle entsprechenden Vorfälle und Verfahren. In den dreißiger Jahren entwickelte sich der Bund zur Sammlungsorganisation für nationalsozialistische Volkswirtschaftler, Juristen und Verwaltungsbeamte.²¹⁶ Die Gründung sollte zugleich Frank entlasten, der bis dahin einen erheblichen Teil der seit 1927 steigenden Prozeßflut übernommen hatte. Frank schätzte die Zahl aller Verfahren in Deutschland im Zeitraum von 1925 bis 1933 auf rund 40000. Allein in 150 Prozessen hatte Frank nur Hitler vertreten.²¹⁷ Die Geschäftsstelle befand sich im November 1928 in der Barerstraße 57 und wurde im April 1930 in die Wohnung des seit 1929 amtierenden Geschäftsführers und Mitbegründer des Juristenbundes, Dr. Walter Maria Reiter, in der Dachauer Straße 19 verlegt.²¹⁸ Reiter, gebürtiger Würzburger, arbeitete als Jurist in der Kanzlei Franks im selben Haus.²¹⁹

Mit der Absicht, künftig verstärkt in militärischen Kreisen Anhänger für die NSDAP zu gewinnen und die Reste der sich auflösenden Wehrverbände, insbesondere die von Ludendorffs Führungsstil enttäuschten ehemaligen TBB-Mitglieder, aufzufangen,²²⁰ gründete Ernst Röhm, nach langem Rückzug aus der

²¹⁴ StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 18. HRS, Dok. 23, S. 65: Aufruf Hitlers im VB am 13. 9. 1928. Zum Juristenbund generell: Sunnus, NS-Rechtswahrbund, S. 21 ff. und 51–54.

²¹⁵ Vgl. u. a. StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 20. Ebenda 72 (17. 12. 1928), S. 8. Kleßmann, Frank, S. 41 f. Tyrell, Führer befehl, S. 356 f.

²¹⁶ StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 8. Vgl. Kapitel IV.2.

²¹⁷ Frank, Im Angesicht des Galgens, 69 ff.

²¹⁸ VB 272 (22. 11. 1928), „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“. VB 208 (8./9. 9. 1929), „Nationalsozialistischer Deutscher Juristen-Bund“.

²¹⁹ BA, Berlin (chem. BDC), OPG-Akte Reiter Walter, Maria.

²²⁰ Heftige Querelen innerhalb des TBB führten im Sommer 1928 u. a. in München zum Austritt der ARF und einiger weiterer Führungskräfte aus dem TBB, darunter als prominenteste Hauptmann Kraußner, der Münchner Ortsgruppenführer der ARF, und Baron von Thüngen, der Ortsgruppenführer des Münchner DVOB: StA, PDM 6866: PND 623 über die Versammlung der ARF am 25. 7. 1928. Ebenda, PND 632 über die „Wiedersehensfeier“ ehemaliger Angehöriger der RKF am 28. 10. 1928. Vgl. auch VB 242 (17. 10. 1928), „Ehemalige Reichskriegsflagge“.

politischen Öffentlichkeit, Ende November 1928 die „Wehrpolitische Vereinigung“ (WPV). Ursprünglich als Neuauflage der „Reichskriegsflagge“ geplant, entstand unter Röhm's Vorsitz zuerst ein „Flaggenklub“ und schließlich die WPV.²²¹ Röhm wollte hier die nationalsozialistische Orientierung anbieten, die er in den etablierten Standes- und Traditionsverbänden für Offiziere vermißte, und plante als Themengebiete „wehrpolitische Schulung und Willensbildung“ und den „Wiederaufbau eines nationalen Wehrstaates“.²²² Konstantin Hierl, bis Ende 1927 Führer des TBB-Landesverbandes Süd und von Februar 1929 bis Mitte 1930 Führer der WPV,²²³ umschrieb deren Aufgabe auf dem ersten WPV-Treffen Ende 1928 auch als „geistige Bearbeitung des Grenzgebietes zwischen Politik und Kriegführung“. Sein Vortragstitel „Vom kommenden Krieg“ spiegelte treffend die Geisteshaltung der Vereinigung. Röhm sah die nur zum Schein parteipolitisch ungebundene WPV als ideale Möglichkeit, Anhänger der Wehrverbände allmählich in die NSDAP zu überführen, ohne daß diese zunächst aus ihren Verbänden austreten mußten. Den Kern der WPV bildeten die Reste der ehemaligen Röhm'schen „Reichskriegsflagge“, zu dem bald auch Epp, Hierl und der NSDStB-Aktivist Friedrich Haselmayr hinzustießen.²²⁴ Überraschend zog sich Röhm jedoch bereits kurz nach der Gründung von allen politischen Aktivitäten zurück und wanderte Anfang Dezember 1928 nach Südamerika aus.²²⁵ So fand das erste Treffen der Vereinigung am 12. Dezember 1928 im Wittelsbacher Garten ohne Röhm statt; hier war ein breites Spektrum des Münchner Rechtsradikalismus anwesend: Nationalsozialisten, Mitglieder der Roßbach-Organisationen, des „Wehrwolf“, der „Reichskriegsflagge“ und des ehemaligen „Deutschvölkischen Offiziersbundes“, Studenten und auch Hitler.²²⁶

²²¹ StA, PDM 6874: PND 640: Versammlung der WPV am 12. 12. 1928.

²²² StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 11.

²²³ Kapitel III.5., Anm. 98.

²²⁴ StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 11. VB 292 (15. 12. 1928), „Vom kommenden Krieg.“

²²⁵ Nach seinem Rücktritt 1925 war Röhm erst im Sommer 1928 wieder mehr für die NSDAP aktiv geworden: StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 12, und 71 (28. 11. 1928), S. 17.

²²⁶ StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 11.

3. Ringen um die Durchsetzung – Propaganda und Vereinsleben

Die frühen Jahre 1925–1927

Die Parteileitung stellte sich beim Wiederaufbau der NSDAP 1925 zwei grundlegende Aufgaben: Einmal, entsprechend Hitlers „Mein Kampf“ bzw. den Februar-Richtlinien eine zentralistische Parteiorganisation durchzusetzen, und zum anderen, die Begeisterung der Anhänger wieder zu entfachen.¹ Durch die alleinige Zuständigkeit der Hauptgeschäftsstelle für die Parteibeiträge² und des RSM für das Beitragswesen war der Grundstock für die Zentralisierung gelegt. Darüber hinaus versuchten Bouhler und May, der inoffizielle Propagandaleiter der Partei, mit Memoranden die Stellung der Reichsleitung auszubauen und verlangten von den Regionalorganisationen regelmäßige Tätigkeitsnachweise.³ Die Unterordnung der Münchner Nationalsozialisten unter Hitler war im Frühjahr 1925 weitgehend gesichert.⁴ Während sich nun die städtische Binnenorganisation entfaltete, galt es, die Parteibasis für Propagandakampagnen zu organisieren und das Anhängerpotential auszubauen.

Die Reichspräsidentenwahl im März/April 1925

Die anstehende Reichspräsidentenwahl bot sich hierfür als idealer Anlass an. Nach dem plötzlichen Tod des ersten Weimarer Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, am 28. Februar 1925 entschied sich Hitler dafür, die Partei in der kommenden Wahl zu engagieren, und gewann Ludendorff als Kandidaten.⁵ Damit unterstrich er zugleich seine Entscheidung für den „parlamentarischen Weg“ zur Machtübernahme und gegen einen Gewaltstreich.⁶ Trotz der defizitären organisatorischen und finanziellen Vorbereitung entschied sich Hitler für eine Beteiligung am Wahlkampf, da dieser der Parteibasis ein erstes gemeinsames Ziel sowie einen

¹ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 49. Hitler, *Kampf*, S. 378–383.

² HRS I, Dok. 4, S. 7–9: „Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP“ vom 26. 2. 1925.

³ Bouhlers Memorandum vom 25. 5. 1925 an die Ortsgruppenführer im Reich übermittelte detaillierte Organisationsinstruktionen, forderte genaue Angaben über Stärke, Propagandaplanung und Organisationsstand und drohte Ortsgruppen, die dem nicht Folge leisteten, den Parteiausschluß an: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 49–52. Vgl. auch Mays sehr ähnliche Anweisung: VB 101 (28. 7. 1925), „Achtung! An die Ortsgruppen der NSDAP“.

⁴ StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44f. Motzet, *NSDAP*, S. 22.

⁵ Vgl. die Aufrufe Hitlers im VB: HRS I, Dok. 13 und 14, S. 39–45. Horn, *Marsch*, S. 217.

⁶ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 78f. Pridhams Argumentation überzeugt hier mehr als Orlows spekulative These, die auch Anheier und Neidhart übernehmen, daß Hitler sich erst Ende 1927 endgültig für den parlamentarischen Weg entschieden und zuvor erwartet habe, daß die Regierung angesichts einer wachsenden Massenunterstützung für die Partei und deren effektive Organisation freiwillig die Macht aus den Händen geben werde: Orlow, *Nazi Party*, S. 89f. Anheier/Neidhart, *Konjunktoren*, S. 623, 629. Das zurückhaltende Auftreten Hitlers und der Partei in München (beim Aufbau der SA oder auch in der verbalen und handgreiflichen Aggressivität) bestätigt Pridham nachhaltig: Kapitel III.1.–3.

wichtigen Motivationsschub verschaffen konnte und möglicherweise den bislang fernstehenden Ludendorff-Anhängern den Weg zur NSDAP bahnte. Glaubt man völkischen Presseberichten, so führte die Entscheidung der DVFP und der meisten völkischen Organisationen für Jarres als Kandidaten bereits zu entsprechenden Übertritten bayerischer deutschvölkischer Gruppierungen. Durch die Wahl ließ sich zudem die Stärke der verbliebenen Anhängerschaft bzw. der Neugründung abschätzen.⁷ Sie gab Hitler unter Umständen auch die Gelegenheit, sich des Konkurrenten Ludendorff auf elegante Weise zu entledigen. Nachdem dieser durch seine radikale Gegnerschaft gegen die katholische Kirche⁸ und seinen öffentlichen Streit mit Kronprinz Rupprecht Anfang November 1924 erheblich an Popularität verloren hatte,⁹ drohte ihm insbesondere bei den bayerischen Wahlergebnissen eine herbe Niederlage, die sein Ansehen und seinen Einfluß beträchtlich schmälern würden. Eben aus diesem Grund unterstützte die DVFP die Kandidatur des DNVP-Kandidaten.¹⁰ Selbst Polizeibeobachter bewerteten es als längst geplanten Schachzug, als Hitler Ludendorff nach dem ersten Wahlgang am 29. März 1925 fallen ließ und seine Partei zur Unterstützung Hindenburgs aufforderte. Tatsächlich beendete die Reichspräsidentenwahl den großen Einfluß Ludendorffs innerhalb der völkischen Organisationen. Er war künftig kein ernsthafter Rivale mehr für Hitler.¹¹

Die Nationalsozialisten waren einen Monat nach der Wiedergründung der Partei im Reich wie auch in Bayern auf einen Wahlkampf zwangsläufig zu wenig vorbereitet.¹² Selbst für den zweiten Wahlgang am 26. April 1925 war die Zeit zu knapp. Da noch kein funktionierender Propagandaapparat existierte, übernahm die Propagandaabteilung des „Völkischen Beobachters“ diese Aufgaben. Zur zentralen Steuerung des Wahlkampfes und zur Mobilisierung der Parteibasis wurden Ende März die bereits erwähnten (in München nicht tätigen) Propagandazellen und Wahlausschüsse bei allen Ortsgruppen im Reich angeordnet.¹³ In München stellten die Sektionen Wahllobmänner auf und ließen ihre Mitglieder Plakate und Agitationsmaterial verteilen.¹⁴ Um die Partei im Reich möglichst schnell zu erreichen, veröffentlichte die Reichsleitung am 25. und 28. März eine Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ als Wahlzeitung. Die hier abgedruckten 20 verschiedenen Flugblätter hatte die Parteibasis zu vervielfältigen. Diese Schriften wandten sich vor allem an die Arbeiterschichten, Soldaten und Kriegsbeschädigten.¹⁵ Mangels Quellen läßt sich nur wenig über den finanziellen Aufwand der

⁷ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44. Horn, *Marsch*, S. 217f. Lagebericht 27 (2. 4. 1925), S. 10.

⁸ Kapitel III.1., Anm. 25.

⁹ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44. Benz, *Berichte*, S. 166f.: Held und Gürtner zu Moser am 3.11. bzw. 6. 11. 1924.

¹⁰ Horn, *Marsch*, 218.

¹¹ StA, Lagebericht 27 (2. 4. 1925), S. 11. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44.

¹² So auch Pridham, *Hitler's Rise*, S. 44.

¹³ HRS I., Dok. 15, S. 46: „Anordnung der Parteileitung der NSDAP“ vom 21. 3. 1925.

¹⁴ So etwa die Sektion Schwabing in ihrer Mitgliederversammlung am 26. 3. 1925: StA, PDM 6733: PND 500.

¹⁵ HRS I., Dok. 15, S. 46: „Anordnung der Parteileitung der NSDAP“ vom 21. 3. 1925. Ebenda, Dok. 19–32 (S. 52–66), Dok. 34–39 (S. 67–72); vgl. insbes. Dok. 32 (S. 64 ff.): Aufruf im VB vom 25. 3. 1925.

Münchener Sektionen für die Wahl 1925 aussagen. Die Sektion Schwabing etwa notierte in ihrem Kassenbuch nach der Wahl rund 100 RM Schulden und hatte fast 90 RM für die SA, für die Benutzung eines Kraftfahrzeuges sowie für Telefonrechnungen bezahlt¹⁶ und der Reichsleitung 120 RM für zugesandte Flugblätter überwiesen.¹⁷ Möglicherweise wurden auch bestimmte Spendensammlungen direkt mit der Reichsleitung abgerechnet und daher nicht im Kassenbuch vermerkt. Das Schwabinger Beispiel zeigt, daß die insgesamt aufgewandten Gelder im Falle solcher gutsituerter Sektionen nicht unerheblich gewesen sein dürften. Hitler hatte ja von sämtlichen Ortsgruppen der Partei und somit auch von München verlangt, von den bereits genannten Sondernummern des „Völkischen Beobachters“ „aus eigenen Mitteln“ mindestens 10000 Stück drucken und verbreiten zu lassen.¹⁸

Neben den Zeit- und Organisationsdefiziten störte auch das Redeverbot, das Hitler seit seinem radikalen Auftritt in der Wieder Gründungsversammlung auferlegt bekam, den NS-Wahlkampf in Bayern und München empfindlich. Bereits für den 10. März 1925 wurden fünf Massenversammlungen verboten,¹⁹ und auch im übrigen Wahlkampf brachte die Münchner NSDAP nur sieben weitere Großveranstaltungen zustande, darunter am 20. April 1925 eine gut besuchte Versammlung im Bürgerbräu anlässlich Hitlers Geburtstag.²⁰ Entsprechend geriet das Wahlergebnis, das an späterer Stelle ausführlicher diskutiert werden wird, auch in München zur schweren Niederlage für den nationalsozialistischen Kandidaten. Dies war, allem taktischen, gegen Ludendorff gerichteten Kalkül zum Trotz, kein ermutigender²¹ Start für die Münchner NSDAP, nur wenige Monate nach ihrem Neubeginn.

Propaganda im Alltag

Sofort nach der Wahl bemühten sich Sektionen und Reichsleitung mit Veranstaltungen und Propagandaschriften um die frühere Mitgliedschaft aus den Jahren vor 1925 und zugleich um neue Anhänger. Grundsätzlich verbreiteten die Stadtteilorganisationen 1925 bis 1933 auch außerhalb der Wahlkämpfe das ganze Jahr über Flugblätter, Handzettel oder Plakate.²² Mit Ausnahme etlicher von den

¹⁶ KHB, Bl. 7, Eintragungen vom 24.3., 26.3., 2.4., 16.4. und 23. 4. 1925. StA, PDM 6733: Polizeibericht über den Sprechabend der Sektion Schwabing am 2. 4. 1925.

¹⁷ Diese Summe, die Erträge zweier Opferstocksammlungen, wurde von der Sektion am 24. 3. 1925 ohne nähere Definition an die RL geliefert: KHB, Bl. 7. Der Zusammenhang mit der drei Tage zuvor erlassenen Anordnung vom 21. 3. 1925 (Kapitel III.3., Anm. 15) liegt nahe.

¹⁸ KHB, Bl. 7: Hierfür habe jede Ortsgruppe mittels „Wahlausschuß“ „mindestens 20 RM“ zu sammeln.

¹⁹ MNN 67 (9. 3. 1925), „Versammlungsverbot“. VB 3 (14. 3. 1925), „Beschwerde gegen das Versammlungsverbot“.

²⁰ StA, PDM 6734: Bericht PDM/VIa vom 21. 4. 1925. Ebenda: NSDAP-Versammlungseinladungen am 24. 4. 1925.

²¹ Vgl. den Schwabinger Sektionsführer Woltereck vor seiner Sektion am 2. 4. 1925: StA, PDM 6733: PND 501.

²² Im Folgenden für die zwanziger Jahre: StA, Lageberichte 1925–1928, VB 1925–1928, AdB. VB 101 (1. 5. 1928), „Die Plakate des Streiterverlages“. VB 101, 107 und 109, jeweils AdB, Anordnungen des stellv. RPL Nr. 23–27 zum Propagandaschriftgut für den Wahlkampf 1928. StA, PDM 6657, 6668, 6669, 6730, 6734, 6736–6738 und 6764–6767. Der Streiter-

Stadtteilorganisationen in Eigenregie herausgegebener Exemplare lassen sich die meisten dieser Schriftstücke anhand der Parteiorgane und Polizeiunterlagen rekonstruieren, wenn auch nicht die jeweilige Auflagenhöhe. Allerdings stellten die Stadtteilorganisationen ihr Propagandamaterial nur selten auf eigene Kosten her, sondern forderten dies in der Regel vom Parteiverlag oder von der Reichsleitung bzw. Gauleitung an oder bekamen es unaufgefordert zugesandt. Ab November 1927 begann die Reichsleitung mit einer eigenen kleinen Rotationsmaschine einfache Flugblätter und Einladungen selbst herzustellen.²³ Die Münchner NSDAP arbeitete 1925 bis 1927 nur mit wenigen Schriftmaterialien, von denen allerdings einzelne Exemplare während des Reichspräsidentenwahlkampfes hohe Stückzahlen erreichten. Die Kosten der außerhalb der Wahlkampfzeiten verbreiteten Propagandamaterialien lagen nur zum geringsten Teil auf den Schultern der Sektionen, folgt man den Kassenbüchern der am besten situierten Sektion Schwabing.²⁴ Diese Sektion verwandte gerade vier bis fünf Prozent ihres Budgets zwischen 1925 und 1929 für die in Eigenregie beschafften Materialien, zumeist Veranstaltungseinladungen. Hinzu kamen die Kosten für die von der Reichsleitung zugesandten Flugblätter. Die Sektion gab 1925 rund 50 RM aus, im folgenden Jahr etwa 20 RM, 1927 rund 50 RM und 1928 nur noch eine sehr geringfügige Summe.²⁵ Erstaunlicherweise belegen die Schwabinger Kassenbücher 1929 bis Oktober sämtliche Ausgaben im Detail, erwähnen jedoch keinerlei Propagandaausgaben.²⁶ Auch der Kassenbericht der Sektion Sendling für 1926 bezifferte gerade fünf Prozent für Flugblätter und „Werbematerial“.²⁷ Vermutlich finanzierte die Reichsleitung den größten Teil der Materialien, die sie den Sektionen zusandte, selbst.

Insgesamt lassen sich für 1925 ein Plakat, ein Flugblatt und mehrere Handzettel rekonstruieren, die jeweils in unbekannter Auflagenhöhe verbreitet wurden; für 1926 sind zwar keine Plakate belegt, dagegen vier Flugblätter, mehrere Handzettel und einige Sondernummern des „Völkischen Beobachters“. 1927 nahm die Zahl der Flugschriften schlagartig zu. Abgesehen von den üblichen Veranstaltungseinladungen widmeten sich sieben Handzettel speziellen Themen wie der Südtirolfrage,²⁸ dem Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags²⁹ oder auch dem

Verlag in Zwickau war seit 1927 der offizielle Plakat-Vertrieb der NSDAP: Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 152. Vgl. auch: *Plakate als Spiegel*, S. 133–149.

²³ StA, PDM 6737: Vermerk PDM/VIId vom 16. 11. 1927.

²⁴ Im Folgenden: KHB.

²⁵ Vgl. KHB und das SKTB. Die im Kassenbericht von 1928 (IfZ, MA 1221) notierten 126,30 RM für den Wahlkampf, Programme und „Sonstiges“, schlossen die Werbung für Sektionsveranstaltungen ein; das KHB vermerkt nur Ausgaben für Broschüren.

²⁶ Mit dem Eintrag vom 23. 10. 1929, dem Tag des Antrittsbesuches des neuen Gauleiters Wagner in der Sektion („Protokollbuch“, S. 141 f.), bricht das KHB nach einer Abgleichung der Ausgaben und Einnahmen ab.

²⁷ StA, NSDAP 496: „Rechenschaftsbericht über die Sektionskasse Sendling“ für 1926, gezeichnet vom Sektionskassier vom 1. 1. 1927.

²⁸ Hitler lehnte die im Frühjahr 1926 wachsende öffentliche bayerische Kritik an der repressiven italienischen Südtirolpolitik ab, da er mit dem italienischen Diktator Mussolini sympathisierte und diesen als potentiellen Bündnispartner Deutschlands ansah. Unbeirrt von Anfeindungen selbst in rechtsradikalen Kreisen erklärte Hitler öffentlich, mit Protesten

9. November 1923. Daneben wurden im Stadtgebiet sechs Flugblätter, mehrere Sondernummern des „Völkischen Beobachters“ und erstmals eine Anzahl Klebezettel in hoher Auflage verteilt. Die Münchner Ortsgruppe wie auch gelegentlich die Parteileitung selbst, benutzte Handzettel bis 1927 als Propagandaträger, ab dann nur mehr für Veranstaltungseinladungen. Plakate wurden in München erst ab 1928 in größerem Ausmaß eingesetzt. Bei der Flugschriftenverteilung in München traten stets längere Pausen ein, verursacht beispielsweise durch den Weggang des Propagandaleiters Otto May im Sommer 1926.³⁰ In die Propaganda mit Schriftgut eingebunden waren auch die Parteiorgane. Der „Völkische Beobachter“, der als einfaches Zeitungsexemplar und als Sondernummer verteilt wurde, hatte ausgerechnet in München einen schweren Stand. Bis Dezember 1925 sank dessen Auflage in München auf 5000, und noch 1928 besaß das Blatt in der Stadt nur 120 feste Abonnenten.³¹ Ab Juni 1926 erschien in München zusätzlich der „Illustrierte Beobachter“, dessen Gründer Max Amann und Heinrich Hoffmann als Chefredakteur Hermann Esser einsetzten. Das Blatt erschien zuerst monatlich, dann 14-tägig und ab 1. Oktober 1928 wöchentlich. Die Auflage erreichte im Herbst 1928 reichsweit laut Verlag 60000 Stück, nach Polizeiangaben jedoch „kaum“ die Hälfte.³² In der Regel luden die Sektionen nur anlässlich ihrer Unterhaltungsveranstaltungen mit Einladungsschreiben oder Flugzetteln ein³³ und warben für alle übrigen Veranstaltungen meist mit zweizeiligen Zeitungsanzeigen. Nachdem das Schwabinger Kassenbuch hierfür allerdings keine Ausgaben verzeichnet, verlangte entweder das Parteiorgan kein Entgelt oder Mitglieder des Sektionsvorstandes bzw. andere Personen trugen die Kosten unabhängig von den Kassenbüchern. Im Gegensatz zu Flugblättern oder Plakaten konnten sich die

wäre den Deutschen in Südtirol, ohnehin „nur ein Bruchteil des verlorenen deutschen Menschenmaterials“, nicht geholfen und nur „größerer Schaden“ für das Reich die Folge: Vgl. u. a. HRS I, Dok. 100, S. 269ff.: Hitler im VB: „Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem“. Zur Südtiroldebatte: Schwarz, Freistaat, S. 496 f.

²⁹ Der Bayerische Landtag setzte im Sommer 1924 einen „Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 und der gegen Reichs- und Landesverfassung gerichteten Bestrebungen vom 26. September bis 9. November 1923“ ein. Im April 1928 legte der Ausschuß seinen Abschlußbericht vor. Vgl. Benz, Berichte, S. 162, 168 und 200; Eintragungen Mosers vom 19. 7. 1924, 8. 11. 24 und vom 17. 3. 1928.

³⁰ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15, und 52 (15. 11. 1926), S. 23.

³¹ Im Reich sank die Auflage bis Ende 1925 von 15000 auf 12000: Hoser, Tagespresse, S. 978 f. und Anm. 5. StA, Lagebericht 41 (18. 12. 1925), S. 15.

³² StA, Lagebericht 52 (15. 11. 1926), S. 23. Ebenda 70 (16. 10. 1928), S. 19. Paul, Aufstand der Bilder, S. 147.

³³ KHB und SKTB der Sektion Schwabing. Der Kassenbericht der Sektion Sendling für 1926 vermerkt nur für zwei von insgesamt 39 Versammlungen Ausgaben für Plakate: Kapitel III.3., Anm. 27; insgesamt waren 16,60 RM für die Plakate ausgegeben worden. Ebenda: „Ausgaben-Berechnung“ der Sektion Neuhausen vom 26. 1. 1926, o. w. A.; das Dokument führt 16 Ausgabenposten, meist etwa 5 Pf, auf; nur in zwei Fällen, Ende Oktober und Ende November vermerkt die Auflistung Ausgaben für Einladungen an die Sektionsmitglieder; für 25 Einladungen waren 1,50 RM an Porto und Einladungsschreiben ausgegeben worden. Zu den Einladungen der Sektion Neuhausen vgl. auch ebenda: Einladungen, die 1926 an die Mitglieder versandt worden waren. Vgl. auch BA, Potsdam, NS 18, 5001: Grüne und rote Klebezettel des Neuhausener Sektionsführers Ostberg als Sprechabend-Einladungen.

Ortsgruppen die verhältnismäßig billigen Handzettel weit eher leisten. Die Sektion Schwabing etwa bezahlte bei ihrer Druckerei in den zwanziger Jahren pro 500 Stück durchschnittlich 5 bis 6 RM.³⁴ Manche Sektionen dürften von nationalsozialistischen Druckereibesitzern oder Parteisympathisanten zusätzlich Rabatt erhalten haben.

Für die Inhalte ihrer Münchener Schriftpropaganda orientierte sich die NSDAP am politischen Alltag, etwa der Südtirolfrage oder dem Landtagsuntersuchungsausschuss, und konzentrierte sich daneben auf für die Partei besonders relevante Themen. Dazu zählten die häufigen Versammlungsverbote oder das Redeverbot für Hitler, wofür die Propagandaleitung im April 1926 eine zehnteilige Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ mit dem Titel „Warum darf Adolf Hitler nicht mehr reden?“ verbreitete.³⁵ Dagegen engagierte sich die Münchner Partei nur wenig in der Frage des Volksbegehrens zur Fürstenenteignung,³⁶ an dem Nationalsozialisten entsprechend der scharfen Ablehnung Hitlers³⁷ nicht teilnehmen durften. Die Parteileitung gab die ironische Parole aus „Enteignet die Fürsten, denn die Juden brauchen Geld!“ und beteiligte sich nur mit einer öffentlichen Großveranstaltung und mit dem Flugblatt „Keinen Pfennig den Fürsten, dafür 180 Milliarden der internationalen Hochfinanz!“³⁸

Die öffentlichen Veranstaltungen in den großen Münchner Sälen lassen sich anhand der Parteizeitungen und der Polizeiberichte weitgehend lückenlos nachweisen.³⁹ Irritiert durch das mittlerweile strikere polizeiliche Vorgehen gegen verbale Exzesse, insbesondere durch das Redeverbot gegen Hitler und mangels ausreichender Finanzen⁴⁰ war die Partei in München in den ersten zwei Monaten nach der Wiedergründung kaum aktiv. Letztendlich blieb es bei nicht einmal einem Dutzend Großveranstaltungen im ganzen Jahr 1925. Vermutlich war sich

³⁴ Vgl. generell das KHB.

³⁵ StA, Lagebericht 47 (28. 4. 1926), S. 9f.

³⁶ Das Ende Januar 1926 von der KPD initiierte und von der SPD mit getragene Volksbegehren sah die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten vor, deren 1919 beschlagnahmtes Vermögen die Länder verwalteten. Die Initiative scheiterte, da die über 15 Millionen Ja-Stimmen des Volksentscheides am 20. Juni 1926 nicht ausreichten, um die Vorlage rechtskräftig werden zu lassen: Schwabe, Republik, S. 125f.

³⁷ Hitler lehnte das Begehren als Ablenkungsmanöver „der Juden“ von angeblich jüdischen Korruptionsskandalen ab. Es gehe nicht an, „nur einer kleinen Gruppe ihr Vermögen zu nehmen und die Masse des Schiebergesindels ungeschoren zu lassen“. Diese Gelder kämen nicht dem deutschen Volk zugute, überdies müsse man damit rechnen, daß nach einem erfolgreichen Volksbegehren auch andere Bevölkerungsgruppen enteignet würden: Vgl. HRS I, Dok. 105 und 107, S. 332f. und 335f.: Hitler vor der Sektion Neuhausen am 9. 3. 1926 und 16. 3. 1926. Auch Broszat, Machtergreifung, S. 90.

³⁸ StA, Lagebericht 47 (28. 4. 1926), S. 2. Ebenda 49 (22. 6. 1926), S. 3. StA, PDM 6734: Polizeibericht über die Versammlung am 11. 3. 1926 im Bürgerbräukeller. Auch die NSDAP-Fraktion im Reichstag hatte von Hitler die Anweisung erhalten, im Mai 1926 gegen die Fürstenenteignung zu stimmen: Volz, Daten, S. 14.

³⁹ Vgl. jeweils für die zwanziger Jahre: StA, Lageberichte 1925–1929. VB (Münchner Ausgabe) 1925–1929, AdB. StA, PDM 6734, 6735, 6737–6739, 6839 und 6840: Polizeiberichte über die öffentlichen Veranstaltungen der NSDAP in München 1925–1929.

⁴⁰ So der Schwabinger Sektionsführer: IfZ, „Protokollheft“, S. 1. Vgl. auch Pridham, Hitler's Rise, S. 59f.

die Parteiführung zunächst auch über das künftige Propagandakonzept für München uneinig. Während die Idee eines Zentralsprechabends⁴¹ bald fallengelassen wurde, sollten sogenannte „Großkampftage“ Schwung in die Anhängerschaft tragen; man bot jeweils für einen Abend und eine bestimmte Sektion die besten Redner auf, lud sämtliche lokalen Parteiführer und betrieb intensiv Werbung. Die entsprechende Schwabinger Veranstaltung am 20. August 1925 mit Esser, dem Sektionsführer Wolterreck und dem Memminger Parteiführer Voigt als Redner hatte großen Erfolg, das Gasthaus Blüte war überfüllt.⁴² An ihrem Vorsatz, 1926 mindestens eine große öffentliche Versammlung pro Woche durchzuführen,⁴³ hielt die Parteileitung jedoch nur im März fest und beließ es ansonsten bei ein bis zwei Veranstaltungen pro Monat, von Juli bis September gar nur bei einer einzigen. Insgesamt fanden in diesem Jahr nur 21 Großveranstaltungen statt. Um die Besucherzahlen zu steigern, bot die Parteileitung in den Jahren 1925 bis 1928 immer wieder offene Diskussionen an.⁴⁴ Während Münchner Lokalthemen stets nur am Rande miteingeflochten wurden, griffen die Redner meist auf den bereits im Zusammenhang mit der Schriftpropaganda erwähnten Themenkanon – Hitler behandelte 1927 häufiger die Angriffe gegen ihn bezüglich seiner Haltung im Südtirol-Konflikt⁴⁵ – sowie auf allgemeine politische Erörterungen zurück. In den Jahren 1925 bis 1927 konzentrierte sich die Partei wie im Reich so auch in München vor allem darauf, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen.⁴⁶ Den Zuhörern bot sich hier die unter den NS-Parteirednern übliche Mischung von latent antisemitischem Verbalradikalismus und emotionalem Pathos.

Der systematische Propagandaeinsatz der SA begann in München im Grunde erst mit der Neuorganisation der Verbände Ende 1926. Jetzt war dieser Einsatz zur zentralen Aufgabe der Verbände aufgewertet und diese hierbei der Anleitung durch die Partei unterstellt.⁴⁷ Die SA hatte für die Partei vor allem „diejenigen Arbeiten der Propaganda auszuführen, die mit körperlichen Gefahren verbunden sind“, wie etwa Straßenwerbung, Zeitungsverkauf, Flugblattverteilung, Plakatierungsaktionen, Werbung anlässlich der Großveranstaltungen sowie der Schutz der Plakate und Versammlungen. Der Münchner SA-Führer regelte dies im Frühjahr 1928 bis ins Detail: „Der Sturm vom Dienst sorgt jeweils dafür, daß minde-

⁴¹ IfZ, „Protokollheft“, S. 10.

⁴² Ebenda, S. 39 ff.

⁴³ StA, Lagebericht 44 (25. 2. 1926), S. 13 und 17.

⁴⁴ Kapitel III.3., Anm. 39 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1925–1928). Zur Veranstaltung am 31. 3. 1926 im Hackerkeller mit dem Vortrag Dr. Gregors „Wahrheit über Russland“, wurde auf den Handzetteln gezielt die KPD geladen. In der Folge war der sonst oft halb leere Versammlungssaal durch die Vielzahl anwesender Kommunisten gut gefüllt. Bevor es jedoch zur Diskussion kam, führte eine wilde Schlägerei zur Auflösung der Versammlung: StA, Lagebericht 47 (28. 4. 1926), S. 3.

⁴⁵ Kapitel III.3., Anm. 28.

⁴⁶ Charakteristisch für die Linie der Parteiredner war der Auftritt des Landtagsabgeordneten Buttman beim NSDAP-Zentralsprechabend am 4. 7. 1927: StA, PDM 6737: PND 580.

⁴⁷ „SABE“ [SA-Befehl] Nr. 3 (3. 11. 1926) und Nr. 4 (4. 11. 1926); zitiert nach Longeric, Braune Bataillone, S. 57. Im Mai des folgenden Jahres bekräftigte Pfeffer diese Anordnung erneut: HRS II/1, S. 326 ff. (Dok. 135): „GRUSA II. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 31. 5. 1927.

stens eine Gruppe in Stärke von sechs Mann mit einem Führer eine Viertelstunde vor Saaleröffnung anwesend ist. [...] Der Dienst am Saaleingang und am Rednerpodium wird von der SS in der Regel durchgeführt“.⁴⁸ Nicht selten hatten die SA-Leute auch Besucherlücken in Parteiversammlungen zu füllen.⁴⁹ Die SA war für die Partei von großem Nutzen: Die Verbände standen kostenlos zur Verfügung, banden die radikalen Energien der Bewegung bzw. boten diesen bei Saalschlachten und Straßenschlägereien ein Ventil, dienten der Machtdemonstration und standen schließlich für den hypothetischen Fall der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ bereit. Die SA wie die SS ließen sich in den Jahren von 1925 bis 1933 durch die Einbindung in Befehlsstrukturen weitaus effektiver für die Propaganda einsetzen als die in den Stadtteilorganisationen zusammengefasste restliche Parteimitgliedschaft. Der an Befehl und Gehorsam gewöhnte SA- und SS-Mann konnte sich den rigorosen Anforderungen nicht so leicht entziehen wie ein einfaches Parteimitglied. Die Folge war häufige, sehr hohe Arbeitsbelastung, der gerade während der Wahlkampfzeiten sämtliche Freizeit zum Opfer fiel. Auch in „ruhigen“ Zeiten konnte ein SA-Mitglied an fünf von sieben Abenden der Woche beschäftigt sein – wollte es bei sämtlichen Mitgliederversammlungen seiner Stadtteilorganisation, „Appellen“ des eigenen bzw. des übergeordneten SA-Verbandes oder Versammlungsschutz-Einsätzen anwesend sein.⁵⁰

Die größte Bedeutung für die Partei erlangte die SA durch ihre demonstrativen Märsche im Stadtgebiet. Diese „ästhetisch gestalteten Kampfdemonstrationen“ (Paul) besaßen für die NSDAP im gesamten Reich einen hohen funktionalen Wert und wurden Ende der zwanziger Jahre zu einem wichtigen Rückgrat der nationalsozialistischen Propaganda, da sie meist besonders starke Aufmerksamkeit erzielten, die über den eng begrenzten Wirkungsraum einer Versammlung hinausreichte. Die SA-Marschkolonnen mit ihrer gezielten Provokation und Einschüchterung versinnbildlichten sowohl den nationalsozialistischen Machtanspruch auf die „Straße“ als auch auf den Staat. Allerdings läßt sich die konkrete Wirkung dieser Art von Propaganda nur schwer nachweisen, die hierbei auftretende Gewalttätigkeit stieß vor allem 1932 vielerorts im Reich auch unter dem Zielpublikum der NSDAP auf Kritik.⁵¹ Immerhin dürften diese Auftritte, wenn sie von einem zusätzlichen Rahmenwerk an Versammlungen, Plakaten und intensiver Propaganda begleitet waren, höchst nachhaltig die NSDAP und ihre Propagandathemen in Erinnerung gerufen haben. Damit trugen sie wesentlich zur Mobilisierung des „ruhenden“ Potentials an Sympathisanten in den betroffenen Stadtvierteln bei.

⁴⁸ StA, PDM 6822: „Stabe“ [Standartenbefehl] 3/28 vom 22. 2. 1928. Zur Praxis der Münchener SA: StA, Lageberichte 1925–1928 sowie StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die SA-Veranstaltungen 1925–1928. Vgl. insbesondere StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 634 (1. 12. 1928) über den Standartenappell der SA München am 2. 11. 1928.

⁴⁹ Vgl. z. B. StA, PDM 6809: PND 794 (16. 11. 1932) über die Angaben des Sturmführers in dem Appell des SA-Sturms 14 am 27. 10. 1932.

⁵⁰ Vgl. auch: IfZ, MA 738: Wochenplan des SA-Sturm 5 für die Woche vom 24. 11.–28. 11. 1930; die hier erkenntliche Einsatzdichte galt schon in den zwanziger Jahren.

⁵¹ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 133–142.

Noch in den ersten Jahren nach der NSDAP-Wiedergründung 1925 machte sich die Münchner SA, abgesehen von sporadischen Exerzierübungen, kaum öffentlich bemerkbar.⁵² Daran änderte auch die gelegentliche verbandsinterne Kritik wenig.⁵³ Als Anfang 1926 SA-Trupps mit Armbinde während der sonntäglichen Parademusik an der Feldherrnhalle flanierten, verbot die Parteileitung dies, um den Polizeibehörden gegenüber jeden „Schein der Provokation zu vermeiden“.⁵⁴ Die Münchner Verbände veranstalteten 1926 gerade sechs Märsche, die sämtliche gezielt durch Arbeiterviertel führten, vier davon im August und September, sowie Ende Oktober eine Werbefahrt in das Ammersee-Gebiet. Die im Frühsommer des Jahres geplanten Propagandaausflüge in die Umgebung Münchens fielen der schlechten Witterung zum Opfer. 1927 weitete die SA ihren Einsatzradius, durchzog mit neun Propagandamärschen nun beinahe alle Münchner Stadtteile, vor allem im Frühjahr und November, und unternahm vereinzelte Ausflüge in die nähere Umgebung. Schlechte Witterung und akuter Geldmangel, der es nicht erlaubte, auswärtige SA zur Verstärkung der sehr kleinen Münchner Verbände herbeizutransportieren, verhinderten allerdings den Propagandaauftritt der gesamten Münchner SA am 6. November 1927 auf allen vier großen Münchner Friedhöfen.⁵⁵ Abgesehen von der spektakulären Fahrt von 30 SA-Leuten von der Universität nach Stadelheim anlässlich der Entlassung Röhms aus der Stadelheimer Haftanstalt am 20. Februar 1927,⁵⁶ erregten die Aufmärsche 1925 bis 1927 aufgrund ihrer geringen Teilnehmerzahlen, in der Regel 20 bis 30 Mann, nur wenig Aufsehen. Selbst zum gemeinsamen Marsch aller Münchner und auswärtigen SA-Verbände durch Giesing und Haidhausen im Anschluß an die Standartenweihe im September 1926 fanden sich nur 350 Mann ein.⁵⁷ Ende Juli 1927 marschierten gerade acht SA-Männer durch Neuhausen. Das Desinteresse der einzelnen SA-Leute an solchen Unternehmungen war evident.⁵⁸ Daher vermied die Münchner SA 1927 monatelang jeden öffentlichen Auftritt⁵⁹ und entsandte nur am 20. August eine Abordnung zum NSDAP-Reichsparteitag. Wenig Hoffnung verband der Münchner Standartenführer mit der Idee zweier SA-Stürme, die

⁵² Zu den Propagandamärschen der zwanziger Jahre: StA, Lageberichte 1925–1929. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925–1929. StA, PDM 6089: Polizeiberichte über Führersitzungen der SA-Stürme und der Standarte München. StA, PDM 6741, 6743 und 6745: diverse Hinweise aus Dokumenten, die irrtümlicherweise zwischen den Polizeiberichten über die öffentlichen Veranstaltungen der Münchner NSDAP abgelegt worden waren. MP 101 (4. 5. 1926), Kleine Notiz.

⁵³ StA, PDM 6809: Appell der SA Au-Giesing vom 19. 11. 1925.

⁵⁴ StA, NSDAP 496: Bouhler an Sektionsführer Neuhausen vom 26. 2. 1926.

⁵⁵ StA, PDM 6809: PND 592: Führersitzung der SA-Standarte I vom 25. 10. 1927.

⁵⁶ Röhms hatte dort eine zehntägige Freiheitsstrafe wegen seines Verhaltens während der Münchner Tagung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Feme-Morde vom 5. bis 13. Oktober abgebußt: MP 42 (21. 2. 1927) „Hakenkreuzlerunflug“. StA, PDM 6745: Polizeibericht vom 24. 2. 1927. Benz, Berichte, S. 185: Eintragung Mosers vom 30. 9. 1926.

⁵⁷ StA, PDM 6809: PND 550: Werbeabend SA Neuhausen vom 6. 9. 1926. StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 18. Vgl. auch Dandl, Giesing, S. 30.

⁵⁸ Vgl. z. B. die Aussage des SA-Sturmführers vor dem Sturm I am 22. 7. 1927: StA, PDM 6809: PND 582 (4. 8. 1927).

⁵⁹ Vgl. StA, Lageberichte 60 (8. 10. 1927) und 61 (24. 11. 1927).

eigenen Leute bei Aufmärschen in Zivil „als Zuschauer“ einzusetzen, und verhinderte die Aktion.⁶⁰

Die tiefe Krise der Münchner SA 1927 und die bevorstehende Reichstagswahl im folgenden Jahr veranlaßte die SA-Führung zum Umdenken bzw. zur Idee, die Motivation der Mannschaften durch häufigere Propagandamärsche, an denen künftig der gesamte Mannschaftsbestand teilzunehmen hatte, neu zu beleben. Der Anfang 1928 eingesetzte⁶¹ Standartenführer Zöberlein verlagerte daraufhin den Schwerpunkt der Aktivitäten von Appellen und Versammlungen auf regelmäßige Propagandamärsche in München sowie in der näheren Umgebung. Zum Auftakt trat am 15. Januar 1928 die gesamte Münchner SA in Schwabing an. Zöberlein wollte den Gegnern der Partei zumindest „den Schneid abkaufen“ und der Bevölkerung zeigen, „daß die SA noch am Leben sei“.⁶² In den Monaten März, April und Mai marschierten die Verbände jeden zweiten Sonntag durch das Stadtgebiet, vor allem durch die Arbeiterviertel.⁶³ Hin und wieder wurden auswärtige SA-Verbände, darunter etwa aus Augsburg, mit einbezogen, um größeres Aufsehen zu erregen. Besonders während des Wahlkampfes im April des Jahres folgten die Ausfahrten mit Lastkraftwagen noch dichter aufeinander. Doch bereits in der zweiten Jahreshälfte 1928 beschränkte sich die Münchner SA ab Juni nur noch auf Propagandamärsche außerhalb Münchens, so etwa nach Kufstein und Herrsching, und ließ im Herbst und Winter alle Aktionen fallen. Nach zehn Märschen im Stadtgebiet und fünf Ausflügen ins Münchner Umland 1928 ging den Verbänden vermutlich das Geld aus. Nachdem die Miete eines Lastwagens im Durchschnitt etwa 6 bis 7 RM pro Stunde kostete,⁶⁴ erforderte eine Propagandafahrt der SA Gern-Neuhausen (Sturm I) nach Freising allein für den Transport der rund 60 SA-Leute mittels Lastwagen bereits 90 RM. Eine gemeinsame Fahrt mehrerer Verbände nach Traunstein hatte rund 120 RM Schulden hinterlassen.⁶⁵ Doch die Verbände betrieben nicht nur durch Fahrten und Märsche Propaganda. Letztlich war jedes Mittel recht, um nach den Jahren der Stagnation öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, nicht zuletzt die bewusst provozierte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Entsprechend zeigte sich der Münchner SA-Führer verärgert, wenn, wie im Januar 1928 geschehen, eine Schlägerei zwischen SA-Leuten und dem sozialdemokratischen Reichsbanner in der Öffentlichkeit unbemerkt

⁶⁰ StA, PDM 6809: PND 594: Führerbesprechung des Sturm I am 15. 11. 1927. Ebenda: PND 596: Führerbesprechung der SA-Standarte I am 13. 12. 1927.

⁶¹ StA, PDM 6809: PND 599 (o. D.): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 3. 1. 1928.

⁶² StA, PDM 6809: PND 599 und 601: Führerbesprechungen der SA-Standarte I am 3. 1., 14. 1. und 21. 1. 1928. StA, Lagebericht 64 (8. 2. 1928), S. 7: Führerbesprechung der Standarte „München“ am 21. 1. 1928.

⁶³ Im Folgenden: StA, Lageberichte 1928–1929. StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die Versammlungen und Führerbesprechungen der SA-Standarte I und der SA-Stürme 1928–1929.

⁶⁴ IfZ, MA 738: Rechnung der Spedition „Leo Gastager“ für die Ortsgruppe Schwabing vom 15. 9. 1930.

⁶⁵ StA, PDM 6809: PND 582 (4. 8. 1927) über den Appell des SA-Trupps Schwabing am 22. 7. 1927. Ebenda: PND 634 (1. 12. 1928) über den Standartenappell der Münchner SA am 2. 11. 1928.

blieb. Zöberlein verlangte von seinen Unterführern: „Jede Gelegenheit müsse in der Presse so hingestellt werden, als ob die SA-Leute überfallen worden seien, auch wenn der Fall umgekehrt gelagert ist, denn die Behörde lege viel Wert auf Pressefeststellungen“.⁶⁶

Bis zur Organisationsreform der SA, Ende 1926, lenkte der jeweilige Sektionsführer den Propagandaeinsatz der Münchner SA. Anschließend lag diese Aufgabe in den Händen des Münchner SA-Führers in Zusammenarbeit mit dem OSAPF sowie mit Hitler und den Sektionsführern. Zöberlein erhielt 1928 seine Befehle von der SA-Gauleitung Südbayern.⁶⁷ Nach den SA-Richtlinien⁶⁸ war an erster Stelle die jeweilige zivile Parteileitung für die Lenkung der SA zuständig, also in diesem Fall, für das SA-Gebiet München-Stadt und Land, die Reichsleitung. Während des Wahlkampfes lag diese Zuständigkeit zwar offiziell beim Leiter des dortigen Wahlarbeitsbezirkes,⁶⁹ doch die konkrete Propagandaplanung für München erarbeitete der stellvertretende Reichspropagandaleiter Himmler.⁷⁰ Hitler scheint die Aktivitäten der Münchner SA nicht nur im Wahlkampf 1928, als der Verband, nach Polizeiangaben, nichts ohne dessen unmittelbare Zustimmung unternehmen durfte,⁷¹ sondern auch in den folgenden Jahren immer wieder persönlich überwacht zu haben. Dies lieferte im März 1929 Hitler den Anlaß, Pfeffer für dessen eigenmächtiges Vorgehen „eine gewaltige Abreibung“ zu erteilen. Hitler hatte um des größeren propagandistischen Nutzens willen verlangt, die Münchner SA mit Lastwagen zu einer Versammlung in Oberbayern zu transportieren und unterwegs Flugschriften zu verteilen. Pfeffer dagegen ordnete aus Kostengründen die Reise per Eisenbahn an.⁷²

Der Überblick über das Engagement der Partei in München legt vor allem eine Schlußfolgerung nahe: Von 1925 bis Anfang 1927 beruhte das Wachstum der Münchner NSDAP größtenteils auf der Eigeninitiative der Sektionen. Bis zur Aufhebung des Redeverbotes gegen Hitler im März 1927 organisierte die NSDAP nur selten öffentliche sektionsübergreifende Großveranstaltungen und Propagandakampagnen mit Schriftgut. Die wenigen Propagandamärsche der SA erregten kaum Aufsehen. Im Mittelpunkt des Engagements, mit dem neue Anhänger gewonnen werden sollten, standen auch nicht Flugblätter oder Plakate, von denen Reichsleitung und Sektionen, wie gesagt, nur eine geringe Anzahl verbreiteten. Um auf die NSDAP aufmerksam zu machen, blieben somit fast nur die Aktivitäten der Sektionen bzw. deren Vereinsleben, das nun eine entscheidende Bedeutung erhielt.

⁶⁶ StA, PDM 6809: PND 599 (o. D.) über die Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 14. 1. 1928.

⁶⁷ Ebenda über die Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 3. 3. 1928.

⁶⁸ HRS II/1, Dok. 31, S. 65 ff.: SA-Richtlinien vom 17. 9. 1926.

⁶⁹ StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 11. HRS II/1, Dok. 139, S. 335 f.: „GRUSA III. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 3. 6. 1927. Zu den Wahlarbeitsbezirken: StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 18.

⁷⁰ StA, PDM 6809: PND 612 und 615: Führerbesprechungen der SA-Standarte I am 14. 4. und 12. 5. 1928.

⁷¹ StA, PDM 6809: PND 612: Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 14. 4. 1928.

⁷² Tyrell, Führer befehl, Dok. 98, S. 254 f.: Aufzeichnungen Otto Erbersdobler, Gauleiter von Niederbayern.

Das Vereinsleben der Ortsgruppe

Die Sektionen der Münchner NSDAP legten den Schwerpunkt ihres Engagements bis 1929 auf ihr Binnenleben und vernachlässigten jede stadtteilübergreifende Propaganda bzw. Werbung für die Partei. Die Sektionen bildeten einen eigenen Mikrokosmos innerhalb der Partei, der in den ersten Jahren nach der Wiedergründung 1925 eine von Vereinsaktivismus, sozialem Engagement und einer vielfältigen Binnenstruktur geprägte besondere Dichte und Wirkungskraft und damit seinen ganz spezifischen Charakter entwickelte. Dieses Gebilde kann durchaus als spezifisch nationalsozialistisches „Milieu“ bezeichnet werden, wenn gleich wohl nicht exakt im Sinne des durch Lepsius definierten „sozialmoralischen Milieus“.⁷³ Lepsius' „Strukturdimensionen“ finden sich im gemeinsamen ideologischen Horizont und der Fixierung auf Hitler sowie in dem selbstkonstruierten, zumindest in den Jahren der Stagnation gültigen Eigenbild einer durch Staat und Gesellschaft verfolgten Randgruppe. Dagegen fehlen die Dimensionen der gemeinsamen Religion und kulturellen Orientierung, ähnlicher wirtschaftlich-sozialer Lage und die Konzentration auf eine bestimmte Schicht. In der Münchner NSDAP waren beide Konfessionen und sämtliche Berufsgruppen ohne ausgeprägte Einseitigkeit vertreten.⁷⁴ Die von Karl Rohe als für den Milieubegriff grundlegend konstitutiv erachtete bestimmte „gemeinsame Lebensweise“ und eine „institutionalisierte Deutungskultur“⁷⁵ lassen sich ebenfalls in der Münchner NSDAP nachweisen. Die „gemeinsame Lebensweise“ der Münchner NSDAP-Aktiven ist im weitesten Sinne in der Partizipation am Vereinsleben gegeben. Die „Deutungskultur“ manifestiert sich in der Akzeptanz und Verbreitung der NS-Ideologie.

Die zahlreichen Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen⁷⁶ und andere Quellen,⁷⁷ besonders die Tagebücher der Sektion Schwabing,⁷⁸ zeichnen das Bild eines ausgeprägten Vereinslebens. In dessen Mittelpunkt⁷⁹ standen die in der Regel⁸⁰ wöchentlichen Mitgliedertreffen in einem Stammlokal der jeweiligen Sektion, die ein sehr persönliches Klima entwickelten und die Mitglieder direkt

⁷³ Lepsius' für das Kaiserreich definierter Milieubegriff umfaßt die „Strukturdimensionen“ Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung und schichtspezifische Zusammensetzung der „intermediären Gruppen“: Ders., *Parteiensystem* (1973), S. 68. Vgl. auch Tenfeldes Erörterung des sozialdemokratischen und katholischen Milieus: Ders., *Milieus*, S. 15–21.

⁷⁴ Kapitel IV.5. Anhang 2.2, Statistik der Sektions- und Ortsgruppenführer.

⁷⁵ Rohe, *Wahlen*, S. 19ff.

⁷⁶ StA, PDM 6733.

⁷⁷ Insbesondere: IfZ, MA 738: *Memoiren Antonie Strauss*, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg. Vgl. auch die Mitteilungsblätter der Sektionen Westend und Schwabing: Kapitel III.3., Anm. 110.

⁷⁸ Vgl. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“.

⁷⁹ Vgl. hier z. B. die Ausführungen des Neuhauser Sektionsführers Karl Ostberg zur Bedeutung der Mitgliederversammlung: BA, Berlin, NS 18/5001: Ostberg an RPL vom 15. 3. 1927.

⁸⁰ Einzig die kleine Sektion Thalkirchen hielt 1925 und 1926 zeitweise nur monatliche Sprechabende. Vgl. dazu u. a.: StA, NSDAP 496: Sektionsführer Thalkirchen an HGS vom 10. 3. 1925 und 8. 2. 1926.

einbanden bzw. ansprachen.⁸¹ In diesen Versammlungen wurden Vorträge gehalten mit anschließenden Besprechungen oder Diskussionen. Manche Sektionen hielten schon 1926 gelegentlich Lichtbildervorträge.⁸² Durch „Nebensprechabende“ deckten die Sektionen Gebiete ohne NS-Organisationen ab. So versorgte etwa die Sektion Schwabing die Ortschaften Moosach, Milbertshofen, Unterhaching, Feldmoching und Schleißheim.⁸³

Die ab 1926 von Himmler übernommene⁸⁴ Organisation der Sprechabende funktionierte keineswegs immer reibungslos. Vor allem 1927 forderten immer wieder Sektionen eine Verschiebung ihrer Veranstaltung oder beschwerten sich, daß bestellte Referenten nicht erschienen waren.⁸⁵ Die Münchner Ortsgruppe konnte nur auf wenige zugkräftige Redner unter ihren Mitgliedern zurückgreifen. Die Parteiprominenz in der Stadt war nicht ununterbrochen verfügbar und ab 1927 aufgrund ihres parallel zum Parteiwachstum steigenden Arbeitspensums zunehmend weniger bereit, Vorträge zu übernehmen. Diese Entwicklung läßt sich am Beispiel der Sektion Schwabing, die sich durchaus höhere Rednerhonorare und damit auch zugkräftigere Redner leisten konnte, gut beobachten (Tabelle 8). Angesichts dessen verbot Himmler den Sektionen Anfang 1927 ausdrücklich, sich selbständig an Sprechabenden, für die keine Referate angesetzt waren, Redner zu beschaffen.⁸⁶ Im Herbst 1927 wurde trotz des Rückgangs der Mitgliederversammlungen der Rednermangel akut.⁸⁷ Der Neuhauser Sektionsführer Ostberg sah jetzt in der Fusion seiner Sektion mit der Sektion Gern-Nymphenburg den Vorteil, daß künftig weniger Redner für Sprechabende notwendig würden.⁸⁸ Schwierigkeiten verursachten auch die Kosten für prominente Referenten, die sich meist nur die vermögenderen Sektionen leisten konnten. Entsprechend regte Buttman bei Himmler im September 1927 an, in dieser „außerordentlich heiklen und schwer zu lösenden“ Frage die Rednerhonorare wenigstens zu fixieren, um nicht weiterhin finanziell leistungsschwache Parteigliederungen zu benachteiligen.⁸⁹

⁸¹ Vorliegende Abhandlung erfaßt sämtliche Sektionsversammlungen 1925–1929. Im Folgenden, soweit nicht anders vermerkt: VB (Münchner Ausgabe), Rubrik „Aus der Bewegung“. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über Münchner Sektionsversammlungen 1925–1929. Ebenda, PDM 6740–6745: Polizeiberichte über die öffentlichen NSDAP-Versammlungen in München. StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchner NS-Sektionen 1925–1929. Mitteilungsblätter der Sektionen Westend (1926–1929) und Schwabing (1925–1927): Kapitel III.3, Anm. 110.

⁸² So etwa die Sektion Laim: BA, Potsdam, NS 18, 5001: Himmler an Sektion Laim vom 30. 12. 1926.

⁸³ Vgl. u. a. IfZ, „Protokollheft“, S. 64, und StA, PDM 6733: PND 518 über die Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 15. 10. 1925.

⁸⁴ StA, NSDAP 496: Korrespondenz Himmlers mit den Sektionen.

⁸⁵ Vgl. BA, Berlin, NS 18, 5001: Korrespondenz Himmlers mit den Münchner Sektionen 1927. So war etwa bei der Sektion Au-Giesing im März 1927 keiner der vorgesehenen Referenten erschienen, und der örtliche SA-Führer mußte jedesmal aushilfsweise einspringen: Ebenda: Sektionsführer Zankl an Himmler, 24. 3. 1927.

⁸⁶ BA, Berlin, NS 18, 5001: Himmler an Sektion Gern-Nymphenburg vom 21. 2. 1927.

⁸⁷ StA, Lagebericht 60 (8. 10. 1927), S. 14; ebenda 61 (24. 11. 1927), S. 19f.

⁸⁸ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Neuhausen an ROL vom 12. 9. 1927.

⁸⁹ BA, Berlin, NS 18, 5001: Buttman an Himmler vom 28. 9. 1927.

Tab. 8: Die Redner der Sektion Schwabing 1925–1929⁹⁰

	1925	1926	1927	1928	1929
Führer der Sektion Schwabing	2	3	8	3	–
Andere Sektionsführer	1	1	8	2	–
Münchener Stadträte ⁹¹ , MdL u. ä.	7	9	1	1	1
Gäste (Nicht-Münchner)	3	4	1	1	–
Einfache Pg/Unbekannte	11	11	5	1	–
VB-Redakteure, ⁹² GL, RL u. ä.	11	9	3	–	1
Hitler ⁹³	ubk.	8	1	1	–
Mitgliederversammlungen	35	45	27	9	11

Neben den Sprechabenden überzog ein dichtes Netz von Festen, Unterhaltungsabenden und Ausflügen das Jahr, das jeweils in einer aufwendigen Weihnachtsfeier mündete.⁹⁴ Die Ausflüge⁹⁵ lassen sich am weitgehendsten für die Sektion Schwabing rekonstruieren.⁹⁶ 1925 veranstaltete die Sektion mindestens drei Ausflüge, 1927 mindestens zwei. 1926 fielen derartige Unternehmungen den Querelen im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Sektionsvorsitzenden Wolterreck⁹⁷ zum Opfer, 1928 und 1929 dagegen der Finanzkrise der Sektionen. Einen Ausflug besonderer Art und zugleich ein wichtiges Ereignis bedeutete für die aktiven Münchner Mitglieder der jährliche Reichsparteitag. Trotz der teuren Delegierten-

⁹⁰ IfZ, „Protokollheft“. „Protokollbuch“. StA, PDM 6733: Münchner Sektionsversammlungen 1925–1929.

⁹¹ 1925 v. a. Karl Fiehler. Ab 1926 ist Fiehler in der Tabelle nur noch als Sektionsvorsitzender erfaßt.

⁹² Meist Franz Ludwig Gengler (zu diesem Zeitpunkt VB-Schriftleiter: Tyrell, Führer befehl, S. 18) und Josef Stolzing-Cerny (zu diesem Zeitpunkt VB-Redakteur: Tyrell, Führer befehl, S. 112).

⁹³ Sämtliche Wortbeiträge Hitlers wurden erfaßt, d. h. auch kurze Kommentare. Ausführliche Vorträge hielt Hitler in der Sektion nur am 18. 3. 1926 (IfZ, „Protokollheft“, S. 95; „Protokollbuch“, S. 19 ff.), am 1. 4. 1926 (StA, PDM 6733: PND 536 (29. 4. 1926)) sowie auf den GMV am 24. 6. 1926 (ebenda: PND 543 (8. 7. 1926)), am 5. 1. 1927 (ebenda: PND 560 (28. 1. 1927)) und am 19. 1. 1928 (ebenda: PND 601 (o. D.)).

⁹⁴ Vgl. die Vielzahl von Einladungen zu Festen oder Weihnachtsfeiern: HStA, Slg. Varia 1328. IfZ, MA 738. Kapitel III.3., Anm. 110: Mitteilungsblätter Sektion Westend. StA, Lageberichte 1925–1928.

⁹⁵ Zu den Ausflügen der Münchner Sektionen: StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Münchner Sektionsversammlungen 1925–1929. StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchner NSDAP Sektionen 1925–1929. Kapitel III.3., Anm. 110: Mitteilungsblätter der Sektion Westend 1927–1928.

⁹⁶ Im Folgenden: IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“. KHB und SKTB. StA, PDM 6733 Schwabinger Sektionsversammlungen 1925–1929. Auf der Vorstandssitzung der Sektion am 19. 6. 1925 wurde sogar beschlossen, ein eigenes „Radfahrertourenbuch“ und ein „Ausflugsbuch“ anzulegen: IfZ, „Protokollheft“, S. 25.

⁹⁷ StA, PDM 6733: PND 541, 543 und 544: Schwabinger Mitgliederversammlungen am 10. 6. 1926, 24. 6. 1926 und 1. 7. 1926.

karten und der nicht minder kostspieligen Bahnfahrt⁹⁸ kamen beispielsweise zum Parteitag in Weimar am 3. und 4. Juli 1926 rund 500 der insgesamt 7000 Teilnehmer aus Bayern und hier wiederum ein großer Teil aus München.⁹⁹ Regelmäßig veranstalteten die Sektionen mit großem Werbeaufwand Faschingsfeste. Um den Leser den hohen Eintrittspreis von einer Mark vergessen zu lassen, kündigte die Sektion Süd für ihr Faschingsfest im Januar 1927 ein „humoristisches Preistanzen“ an, bei dem es eine Nähmaschine oder ein Likörservice zu gewinnen gab, und versicherte: „Diese Unterhaltung, die sehr originell zu werden verspricht, wird Sie, wie ja alle unsere Veranstaltungen, voll und ganz zufrieden stellen [...]. Wer einmal recht lustig sein, lachen und tanzen will, der komme zu uns [...].“¹⁰⁰

Vor allem bei größeren Sektionen entwickelte sich ein Geflecht von Unterorganisationen. Innerhalb der Sektion Schwabing existierten neben verschiedenen Sportgruppen eine Musikkapelle, ein Gesangskreis und mehrere Frauengruppen. Seit September 1927 organisierte ein vermutlich von den Sektionen unabhängiger „Nationalsozialistischer Geselligkeitsring“ Freizeiten in einer eigenen Gebirgshütte.¹⁰¹ Dank der Schenkungen von Sektionsmitgliedern¹⁰² besaß manche Sektion auch eine Bibliothek, so ab Ende 1925 Schwabing mit fast tausend Bänden,¹⁰³ seit Juni 1926 Westend und Ende 1928 Neuhausen-Nymphenburg-Gern.¹⁰⁴ Die Schwabinger Einrichtung fungierte ob ihrer Größe seit Anfang 1926 als eine Art zentrale Bibliothek der Münchner Sektionen¹⁰⁵ und war ab Mitte des Jahres in einem Zigarrenladen Ecke Arcis-/Neureutherstraße untergebracht.¹⁰⁶ Mindestens zwei Sektionen (Schwabing und Westend) verfügten über ein eigenes Mitteilungsblatt. Das Schwabinger Blatt, anfangs vier-, später achtseitig, erschien etwa monat-

⁹⁸ Die Delegiertenkarte für den Nürnberger Reichsparteitag vom 19. bis 21. 8. 1927 kostete 3 RM; für je 50 Parteimitglieder erhielt eine Ortsgruppe eine solche Karte: StA, NSDAP 496: Rschr. HGS an die Münchner Sektionen vom 29. 7. 1927. Für den Delegiertenkongreß des Parteitages vom 1. bis 4. 8. 1929 waren bereits 10 RM aufzubringen: StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 5. Ein Münchner hatte für die Hin- und Rückfahrkarte mit der Eisenbahn zum Weimarer Parteitag im Juli 1926 20 RM aufzubringen und nach Nürnberg im August 1927 8,90 RM: StA, NSDAP 496: Rschr. des Parteigeschäftsführers Bouhler an die Münchner Sektionen vom 16. 6. 1926 und 27. 5. 1927.

⁹⁹ StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 17f.

¹⁰⁰ IfZ, MA 738: Einladung vom 17. 1. 1927 zu einer „Faschings-Unterhaltung“ der Sektion Süd am 22. 1. 1927.

¹⁰¹ VB 209 (11./12. 9. 1927), „Vereine und Verbände“.

¹⁰² Vgl. z. B. Hitlers Dankschreiben vom 21. 1. 1926 an den Schriftleiter des Pyritzer Kreisblattes (Pommern), Fritz Schmidt, der seine umfangreiche Bibliothek der Sektion Schwabing schenkte: HRS I, Dok. 99, S. 268.

¹⁰³ Mitteilungen NSDAP Sektion Schwabing 10 (1. 11. 1925). IfZ, „Protokollheft“, S. 82: Sektionsversammlung 7. 1. 1926.

¹⁰⁴ „Mitteilungsblatt“ der Sektion Westend 4 (1. 8. 1926), „Sektions-Bücherei“. StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen-Nymphenburg an RPL/Himmler vom 27. 1. 1929. Es ist zu vermuten, daß auch eine Reihe weiterer Sektionen derartige Einrichtungen besaßen, deren Existenz sich jedoch nicht in den Quellen niederschlug.

¹⁰⁵ IfZ, „Protokollheft“, S. 84: Woltereck in der Mitgliederversammlung am 14. 1. 1926. Auch: Kapitel III.3., Anm. 102.

¹⁰⁶ StA, PDM 6733: PND 543 (8. 7. 1926) über die Schwabinger Generalmitgliederversammlung am 24. 6. 1926.

lich.¹⁰⁷ Als sich ab Februar 1926 auch die Sektionen Innere Stadt, Westend [nur für eine Nummer], Neuhausen und Gern-Nymphenburg mit je einer zusätzlichen Seite beteiligten,¹⁰⁸ gerieten die Mitteilungen kurzzeitig beinahe zum Organ der Münchner Ortsgruppe. Vermutlich wurde das Blättchen Anfang 1928 infolge der schwindenden Sektionsfinanzen aufgegeben.¹⁰⁹ Zum Inhalt der Schwabinger und Westender Blättchen gehörten Veranstaltungshinweise, Mitteilungen der Sektionsführung, Stellen- und Wohnungsangebote sowie regelmäßig ein Nachruf auf verstorbene Mitglieder. Ein Drittel stand der Werbung zur Verfügung. Das in der Regel monatliche, zweiseitige maschinengeschriebene „Mitteilungsblatt“ der Sektion West¹¹⁰ startete im Mai 1926, stellte zwischen Ende 1928 und Frühjahr 1929 kurzzeitig sein Erscheinen ein¹¹¹ und nannte sich ab Ende 1929, nun mehrseitig und gedruckt, „Westendwacht“. Nachdem zu diesem Zeitpunkt wohl keine andere Ortsgruppe mehr über ein eigenes Mitteilungsblatt verfügte, wandelte die Gauleitung München-Oberbayern das Blatt im Juni 1930 unter dem Namen „Münchner Wacht“ zur zentralen Gau-Zeitung um.

Wichtig für den innerparteilichen Zusammenhalt und charakteristisch für das Eigenleben der Stadtteilorganisationen war auch deren soziales Engagement. Unterstützungsbedürftige, die in eigenen Listen geführt wurden, erhielten finanzielle Hilfe und wurden an Weihnachten zusätzlich beschenkt.¹¹² Seit Februar 1926 arbeitete in Schwabing sogar ein „Spar- und Darlehensausschuß“ unter Leitung von Sektionsvorstandsmitgliedern. Zuvor hatte sich der Sektionsführer Woltereck erfolglos bemüht, eine eigene Kreditkasse für zinslose Darlehen aufzubauen.¹¹³ Wahrscheinlich konnten nur vermögendere Sektionen Hilfsbedürftige in ihren Reihen in größerem Umfang finanziell unterstützen. Doch notierten 1925/1926 selbst die Kassenberichte der Sektionen Innere Stadt und Sendling, deren Gesamtausgaben nur etwa ein Zwölftel der Schwabinger Sektion betragen, derartige Aufwendungen.¹¹⁴ Die Schwabinger Darlehen der Jahre bis zum Rücktritt Wolte-

¹⁰⁷ HStA, Slg. Varia 1328: „Mitteilungen der Nation.-Soz. [sic !] Deutsche Arbeiter-Partei. Sektion Schwabing“, Folgen 7–15 (August 1925 bis Mai 1926). Nach den ersten sechs Nummern 1924 wurde das Blatt im Frühjahr 1925 kurzzeitig eingestellt: IfZ, „Protokollheft“, S. 89: Woltereck in der Generalmitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 28. 1. 1926.

¹⁰⁸ HStA, Slg. Varia 1328: „Mitteilungen“ der Sektion Schwabing 12 (1. 2. 1926) (jetzt achtseitig).

¹⁰⁹ Zum letzten Mal läßt sich das Blättchen Ende 1927 nachweisen: KHB, Bl. 24, Eintragung vom 8. 12. 1927 über 526 RM Gesamtausgaben 1927 für das Mitteilungsorgan der Sektion.

¹¹⁰ Schwabinger Mitteilungsblatt, „Westendwacht“ und „Münchner Wacht“ lagern in der Bayerischen Staatsbibliothek (München), im Staatsarchiv (StA, NSDAP 496) und Hauptstaatsarchiv (HStA, Slg. Varia 1328).

¹¹¹ Für diesen Zeitraum ist das Blatt in den Quellen nicht belegt.

¹¹² IfZ, „Protokollheft“, S. 78: Schwabinger Vorstandssitzung am 8. 12. 1925. Ebenda, S. 92: Vertrauensleutesitzung am 25. 10. 1926. Ähnliche „Weihnachtsbescherungen“ waren auch in den anderen Sektionen üblich: StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchner NSDAP-Sektionen 1925–1929.

¹¹³ IfZ, „Protokollbuch“, S. 4–7: Vorstandssitzung am 9. 2. 1926 und Sektionsversammlung am 11. 2. 1926.

¹¹⁴ Sektionskassenbericht Sendling 1926: Kapitel III.3., Anm. 27; der Bericht gibt jedoch nicht die jeweilige Höhe dieser Unterstützung wieder, sondern subsumiert diese als „Zu-

recks erreichten ein erstaunliches Ausmaß.¹¹⁵ 1925 erhielten 14 Personen insgesamt 127 RM, 1926 bis Ende Mai 24 Personen insgesamt 263 RM. Die Mehrzahl der Darlehen betraf Beträge zwischen zwei und fünf Mark. Vor allem 1926 wurden jedoch häufig auch 20 RM, ja sogar 50 RM ausgegeben, gelegentlich erhielten bestimmte Sektionsmitglieder mehrmals hintereinander derartige Summen. Diese hohen Darlehen waren alle zurückgezahlt worden, häufig bereits wenige Tage später. Offensichtlich vergab hier der „Spar- und Darlehensausschuß“ Kredite für geschäftliche Unternehmen. Wolterecks Nachfolger als Schwabinger Vorsitzender, Karl Fiehler, hatte hieran kein Interesse mehr und ließ die Darlehen 1926 auslaufen. Die Bescherung stand im Mittelpunkt der Weihnachtsfeiern. Diese ließ sich zum Beispiel die Sektion Schwabing 1925 bis 1927 jeweils mindestens 300 RM kosten.¹¹⁶ Aus unbekanntem Gründen hielten einige Sektionen, so auch Schwabing für 1928 und 1929, derartige Ausgaben nicht im Kassenbuch fest.¹¹⁷ Vermutlich waren die Sach- und Geldspenden erst unmittelbar am Festabend zustande gekommen.¹¹⁸

Während der zwanziger Jahre entfalteten auch die Münchner SA-Verbände ein reges Vereinsleben. Der Begriff „Subkultur“, wie er von Longerich für das spezifische SA-Milieu der dreißiger Jahre geprägt wurde,¹¹⁹ charakterisiert bereits die Münchner Verhältnisse vor 1930. Die Angehörigen der einzelnen Verbände trafen sich zu meist wöchentlichen Mitgliederversammlungen, in der SA-eigenen Fachsprache „Appelle“ genannt.¹²⁰ In größeren Abständen waren gemeinsame Appelle der Verbände eines Stadtteils oder der gesamten Münchner SA angesetzt. Der erste Teil des Abends galt dienstlichen Angelegenheiten, Übungen und Vorträgen. Anschließend folgte der gemütliche Teil, man setzte sich auf ein Bier zusammen, verwickelte sich in politische Debatten. Aus manchen Gasthäusern entwickelten sich im Laufe der Zeit regelrechte SA-Stammkneipen. Die Wirte, meist selbst Parteimitglieder, sicherten sich regelmäßige Einnahmen und ließen es im Gegenzug zu, daß mancher Verband hier sein Büro einrichtete oder Ausrüstungsgegenstände ablagerte.¹²¹ Im Gegensatz zu den Appellen mit ihren besonders in den Sommer-

wendungen an Mitglieder, SS u. SA“. BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Einnahmen und Ausgaben der Sektion Innere Stadt Januar-August 1925.

¹¹⁵ Vgl. im Folgenden das KHB. Der Kassenbericht für 1925 erwähnt nur sechs Darlehen: IfZ, „Protokollheft“, S. 89. In diesem Fall besitzen m. E. jedoch die Kassenbücher, die ja jede Eintragung mit einer genauen Zweckbestimmung versehen, die größere Zuverlässigkeit, auch wenn hier absichtliche oder unabsichtliche Falschangaben nicht auszuschließen sind, wie manche Doppelbuchung beweist.

¹¹⁶ KHB, Bl. 12, 20, 24.

¹¹⁷ Sektionskassenbericht Sendling 1926: Kapitel III.3., Anm. 27.

¹¹⁸ Die Sektionen und Ortsgruppen riefen im Vorfeld ihrer Weihnachtsfeiern stets zu Sachspenden auf: IfZ, „Protokollheft“. „Protokollbuch“. „Westendwacht“. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Mitgliederversammlung der Münchner Sektionen.

¹¹⁹ Longerich, Braune Bataillone, S. 126.

¹²⁰ Im Folgenden: StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die Versammlungen der Münchner SA 1925–1932. Zum Beispiel Neuhausen, S. 72–92.

¹²¹ Ein charakteristisches Beispiel ist hier die Wirtschaft des engagierten Parteimitglieds Anton Semmelmann im Münchner Stadtteil Gern: vgl. IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

monaten oder während der SA-Krise 1927 stark schwankenden Teilnehmerzahlen¹²² zogen SA-Feste, so zum Beispiel zu Weihnachten oder im Fasching, meist überdurchschnittlich viele Besucher an. Diese Feste waren für die SA sehr attraktiv, da sich hier neue Mitglieder werben und durch die Eintrittsgelder finanzielle Gewinne machen ließen. Daher bestanden selbst kleine SA-Trupps wie der Gerner Verband oder die Neuhauser SA auf einem eigenen Faschingsfest und einem eigenen „Deutschen Abend“¹²³ oder auch ausführlichen Feiern anlässlich der Übernahme ihrer Verbandsfahne. In die Fahnenübergabe der Gerner SA Ende Juli 1926 war die gesamte NSDAP-Sektion Gern-Nymphenburg mit eingebunden. Zwar mußte man auf den Segen der Kirche verzichten – der angesprochene katholische Geistliche¹²⁴ hatte sich geweigert, die Fahne zu weihen. Dafür veranstalteten der völkische „Frontkriegerbund“ und die Organisation Rossbach Parade-märsche.¹²⁵ In den Veranstaltungskalender der Münchner SA reihten sich bis 1929 zusätzlich drei von der OSAF arrangierte öffentliche Großveranstaltungen,¹²⁶ eine wachsende Zahl von Werbeveranstaltungen der städtischen SA-Führung¹²⁷ und gelegentliche SA-Theateraufführungen ein. Besonders die Neuhausener SA entwickelte hier große Energie und fand mit ihrem 1926 aufgeführten Propagandadrama „Schlageters Heldentod“¹²⁸ sogar im „Völkischen Beobachter“ Anerkennung.¹²⁹ Nachdem die noch 1923 aktive Einrichtung „Nationalsozialistische Bühnenkünstler“ der Münchner NSDAP nach 1925 nicht mehr aktiviert wurde, besaß von 1925 bis 1929 nur die städtische SA eine, wenn auch eher locker organisierte, Theatergruppe.¹³⁰ Dagegen inszenierte die Berliner „Nationalsozialistische Versuchsbühne“ unter ihrem Leiter Robert Rohde bereits seit Februar 1924 völkisch-antisemitische Stücke. Sie gab im Dezember 1925 auch in München ein Gastspiel und wurde schließlich seit 1927 als „NS-Volksbühne“ vom Gau Berlin im großen Stil organisiert.¹³¹ Entsprechend den Forderungen der SA-Satzung¹³²

¹²² StA, Lageberichte 1925–1928. StA, PDM 6809: Polizeiberichte über SA-Appelle. IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

¹²³ StA, PDM 6809: PND 643 (24. 1. 1929): Ankündigung beim Appell der SA Neuhausen-Gern vom 11. 1. 1929. IfZ, MA 738: Neuhauser Sturmführer Rauscher an Ortsgruppenführer Weinbeer vom 14. 10. 1926.

¹²⁴ Name und Motivation des Geistlichen ließen sich nicht ermitteln.

¹²⁵ StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 19.

¹²⁶ Kapitel III.3., Anm. 39 (Quellen zu den NS-Veranstaltungen).

¹²⁷ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 21 f. Vgl. z. B. StA, PDM 6809: PND 618 (23. 7. 1928): Appell SA-Sturm I am 13. 6. 1928.

¹²⁸ Albert Leo Schlageter war wegen seiner Anschläge gegen die Verkehrsverbindungen der französischen Besatzungstruppen während der Ruhrbesetzung 1923 am 26. 5. 1923 hingerichtet worden.

¹²⁹ VB 247 (24./25. 10. 1926), „Neuhausen“.

¹³⁰ VB 173 (28. 8. 1923), „Mitteilung an auswärtige Ortsgruppen“. StA, PDM 6851: PND 660 über die Uraufführung des Stückes „Halbblut“ durch die NS-Bühne am 9. 6. 1929. Hanna-Daoud, Film, S. 43 f.

¹³¹ HStA, MIInn 81632: Vermerk Polizeidirektion Berlin vom 20. 2. 1924. BA, Berlin, NS 51, 5b: RPL an Münchner VB-Redaktion vom 21. 11. 1928. Euler, Kammerspiele, S. 109. Zur Aufführung kam 1925 das Stück von Friedrich Berger „Ich hatt' einen Kameraden“ über das „Schicksal des Ruhrhelden“ Willy Dreyer, der im Ruhrgebiet von französischen Besatzungstruppen erschossen worden war: VB 200 (21. 11. 1925), „Mitteilung“.

gewannen allgemeine Sportübungen immer größeren Raum unter den Aktivitäten der Münchner SA.¹³³ Zusätzlich eröffnete der Verband ab Jahresanfang 1928 Box- und Jiu-Jitsukurse für seine Führungskräfte, die aufgrund der wachsenden Resonanz ab Herbst des Jahres auch für die Mannschaftsgrade geöffnet wurden¹³⁴, und organisierte im März 1928 erstmals ein Skitreffen in Kitzbühel.¹³⁵

Krisen und Veränderungen 1927/1928

1927 wurde für die Münchner NSDAP zu einem Jahr der einschneidenden Krisen. Diese betrafen nahezu jeden Bereich der Ortsgruppe. Nicht allein das Binnenleben der Sektionen, ihre Finanzierung und die Propagandamethoden hatten mit Veränderungen zu kämpfen, betroffen waren auch die SA und der Studentenbund. Die Ursachen der Krisen waren vielfältig und lassen sich auf keinen einheitlichen Nenner bringen; sie signalisierten jedoch den längst überfälligen Erneuerungsbedarf der Strukturen der Ortsgruppe, zwei Jahre nach der Wiedergründung. Die Partei reagierte auf die Ereignisse sehr unterschiedlich und wenig systematisch. In manchen Punkten veränderte sich bereits jetzt Entscheidendes, das wesentlich zum Erfolg der Jahre ab 1929 beitrug. In anderen Bereichen pendelte die Ortsgruppe ratlos zwischen Orientierungssuche und Orientierungslosigkeit.

Die SA-Rebellion 1927

Im Frühsommer 1927 entstand in der Münchner SA eine Krise, die beinahe den gesamten Verband gesprengt hätte und sich in ihren Auswirkungen bis zum Jahresende 1928 hinzog.¹³⁶ Diese Ereignisse bewirkten jedoch nicht nur den vorübergehenden Niedergang der Münchner SA, sondern zugleich (unbewußt) auch weitreichende Veränderungen, die langfristig zum Erfolg der NSDAP insgesamt beitrugen. Daß sich die alltäglichen Auseinandersetzungen gerade im Frühjahr 1927 zu einer handfesten Krise verdichteten und schließlich zur offenen Rebellion führten, hatte naturgemäß tiefere, strukturelle Ursachen. Die vordergründige Hauptursache war der in den Augen vieler SA-Leute zu legalistische und zu wenig aktivistische Kurs der „Bremsen und Bonzen“ in der Parteileitung. Diese Haltung war eine der Hypothesen, die die SA aus den Jahren bis 1923 übernommen hatte. Seit Hitler der wiedergegründeten SA einen neuen Kurs aufgezwungen hatte, kam es deswegen im Reich wie auch in Bayern¹³⁷ und München immer wieder zu Differenzen zwischen der „zivilen“ Parteiorganisation und der SA.

¹³² HRS II/1, Dok. 31, S. 65 ff.: SA-Richtlinien vom 17. 9. 1926.

¹³³ Vgl. dazu StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die SA-Versammlungen 1925–1932.

¹³⁴ StA, Lagebericht 64 (8. 2. 1928), S. 7: Führerbesprechung der Standarte „München“ am 21. 1. 1928: Die Kursgebühr betrug 2 RM monatlich. StA, PDM 6822: „Stabe“ [Standartenbefehl] 5/28 vom 23. 3. 1928. StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 23.

¹³⁵ StA, PDM 6809: PND 599: Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 3. 3. 1928.

¹³⁶ Orlows Charakterisierung als „pseudorevolt“ unterschätzt das Phänomen erheblich: Ders., Nazi Party, S. 125.

¹³⁷ Orlow, Nazi Party, S. 105 ff.

Insbesondere die Münchner Führer und SA-Leute hatten die eigenständige und bedeutende Rolle der SA vor dem Hitlerputsch 1923 noch lebhaft in Erinnerung. Nach 1925 mußte man sich dagegen mit der stark eingeschränkten Handlungsfreiheit einer reinen Propagandatruppe abfinden und auf militärisches Gepräge und selbstbewußte Machtdemonstrationen verzichten.¹³⁸ Die Attacken des Neuhauser SA-Führers Hanns Rauscher in einem Appell der Schwabinger SA Ende 1926 gegen die Parteileitung offenbarten die starke Anspannung innerhalb der Verbände: „Die Bewegung müsse wieder eine Machtbewegung werden, was nur möglich sei, wenn bei jeder Gelegenheit die Macht nach außen hin gezeigt werde. Wenn hier die Faust nicht ausreiche, gebe es auch andere Mittel. Nur mit Rücksichtslosigkeit könne die Bewegung wieder hochgebracht werden. Passe dies der Parteileitung nicht, dann soll sie gehen“. Der „bisherige Sumpf“ gehöre ausgerotet. Hitler wolle eine aktive Bewegung und keinen „Gesellenverein“.¹³⁹ Im Frühjahr 1927 kam es zu Reibereien zwischen dem Führer der Münchner SA, Seidenschwang, und verschiedenen Sturmführern, weil Seidenschwang deren radikale Bestrebungen untersagte.¹⁴⁰ Als Ende Mai 1927 hunderte von Reichsbannerangehörigen eine kleine Gruppe von SA-Leuten durch die Straßen Giesings hetzten und dabei einen SA-Mann erschlugen,¹⁴¹ steigerte dies die Emotionen noch zusätzlich, da nun das Gefühl entstand, man sei wegen der Zurückhaltung der Partei vollkommen wehrlos. Den letzten Zündfunken für die Rebellion der Münchner SA lieferte schließlich das grundsätzliche Verbot jeglicher militärischer Übungen durch den OSAF von Pfeffer im Juni 1927.¹⁴² Wie sehr der Vorwurf mangelnden Aktivismus von der gesamten SA-Basis in München getragen wurde, zeigten nicht zuletzt auch die Äußerungen des Truppführers Röhl aus dem Stadtteil Westend in Führerbesprechungen im Oktober und November 1927, Wochen nach dem offiziellen Ende der Rebellion. Röhl erklärte, an der Spitze von Partei und SA „säßen lauter Bremser und Feiglinge, die sich nicht einmal zu einem Aufmarsch am 9. November zu Ehren der Gefallenen aufraffen könnten“. „In drei Monaten sei die ganze SA beim Teufel, wenn nicht auf die Straße gegangen werde. Der einfache SA-Mann verstehe das Verhalten der Parteileitung nicht und wolle aktiv sein, nicht aber den ewigen Schlaf beginnen. Wenn die politische Leitung nicht wolle, dann müsse man die ganze Gesellschaft einfach ausheben. Die heutige Paragraphenwirtschaft sei unerträglich und verhindere jede Aktivität“.¹⁴³ Ähnliche Angriffe gegen Parteileitung und „Völkischen Beobachter“ zogen sich noch bis in das neue Jahr hinein.¹⁴⁴ Mißstimmung unter den Verbänden erregte auch die seit Februar 1927 zunehmend strengere Abgrenzung der Parteileitung gegenüber den

¹³⁸ Longerich, Braune Bataillone, S. 48–52. HRS II/1, Dok. 31, S. 65 ff.: SA-Satzung vom September 1926.

¹³⁹ StA, PDM 6805: Polizeibericht über den Appell der Schwabinger SA am 10. 12. 1926.

¹⁴⁰ StA, Lagebericht 56 (6. 5. 1927), S. 22.

¹⁴¹ Zum Fall Hirschmann: Kapitel IV.4.

¹⁴² StA, Lagebericht 57 (9. 6. 1927), S. 18. Auch Orlow, Nazi Party, S. 106.

¹⁴³ StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 21. StA, PDM 6809: PND 592 (o. D.): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 8. 11. 1927.

¹⁴⁴ StA, PDM 6809: PND 592 (o. D.): Führersitzung der oberbayerischen SA am 3. 1. 1928. StA, Lagebericht 63 (19. 1. 1928), S. 18.

Wehrverbänden, die die Mitgliedschaft in anderen Wehrverbänden und jegliche Zusammenarbeit, ja sogar gemeinsame öffentliche Auftritte untersagte.¹⁴⁵ Da die Münchner SA-Leute diese Verbote zunächst schlicht ignoriert hatten, griff die Partei zu drastischen Gegenmaßnahmen und schloß die Betroffenen in einer Reihe von Fällen aus der Partei aus. Der Kurs der Parteileitung traf nahezu sämtliche Münchner SA-Trupps empfindlich, da enge personelle Verflechtungen mit anderen rechtsradikalen Organisationen in diesen Jahren üblich waren.¹⁴⁶ Ein weiterer Katalysator für die allgemeine Unzufriedenheit war das unbefriedigende Finanzierungssystem der SA, das bis zur Machtergreifung eine grundsätzliche Hypothek für die Beziehungen zur „zivilen“ Parteiorganisation blieb. Die Gelder, die die SA von dieser erhielt, waren zu gering, um die Verbände bei der Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen (Fahnen, Musikinstrumente usw.) zu unterstützen oder auch nur die Verwaltungskosten einigermaßen zu decken. Daran änderten auch die steten Nachbesserungen des RSM nichts. Ebenso unterstützten die NSDAP-Sektionen die SA-Verbände nur geringfügig. Aufgrund der rückläufigen Sektionsfinanzen versiegte seit dem Frühjahr 1927 auch diese Quelle. Dennoch lehnte Hitler selbst jetzt jede finanzielle Unterstützung oder eine Beitragssenkung für die Münchner SA ab.¹⁴⁷ Unbeirrt um die steigende Anspannung in der Münchner SA¹⁴⁸ reagierte die Parteileitung nicht. Als sie ab 1. Juli 1927 aus Kostengründen auch die seit Dezember des Vorjahres geltende¹⁴⁹ Haftpflichtversicherung für SA-Leute einstellte,¹⁵⁰ dürfte die Verbitterung noch weiter zugenommen haben, denn die offizielle „SA-Versicherung“ bot jetzt nur noch Schutz gegen Unfälle. Die spannungsgeladene Stimmung wurde von der seit 1926 allmählich anwachsenden Frustration über die Stagnation von Partei und SA begleitet.¹⁵¹ Nach Beobachtung der Münchner Polizeidirektion befand sich die Münchner SA seit Jahresanfang 1927 in einer tiefen Krise. Mitgliederverluste, Desinteresse an den Veranstaltungen und Motivationslosigkeit der Führerschaft griffen mehr und mehr um sich.

Im Mai des Jahres 1927 brach schließlich der offene Streit aus. Den ersten Schritt tat Edmund Heines, eine der schillerndsten Figuren der Münchner rechtsradikalen Szene, dem es als einzigem SA-Führer noch gelang, seinen Sturm 9, die Radfahrerabteilung der Münchner SA, zu vergrößern. Ein Polizeinformant bezeichnete Heines als den „unternehmungslustigsten und eifrigsten SA-Mann“ der

¹⁴⁵ HRS II/1, Dok. 31 und 135, S. 65 ff. und 326 ff.: Satzungen der SA vom September 1926 und Mai 1927. Ebenda: Dok. 75, S. 149f.: Hitler an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5. 2. 1927.

¹⁴⁶ Vgl. z. B. zu den Verbindungen zwischen Schwabinger SA, Edmund Heines und dem Frontkriegerbund: IfZ, „Protokollheft“.

¹⁴⁷ Kapitel V.2., S. 485–499.

¹⁴⁸ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Innere Stadt an RL vom 24. 6. 1927.

¹⁴⁹ StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 25: „Vorschrift“ der OSAF vom 10. 12. 1926: Die freiwillige Versicherung für SA-Leute umfaßte eine Unfallversicherung und eine Haftpflichtversicherung, die bis zur Höchstsumme von 100 000 MK in Anspruch genommen werden konnte.

¹⁵⁰ StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 16.

¹⁵¹ Vgl. z. B. StA, PDM 6805: Polizeibericht über den Appell der Schwabinger SA am 10. 12. 1926.

städtischen SA, ja als „die Seele dieser Bewegung“.¹⁵² Heines griff nun erstmals Hitler an und warf ihm vor, er sei von „Bremsern und Bonzen“ umgeben, die jeden Aktivismus verhindern würden. Das Zentrum der SA-Rebellion im Juni 1927 bildete Heines' Sturm 9 und der Sturm I unter Hanns Rauscher. Im Sturm I waren die kleine Neuhauser und Gerner SA und der große Schwabinger Trupp zusammengefaßt.¹⁵³ Die Rebellion griff schließlich auch auf den Münchner NSDStB über, dessen Führer Walter Bergemann und ein Teil des gut 30 Mann starken SA-Studententrupps mit Heines sympathisierten.¹⁵⁴ Als schließlich noch die Haidhauser SA hinzustieß, war beinahe die gesamte Münchner SA in Aufruhr.¹⁵⁵ Heines und Rauscher machten sich zu Wortführern und versuchten schließlich im März, Georg Seidenschwang, den Führer der Münchner SA, abzusetzen. Als ihnen hier der Schwabinger SA-Führer Schneider entgegentrat, veranlaßten die rebellischen SA-Führer kurzerhand die Schwabinger SA-Leute zum Übertritt zur Neuhauser SA.¹⁵⁶ Binnen kurzem schien der Machtkampf gegen Seidenschwang auszugehen – Polizeibeobachter notierten bereits Heines als den neuen Führer der Münchner SA.¹⁵⁷ Daraufhin griffen die Führung von SA und Partei sowie Hitler ein.¹⁵⁸ Ende Mai wurde Heines aus SA und NSDAP ausgeschlossen, Anfang Juni der Münchner Studentenfürher und einige Studenten. Rauscher verließ die Partei freiwillig.¹⁵⁹ Hitlers persönliches Eingreifen beendete die Unruhen jedoch keineswegs. Mit großem Erfolg warb Heines im Juli 1927 die Mitglieder der SA Neuhausen und Innere Stadt für seine Neugründungen ab, die „Treuschäften“ Neuhausen, Innere Stadt und Rossbach. In der „Treuschafft Rossbach“ versammelte sich die vorherige, gemeinsam mit Heines aus der Partei ausgeschlossene „Rossbachabteilung“. Die Neuhausener SA löste sich vollkommen auf. Im Laufe des Sommers wechselte ein Drittel der etwa 300 Mann starken Münchner SA zu Heines über, dessen Abteilungen nun rege Aktivitäten entfalteten.¹⁶⁰ Die SA-Basis

¹⁵² StA, Lagebericht 54 (4. 2. 1927), S. 20. Zu Heines auch Kapitel II.4., Anm. 128.

¹⁵³ IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

¹⁵⁴ StA, Würzburg, RSF II/14: Bergemanns Nachfolger Weber an Tempel vom 28. 6. 1927.

¹⁵⁵ Aufgrund der anhaltenden innerverbandlichen Opposition löste sich der „zahlenmäßig starke“ SA-Trupp Haidhausen Anfang 1928 auf: StA, PDM 6809: PND 601: Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 21. 1. 1928. StA, Lagebericht 64 (8. 2. 1928), S. 7.

¹⁵⁶ StA, PDM 6733: PND 565 (24. 3. 1927): Schneider vor der Schwabinger SA am 10. 3. 1927. Zum Aufruhr in der Schwabinger SA: StA, PDM 6809: PND 570 und 573: Schwabinger SA-Appelle am 22.4. und 13. 5. 1927. Zur gesamten Affäre Rauscher-Heines auch: Longerich, Braune Bataillone, S. 64 f.

¹⁵⁷ BA, Berlin, 15 01 RMDI/26093: Polizeipräsidium Berlin an Polizeipräsidium Bielefeld vom Mai 1931 mit Vermerk der PDM vom 2. 6. 1931.

¹⁵⁸ Vgl. dazu die Lageberichte 1927, insbesondere StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927). Auch Pridham, Hitler's Rise, S. 62 f. Sowie Motzet, NSDAP, S. 73 ff.

¹⁵⁹ HRS II/1, Dok. 137, S. 333: Anordnung Hitlers. Ebenda, Dok. 130, S. 320: Hitler im Generalappell der Münchner SA am 25. 5. 1927. StA, Würzburg, RSF II/14: HGM-Führer Weber an Tempel, 28. 6. 1927.

¹⁶⁰ StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 15 ff. Ebenda 59 (31. 8. 1927), S. 20. Ebenda 62 (28. 12. 1927), S. 13. Nachdem zugleich sein Versuch, die Schilljugend auszubauen, gescheitert war, übernahm Rossbach im Juli 1927 die Führung der Rossbachabteilungen im Reich wieder selbst: Ebenda 58 (23. 7. 1927), S. 16 f.

stand nahezu geschlossen hinter der Kritik der SA-Führer Heines und Rauscher. Dies bewies nicht zuletzt das Scheitern des Neugründungsversuchs der SA-Neuhausen Ende Juli – lediglich zwölf frühere SA-Mitglieder zeigten Interesse¹⁶¹ – und der Rücktritt dreier Münchner SA-Führer aus Protest gegen die Parteileitung im Juli 1927.¹⁶² Diese Rücktritte und Mitgliederverluste¹⁶³ sowie das völlige Desinteresse an den SA-Appellen der Münchner Trupps im Juni und Juli 1927¹⁶⁴ ließen die Münchner SA handlungsunfähig werden. Bei der Sektion Innere Stadt sabotierte die SA sogar die Sprechabende, so daß deren Besuch rapide zurückging.¹⁶⁵ Gerade die Neuhauser SA kam nicht zur Ruhe. Schon im September 1927 erschütterten massive Reibereien, die in die Entlassung des SA-Führers mündeten, den kleinen Verband erneut. Der nicht enden wollende Streit innerhalb der SA, „der Schweinestall“, wie sich ein Neuhauser SA-Mann ausdrückte, zermürbte die Mannschaften zunehmend.¹⁶⁶ Doch eine Lösung der Krise und der fortgesetzten Spaltung der Münchner SA war nicht abzusehen. Die gesamte Münchner Ortsgruppe befand sich zum selben Zeitpunkt in Stagnation. Angesichts dessen kam es in den SA-Führerbesprechungen Mitte Oktober und Anfang November 1927 zu erregten Auseinandersetzungen über das Verhältnis zwischen SA und „zivilen“ Parteiorganisation, und einzelne Sturmführer verlangten mehrfach, Hitler müsse endlich über „die tatsächliche Lage“ in der SA und der Partei unterrichtet werden. „Wenn es noch lange so weitergehe, dann gehe die SA und die Partei kaputt“.¹⁶⁷ Dem schloß sich nun erstmals auch der Münchner SA-Führer Seidenschwang an und spekulierte, in der Politischen Leitung sei „verschiedenes faul“. Selbst gegenüber den Angriffen Himmlers, der sogar vermutete, er halte neuerdings seine Mannschaften absichtlich vom Besuch der Zentralsprechabende fern, beharrte Seidenschwang auf seiner Kritik, die mittlerweile jeder SA-Mann teile. Auch der bayerische SA-Führer Major Buch bekannte ungewöhnlich offen, er halte die Beschwerden „teilweise“ durchaus für begründet. Doch von einer Aussprache mit Hitler verspreche er sich wenig, da dieser die Versammelten „mit seiner bekannten Kaltblütigkeit“ einfach „ignorieren“ werde. Daraufhin drohte ein Truppführer, wenn nicht bald „Abhilfe“ geschaffen werde, dann schreite die SA zur „Selbsthilfe“. Mit ihrer Krise standen die Münchner Verbände nicht allein. Im November und Dezember 1927 hatte auch die Nürnberger SA mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Zerfall in zwei Lager und die Erosion des Mit-

¹⁶¹ StA, PDM 6809: PND 582 (4. 8. 1927): SA-Neugründungsveranstaltung der Sektion Neuhausen am 27. 7. 1927.

¹⁶² StA, PDM 6809: PND 591 (3. 11. 1927): Führerbesprechung des SA-Sturm I am 14. 10. 1927. StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 15.

¹⁶³ StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die SA-Versammlungen in der zweiten Jahreshälfte 1927.

¹⁶⁴ StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 16.

¹⁶⁵ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Innere Stadt an RL vom 24. 6. 1927.

¹⁶⁶ StA, NSDAP 496: Ostberg an Heinrich Denk [unbekanntes SA-Mitglied] vom 12. 9. 1927 und Antwort Denk an Ostberg vom 11. 10. 1927.

¹⁶⁷ Im Folgenden: StA, PDM 6809: PND 591 (3. 11. 1927): Führerbesprechung des SA-Sturm I am 14. 10. 1927. Ebenda: PND 592: Führersitzungen der Münchner SA-Standarte I am 25. 10. 1927 und am 8. 11. 1927. StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 21.

gliederbestandes bis auf lediglich 60 Mann drohten den gesamten Verband zu zerstören.¹⁶⁸

Anfang Januar 1928 trat schließlich der Münchner SA-Führer Seidenschwang zurück – offiziell aus „gesundheitlichen Gründen“,¹⁶⁹ tatsächlich jedoch wohl aufgrund seiner auffälligen Führungsschwäche bei der Eindämmung der SA-Krise und im Gefolge der Auseinandersetzung mit Himmler bzw. seiner Kritik an der Parteileitung im Oktober des Vorjahres. Auf Seidenschwang folgte Hans Zöberlein,¹⁷⁰ 1922 bis 1923 Führer einer Münchner SA-Hundertschaft und zugleich 1923 bzw. erneut von 1925 bis 1927 Führer der Sektion Au-Giesing und seit 1926 der SA in Haidhausen und in Au-Giesing.¹⁷¹ Dessen Tatendrang wie auch die nun intensiviertere Propagandatätigkeit der SA markierten auf längere Sicht die Wende für die Münchner SA, auch wenn sich zunächst die Krise fortzusetzen schien. Im April 1928 eskalierte die Rivalität zwischen SA und SS.¹⁷² Die Gerner und Neuhauser SA kam nicht zur Ruhe und wechselte bis März 1929 dreimal ihre Führer – stets begleitet von erbittertem Streit, wie die Polizeiberichte unter anderem über „Kassenunstimmigkeiten und Weibergeschichten“ bewiesen.¹⁷³ Im Juli 1928 löste der Machtkampf zwischen dem Führer der Sektion Neuhausen-Nymphenburg-Gern und seinem Stellvertreter schließlich die Rebellion des gesamten SA-Sturms aus. Anlaß des Machtkampfes war das Verhältnis des verheirateten Gerner SA-Truppführers mit der Tochter des zweiten Sektionsvorsitzenden.¹⁷⁴ Im Dezember 1928 drohte die SA-Innere Stadt zu zerfallen, nachdem ihr Führer Ostberg einen aus der Partei ausgeschlossenen SA-Mann zum Sturmappell zugelassen hatte und daraufhin des Amtes enthoben wurde.¹⁷⁵

Da von Seiten des Münchner SA-Führers keine Impulse kamen, lag die Beendigung der Krise in den Händen Hitlers und der OSAF, die auf verschiedenen Ebenen agierten.¹⁷⁶ Nachdem er die Köpfe der Rebellion aus Partei und SA her-

¹⁶⁸ StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 21. StA, PDM 6809: PND 596: Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 13. 12. 1927.

¹⁶⁹ StA, Lagebericht 63 (19. 1. 1928), S. 18.

¹⁷⁰ StA, PDM 6809: PND 599 (o. D.): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 3. 1. 1928. Zöberlein blieb auch nach der Erweiterung der Münchner SA um eine zweite Standarte, Anfang 1929, Führer der Standarte I; die Führung der gesamten Münchner SA übernahm jetzt ein ehemaliges prominentes Mitglied des Frontkriegerbundes, Wilhelm Helfer: StA, PDM 6809: PND 649 (14. 3. 1929): Appell des Münchner SA-Sturm III am 1. 3. 1929.

¹⁷¹ StA, PDM 6705: Zöberlein in der Vernehmung durch die PDM/VIa am 9. 6. 1923 betreff der Vorfälle am 1. Mai 1923. StdA München, Ratsherrenkartei, Zöberlein Hans. StA, NSDAP 496: Sektion Au-Giesing an HGS vom 13. 6. 1925. Ebenda: Sektionsschriftführer Au-Giesing an HGS vom 25. 1. 1927 über Zöberleins Rücktritt am Vortag. Zur Biographie Zöberleins vgl. auch Dandl, Zöberlein, S. 56–60.

¹⁷² StA, PDM 6809: PND 612 (o. D.): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 14. 4. 1928.

¹⁷³ StA, PDM 6809: PND 599 (o. D.): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 14. 1. 1928.

¹⁷⁴ StA, NSDAP 496: Alois Friedrich an RL vom 28. 7. 1928.

¹⁷⁵ StA, PDM 6809: PND 640: Appell der Münchner SA-Standarte I vom 13. 12. 1928.

¹⁷⁶ Orlow dagegen reduziert das Krisenmanagement auf die Wirkung des „Hitler-Mythos“: Ders., Nazi Party, S. 125.

ausgedrängt hatte,¹⁷⁷ versuchte Hitler in der zweiten Maihälfte in zwei Generalappellen,¹⁷⁸ die gesamte Münchner SA auf sich einzuschwören und den Konflikt einzuzugrenzen. Er konzentrierte den Aufruhr auf Heines und Rauscher, deren „Meuterei“ die gesamte SA untergrabe. Für den Heinesschen Aktionismus sei kein Platz, da er nur das polizeiliche Verbot der Organisation provoziere. Doch große Teile der SA-Basis boykottierten die Appelle. Bei der ersten Versammlung erschienen nur 180 der rund 300 SA-Leute, bei der zweiten, eine Woche darauf, kamen trotz Androhung des Parteiausschlusses nur ein Dutzend SA Männer mehr. Der negativen Ausstrahlung des Konflikts auf die Münchner Anhängerschaft suchte die Parteileitung durch eine intensive Versammlungstätigkeit entgegenzuwirken. Dabei trat Hitler im Mai und Juni sechsmal in öffentlichen Großveranstaltungen in der Stadt auf.¹⁷⁹ Der Tod des SA-Mannes Hirschmann in einer politischen Auseinandersetzung in Giesing Ende Mai¹⁸⁰ lieferte eine hochwillkommene Möglichkeit, um von dem Konflikt abzulenken. Geschickt inszenierte Hitler das Begräbnis im Ostfriedhof am 30. Mai 1927 sowie die Bürgerbräuersammlung vier Tage später und versuchte, SA und „zivile“ Parteiorganisation in dem Gefühl einsamer Bedrohung und Not zusammenzuschweißen.¹⁸¹ Die OSAF reagierte auf die Rebellion mit einer Organisationsreform, um wenigstens einen Teil der tieferen Ursachen zu beheben. Fünf „Grundsätzliche Anordnungen“, in der letzten Maiwoche 1927 veröffentlicht, präzisierten Aufgaben und Aufbau der SA sowie die Beziehungen zur Parteiorganisation im gesamten Reich.¹⁸² Einschneidend wirkte vor allem die Anordnung, die den Parteiführern künftig die Mitgliedschaft in der SA verbot, um Entscheidungskonflikte durch die Unterordnung, wie sie während der Rebellion aufgetreten waren, zu vermeiden.¹⁸³ Diese Lösungsstrategien Hitlers bzw. der OSAF basierten vor allem auf Suggestion und Ablenkung und konnten daher die Krise nur vorübergehend dämpfen, ohne ihre tatsächlichen Ursachen zu beseitigen. Die OSAF-Anordnungen suggerierten die angebliche große Bedeutung der SA durch eine Vielzahl detaillierter militärisch klingender Regelungen zur Uniform, zum SA-Dienst und zu den künftigen Aufgaben. Die dramatisierten Auftritte in Zusammenhang mit dem Hirschmann-Begräbnis versuchten den Blick weg von den struktur-

¹⁷⁷ HRS II/1, Dok. 130, S. 320: Hitler zur Münchner SA am 25. 5. 1927. Ebenda, Dok. 137, S. 333: Anordnung Hitlers.

¹⁷⁸ HRS II/1, Dok. 125, S. 309ff., und Dok. 130, S. 320ff.: Hitler auf den Generalappellen der Münchner SA am 18. 5. und am 25. 5. 1927. Auch Orlow, Nazi Party, S. 106.

¹⁷⁹ HRS II/1, Dok. 121 (S. 299ff.), 124 (S. 302ff.), 128 (S. 328ff.), 129 (S. 329ff.), 140 (S. 337ff.) und 146 (S. 368ff.).

¹⁸⁰ Zum Fall Hirschmann: Kapitel IV.4.

¹⁸¹ HRS II/1, Dok. 134 (S. 325f.) und Dok. 140 (S. 337ff.).

¹⁸² HRS II/1, Dok. 133 (S. 324), 135 (S. 326f.), 139 (S. 335f.), 141 (S. 342f.) und 142 (S. 344f.). Die nächste grundsätzliche Anordnung erließ die SA-Führung erst wieder Anfang April 1929. Diese behandelte nun die Regelung der Kompetenzen der SA-Führer innerhalb der Verbände: HRS III/2, Dok. 19, S. 163f.: „Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 9. 4. 1929.

¹⁸³ HRS II/1, Dok. 139, S. 336f.: „Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 3. 6. 1927, Ziffer 6. Vgl. Auch StA, NSDAP 496: Sektionsführer Neuhausen an SA-Führer Neuhausen vom 11. 9. 1927.

immanenten Defiziten und hin zu einer angeblichen aktuellen Bedrohung zu lenken.

Die entscheidende Lösung der Krise lag jedoch darin, die zentrale Forderung der Rebellion zu erfüllen und den Verbänden tatsächlich mehr Aktivitäten zu vermitteln. Ende 1927 begannen SA-Führung und Parteileitung schließlich die Versammlungstätigkeit und die Propagandamärsche der SA zu steigern. Auch die Ablösung des Münchner Standartenführers Seidenschwang durch den von den Auseinandersetzungen unbelasteten Zöberlein gehörte vermutlich zum Konzept. Als Hitler angesichts der zunächst fortgesetzten Unruhe im Januar erneut einen Generalappell der Münchner SA einberief, warb er für diese Lösung. Er unterstrich zunächst ein weiteres Mal, daß Partei und SA durch mehr aggressiven Aktivismus nur Verbote riskierten; „es komme schon eine andere Zeit, wenn Gott will, in der die NSDAP die Macht habe, und dann das Hemmende von selbst verschwinde“. Anschließend kündigte er an, künftig werde die SA deutlich sichtbar das Hauptgewicht der Parteipropaganda tragen.¹⁸⁴ Zu den üblichen wöchentlichen Trupp-Appellen kamen ab November 1927 monatliche Gruppen- und Sturmappelle.¹⁸⁵ Gleichzeitig beschloß die Leitung der Standarte München, „um bei den SA-Führern das Interesse an der SA zu heben und zu stärken“, ab Ende November 1927 die Führerbesprechungen wöchentlich abzuhalten.¹⁸⁶ Die SA-Verbände hatten nun nach öffentlichen Veranstaltungen außerhalb der Bannmeile um den Landtag stets geschlossen abzumarschieren. Bei einzelnen Verbänden wurden „Reserveabteilungen“ gebildet. Seit Ende Januar 1928 erhielten die SA-Oberführer in der Geschäftsstelle der NSDAP eine Jiu-Jitsu-Ausbildung, die später auch auf Truppführer ausgedehnt werden sollte. Diese Kurse dienten nicht zuletzt dazu, Aggressionen abzubauen.¹⁸⁷ Um den SA-Männern noch stärker das Gefühl der Aktivität zu vermitteln, empfahl die SA-Führung im Mai 1928 die Gründung von „neutralen“ Sportgruppen ohne sichtbare Verbindung zu NSDAP und SA. Auf diese Weise stünden den Verbänden wie den Arbeiterturnvereinen auch die staatlichen und gemeindlichen Turnhallen offen. Hier mußte die SA allerdings zumindest in Bayern mit dem Widerstand der Polizeibehörden rechnen.¹⁸⁸ Dagegen verstanden sich die zum Jahresanfang 1928 eingeführten „SA-Verpflichtungsscheine“ eher als Disziplinierungsinstrument, wie ihr Text bewies: „Ich ersuche um Aufnahme in die SA der NSDAP und erkläre, daß ich Mitglied der NSDAP bin, keinem Wehrverband angehöre, tadellose Disziplin bewahre und ein gutes Einvernehmen mit meinen Kameraden halten will.“¹⁸⁹ Durchaus als Versuch, den Verbänden größere Bedeutung einzureden, kann auch die gleichzeitig gestartete SA-Beilage des „Völkischen Beobachters“ gesehen werden. Dieses

¹⁸⁴ HRS II/2, Dok. 218, S. 596 f.: Generalappell der Münchner SA am 9. 1. 1928.

¹⁸⁵ StA, PDM 6809: PND 591 (3. 11. 1927): Führerbesprechung des SA-Sturm I vom 14. 10. 1927.

¹⁸⁶ StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 21. Ebenda 66 (1. 5. 1928), S. 20.

¹⁸⁷ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 22.

¹⁸⁸ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 20 f. „SA-Mann“ 2 (April 1928), „Die körperliche Ausbildung unserer SA“.

¹⁸⁹ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 22.

ausschließlich der SA gewidmete Beiblatt erschien jeden dritten Samstag im Monat.¹⁹⁰ Ab Ende April 1928 erhielt die SA neue Uniformen mit veränderten Kragenspiegeln.¹⁹¹ Den wesentlichsten Anteil an der Beendigung der Krise hatte jedoch zum einen die Beitragssenkung, die der Münchner SA-Führer Zöberlein im Februar 1928 eigens für seinen Verband aushandeln konnte – künftig zahlte ein Münchner SA-Mitglied nur mehr 40 Pf.¹⁹² –, sowie die Mitarbeit im Reichstagswahlkampf 1928, die an späterer Stelle darzustellen sein wird, denn hierbei ließ sich der Drang der Verbände nach Aktivismus reichlich befriedigen. Durch die Veränderung ihres Propagandakonzeptes hatte die Münchner SA Mitte 1928, obwohl die Parteiführung selbst noch am Jahresende die Notwendigkeit sah, den Verband besonders zu motivieren,¹⁹³ ihre Krise endgültig überwunden. Im Gefolge dieser Veränderungen nahmen bei der Münchner SA nicht nur die Aktivitäten zu, sondern auch die Verwaltungsbürokratie. Hier zeichnete sich schon die Entwicklung der dreißiger Jahre ab. Zöberlein gab nunmehr regelmäßig Rundschreiben heraus¹⁹⁴ und führte sukzessive neue Verwaltungsordnungen ein. Beispielsweise hatten künftig sämtliche Trupps und Stürme vierteljährliche Stärkemeldungen sowie Kassenabrechnungen abzuliefern.¹⁹⁵

Folgenreiche Neuorientierung der Propaganda 1927

Im April 1927 führte die Parteileitung einen wöchentlichen Zentralsprechabend für alle Münchner Sektionen ein, der die Mitgliederversammlungen ersetzen sollte. Doch schon Ende November beendete sie das Experiment angesichts der anhaltend niedrigen Besucherzahlen.¹⁹⁶ Obwohl sich 1927 insgesamt die Zahl der Großveranstaltungen für die Ortsgruppen auf 30 steigerte, waren immer wieder über Monate hinweg, vor allem im Sommer, keine Versammlungen angeboten worden.¹⁹⁷ Im folgenden Jahr erhöhte sich die Gesamtzahl der Großveranstaltungen auf mindestens 52. Hielt die Partei bereits außerhalb der Sommerpause von Juni bis August wenigstens eine wöchentliche Veranstaltung ab, so erbrachte der Wahlkampf im Mai eine noch erheblich höhere Versammlungsdichte. Vier Großveranstaltungen dieses Jahres galten der SA. Im Oktober führte die Reichsleitung auf „ausdrücklichen Wunsch“ Hitlers erneut den Zentralsprechabend ein und hielt diesen bis Jahresende durch.¹⁹⁸ Zu den großen Ereignissen der Ortsgruppe zählten 1928 auch die Generalmitgliederversammlung und die anschließende

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ StA, PDM 6822: Standartenbefehl 8/28, gez. Zöberlein, vom 24. 4. 1928.

¹⁹² StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 20.

¹⁹³ Mehr als auffällig bemühte sich Epp um den Münchner Standartenappell am 2. 11. 1928: StA, PDM 6809: PND 634.

¹⁹⁴ Vgl. StA, PDM 6822: Standartenbefehle Zöberleins für 1928.

¹⁹⁵ StA, PDM 6809: PND 606 (16. 3. 1928): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 3. 3. 1928.

¹⁹⁶ StA, Lagebericht 56 (6. 5. 1927), S. 21. Ebenda 57 (9. 6. 1927), S. 16. Ebenda 62 (28. 12. 1927), S. 12.

¹⁹⁷ Im Folgenden zu den Quellen der Parteiversammlungen in München: Kapitel III.3., S. 39.

¹⁹⁸ VB 244, 19. 10. 1928, AdB. StA, Lagebericht 71 (28. 11. 1928), S. 18 ff., und 72 (17. 12. 1928), S. 10.

Führertagung vom 31. August bis zum 3. September in München.¹⁹⁹ In den Großveranstaltungen rangierte die Münchner Lokalpolitik in der Skala der Referententhemen nach wie vor ganz unten.²⁰⁰ Und falls diese zur Sprache kam, standen stets publikumswirksame Skandale bzw. Hermann Esser im Vordergrund, der es verstand, mit besonderer Energie jedes noch so abwegige Thema zu geeigneter rhetorischer „Munition“ zu formen.²⁰¹ Die außerhalb des Wahlkampfes betriebene Parteipropaganda mit Flugschriften übertraf 1928 alle diesbezüglichen Aktionen des Vorjahres.²⁰² Während für die ersten drei Zentralsprechabende ausschließlich im „Völkischen Beobachter“ aufgerufen worden war, verteilten SA-Leute allein für den Zentralsprechabend am 5. November 1928 ca. 5000 Handzettel.²⁰³ Bis zum Jahresende kamen zwei weitere Flugblattserien hinzu, daneben zwei Plakate, die für den „Völkischen Beobachter“ bzw. eine Veranstaltung warben, wie auch mehrere Dutzend Handzettel als Einladungen.

Die stadtteilübergreifenden Großveranstaltungen, darunter auch der Zentralsprechabend, verdrängten sowohl die offenen Veranstaltungen als auch die geschlossenen Mitgliederversammlungen der Sektionen von 1927 bis 1929 nahezu gänzlich, und es ergaben sich zum Teil monatelange Versammlungspausen.²⁰⁴ Als die Mitgliederversammlungen ab Juni 1928 wieder häufiger stattfanden, waren sie meist wenig besucht.²⁰⁵ Das Phänomen läßt sich anschaulich am Beispiel der Sektion Schwabing beobachten, deren Sprechabende seit 1927 immer unregelmäßiger abgehalten wurden, in den Sommermonaten schließlich nur mehr alle 14 Tage stattfanden und ab Oktober 1928 endgültig ausfielen; die Sektion gab ihr Gasthaus „Blüte“ auf und suchte sich ein kleineres Lokal, wo nur noch monatliche informative Treffen abgehalten wurden.²⁰⁶ Dieser Wandel signalisiert die allmähliche Abkehr der Reichsleitung von ihren Methoden der Anhängerwerbung in München. Unzufrieden mit dem bisherigen Erfolg und veranlaßt durch den beständigen Streit in den Münchner Sektionen, nicht zuletzt durch die Schwabinger Vorjahresereignisse,²⁰⁷ beschloß die Reichsleitung 1927, ihre Propagandametho-

¹⁹⁹ StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 17.

²⁰⁰ Quellen der Parteiversammlungen in München: Kapitel III.3., S. 39.

²⁰¹ 1928 diskutierte er im Mathäusersaal, ob die Frauenklinik die Anwesenheit jüdischer Medizinstudenten bei Geburten von der Einwilligung der betroffenen Mutter abhängig machen solle: StA, PDM 6738: Polizeibericht vom 16. 11. 1928.

²⁰² Zu den Quellen: Kapitel III.3., Anm. 22.

²⁰³ StA, PDM 6739: Vermerk PDM vom 3. 11. 1928.

²⁰⁴ Dazu Kapitel III.3., Anm. 39. Vgl. insbesondere StA, Lageberichte 71 (28. 11. 1928), S. 18 ff., bzw. 72 (17. 12. 1928), S. 10. Und: BA, Potsdam, NS 18, 5001: Korrespondenz Himmlers mit den Sektionen 1926–1928.

²⁰⁵ StA, Lageberichte 65 (21. 3. 1928) – 72 (17. 12. 1928).

²⁰⁶ IfZ, „Protokollbuch“. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen bis 1929. Hier insbesondere: StA, PDM 6733: Polizeibericht PND 582 (9. 8. 1927): Fiehler zum Sektionsvorstand am 21. 7. 1927. IfZ, „Protokollbuch“, S. 135: Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 31. 10. 1928. IfZ, MA 1221: Notiz des Schwabinger Sektionskassierers Hilble auf dem Kassenbericht für 1928 zur Ursache der rückläufigen Versammlungszahlen.

²⁰⁷ Zum Rücktritt des Schwabinger Sektionsführers im Mai 1926: StA, PDM 6733: PND 541, 543 und 544: Schwabinger Sektionsversammlungen am 10.6., 24.6. und 1. 7. 1926.

den umzustellen. Das Ende des Redeverbotes gegen Hitler am 5. März 1927²⁰⁸ bestärkte diesen Entschluß. Künftig sollte nicht mehr das Binnenleben der Sektionen im Vordergrund stehen, sondern die stadtteilübergreifenden Aktionen. Daher maß die Reichsleitung nun den Sektionsversammlungen und damit dem persönlichen und familiären Parteimilieu keine große Bedeutung mehr bei und forderte schließlich Ende 1928 von den Münchner Sektionen, künftig nur noch während der Zentralsprechende Mitglieder zu werben.²⁰⁹ Die Gründe für den neuen Kurs offenbarte Hitler bereits auf dem Nürnberger Parteitag im August 1927: „Warnen muß man vor zu viel Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen. Sie sind stets nur Quelle von Streitigkeiten, Eifersüchteleien und Stänkereien und bedeuten eine vergeudete Kraft, da neue Mitglieder dadurch nicht gewonnen werden, wohl aber infolge der dabei stattfindenden Stänkereien zahlreiche Menschen sich zurückgestoßen fühlen.“²¹⁰

Möglicherweise lagen der Wende bezüglich der Münchner Propagandamethoden bereits die Vorüberlegungen für ein System konzentrierter Propagandawellen zugrunde, die Himmler schließlich Ende Dezember 1928 an die Gauorganisationen weitergab.²¹¹ Dieses System schwebte bereits Goebbels vor, als er in den „Nationalsozialistischen Briefen“ vom 15. August 1926 vorschlug, im kommenden Winter zwei Dutzend Großstädte im Reich konzentriert mit Propagandamaterial bzw. mit den effektivsten Rednern zu bearbeiten und zu „Bollwerken der Bewegung“ auszubauen. Von hier aus habe man sich dann unter einheitlicher Lenkung und nach einheitlichen Richtlinien weiter auf das flache Land vorzuarbeiten. Es gelte, die öffentlichen Veranstaltungen „so groß wie möglich aufzuziehen“ und sie durch einen Saalschutz zu begleiten, denn zerschlagene Versammlungen seien ein „Verlust, [...] der in einem halben Jahr nicht gutgemacht werden kann“.²¹² Möglicherweise geriet dieser Vorschlag 1927 erneut in das Blickfeld der RPL und die Partei beschloß, München mit einer Vielzahl von Großveranstaltungen zu überziehen.

Wenngleich er eigentlich der Partei neuen Zulauf verschaffen sollte, hatte der neue Kurs zunächst tiefgreifende strukturelle Veränderungen innerhalb der Münchner Ortsgruppe zur Folge. Mit dem Wegfall der Mitgliederversammlungen fehlte die wichtigste Gelegenheit der Sektionen, Spenden zu sammeln. Nachdem gleichzeitig die Mitgliederzahlen stagnierten, bedeutete dies den finanziellen Zusammenbruch der Münchner Sektionen.²¹³ Die nun extrem knappen Kassen erlaubten im Gegenzug keinen großen Aufwand für Propaganda und Mitgliederwerbung, und so verschwanden 1927 allmählich auch die übrigen Facetten des

²⁰⁸ StA, Lagebericht 56 (6. 5. 1927), S. 22.

²⁰⁹ StA, PDM 6733: PND 638 (17. 12. 1928): Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 27. 11. 1928; Fiehler erläuterte hier ein entsprechendes Rundschreiben der NSDAP-Reichsleitung.

²¹⁰ HRS II/2, Dok. 165, S. 483: Hitler am 20. 8. 1927 in seiner Ablehnung des Antrags Dresdener Nationalsozialisten, striktere Richtlinien für die Ortsgruppenarbeit aufzustellen.

²¹¹ IfZ, Fa 104/2: Rschr. RPL/Himmler vom 24. 12. 1928. Vgl. auch Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 67 f.

²¹² StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 19. Vgl. auch Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 67.

²¹³ Vgl. auch Kapitel V.

Vereinslebens wie etwa Ausflüge, Feste oder das finanzielle soziale Engagement. In der Folge erodierte das Parteimilieu und damit auch die Attraktivität der Sektionen.²¹⁴ Dies trug wiederum nicht unerheblich zur Stagnation der Mitgliederzahlen bis zum Frühjahr 1928 bei. Da sich nun die Sektionen nicht mehr vorwiegend auf ihr Binnenleben konzentrierten, sondern auf die stadtteilübergreifenden Großveranstaltungen, bahnte sich hier bereits eine Rückkehr zur Zentralisierung der Ortsgruppen an.

Auf den Wechsel der Methoden im Frühjahr 1927 folgte in gewissem zeitlichen Abstand die Erweiterung des Themenspektrums bzw. des Zielbereiches der Parteipropaganda. Hier spiegelte die Münchner Ortsgruppe die, vom ersichtlichen Mißerfolg der bisherigen Konzepte ausgelöste, allmähliche propagandistische Neuorientierung von Parteiführung und NSDAP im gesamten Reich zwischen Herbst 1927 und der ersten Hälfte 1928. Die bisher weitgehend auf die großstädtische Arbeiterschaft fixierte Propaganda warb nun stärker auch um das Bürgertum und den Mittelstand, die Wehrverbände und die Landbevölkerung.²¹⁵ Nachdem sich die Parteipropaganda im Reich schon im Herbst 1927 deutlicher als bisher der Landbevölkerung geöffnet hatte, setzte sie diesen Kurs nach der Reichstagswahl 1928 verstärkt fort.²¹⁶ Ebenfalls nach der Wahl wandte die NSDAP, die bis zu diesem Zeitpunkt vor allem in Norddeutschland einen ausgeprägten „sozialistischen“ und antikapitalistischen Einschlag aufwies, ihre Propaganda von der ursprünglichen Konzentration auf die städtische Arbeiterschaft nunmehr auch den Mittelschichten zu. Zu dem Zweck wurden jetzt Nationalismus und Antisemitismus intensiver in den Vordergrund gestellt, Sozialismus und Antikapitalismus blieben jedoch in verringertem Ausmaß Teil der Propaganda.²¹⁷ Unmittelbar

²¹⁴ Zum Rückgang der Besucherzahlen 1927 bis 1929: Kapitel III.5.

²¹⁵ Stachura, Wendepunkt, S. 66–99. Dietrich Orlow stellte erstmals die These auf, die NSDAP-Propaganda habe sich in den Jahren bis Ende 1927 zwar grundsätzlich um alle Bevölkerungsschichten bemüht, jedoch ihren Schwerpunkt, wenn auch in regionalen Variationen, vor allem auf die städtischen Gebiete und die Industriearbeiterschaft konzentriert. Im Herbst 1927 und schließlich nach der Reichstagswahl 1928 habe Hitler das Scheitern dieses „urban-plan“ konstatiert und nun die Propaganda verstärkt der Landbevölkerung und dem Mittelstand sowie der Thematisierung des Nationalismus zugewandt („rural-nationalist-plan“): Ders., *Nazi Party*, S. 87–91, 113 ff. 120, 132 f., 151 und 305. Vgl. auch: Tyrell, *Führer befehl*, S. 150 f., 188 (Dok. 70a und 70b) und 220. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 56–59. Dagegen bestreitet Gerhard Paul die Existenz einer Orientierungswende: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 85, 88 und Anm. 7: Doch sein Gegenargument, die NSDAP habe auch vor 1927 bereits unter der bäuerlichen Landbevölkerung und im kleinbürgerlichen Umfeld geworben und sich keineswegs ausschließlich auf die Arbeiterschicht fixiert, widerspricht der u. a. von Stachura, Orlow und Tyrell vertretenen These im Grunde nicht. Pauls (wenige) Argumente, etwa die stärkere Hinwendung Hitlers zur Agitation unter der Landbevölkerung seit Herbst 1927 oder das Rundschreiben im Mai 1928, das die Polemik gegen den Stahlhelm untersagte, belegen diese These vielmehr erneut. Allerdings ist Paul zuzustimmen, daß die Parteipropaganda 1927/1928 reichsweit keineswegs einheitlich gesteuert werden konnte und man nicht von einer abrupten „revolution“ der Propaganda (Orlow, *Nazi Party*, S. 133) sprechen könne; die Partei ließ überdies selbst nach 1927 nie davon ab, auch die Arbeiterschaft zu gewinnen: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 85.

²¹⁶ Stachura, *Wendepunkt*, S. 79 f. In Bayern wandte sich die NSDAP stellenweise schon 1926 der Landbevölkerung zu: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 57 ff.

²¹⁷ Orlow, *Nazi Party*, S. 88 f. Stachura, *Wendepunkt*, S. 66–78; Stachura behauptet nicht,

vor den Wahlen reduzierte die Parteiführung auch die bislang übliche Polemik gegenüber den Wehrverbänden.²¹⁸ Auch auf der Münchner Führertagung der NSDAP vom 31. August bis 2. September 1928 klang diese Schwerpunktverlagerung an.²¹⁹ Dieser neue Kurs prägte in Variationen die Parteiorganisation im gesamten Reich, aber auch die Diskussionen und Vorträge der Münchner Sektionsversammlungen bzw. Großveranstaltungen.²²⁰ Allerdings zeigte sich hier die veränderte Haltung gegenüber den mittelständischen Schichten bereits 1927. Als gutes Demonstrationsbeispiel dienen hier die Vorträge in der Sektion Schwabing,²²¹ da in dieser bürgerlichen Wohngegend an sich weniger eine arbeiterfreundliche Propaganda, sondern eher die gezielte Werbung um den Mittelstand nahegelegen hätte. Tatsächlich widmeten sich nur zehn Prozent aller Vorträge vor der Schwabinger NSDAP gezielt dem Thema „Arbeiterschaft“. Doch viele Referenten signalisierten noch bis 1927 ihre mittelstandsfeindliche und zugleich „antikapitalistische“ Haltung und betrachteten das Werben um die Arbeiterschaft als primäre Parteiziele.²²² So forderte etwa der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Frick in seinem Vortrag über „Politik im Reich und Bayern“ am 23. September 1926: Die

wie ihm u. a. von Falter und Paul vorgeworfen wird, daß sich die NSDAP 1928 „grundlegend“ von der Arbeiterschicht als Zielgruppe ihrer Propaganda abgewendet habe, sondern plädiert für eine graduelle Schwerpunktverlagerung, die nicht mehr allein die Arbeiter in den Mittelpunkt stellt. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 226.

²¹⁸ Stachura, Wendepunkt, S. 96 f.

²¹⁹ Stachura und Orlow vermuten, obwohl ihnen keine Redeprotokolle vorlagen, daß die Tagung die Wende manifestierte: Stachura, Wendepunkt, S. 90 ff. Orlow, Nazi Party, S. 137. Allerdings läßt sich anhand der Reden Hitlers nur die veränderte Einstellung gegenüber den Wehrverbänden nachweisen: HRS III/1, Dok. 13, S. 46 und Dok. 14, S. 50: Hitler auf der GMV der Partei am 31. 8. 1928 und auf der NSDAP-Führertagung am 2. 9. 1928. Zur Forschungsdiskussion über die Frage, ab wann die Umorientierung vollzogen wurde, vgl. Stachura, Wendepunkt, S. 66, Anm. 2. Im Gegensatz dazu beobachtet Paul im Anschluß an die Reichstagswahl 1928 eine stärkere Akzentuierung der „sozialistisch-revolutionären Vorstellungen der Partei“: Ders., Aufstand der Bilder, S. 86 ff. Pauls Argumentation stützt sich jedoch im Wesentlichen auf die Kritik des Kreises um Gregor und Otto Straßer, der diese sozialistische Profilierung innerhalb der NSDAP bislang zu wenig durchgeführt sah. Darüber hinaus verwendet Paul die Beweisführung Max Keles, der, um die These von der Orientierungswende zu widerlegen, ebenfalls vor allem die Propaganda der Parteilinken verwendet: Ders., Aufstand der Bilder, S. 86 ff., hier insbesondere Anm. 15–27. Kele, Nazis and Workers, S. 213 ff. Daher erscheint gegenüber Pauls Kritik eher Skepsis angebracht. Bei Stachura wie bei Paul zeigt sich jedoch gleichermaßen ein deutlicher Nachteil: Es fehlen Belege, wie sich die vermeintliche stärkere sozialistische Profilierung oder die Orientierungswende in den lokalen Parteigliederungen niederschlug. An solchen Markierungspunkten hätten sich beide Theorien besser verankern lassen. Eine abschließende Klärung verspricht die grundlegende Auswertung z. B. der Reden und Schriften Hitlers anhand der Edition des Instituts für Zeitgeschichte.

²²⁰ Kapitel III.3., Anm. 39 (NSDAP Veranstaltungen 1925–1929).

²²¹ Im Folgenden, wenn nicht anders belegt: StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Mitgliederversammlungen der Sektion Schwabing 1925 bis 1928. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“.

²²² Die Referenten verstanden, entsprechend der Parteiideologie, unter „Kapitalismus“ in der Regel eine Art Metapher für „Börsen, Banken und Spekulanten“, insbesondere „die Juden“: Vgl. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Vorträge auf NSDAP-Versammlungen 1925–1927.

„Arbeiterschaft müsse gewonnen werden“, nicht das „spießbürgerliche Bürgertum“. ²²³ Der Sendlinger Sektionsführer Joseph Bauer erklärte sechs später: Das einzige Hindernis bei der „Bekehrung“ der Arbeiter zum nationalen Sozialismus sei das „ganze deutsche Bürgertum einschließlich des Mittelstandes, welcher kein soziales Verständnis habe“. ²²⁴ 1927 behandelten erstmals zwei der insgesamt 20 Vorträge soziale bzw. politische Fragen des „Mittelstands“ ausführlicher und deutlich wohlwollender. ²²⁵ Zugleich diskutierten die Schwabinger Versammlungen nun zunehmend auch über jüdische Warenhäuser. Nach wie vor warben die Referenten jedoch, wie in den Großveranstaltungen der Partei, um die Arbeiterschaft und widmeten sich sporadisch den Themen „Arbeiterschaft“ und „Sozialismus“.

Die Politik gegenüber der rechtsradikalen Konkurrenz – zwischen friedlichem Nebeneinander und aggressiver Abgrenzung

Der ab 1928 eintretenden Orientierungswende der Parteipropaganda gegenüber den Wehrverbänden ging eine konfliktträchtige Vorentwicklung voraus. Die NSDAP war, wie bereits geschildert, 1925 bis 1928 in München eine unter vielen rechtsradikalen Gruppierungen, wenn auch vermutlich die mitgliederstärkste. Diese Organisationen dachten keineswegs daran, der NSDAP freiwillig das Feld zu räumen. Im allgemeinen nahm die Partei dies in den Jahren bis 1927 äußerlich gelassen hin. In einem speziellen Fall, nämlich gegenüber dem NSVB, reizte das die Münchner Nationalsozialisten jedoch zu beispielloser Aggressivität, die an ihr Verhalten vor dem Hitlerputsch 1923 erinnerte.

Bei der Reichspräsidentenwahl zeigten eine Reihe von Verbänden noch die Bereitschaft, mit der NSDAP zur Unterstützung Ludendorffs zusammenzuarbeiten. Die im März 1925 im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte und von neun völkischen Führern bzw. der NSDAP-Leitung unterzeichnete Erklärung zugunsten Ludendorffs nannte unter anderem den FKB-Bundesvorsitzenden Alletter, den DVOB-Prominenten und Führer des Frontbann Süd, Hildolf Freiherr von Thüngen, sowie die völkischen Landtagsmitglieder Drexler, Holzwarth, Frühauf, Paffenzeller und Sesselmann, der zugleich der Führung der Thule-Gesellschaft angehörte. ²²⁶ Allerdings waren die feindseligen Gefühle vieler ehemaliger Mitglieder des Völkischen Blocks gegenüber den ehemaligen GVG-Führern Streicher und Esser ungebrochen, wie nicht zuletzt die Äußerung des früheren NSDAP-Ehrenvorsitzenden, Drexler, bewies: „Uns trennt ja nichts von Hitler, uns trennt

²²³ StA, PDM 6733: PND 551 (8. 10. 1926).

²²⁴ Ebenda: PND 552 (15. 10. 1926).

²²⁵ Ebenda: PND 567 (8. 4. 1927): Sektionsführer Fiehler in seinem Vortrag am 17. 3. 1927 u. a. über das „Elend“ in der „Arbeiterschaft und im unteren Mittelstand“. Ebenda: PND 570 (3. 5. 1927): Himmler in seinem Vortrag am 21. 4. 1927. IfZ, „Protokollbuch“, S. 129: Vortrag zum Thema „Warenhaus und Mittelstand“ am 21. 11. 1927. Die Definition des Begriffes „Mittelstand“ bleibt in den Referaten allerdings undeutlich; vermutlich ist damit hauptsächlich die Schicht der kleinen und mittleren Angestellten, Beamten und Gewerbetreibenden gemeint.

²²⁶ VB 4 (21. 3. 1925), „Ludendorff, der Kandidat der nationalen Opposition“. HRS I, Dok. 14, S. 40ff.

ja nur seine Umgebung.“²²⁷ Verschiedene völkische Führer, darunter Drexler, die Landtagsmitglieder Pfaffenzeller, Sesselmann, Glaser, Roth und Frühauf und einige Nürnberger Aktivisten formierten noch im April 1925 ihre eigene Plattform, die „Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft“ (NSAG).²²⁸ Schließlich gründeten Drexler und Dörfler wenige Wochen später, am 1. Mai 1925, eine eigenständige Organisation, den „Nationalsozialen Volksbund“ (NSVB). Dieser sammelte nun die Reste des Münchner Völkischen Blocks bzw. anderer Gegner der neuen Entwicklung, gewann bald auch verschiedene Landtagsmitglieder des Blocks sowie Münchner Stadträte²²⁹ und etablierte in München bis zum Winter 1925 fünf Stadtteilverbände.²³⁰ Drexler war anfangs noch an einer Annäherung interessiert, erklärte aber schließlich im Oktober 1925, durch die nationalsozialistischen Versammlungssprengungen unter den Druck der NSVB-Mitgliedschaft geraten, er habe mit Hitler „vollständig gebrochen“.²³¹ Die NSDAP ging von Anfang an mit großem Aktionismus gegen den NSVB vor und bemühte sich, auf jede NSVB-Versammlung einen Gegenredner zu schicken.²³² Besonders heftig tobte die Auseinandersetzung in Neuhausen, wo die vermutlich mitgliederstärkste NSVB-Sektion unter der Leitung des gebürtigen Neuhausers Drexler arbeitete.²³³ Der Kampf gegen den Konkurrenten entwickelte sich für die Münchner Nationalsozialisten allmählich zu einem beliebten Aktionsfeld.²³⁴ Um den NSVB in die Knie zu zwingen, ging man schließlich zu gewaltsamen Aktionen über und sprengte die größeren NSVB-Versammlungen am 17. September 1925, am 2. Oktober 1925 und am 24. Februar 1926, wo es überdies zu einer heftigen Schlägerei im Saal kam, die sich anschließend auf der Straße sowie in anderen Lokalen fortsetzte.²³⁵ Hitler, der die Aktionen im Oktober 1925 und im Februar 1926 persönlich leitete, hetzte begleitend im „Völkischen Beobachter“ die Parteimitglieder gegen den NSVB auf:

²²⁷ StA, Lagebericht 27 (2. 4. 1925), S. 10.

²²⁸ StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 11. VK 67 (10. 3. 1925), „Gründung einer nat.-sozial.-völk. [sic] Arbeitsgemeinschaft?“.

²²⁹ Horn, Marsch, S. 219. StA, Lagebericht 41 (18. 12. 1925), S. 11 über die NSVB-Landesversammlung am 6. 12. 1925.

²³⁰ VK 157 (10. 6. 1925), „Gründungsversammlung der Sektion Schwabing im Nat.-Soz. Volksbund“. VK 338 (8. 12. 1925), „Landesversammlung des NSVB in München“. StA, Lagebericht 41 (18. 12. 1925), S. 11.

²³¹ StA, NSDAP 496: Sektionsführer der NSDAP Neuhausen, Walter, an Esser, 4. 10. 1925.

²³² StA, Lagebericht 31 (27. 5. 1925), S. 10. Schon die erste öffentliche NSVB-Versammlung in München am 14. Mai 1925 war davon betroffen: IfZ, „Protokollheft“, S. 20: Schwabinger Mitgliederversammlung am 14. 5. 1925.

²³³ Der Neuhauser NS-Sektionsführer drohte den NSVB-Versammlungen im Mai 1925 aktive „Opposition“ an: StA, PDM 6733: PND 508 (o. D.) und PND 512 (o. D.): Neuhauser NS-Mitgliederversammlungen am 19. 5. und 7. 7. 1925.

²³⁴ Hierzu auch Morzet, NSDAP, S. 38. Auch die Sektion Schwabing diskutierte und beobachtete beständig die NSVB-Versammlungen in ihrem Gebiet: IfZ, „Protokollheft“; hier v. a. S. 19, 29, 54 und 62.

²³⁵ StA, Lagebericht 38 (9. 10. 1925), S. 10. BK 259 (19. 9. 1925), „Völkisches Preisboxen“. VK 273/274 (4./5. 10. 1925), „National-sozialer Volksbund. 1. öffentliche Versammlung im Wittelsbacher-Garten“. MNN 3. 10. 1925 „Der Kampf im völkischen Lager“. BK 57 (26. 2. 1926), „Hitlers Sieg“. StA, PDM 6791: Polizeibericht vom 2. 3. 1926. Benz, Berichte, S. 183: Eintragung Mosers vom 1. 3. 1926.

„Sorgt dafür, daß diesem angriffslustigen Parlamentarierklüngel das Handwerk gründlich gelegt wird“.²³⁶ Offensichtlich fühlten sich die Münchner Nationalsozialisten auch dadurch ermutigt, daß der Staat oder der NSVB ihren Attacken keinerlei Widerstand entgegensetzten. Erst auf die Sprengung im Februar 1926, die der „Völkische Beobachter“ begeistert als „Abrechnung“ und gelungene Machtdemonstration zur Wahrung der Parteihre feierte,²³⁷ reagierten die NSVB-Führung und Drexler mit Strafanzeigen. Im November 1926 wurde Hitler vom Vorwurf der Versammlungssprengung freigesprochen, während Esser mit zwei Wochen Haft und der Aufhebung seiner Bewährungsfrist, die seit der Verurteilung wegen des Hitlerputsches lief, bestraft wurde. Esser konnte jedoch durch die Berufung vor dem Landgericht München I im Februar 1927 seine Strafe auf 150 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Haft, herabdrücken.²³⁸ Der Prozeß gegen Hitler und Rosenberg wegen der Hetze im „Beobachter“ endete im Januar 1927 mit einem Vergleich, in dem Hitler seine Beleidigungen gegen den NSVB zurücknahm.²³⁹ Möglicherweise hatten die Prozesse die NSDAP jetzt zum Einlenken bewogen, denn führende Nationalsozialisten besuchten NSVB-Versammlungen nach wie vor, inszenierten aber keine ernsthaften Störungen mehr.²⁴⁰ Diese Auseinandersetzung hatte jedoch bereits eine nicht mehr zu bremsende Eigendynamik innerhalb der Ortsgruppe entwickelt. Die Neuhauser NSDAP-Sektion, deren Führer, Otto May, sich mit geradezu pathologischem Eifer auf den Konflikt fixierte, proklamierte den „Kampf bis aufs Messer“.²⁴¹ In einer Schwabinger Sektionsveranstaltung wurde ein Nationalsozialist irrtümlich als Mitglied des NSVB verdächtigt und kurzerhand aus dem Saal geprügelt.²⁴² Im Herbst 1925 lancierte die Parteileitung sogar einen Spitzel in den NSVB-Vorstand.²⁴³ Ähnlich gingen auch manche Sektionen vor.²⁴⁴ Mit derselben Vehemenz wandten sich die Nationalsozialisten gegen den Leiter der einzigen völkischen Rednerschule in München, Friedrich Plümer, als dieser sich mehr und mehr dem NSVB zuwandte. Plümer, ursprünglich Mitglied der GVG-Spitze Münchens, hatte sich bereits 1924, nachdem Esser gemeinsam mit Streicher die Führung der GVG übernahm,

²³⁶ HRS I, Dok. 67, S. 162: Aufruf Hitlers vom 21. 9. 1925. VB 45 (24. 2. 1926), „Nationalsozialisten!“.

²³⁷ VB 47 (26. 2. 1926), „Eine Abrechnung mit den Feinden des Nationalsozialismus“.

²³⁸ HStA, MIInn 81581: Urteil Amtsgericht München vom 17. 11. 1926. MNN 44 (14. 2. 1927), „Gerichtssaal“. VB 37 (15. 2. 1927), „Esser vor dem Landgericht München“. VB 38 (16. 2. 1927), „Um das ‚Ansehen‘ des Staates“.

²³⁹ BK 197 (16. 7. 1926), „Wenn zwei sich streiten, erfährt der Dritte etwas“. BK 12 (12. 1. 1927), „Völkisch-nationalsozialistische Versöhnung“; MNN 11 (12. 1. 1927), „Gerichtssaal“.

²⁴⁰ HStA, MIInn 81644: Polizeiberichte über die NSVB-Versammlungen 1926 und 1927.

²⁴¹ StA, PDM 6733: PND 512 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 14. 7. 1925.

²⁴² StA, PDM 6733: PND 521 (o. D.): Schwabinger Sektionsversammlung am 5. 11. 1925. IfZ, „Protokollheft“, S. 75.

²⁴³ StA, PDM 6733, PND 521: Der Schwabinger Sektionsführer Woltereck vor seiner Sektion am 5. 11. 1925.

²⁴⁴ Der Neuhauser Sektionsführer Walter gab regelmäßig Interna seines „Gewährsmannes“ im NSVB an Hermann Esser weiter: StA, NSDAP 496: Walter an Esser vom 4. 10. 1925.

aus dem Amt zurückgezogen.²⁴⁵ Die NSDAP-Sektion Schwabing hatte diese Einrichtung wöchentlich mit 17 Mark finanziert, brach jedoch die Beziehungen nach heftigem Streit wegen Plümers offenem Eintreten für den NSVB im Herbst 1925 ab. Die Auseinandersetzung ergriff die gesamte Ortsgruppe, setzte sich in den Parteizeitungen und schließlich in den Gerichtssälen fort²⁴⁶ und mündete in Plümers Parteiausschluß im Herbst 1925.²⁴⁷ Plümer wiederum revanchierte sich mit skandalträchtigen Parteiinterna in seiner im Dezember 1925 veröffentlichten Broschüre „Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis“.²⁴⁸

Es bleibt zu fragen, warum die Münchner NSDAP den NSVB, den sie nie als ernsthafte Konkurrenz fürchten mußte, mit solcher Heftigkeit bekämpfte. Der NSVB war in München in den ersten Monaten nach der Gründung kaum präsent, bot von Juni bis September 1925 keinerlei öffentliche Versammlungen²⁴⁹ und besaß wohl nie mehr als 300 Mitglieder in der Stadt.²⁵⁰ Die NSDAP traf in München auf wesentlich aktivere und erfolgsversprechendere Konkurrenten, wie etwa den „Stahlhelm“ mit 400–500 Mitgliedern oder den „Deutschvölkischen Offiziersbund“ (DVOB) mit 460 Mitgliedern.²⁵¹ An erster Stelle möglicher Erklärungen steht sicherlich der Nutzen, den dieses Vorgehen brachte. Hier bot sich eine Profilierungsmöglichkeit und Ersatz für zündende Propagandathemen, die nach dem Debakel der Reichspräsidentenwahl fehlten. Möglicherweise fanden sich hier auch die letzten Ausläufer der „Putschpsychose“ von 1923,²⁵² oder die Partei kompensierte mit diesen Aggressionen nur den Ärger über ihre schlechte Lage. Zusätzlich war auch der Verlust der Landtagsmandate ein steter Stachel.²⁵³ Die Parteiführung dürfte von vornherein von besonderer Empfindlichkeit gegenüber dem NSVB geprägt gewesen sein, da dieser in seinen Reihen etliche frühere prominente Parteiaktivisten sammelte. Besonders Drexlers Engagement erregte die Nationalsozialisten. Als einer der Parteigründer hatte er am Parteiprogramm mitgearbeitet und war bis 1923 Ehrenvorsitzender der Partei gewesen. Während der Reichskommissar für öffentliche Ordnung die NSVB-Gründung als deutliches

²⁴⁵ StA, Nürnberg, PDNF 582: Zusammenstellung aller wesentlichen politischen Organisationen in Bayern, Stand 1. 1. 1925, durch die PDM. Die Schule saß in der Lindwurmstraße 11. Tyrell, Führer befehl, S. 81 f.

²⁴⁶ Der von Esser und der Parteileitung im Mai 1925 veranlaßte Prozeß gegen Plümer, der Esser im Völkischen Kurier attackiert hatte, blieb erfolglos und wurde im Februar 1926 eingestellt: IfZ, „Protokollheft“, S. 58: Woltereck vor dem Sektionsvorstand am 29. 9. 1925. BA, Berlin, OPG-Akte Esser Hermann: Vermerk RL/USchlA „An Herrn Adolf Hitler“ o. w. A.

²⁴⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 62: Der Schwabinger Sektionsführer Woltereck vor seiner Sektion am 1. 10. 1925.

²⁴⁸ Plümer, Friedrich, Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis. München 1925.

²⁴⁹ HStA, MInn 81643: RKO, Inlandsbericht 117 (1. 4. 1926).

²⁵⁰ Im August 1926 hatte der NSVB in München ca. 200 Mitglieder: StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 21. Im Dezember 1926 waren es rund 300 Mitglieder: Ebenda 53 (21. 12. 1926), S. 25.

²⁵¹ Kapitel I.2.

²⁵² Tyrell, Führer befehl, S. 97 und 115 f.

²⁵³ Vgl. Essers beharrliche Polemik: u. a. IfZ, „Protokollheft“, S. 19: Schwabinger Sektionsprechabend am 14. 5. 1925.

Anzeichen für die geschwundene Autorität Hitlers seit 1923 bewertete,²⁵⁴ kurierte innerhalb der NSDAP das Stichwort vom „inneren Feind“²⁵⁵ und proklamierte der Propagandaleiter der Partei, Otto May, in einem parteiinternen Rundschreiben Ende September 1925, es müssten nun die „verräterischen Brüder niedergerannt werden“.²⁵⁶ Esser beklagte Mitte Mai 1925 gegenüber der Sektion Schwabing die öffentliche Resonanz des NSVB in München. Drexler habe sich zuletzt wieder bei der Eröffnung des Deutschen Museums am 5. Mai 1925²⁵⁷ profiliert und dabei sogar neben Kahr gesessen. Selbst in Königsberg habe er erleben müssen, daß Drexler als NSDAP-Gründer hochgehalten wurde. Überdies mußte es Hitlers Absolutheitsanspruch stören, wenn die NSVB-Führer Drexler und Dörfler, aber auch die Basis des NSVB, weiterhin Ludendorff als Führungsfigur der Völkischen betrachteten und nicht Hitler.²⁵⁸ Die Auseinandersetzung zeigte für die NSDAP vor allem negative Folgen. Die Polizeidirektion München konstatierte im Herbst 1925, daß der Bedeutungsverlust der völkischen Bewegung in Südbayern, insbesondere der NSDAP, vor allem durch die „wüste“ Auseinandersetzung zwischen NSDAP und NSVB beschleunigt worden sei. Beide Organisationen hätten sich geradezu der „Lächerlichkeit preisgegeben“.²⁵⁹ Das Verhalten mancher Münchner Funktionäre, allen voran Esser, verstärkte überdies den schlechten Ruf der Münchner NSDAP unter den Parteiführern im Norden des Reiches, für die der „Münchner Radaustil“ bald zum geflügelten Wort geriet.²⁶⁰

Insgesamt war der Streit mit dem NSVB jedoch eine Ausnahme. Das Nebeneinander von NSDAP und ihren rechtsradikalen Konkurrenten zeigte in den Jahren bis 1927 weitaus friedlichere Züge, als es nach den Vorfällen um den NSVB den Anschein haben konnte.²⁶¹ Auf Sektionsebene wurden rege gegenseitige Veranstaltungseinladungen sowie Referenten ausgetauscht, warb man wechselseitig für seine Organisation oder für Fortbildungsveranstaltungen und nahm an den jeweiligen Feierlichkeiten der anderen Seite teil. Die engen Verbindungen machten sich auch in personellen Verflechtungen bemerkbar. So war etwa der Vorsitzende des Schwabinger „Frontkriegerbundes“ 1926, Max Baumgärtner, zugleich NSDAP-

²⁵⁴ BA, Berlin, R 134/34: ROK Inlandsbericht 112 (22. 7. 1925).

²⁵⁵ StA, PDM 6733: PND 507 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Au/Giesing am 18. 5. 1925.

²⁵⁶ IfZ, MA 1216: VB-Propagandaabteilung/May an alle NSDAP-Ortsgruppen vom 24. 9. 1925.

²⁵⁷ Zu den Eröffnungsfeierlichkeiten: 100 Jahre Bäcker-Innung München, S. 153.

²⁵⁸ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 45.

²⁵⁹ StA, Lagebericht 38 (18. 9. 1925), S. 10.

²⁶⁰ Tyrell, *Führer befehl*, S. 97 und 115 f. Vgl. auch Kapitel III.4.

²⁶¹ Im Folgenden: IfZ, MA 738 und 1216: Korrespondenz des NSDAP-Ortsgruppenführers von Unterhaching und Neubiberg, Weinbeer, 1925–1929. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“; hier vor allem zur Zusammenarbeit der „Schilljugend“ mit der NSDAP-Sektion Schwabing 1925. StA, PDM 6829: PND 539 (o. D.) über den Deutschen Abend der SS am 11. 5. 1926. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925–1929. StA, Lageberichte 1925–1929. IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg. HStA, Slg. Varia 1328: Sektionsführer Haidhausen, Schiedermaier, an den Führer des Frontkriegerbundes Haidhausen vom 26. 3. 1925. BA, Berlin, NS 18, 5001: „Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband“, Ortsgruppe München, an Himmler vom 13. 9. 1927.

Mitglied.²⁶² Dies galt, wie noch zu schildern sein wird, bis Oktober 1926 auch für den Führer des Neuhauser „Treubund-Schlageter“, eines Frontkriegerbund-Ablegers. Der Führer des Münchner und des südbayerischen „Wehrwolfs“ bis zum April 1926, Emil Danneberg, war bis Juli 1926 Parteimitglied,²⁶³ und in der Bundesführung des DVOB saß noch zum Jahresbeginn 1925 Rudolf Buttmann.²⁶⁴ Doppelmitgliedschaften, auch unter den einfachen Mannschaften, waren in diesen Jahren häufig anzutreffen. Die Sektion Gern, deren Mitglieder zum größten Teil auch dem FKB angehörten, war hierbei kein Einzelfall.²⁶⁵

Als die NS-Führung diese Zustände schließlich beenden wollte, kam es, wie an späterer Stelle beschrieben, auch in München zu heftigen Auseinandersetzungen. Noch bis Herbst 1926 waren Doppelmitgliedschaften von Nationalsozialisten nur in bestimmten Verbänden nicht geduldet.²⁶⁶ Hitler hatte bereits 1924 von Landsberg aus die Mitgliedschaft in der regierungsnahen Sammlungsorganisation der Wehrverbände, dem „Notbann“, verboten.²⁶⁷ Gegenüber den Münchner Sektionsführern ordnete er Ende Mai 1925 schließlich an, die Parteimitglieder sollten sich von allen ausschließlich militärisch orientierten Verbänden, insbesondere dem „Frontbann“, fernhalten.²⁶⁸ Ab September 1925 schränkte die Reichsleitung die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen auf solche Organisationen ein, die Ludendorff unterstanden oder mit der NSDAP sympathisierten. Dazu gehörten in erster Linie der „Frontkämpferbund“, der DVOB, der „Frontbann“, die „Schilljugend“, der „Deutsche Frauenorden“ (DFO) und der „Tannenbergbund“ (TBB). Vor allem als Reaktion auf die bereits erwähnte Schmähschrift Friedrich Plümers, „Die Wahrheit über Hitler“,²⁶⁹ verbot Hitler den Parteimitgliedern ab Oktober 1925 den Bezug des „Völkischen Kuriers“.²⁷⁰ Im Laufe der Zeit stießen die engen Kontakte zwischen den Organisationen in der Reichsleitung mehr und mehr auf Mißtrauen. Das Scheitern der Verhandlungen im Oktober 1926 mit dem thüringischen Stahlhelm über eine mögliche Wahlunterstützung verstärkte diese Haltung,²⁷¹ die schließlich in ein allgemeines Verbot mündete. Die SA-Satzung vom September 1926 und später auch die zweite „Grundsätzliche Anordnung der

²⁶² BA, Berlin (ehem. BDC), Personenakte und OPG-Akte Baumgärtner, Max.

²⁶³ StA, Lagebericht 47 (28. 4. 1926), S. 15. Danneberg zog im April 1926 nach Halle um: HRS II/1, S. 35, Anm. 1.

²⁶⁴ Zusammenstellung aller politischen Organisationen in Bayern, S. 65: Kapitel III.3., Anm. 245.

²⁶⁵ IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

²⁶⁶ Die Richtlinien der NSDAP vom 26. 2. 1925, ebenso die Parteisatzungen vom 21. 8. 1925 wie auch deren überarbeitete Version vom 22. 5. 1926 schwiegen sich über die Beziehungen zur rechtsradikalen Konkurrenz aus: HRS I, Dok. 4, S. 7–9, Dok. 64, S. 147 ff. und Dok. 146, S. 461 ff.

²⁶⁷ Nußer, Wehrverbände, S. 257.

²⁶⁸ IfZ, „Protokollheft“, S. 22: Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 28. 5. 1925.

²⁶⁹ Von der erst im Dezember 1925 erscheinenden Schrift hatte Hitler vorab das Manuskript in Händen. VK 332 (2. 12. 1925), „Eine Klarstellung“. BK 334 (3. 12. 1925), „Von ‚parfümierten Lausejungen‘ [Hitler über Plümer] und parfümierten Putschen“.

²⁷⁰ IfZ, MA 1216: Rschr. Esser im Namen der NSDAP-Parteileitung vom 15. 9. 1925. Ebenda: May, Leiter der VB-Propagandaabteilung an alle NSDAP-Ortsgruppen vom 24. 9. 1925.

²⁷¹ Orlow, Nazi Party, S. 61 f., 97 ff.

SA“ vom Mai 1927 verlangten von SA-Mitgliedern den „Austritt aus allen Wehrverbänden“. Erlaubt blieb nur die Mitgliedschaft in den Veteranenvereinigungen der Reichswehr.²⁷² Anfang Februar 1927 verbot Hitler grundsätzlich allen Parteimitgliedern die Zugehörigkeit zu anderen politischen Organisationen oder Wehrverbänden sowie jegliche Zusammenarbeit oder gemeinsame öffentliche Auftritte.²⁷³ Im Dezember 1928 wiederholte er per Anordnung das Verbot und untersagte ausdrücklich die Teilnahme an jeglichen paramilitärischen Übungen, um gegenüber dem Staat jeden Anschein einer militärischen Ausbildung oder entsprechenden Engagements zu vermeiden.²⁷⁴ Jetzt ging die Partei in München dazu über, die Doppelmitgliedschaften energisch zu bekämpfen. So setzte der Führer der Sektion Gern-Nymphenburg Ende Oktober 1926, mit Zustimmung der Spitzen von Münchner SA und OSAF, den Ausschluß von 11 SA-Leuten durch, die zugleich dem „Treibund Schlageter“ und dem „Schlageter-Frontkrieger-Bund“ angehörten, einer Unterorganisation des „Frontkriegerbundes“.²⁷⁵ Der Protest der Betroffenen verdeutlicht das ungebrochene Ansehen, das Ludendorff seit 1923 in weiten Kreisen des Münchner Rechtsradikalismus genoß. Die Ausgeschlossenen wollten nicht mit Ludendorff, dem Schirmherren ihres Verbandes, der ohnehin dieselben Ziele wie die NSDAP verfolge, brechen. Außerdem habe sich der politische Führer Hitler dem militärischen Führer Ludendorff unterzuordnen. In München gäbe es ohnehin in allen Sektionen solche Doppelmitgliedschaften. Der Treibund-Führer schrieb an den USchLA-Vorsitzenden Heinemann, seine nationalsozialistische Überzeugung und den „Haß gegen die Juden“ lasse er sich von niemand nehmen.²⁷⁶ Hitler, der sich im Fall mancher Parteiausschlüsse sogar persönlich engagierte,²⁷⁷ ging im Februar 1927 selbst zur Roßbach-Organisation, mit der ursprünglich engste Verbindungen bestanden, auf Distanz.²⁷⁸ Parallel zu dieser grundsätzlichen ideologischen und organisatorischen Abgrenzung bemühte sich die NSDAP, den genannten Erosionsprozeß im rechtsradikalen Lager zu ihren Gunsten auszunutzen. So beobachtete die Polizei ab Herbst 1927 innerhalb der Stadt verstärkte Versuche, den Wehrverbänden, insbesondere dem „Stahlhelm“, „Jungdeutschen Orden“ (Jungdo) und „Wehrwolf“,

²⁷² HRS II/1, Dok. 31, S. 65 ff.: SA-Richtlinien vom 17. 9. 1926, § 16. Ebenda, Dok. 135, S. 328: „Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 31. 5. 1927, § 18.

²⁷³ HRS II/1, Dok. 75, S. 149 f.: Hitler an die Gauleitungen und selbständigen NSDAP-Ortsgruppen vom 5. 2. 1927.

²⁷⁴ HRS III/1: Dok. 60, S. 294 f.: Anordnung Hitlers vom 3. 12. 1928.

²⁷⁵ Der USchLA-Vorsitzende Heinemann lehnte nur in einem Fall den Ausschluß ab: BA, Berlin, NS 51/2a: Notiz USchLA/Heinemann vom 6. 12. 1926. Ebenda: Allwein an USchLA vom 28. 10. 1926. Die Sektionen Neuhausen und Nymphenburg-Gern verloren durch Parteiausschlüsse wegen Doppelmitgliedschaften rund 10 Prozent ihrer Mitglieder: IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

²⁷⁶ BA, Berlin, NS 51/2 a: Haaß an Heinemann vom 30. 11. 1926. Ebenda: Franz Wölfl an HGS vom 24. 11. 1926.

²⁷⁷ Vgl. BA, Berlin, NS 1 1037: Hitler an Franz Wölfl und Fritz Stückl jeweils vom 16. 12. 1926, Abschrift.

²⁷⁸ HRS II/1, Dok. 76, S. 151: Anordnung Hitlers vom 9. 2. 1927.

Mitglieder abzuwerben.²⁷⁹ In einer Sektionsführersitzung im September 1927 empfahl die Reichsleitung sogar, künftig intensiv auf dem Münchner Odeonsplatz zu flanieren, um Angehörige der Wehrverbände, die ihrer Einschätzung nach „momentan“ zerfielen, zu werben.²⁸⁰ Das zum selben Zweck verteilte Flugblatt spiegelte die Grundhaltung der Partei: Die Wehrverbände seien zwar numerisch stark, jedoch politisch erfolglos und ohne Führung, wie sie Hitler biete, verloren.²⁸¹

Bald jedoch erkannte die Parteiführung, daß solche Aggressivität unter den Wehrverbänden „künstliche Verbitterung“ provozierte und damit den Übertritt einfacher Mitglieder wie dringend benötigter „wertvoller Führungskräfte“ bremste. Gerade mit Blick auf die anstehende Reichstagswahl ordnete Hitler bereits am 7. Mai 1928 an, den Kurs zu mäßigen, und verbot jede Polemik gegen die Wehrverbände, vor allem gegen den Stahlhelm. Die Teilnahme an Aufmärschen oder der Personenschutz im Auftrag anderer Verbandsführer blieben jedoch von ausdrücklicher Erlaubnis abhängig.²⁸² Diese taktische Wende, die unter anderem auch in der Münchner NSDAP-Führertagung im September 1928 bestätigt wurde,²⁸³ berücksichtigte die sich seit Jahresbeginn 1928 anbahnende Annäherung zwischen Stahlhelm und NSDAP.²⁸⁴ In deren Verlauf führten Hitler und Duesterberg, der 2. Bundesführer des Stahlhelms, im Winter 1928 in München mehrere Gespräche. Allerdings lehnte Hitler die geforderte Mitarbeit am Volksbegehren zur Stärkung der Rechte des Reichspräsidenten ab.²⁸⁵ Das veränderte Verhalten gegenüber bestimmten Rechtsorganisationen, insbesondere die Annäherung an den Stahlhelm, machte sich nun im Herbst 1928 auch in der Münchner Öffentlichkeit bemerkbar.²⁸⁶ Auf Reichsebene bereitete sich die Partei mittlerweile auf die offene Zusammenarbeit vor, wie sie schließlich 1929 in der Kampagne gegen den Young-Plan zustande kam.²⁸⁷ Die Einbindung in die öffentlichen Auftritte der rechtskonservativen Münchner Organisationen 1928 dürfte die Attraktivität der NSDAP gegenüber den Wehrverbänden gestärkt haben. Am 9. Dezember 1928 veranstaltete der Münchner „Bürgerrat“ im Zirkus Krone eine „große Volkskundgebung für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns“. Vor den 6000 Anwesenden traten eine Reihe prominenter Redner auf, darunter der Präsident des bayerischen Landesbürgerrates, von Berchem, der Würzburger

²⁷⁹ StA, Lagebericht 60 (8. 10. 1927), S. 13.

²⁸⁰ StA, PDM 6733: PND 588 (30. 9. 1927).

²⁸¹ StA, Lagebericht 60 (8. 10. 1927), S. 13.

²⁸² IfZ, MA 1216: Bouhler an alle Gaue und Ortsgruppen der NSDAP vom 7. 5. 1928. Vgl. auch Tyrell, Führer befehl, S. 150. Orlow, Nazi Party, S. 118 f. StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 12.

²⁸³ HRS III/1, Dok. 14, S. 50: Hitler auf der Führertagung der NSDAP am 2. 9. 1928. Ähnlich auch Hitler auf der GMV der Partei am 31. 8. 1928: HRS III/1, Dok. 13, S. 46. Vgl. auch Hitlers Weisung im Dezember des Jahres: Stachura, Wendepunkt, S. 97.

²⁸⁴ So sah die bayerische Stahlhelm-Leitung ihren Verband im Januar 1928 „in sehr freundschaftlicher Beziehung“ zu den Völkischen, „insbesondere der NSDAP“: Nußer, Wehrverbände, S. 286. Generell: Orlow, Nazi Party, S. 157 f.

²⁸⁵ Tyrell, Führer befehl, Dok. 128, S. 307, 317 und 321. Stachura, Wendepunkt, S. 97.

²⁸⁶ StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 7.

²⁸⁷ Stachura, Wendepunkt, S. 97.

Landesökonomierat und Bauernbündler Kropp und der Münchner Hofschauspieler Friedrich Basil, der die Schlußrede hielt. Der ebenfalls geladene Hitler schickte Heß, Epp und Göring mit einer größeren Anzahl Parteianhänger, die sich diese Gelegenheit zur Selbstdarstellung nicht entgehen ließen. Bereits der Einzug der nationalsozialistischen Führer wurde mit einer stürmischen Begrüßung inszeniert. Schließlich gelang es Göring, am Schluß der Versammlung das Wort zu ergreifen, obwohl er im Programm nicht vorgesehen war.²⁸⁸

Auch 1928 versuchte die NSDAP den Erosionsprozeß unter den rechtsradikalen Verbänden, insbesondere die Krise des „Tannenbergbundes“ (TBB), zu ihren Gunsten zu nutzen. Durch Reibereien um Ludendorffs Führungsstil hatte dieser Bund im Reich bereits einige Unterorganisationen verloren und stand in München und Bayern vor weiteren Abspaltungen.²⁸⁹ Während zuvor stets nur einzelne TBB-Führer oder Mitglieder zur NSDAP übergetreten waren, versuchte die Partei unter Federführung des Schriftleiters des „Völkischen Beobachters“, Weiß, ab 1928, die Unterorganisationen des TBB, insbesondere den Münchner DVOB, geschlossen zu sich herüber zu ziehen. Der Versuch mißlang trotz anfänglicher Erfolge, und es kam im Herbst des Jahres zum Bruch zwischen NSDAP und TBB.²⁹⁰ Eine vergleichbar günstige Gelegenheit bot auch der FKB, dessen Bundesführer, Hugo Alletter, im Reichstagswahlkampf 1928 trotz Ludendorffs Verbot offen für die NSDAP eintrat. Während sich der darauffolgende Streit zwischen FKB und TBB in die Länge zog, verwarfen die Mitgliederbasis und Alletter entgegen ihrer offenen Sympathie den Übertritt in die NSDAP, um die eigene Führungsposition bzw. die Bedeutung ihrer Organisation zu erhalten.²⁹¹ Offiziell duldete die NSDAP jedoch keine Doppelmitgliedschaften. Die Lösung bot der im Sommer 1928 gegründete „Wehrpolitische Verein“ (WPV) unter der Führung Ernst Röhms,²⁹² der, wenn auch nicht offiziell in die Partei eingebunden, doch als nationalsozialistische Sammlungsorganisation für Anhänger der Wehrverbände fungierte. Bereits in der Gründungsphase²⁹³ waren ein Reihe prominenter Führer beteiligt, die im Laufe der folgenden Jahre beinahe alle zur NSDAP übertraten, darunter der ehemalige Führer des Münchner DVOB, Hildolf von Thüngen,²⁹⁴ der ehemalige Führer der Münchner ARF, Fritz von Kraußner,²⁹⁵ Baron von Rei-

²⁸⁸ StA, Lagebericht 72 (17. 12. 1928), S. 14.

²⁸⁹ StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 15f.: Beschluß der TBB-Führertagung am 13. 5. 1928 in Berlin. Ebenda 79 (8. 6. 1929), S. 5. StA, PDM 6866: PND 623 über die Versammlung ehem. ARF-Angehöriger am 25. 7. 1928 in München.

²⁹⁰ StA, Lageberichte 66 (1. 5. 1928) – 70 (16. 10. 1928).

²⁹¹ StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 14f. Ebenda 69 (31. 8. 1928), S. 15f.: Bundestag des FKB in München am 4./5. 8. 1928. Ebenda 86 (13. 11. 1929), S. 8f. Alletter trat erst im September 1931 in die NSDAP ein, führte jedoch den Bund bis 1933 unabhängig weiter: BA, Berlin (ehem. BDC), Personalakte Alletter, Hugo.

²⁹² StA, PDM 6874: PND 640: Versammlung der WPV am 12. 12. 1928.

²⁹³ StA, PDM 6866: PND 623: Polizeibericht über das Treffen ehemaliger ARF-Mitglieder am 25. 7. 1928. VB 242 (17. 10. 1928), „Ehemalige Reichskriegsflagge“. StA, PDM 6866: PND 632: „Wiederschensfeier“ ehemaliger RKF-Angehöriger am 28. 10. 1928.

²⁹⁴ StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 17.

²⁹⁵ Der ehemalige Hauptmann Kraußner hatte noch 1924/1925 den Münchner Frontbann geleitet. Seit 1926 führte er die Münchner ARF, war jedoch im Juni 1928 von Ludendorff

zenstein, der frühere Frontbann-Führer Wilhelm Brückner,²⁹⁶ der vormalige Herausgeber des „Völkischen Kuriers“ und jetzige Redakteur des „Völkischen Beobachters“, Wilhelm Weiß, der frühere TBB-Führer Konstantin Hierl²⁹⁷ und der frühere Münchner DVOB-Führer Otto Rösch.²⁹⁸

Die Reichstags- und Landtagswahl 1928

Die Wahlkampfplanung für die am 20. Mai stattfindenden Reichstags- und bayerischen Landtags-, Kreis- und Bezirkstagswahlen²⁹⁹ begann angesichts verschiedener bereits 1927 laufender Kommunal- und Landtagswahlen im Reich Ende 1927.³⁰⁰ Auf der Weimarer NSDAP-Reichsführertagung am 27. November 1927 umriß Hitler die Leitlinien: Die Agitation müsse sich allein auf den Dawesvertrag bzw. die entsprechenden Verantwortlichen „von links und rechts“ konzentrieren. „Ein Eingehen auf wirtschaftliche Teilnöte und Versprechungen in der Richtung sind grundfalsch. Es kommt darauf an, die großen Ideen, ideale Ziele zu betonen.“ Der bisherige Kampf gegen die Rechtsparteien und das Zentrum werde fortgesetzt, ebenso die Werbung um die Wehrverbände, die „zwangsläufig“ früher oder später zur NSDAP wechseln würden.³⁰¹ Durch ihren sehr frühen Start (in München ab März 1928) und ihren kontinuierlichen, sehr hohen Energieaufwand übertraf die NSDAP den Wahlkampf aller anderen Parteien in München und Bayern bei weitem.³⁰² Hitler erwartete sich bei den bayerischen Reichstagswahlen, im Gegensatz zu den Landtagswahlen, besonders hohe Gewinne.³⁰³ Die Wahlleitung für die Landtagswahlen ging an den Landtagsabgeordneten Rudolf Buttmann, diejenige für die Kreistags- und Bezirkstagswahlen an den Münchner Stadtrat und Schwabinger Sektionsführer Karl Fiehler.³⁰⁴ Buttmann stellte sich für sämtliche

abgesetzt worden. 1930 trat er in die NSDAP ein und übernahm ab November 1931 die Führung der SA-Gruppe Hochland: Werner, SA, S. 321 ff. StA, PDM 6866: PND 623: Polizeibericht über die Versammlung ehemaliger ARF-Mitglieder am 25. 7. 1928. StA, Lagebericht 107 (29. 12. 1931), S. 3.

²⁹⁶ Brückner hatte 1923 die Münchner SA geführt und war 1924 Mitglied der Frontbann-Führung. Im September 1930 avancierte er zum SA-Gruppenführer und wurde gleichzeitig Hitlers Adjutant: Gordon, Hitlerputsch, S. 190. Tyrell, Führer befehl, S. 359. Dornberg, Hitlerputsch, S. 365.

²⁹⁷ Zu Weiß und Hierl: Kapitel III.5.

²⁹⁸ Der ehemalige Oberstleutnant Rösch war seit Dezember 1926 Führer des Münchner DVOB und gab sein Amt infolge des Streites mit Ludendorff im Juni 1928 auf. Im Mai 1930 trat Rösch in die NSDAP ein: BA, Berlin (ehem. BDC), Personenakte Otto Rösch. StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 21. Ebenda 67 (13. 6. 1928), S. 16.

²⁹⁹ Falter, Wahlen, S. 89 ff.

³⁰⁰ In Hamburg erhielt die NSDAP 1,5 Prozent der Stimmen (2 Sitze), in Thüringen 3,5 Prozent (2 Sitze), in Mecklenburg-Schwerin 1,8 Prozent, in Braunschweig 3,7 Prozent (1 Sitz): Stachura, Wendepunkt, S. 82.

³⁰¹ HRS II/2, Dok. 198, S. 559f.: Hitler auf der NSDAP-Reichsführertagung in Weimar am 27. 11. 1927.

³⁰² StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 16. StA, PDM 6766: Kommentar der PDM zum Wahlergebnis vom 20. 5. 1928, o. D. StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 13.

³⁰³ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 19.

³⁰⁴ HRS II/2, Dok. 249, S. 765, Dok. 260, S. 791. Zur Einteilung der bayerischen NSDAP-Wahlkampf-Arbeitsbezirke: StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 18.

Münchener Landtagsstimmkreise zur Verfügung.³⁰⁵ Hans Dauser, bis September des Vorjahres Sendlinger Sektionsführer,³⁰⁶ übernahm die nördlichen und östlichen, und Max Neunzert aus Ising, der später in einen Fememord verwickelte ehemalige Leiter der Kampfband-Nachrichtenstelle während des Hitlerputsches,³⁰⁷ erhielt die südlichen Stimmkreise. Für Überraschung sorgte die am 1. Mai 1928 veröffentlichte NSDAP-Reichstagskandidatur Franz Xaver Ritter von Epps in den drei rechtsrheinischen bayerischen Wahlkreisen.³⁰⁸ Epp genoß aufgrund der Teilnahme seines Freikorps an den Kämpfen gegen die Münchner Räterepublik 1919 und als ehemaliger Kommandeur der 7. (bayerischen) Reichswehrdivision 1920–1923 beträchtliches Ansehen. In dieser Zeit förderte mit Epps Wohlwollen der Generalstabsoffizier der Division, Ernst Röhm, Hitler und die NSDAP und half unter anderem mit Reichswehrgeldern, den „Völkischen Beobachter“ zu finanzieren.³⁰⁹ Die sozialdemokratische „Münchner Post“ begegnete der Kandidatur mit aggressivem Spott: „Die neue Kanone vom Zirkus Hitler: ‚Der Rosenkranzgeneral‘“.³¹⁰ Auch die BVP, in der sich Epp bislang engagiert hatte, reagierte mit scharfer Kritik, die offenbarte, welche Bedeutung man dem Wahlcoup der Nationalsozialisten beimaß.³¹¹ Während die „Bayerische Volkspartei-Correspondenz“ Epp das Schicksal Ludendorffs prophezeite – „Hitler hat schon einmal einen größeren militärischen Namen verwirtschaftet“, – stellte der „Bayerische Kurier“ den Epp-Mythos in Frage: Der General habe München 1919 keineswegs allein „befreit“, sondern nur als ein weiterer untergeordneter Befehlshaber mitgewirkt, den man noch dazu wegen seiner geringen Entschlußkraft zum Marsch auf München geradezu drängen mußte.³¹² Die Nationalsozialisten nutzten dagegen Epps Übertritt weidlich. Die Münchner Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ widmete dessen Bekenntnis „Warum ich Nationalsozialist geworden bin“ eine halbe Titelseite und schaltete mehrmals große Anzeigen mit dem Portrait Epps unter der Überschrift „Der Volksheld Bayerns“.³¹³

Von Februar bis zum Wahltag folgte jede Woche eine Parteiversammlung in den größten Münchner Sälen.³¹⁴ In sechs davon sprach Hitler und zog jedesmal, trotz

³⁰⁵ Im Folgenden: VB 93 (21. 4. 1928), AdB. StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 16.

³⁰⁶ StA, PDM 6733: PND 537 (12. 5. 1926): Wahl Dausers in der Mitgliederversammlung der Sektion Sendling am 27. 4. 1926. StA, NSDAP 496: Bericht über die GMV der Sektion Sendling am 1. 2. 1927 an die HGS, o. w. A. Dauser übergab am 28. 9. 1927 sein Amt an Josef Bauer, den Vorsitzenden der Sektion Süd: HRS II/2, Dok. 176, S. 511 f.: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927.

³⁰⁷ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 16. Fest, Hitler, S. 268. Dornberg, Hitlerputsch, S. 376.

³⁰⁸ VB 101 (1. 5. 1928), „Unsere Antwort an Stresemann“.

³⁰⁹ Weiß, Lexikon, S. 111 f. Nußer, Wehrverbände, S. 259. Hoser, Tagespresse, S. 124, Anm. 33.

³¹⁰ MP 111 (14. 5. 1928).

³¹¹ Pridham, Hitler's Rise, S. 81 f.

³¹² BK 123 (2. 5. 1928), „Der ‚nationalsozialistische‘ General von Epp als alleiniger Befreier Münchens“. Vgl. auch BK 132 (11. 5. 1928), „Im Banne der nationalsozialistischen Phrase“.

³¹³ Vgl. z. B. VB 109 (10. 5. 1928). Pridham, Hitler's Rise, S. 81 f.

³¹⁴ Vgl. StA, Lageberichte 65 (21. 3. 1928)–67 (13. 6. 1928). StA, PDM 6738: Polizeiberichte über die öffentlichen Versammlungen der NSDAP 1928.

der hohen Eintrittspreise, zahlreichen Besuch an.³¹⁵ Für die zwölf Großveranstaltungen am Abend des 14. Mai 1928 wurden die prominentesten Redner der Partei aus dem gesamten Reich engagiert.³¹⁶ Während Hitler in den Besucherströmen bereits den Aufstieg der Partei dokumentiert sah, erkannte die skeptischere Münchner Polizei vorwiegend „Neugierige und Sensationslustige“.³¹⁷ Nach Einschätzung der Behörde erreichte die NS-Versammlungspropaganda auch im gesamten Reich mit insgesamt 118 Rednern und 10 000 Wahlversammlungen in drei Monaten gewaltige Ausmaße.³¹⁸ Ähnlich aufsehenerregend war die Flut von NS-Propagandamaterialien, die die Stadt überschwemmte,³¹⁹ darunter erstmals auch in größerem Ausmaß Klebezettel und Plakate. Dies übertraf den Aufwand aller anderen Parteien³²⁰ außer den der BVP³²¹. Allein im Mai des Jahres läßt sich die Verbreitung, jeweils in hohen Auflagen, von sieben Klebezetteln, 17 Plakaten, darunter mehreren Bildplakaten, 15 Flugblättern, mindestens 11 Sondernummern des „Völkischen Beobachters“ und zwei des „Illustrierten Beobachters“ nachweisen. Gelegentlich wurden einzelne Plakate und Flugblätter zusätzlich auch im „Beobachter“ veröffentlicht. Die RPL ließ jede Sektion bzw. die SA feste Kontingente an Flugblättern auf Plätzen und Straßen verteilen, darunter nach parteiinternen Angaben in der letzten Woche vor der Wahl allein 250 000 Flugblätter von Haus zu Haus. Vier der Plakate waren nur für den Anschlag vor den Wahllokale bestimmt.³²² Per Anzeigen im „Völkischen Beobachter“ ordnete Himmler die verbindliche Bestellung des Propagandamaterials der RPL an und bestimmte den Verteilungsrhythmus.³²³ Hierfür rief er Anfang Mai die Parteimitglieder auf, ihre Lkw, Pkw und Motorräder zur Verfügung zu stellen.³²⁴ Die von der RPL für München gedachten Plakate waren als fortlaufende Serie konzipiert und konzentrierten sich pro Plakat jeweils auf ein bestimmtes Motto bzw. auf eine bestimmte

³¹⁵ Ebenda.

³¹⁶ VB 111 (12. 5. 1928), Versammlungsanzeige. StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 13.

³¹⁷ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 16.

³¹⁸ StA, Lagebericht 68 (13. 7. 1928), S. 8f.

³¹⁹ Kapitel III.3., Anm. 22 (Quellen NS-Schriftpropaganda).

³²⁰ Der Aufwand der SPD war, nach Beurteilung durch die PDM, weit geringer. Während jede Sektion eine öffentliche Veranstaltung abhielt, wurden rund 250 000 Flugblätter von Haus zu Haus verteilt und zusätzlich eine Sondernummer der „Münchner Post“ für Betriebe und ein speziell an Frauen gerichtetes Flugblatt in Umlauf gebracht. Das Reichsbanner beteiligte sich mit einigen kleineren Propagandamärschen, zugleich setzte die Partei Schallplatten und Propagandafilme ein: StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 13f.

³²¹ Die Münchner BVP hielt anlässlich der Wahlen 1928 12 Großveranstaltungen, verteilte 270 000 Flugblätter von Haus zu Haus, 9 Flugblätter (249 000) auf Straßen und Plätzen sowie 5 Bild- und 17 Textplakate (zusammen 18 900), 100 000 Wahlzeitungen: „Treu zur Fahne“ 1 (17. 3. 1928), 2 (14. 4. 1928) und 3 (15. 8. 1928), jeweils Versammlungsanzeigen. Ebenda 1 (27. 4. 1929), „Unsere Arbeit im Jahre 1928“.

³²² StA, PDM 6809: PND 615 (24. 5. 1928): Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I und anschließende Sektionsführersitzung mit dem stellv. RPL Himmler am 12. 5. 1928.

³²³ VB 101 (1. 5. 1928) und 107 (8. 5. 1928), jeweils AdB: RPL-Anordnungen Nr. 23, 24, 25 und 26. So sollte zum Beispiel mit der Flugblattverteilung erst am 9. Mai begonnen werden.

³²⁴ VB 101 (1. 5. 1928), „Aufruf“. VB 105 (9. 5. 1928), „Autobesitzer!“.

Zielgruppe innerhalb der Bevölkerung, insbesondere den Mittelstand.³²⁵ Zusätzlich plante die RPL im Mai 1928 eine Broschüre über „Terrorakte“ gegen Nationalsozialisten, die jedoch nach Ansicht der Münchner Polizei eher die Parteimitglieder rechtfertigen sollte, die wegen ihrer einschlägigen Aktivitäten strafrechtlich belangt worden waren.³²⁶ Tatsächlich beschränkte sich die Partei in der politischen Auseinandersetzung nicht nur auf die Propaganda. So überklebten am 20. Mai 1928 NS-Kleberkolonnen in der gesamten Innenstadt SPD-Plakate, die den Titel „Adolf Hitler entlarvt“ trugen, mit dem Schriftsatz „Anonyme Wahllüge“ und provozierten dabei Auseinandersetzungen mit umstehenden Sozialdemokraten.³²⁷ Am Wahltag zerstörten Mitglieder der SA-Westend systematisch sozialdemokratische Plakate und versuchten, in das „Standquartier“ der Westend-SPD, im Gasthof „Alpenhof“ in der Kazmaierstraße, einzudringen. Bei der Schlägerei bewarfen sich die Kontrahenten mit Bierkrügen, Aschenbechern und Stühlen und zertrümmerten das gesamte Lokal.³²⁸

Die SA-Verbände wurden von Anfang an in den Wahlkampf einbezogen, fuhren ab Mitte April täglich mit Lastwagen über Land und hielten jede Woche einen Marsch durch München ab. Der Münchner Standartenführer Zöberlein wollte künftig die „Straße beherrschen“ und kommandierte sämtliche SA-Mitglieder zum Einsatz, um den Aktionen möglichst großen Effekt zu verschaffen.³²⁹ Dennoch bescheinigten Polizeiobservanten den Märschen im Frühjahr 1928 kaum Zuschauerinteresse. Den Höhepunkt des Wahlkampfes bot die Propagandafahrt am 13. Mai. 30 Lkw mit rund 800 Mann, darunter zehn Lkw mit SA-Leuten unter anderem aus Passau und ein Lkw mit HJ-Mitgliedern, fuhren drei Stunden lang mit Fahnen und Plakaten durch die Stadtteile Neuhausen und Haidhausen und verteilten dabei rund 10000 Flugblätter. Die Fahrt war Teil des südbayerischen SA-Treffens in München, das die OSAF wegen des Wahlkampfes gezielt auf den 12. und 13. Mai gelegt hatte. Die SA-Führung nutzte die Vielzahl der anwesenden Verbände, teilte sie zur Flugblattverteilung in den Straßen ein und organisierte neben der Umfahrt 14 Versammlungen und eine Überlandfahrt.³³⁰ Die Münchner SA war unter anderem für die Flugblattverteilung bereits ab dem 12. Mai jeden Abend zum Dienst verpflichtet³³¹ und kontrollierte am Wahltag von früh bis spät mit kleinen Trupps die NS-Plakate in den Stadtvierteln.³³² Angesichts des NS-

³²⁵ Vgl. z. B. VB 109 (10. 5. 1928), AdB: RPL-Anordnung Nr. 27. Oder VB 112 (13./14. 5. 1928), „Achtung Gewerbetreibende und Handwerker!“.

³²⁶ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 16.

³²⁷ StA, PDM 6766: Bericht Schutzpolizei, 12. Bezirk vom 20. 5. 1928. Ebenda: Vermerk PDM/VI vom 3. 7. 1928.

³²⁸ StA, PDM 6766: Vermerk PDM/VI vom 5. 7. 1928.

³²⁹ StA, PDM 6809: PND 606 (16. 3. 1928) und PND 612 (1. 5. 1928): Führerbesprechungen der Münchner SA-Standarte I am 3. 3. 1928 und 14. 4. 1928. Vgl. Auch StA, PDM 6822: Standartenbefehle 5/28 Zöberleins vom 23. 3. 1928 und 10/28 vom 24. 4. 1928. StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 21 f.

³³⁰ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 19. StA, PDM 6765: Beschluß PDM vom 9. 5. 1928. VB 113 (15. 5. 1928), „Nationalsozialistische Propagandafahrt durch München“.

³³¹ StA, PDM 6809: PND 615: Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 12. 5. 1928.

³³² StA, PDM 6766: Vermerk PDM/VI vom 5. 7. 1928.

Wahlkampfes spekulierten Polizeibeobachter über dessen hohe Kosten.³³³ Die entsprechenden Ausgaben in München lassen sich zwar nicht mehr vollständig rekonstruieren, doch einen, allerdings nicht repräsentativen Überblick liefern einmal mehr die Kassenbücher der Sektion Schwabing. Zwischen April und Mai 1928 gab die Sektion anlässlich des Wahlkampfes rund 60 RM nur für Zeitschriften und zwei Plakatierungsaktionen aus, die nicht von einer Firma, sondern von der SA durchgeführt wurden und folglich nur etwa 17 RM erforderten.³³⁴ Daneben überwies sie, wie schon 1925, nicht näher definierte 33 RM an den Wahlfond der Reichsleitung und bezahlte damit möglicherweise Flugblätter, die sie, wie wohl sämtliche Sektionen, von der Reichsleitung zugesandt bekommen hatte. Der Wahlkampfaufwand hatte sich gelohnt, wie der Erfolg bei den Wahlen am 20. Mai, der an späterer Stelle ausführlicher dargestellt werden wird, bewies.

³³³ Es erschien unvorstellbar, daß diese „aus eigenen Mitteln durch ordentliche und außerordentliche Mitgliederbeiträge“ bezahlt worden waren: StA, PDM 6766: PDM zum Wahlergebnis vom 20. 5. 1928, o. D.

³³⁴ KHB, Bl. 26, Eintragungen vom 7. 6. und 28. 6. 1928 unter dem Stichwort „Wahlunkosten NSDAP“. Die Plakatierungsaktionen am 15. 5. und 19. 5. 1928 erforderten nur Gelder für den Flugblatttransport mittels Mietwagen (12,70 RM), für Kleister (40 Pf), für Holzlatten der Plakate (1,50 RM) und für Taxifahrten (2,50 RM).

4. Binnenkonflikte als Hindernis

Die Fronten des Jahres 1924 existieren weiterhin

Die Münchner NSDAP der ersten drei Jahre nach der Wiedergründung 1925 war von fortwährenden parteiinternen Auseinandersetzungen geprägt. Hinter diesem Phänomen verbargen sich drei Konfliktebenen. Hier spiegelten sich erstens die Durchsetzung Hitlers innerhalb der Ortsgruppe und der Reichsleitung (Fälle Röhm, Pöschl/May), zweitens der Kampf um den Zugang zum innersten Zirkel der Parteiführung (Fälle May, Esser) und drittens die Machtkämpfe und Profilierungsversuche innerhalb der Münchner Ortsgruppe (Fälle Woltereck, Walter, Eggers, Meyr, Weber). Auf allen drei Ebenen spielten stets auch die Frontlinien aus den Auseinandersetzungen des Jahres 1924 eine Rolle. Die Konflikte offenbarten zugleich Hitlers Führungsstil. Seine Bereitschaft, charakterlich problematische Persönlichkeiten zum Zweck des persönlichen Machterhaltes oder aus finanziellen Gründen zu halten, provozierte fortlaufende parteiinterne Reibereien und schadete der NSDAP im ganzen Reich. Allein der USchLA der Reichsleitung hatte in den Jahren 1926 und 1927 rund 200 Streitfälle zu bearbeiten. Die beständigen finanziellen Sorgen der Partei, der ausbleibende politische Erfolg, die geringe Zahl geeigneter Unterführer, aber auch die sozialen und altersbedingten Unterschiede der Parteiführer potenzierten diese Konflikte.¹ Dieses Phänomen beeinträchtigte naturgemäß auch die Schlagkraft der Münchner Ortsgruppe. Durch die bereits in anderem Zusammenhang behandelte Krise der Münchner SA im Jahr 1927 entfiel dieser Verband über ein halbes Jahr lang nahezu vollständig für die Parteipropaganda. Zugleich boten die Auseinandersetzungen ein für die bürgerliche Klientel der Partei abschreckendes Bild von Uneinigkeit und Undiszipliniertheit.

Hitlers forsche Behauptung, „nun führe ich die Bewegung“, wie auch das demonstrative Versöhnungsritual² versprachen vielleicht in der Wiedergründungsversammlung im Februar 1925, in der bereits alle Mittel der Massensuggestion eingesetzt worden waren, Erfolg, doch der Münchner politische Alltag in den folgenden Jahren gestaltete sich anders. Keineswegs alle völkischen Gruppierungen akzeptierten Hitlers Führungsanspruch und waren bereit, die alten Fronten aufzugeben. Nicht ohne Grund bezweifelten der bayerische Ministerpräsident und sein Justizminister Ende 1924 und Anfang 1925, daß es Hitler gelingen werde, die „hoffnungslos“ zerstrittenen Völkischen wieder zu einen.³ Die mehr oder minder reibungslose Umwandlung von GVG und Völkischem Block in NSDAP-Organisationen⁴ konnte die Kluft, die die Auseinandersetzungen des Vorjahres hinterlassen hatten, nur notdürftig überdecken. Die Versuche, frühere

¹ Tyrell, Führer befehl, S. 147.

² HRS I, Dok. 6, S. 25.

³ Benz, Berichte, S. 166f. und 174: Held zu Moser am 3. 11. 1924, Gürtner zu Moser am 6. 11. 1924 und 14. 3. 1925.

⁴ StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10f. StA, PDM 6733, PND 498: Mitgliederversammlung der Sektion Süd des Völkischen Blocks am 4. 3. 1925. Pridham, , Hitler's Rise, S. 44f.

prominente Anhänger wieder in die NSDAP zu holen, gestalteten sich mitunter recht zäh.⁵ Mehrere Parteiführer, darunter Drexler, hatten Hitlers Einladung zur Gründungsversammlung abgelehnt. Auch um Rudolf Schüssler, bis Juli 1921 NSDAP-Geschäftsführer und später einfacher Parteiangestellter,⁶ bemühte er sich vergeblich. Schüssler trat der NSDAP erst wieder 1935 bei.⁷ Auf die Anfeindungen des früheren GVG-Führers⁸ und Esser-Gegners Edelmann reagierte der Schwabinger Sektionsführer Woltereck mit einem monatelangen Beleidigungsprozeß im Herbst 1925 und Frühjahr 1926.⁹ Mitglieder seiner Sektion beschwerten sich bei einem Sprechabend, daß ausgerechnet ein vormaliger Führer des Völkischen Blocks, Buttman, den Vortrag halte,¹⁰ obwohl Woltereck zuvor wiederholt Hitlers Appell, „alles Vergangene [zu] begraben“, beschworen hatte.¹¹ Esser attackierte, sobald er wieder vor der Ortsgruppe auftrat, den ehemaligen Völkischen Block und verprellte dadurch zwangsläufig dessen frühere Anhänger.¹² Zusätzlich sorgten die finanziellen Gläubiger der früheren GVG, die auf dem Gerichtsweg ihre noch ausstehenden Gelder eintrieben, für Unruhe.¹³ Die bereits geschilderten Auseinandersetzungen mit dem NSVB rissen die alten Gräben wieder auf, da die Münchner Ortsgruppe nun deutlich Front gegen Ludendorff und alle früheren Nationalsozialisten bezog, die der neuen NSDAP nicht beigetreten waren. Gegenüber dem NSVB befürwortete die Parteiführung bewußt einen aggressiven Kurs, um „die im Jahr 1925 langsam einsetzende Lethargie“ zu beenden und den Niedergang im Sommer 1925 zu überstehen, wie Hitler in seinem Rechenschaftsbericht zur Parteientwicklung bis 1927 zugab.¹⁴ Die Parteiführung instrumentalisierte die Auseinandersetzungen mit dem völkischen Lager, um von den eigenen Problemen abzulenken und um neue zündende Propagandathemen zu finden.

⁵ Fast ein Jahr lang verhandelten z.B. der Schwabinger Sektionsführer Woltereck, dessen Frau und kurzzeitig auch Hitler mit dem vormaligen Parteiredner Schott – vergeblich, zu tief saß dessen Feindschaft mit Hermann Esser: IfZ, „Protokollheft“, u.a. S. 29, 34, 51 und 57. Schott war der Bruder des evangelischen Geistlichen Georg Schott, der bis 1923 offen für die Münchner NSDAP aufgetreten war: Bleistein, Rupert Mayer, S. 59, Anm. 68.

⁶ Maser, Frühgeschichte, S. 172, 176 und 283.

⁷ BA, Berlin (ehem. BDC), PK Schüssler, Rudolf: Schüssler an Hitler vom 3. 3. 1925. Ebenda: RSM an Leiter Parteikanzlei Bormann vom 4. 3. 1943.

⁸ Tyrell, Führer befehl, Dok. 31, S. 81: Rschr. der GVG-Führung vom 29. 7. 1924.

⁹ StA, PDM 6733: PND 536: Mitgliederversammlung der NSDAP-Schwabing am 1. 4. 1926. IfZ, „Protokollheft“, S. 53 und 95: Nach den Verhandlungen am 3. 9. 1925 und 1. 10. 1925 ging Edelmann in Berufung vor dem bayerischen Oberlandesgericht; das Ergebnis der Verhandlungen am 18. 3. 1926 und 1. 4. 1926 konnte jedoch nicht ermittelt werden.

¹⁰ IfZ, „Protokollheft“, S. 10: Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 27. 4. 1925.

¹¹ Ebenda, u. a. S. 6 und 10.

¹² Ebenda, S. 19, und StA, PDM 6733: PND 507: Sprechabend der Sektion Schwabing am 14. 5. 1925.

¹³ IfZ, „Protokollheft“, S. 27.

¹⁴ HRS II/1, Dok. 159, S. 413 ff.: NSDAP-Generalmitgliederversammlung am 30. 7. 1927, hier S. 417 ff.

Machtkämpfe im Zusammenhang mit der Reichsleitung

Die Konflikte innerhalb der NSDAP-Reichsleitung, die, wie gesagt, bis 1928 noch zu einem großen Teil aus Aktivisten der Münchner Sektionen bestand, spielten sich unmittelbar vor der Parteiöffentlichkeit ab und bezogen gelegentlich auch die jeweilige Sektion mit ein. Während sich die in der zweiten Jahreshälfte 1927 in der Münchner Presse kursierenden Spekulationen über einen Streit zwischen Hitler, Goebbels und Straßer durch eine eigens anberaumte öffentliche Versammlung mit den drei Parteiführern am 19. Dezember 1927 und eine Erklärung im „Völkischen Beobachter“ dämpfen ließen,¹⁵ hatte die Auseinandersetzung mit Röhm, zwei Jahre zuvor, für größere Irritationen gesorgt. Sie veranschaulichte, wie wenig Hitlers Führungsanspruch zu diesem Zeitpunkt, im April 1925, an der Peripherie der Parteiorganisation, aber auch im inneren Führungszirkel widerstandslos anerkannt wurde. Als Ernst Röhm, der von Hitler unmittelbar nach der Wiedergründung als neuer SA-Führer eingesetzt worden war, sich dessen neuem Konzept für die SA nicht beugen wollte und schließlich am 1. Mai 1925 sein Amt aufgab, hatte Hitler den ersten Testfall für seine Durchsetzungskraft bewältigt.¹⁶ In der Folge trat auch Röhm's „rechte Hand“ im bayerischen Frontbann, Wilhelm Brückner, zurück, und der gesamte Frontbann löste sich auf.¹⁷ Röhm zog sich bis 1928 vollkommen aus der Politik zurück, nicht zuletzt auch aufgrund einer tiefen persönlichen Krise. Nach einem kurzen Versuch, 1928 mit Hilfe der „Wehrpolitischen Vereinigung“ innerhalb der NSDAP erneut aktiv zu werden, verließ er schließlich das Land und ging bis Ende der zwanziger Jahre als militärischer Ausbilder nach Bolivien.¹⁸

Im Sommer 1925 bestand Hitlers Durchsetzungsfähigkeit eine weitere Bewährungsprobe, deren Brisanz unter allen Machtkämpfen innerhalb der Münchner Ortsgruppe unübertroffen bleiben sollte. Die Ereignisse spiegelten die Unruhe der Organisation in den Neugründungsjahren, als die Ämterverteilung innerhalb der Reichsleitung und das künftige Führungskonzept, ja selbst Hitlers innerstädtische Führungsposition noch „im Fluß“ schienen. Die Auseinandersetzung erfaßte die gesamte Ortsgruppe und führte mindestens drei der 10 Sektionen in Opposition zur Reichsleitung. Der Konflikt kulminierte in dem Machtkampf, den der Neuhausener Sektionsleiter und NSDAP-Propagandaleiter Otto May anzettelte. Er hatte dieses Amt beim „Beobachter“ schon 1923 innegehabt und suchte seit 1924, seinen Einfluß innerhalb der Parteiführung und auch in der städtischen Organisation auszudehnen.¹⁹

¹⁵ StA, Lagebericht 62 (28. 12. 1927), S. 10. HRS II/2, Dok. 204, S. 582: Erklärung Hitlers vom 15. 12. 1927.

¹⁶ VB 29 (1. 5. 1925), AdB, „Erklärung“. Longerich, Braune Bataillone, S. 48–52. Werner, SA, S. 309 und 321 ff. Noakes, Conflict, S. 14. Gordons Spekulation, Hitler habe den unbequem selbständigen und selbstbewußten Offizier von vornherein nicht als künftigen SA-Führer behalten wollen (Ders., Hitlerputsch, S. 509), überzeugt nicht, denn dann hätte Hitler nicht erst Röhm's zweites Rücktrittsgesuch vom 1. 5. 1925, sondern dessen erstes vom 17. 4. 1925 sofort akzeptiert.

¹⁷ Völkischer Kurier 118 (1. 5. 1925), „Erklärung“.

¹⁸ Fischer, Röhm, S. 215. Röhm, Hochverräter, S. 315 ff.

¹⁹ Paul, Aufstand der Bilder, S. 61 f. und 278. May, Canaille, S. 9 ff.

Der Konflikt kündigte sich an, als Anfang Juni 1925 die Mitgliederversammlung der Sektion Süd eine öffentliche Generalversammlung der NSDAP forderte, vermutlich, um Auseinandersetzungen mit der Reichsleitung zu klären. Hitler lehnte dies ab und verlangte „unbedingte Unterordnung“ unter die Hauptleitung.²⁰ Gut einen Monat später attackierte das Neuhauser Sektionsmitglied Hans Pöschl, 1926 Kassenrevisor der Sektion, in einem Rundschreiben an alle Münchner Sektionen massiv die Parteileitung. Pöschl, hinter dem ohne Zweifel May stand, kritisierte die Inaktivität der NSDAP seit ihrer Wiedergründung und zugleich die Dominanz der ehemaligen GVG-Führung in der neuen Reichsleitung. Das Schreiben verlangte Auskunft, „wann und wo“ der Kassenmeister der Partei Schwarz gewählt worden sei und wer die NSDAP vor Gericht vertrete. „Als alter Nationalsozialist kann ich nicht mehr gut zusehen, wie sich verdiente alte Vorkämpfer unserer Bewegung zurückziehen, an deren Stelle – wie auch in der Leitung der Partei – mir vollkommen unbekannte Personen treten [...],“ die nicht mehr „die Tendenzen der alten NSDAP“ verfolgten. Pöschl und May war die prominente Stellung der Mitglieder der Parteiführung in den Jahren 1923/1924, insbesondere Bouhlers frühere Rolle als zweiter NSDAP-Geschäftsführer bzw. erster GVG-Geschäftsführer und Schwarz' Amt als GVG-Schatzmeister natürlich nur vordergründig „unbekannt“. Seinen besonders provokanten Gehalt gewann das Schreiben, indem Pöschl kurzerhand die Führungskompetenz der Reichsleitung und Hitlers übergab und erklärte, der Neuhauser Sektionsführer May sei von seiner Sektion beauftragt worden, in Verbindung mit den Münchner Sektionsführern „auf schnellstem Wege“ eine Generalmitgliederversammlung herbeizuführen, die aus „alten bewährten Parteigenossen“ einen „den alten Nationalsozialisten angenehmen Vorstand“ wähle.²¹ Die Ziele der Initiative wurden noch deutlicher, als Pöschl und May zwei Tage darauf vor der versammelten Sektion Innere Stadt forderten, daß Hitler ein zweiter Vorsitzender „beigegeben“ werden solle, der als juristischer Berater und „gewandter Redner“ das Redeverbot erfolgreicher bekämpfen bzw. umgehen und öffentliche Versammlungen abhalten sowie die Generalversammlung einberufen könne.²² Die Attacke spiegelte zum einen die Fortsetzung der Grabenkämpfe des Jahres 1924 bzw. den Versuch unzufriedener Aktivisten des früheren „Völkischen Blocks“, wie May, die durch die Wiedergründung geschaffene Dominanz der GVG rückgängig zu machen.²³ Zum andern monierten die Kritiker die folgenschwere Absenz eines eigenen Münchner Ortsgruppenführers und griffen zugleich Hitlers absoluten Führungsanspruch an. Damit richtete sich das Vorhaben direkt gegen den Parteiführer, auch wenn May stets das Gegenteil beschwor.²⁴

²⁰ StA, PDM 6733: PND 514 (o. D.) über die Versammlung der Sektion Süd am 4. 6. 1925.

²¹ StA, NSDAP 496: R Schr. Pöschl an den Sektionsvorstand Neuhausen und die Münchner Sektionen, 11. 7. 1925.

²² StA, PDM 6733: PND 512 (o. D.): May zur Neuhauser Mitgliederversammlung am 14. 7. 1925 über die Diskussion in der Sektion Innere Stadt am Vortag.

²³ May, Canaille, S. 9.

²⁴ Motzets Analyse der May-Fronde erscheint dagegen sehr verkürzt: Er bewertet diese nur als Auseinandersetzung um „Fragen der innerparteilichen Demokratie“, die Hitlers Autorität und Führungsstil höchstens indirekt durch die Forderungen nach Mitsprache-

Die Revolte fand bald Unterstützung. Am 13. Juli 1925 verlangte die Mitgliederversammlung der Sektion Innere Stadt ebenfalls eine Generalmitgliederversammlung und die Neuwahl der Parteileitung.²⁵ Offensichtlich hatte sich die bei der Umwandlung zur NSDAP-Sektion entstandene Unzufriedenheit gehalten.²⁶ Als Pöschl zwei Tage später vor 20 Anwesenden der Haidhauser Sektionsversammlung für das Vorhaben warb und behauptete, ihm hätten sich mittlerweile drei Sektionen angeschlossen,²⁷ pflichtete ihm auch der Sektionsführer Schiedermaier bei, ließ jedoch angesichts der geringen Zahl anwesender Mitglieder keine Abstimmung über die Initiative zu.²⁸ Über Nacht besann sich Schiedermaier neu und warnte die Parteileitung.²⁹ Am 16. Juli inszenierte May die offene Rebellion und verlangte im Namen seiner Sektion von der Parteigeschäftsstelle ultimativ, binnen acht Tagen eine Sektionsführer-Besprechung mit Hitler und Esser einzuberufen. Die Reichsleitung habe sich, allen Bitten der Sektion zum Trotz, seit Wochen nicht zur Frage einer „ordnungsgemäßen Parteileitung“ geäußert. Daher sei der Sektion der Kragen geplatzt und man habe ihn, May, damit beauftragt, „sich mit den Führern der Münchner Sektionen sofort ins Benehmen zu setzen, um in kürzester Zeit die Schaffung einer ordnungsgemäßen Parteileitung zu bewerkstelligen“.³⁰ Trotz der sofort angesetzten Besprechung zwischen der Reichsleitung und der Neuhauser Sektionsführung am folgenden Tag³¹ dehnte sich die Rebellion weiter aus. Während des Sprechabends der Sektion Innere Stadt am 20. Juli, zu dem alle Münchner NS-Sektionen geladen waren, erzwangen die rund 180 Anwesenden gegen den Willen des Sektionsvorsitzenden Eggers eine Diskussion über die Neuwahl der Parteileitung. Sie forderten vom anwesenden Parteigeschäftsführer Bouhler die Einberufung einer Generalmitgliederversammlung zur Wahl einer provisorischen Parteileitung, die solange die Geschäfte übernehmen sollte, bis Hitler in München nicht mehr durch das Redeverbot behindert werde.³² Die Forderung war ein erneuter deutlicher Hinweis auf die defizitären Münchner Führungsstrukturen. Auch wenn die 180 Anwesenden nicht die ge-

möglichkeiten und durch die Kritik an der Parteileitung bedroht habe: Ders., NSDAP, S. 33. Abgesehen davon, daß der Begriff „innerparteiliche Demokratie“ für die autoritär geführte NSDAP nicht greift, beanspruchten die Aufrehrer keine unmittelbare Mitwirkung an der Parteiführung.

²⁵ Die einzige Gegenstimme kam von Hans Dauser, dem späteren Sendlinger Sektionsführer und Landtagsabgeordneten: BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Dauser, Johann: Sesselmann an USchLA vom März 1927. Ebenda: Mitgliedskarte Dauser, Johann. Vgl. auch Kapitel III.3., Anm. 306.

²⁶ StA, PDM 6733: PND 497 (o. D.): Versammlung der Sektion Innere Stadt am 9. 3. 1925.

²⁷ StA, PDM 6733: PND 512 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 14. 7. 1925.

²⁸ StA, PDM 6733: PND 512 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Haidhausen am 15. 7. 1925.

²⁹ Schiedermaier behauptete, um sich selbst in möglichst gutes Licht zu stellen, er habe den Antrag deutlich zurückgewiesen und Pöschl erklärt, er werde mit dem Antrag in Haidhausen und in der Reichsleitung bzw. bei Hitler „Schiffbruch“ erleiden: StA, NSDAP 496: Schiedermaier an HGS vom 16. 7. 1925.

³⁰ StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen/May an HGS vom 16. 7. 1925.

³¹ StA, NSDAP 496: Schwarz an Moos, Sektionskassier Neuhausen vom 16. 7. 1925.

³² StA, PDM 6733: PND 513 (o. D.).

samtend rund 1500 Münchner Mitglieder³³ repräsentierten, hatte die Auseinandersetzung für die Parteileitung mittlerweile unangenehme Ausmaße angenommen.

Während sich die Unruhe unter den Sektionsführern in den nächsten Tagen wieder legte, bemühte sich May, den Konflikt weiter in Gang zu halten. In der Neuhauser Mitgliederversammlung am 21. Juli polemisierte er, immerhin inoffizieller Propagandaleiter der NSDAP, in der Parteileitung säßen Leute, „die es mit der nationalsozialistischen Bewegung nicht ernst nehmen und gegen die Ziele der Bewegung arbeiten“. „Bis jetzt habe er erst ein Prozent von den Mißständen geschildert, während 99 Prozent Saustall innerhalb der Parteileitung bisher unerwähnt blieben“. Dafür werde Neuhausen hier mittlerweile als „revolutionäre Sektion“ verunglimpft. Entsprechend ertete er Zurufe, wie etwa: „Schmeißt die Bande raus!“. Um die Situation zu dramatisieren, legte May kurz vor Versammlungsende sein Amt nieder mit der Begründung, es würde ihm von der Hauptgeschäftsstelle die Möglichkeit verweigert, über die Zustände in der Parteileitung zu sprechen. Die anwesenden 40 Mitglieder erreichten natürlich, daß er seinen Entschluß zurücknahm, und Pöschl beschwor theatralisch, er werde für May und den Nationalsozialismus „bis zu seinem letzten Blutstropfen“ eintreten. Anschließend übersandte die Sektion der Hauptgeschäftsstelle die Forderung, alle Parteiführer aus der Reichsleitung zu entfernen, die erst nach dem Novemberputsch der Partei beigetreten waren.³⁴ Der Antrag wandte sich namentlich gegen Schwarz und Bouhler, die allerdings beide schon 1922/1923 Parteimitglieder geworden waren.³⁵ Um bis zur erwarteten Generalmitgliederversammlung seinen Einfluß zu steigern, versuchte May die Sektionen, an der Parteileitung vorbei, als Interessenkoalition zu bündeln. Anlaß bot die Weigerung des ehemaligen GVG-Stadtrates Meyr, entweder zur NSDAP überzutreten oder sein Mandat abzugeben. Noch am 21. Juli schlug May in seiner Eigenschaft als Propagandaleiter der Partei den Münchner Sektionsführern vor, Meyr mit gemeinsamen öffentlichen Resolutionen aus dem Stadtrat zu drängen und die Schuldigen an dessen Aufstellung zu bestrafen.³⁶ Diesen Seitenhieb Mays gegen seinen persönlichen Gegner, den Schwabinger Sektionsführer Woltereck, der Meyr 1924 als Kandidaten vorgeschlagen hatte, ignorierte der Schwabinger Sektionsvorstand jedoch.³⁷ Um seine Position zusätzlich zu stärken, gründete May Mitte 1925 gemeinsam mit Christian Weber den Verlag „Europäische Zeit“ und ein gleichnamiges Wochenblatt.³⁸ Diese Offensiven veranlaßten die Reichsleitung nun dazu, vehement einzuschreiten. Hitler, der in Bayreuth weilte³⁹ und über die Rebellion laufend informiert wurde, lehnte jede Kompromißbereitschaft ab. Während Rudolf Heß in den Sek-

³³ Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, S. 180, Schaubild 1.

³⁴ StA, PDM 6733: PND 512 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 21. 7. 1925.

³⁵ Schmuhl, Bouhler, S. 41. StA, PDM 6705: Vermerk PDM/VIa vom 29. 5. 1923. IfZ, „Protokollheft“, S. 92.

³⁶ StA, NSDAP 496: May an die Sektionsführer der Ortsgruppe München vom 21. 7. 1925.

³⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 34: Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 27. 7. 1925.

³⁸ HStA, MInn 81580: Vermerk der PDM/VI vom 17. 10. 1925.

³⁹ StA, Lagebericht 35 (6. 8. 1925), S. 7.

tionen mit einer Vollmacht Hitlers intervenierte, um die Unruhe in den Griff zu bekommen, blockierte die Parteileitung die öffentliche Artikulation der Aufrührer. Alle Neuhauser Sprechabende sowie Sektionsvorträge mit möglicherweise brisanten Themen wurden abgesetzt, darunter sogar ein Referat Amanns über „die Lage im Münchner Stadtrat“. ⁴⁰ Um die nunmehr gefährdete Position Mays zu stärken, intervenierte Christian Weber bei Bouhler, die „Sache“ richte sich keineswegs gegen Hitler, gerade May sei Hitler unbedingt treu ergeben. ⁴¹ Auch May und die Neuhauser bemerkten die Gefahr und versicherten in ihrem Protestschreiben gegen die Absetzung der Sektionsabende, die „Aktion“ wende sich nicht gegen Hitler. Für den Fall einer entsprechenden Behauptung drohte man gar mit Handgreiflichkeiten. Unbeirrt provokant kündigte die Sektion allerdings an, man werde künftig „auf Kosten der Mitgliedsbeiträge“ wöchentliche Nachrichten veröffentlichen. ⁴²

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Bayreuth versammelte Hitler am 4. August 1925 die Münchner Sektionsführer und setzte seinen absoluten Führungsanspruch durch. Er lehnte die Forderung nach einem zweiten Vorsitzenden, so wie ihn die Parteiorganisation noch 1923 gekannt hatte, ⁴³ kategorisch ab. Die Partei stehe und falle allein mit ihm. Eine Generalmitgliederversammlung sowie die Neuwahl der Parteiführung sicherte er erst für Anfang 1926 zu, wenn sich die Organisation konsolidiert habe. Außerdem werde er sich nicht von Abstimmungen abhängig machen, sondern seine Entschlüsse nach Anhörung der Parteiausschüsse fassen und sich dabei von niemandem „beeinflussen“ lassen. Zugleich stellte er sich hinter die angefeindeten Parteiangestellten Bouhler und Schwarz. ⁴⁴ Unmittelbar nach diesem Treffen setzte Hitler in Berchtesgaden seine Arbeit am zweiten Teil von „Mein Kampf“ fort. ⁴⁵ Er hielt die Situation für so gefestigt, daß er nach seiner Rückkehr zwei Forderungen der Aufrührer erfüllte: Am 21. August 1925 wurde die Vereinsgründung der NSDAP mit festen Parteisatzungen vollzogen und zugleich der Januar 1926 als Termin für die Generalmitgliederversammlung festgehalten. ⁴⁶

Erstaunlicherweise entfernte Hitler keinen der Aufrührer aus dem Amt. Vermutlich befürchtete er erneute Auseinandersetzungen, wenn er May entließ und damit die Sektion Neuhausen spaltete. Zunächst sorgte May gemeinsam mit Weber und anderen Nationalsozialisten weiterhin für Unruhe innerhalb der Ortsgruppe. Erst als die übrigen Münchner Sektionen seine Aktivitäten, insbesondere

⁴⁰ BA, Berlin, NS 51/5b: Bouhler an Esser vom 25. 7. 1925. StA, NSDAP 496: May an HGS vom 22. 7. 1925.

⁴¹ BA, Berlin, NS 51/5b: Weber an Bouhler vom 22. 7. 1925.

⁴² StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen an HGS vom 22. 7. 1925.

⁴³ Tyrell, Führer befehl, Dok. 8, S. 29: Rschr Hitlers vom 10. 9. 1921. Ebenda, Dok. 9, S. 31: Satzung der NSDAP vom 29. 7. 1921, § 5.

⁴⁴ IfZ, „Protokollheft“, S. 38: Der Schwabinger Sektionsführer Wolterreck in der Sektionsversammlung am 13. 8. 1925 über das Treffen. StA, Lagebericht 35 (5. 8. 1925), S. 9. Vgl. auch Tyrell, Führer befehl, Dok. 43 b, S. 110.

⁴⁵ StA, Lagebericht 36 (26. 8. 1925), S. 7.

⁴⁶ HRS I, Dok. 63, S. 146: Protokoll der Gründungsversammlung des „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e.V.“ in München am 21. 8. 1925. Ebenda, Dok. 64, S. 147 ff.: Satzung der NSDAP/NSDAV e.V. vom 21. 8. 1925.

die Kampagne gegen die früheren Befürworter der Stadtratskandidatur Meyrs, ignorierten, akzeptierte er seine Niederlage.⁴⁷ Am 21. August gab May die Neuhauser Sektionsführung auf,⁴⁸ nach Auseinandersetzungen mit dem Hauptschriftleiter Rosenberg warf er am 30. August auch als Leiter der Anzeigenabteilung und der Propaganda des „Völkischen Beobachters“ das Handtuch.⁴⁹ Ende Oktober ging schließlich auch Mays und Webers Zeitungsprojekt „Europäische Zeit“⁵⁰ in Konkurs, nicht zuletzt deshalb, weil Hitler dem stets finanziell instabilen Blatt jede Unterstützung verweigerte.⁵¹ Dennoch kehrte in der Sektion Neuhausen noch lange Zeit keine Ruhe ein. Hartnäckig blieben manche Mitglieder auf Distanz zur angeblich „zerstrittenen“ Reichsleitung, und jede Kritik an der Parteiführung etwa wegen deren seltenen Anwesenheit in München oder wegen der Benützung exklusiver Automobile fand breiten Beifall.⁵² Die Lage war nach wie vor so explosiv, daß sich der Parteigeschäftsführer Bouhler selbst wegen Banalitäten, wie einer versehentlich nicht im „Völkischen Beobachter“ abgedruckten Versammlungsanzeige, zu überdeutlichen Entschuldigungen an die Adresse der Sektion genötigt sah.⁵³ Als May im November wieder in das Sektionsgeschehen eingriff und vor den Mitgliedern gegen die Leitung des „Völkischen Beobachters“⁵⁴ und die Parteispitze polemisierte, unterbanden der Sektionsführer Karl Ostberg⁵⁵ und Amann⁵⁶ diese Auftritte. Erstaunlicherweise kam es zwei Monate später, im Januar 1926, kurzzeitig erneut zu einer Annäherung zwischen Hitler und May. Letzterer übernahm wieder die Propagandaleitung des „Völkischen Beobachters“⁵⁷ und gewann beinahe sein früheres Ansehen zurück.⁵⁸ Doch wenig später ließ er sich in die Machtkämpfe um Esser verwickeln, wurde, nachdem er bei Hitler aggressiv zugunsten Essers interveniert hatte,⁵⁹ am 6. Mai 1926 von

⁴⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 52: Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 1. 9. 1925.

⁴⁸ StA, NSDAP 496: May an HGS vom 21. 8. 1925.

⁴⁹ May, Canaille, S. 9.

⁵⁰ Noch am 4. 11. 1925 erwähnte der Sektionsführer Walter das Unternehmen „Europäische Zeit“: StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen an HGS, 4. 11. 1925; vgl. auch die hs. Randnotizen Bouhlers.

⁵¹ HStA, MInn 81580: Vermerk der PDM/VI vom 17. 10. 1925. Hoser, Tagespresse, S. 706. Bereits im Juli des Jahres hatte die Münchner Polizei wegen diffamierender Artikel die gesamte Auflage beschlagnahmt, und May erhielt eine Geldstrafe: StA, PDM 6733: PND 510: May in der öffentlichen Veranstaltung der Sektion Neuhausen am 23. 6. 1925.

⁵² Vgl. z. B. StA, PDM 6733: PND 518 (o. D.) über die Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 13. 10. 1925. VB 169 (16. 10. 1925), „Sektion Neuhausen“.

⁵³ StA, NSDAP 496: Walter an HGS vom 29. 10. 1925 und Antwort Bouhlers an Walter vom 31. 10. 1925.

⁵⁴ StA, NSDAP 496: Sektion Neuhausen an HGS vom 4. 11. 1925; vgl. auch die hs. Randnotizen Bouhlers.

⁵⁵ StA, PDM 6733: PND 522 (o. D.) über eine Neuhausener Sektionsversammlung im November 1925.

⁵⁶ StA, NSDAP 496: Amann an HGS vom 13. 11. 1925.

⁵⁷ May, Canaille, S. 11. StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15.

⁵⁸ Er übernahm Ende März die Leitung des Münchner „Aktionsausschusses für den Volksprotest wider das Redeverbot gegen Adolf Hitler“ und hielt ab April wieder in der Sektion Neuhausen Vorträge: Paul, Aufstand der Bilder, S. 62. StA, PDM 6733: PND 536 (o. D.): Neuhausener Sektionsversammlungen am 13. und 27. 4. 1926.

⁵⁹ May, Canaille, S. 13 ff. und 17.

Amann entlassen,⁶⁰ und beendete damit seine Karriere in der NSDAP endgültig. Selbst in den Neuhauser Sektionsveranstaltungen wurde er nun am Reden gehindert.⁶¹ Zwei Jahre später setzte Mays polemische Abrechnung in der Streitschrift „Hitler und seine Canaille“ den Schlußpunkt.

Ähnlich wie der profilierungssüchtige May bildete auch Hermann Esser in den ersten Jahren nach der Wiedergründung eine Quelle permanenten Streites innerhalb der Parteiführung wie auch der Münchner Ortsgruppe. In den ersten Monaten 1925 mied Esser, mit Ausnahme der Versammlungen der Schwabinger Sektion, mit deren Führer Woltereck ihn enge Freundschaft verband,⁶² „bewußt“ die Öffentlichkeit, um den ehemaligen Mitgliedern des Münchner Völkischen Blocks den Zugang zur NSDAP zu erleichtern.⁶³ Unter den Völkischen in München und auch in Bayern hielt sich, in Erinnerung an Essers Verhalten 1924, eine breite Ablehnungsfront aufrecht. Die Augsburger Völkischen, unter anderem der frühere Gegner Hitlers, der Studienrat Otto Dickel,⁶⁴ waren nicht die einzigen, die öffentlich kundtaten, die NSDAP werde nicht von Hitler geführt, sondern „von einer Bande“, namentlich Esser, Dinter und Streicher.⁶⁵ Hitler stand jedoch zu Esser und verteidigte ihn wie auch Streicher unter anderem auf der Rosenheimer Konferenz der oberbayerischen Parteiführer Anfang Juli 1925 nachdrücklich gegen Angriffe.⁶⁶ Während der May-Fronde intervenierte Esser eigenmächtig gemeinsam mit dem Sendlinger Sektionsführer Harbauer mit einer angeblichen Vollmacht Hitlers gegen die Sektion Innere Stadt.⁶⁷ Möglicherweise wollte er sich damit, nach Mays Ausschaltung, für dessen Posten als Propagandaleiter profilieren, ein Amt, das Esser schon 1923 innegehabt hatte. Tatsächlich erhielt er das Amt

⁶⁰ Ebenda, S. 18. Die 1928 veröffentlichte Streitschrift „Hitler und seine Canaille“, in der May mit Hitler und der NSDAP abrechnete, schildert die Vorgänge etwas anders. May sei am Vortag von Amann beleidigt worden und habe daraufhin bis zur Rückkehr Hitlers seinen Dienst eingestellt. Der SS-Führer Berchtold habe ihm schließlich ‚unter der Hand‘ mitgeteilt, daß Amann mit Zustimmung Hitlers ohnehin Esser als neuen Propagandaleiter einsetzen wollte: Ebenda. Dies erscheint als Spekulation, da Hitler damit sofort neuen Streit mit den norddeutschen Parteiführern, allen voran Straßer, provoziert hätte.

⁶¹ StA, PDM 6733: PND 549: Polizeibericht über die Neuhauser Versammlung am 10. 8. 1926.

⁶² IfZ, „Protokollheft“, S. 19 und 39: Schwabinger Sektionsversammlungen am 14. 5. 1925 und am 20. 8. 1925.

⁶³ IfZ, „Protokollheft“, S. 18: Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 14. 5. 1925.

⁶⁴ Dickel beteiligte sich an der Revolte gegen Hitler im Juli 1921, die nach einer Führungskrise der NSDAP und Hitlers kurzzeitigem Parteiaustritt schließlich in dessen uneingeschränkte Führungsrolle mündete. Im September 1921 wurde Dickel schließlich aus der Partei ausgeschlossen: Maser, Frühgeschichte, S. 265 und 267 f. Auerbach, Regionale Wurzel, S. 79 f.

⁶⁵ IfZ, „Protokollheft“, S. 20: Bericht in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 14. 5. 1925 über die Versammlung der Augsburger „germanischen Glaubensgenossenschaft“. StA, PDM 6745: Sektionsführer Süd, Bauer, an HGS vom 2. 11. 1925. StA, NSDAP 496: Protestschreiben verschiedener [ungenannter] Münchner Sektionsführer und Vertrauensleute an die RL vom 22. 7. 1925; das Schreiben nahm Esser in Schutz gegen die „wüste Hetze“, die diesem von Teilen der Münchner Nationalsozialisten widerfuhr.

⁶⁶ HRS I, Dok. 54, S. 105.

⁶⁷ BA, Berlin, NS 51/5b: Weber an Bouhler vom 22. 7. 1925.

nach Mays Rücktritt am 30. August 1925 übertragen.⁶⁸ Doch nun regte sich bei den nord- und westdeutschen Parteiführern Widerstand.⁶⁹ Schon Anfang September kursierten hier Überlegungen zu einer „Reinigung der Bewegung, wozu in erster Linie die Ausschaltung Herrn Essers gehört“. Hermann Fobke, die rechte Hand des Gauleiters Hannover-Süd, bemühte sich um Verbündete in der Münchner Parteispitze, vor allem um Rosenberg, einen erklärten Gegner Essers. Rosenberg befand sich, seit ihn Esser im August des Vorjahres aus der GVG-Führung verdrängt hatte, mit diesem im Streit. Anfang September war sein Ärger erneut so angewachsen, daß Rosenberg Esser vor Gericht ziehen wollte und Hitler ein Ultimatum stellte, entweder auf seine oder auf die Mitarbeit Essers, Streichers und Amanns zu verzichten.⁷⁰ Hinter der Initiative der norddeutschen Führer stand nicht allein die Abneigung gegen Essers plumpe öffentliche Ausdrucksweise im „Völkischen Beobachter“ oder gegenüber dem NSVB,⁷¹ sondern vermutlich auch die keineswegs verblaßte Erinnerung an dessen Verhalten als GVG-Führer sowie der Ärger über die Dominanz der bayerischen GVG in der Parteiführung. Man argwöhnte, daß speziell Esser über zu großen Einfluß auf die Parteileitung verfüge. Demgemäß verstand sich die im August 1925 entstandene „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gauleiter“ der NSDAP, die gegenüber der süddeutschen NSDAP eine nachhaltigere „sozialistische“ Profilierung der NSDAP vertrat und intensive Diskussionen um eine Überarbeitung des Parteiprogramms führte, auch als Gegengewicht zur Münchner „Clique“.⁷² Die Arbeitsgemeinschaft ver-

⁶⁸ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 59–62. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 49.

⁶⁹ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 61.

⁷⁰ Tyrell, *Führer befehl*, S. 97 und Dok. 44, S. 113: Fobke an Rosenberg, 11. 9. 1925.

⁷¹ Gegenüber Gregor Straßer attackierte Goebbels Mitte November 1925 das „Maulheldentum“ Essers und Streichers sowie das „grauenhaft tiefe Niveau“ des „Völkischen Beobachters“: Tyrell, *Führer befehl*, Dok. 46, S. 115f. Vgl. auch Heiber: *Goebbels-Tagebücher*, S. 21–39. Tyrell, *Führer befehl*, S. 97.

⁷² Die norddeutschen Parteiführer sahen sich 1925 in ihren Großstädten, die einen weit höheren Prozentsatz an Industriearbeitern als etwa München besaßen, verstärkt mit Problemen der Propaganda innerhalb dieser Bevölkerungsschicht konfrontiert: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 48. Auch akzeptierten sie Hitlers Führungsanspruch noch nicht bedingungslos, obgleich sich prominente Köpfe wie Gregor Straßer keineswegs als Opposition gegen Hitler verstanden. Die Arbeitsgemeinschaft engagierte sich nachhaltig programmatisch, vor allem im Sinne der „sozialistischen“ Elemente des Parteiprogramms. Jedoch war der Konflikt, der sich seit Anfang 1926 zwischen der Parteizentrale und der Arbeitsgemeinschaft anbahnte, nicht nur ideologischer Natur. Die Arbeitsgemeinschaft verspürte zunehmend stärkere Abneigung gegen den Zentralismus der Parteileitung und zugleich gegen den Einfluß Essers und Streichers im innersten Führungszirkel der NSDAP. Hinzu kam die Frustration über Meinungsverschiedenheiten mit München sowie über den dortigen bürokratischen Führungsstil. Sämtliche Aktivitäten wandten sich aber nicht gegen Hitlers Führung an sich. Die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft, die inhaltliche Bedeutung des „Nationalsozialismus“ im Parteiprogramm genauer zu definieren, führten schließlich zur Krise, die in der Bamberger Konferenz im Februar 1926 und in Hitlers Durchsetzung mündete. Hitler erreichte, daß die Arbeitsgemeinschaft ihre zunehmend intensiveren Diskussionen und Forderungen nach der Präzisierung des Parteiprogramms beendete. Die gesamte Auseinandersetzung festigte die autoritäre Stellung Hitlers entscheidend: Noakes, *Conflict*, S. 16–36. Kühnl, *nationalsozialistische Linke*. Ders., *Programmatik der national-*

langte von Hitler offen, den angeblich ineffizienten und unfähigen Esser aus der Partei zu entfernen, und koppelte ihre eigene Propagandaorganisation von Essers Leitung ab. Schließlich verweigerte sie ab Ende September 1925 Essers Anordnungen jedweden Gehorsam und erreichte damit, daß dieser zunächst Anweisungen im „Völkischen Beobachter“ nicht mehr mit seinem Namen unterzeichnen durfte und Ende Januar 1926 schließlich zurücktrat.⁷³ Auf der Bamberger Führertagung zwei Wochen später (14. 2. 1926), in der Hitler seine Autorität gegenüber den zunehmend selbständigeren nord- und westdeutschen Parteiführern durchsetzen konnte, wurde die endgültige Entfernung Essers aus der Parteispitze – als Ausgleich erhalte dieser die Schriftleitung des „Illustrierten Beobachters“ sowie eine Gauleitung – zugesichert und der Arbeitsgemeinschaft größerer Einfluß versprochen. Straßer sollte zu einem späteren Zeitpunkt die RPL übernehmen und Goebbels die Berliner Gauleitung. Die norddeutsche Parteiprominenz sah zumindest in dieser Personalpolitik einen Sieg über die Münchner „Clique“.⁷⁴ Erstaunlicherweise wurde dieses für die Partei entscheidende Ringen um die Ausdifferenzierung des Parteiprogramms bzw. um den künftigen Kurs der Partei in der Münchner Ortsgruppe, außer in Bezug auf den Fall Esser, so gut wie gar nicht öffentlich diskutiert.⁷⁵

Hitlers Zustimmung zu den Rücktrittsforderungen wurde entscheidend motiviert durch Essers zahllose Affären. Insbesondere an der Beziehung zur Frau eines prominenten Nürnberger Nationalsozialisten, der die Partei finanziell unterstützte und mit Streicher befreundet war, entfachten sich Anfang 1926 monatelange vehemente Auseinandersetzungen mit Streicher und schließlich auch mit Hitler. Als Esser wiederholt sein „Ehrenwort“ brach, Nürnberg zu meiden und die Beziehung zu beenden,⁷⁶ entließ ihn Hitler als Propagandaleiter.⁷⁷ Glaubt man Mays Jahre später veröffentlichter Streitschrift gegen Hitler und die NSDAP, so befürchtete Amann nun eine „Katastrophe“, da Esser „untragbare“ Parteiinterna veröffentlichen würde. Zudem sei in der bevorstehenden Generalmitgliederversammlung der Partei ohne den rhetorisch gewandten Esser ein Sieg Straßers und Goebbels zu erwarten. Daher vermittelte May, nach seinen Angaben, im Auftrag Amanns zwischen Hitler und Esser.⁷⁸ Obwohl Esser sich auf Anweisung Hitlers

sozialistischen Linken, S. 317–333. Moreau, Nationalsozialismus von links. Wörtz, Programmatik und Führerprinzip.

⁷³ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15. Paul, Aufstand der Bilder, S. 61 f. Tyrell, Führer befehl, S. 355.

⁷⁴ Horn, Marsch, S. 240 ff. Noakes, Conflict, S. 29–36.

⁷⁵ Vgl. die Diskussion in den Schwabinger Mitgliederversammlungen: IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“. StA, PDM 6733: Mitgliederversammlungen der Münchner Sektionen 1925–1926.

⁷⁶ May, Canaille, S. 12 f.

⁷⁷ May, Canaille, S. 11 ff. StA, Lagebericht 48 (20. 4. 1926), S. 13. Motzet vermittelt als Entlassungsgrund nur den vagen Hinweis des Polizeilageberichtes auf Essers privaten Lebenswandel und nennt keine Details oder den Gesamtzusammenhang: Ders., NSDAP, S. 54 f.

⁷⁸ May, Canaille, S. 11 ff. May zufolge habe Esser selbstbewußt gedroht, Hitler brauche seine Unterstützung auch für den bevorstehenden Reventlow-Prozeß, da dieser möglicherweise seine Bewährungsfrist gefährde. Das Verhalten Mays, wie es in der Streitschrift wiederge-

aus dem Münchner Parteileben zurückzuziehen hatte,⁷⁹ versuchte er Ende April 1926, mit Hilfe Mays die Münchner Sektionsführer für sich zu gewinnen.⁸⁰ Doch die Stimmung stand gegen ihn. Innerhalb der Sektion Innere Stadt wurde es Hitler sogar „allgemein verübelt, daß Esser nicht aus der Partei ausgeschlossen wurde“.⁸¹ Die Nürnberger Affäre schlug in der Parteileitung hohe Wellen. Schließlich kam es zu einer Sondersitzung mit Hitler, Esser, Schwarz und Heinemann. Esser wurde ab dem 1. August 1926 ein Jahr „Probezeit“ gewährt. Wenn er sich in diesem Zeitraum nichts zuschulden kommen lasse, „soll[te] alles vergessen sein“. Damit war der Streit offiziell beigelegt. Gleichzeitig benötigte Hitler, angesichts der Einschränkungen durch das Redeverbot, Essers organisatorische und rhetorische Begabung und wollte ihn weiterhin für die Partei einsetzen,⁸² allerdings „unter allen Umständen“ außerhalb Münchens.⁸³ Binnen kurzem verspielte Esser auch diese neue Chance. Die Leitung der Parteikreise Oberbayern und Schwaben (ausgenommen München), die er am 16. September 1926 erhielt,⁸⁴ mußte er schon Ende Mai 1927 nach erneuten „Mißstimmungen“ zwischen ihm und Hitler wieder aufgeben.⁸⁵ Essers Ruf hatte auch in München nicht unwesentlichen Schaden genommen, denn noch im Januar 1927 boykottierten die Neuhauser Parteimitglieder einen Sektionsabend, der ihn als Redner vorsah.⁸⁶ Zumindest in den folgenden Jahren bemühte er sich nun um große Zurückhaltung und wurde nicht mehr zum Anlaß für parteiinternen Streit.

Auf eigentümliche Weise trug auch Christian Weber zu den fortwährenden Auseinandersetzungen innerhalb der Münchner Ortsgruppe bei. Weber gehörte 1921 bis 1923 als „Organisationsleiter“ und Sekretär zur NSDAP-Führung und war dabei unter anderem zuständig für die Propaganda im Münchner Stadtgebiet. Im Frühjahr 1925 hatte er seinen früheren Einfluß weitgehend verloren, arbeitete

geben wird, läßt dessen Entlassung Anfang Mai verständlich werden. Den letzten Anstoß gab wohl Mays zugunsten Essers verfaßtes, ebenso beleidigendes wie geistloses Schreiben an Hitler: May, Canaille, S. 13 ff. und 17.

⁷⁹ Am 11.3. und 17. 3. 1926 sprach Esser zum letzten Mal in München: Motzet, NSDAP, S. 55.

⁸⁰ May, Canaille, S. 17.

⁸¹ StA, PDM 6733: PND 540 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Innere Stadt am 28. 5. 1926.

⁸² BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Esser, Hermann: Vermerk Heinemann vom 15. 7. und 28. 7. 1926. Auch die Polizeidirektion meldete das Ende des Streites zwischen Hitler und Esser, ohne allerdings die genauen Hintergründe zu kennen: StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15.

⁸³ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15.

⁸⁴ HRS II/1, Dok. 29, S. 64: Anordnung Hitlers vom 16. 9. 1926. StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 15.

⁸⁵ StA, Lagebericht 57 (9. 6. 1927), S. 15. Der „Propaganda-Ausschuß“ der Reichsleitung übernahm die Kreisleitung am 26. Juli 1927 wieder selbst: HRS II/2, S. 514, Dok. 180: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927. Unbewiesen bleibt die Spekulation der sozialdemokratischen und volksparteilichen Presse, Esser wäre mit Hitler wegen des Parteiausschlusses von Heines anläßlich der SA-Rebellion in Streit geraten und daraufhin zurückgetreten: Vgl. u. a. BK 156 (4. 6. 1927), „Die Partei der Bewegung“.

⁸⁶ StA, PDM 6733: PND 560 (o. D.) über die Mitgliederversammlung am 12. 1. 1927.

für Hitler als gelegentlicher Chauffeur⁸⁷ und war vermutlich in der Deutschvölkischen Buchhandlung des Eher-Verlages tätig.⁸⁸ Innerhalb der Partei bestätigte er seinen Ruf eines Außenseiters nicht zuletzt durch eigenwillige Aktivitäten, wie etwa die Mitarbeit an der nach wenigen Monaten wieder eingestellten Zeitung „Europäische Zeit“ 1925.⁸⁹ Da ihm die Rückkehr in die Parteileitung verwehrt blieb, suchte Weber sich durch eine Stadtratskandidatur zumindest innerhalb der Münchner Organisation zu etablieren. Noch 1924 scheiterte er, obwohl auf Platz 4 der GVG-Liste für die Münchner Kommunalwahl gesetzt,⁹⁰ da nur die ersten drei Kandidaten der Liste, Meyr, Amann und Graf, in den Stadtrat gewählt wurden.⁹¹ Als Weber schließlich das vakant werdende Mandat Meyrs⁹² übernehmen wollte, stieß er auf breiten Widerstand vor allem von Seiten Hermann Essers und des Sendlinger Sektionsführers Max Harbauer, der schon 1924 als Vorgänger Essers an der Spitze der GVG gegen Weber eingenommen war.⁹³ Daraufhin setzte Weber den Parteigeschäftsführer Bouhler unter Druck mit Hinweis auf seine finanzielle Unterstützung für die Partei, auf die Mitarbeit in der Reichsleitung vor 1923 und schließlich auf seine Beziehungen zu Hitler: „Solange ich von Hitler Aufträge bekomme, betrachte ich mich immer noch als dessen Mitarbeiter.“ Und er drohte Bouhler unverblümt, solange die Partei in seiner finanziellen Schuld stünde, „nehme ich mir auch das Recht heraus, mitzureden“.⁹⁴ Offensichtlich hatten die Drohungen Erfolg, denn obwohl einige Mitglieder der Parteiführung für den 1924 von Weber auf Platz fünf der GVG-Liste verdrängten⁹⁵ Schwabinger Sektionsführer Woltereck als Kandidaten plädierten, rückte Weber im März 1926 für den ausscheidenden Stadtrat Meyr nach.⁹⁶

Durch einen dreisten Erpressungsversuch verspernte sich Weber Anfang 1926 den Zugang zur Parteispitze endgültig. Wie Polizeiinformanten dokumentierten, verlangte er von der Parteileitung eine monatliche Vergütung von 500 Mark als Parteiangestellter – vermutlich für seine Tätigkeit als Chauffeur – und eine „ein-

⁸⁷ StA, PDM 6705: Vermerk PDM/VIa vom 29. 5. 1923. Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 287, S. 480; NSDAP-Rschr. 4 vom 10. 9. 1921. StA, PDM 6697: Dienstanweisung der NSDAP-Verkehrsabteilung vom 1. 10. 1923. StA, PDM 6705: Aussage Webers in der Vernehmung durch die PDM/VIa vom 18. 5. 1923 betreff der Vorfälle am 1. Mai. StA, Lagebericht 24 (2. 2. 1925), S. 13. Maser, Frühgeschichte, S. 307. Vgl. auch Rosendorfers als Roman verfaßte, weitgehend auf historische Quellen gestützte Weber-Biographie: Ders., Nacht der Amazonen.

⁸⁸ BA, Berlin, NS 51/5b: Weber an Bouhler auf dem Buchhandlungsbriefpapier vom 22. 7. 1925.

⁸⁹ HStA, MInn 81580: Vermerk der PDM/VI vom 17. 10. 1925. Nach eigenen Angaben verließ May das Unternehmen schon vor dessen Ende, da Weber eher ein Sensationsblatt aufziehen wollte und seine strikt antikapitalistische Linie ablehnte: May, Canaille, S. 10.

⁹⁰ Martin, Weber, S. 449.

⁹¹ Nachrichtenblatt 21 (16. 12. 1924), S. 7. Der Nationalsozialist 2 (22. 11. 1924), „Die Stadtratswahl“.

⁹² Tyrell, Führer befehl, Dok. 43a, S. 109f.: Fiehler im VB vom 16. 7. 1925.

⁹³ Lagebericht 7 (16. 5. 1924), S. 11–12.

⁹⁴ BA, Berlin, NS 51/5b: Weber an Bouhler vom 22. 7. 1925.

⁹⁵ IfZ, „Protokollheft“, S. 57: Schwabinger Sprechabend am 23. 9. 1925. Der Nationalsozialist 2 (22. 11. 1924), „Stadtratswahl“.

⁹⁶ Martin, Weber, S. 449.

malige größere Abfindung“, sonst werde er Parteinterne veröffentlichen. Eine derartig hohe Monatspauschale erhielt zum selben Zeitpunkt keiner der Parteiangestellten. Erst nachdem Weber mit einem Prozeß drohte, lenkte die Parteileitung im Januar 1926 ein und zahlte eine Abfindung von 500 Mark.⁹⁷ Eine Erklärung für die im Streit um das Stadtratsmandat erwähnten angeblichen finanziellen Verpflichtungen der Partei gegenüber Weber lieferte Otto Mays Streitschrift „Hitler und seine Canaille“, die allerdings angesichts Mays profilierungssüchtiger Persönlichkeit und des sensationsheischenden Stils der Broschüre eine gewisse Skepsis verdient. Laut May fuhr Weber 1925 Hitlers „neuestes Auto“ „in Trümmer“ und vereinnahmte auch noch die Versicherungssumme von 4000 Mark. Mit diesem Geld habe er nun Ernst Hanfstaengl einen Schuldschein über die 1000 Dollar abgekauft, die Hanfstaengl dem „Völkischen Beobachter“ im Mai 1923 als Anleihe gewährt hatte⁹⁸ und seit 1925 vergeblich zurückforderte. Weber, ohnehin wegen der Auto-Affäre mit Hitler im Streit, habe nun durch die Drohung, andernfalls die Gelder gerichtlich eintreiben zu lassen, Hitler zur Bezahlung der Forderung veranlaßt.⁹⁹ Vermutlich als Folge dieser Ereignisse spielte Weber in den folgenden Jahren innerhalb der Münchner NSDAP – abgesehen von seiner, an späterer Stelle zu beschreibenden Tätigkeit im Stadtrat – keine Rolle und konnte auch zu den Sektionen keine Beziehung aufbauen.

Machtkämpfe innerhalb der Sektionen

Neben den Machtkämpfen im Zusammenhang mit der Reichsleitung zog sich in den Jahren 1925 bis 1929 eine unablässige Reihe sektionsinterner Auseinandersetzungen durch den Alltag der Münchner NSDAP. Der Neuhauser Sektionsführer Otto May trug hierzu nicht nur durch seine Fronde gegen die Parteileitung, für die er seine Sektion als Hausmacht und Profilierungsplattform benutzte, bei. Er dürfte sich schon zuvor durch seine im Dezember 1924 bzw. Mitte 1925 gegründeten rechtsradikalen Blättchen „Enthüllungen“ und „Europäische Zeit“¹⁰⁰ in den Münchner völkischen Kreisen unbeliebt gemacht haben, da er damit dem ohnehin geschwächten „Völkischen Kurier“ und dem GVG-Organ „Der Nationalsozialist“ sowie später dem „Völkischen Beobachter“ noch zusätzliche Konkurrenz verschaffte. Im Mai 1925 entwickelte sich ein heftiger Schlagabtausch mit dem Schwabinger Sektionsführer Ernst Woltereck.¹⁰¹ Woltereck, der von seiner Führungsposition innerhalb der Münchner Ortsgruppe überzeugt war, sah diese durch Mays ähnliche Ambitionen gefährdet und versuchte den Neuhauser Sekti-

⁹⁷ StA, Lagebericht 43 (25. 1. 1926), S. 10.

⁹⁸ Marwell, Hanfstaengl, S. 143. Hoser, Tagespresse, S. 812.

⁹⁹ May, Canaille, S. 10f.

¹⁰⁰ StA, PDM 6734: Vermerk PDM, Abt. VI d vom 2. 12. 1924. HStA, MIInn 81580: Vermerk PDM/VI vom 17. 10. 1925.

¹⁰¹ Im Folgenden: StA, NSDAP 496: May an HGS vom 19. 5. 1925. Ebenda: Sektion Neuhausen an HGS vom 20. 5. 1925. Ebenda: May an HGS vom 9. 6. 1925; vgl. hier Randnotiz Bouhlers: May behält „lt. Rücksprache“ doch den Vorsitz. StA, PDM 6733: PND 508 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 19. 5. 1925. IfZ, „Protokollheft“, S. 57: Woltereck vor der Sektion Schwabing am 23. 9. 1925.

onsführer abzuqualifizieren. May klagte vor seiner Sektion, Woltereck habe ihm neben dem geringen Besuch der Neuhauser Sprechabende vorgeworfen, er würde die Sektion „abwirtschaften“ und die Rückkehr früherer GVG-Anhänger zur NSDAP verhindern. Die Versammlung konnte May gerade noch vom Rücktritt als Sektionsführer abhalten und forderte von der Parteileitung schriftlich, Woltereck müsse in einer eigenen Sektionsführer-Versammlung „Genugtuung“ leisten und Hitler verständigt werden. Dieses Ansinnen konnte May allerdings selbst durch einen weiteren demonstrativen Rücktritt nicht erreichen. May benutzte den Rücktritt als Druckmittel in allen Konflikten, in die er verwickelt war, brachte dadurch jedesmal große Unruhe in die Sektion und persiflierte sich letztendlich selbst, als er innerhalb von drei Monaten viermal zurücktrat und sich dreimal durch Parteianhänger oder Mitglieder der Reichsleitung zur Rückkehr in sein Amt bewegen ließ.¹⁰² Die an späterer Stelle ausführlicher geschilderten Auseinandersetzungen um den Rücktritt des Schwabinger Sektionsführers Woltereck im Frühsommer 1926 lähmten die Sektion nahezu zwei Monate lang, von Ende Mai bis Ende Juli. Der Neuhauser Sektionsführer Walter hatte, kaum im Amt, immer wieder mit Intrigen gegen seine Person zu kämpfen.¹⁰³ Gegen die bereits Anfang Februar in der Sektion und in der Parteigeschäftsstelle kursierenden Vorwürfe konnte er sich zunächst behaupten. Als jedoch Anfang April die Situation eskalierte, resignierte Walter und übergab Karl Ostberg den Vorsitz. Neben dem Unvermögen, die Intrigen in Griff zu bekommen, schadete Walter, der die Partei intensiv finanziell unterstützt hatte, vermutlich auch seine geringe rhetorische Begabung. Dennoch begründete er, um den Schein zu wahren, seinen Schritt mit „gesundheitlichen und geschäftlichen Gründen“. Im Herbst 1925 stürzte der Sektionsführer Innere Stadt, Eggers, über eine Intrige seiner Vorstandsmitglieder,¹⁰⁴ die Eggers' selbstherrlichen Führungsstil und seine chaotische Kassenführung ablehnten. Beschwerden aus der Sektion veranlaßten den RSM Schwarz Anfang September zu einer Kassenrevision bei der Sektion. Angesichts des katastrophalen Ergebnisses wurde Eggers schließlich Mitte des Monats des Amtes enthoben.¹⁰⁵ Durch seine Revision vor dem Parteischiedsgericht, die dem übrigen Sektionsvorstand Machthunger vorwarf, zögerte Eggers den Parteiausschluß ein ganzes Jahr lang hinaus, konnte ihn jedoch angesichts der erdrückenden Beweise für seine Unfähigkeit zu geordneter Kassen- und Sektionsführung letztendlich nicht ver-

¹⁰² So am 19. 5., 9. 6., 21. 7. und endgültig am 21. 8. 1925: Kapitel III.4., S. 187, 189, 191.

¹⁰³ Im Folgenden: StA, NSDAP 496: Bouhler an den Neuhauser Nationalsozialisten Heinrich Schneider vom 8. 4. 1926. StA, NSDAP 496: Walter an HGS vom 10. 4. 1926. StA, PDM 6733: PND 536 über die Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 13. 4. 1926.

¹⁰⁴ StA, NSDAP 496: Schriftführer der Sektion Innere Stadt an HGS vom 17. 11. 1925.

¹⁰⁵ BA, Berlin (ehem. BDC) OPG-Akte Eggers, Karl: hs. Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Sektion Innere Stadt von Januar bis August 1925 durch den RSM vom 2. 9. 1925. StA, NSDAP 496: HGS/Bouhler an Eggers vom 1. 9. 1925. BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Personalakte Eggers, Karl: Ortsgruppe Innere Stadt an GL München-Oberbayern vom 23. 2. 1934. Die zumeist wohlinformierte Münchner Polizei erkannte diesmal die Zusammenhänge nicht und vermutete hinter der Amtsenthebung, daß Eggers der Spitzeltätigkeit verdächtigt wurde: StA, Lagebericht 44 (11. 2. 1926), S. 12.

hindern.¹⁰⁶ Der Vorfall konnte nicht erstaunen, denn Eggers hatte bereits 1903 zehn Tage Arrest wegen vorsätzlicher Mißhandlung eines Untergebenen und 1906 eine dreimonatige Gefängnisstrafe wegen schweren Betrugs abgesessen. Im September 1922 war er aus dem bayerischen Polizeidienst fristlos entlassen worden, da er seine Einstellung dadurch erreicht hatte, daß er sein Vorstrafenregister verschwieg und den Militärpaß fälschte.¹⁰⁷ Nach seinem Sturz gab sich Eggers jedoch noch nicht geschlagen und initiierte eine Kampagne gegen seinen Nachfolger, den Sektionsführer Gonnermann. Dazu lancierte er über ein befreundetes Sektionsmitglied verleumderische Gerüchte gegen die Sektionsführung und intervenierte sogar bei Bouhler.¹⁰⁸ Nachdem die Gerüchte teilweise durchaus einen wahren Kern besaßen,¹⁰⁹ trug die Kampagne Früchte, und Gonnermann, der sich den Belastungen nicht mehr gewachsen fühlte – er sah sich nun in der Sektion als vorbestrafter Zuhälter „entlarvt“ –, trat gemeinsam mit dem gesamten Vorstand der Sektion Innere Stadt Ende Oktober 1926 zurück.¹¹⁰ Eggers nützte die Affäre allerdings nichts, sondern sie beschleunigte nur seinen Parteiausschluß im selben Monat. Es verwundert nicht, wenn die Sektionen angesichts der häufigen Konflikte kaum Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten. Über die bislang geschilderten Beispiele hinaus spielten sich wahrscheinlich eine Vielzahl weiterer Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP ab,¹¹¹ die sich jedoch aufgrund der ausge-

¹⁰⁶ StA, NSDAP 496: HGS/Bouhler an Eggers vom 14. 11. 1925. Ebenda: Schriftführer der Sektion Innere Stadt an HGS vom 17. 11. 1925. BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Vermerk Heinemann vom 19. 10. 1926. Ebenda: Anordnung Hitlers vom 19. 10. 1926. Ebenda: Eggers an RL vom 19. 10. 1926.

¹⁰⁷ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Vermerk der PDM vom 25. 9. 1922. Eggers' Vorgeschichte und seine Fehlgriffe in der NSDAP gerieten bald in Vergessenheit; es gelang ihm Jahre später eine zweite Parteikarriere, diesmal innerhalb der SA. Im Mai 1933 geriet er erneut in Schwierigkeiten, da er immer wieder von SA-Leuten Geldbeträge lieh oder im Namen seines SA-Sturms Schulden verursachte, ohne diese zurückzuzahlen. Bei einer SA-Weihnachtsfeier entnahm er heimlich 12 Mark aus der Kasse. Seine Dienstenthebung als Sturmführer 12/R 16 und die Entfernung aus der NSBO-Zelle im Arbeitsamt konnte Eggers dennoch verhindern: Vgl. BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Personalakte Eggers, Karl: NSDAP-Ortsgruppe Innere Stadt an GL München-Oberbayern vom 23. 2. 1934. Ebenda: Sturmbannführer II/R 16 an Standarte R 16 „List“ vom 16. 5. 1933 und Antwort Standartenführer R 16 vom 18. 5. 1933. Ebenda: NSBO-Betriebszelle beim Arbeitsamt München an Standarte R 16, o. D.

¹⁰⁸ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Gonnermann an RL vom 5. 10. 1926. Ebenda: Vermerke USchIA/Heinemann vom 12. 10. 1926 und 19. 10. 1926.

¹⁰⁹ So führte etwa Gonnermann bis zum Frühjahr eine Pension, die sich bereits unter dem Vorbesitzer als Bordell etabliert hatte. Angeblich hatte er diese Zustände jedoch sofort abgestellt: Vgl. BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Vermerk USchIA/Heinemann über die Vernehmung u. a. Gonnermanns am 18. 10. 1926.

¹¹⁰ StA, NSDAP 496: Bouhler an Gonnermann vom 21. 10. 1925.

¹¹¹ Vgl. auch die hier nicht näher erläuterten monatlangen Versuche, am Jahreswechsel 1926/1927 den Sendlinger Sektionsführer Dauser aus dem Amt zu drängen, sowie den heftigen Streit zwischen Andreas Feistl, dem Kassierer der Sektion Au-Giesing, und dem Giesinger SA-Sturmführer Hans Zöberlein von September 1927 bis Februar 1928, in dem Feistl schließlich unterlag und die Partei verließ: BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Dauser, Johann: Korrespondenz Dauser mit Bouhler und Heinemann von Dezember 1926 bis März 1927. Ebenda: Deutscher Rad- und Motorfahrerverband Concordia an Heinemann vom 5. 3. 1927. Ebenda: Sesselmann an RL/USchIA vom 15. 3. 1927. BA,

dünnten OPG-Akten und der zurückhaltenden polizeilichen Dokumentation nicht mehr rekonstruieren ließen. Die genannten Fälle zählten jedoch vermutlich zu den gravierendsten, nicht zuletzt, weil sie sich auf der Ebene der Sektionsführer abspielten.

Die sektionsinternen Auseinandersetzungen waren neben den jeweiligen zusätzlichen persönlichen Faktoren ein wesentlicher Grund für die ständige Fluktuation in den Sektionsvorständen. In einigen Sektionen wechselte der Vorsitzende bis zu dreimal pro Jahr. Diese Situationen waren häufig von monatelangen Vakanzen und heftigen Auseinandersetzungen begleitet.¹¹² 1925 stand die Fluktuation im Zusammenhang mit der Wiedergründung, anschließend jedoch spiegelte sie die allgemeine Krise der Münchner Organisation wider. Erst 1928 zeigte sich allmählich eine Konsolidierung. Im März 1925 traten bei vier der zehn Münchner Sektionen, das waren Neuhausen-Nymphenburg, Innere Stadt, Augiesing und Süd, die Führer zurück. Nur zwei dieser Sektionsführer waren im Zusammenhang mit der Wiedergründung zurückgetreten.¹¹³ In acht von zehn Münchner Sektionen wechselte im Zeitraum 1925 bis 1927 mindestens einmal der Vorsitzende, in zwei davon dreimal, in einer sogar viermal. Den Höhepunkt erlebten die Jahre 1925 und 1926 mit fünf bzw. sieben Rücktritten, verteilt auf vier bzw. fünf Sektionen. Die Gründe waren höchst vielfältig und lassen sich kaum auf ein zentrales Motiv reduzieren, wenngleich sektionsinterne Streitigkeiten das häufigste darstellten. In acht Fällen geben die Quellen keinen Grund wieder. Die Rücktritte waren ein Phänomen der Unzufriedenheit und parteiinternen Zerrissenheit während der Stagnationsjahre der Partei. Keineswegs stand dahinter eine organisierte Opposition innerhalb der Münchner Ortsgruppe. Im Gegensatz zur May-Fronde 1925 erhob sich 1926 auch nie die Forderung nach organisatorischen oder anderen Verbesserungen.¹¹⁴

Die Krisen des NSDStB

Ähnliche Unruhe wie unter den Sektionen wurde innerhalb der NS-Studentenorganisation in der Stadt sichtbar. Der Münchner NSDStB kam aufgrund fortwährender Krisen bis 1929 beinahe nie zur Ruhe und geriet zweimal, während der Münchner SA-Rebellion 1927 und durch den Machtkampf zwischen Schirach und Tempel 1928, sogar an den Rand des Zerfalls. Tempels Nachfolger in der Münchner Führung, Max Kurz, sah sich bald nach seinem Amtsantritt im Dezember

Berlin (ehem. BDC), Pk Feistl, Andreas. Ebenda, NS 36, 9: Korrespondenz USchIA mit Feistl und Zöberlein von November 1927 bis Februar 1928. StA, NSDAP 496: Korrespondenz Feistl mit HGS 1927. Vgl. auch den Machtkampf zwischen dem Führer der Sektion Gern-Nymphenburg-Neuhausen, Allwein, und dessen Stellvertreter Malinowski, der in den Aufruhr der Mitgliedschaft und die Rebellion der Neuhauser SA mündete: StA, NSDAP 496: Alois Friedrich an RL vom 28. 7. 1928.

¹¹² Im Folgenden: StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925–1929. StA, NSDAP 496: Korrespondenz RL mit den Münchner Sektionen 1925–1929.

¹¹³ Darunter der Sektionsführer Süd, Eilken, aus Abneigung gegen Hitler: StA, PDM 6733: PND 498: Mitgliederversammlung der Sektion Süd des Völkischen Blocks am 4. 3. 1925.

¹¹⁴ Motzet, NSDAP, S. 54.

1926 dem Vorwurf mangelnder Aktivität ausgesetzt. Zwei Monate später führten Intrigen schließlich zu seiner Absetzung.¹¹⁵ Sein Nachfolger Walter Bergemann, der die Kampagne initiiert hatte, ging kaum vier Monate später auf Konfrontationskurs mit Tempel und arbeitete, vermutlich vom Berliner Gauführer Joseph Goebbels motiviert,¹¹⁶ an dessen Absetzung als NSDStB-Reichsleiter. Gleichzeitig verwickelte er die HGM in die Münchner SA-Revolution und ergriff für die SA-Führer Heines und Rauscher aktiv Partei. Daraufhin sah sich der Münchner Studentenbund im Mai 1927, kaum ein Jahr nach seiner Gründung, in seiner schwersten Krise. Er war in zwei Lager zerrissen, zu keiner geordneten Arbeit mehr fähig und kurz vor der Auflösung. Erst als Hitler intervenierte und sich hinter Tempel stellte, änderte sich die Situation schlagartig, und der größte Teil der Opponenten lenkte ein. Bergemann wurde mit seinen engsten Anhängern am 31. Mai 1927 aus NSDStB und NSDAP ausgeschlossen, und die HGM steuerte vorübergehend wieder in ruhigeres Fahrwasser.¹¹⁷ Doch der folgende HGM-Führer Alfons Weber blieb wiederum nur kurz im Amt¹¹⁸ und wurde nach gerade einem halben Jahr im Februar 1928 aufgrund seiner verbalen Ausfälle gegen den Münchner Waffenring zum Rücktritt gezwungen.¹¹⁹ Der neue HGM-Führer Baldur von Schirach löste binnen weniger Wochen eine Krise aus, die den gesamten NSDStB monatelang führerlos werden ließ und schließlich mit dem Rücktritt der gesamten Bundesleitung endete. Fünf Monate lang schwelte ein verbissener Machtkampf, den Schirach wohl vor allem durch seinen Rückhalt innerhalb der NSDAP-Reichsleitung – nicht nur Goebbels und Rosenberg waren an einer Absetzung Tempels seit langem interessiert¹²⁰ – und wegen seiner unmittelbaren Kontakte zu Hitler gewann. Es war von entscheidendem Vorteil, daß HGM und Parteizentrale im Münchner Stadtteil Schwabing nur wenige Straßen von einander entfernt waren. Nach einem ersten Streit zwischen Schirach und Tempel auf der Leipziger NSDStB-Führertagung Mitte Februar 1928 entzündete sich die Auseinandersetzung an den Münchner Plänen, für den Studentenbund „Clubräume“ einzurichten, erneut. Tempel lehnte dies als mit der NSDStB-Ideologie unvereinbar kategorisch ab.¹²¹ Als es Schirach gelang, Hitler für seine Pläne zu gewinnen, reagierten Tempel, der seine Autorität untergraben und sein ideologisches Konzept für den Bund nicht mehr gestützt sah, sowie der gesamte NSDStB-Vorstand Anfang März 1928 mit dem Rücktritt. Allmählich gelang es Schirach, innerhalb

¹¹⁵ StA, Würzburg, RSF II/10: Knoche an Tempel, 5. 12. 1926. Ebenda, RSF II/47 b: Bergemann an Tempel, 14. 2. 1927.

¹¹⁶ Zum Verhältnis Goebbels-Tempel: Kater, Studentenbund, 181–184.

¹¹⁷ StA, Würzburg, RSF II/10: USchla/Heinemann an Tempel vom 22. 6. 1927. Ebenda, RSF II/14: HGM-Führer Weber an Tempel vom 28. 6. 1927. Ebenda: Ein Mitglied der HGM „privat“ an Tempel vom 4. 7. 1927. Ebenda, RSF II/10: Tempel an W. Bohe vom 8. 7. 1927. Vgl. auch Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 61f.

¹¹⁸ Weber wurde am 27. 6. 1927 gewählt: StA, Würzburg, RSF II/10: ROL/Heinemann an Tempel vom 28. 6. 1927.

¹¹⁹ StA, Würzburg, RSF II/14: Schirach an Tempel vom 11. 2. 1928.

¹²⁰ Kater sieht Schirach als Instrument einer gezielten Intrige gegen Tempel: Ders., Studentenbund, S. 181–190.

¹²¹ StA, Würzburg, RSF II/14: NSDStB-RL an Schirach vom 27. 4. 1928.

der NSDAP-Reichsleitung die Stimmung gegen Tempel zu schüren.¹²² Hitler sympathisierte insgeheim mit Schirachs Plänen einer Öffnung des Studentenbundes gegenüber bürgerlichen Kreisen und war einem Wechsel in der NSDStB-Führung nicht abgeneigt.¹²³ Zunächst bemühten sich Hitler und Heß jedoch in langen Gesprächen, Tempel und den Vorstand zurückzugewinnen, und stellten zudem Zuschüsse in Aussicht, da Tempel auch die Finanzmisere des Bundes als Rücktrittsgrund angegeben hatte. Als Hitler versicherte, daß er die „Clubräume“ nicht zulassen werde, nahm der Vorstand kurz nach Ostern seine Arbeit wieder auf.¹²⁴ Doch Schirach gab nicht nach und eröffnete Anfang Mai trotz des ausdrücklichen Verbotes durch Tempel die Clubräume.¹²⁵ Mittlerweile betrieb er gezielt den Sturz Tempels, für den er nur Verachtung und Abneigung empfand.¹²⁶ Provokant verweigerte Schirach drei Wochen später die Annahme der Pflichtexemplare des NSDStB-Bundesorgans „Der Junge Revolutionär“ mit der Begründung, die HGM habe nach dem Wahlkampf im Mai 1928 kein Geld mehr.¹²⁷ Daraufhin enthub ihn Tempel am 7. Juni 1928 wegen „destruktiver Opposition“ und „wegen Bruchs der Bundesdisziplin“ des Amtes.¹²⁸ Schirach jedoch, wohl wissend um seinen innerparteilichen Rückhalt und Tempels geschwächte Stellung, wich nicht von seinem Posten. Tempel, der diese Zusammenhänge ahnte, war von der ausbleibenden Unterstützung durch Hitler enttäuscht und nach den vielen Anfeindungen, die ihm auch außerhalb Münchens in diesem Jahr entgegengeschlagen waren, erschöpft. Als er sich zusätzlich noch mit familiären und beruflichen Schwierigkeiten konfrontiert sah, er hatte zur selben Zeit sein juristisches Examen nicht bestanden, gab er sein Amt am 8. Juni 1928 endgültig auf.¹²⁹ Ihm schloß sich der gesamte NSDStB-Reichsvorstand an.¹³⁰ Der Machtkampf entschied sich damit zugunsten Schirachs, der noch im Juni vom USchLA rehabilitiert¹³¹ und

¹²² StA, Würzburg, RSF II/17: Tempel an Heß vom 1. 3. 1928. Ebenda, RSF II/10: Heß an Tempel vom 4. 3. 1928. Ebenda, RSF II/14: Tempel an Hitler vom 9. 3. 1928. Ebenda, RSF II/10: Unbekanntes Mitglied der NSDStB-RL, vermutlich Glaunig, an Georg Rettig, Darmstadt, vom 21. 6. 1928 mit der Bitte, das Schreiben wegen seines vertraulichen Charakters nach dem Lesen sofort zu vernichten. Hitler hatte Tempel zwar vage seiner Unterstützung und Anerkennung versichert, erklärte aber gleichzeitig, wenn Schirach die Sache selbst finanziere, dann habe er nichts dagegen: Ebenda.

¹²³ Kater, Studentenbund, S. 189.

¹²⁴ StA, Würzburg, RSF II/14: Tempel an Hitler vom 28. 3. 1928. StA, Würzburg, RSF II/17: Glaunig an Rettig vom 21. 6. 1928.

¹²⁵ StA, Würzburg, RSF II/14: Schirach an NSDStB-RL vom 20. 4. 1928 und Antwort NSDStB-RL an Schirach vom 27. 4. 1928. Ebenda, RSF II/10: Rschr Schirach/RL-NSDStB vom Juli 1928.

¹²⁶ StA, Würzburg, RSF II/47 b: Schirach an Hochschulgruppe Kiel/Thiele vom 21. 6. 1928. StA, Würzburg, RSF II/17: Glaunig an Rettig vom 21. 6. 1928.

¹²⁷ StA, Würzburg, RSF II/47 b: Mahnung Tempels an Schirach vom 22. 5. 1928.

¹²⁸ StA, Würzburg, RSF II/47 b: Tempel an Schirach vom 7. 6. 1928.

¹²⁹ Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 64 ff.

¹³⁰ StA, Würzburg, RSF II/17: Glaunig an Rettig vom 21. 6. 1928. StA, Würzburg, RSF II/14: Korrespondenz Kanzlei Hitler/Heß mit Tempel vom 6.–20. 6. 1928. Vgl. auch Faust, Studentenbund, Bd. 1, S. 65 f.

¹³¹ StA, Würzburg, RSF II/10: Kanzlei Hitler an die Hochschulgruppen des NSDStB vom 11. 7. 1928.

Anfang Juli zum neuen NSDStB-Reichsleiter gewählt wurde.¹³² Doch eine kontinuierliche Führung erhielt der Münchner Bund dadurch immer noch nicht. Schirachs Nachfolger Walther Schmitt bat, gerade ein halbes Jahr im Amt, aufgrund seiner laufenden Dissertation um die Entlassung.¹³³

Ursachen und Hintergründe der Konflikte

Neben der Tatsache, daß die NS-Ideologie grundsätzlich in größerem Umfang aggressive und problematische Persönlichkeiten anzog, den auch 1925 ungebrochen virulenten Frontlinien des Jahres 1924 und dem in politischen Organisationen naturgemäß vorhandenen Phänomen des Machtkampfes waren die Mängel des Führungsmodells für die Münchner Ortsgruppe eine wesentliche Ursache für die Vielzahl der geschilderten Konflikte. Die Tatsache, daß die Ortsgruppe nicht von einem unmittelbar zuständigen Leitungsgremium geführt, sondern nur am Rande von mehreren Mitgliedern der Reichsleitung, neben Bouhler, Schwarz und May auch Himmler, gleichzeitig mitbetreut wurde, sorgte immer wieder für Schwierigkeiten.

Die Sektionsführer waren stark auf Hitler fixiert, nachdem die Hauptaufmerksamkeit der Parteiführung bis 1923 der Ortsgruppe gegolten hatte¹³⁴ und man anschließend ein Jahr lang auf Hitlers Rückkehr und Einigungsversuch der zerstrittenen Bewegung wartete.¹³⁵ Als die Reichsleitung 1925 erneut die Leitung der Münchner Ortsgruppe antrat, erwartete die Parteibasis offenbar eine Rückkehr zu den Verhältnissen von 1923. Nachdem kein eigener Ortsgruppenführer aufgestellt wurde, galt Hitler, der ohnehin theoretisch als Vorsitzender der Parteileitung die Führung Münchens innehatte,¹³⁶ in den Augen der Sektionen als Ersatz. Doch weder der selten in der Stadt anwesende Hitler¹³⁷ noch die Reichsleitung hatten angesichts des parallel zur reichsweiten Ausbreitung der Partei wachsenden Arbeitspensums genügend Zeit, um die Sektionen ausreichend zu überwachen oder gar sämtliche Konflikte zu lösen. Der Ortsgruppe fehlte somit eine feste Bezugsperson, aber auch die zentrale Koordination bzw. eine „starke Hand“. In einer so stark auf Autorität und zentrale Führerfiguren ausgerichteten Partei mußte aus diesem Machtvakuum der Nährboden für Machtkämpfe jeder Art erwachsen. Nicht zufällig eskalierten gerade während Hitlers Abwesenheit im Sommer und

¹³² StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 15.

¹³³ StA, Würzburg, RSF II/14: Ernennung durch Schirach vom 10. 7. 1928. Ebenda, RSF II/10: Schmitt an Schirach, 4. 1. 1929.

¹³⁴ Maser, Frühgeschichte. Franz-Willing, Hitlerbewegung. StA, PDM 6698: Polizeiberichte über die Versammlungen der DAP/NSDAP 1919–1921. VB Jahrgänge 1921–1923. StA, „P-Berichte“ 1922–1924.

¹³⁵ Von den 24 von 1925 bis 1929 in München aktiven Sektionsführern waren 12 bereits in den Jahren bis zum „Hitlerputsch“ 1923 in die Partei eingetreten, fünf waren in der GVG als einfache Mitglieder aktiv, vier als Sektionsführer: Anhang 2.2., Sektionsführer-Statistik.

¹³⁶ HRS I, Dok. 4, S. 7–9: „Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP“ vom 26. 2. 1925. HRS I, Dok. 64, S. 147 ff.: „Satzungen der NSDAP“ vom 21. 8. 1925. HRS I, Dok. 146, S. 461 ff.: „Satzungen der NSDAP/NSDAV e.V.“ vom 22. 5. 1926.

¹³⁷ Hitlers Reisetätigkeit läßt sich anhand seiner Redeauftritte rekonstruieren: HRS I–V.

Herbst 1925 einige jener bereits beschriebenen Krisen, darunter die May-Fronde. Das Führungsdefizit produzierte noch ein weiteres Konfliktfeld. Solange Hitler mit der Einsetzung eines Ortsgruppenführers für München spekulierte (bis 1926),¹³⁸ sorgten die entsprechenden Profilierungsversuche der Sektionsführer und ihrer Vorstandsmitglieder immer wieder für Auseinandersetzungen. In dieser Lage bot auch Himmlers größeres Engagement bei der Propagandalenkung ab 1926 keine Lösung. Den in den Parteirichtlinien vom Februar 1925 wie auch in „Mein Kampf“ geforderten Grundsatz, die beste Organisation sei diejenige, die die Verbindung zwischen Leitung und Parteibasis „in kürzester Weise herstellt“,¹³⁹ ignorierte die Parteiführung fortwährend. Dasselbe galt für Hitlers Ankündigung in „Mein Kampf“, sich zunächst auf den vorbildhaften Ausbau der Münchner Basis zu konzentrieren.¹⁴⁰ Die Sektionsführer reagierten allergisch, als Hitler im Sommer 1925 immer wieder wochenlang von München fernblieb, um sich dem Aufbau der Partei im Reich zu widmen oder um an seinem zweiten Buch zu arbeiten, bzw. wenn er wegen Terminüberlastung nicht zu sprechen war. Entsprechende Vorwürfe im Mai 1925, Hitler sei von einer „chinesischen Mauer“ abgeschirmt und unerreichbar, richteten sich vorerst nur gegen Esser, Streicher und Dinter und spiegelten Animositäten gegen die frühere GVG-Führung wider.¹⁴¹ Einen ganz anderen Gehalt hatte die Reaktion des selbstbewußten Schwabinger Sektionsführers Woltereck, der sich im Sommer 1925 gemeinsam mit dem 2. Vorsitzenden Scherbauer wegen verschiedener Angelegenheiten monatelang vergeblich um eine Unterredung mit Hitler bemühte. Scherbauer weigerte sich, in der Schlange der allgemeinen Besucher anzustehen oder seine Wünsche zuerst dem Privatsekretär Hitlers, Rudolf Heß, mitzuteilen. Woltereck kritisierte, es sei unmöglich, „die Gedanken und Ideen eines Führers in die Masse zu tragen, wenn man mit dem Führer keine Fühlung hat“. Als beide Führer mit ihrer Forderung nach sofortigem und unmittelbarem Zugang zu Hitler keinen Erfolg hatten, trat der gesamte Schwabinger Sektionsvorstand zurück. Die Sektionen verstanden den direkten Zugang zu Hitler als ihr verbrieftes Privileg und betrachteten ihn als Ortsgruppenführer Münchens.¹⁴² Hitler reagierte sofort und initiierte binnen weniger Tage zwei versöhnliche Aussprachen, in denen er nicht nur für die „Treue“ während seiner Landsberger Haft und für den „mustergültigen“ Ausbau der Sektion dankte, sondern auch dem Schwabinger Führer zusicherte, er könne jederzeit ohne Mittelsmann zu ihm kommen. Dadurch erreichte er schließlich, daß die Schwabinger Führung wieder in ihre Ämter zurückkehrte.¹⁴³ Diese Zusage dürfte allerdings angesichts des Arbeitspensums des Parteiführers wenig

¹³⁸ HRS I, Dok. 159, S. 481: Hitler in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 24. 6. 1926.

¹³⁹ HRS I, Dok. 4, S. 7–9: „Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP“ vom 26. 2. 1925. Hitler, Kampf, S. 380.

¹⁴⁰ Hitler, Kampf, S. 382.

¹⁴¹ Vgl. die Schwabinger Sektionsversammlung am 14. 5. 1925: IfZ, „Protokollheft“, S. 18.

¹⁴² IfZ, „Protokollheft“, S. 57: Woltereck und Scherbauer in der Schwabinger Vorstandssitzung am 23. 9. 1925.

¹⁴³ StA, PDM 6733: PND 517: Woltereck vor seiner Sektion am 1. 10. 1925. IfZ, „Protokollheft“, S. 58 und 62.

Wert besessen haben. In der zweiten Hälfte des Jahres 1927 kümmerte sich Hitler trotz der monatelangen Erschütterungen innerhalb der Münchner SA erneut über einen längeren Zeitraum hinweg „auffallend wenig“ um die Ortsgruppe und provozierte damit wiederum bei vielen Mitgliedern und Sektionsführern starken Unwillen. Nachdem er jedoch nicht nur den Mitgliederversammlungen und den Zentralsprechabenden, sondern auch der Arbeit der Reichsleitung keine Zeit widmete, übertrug sich angesichts der reichsweit desolaten Lage der Partei die gereizte Stimmung auch auf die Parteispitze. Während des nun folgenden heftigen Streites trugen sich der RSM Schwarz und der ROL Heinemann sogar mit Rücktrittsgedanken.¹⁴⁴ Aber auch innerhalb der SA, deren Einsatz Hitler grundsätzlich mitbestimmen wollte, sorgte die Grundproblematik für Konflikte. Im Frühjahr 1928 etwa mußte ein geplanter SA-Werbeabend ausfallen, da Hitler sich die letzte Entscheidung vorbehalten hatte, jedoch nirgends zu erreichen war. Daraufhin platzte dem Münchner SA-Führer der Kragen. Zöberlein erklärte vor der versammelten Führung der Münchner Verbände, „er habe an Hitler einen scharfen Brief geschrieben, damit dieser Zustand beendet werde. Es solle für München ein Ortsgruppenführer aufgestellt werden, der jederzeit zu sprechen sei.“¹⁴⁵

In der geschilderten Auseinandersetzung zwischen Hitler und dem Schwabinger Sektionsführer spiegelte sich zugleich die Introvertiertheit, die die Sektionen mangels unmittelbar greifbarer gemeinsamer Nahziele, aber auch mangels einer gezielten einheitlichen Koordination entwickelten. Weitgehend sich selbst überlassen, konzentrierten sich die Sektionen auf ihre Binnenstrukturen und entwickelten ein starkes Selbstbewußtsein, das trefflich gedieh, solange Hitler auf eine stabile Hausmacht München angewiesen und seine Durchsetzungskraft erst im Wachsen begriffen war. Nur aus diesem Grund tolerierte Hitler immer wieder, entgegen seinem Selbstverständnis als autoritärer Parteiführer, vielfältigste Widerstände. Die Konflikte mit dem Schwabinger Sektionsführer Woltereck spiegeln dies deutlich. Woltereck, erfüllt vom Erfolg und der Bedeutung seiner Sektion wie auch von der sektionsinternen Verehrung als charismatischer Führer, glaubte an seinen besonderen Einfluß auf Hitler.¹⁴⁶ Entsprechend verlangte er Anerkennung durch die Parteioffentlichkeit: „[...] für diese Leute existiert nur Hitler, die Bewegung kennen sie nicht.“¹⁴⁷ Die bereits geschilderten Ereignisse um den Rücktritt des Sektionsvorstandes im September 1925 steigerte dieses Selbstbewußtsein zusätzlich, denn Hitler bemühte sich intensiv um Woltereck, lobte und ermunterte ihn und vermied jeden harten oder autoritären Ton, wie er ihn ab 1926 in den Auseinandersetzungen mit Münchner Parteiführern einschlagen sollte.¹⁴⁸ Die Position des Parteiführers war zu diesem Zeitpunkt fragil, seine Autorität innerhalb der Partei im Reich noch immer nicht fraglos anerkannt, die Hausmacht München

¹⁴⁴ StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 18.

¹⁴⁵ StA, PDM 6809: PND 612 (1. 5. 1928) über die Führerbesprechung der Münchner SA-Standarte I am 14. 4. 1928.

¹⁴⁶ Vgl. die gelegentlichen Äußerungen Wolterecks in den Mitgliederversammlungen der Sektion Schwabing: IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“.

¹⁴⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 41: Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 13. 8. 1925.

¹⁴⁸ Vgl. z. B. HRS I, Dok. 159, S. 482: Hitler vor der Sektion Schwabing am 24. 6. 1926.

durch die Sektionsführerfluktuation, die sektionsinternen Dauerkonflikte und die Auseinandersetzungen mit May, Esser und Weber erschüttert. Die Schwabinger Sektion war als aktivste und mitgliederstärkste Münchner Parteiorganisation die tragende Säule der Ortsgruppe¹⁴⁹ und zugleich eine bedeutende finanzielle Stütze der Reichsleitung.¹⁵⁰ Im Mai 1926 spielte Woltereck erneut mit seinem Rücktritt als Druckmittel, diesmal um sich die ausdrückliche öffentliche Anerkennung zu erretzen, die er in der vorangegangenen Generalmitgliederversammlung der NSDAP nicht erhalten hatte.¹⁵¹ Der Ausgang der Bamberger Führertagung zwei Monate zuvor hatte jedoch Hitlers innerparteiliche Autorität und sein persönliches Selbstbewußtsein entscheidend gestärkt.¹⁵² Mittlerweile hatte er die Partei in Bayern fest in der Hand und sich dort gegenüber der völkischen Konkurrenz weitgehend durchgesetzt.¹⁵³ München verlor allmählich seine existentielle Bedeutung als Hausmacht. Daher verlangte Hitler von Woltereck nun, ganz im Gegensatz zum Vorjahr, absolute und bedingungslose Unterwerfung.¹⁵⁴ Zwar bemühte sich Hitler auch diesmal intensiv in mehreren Besuchen bei der Sektion, stellte die Vorstandswahl beinahe zwei Monate lang zurück, um Woltereck die Rückkehr in sein Amt zu ermöglichen, doch auf die Wünsche des Sektionsführers ging er nicht ein. In der Folge konnte Woltereck nun auch nicht auf die geschlossene Unterstützung der Mitgliederbasis rechnen und blieb, trotz der Vermittlungsversuche Buttmanns, beim Rücktritt.¹⁵⁵ Am 22. Juli 1926 wurde der NS-Stadtrat Karl Fiehler, ein aktives und angesehenes Sektionsmitglied, zum neuen Vorsitzenden gewählt.¹⁵⁶

Es war für Hitler ein beachtlicher Erfolg, als er die ersten beiden Jahre nach der Wiedergründung überstanden hatte. Nachdem bereits das gesamte Jahr 1925 von Streit und Machtkämpfen in München geprägt war, hatte Hitler in der Stadt allein im Frühjahr 1926 fünf Konflikte gleichzeitig zu bewältigen und beendete Mitte Februar 1926 mit der Bamberger Konferenz die größte innerparteiliche Führungskrise seit der Wiedergründung.¹⁵⁷ Wie Tyrell vermutet, konnte sich die Partei vor allem dadurch über ihre im gesamten Reich vielfältigen Krisen während

¹⁴⁹ Kapitel III.5.

¹⁵⁰ Kapitel II.3.

¹⁵¹ HRS I, Dok. 159, S. 482: Hitler vor der Sektion Schwabing am 24. 6. 1926. Vgl. zum Konflikt ebenfalls die allerdings stark verkürzte Darstellung bei Motzet, NSDAP, S. 56 ff.

¹⁵² Horn, Marsch, S. 240 ff. Noakes, Conflict, S. 29–36.

¹⁵³ HStA, MA 101247: Bericht RKO Nr. 111 (25. 4. 1925). StA, Lagebericht 26 (20. 3. 1925), S. 10.

¹⁵⁴ HRS I, Dok. 159, S. 481 f.: Hitler vor der Sektion Schwabing am 24. 6. 1926.

¹⁵⁵ StA, PDM 6733: PND 541, 543 und 544: Mitgliederversammlungen am 10. 6. 1926, 24. 6. 1926 und 1. 7. 1926.

¹⁵⁶ StA, PDM 6733: PND 546: Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 22. 7. 1926; Fiehler siegte in der Wahl über seinen Gegenkandidaten, den Führer der Münchner SA, Hauptmann a. D. Dressler.

¹⁵⁷ Zur Bamberger Tagung 1926: Horn, Marsch, S. 240 ff. Noakes, Conflict, S. 29–36. Zu Jahresanfang 1926 gerieten Hitler und Rosenberg wegen eines VB-Artikels über den TBB aneinander: StA, Lagebericht 43 (25. 1. 1926), S. 10. Im Frühjahr 1926 standen zwei Sektionsführer vor dem USchLA und traten schließlich zurück: Walter und Eggers. Gleichzeitig eskalierte die Nürnberger Affäre um Esser. Anfang Mai 1926 kam es zur erneuten Auseinandersetzung mit Otto May.

der Jahre 1925 bis 1927 hinwegretten, weil Hitler als Integrationsfigur unangetastet blieb. Alle Konflikte spielten sich „unterhalb der Ebene des Führers“ ab und stärkten letztendlich Hitlers Autorität durch seine Schlichterrolle.¹⁵⁸ Das gilt auch für die Münchner Ortsgruppe, insbesondere die May-Affäre, bei der Hitler zwar direkt angegriffen wurde und dennoch seine Autorität durchsetzte und potentielle Gegner seines absoluten Führungsanspruches ausschaltete.¹⁵⁹ Für Hitler ließ sich diese Entwicklung durchaus als Gewinn verstehen, die Münchner Partei profitierte jedoch von seiner Konfliktlösungsstrategie keineswegs. Exzentrische Persönlichkeiten und notorische Quertreiber konnten ihre Ämter weiterführen oder wurden nur kurze Zeit nach ihrer Amtsenthebung erneut in den innersten Führungszirkel berufen. Durch dieses Verhalten, das seinem Führungsstil innerhalb der Gesamtpartei entsprach,¹⁶⁰ ermunterte Hitler zwangsläufig auch die Münchner Parteibasis zur Nachahmung. Streit und Konflikte schwelten oft monatelang vor sich hin und führten dazu, daß sich die Ortsgruppe bis 1928 abseits der für die politische Profilierung wichtigen Bereiche verzettelte und ihre Kräfte verließ. Alles zusammen beeinträchtigte die Arbeitsfähigkeit und zugleich die Attraktivität der Münchner Partei. Die Parteiorganisation bot nach außen hin ein Bild der Zerrissenheit und Unruhe. Auf die wichtige Aufgabe, neue Mitglieder zu werben und ihre Strukturen auszubauen, konnten sich die betroffenen Sektionen unter diesen Umständen nicht konzentrieren. Es stellt sich daher die Frage, welche Erfolge die Münchner NSDAP, insbesondere das nationalsozialistische Milieu, angesichts der beschriebenen Zustände hatte.

¹⁵⁸ Tyrell, *Führer befehl*, S. 148.

¹⁵⁹ Motzet, *NSDAP*, S. 66.

¹⁶⁰ Tyrell zufolge nahm Hitler Schwächen und Fehler der Parteiführer innerhalb bestimmter Grenzen in Kauf, solange sich diese ihm absolut unterordneten und für den Erfolg der Partei nützlich waren: Ders., *Führer befehl*, S. 146.

5. Mißerfolg und Erfolg der Partei 1925–1928

Partizipation der Basis: Besucherzahlen und Bereitschaft zu finanziellem Engagement

Der Besuch der Sektionsversammlungen blieb von 1925 bis 1928 einem negativen Trend unterworfen. Nach anfänglich „flauem Besuch“ unmittelbar nach der Wiedergründung verzeichneten die meisten Sektionen zunächst regelmäßig gefüllte Säle,¹ und die Polizeiquellen bewerteten die Münchner NSDAP als die einzige relativ erfolgreiche der bayerischen NS-Organisationen. Der Besuchermangel, der die übrige NSDAP im Reich schon seit Jahresbeginn belastete,² betraf München erst im Oktober 1925, hielt nun jedoch mit geringfügigen Schwankungen bis 1928 an und ließ die Münchner Sektionsversammlungen auf ein kleines Grüppchen Engagierter zusammenschmelzen. Nur wenige Sektionen konnten noch eine Weile, wie etwa Schwabing bis zur ersten Hälfte 1926, gefüllte Säle vorweisen. Selbst der Reichstagswahlkampf 1928 motivierte die NSDAP-Anhänger nicht zur Teilnahme an den Sektionsversammlungen.³ Die Sprechabende stießen von 1925 bis 1928 nur bei schätzungsweise etwa einem Drittel bis einem Viertel der jeweiligen Sektionsmitglieder auf Interesse, sieht man von einigen wenigen Sektionen ab, wie etwa Schwabing und Innere Stadt. In manchen Sektionen waren es auch weniger.⁴ Im Fall der Sektion Schwabing liefert die konsequente Polizeiüberwachung präzise Daten für den Besucherrückgang: Nachdem bis Mitte 1926 etwa ein Drittel der Mitglieder zu den Versammlungen erschienen war, sank die Zahl auf ein Viertel, zu Jahresbeginn 1927 auf ein Fünftel, im Sommer auf ca. 15 Prozent und pendelte sich ab Jahresende 1927 etwa bei einem Fünftel ein. In anderen Sektionen hatten sich die Besucherzahlen im selben Zeitraum halbiert. Die mehrfachen Appelle des Schwabinger Sektionsführers Fiehler an seine Mitglieder, gemeinsam um die Besucherzahlen der Jahre 1925/1926 zu kämpfen, verhallten vergeblich.⁵ In einer Schwabinger Sektionsversammlung im Januar 1928 waren nur noch 34 Mitglieder,⁶ ein Viertel der früheren Besucherzahlen, erschienen. Bereits im Oktober 1925 resignierte Hermann Esser vor der Sektion Neuhausen, mittlerweile sei

¹ StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925. Vgl. auch, IfZ, „Protokollheft“, S. 1 ff.

² Pridham, *Hitler's Rise*, S. 43.

³ Im Folgenden: StA, StA, Lageberichte 47 (28. 4. 1926) – 68 (13. 7. 1928). StA, NSDAP 496: Korrespondenz Reichsleitung mit den Münchner Sektionen 1925–1928. IfZ, „Protokollheft“ und „Protokollbuch“. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Mitgliederversammlungen der Münchner Sektionen 1925–1929. Im Herbst und Winter 1928 überwachte die Polizei nur noch im Fall der Sektion Schwabing beinahe jede Versammlung. Die überlieferten Daten zeigen jedoch, daß die Teilnehmerzahlen auch bei den anderen Sektionen auf demselben niedrigen Niveau blieben wie in den Vormonaten: Ebenda.

⁴ Leider läßt sich diese Entwicklung nur begrenzt bewerten, da Vergleichszahlen von anderen politischen Gruppierungen in München fehlen.

⁵ StA, PDM 6733: PDN 601 (o. D.): GMV der Sektion Schwabing am 19. 1. 1928. Ebenda: PND 618 (23. 7. 1928): Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 6. 6. 1928.

⁶ StA, PDM 6733: PDN 599 (o. D.): Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 5. 1. 1928.

Nürnberg die bayerische NSDAP-Hochburg, „in München sei nicht mehr viel zu machen“. Der Münchner Polizei erschien die „erhebliche Müdigkeit“ unter den Parteianhängern 1925 begrifflich angesichts des wenig sensationsträchtigen Parteialltags.⁷ An ihrer Feststellung vom Dezember des Jahres, der Partei sei in der Stadt weiterhin kein Fortschritt beschieden und die Parteileitung verlege in der letzten Zeit den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit außerhalb Münchens,⁸ konnte die Polizeidirektion auch in den folgenden Jahren festhalten. Daran änderten selbst die seltenen Besuche Hitlers nichts, der, auch wenn er keine Vorträge hielt, stets größere Besucherzahlen anzog.⁹ In dieser Situation stieß der Vorschlag des Neuhauser Sektionsführers Ostberg Mitte September 1927, baldmöglichst seine Sektion mit der Sektion Gern-Nymphenburg zusammenzuschließen, um wenigstens in dieser großen Sektion wieder höhere Besucherzahlen zu gewinnen¹⁰, in der Reichsleitung auf Zustimmung. Im Spätherbst 1927 fusionierten fünf Münchner Sektionen wegen schwindender Versammlungsbesucher- und Mitgliederzahlen.¹¹ Von Mißerfolg blieben jedoch auch die Mitgliederversammlungen der NS-Unterorganisationen in München, so etwa der NSDStB, nicht verschont, der außerhalb der AStA-Wahlen meist nur ein kleines Publikum fand.¹²

Bis zum Herbst 1927 zeigten die Großveranstaltungen der NSDAP in München eine ähnliche Tendenz wie die Sektionsversammlungen.¹³ Diese Veranstaltungen wurden im Gegensatz zu den Mitgliederversammlungen von der Reichsleitung durchgeführt und standen stadtteilübergreifend allen Sektionen und Anhängern offen. 1925 und 1926 lag die Zahl der gut besuchten Versammlungen deutlich unter der Summe derjenigen mit niedriger oder mittelmäßiger Besucherzahl.¹⁴ 1927 wurde zwar die Zahl der Massenversammlungen vervielfacht, dennoch waren 60 Prozent davon schlecht, 20 Prozent mittelmäßig und nur 15 Prozent gut besucht.¹⁵ Erst im November gelang der Partei die Trendwende: Die gut besuchten Großveranstaltungen überwogen, und die Ortsgruppe hatte in keinem Fall mehr geringen Besuch hinzunehmen. Dieser Trend setzte sich im folgenden Jahr fort. Von der erneut nahezu verdoppelten Zahl der Großveranstaltungen waren 1928 knapp 60 Prozent sehr gut bis gut besucht. Allein im Wahlkampfmonat Mai verzeichnete die Partei 16 erfolgreiche Versammlungen. Im gesamten Jahr offenbarten nur zwölf Versammlungen mittelmäßigen Besuch (20 Prozent), nur sechs schlechten (zehn Prozent). Polizeibeobachter erklärten den Erfolg während des Wahlkampfes vor allem mit der Zugkraft Hitlers und der Vielzahl

⁷ StA, Lagebericht 39 (23. 10. 1925), S. 10. Vgl. auch Pridham, *Hitler's Rise*, S. 62.

⁸ StA, Lagebericht 41 (18. 12. 1925), S. 15.

⁹ StA, PDM 6733 und 6734: Polizeiberichte über die öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen der Münchner NSDAP 1925.

¹⁰ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Neuhausen an ROL vom 12. 9. 1927.

¹¹ HRS II/2, Dok. 176, S. 511 f.: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927.

¹² StA, PDM 6737 und 6740: Polizeiberichte über die HGM-Versammlungen 1926–1928. HRS II/2, Dok. 195, S. 550.

¹³ Zu den Quellen für die Großveranstaltungen der Münchner NSDAP 1925–1929: Kapitel III.3., Anm. 39.

¹⁴ Allerdings ließ sich für 9 von insgesamt 19 Veranstaltungen 1925 kein Indiz für die Besucherzahl finden.

¹⁵ StA, Lagebericht 61 (24. 11. 1927), S. 19f.

von gezielt aus dem Reichsgebiet herbeigehten, gewandten Parteirednern.¹⁶ Von wenigen „Flauten“ während des Spätsommers abgesehen,¹⁷ waren 1928 die Besucherzahlen der Großversammlungen wesentlich gestiegen, im Gegensatz zum Vorjahr und entgegen dem Trend bei den Mitgliederversammlungen. Allerdings entpuppte sich der ab Frühjahr 1927 eingeführte sektionsübergreifende „Zentralsprechabend“ als folgenschwerer Mißerfolg, da er, von wenigen Ausnahmen abgesehen, selbst im zweiten Anlauf ab Oktober 1928 nie größeres Besucherinteresse fand, jedoch, wie geschildert, langfristig den Zusammenbruch des Parteimilieus und der Sektionsfinanzen auslöste.¹⁸

Die Bereitschaft der NSDAP-Mitglieder, ihre Beiträge zu zahlen, läßt sich mit Einschränkungen auch als Gradmesser für die Zustimmung zur Partei und die Partizipation am Parteileben verwenden. Einschränkend wirkt besonders das fehlende Wissen um die jeweiligen Motive der Beitragsschuldner. Angesichts der vergleichsweise hohen NSDAP-Beiträge¹⁹ waren die Beweggründe zweifellos häufig ökonomischer Natur. Nicht nur die NSDAP, sondern alle großen politischen Organisationen in München, vermutlich auch in Bayern und im Reich, hatten in den Jahren bis 1928 mit der Säumigkeit ihrer Beitragszahler zu kämpfen.²⁰ Aufgrund ihrer wenig begüterten Mitgliedschaft war die SPD davon, nach Aussagen ihrer Münchner Geschäftsleitung, besonders „verheerend“ betroffen. In den Geschäftsjahren 1926 und 1928 zahlten 11 000–13 000 Mitglieder durchschnittlich pro Woche nur etwa 40 volle Mitgliedsbeiträge.²¹

Die vor allem an indirekten Hinweisen zu beobachtende Zahlungsmoral der Münchner Ortsgruppe in den Jahren bis 1928 offenbart, trotz ihrer auf den ersten Blick im Sinne der Partei sehr negativen Entwicklung, eine wesentlich günstigere Gesamttendenz als im Falle der SPD. Am Beispiel der Sektion Schwabing läßt sich dies gut beobachten. Deren Kassenbuch dokumentiert zwar nur die an die Reichsleitung überwiesenen Beitragsgelder von 1925 bis zum Herbst 1929,²² während ein nicht mehr zu verifizierender Teil der Sektionsmitglieder seine Beiträge entweder direkt bei der Hauptkasse der Reichsleitung (Sitz in der Schellingstraße in Schwabing!) oder auf die Girokonten der Partei einzahlte.²³ Die Zahlungsmoral der Schwabinger Mitglieder kann dennoch nicht besonders hoch gewesen sein, denn von den 500 bis 600 Mitgliedern der Sektion waren 1925 laut Hauptkassenbuch im Durchschnitt monatlich nur 120 RM an Beiträgen an die Parteileitung überwiesen worden. Bis Mitte 1929 sank diese Durchschnittssumme schließlich auf 22 RM.

¹⁶ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 17.

¹⁷ Kapitel III.3., Anm. 39. Vgl. auch StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 17.

¹⁸ StA, Lageberichte 56 (6. 5. 1927) – 72 (17. 12. 1928). Zu den Zentralsprechabenden: Kapitel III.3.

¹⁹ Anhang 3., Mitgliederbeiträge.

²⁰ StA, Lageberichte 1925–1929, Rubrik „Rechtsbewegung“.

²¹ StA, PDM 6881: PND 563 (1. 3. 1927) über die Ausschußsitzung der Münchner SPD am 14. 2. 1927. StA, Lagebericht 73 (31. 1. 1929), S. 12: GMV der Münchner SPD Ende November 1928.

²² Im Folgenden: HKB Sektion Schwabing. Zu den Schwabinger Beiträgen 1927: Orlow, Nazi Party, S. 108 f.

²³ Vgl. z. B. IFZ, MA 738: „Richtlinien für die Sektionen der Ortsgruppe München der NSDAP“ vom 16. 3. 1925.

Umgerechnet auf den jeweiligen Mindestbeitrag²⁴ und verglichen mit dem Mitgliederstand der Sektion²⁵ zahlten 1925 die Hälfte der Mitglieder, 1927 bereits nur mehr elf Prozent und 1929 schließlich weniger als zehn Prozent regelmäßig ihre Beiträge an die Sektionskasse. Wenn man die ermäßigten Beiträge sowie die Beiträge, die das Mindestmaß überschritten, mitberücksichtigt – beide lassen sich aus diesem Kassenbuch nicht individuell nachweisen –, kann sich die Tendenz in gewissem Maße verschieben. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, daß 50 bis 90 Prozent der Mitgliedsbeiträge direkt bei der Hauptkasse der Reichsleitung oder über die Konten eingezahlt worden waren. Eine ähnliche Tendenz zeigt die Beitrags-Jahresabrechnung der Sektion Neuhausen für 1926 mit 30–50 Prozent regelmäßigen Beitragszahlern.²⁶ Ein weiteres Indiz für die nachlassende Zahlungsmoral ist der Vergleich zwischen dem tatsächlichen und dem theoretischen Beitragsvolumen der Münchner Ortsgruppe. Geht man hypothetisch davon aus, daß kein Mitglied die Ermäßigung für Erwerbslose in Anspruch nahm und die gesamte Parteiliste pünktlich und vollständig bezahlte, so betrug das theoretische Beitragsvolumen 1926 über 14 000 RM und 1927 über 17 000 RM.²⁷ Dazu kamen 1926 noch hohe Nachzahlungen ausstehender Mitgliedsbeiträge von 1925²⁸ sowie grundsätzlich die freiwillig höheren Beiträge. Tatsächlich lieferten die Münchner Mitglieder 1926 rund 13 000 RM und 1927 nur noch geschätzte 12 000 RM.²⁹

Die sinkende Beitragszahlungsmoral zog ab Jahresende 1926 vermehrt Parteiausschlüsse nach sich. Bis Oktober 1926 beantragte der NSDAP-Reichsschatzmeister gegen rund 150 Münchner Mitglieder, die mit ihren Beiträgen fünf bis neun Monate im Rückstand waren, den Ausschluß. Bis auf 65 Mitglieder bezahlten die meisten bis Februar des kommenden Jahres ihre Rückstände. Im April waren noch 22 säumig, von denen schließlich im Juni 1927 21 aus der Partei aus-

²⁴ Vgl. Anhang 3., Mitgliedsbeiträge.

²⁵ IfZ, MA 738: hs. Mitgliederstatistik der Sektion Schwabing für den Zeitraum Mai 1925 bis September 1929.

²⁶ StA, NSDAP 496: Jahresabrechnung der Mitgliedsbeiträge der Sektion Neuhausen vom 29. 12. 1926; die hier insgesamt gezahlten 446 Beiträge (390-mal 50 Pf und 56-mal eine Reichsmark) ergaben theoretisch pro Monat durchschnittlich 37 volle Mitgliedsbeiträge. Eine gewisse Zahl von Erwerbslosen blieb bis August 1926 beitragsfrei und zahlte auch danach nur reduzierte Beiträge, die sie gegen Nachweis ihrer Erwerbslosigkeit bei der Reichsleitung direkt vorzulegen hatten. Dazu kommt die unbekannte Zahl der Neuhauser, die ihre Beiträge direkt einzahlten. Dennoch bleibt eine größere Differenz zwischen den zahlenden Mitgliedern und dem tatsächlichen Mitgliederstand von 120 Anfang 1926 und 63 Anfang 1927. Zur Mitgliederstärke: StA, PDM 6733: PND 526 (2. 2. 1926) und PND 560 (28. 1. 1927) über die GMV der Sektion Neuhausen am 5. 1. 1926 und 19. 1. 1927.

²⁷ Diesen Schätzungen ist eine hypothetische SA-Mitgliederzahl von 200 für 1926 bzw. 300 für 1927 zugrunde gelegt, die jeweils ermäßigte Beiträge bezahlten. Die genannten Zahlen kommen zustande, indem man die monatlichen Mitgliederzahlen (Anheier und Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 180, Schaubild 1) mit den Parteibeiträgen (Anhang 3., Mitgliederbeiträge) multipliziert. Zur Stärke der SA: Kapitel III.5., S. 221 f.

²⁸ StA, Lagebericht 49 (22. 6. 1926), S. 16: Kassenbericht RSM für 1925; lt. Schwarz standen noch Tausende von Mark aus.

²⁹ StA, Lagebericht 59 (31. 8. 1927), S. 20: Kassenbericht des RSM für 1926 auf der GMV der NSDAP in München am 30. 7. 1927. Zum Volumen für 1927: Kapitel II.3., Anm. 103.

geschlossen wurden.³⁰ Die Sektionen hatten sich intensiv um ihre schwarzen Schafe bemüht, um nicht noch mehr Mitglieder zu verlieren.³¹ Der Führer der Sektion Süd, Bauer, wehrte sich in einem mehrseitigen Schreiben gegen das Vorgehen der Parteileitung: „Denn welchen Sinn hat die ganze Arbeit, wenn mit Mühe und Not in einem Monat drei oder vier neue Mitglieder gewonnen, von der Reichsleitung aber sechs alte ausgeschlossen werden?“³² Die Motive der Betroffenen waren unterschiedlich. In 31 der weit über 100 Fälle hatten die Schuldner, die im September 1926 gemahnt worden waren, Arbeitslosigkeit als Grund angegeben, ohne jedoch einen Nachweis zu erbringen. Die meisten der im Frühjahr 1927 Gemahnten gaben als Gründe für die Rückstände Krankheit, Arbeitslosigkeit und Desinteresse an der Partei an oder waren ohne Angabe von Gründen schlicht zahlungsunwillig.³³ Obwohl sich dieses Phänomen der rückläufigen Zahlungsmoral bis 1929 fortsetzte, wie das Beispiel der Sektion Schwabing zeigt, verzichtete die Parteileitung künftig auf ähnliche summarische Parteiausschlußverfahren. Vermutlich wollte man die ohnehin von der Parteikrise 1927 bedrohten Sektionen nicht noch weiter belasten. Das geschilderte Phänomen paßt zum signifikanten Rückgang der Spendenbereitschaft zwischen 1926 und 1928, wie er sich innerhalb der Sektion Schwabing, der an sich mitgliederstärksten Münchner NSDAP-Organisation, offenbarte.³⁴ Die Bereitschaft, die NSDAP auch finanziell zu unterstützen, reduzierte sich in München von Herbst 1926 bis 1928 erheblich.

Mit dieser Entwicklung stand die Münchner Ortsgruppe nicht allein. In seinem Bericht auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München am 22. Mai 1926 dokumentierte der Reichsschatzmeister der NSDAP die eingeschränkte Zahlungsmoral der Parteimitglieder im gesamten Reich: Aus dem Geschäftsjahr 1925 (Februar 1925 bis April 1926) standen rund 18000 RM an Mitgliedsbeiträgen aus, davon sah Schwarz rund 15000 RM als „uneinbringlich“ an.³⁵ Für 1926 bezifferte Schwarz diese Summe auf 34000 RM, ein Drittel des gesamten Beitragsvolumens.³⁶ 1927 standen zwar angeblich nur 6000 RM an

³⁰ Die Sektionen Schwabing (26 Fälle), Gern (13 Fälle) und Neuhausen (zwölf Fälle) hatten im September 1926 die meisten Beitragssäumigen vorzuweisen. Dagegen fielen bei den Sektionen Haidhausen, Au-Giesing keine, bei den Sektionen Innere Stadt, Sendling und Thalkirchen zwei bis vier Säumige an: BA, Berlin, NS 36 2: RSM an USchlA vom 27. 9. 1926. Ebenda: Vermerk vom 6. 5. 27 über den Ausschluß der Parteimitglieder durch den USchlA, gez. Heinemann, Ostberg und Hitler. Ebenda: RSM an USchlA vom 12. 2. 1927 und 6. 4. 1927. Ebenda: Beschluß USchlA vom 23. 7. 1927 über den Ausschluß von 21 Parteimitgliedern. StA, PDM 6733: PND 554 (8. 11. 1926): Fiehler in der Schwabinger Sektionsversammlung am 21. 10. 1926.

³¹ BA, Berlin, NS 36 2: USchlA an Sektion Gern-Nymphenburg vom 17. 12. 1926. Ebenda: Sektion Süd an USchlA vom 19. 12. 1926. Vgl. generell ebenda: Vermerke des USchlA über nachgezahlte Mitgliedsbeiträge.

³² StA, NSDAP 496: Bauer an RL vom 28. 11. 1926.

³³ BA, Berlin, NS 36, 2: RSM an USchlA vom 27. 9. 1926. Ebenda: Korrespondenz der Sektionsführer der vom Ausschluß bedrohten Parteimitglieder mit dem USchlA vom März bis Mai 1927.

³⁴ Kapitel VI.1., S. 469.

³⁵ StA, Lagebericht 49 (22. 6. 1926), S. 16.

³⁶ StA, Lagebericht 59 (31. 8. 1927), S. 20: RSM-Kassenbericht für 1926 auf der NSDAP-GMV in München am 30. 7. 1927.

Beiträgen aus.³⁷ Gleichzeitig wurden in diesem Jahr jedoch sechs Ortsgruppen wegen der schleppenden Beitragszahlungen aufgelöst, sechs weiteren drohte die Parteiführung mit derselben Maßnahme.³⁸ Und noch 1928 hatten von den angeblich 150 000 Mitgliedern nur 60 Prozent ihre Beiträge gezahlt.³⁹

Die Mitgliederfluktuation

Die Ortsgruppe allgemein

Das von der Parteiverwaltung der NSDAP geführte Mitgliederverzeichnis der Münchner Ortsgruppe der Jahre 1925 bis 1929 ermöglicht einen umfassenden Überblick über die Entwicklung und soziale Zusammensetzung der Münchner Mitgliedschaft. Hierüber liefert ein deutsch-amerikanisches Projekt, das dieses Verzeichnis derzeit bearbeitet, erste Ergebnisse:⁴⁰ Die Mitgliederfluktuation war abhängig von einmaligen bzw. wiederholten Ein- und Austritten sowie von Todesfällen. Von 550 Mitgliedern im Februar 1925 entwickelte sich die Münchner Ortsgruppe innerhalb von fünf Jahren bis 1929 auf einen Stand von knapp unter 3500 Mitgliedern. Von August 1926 bis März 1928 stagnierte die Mitgliederzahl, entgegen allen vollmundigen Gegenbehauptungen Hitlers,⁴¹ mit geringen Schwankungen (100 Mitglieder) und überschritt erst im April 1928 die 2500er Marke. Vom Stand von etwa 2700 am Jahresende 1928 nahm die Mitgliederzahl im April 1929 die 3000er Marke, am Ende dieses Jahres lag die Partei in München knapp unter 3500 Mitgliedern. Ab April 1928 wuchs die Partei durchschnittlich um 1,73 Prozent pro Monat bzw. um 40 Prozent bis Ende 1929. Abgesehen davon zeigt die Gesamtentwicklung in diesen fünf Jahren keine Sprünge oder abrupte Veränderungen.⁴²

Ein erstaunliches Phänomen stellt die Mobilität der Mitgliedschaft dar, die selbst diejenige der durchschnittlichen Stadtbevölkerung übertraf.⁴³ Unter den

³⁷ StA, PDM 6735: PND 626 (o. D.): RSM-Kassenbericht für 1927 auf der NSDAP-GMV in München am 31. 8. 1928.

³⁸ StA, Lagebericht 59 (31. 8. 1927), S. 20: RSM-Kassenbericht über das erste Halbjahr 1927 auf der NSDAP-GMV in München am 30. 7. 1927. Vgl. z. B. HRS II/2, Dok. 172, S. 500: Anordnung Hitlers vom 29. 8. 1927 gegen die Ortsgruppe Oranienbaum (NSDAP-Gau Anhalt). Oder auch HRS II/2, Dok. 179, S. 513: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927 gegen die Ortsgruppen Cadolzburg und Burgbernheim (Gau Mittelfranken).

³⁹ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 8: RSM-Bericht auf dem Reichsparteitag 1.–4. 8. 1929 in Nürnberg.

⁴⁰ Im Folgenden: Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 179–186.

⁴¹ Vgl. z. B. StA, PDM 6733: PND 536: Hitler vor der Sektion Neuhausen am 13. 4. 1926. Hermann Esser kennzeichnet die Situation vor derselben Sektion am 13. 10. 1925 wesentlich ungeschminkter: München habe in Folge des Redeverbotes keinen „allzu großen“ Mitgliederzuwachs zu verzeichnen: StA, PDM 6733: PND 518.

⁴² Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 180, Schaubild 1. Die Autoren bezeichnen die Monate bis Dezember 1926 noch als Wachstumsphase. Das Schaubild widerspricht dieser Deutung jedoch.

⁴³ 1930 zogen etwa elf Prozent der Bevölkerung nach München oder von der Stadt weg, 1931 bis 1933 waren es jedes Jahr über neun Prozent. Gleichzeitig wechselten 1930 bis 1933 pro Jahr über 19 Prozent innerhalb der Stadt die Wohnung: Statistisches Handbuch 1938, S. 55. Vgl. dazu auch Bleeks Untersuchung zum Münchner Stadtviertel Westend: Bleek

4832 Parteibeitritten und 1346 Austritten befanden sich 1830 Umzüge innerhalb des Stadtgebietes sowie in die außerstädtische Umgebung, d.h. 38 Prozent der Münchner Parteimitglieder wechselten 1925 bis 1930 ihren Wohnort.⁴⁴ Selbst wenn davon ausgegangen werden muß, daß hier auch mehrmalige Umzüge ein und derselben Person erfaßt sind, ist die Mobilität erstaunlich. Bei manchen Sektionsführern oder Ortsgruppenführern ließen sich für den Zeitraum von 1919 bis 1933 bis zu fünf verschiedene Adressen ermitteln.⁴⁵

Den Autoren des deutsch-amerikanischen Projektes, Anheier und Neidhardt, zufolge verteilten sich die Parteimitglieder relativ gleichmäßig über das Stadtgebiet und entwickelte sich auch der Mitgliederzuwachs ab 1929 gleichmäßig. Das lasse darauf schließen, daß sich die Münchner NSDAP „relativ unabhängig“ von der schichtmäßigen Zusammensetzung der Stadtbezirke ausbreitete.⁴⁶ Diese These kann nicht grundsätzlich übernommen werden. Zwar waren sichtbare Unterschiede im Erfolg der Partei in den Stadtbezirken nicht extrem ausgeprägt, aber sie existierten dennoch; es lassen sich durchaus Gebiete herausarbeiten, in denen die NSDAP deutlich mehr bzw. weniger Erfolg hatte. Die Mitgliederzahl der Münchner NSDAP belief sich 1925 bis 1929 auf durchschnittlich 0,75 Prozent der Stadtbevölkerung.⁴⁷ Ihre höchsten Ergebnisse erreichte die Ortsgruppe in den Stadtbezirken 5 (Ludwigstraße), 6 (Königsplatz) und 7 (Nördlicher Friedhof), 9 (Theresienwiese), 26 (Schwabing West) sowie 27 (Schwabing Nord und Milbertshofen). In diesen sechs von 29 Bezirken blieb sie stets über 0,9 Prozent der Wohnbevölkerung der Bezirke. Die niedrigsten Ergebnisse hingegen erzielte die Partei in folgenden sechs Bezirken: 14 und 15 (Haidhausen-Nord und -Süd), 17 (Obere Au, Ramersdorf), 18 (Giesing und Harlaching), 20 (Westend) und 21 (Neuhausen). Hier kam sie nicht über 0,6 Prozent. In Mitgliederzahlen ausgedrückt heißt dies: Im Bezirk 5 verzeichnete die Partei 1925 bis 1929 genau 300 Beitritte; in den Bezirken 14 und 15 dagegen nur 137 bzw. 148. Alle drei Bezirke hatten je 25 000 Einwohner. Der etwa 28 000 Einwohner starke Bezirk 7 erreichte 297 Beitritte, der um 1000 Einwohner stärkere Bezirk 19 (Sendling) dagegen 196.

zufolge stieg die ursprünglich niedrige Mobilität in München wie auch im Westend gegen Ende der zwanziger Jahre an. Zugleich läßt sich am Fall des Westend die starke Bindung der Einwohnerschaft an ihr Viertel dokumentieren. Diese basierte wiederum auf sozialen und kommunikativen Bindungen eines sozialmoralischen Milieus, das aus der Kaiserzeit bis über die dreißiger Jahre hinaus reichte: Ders., Stadtviertel, S. 220–234.

⁴⁴ Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, S. 180.

⁴⁵ Vgl. Anhang 2.1., Anm. 1 (Quellen der Personenrecherchen). Vgl. auch die vielfachen Adressenerneuerungen auf den NSDAP-Mitgliedskarten von Münchner NSDAP-Mitgliedern: BA, Berlin (ehem. BDC), Personen-Akten (hier: die Mitgliedskarteikarten).

⁴⁶ Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, S. 182. Anheier und Neidhardt sprechen von „Ortsgruppen“ und setzen diese mit den Bezirken gleich: Ebenda, u.a. S. 182. Tatsächlich gab es zu diesem Zeitpunkt nur Sektionen, die jeweils mehrere Bezirke umfaßten: Vgl. Kapitel III.2.

⁴⁷ Im Folgenden: Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, S. 181, Tabelle 1 (Bevölkerung und NSDAP-Mitglieder nach Stadtbezirken, 1925–1930); vgl. hier die Spalte „Mitgliedsfälle in Prozent der Bevölkerung“. In dieser Spalte korrigieren positive Entwicklung in den Bezirken innerhalb eines Jahres den Gesamtwert nach oben, auch wenn in den übrigen Jahren eher eine negative Entwicklung stattfand.

Der Bezirk Westend mit 24 000 Münchnern hatte 98 Beitritte, der 23 000 Einwohner starke Bezirk Königsplatz dagegen 292. Bis 1929 blieb die Situation in etwa gleich. Zu den Bezirken mit signifikant niedrigen Ergebnissen kamen 1926 Laim, Haidhausen-Ost/Bogenhausen und Gärtnerplatz sowie 1928 Schwabing-Nord/Milbertshofen hinzu. Die Bezirke mit hohen Ergebnissen erweiterten sich ab 1927 um das Angerviertel und Moosach sowie ab 1928 Max-Joseph-Platz. Die meisten Beitritte konnte innerhalb der Ortsgruppe die Sektion Schwabing aufweisen, die bis 1929 beinahe 33 Prozent aller Münchner NS-Mitglieder gewann.⁴⁸ Diese Stellung bestätigen auch die Polizeinformationen.⁴⁹ Darauf folgen die Sektionen Innere Stadt mit beinahe 14 Prozent, Haidhausen und Nymphenburg-Gern mit gut über 8 Prozent und Süd mit 7,8 sowie Westend mit 7,4 Prozent. Zur Gruppe der mitgliederschwächeren Sektionen gehören Neuhausen mit 5,5, Laim mit 4,5, Sendling mit 4,0 und Thalkirchen mit 1,6 Prozent. Vergleicht man die Sektionen nach ihrem Erfolg bei der Mitgliedergewinnung, d.h. welchen prozentualen Anteil an der Bevölkerung in ihrem Sektionsgebiet sie gewinnen konnten, ergibt sich eine geringfügig veränderte Reihenfolge. An erster Stelle steht die Sektion Schwabing, die einen Anteil von durchschnittlich 1,05 Prozent der Bevölkerung ihrer 6 Bezirke zählte, gefolgt von den Sektionen Innere Stadt mit 0,83, Laim und Nymphenburg-Gern mit je 0,78 und Westend mit 0,70 Prozent. Zu den weniger erfolgreichen Sektionen gehörten Sendling mit 0,66, Süd mit 0,63, Haidhausen mit 0,59, Neuhausen mit 0,56 und Thalkirchen mit 0,51 Prozent. Die Sektion Au-Giesing kann in die beiden genannten Skalen nicht eingeordnet werden, da die Daten für einen ihrer drei Bezirke fehlen. Sie dürfte jedoch, nimmt man die Daten ihrer beiden anderen Bezirke als Basis, hinsichtlich der Mitgliederstärke zum Mittelfeld gehören. Nur sehr schwach läßt sich der Anschluß der Sektionen Thalkirchen und Sendling an die Sektion Süd sowie Neuhausens an Nymphenburg-Gern 1927⁵⁰ anhand der Mitgliederstatistik beobachten. Bei den Bezirken Thalkirchen, Neuhausen, Schlachthausviertel und Wittelsbacherstraße, die zur Sektion Süd gehörten, ging die Zahl der Beitritte 1927 plötzlich zurück und blieb mehr oder minder annähernd bis 1929 auf diesem Niveau. Allerdings dürfte sich hier auch die allgemeine Mitgliederstagnation 1927 niedergeschlagen haben und weniger die Tatsache, daß sich das Versammlungswesen und damit die Mitgliederwerbung jetzt verstärkt bei den bestehengebliebenen Sektionen abspielte.

Das Mitgliederverzeichnis ermöglicht ebenfalls Aussagen zur geschlechtsspezifischen Zusammensetzung und zur Sozialstrukturierung der Münchner Partebasis.⁵¹ Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft betrug 1925 zwischen 44 und 32 Prozent, sank in den folgenden Jahren auf 25 Prozent und pendelte sich von 1927 bis Anfang 1930 bei rund 16 Prozent ein. Die Münchner Ortsgruppe zeigte eine

⁴⁸ Im Folgenden wurden die Daten der Anheier/Neidhardt-Tabelle 1 (Kapitel III.5., Anm. 47) für die Bezirke, die die verschiedenen Sektionsgebiete umfaßten, addiert. Zu den Sektionsgebieten: Kapitel III.2.

⁴⁹ StA, Lageberichte 40 (19. 11. 1925), S. 10. Ebenda: 49 (22. 7. 1926), S. 12.

⁵⁰ HRS II/2, Dok. 176, S. 511 f.: Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927.

⁵¹ Im Folgenden: Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 183 ff.; vgl. hier auch Tabelle 3 (NSDAP-Mitglieder nach Stellung im Beruf) und Tabelle 4 (NSDAP-Mitglieder nach Wirtschaftszweigen, 1925–1930).

eher jugendliche Tendenz: Ein Viertel aller Beitritte 1925 bis 1929 kamen von Münchnern unter 23 Jahren. Etwa die Hälfte der Mitglieder war unter 31 Jahren, und nur ein Viertel älter als 44 Jahre. 1925 bis 1929 waren beinahe alle sozialen Schichten und Berufsgruppen repräsentiert. Ein Viertel gehörte der Arbeiterschaft an, innerhalb der wiederum die Facharbeiter und Gesellen mit 16,5 Prozent die mit Abstand größte Gruppe bildeten, gefolgt von den Land- und Forstarbeitern, ungelerten und angelernten Arbeitern. Knapp 50 Prozent der Beitrittsfälle zählten zur Mittelschicht, d. h. zu den unteren und mittleren Angestellten (19 Prozent) und Beamten (6,9 Prozent), Kaufleuten (15,2 Prozent), Handwerksmeistern, technischen Berufen sowie den Landwirten und Gutsbesitzern. Unter den Vertretern der Oberschicht wiesen die Universitätsstudenten (6,4 Prozent) den höchsten Anteil auf, gefolgt von den akademischen Berufen (2,9 Prozent).

Vergleicht man die Berufsstellung der Münchner Bevölkerung anhand der Datenerhebungen von 1907 und 1925 mit den Daten der Münchner NSDAP, lassen sich für 1925 bis 1929 deutliche Schwerpunkte feststellen. Die selbständigen Berufstätigen etwa, hier vor allem Kleinkaufleute, waren in der Ortsgruppe München im Vergleich zur gesamten Stadtbevölkerung stark überrepräsentiert, Arbeiter und Hausangestellte dagegen unterrepräsentiert. Generell jedoch verteilten sich sämtliche Berufsgruppen unter den Mitgliedern gleichmäßig ohne extreme Schwankungen über das Stadtgebiet. Die Münchner NSDAP hatte ihren Rückhalt nicht ausschließlich in den Arbeiterschichten oder im Mittelstand. Unterschiede in der Verteilung ließen sich eher auf die relative Konzentration sozialer Schichten in den entsprechenden Stadtteilen zurückführen. Daher war im 13. Bezirk (Lehel) unter den Parteimitgliedern der Anteil der oberen Mittelschichten relativ hoch, der Anteil der Facharbeiter und Handwerker dagegen im Vergleich zum Münchner Durchschnitt unterrepräsentiert. Im 5. Bezirk, nahe der Universität, lag wiederum die Zahl der studentischen Mitglieder über der Zahl der Facharbeiter und weit über den ungelerten Arbeitern.

Betrachtet man die Wirtschaftszweige, in denen die Münchner Erwerbstätigen aktiv waren, so zeigt sich im Vergleich zur Münchner NSDAP manche Parallele. In vielen Bereichen war die entsprechende Branche in einem ähnlichen Verhältnis in der Partei vertreten wie im Münchner Wirtschaftsleben. Deutlich unterrepräsentiert zeigten sich in der NSDAP nur die Branchen „Druck und Papier“, „Hotel- und Gaststättengewerbe“ sowie „Verwaltung und Militär“. Dagegen waren die Branchen „Groß- und Einzelhandel“, „Gesundheitswesen“, „Kultur- und Kunst“ sowie „Erziehung und Religion“ und „Landwirtschaft“ signifikant überrepräsentiert. In den drei letzteren gelang es der Münchner Partei besonders gut, Mitglieder zu gewinnen. Im Laufe der Jahre traten in der Verteilung der Branchen unter den Parteimitgliedern immer wieder auch Schwankungen auf. Nachdem sich der Anteil der Parteimitglieder aus dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zunächst bis 1927 verdoppelt hatte, halbierte er sich bis 1929 wieder. Eine Reihe solcher Schwankungen verdient eine genauere Betrachtung: So zeigten die Bereiche „Industrie der Steine und Erden“, „Eisen- und Metallgewinnung“, „Eisen- und Metallverarbeitung“, also Gewerbe mit einem hohen Anteil an Arbeitern, bis 1927 einen kontinuierlichen Anteil, fielen jedoch 1928 erkennbar zurück. Dagegen stiegen die Anteile der mittelständischen Branchen „Elektrotechnik“,

„Optik“ und „Holzgewerbe“ erkennbar an. Unabhängig von Abweichungen zu diesem möglichen Trend⁵² spiegelten diese Schwankungen in gewissem Sinne auch die Orientierungswende der Parteipropaganda in München seit 1927.⁵³ Denn diese konzentrierte ihre Werbung nun nicht mehr vor allem auf die Arbeiterschichten, sondern dehnte sie auch auf den Mittelstand aus. Die Berufsstatistik zeigt jedoch auch, daß die Vertreter mancher mittelständischer Branchen sich schon lange vor, bzw. unabhängig von dieser Neuorientierung für die NSDAP interessierten.

Das Resümee des sozialstatistischen Projektes zur Münchner NSDAP-Mitgliedschaft 1925–1930⁵⁴ zeigt die Charakteristika der Ortsgruppe. Diese näherte sich in ihrem sozial-ökonomischen Profil dem Bild der Münchner Gesamtbevölkerung. Die Münchner NSDAP war demgemäß keine beliebige Außenseitergruppe, sondern eine fest in der Stadt verwurzelte „Volkspartei“ der Industriearbeiter, Handwerker und Gesellen, Kaufleute, Künstler, Professoren und Studenten, Beamten, Rentner usw. Die Ortsgruppe verjüngte sich bis 1929 zunehmend, der Frauenanteil ging zurück. Sie entwickelte, wie geschildert, in den eher bürgerlich dominierten Stadtteilen deutlich größere Zugkraft als in den traditionellen Hochburgen der Arbeiterbewegung,⁵⁵ wenngleich kein Stadtteil eine grundsätzliche Immunität offenbarte. Die Partei war in den meisten Schichten und Berufsgruppen der Stadt zu finden und in fast allen Branchen in ähnlichem Verhältnis vertreten wie die Erwerbstätigen Münchens insgesamt. Dadurch unterschied sie sich deutlich von den völkischen Gruppierungen, den Arbeiterparteien oder auch der konfessionell ausgerichteten BVP. Die NSDAP konnte daher auch nicht durch „strukturelle Hürden“, d. h. durch die bindende und schwer lösbare Beschränkung auf spezifische Wählerklientel wie im Falle von SPD und BVP, in ihrer Ausbreitung blockiert werden. Hier vermuten Anheier und Neidhardt die wesentliche Ursache für den späteren Erfolg der Münchner NSDAP. Diese Münchner Strukturen finden ihr Pendant in der weitgehend ähnlichen Entwicklung der Mitgliedschaft und der Wählerschaft der NSDAP im gesamten Reich.⁵⁶

⁵² Vgl. z. B. den Anstieg der Anteile der im Bau- und Baunebengewerbe Tätigen ab 1927 und der nur auf das Jahr 1927 beschränkte deutliche Rückgang der Anteile der beiden Branchen „Handel“ und „Versicherungsgewerbe“.

⁵³ Anheier/Neidhardt erwähnen diese Deutung nicht, sie läßt sich aber anhand ihres statistischen Materials (Diess., S. 185, Tabelle 4) gut beobachten. Zur Orientierungswende: Kapitel III.3.

⁵⁴ Anheier/Neidhardt, *Soziographische Entwicklung*, S. 179 und 186.

⁵⁵ Dies zeigt das Material des deutsch-amerikanischen Projektes, trotz der gegenteiligen Meinung der Autoren.

⁵⁶ Jürgen W. Falter zufolge näherte sich die NSDAP der Weimarer Jahre reichsweit stärker als die anderen Parteien dem Idealtypus der „Massenintegrations- oder Volkspartei“. Es gelang den Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in alle Bevölkerungsschichten einzudringen, keine Schicht erwies sich als „vollständig resistent“. Keine Berufsgruppe dominierte „eindeutig“, wenngleich die Mittelschichtwähler mit rund 40 Prozent den größten Anteil vor den Arbeitern mit etwa 30 Prozent stellten: Ders., *Hitlers Wähler*, S. 284–289. Peter Manstein, der eine Reihe von Forschungsanalysen zur NSDAP-Mitgliedschaft, darunter auch die von Michael H. Kater (Nazi Party), kritisch zusammenfaßt, gibt für die Parteimitgliedschaft eine Sozialstruktur wieder, die derjenigen der Münchner NSDAP sehr ähnlich ist: Ders., *Mitglieder*, S. 138 ff.

Die Organisation entwickelte sich in der Stadt in ebenso kontinuierlicher wie langsamer Ausbreitung von innen heraus. Die bis zum Frühjahr 1928 anhaltende Stagnation mündete im Gegensatz zur zeitgenössischen Erwartung nicht in der Bedeutungslosigkeit, sondern entpuppte sich im nachhinein, so Anheier und Neidhardt, als notwendige Konsolidierungsphase.

Die Monatsstatistik der Sektion Schwabing (Tabelle 9) erlaubt eine besonders differenzierte Betrachtung der Mitgliederentwicklung im Gebiet Schwabing und Milbertshofen (Stadtbezirke 5, 6, 7, 22, 26 und 27). Nachdem die Sektion Schwabing noch als GVG-Sektion rund 560 Mitglieder in ihren Reihen zählte, stagnierte ihre Entwicklung 1926, bedingt durch den Wechsel in der Sektionsführung und den neuen Stil Karl Fiehlers,⁵⁷ bei knapp 550 Mitgliedern. 1927 verlor die Sektion im Zusammenhang mit dem allgemeinen Niedergang der Finanzen und des Vereinslebens der Ortsgruppe bis zum Jahresende 139 Mitglieder, davon allein 61 durch Parteiausschluß, und besaß nun rund zwanzig Mitglieder weniger als im Vorjahr. Erst im Frühsommer 1928 stieg die Mitgliederkurve in Wellen langsam wieder an, überschritt Jahresmitte 1929 die Zahl 600 und wuchs nun zunehmend schneller. Ende Oktober 1929 hatte die Sektion 785 Mitglieder, zwei Monate später schließlich knapp 890 Mitglieder, Ende Januar 1930 bereits über 900 – ein Zustrom von mindestens 115 neuen Parteimitgliedern innerhalb von drei Monaten. Während diese Zahlen, die dem Trend der gesamten Ortsgruppe folgten,⁵⁸ einen kontinuierlich anwachsenden Mitgliederstamm suggerieren, offenbart die genauere Analyse der Schwabinger Statistik die erstaunliche Instabilität dieser Mitgliederschaft. Die Sektion hatte in den fünf Jahren bis 1929 beinahe 50 Prozent sämtlicher Neubetritte wieder verloren.⁵⁹ Es liegt nahe, daß diese extreme Fluk-

⁵⁷ Fiehler vergab keine finanziellen Unterstützungen mehr, vernachlässigte das Fest- und Ausflugswesen (Kapitel III.3.) und besaß bei weitem nicht die charismatische Persönlichkeit seines Vorgängers Woltereck.

⁵⁸ Ein Vergleich der Anheier/Neidhardt-Statistik mit der Schwabinger Statistik ist schwierig. Die Autoren fassen den Anteil der Parteimitglieder an der Bevölkerung eines Bezirkes in jährlichen Tendenzen zusammen, die die monatliche Entwicklung verschleiern. Daher deutet sich der Rückgang dieser Anteile in den Jahren 1927 und 1928 in der Mitgliederverzeichnis-Statistik nur leicht an. Die Schwabinger Statistik ermöglicht dagegen durch ihre genauen Zahlen für jeden Bezirk für den Zeitraum Juni 1925 bis September 1927 ein differenziertes Bild: Der 5. Bezirk etwa verharrte ab Mai 1926 in Stagnation, der 6. und 7. Bezirk ab Juni. Der 22. und 26. Bezirk mußten jeweils von August 1926 bis September 1927 Einbußen hinnehmen. Dagegen wuchs der 27. Bezirk seit 1925 monatlich um ein bis fünf Mitglieder und stagnierte erst im Juni 1927. Die Bezirke 5, 6, 7, 22 und 26 zeigten einen mehr oder minder starken kurzzeitigen Aufschwung im April und Mai 1927, manche auch noch bis Juli des Jahres. Der 26. Bezirk besaß mit durchschnittlich 110–130 Mitgliedern für 1925 und 140–150 für die Jahre 1926 und 1927 die größte Mitgliederzahl. Ihm folgte mit durchschnittlich 20–40 Mitgliedern weniger der 6. Bezirk. Mit durchschnittlich 70–90 Mitgliedern schließen sich die Bezirke 7, 5 und 22 an. Die geringste Mitgliederstärke erreichte der 27. Bezirk mit einem Anstieg von 8 auf 13 für 1925, dann auf 43 für 1926 und auf 54 bis September 1927.

⁵⁹ Die Summe aller Beitritte der sechs Stadtbezirke des Sektionsgebietes (Vorbericht des deutsch-amerikanischen Projektes) ergibt für diesen Zeitraum 1668. Ende Dezember 1929 umfaßte die Schwabinger Sektion, wie gesagt, rund 890 Mitglieder. Die Sektionsstatistik ergibt zwar insgesamt 134 Eintritte weniger als der genannte Vorbericht; diese Differenz erscheint jedoch unerheblich, da in der Statistik für Oktober 1927, September 1928 und

tuation, die auch die KPD kennzeichnete,⁶⁰ nicht nur für die bedeutendste Münchner Sektion, sondern für die gesamte Ortsgruppe charakteristisch war. Während der Schwabinger Sektionsführer Fiehler Anfang Juni 1928 (vermutlich leicht übertrieben) von 700 Neuzugängen zur Münchner NSDAP „in letzter Zeit“ sprach,⁶¹ betrug die Gesamtbilanz des Jahres nur 200.⁶²

Tab. 9: Zu- und Abgänge der Sektion Schwabing März 1925–September 1929⁶³

Jahr	Gesamt		Abgänge			Zugänge Gesamt
	Gesamt	Wegzüge	Austritte	Ausschluß	Tod	
1925	ubk.	ubk.	ubk.	ubk.	ubk.	381
1926	234	82 (35%)	86 (37%)	45 (19%)	21 (9%)	213
1927	201	66 (33%)	44 (22%)	70 (35%)	21 (10%)	129
1928	134	87 (65%)	26 (19%)	9 (7%)	12 (9%)	154
1929	114	57 (50%)	26 (23%)	26 (23%)	5 (4%)	234

Die mindestens⁶⁴ 731 Abgänge der Sektion in diesem Zeitraum beruhten vor allem auf der kontinuierlich hohen Mobilität von gut einem Viertel der Mitgliedsfälle und auf dem Wechsel der Mitgliedschaft. Dies bestätigt bzw. präzisiert die diesbezüglichen Tendenzen des Mitgliederverzeichnisses. Die höchsten Verluste unter anderem infolge der drastisch vermehrten Parteiausschlüsse ergaben sich parallel zur Parteikrise 1926 und 1927. Mit der beginnenden Konsolidierung, 1928, reduzierte sich dieses Phänomen deutlich. Die zweite Hauptursache der Abgänge, die Parteiaustritte, nahmen ab Mai 1926 signifikant zu – vermutlich im

Oktober bis Dezember 1929 die Daten bezüglich der Zugänge fehlen. Für diesen Zeitraum wurde daher hier nur die Zahl erfaßt, um die die Mitgliederzahl nach Abzug der Abgänge am Monatsende letztendlich zunahm, nicht jedoch der gesamte Zugang.

⁶⁰ Mehringer, KPD, S. 6, 14, 18f., 20, 26–33 sowie 27 (Tabelle 3) und 37 (Tabelle 8). StA, Lageberichte 1925–1932.

⁶¹ StA, PDM 6733: PND 618 (23. 7. 1928): Mitgliederversammlung am 6. 6. 1928.

⁶² Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 180, Schaubild 1.

⁶³ IfZ, MA 738: hs. Mitgliederstatistik der NSDAP Sektion Schwabing, Mai 1925–September 1929. Offensichtliche Datierungs- und Rechenfehler der Statistik wurden stillschweigend bereinigt. Die 1925–1926 vom 2. Schriftführer der Sektion und anschließend von einem unbekanntem Sektionsmitglied erstellte Statistik erfaßte anfangs den Mitgliederstand am Monatsanfang, ab 1927 den am Monatsende; dabei wurde zwischen verschiedenen Arten von Zu- und Abgängen sowie den einzelnen Stadtbezirken differenziert. Eine Prüfung der Zuverlässigkeit der Statistik ist nicht möglich, da diese offensichtlich sämtlichen anderen Quellen, einschließlich der Polizeiberichte, als Basis diente. Die Sektionsstatistik wurde hier durch folgende weitere Angaben über den Mitgliederstand ergänzt: IfZ, „Protokollheft“, S. 6: Mitgliederversammlung am 23. 4. 1925. IfZ, „Protokollbuch“, S. 131: Bilanz des Sektionsführers in der GMV der Sektion Schwabing am 12. 1. 1928. Ebenda, S. 142: Mitgliederversammlung am 23. 10. 1929. KHB: Hs. Kassenbericht für 1929: Mitgliederstand am 31. 12. 1929. IfZ, „Protokollbuch“, S. 144: GMV der Sektion Schwabing am 23. 1. 1930. KHB: Notiz im „Kassabericht“ von 1929.

⁶⁴ IfZ, MA 738: hs. Mitgliederstatistik der Sektion Schwabing für den Zeitraum Mai 1925 bis September 1929.

Zusammenhang mit dem Woltereck-Rücktritt –, halbierten sich jedoch schon im darauffolgenden Jahr. Offensichtlich gelang es der Sektion ab 1926 schlechter, ihre Mitglieder an die Organisation zu binden. 1927 konnte man zwar zunehmend die Parteiaustritte verhindern, die hohe Zahl von Parteiausschlüssen aufgrund von Beitragssäumigkeit signalisierte jedoch das Desinteresse am Parteileben. Noch bis zu Wolterecks Rücktritt hatte die Sektion hohe Anziehungskraft besessen und die höchsten Beitrittszahlen verzeichnet. Ab Frühsommer 1926 gingen diese Zahlen deutlich zurück und offenbarten erst ab Jahresende 1928 und schließlich 1929 eine deutlich steigende Tendenz.

Verschiedene Einzeldaten über Mitgliederstände aus den Polizeiberichten und anderen Quellen ergänzen das Gesamtbild des Niederganges der Ortsgruppe bis 1928. Die Sektion Neuhausen verlor von ihren 120 Mitgliedern zwischen Januar 1926 und Januar 1927 etwa die Hälfte und stagnierte auf diesem Stand bis zur Fusion⁶⁵ mit der Sektion Nymphenburg-Gern im September des Jahres.⁶⁶ Die Statistik des Ortsgruppen-Mitgliederverzeichnisses stellt diesen Verlust fälschlicherweise sehr moderat dar, denn dort sank der Neuhauser Anteil an der Gesamtmitgliedschaft im selben Zeitraum nur von 6,9 auf 6,2 Prozent.⁶⁷ Die 96 Mitglieder starke vormalige GVG-Sektion Sendling besaß im März 1925 nur noch ein Drittel dieser Zahl und steigerte sich bis zum Herbst des Jahres nur mühsam auf 47 und bis Juli 1926 auf 63. Nachdem ihr im folgenden Jahr gar kein weiterer Zuwachs beschieden war, verlor sie nach der Fusion mit den Sektionen Süd und Thalkirchen bis Juni 1928 die Hälfte ihrer Mitglieder.⁶⁸ Dagegen erlebte die Sektion Süd extreme Schwankungen. Ihre rund 260 Mitglieder im März 1925 waren nicht einmal ein Jahr später, im Januar 1926, um über zwei Drittel auf 67 geschrumpft. Nur „mit Mühe und Not“ ließen sich pro Monat drei bis vier neue Mitglieder gewin-

⁶⁵ Aufgrund des anhaltend geringen Besuchs der Sektionsversammlungen 1926/1927 fusionierte die Sektion 1927 mit der Sektion Nymphenburg-Gern: HRS II/2, Dok. 176, S. 511 f.; Anordnung Hitlers vom 28. 9. 1927.

⁶⁶ StA, PDM 6733: PND 526 (2. 2. 1926): GMV am 5. 1. 1926. Ebenda: PND 560 (28. 1. 1927): GMV am 19. 1. 1927. StA, NSDAP 496: Führer der vereinigten Sektionen Neuhausen-Gern-Nymphenburg an die HGS vom 10. 10. 1927: Bestätigung über den „Empfang von 67 Kartei-Karten der aufgelösten Sektion Neuhausen“; damit waren vermutlich die Mitglieder-Karteikarten der Sektion gemeint.

⁶⁷ Anheier/Neidhardt, Tabelle 1 (Kapitel III.5., Anm. 47); vgl. hier die Spalten für den 8. und 21. Bezirk, das Gebiet der Sektion Neuhausen.

⁶⁸ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Harbauer an RL vom 4. 3. 1925. Ebenda: Namensliste der Sektionsmitglieder, vom Sektionsschriftführer am 6. 5. 1925 an die RL übersandt. StA, PDM 6733: PND 517 (o. D.): Angabe in der Mitgliederversammlung am 6. 10. 1925. StA, NSDAP 496: Bericht des Sektionsschriftführers an die HGS vom 21. 1. 1926 über die GMV am 19. 1. 1926. Ebenda: Datierte Namensliste, ohne sinnerschließende Überschrift o. ä., vom 25. 5. 1926; nachdem hier jedoch die Namen sämtlicher Sendlinger Vorstandsmitglieder aufgeführt werden und die Liste zudem in der Akte „Sektion Sendling“ abgelegt wurde, handelt es sich um eine (vollständige?) Mitgliederliste der Sektion Sendling. StA, PDM 6733: PND 544 (19. 7. 1926): Angabe in der Mitgliederversammlung am 6. 7. 1926. StA, NSDAP 496: Bericht über die Ergebnisse der GMV am 1. 2. 1927, o. w. A. StA, PDM 6733: PND 629 (23. 7. 1928) über die Mitgliederversammlung der Sektion Sendling am 21. 6. 1928.

nen. Doch im Januar des nächsten Jahres, acht Monate vor der genannten Fusion, zeigte sie sich dann wieder knapp doppelt so stark.⁶⁹

Nach der hartnäckigen Stagnation, wie sie die Polizei nahezu in der gesamten Ortsgruppe 1927 beobachtete,⁷⁰ gelang 1928 offenbar nicht allen Sektionen der von der Mitgliederverzeichnis-Statistik angedeutete Aufschwung zu demselben Zeitpunkt und in demselben Ausmaß wie etwa der Sektion Schwabing.⁷¹ Die vereinigte Sektion Süd verharrte das ganze Jahr 1928 auf einem Stand von 230–250 Mitgliedern.⁷² Die Fusion aus der Sektion Neuhausen mit 60 Mitgliedern und der weitaus stärkeren Sektion Nymphenburg-Gern besaß im Januar 1929 nur 238 Mitglieder.⁷³ Die Sektion Westend, an Mitgliederstärke und Werbeerfolgen entsprechend den Daten des Mitgliederverzeichnisses eher im Mittelfeld, pendelte von Januar 1926 bis Juni 1927 kontinuierlich zwischen 130 und 140 Mitgliedern und gewann bis zum November 1929 nur 60 Mitglieder hinzu.⁷⁴ Vermutlich gab es innerhalb der Münchner NSDAP 1928 und 1929 Motoren des Aufstiegs, die den neuen Trend als erste für sich nutzen konnten.

Die Unterorganisationen

Die Unterorganisationen der Münchner NSDAP steckten wie die gesamte Ortsgruppe in der Krise und konnten dem Aufschwung ab Frühsommer 1928 noch weniger folgen als die Sektionen. Sämtliche Münchner SA-Formationen, außer der Schwabinger, zählten in den Jahren von 1925 bis 1928 zwischen 30 und 50 Mann.⁷⁵ Das ganze Jahr 1928 über konnte die Münchner SA ihre Zahl von 300 Mann in offenem Gegensatz zum organisatorischen Ausbau nie steigern.⁷⁶ Selbst die größte Untereinheit, der Sturm I (Schwabing), hatte gerade 63 Mann, die 27 Mann des Studententrupps der Universität München eingeschlossen.⁷⁷ Allerdings erreichte die SA noch 1925 selbst im gesamten Reichsgebiet gerade 3600 Mann

⁶⁹ StA, NSDAP 496: Sektionsführer Bauer an RL vom 4. 3. 1925 und vom 28. 11. 1926. StA, PDM 6733: PND 558 (29. 12. 1926): Angaben in der Mitgliederversammlung der Sektion Süd am 16. 12. 1926. Ebenda: PND 561 (18. 2. 1927): Angabe in der Mitgliederversammlung der Sektion Süd am 27. 1. 1927. Ebenda: PND 600 (o. D.): Angabe in der GMV der Sektion Süd-Sendling-Thalkirchen am 19. 1. 1928.

⁷⁰ StA, Lagebericht 64 (8. 2. 1928), S. 7.

⁷¹ IfZ, MA 738: hs. Mitgliederstatistik der Sektion Schwabing für den Zeitraum Mai 1925 bis September 1929.

⁷² StA, PDM 6733: PND 561 (18. 2. 1927): Angabe in der Mitgliederversammlung der Sektion Süd am 27. 1. 1927. Ebenda: PND 600 (o. D.): Angabe in der GMV der Sektion Süd-Sendling-Thalkirchen am 19. 1. 1928. Ebenda: PND 644 (11. 2. 1929): Angabe in der GMV der fusionierten Sektion am 24. 1. 1929.

⁷³ StA, NSDAP 496: Sektionsschriftführerin an RPL vom 31. 1. 1929.

⁷⁴ StA, PDM 6733: PND 528 (17. 2. 1926): Angaben in der GMV am 20. 1. 1926. StA, NSDAP 496: „Mitteilungsblatt“ der Sektion, Nr. 16 (1. 8. 1927). Ebenda: Sektionsschriftführer Bornhöft an HGS vom 3. 3. 1927. StA, PDM 6733: PND 679 (31. 12. 1929): Angabe in der Mitgliederversammlung am 13. 11. 1929.

⁷⁵ Vgl. z. B. StA, PDM 6809: PND 550: Werbeabend SA Neuhausen am 6. 9. 1926.

⁷⁶ StA, Lagebericht 66 (1. 5. 1928), S. 20. Ebenda 67 (13. 6. 1928), S. 13. Sowie: StA, PDM 6809: PND 640 (28. 12. 1928) über den Appell der Münchner SA-Standarte am 13. 12. 1928.

⁷⁷ StA, PDM 6809: PND 618 (23. 7. 1928): Appell des SA-Sturm I am 13. 6. 1928.

und wuchs erst im folgenden Jahr deutlich an auf etwa 10–15 000.⁷⁸ Die Berliner SA, die an sich auf eine weit größere Einwohnerzahl als in München zurückgreifen konnte, verfügte im Juni 1926 nur über 800 Mann.⁷⁹ Das sprunghafte Wachstum der Münchner Parteimitgliederschaft ab 1929 stellte sich bei der Münchner SA und SS erst im Herbst 1930 ein. Die im Januar 1928 zehn Mann starke Münchner SS wurde in der Stadt nicht registriert.⁸⁰ Doch die Münchner SS-Stärke unterschied sich kaum von der in anderen Großstädten, und selbst der Gesamtverband umfaßte reichsweit im Januar 1929 nur knapp 300 Mann.⁸¹ Die Gruppe von 30 Jungen der Münchner „Schilljugend“, die offizielle NS-Jugendorganisation 1925/1926, schrumpfte bis Ende 1928 auf 12.⁸² Auch die Münchner HJ entwickelte in den Jahren nach ihrer Gründung 1927 keine bedeutende Größe und wuchs erst durch intensive Werbung bis März 1928 auf ca. 60 Mitglieder an. Obwohl der Münchner „Blücherbund“ im August 1928 geschlossen zur HJ übergetreten war, sank die Mitgliederzahl bis Mitte 1929 auf etwa 40.⁸³

Der Münchner NSDStB, der noch Anfang 1926 reichsweit die stärkste NS-Hochschulorganisation war, zählte im Juni des Jahres 30 Mitglieder, erreichte im März 1928 den Stand von rund 300 und wuchs auch im Sommer des Jahres weiter an.⁸⁴ Alle 18 NS-Hochschulgruppen im Reich hatten im Frühjahr 1926 zusammen 145 Mitglieder und im Dezember des gleichen Jahres bereits 390 Mitglieder, die auf 20 Hochschulgruppen verteilt waren. Die Zahl erweiterte sich bis Sommer 1929 schließlich auf 26 Hochschulgruppen.⁸⁵ Der NSDStB war in München wesentlich kleiner als einer seiner nachhaltigsten Konkurrenten, die Ortsgruppe des „Deutschen Hochschulrings“, 1928 die Dachorganisation aller völkisch-antisemitisch-rechtsradikal orientierten Korporationen und Verbände im Reich. Diese zählte in der Stadt im Herbst 1928 mit ihren 57 angeschlossenen Korporationen über 3500 Mitglieder.⁸⁶ Obwohl sich die HGM-Erfolge bei den Studentenparla-

⁷⁸ Longerich, Braune Bataillone, S. 60.

⁷⁹ StA, PDM 6827: Vermerk PDM vom 19. 6. 1926.

⁸⁰ StA, PDM 6829: Polizeivernehmung des Münchner SS-Führers am 29. 1. 1928 wegen illegaler Geldsammlung.

⁸¹ StA, PDM 6827: PDM an Stadtkommissar von Bayreuth vom 9. 3. 1926. Höhne, Orden, S. 57. Koehl, Black Corps, S. 30. Die Behauptung des Münchner SS-Staffelführers Rosenwink auf der SS-Weihnachtsfeier am 11. 12. 1925, die Organisation umfasse reichsweit mittlerweile rund 1000 Mann, erscheint angesichts der kleinen Zahl der Münchner SS-Leute bewußt übertrieben: StA, PDM 6829: PND 525 (o. D.).

⁸² StA, PDM 6695: Polizeidirektion Bremen an PDM vom 14. 2. 1929.

⁸³ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 23. Ebenda 69 (31. 8. 1928), S. 15. Front 19 (5. 12. 1931), „Arbeitswanderausstellung der HJ“.

⁸⁴ StA, Lagebericht 49 (22. 6. 1926), S. 18. Ebenda 65 (21. 3. 1928), S. 23. StA, Würzburg, RSF II/47 b: HGM an Tempel vom 9. 6. 1928.

⁸⁵ StA, Würzburg, RSF II/17: NSDStB-Mitgliedsbuch, geführt von Wilhelm Podlich, o. w. A.; da hier die Anfang 1927 gegründete NSDStB-Gruppe der TH München noch nicht erwähnt ist, dürfte das Mitgliederbuch für 1926 zu datieren sein. Ebenda, RSF II/10: Rsch. der NSDStB-RL im Wintersemester 1926/27 vom 15. 1. 1927. Ebenda: Kanzlei Adolf Hitler an die NSDStB-Hochschulgruppen vom 11. 7. 1928. Grüttner, Studenten, S. 21.

⁸⁶ StA, Würzburg, RSF II, 554: Bericht über den Vertretertag des „Deutschen Hochschulrings“ vom 25.–28. 10. 1928 auf Schloß Boitzenburg in der Uckermark, S. 18.

mentswahlen bis 1927 reichsweit in der Spitzengruppe des NSDStB ansiedelten,⁸⁷ gelangten 1927 nur zwei nationalsozialistische Kandidaten in den AStA der Universität und 1928 ein weiterer. An der Technischen Hochschule trat der NSDStB erstmals 1928 mit vier Vertretern in den AStA ein.⁸⁸

*Erfolg unter den politischen Organisationen insbesondere
der rechtsgerichteten Konkurrenz*

Die NSDAP übertraf mit beinahe 2000 Mitgliedern Jahresanfang 1926 und 2700 Jahresende 1928 in München sämtliche ihrer unmittelbaren Konkurrenten im rechtsradikalen Lager bei weitem. Dieser Erfolg relativiert sich jedoch, zieht man zum Vergleich die großen Parteien in der Stadt heran.⁸⁹ Die NSDAP konnte nur etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Mitgliederzahlen ihrer wichtigsten Gegner, SPD und BVP, vorweisen. Doch stand sie immerhin an Mitgliederstärke unter den großen politischen Organisationen in München weit vor DNVP und KPD an dritter Stelle. Von den insgesamt etwa 45 000 politisch organisierten Münchnern der Jahre 1925 bis 1928 (ohne die mindestens elf in München aktiven Veteranenverbände und die Gewerkschaften) band die NSDAP somit nur sechs bis sieben Prozent an sich, dagegen von den mindestens 6000 bis 7000 Mitgliedern des gesamten organisierten rechten Lagers (ohne Parteien) etwa 40 Prozent.⁹⁰ Auf dieses Potential dürften sich die Expansionshoffnungen der Nationalsozialisten gerichtet haben.

Es liegt nahe, hinter dem allmählichen Mitgliederzuwachs der Münchner NSDAP ab Sommer 1928 vor allem einen Einbruch in die Basis der rechtsextremistischen Organisationen der Stadt zu vermuten. Tatsächlich bot jedoch die Entwicklung bis 1929 ein ambivalentes Bild. Nur drei Organisationen traten während des allgemeinen Erosionsprozesses im rechten Lager geschlossen in die NSDAP ein, und diese Verbände, nämlich die bayerische Rossbachorganisation,⁹¹ der „Blücherbund“⁹² und eine Abspaltung des „Bundes Oberland“,⁹³ waren in München nur jeweils 30–50 Mann stark. Gleichzeitig traten jedoch etliche Einzelmitglieder zur NSDAP über. Deren Summe läßt sich zwar nicht mehr genau wiedergeben, gleichwohl dürfte sie nicht unerheblich gewesen sein, betrachtet man die

⁸⁷ Nur in den Allgemeinen Studentenausschüssen in Kiel und Frankfurt übernahm 1927 ein Nationalsozialist den Vorsitz. Der Durchbruch gelang der Organisation erst 1928/29: Grüttner, Studenten, S. 21.

⁸⁸ Anhang 1. (AStA-Wahlen an Universität und TH).

⁸⁹ Das gilt um so mehr, vergleicht man die NSDAP mit den fünf großen Veteranenverbänden. Etwa der konservative „Bayerische Kriegerbund“, der größte bayerische Veteranenverband, hatte 30 000 Münchner in seinen Reihen; der ebenfalls konservative „Deutsche Kriegerbund München“ zählte 3000 Mitglieder: StA, Nürnberg, PDMF 582: Zusammenstellung aller wesentlichen politischen Organisationen in Bayern, Stand 1. 1. 1925, durch die PDM, S. 40f.

⁹⁰ Vgl. auch Kapitel I.2.

⁹¹ StA, Lagebericht 50 (2. 8. 1926), S. 21. Ebenda 51 (22. 9. 1926), S. 18f.

⁹² StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 15.

⁹³ StA, PDM 6829: Vermerk PDM/VI/N vom 28. 2. 1931.

Übertritte von prominenten Führungspersonlichkeiten, die sich in den Quellen naturgemäß eher niedergeschlagen hatten. Da sich die Gesamtzahl nicht lückenlos rekonstruieren läßt,⁹⁴ signalisieren die insgesamt 22 dokumentierten Fälle für den Zeitraum 1925 bis 1933⁹⁵ nur bedingt einen Trend. Der weitaus größte Teil der Übertritte, 18 Fälle, fand ab 1930 und vor allem 1932 statt. Doch dürften auch die fünf Fälle bis 1929 für die jeweiligen Verbände eine Signalwirkung gehabt haben. Edmund Heines wechselte 1926 mit dem ihm unterstellten „Rossbachverband“ zur NSDAP über.⁹⁶ Wilhelm Weiß war noch bis 1926 als Herausgeber des „Völkischen Kuriers“ und des „Arminius“ aktiv und ging 1927 in die Redaktion des „Völkischen Beobachters“.⁹⁷ Konstantin Hierl, 1925 in der DVOB-Bundesführung und bis Sommer 1928 einfaches Mitglied der Organisation, leitete zugleich bis 1927 die TBB-Gruppe Süd. Nach seinem Eintritt in die NSDAP 1927 führte er von Februar 1929 bis Mitte 1930 die WPV und übernahm vom Sommer 1929 bis 1932 die Abteilung II der Reichsorganisationsleitung.⁹⁸ Franz von Epp, der ehemalige Kommandeur der 7. (Bayerischen) Reichswehrdivision und 1924 Führer des staatlich initiierten „Notbann“, galt noch bis 1928 als BVP-Parteigänger. Sein überraschender Wechsel zur NSDAP im April des Jahres⁹⁹ weckte im Sommer 1928 selbst innerhalb des Münchner BHKB einen „Hang zur NSDAP“.¹⁰⁰ Von Juni bis September 1932 übernahm Epp die Abteilung „Wehr- und Außenpolitik“ der Hauptabteilung III der ROL, das spätere „Wehrpolitische Amt“ der OSAF.¹⁰¹ Hildolf von Thüngen, noch 1925 Kommandeur der „Frontbann“-Gruppe Süd und zugleich in der DVOB-Bundesführung, war bis Juli 1928 Führer des Münchner DVOB und im selben Jahr in der Münchner „Reichskriegsflagge“ aktiv, engagierte sich jedoch bereits im Sommer 1928 in Röhms WPV und trat schließlich 1929 in die NSDAP und SS ein. Hier stieg er schon im nächsten Jahr zunächst in die Adjutantur und schließlich im November in den Stab des Reichsführers SS

⁹⁴ In den Jahren bis 1928/1929 stellte der Übertritt des Führers einer konkurrierenden Organisation für die Münchner NSDAP noch ein herausragendes und für die Propaganda wichtiges Ereignis dar. Daher dürften diese Ereignisse in jedem Fall in den öffentlichen Versammlungen und Zeitungen festgehalten worden sein. Die Informationen der Polizeiquellen und der Personenkartei der Parteiverwaltung (BA, Berlin/ehem. BDC) weisen dagegen Lücken auf. Solche Übertritte zur NSDAP lassen sich für den Zeitraum ab 1930 nicht mehr lückenlos nachweisen, da die Zeitungsmeldungen nun spärlicher werden.

⁹⁵ Hierfür wurden sowohl die gesamten Unterlagen der Polizeidirektion München, die NSDAP-Personenakten im Bundesarchiv, Abt. Berlin (ehem. BDC) als auch stellenweise die einschlägige Literatur ausgewertet. Vgl. v. a. StA, Lageberichte 1925–1932 und die Liste der politischen Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel III.5, Anm. 89.

⁹⁶ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 18 f.

⁹⁷ HRS I, S. 168, Anm. 9. Hoser, Tagespresse, S. 251, Anm. 26.

⁹⁸ Liste der politischen Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel III.5, Anm. 89. StA, Lagebericht 44 (11. 2. 1926), S. 20. Ebenda 52 (15. 11. 1926), S. 25. Ebenda 67 (13. 6. 1928), S. 16. Ebenda 68 (13. 7. 1928), S. 15. Tyrell, Führer befehl, S. 364. StA, PDM 6874: PND 647, 643 und 681: WPV-Versammlungen am 16. 1. 1929, 21. 2. 1929 und 21. 11. 1929.

⁹⁹ VB 101 (1. 5. 1928), „Unsere Antwort an Stresemann“.

¹⁰⁰ StA, Lagebericht 68 (13. 7. 1928), S. 17: Mitgliederversammlung des Münchner BHKB am 12. 6. 1928.

¹⁰¹ Vgl. auch Kapitel III.3. Tyrell, Führer befehl, S. 366.

auf.¹⁰² Diese nachweisbaren Übertritte konzentrierten sich auf eine relativ kleine Gruppe unter den völkischen Konkurrenten der NSDAP. Betroffen waren die „Altreichsflagge“, der DVOB, der „Frontkämpferbund“, der „Frontkriegerbund“, der TBB, der NSVB und die DVFB sowie die „Rossbachorganisation“. Deren zahlreiche ideologische Affinitäten zur NSDAP bildeten eine wichtige Grundlage für den Übertritt. Manche dieser Gruppierungen hatten bereits 1924 als Auffangbecken oder Tarnorganisationen für die verbotene NSDAP und SA gedient.¹⁰³ Dagegen läßt sich kein einziger Übertritt hochrangiger, in München aktiver Führer etwa aus dem „Stahlhelm“ oder auch aus den monarchistischen Organisationen belegen. Die prominenten Übertritte zur NSDAP ab 1930 erfolgten in der Regel erst Jahre, nachdem diese Führer ihre vorherigen Posten abgegeben hatten und lediglich in acht Fällen unmittelbar nach der Amtsniederlegung. Besonderes Aufsehen erregten bis 1929, vom Fall Epp abgesehen, vor allem Übertritte außerhalb Bayerns, darunter die prominenten DVFP-Führer Reventlow, Stöhr und Kube.¹⁰⁴

Von dem Verschmelzungsprozeß im rechtsradikalen und rechtskonservativen Lager hatte die NSDAP dem ersten Augenschein nach bis 1928 wenig profitiert, denn Zahl und Stärke der übergetretenen Verbände waren unwesentlich. Trotz intensiver Werbungsversuche traten etwa der DVOB oder die ARF nie geschlossen zur NSDAP über, da sie ihre traditionsreichen Organisationsstrukturen und ihre Identität behalten wollten. Nachdem der Zustrom von Seiten der Verbände bis zum Frühjahr 1928 relativ gering blieb, wie der mehr oder minder unveränderte NS-Mitgliederstand zeigt, bahnte sich durch den Wechsel der Partei von der arroganten Konfrontation hin zu freundlicherem Verhalten gegenüber bestimmten Wehrverbänden und durch den Zusammenbruch des Völkischen Blocks bei der Wahl 1928 die Wende an. Vermutlich spiegelte bereits der allmähliche Zuwachs ab Sommer 1928 den Einbruch der NSDAP in die Mitgliederbasis ihrer rechtsradikalen Konkurrenz. Was die folgenden Jahre bringen würden, ließ sich jedoch für die Münchner NSDAP noch nicht absehen. Die bisherige Entwicklung verhielt ein zähes Ringen, wollte man tatsächlich die Mitgliedschaft der rechtsextremistischen und völkischen Konkurrenten gewinnen. Es war keineswegs sicher, ob sich die vollmundigen Ankündigungen Bouhlers, „was wertvoll ist in den Verbänden wird über kurz oder lang so oder so zur NSDAP stoßen“, erfüllen würden.¹⁰⁵ Die

¹⁰² Liste der politischen Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel III.5, Anm. 89. StA, PDM 6866: PND 623 über die Mitgliederversammlung der ARF am 25. 7. 1928. StA, Lagebericht 69 (31. 8. 1928), S. 17. HRS I, S. 45, Anm. 23.

¹⁰³ So etwa die Organisationen DVFB, ARF, FKB, DVOB, „Wehrwolf“ oder der „Bund Wiking“. In der DVOB-Bundesführung saßen zu Jahresanfang 1925 der ehemalige hochrangige SA-Führer und spätere NSKK-Leiter Adolf Hühnlein sowie Rudolf Buttmann, Landtagsmitglied des „Völkischen Blocks“: Hoser, Tagespresse, S. 395, Anm. 48. StA, PDM 6697: PND 469: Dienstanweisung für den Stab des SA-Oberkommandos vom 20. 10. 1923. Liste der politischen Organisationen Bayerns, 1. 1. 1925: Kapitel III.5, Anm. 89. Vgl. generell auch Gordon, Hitlerputsch, S. 496–517, und Jablonsky, Dissolution.

¹⁰⁴ VB 33 (11. 2. 1927), „Graf Reventlow Nationalsozialist“. Tyrell, Führer befehl, S. 145.

¹⁰⁵ IfZ, MA 1216: Rschr. an alle Gaue und Ortsgruppen vom 7. 5. 1928.

NSDAP zeigte sich in München bis 1929 auf dem Gebiet der Wahlen erfolgreicher als bei der Mitgliederwerbung. Hier war sie ihren wichtigsten Gegnern, SPD und BVP, denen sie am Jahresende 1929 in der Wählergunst nur wenig nachstand,¹⁰⁶ weit unterlegen.

Die Wahlergebnisse

Die Ergebnisse der Münchner Nationalsozialisten bei Kommunalwahl, Reichstags- und Landtagswahlen zeigen von 1924 bis 1928 einen kontinuierlichen Abwärtstrend,¹⁰⁷ obwohl die Wahlen im Frühjahr 1924 zunächst das Gegenteil verhiessen. Die aufgeheizte Stimmungslage nach dem gescheiterten „Hitlerputsch“ und der Prozeß gegen die Putschisten im April des Jahres¹⁰⁸ verursachten, ohne Parallele zur Entwicklung im Reich, in der Stadt und in vermindertem Ausmaß auch in ganz Bayern einen politischen Erdbeben nach rechts.¹⁰⁹ Die Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP, der Völkische Block, gewann in der Stadt bei der Landtagswahl im April rund 105 000 Stimmen bzw. 25,7 Prozent der Wahlberechtigten. Das waren 11 Prozent mehr, als die BVP erhalten hatte, und mehr als doppelt so viele wie die SPD. In jedem der zehn Münchner Stimmkreise erlangten die völkischen Kandidaten grundsätzlich die höchste Anzahl an Stimmen. In den Stimmkreisen II, III und VII erzielte der Block mehr als doppelt so viele Stimmen wie die an zweiter Stelle folgenden BVP oder SPD. Die SPD verlor gegenüber 1920 erheblich an Stimmen. Die USPD erzielte mit Mühe gerade noch 1400 Stimmen. Dagegen konnte die KPD ihre Stimmen mehr als verdoppeln auf 48 000. Im bayerischen Durchschnitt wurden die Völkischen mit 17 Prozent aller Stimmen beinahe so stark wie die BVP. Doch der Erfolg erwies sich als wenig stabil, die Reichstagswahl einen Monat später brachte die Wende für die Völkischen in der Stadt. Die NSFB übertraf mit rund 19,5 Prozent der Wahlberechtigten die BVP nur noch um fünf Prozent¹¹⁰ und hatte im Vergleich zur Landtagswahl im Vormonat beinahe 24 000 Stimmen verloren.¹¹¹ Die NSFB profitierte vermutlich vor allem von der herben Niederlage der BVP, die gegenüber der Reichstagswahl von 1920 rund 12 Prozent der Wahlberechtigten in München, 10 Prozent in Oberbay-

¹⁰⁶ Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933.

¹⁰⁷ Im folgenden Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933. Aufgrund (geringfügiger) unterschiedlicher Rechenergebnisse bei der Auswertung der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes (ZBSL) stützt sich die folgende Abhandlung vorwiegend auf die eigene ZBSL-Auswertung und nicht auf die Studie Gerhard Widmanns über die Münchner Wahlen 1924 bis 1933 (Widmann, *Wahlergebnisse*), die ebenfalls die ZBSL verwendet. Die angegebenen Wahlergebnisse beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, grundsätzlich auf die Anteile der Parteien an den Wahlberechtigten.

¹⁰⁸ Jablonsky, *Dissolution*, S. 82f. Gordon, *Hitlerputsch*, S. 498. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 18. Widmann, 35 Prozent.

¹⁰⁹ Im Folgenden: Anhang 1.1., Wahlberechtigte in München 1924–1933. ZBSL 56 (1924), S. 221–293, insbesondere S. 247 (Tabelle III).

¹¹⁰ Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933.

¹¹¹ Bei der Landtagswahl am 6. 4. 1924 gewann der VBl in München 105 085 Stimmen, bei der Reichstagswahl am 4. 5. 1924 erhielt die Partei 81 387 Stimmen: ZBSL 56 (1924), S. 221 ff. und 294 ff.

ern und fünf Prozent im gesamt-bayerischen Durchschnitt verloren hatte.¹¹² Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 verloren die Völkischen in der Stadt gegenüber der Frühjahrswahl nahezu zwei Drittel ihrer Stimmen.¹¹³ Die NSFB überzeugte nur mehr sieben Prozent der Wahlberechtigten. Vermutlich hatte sie vor allem an die DNVP verloren,¹¹⁴ die nun ihren Anteil an den Wahlberechtigten im Vergleich zur Maiwahl verdoppelte. Die anderen Parteien bezogen ihre Gewinne möglicherweise aus dem starken Rückgang der Nichtwähler (rund 10 Prozent) und dem Verlust der KPD von beinahe zwei Prozent. BVP und SPD erholten sich und gewannen vier bzw. acht Prozent Wahlberechtigte hinzu.¹¹⁵ Die NSDAP pendelte sich schließlich in München bei der Reichstagswahl 1928 bei knapp acht Prozent der Wahlberechtigten ein. Die Kommunalwahl-Ergebnisse in der Stadt im Dezember 1924 wie auch die Resultate bei der Landtagswahl und der Kreistagswahl im Mai 1928 können aufgrund der unterschiedlichen Motivation der Wähler nicht vorbehaltlos mit den Reichstagswahlen verglichen werden. Ihre Ergebnisse fügen sich jedoch in den Abwärtstrend der Partei, sozusagen als dessen Endpunkt.¹¹⁶ München bot den Nationalsozialisten offensichtlich keine günstige Basis mehr. Bereits bei der Kommunalwahl 1924 verbuchten die Völkischen ihr bestes bayerisches Ergebnis nicht in München, sondern mit zehn von 30 Sitzen in Ingolstadt.¹¹⁷

Dagegen spiegelte der Ausgang der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925 nur eingeschränkt diesen Trend wider, da dieser weniger ein Gradmesser der Zustimmung zur neugegründeten NSDAP war denn eine Persönlichkeitswahl. Aufgrund deren Ergebnisse hätte allerdings mancher Zeitgenosse den Nationalsozialisten eine noch düsterere Entwicklung in der Stadt verheißen können. Ludendorff blieb weit hinter allen Kandidaten zurück und erhielt in München gerade 4,8 Prozent der Wahlberechtigten. In Bayern ließen sich mit knapp zwei Prozent aller Wahlberechtigten die besten Ergebnisse im Reich erzielen, wo Ludendorff im Durchschnitt nicht einmal ein Prozent erhielt.¹¹⁸ Der Schwabinger NSDAP-Sektionsführer charakterisierte die schwere Wahlniederlage treffend: Ludendorff habe auf die breite Masse wie ein „rotes Tuch“ gewirkt.¹¹⁹

Obwohl sich die Reichstagswahl 1928 in den Abwärtstrend einfügte, brachte sie einen wichtigen Teilerfolg. Der Zugewinn von über 6000 Stimmen mehr gegenüber dem Ergebnis des Völkischen Blocks bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 stoppte den Abwärtstrend und ließ die NSDAP mit beinahe acht Prozent der Wahlberechtigten zur nominell drittstärksten Kraft in München werden

¹¹² Widmann, Wahlergebnisse, S. 6 (Tabelle). Vgl. auch Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933.

¹¹³ Bei den Reichstagswahlen am 4. 5. 1924 gewann der VBI in München 81 387 Stimmen, am 7. 12. 1924 dagegen nur noch 30 378 Stimmen: ZBSL 56 (1924), S. 294 ff., und ZBSL 57 (1925), S. 155 ff.

¹¹⁴ Tränhard, Wahlen, S. 172, Anm. 40.

¹¹⁵ Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ ZBSL 60 (1928), S. 437 ff.

¹¹⁸ Widmann, Wahlergebnisse, S. 9 (Tabelle). Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 46.

¹¹⁹ StA, PDM 6733: PND 501: Woltereck vor der NSDAP Schwabing am 2. 4. 1925.

nach SPD (24 Prozent) und BVP (17 Prozent).¹²⁰ Die Wählerschaft der völkischen Konkurrenz war gänzlich zur NSDAP abgewandert.¹²¹ Selbst die DNVP mußte 1928 dramatische Verluste hinnehmen und verlor im Vergleich zum Dezember 1924 beinahe drei Fünftel ihrer Wählerklientel. Für den Völkischen Block jedoch entstand ein Desaster. Er erhielt bei der Reichstagswahl nur noch von 0,14 Prozent der wahlberechtigten Münchner eine Stimme. Bei der bayerischen Landtagswahl verlor der Block in der Stadt rund 99 Prozent seiner Stimmen gegenüber 1924 und überzeugte gerade noch 750 Wähler für sich. In ganz Bayern erhielt die Partei, die ursprünglich mit 18 Sitzen im Landtag vertreten war, rund 7900 bzw. 0,3 Prozent der abgegebenen Stimmen.¹²²

Die SPD setzte ihren Aufwärtstrend seit den Reichstagswahlen in München im Frühjahr 1924 fort und konnte ihre Ergebnisse seither verdoppeln.¹²³ Sie übertraf mit den Münchner Erfolgen ihren Durchschnitt in Bayern und Oberbayern und erreichte 1928 in München sogar stärkeren Zulauf als der Durchschnitt im Reich. 1928 verdankte sie ihren Zugewinn von knapp 4 Prozent seit dem letzten Urnengang im Dezember 1924 den Verlusten von KPD (rund 2,4 Prozent) und DNVP.¹²⁴ Dieser Aufstieg offenbarte sich als reichsweiter Trend. Dagegen sah sich die KPD in München wie in ganz Bayern von einem Abwärtstrend betroffen. Der BVP wiederum gelang es, sich nach den Verlusten von 1924 zu stabilisieren und die Münchner Verluste bei der Reichstagswahl 1928 im Gegensatz zu den oberbayerischen und gesamt-bayerischen Ergebnissen (–6 Prozent bzw. –4 Prozent) niedrig zu halten. Die Gruppe der Nichtwähler war im Mai 1924 in München wie im bayerischen Durchschnitt mit über 30 Prozent der Wahlberechtigten sehr hoch und übertraf sogar den Reichsdurchschnitt um 9 Prozent, pendelte sich jedoch dann in München bis Mai 1928 auf dem Stand des Reichsdurchschnitts, bei 23 Prozent, ein. Die Fluktuation der Münchner DNVP-Reichstagswählerschaft war beachtlich: Von Mai bis Dezember 1924 konnte die Partei ihren Anteil an den Wahlberechtigten verdoppeln. Vier Jahre später verlor sie davon wieder drei Fünftel. Offensichtlich fungierte die DNVP in München als Sammelbecken rechtskon-

¹²⁰ Kapitel III.5., Anm. 113. ZBSL 60 (1928), S. 437ff. Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933.

¹²¹ Im Folgenden: Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933. ZBSL 60 (1928), S. 478–579.

¹²² Nachdem alle anderen Parteien bzw. der Anteil der Nichtwähler anstiegen oder relativ stabil blieben, konnte die NSDAP ihr Münchner Ergebnis von sieben Prozent der Wahlberechtigten nur aus den Verlusten der DNVP, des VBl oder der KPD ziehen. Die PDM vermutete, daß auch die Gewinne der NSDAP bei der Reichstagswahl 1928 in ganz Bayern auf Kosten der zwei völkischen Gruppen im Reich, NSFB und Deutschsoziale, gingen: StA, PDM 6766: PDM-Kommentar zum Wahlergebnis am 20. 5. 1928, o. D.; vermutlich Mai 1928.

¹²³ Im Folgenden: Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933. Widmann, Wahlergebnisse, S. 6 (Tabelle) und 8 (Tabelle Nichtwähler). Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, Tabelle 1.3.1.2., S. 44.

¹²⁴ Die DNVP-Verluste wurden nur z. T. durch die Zunahme der Nichtwähler um 2,4 Prozent und die Gewinne von DVP und Kleinstparteien um ca. 6 Prozent übernommen: Anhang 1, Wahlberechtigte in München 1924–1933. Auch im Reich gingen die DNVP-Verluste vor allem auf das Konto der Nichtwähler: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 194–201.

servativer Protestwähler. Gerade bei den beiden Reichstagswahlen 1924 war die Partei für diese Klientel weitaus attraktiver als die desolaten völkischen Gruppierungen.¹²⁵ Dies förderte nicht zuletzt der in der Stadt populäre und von den großen bürgerlichen Zeitungen, wie den Münchner Neuesten Nachrichten, der Münchner Zeitung und der Münchner Augsburgischer Abendzeitung, nachhaltig unterstützte Direktkandidat für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben, der ehemalige Großadmiral Tirpitz.¹²⁶ Möglicherweise machte sich die Münchner NSDAP Hoffnungen, mit Hilfe dieser DNVP-Verluste als möglichem Potential, dereinst zumindest den Stand der Aprilwahlen 1924 zurückzuerobern. Diese wandernden Wähler waren vermutlich bereits im Dezember 1924 von den Völkischen übergewechselt und akzeptierten tendenziell das DNVP-Gedankengut, das mit dem der NSDAP partiell verwandt war.¹²⁷

¹²⁵ Lagebericht 20 (2. 12. 1924), S. 10ff. Ebda. 21 (16. 12. 1924), S. 7. Gordon, *Hitlerputsch*, S. 493ff. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 31.

¹²⁶ Hoser, *Tagespresse*, S. 650ff. Der DNVP-Kandidat Lettow-Vorbeck konnte 1928 trotz erneuter Unterstützung durch die genannten Zeitungen den Erfolg des Jahres 1924 nicht wiederholen: Ebenda, S. 658f.

¹²⁷ Die DNVP lehnte Parlamentarismus, Demokratie bzw. die Weimarer Republik ab, vertrat einen gemäßigten Antisemitismus und partiell einen extremen Nationalismus. Ihr völkisch-alldeutscher Flügel hielt Kontakte zu verschiedensten rechtsradikalen Organisationen. Die Partei scheute auch die Zusammenarbeit mit der NSDAP nicht: Vogt, *Parteien*, S. 144f. Mosse, *Deutsche Rechte*, S. 222–234.

IV. Der Aufstieg der NSDAP 1929–1933

1. Die Parteireform 1929

Die Reichsleitung konnte 1929 die Defizite der Parteioorganisation in München, also vor ihrer eigenen Haustüre, nicht übersehen.¹ Die Bedeutung einer funktionierenden Organisation für den Erfolg war der Parteiführung durchaus bewußt. Himmler forderte in einem Münchner Zentralsprechabend im Frühjahr 1929 entsprechende Reformen und empfahl als Vorbild die hier erfolgreichere SPD.² Selbst Straßer nahm sich nun der in seinen Augen „unhaltbar gewordenen Führerverhältnisse in München“ an.³ An der künftigen Gestaltung der Münchner NSDAP diskutierte die gesamte Parteispitze mit.⁴ Mittlerweile war die Reichsleitung von der Münchner Parteibasis finanziell unabhängig und Hitler nicht mehr auf seine Hausmacht angewiesen. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, die Münchner Organisation grundlegend zu reformieren und auf eigene Füße zu stellen.

Am 1. November 1929 ernannte die Reichsleitung die Münchner Ortsgruppe zum Untergau „Groß-München“ und übergab die Führung am selben Tag dem Gauleiter der Oberpfalz,⁵ Adolf Wagner,⁶ dem es gelungen war, den ebenfalls an dem Amt interessierten oberbayerischen Gauleiter Fritz Reinhardt auszustechen. Die Grenzziehung des neuen Gaugebietes überließ Straßer der persönlichen Absprache zwischen Wagner und Reinhardt, mit der Folge, daß sich der wesentlich aggressivere Wagner ein weiteres Mal durchsetzte⁷ und für seinen Gau nun auch das Bezirksamt München-Land hinzu gewann.⁸ Erstmals besaß die Münchner

¹ Besonders wenn sie den deutlichen Aufschwung zum Vergleich heranzog, den der Gau Oberbayern durch die Aktivitäten seines neuen Leiters Fritz Reinhardt erhielt: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 98–101.

² StA, PDM 6739: PND 651: Himmler auf dem ZSA am 18. 3. 1929. Auch der neue Münchner Gauleiter Wagner erklärte in seiner Antrittsrede vor der Sektion Schwabing am 23. 10. 1929 zum bevorstehenden Ausbau der Ortsgruppe: „Die Schlagkraft hängt von der Güte der Organisation ab!“ in: IfZ, „Protokollbuch“, S. 141.

³ BA, Berlin, NS 22/1050: Straßer an den Gauleiter von Oberbayern, Fritz Reinhardt vom 21. 10. 1929.

⁴ Ebenda: Straßer an Adolf Wagner vom 30. 10. 1929.

⁵ Wagner führte zunächst parallel den Gau Oberpfalz bis Anfang November 1930 weiter und gab diesen erst am 3. 11. 1930 ab, als er zusätzlich den Gau Oberbayern übernahm: BA, Berlin, NS 22/1050: ROL/Abt. I an Wagner, 7. 11. 1930. Vgl. auch HRS IV/1, Dok. 22/S. 63: Anordnung Hitlers vom 7. 11. 1930.

⁶ VB 247 (24. 10. 1929), AdB. StA, PDM 6739: Morgenrapport des Polizeireferates VI/N, 24. 10. 1929. Tyrell, Führer befiehl, S. 378. IfZ, „Protokollbuch“, S. 141 f.: Antrittsbesuch Wagners vor der Sektion Schwabing am 23. 10. 1929.

⁷ BA, Berlin, NS 22/1050: Straßer an Reinhardt vom 21. 10. 1929 und Antwort Reinhardts vom 24. 10. 1929. Ebenda: Straßer an Wagner vom 30. 10. 1929. Zur Biographie Wagners: Ziegler, Gauleiter, S. 443 f. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 198 f.

⁸ VB 258 (7. 11. 1929), AdB. StA, PDM 6735: Vermerk des Polizeireferates VI/N vom 29. 12. 1928.

NSDAP nun eine eigenständige Führungsspitze, die künftig die zu Ortsgruppen ernannten Stadtteilorganisationen⁹ einheitlich koordinierte. Gleichzeitig reformierte die Parteileitung auch das Finanzierungssystem. Dieser Schritt, der im Kapitel über die Parteifinanzierung eingehender behandelt wird, war der wichtigste Teil der Gesamtreform der Münchner NSDAP im Herbst 1929. Der Reichsschatzmeister gewährte den Ortsgruppen nunmehr, wie allgemein in der NSDAP üblich, einen bestimmten Anteil ihrer Mitgliedsbeiträge zur eigenen Verwendung.¹⁰ Damit verbesserte sich die drückende Finanzmisere, und die Ortsgruppen hatten für die kommenden Wahlkämpfe mehr Geld zur Verfügung. Auf dem Gebiet der Propaganda ergriff Wagner unmittelbar nach seinem Antritt einschneidende Maßnahmen. Der Gau erhielt ein eigenes, von Wagner herausgegebenes Organ, zunächst unter dem Titel „Münchner Wacht“ und ab 1. September 1930 „Die Front“.¹¹ Der erfolglose Zentralsprechabend wurde abgeschafft. Die Ortsgruppen hatten künftig wieder wöchentliche Versammlungen abzuhalten, von denen sich Wagner größeren Erfolg für die Mitgliederwerbung versprach. Grundsätzlich verlegte die Gauleitung jedoch, wohl in Erinnerung an den Erfolg dieser Taktik im Jahr 1928, den propagandistischen Schwerpunkt endgültig vom introvertierten Vereinsleben auf Massenveranstaltungen und öffentlichkeitswirksamere Methoden. Die Organisationsreform sowie die intensiviertere Versammlungs- und Propagandatätigkeit zielten auf einen Mobilisierungsschub unter den Parteimitgliedern ab. Der neue Gauleiter erklärte die bisherige „Vereinsmeierei“ für beendet und drohte, er hätte eine Ortsgruppe, die in seinem vormaligen Gau ein so „klägliches Ergebnis“ bei der Abstimmung zum Young-Plan-Volksbegehren geliefert hätte, „glatt aufgelöst“. Er habe „den festen Willen, München wieder zur Hochburg des Nationalsozialismus zu machen.“¹² Dieses Motto machten sich die Ortsgruppen zu eigen.¹³

⁹ StA, PDM 6739: Morgenrapport des Polizeireferates VI/N vom 24. 10. 1929.

¹⁰ IfZ, MA 1221: Notiz im Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1929.

¹¹ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 8.

¹² StA, PDM 6739: Morgenrapport des Polizeireferates VI/N vom 24. 10. 1929.

¹³ Vgl. z. B. Westend-Wacht 4 (April 1930): Hier verglich der Westender Ogf Dietenhauser München mit erfolgreicherer Ortsgruppen im Reich und beschwor die Parteimitglieder: „Wir müssen wieder aus dem heutigen München ein München von 1923 machen.“

2. Die Organisation

Die Binnenstruktur des Münchner Gaugebietes

Das Gebiet der Münchner NSDAP in den Jahren 1929 bis 1933 läßt sich weitgehend rekonstruieren. Im November 1929 gehörte das gesamte Bezirksamt München-Land mit den NS-Ortsgruppen Solln, Obermenzing, Pasing, Freimann, Perlach und Trudering zum Untergau Groß-München.¹ Durch die Fusion der Gaue München und Oberbayern am 15. November 1930 erhielt der Gau, der weiterhin unter Wagners Leitung blieb, seine bis zur „Machtergreifung“ gültige Gestalt.² Damit ging der lange Machtkampf zwischen Wagner und dem oberbayerischen Gauleiter Reinhardt zu Ende, der mit dem Ringen um den Gau Groß-München begonnen hatte. Bereits im Oktober 1929 brüskierte Wagner Reinhardt durch seine rigorose Art, mit der er das Gebiet München-Land an sich riß. Damals konnte nur Straßers geschickte diplomatische Vermittlung³ Reinhardt vom Rücktritt abhalten.⁴ Ingeheim hatte Wagner wohl seit langem auf das oberbayerische Gaugebiet spekuliert und fortwährend innerhalb der Reichsleitung für eine Fusion geworben. Anfang Oktober 1930 resignierte Reinhardt, der sich mittlerweile als RPL II und durch seine Arbeit im Reichstag ohnehin stark überlastet fühlte.⁵ „Groß-München“ erstreckte sich nun im Nord- und Südosten weit über das Bezirksamt hinaus in das Umland Münchens. Außerhalb der Stadt arbeiteten 1930 die NS-Bezirke München-Land I mit den Ortsgruppen Gräfelfing, Großhadern, Pasing, Freimann, Neufreimann, Feldmoching und Garching sowie München-Land II mit den Ortsgruppen Ismaning, Schleißheim, Erding, Gronsdorf bei Haar, Deisenhofen und den Stützpunkten Garching, Baierbrunn und Unterhaching,⁶ das jedoch im November des Jahres zur Ortsgruppe wurde.⁷ Einen Monat später entstand die Ortsgruppe Gilching-Argelsried.⁸ Die Ortsgruppen Harlaching, Feldkirchen, Haar, Perlach, Ottobrunn, Neubiberg, Kirchtrudering und Waldtrudering gehörten vermutlich ab 1931 zum Kreis München-Ost.⁹ Die Ortsgruppe Perlach umfaßte 1933 die Gemeinden Ottobrunn, Neubiberg, Wald-

¹ StA, PDM 6735: PND 679: Gautagung der Gaue Oberbayern und München am 10. 11. 1929.

² HRS IV/1, Dok. 22/S. 63: Anordnung Hitlers vom 7. 11. 1930. Vgl. auch Tyrell, Führer befehl, S. 378. Pridham, Hitler's Rise, S. 97.

³ Straßers Verhalten in den Fragen, die die Münchner NSDAP betreffen, verdeutlicht, daß hinter seinem großen Einfluß in der Parteiführung und seiner enormen Durchsetzungsfähigkeit hervorragende diplomatische Fähigkeiten standen, geschickt verknüpft mit einem freundlichen, verbindlichen und angenehmen persönlichen Auftreten.

⁴ Kapitel IV.1., Anm. 7.

⁵ BA, Berlin, NS 22/1050: Reinhardt an Hitler vom 2. 10. 1930.

⁶ Front 8 (1. 12. 1930), AdB. Front 9 (15. 12. 1930), AdB. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Versammlungskalender“ und „Organisatorisches“. Ebenda 7 (1. 6. 1930), „Organisatorisches“ und „Ankündigung“. Ebenda 8 (1. 7. 1930), „Organisatorisches“.

⁷ Front 6 (1. 11. 1930), „Versammlungskalender“.

⁸ Hansen, Wohlfahrtspolitik, S. 450 (Biographischer Anhang).

⁹ IfZ, MA 1216: Rschr. GL-Kassier an Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Gaus vom 13. 1. 1933.

perlach, Aying, Hohenbrunn, Höhenkirchen, Siegertsbrunn, Brunnthäl, Faistenhaar, Hofolding, Harthausen, Grasbrunn und Putzbrunn.¹⁰ Im Juni 1932 wurden Erding¹¹ und im Oktober das Gebiet Pasing und „München-Land-West“ innerhalb der westlichen Grenzen des Bezirksamtes von der Dachauer Straße bis zum Forstenrieder Park wieder abgetrennt.¹² Der Rest bildete bis zur „Machtergreifung“ das Parteigebiet „Groß-München“.¹³

Nach der Fusion im November 1930 war die Münchner NSDAP zwar noch nominell unter dem Namen „Groß-München“ eine geschlossene Verwaltungseinheit, besaß jedoch ab diesem Zeitpunkt wieder einmal kein Leitungsgremium, das die Münchner Ortsgruppen innerhalb des neuen Gaues München-Oberbayern eigenständig zusammengefaßt hätte. Diese Situation wurde im Juni 1931 durch die Gau-Unterteilung in Bezirke noch deutlicher. Weder Gau- noch Reichsleitung konnten sich dazu entschließen, nach dem Berliner Modell einen eigenständigen Gau München zu schaffen. Dennoch hatte dies keine negative Wirkung wie ehemals vor 1929, denn die Gauleitung betreute die städtische Organisation auch weiterhin intensiv.

Die Zahl der Münchner NSDAP-Ortsgruppen wuchs in zwei Schüben 1930 und 1932. Die acht Sektionen bzw. nunmehr Ortsgruppen waren durch die Trennung der seit 1927 fusionierten Stadtteilorganisationen nach dem Amtsantritt des neuen Gauleiters im Oktober 1929¹⁴ bis Januar 1930 neun geworden: Die Ortsgruppen Mitte (Fusion aus Innere Stadt und Lehel¹⁵), Haidhausen, Schwabing, Au-Giesing, Süd (Stadtbezirke X, XI, XIX und XXIV), Westend, Laim, Neuhausen und Gern-Nymphenburg. Um die Verwaltung und Betreuung der kontinuierlich wachsenden Mitgliederzahl zu verbessern, teilte die Gauleitung die Ortsgruppen regelmäßig und untergliederte diese durch Sektionen.¹⁶ Die neun Ortsgruppen mit ihren 24 Sektionen im Januar 1930 wuchsen bis Herbst 1930 auf 25 und zwischen 1932 und 1933 schließlich auf 39 Ortsgruppen, die nach den Stadtbezir-

¹⁰ IfZ, MA 1216: Organisationsplan der Ortsgruppe Perlach, o. w. A. Datierung nach Organisationsstand 1933.

¹¹ Kapitel IV., S. 236.

¹² StA, PDM 6786: Rschr. GGF an die Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Gaues vom 10. 10. 1932.

¹³ StA, NSDAP 238: „Vorschlag zur Neuorganisation Münchens“, Vortrag in der GGF am 30. 4. 1934. Mitteilungsblatt NSDAP-Kreis München-Nord Nr. 2 (1. 3. 1933).

¹⁴ VB 284 (7. 12. 1929), AdB, „Verzeichnis der Sektionslokale“.

¹⁵ StA, PDM 6733: PND 686: Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Mitte 13. 1. 1930. IfZ, „Protokollbuch“, S. 151.

¹⁶ Die Unterteilung der Ortsgruppen in Sektionen Mitte Januar 1930 läßt sich nur indirekt durch ihre Erwähnung in den Ortsgruppen belegen. Vgl. die Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen Mitte (ehemals Sektion Innere Stadt) am 13. 1. 1930 (StA, PDM 6733: PND 686 (5. 2. 1930)), Westend am 9. 1. 1930 (Ebenda: PND 685 (1. 2. 1930)) und Haidhausen am 10. 1. 1930 (Ebenda: PND 586 (5. 2. 1930)). Zur Einteilung des Stadtgebietes in Ortsgruppen, Sektionen und Zellen Mitte 1930: Münchner Wacht Nr. 7 (Juni 1930) und Nr. 8 (Juli 1930), „Organisatorisches“. Doch bereits im Oktober des Jahres waren die meisten Sektionen aufgrund des Mitgliederzuwachses zu eigenständigen Ortsgruppen umgewandelt worden: IfZ, MA 1216: Rschr. Gauleiter Wagner an die Ortsgruppen des Gaues vom 30. 10. 1930. Im Februar 1932 setzte eine neue Welle von Unterteilungen in neue Sektionen ein: IfZ, MA 1216: Rschr. GGF an BzF und Ogf des Gaues vom 12. 2. 1932.

ken, die sie bearbeiteten, Nummern erhielten.¹⁷ Die Ortsgruppen Solln, Aubing und Ramersdorf ragten noch 1930 in das Gebiet München-Land hinein. Solln umfaßte das Gebiet Prinz-Ludwigshöhe, Großhesselohe, Höllriegelskreuth, Pullach und den Stützpunkt Grünwald.¹⁸ Nachdem bereits vorher der Rechtsanwalt Rudolf Schraut Parteistrukturen aufzubauen versucht hatte, entstand während des September-Wahlkampfes 1930 die Ortsgruppe Aubing.¹⁹ Einen Monat später gründete der NS-Stadtrat Jakob Grimminger die Ortsgruppe Ramersdorf. Grimminger war schon seit 1923 mit einer kleinen Gruppe in diesem stark von der Arbeiterbewegung dominierten Viertel aktiv. Die Ortsgruppe umfaßte noch im Oktober 1931 die Sektionen Perlach und Berg am Laim.²⁰ Hinzu kamen im Herbst 1930 die Ortsgruppen „Studenten“ und „Musik“²¹ sowie im Juni 1931 die auf ROL-Anordnung eingerichtete „Sektion Gauleitung“ für die Funktionäre der Gauleitung München-Oberbayern²² und schließlich Ende 1932 sogar eine Taubstummen-Ortsgruppe.²³

Die Koordination der Münchner NSDAP erhielt durch die Reform 1929 grundsätzlich neue Züge. Die Ortsgruppen waren der Gauleitung direkt unterstellt und wurden von deren Abteilungsleitern, die wiederum fachlich den entsprechenden Abteilungen der Reichsleitung unterstanden, über die jeweiligen Ortsgruppenwarte für Propaganda, Presse usw. dirigiert. Ihre Anweisungen veröffentlichte die Gauleitung in der „Münchner Wacht“ und anschließend in der „Front“ sowie ab 1930 durch detaillierte regelmäßige Rundschreiben.²⁴ Die anwachsende Mitgliederzahl erforderte einen fortwährenden Ausbau der Binnenstrukturen, um die Mitglieder effektiv einzubinden, die Werbung zu intensivieren und die Ortsgruppen effizient zu koordinieren. Um sich hier zu entlasten und weiterhin eine straffe Führung zu gewährleisten, übernahm die Gauleitung nach der Fusion 1930 die Bezirkseinteilung des vormaligen Gauleiters Reinhardt und erweiterte sie auf München. Im Oktober 1930 war das gesamte Gaugebiet in

¹⁷ Rschr. Wagners vom 30. 10. 1930 (Kapitel IV.2., Anm. 29). StA, PDM 6827: Führer der Standarte „L“, Bunge, an SA-Untergruppe und GL München-Oberbayern vom 29. 1. 1932: Ortsgruppenzugehörigkeit der SA-Stürme. StA, PDM 6786: hs. Liste der Ortsgruppen und Ortsgruppenführer Münchens vom 10. 2. 1933.

¹⁸ Front 8 (1. 12. 1930), „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistische Frauen: Ortsgruppe Solln“.

¹⁹ Front 5 (15. 10. 1930), AdB.

²⁰ Front 6 (1. 11. 1930), AdB. IfZ, MA 738: Versammlungseinladung der Ortsgruppe für den 13. 10. 1931.

²¹ StA, Würzburg, RSF II/14: GGF an Ogf Studenten vom 12. 10. 1931. IfZ, MA 1216: GL an Ogf des Gaues, 30. 10. 1930.

²² BA, Berlin, NS 22/1050: GGF an ROL I, 11. 6. 1931.

²³ IfZ, MA 1216: GGF an Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 17. 12. 1932. SMP 2 (8. 1. 1933), Gaubefehle.

²⁴ IfZ, MA 1216: Rschr. GGF und GPL an die Ogf des Gaues München-Oberbayern 1930–1932. Ab Dezember 1931 gab es Rundschreiben nur noch in Ausnahmefällen. Alle Anordnungen erschienen nun in der Front-Rubrik „aus dem Gau München-Oberbayern“ und waren von den Parteifunktionären zu sammeln: Front 19 (5. 12. 1931), „Gaubefehle“. Der GGF versuchte auf diesem Wege Portokosten zu sparen und zugleich Front-Abonnenten zu sichern.

28 Bezirke mit eigenständigen Führungsapparaten eingeteilt. In München entstanden, benannt nach den Himmelsrichtungen, vier „Bezirke“, bis zum Frühjahr 1931 kam noch ein fünfter hinzu: München-Mitte, München-Nord, München-Ost, München-Süd und München-West. Allerdings fusionierte Wagner im Juni des gleichen Jahres München-Mitte und München-Süd.²⁵ Diese Bezirke bzw. ab Herbst 1932 „Kreise“ genannt, kontrollierten das Kassenwesen der Ortsgruppen und ihrer Unterorganisationen, führten eigene Parteischiedsgerichte und regelten den gesamten „Dienstverkehr“ mit der Gauleitung; darüber hinaus organisierten sie gemeinsam mit dem Gaupropagandaleiter den Wahlkampf in ihrem Gebiet.²⁶ Die Kreise boten mit ihrem geplanten Führungsstab von zehn bis fünfzehn Mitarbeitern, zu denen seit Oktober 1932 sogar ein Filmwart zählte, und einer Vielzahl von Vertrauensleuten vielen Aktivisten Betätigungsmöglichkeiten.²⁷ Auf der gemeinsamen Amtswaltertagung der Kreise München-Ost und München-Mitte-Süd, die zusammen auch ein eigenes Kreisorchester besaßen, erschienen Anfang Januar 1933 rund 650 Personen.²⁸ Die Besetzung aller vorgesehenen Ämter gelang jedoch, wie schon im Fall der Ortsgruppen, beinahe nie. So waren etwa bei der Kreisleitung West im November 1932 selbst die Ämter des Propagandaleiters und des Betriebszellenwartes noch immer vakant.²⁹ Anfang Oktober 1932 reformierte die Gauleitung die innere Gliederung des Gaus und benannte die Bezirke in Kreise um (Tabelle 10).³⁰ Das Bezirksamt München Land war nunmehr auf die fünf Kreise München-Nord, München-Ost, Kreis 5 und Wolfratshausen aufgeteilt, wobei München-Nord auch Ortsgruppen umfaßte, die zu den staatlichen Verwaltungsbezirken Dachau, Freising und Erding gehörten. Manche Ortsgruppen des Kreises München-Ost wiederum gehörten zu Ebersberg und Wolfratshausen, d. h. das Gebiet der NSDAP München deckte sich auch jetzt nicht exakt mit dem Bezirksamt München-Land. Der gesamte Gau war nun in 30 Kreise gegliedert, von denen die Kreise 6 bis 30 zusätzlich drei Gaukommissaren unterstellt

²⁵ Rschr. Wagners vom 30. 10. 1930 (Kapitel IV.2., Anm. 29). IfZ, MA 738: Richtlinien für die Arbeit der BzF und Ogf des Gaus München-Oberbayern, o. D.; die Abteilung „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ war noch unbesetzt; nachdem Georg Sturm dieses Amt im November 1930 übernahm, läßt sich das Dokument spätestens auf diesen Monat datieren. StA, PDM 6786: Richtlinien für die Arbeit der BzF und Ogf des Gaus München-Oberbayern vom 20. 6. 1931. Ebenda: Verzeichnis der BzF im Gau München-Oberbayern, o. w. A.; Datierung vor Juni 1931, da im Dokument die beiden Bezirke München-Mitte und -Süd noch nicht vereinigt sind. Vgl. generell zur Geschichte der NSDAP-Kreise: Roth, Kreisleiter, u. a. S. 17–26, 37 ff.

²⁶ Vgl. z. B. Rschr. Bezirk München-Ost vom 14. 3. 1932 an die Ortsgruppe Ramersdorf. Vgl. auch Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38. Rschr. GGF vom 10. 10. 1932: Kapitel IV.2., Anm. 25.

²⁷ Rschr. GGF vom 10. 10. 1932: Kapitel IV.2., Anm. 25.

²⁸ VB 11 (11. 1. 1933), „650 Münchener Amtswalter angetreten“.

²⁹ StA, PDM 6733: PND 796: Amtswaltersitzung des Kreises West am 8. 11. 1932.

³⁰ Im Folgenden: Rschr. GGF vom 10. 10. 1932: Kapitel IV.2., Anm. 25. Front 3 (16. 1. 1932), AdB. Mitteilungsblatt NSDAP-Kreis München-Nord Nr. 2 (1. 3. 1933). StA, PDM 6786: PDM-Liste der Münchner Ortsgruppen und ihrer „Verkehrslokale“ von 1932. StA, PDM 6733: PDN 784 und 796: Amtswaltersitzungen Bezirk Westend am 18. 7. 1932 und Kreis West am 8. 11. 1932.

waren. Jeder Kreis besaß künftig einen eigenen USchLA, um den Gau-USchLA zu entlasten.³¹ Diese Gliederung der Münchner NSDAP galt nunmehr bis zur Neuorganisation 1934.³²

Tab. 10: Die Neugliederung der Münchner NSDAP-Kreise ab Oktober 1932

NSDAP-Kreise	Ortsgruppen bis Okt. 1932	Ortsgruppen ab Okt. 1932
Kreis 1 („München-Stadt-Mitte u. Süd“)	10, 11, 19, 24, Sendlingertorplatz-Stachus, Innere Stadt, 13 (Lehel)	Gleichbleibend
Kreis 2 („München-Nord“)	5, 6, 7, 22, 26, 27 ³³	jetzt zusätzlich: Feldmoching, Schleißheim, Freimann, Garching und Ismaning-Unterföhring ³⁴
Kreis 3 („München-Ost“)	13, 14, 15 16, 29, Giesing, Ramersdorf	jetzt zusätzlich: Neuharlaching, Harlaching, Feldkirchen, Haar, Ottobrunn, Waldtrudering und Perlach ³⁵
Kreis 4 („München-West“)	8, 9, 20, 21, 23, 28, 30 (Borstei), Laim	jetzt zusätzlich: Moosach
Kreis 5	–	neuformiertes Gebiet: Pasing und „München-Land-West“ ³⁶

Die Gauleitung wurde mit beinahe allen Gliederungen in München tätig, manche Abteilung entfaltete gerade hier ihre größten Aktivitäten. Daher erscheint eine genauere Betrachtung dieses Apparates sinnvoll. Dabei werden die Mittelstandsorganisation und die NSBO erst an späterer Stelle detaillierter behandelt. Die Gaugeschäftsstelle befand sich anfangs in der Schwabinger Schellingstraße 50, verlegte wenig später ihren Sitz in das Gebäude mit der Hausnummer 37³⁷ und schließlich am 1. November 1931 zwei Straßen weiter in das Gartenhaus der Barerstraße 14.³⁸ Wegen des stetig wachsenden Verwaltungsapparates wechselte die Gau-Fachabteilung Landwirtschaft in das von der Partei Anfang 1932 angemietete Gebäude in der Brienner Straße 43, wo bereits die entsprechende Abteilung der Reichsleitung

³¹ Rschr. GGF vom 10. 10. 1932: Kapitel IV.2., Anm. 25.

³² StA, NSDAP 238: „Vorschlag zur Neuorganisation Münchens“, Vortrag in der GGF am 30. 4. 1934.

³³ Dies waren die sechs ursprünglichen Sektionen der Ortsgruppe Schwabing: IfZ, „Protokollbuch“, S. 151.

³⁴ Der Kreis 2 umfaßte jetzt das gesamte Gebiet zwischen der Dachauer Straße und dem mittleren Isarkanal.

³⁵ Der Kreis 3 umfaßte jetzt das gesamte Gebiet östlich des Isar-Kanals bis zur Bahnlinie nach Holzkirchen und dem Perlacher Forst, d. h. bis zur südlichen Bezirksamtsgrenze.

³⁶ Das Gebiet innerhalb der Westgrenzen des Bezirksamtes von der Dachauer Straße bis zum Forstenrieder Park.

³⁷ VB 271 (22. 11. 1929), AdB. Westend-Wacht 1 (Januar 1930), „Organisatorisches“. Front 5 (15. 10. 1930), AdB.

³⁸ Front 14 (31. 10. 1931), AdB.

arbeitete. Im Garten des unmittelbar angrenzenden „Braunen Hauses“ errichtete die Partei 1931 für die „Hilfskasse“ und andere Abteilungen einen Seitenbau.³⁹ Schließlich zog auch die OSAF in die Brienner Straße 43.⁴⁰ Dieses „Braune Haus“, das frühere Palais Barlow in der Brienner Straße 45, war von der Partei im Juli 1930 als repräsentative Parteizentrale gekauft worden und hatte seinen Namen auf Anregung Julius Streichers erhalten.⁴¹ Doch der stetig expandierenden Parteiverwaltung genügte das Anwesen nicht. Seit Sommer 1932 mietete die Reichsleitung schließlich auch noch das im Stadtinnern gelegene ehemalige Hotel „Der Reichsadler“ mit 120 Zimmern.⁴²

Im Sommer 1930 begann die Gauleitung erstmals ihren bislang aus den Ämtern des Propagandaleiters, des „Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses“ sowie des Kassiers gebildeten Apparat⁴³ zu erweitern. Auf Anraten des Leiters der NSDAP-Reichsorganisationsabteilung II, Konstantin Hierl,⁴⁴ folgte sie dabei der bereits seit dem Jahreswechsel 1929/1930 weitaus komplexeren Struktur der Reichsleitung. Hierls Abteilung entwarf seit dem Parteitag 1929 langfristige programmatische Konzepte für die NSDAP und den künftigen NS-Staat.⁴⁵ Die Gauleitung plante nun Fachabteilungen für Berufsstände sowie wirtschaftliche bzw. politische Themengebiete und richtete im Juni 1930 zunächst Beratungsstellen für die Gebiete „Rassen- und Volksgesundheitspflege“, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel, Erziehung, Wehrfragen, Bankfragen, Steuer, Recht, Verkehr, Gemeinde, Mittelstand, Beamte und für „Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene“ ein.⁴⁶

Der Aufbau der jeweiligen Berufs- und Wirtschaftsorganisationen ging jedoch nur langsam voran, nachdem Straßer und Hierl, die beiden führenden Köpfe der ROL, erst im Frühsommer 1930 ihre Bedenken gegen eine zu vielfältige Untergliederung, die die Partei und ihre einheitliche Kampflinie zersplittern könnte, aufgegeben hatten.⁴⁷ In den folgenden Jahren entwickelte der Gauapparat in drei Schüben immer größere Komplexität, die sich jeweils an den Organisationsreformen der Reichsleitung orientierte.⁴⁸ Nach der ersten Umformung im November 1930, die die Steuerung von Organisation und Propaganda dem Geschäftsführer überließ (Graphik 1), schuf die zweite Reform im Frühjahr 1931 sechs zentrale

³⁹ Front im Bild 1 (1. 1. 1932), „Hilfskasse“. Über den Ankauf des Drexl-Palais verhandelten die Nationalsozialisten bereits seit dem Frühsommer 1931: StA, Lagebericht 101 (9. 6. 1931), S. 1. Vgl. auch: Königplatz-Panorama, S. 34–68.

⁴⁰ Schäfer, München, S. 93.

⁴¹ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 3. Hitler ordnete am 30. 9. 1931 an, die Bezeichnung „Braunes Haus“ innerhalb der NSDAP künftig nur noch für das Anwesen in der Brienner Straße 45 zu verwenden: Ebenda.

⁴² StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 1.

⁴³ Münchner Wacht 7 (Juni 1930), „Organisatorisches“.

⁴⁴ Pridham, Hitler's Rise, S. 196 ff.

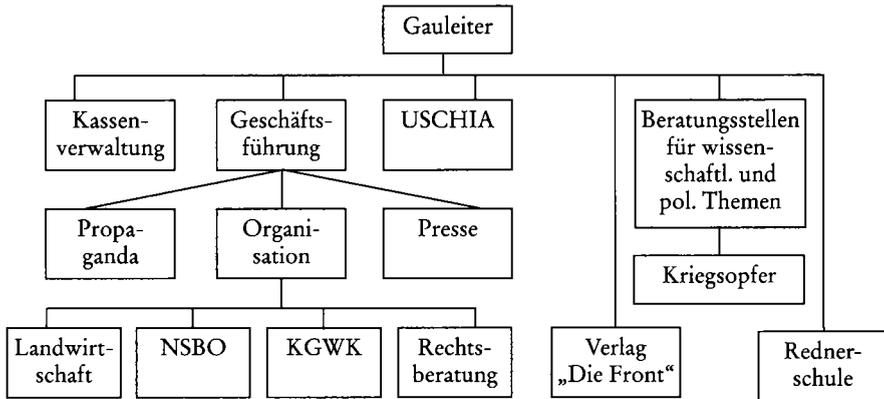
⁴⁵ Kissenkoetter, Straßer, S. 48 ff. Tyrell, Führer befehl, S. 358–364.

⁴⁶ Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Aufruf“ und „Kriegsbeschädigte“.

⁴⁷ Tyrell, Führer befehl, S. 310.

⁴⁸ Im Folgenden: Front 1930–1932, AdB und „Gaubefehle“. VB 1930–1933, AdB. StA, Lagebericht 1930–1932. Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38. Kissenkoetter, Straßer, S. 39, 65–76.

Graphik 1: Die Gauleitung München-Oberbayern Ende 1930



Abteilungen,⁴⁹ aus denen sich schließlich im Sommer 1932 neun „Hauptabteilungen“ entwickelten (Graphik 2).⁵⁰ Die Abteilungen Organisation I und II sowie „Rasse und Kultur“ wurden hierbei aufgelöst, die Angelegenheiten letzterer übernahmen die Unterabteilungen für „Volksbildung“ und „Volksgesundheit“.

Die Organisationsabteilung II hatte sich, wie ihr Pendant bei der ROL, nebenbei auch den programmatischen Vorarbeiten für den Fall einer nationalsozialistischen Machtübernahme gewidmet.⁵¹

Möglicherweise erfuhr der Gauapparat, wie die Reichsleitung, nach dem Rücktritt des ROL Straßer im Dezember 1932 erneut eine Reorganisation;⁵² dies ließ sich jedoch aufgrund der Quellenlage nicht belegen. Der Ausbau des zwischenzeitlich auch auf Gauebene gewaltig anwachsenden Apparates 1931 und 1932 stieß wegen seines Ausmaßes bei manchen Münchner Nationalsozialisten auch auf Kritik.⁵³ Da stellenweise die Systematik fehlte, kam es immer wieder zu „Wildwuchs“, und einzelne Abteilungen konkurrierten mit nahezu identischen Organisationen miteinander. Mit ihrer im Juni 1932 geplanten Berufsgruppe der nationalsozialistischen Lehrer⁵⁴ erregte die Abteilung „Rasse und Kultur“ zwangsläufig den Ärger

⁴⁹ In der ROL waren es anfangs zehn und bis Sommer 1932 schließlich zwölf; zur RL vgl. Tyrell, Führer befehl, S. 359 ff. Auch: Kissenkoetter, Straßer, S. 65–76.

⁵⁰ Die beiden Organisationsabteilungen der ROL waren bereits im Juni 1932 fusioniert und gliederten sich in zunächst fünf, schließlich neun Hauptabteilungen: Kissenkoetter, Straßer, S. 68 ff. Zum fortwährenden Umbau vgl. das Verordnungsblatt der RL 1932, z. B. Nr. 32 (30. 9. 1932), „Anordnung“ des ROL Straßer vom 17. 9. 1932; jetzt erhielt die HA III „reine Generalstabs-Aufgaben“, d. h. die Ausarbeitung künftiger Regierungsprogramme. NS-Frauenschaft, Beamte und Kriegsofopferversorgung waren ab 1. 10. 1932 eigenständige Hauptabteilungen.

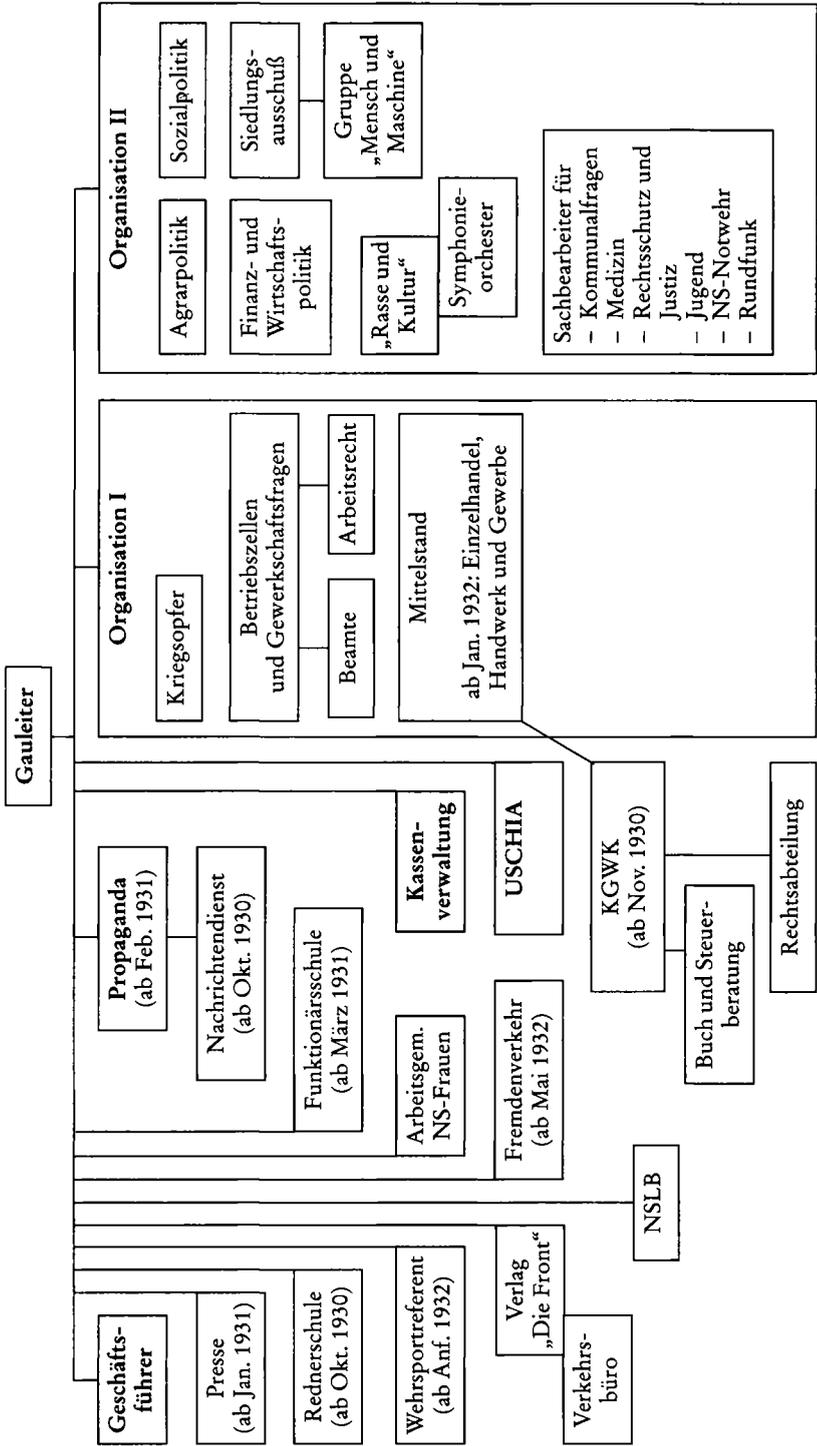
⁵¹ BA, Berlin, NS 22/1050: GGF an ROL I vom 24. 3. 1931. Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38. Hierzu auch Pridham, Hitler's Rise, S. 199 ff.

⁵² Kissenkoetter, Straßer, S. 180.

⁵³ BA, Berlin, NS 22/266: Wagner an Personalamt der ROL vom 26. 2. 1933.

⁵⁴ StA, NSDAP 992: GGF Nippold an Bauer vom 6. 6. 1932.

Graphik 2: Die Gauleitung München-Oberbayern, vom Frühjahr 1931 bis Sommer 1932



des NSLB. Das Vorhaben kam jedoch nicht mehr zustande, da die Abteilung im Gefolge der Organisationsreform von ROL und Gauleitung im Sommer 1932 aufgelöst wurde.⁵⁵ Im Sommer 1932 besaßen sowohl die Abteilung „Volksbildung“ als auch der „Kampfbund für deutsche Kultur“ eine Fachgruppe „Theater“.⁵⁶ Die 1932 aktiven Fachgruppen für „Rassenkunde“, Musik und Schulwesen der Abteilung „Volksbildung“⁵⁷ existierten bei der ROL schon seit 1931.⁵⁸

Die Gauabteilungen waren fachlich den entsprechenden Sachbearbeitern oder Hauptamtsleitern in der ROL unterstellt und hatten in der Regel feste wöchentliche Sprechstunden sowie ein eigenständiges Versammlungswesen, sofern sie sich den Berufsständen oder wirtschaftlich-politischen Themengebieten widmeten. Im Sommer 1932 band die ROL die Gauabteilungen noch stärker an ihre Weisungen und unterstellte die Gauleiter eigenen Landes- bzw. Reichsinspektoren. Dadurch war die Unterordnung des Gauapparates unter die ROL weitaus deutlicher geregelt als noch durch die 1928 erlassenen Richtlinien.⁵⁹ Über die neuengerichteten Landesrevisoren nahm nun auch der RSM Schwarz seine Kontrollrechte über die Gaufinanzen wesentlich wirksamer wahr als bisher.⁶⁰ Allerdings konnte sich der hartnäckige Münchner Gauleiter Wagner gelegentlich gegen die ROL durchsetzen, so etwa gegen das ROL-Weisungsrecht in Fragen der Personalpolitik⁶¹ oder gegen den Befehl im Juni 1932, im Rahmen der Neuorganisation die Gaugebiete entsprechend den staatlichen politischen Verwaltungseinheiten nur noch in Kreise zu unterteilen und alle anderen Verwaltungsgebilde aufzulösen.⁶² Wagner hielt bis zum Herbst 1932 an seiner Bezirksorganisation fest.⁶³

Erstaunlicherweise blieb gerade die Propagandaleitung des Gaues lange Zeit unvorteilhaft geregelt. Von Mai bis August 1930 führte der 1929 rehabilitierte Edmund Heines, seit August 1929 Führer der SA-Standarte München-Land und der Ortsgruppe Haidhausen, das Amt.⁶⁴ Als die Stelle anschließend, mangels ausreichender Finanzierung, bis März 1931 unbesetzt blieb bzw. sich der Gaugeschäftsführer und der zweite Kassier der Gauleitung deren Aufgaben teilten, geriet die Koordination der Parteipropaganda mehr und mehr ins Hintertreffen.

⁵⁵ Verordnungsblatt der RL 25 (17. 6. 1932) und 31 (15. 9. 1932), ROL-Anordnungen vom 10. 6. und 7. 9. 1932.

⁵⁶ Front 33 (13. 8. 1932), AdB. Ebenda 34 (20. 8. 1932), AdB. Ebenda 43 (22. 10. 1932), AdB: „Gaubefehle“.

⁵⁷ Kapitel IV.2., Anm. 302.

⁵⁸ Verordnungsblatt der RL 1 (1. 6. 1931), „Anordnung“ des ROL II vom 30. 5. 1931. Ebenda 6 (31. 8. 1931), „Bekanntgabe“ des RGF vom 31. 8. 1931.

⁵⁹ Kissenkoetter, Straßer, S. 66 f. und 72. Verordnungsblatt der RL 25 (17. 6. 1932), „Bekanntgabe“ ROL vom 10. 6. 1932.

⁶⁰ Verordnungsblatt der RL 26 (30. 6. 1932), „Anordnung“ des RSM vom 24. 6. 1932.

⁶¹ Vgl. zum Fall des stellv. Leiters der Abteilung „Kriegsopfer“, Grapp: Kapitel IV.4.

⁶² Kissenkoetter, Straßer, S. 72. Vgl. auch Verordnungsblatt der RL 25 (17. 6. 1932), ROL-„Bekanntgabe“ vom 10. 6. 1932.

⁶³ V. a. durch die Unterstellung unter Landesrevisoren brüskiert, verzögerten auch andere Gauleiter Straßers Vorgaben: Roth, Kreisleiter, S. 22 ff.

⁶⁴ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 10. Ebenda 93 (1. 9. 1930), S. 7. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Organisatorisches“. Front 3 (20. 9. 1930), AdB. BA, Berlin, R 15.07/67100: Polizeipräsidium Berlin an Polizeipräsidium Bielefeld, Mai 1931.

Unregelmäßigkeiten im Kontakt zur Reichsleitung machten schließlich die RPL auf diese Situation aufmerksam, und es kam Ende Februar 1931 zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Gauleiter Wagner und dem neuen stellvertretenden RPL Franke.⁶⁵ Dessen Vorgänger Himmler hatte im September 1930 bereits die Organisation der Sprechabende der Münchner Ortsgruppen kurzfristig übernommen.⁶⁶ Schließlich setzte Straßer die Gauleitung unter Druck,⁶⁷ da der Propagandaapparat im Gaugebiet mehr und mehr an Effizienz verlor. Dies zeigte sich nicht zuletzt darin, daß manche Münchner Ortsgruppe, aber vor allem die Ortsgruppen des ab November 1930 neu übernommenen Gaues Oberbayern, trotz aller Bemühungen der Gauleitung nach wie vor keine Propagandawarte besaßen.⁶⁸ Im Februar 1931 übernahm schließlich der SA-Untergruppenführer Oberbayern, Hans Rauscher, die Gaupropagandaleitung.⁶⁹ Inmitten des Reichspräsidentenwahlkampfes, im März 1932, löste ihn der Verlagsleiter der Front, Matthäus Dötsch, ab,⁷⁰ der diesen Posten aber aus Enttäuschung über den Wahlausgang im November 1932 wieder verließ. Auf die kommissarische Leitung durch den Gaugeschäftsführer Hartmann⁷¹ folgte Ende Dezember der Ortsgruppenführer Haidhausen-West und Propagandaleiter des NSDAP-Kreises München-Ost, Karl Wenzl, als neuer Propagandaleiter.⁷²

Neben den Einrichtungen für seine alltäglichen Aufgaben, wie Kassenführung, Personalpolitik und Propaganda, besaß der Gau eine Reihe spezieller Unterabteilungen. Während der „Wehrsportreferent“ seit Anfang 1932 den entsprechenden Sport für die HJ organisierte,⁷³ sprach die im November 1931 gegründete Gruppe „Mensch und Maschine“ des „Siedlungsausschusses“ eher romantische Neigungen an. Ihre Mitglieder widmeten sich theoretischen Überlegungen, wie der „Fluch der Maschine“ beseitigt und zugleich ihr „Segen“ erhalten werden könne.⁷⁴ Die „NS-Notwehr“, die auch ein Pendant in der Reichsleitung besaß, war seit Juni 1931 für die juristische Beratung und Unterstützung inhaftierter Parteimitglieder zuständig.⁷⁵ Die Abteilung „Kriegsopfer“⁷⁶ hielt ab Herbst 1931 an

⁶⁵ BA, Berlin, NS 18/5023: Himmler an GL München, 20. 12. 1930. BA, Berlin, NS 22/1050: Franke an ROL I, 27. 2. 1931. Ebenda: GGF an ROL I vom 16. 3. 1931. Ebenda: Wagner an ROL I vom 16. 3. 1931. Auch Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 68.

⁶⁶ BA, Berlin, NS 18/5009: Korrespondenz Münchner Ortsgruppen mit Himmler, September/Oktober 1930.

⁶⁷ BA, Berlin NS 22/1050: Straßer an GL Groß-München vom 23. 3. 1931.

⁶⁸ BA, Berlin, NS 18: GGF an RPL, 18. 12. 1930.

⁶⁹ StA, PDM 6833: PND 736: Appell 29. 5. 1931.

⁷⁰ Front 13 (25. 3. 1932), AdB.

⁷¹ Hartmann zeichnet von Anfang bis Mitte Dezember 1932 die Rundschreiben der GPL. Anschließend erscheint Wenzls Unterschrift: IfZ, MA 1216: GPL-Rschr. 1932.

⁷² StdA München, Ratsherrenkartei s. v. Wenzl, Karl. BA, Berlin (ehem. BDC): Pk Wenzl, Karl.

⁷³ Front im Bild 4 (13. 1. 1932).

⁷⁴ Front 14 (31. 10. 1931) und 15 (7. 11. 1931), jeweils Rubrik „Wirtschaftspolitische Abteilung“.

⁷⁵ StA, PDM 6824: Polizeibericht, Juni 1931, o. w. A. BA, Berlin, NS 22/1050: Springer an ROL/Abt. I, 12. 12. 1931 in Sachen des inhaftierten SA-Mannes Georg Höll, Leonrodstr. 16.

⁷⁶ Im Oktober 1932 wurde die Kriegsopferabteilung, entsprechend der ROL, zur selbstän-

vier Wochentagen Sprechstunde,⁷⁷ führte 1932 sukzessive in den Münchner Ortsgruppen und im gesamten Gau entsprechende Obleute ein⁷⁸ und bot den durch den Weltkrieg versehrten Parteimitgliedern kostenlose Rechtshilfe und Vertretung gegenüber den Behörden in Zivil- und Strafsachen an.⁷⁹ Damit suchte sie unter den anderen Kriegsoffer-Verbänden Mitglieder für die NSDAP zu gewinnen.⁸⁰ Mit der Abteilung für Fremdenverkehr⁸¹ wie auch mit dem Verkehrsbüro des Front-Verlages⁸² verfolgte die Gauleitung im Sommer 1932 politische und ökonomische Ziele. Sie wollte Parteimitgliedern auf dem Land in der Feriensaison Sommergäste und damit Verdienstmöglichkeiten vermitteln und zugleich „reiselustigen und erholungsbedürftigen“ Nationalsozialisten eine Unterkunft bei Gesinnungsgenossen verschaffen.⁸³ Damit ließen sich zugleich die Binnenkontakte und der innere Zusammenhalt der Partei, aber auch deren Attraktivität als „soziale“ Einrichtung fördern. Die „Steuer- und Wirtschaftsberatungsstelle“ der Landwirtschaftsabteilung beriet ab Juni 1932 Landwirte und Gewerbetreibende in Steuer-, Wirtschafts-, Rechts- und Buchführungsangelegenheiten und vertrat diese gegen geringes Entgelt vor den Behörden.⁸⁴ Die Rundfunkabteilung bemühte sich seit Sommer 1932, in den Ortsgruppen mittels „Rundfunkwarten“ die jeweiligen Rundfunktechniker, „erfahrenen Bastler“, Installateure und Elektroingenieure für die Parteipropaganda zu mobilisieren.⁸⁵ Die Gaurednerschule in der Bruggerstraße 2 unter der Leitung des NSLB-Funktionärs Joseph Bauer⁸⁶ begann ab Oktober 1930 mit regelmäßigen Kursen⁸⁷ und bildete bereits ab Anfang 1932 pro Kurs durchschnittlich 100 Parteimitglieder als Redner oder als Amtswarte

digen Abteilung: Front 41 (8. 10. 1932), „Tagung der Kriegsbeschädigtenobleute im Gau Oberbayern“.

⁷⁷ Front 19 (5. 12. 1931), AdB.

⁷⁸ Vgl. z. B. Front 38 (17. 9. 1932), AdB. IfZ, MA 1216: Rschr. der GL/Kriegsopferversorgung, Nr. 4, 5 und 6 (12.–14. 4. 1932).

⁷⁹ Front 41 (8. 10. 1932), AdB.

⁸⁰ BA, Berlin, NS 22/452: Tätigkeitsbericht der Abteilung Kriegsopferversorgung der GL vom 15. 4. 1932.

⁸¹ Front 24 (11. 6. 1932), AdB; Das Büro war in der Gauleitung, Barer Straße 14.

⁸² Front 21 (21. 5. 1932), AdB.

⁸³ Front 25 (18. 6. 1932), „GL, Abt. Fremdenverkehr“.

⁸⁴ Front 25, (18. 6. 1932), „Abteilung Landwirtschaft, Steuer- und Wirtschaftsberatungsstelle“; im Sommer 1932 gab es Beratungsstellen nur in der Münchner Gauleitung, Barer Straße 14 sowie in Pfaffenhofen an der Ilm und Freising.

⁸⁵ Front 34 (20. 8. 1932), AdB: „Gaurundfunkstelle, Anordnung“. Die entsprechende ROL-Unterabteilung existierte schon ab Mai 1931: Verordnungsblatt der RL 1 (1. 6. 1931), „Anordnung“ des ROL II vom 30. 5. 1931.

⁸⁶ Rschr. Wagners vom 30. 10. 1930 (Kapitel IV.2., Anm. 29). StA, NSDAP 992: „Gaubefehl“ des Gauleiters Wagner vom 7. 4. 1931. Bauer leitete 1925–1929 die Sektion Süd und 1929 kurzzeitig auch die Sektion Au-Giesing: StA, PDM 6733: PND 489 (o. D.); Mitgliederversammlung der Sektion Süd am 4. 3. 1925. StA, NSDAP 496: Bauer an HGS vom 21. 1. 1926. StA, NSDAP 496: Hitler an Bauer vom 8. 5. 1929.

⁸⁷ Die Kurse fanden im Hotel „Drei Raben“ in der Schillerstraße 6 statt: Front 6 (1. 11. 1930), AdB. IfZ, MA 1216: Bauer an Weinbeer, 22. 10. 1930. Zur Arbeit der Rednerschule: Front 1930–1932. Der Besitzer des Hotels „Drei Raben“, ein überzeugter Nationalsozialist, inserierte beständig in den Parteizeitungen: Westend-Wacht 1930, Münchner Wacht 1930, Die Front 1931–1932.

aus.⁸⁸ Das „Soziale Amt“, dem ab 1. Oktober 1932 auch die „Gefangenenhilfe“ der NSDAP angegliedert war, führte im Herbstwahlkampf 1932 die gesamten Geldsammlungen in den öffentlichen Veranstaltungen durch und sah seine Hauptaufgabe in der Unterstützung „notleidender Parteigenossen“ und der „politischen Gefangenen“ der NSDAP sowie deren Angehöriger.⁸⁹

Während das Gaupresseamt eigenständig agierte,⁹⁰ waren der Nachrichtendienst, die „Lügenabwehrstelle“ und die Funktionärsschule der Gaupropagandaleitung unterstellt. Der „Nachrichtendienst“ sammelte ab Oktober 1930 unter der Parole: „Stellt das volksvernichtende System bloß, wo ihr nur könnt!“, mittels Zeitungsannoncen Informationen über staatliche bzw. gesellschaftliche Skandale und die Arbeit des politischen Gegners.⁹¹ Ein Jahr später, im November 1931, formte die Gauleitung die Stelle zu einer Art Geheimdienst um, der nach den Vorstellungen seines Leiters, des Gaupropagandaleiters Hans Rauscher, in allen Parteibezirken mit entsprechenden Abteilungen vertreten sein mußte. Deren Korrespondenz verzichtete auf parteiamtliche Bögen sowie Adressen, Unterschriften oder Stempel und kennzeichnete Schriftstücke lediglich durch die Chiffre „39“ für die Dienststellen des Nachrichtendienstes.⁹² Von ihrem Büro im „Braunen Haus“⁹³ aus suchten Rauscher und sein Mitarbeiter Schumann die Schlagkraft der Parteipropaganda durch Informationen über Skandale aus Staat und gegnerischen Organisationen zu erhöhen und den Gauapparat besser vor der Überwachung durch den politischen Gegner zu schützen. Rauscher betrachtete seine Einrichtung geradezu als „Voraussetzung“ für den Erfolg der Partei. Entsprechend strebte die Einrichtung eine umfassende Überwachungs- und Sammeltätigkeit an, die Unterwanderung von Organisationen und Verbänden eingeschlossen. Die Leitung der lokalen Beobachternetze übernahm der jeweilige Ortsgruppenleiter des Nachrichtendienstes. Die Auswertung der erhofften brisanten Informationsflut wollte die Gaupropagandaleitung übernehmen.⁹⁴ Rauschers Hoffnungen zerschlugen sich jedoch binnen kurzem, da er nicht mit eigenen bzw. unabhängigen Nachrichtenbeschaffern arbeitete, sondern Parteifunktionäre als Informanten nutzte. Sehr bald erhielten dadurch sowohl die Behörden als auch die gegnerische Presse einen weitreichenden Einblick in die Organisation.⁹⁵ Mit der „Lügen-

⁸⁸ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“.

⁸⁹ Front 40 (1. 10. 1932), AdB: „Bekanntmachung“. Front 42 (15. 10. 1932), AdB: Anweisung des GGF. Front 43 (22. 10. 1932), AdB: „Deutscher Abend des sozialen Amtes“ [am 17. 10. 1932]; die Geschäftsstelle des „Sozialen Amtes“ war im Gartenhaus Barer Straße 14 untergebracht.

⁹⁰ Das Amt wurde im Januar 1931 selbständig, Karl Springer übernahm die Leitung: StA, PDM 6833: Polizeiberichte über die Münchner SA.

⁹¹ Front 7 (15. 11. 1930), AdB.

⁹² StA, PDM 6776: Rschr. GPL Rauscher Nr. 391, o. w. A.

⁹³ Bennecke, Hitler und die SA, S. 174f. Aronson, Heydrich, S. 40.

⁹⁴ StA, PDM 6776: „Richtlinien für den Auf- und Ausbau des Nachrichtendienstes“ o. w. A. Da das Dokument stets die GPL München-Oberbayern nennt, ist es demnach frühestens dem Jahr 1931 zuzurechnen.

⁹⁵ Deschner, Heydrich, S. 50. Aronson, Heydrich, S. 42. Auch: MP 141 (23. 6. 1931), „Hitlers Attentats-Ängste“.

abwehrstelle“ schuf sich die Gauleitung eine eigene Presseauswertungsstelle, die seit Oktober 1932 mit Hilfe der Ortsgruppen, soweit dies mit dem kleinen Apparat zu bewältigen war, die gegnerische Schriftproduktion und Versammlungstätigkeit überwachte, um effizienter auf diese Propaganda reagieren zu können.⁹⁶ Ab Mitte März 1931 konnte der Gau seinen hohen Bedarf an Parteifunktionären durch eine eigene „Funktionärsschule“ decken. Diese veranstaltete meist unter Leitung des Gaugeschäftsführers Nippold regelmäßige Abendkurse für die Münchner Bezirksleiter, Ortsgruppenführer, Schriftführer, Kassenwarte, Propagandaleiter, Pressewarte und Zellenobleute bzw. deren jeweiligen Stellvertreter.⁹⁷ Vermutlich reichte dies nicht aus, den Personalmangel zu beheben, da Münchner Funktionäre regelmäßig an den Kursen der Reichsführerschule der NSDAP (RFS) teilnahmen⁹⁸ und zudem ab 1932 vermehrt ältere, durch ihre jahrelange Parteiarbeit bewährte ehemalige Ortsgruppenführer als Berater in die Gauleitung berufen wurden.⁹⁹ Die drei Monate nach der Gauschule gegründete RFS im Rückgebäude der Schwanthalerstraße 68 stand unter der Leitung des Majors a. D. Kurt Kühme¹⁰⁰ und widmete sich primär dem Mangel an geeignetem SA-Führungspersonal. Die 60 bis 80 Kursteilnehmer, die auf Parteikosten zum großen Teil in der Schule wohnten und dort auch verpflegt wurden, bekamen eine dreiwöchige „weltanschauliche, geistige als auch praktische“ Schulung. An den sieben Lehrgängen 1931 nahmen 468 SA-Führer teil, bis zum Frühjahr 1932 folgten zwei weitere Lehrgänge. Zum Kursabschluß erhielt jeder Teilnehmer als besonderes Abzeichen eine Armbinde mit einer „Tyr“-Rune („Tyr“ = „Kampf“). Die körperliche Ausbildung fand auf den Sportplätzen der Münchner NSDAP in Ottobrunn und Neugrünwald statt. Christian Weber übernahm mit zwei parteieigenen Omnibussen den Transport in München und zu Ausflügen in die Umgebung bzw. in die Alpen, nachdem die Reichspost die stets zu Propagandaaktionen mißbrauchten Fahrten verweigerte. Die RFS stand unter ständiger staatlicher Beobachtung: Die Polizei verhinderte wirkungsvoll alle Gewalttätigkeiten auswärtiger SA sowie die Versuche, das Uniformverbot zu umgehen, dem Jungvolk für seine verbotenen Versammlungen „Unterschlupf“ zu bieten oder flüchtige SA-Mitglieder zu verstecken.¹⁰¹

⁹⁶ Front 43 (22. 10. 1932), AdB. IfZ, MA 1216: Rschr. „Lügenabwehrstelle“ der GL München-Oberbayern an alle Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 25. 10. 1932.

⁹⁷ Front 5 (1. 4. 1931), Anordnung, gez. Nippold (GGF).

⁹⁸ StA, PDM 6824: „Erfahrungsbericht“ der RFS zum 3. Lehrgang 1931 vom 15. 9. 1931.

⁹⁹ Den Anfang machten Josef Deutschenbauer, bisher Ogf 7, Johann Regelein, bisher Ogf Bogenhausen und Hans Riemann, bisher Ogf Haidhausen West: Front 3 (16. 1. 1932), „Anordnung der GL“.

¹⁰⁰ StA, PDM 6824: OSAF-Verordnungsblatt Nr. 2 (10. 6. 1931). StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 5. SA-Beilagen des VB 134 (15. 5. 1931) und 141 (21. 5. 1931). Vgl. auch BA, Berlin, R 43 I/2683: Denkschrift des Preußischen Innenministeriums über die NSDAP vom 16. 4. 1932, S. 140f.

¹⁰¹ StA, PDM 6829: PDM/Koch an MInn vom 11. 2. 1932. StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 5. „Der SA-Mann“ 1 (5. 1. 1932).

Die Binnenstruktur der Ortsgruppen

Das Gebiet einer Münchner Ortsgruppe deckte sich grundsätzlich mit den Grenzen eines oder mehrerer Stadtbezirke.¹⁰² Bei der Unterteilung der Ortsgruppen im Januar 1930 wurde für jeden dieser Bezirke eine Sektion aufgestellt, die wiederum jedem Stimmbezirk in ihrem Gebiet eine NS-Zelle für die Propaganda und die Betreuung der Parteimitglieder zuteilte. Manche Zellenobleute hatten ihrerseits bereits „Straßenobleute“ und Obleute für Häuserblocks ernannt.¹⁰³ Als Vorbild diente das langjährige Zellensystem des Berliner Gaus. Erst 1932 führte die NSDAP dieses System reichsweit ein.¹⁰⁴ Nunmehr durften sich Orte, die nicht mehr als 50 Parteimitglieder aufwiesen, nur noch als „Stützpunkt“ bezeichnen. Alle bisherigen „Stützpunkte“ mit maximal 16 Mitgliedern hießen „Block“. Dieser kleinsten Parteieinheit außerhalb der Städte, die jeweils einer Ortsgruppe bzw. einem Stützpunkt unterstand, entsprach in den Städten weiterhin die „Zelle“.¹⁰⁵ Mit Beginn der dreißiger Jahre verfügten bald alle Ortsgruppen über eigene Büros, ebenso wuchs ihr Führungsapparat beträchtlich an.¹⁰⁶ Zu den bisherigen Funktionären kamen unter anderem je ein eigener Betreuer für die Zellen bzw. Stützpunkte,¹⁰⁷ drei Personen für den USchLA, das Schiedsgericht der Ortsgruppe, und ein Pressewart hinzu; des weiteren je ein Obmann für die Werbung für SA und HJ, für die Betriebszellenorganisation, für die Arbeitslosen der Ortsgruppe, für Wirtschaftsfragen sowie ein eigener „Elternbeirat“, der für Fragen der HJ zuständig war.¹⁰⁸ Jedoch gelang es kaum einem Ortsgruppenführer, der die Funktionäre ernannte und nur im Falle des USchLA-Vorsitzenden eine Bestätigung des Gauleiters benötigte, alle rund 20 Ämter zu besetzen.¹⁰⁹ Zweck dieser feingliedrigen Organisation, die bald schon einem Abbild der Gauleitung im

¹⁰² Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38.

¹⁰³ StA, Lagebericht 89 (7. 2. 1930), S. 16. Westend-Wacht 1 (Januar 1930). Ebenda 2 (Februar 1930), „Aus der Ortsgruppe“. Ebenda 4 (April 1930), „Aus der Ortsgruppe“. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), 7 (1. 6. 1930) und 8 (1. 7. 1930), jeweils „Versammlungskalender“ bzw. „Organisatorisches“. StA, PDM 6733: PDM 788: Zellenobmännersitzung der Ortsgruppe 20 am 30. 8. 1932. BA, Berlin, NS 18/5009: Zelleiter Hugo Gade an Verlag des VB vom 25. 8. 1930. Vgl. auch die bei einem Kommunisten anlässlich der polizeilichen Hausdurchsuchung gefundene Liste der Zellenobleute der Ortsgruppe 23 vom Dezember 1931: StA, PDM 6786: Abschrift der PDM/VI vom 18. 12. 1931. IfZ, „Protokollbuch“, S. 144: Vertrauensbesitzungen der Ortsgruppe Schwabing am 14. und 29. 1. 1930. Auch Kapitel IV.2., Anm. 115.

¹⁰⁴ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 10. Tyrell, Führer befehl, S. 266, Anm. 41.

¹⁰⁵ Rschr. GGF vom 10. 10. 1932: Kapitel IV.2., Anm. 25; eine Ortsgruppe bestand aus 50–500 (Mitte 1931 mindestens 15) Mitgliedern: Ebenda.

¹⁰⁶ Das Büro der Ortsgruppe Westend z. B. lag in der Schommerstraße 1: BA, Berlin, NS 18/5009: Hugo Gade an VB vom 25. 8. 1930.

¹⁰⁷ Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38. Rschr. GGF vom 10. 10. 1932: Kapitel IV.2., Anm. 25.

¹⁰⁸ Vgl. auch Kapitel IV.2., Anm. 115. Vgl. auch IfZ, MA 1216: Formblatt, auf welchem die Ortsgruppen die jeweiligen Funktionäre meldeten. Ebenda: Arbeitsrichtlinien für die Bzf und Ogf des Gaus München-Oberbayern. o. w. A.; vgl. auch Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38.

¹⁰⁹ Vgl. die häufigen entsprechenden Mahnungen der GL an die Münchner Ortsgruppen: IfZ, MA 738 und MA 1216. Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38.

Kleinen glich, war es, möglichst viele Parteimitglieder für die Mitarbeit zu mobilisieren und einen möglichst großen Kreis der Bevölkerung durch Propaganda zu erfassen.¹¹⁰ Seit 1929 fand innerhalb des Korps der Ortsgruppenführer ein Generationswechsel statt. Die neuen Führer waren im Durchschnitt wesentlich jünger, die Gruppe der Zwanzig- bis Dreißigjährigen hatte sich im Vergleich zum Führungskorps der Jahre bis 1929 mehr als verdoppelt und die Gruppe der Fünfzig- bis Siebzigjährigen um etwa 40 Prozent verringert. Die Hälfte dieser neuen Generation war erst in den Jahren ab 1930 der Partei beigetreten, somit geriet die erste Generation, die die NSDAP seit 1925 aufgebaut hatte, mehr und mehr in den Hintergrund. Doch ein Charakteristikum des Münchner Führerkorps aus den Jahren 1925 bis 1929 hatte sich erhalten: der vermutlich sehr niedrige Anteil an in München geborenen Persönlichkeiten. Schon bis 1929 stammten nur vier von 19 Funktionären, deren Geburtsort sich rekonstruieren ließ, aus München, nach 1930 nur 18 von 44.¹¹¹

Die Entwicklung der SA

Die SA-Brigade „Groß-München“¹¹² hatte am Aufstieg der NSDAP erst durch ihren signifikanten Mitgliederzuwachs ab Herbst 1930 teil.¹¹³ Nichtsdestotrotz wurde der Verband bereits ab März des Vorjahres in die eigenständigen Standarten I und III aufgeteilt¹¹⁴ und ab August 1929 um eine weitere Standarte für das Gebiet München-Land ergänzt.¹¹⁵ Ende 1930 verfügte die Münchner SA zusätzlich über eine Reihe von Spezialeinheiten,¹¹⁶ darunter die Stabskompanie zum Schutz der SA-Führerbesprechungen (Graphik 3). Gleichzeitig gab es bei den Standarten bereits eigene Ärzte.¹¹⁷ Nach Pfeffers Rücktritt im September 1930¹¹⁸ übernahm Hitler die Führung der SA selbst¹¹⁹ und setzte schließlich im Januar 1931 den aus

¹¹⁰ Richtlinien für die Arbeit der BzF und Ogf des Gaues München-Oberbayern, o. D.: Kapitel IV.2., Anm. 115.

¹¹¹ 1925–1929 stellten die zwanzig- bis dreißigjährigen Ogf 4,2 Prozent dieses Führerkorps und ab der zweiten Hälfte 1930 bis 1933 10,4; die Gruppe der fünfzig- bis sechzigjährigen betrug bis 1929 20,8 Prozent und nach 1930 15 Prozent, die der siebzigjährigen dagegen bis 1929 12,5 Prozent und nach 1930 4,5. Diese Zahlen sind mit Vorbehalt zu betrachten angesichts der Fälle ohne bekanntes Geburtsdatum: vgl. Anhang B.2, Sektions- und Ortsgruppenführer.

¹¹² Die Polizeiberichte über SA-Appelle bezeichnen die Münchner SA seit Mitte 1929 als „Brigade München“: StA, PDM 6809. Vgl. auch HRS II/1: Dok. 141, S. 342: „GRUSA IV. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 4. 6. 1927.

¹¹³ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9.

¹¹⁴ StA, PDM 6809: PND 649 (14. 3. 1929): Appell des Sturm III der SA am 1. 3. 1929.

¹¹⁵ Standarte I umfaßte die Stürme 1 (Schwabing), 9 (Giesing-Haidhausen) und 18 (Innere Stadt) und die Standarte III die Stürme 3 (Westend), 5 (Süd), 7 (Neuhausen-Gern): BA, Berlin, NS 22/1050: ROL an Gauleiter Reinhardt vom 21. 10. 1929.

¹¹⁶ Westend-Wacht 1–5 (Januar-Juni 1930). Münchner Wacht 1930.

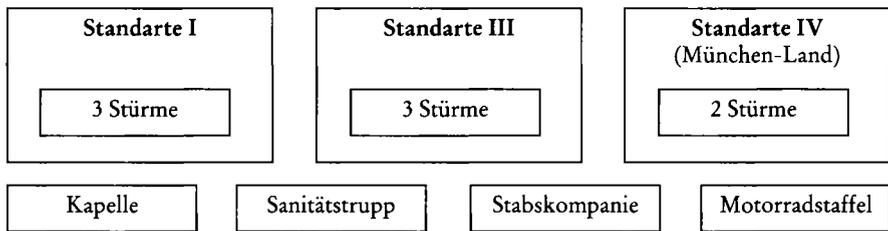
¹¹⁷ StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 10.

¹¹⁸ Die Münchner Polizei mutmaßte als Grund, daß es ihm nicht gelungen sei, die SA bzw. zuletzt die Stennes-Revolve zu disziplinieren: StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9.

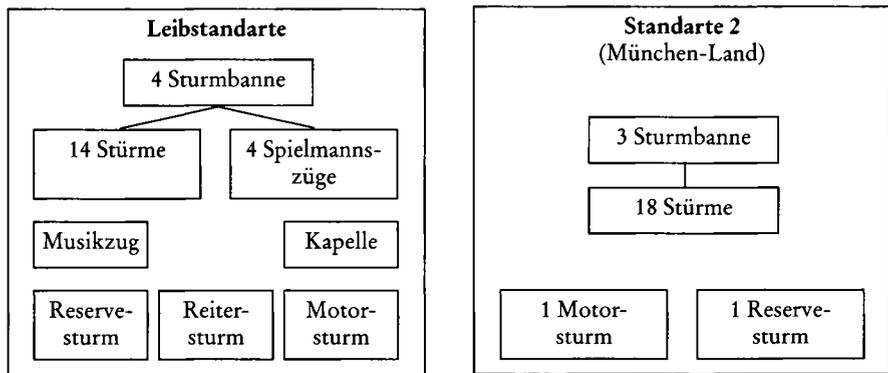
¹¹⁹ Front 1 (1. 9. 1930), AdB. HRS III/3: Dok. 101, S. 380: Anordnung Hitlers vom 2. 9. 1930.

Südamerika zurückgekehrten Ernst Röhm als Stabschef der SA ein.¹²⁰ Nachdem die Münchner SA zwischenzeitlich gemeinsam mit anderen SA-Verbänden zur „Brigade I München-Oberbayern“ fusionierte,¹²¹ wurde sie im Februar 1931, im Gefolge der reichsweiten SA-Neuorganisation, erneut zu einer einzigen Standarte zusammengefaßt. Gleichzeitig entstanden neuartige Organisationseinheiten: Den einzelnen Stürmen wurde jetzt ein „Sturmbann“ übergeordnet. „Untergruppen“, unter deren Leitung die verschiedenen Standarten sowie Sturmbanne zusammengefaßt wurden, ersetzten die Brigaden. Die Untergruppen waren ihrerseits SA-„Gruppen“ untergeordnet.¹²² Die „Standarte I München“ mit ihren drei Sturmbannen im Stadtgebiet und fünf im Münchner Umland¹²³ besaß nun zusätzlich

Graphik 3: SA-Organisation 1930 und 1931



SA-Brigade „Groß-München“ (Dezember 1930)



Die SA-Brigade in München und Umland (Herbst 1931)

¹²⁰ Longeric, Braune Bataillone, S. 109.

¹²¹ Die Verwendung der Bezeichnung „Brigade München-Oberbayern“ läßt sich frühestens für März 1931 nachweisen: StA, PDM 6809: PND 727 (1. 4. 1931) über den Appell der „Brigade München-Oberbayern“ am 7. 3. 1931. Die Umwandlung mußte also zwischen Mitte 1929 und Frühjahr 1931 erfolgt sein.

¹²² Longeric, Braune Bataillone, S. 112 f. Vgl. v. a. StA, PDM 6822: Erlaß Nr. 2 des OSAF vom 20. 2. 1931. StA, PDM 6825: Führer der Brigade I München-Oberbayern, Kallenbach, an OSAF vom 20. 3. 1931.

¹²³ Kallenbach an OSAF, 20. 3. 1931 (Kapitel IV.2., Anm. 135).

eine Reiterabteilung, deren ersten Auftritt jedoch ein Polizeiverbot verhinderte.¹²⁴

Noch Anfang September 1931 gehörte die Münchner Standarte als Teil des Gausturms München-Oberbayern zur „Gruppe Bayern“.¹²⁵ Am Ende des Monats formte die OSAF die Bayerische SA-Organisation erneut um, da deren Mitgliederwachstum im reichsweiten Vergleich deutlich zurückfiel. Die Gruppe Süd wurde aufgelöst. Die bayerischen SA-Verbände bildeten, München-Oberbayern ausgenommen, künftig die „Gruppe Bayern“. Die Münchner Standarte war der neuformierten Untergruppe München-Oberbayern untergeordnet,¹²⁶ diese wiederum war der OSAF direkt unterstellt und wurde Mitte November schließlich in die „Gruppe Hochland“ umgewandelt. Die „Gruppe Bayern“ erhielt die neue Bezeichnung „Gruppe Mittelland“. Der neuen „Gruppe Hochland“ wurden aus der bisherigen „Gruppe Bayern“ der „Gausturm Schwaben“ sowie aus der „Gruppe Österreich“ der „Westgau (Tirol, Vorarlberg, Salzburg)“ zugeteilt.¹²⁷ Im Herbst 1931 erhielt die Münchner SA schließlich den Namen „Leibstandarte“ („L“) München.¹²⁸ Diese beständige Umgliederung der Verbände ließ sich zum selben Zeitpunkt im gesamten Reich beobachten und rief hier, im Gegensatz zu München, stellenweise erheblichen Unmut hervor.¹²⁹

Seit Herbst 1931 wurde die Einrichtung von „Studentenstürmen“ diskutiert, die mit speziellen Dienstplänen auf die akute Zeitnot der Studenten reagierten, die sich neben der SA auch im NSDStB und den studentischen Korporationen engagieren mußten. Nachdem er dies anfangs kategorisch abgelehnt hatte, griff Röhm schließlich im September 1932 zu einer Sonderregelung, um in Zukunft Studenten „in wesentlich größerer Zahl als bisher“ für die SA zu gewinnen. Künftig wurde nun jedes neue NSDStB-Mitglied für sechs Monate ohne Unterbrechung zum SA-„Dienst“ verpflichtet. Für weitere zwei Monate „Dienst“ waren Ort und Zeit frei wählbar. Der NSDStB wurde aufgefordert, eine Wehrorganisation mit dem Titel „Studenten-Bund-Organisation“ aufzubauen. Hier besaß ein SA-Gruppenführer das Recht zu Visitation und Befehlsgebung in „außerordentlichen Fällen“.

¹²⁴ StA, Lagebericht 97 (26. 2. 1931), S. 3. Ebenda 99 (20. 4. 1931), S. 3. StA, PDM 6829: Vermerk PDM/VI vom 28. 2. 1931.

¹²⁵ StA, PDM 6824: „Gruppeneinteilung der SA“. Zusammenstellung vom 20. 9. 1931 o. w. A.

¹²⁶ Dies ergibt sich aus dem Vergleich der verschiedenen Bezeichnungen dieser SA-Einheiten auf Briefköpfen und in Versammlungen. Es ist anzunehmen, daß sich die Umwandlung zur Untergruppe im Laufe des Frühjahrs 1931 vollzogen hatte: StA, PDM 6809: PND 727 (1. 4. 1931): Generalappell der SA-Brigade München-Oberbayern am 7. 3. 1931. Kallenbach an OSAF, 20. 3. 1931 (Kapitel IV.2., Anm. 135). StA, PDM 6824: OSAF-Verfügung Nr. 6401/31 (28. 9. 1931). Vgl. auch die ausführlichere Abschrift dieses Dokumentes durch die PDM: StA, PDM 6822.

¹²⁷ OSAF-Verfügung vom 28. 9. 1931 (Kapitel IV.2., Anm. 139). StA, PDM 6822: „Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung“ Nr. 5 (30. 11. 1931); hier auch Hinweis auf die Verfügung Hitlers vom 3. 11. 1931.

¹²⁸ Vgl. u. a. StA, NSDAP 661: Briefköpfe der Korrespondenz Gruppe Hochland mit Münchner SA-Standarte Ende 1931 und Anfang 1932; hier waren die ursprünglichen Titel durchgestrichen und darunter der Vermerk „L“ oder „Standarte L“ gesetzt worden.

¹²⁹ StA, PDM 6827: Bericht des Generalinspektors der SA über die Stimmung der SA „(hauptsächlich aus dem Westen und Süden)“ vom 22. 7. 1931.

Die Organisation arbeitete nach SA-Dienstvorschrift und war wie die SA in Sturmbann, Stürme, Trupps und Scharen untergliedert. SA und der Bund hatten möglichst oft gemeinsamen „Dienst“ zu leisten, dabei war der Bund jedoch grundsätzlich dem jeweiligen NSDStB-Hochschulgruppenführer unterstellt. Studenten und Fachhochschüler, die den Beitritt in die SA und SS erstrebten, hatten zunächst dem NSDStB beizutreten, der seine Mitglieder nach Abschluß des Studiums automatisch an SA und SS überwies.¹³⁰

Die Münchner SA wuchs bis zum Herbst 1931 rasant an (Abbildung 13).¹³¹ Anfang 1932 verfügten die Ortsgruppen in nahezu jedem Bezirk über einen SA-Sturm. Während die Standarte 2 unverändert 19 Stürme zählte, hatte sich die Standarte L nun auf 22 Stürme und den „Trupp Tapferkeitsmedaille“ vergrößert und stellte gemeinsam mit der SS einen „Alarmsturm“, der unter Leitung des RFSS das „Braune Haus“ bewachte.¹³² Die Münchner SA-Musikkapelle wuchs bis zum Sommer 1932 auf über 50 Mitglieder an.¹³³ Auf die speziellen „Feldbataillone“, wie sie mittlerweile in anderen bayerischen Gebieten aufgestellt wurden, verzichtete man in München jedoch.¹³⁴ Bis Oktober 1932 entwickelte sich aus dem SA-Reserve-Sturmbann die Standarte 16 „List“ mit zwölf Stürmen. Der Name sollte an die Tradition des Regimentes anknüpfen, unter dem Hitler im ersten Weltkrieg gedient hatte.¹³⁵ Seit dem Frühjahr 1932 benannte die OSAF bestimmte Verbände nach den früher an diesem Standort stationierten Truppenteilen des alten Heeres, so etwa die Münchner SA als „Leibstandarte“, und versuchte damit das Selbstbewußtsein der Verbände zu stärken.¹³⁶ Mit dem Anwachsen der SA entfalteten sich auch die jeweiligen Stäbe, entsprechend dem Vorbild der Reichswehr, zunehmend komplexer. So hatte bereits jeder der drei SA-Sturmbann-Stäbe, ja sogar der Stab der SA-Motorstaffel, eine Stärke von sechs bis zehn Mann.¹³⁷ Der Stab der SA-Untergruppe München-Oberbayern umfaßte im Dezember 1931 28 Mann.¹³⁸ Der Generalinspekteur der SA kritisierte diese Entwicklung 1931 als hervorragenden

¹³⁰ StA, PDM 6824: OSAF-Anordnung Nr. 2471/32 (12. 9. 1932).

¹³¹ StA, NSDAP 661: „Stellenbesetzung des Gausturm München-Oberbayern, o. w. A. Das Dokument verzeichnet als Standartenführer Hans Bunge, der im Generalappell des Münchner Sturmbann I am 2. 9. 1931 erstmals in dieser Funktion genannt wird und zuvor Sturmbannführer war. Der im Dokument als Standartenadjutant genannte Josef Malzer hatte dieses Amt bis November 1931 inne. Das Dokument dürfte demnach zwischen September und November 1931 entstanden sein.: StA, PDM 6824 und PDM 6831: Polizeiberichte über die Münchner SA 1931–1932. StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die „Appelle“ der Münchner SA 1931.

¹³² StA, PDM 6827: Vierteljahresbericht IV/31 SA-Gruppe Hochland vom 14. 1. 1932. Ebenda: Führer der Standarte L, Bunge, an SA-Untergruppe und GL München-Oberbayern vom 29. 1. 1932. StA, PDM 6824: OSAF-Stabsbefehl Nr. 124/32 (25. 1. 1932).

¹³³ StA, PDM 6822: Abschr. des „Verzeichnisses der bei den einzelnen Gruppen vorhandenen SA-Kapellen“ o. w. A.; Datierung Sommer 1932.

¹³⁴ HStA, MIInn 81607: PDM an MIInn vom 31. 1. 1933.

¹³⁵ Front 42 (15. 10. 1932), „12 Stürme der Standarte R 16 (List) übernehmen ihre Standarte“.

¹³⁶ BA, Berlin, R 43 I/2683: St.M.I. 2637: NSDAP-Denkschrift des Preußischen Innenministeriums vom 16. 4. 1932, S. 174.

¹³⁷ StA, PDM 6824: SA-Stäbe vom Sturmbann bis zur Gruppe; Zusammenstellung der OSAF vom 2. 2. 1932.

¹³⁸ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9.

Nährboden für persönliche „Eitelkeit“, der eine „gefährliche“ Stimmung innerhalb der SA gegen die „Stabsbonzen“ zur Folge haben könnte.¹³⁹ Die Zusammenarbeit zwischen SA und Gauleitung war seit 1931 streng geregelt. Röhm erwartete eine möglichst enge Kooperation, bei der der jeweilige Gauleiter die öffentlichen Auftritte der SA lenkte und sich entsprechend mit dem Untergruppenführer besprach. Durch diese Koordination sollte jeder Eingriff unterer Parteigliederungen in die SA-Arbeit verhindert werden. Während die OSAF, damit Hitler selbst, die SA-Führer vom Standartenführer aufwärts ernannte, durften Gruppen- und Standartenführer ihre Unterführer mit OSAF-Zustimmung selbstständig bestimmen.¹⁴⁰

Seit 1929 lief die Versorgung der SA-Verbände mit Uniformen und anderen Ausrüstungsgegenständen über die Münchner Zentrale bzw. die Landesorganisationen der „Reichszeugmeisterei“ (RZM),¹⁴¹ die sich mittlerweile zu einem florierenden Wirtschaftsunternehmen entwickelt hatte. Das Unternehmen war bis August 1930 der OSAF, anschließend direkt dem Reichsschatzmeister unterstellt und arbeitete bis zum Herbst 1931 partiell mit der Berliner Großdeutschen Handelsgesellschaft m.b.H. zusammen.¹⁴² Allein die RZM-Zentrale im „Braunen Haus“ beschäftigte Anfang März 1933 33 Angestellte.¹⁴³ Deren Zweigstelle Süd (Bayern, Württemberg, Baden und Rheinpfalz) hatte von 1931 bis Mitte April 1932 ihre Räume in der Schellingstraße 55 und zog dann in die Schellingstraße 50 um, wo allerdings nur noch zwei Ladenräume, aber kein Keller mehr zur Verfügung standen.¹⁴⁴ Ab Jahresanfang 1933 befand sich die Einrichtung in der Münchner Barer Straße 14.¹⁴⁵

Im Herbst 1930 begann die SA ihren Kraftfahrzeugeinsatz erstmals systematisch zu koordinieren. Möglicherweise lieferte der Aufmarsch von rund 2200 Kraftfahrzeugen der „Reichs-Kraftfahrstaffel“ des Stahlhelms in der Prinzregentenstraße während des „Reichsfrontsoldatentages“ in München, Anfang Juni 1929,¹⁴⁶ hierfür die Inspiration. Noch in den Richtlinien des späteren „Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps“ (NSKK) vom März 1931 wurde geschwärmt: „Eine in mustergültiger Ordnung fahrende Kraftwagenkolonne mit fliegenden Sturmflaggen und Wimpeln ist von stärkster propagandistischer Wirkung.“¹⁴⁷ Zuletzt hatte die NSDAP in München vor dem Hitlerputsch eine eigene Transport-

¹³⁹ StA, PDM 6826: Resümee des Generalinspektors der SA zu den Vierteljahresberichten des 3. Quartals 1931 vom 8. 12. 1931 mit hs. Bemerkungen Röhm.

¹⁴⁰ StA, PDM 6822: OSAF Erlaß Nr. 2 (20. 2. 1931), gez. Adolf Hitler, Abschrift der PDM.

¹⁴¹ Kapitel III.2. und V.2. Vgl. auch Werner, SA, S. 415 f.

¹⁴² VB 44 (13. 2. 1932), „Geschäftsunternehmen Großdeutsche Handelsgesellschaft m.b.H., Berlin“. HRS III/3: Dok. 91, S. 360: Anordnung Hitlers und des RSM vom 20. 8. 1930.

¹⁴³ BA, Berlin, NS 1/437-1: RZM an RSM vom 30. 6. 1944 mit Anlage: Artikel für die Festschrift anlässlich des 70. Geburtstages des RSM Schwarz 1944. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1931: „Die Presse der NSDAP“.

¹⁴⁴ VB 210 (29. 7. 1931), „Es wird bekanntgegeben“. StA, PDM 6831: Vermerk PDM/VIa zur Auflösung der Zeugmeisterei Süd vom 21. 4. 1932. Ebenda: Hausdurchsuchungsbericht an PDM/VIa vom 21. 4. 1932.

¹⁴⁵ StA, PDM 6824: OSAF-Verordnungsblatt Nr. 11 (1. 2. 1933).

¹⁴⁶ StA, Lagebericht 79 (8. 6. 1929), S. 13.

¹⁴⁷ StA, PDM 6824: „Richtlinien“ für den NSAK-Ausbau vom 14. 3. 1931.

und Kraftfahrzeugabteilung besessen.¹⁴⁸ Im Herbst 1930 entstand nun das „Nationalsozialistische Automobilkorps“ (NSAK), das im April 1931 in NSKK umbenannt wurde. Die Organisation mit ihren fünf, ab Frühsommer 1931 neun regionalen „Unterbereichen“ im Reichsgebiet war jeweils den OSAF-Stellvertretern unterstellt. Führer der Gesamtorganisation war der OSAF. Die Geschäftsräume befanden sich 1931 in der Schellingstraße 50.¹⁴⁹ Neben manchen Serviceleistungen, die sich an den etablierten Automobilverbänden orientierten, darunter der Versicherungsschutz,¹⁵⁰ zählten in erster Linie die Nachrichtenübermittlung sowie die Beförderung von Parteiführern, Parteirednern und SA-Abteilungen zu den Aufgaben. Für diese Dienstfahrten erhielten die Fahrer einen Unkostenersatz.¹⁵¹ In Wahlkampfzeiten standen auch Propagandaaufträge an. So bot die Organisation im Juli 1932 in München sogar den Zwangstransport von „säumigen Wählern und presshaften Parteigenossen“ an.¹⁵² Während die SA-Gauführung sich zusätzlich zum NSKK seit 1931 einen eigenen, 20 Mann starken „Motorgausturm“ für die Verbindung zu den österreichischen SA-Verbänden hielt,¹⁵³ diente der im September 1930 ebenfalls unabhängig vom NSAK gegründete „SA-Motorsturm“ als eine Art Überfallkommando bei handgreiflichen Auseinandersetzungen.¹⁵⁴ 1931 hatte diese Spezialeinheit regelmäßig „Bereitschaftsdienst“ beim „Braunen Haus“¹⁵⁵ und war seit Mai des Jahres der Befehlsgewalt der SA-Brigade München entzogen und Hitler unmittelbar unterstellt.¹⁵⁶ Offensichtlich betrachtete die OSAF den Münchner Motorsturm als Eliteeinheit und erteilte dessen Mitgliedern das ganze Jahr 1931 über „theoretischen“ Unterricht im Straßenkampf sowie Ausbildung im Umgang mit der Pistole und im Kampf mit Gummiknüppeln.¹⁵⁷ Gleichzeitig stellten sich die Mitglieder mit ihren Fahrzeugen für den Parteiwahlkampf und für Propagandafahrten in das Münchner Umland zur Verfügung und ließen sich rhetorisch ausbilden. Bis zum März 1931 war die Truppe auf rund 30 Mitglieder mit fünf Pkws, einem Lkw und 16 Motorrädern angewachsen.¹⁵⁸ Im Sommer 1932 stellten schließlich alle SA-Untereinheiten

¹⁴⁸ Vgl. z. B. StA, PDM 6697: Dienstanweisung für den Stab des SA-Oberkommandos vom 20. 10. 1923.

¹⁴⁹ VB 104 (14. 4. 1931), „NSKK“. VB 260/216 (1./3. 11. 1930), „NSAK“. VB 295 (12. 12. 1930), „NSAK“. StA, PDM 6835: Satzungen des NSKK vom 1. 5. 1931: § 4. StA, Lagebericht 108 (29. 1. 1932), S. 14.

¹⁵⁰ StA, PDM 6824: „Richtlinien“ für den NSAK-Ausbau vom 14. 3. 1931.

¹⁵¹ Front 2 (15. 1. 1931), „NSAK“. Vgl. auch StA, PDM 6835: Satzungen des NSKK vom 1. 5. 1931: § 7.

¹⁵² StA, PDM 6835: PND 784: Versammlung des NSKK der SA-Gruppe Hochland am 19. 7. 1932.

¹⁵³ StA, PDM 6833: PND 753: Appell des Motorsturm am 8. 10. 1931 im Augustinerkeller.

¹⁵⁴ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9.

¹⁵⁵ StA, PDM 6833: PND 726: Appell des Motorsturm am 3. 3. 1931.

¹⁵⁶ StA, PDM 6833: PND 733: Kallenbach vor dem Münchner SA-Motorsturm am 15. 5. 1931. Dennoch war der Münchner SA-Motorsturm nach wie vor nominell der SA-Motorstaffel der Brigade bzw. des Gausturms „München-Oberbayern“ untergeordnet.

¹⁵⁷ Vgl. z. B. StA, PDM 6833: PND 723, 725, 726 über die Appelle am 27. 1., 10. 2. und 3. 3. 1931.

¹⁵⁸ StA, PDM 6833: PND 710: Motorsturm-Appell am 19. 9. 1930. Ebenda: Vermerk PDM/VI vom November 1930.

Münchens eigene Motortrupps auf, die im August 1932 in dem zweiten Motorsturm sowie dem Reserveverband „Motortrupp SAR 1/L“ zusammengefaßt wurden.¹⁵⁹ Zugleich schufen sich die Münchner SA-Sturmbanne auf Anordnung der OSAF nach dem Vorbild der norddeutschen SA-Verbände eigene „Stabsmotorstürme“ für Kurierdienste und die Beförderung ihrer Mannschaften.¹⁶⁰ Obwohl die Münchner SA in hohem Maße mobil geworden war, riefen das Nebeneinander der motorisierten Verbände von SA, SS und ziviler Parteiorganisation und die unterschiedlichen Unterstellungsverhältnisse auch Verwirrung hervor, die selbst der Generalinspekteur der SA als „auffälliges Durcheinander“ kritisierte. Röhm lehnte jedoch jede Neuregelung ab und monierte lediglich die striktere Beachtung der Vorschriften.¹⁶¹

Anfang Juni 1930 schuf sich auch die OSAF einen Nachrichtendienst unter Leitung des Grafen Du Moulin-Eckart und der Geschäftsführung des Münchner SS-Mannes Max Frauendorfer. Den letzten Anstoß hierzu hatte die Stennes-Revolution gegeben, denn die SA-Führung wollte künftig im Vorfeld über die Entwicklung in ihren Verbänden informiert sein. Die OSAF-Abteilung VI „Nachrichtendienst“ mit Sitz in München sah als ihre offizielle Aufgabe zunächst vor allem die Vereinheitlichung und Effizienzsteigerung der SA-Pressearbeit. Sämtliche OSAF-Stellvertreter meldeten aus ihren Gebieten alle gewalttätigen Auseinandersetzungen, an denen Parteimitglieder beteiligt waren, die Beschädigung von Kirchen und „sonstige Ausschreitungen“ durch „Marxisten“, „Polizei-Übergriffe“ und schließlich jedes besondere Auftreten von SA und SS, das propagandistisch genutzt werden konnte.¹⁶² Im November 1930 richtete der ehemalige Hauptmann Herbert Riester bei dem OSAF-Stellvertreter Süd eine Abteilung des Nachrichtendienstes ein und stellte entsprechende „SA-Beobachter“ bei den Standarten auf.¹⁶³ In Geheimbefehlen ordnete der SA-Nachrichtendienst mittlerweile auch an, mit Hilfe von Vertrauensleuten Reichswehr und staatliche Behörden zu überwachen und wichtige Erlasse und Verfügungen zu sammeln. Vorerst legte Riester jedoch nur ein Archiv mit Zeitungsausschnitten an. Als der bayerischen Polizei zu Jahresbeginn 1931 einer dieser Geheimbefehle in die Hände fiel, reagierte sie sofort mit umfangreichen Hausdurchsuchungen in München und der Verhaftung Riesters. Zwar verliefen die Ermittlungen auf Verdacht des Hochverrates im Sande, doch dürfte die weitere Arbeit des SA-Nachrichtendienstes in der Untergruppe München-Oberbayern kaum über Pressearbeit hinausgekommen sein, da sie künftig von der Polizei restriktiv überwacht wurde.¹⁶⁴ Ende 1931 befand sich

¹⁵⁹ StA, PDM 6824: Befehl der SA-Standarte L Nr. 3/32 (19. 8. 1932).

¹⁶⁰ StA, PDM 6833: PND 786: Appell des Stabs-Motorsturms des SA-Sturmbannes III/L am 3. 8. 1932.

¹⁶¹ Resümee des SA-Generalinspektors, 8. 12. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 152.

¹⁶² StA, PDM 6826: Anordnung des OSAF vom 10. 6. 1930. Deschner, Heydrich, S. 50. Aronson, Heydrich, S. 45.

¹⁶³ Im Folgenden: BA, Berlin, 15.01 RMDI/26140: Polizeiliche Vernehmung Riesters vom 9. 2. 1931. Münchner Zeitung 41 (11. 2. 1931), „Haussuchung und Verhaftung“ MP 169 (25./26. 7. 1931), „Der ‚legale‘ Herr Hitler“. VB 44 (13. 2. 1931), „Politischer Nachrichtendienst“. StA, Lagebericht 99 (20. 4. 1931), S. 13.

¹⁶⁴ StA, PDM 6826: Polizeiberichte über die Tätigkeit des SA-Nachrichtendienstes 1931.

die Stelle immer noch in einem rudimentären Stadium und mußte selbst auf ihre „Relaislinien“, d. h. die überregionale Nachrichtenübermittlung verzichten, da im Winter die meisten Kraftfahrzeuge von Steuer und Versicherung abgemeldet waren. Ersatzweise experimentierte man zwischenzeitlich mit einem eigenen „Nachrichtensturm“, einem „Blinktrupp“ und einer „Brieftaubenstation“.¹⁶⁵ Nach dem polizeilichen Vorgehen und den entsprechenden Enthüllungen der Münchner Post im November 1931 wurde der SA-Nachrichtendienst durch die gerichtliche Verwicklung Moulin-Eckarts in die an späterer Stelle zu schildernden Attentatspläne gegen Röhm vollends enttarnt.¹⁶⁶ Daraufhin löste die OSAF ihre Nachrichtenabteilung Anfang April 1932 auf. Auch die Abteilung Riesters wurde nach der Wiedenzulassung von SA und SS im Sommer 1932 nicht wieder aufgebaut.¹⁶⁷ Die erfolgreiche Entfaltung der Münchner SA sah sich durch das reichsweite Verbot der SA und aller ihrer Untergliederungen von Mitte April bis Mitte Juni 1932 zunächst abrupt gestoppt. Die Münchner SA löste sich offiziell vollkommen auf und führte ihre Mitglieder innerhalb der Ortsgruppen als „zivile“ Mitglieder weiter. Viele Einheiten versuchten zunächst ihre Strukturen mittels Tarnorganisationen zu erhalten – z. B. gründete der Münchner Bund Oberland kurzerhand einen zweiten Zug aus etwa fünfzig SS-Männern –,¹⁶⁸ scheiterten allerdings an der konsequenten Gegenwehr von Polizei und bayerischem Innenministerium.¹⁶⁹ Doch das kurze Verbot gefährdete die SA-Strukturen nicht ernsthaft, da sich die Münchner SA nach dessen Aufhebung binnen kurzem reorganisierte und ihre bisherige Entfaltung fortsetzte.

Die Entwicklung der übrigen Unterorganisationen

Die Jugendorganisationen

Seit 1929 wurden in München, wie im gesamten Reich auch,¹⁷⁰ eine Reihe von NS-Organisationen aktiv, die in den Jahren zuvor beinahe bedeutungslos gewesen waren. Dazu gehörte neben dem NS-Studentenbund, der nationalsozialistischen „Großdeutschen Gewerkschaft“ und den berufsständischen Organisationen für Lehrer, Juristen und Ärzte auch die HJ. Deren Jungmannschaft und die zwei Scharen hatten ihr Heim zu Jahresbeginn 1930 im Rückgebäude der Schommerstraße 10.¹⁷¹ Obwohl sie sich bis zum Sommer auf zwei Gefolgschaften und sieben Scharen im Stadtgebiet, vier davon allein in Schwabing, und sieben im Gebiet München-Land vergrößerte, war die HJ nur bei wenigen Ortsgruppen vertre-

¹⁶⁵ StA, PDM 6827: Vierteljahresbericht IV/31 SA-Gruppe Hochland vom 14. 1. 1932.

¹⁶⁶ Aronson, Heydrich, S. 45.

¹⁶⁷ StA, PDM 6831 a: OSAF an ROL I vom 8. 4. 1932. Deschner, Heydrich, S. 54.

¹⁶⁸ Vgl. z. B. StA, PDM 6829: Vermerk PDM/Va vom 2. 5. 1932.

¹⁶⁹ StA, PDM 6829: MInn an alle bayerischen Regierungspräsidenten und Polizeidirektionen u. a. vom 3. 5. 1932. Ebenda: Vermerk PDM/Va vom 18. 4. 1932 über den Bericht eines Polizeiagenten. Ebenda: Vermerk PDM/Va vom 29. 4. 1932 über die Auflösung einer illegalen SS-Versammlung am Vortag. Ebenda: Vernehmungsprotokoll PDM/VI eines ehemaligen Parteimitgliedes am 28. 4. 1932.

¹⁷⁰ Orlow, Nazi Party, S. 149f.

¹⁷¹ StA, Lagebericht 89 (7. 2. 1930), S. 17.

ten.¹⁷² Dies sollte nun Ende 1930 eine mehrwöchige Werbewoche mit Lichtbildervorträgen in jeder Ortsgruppe, für die sich der Münchner HJ-Führer Emil Klein selbst als Referent anbot, ändern.¹⁷³ Die Werbeaktion hatte Erfolg, denn Anfang 1931¹⁷⁴ besaßen nach Schwabing nun auch Bogenhausen, Haidhausen, Harlaching, Solln, Neuhausen, Gern und Nymphenburg eine HJ.¹⁷⁵ Seit Mai 1928 war die Münchner „Jungstandarte“ der HJ¹⁷⁶ als einer von drei „Bezirken“ dem HJ-Gau Oberbayern-Schwaben, unter Führung des Gebietsführers Emil Klein, unterstellt. Im Januar 1931 löste sich der HJ-Gau Oberbayern vom Verband mit Schwaben und verschmolz, unter der Führung Emil Kleins, mit der Münchner HJ-Organisation.¹⁷⁷ Der in München ansässige Stab der HJ-Gauleitung München-Oberbayern entfaltete sich in den dreißiger Jahren auf dieselbe komplexe Weise wie die NSDAP-Gauleitung und stellte unter anderem einen Gaupropagandaleiter, Bildungsleiter, Kassenwart, Pressewart und einen „Wehrsportreferenten“ auf.¹⁷⁸ Im Frühjahr 1932 folgten die Abteilungen „Jugendherbergen“, „Jugendpflege und Jugendfürsorge“¹⁷⁹ und „Soziale Arbeit“. Letztere organisierte unter anderem Ferien für Kinder Münchner Parteigenossen und sonstige Hilfen für bedürftige HJ-Mitglieder.¹⁸⁰ Ab dem 1. Mai 1931 wurde die HJ der OSAF unterstellt und damit die Münchner HJ innerhalb des selbständigen HJ-Gaues München-Oberbayern dem gleichnamigen SA-Gausturm. Die Unterordnung betraf alle öffentlichen Auftritte sowie die Personalpolitik auf Gruppen- und Gauebene. Die HJ-Reichsleitung, nun als Stelle eines Jugendreferenten in die OSAF integriert, verlegte ab Mai 1931 ihren Sitz von Plauen in die Münchner Schellingstraße 50. Die HJ-Gaue München und Südbayern, beide von Emil Klein geführt, zogen nun aus der Schellingstraße 37 in das Rückgebäude der Paul-Heyses-Straße 7 um.¹⁸¹

Die seit 1928 aktive Münchner BDM-Ortsgruppe bestand im Herbst 1930 aus einer „Jungsehar“ für acht- bis dreizehnjährige Mädchen und einer „Mädchengruppe“ für Dreizehn- bis Zweiundzwanzigjährige.¹⁸² Die Eingliederung der Schülerinnenorganisation „Deutscher Mädelering“ samt ihres 1924 gegründeten

¹⁷² Münchner Wacht 9 (15. 7. 1930), „An alle Jungen!“ Front 8 (1. 12. 1930), „Aus den Gefolgschaften“.

¹⁷³ Front 6 (1. 11. 1930), Bezirkstagung der HJ München am 25. 10. 1930. Front 9 (15. 12. 1930), „Gautagung der HJ“.

¹⁷⁴ Front, Beilage Jungfront [künftig zitiert Jungfront] 1931.

¹⁷⁵ Jungfront 4 (18. 3. 1931), „Aus den Gefolgschaften“. StA, PDM 6842: Mitgliederliste HJ-Schar 7, o. D.

¹⁷⁶ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 23.

¹⁷⁷ Jungfront 1 (1. 1. 1931), „Aus dem Gau“. Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern“. Ebenda 38 (17. 9. 1932), AdB.

¹⁷⁸ Front 5 (30. 1. 1932), Hitlerjugend, „Aus der HJ-Geschäftsstelle des Gaues München-Oberbayern“. StA, PDM 6826: Rundschreiben 1/32 der HJ-RL vom 5. 2. 1932, S. 12–14. Front 25, (18. 6. 1932), „Jugend und Erziehung“.

¹⁷⁹ Front 8 (20. 2. 1932), HJ. Ebenda 15 (9. 4. 1932), AdB

¹⁸⁰ Front 32 (6. 8. 1932), „200 Stadtkinder fahren zum Ferienaufenthalt ins Bayerische Oberland“.

¹⁸¹ StA, PDM 6824: Verfügung der OSAF vom 27. 4. 1931. StA, PDM 6826: Rundschreiben Nr. 7 vom 10. 5. 1930 der HJ-RL an alle HJ-Führer. Front 9 (22. 7. 1931), „Hitlerjugend“.

¹⁸² Front 1 (1. 9. 1930), Aufruf: „Münchner Mädels!“ Front 8 (1. 12. 1930), „BdM in der HJ e.V.“. Leonhart, Wir arbeiten auf lange Sicht, S. 190.

Münchner Ableger in den BDM im Dezember 1931 verschaffte weiteren Zuwachs.¹⁸³ Angesichts der sehr kleinen Schar an Interessenten sorgte die Konkurrenz mit der im November 1930 entstandenen Münchner DFO-Jungmädchengruppe, die ihrerseits wöchentliche Nachmittags- und Abendgruppen abhielt, für anhaltende Spannungen.¹⁸⁴ Der in verschiedene Ortsgruppen unterteilte BDM-Bezirk München war noch 1931 von der städtischen HJ unabhängig und unterstand über die BDM-Gauleiterin nur dem HJ-Gauführer.¹⁸⁵ Bis zum Jahresende 1932 war der BDM mit seinen 14 „Scharen“ in fast allen Stadtteilen vertreten, nahm jedoch aufgrund des staatlichen Verbotes, zumindest offiziell, nur schulentlassene Mädchen unter 18 Jahren auf.¹⁸⁶

Im Herbst 1931 erhielten die HJ-Gruppen die Bezeichnung HJ-„Gebiete“. Der Gau München-Oberbayern gehörte nun zum HJ-Gebiet Hochland. Gleichzeitig erhielten nun HJ und Jungvolk reichsweit eine neue Gliederung, die das unübersichtliche Nebeneinander der HJ-Untereinheiten vereinheitlichte. Der Gau München bestand nun aus mehreren Bezirken, die jeweils verschiedene Gefolgschaften zusammenfaßten. Eine Gefolgschaft hatte zwei bis vier Scharen, die selbst jeweils aus zwei bis vier Kameradschaften mit jeweils maximal 16 Jungen bestanden. Der HJ-Gefolgschaft entsprach beim Jungvolk das Fähnlein, der HJ-Schar der Jungzug und der HJ-Kameradschaft die Jungenschaft. Der Jungvolkfürher unterstand dem HJ-Gauführer.¹⁸⁷ Im Frühsommer 1932 – mittlerweile waren die Bezirke im „Unterbann München“ aufgegangen¹⁸⁸ – existierten die Gefolgschaften I (München-Nord), II (München-Mitte), III (München-West) jeweils mit Scharen von etwa acht bis zehn Jungen sowie der Schar 9 (München-Ost). Die Gefolgschaft IV erfaßte das Gebiet München-Land.¹⁸⁹ Zur selben Zeit führte eine HJ-Spielschar Sprechchöre, Gedichte, Volksmusik und bäuerliche Theaterstücke auf.¹⁹⁰ Im September 1932 gründete die Münchner HJ-Gefolgschaft II eine „Taubstummenkameradschaft“.¹⁹¹ Allen diesen organisatorischen Aktivitäten zum Trotz war die Münchner HJ auch 1932 nur in wenigen Stadtvierteln etabliert. Nachdem selbst auf Gau-Ebene im Januar 1932 gerade erst die Hälfte aller Ortsgruppen einen HJ-Verband besaßen, verlangte die HJ-Gauleitung von den Ortsgruppen ultimativ, dies bis Ostern 1932 zu ändern, und suchte zugleich mittels detaillierter Frage-

¹⁸³ Leonhart, *Wir arbeiten auf lange Sicht*, S. 193. Die Reichsführerin des Ringes, Hilde Königsbauer, übernahm nun die Führung des BDM-Gaues München-Oberbayern: Ebenda.

¹⁸⁴ Front 7 (15. 11. 1930), „Jungmädchengruppe“. Front 8 (1. 12. 1930), „Jungmädchengruppe“. Front 5 (1. 4. 1931), AdB. Front 9 (22. 7. 1931), „Deutscher Frauenorden Gau Groß-München“. Front 24, (11. 6. 1932), AdB, „BDM“.

¹⁸⁵ StA, PDM 6826: Reichsrundschreiben 2/31 der HJ-RL vom 23. 11. 1931, S. 6f.

¹⁸⁶ Front 24 (11. 6. 1932), AdB, „BDM“. BA, Berlin, NS 22/266: GGF an ROL vom 21. 12. 1932.

¹⁸⁷ StA, PDM 6826: Verfügung der OSAF/IIa Nr. 6645/31 vom 5. 11. 1931. Ebenda: Rundschreiben 2/31 der HJ-RL vom 23. 11. 1931, S. 4 und 6f.

¹⁸⁸ Front 32 (6. 8. 1932), AdB.

¹⁸⁹ StA, PDM 6827: Gliederung der HJ, Abschrift der PDM anlässlich der Auflösung von SA/SS im April 1932. Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern“.

¹⁹⁰ Front 25 (18. 6. 1932), „NS-Jugend Spielschar München“.

¹⁹¹ Front 38 (17. 9. 1932), AdB.

bögen nach den Gründen für das Defizit.¹⁹² Um die sehr kleinen HJ-Gruppen zumindest vor der Abwanderung ihrer Führungsschicht zur SA zu schützen, wurde im Herbst 1931 die ab dem 18. Lebensjahr übliche Überweisung von HJ-Mitgliedern an die SA stark eingeschränkt. Für alle 1931 gegründeten Verbände galt ein Überführungsstop, ansonsten durften nur 20 Prozent einer HJ-Einheit überwechseln, Führungspersönlichkeiten grundsätzlich nur mit Genehmigung ihres Vorgesetzten.¹⁹³ Anfang 1932 entstand in München ein Ableger des „Bundes der Heimatfreunde e.V.“ Hinter diesem bereits im Februar 1930 von Emil Klein gegründeten Bund verbarg sich eine Tarnorganisation für den Fall staatlicher Verbote gegen die NS-Jugendverbände. Namen und Programm wiesen zwar jeden Bezug zur NSDAP weit von sich, doch den Vorsitz des Bundes hatte der HJ-Gauleiter Emil Klein inne, und die vier städtischen Sektionsführer Eitzel, Harbauer, Hellmuth und Fehr waren zugleich Schar- oder Gefolgschaftsführer der HJ.¹⁹⁴ Zeitweise versuchte die Münchner HJ heimlich, hier ihre schulpflichtigen Mitglieder zu organisieren, was die Behörden allerdings sehr rasch unterbanden.¹⁹⁵ Wie von der Polizei erwartet, übernahm der Bund die infolge des SA/SS-Verbot im Frühsommer 1932 aufgelöste HJ des Gaus, während der BDM auf sich selbst gestellt in der Illegalität weiterwirkte.¹⁹⁶ Dennoch legte dieses reichsweite Verbot die Tätigkeit der HJ gänzlich lahm. Daher rief die Parteiführung bis zur Aufhebung des SA-Verbot Ende Juni vorübergehend die „Nationalsozialistische Jugendbewegung“ (NSJ) als Ersatz ins Leben.

Bis 1933 bekämpfte die Münchner Polizei konsequent jede Beteiligung schulpflichtiger Kinder – in der Regel Kinder unter vierzehn Jahre – an NS-Aktivitäten¹⁹⁷ und zwang die eigens für solche Kinder geschaffenen NS-Jugendorganisationen in die Illegalität. Im Frühjahr 1930 begann die „Jungmannschaft“ der Münchner HJ ihre heimlichen Aktivitäten. Diese Organisation für Zehn- bis Vierzehnjährige ließ zwar gelegentlich selbst den HJ-Gauleiter in Ortsgruppenversammlungen für sich werben,¹⁹⁸ blieb jedoch aufgrund des polizeilichen Drucks

¹⁹² BA, Berlin, Slg. Schumacher 242a: Rschr. Nr. 12 der Ortsgruppe Westend: Einladung zum Familienabend mit Lichtbildervortrag im Januar 1932; hier sollte auch über den Aufbau einer HJ-Gruppe gesprochen werden. IfZ, MA 738: Rschr. HJ-GL an die Ortsgruppen des Gaus München-Oberbayern vom 20. 1. 1932.

¹⁹³ StA, PDM 6824: OSAF-Verordnungsblatt Nr. 4 (12. 10. 1931).

¹⁹⁴ StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 3. StA, PDM 6836: PDM an Regierung von Oberbayern vom 11. 4. 1932. StA, Würzburg, RSF II/47 b: Einladungen des „Bundes der Heimatfreunde e.V.“, Ortsgruppe München, vom 29. 12. 1931 und 23. 1. 1932 zur Wanderung und Weihnachtsfeier des Bundes am 6. 1. 1932 und zur außerordentlichen GMV am 29. 1. 1932.

¹⁹⁵ StA, PDM 6836: Vermerk PDM/Vd vom 14. 4. 1932 über die Durchsuchung der Reichsführerschule am 31. 1. 1932; hierbei war eine Versammlung der „Heimatfreunde“ mit 17 schulpflichtigen Kindern aufgelöst und gegen die Leiter der Gruppe Strafanzeige eingereicht worden.

¹⁹⁶ HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“. München 1943.

¹⁹⁷ Vgl. Kapitel I.3. HStA, MIInn 81634: Polizeidirektion Nürnberg an MIInn vom 12. 9. 1931. Ebenda: PDM an MIInn vom 22. 9. 1931.

¹⁹⁸ StA, PDM 6842: PND 698: SpA Og Gern-Nymphenburg am 16. 5. 1930. Münchner Wacht 7 (1. 6. 1930), „Berichtigung“.

bis 1931 bedeutungslos.¹⁹⁹ Im März 1931 formte die HJ-Leitung aus dem reichsweit vertretenen „Deutschen Jungvolk, Bund deutscher Tatjugend“, das sieben- bis fünfzehnjährige Jungen betreute und sich nun der HJ unter dem neuen Namen „Jungvolk der Hitlerjugend“ anschloß, ihre offizielle Organisation für schulpflichtige Kinder. Auch der illegale Münchner Ableger dieser Bündischen Wandervogelvereinigung wurde in die HJ überführt. Die Leitung der Gesamtorganisation übernahm ein Referent der HJ-Reichsleitung. Doch die von Anfang an informierte Münchner Polizeidirektion schob nun auch dem Jungvolk einen Riegel vor.²⁰⁰ Während die Münchner Jungvolk-Führung jede Verbindung zur NSDAP nachdrücklich leugnete, war den Behörden die Partei- bzw. SS-Mitgliedschaft der gesamten Führungsriege längst bekannt. Dies galt auch für deren Primärziel, die ideologische Indoktrination von Kindern im Sinne der NSDAP.²⁰¹ Nachdem sich einzelne Jungvolk-Gruppen immer wieder im Gräfelinger Dietrich-Eckart-Heim der Partei oder bei Eltern von HJ-Mitgliedern trafen²⁰² und eine Hausdurchsuchung bei HJ-Funktionären im Januar 1932 eine Jungvolk-Mitgliederliste mit mindestens zwanzig schulpflichtigen Kindern zu Tage förderte,²⁰³ setzte die Polizeidirektion eine konzertierte Aktion an. Mehrere Durchsuchungs- und Verhaftungswellen lösten im Frühjahr 1932 alle greifbaren Münchner Jungvolk-Gruppen auf und mündeten in Strafverfahren gegen die verantwortlichen HJ-Leiter ein.²⁰⁴ Da die Parteiaktivisten unbeirrt an der Organisation festhielten²⁰⁵, überwachte die Polizei das ganze Jahr 1932 hindurch sämtliche NS-Veranstaltungen, ahndete jede Teilnahme von Schülern²⁰⁶ und ging im November zum zweiten Mal geballt gegen die illegalen Strukturen vor.²⁰⁷

¹⁹⁹ Faatz, Staatsschutz, S. 101 f. und 238 ff.

²⁰⁰ StA, PDM 6826: Anweisung Nr. 3 (15. 3. 1931) der HJ-RL. StA, PDM 6842: PDM an Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 20. 2. 1932.

²⁰¹ StA, PDM 6850: Rschr. HJ-RL vom 15. 3. 1931 zu Organisation und Zielen des Jungvolks, Abschrift der PDM. StA, PDM 6842: PDM an Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 20. 2. 1932.

²⁰² StA, PDM 6836: Vernehmungsprotokolle von Mitgliedern und Führern der HJ vom 4. und 5. 2. 1932. Ebenda: Vermerk PDM/Vd vom 14. 4. 1932 über die Durchsuchungsaktion in der Reichsführerschule am 31. 1. 1932.

²⁰³ StA, PDM 6836: Vermerk PDM/Vd vom 4. 4. 1932.

²⁰⁴ StA, PDM 6842: Vermerk PDM/Vd vom 15. 1. 1932 über eine Hausdurchsuchung. Ebenda: Protokolle der Vernehmung zweier HJ-Führer und 19 HJ-Mitglieder bzw. Sympathisanten am 25. 2., 26. 2. und 1. 3. 1932. Ebenda: PDM an Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 21. 3. 1932 und vom 20. 2. 1932. StA, PDM 6836: PDM an Regierung von Oberbayern vom 11. 4. 1932.

²⁰⁵ StA, PDM 6733: PDN 784: Amtswaltersitzung des Bezirkes Westend am 18. 7. 1932: Der Bezirksleiter kündigte an, künftig werde man diese Kinder nicht mehr in Karteien führen, um die Erfassung durch die Polizei zu erschweren. Jede Ortsgruppe habe nunmehr zumindest eine Gruppe von acht- bis achtzehnjährigen Mädchen aufzubauen.

²⁰⁶ StA, PDM 6836: Vermerke PDM/Vd vom 12. 9. 1932 über die Vernehmung von Berufsbildungsschülern, die an einer NS-Versammlung im Zirkus Krone teilgenommen hatten. Ebenda: Vermerke PDM/VI über die Ermittlungen im September vom 30. 9. 1932, 14. 10. 1932 und 20. 10. 1932.

²⁰⁷ StA, PDM 6836: Vermerke PDM/Vd vom 28. 10. 1932, 9. 11. 1932, 16. 11. 1932, 22. 11. 1932 und 26. 1. 1933

Auf ähnliche Schwierigkeiten stieß auch der im November 1929 gegründete „Nationalsozialistische Schülerbund“ (NSS). Die Organisation mit ihren Gauen, Ortsgruppen, Schulgruppen und „Fünfmannzellen“ existierte vorerst nur in Berlin und Hamburg.²⁰⁸ Nach kurzzeitiger Diskussion über die Eingliederung in die HJ ließ Hitler dem Bund seine Unabhängigkeit und übertrug dessen Reichsleitung Anfang 1930 dem Berliner Adrian von Renteln.²⁰⁹ Während die Münchner NSDAP bereits im Dezember 1930 heimlich eine lockere Schülergruppe führte²¹⁰, wurden angesichts des behördlichen Drucks zunächst alle Überlegungen, eine feste oder gar offizielle Organisation zu gründen, verworfen.²¹¹ Die potentiellen Mitglieder des NS-Schülerbundes übernahm weiterhin das „Jungvolk“ der HJ. Ein Jahr später, im Frühjahr 1932, gründete die NSS-Reichsleitung schließlich doch eine entsprechende Münchner Organisation. Von Renteln bemühte sich, die Zugehörigkeit seines Bundes zur NSDAP zu verschleiern und damit den behördlichen Widerstand zu unterlaufen.²¹² Doch die Polizeidirektion hatte keine Mühe, den Gegenbeweis aus ihren reichlich bestückten Akten zu belegen.²¹³ Von Renteln wollte nicht nur an den Schulen wirken und gezielt den Wehrverbänden den Nachwuchs entziehen, sondern sah darüber hinaus seine Organisation wie das Jungvolk als Vorbereitung für den späteren Beitritt zu HJ und NSDStB.²¹⁴ Obwohl die Polizei die offizielle Arbeit des NSS in Bayern unterband, arbeitete der dem NSS-Gau Hochland unterstellte Münchner NSS illegal weiter,²¹⁵ gelegentlich sogar ohne Wissen der jeweiligen Eltern. Besondere Brisanz erhielt der Fall des in der Verkehrsabteilung IV der Polizeidirektion tätigen Polizeiobersekretärs Georg Hofer. Dessen geltungssüchtiger Sohn, ohne Wissen des Vaters NSS-Mitglied, machte den HJ-Reichsleiter Gruber im April 1932 mit einer Geschichte von geheimnisvollen Dokumenten zur NSDAP-Überwachung, die er auf dem väterlichen Schreibtisch gesehen habe, auf sich aufmerksam. Die Angelegenheit wurde schließlich durch die polizeilichen Aktenbeschlagnahmen im April 1932 bekannt. Obwohl sich der Sohn als Schwindler bzw. die „Dokumente“ als harmlos entpuppten und der NSS jede Verbindung mit Hofer abstritt, reagierte die Behörde höchst empfindlich.²¹⁶ Vorkommnisse dieser Art

²⁰⁸ BA, Berlin, NS 22/423: Jahresbericht der NSS-RL vom 31. 1. 1931 für den Zeitraum 17. 11. 1929–1. 12. 1930.

²⁰⁹ StA, Würzburg, RSF II/14: Rschr. Nr. 2 (20. 1. 1930) der NSDStB-RL.

²¹⁰ NSS-Jahresbericht vom 31. 1. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 221. Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern“.

²¹¹ StA, NSDAP 992: GGF Nippold an Bauer und Klein vom 14. 4. 1931 sowie Antwort Bauers vom 23. 4. 1931.

²¹² StA, PDM 6837: Vernehmung des NSS-Reichsführers, von Renteln, durch die PDM am 15. 2. 1932.

²¹³ Vgl. z. B. StA, PDM 6837: Abschrift des von der NSS-RL herausgegebenen „Diensttagebuchs“ vom 23. 6. 1931.

²¹⁴ NSS-Jahresbericht vom 31. 1. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 221.

²¹⁵ StA, Würzburg, RSF II/47 b: NSS-RL an NSDStB-RL vom 17. 5. 1932.

²¹⁶ StA, PDM 6837: HJ-RL an Gauleiter Wagner vom 13. 4. 1932. Ebenda: Polizeiliche Vernehmung Georg Hofers am 3. 6. 1932. Ebenda: NSS-RL an [vermutlich] PDM vom 8. 4. 1932.

dürften die bayerische Regierung in ihrem strikten Kurs gegen die nationalsozialistische Ideologisierung von Kindern bestärkt haben.

Die SS

Im Mai 1929 war der Münchner SS-Sturm I Teil des südbayerischen SS-Verbandes, dem zusätzlich die SS-Stürme „München II“ (München-Land) und „Starnberg“ angehörten.²¹⁷ Nachdem sich der Münchner SS-Sturm I bereits im November 1929 in die Stürme 1 und 69 aufgeteilt hatte,²¹⁸ sollte Ende September 1930 entsprechend Hitlers Ideen, der sich für den Verband rund 600 Mann vorstellte, eine erneute Umorganisation das Wachstum der Münchner SS fördern. Nun wurden Spielmannszüge und eine Musikkapelle aufgestellt, die Stürme wurden zu Standarten und die Münchner SS zur „Brigade“ ernannt (Graphik 4).²¹⁹ Wie im Fall der SA änderte der RFSS in den folgenden Jahren fortwährend die Strukturen. Ende Januar 1931 trug die eine Münchner Standarte mit ihren zwei städtischen Stürmen sowie den Stürmen Ottobrunn und Starnberg die Nummer I, während die andere Standarte mit der Nummer II aus einem städtischen Sturm sowie den Stürmen Fürstenfeldbruck und Dachau bestand.²²⁰ Einen Monat später wurde aus der Brigade München die „SS-Standarte 1“ und aus den beiden Standarten „Sturmбанne“. München war zunächst Teil des Großverbandes der SS „Süddeutschland“²²¹ und wenige Monate später dem SS-Abschnitt I (Süd) unterstellt.²²² Im Februar 1931 gründeten 25 ehemalige Bund-Oberland-Mitglieder der SS-Reitersturm. Der Münchner Reitstallbesitzer Hans Fegelein²²³ lieh dem Sturm Pferde und ermöglichte regelmäßige Reitübungen in seiner Reithalle auf dem Areal der Max-II-Kaserne (Albrechtstraße).²²⁴ Ab 1. Januar 1932 faßte die RFSS die SS-Abschnitte in „SS-Gruppen“ zusammen und paßte deren Gebiet dem einer SA-Gruppe an. Der SS-Abschnitt I unterstand nun der SS-Gruppe Süd und deckte sich mit der SA-Gruppe Hochland.²²⁵ Die bereits bis Ende 1932 erheblich

²¹⁷ StA, PDM 6829: Anschriftenverzeichnis der SS im Reich, Abschrift der PDM/VIa vom 11. 5. 1929.

²¹⁸ StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 7.

²¹⁹ StA, PDM 6829: PND 710 (29. 10. 1930): Appell des Sturms 69 am 22.9. und der Standarte München am 23. 9. 1930. StA, PDM 6828: Befehl der Brigade München vom 3. 10. 1930. VB 291 (7./8. 12. 1930), „Weihnachtsfeier unserer Schutzstaffel“.

²²⁰ StA, PDM 6829: PND-Bericht 723 (16. 2. 1931): Appell der SS-Stürme 2/II und 1/I am 27. bzw. 28. 1. 1931.

²²¹ StA, PDM 6829: PND 727 (1. 4. 1931): Appell der SS München-Oberbayern am 11. 3. 1931. StA, PDM 6827: SS-Befehl Nr. 25 (12. 5. 1931) der RFSS.

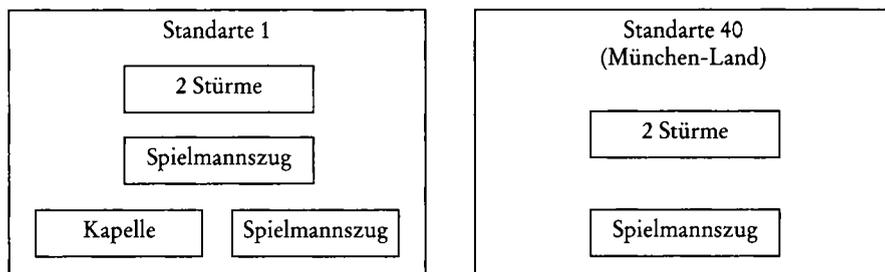
²²² StA, PDM 6824: „Besetzungsplan der Dienststellen bei der SS der NSDAP“, o. w. A.; die Datierung 1931 ergibt sich aus dem Vergleich der Amtsdauer der angegebenen SS-Führer. StA, PDM 6828: PDM/VI/N vom 6. 10. 1931 über die SS-Organisation im Reich. VB 275 (2. 10. 1931), „SS-Reitersturm“.

²²³ Fegelein war der Vater des späteren Inspektors des Reit- und Transportwesens der SS bzw. Verbindungsoffiziers Himmmlers im Führerhauptquartier, Hermann Fegelein: Weiß, Biographisches Lexikon, S. 120.

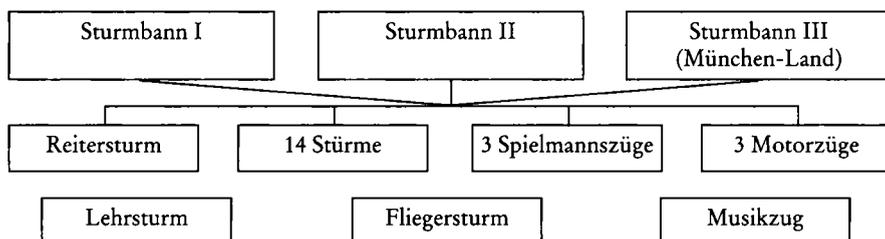
²²⁴ StA, Lagebericht 97 (26. 2. 1931), S. 3. StA, PDM 6829: Vermerk PDM/VI/N vom 28. 2. 1931. Ebenda: Polizeibericht über das Reiterfest des SS-Sturmes 3/1 am 14. 2. 1932. VB 332 (28. 11. 1931), Einladungsannonce zur Feier des SS-Reitersturms am 29. 11. 1931.

²²⁵ StA, PDM 6829: SS-Befehl D Nr. 68 (31. 12. 1931) des RFSS/Himmmler.

Graphik 4: SS-Organisation 1930 und 1932



„SS-Brigade München“ (Dezember 1930)



„SS-Standarte 1“ (Dezember 1930)

angewachsene städtische SS (Graphik 4)²²⁶ umfaßte im Januar 1933 schließlich 33 Stürme.²²⁷

Wie bei der SA, so entwickelte sich auch bei der SS ein immer größerer Standartenstab, der zwischen Februar 1932 und Januar 1933 auf etwa 16 Mann anstieg.²²⁸ Im Juni 1931 gehörten dazu, die jeweiligen Stellvertreter eingeschlossen, der Standartenführer, sein Adjutant, der „Geldverwalter“ und ein Arzt.²²⁹ 1932 folgten eine Stelle für Transportwesens bzw. Motorisierung sowie drei Sturmbannärzte.²³⁰ Auf die im Herbst 1932 eigentlich vorgesehene Rechtsbeihilfe verzichtete die Münchner Standarte vorerst.²³¹ Ähnlich erreichte auch der bürokratische Aufwand der SS Ende der zwanziger Jahre ein gewaltiges Ausmaß. Die schriftlichen Befehle wurden in vier Kategorien verteilt: „A-Befehle“ erhielten sämtliche Ver-

²²⁶ StA, PDM 6828: Verzeichnis der Führer der Münchner SS-Standarte vom 1. 12. 1932.

²²⁷ StA, PDM 6829: Verzeichnis der „Appell-Lokale und Appell-Tage“ der Stürme der SS-Standarte München, aufgestellt im Januar 1933 durch die PDM.

²²⁸ StA, PDM 6828: hs. Vermerk PDM/VI/N vom 14. 3. 1932. Ebenda: Stärkemeldung der SS-Standarte I München für August und Dezember 1932 sowie Januar 1933.

²²⁹ StA, PDM 6824: SS-Befehl C Nr. 28 (9. 6. 1931).

²³⁰ StA, PDM 6823: Rschr. Nr. 8 der SS-Gruppe Süd vom 11. 7. 1932.

²³¹ Seit November war für jede höhere SS-Dienststelle ab Standarte ein Rechtsberater vorgesehen unter dem offiziellen Titel „Rechts- und Gefangenenhilfe innerhalb der SS“. Die Kosten trug die jeweilige zivile Parteiorganisation: StA, PDM 6824: Anordnung RFSS vom 8. 11. 1932. Ebenda: SS-Befehlsblatt Nr. 1 (4. 11. 1932).

bände, „B-Befehle“ dagegen nur Einheiten ab Sturmbann, „C-Befehle“ nur ab Standarte, und „D-Befehle“ galten nur der SS-Abschnitt-Führung. Sämtliche Abteilungen einer Standarte hatten auf eigenen Briefbögen zu korrespondieren.²³² Himmler gab fortwährend umfangreiche Anweisungen zu Meldungen, Mitgliederaufnahme, Dienstanzug, Bestrafungen, ja selbst für die Erstellung von Monatsmeldungen heraus.²³³ Dieser Drang, jedes kleinste Detail zu regeln, signalisierte zugleich, daß mancher SS-Führer mit dem fortwährenden Ausfüllen von Meldebögen zur Stärke und Tätigkeit ihrer Einheiten, Beförderungsunternehmen, Werbeaktionen, Aktivitäten der politischen Gegner, Sondermeldungen usw. überfordert war. Bereits jeder Trupp mußte vierteljährlich über die Teilnahme seiner Mitglieder und SS-Anwärter bei Appellen und Übungsmärschen Anwesenheitslisten führen.²³⁴ Dieser „Papierkrieg“ führte in der Münchner SS-Führung 1932 zu entsprechender Verärgerung.²³⁵

Eine besondere Bedeutung entwickelte der SS-Standort München durch die Einrichtung eines Nachrichtendienstes beim Apparat des RFSS, der im weitesten Sinne auch Teil der Geschichte der Münchner SS ist. Seit Ende 1930 wuchs in der Parteiführung der NSDAP die Furcht vor der Spionage des politischen Gegners und der staatlichen Behörden.²³⁶ Gerade letztere reagierten auf die gesteigerte NS-Aggressivität mit dem verstärkten Einsatz von Agenten in den Führungsapparaten von SA und Partei. Nachdem die Abwehrorganisationen von OSAF und Gauleitung München-Oberbayern binnen kurzem dem Zugriff der Polizeidirektion, ja selbst der Presse erlagen²³⁷, beauftragte Hitler im Frühsommer 1931 Himmler, einen SS-Nachrichtendienst (Ic) aufzubauen.²³⁸ Als Leiter zog Himmler zwei Kandidaten in die engere Auswahl, Reinhard Heydrich und den Polizeihauptmann Horninger, einen Polizeiagenten, der von der politischen Abteilung der Polizeidirektion gezielt in die Umgebung Himmlers eingeschleust worden war. Ohne Kenntnis dieser Hintergründe entschied sich Himmler für Heydrich, der seinen Dienst als Ic der SS-Oberleitung am 10. August 1931 antrat. Die Gesamtleitung behielt Himmler vorerst noch selbst. Trotz Heydrichs Tatendrang leistete die kleine Organisation bis Ende 1931 kaum effiziente Arbeit. Sein Büro richtete der Dienst, der mittlerweile drei arbeitslose SS-Männer als Hilfskräfte beschäftigte, zuerst im „Braunen Haus“ ein, anschließend in zwei Räumen in der Türkenstraße 23 und schließlich im September 1932 in einer Villa in der Zuccalistraße 4. Die Schreibmaschine mußte man sich jedoch nach wie vor mit SA-Stellen im „Braunen Haus“ teilen. Heydrich arbeitete nahezu unbehelligt.²³⁹ Zwar lag der Polizeidirektion schon im August 1931 ein Bericht über eine SS-Führer-

²³² StA, PDM 6823: Rschr. Nr. 8 der SS-Gruppe Süd vom 11. 7. 1932.

²³³ Vgl. generell: StA, PDM 6824. Insbesondere: StA, PDM 6824: Vierseitiger SS-Befehl Nr. 8 (23. 3. 1929).

²³⁴ StA, PDM 6824: SS-Befehl Nr. 19 (27. 11. 1930).

²³⁵ StA, PDM 6829: Stimmungsbericht der SS-Standarte I München, Mitte November 1932, zitiert im Morgenrapport der PDM/VI/N vom 29. 11. 1932.

²³⁶ Bennecke, Hitler und die SA, S. 174 f. Aronson, Heydrich, S. 40.

²³⁷ Vgl. Kapitel IV.4.

²³⁸ Im Folgenden: Deschner, Heydrich, S. 42 ff., 47–51, 57.

²³⁹ Deschner, Heydrich, S. 50 f.

Besprechung vor, auf der Heydrich über die „Zersetzungsarbeit“ des politischen Gegners und eine SS-Abwehrstelle referierte. Der Polizei-Lagebericht meldete Ende Juli sogar Heydrichs Ernennung zum Leiter des „Nachrichtendienstes bei der Reichsleitung der NSDAP“ und war informiert über die Aufgabe der Abteilung, „Polizeispitzel und andere Parteischädlinge“ zu ermitteln.²⁴⁰ Erstaunlicherweise gingen die Beamten diesen Hinweisen nicht weiter nach, obwohl die Einrichtung selbst in der Presseöffentlichkeit durchaus registriert wurde. Allerdings dürften z. B. die phantasieanregenden Beschreibungen der substantiell wenig informierten „Münchener Post“ kaum ernst genommen worden sein.²⁴¹

Im September 1931 begannen die SS-Abschnitte und Standarten damit, eigene Ic-Abteilungen („Beobachtungs- und Abwehrstelle“) einzurichten.²⁴² Einen Monat später gelang Heydrich ein erster, großer Erfolg, indem er einen Polizeiagenten im Braunen Haus enttarnte, prekärerweise einen „alten Kämpfer“. Nachdem es ihm gelungen war, den Kriminalrat für die NSDAP zu gewinnen, fiel der Polizeidirektion aus dieser Quelle nur mehr substanzloses Material in die Hände, Heydrich dagegen erhielt interessante Informationen aus der Polizeibehörde.²⁴³ Offenbar hatte sich dieser Agent in der Parteihierarchie bis an die Spitze gearbeitet, denn die Polizeidirektion erlangte in den Jahren 1930 bis 1931 fortlaufend detaillierte Gedächtnisprotokolle über hochrangige interne Besprechungen.²⁴⁴ Heydrichs Erfolg läßt sich noch heute, über 60 Jahre später, anhand der Polizeiakten ablesen. Die hier zu findenden brisanten Dokumente aus dem Zeitraum Januar bis April 1932 entstammen ausschließlich den Beschlagnahmungen während des SA/SS-Verbotes. Für die Zeit danach wurden allenfalls noch Berichte über Sturmappelle archiviert.²⁴⁵ In der Folgezeit beobachtete der Dienst zusätzlich innerparteiliche Affären, Konfliktfälle, finanzielle Unregelmäßigkeiten und Verschuldung sowie homosexuelle Parteimitglieder. Heydrichs Verbindungsleute berichteten aber auch über die Stimmung und Entwicklung innerhalb der Reichswehr. Dies kam selbst durch Enttarnung eines Oldenburger SS-Agenten im

²⁴⁰ StA, PDM 6828: PND 748 (o. D.): Führerbesprechung der Münchner SS im Braunen Haus am 26. 8. 1931. Vgl. auch Aronson, Heydrich, S. 55. StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 6. Ebenda 105 (23. 10. 1931), S. 5.

²⁴¹ MP 74 (28. 11. 1931), „Der Geheimdienst der Nazipartei“. MP 283 (7. 12. 1931), „Warum verläßt der Nazi-Prinz [Fürst von Waldeck und Pyrmont] das schöne München?“.

²⁴² StA, PDM 6824: SS-Befehl D Nr. 43 (4. 9. 1931). Vgl. auch Aronson, Heydrich, S. 55.

²⁴³ Aronson, Heydrich, S. 56.

²⁴⁴ Darunter war zum Beispiel eine Besprechung der Münchner Ortsgruppenführer und der Gauleitung mit Straßer im „kleineren Kreis“ Ende April 1930 (StA, PDM 6735: Polizeibericht vom 22. 5. 1930), eine Führerbesprechung der Münchner SS Ende August 1931 im Braunen Haus (StA, PDM 6827: PND 748) oder die Tagung der SA-Gruppenführer mit ihren Stabsleitern und Hitler am 15./16. September 1931 in der Münchner Reichsführerschule. Hier waren neben den Spitzenvertretern von Reichsleitung, OSAF, SS, Reichsführerschule, NSKK und HJ nur noch Heß, Epp und Göring anwesend (StA, PDM 6824: Abschrift des Gedächtnisprotokolls des Polizeiagenten, o. D.)

²⁴⁵ StA, PDM 6824: Polizeiberichte über die SS (Reichsführung und München) 1930–1932. StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die Münchner SA-Appelle 1931–1932. Die Tatsache, daß in den Polizei-Akten über die SS beinahe nur Berichte aus dem SS-Sturm 1/I/1 vorliegen, läßt den Schluß zu, daß speziell hier ein Polizeiinformant tätig war.

Februar 1932 nicht ans Licht. Nachdem sich die Ic-Abteilung während des SA/SS-Verbotes im April/Mai 1932 vorübergehend als „Presse- und Informationsdienst“ bezeichnet hatte, erhielt sie anschließend ihren endgültigen Titel: „Sicherheitsdienst“ (SD). Heydrich, jetzt selbständiger Leiter des SD, gliederte nun die Ic-Abteilungen aus den SS-Stäben aus und besetzte sie mit gezielt ausgesuchtem Personal.²⁴⁶ Für die Gegenspionage konnte er vermutlich auf eine Reihe überzeugter Nationalsozialisten innerhalb der Polizeidirektion zurückgreifen. Diese standen seit den zwanziger Jahren in engem Kontakt zur Reichsleitung, wurden jedoch aufgrund der zu erwartenden Komplikationen nicht als Parteimitglieder aufgenommen.²⁴⁷ Vermutlich trug die Arbeit des SD auch dazu bei, daß die NSDAP bereits Wochen vorher von dem geplanten SA/SS-Verbot bis ins Detail informiert war.²⁴⁸ Aber auch ohne SD wurde die Partei gelegentlich über das Vorgehen der Polizeidirektion unterrichtet, wie der bereits beschriebene Fall des NSS-Mitgliedes Georg Hofer zeigt. Ob die Nationalsozialisten, die beispielsweise den Schriftsteller und energischen NS-Gegner Thomas Mann überwachten²⁴⁹ oder die in der Redaktion des „Geraden Wegs“ arbeiteten,²⁵⁰ ebenfalls im Dienst des SD standen, läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Auch unabhängig von der Arbeit ihres Nachrichtendienstes war die SS stets auf nachhaltigen Schutz vor der Überwachung durch politische Gegner und Polizei bedacht. Gelegentlich arbeiteten selbst SS-Stürme mit eigenen Agenten, etwa um den lokalen politischen Gegner zu überwachen oder um die Stärke des Saalschutzes entsprechend zu variieren.²⁵¹ Im September 1931 instruierte der RFSS die Verbände ausführlich zur verstärkten Bekämpfung „gegnerischer Zersetzungsarbeit“ und drohte, jeden lokalen SS-Führer „rücksichtslos“ zur Verantwortung zu ziehen, in dessen Bereich gehäuft „Gegnerspitzel“ auftraten.²⁵² Im selben Zeitraum wurde ein kompliziertes „Brief-Sicherungsverfahren“ für die Korrespondenz zwischen Standarten und ihren übergeordneten Einheiten eingeführt²⁵³ sowie ein Beförderungssystem für wichtige Korrespondenz und Führerpersönlichkeiten, eine sogenannte „Relaislinie“. Deren drei Hauptstrecken führten jeweils von München über Hof nach Berlin oder Hamburg und über Stuttgart nach Düsseldorf.²⁵⁴ Die SA verfügte über

²⁴⁶ Deschner, Heydrich, S. 53 ff.

²⁴⁷ BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Akte Danzeisen: Der SD-Beauftragte des Oberabschnittes Süd für die Polizeidirektion München, Danzeisen, an RSM vom 6. 5. 35; Danzeisen bezeichnete diese Beamten als „Gruppe Pflügler“.

²⁴⁸ Kapitel I.3., Anm. 200–201.

²⁴⁹ Mann, Wendepunkt, S. 256.

²⁵⁰ Bei der Besetzung und Zerstörung der Räume des „Geraden Wegs“ am 9. 3. 33 verließ der Redakteur Heinrich Binder nach einem kurzen Gespräch mit einem SA-Führer „ungehindert“ die Räume und grüßte dabei „Heil Hitler“: Richardi/Schumann, Geheimakte, S. 120.

²⁵¹ StA, PDM 6829: PND-Bericht 784 (27. 7. 1932) über den Appell des SS-Sturmes 1/I/1 am 20. 7. 1932.

²⁵² StA, PDM 6824: SS-Befehl B Nr. 45 (18. 9. 1931).

²⁵³ StA, PDM 6824: SS-Befehl C Nr. 44 (8. 9. 1931).

²⁵⁴ StA, PDM 6824: SS-Befehl C Nr. 37 (5. 8. 1931). StA, PDM 6826: Bericht RFSS/Abt. Ib vom 21. 12. 1931.

eine ähnliche Einrichtung bereits seit Jahresende 1930.²⁵⁵ Ab 1931 begann die SS einen geheimen „Rundfunkdienst“ zur internen Nachrichtenübermittlung aufzubauen. Trotz aller Bemühungen wurde die Polizei des entsprechenden Münchner Schwarzsenders nie habhaft.²⁵⁶

Hinsichtlich ihrer Mobilität orientierte sich die Münchner SS am Vorbild der SA. Seit Dezember 1930 widmete sich ein SS-Motorsturm²⁵⁷ mit 25 Mitgliedern, drei Pkw und zehn Motorrädern vor allem der Propagandaarbeit. Als Sachverständiger für das Kraftfahrwesen der Münchner SS fungierte Viktor Brack.²⁵⁸ Der Verband wuchs rasch an, und schon im Mai 1931 erhielten beide SS-Sturmbanne je eine Motorstaffel.²⁵⁹ Als die OSAF im Februar 1932 das „Nationalsozialistische Fliegerkorps“ (NSFK) gründete,²⁶⁰ etablierte sich sofort auch eine SS-Fliegerstaffel, die in den SS-Abschnitten „Fliegerstürme“ einrichtete.²⁶¹ Die SS-Flieger im Abschnitt Süd unterstanden ihrem Staffelführer von Schleich und dem Geschwaderführer Benedikt von Schmalschläger.²⁶² Die ebenfalls im Frühjahr 1932 gegründete Münchner SA-Segelfliegergruppe feierte schon am 7. Oktober 1932 im Löwenbräukeller in Anwesenheit Röhms die Taufe ihres ersten Segelflugzeuges.²⁶³ Vermutlich nahm sich der Verband die seit 1929 tätigen sozialdemokratischen Segelflieger zum Vorbild.²⁶⁴ Das NSFK und der Münchner SS-Fliegersturm konnten auf den „Leichtflugzeugclub e.V. München“ zurückgreifen, den die Nationalsozialisten seit Herbst 1931 gezielt unterwanderten. Der Club besaß zehn bis zwölf Flugzeuge auf dem Oberwiesenfeld.²⁶⁵ Ende 1932 wurde schließlich der SS-Flugzeugstaffel-Führer Eduard von Schleich erster Präsident des Klubs und formte diesen umgehend im nationalsozialistischen Sinne um.²⁶⁶ Angesichts dieser günstigen Voraussetzungen trug sich das NSFK seit Juni des Jahres mit dem Gedanken, in München eine „Reichsfliegerschule“ unter der Leitung des ehemali-

²⁵⁵ StA, PDM 6824: Rschr. Sturmbannführung 55 (Eschenlohe) vom 29. 12. 1930.

²⁵⁶ BA, Berlin, R 43 I/2683: Denkschrift des Preußischen Innenministeriums über die NSDAP vom 16. 4. 1932, S. 193.

²⁵⁷ StA, PDM 6827: Vermerk PDM/VI, 3. 12. 1930.

²⁵⁸ StA, PDM 6829: PND 719 (8. 1. 1931): Gründungsversammlung des SS-Motorsturm der Brigade München. Brack stieg im Dritten Reich zum Stellvertreter Bouhlers auf und wurde als Leiter des Amtes II der Kanzlei des Führers einer der Initiatoren der Euthanasie: Weiß, Biographisches Lexikon, S. 53.

²⁵⁹ StA, PDM 6828: Vermerk PDM/VI/N vom 8. 6. 1931.

²⁶⁰ VB 49 (16. 2. 1932), AdB: Anweisungen der OSAF vom 16. 2. 1932. StA, PDM 6834: Satzungsentwürfe des NSFK o. w. A. StA, PDM 6824: SS-Satzung vom Februar 1932.

²⁶¹ StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 3.

²⁶² VB 216 (3. 8. 1932), „Deutschlandflug des SS-Geschwaders“. Zu Schleich und Schmalschläger, beide ab 1933 Mitglieder der Reichsjugendführung: Stachura, Nazi Youth, S. 246f.

²⁶³ StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 3. Front 41 (8. 10. 1932), „Segelflugzeugtaufe der SA-München: Leibstandarte“.

²⁶⁴ Vgl. Kapitel I.2.

²⁶⁵ Seit September 1931 war Hermann Esser Mitglied des Clubs und versuchte, laut Münchner Post, gezielt, den Club in die Hände der Nationalsozialisten zu überführen. MP 206 (8. 9. 1931), „Was geht im Leichtflugzeug-Klub vor?“. StA, PDM 6834: RFSS-Stab an RSM Schwarz vom 27. 10. 1931.

²⁶⁶ MNN 338 (12. 12. 1932), „Aus dem Leicht-Flugzeug-Klub“.

gen Kampffliegers im Ersten Weltkrieg Ritter von Schleich einzurichten. Als Fluglehrer waren der Rittmeister a. D. Schmalschläger und der Kunstflieger Stöhr vorgesehen.²⁶⁷

Die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO)

Am 27. Januar 1929 gründeten im Gasthaus „Semmelmann“, dem Treffpunkt der Gerner Nationalsozialisten, 38 Anwesende die Münchner Ortsgruppe der „Großdeutschen Gewerkschaft“ (GdGW). Dies war der dritte Anlauf, eine NS-Gewerkschaft in München ins Leben zu rufen. Ihren Hauptsitz hatte die reichsweit geplante, jedoch nur in Bayern aktive Gewerkschaft in Ingolstadt. Der Münchner Vorsitzende Kaspar Holzner hoffte, aufgrund der niedrigeren Beiträge die Arbeiter leichter zu gewinnen als Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften. Zugleich bestritt die Organisation nach außen hin jede Verbindung mit der NSDAP.²⁶⁸ Auch die Reichsleitung distanzierte sich von Anfang an von diesem Projekt; deren Geschäftsführer Bouhler ließ noch vor der Gründungsversammlung Holzner mitteilen, daß er zur Gründung einer „nationalsozialistischen“ Gewerkschaft nicht befugt sei. Hitler habe seine Ablehnung gegenüber derartigen Projekten seit Sommer 1928 nicht geändert.²⁶⁹ Trotzdem erhofften Holzner und seine Mitarbeiter diesbezüglich eine Meinungsänderung, sobald der erste spürbare Erfolg nachweisbar wäre,²⁷⁰ denn sie empfanden sich durchaus als Zuarbeiter der Partei.²⁷¹ Obwohl insbesondere die Sektion Gern-Nymphenburg Holzner unterstützte und dieser intensiv auch unter den anderen Sektionen warb, gelang kein rechtes Emporkommen.²⁷² Auch Holzners Nachfolger, der Pasinger NS-Ortsgruppenführer Joseph Amann, konnte die Situation nicht ändern.²⁷³ So war die Gewerkschaft, Monate bevor die NSBO in München auftrat, bereits wieder aufgelöst.²⁷⁴ Auf dem NSDAP-Reichsparteitag Anfang August 1929 kristallisierte sich die Betriebszellenorganisation des Berliner Gaues als Vorbild für eine entsprechende reichsweite Einrichtung heraus, die auch die Zustimmung der Parteiführung fand. Doch vorerst blieb es bei dem im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichten Antrag der Sondertagung für Gewerkschaftsfragen, der den Partei-

²⁶⁷ HStA, MIInn 81607: Auszug aus PND-Bericht vom 21. 6. 1932.

²⁶⁸ HStA, MIInn 81661: Bericht [vermutlich] der PDM vom 28. 1. 1929: Gründungsversammlung der GdGW Ortsgruppe. München am 27. 1. 1929. Hierüber auch: StA, PDM 6850: PND 645. Ebenda: R Schr. Nr. 1 (August 1928) des GdGW-Vorstandes; mit Anlage: GdGW-Gründungsprotokoll vom 12. 8. 1928 in Ingolstadt.

²⁶⁹ StA, NSDAP 496: Bouhler an Sektionsführer Gern-Nymphenburg, 18. 1. 1929.

²⁷⁰ StA, PDM 6850: PND 645: Gründungsversammlung der GdGW Ortsgruppe. München am 27. 1. 1929.

²⁷¹ StA, Lagebericht 24 (23. 2. 1929), S. 17f.

²⁷² StA, PDM 6850: PND 645: Gründungsversammlung der GdGW Ortsgruppe. München am 27. 1. 1929. StA, PDM 6733: PND 645 (11. 2. 1929): Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 6. 2. 1929. StA, PDM 6850: PND 656: Mitgliederversammlung der GdGW München am 1. 5. 1929.

²⁷³ StA, PDM 6850: PND 670: Besprechungsabend der GdGW München am 6. 9. 1929.

²⁷⁴ Zum letzten Mal läßt sich die Gewerkschaft bei den Betriebsratswahlen für die Bayerische Versicherungskammer im April 1930 nachweisen: StA, PDM 6850: PND 696: Betriebsversammlung der GdGW München am 29. 4. 1930.

mitgliedern empfahl, bis auf weiteres in ihren Gewerkschaften zu bleiben, um die entsprechenden „wirtschaftlichen Vorteile“ zu behalten und „marxistische“ Propaganda zu bekämpfen. Überdies wurde unsolidarischen „Streikbrechern“ bei Wirtschaftskämpfen der Parteiausschluß angedroht.²⁷⁵ Erst im Januar 1931 gliederte die ROL die NSBO als Abteilung in ihr Hauptamt I ein.²⁷⁶ Im Oktober 1931 verlegte das Amt schließlich seinen Sitz von Berlin nach München in die Karlstraße 14.²⁷⁷ 1932 baute die NSBO reichsweit eine „Betriebsgruppe Landwirtschaft“ auf zur Steuerung der regionalen landwirtschaftlichen Berufsgruppen und deren „Landzellen“.²⁷⁸

Wenngleich noch keine NSBO-Abteilung in der Stadt existierte, so stellte die Partei erstmals Ende Oktober 1930 bei den Beamtenratswahlen für die Reichsbahn in München eine eigene Liste „Nationale Sozialisten“ auf.²⁷⁹ Nach monatelanger Vorankündigung²⁸⁰ begann der Leiter der Gau-NSBO, Kurt Frey, unmittelbar nach der ROL im Februar 1931 die Münchner Organisation aufzubauen,²⁸¹ die, wie Frey offen gestand, vorerst die einzige in ganz Bayern bleiben würde.²⁸² Als erstes erhielten alle Ortsgruppen „Betriebswarte“, die die NSBO-Gauleitung über die Betriebe in ihrem Bereich einschließlich Belegschaftsstärke und politischer Einstellung des Betriebsrates informierten und den Aufbau von Zellen vorantrieben.²⁸³ Diese Warte unterstanden nominell dem jeweiligen Ortsgruppenführer, empfangen ihre Arbeitsanweisungen jedoch von den NSBO-Abteilungen bei der Kreis- bzw. Gauleitung.²⁸⁴ Die Gau-NSBO orientierte sich am Ausbau der entsprechenden Abteilung der ROL²⁸⁵ und entfaltete bis Ende 1932 ebenfalls ein breites Spektrum aus mindestens 23 „Industrie-“ und „Fachgruppen“ sowie einigen zusätzlichen Betriebszellen. Seit Sommer 1931 war im Gau eine Fachgruppe für Beamte aktiv, die ab Oktober des Jahres „Fachgruppe Beamte, Banken und Versicherungen“ genannt wurde.²⁸⁶ Ende 1931 folgte die „Fachgruppe Film“, die sich unter anderem für die Münchner Filmvorführer engagierte. Zum selben Zeitpunkt arbeiteten in München zusätzlich fünf „Industriegruppen“ für die Bereiche „Nahrungs- und Genußmittel“, „Bau und Holz“, „Metall“, „Elektrizität“ und „Druck und Papier“ sowie die vier „Fachgruppen“ für „Gasthausgewerbe“,

²⁷⁵ VB 211 (12. 9. 1929), „Sondertagung für Gewerkschaftsfragen“.

²⁷⁶ VB 30 (30. 1. 1931), „Anordnung des ROL“.

²⁷⁷ StA, PDM 6850: Mitteilungen Nr. 20 Landeskriminalpolizeiamt Berlin vom 15. 10. 1931.

²⁷⁸ IfZ, MA 738: Organisationsplan der „Landzellen“ der NSBO, o. D.; Datierung nach Inhalt 1932.

²⁷⁹ VB 245 (15. 10. 1930), „Achtung! Eisenbahner! Beamte und Hilfsbeamte!“.

²⁸⁰ Front 7 (15. 11. 1930), AdB. IfZ, MA 1216: Gau-NSBO-Führer Frey an die Ofg des Gaus vom 19. 12. 1930.

²⁸¹ BA, Berlin, NS 22/1050: ROL I an GL München-Oberbayern vom 13. 2. 1931.

²⁸² StA, PDM 6774: Aussage Freys in der Vorladung durch die PDM/VIa am 20. 1. 1931.

²⁸³ StA, PDM 6850: Betriebsstürmer 2/31.

²⁸⁴ StA, PDM 6850: Arbeitsanweisung für den Ortsgruppen-Betriebswart vom September 1932, herausgegeben von der ROL/HA VI (Betriebszellen).

²⁸⁵ Alle Abteilungen innerhalb der Münchner GL hatten ihr Pendant in der ROL: Vgl. z. B. StA, PDM 6850.: Verordnung des ROL II, o. D., Abschrift der PDM vom 13. 6. 1932.

²⁸⁶ StA, PDM 6850: Mitgliederversammlungen der Fachgruppe für Beamte 1931–1932. Front 17 (21. 11. 1931), „Aus den Fachgruppen“.

„Buchhandel und Verlag“.²⁸⁷ Anfang 1932 kam die Gruppe „Kraftfahrer“ hinzu,²⁸⁸ im März 1932 entstand im ROL-Apparat und vermutlich auch im Gau eine Gruppe für Künstler und „geistige Arbeiter“. Damit löste die ROL gleichzeitig alle bisher aktiven entsprechenden Fachgruppen auf. Die Gruppe war in fünf „Berufszellen“ unterteilt: Für „Bühnen- und Filmkünstler“, „Musiker“, „Kabarett- und Varietékünstler“, „Bildende Künstler“ und „Schrifttum- und Wissenschaft“.²⁸⁹ Im Sommer 1932 folgte eine Abteilung „Landzellen“, die Gärtner, Land- und Forstarbeiter sowie Gutsbeamte sammelte.²⁹⁰ Im September 1932 entstanden die Fachgruppen für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation, Forstwirtschaft, Fischerei, Ziegeleien, Güter (alle Gutsarbeiter, Vögte, Landhelfer usw.), Landarbeiter (Bauernhöfe, Gasthöfe usw.) und für Beamte und Angestellte.²⁹¹ Noch 1931 lehnte es die NSBO ab, eine eigene Abteilung für Arbeitslose zu schaffen, um nicht die Arbeitslosigkeit als „fünften Stand“ festzuschreiben.²⁹² Anfang 1932 baute die Reichsleitung der NSBO in ihrem Apparat eine „Arbeitslosenstelle“ auf,²⁹³ die mit eigenen Fachberatern auch in München wirksam wurde.²⁹⁴ Diese Stelle sollte Erwerbslose, die die Parteibeiträge weder selbst noch durch eine Patenschaft ihrer Ortsgruppen erbringen konnten, weiterhin an die NSDAP binden. Für 25 Pf. im Monat konnte man hier NSBO-Mitglied werden. Zusätzlich warb die NSBO unter dieser Klientel mit speziellen „Agitationsgruppen“ und mit einem Erwerbslosenobmann in jeder Ortsgruppe.²⁹⁵ Mitte September 1932 entstand schließlich in der „Hauptabteilung VI (Betriebszellen)“ der ROL wie auch im Gau München-Oberbayern die „Nationalsozialistische Jugendbetriebszelle“ (NSJB), mit der Lehrlinge und Jungarbeiter erreicht werden sollten.²⁹⁶ Hinter dem breitgefächerten Organisationsaufbau der NSBO vermuteten die Sozialdemokraten Vorbereitungen, um im Falle einer Machtergreifung wichtige staatliche und wirtschaftliche Einrichtungen auch gegen einen Generalstreik intakt halten zu können.²⁹⁷ Tatsächlich betrieben ROL und Gauleitung München-Oberbayern Anfang 1933 entsprechende Vorplanungen.²⁹⁸ Doch in den Jahren zuvor hatten die Fachgruppen andere Aufgaben: Unterwanderung der Verbände in den ent-

²⁸⁷ Front 22 (24. 12. 1931), „Aus den Fachgruppen“.

²⁸⁸ Front 3 (16. 1. 1932), „Gau-Betriebszellenorganisation“.

²⁸⁹ StA, PDM 6850.: Verordnung des ROL II, o. D., Abschrift der PDM vom 13. 6. 1932.

²⁹⁰ Front 34 (20. 8. 1932), AdB, „Betriebszellenabteilung: Gärtner! Land- und Forstarbeiter! Gutsbeamte!“.

²⁹¹ StA, PDM 6850: „Merkblatt“ Nr. 1 (1. 9. 1932) der Gau-HA VI des Gaus München-Oberbayern.

²⁹² StA, PDM 6850: Rschr. der Reichsbetriebszellen-Abteilung Nr. 5 (8. 8. 1931): Anordnung der ROL/HA VI.

²⁹³ StA, PDM 6850: Mitteilung des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin Nr. 4 (15. 2. 1932).

²⁹⁴ Vorwärts 89 (23. 2. 1932), „Also doch Putschabsichten“; der Vorwärts erörterte das Straßer-Rschr.

²⁹⁵ StA, PDM 6850: „Merkblatt“ Nr. 1 (1. 9. 1932) der Gau-HA VI des Gaus München-Oberbayern.

²⁹⁶ Front 38 (17. 9. 1932), „Aufruf! Deutsche Lehrlinge und Jungarbeiter!“.

²⁹⁷ Vorwärts 89 (23. 2. 1932), „Also doch Putschabsichten“.

²⁹⁸ StA, PDM 6850: Rschr. der Gau-HA VI/Frey vom 28. 1. 1933 an alle Kreis-HA VI-Dienststellen.

sprechenden Berufssparten, Mitgliederwerbung, Lobbyarbeit im Sinne der NSDAP und schließlich die berufsspezifische Beratung der Parteimitglieder.²⁹⁹ Die NSBO betrachtete als ihre Zielgruppe alle abhängigen, nicht selbständigen Arbeiter, Angestellten und Privatbeamten. Straßer schloß allerdings jede Mitgliedschaft von Staats-, Reichs- oder Kommunalbeamten aus.³⁰⁰ Innerhalb der NSBO fanden sich zunächst auch eine ganze Reihe selbständiger Handwerker und sonstige beruflich Selbständige, die in der Betriebsgruppe „Kleingewerbe und Handwerk“ erfaßt waren. Als die ROL im Juli 1932 schließlich eine deutliche Trennlinie zwischen den Fachgruppen der NSBO und der NS-Mittelstandsorganisation zog, schloß Straßer die genannte Gruppe ausdrücklich aus der NSBO aus und forderte die Betroffenen auf, zu den Mittelstandsorganisationen überzuwechseln. Eine Ausnahme galt für Kraftdroschkenfahrer, die höchstens zwei Kraftfahrzeuge besaßen, und Kleinschiffer der Binnenschifffahrt.³⁰¹

Seit dem Ende der zwanziger Jahre zählte die Partei auch die Beamten zu ihrer Zielgruppe. In den Jahren zuvor stieß dieser Berufsstand eher auf Ablehnung,³⁰² obgleich er in der Mitgliedschaft seit der Parteigründung meist überrepräsentiert war.³⁰³ In der Münchner Partei entsprach bis 1929 der Beamtenanteil dem Bild der Gesamtbevölkerung.³⁰⁴ Nachdem Notverordnungen seit 1930 staatliche und kommunale Sparmaßnahmen erzwangen, vor allem bei den Gehältern, wollte die Partei den nun wachsenden sozialen Sprengstoff nutzen. Im September 1930 entstand eine Beamtenabteilung im Apparat der ROL I, die im Juni 1932 zur Hauptabteilung aufstieg.³⁰⁵ Deren Referent, der bisherige Sachbearbeiter für Beamtenfragen, Jakob Sprenger, der noch Ende 1931 die Bildung einer eigenständigen NS-Beamtenorganisation abgelehnt hatte,³⁰⁶ ließ im Sommer 1932 auch erstmals örtliche Beamten-Arbeitsgemeinschaften zu, die bald auch Fachgruppen für Kommunalbeamte organisierten.³⁰⁷ Entgegen Straßers Verbot wollte die Partei weder auf eine organisatorische Anbindung der Beamten an die NSDAP noch auf gezielte Werbung verzichten. Im Gau München-Oberbayern arbeitete daher bereits seit Sommer 1931 eine entsprechende Fachgruppe.³⁰⁸ Parteimitglieder im Beamtenstatus waren der genannten ROL-Hauptabteilung unterstellt und zu lokalen „Nationalsozialistischen Beamtenarbeitsgemeinschaften“ zusammengefaßt.

²⁹⁹ Vgl. z. B. StA, PDM 6850: Verordnung des ROL II, o. D. zur Gründung der Fachgruppe „Künstler und geistige Arbeiter“, Abschrift der PDM vom 13. 6. 1932.

³⁰⁰ Verordnungsblatt der RL der NSDAP Nr. 4 (27. 7. 1931): Bekanntgabe ROL I vom 15. 7. 1931. Ebenda Nr. 24 (31. 5. 1932): „Verfügung“ der ROL vom Mai 1932.

³⁰¹ Verordnungsblatt der RL der NSDAP Nr. 27 (15. 7. 1932): „Anordnung“ ROL/Hauptabteilung VI vom 23. 6. 1932.

³⁰² Matzerath, Nationalsozialismus, S. 57.

³⁰³ Manstein, Mitglieder und Wähler, S. 118 f. und 126 ff.: hier eine kritische Auswertung der Ergebnisse der Forschung. Matzerath, Nationalsozialismus, S. 57.

³⁰⁴ Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 184 und Tab. 3.

³⁰⁵ Tyrell, Führer befehl, S. 361 und 368. Matzerath, Nationalsozialismus, S. 58.

³⁰⁶ Verordnungsblatt der RL Nr. 11 (16. 11. 1931): Anordnung ROL vom 6. 11. 1931. Matzerath, Nationalsozialismus, S. 57.

³⁰⁷ Verordnungsblatt der RL Nr. 24 (31. 5. 1932): Anordnung ROL vom 1. 6. 1932. Matzerath, Nationalsozialismus, S. 58.

³⁰⁸ Kapitel IV, S. 238.

Diese Gemeinschaften, die außerdem den Sachbearbeitern für Beamtenfragen bei den Gauleitungen unterstanden, verlangten zwar feste Mitgliedsbeiträge und veranstalteten monatliche Sprechabende, waren jedoch, um ihre Mitglieder nicht zu gefährden, nicht als feste Vereinigungen mit Führung und Mitgliederlisten organisiert. Ziel der Partei war es, in jedem Amt zumindest einen Vertrauensmann zu halten. Im Visier der ROL standen überdies die Beamtenratswahlen sowie die Unterwanderung der Beamtenfachverbände. Vermutlich um diese Ziele nicht allzu deutlich offenzulegen, verbot die Reichsleitung alle breiter angelegten, offiziellen nationalsozialistischen Beamtenbünde und ordnete die Auflösung aller bestehenden „Teilbünde“ an.³⁰⁹ Die Arbeitsgemeinschaft ging nun ihrerseits dazu über, Fachgruppen aufzubauen, die im Gau mit der entsprechenden NSBO-Fachgruppe in Konkurrenz gerieten. Ob die im Juni 1932 aktive „Fachgruppe Deutsche Reichspost“ der „NS-Beamten-Arbeitsgemeinschaft“ bereits in München arbeitete, ist aus den Quellen nicht ersichtlich.³¹⁰ Im September 1932 gab es in München auch eine Bezirksgruppe der reichsweit organisierten „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Reichsbahnbeamter und Anwärter e.V.“³¹¹ Ab Dezember 1932 hieß die „Gau-Betriebszellen-Abteilung“ „Gau-Hauptabteilung VI (Betriebszellen)“. Um die Gauleitung zu entlasten und den bisherigen Mißerfolg der Betriebszellen zu beheben, erhielt nun jeder Partei-Kreis einen eigenen NSBO-Kreisleiter, der die NSBO-Ortsgruppenwarte leitete und den gleichen Führungsapparat wie die Gau-Hauptabteilung VI besaß. Dieser bestand neben dem Leiter und dessen Stellvertreter aus Kassensführer, Propagandaleiter, Pressewart, Betreuer der Landzellen, Berater für Arbeitsrecht und einer „Arbeitslosenstelle“,³¹² 1933 kam ein Sozialreferent hinzu.³¹³ Die NSBO-Kreisleiter wurden von den zivilen Kreisleitern ernannt und von ROL und Gauleitung nach einer Probezeit im Amt bestätigt.³¹⁴ Im Januar 1933 kündigte die NSBO-Gauleitung schließlich an, die Gesamtorganisation werde ab April des Jahres von der ROL unabhängig.³¹⁵

Die Frauenorganisationen

Nachdem die Führung des „Deutschen Frauenordens“ (DFO) bereits seit längerem mit der NSDAP zusammengearbeitet hatte, wurde schließlich im Januar 1929 die gesamte Mitgliederbasis im Reich gezwungen, sich zwischen dem Beitritt zur

³⁰⁹ Anordnungen ROL I vom 6. 11. 1931 und 1. 6. 1932: Kapitel IV.2. Anm. 319 und 320. StA, PDM 6850: Auszug aus den Mitteilungen Nr. 8 (15. 4. 1932) des Polizeipräsidiiums Berlin.

³¹⁰ VB 168 (16. 6. 1932), „Von der Arbeit unserer Fachgruppe Reichspost“.

³¹¹ VB 265 (28. 9. 1932), „Heraus zu den Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn“.

³¹² StA, PDM 6850: „Merkblatt“ Nr. 1 (1. 12. 1932) der HA VI (Betriebszellen) des Gaues München-Oberbayern.

³¹³ VB 17 (17. 1. 1933), „Achtung NBO München Nord“.

³¹⁴ StA, PDM 6850: „Arbeitsanweisung für den NSBO-Kreisleiter“ o. w. A. Datierung entsprechend dem Inhalt.

³¹⁵ StA, PDM 6850: PND 799: Amtswaltertagung NSBO Gau München-Oberbayern am 8. 1. 1933. Ebenda: Rschr. NSBO-GL an Kreis-HA-Leiter VI und Ortsgruppen-Betriebswarte München „und Umgebung“ vom 4. 1. 1933.

NSDAP oder dem Austritt aus dem Orden zu entscheiden. Der DFO galt nach wie vor als einzige offizielle NS-Frauenorganisation.³¹⁶ Die ROL erlaubte den weiblichen Parteimitgliedern im Herbst 1930 allerdings weiterhin – trotz des offiziellen Verbotes der Doppelmitgliedschaft innerhalb der NSDAP –, auch in anderen Verbänden außerhalb DFO und NSDAP Mitglied zu werden. Nachdem dies umgekehrt auch für Mitglieder des „Alldeutschen Verbandes“ galt,³¹⁷ sah die ROL offensichtlich 1930 die Frage der Doppelmitgliedschaft im Gau München-Oberbayern wesentlich gelassener als in den Jahren zuvor. Erst im Februar 1932 kehrte die Parteiführung zu ihrer strikteren Linie zurück und verbot ausnahmslos jede Doppelmitgliedschaft. Dies galt nun ebenso für die Frauenorganisationen und alle Wehrverbände.³¹⁸ Im späten Frühjahr 1929 entstand auch in München eine Ortsgruppe des Deutschen Frauenordens, deren Leitung Babette Koller übernahm.³¹⁹ Im März 1930 wurde sie von Rosa Stierhof-Schultes, die zugleich die Gauführerin wurde, abgelöst.³²⁰ Neben seinen, bereits geschilderten ideologischen Zielen sah der Münchner DFO Krankenpflege und Fürsorge als seine Aufgabe an, vor allem für SA und SS. Notfalls wurden die Frauen auch bei Saalschlachten, wie etwa in Ramersdorf, eingesetzt. Daher ließen sich die Mitglieder des Ordens in „Erster Hilfe“ ausbilden. Die Frauen unterstützten auch die Familien von Parteimitgliedern, die „politischer“ Delikte wegen in Haft waren. Neben der Jungmädchengruppe für 14–22-Jährige waren am Jahresanfang 1931 im Münchner Stadtgebiet sechs DFO-Ortsgruppen und eine weitere in Pasing aktiv. Zugleich organisierte der Münchner DFO einen Sanitätskurs mit einem wöchentlichen Ausbildungsprogramm und bot wöchentliche Sprechstunden in der Gaugeschäftsstelle an.³²¹ Der leitende Ausschuss einer DFO-Ortsgruppe umfaßte die erste Vorsitzende, die Kassiererin, die Jungmädchenschaft-Führerin sowie jeweils Beisitzerinnen für die „Schwesternschaft des Roten Hakenkreuzes“, für soziale Fürsorge und für die Presse.³²² Die „Schwesternschaft vom Roten Hakenkreuz“ war auf Initiative Zanders im Herbst 1930 im Gau München-Oberbayern eingeführt und schließlich von Agnes Brack,³²³ die diesen Ableger künftig leitete, auch in München gegründet worden.³²⁴ Im Juni 1931 wurde das „Rote Hakenkreuz“ zu einer richtigen sanitären Einrichtung mit ausgebildeten Krankenschwestern umgebaut.³²⁵

³¹⁶ VB 20 (24. 1. 1929), „An alle Mitglieder des DFO“.

³¹⁷ BA, Berlin, NS 22/1050: ROL/Abt. I an GL Groß-München vom 10. 11. 1930.

³¹⁸ StA, PDM 6827: Rschr. GL München-Oberbayern vom 25. 2. 1932.

³¹⁹ VB 113 (17. 5. 1929), AdB. StA, Lagebericht 73 (31. 1. 1929), S. 18.

³²⁰ StA, Lagebericht 90 (8. 4. 1930), S. 14.

³²¹ Front 5 (15. 10. 1930), AdB. VB 25 (25. 1. 1931), „Deutscher Frauenorden – Rotes Hakenkreuz“. VB 48 (17. 2. 1931), „Deutscher Frauenorden“.

³²² VB 39 (16./17. 2. 1930), „Die Mitgliederversammlung des DFO“.

³²³ Es handelt sich hier um die Mutter Viktor Bracks: Kapitel IV.3., Anm. 92.

³²⁴ BA, Berlin (ehem. BDC), Personalakte Brack, Agnes: „Erklärung“ Agnes Brack, o. D. [verm. 1939.].

³²⁵ BA, Berlin, Slg. Schumacher 230: „Nationalsozialistische Frauenschaft“ Richtlinien vom Juli 31. Ebenda: „Grundsätze und organisatorische Richtlinien der Nationalsozialistischen Frauenschaft“. Sommer 1931, o. w. A.

Die Münchner NS-Frauenorganisation verstrickte sich bald in den langdauernden Machtkampf innerhalb der Berliner DFO um die Führungsrolle Elsbeth Zanders. Im Sommer 1929 griff der Streit auf München über. Der Münchner Arzt Dr. Lang und Babette Koller stellten sich gegen Zander. Die frühere Leiterin des Völkischen Lehrerbundes, Barbara Mair, versuchte sich mit Hilfe dieser Auseinandersetzungen gegen ihre persönliche Gegnerin Koller durchzusetzen und intrigierte zu dem Zweck selbst bei ROL Straßer. Beide Frauen setzten in diesem Machtkampf um die Führung des Münchner DFO ihre Anhängerschaft innerhalb der Organisation gegeneinander ein und sabotierten gegenseitig jegliche Aktivität. Nicht einmal dem NSLB-Funktionär Joseph Bauer, der im Münchner DFO über großes Ansehen verfügte, gelang es, den Streit zu schlichten. Schließlich verließ Mair Anfang Oktober 1929 den Orden.³²⁶ Unmittelbar danach entzündete sich eine Auseinandersetzung um den Einsatz des „Roten Hakenkreuzes“ und vor allem um die Zuteilung der Mitgliedsbeiträge. Teile der Münchner Organisation wollten es nicht mehr hinnehmen, daß nahezu alle Beiträge an die Berliner Zentrale abgeführt werden mußten.³²⁷ Der Münchner DFO stand bald kurz vor der Auflösung, selbst Gauleiter Wagner konnte den Streit nicht schlichten.³²⁸ Schließlich kam es zur Abspaltung einer großen Gruppe von Frauen, die sich im Mai 1930 zur „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Deutscher Frauen München“ formierte.³²⁹ Somit existierten in München nun zwei NS-Frauenorganisationen. Beide arbeiteten hart gegeneinander, indem sie sich Mitglieder abwarben oder Veranstaltungen sabotierten. Gauleiter Wagner ergriff schließlich für die „Arbeitsgemeinschaft“ Partei, war diese Organisation doch im Sinne der Gauleitung weitaus nutzbringender, weil sie, im Gegensatz zum DFO, ihr unterstellt war. Obwohl der DFO durch seinen Einsatz für die SA-Fürsorge und die Spendensammlung von großer Bedeutung war, begann Wagner, dessen Münchner Verband in den Hintergrund zu stellen und die „Arbeitsgemeinschaft“ als einzige Frauenorganisation des Gaues zu protegieren.³³⁰ Diese errichtete daraufhin in München ein eigenes Netz aus Bezirken und Ortsgruppen und stiftete unter anderem die erste SA-Feldküche Münchens.³³¹ Die Konkurrenzsituation führte jedoch zu ständigen Reibereien, wobei es dem DFO gelang, seine Mitgliederzahl zu halten, obwohl er zunehmend Führungskräfte verlor.³³² Gelegentlich arbeiteten beide

³²⁶ BA, Berlin, NS 22/430: Barbara Mair an ROL Straßer, 7. 8. 1929 und 2. 10. 1929.

³²⁷ StA, PDM 4853: PND 697 (9. 5. 1930): Versammlung der „Arbeitsgemeinschaft“ am 6. 5. 1930.

³²⁸ BA, Berlin, NS 22/430: DFO-Gauleiterin München-Oberbayern, Stierhof-Schultes an Straßer vom 7. 4. 1931.

³²⁹ VB 105 (4./5. 5. 1930), „Gau Groß-München“, Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Die Frauen“. StA, PDM 4853: PND 697 (9. 5. 1930): Mitgliederversammlung der „Arbeitsgemeinschaft“ am 6. 5. 1930.

³³⁰ StA, PDM 4853: PND 697 (9. 5. 1930): Mitgliederversammlung der „Arbeitsgemeinschaft“ am 6. 5. 1930; bereits bei diesem ersten Treffen ergab eine spontane Sammlung unter den 30 Anwesenden 80 RM; manche Frau hatte bis zu 10 RM gespendet. Stierhof-Schultes an Straßer vom 7. 4. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 341.

³³¹ VB 245 (15. 10. 1930), „Arbeitsgemeinschaft“. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Die Frauen“.

³³² Stierhof-Schultes an Straßer vom 7. 4. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 341.

Organisationen aber auch zusammen. So war etwa die DFO-Ortsgruppenführerin Berta Zaske im Frühjahr 1931 zugleich in der Arbeitsgemeinschaft aktiv.³³³ Die Münchner Situation spiegelte die Entwicklung im gesamten Reich wider, wo ebenfalls mehrere nationalsozialistische Frauenorganisationen miteinander konkurrierten und vielerorts ebensowenig die Unterstellung unter den DFO und Zander akzeptierten.³³⁴ Spannungen ergaben sich in München auch aus dem Nebeneinander des „Bundes Deutscher Mädel“ (BDM) und der „Jungmädchenschaft“ des DFO, die der Orden im Februar 1930 innerhalb des Münchner „Roten Hakenkreuzes“ gegründet hatte.³³⁵ Erst im November 1932 entschied die ROL den Konkurrenzkampf und verfügte die Eingliederung aller nationalsozialistischen Mädchenorganisationen in den BDM. Auf Untergau-Ebene hielten jedoch viele dieser Organisationen unbeirrt an ihrer Unabhängigkeit fest.³³⁶ Die NS-Frauenschaft im Gau München-Oberbayern gründete im Januar 1933 in München ebenfalls eine eigene Mädchengruppe. Trotz des ROL-Verbotes beharrten die Verantwortlichen auf einer angeblichen Ausnahmegenehmigung Straßers.³³⁷ Nachdem nun im ganzen Reich ähnliche Organisationen entstanden und sofort mit dem BDM in Streit gerieten,³³⁸ erneuerte der ROL II, Ley, das ursprüngliche Verbot und bestätigte den BDM als einzige von der Partei anerkannte Mädchenorganisation.³³⁹

Noch im Frühjahr 1931 eskalierte in München der Streit zwischen „Arbeitsgemeinschaft“ und Gauleitung auf der einen und DFO auf der anderen Seite. Daraufhin baten die DFO-Gauleitung Stierhof-Schultes und die mittlerweile wieder im DFO aktive Barbara Mair persönlich Straßer um Hilfe gegen den übermächtigen Druck der Gauleitung, die danach strebte, sich den Münchner DFO radikal unterzuordnen und sämtliche Finanzmittel zu beschlagnahmen, wie im Fall der Arbeitsgemeinschaft auch.³⁴⁰ Nachdem ähnliche Auseinandersetzungen in den NS-Frauenorganisationen des gesamten Reiches nicht abrissen, waren Straßer und die ROL die andauernden Konflikte leid und setzten eine grundlegende Neuorganisation durch. Den letzten Anstoß gaben die tiefgreifenden Auseinandersetzungen um den Berliner DFO und die DFO-Reichsführung im Sommer 1931.³⁴¹ Im Juli gründete die ROL in ihrem Apparat die „NS-Frauenschaft“ und

³³³ Front 5 (1. 4. 1931), AdB.

³³⁴ Stephenson, Woman, S. 31 ff.

³³⁵ VB 39 (16./17. 2. 1930), „Die Mitgliederversammlung des DFO“.

³³⁶ Leonhart, Wir arbeiten auf lange Sicht, S. 190.

³³⁷ BA, Berlin, NS 22/266: GGF Hartmann an ROL 13. 1. 1933. MP 16. 2. 1933, „Streitende braune Amazone“: hier wörtlicher Abdruck des Schreibens der Gauleiterin der Mädchen-Jugendgruppe, Gerda Zabel, an Ley.

³³⁸ BA, Berlin, NS 22/452: Hauptstabsleiter der ROL an HA III vom 25. 10. 1932. BA, Berlin, Slg. Schumacher 230: Reichsjugendführer Schirach an ROL vom 8. 11. 1932.

³³⁹ BA, Berlin, NS 22/452: ROL/Ley an alle Gauleitungen 21. 11. 1932. BA, Berlin, NS 22/266: ROL an GL München-Oberbayern vom 17. 1. 1933.

³⁴⁰ Stierhof-Schultes an Straßer vom 7. 4. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 341. BA, Berlin, NS 22/430: Barbara Mair an Straßer, 5. 7. 1931 und 17. 7. 1931. Ebenda: Antwort Straßers vom 9. 7. 1931. Ebenda: DFO-Gauleiterin Stierhof-Schultes an DFO-RL vom 8. 9. 1931.

³⁴¹ Im Juni 1931 bat Goebbels Straßer, den DFO aufzulösen und die Frauen in der Partei neu zu organisieren. Anlaß waren die finanziellen und organisatorischen Mißstände im Berli-

ordnete bis zum 1. Oktober 1931 die Auflösung aller anderen nationalsozialistischen Frauenorganisationen sowie die Überführung von deren Mitgliedschaft in die neue Organisation an. Der Frauenschaft gehörte nun grundsätzlich jedes weibliche Parteimitglied an. Gleichzeitig wurden auch Frauen mit einbezogen, die noch nicht Parteimitglieder waren. Das „Rote Hakenkreuz“ des DFO wurde mit übernommen.³⁴² Vordringlichste Intention der ROL war dabei, die Arbeit der Organisation „zu dezentralisieren“ und das Hauptgewicht künftig auf die Ortsgruppen zu legen. Die frühere DFO-Führerin Zander übernahm die Leitung der ROL-Abteilung für Frauenarbeit. Ebenso richteten nun die Gauleitung und jede Bezirksleitung sowie Ortsgruppe eine solche Stelle ein. Diese Sachbearbeiterinnen hatten allerdings nur beratende Funktion und keinerlei Weisungsbefugnis bezüglich der jeweiligen lokalen Frauenschaften, die dem jeweiligen Ortsgruppenführer unterstanden. Doch empfahl die ROL in ihren Richtlinien für die Frauenarbeit, diesen weitgehende Selbständigkeit einzuräumen. Grundsätzlich lenkte der ROL I, in Beratung mit der ROL-Abteilungsleiterin, die Frauenorganisation in den Gauen; selbst die Einsetzung der Gau-Abteilungsleiterin durch den Gauleiter bedurfte Straßers Zustimmung. Der Münchner DFO und die Arbeitsgemeinschaft lösten sich am 1. Oktober 1931 auf.³⁴³ Doch die Spannungen unter den ehemaligen Kontrahenten hielten noch lange an, insbesondere hinsichtlich der Frage, wer in der künftigen Organisation die Oberhand haben würde – DFO oder „Arbeitsgemeinschaft“.³⁴⁴

Die neue Frauenschaft war anfangs ohne straffe zentrale Lenkung. Die Kompetenzen und Rechte einer Frauenschaftsleiterin waren nur vage abgegrenzt und jeweils vor allem vom Gauleiter, als dem Vorgesetzten der Bezirke und Ortsgruppen, ferner vom Bezirksführer oder Ortsgruppenführer abhängig. Diese Regelung erwies sich natürlich als nicht brauchbar. Im Februar 1932, gut einen Monat vor der offiziellen Anordnung des ROL für das gesamte Reichsgebiet,³⁴⁵ änderte die Gauleitung das System, indem sie die Ortsgruppen und Bezirke und die „Schwewernschaften“ der Frauenschaft nur mehr der Gauvorsitzenden der Organisation unterstellte. Diese blieb dem Gauleiter verantwortlich und wurde von ihm nach Zustimmung der ROL eingesetzt. Die Ortsgruppen- und Bezirksführer durften nur noch bei der lokalen Personalpolitik und bei der „Anpassung“ der

ner DFO. V. a. der Leiter des Berliner NS-Ärztbundes, Leonhard Conti, hatte in mehreren Berichten die Korruption und die inkompetente „Pseudo-Hilfe“ der „Krankenschwestern“ des DFO kritisiert: BA, Berlin, NS 44/55: Conti an Goebbels vom 3. 6. 1931. BA, Berlin, Slg. Schumacher 230: Goebbels an die BzF des Gaus Groß-Berlin, 10. 6. 1931. Ebenda: Goebbels an Straßer, 10. 6. 1931.

³⁴² VB 321 (17. 11. 1931), „Die Organisation der nationalsozialistischen Frauen in der Nationalsozialistischen Frauenschaft“; hier im Wortlaut: Anordnung des ROL vom 6. 7. und 1. 11. 1931. Stephenson, Woman, S. 28 ff.

³⁴³ Front 11 (10. 10. 1931), „Bekanntmachung des deutschen Frauenordens, Bereich München-Oberbayern und AG Nationalsozialistischer Frauen“. Vgl. auch Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 159.

³⁴⁴ Korrespondenz Mair-Straßer im Juli 1931 und Stierhof-Schultes an DFO-RL vom 8. 9. 1931: Kapitel IV.1., Anm. 353.

³⁴⁵ StA, PDM 4852: Anordnung des ROL I vom 1. 4. 1932, Anlage 2.

Frauenschaft-Aktivitäten an ihre eigenen Pläne mitentscheiden.³⁴⁶ Die NS-Frauenschaften entfalteten sich im Laufe des Sommers 1932 entsprechend der Gauorganisation sehr komplex. Jede Zelle und jeder Stützpunkt erhielt nun ebenfalls Betreuerinnen, die sogenannten „Zellenmütter“; Häuserblöcke wurden von einer „Blockmutter“ betreut.³⁴⁷ Dabei besaß im Sommer 1932 möglicherweise noch nicht einmal die Hälfte der Münchner Ortsgruppen eine NS-Frauenschaft.³⁴⁸

Die Münchner Frauenschaften waren sehr tatkräftig, allein die Frauenschaft der Ortsgruppe 5 arbeitete 1931 in ihrem Gebiet mit zwölf Zellen. Im Mai 1932 richtete ihre Führerin, Rottger, zusätzlich Referate für Verpflegung, Bekleidung und Fürsorge ein und organisierte im selben Jahr während der Wahlkämpfe auch einen regelmäßigen „Mittagsfreistammtisch“ sowie z.T. wöchentliche „Butterbrot-sammlungen“ für die rund 150 Mann SA und SS ihrer Ortsgruppe. Hierfür sammelten die Frauen rund 500 RM. 1931 und 1932 veranstalteten die Frauen für die Kinder der Ortsgruppe eigene Oster- und Weihnachtsfeiern. Für die Winterhilfe 1931 organisierten sie 70 Lebensmittelpakete und zusätzliche Gutscheine für Kohlen sowie für die Aktion im folgenden Jahr 86 Lebensmittelpakete und 90 Kleiderpakete.³⁴⁹ Auch für die NS-Frauenschaft blieben die „geistig-kulturelle“ und „nationalwirtschaftliche, hausfrauliche Erziehung“, wie auch insbesondere die „karitative Arbeit“, d. h. die Versorgung erwerbsloser SA/SS- und Parteimitglieder mit Lebensmitteln und Kleidung sowie die Erste-Hilfe-Tätigkeit die Hauptaufgabe.³⁵⁰ Daneben trat 1932 die Sammlung finanzieller Spenden in den Vordergrund. Hierfür wurde die Frauenschaft fast unentbehrlich und ließ sich nahezu vollständig im Sinne der Gauleitung instrumentalisieren.³⁵¹ Die übergeordneten Ziele der NS-Frauorganisation in München entsprachen den Schlagworten, die bereits der DFO vertreten hatte. Dies offenbarte sich nicht zuletzt auf dem ersten Reichstreffen der NS-Frauenschaftsleiterinnen in München, am 20. und 21. März 1932. Allerdings fiel hier, mit berechnendem Blick auf die Bedeutung des Katholizismus in Bayern, erstmals auch die Formel von der „Erhaltung des christlichen Glaubens“.³⁵² Die nationalsozialistische Haltung gegenüber der weiblichen Berufstätigkeit resümierte die „Sonntag-Morgenpost“ im November 1932: „Ist die Frau also in das Berufsleben gedrängt, gegen ihren Zweck und inneren Willen, so wird sie zur Konkurrentin des Mannes auf seinen eigenen Gebieten.“³⁵³ Eine solche Rollendefinition lehnte konsequent den Aufstieg von Frauen in politische

³⁴⁶ StA, PDM 6827: Rschr. GL München-Oberbayern vom 25. 2. 1932.

³⁴⁷ BA, Berlin, NS 22/452: Richtlinien für die Frauenarbeit, hrsg. von der ROL-HA VIII, 26. 9. 1932.

³⁴⁸ Vgl. u. a. Front 1932. Die Gauführerin der NS-Frauenschaft, Frick, verlangte immer wieder, endlich in allen Ortsgruppen des Gaues Frauenschaften zu gründen: Ebenda.

³⁴⁹ Mitteilungsblatt NSDAP-Kreis München-Nord Nr. 12 (1. 11. 1933), „Zwei Jahre NS-Frauenschaft der Ortsgruppe 5“.

³⁵⁰ ROL-Anordnung vom 6.7. und 1. 11. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 355.

³⁵¹ Vgl. Kapitel V.1.

³⁵² VB 27 (28./29. 3. 1932), „Die Deutsche Frauenbewegung“. Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 161 ff.

³⁵³ SMP 45 (6. 11. 1932), „Wir Frauen und die Wahlen vom 6. November“.

Führungspositionen, auch innerhalb der NSDAP, ab. Entsprechend zögerte auch Straßer, ehe er im Frühjahr 1932 den Frauenschäften eigene Befehlsstrukturen zugestand. Aus demselben Grund lehnte es die Parteiführung, trotz gelegentlich kontrovers geführter Diskussionen, strikt ab, Frauen für die Parlamente kandidieren zu lassen.³⁵⁴

Der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB)

Im Mai 1929 war München neben Erlangen und Würzburg einer der drei Hochschulstandorte des NSDStB in Bayern und der 33 des gesamten Reiches.³⁵⁵ Der NSDStB paßte sich der Kreis-Organisation der „Deutschen Studentenschaft“ (D.St.) an. Daher war das Gebiet des NSDStB-Kreises VII (Bayern und Tirol) identisch mit dem D.St.-Kreis VII, dem von 1930 bis 1932 die Münchner HGM unterstellt war.³⁵⁶ Der NSDStB wollte sich jedoch nicht als Studentenverbindung verstanden wissen und unterwarf sich auch mit seinen Satzungen erst unter dem Druck des Universitätssenats im Februar 1930 der akademischen Disziplinalgewalt der Münchner Universität.³⁵⁷ Wohl um den NSDStB stärker in die Gaugorganisation einzubinden, entstand im Herbst 1930 in München eine „Ortsgruppe Studenten“, die der Gauleitung unterstand und mit ihr die Propagandatätigkeit abzusprechen hatte.³⁵⁸ Anscheinend wurden nun alle NSDStB-Mitglieder in dieser Ortsgruppe als Parteimitglieder geführt. Noch im Juni 1931 existierte innerhalb des Gaues München-Oberbayern nur in München eine solche Ortsgruppe. Deren Geschäftsstelle befand sich in der Türkenstraße 68a und wechselte bis zum Herbst des Jahres in die Schellingstraße 50. Im Oktober 1931 eröffnete die Orts-

³⁵⁴ So wurde im Herbst 1932 innerhalb der ROL-HA III kurzzeitig über die Kandidatur von Frauen bei den anstehenden Gemeindewahlen in Preußen und Sachsen diskutiert. Der kommunalpolitische Fachmann der Partei, Fiehler, konnte sich eine solche Kandidatur zunächst durchaus vorstellen. Vor allem die Aufgaben der Gemeinden im traditionell weiblich definierten Bereich Erziehung und Fürsorge sah er hier als ideales Tätigkeitsfeld. Fiehler standen vor allem die möglichen Stimmengewinne durch weibliche Kandidatinnen vor Augen. Im Herbstwahlkampf riet er, zumindest „etwas mehr Rücksicht auf die gefühlsmäßige Einstellung der Frau zu nehmen“ als bisher, allerdings lediglich, um dem politischen Gegner keine Argumente zu liefern. Die NSDAP dürfe sich nicht als eine Partei präsentieren, die Frauen vollkommen entrechte. Entsprechend seinem unrealistischen Frauenbild überwoog jedoch Fiehlers Skepsis gegenüber einer solchen Kandidatur. Er befürchtete die Gefahr von „Eifersüchteleien“ innerhalb der Frauenschaft und durch die Rangordnung und Autorität der Frauen Streit mit männlichen Parteiführern. Überdies sei der Kampf in den Gemeindeparlamenten zu belastend für „das natürliche Zartgefühl der Frau“: BA, Berlin, NS 22/440: ROL-HA III, Abteilung Kommunalpolitik, Fiehler an ROL III, 12. 10. 1932.

³⁵⁵ StA, Lagebericht 77 (7. 5. 1929), S. 17. Der NSDStB an der Hochschule Weihenstephan bei Freising gehörte zur Technischen Hochschule (TH) München und entsandte 1932 zwei Vertreter in den TH-AStA: StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 6. „Führersitzung“ des NSDStB am 24./25. 2. 1932 im Braunen Haus. Ebenda, RSF II/23: NSDStB Weihenstephan an NSDStB-Bundesleitung vom 11. 1. 1932.

³⁵⁶ StA, Würzburg, RSF II/47 b: Rschr. Nr. 1 (17. 11. 1930) der NSDStB-RL an die KrL des NSDStB. StA, Würzburg, RSF II/17: NSDStB-Bundesführer an RSM vom 25. 11. 1932.

³⁵⁷ MNN 38 (8. 2. 1930), „Suspension angedroht“.

³⁵⁸ StA, Würzburg, RSF II/14: GGF an Ogf Studenten vom 12. 10. 1931.

gruppe Studenten eine Zimmervermittlung.³⁵⁹ Der NSDStB war in Sektionen und zusätzlich in mehrere Zellen unterteilt. Dies waren die zwei Sektionen Universität und TH und für jeden SA-Sturm mit studentischen Mitgliedern jeweils eine weitere Sektion.³⁶⁰ Um die vorhandenen Mitglieder an sich zu binden und neue zu werben, hielt jede Zelle wöchentliche Mitgliederversammlungen ab. Denselben Zweck wie auch der verbandsübergreifenden Kommunikation dienten seit dem Frühjahr 1932 NSDStB-Vertrauensleute in nahezu jeder Korporation.³⁶¹ Seit 1931 war der NSDStB innerhalb der Parteihierarchie für die Fach- und Abend-schulen zuständig, für die Berufsschulen dagegen HJ und NSS. Tatsächlich zeigte aber der Bund in München keine Aktivität in diesen Schulen.³⁶² Für die HGM war es von besonderem Vorteil, daß sowohl die Reichsleitung als auch die Kreis-leitung VII des NSDStB ihren Sitz in München hatten. So sparten sich die Funk-tionäre nicht nur die Fahrtkosten für die monatlichen Führerkonferenzen,³⁶³ auch der Austausch mit der Bundes- wie mit der Parteiführung gestaltete sich wesent-lich dichter und unmittelbarer. Dies war 1928 bereits für Schirach in seiner Aus-einandersetzung mit Tempel von großem Vorteil gewesen.

Nachdem im Sommersemester 1929 die Zahl der studierenden Frauen im Münchner NSDStB angewachsen war, entstand für diese im Juni des Jahres eine eigene Sektion. Schon im folgenden Wintersemester kandidierten daraufhin „Nationalsozialistische Studentinnen“ in Listenverbindung mit dem NSDStB bei der AStA-Wahl an der Universität.³⁶⁴ Ende 1930 entstand die Münchner Ortsgruppe der im August des Jahres gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialisti-scher Studentinnen“ (ANSt.).³⁶⁵ Gleichwohl begegnete man dem Engagement von Frauen in der Politik innerhalb des NSDStB unverändert mit einer gewissen Ablehnung, was speziell für Führungspositionen galt. Schirach hatte noch im Juli des Jahres ausdrücklich allen nationalsozialistischen Studentinnen strenge politi-sche Zurückhaltung verordnet und ihnen anstatt eines Engagements im NSDStB den Eintritt in die NS-Frauenorganisationen empfohlen. Mit der Arbeitsgemein-schaft wollte er die nationalsozialistischen Studentinnen zumindest in die Partei einbinden. Als Aufgabengebiete legte Schirach vorrangig Sozialarbeit und propa-gandistische Schulung fest. Die Arbeitsgemeinschaft wurde jeweils von Kreisleiter-

³⁵⁹ StA, PDM 6824: Einführungsbroschüre der „Ortsgruppe Studenten“ des Gaus Mün-chen-Oberbayern vom Juni 1931. IfZ, MA 738: Ortsgruppe Studenten an einen [unbe-kannten] Ortsgruppenführer vom 10. 10. 1931.

³⁶⁰ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 5. „Führersitzung“ des NSDStB am 2. 5. 1931 im Braunen Haus.

³⁶¹ StA, Würzburg, RSF II/23: NSDStB Ortsgruppe München an NSDStB-Bundesführung vom 19. 2. 1932; in der Anlage die Namensliste von 9 Vertrauensleuten. Ebenda: NSDStB-RL/Sachberater für Verbändefragen an den Münchner NSDStB vom 13. 4. 1932.

³⁶² StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll 6. „Führersitzung“ des NSDStB am 24./25. 2. 1932 im Braunen Haus.

³⁶³ Allerdings zahlte die Münchner KrL 1931 für Sitzungen in München 50 Mk in die Ge-samtkasse als Fahrtkostenausgleich und als Zuschuß für bedürftigere KrL: StA, Würz-burg, II/p 226: NSDStB-RL-Rschr. Nr. 6 (20. 2. 1931).

³⁶⁴ Manns, Frauen, S. 156f. VB 261 (10./11. 11. 1929), AdB.

³⁶⁵ Faust, Studentenbund, S. 173ff. Manns, Frauen, S. 159.

rinnen gelenkt, die den NSDStB-Kreisleitern unterstanden. Die lokalen Hochschulgruppen waren dagegen vom NSDStB unabhängig. Der Münchner ANSt. widmete sich in den folgenden Jahren nun intensiv der Schulungsarbeit.³⁶⁶

In den frühen dreißiger Jahren blieb die HGM von inneren Auseinandersetzungen verschont. Die 1931 gegen Schirach gerichteten Aktivitäten der Berliner Sunkel-Opposition³⁶⁷ und des ehemaligen Kreisleiters VII, Walter Lienau,³⁶⁸ der noch zwei Jahre zuvor den NSDStB an der Münchner TH geleitet hatte,³⁶⁹ betrafen München erstaunlicherweise nicht. Allerdings zeigte sich in der Führung des Münchner Bundes wie schon in den zwanziger Jahren wenig Kontinuität. Manche Führer blieben kaum ein halbes Jahr im Amt. Lassen sich an der TH für die vier Jahre von 1929 bis 1932 nur drei Führerwechsel rekonstruieren,³⁷⁰ so hatte sich der NSDStB an der Universität an mindestens sieben neue Führer zu gewöhnen.³⁷¹ Die hohe Fluktuation lag vermutlich darin begründet, daß sich der große Arbeitsaufwand als NSDStB-Führer nur wenig mit den Studienanforderungen und den Prüfungsterminen vereinbaren ließ.³⁷² Entgegen Schirachs ursprünglichen Intentionen steigerte die HGM ab 1929 ihre Aggressivität gegen Studentenverbände und Hochschule erheblich und provozierte damit beinahe den Bruch mit den waffentragenden Verbänden. Darauf wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Noch im Juni 1929 lehnten Hitler und Straßer den automatischen Beitritt aller studierenden Parteimitglieder zum NSDStB ab. Für Hitler war der NSDStB lediglich ein Vertreter bestimmter Interessengruppen innerhalb der Partei, ähnlich dem DFO und der SA.³⁷³ Mit der Gründung der Wehrgorgani-

³⁶⁶ Manns, Frauen, S. 36 ff., 157 ff. und 163 f. Faust, Studentenbund, S. 174 f.

³⁶⁷ Das ehemalige Mitglied der NSDStB-RL und vormaliger KrL X, Reinhard Sunkel, versuchte die NSDStB-Gruppen gegen Schirach zu organisieren und sandte sogar eine entsprechende Denkschrift an Hitler. Die Opposition scheiterte nicht zuletzt an Hitler: StA, Würzburg, II/p 226: Rschr. Nr. 12 (13. 4. 1931) und Anlage des Rschr. Nr. 13 (13. 4. 1931) der NSDStB-RL. Vgl. auch Faust, Studentenbund, S. 154 ff.

³⁶⁸ Lienau versuchte sogar Schirachs Amtsenthebung durchzusetzen und schien dessen Selbstsicherheit erheblich erschüttert zu haben. Nachdem ein Gespräch im Oktober 1931 zwischen Hitler, Lienau und einem weiteren NSDStB-Funktionär die „Meuterei“ zunächst beendet hatte, wurde Lienau Anfang 1932 aus der Partei ausgeschlossen. StA, Würzburg, RSF II/47 b: 8seitiges hs. Schreiben Schirachs an den Kreisleiter VII Künsberg vom 18. 8. 1931. StA, Würzburg, II/p 226: Schirach an KrL III (Braunschweig-Land), Heinrich Luer, 6. 10. 1931 und 9. 1. 1932.

³⁶⁹ Kapitel IV.2., Anm. 384. Lienau als Kreisleiter VII 1930: StA, Würzburg, RSF II/47 b: Rschr. Nr. 1 (17. 11. 1930) der NSDStB-RL an die KrL des NSDStB.

³⁷⁰ StA, Würzburg, RSF II/10: Lienau an NSDStB-RL vom 29. 11. 1929 und Antwort von Schirach am 1. 12. 1929.

³⁷¹ Vgl. die Hinweise auf die jeweiligen NSDStB-Führer u. a. anlässlich von Versammlungen: StA, PDM 6737: Einladungen zu HgM-Versammlungen und Polizeiberichte über diese Versammlungen 1929–1931. VB 1930–1932, AdB. StA, Würzburg, RSF II/10: Mähner an Schirach vom 27. 9. 1930. Ebenda, II/17: Bundesführer Rühle an Reichsjugendführer Schirach vom 5. 1. 1932. Ebenda, RSF II/23: NSDStB-RL/Sachberater für Verbändefragen an den Münchner NSDStB vom 13. 4. 1932.

³⁷² Dies war der Grund für die fortwährende Fluktuation unter den ANSt.-Führerinnen an den Hochschulen im Reich: Manns, Frauen, S. 162.

³⁷³ BA, Berlin, NS 22/421: ROL Straßer an NSDStB-RL vom 25. 6. 1929.

sation „Studentenbund-Organisation“ Anfang September 1932 änderte sich dies. Ab Mitte November 1932 wurden alle studentischen Parteimitglieder an Hoch- und Fachhochschulen automatisch Mitglieder des NSDStB und der Wehrorganisation, hatten allerdings aus SA und SS auszuschneiden. Dafür überwies der NSDStB jedes neues Mitglied zunächst zum sechsmonatigen Dienst innerhalb der Wehrorganisation und nach Abschluß des Studiums wieder an SA und SS. Damit reagierten OSAF und ROL zugleich auf die Zunahme von „Wehrausbildungen“ an den Hochschulen, vor allem innerhalb der Studentenorganisation des Stahlhelms. Der NSDStB fürchtete hier, den Anschluß und damit den studentischen Zulauf zu verlieren.³⁷⁴

Kulturpolitische Organisationen: Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ bzw. die Gauabteilungen „Rasse und Kultur“ und „Volksbildung“

1931 baute Rosenberg den zuvor nur durch Veranstaltungen hervorgetretenen „Kampfbund für deutsche Kultur“ zu einer Groß-Organisation mit einer Vielzahl an Fachgruppen auf. In München zeigte sich vor allem die Fachgruppe Theater aktiv, die im April 1931 ein Dramaturgisches Büro einrichtete, dem ein „Theaterpolitisches“ Archiv und ein eigener Bühnenverlag angeschlossen waren. Seit Januar 1932 gab das Büro eine „Deutsche Bühnenkorrespondenz“ heraus, die Werke, welche der nationalsozialistischen Ideologie widersprachen, bekämpfte und eigene Spielplanvorschläge präsentierte. Mit gezielter Pressearbeit sollten „totgeschwiegene“, d. h. der Parteiideologie vermeintlich oder tatsächlich nahe deutsche Dichter und Dramatiker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden. Das Büro verlangte eine Gebühr für seine Inanspruchnahme und arbeitete auch NS-Kommunalpolitikern zu.³⁷⁵ Seit 1932 führte der Kampfbund unter der Leitung von Gottfried Feder auch einen „Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure“ mit eigenen Fachgruppen (KDAI), z. B. für Bauingenieure.³⁷⁶ Während der Kampfbund und seine Fachgruppen in München seit 1930 immer wieder mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit traten,³⁷⁷ entstand die zugehörige „Ortsgruppe Groß-München“ mit ihrer Geschäftsstelle in der Barer Straße 50 erst im November 1932. Diese richtete nun sofort eine „Kampfbund-Bühne“ mit eigener Besucherorganisation im Münchner Gärtnerplatztheater ein und plante Sonderaufführungen im Münchner Prinzregententheater. Ihre Ziele sah die Organisation zum einen darin, finanziell schlechter gestellten Münchnern mit Hilfe von Sonderpreisen Theaterbesuche zu ermöglichen, und zum anderen in der radikalen Umgestaltung des Theaterwesens im Sinne der NS-Ideologie. Die „Kampfbund-Bühne“ bemühte sich zugleich, dem im Herbst 1932 geschlossenen und von der

³⁷⁴ HStA, MInn 81607: Polizeibericht vom 10. 10. 1932. StA, Würzburg, RSF II/p 317: „Die Neuorganisation des NSDStB“, o. D., gez. NSDStB-Bundesführer Gerd Rühle; hier auch die Verfügung des OSAF vom 12. 9. 1932 und des ROL I vom 10. 11. 1932. Ebenda, RSF II/p 226: Rschr. Nr. 35 (11. 11. 1932) der NSDStB-Bundesleitung.

³⁷⁵ Kieser, Gärtnerplatztheater, S. 12f. Euler, Kammerspiele, S. 97. StA, PDM 6862: NS-Lehrzeitung 7 (April 31), S. 10: Bundesnachrichten.

³⁷⁶ Seidler, Todt, S. 300. VB 20 (20. 1. 1933), AdB.

³⁷⁷ Münchner Wacht 1930. Die Front 1931–1932.

endgültigen Auflösung bedrohten Prinzregententheater neue Besucher zuzuleiten.³⁷⁸ Allerdings lehnte das bayerische Kultusministerium jede Zusammenarbeit ab, um der Organisation nicht auf diesem Wege Anerkennung zu verschaffen.³⁷⁹ Im November 1932 gelang es der „Kampfbund-Bühne“ erstmals, im Gärtnerplatztheater ein von ihr protegiertes Stück, Hans Kyfers Schauspiel „Es brennt an der Grenze“, unterzubringen.³⁸⁰

Die im Frühjahr 1931 gegründete Gau-Unterabteilung „Rasse und Kultur“ betrieb „aktive Kulturpolitik“ und sah ihr Ziel längerfristig darin, „das gesamte Deutsche Kulturleben unserer Weltanschauung organisch einzugliedern“.³⁸¹ Der Gau München-Oberbayern wurde in verschiedene „Gaukulturbezirke“ gegliedert. München-Stadt mit München-Land, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Grafing und Starnberg bildeten gemeinsam den „Gaukulturbezirk A“. München wiederum wurde in vier Distrikte mit verschiedenen Sektionen unterteilt, die jeweils durch eigene Warte betreut wurden.³⁸² Gauleiter Wagner hegte hochfliegende Pläne, mit Hilfe dieser Abteilung „Münchens große Tradition als deutsches Kulturzentrum wieder zu gestalten.“³⁸³ Entsprechend setzte die Abteilung ihr „Symphonieorchester“ mit 75 Instrumentalisten ein, das erstmals am 10. Januar 1932 im Münchner Zirkus Krone mit der Ouvertüre aus Wagners Meistersingern und Bruckners 4. Symphonie auftrat.³⁸⁴ Offensichtlich durch das Münchner Experiment angeregt, stellte die ROL-Abteilung „Rasse und Kultur“ im Februar 1932 ebenfalls ein „Nationalsozialistisches Reichssymphonieorchester“ auf. Die Leitung übernahm der Münchner Kapellmeister und Dirigent des Gau-Symphonieorchesters, Franz Adam, der sogleich reichsweite Auftritte sowie die Gründung weiterer regionaler NS-Symphonieorchester plante.³⁸⁵ Die Nachfolgerin der im Sommer 1932 aufgelösten Abteilung „Rasse und Kultur“, die im Vorderhaus der Barer Straße 14 untergebrachte Gau-Abteilung „Volksbildung“, baute ihrerseits einen breiten Fächer an Fachgruppen mit eigenem Versammlungswesen auf.³⁸⁶ Die Fachgruppe „Schrifttum“ sah ihre „vordringliche Aufgabe“ darin, die deutschsprachige Publikationslandschaft wieder „in die Hände von Deutschen“

³⁷⁸ Front 36 (3. 9. 1932), „Aufbau der Kampfbundbühne München“. SMP 45 (6. 11. 1932), AdB. SMP 46 (13. 11. 1932), kleine Notiz. SMP 48 (27. 11. 1932), „Kampfbund-Bühne München“. Euler, Kammerspiele, S. 97.

³⁷⁹ SMP 45 (6. 11. 1932), „Kulturabbau in Bayern“.

³⁸⁰ SMP 49 (4. 12. 1932), Rubrik „Rund um die Frauentürme“.

³⁸¹ Front 19 (5. 12. 1931), AdB. VB 12 (12. 1. 1932), „Erstes Konzert des NS Symphonieorchesters“.

³⁸² StA, NSDAP 992: Einladung der GL/RuK für eine Versammlung am 4. 6. 1931. Pridham, Hitler's Rise, S. 201.

³⁸³ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“.

³⁸⁴ Front 19 (5. 12. 1931), AdB. VB 12 (12. 1. 1932), „Erstes Konzert des NS Symphonieorchesters“.

³⁸⁵ VB 49 (16. 2. 1932), „Parteiämtlich wird bekanntgegeben“. Vgl. auch Braun, Das Nationalsozialistische Reichs-Symphonie-Orchester (NSRSO). In: „Hauptstadt der Bewegung“, S. 286.

³⁸⁶ Front 33 (13. 8. 1932), AdB. Ebenda 34 (20. 8. 1932), AdB. Ebenda 43 (22. 10. 1932), AdB: „Gaubefehle“. Der Universitätsportarzt Dr. Astel übernahm das Referat für Rassenkunde der Abteilung Volksbildung: Front 34 (20. 8. 1932), AdB.

zu legen. Die Fachgruppe agitierte gegen das Judentum, „den Bolschewismus“, „übertriebenes Ausländertum“ in der Literatur und gegen „üble Protektionswirtschaft in jeglicher Form“. Dazu dienten eine Rechtsschutzstelle, literarische Veranstaltungen sowie Buchbesprechungen in der NS-Presse und der Versuch, mit Hilfe der Landtags- und Gemeindefraktionen Einfluß auf Bühnenspielpäne zu gewinnen. Die Abteilung suchte die Publikationen ihrer Mitglieder in Bibliotheken, Buchhandlungen, bei der NS-Presse und in öffentlichen Theatern zu protegieren. Ein ganz ähnliches Aktivitätsspektrum aus Lobbyarbeit für die Mitglieder und Propagierung einer „nationalsozialistischen Kulturrevolution“ verfolgte auch die Fachgruppe „Musik“, ebenso wie die Berufsfachgruppe „Bildhauer und Kunsthandwerker“ für ihre Zielgruppe, die Fresko- und Glasmaler, Mosaik- und Textilkünstler, Goldschmiede, Kunstschlösser und -schreiner, Keramiker, Graphiker und Innenarchitekten.³⁸⁷ Seit Sommer 1932 strebte die Abteilung „Volksbildung“ das Monopol auf die Durchführung kultureller Veranstaltungen im Gau an und damit die Vereinheitlichung und zentrale Steuerung des gesamten NS-Kulturlebens.³⁸⁸ Weihnachten 1932 war dieses Ziel nahezu erreicht. Um die Abteilung „Volksbildung“ auszulasten, griff die Gauleitung rigoros in die Festgestaltung der Münchner Ortsgruppen ein und verordnete drei zu diesem Zweck ausgearbeitete Festprogramme der Abteilung mit Berufsschauspielern. Gleichzeitig waren damit alle Darbietungen „irgendwelcher Dilettantenkräfte“, d.h. der Ortsgruppenmitglieder untersagt. Buttman, der Führer der Abteilung, forderte für alle künftigen Weihnachtsfeiern ein „hohes Kulturniveau“.³⁸⁹ Erst im September 1932 grenzten der „Kampfbund“ und die Abteilung „Volksbildung“ ihre sich vielfach überschneidenden Wirkungsbereiche ab und vereinbarten eine regelmäßige Koordination. Die Abteilung „Volksbildung“ beschränkte sich künftig auf die Erarbeitung eines nationalsozialistischen Kulturprogramms, kulturpolitische Beratungsstellen und entsprechende Stellungnahmen im Namen der Partei. Künstlerische oder literarische Versammlungen sowie die „Pflege“ der „Partei-kunst“ und „Parteiliteratur“ überließ sie der RPL. Der „Kampfbund“ konzentrierte sich auf die Werbung neuer Parteianhänger. Im Gegensatz zur Abteilung „Volksbildung“ betrieb er dies auch weiterhin mittels Veranstaltungen und Fachschaften mit ihren Theaterspielpänen, Besucherorganisationen und Lobbyarbeit bei den Behörden.³⁹⁰

³⁸⁷ SMP 46 (13. 11. 1932) – 48 (27. 11. 1932), jeweils AdB: „Abteilung Volksbildung“.

³⁸⁸ Front 34 (20. 8. 1932), AdB: „Abtlg. Volksbildung“: Die Abteilung befahl allen Parteimitgliedern, Ortsgruppenkulturwart und SA/SS-Dienststellen, künftig vor Veranstaltungen wie einem „Deutschen Abend“ oder Sommer- und Kinderfesten von vornherein das vorgesehene Programm zur Prüfung den Fachgruppen vorzulegen. Dort werde man die Veranstalter künstlerisch beraten.

³⁸⁹ SMP 47 (20. 11. 1932), „Bekanntgabe“. Diesen Drang, sämtliche Lebensbereiche der Parteimitgliedschaft zu kontrollieren, beobachtet Pridham generell für die gesamte Gauführung: Ders., *Hitler's Rise*, S. 202.

³⁹⁰ BA, Berlin, NS 22/440: „Abkommen zwischen der Abteilung Volksbildung und dem Kampfbund für deutsche Kultur“ vom 8. 9. 1932, gez. Rosenberg und Straßer.

Der „Nationalsozialistische Lehrerbund“ (NSLB)

Bereits Anfang 1922 entstand in München die der NSDAP nahe „Arbeitsgemeinschaft völkischer Lehrer“. Die Leitung hatten der Neuhauser Sektionsführer und Volksschullehrer Franz Kilger sowie der spätere erste nationalsozialistische Rektor der Universität München, Universitätsprofessor Dr. Leopold Escherich. Unbeschadet überstand die Organisation den „Hitlerputsch“ und nannte sich ab August 1925 „Bund völkischer Lehrer, Arbeitsgemeinschaft München“.³⁹¹ Treibende Kraft war nun die Schriftführerin Barbara Mair. Der kleine, äußerst umtriebige Kreis, der den Nationalsozialisten sehr nahe stand,³⁹² löste sich Ende 1925 auf; als Ersatz folgte die „Freie Gruppe nationalsozialistischer Lehrer“.³⁹³ Daher verzichtete die Partei zunächst auf die Gründung eines Münchner Ablegers der seit 1927 unter Leitung von Hans Schemm aktiven Lehrergruppe, die sich seit Frühjahr 1929 „Nationalsozialistischer Lehrer-Bund“ (NSLB) nannte und sich nun als offizielle NS-Lehrerorganisation präsentierte.³⁹⁴ Erst eineinhalb Jahre später, Ende Oktober 1930, folgte die Gründung einer Münchner Ortsgruppe, die zwar innerhalb der Parteispitze auf erhebliches Interesse stieß,³⁹⁵ allerdings zunächst durch einen internen Machtkampf erheblich beeinträchtigt wurde. Denn nicht der in der Münchner NSDAP vielfach engagierte Lehrer, Ortsgruppenführer und Gaufunktionär Joseph Bauer wurde deren Führer, sondern Hermann Weisskopf, ein ehemaliger Institutsdirektor aus Waldtrudering, der Bauer mit Hilfe seiner Beziehungen zum NSLB-Reichsführer Schemm verdrängte. Nachdem sich Weisskopf jedoch bald als wenig geeignet erwies, die Organisation zum Erfolg zu führen, verlor er die Gunst Schemms und wurde von Bauers Münchner Parteigängern im Herbst 1930 gestürzt. Im April 1931 übernahm Bauer die Führung in München selbst.³⁹⁶ Im selben Jahr erhielt er zudem die Führung des NSLB-Landesverbandes. Neben seinem eigenen Gau-Leiter stellte der NSLB ab Frühjahr 1931 Bezirksstellen und in den Ortsgruppen Schulzellen auf.³⁹⁷ Die

³⁹¹ StA, PDM 6862: Auszug aus dem Nachrichtenblatt der PDM 35 (6. 8. 1925). Feiten, NS-Lehrerbund, S. 41. Zu Kilger: StA, PDM 6724: Einladungen zu Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen 1922–1923.

³⁹² StA, PDM 6862: Mair an Oberlehrer Bauer vom 14. 6. 1925: Übersendung der neuen Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft. Ebenda: Richtlinien des Bund Völkischer Lehrer Deutschlands. Arbeitsgemeinschaft München vom 14. 7. 1925. StA, Lagebericht 34 (21. 7. 1925), S. 10. Front 6 (1. 11. 1930), „NS-Lehrerbund“.

³⁹³ Feiten bezeichnet diese Gruppierung als Vorläufer des NSLB: Ders., NSLB, S. 41.

³⁹⁴ VB 97 (27. 4. 1929), „Zusammenschluß der nationalsozialistischen Lehrer“; der hier genannten Tagung nationalsozialistischer Lehrer in Hof Ende April 1929 gingen organisatorische Vorarbeiten Schemms seit 1927 voraus. Feiten setzt die tatsächliche Gründung daher in das Jahr 1927: Feiten, NS-Lehrerbund, S. 42 ff.

³⁹⁵ Vgl. die zahlreiche Anwesenheit hochrangiger Führer, u. a. von ROL, HJ, DFO und NSDStB bei der Gründungsversammlung: VB 250 (21. 10. 1930), „NSLB, Orts- und Arbeitsgruppe München und Umgebung“.

³⁹⁶ Front 6 (1. 11. 1930), AdB. StA, NSDAP 992: Schemm an Bauer vom 28. 9. 1931 und Antwort Bauers vom 28. 12. 1931. StA, NSDAP 992: Formschr. des NSLB Gau München-Oberbayern „Lieber deutscher Volksgenosse“ gez. von Bauer. StA, PDM 6862: NS-Lehrerzeitung 7. Folge (April 31), S. 10: Bundesnachrichten.

³⁹⁷ Feiten, NS-Lehrerbund, S. 47.

Münchener Ortsgruppe unterstand dem NSLB-Landesverband Bayern, der, wie reichsweit üblich, in die Gauleitung einen Gaufachberater entsandte. Im Juni 1931 richtete Bauer hier zusätzlich zwei „Unterrichtsbereiter für Berufsbeamtenfragen“ ein.³⁹⁸ Im Frühjahr 1932 organisierte sich der NSLB schließlich, entsprechend der allgemeinen Parteiorganisation, einheitlich in Gauverbänden, Bezirken und Ortsgruppen. Der Münchener Bund erhielt nun auch einen Amtswalter für „Junglehrerfragen“.³⁹⁹

In der Organisation fanden sich nationalsozialistische Lehrkräfte aus Kindergärten, Schulen und Universität. Der Münchener NS-Lehrerbund zählte zu seinen Aufgaben auch programmatische und personelle Vorbereitungen für den Bereich des Schul- und Erziehungswesens im Hinblick auf eine mögliche nationalsozialistische Machtübernahme.⁴⁰⁰ Das sogenannte „Schulprogramm“ der NSDAP propagierte seit 1931 den „kompromißlosen Kampf“ gegen „die zum großen Teil liberalistisch, marxistisch und demokratisch versuchten Lehrervereine“ sowie gegen die unter dem Schlagwort „Kulturbolschewismus“ subsumierten modernen Richtungen der Pädagogik, die angeblich ein „Fiasko des bisherigen Erziehungs- und Schulsystems“ durch die „sinnlose Überbewertung des Intellekts“ verschuldet hatten. Daneben stand die Forderung nach Gemeinschaftsschulen und der Abschaffung der Privatschulen. Gauleiter Wagner verstand die Organisation als „Gegenpol“ gegen den „schwarzen bayerischen Volksparteifunktionär in Gestalt politisierender Pfarrer“. Schemm versuchte gleichzeitig mit dem Hinweis auf die angeblich positive Verbindung zwischen Christentum und Nationalsozialismus die Bedenken der Lehrerschaft gegen NSLB und Nationalsozialismus abzubauen. Die Anziehungskraft des NSLB lag jedoch weniger in dessen Erziehungstheorien begründet, sondern war Folge der standes- und schulpolitischen Probleme der Weimarer Zeit. Vor allem unter der Frontgeneration der Lehrer dominierte die Ablehnung der Weimarer Republik. Die Forderung nach stärkerer Erziehung zu Nationalbewußtsein und „Volksgemeinschaft“ fand Ende der zwanziger Jahre mehr und mehr Zulauf, ebenso die zunehmende Distanzierung gegenüber dem Weimarer Staat. Die Existenzangst der Lehrer angesichts staatlicher Sparkurse während der Wirtschaftskrise verstärkte dies. Die Betonung des Berufsstandes als wichtigen Träger des nationalsozialistischen Erziehungskonzeptes konnte bei den Lehrern den Eindruck erwecken, ihr unter anderem durch die Wirtschaftskrise angeschlagener sozialer Status würde in einem NS-Staat eine Verbesserung erfahren.

³⁹⁸ StA, NSDAP 992: NSLB-RL/Pressestelle an Bauer vom 21. 11. 1931. Ebenda: Antwort Bauers an Karl Hehl vom 17. 12. 1931. Ebenda: Bauer an GL/Betriebszellen vom 14. 6. 1931.

³⁹⁹ VB 57 (26. 2. 1932), „Amtliche Bekanntmachung: Junglehrer-Organisation im NSLB“. StA, PDM 6862: NS-Lehrerzeitung, Folge 2 (Feb 32), S. 15: „Bundesnachrichten“.

⁴⁰⁰ Im Folgenden: Front 6 (1. 11. 1930), „NS-Lehrerbund“. Ebenda 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“. NSLB-Formschr. (Kapitel IV.2., Anm. 409). StA, 76862: NS-Lehrerzeitung Folge 4 (1931), S. 8. Feiten, NS-Lehrerbund, S. 33 ff., 44 f., 48.

Die „Wehrpolitische Vereinigung“

Die „Wehrpolitische Vereinigung“ (WPV), deren Mitglieder ein eigenes Abzeichen, den Großbuchstaben „W“ auf silbergrauem Rechteck trugen, hielt auch nach Röhm's Ausscheiden im Jahre 1928 an ihren Zielen und Aktivitäten fest. Allerdings war ihre angebliche parteipolitische Neutralität selbst für die Polizeibehörden nur eine Scheinfassade.⁴⁰¹ Anfangs schien der Plan, Mitglieder der Wehrverbände zu gewinnen, zu gelingen. So erschienen etwa zu der Veranstaltung am 12. Dezember 1928 Mitglieder der ehemaligen Reichskriegsflagge, des DVOB, des Wehrwolf und der ehemaligen Roßbachorganisation, darunter eine Reihe hochrangiger Verbandsführer. Der anwesende Polizeiagent konnte folgende namentlich festhalten: Freiherrn von Löffelholz, Wilhelm Brückner, den ehemaligen TBB-Führer Konstantin Hierl, Oberst Haselmayr, den Münchner BHKB-Prominenten und Generalmajor a. D. Friedrich Feeser, Major Hühnlein, den ehemaligen Kommandeur des Münchner DVOB und Oberstleutnant a. D. Otto Rösch, Major Siry, Präsident von Heimburg und Oberst Baumann. Zur Veranstaltung waren auch Esser, Schirach, Stolzing-Cerny, Himmler, Hitler und Heß gekommen.⁴⁰² Doch bereits 1930 bestand die Organisation fast nur aus Nationalsozialisten, darunter zahlreiche hochrangige Partei-, SA- und SS-Führer. Die Polizeidirektion beobachtete anschließend keine neuen Beitritte prominenter Wehrverbandsoffiziere.⁴⁰³ Als Gegenpol zur internationalen Abrüstungskonferenz 1931 gründete die WPV die „Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung“, deren Vorsitz der Nationalsozialist und ehemalige AStA-Vertreter des Münchner NSDStB Oberst a. D. Friedrich Haselmayr übernahm.⁴⁰⁴ Möglicherweise arbeitete die WPV auch mit dem Anfang September 1932 gegründeten „Wehrpolitischen Amt der NSDAP“ zusammen.⁴⁰⁵

Die Mittelstandsorganisationen

Während die Münchner NSDAP bereits in den zwanziger Jahren gegenüber vielen gesellschaftlichen Gruppierungen mit eigenen Organisationen auftrat, ließ eine ähnliche Einrichtung für den Mittelstand, der seit Ende 1927 im Fokus der Parteipropaganda stand, auf sich warten. Der im November 1929 in Plauen gegründete „Nationalsozialistische Wirtschaftsband“ für die „deutschen Geschäftsleute“ aus Handel, Handwerk, Gewerbe und freien Berufen zeigte in München keine Aktivitäten.⁴⁰⁶ Der Ende 1930 in München entstandene „Kampfring Deutscher

⁴⁰¹ StA, PDM 6874: PND 728: WPV-Versammlung am 23. 3. 1931. Ebenda: WPV-Grundsatzprogramm vom 28. 11. 1928, gez. Ernst Röhm.

⁴⁰² StA, PDM 6874: PND 675: Versammlung der WPV am 12. 12. 1928.

⁴⁰³ StA, PDM 6874: PND 715, 728 und 760: WPV-Versammlungen am 10. 11. 1930, 23. 3. 1931 und 14. 12. 1931.

⁴⁰⁴ VB 342 (8. 12. 1931), „Münchner Kundgebung zur Frage des internationalen Rüstungsausgleiches“. Vgl. zu Haselmayr: StA, Würzburg, RSF II/14: Haselmayr war für die HGM ab November 1928 AStA-Mitglied.

⁴⁰⁵ VB 257 (13. 9. 1932), „Errichtung eines Wehrpolitischen Amtes der NSDAP“.

⁴⁰⁶ StA, PDM 6876: Auszug aus StA, Lagebericht der Polizei Nürnberg vom 23. 12. 1929 in den Akten der PDM/VI/N.

Industrie- und Handelsvertreter – Bund nationalsozialistisch gesinnter Vertreter Deutschlands“, der keine Anbindung an die Partei besaß, konnte nicht einmal Anfangserfolge vorweisen.⁴⁰⁷ Schließlich etablierte sich im Sommer dieses Jahres eine Gau-Beratungsstelle und im November – noch außerhalb des Gauapparates – unter der Führung Georg Sturms die Mittelstandsorganisation „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ (KGWK).⁴⁰⁸ Diese verstand sich als Interessenvertretung und nahm auch Münchner auf, die vorerst nicht Mitglied der NSDAP werden wollten.⁴⁰⁹ Die Gemeinschaft agierte in der Stadt selbständig, war aber seit 1931 in den Gauapparat über eine Unterabteilung für den Mittelstand eingebunden,⁴¹⁰ die ab Juni 1931 den Titel „Abteilung für Mittelstandsfragen“ führte und sich ab Januar 1932 „Abteilung Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe“ nannte. Letzterer war die KGWK nun fest unterstellt.⁴¹¹

Nach ihrer Gründung zeigte die KGWK zunächst noch kaum Aktivitäten, abgesehen von sporadischen Versammlungen und Artikeln in der „Front“. Schließlich begann Sturm im Frühjahr 1931 die Kampfgemeinschaft aufzubauen. Über die Parteipresse und mit Veranstaltungen in allen Münchner Ortsgruppen versuchte er, die in Berufsverbänden organisierten Parteimitglieder für die Mitarbeit zu gewinnen.⁴¹² Zugleich setzte er die Ortsgruppenführer unter Druck, um die Aufstellung von Mittelstandsobleuten bzw. deren Teilnahme an regelmäßigen Konferenzen und die Durchführung von Mittelstandsversammlungen zu erzwingen.⁴¹³ Seit Beginn des Jahres 1931 hatte die KGWK zwei Unterabteilungen, den Rechtsschutz unter Rechtsanwalt Philipp Hoffmann sowie die Buch- und Steuerfachberatung unter Bücherrevisor Eugen Klein.⁴¹⁴ Im Juli 1931 stellte Sturm in

⁴⁰⁷ VB 4 (6. 1. 1931), „Kampfring Deutscher Industrie- und Handelsvertreter“. StA, PDM 6856: hs. Vermerk der PDM/VI/N vom 9. 1. 1931. Ebenda: PDM an Polizeipräsident, Landeskriminalamt Berlin, vom 16. 7. 1931. Zu List: IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg. BA, Berlin (ehem. BDC), Personalakte List, Max.

⁴⁰⁸ StDA, BuR 1607: Sturm an Oberbürgermeister Fiehler vom 8. 10. 1936. Ebenda: Personalbogen Georg Sturm o. w. A. VB 18 (18. 1. 1933), Beiblatt über die Amtswaltersitzung der KGM München-Oberbayern am 14. 1. 1933.

⁴⁰⁹ Front 3 (1. 2. 1931), AdB: Aufruf der KGWK. Front 4 (18. 3. 1931), AdB: Aufruf der KGWK. BA, Berlin, Slg. Schumacher 242a: Richtlinien der Kampfgemeinschaft als Nachtrag zur Dienstvorschrift der NSDAP-Partei-Organisation, o. w. A.; Datierung nach dem Inhalt 1932.

⁴¹⁰ Richtlinien für die Arbeit der BzF und Ogf des Gau München-Oberbayern, o. D.: Kapitel IV.2., Anm. 115.

⁴¹¹ BA, Berlin, NS 22/1050: GGF an ROL I vom 24. 3. 1931. Richtlinien vom 20. 6. 1931: Kapitel IV.2., Anm. 38. IfZ, MA 1216: Rschr. Abt. Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe an alle BzF und Ogf vom Januar 1932.

⁴¹² Front 3 (1. 2. 1931), AdB. Front 4 (18. 3. 1931), AdB. Front 5 (1. 4. 1931), Versammlungskalender.

⁴¹³ IfZ, MA 738: KGWK an Ortsgruppe Ramersdorf vom 15. 4. 1931 und vom 12. 5. 1931. Ebenda: KGWK an die Ogf und Obmänner der Kampfgemeinschaft im Gau München-Oberbayern vom 14. 11. 1931.

⁴¹⁴ Front 21 (19. 12. 1931), Mittelstandsfront, Zeitschrift für Einzelhandel, Handwerk, Gewerbe; Mitteilungen der KGWK [künftig zitiert Mittelstandsfront] Nr. 5 (18. 12. 1931), „Ein Jahr arbeitsreiche Tätigkeit der Kampfgemeinschaft“.

der Stadt für die Handwerkszweige der Konditoreibesitzer, Drogisten, Metzger, Milchhändler, Schmiedemeister, Wagnermeister und Glasermeister jeweils zwei KGWK-Obmänner auf.⁴¹⁵ Im Oktober 1931 arbeiteten im Gebiet München-Stadt und Land 42 Obleute und im Gau Oberbayern 22, die die Gruppen der KGWK bei den Ortsgruppen betreuten. In München waren zusätzlich 14 Obleute für die Handwerksgruppen tätig. Aufgabe der Ortsgruppen-Obmänner war es, die KGWK-Gruppe ihres Gebietes zu führen, die Interessen des Mittelstandes entsprechend den Richtlinien der Münchner Zentrale zu vertreten, außerdem die Käuferschaft für den Einkauf in nationalsozialistischen Geschäften zu mobilisieren.⁴¹⁶

Die Mittelstandsorganisation der NSDAP war 1932 bei ROL und Gauleitungen durch entsprechende Abteilungen vertreten sowie bei Kreisleitungen und Ortsgruppen durch ihre Obmänner.⁴¹⁷ Ab dem Frühjahr 1932 konzentrierte sich die gesamte Mittelstandsarbeit im Gau in der Person Sturms, der die Unterabteilung „Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe“ leitete⁴¹⁸ und zugleich Fachreferent für Mittelstandsfragen in der wirtschaftspolitischen Abteilung der ROL war.⁴¹⁹ Nach der bayerischen Landtagswahl im April 1932 begann Sturm Unterabteilung aus den Obmännern eigene Fachgruppen aufzubauen. Diese sollten neue Mitglieder für die Kampfgemeinschaft werben, Lobbyarbeit im Sinne der Fachgruppen-Berufe sowie Propagandaarbeit für die NSDAP leisten und vor allem die handwerklichen und gewerblichen Berufsorganisationen gezielt unterwandern.⁴²⁰ Schließlich hegte Sturm die Hoffnung, auf diese Weise den „ständischen Wirtschaftsaufbau“ nach einer Machtergreifung vorzubereiten.⁴²¹ Zuvor schaltete er jedoch die unliebsame Konkurrenz der seit Februar 1931 agierenden Münchner „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Bau-Handwerker und Gewerbetreibender“ aus. Deren Hauptinitiator, der langjährige Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“, Bauführer des Braunen Hauses und zugleich als Vermittler für Baugewerbe im Münchner Arbeitsamt Leiter der dortigen NS-Betriebszelle, Hans Esterhammer, stützte sich auf eine ROL-Genehmigung und übergab die Gauleitung. Da der „Völkische Beobachter“ alle Veröffentlichungen der Gruppe blockierte, hatte diese kaum Zulauf. Ebenso scheiterte Esterhammers Versuch, die KGWK-Fachgruppen seiner Arbeitsgemeinschaft zu unterstellen und selbst in die Gau-Abteilung Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe einge-

⁴¹⁵ Mittelstandsfront Nr. 1 (8. 7. 1931).

⁴¹⁶ Mittelstandsfront Nr. 2 (10. 10. 1931), „Hinein in die KGWK“. BA, Berlin, NS 22/1050: Sturm an ROL I/Straßer vom 20. 1. 1932. StA, PDM 6735: PDM/VI/N an MInn vom 9. 10. 1931: Münchner Tagung des Gaus München-Oberbayern am 2. 10. 1931.

⁴¹⁷ Richtlinien der Kampfgemeinschaft 1932: Kapitel IV.2., Anm. 422.

⁴¹⁸ Front 15 (9. 4. 1932), AdB.

⁴¹⁹ BA, Berlin, Slg. Schumacher 242a: Rschr. GL München-Oberbayern, Abt. Mittelstand vom 1. 6. 1932.

⁴²⁰ Richtlinien der Kampfgemeinschaft 1932: Kapitel IV.2., Anm. 422. Front 18 (30. 4. 1932), „Abteilung Mittelstand“. VB 132 (11. 5. 1932), Anzeige „Abteilung Mittelstand“.

⁴²¹ Front 26 (25. 6. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“.

gliedert zu werden,⁴²² an Sturms Widerstand.⁴²³ Daraufhin löste sich die Organisation binnen kurzem wieder auf.⁴²⁴

Als erste Fachgruppen starteten im Mai 1932 diejenigen der Metzgermeister, Bäckermeister, Konditormeister, Lebensmittelhändler, Schreinermeister, Schneidermeister, Schuhmachermeister, der Apotheker und Drogisten, Malermeister, Hausbesitzer, der Molkereibetriebe und der Friseure.⁴²⁵ Im Juni folgten die Fachgruppen der Schlossermeister, Spenglermeister, des Tabakgewerbes, der Buchdruckereibesitzer, der Gärtnereibesitzer, Spediteure und Mietauto-Unternehmer, des Baugewerbes, der Zimmereibetriebe sowie der Hotel-, Pensions- und Kaffeehausbesitzer.⁴²⁶ Im Juli entstanden die Fachgruppen der Mechaniker und Auto-mechanikermeister, der Elektroinstallateure, Wäschereibetriebe und Uhrmachermeister. Insgesamt waren es Ende Juli 1932 22 Fachgruppen.⁴²⁷ Offensichtlich lösten sich viele Fachgruppen bald nach der Gründung wieder auf, denn Anfang September 1932 zählte Sturm vor Funktionären der KGWK und der Fachgruppen nach wie vor nur 22 aktive Fachgruppen und kündigte die Gründung solcher für Buchhändler, Schmiedemeister, Glasermeister, Buchbindermeister, Gastwirte, Hotel- und Kaffeehausbesitzer sowie für Transport- und Verkehrswesen an. Die beiden letzteren waren jedoch bereits im Frühsommer 1932 gegründet worden. Obgleich im September 1932 noch die Fachgruppen der Tapezierer und Sattlermeister hinzukamen, sank die Gesamtzahl bis Anfang März 1933 auf 21.⁴²⁸ Die Fachgruppen für Hausbesitzer, Gärtner, Spediteure, Hotel/Pension/Kaffee und Drogisten hatten sich wieder aufgelöst, und die übrigen angekündigten waren nicht entstanden. Im Sommer 1932 bestand die Führung einer Fachgruppe aus deren Leiter, seinem Stellvertreter und einem Propagandaleiter.⁴²⁹ Die Fachgruppen arbeiteten in München nach ihrem eigenen System. So teilte etwa die Fachgruppe des Tabakgewerbes das Stadtgebiet in vier Bezirksgruppen ein.⁴³⁰ In München arbeitete nun 1932 ein verwirrend dichtes Netz von Berufsorganisationen der NSDAP, die erst ab Juni des Jahres zumindest ihre Zielgruppen voneinander abgrenzten. Nicht nur die KGWK und die NSBO führten solche Einrichtungen,

⁴²² BA, Berlin, NS 22/1050: Esterhammer an Straßer vom 1. 12. 1931. StdA, BuR 452/19: Selbstverfaßter Lebenslauf Esterhammers von 1934.

⁴²³ BA, Berlin, NS 22/1050: Straßer an Wagner vom 3. 3. 1931. Ebenda: Sturm an ROL I/ Straßer vom 20. 1. 1932.

⁴²⁴ In der nationalsozialistischen Presse zeigte sich die Organisation nicht mehr.

⁴²⁵ VB 132 (11. 5. 1932), Anzeige „Abteilung Mittelstand“. Front 20 (14. 5. 1932), Rubrik „Der Mittelstand“. Front 22 (28. 5. 1932), „Der Mittelstand bei Adolf Hitler“.

⁴²⁶ Front 24 (11. 6. 1932), „Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe KGWK“. Front 26 (25. 6. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“.

⁴²⁷ Front 27 (2. 7. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“. VB 213 (31. 7. 1932), Wahlanzeige, gez. von den Fachgruppen der Abt. Mittelstand des Gaues München-Oberbayern.

⁴²⁸ Front 38 (17. 9. 1932), „Aus der Tätigkeit der Kampfgemeinschaft“. VB 213 (31. 7. 1932), Wahlanzeige „Wir Mittelständler wählen deshalb am 31. Juli Nationalsozialisten, Liste 2“. VB 63/64 (4./5. 3. 1933), Wahlanzeige „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ Gau München-Oberbayern.

⁴²⁹ Front 27 (2. 7. 1932), „Aufruf! Mittelständler herein in die nationalsozialistischen Berufsfachgruppen“.

⁴³⁰ Front 26 (25. 6. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“.

sondern auch der „Kampfbund für deutsche Kultur“, die Gauabteilung „Rasse und Kultur“ und selbst die ROL-Abteilungen für den Mittelstand und die Wirtschaftspolitik.⁴³¹ Deren Leiter Wagener unterstützte jedoch die Münchner KGWK und übernahm in deren Veranstaltungen Referate.⁴³² Daneben gab es weitere reichsweit organisierte, eigenständige NS-Berufsorganisationen. Ob der im Mai 1932 entstandene „Verband deutscher Viehhändler“, der in den Gauen Weser-Ems und Berlin die Arbeit aufnahm,⁴³³ auch in München aktiv wurde, läßt sich nicht rekonstruieren. Der im Herbst 1932 gegründete Münchner „Kampfbund gegen Mietwucher“, in dem sich Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam engagierten, unterhielt in etlichen Stadtteilen eigene Ausschüsse. Der Harlachinger Ausschuß unter Führung des lokalen NS-Ortsgruppenführers Max Sälzle organisierte die Mieter gegen Gebührenerhöhungen.⁴³⁴ Die KGWK, bislang nur in München und Oberbayern aktiv,⁴³⁵ diente schließlich Ende 1932 dem reichsweiten Ausbau und der Vereinheitlichung der NS-Mittelstandsorganisation als Vorbild. Im Oktober 1932 richtete die ROL-Hauptabteilung IV B (Mittelstand) eine eigene Unterabteilung „Privatwirtschaft“ für den gewerbetreibenden Mittelstand ein, deren Leitung Sturm und das Reichstagsmitglied Ernst Katzmann übernahmen. Die Unterabteilung ging ihrerseits dazu über, reichsweit und damit sicher auch im Gau Ableger zu gründen.⁴³⁶ Im Januar 1933 faßte Hitler alle NS-Mittelstandsorganisationen im „Kampfbund des Gewerblichen Mittelstandes“ einheitlich zusammen.⁴³⁷ Dessen Leitung übernahm Adrian von Renteln.⁴³⁸ Gau-Führer dieses „Kampfbundes“ für München-Oberbayern wurde Georg Sturm,⁴³⁹ der seinerseits für sämtliche Kreise und Ortsgruppen eigene Kampfbundleiter ernannte.⁴⁴⁰

Sonstige Unterorganisationen

Der nationalsozialistische Juristen-Bund setzte auch nach 1929 seine Rechtsberatung und die Vermittlung von Rechtsanwälten an Nationalsozialisten fort. Seit 1. Oktober 1929 besaß der Bund ein eigenes Organ „Recht und Nationalsozialis-

⁴³¹ StA, PDM 6873: KGWK-Versammlung, 15. 1. 1932, Bauerngirtl, München.

⁴³² Vgl. Front 1932.

⁴³³ Der Angriff 100 (18. 5. 1932), „Die deutschen Viehhändler schließen sich zusammen“.

⁴³⁴ Handzettel „Achtung! Mieter! Herhören!“ gez. „Der Vorsitzende des Kampfausschusses Neu-Harlaching, M. Sälzle“; ms. Handzettel, datiert durch hs. Notiz der PDM/VI/N auf den „31. 10. 1932“: StA, PDM 6743. Ebenda: Der 1. Vorsitzende des Reichsbund deutscher Mieter, Ortsgruppe München, an PDM vom 28. 10. 1932. Zu Sälzle: BA, Berlin, NS 22/266: Anordnung GL München-Oberbayern vom September 1934.

⁴³⁵ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“.

⁴³⁶ VB 299 (25. 10. 1932), „Der nationalsozialistische Aufbruch des Mittelstandes“. Front 38 (17. 9. 1932), „Aus der Tätigkeit der Kampfgemeinschaft“. BA, Berlin, NS 22/447: Sturm an Gauleiter Wagner vom 23. 9. 1932.

⁴³⁷ VB 18 (18. 1. 1933), Verfügung Hitlers vom 15. 12. 1932.

⁴³⁸ VB 16 (16. 1. 1933), Tagung des Kampfbundes des Gewerblichen Mittelstandes am 8. 1. 1933 in Berlin.

⁴³⁹ VB 63/64 (4./5. 3. 1933), Wahlanzeige des „Kampfbundes“.

⁴⁴⁰ VB 18 (18. 1. 1933), AdB: Amtswaltersitzung der KGWK München-Oberbayern am 14. 1. 1933.

mus“.⁴⁴¹ Im Februar 1931 faßte die Reichsleitung reichsweit und somit auch im Gau München-Oberbayern die nationalsozialistischen Volkswirtschaftler mit den Juristen zum „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ zusammen.⁴⁴² Feste „Landesleiter“ wurden jedoch erst ab Dezember des Jahres eingeführt. Der Landesleiter Bayern, Schwarz, richtete die Geschäftsstelle im „Braunen Haus“ ein.⁴⁴³ Die auf dem Nürnberger Reichsparteitag im August 1929 ins Leben gerufene nationalsozialistische „Vereinigung Deutscher Ärzte“ mit Sitz in München besaß zunächst keine festen organisatorischen Strukturen in der Stadt.⁴⁴⁴ Erst am 26. April 1930 wurde im Laimer Gasthaus „Kammerer“ unter dem Titel „Arbeitsgemeinschaft Groß-München des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes“ die Münchner Ortsgruppe gegründet.⁴⁴⁵ Ihre Geschäftsstelle befand sich ab August 1930 in den Räumen des ehemaligen Hotels „Reichsadler“ in der Herzog-Wilhelm-Straße 32.⁴⁴⁶ Der Bund warb innerhalb des Berufsstandes, unter den ärztlichen Ständesvereinigungen und an den Hochschulen um neue Anhänger für die NSDAP, übernahm bei SA und SS die Sanitätsausbildung und leistete medizinische Beratungsarbeit. In der Folge wurde beinahe allen öffentlichen Parteiversammlungen im Sommer 1932 ein Arzt zugeteilt.⁴⁴⁷ Neben den genannten größeren Organisationen engagierten sich noch verschiedene kleinere Einrichtungen in München. Allerdings bleibt ungeklärt, ob dies für die im Sommer 1931 in Berlin gegründete „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Katholiken“, eine lose Gemeinschaft „rechtsgerichteter“ Katholiken,⁴⁴⁸ oder auch für die im Mai 1932 gegründete „Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten“ mit Sitz im „Braunen Haus“ gilt. Diese Sammelorganisation für Verleger, Redakteure, Korrespondenten und freie Mitarbeiter der Presse war vom Leiter der Reichspressestelle der Partei, Otto Dietrich, eingerichtet worden.⁴⁴⁹ Die NS-Presse schwieg über etwaige Unternehmungen beider Einrichtungen. Im Sommer 1932 zog die Gauleitung den „Bund für freiwilligen Arbeitsdienst, Abteilung München-Oberbayern“ auf. Diese nur zum Schein parteiunabhängige Organisation wurde von dem im Zusammenhang mit dem Gau-Nachrichtendienst bekannten Hauptmann Riester geleitet, hatte ihre Geschäftsstelle in den Räumen der Gauleitung (Barer Straße 14) und warb für sich in der Parteipresse. So suchte der „Bund“ im Juni 1932 100 erwerbslose Parteimitglieder für ein etwa 3000 Tagwerk großes Meliorisierungspro-

⁴⁴¹ VB 208 (8./9. 9. 1929), „Nationalsozialistischer Deutscher Juristenbund“.

⁴⁴² Front 3 (1. 2. 1931), Anordnung der RL.

⁴⁴³ VB 353 (19. 7. 1931), „Bekanntmachung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“.

⁴⁴⁴ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 9.

⁴⁴⁵ VB 98 (26. 4. 1930), „Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund“. Ebenda 101 (30. 4. 1930), „Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund“.

⁴⁴⁶ VB 226 (13. 8. 1932), Kleine Notiz.

⁴⁴⁷ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“. StA, PDM 6948: Satzungen des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, o. D. Ebenda: Liste „Ärzteverzeichnis“, die dem SA-Standartenbefehl Nr. 3/32 vom 19. 8. 1932 beigelegt war; hier waren die bei den jeweiligen NS-Versammlungen diensthabenden Ärzte eingetragen.

⁴⁴⁸ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 8f.

⁴⁴⁹ VB 125 (4. 5. 1932), „Es wird bekanntgegeben“. VB 156 (4. 6. 1932), „Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten“.

jekt.⁴⁵⁰ Mit Hilfe der im Sommer 1931 in München entstandenen „Notgemeinschaft der Erwerbslosen Deutschland e.V.“ versuchte die NSDAP Arbeitslose an die Partei heranzuführen. Die Organisation stritt zwar die Verbindung mit der Partei ab, konnte jedoch aufgrund der Parteimitgliedschaft ihres Vorstandes und der ideologischen Prägung ihre tatsächliche Orientierung nicht verbergen. Primärer Zweck der im Herbst 1931 rund 1500 arbeitslose Mitglieder umfassenden Notgemeinschaft war die sozialkaritative Unterstützung. Zu dem Zweck organisierte sie für ihre Mitglieder in elf Münchner Geschäften verbilligte Einkaufsmöglichkeiten, bot juristische und soziale Beratung an oder veranstaltete Filmvorführungen, Konzertabende und Theaterbesuche.⁴⁵¹ Um die Kontakte zum „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ (DHV) zu „pflegen“, gründete die Partei im Frühjahr 1929 auch in München eine Gruppe „Nationalsozialisten im DHV“, die monatliche Versammlungen abhielt und innerhalb des DHV nationalsozialistische Vorstellungen zu protegierten suchte.⁴⁵²

⁴⁵⁰ Front 25 (18. 6. 1932), AdB: „Bund für freiwilligen Arbeitsdienst e.V. Abt. München-Oberbayern“.

⁴⁵¹ Brunner, Arbeitslosigkeit, S. 194 ff.

⁴⁵² StA, PDM 6733: PND 656 (8. 5. 1929): Mitgliederversammlung der Nationalsozialisten im DHV am 26. 4. 1929.

3. Ringen um die Durchsetzung – Propaganda und Vereinsleben

Das Vereinsleben reaktiviert sich

Bis Ende 1929 war das ursprünglich vielfältige und zugleich sehr „familiäre“ Sektionsleben fast völlig verschwunden.¹ Das Aktivitätszentrum lag jetzt nicht mehr bei den Sektionen, sondern bei der im Herbst 1929 installierten Gauleitung. In Folge der zahlreichen Wahltermine war das Parteileben in den frühen dreißiger Jahren auf weite Strecken hin weniger durch ein geselliges „Vereinsleben“ als vielmehr durch rastlose Wahlkampfagitatorik gekennzeichnet. Dennoch ließ sich seit 1930 in den Zeiten zwischen den Wahlkämpfen beobachten, wie das Vereinsleben erneut an Dichte gewann. Die Charakteristika des NS-Vereinslebens der zwanziger Jahre, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen, Unterhaltungsabende und Festivitäten² sowie die Mitteilungsorgane, Bibliotheken und die Binnenorganisation prägten auch das Eigenleben der Ortsgruppen in den dreißiger Jahren, teilweise wurden sie sogar neu eingeführt. Aufgrund der stark angestiegenen Mitgliederzahlen verteilte sich das Vereinsleben nun innerhalb einer Ortsgruppe auf verschiedene Zentren, deren Mittelpunkte jeweils die Versammlungslokale oder Geschäftsstellen in den einzelnen Stadtbezirken bildeten. Den Anstoß für diese Reaktivierung des Vereinslebens gaben die verstärkten Bemühungen zum Ausbau der Binnenorganisation der Partei sowie zur Einbindung der neugewonnenen Wählerschaft.

Vermutlich gaben spätestens seit Beginn der dreißiger Jahre sämtliche Münchner Ortsgruppen eigene Mitteilungsorgane heraus.³ Exemplare dieser in der Regel als „Rundschreiben“ titulierten Organe bestanden aus mehrseitigen, maschinengeschriebenen Schriften in DIN-A4-Format und enthielten keine Werbeinserate. Seit Ende 1929 hielten die Ortsgruppen erneut regelmäßige, meist wöchentliche Sprechabende in festgelegten Lokalen ab.⁴ Die Münchner Ortsgruppen von DFO

¹ Vgl. im Fall der Sektion Schwabing IfZ, „Protokollbuch“ sowie KHB. Generell: StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Mitgliederversammlungen der Sektionen.

² Vgl. etwa die am Jahresende in der Front veröffentlichten Berichte über die meist höchst aufwendigen Weihnachtsfeiern verschiedener Münchner Ortsgruppen.

³ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 11: Gauleiter Wagner beabsichtigte mit einem zentralen Mitteilungsorgan sämtliche Mitteilungsblätter der einzelnen Ortsgruppen im Gau Groß-München zu ersetzen. In München besaß also zumindest mehr als eine Ortsgruppe ein derartiges Organ. Seit Beginn der dreißiger Jahre gaben sämtliche Ortsgruppen Rundschreiben heraus, wie die erhalten gebliebenen Exemplare in den Quellenbeständen zeigen. IfZ, MA 738: nummerierte „Rundschreiben“ der Ortsgruppen München-Süd, Laim und der Ortsgruppe 26. Von der Ortsgruppe Westend ist 1931–1932 ein vollständiger Bestand eines mindestens schon 1931 existierenden „Rundschreibens“ erhalten: IfZ, MA 738. Möglicherweise gaben im selben Zeitraum sogar die Sektionen eigene Rundschreiben heraus. Vgl. IfZ, MA 738: „Sektions-Rundschreiben Nr. 1“ vom 24. 10. 1932 der Sektion I der Ortsgruppe 22.

⁴ Vgl. die entsprechende Anweisung der GL: IfZ, „Protokollbuch“, S. 142: Gauleiter Wagner vor der Sektion Schwabing am 23. 10. 1929; sowie: StA, PDM 6739: Morgenrapport der PDM vom 24. 10. 1929 über Wagners Äußerungen in der Versammlung. Vgl. zudem die Bekanntmachungen der Ortsgruppen in der „Münchner Wacht“ bzw. Front 1930–

und „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Frauen“ veranstalteten 1931/1932 „Frauenarbeitsabende“ und Lesegruppen,⁵ die sich unter anderem mit Hitlers „Mein Kampf“ beschäftigten.⁶ Seit 1930 warben nationalsozialistische Stammtische regelmäßig in der „Front“, und Gasthäuser priesen sich als „Hakenkreuzkneipe“.⁷ Diese Inserate spiegelten die nationalsozialistische Subkultur und waren keineswegs ausschließlich von kommerziellem Interesse getrieben, wie einige Beispiele zeigen: Im Oktober 1932 eröffnete das vormalige Café „Ludwig“ in der Ludwigstraße 4 unter dem Namen „Café Die Braune Front“ neu und bot gegen Eintritt jeden Abend ein von Parteimitgliedern gestaltetes „Künstlerkonzert“.⁸ Im Bezirk Westend entstand im Herbst 1930 eine „zwangslose Tischgesellschaft“ für Parteimitglieder und Sympathisanten, die sich jeden Mittwoch traf.⁹ Die Ortsgruppe Ramersdorf hielt seit Januar 1932 ihren Stammtisch jeden Sonntagabend ab.¹⁰ Und schließlich stand den Münchner Parteimitgliedern das Ende April 1931 eröffnete Kasino im „Braunen Haus“ jeden Abend offen.¹¹ Ausflüge führten die Ortsgruppen im Gegensatz zu den Sektionen der zwanziger Jahre¹² offensichtlich seltener durch.¹³ Dagegen wiederholte sich ein anderes Charakteristikum der Jahre vor 1929: Manche Ortsgruppen veröffentlichten jetzt Todesfälle bekannter Mitglieder in der „Front“ und veranstalteten mit großem Aufwand Begräbnisse.¹⁴

Seit Beginn der dreißiger Jahre setzte die städtische Parteiorganisation vermehrt auf kulturelle Veranstaltungen. Vor allem der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und die Gauabteilung „Rasse und Kultur“ engagierten sich für diese Mischung aus Propaganda und Vereinsleben. Der „Kampfbund“ organisierte im Winterhalbjahr 1930/31 eine „kulturpolitische Reihe“ mit Hans Johst, außerdem Vorträge von

1932, AdB. StA, PDM 6786: Münchner Ortsgruppe und ihre „Verkehrslokale“, Zusammenstellung der PDM 1932. Manche Ortsgruppe wechselte ihre Stammlokale immer wieder: Front 1 (1. 9. 1930), AdB: Nach der Kündigung ihres Lokals suchte sich die Ortsgruppe Süd als Ersatz das Gasthaus Thalkirchnerhof.

⁵ Vgl. Front 1931, „Gauachrichten“ und Front 1932, AdB.

⁶ Front 1931, AdB.

⁷ Vgl. z. B. Front 9 (15. 12. 1930), „Und abends ins Klausler!“, jede Stadt habe heute ihre „Hakenkreuzkneipe“; in München gebe es nun das Klauslerl in der Hochbrückenstraße. Vgl. auch Front 11 (10. 10. 1931), Anzeige: „Wo verkehren Nationalsozialisten?“ Hier werden genannt: „Parteiheim Braunes Haus“, Restaurationsbetrieb für Pg, Pächter: Schönbein; Franziskanerkeller, Hofstraße 7; Reichenbacher Weinstube, Reichenbachstraße; Ringcafé Sendlingertorplatz; Konditorei Café Fischer, Adalbertstraße; Hotel und Restaurant Drei Raben, Schillerstr; Friedenheimer Garten, Landsberger Straße 96. Vgl. auch „Café Braune Front“, Ludwigstraße 4; „Weinhaus Braune Stube“, Bräuhausstraße 4: SMP 45 (6. 11. 1932) – 1 (1. 1. 1933), Anzeigen.

⁸ Front 40 (1. 10. 1932), Anzeige: „Neueröffnung“.

⁹ Front 3 (20. 9. 1930), Anzeige: „Zur gefälligen Kenntnisnahme“.

¹⁰ IfZ, MA 738: Einladung der Ortsgruppe Ramersdorf, 16. 1. 1932.

¹¹ BA, Berlin, Slg. Schumacher: 206: HGS an GL München-Oberbayern vom 1. 5. 1931.

¹² StA, NSDAP 496 und PDM 6733: zu den Ausflügen der Sektionen.

¹³ Ausflüge der Ortsgruppen sind vor allem durch die Bekanntmachungen der Front belegt.

¹⁴ Vgl. z. B. vier charakteristische Fälle sehr aufwendiger Begräbnisse: Front 10 (3. 10. 1931), „Letzte Fahrt unseres Pg Wirtz.“ Ebenda 33 (13. 8. 1932), „Sturmführer Georg Sergl [gestorben].“ Ebenda 37 (10. 9. 1932), „Wir tragen Pg Schmauß zu Grabe.“ Ebenda, „Der letzte Weg unseres Pg Otto Gahr.“ Vgl. generell Front 1930–1932 und SMP 1932–1933.

Parteiprominenten zu den Themen „Baustil“, „Meister Ekkart“, „Theaterwesen“, „Kriegsschrifttum und nationale Erziehung“ sowie ein Konzert.¹⁵ Die Abteilung „Rasse und Kultur“ propagierte mit speziellen Vortragsreihen die NS-Ideologie¹⁶ und initiierte Ende Februar 1932 sogar einen Vortrag mit dem Jenaer Antisemiten und „Rasseforscher“ Professor Dr. Hans Günther im Auditorium Maximum der Universität.¹⁷ Seit Anfang 1932 trat in München das Symphonieorchester der Abteilung auf,¹⁸ dessen Aufführungen offenbar selbst die Bayerische Staatszeitung die propagandistische Intention dieser Einrichtung vergessen ließen.¹⁹ Im Februar 1932 ging das mittlerweile 70 Musiker umfassende Orchester sogar auf Tournee in Bayern.²⁰ Im selben Monat startete die Abteilung in der Stadt die Fortsetzungsreihe „kultureller Morgenveranstaltungen“. Den Anfang machten der Lautensänger, Komponist und Nationalsozialist Sepp Summer in den Kammerlichtspielen, Kaufingerstraße 28, und die Aufführung des Mussolini gewidmeten Filmes „Das neue Italien“ im Atlantikpalast am Isartorplatz.²¹ Wochen später folgten eine „Richard Wagner-Morgenfeier“ und ein „Faust-Abend“.²² Im Mai 1932 gelang es der Abteilung, eine Aufführung von Stolzing-Cernys Schauspiel „Friedrich Friesen“ im Prinzregententheater unterzubringen. Die Gau-Propagandaleitung mobilisierte die Münchner Ortsgruppen, damit die Aufführung am 24. Mai 1932 „unter allen Umständen“ ausverkauft werde.²³ 1931 und 1932 organisierte die Abteilung mit großem Aufwand „Deutsche Abende“ und ähnliche Festveranstaltungen.²⁴ So bot ein Abend Anfang Juni 1932 z. B. neben verschiedenen prominenten Parteirednern auch das NS-Symphonieorchester mit Werken von Beethoven und Weber. Der Kammersänger Adolf Gröble sang Arien aus Wagners Walküre und den Meistersingern, gefolgt von Gedichtvorträgen, Volkstänzen und Lautenliedern des BDM, sowie der Vorführung der Filme „Coburger Arbeitsdienst“ und „Adolf Hitlers Fahrt durch Oberbayern“.²⁵ In den dreißiger Jahren konnte bei diesen Veranstaltungen mittlerweile auf ein großes Repertoire an bekannten Schauspielern, Kabarettisten und Sängern zurückgegriffen werden, darunter Beppo Brem,²⁶ Ferdinand Weisheitinger (Weiß-Ferdl),²⁷ den bereits

¹⁵ Front 7 (15. 11. 1930), Nachrichten aus dem Gau.

¹⁶ Front 5 (30. 1. 1932), „Kulturwart der Abtlg. Rasse und Kultur: Veranstaltungen im Januar 1932“; vgl. z. B. die Vorträge „Deutsche Kunst dem deutschen Volke“ und „Der Organische Staat aus Blut und Boden“.

¹⁷ Front 7 (13. 2. 1932), AdB.

¹⁸ Vgl. z. B. VB 12 (12. 1. 1932), „Erstes Konzert des Nationalsozialistischen Symphonieorchesters“. Front 24 (11. 6. 1932), „Deutscher Abend“.

¹⁹ Vgl. die positive Kommentierung der NS-Veranstaltung am 10. Januar 1932: BSZ 8 (12. 1. 1932), „Aus dem Lande“.

²⁰ VB 43 (12. 2. 1932), „Die erste Konzertreise des nationalsozialistischen Symphonie-Orchesters.“

²¹ Front 8 (20. 2. 1932), AdB und Anzeige „Filmmorgenveranstaltung“.

²² BA, Berlin, Slg. Schumacher: 206: Abt RuK an RL vom 26. 2. 1932 und 5. 5. 1932.

²³ IfZ, MA 1216: GL/Propaganda an Bzf, Ogf des Gaues vom 13. 5. 1932.

²⁴ VB 1931–1932, AdB. Front 1931–1932, AdB. IfZ, MA 738: gedruckte Einladungen der Ortsgruppen 1930–1932.

²⁵ Front 24 (11. 6. 1932), „Deutscher Abend“.

²⁶ VB 358 (23. 12. 1932), „Weitere Weihnachtsfeiern“: Beppo Brem trat in zwei Stücken in der Weihnachtsfeier der Ortsgruppe München-Au im Dezember 1932 auf gemeinsam mit

genannten Sepp Summer²⁸ und die Hofschauspieler Fritz Basil²⁹ und Max Bayrhammer.³⁰ Kulturelle Angebote waren 1932 fester Bestandteil des Münchner NSDAP-Vereinslebens. Sogar die Kriegsoferabteilung organisierte für zwei Omnibusse mit schwerkriegsbeschädigten Münchner Parteimitgliedern die Besichtigung der Schlösser Neuschwanstein, Linderhof und Herrenchiemsee.³¹

In regelmäßigen Abständen führten auch die einzelnen Ortsgruppen „Deutsche Abende“ oder anderweitige Feste durch.³² Im Gräfelfinger Parteiheim wechselten sich stetig Konzerte und Gartenfeste ab, die unter anderem von der Abteilung Volksbildung oder der Bezirksleitung West arrangiert wurden.³³ Manche Veranstaltungen erreichten das Ausmaß kleiner Festspiele. So zog anlässlich der von der Ortsgruppe Harlaching am 25. Juni 1932 initiierten Sonnenwendfeier trotz strömenden Regens ein Festzug durch die Straßen, nach Angaben des „Völkischen Beobachters“ rund 1000 Personen. Der Ortsgruppenführer Max Sälzle „führte den Zug als bärtiger Krieger hoch zu Roß“ mit einer „Germanengruppe“ an, gefolgt von der lokalen SA-Blechmusik, der „Schützengesellschaft Harlaching“, 200 Kindern mit Lampions und einer Gruppe Parteimitglieder, flankiert von Fackelträgern. Vor einem großen Holzfeuer hielt ein Parteifunktionär die „Feuerrede“, die Anwesenden schlossen sich mit dem „Rütlichswur“ an. Zum Abschluß wurde eine Strohuppe als Symbol für Frankreich, in der Hand einen symbolischen Geldsack für die deutschen „Tributzahlungen“, verbrannt.³⁴

seiner Frau Marga Wening-Brem, Götz Amaleck und Franz Wagner. Vgl. ferner z. B. Front 35 (27. 8. 1932), „Mutter Luise. Eine Dichtung von deutscher Schmach und Auferstehung“.

- ²⁷ Weisheitinger trat in den Jahren 1922/1923 und ab 1930 häufig in Versammlungen der NSDAP auf: Vgl. z. B. StA, PDM 6700: Einladung zur Weihnachtsfeier der Münchner Ortsgruppe am 9. 1. 1922. VB 38 (13. 5. 1922), „An alle deutschen Soldaten“. VB 3 (11. 1. 1922), „Die Weihnachtsfeier der NSDAP München“. StA, PDM 6738: Programm und hs. Vermerk PDM vom 11. 12. 1928 über die Weihnachtsfeier der Münchner Ortsgruppe am 11. 12. 1928.
- ²⁸ Front 8 (20. 2. 1932), AdB. IfZ, MA 738: gedruckte Einladung der Ortsgruppe Ramersdorf zu „Deutschem Abend“ und ms. Notiz o. w. A. Ebenda: gedruckte Werbebroschüre über Summer anlässlich des Deutschen Abends der Ortsgruppe Ramersdorf am 25. 6. 1932. Summer („über 1000 Liedabende im In- und Ausland. Über 500 Lieder und Chöre“) sei bereits wiederholt im bayerischen Rundfunk aufgetreten: Ebenda.
- ²⁹ Vgl. z. B. VB 348 (13. 12. 1932), „Weihnachten bei der Münchner SS“.
- ³⁰ VB 6a (6. 1. 1933), AdB. VB 10 (10. 1. 1933), AdB. Bayrhammer war bereits 1921 Parteimitglied und trat seit 1922 regelmäßig innerhalb der Münchner NSDAP mit Vorträgen oder in Theaterdarbietungen auf. Im VB erschienen Auszüge aus seinem antisemitischen Roman „Scholle und Schein“: Zum Beispiel Neuhausen, S. 104–107. Vgl. generell: VB 1925–1933, AdB.
- ³¹ IfZ, MA 1216: Schr. GL/Kriegsoferversorgung, Grapp vom 27. 4. 1932 an die Münchner Ortsgruppen und Obmänner der Kriegsbeschädigten-Organisation.
- ³² Front 1930–1932. VB 1930–1932, AdB. IfZ, MA 738: Einladungen der Münchner NSDAP 1930–1932. Vgl. insbesondere Front 36 (3. 9. 1932), „Erholungsheim Gräfelfing des Bezirkes München-West“. Ebenda: „Ortsgruppen Allach und Untermerzing“. Ebenda: „Ortsgruppe 19, Sendling“. Ebenda: „Ortsgruppe Unterhaching-Taufkirchen“.
- ³³ Front, AdB 1932. Vgl. z. B. Front 36 (3. 9. 1932), AdB. Vgl. z. B. „Großes Volksfest. Oberbayerische Hochzeit in Klein-Gräfelfing“: HStA, Slg. Varia 1325: Gedruckte Einladung der GL/Volksbildung, o. D.
- ³⁴ VB 183 (1. 7. 1932), „Sonnenwendfeier der Ortsgruppe Harlaching“.

Zum Kanon der obligatorischen Feste einer Münchner Ortsgruppe gehörte auch der Jahrestag des 9. November 1923. Nachdem dieser bereits 1926 von der RPL zum „Reichstrauertag“ erklärt worden war, sah sich jede Ortsgruppe zu einer an detaillierte Richtlinien gebundenen Feier verpflichtet, deren Besuch für alle Parteimitglieder obligatorisch war.³⁵ Den Höhepunkt des jährlichen Festkalenders bildete auch in den Jahren nach 1929 die Weihnachtsfeier der einzelnen Ortsgruppen bzw. von HJ, SA und SS. Der damit verbundene Aufwand vergrößerte sich, im Vergleich zu den Jahren vor 1929, stetig. Dazu gehörten jedesmal Gedichtvorträge, Musik- und Weihnachtsstücke, Vorführungen von HJ und BDM, Auftritte der Chöre, Orchester oder Ortsgruppen-Kapellen und, meist als Mittelpunkt des Abends, die Bescherung der Kinder von Erwerbslosen oder eines SA-Verbandes. Diese Bescherungen, gelegentlich auch von einem als Nikolaus verkleideten Ortsgruppenführer übernommen,³⁶ konnten ein erstaunliches Ausmaß erreichen. So verteilte z. B. die Ortsgruppe Harlaching Weihnachten 1932 an 95 Kinder und 60 SA- und SS-Leute Geschenke.³⁷ Die Bescherung bedeutete besonders für die NS-Frauenorganisationen eine wichtige Aufgabe, für die der DFO bereits im Oktober zu sammeln begann.³⁸ In den verschiedenen Weihnachtsfeiern 1930 verteilte der „Orden“ an über 560 Bedürftige Geschenke im Gesamtwert von 10000 RM, darunter Kleidungsstücke jeder Art, die z. T. von den Frauen selbst hergestellt worden waren. Stolz listete die Organisation im „Völkischen Beobachter“ alle Einzelposten, von der Seife bis zum Pulswärmer, auf.³⁹ Die einzelnen Ortsgruppen sammelten für die Bescherung mit großer Energie und mobilisierten selbst im Herbst 1932, als das Soziale Amt der Gauleitung kaum mehr Spenden erhielt, erhebliche finanzielle Zuwendungen.⁴⁰

Die Weihnachtsfeste waren zugleich ein jährlicher Höhepunkt des sozialen Engagements der Münchner Nationalsozialisten. Sie symbolisierten wie die übrigen Fürsorgeaktionen, die in München seit 1930 mit Nachdruck und weit größerem Aufwand als noch vor 1929 betrieben wurden, für die Parteimitgliedschaft quasi familiäre Strukturen.⁴¹ Es schien beinahe so, als wollte die Gauleitung wieder an

³⁵ StA, PDM 6826: „Besondere Anordnung“ der RPL vom 13. 10. 1930, ergänzt durch die Bestätigung der OSAF/Stabschef Wagener für die SA.

³⁶ Vgl. Front 1930–1932, SMP 1932–1933 und VB 1929–1933. Vgl. insbesondere die detaillierten Schilderungen in Front 22 (24. 12. 1931), „Weihnachtsbescherung des Bezirkes München-Nord“; ebenda, „Deutsche Weihnachtsfeier der Ortsgruppe München 21 Neuhausen“; ebenda, „Weihnachtsfeier der Ortsgruppe München 15 Haidhausen Ost“. VB 363 (28. 12. 1932), „Weihnachtsfeier der Ortsgruppe 11“; ebenda, „Weihnachtsfeier der Münchner SS“. IfZ, MA 738: Einladung zur „Groß-Deutschen Weihnachtsfeier“ der Ortsgruppe Ramersdorf am 19. 12. 1932.

³⁷ VB 363 (28. 12. 1932), „Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Harlaching“.

³⁸ Front 5 (15. 10. 1930), AdB.

³⁹ VB 48 (17. 2. 1931), „Vom segensreichen Wirken unseres Deutschen Frauenordens.“

⁴⁰ Vgl. z. B. auch Front 5 (1. 4. 1931), AdB: kleine Notiz über die Strickaktion der Gerner NS-Frauen für das Weihnachtsfest 1930. StA, NSDAP 496: Korrespondenz der Münchner NSDAP-Sektionen 1925–1929. Vgl. auch die Berichte über die Ortsgruppen-Weihnachtsfeiern in der Front, sowie: IfZ, MA 738: Einladungen verschiedener Münchner Ortsgruppen zu ihren Weihnachtsfeiern 1929–1933.

⁴¹ Seit Jahresanfang 1930 beobachtete auch die Münchner Polizei, daß die NSDAP neuerdings immer stärker ihren „sozialen Charakter“ betonte: StA, Lagebericht 89 (7. 2. 1930),

das Parteimage der Jahre bis 1926/1927 anknüpfen. Jetzt wurde das soziale Engagement jedoch konsequent propagandistisch genutzt. Die NSDAP präsentierte sich nicht nur als sozial engagierte „Großfamilie“, anhand dieser Aktionen ließ sich auch das angebliche Versagen des Staates demonstrieren. Der Einsatz ging vor allem von den Frauenorganisationen und von den Ortsgruppen selbst aus, stellenweise auch von der Eigeninitiative einzelner Parteimitglieder. Die Sammlungen im Winter 1931 und 1932 wurden von der Gauleitung initiiert. Ab Herbst 1932 begann schließlich das „Soziale Amt“ der Gauleitung die gesamte soziale Tätigkeit des Gaues zu koordinieren.

Da Hitler noch in „Mein Kampf“ jede Wohlfahrtspflege ablehnte und statt dessen die Beseitigung der Faktoren forderte, die zu Verarmung führten, entwickelte die NSDAP bis 1933 keine eigene, reichsweit operierende Wohlfahrtsorganisation, wie etwa die Arbeiterwohlfahrt der SPD oder die Rote Hilfe der KPD. Dennoch übernahmen immer wieder Parteiaktivisten, meist Frauen, die Fürsorge für Parteimitglieder, vor allem für die SA. Mit Beginn der Wirtschaftskrise und entsprechend den zunehmend schärferen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner wuchs auch der Umfang dieser Maßnahmen, um so mehr, als solche Aktionen auch als politische Werbung nützlich erschienen. In manchen Großstädten entwickelte sich hierfür nun auch ein fester organisatorischer Rahmen. Wenngleich die Idee einer parteieigenen einheitlichen Wohlfahrtsorganisation eher von der Gauleitung München-Oberbayern stammte, entstand die Keimzelle der späteren „NS-Volkswohlfahrt“ (NSV) im September 1931 in der gleichnamigen Einrichtung des Gaues Groß-Berlin, die das Vertrauen in die „sozialistische Seite“ der NSDAP wecken wollte. Im August 1932 forderte erstmalig auch der ROL Straßer selbst die Gauleitungen zur Vorbereitung der Winterhilfe auf, die sich jedoch „nicht einseitig auf Parteimitglieder“ beschränken sollte. Dennoch dominierten innerhalb der Parteiführung nach wie vor starke Aversionen gegen parteieigene soziale Einrichtungen, vor allem gegen die NSV, der die ROL-Rechtsabteilung (Hans Frank) Mitte Dezember 1932 sogar kurzfristig untersagte, sich weiterhin „nationalsozialistisch“ zu nennen.⁴²

Die Fürsorge, deren Motor die Frauenorganisationen waren, konzentrierte sich zunächst primär auf die SA, galt aber seit 1932 zunehmend auch breiteren Parteikreisen. Ob die Ortsgruppen, wie schon vor 1929, finanzielle Unterstützungen oder Kredite vergaben, läßt sich nicht mehr nachprüfen. Die finanzielle Hilfe für verarmte Parteimitglieder kann jedoch in diesem Sinne gewertet werden. Der Münchner DFO versorgte die SA-Aufmärsche mit Proviant, sammelte Lebensmittel, Wäsche und Schuhe für Kranke und Wöchnerinnen und organisierte für seine Mitglieder bezahlte Ferienarbeit.⁴³ Ab 1930, als der SA-Generalinspekteur reichsweit SA-Küchen noch als Ausnahme beklagte,⁴⁴ organisierte die Frauen-

S. 16. Dies bestätigen allein die fortwährenden Sammlungsaufrufe für Lebensmittel und Kleidung in der Westend-Wacht 1930.

⁴² Hansen, Wohlfahrtspolitik, S. 7f.

⁴³ VB 48 (17. 2. 1931), „Vom segensreichen Wirken unseres Deutschen Frauenordens“.

⁴⁴ StA, PDM 6827: Generalinspekteur der SA zur „allgemeine[n] Lage bei der SA aufgrund der Vierteljahresberichte“ vom 26. 11. 1930.

schaft der Münchner Ortsgruppen regelmäßige Speisungen für unterstützungsbedürftige SA-Leute ihres Stadtteils.⁴⁵ Seit Herbst 1930 reparierte der DFO in Strick-, Näh- und Flickabenden die Kleidung verarmter Parteimitglieder.⁴⁶ Auch die „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Frauen“ betrachtete solches Engagement als ihre Hauptaufgabe, sorgte für den Ankauf einer Feldküche sowie für warme Unterkleidung bei Propagandamärschen und verpflichtete ihre Mitglieder gelegentlich sogar, mindestens eine Woche lang einen erwerbslosen SA-Mann unentgeltlich zu verpflegen.⁴⁷ An seiner sozialen Regsamkeit maß der Münchner DFO geradezu die eigene Bedeutung und präsentierte entsprechend stolz in der Parteipresse die Zahlenkolonnen der gesammelten Materialien oder SA-Speisungen. Der Rechenschaftsbericht für 1930, der an alle hiesigen Ortsgruppenführer versandt wurde, spiegelte die Energie der Organisation: Im Sommer 1930 hatte der Orden 835 Nachtlager mit Frühstück an bedürftige SA- und SS-Leute vermittelt. 522 Mittagessen, 227 Abendessen und 676 Pfund Lebensmittel waren verteilt worden, dazu Kleidung, Wäsche und Schuhe.⁴⁸ Wenngleich sich die NSDAP nicht messen konnte mit den geschilderten zeitgleichen städtischen, privaten und kirchlichen Fürsorgemaßnahmen, nicht einmal mit der kommunistischen „Roten Hilfe“,⁴⁹ so war dieses Sammelergebnis für die kleine Münchner NS-Frauenorganisation dennoch beachtlich. Über diese Verpflegungstätigkeit hinaus betrieben die Frauenschichten der Ortsgruppen „Innere Stadt“ und „Sendlingertorplatz-Stachus“ seit Januar 1933 „Wärmestuben“ für SA und SS im Café „Rieger“ in der Buttermelcherstraße 12.⁵⁰

Seit 1931 intensivierte die Gauleitung unter dem Stichwort „Winterhilfe“ ihre Münchner Fürsorgeaktivitäten. Vor allem die Frauenorganisationen entfalteten, wie bereits geschildert, eine breit gefächerte Sammlungstätigkeit für bedürftige Parteimitglieder. Die Münchner Arbeitsgemeinschaft verteilte seit Anfang 1931 in ihrer Speisenausgabestelle für arbeitslose SA- und SS-Mitglieder zweimal wöchentlich ca. 60 Portionen mit warmer Kost gegen geringes Entgelt.⁵¹ Derartige Verpflegungsstellen unterhielt der DFO im Frühjahr 1931 sogar in mehreren Stadtteilen.⁵² Ab Mitte November 1931 richtete die Gauleitung in den Kellerräumen ihrer Geschäftsstelle Barer Straße 14 für die gesamte Münchner SA zusätzlich eine „SA-Küche“ ein. Am 26. November 1931 wurde hier zum ersten Mal für

⁴⁵ Vgl. z. B. Front 5 (1. 4. 1931), AdB: Notiz über Aktivitäten der NS-Frauen der Ortsgruppe Gern-Nymphenburg.

⁴⁶ Front 7 (15. 11. 1930), „Deutscher Frauenorden – Rotes Hakenkreuz“. Front 8 (1. 12. 1930), „Frauenarbeitsabend“. Front 2 (15. 1. 1931), „Gauachrichten“. Da diese Abende seit Sommer 1931 nicht mehr erwähnt wurden, waren sie vermutlich wieder eingestellt worden.

⁴⁷ Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 159.

⁴⁸ StA, PDM 6852: Vermerk PDM/Vld vom 4. 11. 1930 über den Rechenschaftsbericht DFO-Ortsgruppe München an die SS-Leitung. IfZ, MA 1216: DFO Groß-München an sämtliche Ofg des Gaues vom 5. 11. 1930. Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 159.

⁴⁹ Die Rote Hilfe Südbayern verzeichnete z. B. im 3. Quartal 1932 11 876,89 RM Einnahmen und 11 622,15 RM Ausgaben: StA, Lagebericht 113 (10. 12. 1932), S. 15.

⁵⁰ SMP 4 (22. 1. 1933), „Die Frauenschichten“.

⁵¹ Front 2 (15. 1. 1931), AdB.

⁵² Front 5 (1. 4. 1931), AdB.

50 Mann gekocht. Sämtliche Lebensmittel stammten aus Spenden. Für die kommenden Wintermonate plante die Einrichtung, täglich 300 bis 400 Mann zu verpflegen.⁵³ Im April 1932 öffnete die Gauleitung diese Küche auch für „zivile“ Parteimitglieder.⁵⁴ Vermutlich folgten im Laufe des Jahres eine ganze Reihe weiterer NS-Versorgungsstellen.⁵⁵ Die ROL entwickelte 1932 ein detailliertes SA-Unterstützungsprogramm und wies die Gauleitung bereits im August des Jahres an, mit den Vorbereitungen für die Winterhilfe zu beginnen. Daraufhin ernannte jede Ortsgruppe Verpflegungswarte, die Lebensmittel-, Hausrat- und Kleidersammlungen sowie deren Verteilung durch lokale Frauenschichten organisierten. Das Soziale Amt der Gauleitung gründete eine Fürsorge-Beratungsstelle,⁵⁶ die zugleich obdachlose SA-Leute unterzubringen suchte und, wenn möglich, eigene Wohnheime einrichtete. Arbeitslose SA-Leute erhielten hier Verpflegung oder wurden in ein „Kostgänger-System“ integriert. Längerfristig war geplant, durch Schneider- und Schusterwerkstätten in den Wohnheimen, in die man erwerbslose Handwerker einquartieren wollte, die Ausstattung der Erwerbslosen instand zu halten. Den Fürsorgestellten waren zudem auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgetragen. Finanzielle Unterstützung durfte jedoch nur ausnahmsweise, z.B. bei Todesfällen, ausgegeben werden. Um die Effizienz der Einrichtungen zu prüfen, verlangte die ROL vierteljährliche Tätigkeitsberichte.⁵⁷ Die Münchner SS organisierte die Winterhilfe für ihre Mitglieder selbst. Die Stürme sammelten mit eigenen Kommandos Lebensmittel und erzielten durchaus größere Erträge, so etwa im November 1932 100 Zentner Kartoffeln und Kraut.⁵⁸ Ende Oktober schickte die Münchner SS-Standarte ihre Mitglieder zum „Kartoffelnhamstern“ nach Erding und Freising.⁵⁹ Mit Hilfe des Sozialen Amtes ging die Gauleitung ab Oktober 1932 dazu über, die Fürsorge systematisch zu koordinieren. Der Leiter des Amtes, Alarich Seidler, nach 1933 erster NSV-Gauamtsleiter für München-Oberbayern,⁶⁰ finanzierte seine Aktivitäten mittels aufwendig gestalteter „Deutscher Abende“, an denen verschiedene Künstler unentgeltlich auftraten.⁶¹ Im September 1932 ließ das Soziale Amt in jeder Ortsgruppe des Gaues ein Anschlagbrett mit Einwurfbriefkasten für Anliegen der Parteibasis anbringen. Um Hilfeleistungen zu erhalten, wandten sich die Münchner Parteimitglieder an ihren Ortsgruppenführer, die SA-Mitglieder dagegen an den Sturmbannführer Rudolf Strauß.⁶² Ab sofort durften nur noch die mit einem Dienstausweis des Sozialen

⁵³ Front im Bild 1 (1. 1. 1932), kleine Notiz o. w. A.

⁵⁴ Front 18 (30. 4. 1932), „Gaubefehle“.

⁵⁵ So verfügte die NSDAP auch in der Dreimühlenstraße über eine „Küche“: StA, PDM 6830: Aussage einer Spenderin für diese Küche vor der PDM/VI am 23. 3. 1932.

⁵⁶ BA, Berlin, NS 22/413: GGF München-Oberbayern an ROL I vom 30. 11. 1932.

⁵⁷ StA, PDM 6826: Verfügung der OSAF/I a Nr. 3723/31 vom 26. 6. 1931, gezeichnet vom ROL und Röh. m.

⁵⁸ Vgl. StA, PDM 6823: Standarten-Befehle Nr. 46/32 (27. 10. 1932) und Nr. 47/32 (2. 11. 1932).

⁵⁹ StA, PDM 6829: PND-Bericht 794 (16. 11. 1932) über Appell des SS-Sturmes 1/I/1 am 26. 10. 1932.

⁶⁰ Hansen, Wohlfahrtspolitik, S. 438.

⁶¹ Front 43 (22. 10. 1932), „Deutscher Abend des sozialen Amtes“ [am 17. 10. 1932].

⁶² Front 40 (1. 10. 1932), „Bekanntmachung“.

Amtes ausgestatteten Parteimitglieder für die Winterhilfe 1932 sammeln, während sämtlichen NS-Unterorganisationen jede eigenständige Sammlungstätigkeit grundsätzlich verboten war.⁶³ Nachdem die SA-Sammelaktionen in Stadt und Umland beinahe keine Spenden einbrachten, geriet die offizielle Münchner Gau-Winterhilfe im Herbst 1932 zum Fiasko. Damit waren vorerst auch die meisten der hochfliegenden Fürsorgeplanungen der städtischen NSDAP vom Tisch. Das Soziale Amt reduzierte seine Aktivitäten auf ein „Notprogramm“.⁶⁴ Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Not waren immer weniger Münchner zu Spenden bereit und ließen diese, wenn überhaupt, den allseits präsenten Einrichtungen der städtischen Winterhilfe zukommen. Ohnehin lehnte das Innenministerium schon im Winter 1930 selbst im Falle einer sozialen Zweckbindung Sondergenehmigungen für NS-Spendensammlungen außerhalb der Wahlkampfzeiten ab. Entsprechend ging die Münchner Polizei auch gegen solche Sammlungen der Partei kompromisslos vor. Als der Gauleiter Wagner trotzdem zu Spenden aufrief, wurde er zu einer Geldstrafe von 50 Mk, ersatzweise 10 Tage Gefängnis, verurteilt.⁶⁵

Das soziale Engagement der Parteiorganisationen beschränkte sich jedoch nicht nur auf Weihnachtsaktionen, SA-Unterstützung und Winterhilfe. Speziell für Parteimitglieder, die wegen illegaler Flugblattverteilung oder ähnlichen Delikten in Haft waren, sorgte 1932 die ROL-Abteilung „Gefangenen- und Verwundetenhilfe“ unter Leitung des SA-Führers Heines.⁶⁶ Daneben veranlaßte die Gauleitung im August 1932 Frauenschafte und SA-Verbände zu Sammlungen für die Angehörigen der anlässlich der Münchner Sprengstoffattentate im Juli⁶⁷ verhafteten 28 SA-Leute.⁶⁸ Seit Juli 1931 vermittelte die „Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Frauen“ Kindern erwerbsloser Münchner Nationalsozialisten Ferienaufenthalte bei Parteimitgliedern im Chiemgau.⁶⁹ Im Sommer 1932 übernahm dies die Abteilung „soziale Arbeit“ der HJ-Bannführung München-Oberbayern und initiierte für angeblich rund 280 Kinder 25 Transporte nach Ruhpolding sowie in die Bezirke Aibling, Tölz, Mühldorf und Schongau. „Die Front“ nutzte die Aktionen stets zur Sympathiewerbung für HJ und NSDAP und präsentierte großformatige Fotografien der abreisenden Kinder.⁷⁰ Seit dem Winter 1930 führte die Leiterin der Münchner NS-Frauenschaft, Babette Koller,⁷¹ im Café „Rieger“,

⁶³ SMP 49 (4. 12. 1932), „Gaubefehle“.

⁶⁴ BA, Berlin NS 22/1050: GL/Soziales Amt am ROL vom 16. 11. 1932.

⁶⁵ Front 1 (1. 1. 1932), „Gauleiter Wagner wegen Winterhilfsaktion verurteilt!“.

⁶⁶ Front 36 (3. 9. 1932), AdB.

⁶⁷ Kapitel IV.4., S. 400.

⁶⁸ Front 35 (27. 8. 1932), „Münchner Parteigenossen“. StA, PDM 6733: PDN 787: Mitgliederversammlung der Ortsgruppe 28 (Borstei) am 23. 8. 1932.

⁶⁹ Front 8 (18. 7. 1931), AdB.

⁷⁰ Front 30 (23. 7. 1932), „Dienst an der Jugend.“ und „Ortsgruppenführer Achtung!“.
Front 32 (6. 8. 1932), „200 Stadtkinder fahren zum Ferienaufenthalt ins Bayerische Oberland.“
Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern.“ StA, PDM 6846: Vermerk PDM/Vld vom 3. 10. 1932 und 5. 11. 1932. Vgl. auch HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“ München 1943, S. 4.

⁷¹ StA, PDM 6848: Vermerk PDM/Vld vom 5. 11. 1932.

das der Parteiangehörigen Kreszenz Rieger gehörte, sporadisch Kinderspeisungen durch. Ab 1932 intensivierte sie diese Aktivitäten und verköstigte das ganze Jahr über zweimal wöchentlich etwa 80 bis 90 Kinder, die z. T. der „Kükengruppe“ des BDM oder dem Jungvolk angehörten. Von November 1931 bis zum Sommer 1932 hatte die Einrichtung nach eigenen Angaben rund 3000 Mark an Spendengeldern sowie zusätzlich zahlreiche gespendete Lebensmittel verbraucht. Im Anschluß an das Essen organisierte Koller Spiele und Gesang.⁷² Die HJ-Reichsleitung empfahl diese Aktion, an der sich mittlerweile auch die Münchner HJ beteiligte und die sonst nur noch in Berlin ein Pendant fand, im gesamten Reich zur Nachahmung.⁷³ Zugunsten dieser Speisung veranstalteten drei Ortsgruppen gemeinsam mit der Münchner NS-Frauenschaft am 12. Oktober 1932 einen „Bunten Abend“.⁷⁴ Die Gauzeitung „Front“ bewies erneut Konsequenz und lieferte anrührende Berichte über sozial engagierte Nationalsozialistinnen und liebenswerte Kinderscharen.⁷⁵ Hier offenbarte sich einmal mehr die für die nationalsozialistischen Fürsorgeaktivitäten charakteristische Verknüpfung zwischen echtem sozialem Engagement und nüchterner propagandistischer Zweckbindung. Nachdem die, aller ernsthafter sozialer Motivation zum Trotz, insgesamt eher kurzatmige und kleinteilige Fürsorge nur einen geringen Teil der tatsächlichen Not der NS-Parteimitgliedschaft linderte, bot sich der eigentliche Gewinn für die Partei darin, nach außen hin das Bild einer sozial engagierten Großfamilie zu suggerieren. Allerdings konnte dies für den genau beobachtenden Zeitgenossen keineswegs die unsozialen und brutalen, sozialdarwinistischen Zielsetzungen der NSDAP verdecken.

In diese ebenso berechnend inszenierte wie tatsächlich empfundene Gefühlswelt einer nationalsozialistischen Großfamilie fügte sich auch das parteiinterne Versicherungswesen ein, wenngleich hinter diesen Unternehmen vermutlich vor allem die Gewinnabsicht der Parteiführung stand. Eine derartige Versicherung für die SA existierte bereits seit 1926.⁷⁶ Schließlich gründete die Reichsleitung im Sommer 1929, um sich von den Versicherungskonzernen – im Parteisprachgebrauch das „raffende Großkapital“ – unabhängiger zu machen, eine „Nationalsozialistische Versicherungshilfe“. Diese richtete ihrerseits im Dezember 1929 die „Nationalsozialistische Sterbekasse“ ein, die Parteimitglieder gegen die finanziellen Folgen bei Todesfällen versicherte.⁷⁷ Zum „familiären“ Gesicht der NSDAP trugen aber auch die Parteiorgane bei, wenn sie, wie beispielsweise die „Westend-Wacht“, in jeder Ausgabe Versammlungshinweise, persönliche Aufrufe an Mitglieder und SA, Spendenaufrufe für Bedürftige der Ortsgruppe oder Gedichte und

⁷² Front 26 (25. 6. 1932), „Besuch bei der Kinderspeisung“. VB 360/362 (25./27. 12. 1932), „Nationalsozialistische Kinderspeisung“. VB 358 (23. 12. 1932), „Weihnachtsfeier der nationalsozialistischen Kinderspeisung“. Ebenda, „Pg Babette Koller wird 60 Jahre alt“. StA, PDM 6846: Vermerk PDM/VIId vom 3. 10. 1932 und 5. 11. 1932.

⁷³ StA, PDM 6826: Rundschreiben HJ-RL vom 13. 2. 1932, S. 7 f.

⁷⁴ Front 43 (22. 10. 1932), „Bunter Abend zugunsten der NS-Kinderhilfe“.

⁷⁵ Front 26 (25. 6. 1932), „Besuch bei der Kinderspeisung“.

⁷⁶ Vgl. Kapitel V.2.

⁷⁷ Westend-Wacht 2 (Februar 1930), „Die nationalsozialistische Sterbekasse“. StA, Lagebericht 89 (7. 2. 1930), S. 16.

Briefe einzelner SA-Männer enthielten.⁷⁸ Seit den dreißiger Jahren entstanden bei den Münchner Ortsgruppen neben den Büros auch eigene Ortsgruppenheime, von denen sich in den Quellen allerdings nur wenige Spuren finden. Im Sommer 1932 hatte die vereinigte Ortsgruppe Ramersdorf-Berg am Laim-Perlach eine Wiese mit einem Schwimmbassin gepachtet und darauf ein kleines Gebäude als SA- und Ortsgruppenheim errichtet.⁷⁹ Die Ortsgruppe Laim hingegen richtete ihr Parteiheim im Gasthaus Weihenstephan ein, das unter seinem Besitzer, dem Partei- und SA-Mitglied Hans Kottmayr, in Parteikreisen bald als „Das Braune Haus in Laim“ rangierte.⁸⁰ Ihr seit dem Frühjahr 1932 gemietetes Haus am Stadtrand in Gräfelting, Planegger Straße 10, baute die NSDAP-Bezirksleitung München-West im Laufe des Sommers zu einem „Parteiheim“ aus.⁸¹ Der dadurch entstandene „kolossale“ Schuldenberg der Bezirksleitung⁸² dürfte allerdings andere Nachahmer abgeschreckt haben. Möglicherweise besaßen andere Ortsgruppen ebenfalls derartige, wenn auch wesentlich bescheidenere Einrichtungen.⁸³ Seit Sommer 1931 hatte die Münchner NSDAP zusätzlich von einem Bauern aus Ettenhausen auf der Wuhrstetalpe bei Schleching eine Almhütte gemietet.⁸⁴ Zahlreiche Ortsgruppen richteten seit 1929 eigene Musikkapellen oder Chöre ein, vordergründig, um die Versammlungen attraktiver zu gestalten, darüber hinaus aber auch, um die Verbindungen zu den Mitgliedern zu intensivieren.⁸⁵ 1930 hatte selbst die kleine Sektion 24 (Thalkirchen Obersending) der Ortsgruppe Süd ein eigenes Orchester und einen Chor mit wöchentlichen Treffen.⁸⁶ Viele Ortsgruppen legten sich Bibliotheken zu, was von der Gauleitung geschätzt und Anfang 1931 im gesamten Gaugebiet nachdrücklich empfohlen wurde.⁸⁷ Die im September 1932 von der ROL reichsweit geplanten NS-Kindergärten bei allen Sektionen

⁷⁸ Westend-Wacht 1–5 (Januar bis Juni 1930).

⁷⁹ HStA, Slg. Varia 1328: „R Schr. I (1932) an die Mitglieder der Ortsgruppe Ramersdorf-Berg am Laim-Perlach“ o. w. A.; Datierung entsprechend dem Inhalt.

⁸⁰ SMP 17 (23. 4. 1933), „Das ‚Braune Haus‘ in München-Laim“.

⁸¹ Front 9 (18. 6. 1932), „Der Bezirk München-West schafft sich ein Parteiheim“. Front im Bild 9 (18. 6. 1932), „Der Bezirk München-West schafft sich ein Parteiheim“. Der Gräfeltinger Gemeinderat lehnte jedoch den Kaufantrag der NSDAP im Mai 1931 ab: Segl, Gräfelting, S. 44.

⁸² Noch im September 1934 beliefen sich diese Schulden auf ca. 4000 RM: BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Personalakte Eichinger, Friedrich: Gaugericht München-Oberbayern an Eichinger vom 1. 9. 1934.

⁸³ Z. B. feierten die Nationalsozialisten in Neuaubing 1932 immer wieder Veranstaltungen im Barbaraheim, Neuaubing: Vgl. Front 36 (3. 9. 1932), kleine Anzeige. Vgl. auch das Programm des „Bunten Elternabends“ der HJ-Ramersdorf am 3. 12. 1931; der Abend fand im „Adolf Hitlerheim in Ramersdorf“ statt: HStA, Slg. Varia 1328. Das Haus in der Menter-schwaigstraße Nr. 18 kursierte in NS-Kreisen des Münchner Südostens als das „Braune Haus von der Menter-schwaige“: StA, PDM 6831: Bericht der PDM/VIa von der Haus-durchsuchung am 28. 4. 1932.

⁸⁴ StA, PDM 6830: Gendarmeriestation Grassau an PDM vom 1. 6. 1931.

⁸⁵ Vgl. z. B. die Berichte über Weihnachtsfeiern: Vgl. Front 1930–1932, SMP 1932–1933 und VB 1929–1933.

⁸⁶ Front 5 (15. 10. 1930), AdB.

⁸⁷ IfZ, MA 1216: R Schr. des GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 22. 1. 1931.

und Ortsgruppen⁸⁸ unter der Betreuung der NS-Frauensschaften scheinen in München nicht eingerichtet worden zu sein.⁸⁹ Jedenfalls gibt es keine Quellen hierzu.

Das hier geschilderte Vereinsleben bot nicht nur Betätigungsfelder, sondern stärkte auch die innerparteilichen Bindungen, gab in Synthese mit der ideologischen „Geborgenheit“ den Beteiligten eine Heimat und weckte schließlich die Gefühlswelt einer Großfamilie. Auf diese Weise entwickelte sich wie schon in den zwanziger Jahren eine eigene Subkultur, eine Art nationalsozialistisches „Milieu“. Gefühlswelt und Milieu waren wiederum ein wichtiger Bestandteil der „Volksgemeinschaft“-Ideologie der Partei. Der „Völkische Beobachter“ formulierte dies anlässlich der Weihnachtsfeier der Harlachinger Ortsgruppe Ende 1932 knapp und treffend mit den Worten: „Die Nationalsozialisten in Harlaching sind eine Familie; möge es bald das ganze Volk sein.“⁹⁰ Ganz ähnlich betrachtete das Gauorgan „Sonntag-Morgenpost“ die Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Innere Stadt als „Feier der großen nationalsozialistischen Familie“.⁹¹ Wenngleich es fraglich bleibt, ob auf diesem Weg tatsächlich neue Mitglieder geworben werden konnten, so band dieses „Milieu“ sicherlich einen Teil der Wähler und Mitglieder und mobilisierte bzw. motivierte – und das dürfte auch in den Jahren nach 1930 seine wichtigste Aufgabe gewesen sein – die Parteiaktivisten, die die Strukturen und die Propaganda der Münchner NSDAP trugen. Welches Ausmaß diese Motivation im Extremfall erreichte, offenbarte das Beispiel der promovierten Medizinerin Agnes Brack. Seit 1921 unterstützte diese die NSDAP mit größeren Spenden und verteilte auf eigene Kosten im gesamten Stadtteil Bogenhausen, darüber hinaus auch an Verbände und Frauenorganisationen, Propagandamaterial sowie mehrere Zeitungen, die sie nur zu diesem Zweck in hoher Stückzahl abonniert hatte. Im Sommer 1929 kam sie für die kostenlose ärztliche Versorgung der drei Kinder des 1927 bei einer politischen Auseinandersetzung in Giesing erschlagenen SA-Mannes Hirschmann auf und sicherte diesen zugleich Freiplätze in ihrem privat organisierten Kindererholungsheim. Daneben übernahm sie für etliche finanziell schlechter gestellte Parteimitglieder „Patenschaften“, d.h. deren Mitgliedsbeiträge, engagierte sich bei allen Sammlungen der NS-Frauenorganisationen, versorgte einzelne SA-Leute mit Lebensmitteln und organisierte 1932 umfangreiche Lebensmittelspenden für SA und SS. Seit 1932 unterhielt sie eine Nähstube der NS-Frauensschaft zugunsten erwerbsloser Parteimitglieder. Ihr Mann, ein niedergelassener Mediziner, bildete seit 1930 die DFO-Frauen Münchens in erster Hilfe aus. Mit dem Auto entfaltete Agnes Brack seit 1930 rege Aktivitäten als DFO-

⁸⁸ BA, Berlin, NS 22/452: Konzeptentwurf HA III vom 12. 9. 1932.

⁸⁹ Angesichts der beabsichtigten nationalsozialistischen Indoktrination der Kleinkinder hatte die ROL mit „allen möglichen polizeilichen Schikanen“ gerechnet und die nationalsozialistischen Stadtrats-Fraktionen gebeten, die jeweiligen polizeilichen Raumgenehmigungen zu beschaffen: BA, Berlin, NS 22/440: ROL/III an kommunalpolitische Abt./Fiehler vom 12. 10. 1932. Ebenda: Rschr. Nr. 3 (19. 10. 1932) des Abteilungsleiters für Kommunalpolitik/ROL/III, Fiehler, an alle GL der NSDAP.

⁹⁰ VB 363 (28. 12. 1932), „Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Harlaching“.

⁹¹ SMP 51 (18. 12. 1932), „Münchener Weihnachtsfeiern“.

und später NS-Frauenschafts-Ortsgruppenführerin in Haidhausen, Bogenhausen sowie als Bezirksleiterin München-Ost.⁹²

Das Vereinsleben der SA ab 1929 war, trotz der durch die intensive Wahlarbeit knappen Zeit, weitgehend identisch mit demjenigen um die Mitte der zwanziger Jahre. Durch die stets aufwendigen organisatorischen Konsolidierungsmaßnahmen im Anschluß an die Wahlen 1930 und 1932 geriet das Vereinsleben erneut in den Vordergrund.⁹³ Auch in den dreißiger Jahren dominierte hier eine familiäre Atmosphäre. Dies spiegelte sich auch darin, wenn Münchner SA-Leute von einem neuen Sturmführer selbstverständlich eine „Antrittsmaß“ erwarteten.⁹⁴ Grundsätzlich war die SA auch in das Vereinsleben der Ortsgruppen eingebunden und wurde, wie bereits geschildert, von der zivilen Parteiorganisation durch breit gefächerte Fürsorgemaßnahmen unterstützt. Die Stürme von SS und SA behielten auch nach 1930 ihre regelmäßigen Wochen-Appelle, „Deutschen Abende“ und alljährlichen Weihnachtsfeste bei.⁹⁵ Daneben warben die Verbände jetzt vermehrt mit speziellen „Werbeabenden“ um neue Mitglieder.⁹⁶ Der Abend, den die Ortsgruppe Unterhaching-Taufkirchen Anfang September 1932 ihrem SA-Sturm widmete, veranschaulicht den hierbei anscheinend üblichen Aufwand. Nach der Fahnenübergabe hielt der stellvertretende Gauleiter Köglmaier, zugleich Ortsgruppenführer Fasangarten-Unterhaching und Bezirksleiter München-Ost, die Festrede. Anschließend folgten zahlreiche Vorträge und Lieder sowie zwei Stücke des bei solcher Gelegenheit häufig engagierten SA-Theater-Trupps. Die seit Dezember 1930 aktive⁹⁷ Musikkapelle der Münchner SA begleitete den Abend.⁹⁸ Seit 1931 und verstärkt ab Herbst 1932 häuften sich, wie an späterer Stelle zu schildern sein wird, bei den Appellen der SA erneut die militärischen Übungen. Die Polizeibehörden tolerierten diese „Ausbildung“ und damit – ohne es zu wollen – zugleich die Vorbereitung auf einen möglichen Gewaltstreich gegen die Verfassung.⁹⁹ Wie in den zwanziger Jahren und neuerdings im gesamten Reich¹⁰⁰

⁹² Zur Mutter Viktor Bracks, des späteren Leiters der Führerkanzlei: BA, Berlin (ehem. BDC), Personalakte Brack, Agnes: „Erklärung“ Agnes Brack, o. D. [verm. 1939.]. Ebenda: Dankschreiben Hitler an Agnes Brack, 5. 6. 1929. Ebenda: „Bestätigung“ des Reichsamtleiters Johann Singer, ehem. Amtswalter der Ortsgruppen Haidhausen und Bogenhausen, für Agnes Brack vom 3. 5. 1940.

⁹³ StA, PDM 6824: „Sabe“ OSAF-Stellvertreter Süd für November 1930: „Anleitung für die Winterarbeit“.

⁹⁴ StA, PDM 6809: Appell des SA-Sturms 2 am 15. 1. 1932.

⁹⁵ Front 1930–1932. StA, PDM 6824, 6826–6829: Polizeiberichte über die Münchner SA und SS 1930–1932.

⁹⁶ Vgl. Front, AdB 1930–1932. StA, PDM 6741 und 6742: Polizeiberichte über SA-Werbeabende 1931–1932. IfZ, MA 738: Einladungen der SA-Verbände 1930–1932.

⁹⁷ StA, PDM 6788: Vermerk PDM VIa vom 9. 12. 1930.

⁹⁸ Front 36 (3. 9. 1932), AdB; Die Theaterstücke waren „Im Golde des Volksfeindes“ von Hermann Streiter und „Schlageters Heldentod“ von Warlitz. Zu Köglmaier: StDA, BuR 1573: Selbstverfaßter Lebenslauf Köglmaiers, o. w. A. VB 25 (25. 1. 1934), „Stabsleiter Max Köglmaier“.

⁹⁹ So der Adjutant Hitlers, Wilhelm Brückner, im Oktober 1931: StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 3.

¹⁰⁰ StA, PDM 6826: Resümee des SA-Generalinspektors zu den Vierteljahresberichten des 3. Quartals 1931 vom 8. 12. 1931 mit hs. Bemerkungen Röhms.

hielt die Münchner SA mit Hilfe „neutraler“ Turnvereine in städtischen Hallen Sportübungen ab.¹⁰¹

Besondere Funktion für das Gemeinschaftsgefühl der SA-Verbände gewannen in den dreißiger Jahren die eigenen Heime. Die Möglichkeit, bestimmte Gaststätten entsprechend umzufunktionieren, war jedoch ab Sommer 1930 durch das polizeiliche Verbot, Speisen und Getränke während nationalsozialistischer Veranstaltungen auszugeben, erschwert.¹⁰² Trotzdem verfügte spätestens 1931 jeder Münchner SA- oder SS-Sturm über ein Stammlokal für seine wöchentlichen Appelle.¹⁰³ Manche Wirte sympathisierten offen mit der NSDAP, wie etwa der Pächter des Franziskanerkellers, Franz Bachleitner, der in der Parteipresse zu Neujahr 1933 „allen Bekannten, Stammgästen, SA- und SS-Männern sowie sämtlichen Ortsgruppen ein recht gutes neues Jahr“ wünschte.¹⁰⁴ Neben den Stammlokalen boten in der Stadt auch SA-Heime Übernachtungsgelegenheiten, möglicherweise sogar Wohnplätze. In den Quellen lassen sich nur drei derartige Einrichtungen nachweisen, alle übrigen dürften anonym von Privatpersonen zur Verfügung gestellt worden sein, wie beispielsweise das Heim in der Wohnung des früheren Sektionsführers der Inneren Stadt und ab 1932 Fachgruppenführer für das Uhrmacherhandwerk, Herbert Armbrüster.¹⁰⁵ Am 15. November 1931 wurde das „Dietrich-Eckart-Heim“ des Bezirkes West im Hinterhaus der Hindenburgstraße 29 eröffnet. Das durch die SA des Bezirkes renovierte Heim sollte künftig SA bzw. SS sowie vor allem deren Erwerbslosen eine Heimat bieten, besaß eine Bibliothek mit ca. 300 Büchern und hatte in den Kellerräumen Übernachtungsmöglichkeiten für über 20 Personen.¹⁰⁶ Seit dem Frühsommer 1932 konnte sich die SA auch im Gräfelfinger Parteiheim des NSDAP-Bezirks München West treffen, das ebenfalls einer Reihe von SA-Leuten Übernachtungsmöglichkeiten bot.¹⁰⁷ Im Frühjahr 1930 mietete die Münchner SA am Südhang des Wendelsteins eine kleine Hochalm.¹⁰⁸

Infolge der Wahlkämpfe und durch die wachsende Aggressivität der politischen Auseinandersetzungen stiegen seit den zwanziger Jahren der Zeitaufwand und die

¹⁰¹ Vgl. z. B. den Appell des SA-Sturmbannes II in der Halle des Turnvereins Sendling in der Plinganserstraße am 12. 8. 1931; die SA hatte die Halle – vermutlich über Strohmänner – angemietet und beabsichtigte, hier alle drei Wochen Turnübungen durchzuführen: StA, PDM 6809; PND 746 (17. 9. 1931).

¹⁰² Vgl. dazu Kapitel I.3., Anm. 212.

¹⁰³ StA, PDM 6829; Wirtschaftslokale der SA und SS, Vermerk PDM vom 31. 7. 1932. Ebenda: Verzeichnis der PDM über die „Appell-Lokale und Appell-Tage“ der Münchner SS-Stürme, Stand Januar 1933.

¹⁰⁴ SMP 1 (1. 1. 1933), Anzeigen.

¹⁰⁵ BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Armbrüster: „Fragebogen für die ersten Mitglieder der NSDAP“ vom 13. 10. 1933.

¹⁰⁶ Front 17 (21. 11. 1931), Gaunachrichten: „Neues Münchner SA-Heim“.

¹⁰⁷ Front im Bild 9 (18. 6. 1932), „Der Bezirk München-West schafft sich ein Parteiheim“.

¹⁰⁸ StA, PDM 6825; Brigadeführer I München, Helfer, und OSAF-Stellvertreter Süd, Schneidhuber, an OSAF vom 15. 1. 1930; Helfer und Schneidhuber erläuterten das Projekt und baten die OSAF um finanzielle Unterstützung, da für sieben Jahre Mietdauer bereits bis Anfang Mai des Jahres 1000 RM anfielen. Auf jeden Fall hatte sich die gesamte Brigade I finanziell an dem Projekt beteiligt, obwohl das Schreiben nur die finanziell schwache Münchner SA als Kostenträger aufführte.

finanziellen Belastungen für die SA-Leute. Die Beschaffung der kostspieligen SA-Uniform blieb weiterhin ein Problem für die SA in München und im gesamten Gau¹⁰⁹ wie auch im gesamten Reich, wo mindestens ein Drittel der SA-Männer aus Geldmangel gar keine Uniform besaß und nur ein Drittel vollständig ausgerüstet war.¹¹⁰ Das einzelne SA-Mitglied war in eine Ordnung eingebunden, die im Laufe der Zeit beinahe alle Lebensbereiche reglementierte. Dabei kommerzialisierte die SA-Spitze ihre Verbände ungeniert und bot sie bestimmten Firmen gegen entsprechende Umsatzbeteiligung als Absatzmarkt für deren Produkte an. In der Folge wurde der einzelne SA-Mann verpflichtet, beispielsweise nur noch bestimmte Margarinesorten oder die „SA-Rasierklinge“ zu gebrauchen.¹¹¹ Selbst die Rauchgewohnheiten blieben nicht verschont, als eine Dresdener Zigarettenfabrik 1931 mit der Obersten SA-Führung einen entsprechenden Vertrag abschloß¹¹² und künftig jeder SA-Mann angehalten war, nur mehr die „Parteizigarette“ zu rauchen, die mit markig-militärischen Namen wie „Sturm“, „Trommler“, „Alarm“ oder „Neue Front“ unmittelbar auf die SA zugeschnitten war. In München verkauften 1931 bereits 56 Geschäfte diese Zigarettenmarken.¹¹³

Die Propaganda außerhalb der Wahlkämpfe

Die Propaganda der Ortsgruppen

Auch außerhalb der Wahlkampfzeiten und über den Rahmen ihres Vereinslebens hinaus suchten die Ortsgruppen der Münchner NSDAP mit einer ganzen Reihe von Propagandaelementen neue Anhänger zu gewinnen. Neben ihren wöchentlichen Sprechabenden organisierten die Ortsgruppen mit Beginn der dreißiger Jahre zunehmend Großveranstaltungen in den größeren Sälen Münchens.¹¹⁴ Allerdings erzwangen 1931 die monatelangen Polizeiverbote und die von der Gauleitung verordnete Versammlungspause in den Sommermonaten, wo „erfahrungsgemäß“ die Besucherzahlen rapide zurückgingen, längere Unterbrechungen.¹¹⁵ 1932 beschränkten die Ortsgruppen die größeren Veranstaltungen von vornherein auf den Wahlkampf. Charakteristisch für die nationalsozialistische Wahlkampf-taktik der dreißiger Jahre in München wie im gesamten Reich waren zeitlich befristete Wellen von einer oder mehreren Versammlungen in jeder Sektion und Ortsgruppe.¹¹⁶ Ab Herbst 1931 führte die Gauleitung halbjährliche „Gauschulungs-

¹⁰⁹ StA, PDM 6827: Vierteljahresbericht IV/31 SA-Gruppe Hochland vom 14. 1. 1932. Fortwährend mahnten die Münchner SA-Führer 1931/1932 ihre Mannschaften, die Uniform zu komplettieren: StA, PDM 6809: Appelle der Münchner SA-Stürme 1931–1932.

¹¹⁰ Resümee des Generalinspektors der SA vom 8. 12. 1931: Kapitel IV.3., Anm. 100.

¹¹¹ Fischer, Stormtroopers, S. 128 f.

¹¹² IfZ, Db 23.10: Rschr. RSM an sämtliche NS-Gauleitungen vom 25. 10. 1930 und 10. 12. 1930.

¹¹³ IfZ, MA 738: Liste der Münchner Geschäfte, „welche unsere Sturm-Zigaretten führen“, 1931.

¹¹⁴ Vgl. Kapitel IV.3., Anm. 426.

¹¹⁵ IfZ, MA 1216: Rschr. des GGF Nippold vom 20. 6. 1931.

¹¹⁶ Vgl. zum Beispiel die Versammlungswelle am 3. 12. 1929 anlässlich der Stadtratswahl: MP 281 (4. 12. 1929); BK 339 (5. 12. 1929) und VB. Dagegen VB 282 (5. 12. 1929): „Die

tagungen“ in München ein,¹¹⁷ ein Jahr später Tagungen für die Landwirtschaft, die NSBO und die Propaganda- und Pressefunktionäre.¹¹⁸ Die Gauleitung gestaltete diese Beratungs- und Ausbildungstagungen zu Fragen von Organisation, Propaganda und Finanzen jedesmal zu einem „Großereignis“ mit aufwendigem Rahmenprogramm wie Stadtführungen, SA-Sportvorführungen auf dem Grünwälder Sportplatz und der obligatorischen Besichtigung des „Braunen Hauses“.¹¹⁹

Um Versammlungsbesucher zu gewinnen, griff die Münchner NSDAP seit Ende 1929 zu einer ganzen Palette von Kunstgriffen. Man lud beispielsweise regelmäßig prominente politische Gegner ein oder kündigte, entgegen den Tatsachen, kurzerhand deren Auftritt als gesichert an und versprach „freie Redezeit“.¹²⁰ Erschien der Geladene nicht, konnte die Partei dies immer noch nützen, um ihn öffentlich der Feigheit zu bezichtigen. Immer wieder wurden solche „Einladungen“ auch angenommen, so daß 1931 manche Versammlung beinahe ausschließlich aus Diskussionen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bestand.¹²¹ Die Thalkirchner Ortsgruppe gewährte im April 1931 „Vertretern der KPD [...] eine Redezeit von einer Stunde!“,¹²² Gelegentlich schlug der propagandistische Vorteil gefüllter Säle auch in das Gegenteil um, wenn Diskussionsredner mit größerem Anhang die Veranstaltung in ihrem Sinne vereinnahmten oder gar sprengten. Nachdem die Polizei daraufhin derartige Versammlungen häufig von vornherein verbot, untersagte die Reichsleitung ihrerseits ab Juni 1931 entsprechende Einladungen und Diskussionen, außer in Ortsgruppen-Sprechabenden, und empfahl als publikumswirksamen Ersatz den Auftritt von Musikkapellen.¹²³ Da die Ortsgruppen das Verbot ignorierten,¹²⁴ wollte die Reichsleitung zumindest den Effekt, daß Parteigegner die Versammlungskassen füllten und sich vielleicht auch für die NSDAP gewinnen ließen, steigern. Ende Oktober 1931 ordnete sie an, Redner künftig nur zu Wort kommen zu lassen, wenn diese weitere Anhän-

Riesenkundgebung der Dreißigtausend. 20 Massenversammlungen überfüllt – Das deutsche München bekennt sich zum Nationalsozialismus.“

¹¹⁷ IfZ, MA 738: Gedrucktes Programm der Tagung 2.–4. 10. 1931. Front 11 (10. 10. 1931), „Glänzender Verlauf der Münchner Gauschulungstagung“ 2.–4. 10. 1931. Front 26 (25. 6. 1932), „Schulungstagung des Gau München-Oberbayern 1., 2. und 3. 7. 1932.“ IfZ, MA 738: Gedrucktes Programm der Münchner Tagung 2.–4. 10. 1932, o. D.

¹¹⁸ IfZ, MA 1216: Rschr. GL/Landwirtschaft, gez. stellv. landwirtschaftlicher Gaufachberater Becker vom 12. 1. 1932; mit Programm des Schulungstages am 23. 1. 1932. Front 34 (20. 8. 1932), AdB, „Die NSBO-Gauschulungstagung.“ 14. 8.–15. 8. 1932. IfZ, MA 1216: Rschr. GPL vom 11. 10. 1932: Gau-Propagandatagung 15.10.32.

¹¹⁹ Vgl. z. B. Front 11 (10. 10. 1931), „Glänzender Verlauf der Münchner Gauschulungstagung“.

¹²⁰ VB 288 (8./9. 12. 1929), „Öffentliche Aufforderung an Herrn Schäffer und Herrn Auer“.

¹²¹ Vgl. StA, PDM 6741: Wahlversammlung der Ortsgruppe Au-Giesing am 25. 8. 1930. Vgl. generell StA, PDM 6741, 6742 und 6743: Polizeiberichte über NSDAP-Versammlungen 1929–1931; vgl. hier auch die Einladungen zu den Versammlungen. Die Münchner Post betrachtete die Aktionen als „Wahltrick“: MP 210 (12. 9. 1930), „Wahltrick“. MP 45 (24. 2. 1931), „Ein Trick der Hakenkreuzler“.

¹²² StA, PDM 6741: Flugblatt der Ortsgruppe Thalkirchen. MP 95 (25./26. 4. 1931).

¹²³ StA, Lagebericht 101 (9. 6. 1931), S. 2.

¹²⁴ Vgl. z. B. StA, PDM 6742: PND 745, o. D.: Versammlung am 5. 8. 1931 der Ortsgruppe Laim.

ger mitgebracht hatten.¹²⁵ Nun verloren Diskussionen ihren Reiz und verschwanden bis zum Winter 1931 vollständig. Da die Münchner Nationalsozialisten selbst mit Diskussionsangeboten nur mühsam ihre Säle zu füllen vermochten, griffen sie auf andere „Methoden“ zurück. Die Münchner NSBO lud zum Beispiel im August 1931 Straßenpassanten zu einer KPD-Versammlung ein, die sich dann als NSBO-Versammlung entpuppte.¹²⁶ Die Neuhauser Nationalsozialisten riefen Anfang Februar 1932 mit gefälschten Unterschriften der Reichskampfleitung der „Eisernen Front“ zu „massenhaftem“ Besuch auf.¹²⁷ Die Ortsgruppe Lehel versuchte im selben Monat, durch die groß gedruckte Überschrift „Bayerische Volkspartei“ auf ihren Einladungen den Eindruck zu erwecken, die BVP habe zum Besuch geladen oder sei zumindest mit engagiert.¹²⁸ Mitte Juli 1932 prangte auf dem weißblauen Hintergrund eines auffällig gestalteten Plakates, das zur Versammlung im Kolosseum lud, in Großbuchstaben „Herr Stadtpfarrer Landgraf von St. Maximilian“, darunter stand sehr klein und aus der Ferne leicht zu übersehen: „ist zur Diskussion erbeten“. Nirgends jedoch fand sich ein Hinweis auf eine Partei oder gar die Veranstalter, die NS-Frauenorganisation.¹²⁹ Zu einem häufig genutzten zugkräftigen Trick griff der SA-Sturm 5 im Mai 1931. Sein Plakat vermittelte dem flüchtigen Leser auf den ersten Blick den Eindruck, Hitler werde in der Versammlung erscheinen. Selbst die Polizei sah dies als bewußte „Irreführung“ und beschloß, solche Plakate nicht mehr zu genehmigen.¹³⁰

Die ab Beginn der dreißiger Jahre zunehmend effektivere Organisation des NS-Rednerwesens trug in München ganz wesentlich zum Erfolg der Massenversammlungen bei, da nun selbst die Stadtteilorganisationen fortwährend auf geschulte Agitatoren zurückgreifen konnten. Die Zuteilung der Redner wurde über die Gaupropagandaleitung zentral gelenkt, die Honorare waren nach einem genauen System gestaffelt. Die Gaupropagandaleitung veröffentlichte detaillierte Versammlungskalender in der „Front“ oder in Rundschreiben.¹³¹ Für ihre Sprechabende waren die Ortsgruppen angehalten, Redner aus der eigenen Ortsgruppe zu engagieren; allen weiteren Veranstaltungen wurden über die Gauleitung entweder Gauredner oder Bezirksredner mit speziellen Ausweisen zugewiesen. Wie erwähnt richtete der Gau schließlich im Oktober 1930 in München eine eigene Rednerschule ein. Allerdings funktionierte dieses System während des Reichstagswahlkampfes 1930 und auch 1931 noch keineswegs so systematisch wie

¹²⁵ StA, PDM 6742: Auszug aus dem Morgenrapport der PDM/VI, 30. 10. 1931.

¹²⁶ StA, PDM 6742: Vormerkung der PDM/VI, 1. 8. 1931.

¹²⁷ StA, PDM 6743: Anzeige der Eisernen Front bei der PDM vom 5. 2. 1932 mit Vermerk der PDM vom 8. 2. 1932.

¹²⁸ BK 60 (29. 2. 1932), „Parteifreunde obacht!“.

¹²⁹ MP 162 (15. 7. 1932), „Frecher Hakenkreuz-Trick“. BK 197 (15. 7. 1932), „Eigenartige Agitationsmethoden“.

¹³⁰ StA, PDM 6742: Vormerkung der PDM VI vom 21. 5. 1931.

¹³¹ Im Folgenden: IfZ, MA 1216: Rschr. Gauleiter Wagner an die Ortsgruppen des Gaues vom 30. 10. 1930. Sowie: Ebda: Rschr. des Gauleiters Wagner „Arbeitsplan für die Bezirks- und Ortsgruppenleiter des Gaues München-Oberbayern. 1. September bis 31. Oktober“ [1930] o. w. A.; in der Anlage „Ausführungsbestimmungen für die SA- und HJ-Werbung vom 1. September bis 31. Oktober“. Vgl. auch Front 9 (27. 2. 1932), „Oberbayerische Kampffront“.

geplant.¹³² Darauf reagierte die Gauleitung im Frühjahr 1931 mit Nachbesserungen,¹³³ wobei nunmehr alle Redner der Ortsgruppenversammlungen grundsätzlich bei der Gauleitung anzufordern waren. Diese unterschied vier Kategorien von Rednern, „Reichsredner“, die in ganz Deutschland eingesetzt wurden, allerdings nur mehr im Rahmen bestimmter Großveranstaltungen, und „Gauedner“; des weiteren „Bezirksredner“, die erst kurz zuvor die Rednerschule absolviert hatten und deshalb nur in kleineren Versammlungen innerhalb ihrer Bezirke eingesetzt wurden, sowie „Rednerschüler“, die nur in Mitgliederversammlungen sprechen durften. Die Redner waren zum Teil erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt, denn manche Ortsgruppe verweigerte monatelang das Honorar, wenn die Versammlung infolge Besuchermangels oder schlechter Organisation ausgefallen und der Redner umsonst angereist war. Daher waren nicht wenige Redner noch im Herbst 1932 gezwungen, selbst ihre Fahrtkosten aus eigener Tasche zu bezahlen.¹³⁴ Vermutlich arbeitete die Münchner Gau-Rednerschule mit den Unterlagen der Reichs-Rednerschule des RPL II Fritz Reinhardt. Reinhardt sandte den ausgebildeten Rednern regelmäßig eine Vielzahl bis zu zwanzigseitiger detaillierter Informations- und Fortbildungsbroschüren zu.¹³⁵

Die Münchner NSDAP brachte auch in den dreißiger Jahren außerhalb der Wahlkämpfe Propagandamaterial in Umlauf. Ortsgruppen und Gauleitung warben für ihre Massenversammlungen nunmehr grundsätzlich mit Schriftmaterialien, zumeist mit den sehr billigen, leuchtfarbenen Handzetteln in Din-A4-Format.¹³⁶ Abgesehen von der üblichen illegalen Verteilung¹³⁷ boten bereits die offiziellen Anschlagmöglichkeiten in München eine gute Verbreitung der Parteipropaganda. Im Oktober 1929 besaß die Stadtreklame GmbH in München ca. 1200

¹³² Vgl. die heftige Beschwerde der Ortsgruppe 11, der immer wieder Redner zugesichert wurden, die darüber gar nicht informiert waren: BA, Berlin, NS 22/1050: Ortsgruppe 11 an Straßer vom 11. 11. 1931. V. a. die Rednerzuteilung gelang nicht immer und verlief z. T. sehr spontan. So erhielt Gregor Straßer erst zehn Tage vorher vom GGF eine Anfrage, ob er am 26. 9. 1930 im Zirkus Krone sprechen könnte: BA, Berlin, NS 18: GGF an Straßer 16. 9. 1930. Vgl. auch das Angebot Konstantin Hierls in München einen Vortrag über die deutsche Wehrmacht zu halten: BA, Berlin, NS 18: RPL an GPL München-Oberbayern vom 27. 3. 1931. Ogf wandten sich immer wieder direkt an Redner, so z. B. der Ogf Thalkirchen an Gregor Straßer: BA, Berlin, NS 22/1050: Ogf Knöchlein an Straßer vom 16. 4. 1931.

¹³³ Im Folgenden: IfZ, MA 1216: GPL an die Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 17. 4. und 12. 10. 1931.

¹³⁴ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL vom 17. 10. 1932.

¹³⁵ Vgl. die beiden erhaltenen Exemplare: IfZ, MA 1216: RPL/Abtlg. Rednerinformation „Rednerinformation“ Nr. 2 (1. 3. 1932) und Nr. 6 (1. 5. 1932). Front 9 (27. 2. 1932), „Im Reichspräsidentenwahlkampf“.

¹³⁶ Vgl. StA, PDM 6740–6745: Polizeiberichte über die öffentlichen Versammlungen der NSDAP in München. Sogar kleine Sektionen, die Unterorganisationen der Ortsgruppen, luden für ihre Veranstaltungen mit derartigen Handzetteln ein: Vgl. etwa den Handzettel der Sektion 9 der Ortsgruppe Westend anlässlich einer Sektionsveranstaltung am 1. 8. 1930 (StA, PDM 6741). Oder die Aktion, bei der die Sektion 1 der Ortsgruppe 20 am 22. 6. 1932 eine „größere Anzahl“ Einladungszettel in die Briefkästen ihres Bezirkes verteilte: StA, PDM 6743: PND 781 über die Versammlung der Sektion am 22. 6. 1932.

¹³⁷ Vgl. Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zu den NSDAP-Flugschriften).

Anschlagtafeln und Litfaßsäulen,¹³⁸ die allerdings in einzelnen Stadtteilen, wie etwa in Laim, nur spärlich gestreut waren.¹³⁹ Bei den Flugblatt-Serien arbeitete die Gauleitung gelegentlich unmittelbar mit den Ortsgruppen zusammen.¹⁴⁰ Diese ließen das Material drucken,¹⁴¹ wenn sie die Plakate nicht von Hand herstellten¹⁴² bzw. vom Parteiverlag oder der Gauleitung damit beliefert wurden.¹⁴³ Regelmäßig erhielt die Münchner NSDAP auch Presseerzeugnisse zugesandt, beispielsweise im Oktober 1931 rund 15 000 Sondernummern des „Völkischen Beobachters“.¹⁴⁴ In den dreißiger Jahren lieferten Reichs- und Gauleitung sowie der Eher-Verlag, besonders außerhalb der Wahlkampfzeiten, unaufgefordert Broschüren oder Parteizeitungen, die die Ortsgruppen ohne Widerrede noch vor ihrem Weiterverkauf zu bezahlen hatten.¹⁴⁵ Die gravierendsten Folgen hatte jedoch eine Aktion anlässlich des Reichspräsidentenwahlkampfes im Frühjahr 1932. Hier wurden die Ortsgruppen dazu gezwungen, monatelang die zweimal wöchentlich erscheinende Gauzeitung „Die Front“ entsprechend ihrer jeweiligen Mitgliederzahl zu beziehen.¹⁴⁶ Es war auch durchaus nicht ungewöhnlich, wenn im Mai 1931 etwa der Gaugeschäftsführer jede Ortsgruppe des Gaus München-Oberbayern kommentarlos zu Bezug und Bezahlung von mindestens zwei Exemplaren der neuen Monatsschrift der Reichspropagandaleitung „Wille und Weg“ verpflichtete.¹⁴⁷ Mit dieser Zwangseinbindung der Parteibasis verschafften sich die Parteizeitungen Abonnenten und versuchten damit, häufig vergebens, ihr Überleben zu sichern. Da jedoch Zwang selten ausreichte, griff die „Front“ im Herbst 1932 schließlich zu der kostspieligen Werbeprämie von zehn Mark für jeden neuen Abonnenten.¹⁴⁸

Analog zum Aufschwung der NSDAP wuchs auch die Zahl der in München kursierenden nationalsozialistischen Publikationen und Presseorgane, darunter

¹³⁸ StA, PDM 6657: Vermerk PDM/VI d vom 23. 10. 1929 zur Verteilung der Stadtratsplakate im Oktober 1929.

¹³⁹ StA, PDM 6657: Ogf Laim, Riedl, an PDM vom 28. 11. 1929.

¹⁴⁰ Front 22 (24. 12. 1931), „Aus dem Gau München-Oberbayern“.

¹⁴¹ Bereits die kleine Münchner Sektion 11, eine Untergruppierung der Ortsgruppe Süd, verbreitete eigene Flugblätter; vgl. ein masch. DinA 4-Flugblatt der Sektion 11, o. w. A., nach Lage im Quellencorpus (StA, PDM 6741).

¹⁴² So z. B. der Ogf Thalkirchen, der anlässlich des Deutschen Abends seiner Ortsgruppe Mitte November 1931 selbst mit Tusche Plakate herstellte mit dem Titel „Herein in die SA“: StA, PDM 6668: Vernehmungsprotokoll der PDM/VI a vom 15. 11. 1931.

¹⁴³ Vgl. die Rschr. der GL sowie der NSDAP-Bezirksführungen 1930–1932: IfZ, MA 738 und MA 1216.

¹⁴⁴ IfZ, MA 738: Rschr. GPL an alle Bzf und Ogf von München-Stadt vom 17. 10. 1931.

¹⁴⁵ Vgl. IfZ, MA 1216 und MA 738: Rschr. des GPL oder auch des Gaugeschäftsleiters.

¹⁴⁶ IfZ, MA 1216: Rschr. Verlag „Die Front“ an die Bezirks- und Ortsgruppenführer vom 18. 2. 1932.

¹⁴⁷ IfZ, MA 1216: Rschr. des GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaus vom 21. 5. 1931. Zwei Monate später drohte Nippold, rückständige Beträge für das Heft in Zukunft per Nachnahme einzutreiben: Ebenda: Rschr. GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaus vom 31. 7. 1931.

¹⁴⁸ IfZ, MA 1216: Verlag Front/Vertriebsabteilung, gez. Reichinger, an Ogf und Pressewarte des Gaus München-Oberbayern vom 2. 8. 1932.

diejenigen des Eher-Verlags.¹⁴⁹ Zu den bekanntesten zählten Rosenbergs „Mythus [sic] des zwanzigsten Jahrhunderts“ sowie die 1931 erschienenen Publikationen von Hans Frank „Gefesselte Justiz“ und Hans Schemm „Der rote Krieg – Mutter oder Genossin – Nationalsozialismus oder Marxismus-Bolschewismus“.¹⁵⁰ Die offizielle Gauzeitung „Münchener Wacht“,¹⁵¹ ab 1. September 1930 in „Die Front“ umbenannt¹⁵² und ab November 1932 schließlich „Sonntag-Morgenpost“,¹⁵³ vermittelte die wichtigsten Neuigkeiten des Vereinslebens und die Anordnungen der Gauleitung. Die „Front“ erschien ab Sommer 1931 zweimal wöchentlich.¹⁵⁴ Anfang 1931 versuchte die Gauleitung vergeblich, eine Münchner Sonntagszeitung mit dem Titel „Die deutsche Front“ zu etablieren.¹⁵⁵ Seit Anfang 1932 gab der Gauverlag das Fotojournal „Front im Bild“ heraus.¹⁵⁶ Die im Juni 1932 unter dem Titel „Münchener Wacht“ erstmals erscheinende Tageszeitung für den NSDAP-Gau ging infolge konsequenter Beschlagnahmung durch die Polizei bald wieder ein.¹⁵⁷ Der Eher-Verlag führte seit 1925 wieder den „Völkischen Beobachter“ mit seinem Beiblatt, den „Münchener Beobachter“, das ab Jahresbeginn 1933¹⁵⁸ als eigene Ausgabe „Münchener Beobachter“ erschien. Das Blatt erreichte Ende Januar 1933 in ganz Süddeutschland eine Auflage von 39 992 Exemplaren, in München dagegen 11 645. Somit wurde das Blatt vermutlich vom größten Teil der rund 10 000 Münchner Mitglieder sowie von etwa einem Drittel der süddeutschen Mitgliedschaft gehalten.¹⁵⁹ Die Münchner Auflage der Wochenschrift „Illustrierter Beobachter“, die 1932 eine reichsweite Auflagenhöhe von 200 000 Exemplaren erreichte, ist unbekannt.¹⁶⁰ Insgesamt kursierten in München, die Beilagen der Parteizeitungen nicht gezählt, mindestens 30 verschiedenen Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren (Tabelle 11).¹⁶¹ Ihr Verbreitungsradius beschränkte sich jedoch,

¹⁴⁹ München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 144–148. Vgl. auch die Werbeanzeigen des Eher-Verlags im VB, z. B. VB 65 (17./18. 3. 1929), „Parteibücher für den Nationalsozialisten!“.

¹⁵⁰ Schemm versuchte sein Buch über den NSLB-Apparat in Umlauf zu bringen: StA, NSDAP 992: NSLB-RL vom 28. 7. 1931 an alle Gau- und Ortsgruppenleiter des NSLB.

¹⁵¹ Archivlagerorte: Bayerische Staatsbibliothek (München) und Staatsarchiv (StA, NSDAP 496).

¹⁵² StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 8. Die GL verhinderte alle weiteren „offiziellen“ Gauzeitungen neben der Front: Vgl. z. B. BA, Berlin, NS 22/1050: GGF an ROL I vom 6. 6. 1931.

¹⁵³ Die erste Nummer erschien als SMP 45 (6. 11. 1932), „Zum Geleit“.

¹⁵⁴ Front 7 (15. 7. 1931), Gaunachrichten.

¹⁵⁵ StA, Lagebericht 96 (23. 1. 1931), S. 12. Das Blatt ließ sich, abgesehen von diesem StA, Lagebericht, in keiner Quelle belegen, dürfte somit wohl noch im Frühjahr wieder eingegangen sein.

¹⁵⁶ Front im Bild 7 (29. 5. 1932), „Die Entwicklung des Verlages Adolf Wagner.“ Ebenda 8 (4. 5. 1932), Impressum.

¹⁵⁷ Kapitel I.3., Anm. 181.

¹⁵⁸ StA, Lagebericht 113a (30. 12. 1932), S. 7.

¹⁵⁹ Hoser, Tagespresse, S. 978 f. und Anm. 5. Die NSDAP hatte Anfang Januar 1933 in Süddeutschland 129 974 Mitglieder: Ebenda. Zur Münchner Mitgliederzahl: StA, NSDAP 238: Vortrag eines GGF-Mitarbeiters am 30. 4. 1934 „zur Neuorganisation Münchens“.

¹⁶⁰ Paul, Aufstand der Bilder, S. 147.

¹⁶¹ Im Folgenden: VB, Front und SMP 1929–1933, jeweils mit Rubriken, Beilagen und Anzeigen. StA, Lageberichte 1929–1932. BA, Berlin, Slg. Schumacher 242a: Richtlinien der

Tab. 11: Die in München kursierenden NS-Organen 1930–1933

Herausgeber	Titel und Umfang
Gauleitung	„Front“, später „Sonntag Morgenpost“ (zweimal wöchentlich)
NSDAP-Reichsleitung	„Front im Bild“ (monatliches Bildmagazin) „Völkischer Beobachter“ (Tageszeitung, Zentralorgan) „Illustrierter Beobachter“ (monatliches Bildmagazin)
KGWK im Gau	„Geschäftsanzeiger nur deutscher Firmen“; ab Juli 1931 „Mittelstandsfront“; ab Feb. 1932 „Der Mittelstand“ („Front“-Beilage)
ROL-HA Wirtschaft	„Deutsches Handwerk“ (Mittelstand-Fachblatt) „Die deutsche Wirtschaftswarte“ (Mittelstand-Fachblatt)
NSBO im Gau	„Arbeitsfront“ („Front“-Beilage) „Der Betriebsstürmer“ (vierzehntägig, ab April 1931 wöchentlich) „Informationsdienst“ (vierzehntägig)
NSBO im Reich	„Das Arbeitertum“ (Zentralorgan, vierzehntägig)
NS-Juristenbund im Reich	„Deutsches Recht“ (Monatsschrift)
Walter Darré	„Nationalsozialistische Landpost“ (ab 1932)
Gau-Abt. Landwirtschaft	„Die Landwirtschaft“ („Front“-Beilage)
Gau-Abt. Kriegspopfer	„Der Kriegsbeschädigte“ („Front“-Beilage)
Gau NS-Frauenshaft	„Das Reich der Frau“ (Rubrik der „Sonntag-Morgenpost“)
DFO im Reich	Ab 1932 Titel „Die Deutsche Frauenbewegung“ (VB-Beilage) „Opferdienst der deutschen Frau“ (Bundesorgan) „Nationalsozialistische Frauen-Warte“ (ab 1932; Monatsschrift)
NSLB im Reich	„NS-Lehrerzeitung“ (monatlich)
HJ im Gau	„Jungfront“ („Front“-Beilage) „Hitlerjugend“ (bis Februar); „Die deutsche Jugend“ (bis September); anschließend ohne Titel („Front“-Beilage)
HJ im Reich	„Der Junge Nationalsozialist“ (monatl. Bundesorgan) „Der junge Sturmtrupp“ (vierzehntägiges Bundesorgan) „Hitler-Jugend-Zeitung“ (monatl. Bundesorgan) „Nachrichten- u. Artikeldienst der NS-Jugend“ (Korrespondenzblatt)
Jungvolk im Reich	„Jungvolk, deutsche Jungenblätter“ (monatl. Bundesorgan)
NSS im Reich	„Aufmarsch“ (Bundesorgan)
HJ, NSS, NSDStB im Reich	„Die deutsche Zukunft“ (monatl. reichsweites „Führerblatt“)
NSDStB im Reich	„Akademischer Beobachter“ (Bundesorgan) „Die Bewegung“ (reichsweites Wochenblatt) „Deutsche Zukunft“ (reichsweites Wochenblatt) „Deutsche Revolution“ (vierzehntägige Hochschulzeitung)
SA im Reich	„Der SA-Mann“ (VB-Beilage) „Der SA-Mann“ (reichsweites Wochenblatt)
NSKK, SA-Motorsturm Reich	„Mitteilungsblatt für das NSKK und die Motorstürme der SA und SS“
SS im Reich	(Beilage im „SA-Mann“)
ROL-Abt. Rundfunk	„Der deutsche Sender“ (Zeitung)
Wilhelm Weiß	„Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ (ab 1932)
Julius Streicher	„Der Stürmer“ (reichsweite Wochenzeitung)
Alfred Rosenberg	„Weltkampf“ (reichsweite Monatschrift)
Gregor Straßer	„NS-Briefe“ (reichsweite Monatschrift)
Gottfried Feder	„NS-Bibliothek“ (reichsweite Hefte) „Der Streiter“ (reichsweites Wochenblatt) „Die Flamme“ (reichsweites Wochenblatt)
Karl Prühnhäußler	„Die Brennessel“ (vierzehntägiges reichsweites Satireblatt)
Adolf Hitler	„Nationalsozialistische Monatshefte“
Heinz Franke	„Der Flammenwerfer“ (Monatsschrift)
Fritz Reinhardt	„Wirtschaftlicher Beobachter. Halbmonatsschrift für Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft“ (Halbmonatsschrift)

von den Wahlkämpfen abgesehen, auf den Kreis der Parteimitgliedschaft und konnte auch hier nur mit sehr niedrigen Auflagen rechnen. Selbst reichsweit erreichten die NS-Zeitungen 1932 zusammen nur sieben Prozent aller damaligen Leser.¹⁶² Einigen Gau-Unterorganisationen teilten die Gauzeitungen „Front“ und „Sonntag-Morgenpost“ eigene, ein bis zwei Seiten starke, monatlich erscheinende Beilblätter zu; die „Jungfront“ erhielt 1931 gelegentlich auch drei Seiten. Die Gau-HJ dagegen konnte ihre Nachrichten ab September 1932 nur noch in der allgemeinen Rubrik „Aus der Bewegung“ veröffentlichen. In den Beilagen wurde mit Artikeln und Anzeigen gezielt um die jeweilige Klientel geworben und das Vereinsleben organisiert. Möglicherweise finanzierte manche Parteigliederung, wie etwa die HJ, ihre Rubriken oder Beilagen selbst.¹⁶³ Im Laufe der Jahre ab 1930 etablierte bald jede Unterorganisation der NSDAP, selbst kleinere NSBO-Fachgruppen,¹⁶⁴ ein eigenes Verbandsorgan, das auch in München zirkulierte. Zusätzlich wurden in diesen Jahren in München eine ganze Reihe von reichsweit herausgegebenen speziellen Parteiorganen sowie ein Vielzahl weiterer Presseerzeugnisse des Eher-Verlags verbreitet.¹⁶⁵

Aufgrund ihres wachsenden Propagandaaufwandes entwickelte sich die NSDAP mit ihren Untergliederungen zu einem interessanten Auftraggeber für die Münchner Druckereien. Ihr gelegentlich nachlässiges Zahlungsverhalten

Kampfgemeinschaft, o. w. A.; Datierung nach dem Inhalt 1932. StA, PDM 6850: Vermerk PDM/VId vom 3. 2. 1933 mit Anhang. Ebenda: PND 727: Versammlung der NSBO am 10. 3. 1931. Ebenda: Rschr. GL/NSBO und Beamtenabteilung vom 1. 6. 1932. VB 321 (17. 11. 1931), „Organisation der nationalsozialistischen Frauen.“ StA, NSDAP 992: Rschr. des RI-NSLB/HGS 1930–1932. StA, PDM 6826: Rundschreiben HJ-RL vom 5. 2. 1932, S. 11. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1931: „Hitler-Jugend-Bewegung e.V.“ und „Die Presse der NSDAP“. StA, PDM 6842: Anordnung 1/32 (1. 1. 1932) der HJ-Reichsleitung. StA, PDM 6826: Rundschreiben HJ-RL vom 13. 2. 1932, S. 4. BA, Berlin, NS 22/423: Jahresbericht des NSS vom 31. 1. 1931 für den Zeitraum 17. 11. 1929–1. 12. 1930. StA, PDM 6837: NSS-RL [vermutlich.] an PDM, 8. 4. 1932 vgl. die Werbeschrift am unteren Ende des Dokumentes. StA, Würzburg, RSF II/14: Rschr. Nr. 1 (3. 5. 1930) und Nr. 2 (20. 1. 1930) der NSDStB-RL. StA, Würzburg, II/p 226: Rschr. Nr. 8 der NSDStB-RL vom 14. 10. 1931. Franz, Münchner Hochschulen, S. 64. StA, PDM 6822: Verordnungsblatt der OSAF Nr. 5 (30. 11. 1931). StA, PDM 6830: Schriftmaterialien der SA 1930–1932. StA, PDM 6835: Rschr. NSKK-Führung Ende August 1932. StA, PDM 6824: SS-Befehlsblatt Nr. 1 (4. 11. 1932). IfZ, MA 738: Eher-Verlag an alle Ortsgruppen der NSDAP vom 8. 10. 1931. Paul, Aufstand der Bilder, S. 145. Verordnungsblatt der RL der NSDAP Nr. 1 (1. 6. 1931), Bekanntgabe des RGF vom 1. 6. 1931. Ebenda Nr. 3 (13. 7. 1931), Bekanntgabe vom 10. 7. 1931. StA, PDM 6741: Anzeige auf der Rückseite des Flugblattes „Organisierter Volksbetrug“.

¹⁶² Paul, Aufstand der Bilder, S. 184.

¹⁶³ Anfang 1932 stellte die HJ aufgrund finanzieller Schwierigkeiten die Jungfront als Beilage der Front ein: StA, PDM 6836: Anweisung 1/32 (5. 1. 1932) HJ Gau München-Oberbayern.

¹⁶⁴ Vgl. z.B. StA, PDM 6850: Informationsschrift der „Betriebszelle HBF München“ der Fachgruppe Reichsbahn in der Industriegruppe Verkehr: „NSBO Gau München-Oberbayern“ Nr. 1 (Januar 1933).

¹⁶⁵ StA, NSDAP 992: Hugo Ringler, München, an NSLB-Gauführer Bauer vom 17. 7. 1931: Zusammenstellung verschiedener in Bayern erscheinender NS-Blätter. Vgl. auch die Anzeigen des VB sowie Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930–1933.

machte sie jedoch zu einem höchst unberechenbaren Geschäftspartner.¹⁶⁶ Eine Vielzahl kleiner Druckereien übernahm Gelegenheitsaufträge, ohne mit der Partei zu sympathisieren.¹⁶⁷ Die Druckereibesitzer jedoch, die Großaufträge der Gau- und Reichsleitung erhielten, standen in der Regel der NSDAP nahe bzw. waren selbst Parteimitglied.¹⁶⁸ Manche davon, die bis 1923 Großaufträge der Partei übernommen hatten, zogen sich nach dem Hitlerputsch wieder zurück, wie etwa der Buchdruckereibesitzer Georg Schreiber, Goethestraße 23¹⁶⁹, die Druckerei Hans Stiegeler, Frühlingstraße 17¹⁷⁰ und die Druckerei Johann Jakob, Dachauer Straße 101.¹⁷¹ Die umfangreichsten Aufträge der Reichsleitung erhielt in München das Parteimitglied Adolf Müller mit seiner Druckerei „Münchner Druck- und Verlagshaus GmbH“, Schellingstraße 39–41, die seit 1923 intensiv für den Parteiverlag arbeitete und den „Völkischen Beobachter“ druckte.¹⁷² Neben Müllers Unternehmen sicherte sich die „Druckerei J. C. Huber & Sohn“ in Diessen am Ammersee seit 1920 regelmäßig größere Aufträge der Reichsleitung.¹⁷³ Die

¹⁶⁶ Es war durchaus keine Ausnahme, wenn der Jungfront-Verlag, bis Ende 1931 offizieller Verlag der HJ-RL, im April 1931 mit rund 12 000 Mark bei Münchner Druckereien in der Schuld stand und bereits monatelang keine Rechnung mehr bezahlte: StA, PDM 6827: Jungfrontverlag an RL und OSAF, 12. 4. 1932. In den Unterlagen der Polizeidirektion wie der NSDAP finden sich fortwährend die entsprechenden Klagen der Druckereien: Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zur NS-Flugschriftpropaganda). Im Sommer 1931 wartete der Lehmann-Verlag monatelang auf sein Geld für die ausgelieferten Exemplare des Buches „Gefesselte Justiz“. Die Münchner GL reagierte auf entsprechende Mahnungen stets mit Zusicherungen, die sie nie einhielt. Schließlich beschwerte sich Lehmann bei Straßer: BA, Berlin, NS 22/1050: Gauleiter Wagner an ROL I vom 21. 7. 1931 und Antwort ROL I vom 28. 7. 1931. Ähnliche Fälle ließen sich hier für die Jahre 1930 bis 1933 in beliebiger Fortsetzung aufzählen.

¹⁶⁷ Vermutlich zählte hierzu die „J. G. Weiß'sche Buchdruckerei und Verlag“, Liebherrstraße 5, die für den Eher-Verlag 1931 die Reihe „Wille und Weg“ druckte: BA, Berlin, NS 18/5020: Lieferschein des Verlags vom 23. 6. 1931.

¹⁶⁸ So z. B. Otto Schaaf mit seiner Buchdruckerei in der Amalienstraße 50 (später Türkenstraße 51). Schaaf war seit September 1928 Parteimitglied und führte 1932–1933 die Fachgruppe Buchdruckereibesitzer der Mittelstandsabteilung der GL: BA, Berlin (ehem. BDC), Mitgliedskarte und Personenakte Schaaf Otto. Vgl. auch StA, PDM 6697: Mitgliederliste der Sektion Pinakothek o. w. A., vermutlich 1923; hier fanden sich drei Buchdruckereibesitzer.

¹⁶⁹ Schreiber druckte bis 1923 immer wieder Versammlungseinladungen der NSDAP. In den folgenden Jahren fand sich sein Name auf keiner der Schriften der Münchner NSDAP mehr: StA, PDM 6663: Vermerk PDM/N vom August 1921. StA, PDM 6664: Ermittlungsakten und Vermerke der PDM/VI vom August und September 1921.

¹⁷⁰ Stiegeler arbeitete 1920–1923 sehr häufig für die NSDAP: Vgl. z. B. IFZ, MA 1221: DAP-Kassenbuch, S. 32: Eintragungen 1920. StA, PDM 6699: Vermerk PDM Abt. Vid vom 18. 10. 1922. StA, PDM 6664: Hs. Vermerk PDM/VI vom September 1921.

¹⁷¹ StA, PDM 6664: Vernehmungsbericht PDM/VI vom 23. 11. 1921.

¹⁷² Hoser, Tagespresse, S. 958f. und Anm. 601. Vgl. u. a. StA, PDM 6705: Notizen PDM, 28.5. und 5. 7. 1923.

¹⁷³ Die Druckerei Huber (Diessen am Ammersee) bot bereits der DAP 1920 5000 Flugblätter „als Geschenk“ in Erwartung weiterer Aufträge: IFZ, MA 1221: DAP-Kassenbuch, S. 43: Hs. Notiz vermutlich. Drexlers. Auch: StA, PDM 6774: Vermerke PDM/VI vom 15., 16. und 17. 2. 1932 über die Durchsuchung des „Braunen Hauses“ und der Druckerei und Verlagsanstalt J. C. Huber am 13. 2. 1932. Vgl. auch Jäckel/Kuhn, Hitler, Dok. 119, S. 161: Notizen Hitlers zur NSDAP-Ausschußsitzung am 8. 7. 1920.

„Buchdruckerei Egon Georg Seidl“ in der Münchner Schillerstraße 9 arbeitete für die Gauleitung. Seidl druckte bis zu seinem Parteiaustritt im März 1931 die Unterlagen und die Mitteilungsblätter der Ortsgruppe Westend und anderer Ortsgruppen, aber auch das Gau-Organ „Münchner Wacht“ und anschließend die „Front“.¹⁷⁴ Der Gauverlag unter der Leitung Adolf Wagners vergab seine Drucksachen und seit 1931 auch die Gauzeitung an die Münchner „Druckerei Max Schmidt & Söhne“ in der Klenzestraße 40–42, die seit 1921 unter ihrem Besitzer Josef Max Schmidt für die Partei arbeitete. Schmidt trat der NSDAP allerdings erst im März 1933 bei.¹⁷⁵ Möglicherweise druckte die Gauleitung die „Front“ ab Herbst 1931 mit eigenen Maschinen selbst.¹⁷⁶ Ihre Plakate ließen Reichsleitung und Gauleitung auch bei der Münchner „Plakatdruckerei Volk und Schreiber“, Christophstraße 12, herstellen.¹⁷⁷ Die „Leopolddruckerei“ des Parteimitgliedes Joseph Heidenreich, Schellingstraße 26, übernahm die Parteiaufträge im Schwabinger Gebiet¹⁷⁸ und druckte unter anderem noch in den zwanziger Jahren die Mitteilungsblätter der Schwabinger Sektion¹⁷⁹ sowie 1926/1927 auch die „Schutzstaffelhefte“ der SS.¹⁸⁰ Die Firma des Parteimitgliedes Albert Kürzl, Hirschbergstraße 21, die häufig Handzettel und Flugblätter der NSDAP druckte,¹⁸¹ bot den Ortsgruppen „besondere Vergünstigungen“¹⁸² und warb im Sommer offen unter der Schlagzeile „Nur Nationalsozialisten, vom Ausgeher bis zum Chef arbeiten in der Münchner Nazidruckerei“.

Die infolge des Parteiaufschwungs wesentlich größeren finanziellen Reserven ermöglichten nun auch eine aufwendigere Propaganda. Erstmals während des Reichsfrontsoldatentages in München am 1. und 2. Juni 1929 warb der Parteiverlag mit einem gemieteten Flugzeug für sich und ließ die Maschine mit der Aufschrift „Völkischer Beobachter“ über den Massenveranstaltungen des Stahlhelms

¹⁷⁴ BA, Berlin (ehem. BDC), Personenakte Seidl, Egon Georg. StA, PDM 6830: Polizeivernehmung Seidls und des Laimer SA-Führers Stephan am 22. 3. 1930 sowie Danzeisens am 6. 5. 1930 wegen verbotener Flugblätter-Verteilung der Ortsgruppe Laim. Westend-Wacht 1929–1930, Anzeigen. Front 3 (20. 9. 1930), Impressum. Vgl. z. B. auch die Angaben zu den Druckereien der polizeilich genehmigten NS-Plakate im März 1932: StA, PDM 6764: Polizeipressebericht vom 12. 3. 1932.

¹⁷⁵ StA, PDM 6705: Vermerk PDM/VIa, 28.5. und 5. 7. 1923. BA, Berlin (ehem. BDC), Personenkartei Schmidt, Josef. StA, PDM 6664: Hs. Vermerk PDM/VI vom September 1921. Front im Bild 8 (4. 5. 1932), Impressum.

¹⁷⁶ Gauleiter Wagner erklärte auf der Gautagung am 2. 10. 1931 in München, die GL habe nunmehr sechs Druckermaschinen zur Verfügung; StA, PDM 6735: PDM/VI/N an MIIn vom 9. 10. 1931.

¹⁷⁷ StA, PDM 6657 und 6659: Vgl. die Plakat-Entwürfe. Vgl. auch die Angaben zu den Druckereien der polizeilich genehmigten NS-Plakate im März 1932: StA, PDM 6764: Polizeipressebericht vom 12. 3. 1932.

¹⁷⁸ StA, PDM 6738: Flugblätter und Plakate der NSDAP 1928.

¹⁷⁹ Kapitel III.3., Anm. 107–109. Vgl. auch IfZ, MA 738: Rechnung Heidenreichs für die Sektion Schwabing vom 7. 2. 1928 für den Druck von 600 Einladungskarten.

¹⁸⁰ StA, PDM 6829: Staatl. Polizeiamt Plauen an PDM vom 17. 1. 1927.

¹⁸¹ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte List, Max. Vgl. StA, PDM 6741–6743: Einladungen der Münchner NSDAP zu Versammlungen; vgl. hier den Stempel der Druckerei Kürzl. StA, PDM 6829: PDM-Vermerk 5. 3. 1932 über das Verbot eines Plakates der GL.

¹⁸² Front 24 (11. 6. 1932), Anzeigen.

kreisen.¹⁸³ Bereits im Sommer des nächsten Jahres hatte der Verlag die Mittel, dieses Flugzeug zu kaufen.¹⁸⁴ Seit dem Ende der zwanziger Jahre wandten sich die politischen Organisationen in München verstärkt dem Film zu. Der Stahlhelm präsentierte im November 1929 den Film über den 10. Reichsfrontsoldatentag in München.¹⁸⁵ Die KPD bot immer wieder Vorführungen russischer Propagandafilme an und gründete im November 1931 ein eigenes „Arbeiterfilmkomitee“ unter der Leitung Erich Königs, des Besitzers eines Münchner Vorstadtkinos.¹⁸⁶ Die NSDAP benützte in München gelegentlich bereits in den Jahren bis 1923 und erneut seit dem letzten Drittel der zwanziger Jahre – als die Reichspropagandaleitung hierfür die Initiative ergriff – von Amateuren gedrehte Filme für ihre Propaganda. So wurde 1927 ein Kurzfilm über den Prozeß gegen die Putschisten des 9. November und 1928 ein weiterer über den Parteitag 1927 gezeigt. Der NSDStB organisierte am 16. Juli 1929 in der Schauburg am Elisabethplatz die Aufführung des ersten umfassenden von der NSDAP, in diesem Fall vom Gau Berlin, hergestellten Propagandafilmes „Kampf um Berlin“. Am 29. September des Jahres wurde der Film über den Parteitag von 1929 in zwei Lichtspielhäusern der Stadt uraufgeführt. Doch die Verwendung des Mediums Film blieb in München vorerst sporadisch, allen Anpreisungen des „Völkischen Beobachters“ zum Trotz, der die „systematische Fortentwicklung des nationalsozialistischen Films“ forderte.¹⁸⁷ Nur die Münchner HJ-Führung zeigte in ihren Gruppen öfter Filme und begann, erstmals im Mai 1930, mit der Aufzeichnung ihrer Teilnahme am Nürnberger Parteitag des Vorjahres.¹⁸⁸ Wenngleich die Münchner Gauleitung im Februar 1930 von der Reichsleitung einen Filmapparat und einen „Zeiss-Projektionsapparat“ für Dias gekauft hatte,¹⁸⁹ kam doch vorerst nur der Dia-Apparat zum Einsatz.¹⁹⁰ Seit Herbst 1928 unterhielt die NSDAP hierfür einen „Lichtbild-Dienst“, der gezielt Diavorträge mit Bildern belieferte.¹⁹¹ Im Gau Berlin dagegen arbeitete man bereits seit 1928 an eigenen Filmproduktionen.¹⁹² Im Oktober 1930 besaß selbst

¹⁸³ StA, Lagebericht 79 (8. 6. 1929), S. 14.

¹⁸⁴ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 10. Die Grundlage für das gestiegene Finanzvolumen des Verlages bot die von der PDM beobachtete finanzielle Erholung des VB seit dem Frühjahr 1930; der VB fand nun zunehmend mehr Abonnenten: StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 10.

¹⁸⁵ StA, Lagebericht 88 (23. 12. 1929), S. 13: Vorführung am 15. 11. 1929 im Bürgerbräu.

¹⁸⁶ StA, Lagebericht 106 (26. 11. 1931), S. 7.

¹⁸⁷ VB 139 (19. 6. 1929), „Nationalsozialistischer Propagandafilm“. Hanna-Doud, Film, S. 43–46 und 54–61. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 188.

¹⁸⁸ StA, PDM 6660: Vermerk PDM/VI vom 22. 5. 1930.

¹⁸⁹ BA, Berlin, Slg. Schumacher: 206: Gau Groß-München an RL vom 15. 2. 1930.

¹⁹⁰ Vgl. z. B. den Lichtbildervortrag der Ortsgruppe 11 am 16. 9. 1931. Die Dia-Serie zeigte einen geschichtlichen Überblick 1918–1931, behandelte das Redeverbot gegen Hitler, demonstrierte verschiedene „marxistische Typen“, „deren Anblick das unglaubliche Geschehen der letzten 12 Jahre begreiflich werden ließ“, und präsentierte zum Schluß ein Bild Hitlers: Front 10 (3. 10. 1931), AdB.

¹⁹¹ VB (Berliner Ausgabe) 205 (29. 8. 1930), „Lichtbild-Dienst der NSDAP“. Hanna-Doud, Film, S. 75.

¹⁹² VB 139 (19. 6. 1929), „Nationalsozialistischer Propagandafilm“. BA, Berlin, 15.01 RMdI: 26103: Vgl. die ZA-Sammlung des RMdI 1930–1932. StA, PDM 6851: VB 253 (31. 10. 1929), „1. Vorstellung der NS-Filmbühne“ [Berlin]. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 190.

die Ortsgruppe Ulm einen Filmapparat für Parteifilme, die Gaue Hessen-Nassau, Sachsen und Württemberg arbeiteten seit Mitte dieses Jahres an eigenen Filmproduktionen.¹⁹³ Im November 1930 entstand unter Leitung des Berliner Gaupropagandaleiters, Georg Stark, die „Reichsfilmstelle“ der RPL. Diese orientierte sich an der „Abteilung NS-Filmbühne“ des Berliner Gaues und setzte sich die Systematisierung der Filmpropaganda zum Ziel. In der Folge belieferte sie die Parteiorganisationen im Reich mit Filmen, die sie zum Teil auch selbst herstellte,¹⁹⁴ und warb über die propagandistische Wirkung hinaus vor allem mit den hohen Einnahmen durch Film-Eintrittsgelder.¹⁹⁵ Im Juni 1931 löste sich die Einrichtung jedoch wieder auf, und alle filmischen Aktivitäten blieben künftig erneut den Gauleitungen selbst überlassen.¹⁹⁶ Schließlich etablierte die RPL-Abteilung „Rasse und Kultur“ im Januar 1932 erneut eine Filmabteilung, die im Juni des Jahres die gesamte Filmproduktion der NSDAP zentralisierte. Hierbei unterstand Bayern zunächst der Gruppenleitung Süd (Bayern, Württemberg, Baden) mit Sitz in München, diese wurde später zur „Landesfilmstelle 14 der NSDAP“.¹⁹⁷ Im Januar 1932 trat der „Kampfbund für deutsche Kultur“ mit einem „Kampfbund für deutschen Film“ (Geschäftsstelle: Barer Straße 15) in Konkurrenz zur RPL.¹⁹⁸ Nach mehrfachem Wechsel zwischen der Unterstellung unter die ROL und die RPL gehörte die Filmabteilung ab Oktober endgültig zur RPL. Die Landesfilmstelle Bayern war nunmehr eine von acht weiteren und verlegte ihren Sitz erneut von Berlin nach München in die Herzog-Wilhelmstraße 32.¹⁹⁹ Nun stellte auch der Gau München-Oberbayern einen eigenen Filmwart auf.²⁰⁰ Seit Anfang 1932 begann die Partei in München Filmvorführungen als Propagandamittel zu intensivieren. Dabei wurde sie durch den erfolgreichen Filmproduzenten Peter Ostermayer unterstützt, Gründer der Filmfirma „Münchner Lichtspielkunst (Emelka)“.²⁰¹ Dessen Beziehungen im Filmmilieu dürften vor allem bei der Vermittlung von Lichtspielhäusern hilfreich gewesen sein. Die Filmstelle der Gau-

¹⁹³ BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26103: StA, Lagebericht Stuttgart vom 15. 10. 1930. Hanna-Doud, Film, S. 75.

¹⁹⁴ StA, PDM 6862: NS-Lehrerzeitung 7. Folge (April 31, „Bundesnachrichten“. Der Angriff 97 (18. 11. 1930), „Reichspropagandaleitung“. Hanna-Doud, Film, S. 78–83. Paul, Aufstand der Bilder, S. 191.

¹⁹⁵ BA, Berlin, NS 18/5020: Reichsfilmstelle der NSDAP an RL/Kanzlei Hitler, 21. 5. 1931 mit Anlage: 17seitige Denkschrift der Reichsfilmstelle zur Nationalsozialistischen Filmpropaganda.

¹⁹⁶ BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26103: StA, Lagebericht München 103 (2. 8. 1931) zitiert aus „Wille und Weg“, H. 4 (Juli 1931). BA, Berlin, NS 18/5020: Rschr. RPL vom 2. 7. 1931 betreff Reichsfilmstelle. Hanna-Doud, Film, S. 90. Paul, Aufstand der Bilder, S. 191.

¹⁹⁷ VB 180 (28. 6. 1932), „Reichsgeschäftsführer: Verfügung [Bouhlers vom 17. 6. 1932]“. Front 43 (22. 10. 1932), AdB. VB 32 (1. 2. 1933), „Gauleiter Wagner spricht in der Filmveranstaltung der Landesfilmstelle Bayern der NSDAP!“.

¹⁹⁸ VB 22 (22. 1. 1932), „Aufruf“. Paul, Aufstand der Bilder, S. 193.

¹⁹⁹ VB 257 (7. 9. 1932), „Anordnung [ROL i.V. Ley vom 2. 9. 1932]“. VB 285 (11. 10. 1932), „Anordnung Nr. 11 [gez. von Goebbels und Straßer]“. BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26103: Verordnungsblatt der RL Nr. 4/32, RPL I: Anordnung vom 12. 12. 1932. Hanna-Doud, Film, S. 103 ff.

²⁰⁰ Front 43 (22. 10. 1932), „Aus der N.S.-Bewegung“.

²⁰¹ Hanna-Doud, Film, S. 84 f.

Abteilung „Rasse und Kultur“ setzte für den Januar 1932 Filmvorführungen in allen vier Münchner Kreisen an. Im Programm standen die Weltreise des Kreuzers Emden, „Emden III fährt um die Welt“ sowie „Land unterm Kreuz“ über die Verhältnisse in Oberschlesien, die Reportage des Parteimitglieds Ebrecht „Quer durch Afrika“ und schließlich „Nanuk, der Eskimo“.²⁰² Dennoch zeigte sich die Gruppenleitung Süd im Frühjahr 1932 über die bisherige Zurückhaltung im Gau unzufrieden: „Unsere Gegner haben sich schon längst die Beliebtheit und Massenwirkung des Films zu Nutze gemacht.“ Daher organisierte sie nun in jeder Ortsgruppe „Nationalsozialistische Kulturfilmabende“, von deren Reinerlös den Ortsgruppen 30 Prozent zugesichert wurden. Die Unkosten für Saalmiete, Filmleihgebühr, Vorführungsspesen, Musik wollte die Gruppe Süd selbst tragen.²⁰³ Das Film-Repertoire der NSDAP wuchs beständig. 1932 konnte die Reichsfilmstelle bereits über 20 Propagandafilme liefern.²⁰⁴ Bis 1933 wurden in München nun regelmäßig, meist unmittelbar vor den Wahlen, aufwendig inszenierte Filmvorführungen abgehalten, meist von Ansprachen prominenter Parteiführer begleitet.²⁰⁵ Deren Zahl steigerte sich jedoch erst für den Wahlkampf 1933 erkenntlich und erreichte wohl erst jetzt, wie in der gesamten Parteiorganisation im Reich auch,²⁰⁶ größere Breitenwirkung. Am 5. und 6. März 1932 zeigte die Abteilung „Rasse und Kultur“ in den Bahnhofslichtspielen, Schillerstraße 4, den UFA-Tonfilm „Yorck“, der die französische Besetzung Deutschlands während der Befreiungskriege gegen Napoleon zum Thema hatte.²⁰⁷ Anlässlich der Reichstagswahl im Juli 1932 setzte die Filmabteilung der Reichsleitung erstmals nationalsozialistische Tonfilme mit Reden von Hitler, Darré, Feder, Frank, Goebbels, Göring und Straßer ein.²⁰⁸ Im Juni 1932 veröffentlichte auch die bayerische Filmstelle ihren ersten Propagandafilm, der unter dem Titel „Bayern-Film“ Hitlers Wahlreisen durch Oberbayern, seine Landung in München nach dem „Deutschlandflug“ und den Arbeitsdienst in Coburg zeigte.²⁰⁹ Am 31. Juli des Jahres folgte in München die Uraufführung des Tonfilmes über den Gautag München-Oberbayern.²¹⁰ Der Versuch, im Reichstagswahlkampf im Juli mit einem umfangreichen Tonfilm gezielt bei den katholischen Wählern Werbung zu betreiben, scheiterte jedoch, wie bereits erwähnt, am bayerischen Innenministerium. Am 23. Oktober 1932 in-

²⁰² VB 6./7. (6. 1. 1932), „Filmabende der Abteilung Rasse und Kultur“. BA, Berlin, 15.01 RMdI: 26103: StA, Lagebericht München 109 (22. 2. 1932).

²⁰³ IfZ, MA 1216: RL/RuK/Unterabt. Film, Gruppenleitung Süd an [unbek.] Kulturwart oder Ogf, o. D.

²⁰⁴ VB 171 (20./21. 7. 1930), „N.S.-Filme“. VB 288 (4. 12. 1930), „NS-Filme“. VB Berlin 205 (29. 8. 1930), „Lichtbild-Dienst der NSDAP“. VB 288 (4. 12. 1930), „NS-Filme“. Der Angriff 97 (13. 5. 1932), „Volk und Führer. Der erste Hitler-Film“. Der Angriff 153 (2. 8. 1932), „Tonfilm der NSDAP“.

²⁰⁵ Vgl. Front 1932, AdB. Vgl. z. B.: Front 30 (23. 7. 1932), balkengefaßte Anzeige. VB 32 (1. 2. 1933), „Gauleiter Wagner spricht in Filmveranstaltung der Landesfilmstelle Bayern der NSDAP“.

²⁰⁶ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 194.

²⁰⁷ Front 10 (5. 3. 1932), „Abtlg. Rasse und Kultur“.

²⁰⁸ Der Angriff 104 (2. 7. 1932), „Bekanntmachung [der RPL Goebbels vom 24. 6. 1932]“.

²⁰⁹ VB 168 (16. 6. 1932), „Achtung! Der erste Hitler-Film ist vorführungsbereit!“.

²¹⁰ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 192.

szenierte die Gauleitung angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl mit großem Aufwand in den Luitpold-Lichtspielen, Brienner Straße 8, den Film „Hitler über Deutschland“.²¹¹ Ebenfalls Ende Oktober 1932 stellte die Münchner HJ in den Luitpold-Lichtspielen ihren ersten selbstgedrehten Film vor, der im Sommer 1932 unter der Führung des Gebietsführers Klein von der Gefolgschaft II gedreht worden war und Szenen mit 120 Jungen aus einem HJ-Gebirgslager am Fuß der Ruchenköpfe zeigte. Für den im Anschluß hieran gezeigten Tonfilm „Potsdamer Hitler-Jugendtag“²¹² hatte das bayerische Innenministerium allerdings Schülern den Besuch verboten.²¹³ Im selben Filmtheater zeigte die Gauleitung am 5. Februar 1933 die Propagandafilme „Blutendes Deutschland“, „Das neue Italien“ und „Das junge Deutschland marschiert“.²¹⁴

Ein eigenes Phänomen der Aufstiegsjahre der Münchner NSDAP waren die Theater und Spielscharen. Nachdem, wie gesagt, Mitte der zwanziger Jahre in München lediglich der SA-Theater-Trupp existierte, entstand im März 1929 auf Initiative des NS-Regisseurs Karl Mayr eine NSDAP-Theatergruppe. Mayr sah im Theater eine große Chance für die Parteipropaganda. Motiviert durch den zweijährigen Erfolg der Berliner „Nationalsozialistischen Versuchsbühne“, aber auch durch den der Theatergruppe der Münchner KPD,²¹⁵ plante er eine Art „Volksbühne“ mit Laienschauspielern.²¹⁶ Nicht nur dem Münchner NS-Schriftsteller Stolzing-Cerny war die Berliner Vorreiterrolle längst ein Dorn im Auge. Überdies rechneten die Initiatoren mit regem Besucherinteresse aus „vaterländischen“ Kreisen für die Aufführungen der Münchner Gruppe, die vorerst aus drei Frauen und 14 Männern bestand.²¹⁷ Doch die Premiere, drei Monate später, mißlang gründlich. Das antisemitische „Rassedrama“ „Halbblut“ demonstrierte in sechs Akten, wie ein fanatischer Antisemit mit der Entdeckung umging, daß sein eigener Vater Jude war. Der Saal war mit 130 Personen gerade halb gefüllt. Die Aufführung geriet ob des heiklen Themas in den Augen der überwachenden Polizei zum Eigentor. Der „Völkische Beobachter“ kritisierte, das Stück habe den „Mischblütler“ so positiv gezeichnet, wie es nur „ganz deutschblütige Menschen“ sein könnten.²¹⁸ Nach diesem Mißerfolg löste sich der Theatertrupp auf, und für beinahe zwei Jahre versiegte das Interesse an einem weiteren Versuch. Im Früh-

²¹¹ Der Film entstand unter Leitung des Kameramanns Alfons Brümmer zwischen Juli und Oktober 1932. Der VB-Hauptschriftleiter Joseph Bертold lieferte die Texte, und Luitpold Nusser erstellte die Endfassung: VB 301 (27. 10. 1932), „Hitler über Deutschland“. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 193.

²¹² Front 43 (22. 10. 1932), „Der erste Hitler-Jugend-Film“.

²¹³ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 193.

²¹⁴ VB 32 (1. 2. 1933), Anzeige.

²¹⁵ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 1, 3.

²¹⁶ Die „NS-Gastspielbühne Berlin“ war bereits 1925 gegründet worden: BA, Berlin, 15.01 RMdI: 26103; StA, Lagebericht Stuttgart 28. 5. 1932 über die Aufführung des Stückes von Joseph Goebbels „Der Wanderer“ in Stuttgart. StA, PDM 6851: Hs. Vermerk PDM/VIId vom 22. 3. 1929.

²¹⁷ VB 61 (13. 3. 1929), „Achtung!“ StA, PDM 6851: Hs. Vermerk der PDM/VIId, 14. 3. 1929. StA, PDM 6851: Hs. Vermerk PDM/VIId vom 22. 3. 1929.

²¹⁸ StA, PDM 6851: PND 660 über die Uraufführung am 9. 6. 1929 mit hs. Vermerk PDM/VIId vom 26. 7. 1929. VB 133 (12. 6. 1929), „Halbblut. Eine Uraufführung in München“.

jahr 1931 wurde das Defizit drängender und veranlaßte mit einem Schlag eine ganze Reihe von Initiativen. Im April des Jahres gründete die Gaupropagandaleitung aus acht arbeitslosen Laiendarstellern eine Theatergruppe, genannt „Braune Bühne (nationalsozialistische volkstümliche Bühne)“, und richtete gleichzeitig ein „Theaterreferat“ ein.²¹⁹ Die Bühne konnte jedoch nur am 3. Mai 1931 ihr Drama „Existenz“, verfaßt von einem unbekanntem Münchner NS-Dichter und Mitglied der Truppe, präsentieren, das mit extremen antijüdischen Klischees die sozialen Mißstände und die Wirtschaftskrise in Deutschland beschrieb. Bereits die zweite Aufführung wurde aufgrund der aggressiven Tendenz des Stückes von der Polizei verboten.²²⁰ Seit 1931 war auch die nationalsozialistische „Wanderbühne“ Solln aktiv, die im Eher-Verlag publizierte Stücke oder auch „Militärhumoresken“ aufführte.²²¹ Im November 1931 entstand unter Leitung des Nationalsozialisten Joseph Bracher eine zweite Theatertruppe, die „Volksspielkunst-Gemeinschaft München“, die mit einfachen Volksschwänken durch die Münchner Ortsgruppen zog.²²² Im selben Monat führte die Neuhauser SA den Dreiakter „Der Hias“ auf, der ganz im nationalsozialistischen Sinne die Endphase des Ersten Weltkriegs mythisch verklärte. Die Münchner SS-Kapelle begleitete die Vorführung, der Vorsitzende der NS-Landtagsfraktion, Rudolf Buttmann, hielt eine Festrede.²²³ Am 20. Januar 1932 gab der Theatertrupp des Bezirkes München-Nord seinen Einstand mit dem rabiatis antisemitischen Stück „Der Kompromiß-Geist“ aus der Feder des Bezirkspressewartes Daniel Bauer, das in schlichter Manier für alle „negativen“ Entwicklungen der deutschen Geschichte vom Versailler Vertrag bis zur Wirtschaftskrise „den Juden“ verantwortlich machte.²²⁴ 1932 nahm nicht nur die Zahl solcher groß angelegter Theateraufführungen zu, auch einfache Schwänke oder Einakter der verschiedenen NS-Theatergruppen gewannen bei den Festen der Ortsgruppen und der SA immer größere Beliebtheit.²²⁵ Dabei konnte man sich nun zunehmend auf professionelle Schauspieler und Kabarettisten stützen. In einem weiteren antisemitischen und antirepublikanischen Hetzstück Daniel Bauers mit dem Titel „Mutter Luise. Eine Dichtung von deutscher Schmach und Auferstehung“ wirkten Ende August 1932 im Gräfelinger Parteiheim die Berufsschauspieler Beppo Brem, Marga Wening-Brem, Erna Rabe, Wilhelm Helmut und Willi Landgraf mit. Die „Front“ lobte besonders Beppo Brem und betonte, das Stück habe seinen „Zweck im Sinne der seelischen Vertiefung der national-

²¹⁹ BA, Berlin, Slg. Schumacher 206: GPL an die Bzf und Ogf vom 24. 4. 1931 und an die ROL vom 6. 5. 1931.

²²⁰ StA, PDM 6868: Vermerke der PDM/Vid 27. 7. 1931 und des PDM/Theaterreferates vom 24. 7. 1931. VB 125 (5. 5. 1931), „Die Braune Bühne: Existenz. Ein Stück des Kampfes unserer Zeit“.

²²¹ VB 19 (21. 1. 1932), Notiz.

²²² VB 333 (29. 11. 1931), O 8. VB 335 (1. 12. 1931), „Theaterabend der Ortsgruppe 8“.

²²³ HStA, Slg. Varia: Einladung des SA-Sturms 7 zu dem Abend.

²²⁴ Front 3 (16. 1. 1932), „Bezirk München-Nord“. Front 6 (6. 2. 1932), AdB. StA, PDM 4851: PND 763: Generalprobe des Schauspiels am 20. 1. 1932.

²²⁵ Vgl. z. B. Front 36 (3. 9. 1932), „Erholungsheim Gräfelting des Bezirkes München-West“. Ebenda, „Ortsgruppen Allach und Untermenzing“. Ebenda, „Ortsgruppe 19, Sendling“. Ebenda, „Ortsgruppe Unterhaching-Taufkirchen“. Vgl. generell Front, AdB 1932.

sozialistischen Weltanschauung in vollem Umfange erfüllt.“²²⁶ Brems häufiges Theaterengagement für die NSDAP, insbesondere in dem genannten Parteiheim, erntete stets höchstes Lob der Gauzeitung.²²⁷ Zu den Theatergruppen gesellten sich in München ab 1932 die politischen Spielscharen. Diese, vor dem Ersten Weltkrieg hauptsächlich eine Besonderheit der Wandervogelbewegung, entwickelten sich nach dem Krieg zu einem alle politischen Jugendorganisationen erfassenden Phänomen. Nach den vielfältigen Gruppierungen der Arbeiterparteien entstanden seit den zwanziger Jahren schließlich auch im rechten politischen Lager entsprechende Scharen, darunter als eine der ersten die Spielschar Ekkehard des ehemaligen Freikorpsführers Roßbach. Nationalsozialistische Organisationen entwickelten sich erst ab 1930, beispielsweise die seit 1930 aktiven „Braunhemden“ des Berliner NS-Gaues oder auch die Einrichtung des Gaues Ostmark, die in Oberfranken und in der Oberpfalz aktiv war. Die Dachorganisation „Ring deutscher Laienspielscharen“ erfaßte alle rechtsradikalen Einrichtungen.²²⁸ Im Sommer 1932 konstituierte sich zunächst die „NS-Jugend-Spielschar München“, die Gedichte, Lieder und bäuerliche Theaterstücke vorführte,²²⁹ und schließlich unter Initiative der BDM-Gauführung die Spielschar „Blau-Gold“, die sich am Reichstagswahlkampf im Juli beteiligte.²³⁰

Die Propagandaaktivitäten von SS und SA

Wie der gesamte Verband reklamierte auch die Münchner SS für sich eine elitäre Sonderstellung innerhalb der Partei. Himmler erklärte auf einer internen Führerbesprechung der Münchner SS, Hitler könne an die Truppe „mit jeder Forderung“ herantreten.²³¹ Zusätzlich sah sich der Münchner Verband von der „ehrenvollen Tradition der ältesten SS-Standarte“ geprägt.²³² Der Verband entwickelte ähnlich wie die SA ein Vereinsleben mit wöchentlichen Appellen, Treffen, Sportübungen und Festen.²³³ Hierbei war die Beteiligung am Schutz des „Braunen Hauses“, aber auch die Nähe zur SS-Reichsleitung für die Münchner SS von Vorteil, da in der Folge immer wieder hochrangige SS-Führer zu den Feierlichkeiten erschienen, für

²²⁶ Front 35 (27. 8. 1932), „Mutter Luise. Eine Dichtung von deutscher Schmach und Auferstehung“.

²²⁷ Vgl. z. B. Front 38 (17. 9. 1932), „Sommerfest der Ortsgruppe 23“. Auch: Kapitel IV.3., Anm. 26.

²²⁸ HStA, MIInn 81637: Polizeidirektion Nürnberg an MIInn vom 18. 2. 1931: Bericht über das deutsche Spielscharwesen seit Ende des ersten Weltkrieges. StA, PDM 6868: Vermerk PDM/VId vom 10. 3. 1932. BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26103; StA, Lagebericht Nürnberg 24. 10. 1931. VB 251 (22. 10. 1930), „NS-Spielschar des Gaues Berlin“.

²²⁹ Front 25 (18. 6. 1932), „NS-Jugend-Spielschar München“.

²³⁰ HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“ München 1943, S. 5.

²³¹ StA, PDM 6829: PND-Bericht 718 (8. 1. 1931) über die Führerbesprechung der Münchner SS am 8. 12. 1930.

²³² StA, PDM 6829: SA Mann 23 (17. 9. 1932), „1. SS-Standarte angetreten!“.

²³³ Vgl. generell Front, AdB 1930–1932. StA, PDM 6829: Morgenrapport PDM/VI/N vom 24. 9. 1930. StA, PDM 6829: Wirtschaftslokale der SA und SS, Vermerk PDM vom 31. 7. 1932. Ebenda: Verzeichnis der PDM über die „Appell-Lokale und Appell-Tage“ der SS-Stürme der Standarte München, Stand Januar 1933.

stärkeren Versammlungsbesuch sorgten und zugleich „die enge Verbundenheit“ mit der Parteispitze demonstrierten.²³⁴ Zu den Aufgaben der SS zählte, wie in den Jahren zuvor, neben der Verteilung von Werbeschriften²³⁵ der Saalschutz bei besonderen Anlässen, etwa bei Führertagungen.²³⁶ Die Propagandatätigkeit der SS verlief in München lange Zeit offensichtlich eher unspektakulär. Die „Münchner Post“, die ansonsten die Partei stets scharf beobachtete, notierte die Gründung des Verbandes erst für den Dezember 1929.²³⁷ Die eigentlich monatlich vorgesehenen Aufmärsche führte die Münchner SS-Führung aufgrund der fortwährenden Polizeiverbote nur sehr sporadisch durch. 1930 registrierten die Polizeiagenten entsprechende Fahrten nur im Sommer und Spätherbst, darunter mehrere ins Münchner Umland; 1931 vor allem in der ersten Hälfte und 1932 fanden lediglich acht Propagandamärsche und Nachtübungen statt.²³⁸ In die Parteipropaganda war stets auch der Münchner Fliegersturm der SS integriert, der etwa Ende Oktober 1932 eine Gedenkfeier für die „Lufthelden“ des Ersten Weltkrieges inszenierte.²³⁹

Einen auffälligen Beitrag zur Parteipropaganda leistete die Münchner SS durch die halbprivaten Klebezettelaktionen des SS-Führers Karl Ostberg. Seit Mitte der zwanziger Jahre, gehäuft jedoch in der zweiten Jahreshälfte 1931 und erneut während der Reichspräsidentenwahl, ließ Ostberg in großen Mengen, vermutlich auf eigene Kosten, farbige Klebezettel mit antisemitischem Inhalt herstellen und von der Münchner SS verteilen.²⁴⁰ Im März 1932 startete der fanatische Antisemit seine größte Aktion. Ostbergs SS-Leute überhäuften die ganze Stadt mit ihren Klebezetteln. Zettel fanden sich auf Zifferblättern von Standuhren, verdeckten auf Plakaten des „Hindenburgausschusses“ Hindenburgs Augen, übersäten Straßenbahnwagen, Innenräume von Wirtschaften und Kaufhäusern, darunter das Kaufhaus Uhlfelder, Schaufenster, Dachrinnen, Briefkästen, selbst Sandkästen und Parkbänke. Überall prangten die runden Klebezettel „Wählt Hitler“ und bunte, rechteckige Zettel mit antisemitischen Sprüchen oder Parolen gegen die BVP, wie zum Beispiel: „Es war einmal ein frommer Mann, Bei Scharnagl ging die Sache an. Die Semmel wurde immer kleiner; Der Preis hierfür noch viel gemeiner! Sie schwärmten stets für Preisabbau; Die Bayer. Volkspartei [sic] weiß das genau!“ Oder: „Deutschland ist Herr im Haus, Das wär' gelacht; Was Jud und Franzose sagt, Das wird gemacht!“ Schließlich gingen Nationalsozialisten Anfang März 1932 sogar dazu über, SPD- und KPD-Versammlungseinladungen mit irreführenden Aufdrucken, wie etwa „Achtung! Zwei Tage verschoben“ zu überkleben.²⁴¹

²³⁴ Vgl. z. B. VB 348 (13. 12. 1932), „Weihnachten bei der Münchner SS.“

²³⁵ Vgl. z. B. StA, PDM 6823: Aufruf des Führers der SS-Gruppe-Süd „An alle SS-Führer und -Männer“ vom 11. 10. 1932; die SS-Männer hatten sich für den Wahlkampf an der „Kleinarbeit“, wie Plakate kleben, Flugblätter verteilen u. a. zu beteiligen.

²³⁶ StA, PDM 6822: Anordnung der Münchner SS-Standarte „An Staffel I und Stürme“ vom 6. 10. 1930.

²³⁷ MP 289 (13. 12. 1929), „SS – Eine Tscheka der Nationalsozialisten“.

²³⁸ StA, PDM 6827: Befehl Nr. 8 (23. 3. 1929) der SS-Oberleitung; Ziffer VIII und IX. Vgl. StA, PDM 6829: Aufmärsche der Münchner SS innerhalb und außerhalb der Stadt 1929–1933.

²³⁹ VB 301 (27. 10. 1932), „SS-Fliegersturm gedenkt der Fliegerhelden.“

²⁴⁰ StA, PDM 6774: Vermerk der PDM/VId vom 11. 8. 1931, 24. 9. 1931 und 7. 10. 1931.

²⁴¹ StA, PDM 6774: Vermerk des Polizeibezirks 1 vom 20. 2. 1932. Ebenda: Vermerke des Polizeibezirks 5 und des Polizeibezirks 7 vom 1. 3. 1932. Ebenda: Vermerke des Polizei-

Dies beantwortete die KPD ihrerseits mit einer wilden Klebezettelaktion.²⁴² Die Münchner Polizeidirektion wußte zwar, daß Ostberg hinter den Aktionen stand,²⁴³ konnte ihm jedoch nichts nachweisen. Immerhin beschlagnahmten die Beamten bereits bei der Durchsuchungsaktion im Frühjahr 1930 anlässlich Ostbergs erster Kampagne in der Stadt 300 000 Klebezettel. Von der Verurteilung im Juni 1930 zu 20 RM, ersatzweise zwei Tagen Haft, befreite ihn die Revisionsverhandlung, angeblich aus Beweismangel. Zumindest ruhte die Klebezettelverteilung in München daraufhin für kurze Zeit. Auch die polizeilichen Ermittlungen 1932 blieben ergebnislos, die Hausdurchsuchung in den Kellerräumen der Gauleitung und in den Geschäftsräumen der verantwortlichen Druckerei Huber & Sohn in Diessen am Ammersee im Februar 1932 lieferte keine Beweise.²⁴⁴

Mit dem Aufstieg der NSDAP ab 1929 wurde von SA und SS noch intensiverer Propagandaeinsatz gefordert als zuvor, und zwar selbst außerhalb der Wahlkampfzeiten. Die Aufmärsche entwickelten sich zu einem Kernelement der NS-Öffentlichkeitsarbeit, seit die einzelnen SA-Stürme ab Mitte 1929 ihre regelmäßigen Umzüge in den Stadtvierteln und im Umland Münchens wieder aufnahmen.²⁴⁵ Die Beteiligung der Mannschaften erzwang man nun mit drastischen Mitteln, wie etwa Bußgeldern in Höhe von 50 Pf.²⁴⁶ Ab dem Frühjahr 1930 suchte die Gauleitung mit häufigeren Umzügen vor allem in den Arbeitervierteln Macht und Präsenz zu demonstrieren und setzte hierzu jedesmal die gesamte Münchner SA samt ihrer Musikkapellen ein – am 1. Juni zogen nahezu 1000 SA- und SS-Leute durch die Arbeiterviertel im Münchner Süden.²⁴⁷ Doch dann unterbanden, wie bereits geschildert, die staatlichen Uniform- und Demonstrationsverbote für zweieinhalb Jahre alle weiteren uniformierten Kundgebungen. Vergeblich suchte die Gauleitung schließlich Ende Juni 1932 mit einer Demonstration von mehreren tausend SA- und SS-Leuten in München die Behörden unter Druck zu setzen.²⁴⁸ Der Parteipropaganda war eine tragende Säule entzogen. Daran änder-

bezirks 7 vom 2. 3. und 3. 3. 1932. Ebenda: Vermerk der PDM/VI/N vom 8. 2. 1932. Ebenda: Vermerk des Polizeibezirks 9 vom 17. 2. 1932; am selben Tag hatte ein Mann, der die Zettel nachmittags im Polizeibezirk ankleben wollte, vom Beamten überrascht, diese liegen gelassen. MP 54 (5./6. 3. 1932), „Unverantwortliches Gebaren der Hakenkreuzler.“ MP 58 (10. 3. 1932), „Hakenkreuz-Schmierfinken.“ BK 65 (5. 3. 1932), „Propaganda-Unfug“.

²⁴² StA, PDM 6774: Vermerk des Polizeibezirks 7 vom 8. 3. 1932.

²⁴³ StA, PDM 6774: Vermerk des PDM/VI d vom 11. 8. 1931, 24. 9. 1931 und 7. 10. 1931.

²⁴⁴ StA, PDM 6669: Vermerk PDM/VI d, 14. 10. 1931. StA, PDM 6774: Vermerk des PDM/VI vom 17. 2. 1932.

²⁴⁵ Vgl. dazu die Hinweise in den Polizeiberichten über die SA-Aktivitäten: StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die Versammlungen der Münchner SA 1925–1932; StA, Lageberichte 74 bis 88 (1929).

²⁴⁶ StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 664 (26. 7. 1929) über den Sturmappell der SA-Westend am 12. 7. 1929.

²⁴⁷ StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 687 (5. 2. 1930) über den Appell des Sturm 3 am 17. 1. 1930: der Führer des Sturms berichtete über die künftige Propagandalinie der neu installierten GL. StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1929), S. 11. Vgl. generell StA, Lageberichte für 1929 88 bis 96.

²⁴⁸ Kapitel IV.4., Anm. 114.

ten die bis Juli 1931 erlaubten, gelegentlichen Umzüge in Zivil nichts²⁴⁹, ebenso wenig der während der kurzzeitigen Verbotsaufhebung im Juli 1932 durchgeführte Großaufmarsch in der Stadt²⁵⁰ bzw. zwei weitere im Umland.²⁵¹ Selbst als die regelmäßigen Umzüge mit Jahresbeginn 1933 wieder aufgenommen werden konnten, trafen diese erneut auf polizeiliche Einschränkungen. Bereits die Großdemonstration der Gau-SA am 15. Januar 1933 wurde in die Isarauen und in fast unbewohnte Stadtgebiete abgedrängt. Gauleiter Wagner reagierte sichtlich entnervt: „Wir verbitten uns das. Wir gehören unter die Menschen in München.“²⁵²

Für den Zeitraum ab 1930 nahm die Zahl der Werbeabende und SA-Großveranstaltungen deutlich zu und erreichte 1932 mit mindestens sechs Großveranstaltungen zuzüglich der Termine, die sich nicht in den Quellen niedergeschlagen hatten, ihren Höhepunkt.²⁵³ Doch die Gauleitung bediente sich der Verbände nicht nur als Werbeträger. Die SA erwies sich als überaus nützlich, um Besucherlücken auszugleichen, insbesondere im Herbst 1932, als die Begeisterung für die NSDAP bereits merklich nachließ. Die Partei war auf den Eindruck überfüllter Säle angewiesen und setzte im Extremfall, so etwa für eine Versammlung im Zirkus Krone im Oktober 1932 nicht weniger als drei SA-Standarten ein.²⁵⁴ Um die Mannschaftsbestände zu erhöhen, steigerte die Münchner SA-Führung die Eigenwerbekampagnen. Im Winter 1930 hatte jeder Verband mittels Karten die Mitglieder-dichte seines Gebietes zu dokumentieren und entsprechende Lücken gezielt zu bearbeiten. Bei „älteren Männern, die über eigene politische Urteilskraft verfügen“, setzte die OSAF vor allem auf „die Überzeugungskraft der nationalsozialistischen Weltanschauung“. „Junge Leute“ könne man dagegen eher „durch unsere Disziplin“ und durch einheitliches Auftreten gewinnen.²⁵⁵ Inspiriert durch die Münchner KPD²⁵⁶ oder den NS-Gau Berlin,²⁵⁷ die hier bereits seit Jahresanfang

²⁴⁹ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9. Ebenda 95 (4. 12. 1930), S. 10.

²⁵⁰ Front 28 (9. 7. 1932), „12 000 Mann SA und SS marschieren in München [am 3. 7. 1932]“.

²⁵¹ Zu den „Großkampftagen“ der SA-Standarte 2 (München-Land) am 16. und 17. Juli 1932: Front 30 (23. 7. 1932), „Oberbayerische SA im Kampf für die Bewegung.“

²⁵² StA, PDM 6744: Wagner in NS-Versammlung am 15. 1. 1933 vormittags im Zirkus Krone. Ebenda: Flugblatt, das zur Versammlung am 15. 1. 1933 einlud und den Marsch der SA ankündigte. Diese Auflagen waren keine Ausnahmen: Vgl. Faatz, Staatsschutz, S. 368.

²⁵³ Es ist kaum anzunehmen, daß etwa der für den 15. 9. 1931 belegte Kameradschaftsabend der SA-Standarte I (IfZ, MA 1216) der einzige der Standarte für 1930 bis 1932 gewesen ist.

²⁵⁴ Dies war neben den Standarten München-Stadt (I) und -Land (III) auch die Standarte X: StA, PDM 6741: Vormerkung des PDM/VI/N, 24. 4. 1930. Vgl. auch StA, PDM 6809: Appell des SA-Sturms 14/II/L am 27. 10. 1932: Der Sturmführer erwähnte den Einsatz der Münchner SA, um bei der Zirkus-Krone-Versammlung am 30. 10. 1932 mögliche Lücken zu füllen.

²⁵⁵ StA, PDM 6824: „Sabe“ OSAF-Stellvertreter Süd für November 1930: „Anleitung für die Winterarbeit“. Zur Herbstaktion 1931 vgl. z. B. StA, PDM 6809: Generalappell Sturm-bann I der Münchner SA am 2. 9. 1931.

²⁵⁶ StA, Lagebericht 89 (7. 2. 1930), S. 8.

²⁵⁷ Der Angriff 84 (19. 10. 1930), „Horst-Wessel-Lied auf Schallplatte“. Seit Jahresende 1930 stellte der 1931 der RPL unterstellte Berliner „Funkhörerendienst, Aufnahme und Vertriebsstelle für Nationalsozialistische Schallplatten“ mit Genehmigung der Reichsleitung diese Medien her: VB 42 (11. 2. 1931), „Bekanntmachung“.

1930 aktiv waren, griffen nun auch die Münchner Verbände in den dreißiger Jahren erstmals auf Tonmedien zurück. Hier boten sich die vier seit Januar 1931 im Bereich des OSAF-Stellvertreters Ost verbreiteten Schallplatten an, mit Aufnahmen der dortigen SA-Militärkapelle, darunter einem „Stennes-Marsch“ und einem „OSAF von Pfeffer-Marsch“.²⁵⁸ Der NS-Wirtschaftsausschuß verbreitete 1932 Aufnahmen des Horst-Wessel-Liedes samt ergänzender Klaviernoten und Wessel-Photographien.²⁵⁹ Auf der Suche nach Propagandanischen folgten die Verbände dem Beispiel der Ortsgruppen und nutzten jede Beerdigung eines Mitglieds.²⁶⁰ Prominente Fälle, so etwa die Bestattung des in Schweden tödlich verunglückten Flugzeugführers des Ersten Weltkriegs und ehemaligen Schleißheimer Ortsgruppenführers Johann Wirtz im Oktober 1931, gerieten zu Großereignissen. Flankiert von zwei SA-Stürmen hielt der Gaugeschäftsführer Nippold die Trauerrede. Das NS-Organ „Front“ wollte sogar „Ehrenkompanien“ von Reichswehr und Schutzpolizei gesehen haben.²⁶¹

Die Jugendorganisationen

Im Herbst 1930 hegte der HJ-Gauleiter Emil Klein ehrgeizige Pläne für eine umfassende „Volksjugendpflege“ bzw. „intensive erzieherische und politische Schulungsarbeit“ durch Büchereien, Zeitschriften, besondere Führerausbildung, Sport, den Aufbau von Heimen, den Aufbau eines Jugend- und Lehrlingsschutzes sowie durch Stellenvermittlung. Ziel war es, neue HJ-Mitglieder zu gewinnen und die Jugendlichen „dem Gaststättenbetrieb zu entziehen“. Ein großes Arbeitsfeld sah Klein im Kampf gegen sogenannte „Schmutz- und Schundliteratur“.²⁶² Beim Aufbau der Heime zeigte sich bald Erfolg. Seit 1930 hielt die gesamte Münchner HJ jeden Mittwoch im Büro der Ortsgruppe Westend (Schommerstraße) ihren Heimabend.²⁶³ Ab Oktober 1930 traf sich der Verband zusätzlich jeden Freitag abend im Turnsaal der Schrenkschule Ecke Landsberger-/Schrenkstraße.²⁶⁴ Seit 1931 organisierte die HJ-Führung regelmäßige „Generalappelle“ und auch Großveranstaltungen etwa im Zirkus Krone,²⁶⁵ die allerdings von der Polizei mit der Begründung, die HJ sei fortwährend bestrebt, schulpflichtige Kinder zu werben, ab der zweiten Hälfte des Jahres 1931 stark reduziert wurden.²⁶⁶ 1931 hatte bereits

²⁵⁸ VB Berlin 9 (9. 1. 1931), Anzeige.

²⁵⁹ Deutsche Zeitung 209 (6. 9. 1931), „Horst Wessels Vermächtnis“. Vgl. z.B. Front 43 (22. 10. 1932), „NS-Frauenschaft“.

²⁶⁰ Dabei schien es gleich, welche Ursache der Tod jeweils hatte; vgl. z.B. Front 35 (27. 8. 1932), „SA-Mann Gronegger beim Baden in der Isar verunglückt.“ Vgl. auch Front 33 (13. 8. 1932), AdB. Maurer, Freimann, S. 58.

²⁶¹ Front 10 (3. 10. 1931), „Letzte Fahrt unseres Pg Wirtz“.

²⁶² Front 6 (1. 11. 1930), Bezirkstagung der HJ München 25. 10. 1930.

²⁶³ Vgl. Münchner Wacht 1930, Rubrik HJ.

²⁶⁴ Front 5 (15. 10. 1930), AdB. Front 8 (1. 12. 1930), Aus den Gefolgschaften.

²⁶⁵ Front, Beilage Jungfront 1930–1932. HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“ München 1943, S. 4.

²⁶⁶ Vgl. z.B. Front 5 (30. 1. 1932), „Die Münchner Polizeidirektion verbietet Elternversammlung der HJ“; davon war die für den 2. 2. 1932 geplante Versammlung im Kreuzbräu betroffen. Vgl. auch: Front 2 (9. 1. 1932), „Unser Vormarsch in Oberbayern. Die Entwicklung der HJ im Gau München-Oberbayern“. Front 14 (31. 10. 1931), „Nächt-

jede Schar wie auch die BDM-Gruppen ein eigenes Heim, das meist bei Privatpersonen (häufig beim jeweiligen Leiter selbst) oder auch in Gastwirtschaften untergebracht war.²⁶⁷ Die DFO-Jungmädchengruppe sowie die Jungschar und die älteren Mädchen des BDM hörten bei ihren wöchentlichen Heimabenden unter anderem „Deutsche Götter- und Heldensagen“, sangen Volkslieder und waren mit Handarbeiten beschäftigt.²⁶⁸ Einer der Höhepunkte der Münchner NS-Jugendorganisationen vor 1933 war die Fahrt zum Potsdamer Reichsjugendtag der HJ am 1. November 1932, an dem aus dem gesamten Reich mehrere Zehntausend Jugendliche teilnahmen. Hier paradierte die HJ mehrere Stunden lang an Hitler vorbei, der allerdings den Auftritt des BDM ablehnte, da er keine „marschierenden Frauen“ sehen wollte.²⁶⁹

Seit 1929 wurden HJ und BDM in München in wachsendem Maße für die Propagandatätigkeit verpflichtet, wie die Vernehmungsprotokolle während der bereits an früherer Stelle geschilderten Polizeiaktionen gegen das Münchner Jungvolk 1932 zeigen. Bei den Wahlen 1932 trat erstmals auch der BDM an die Öffentlichkeit und beteiligte sich an der Verteilung von Propagandamaterial.²⁷⁰ Obwohl man hierbei stets mit dem Widerstand der Behörden rechnen mußte, ließen sich die HJ-Führer nicht abschrecken. So warteten die Jugendverbände, als die Polizei im März 1930 ihre Kundgebung gegen den Young-Plan verbot, bis Mitternacht, marschierten dann unangemeldet durch die Innenstadt und verbrannten unter lautstarken „Treueschwüren“ auf Hitler einen symbolischen „Young-Plan“. Ohnedies wurden die Jugendlichen regelmäßig für die Propagandamärsche der SA²⁷¹ wie die legale bzw. illegale Verteilung von Werbematerial eingespannt.²⁷² Das oft erhebliche Risiko hierbei nahmen die verantwortlichen HJ-Leiter jedoch in Kauf. Bezeichnenderweise erklärte ein Junge vor der Polizei Ende April 1929, er habe die Flugblätter von seinem HJ-Führer erhalten und der habe ihn „ausdrücklich“ darauf aufmerksam gemacht, daß nur das Ankleben verboten sei. Tatsächlich untersagten die Behörden das Ankleben jedoch nur dann, wenn das Flugblatt generell verboten worden war. Die Entschuldigung nützte dem Jungen somit wenig – gemeinsam mit zwei weiteren HJ-Mitgliedern wurde er zu je 10 RM Geldstrafe verurteilt.²⁷³

licher Schupoüberfall auf die Hitlerjugend!“. Front 32 (6. 8. 1932), [Aufruf Wagners] „Parteiengenossinnen, Parteiengenossen des Gau München-Oberbayern“. Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern.“

²⁶⁷ Front, Beilage Jungfront: „Aus den Gefolgschaften“ 1931–1932. Der BDM traf sich ab Herbst 1930 in der Wohnung des ehem. stellv. Neuhauser Sektionführers Malinowsky: Front 1 (1. 9. 1930), „Münchner Mädels!“.

²⁶⁸ Vgl. z. B. Front 1 (1. 9. 1930), „Münchner Mädels!“ Front 8 (1. 12. 1930), „BdM in der HJ e.V.“ Front 5 (1. 4. 1931), AdB, „Jungmädchengruppe“.

²⁶⁹ Leonhart, Wir arbeiten auf lange Sicht, S. 190 und 196.

²⁷⁰ HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“ München 1943, S. 5.

²⁷¹ Front 2 (9. 1. 1932), „Unser Vormarsch in Oberbayern. Die Entwicklung der HJ im Gau München-Oberbayern“.

²⁷² Vgl. generell StA, PDM 6774: Nationalsozialistische Plakate und Flugblätter.

²⁷³ StA, PDM 6774: Vernehmungsprotokoll der PDM VIa vom 18. 4. 1929.

Um Jugendliche für die HJ zu begeistern, organisierte der Verband fortwährend Schwimmbadbesuche, Spielabende, Sportfeste, Nachtmärsche, Geländeübungen, Zeltlager, Bergfahrten und „Skitreffen“.²⁷⁴ Allerdings war die Polizei selbst hier aktiv und verhinderte etwa das zweiwöchige „Sommerzeltlager“ Mitte August 1931 auf dem Karoli bei Waldkirchen und das Sportfest Anfang Oktober 1931 auf dem Grünwalder Gelände der Reichsführerschule.²⁷⁵ Solche Aktivitäten, die später charakteristisch für die Jugendorganisationen des Dritten Reichs wurden, orientierten sich an der bündischen Jugend und an den Jugendverbänden der Arbeiterparteien oder der katholischen Kirche, auch wenn die HJ diese Organisationen öffentlich bekämpfte. Oftmals unterschied sich die NS-Jugend von ihren Gegnern ohnehin nur durch die ideologische Indoktrination und das intensivere pseudomilitärische Gepräge. Im Widerspruch zu ihrer sonstigen Ablehnung der NSDAP anerkannte die bayerische Regierung vermutlich schon seit 1927, im Gegensatz zum Reich, die HJ als „Jugendpflege betreibenden Verein“.²⁷⁶ Dadurch kam der Verband seit 1929 in den Genuß einer 50-prozentigen Bahnfahrpreisermäßigung²⁷⁷ und durfte städtische Turnhallen benutzen. Um weiterer Vergünstigungen willen trat die HJ Ende 1930 dem „Reichsverband für Jugendwandern und Jugendherbergen“ sowie dessen bayerischem Zweig bei.²⁷⁸ Erst im Januar 1931 entzog ihr auch die bayerische Regierung alle Vergünstigungen sowie die Genehmigung, im Bayerischen Jugendherbergsverband Mitglied zu sein.²⁷⁹ Auch die Indoktrination der Jugendlichen betrieb die Partei mit großem Aufwand. In Oberbayern einschließlich München wurden allein 1931 rund 33 000 Zeitungen, die sich speziell an HJ und Jungvolk richteten, verteilt, darüber hinaus 60 000 Flugblätter, 2000 Broschüren und 4500 Werbekarten.²⁸⁰ Mit diesen Propagandamaterialien wie auch mit Veranstaltungen in allen Stadtteilen warb die HJ-Führung auch um die Elternschaft, die als Dreh- und Angelpunkt für den Mitgliederzuwachs und den Erfolg galt. Mitte März 1930 gründete der Verband die „Elternvereinigung der HJ“ und startete anschließend sowie erneut ab Herbst 1931 eine Veranstaltungsreihe für die Eltern der HJ-Mitglieder.²⁸¹ Die Abteilung „Jugend-

²⁷⁴ Z. B. Front 3 (1. 2. 1931), „Aus den Gefolgschaften: Schar 1 Antreten Müllerbad (Schwimmen) anschließend Ausmarsch“. Front 13 (25. 3. 1932), „Die deutsche Jugend. Skitreffen der HJ Oberbayern“ [am 19./20. 3. 1932 in Neuhaus, Josefstal]. Vgl. auch das Programm der Münchner Gefolgschaften im Januar 1931: Front 1 (1. 1. 1931), „Aus den Gefolgschaften“. Vgl. generell: Front, Beilage Jungfront, „Aus den Gefolgschaften“ 1931–1932.

²⁷⁵ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 6. Front 9 (22. 7. 1931), „Sommerzeltlager der HJ durch das bayerische Staatsministerium unmöglich gemacht“.

²⁷⁶ Front 16 (19. 4. 1932), „Nationale Jugendbewegung vor dem Richterstuhl“.

²⁷⁷ Front 10 (3. 10. 1931), „Die 50% Fahrpreisermäßigung auf der deutschen Reichsbahn der HJ entzogen!“

²⁷⁸ StA, PDM 6826: Rschr. Nr. 13 (8. 12. 1930), HJ-RL an die HJ-Gaue. Front 10 (3. 10. 1931), „Hitlerjugend rechtlos“.

²⁷⁹ HStA, MIInn 81585: MIInn an HJ-München vom 28. 7. 1931 betreff Entschließung vom 18. 7. 1931 und Ablehnungsbescheid vom 16. 1. 1931. Front 10 (3. 10. 1931), „Hitlerjugend rechtlos“.

²⁸⁰ Front 2 (9. 1. 1932), „Unser Vormarsch in Oberbayern. Die Entwicklung der HJ im Gau München-Oberbayern“.

²⁸¹ StA, Lagebericht 90 (8. 4. 1930), S. 16. HStA, Slg, Varia 1328: Programm „Bunter Elternabend“ HJ-Ramersdorf am 3. 12. 1931. Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im

pflege und Jugendfürsorge“ bei der Münchner HJ-Leitung eröffnete eigene Sprechstunden für „nationalsozialistische Eltern“.²⁸² Ein Veranstaltungsprogramm vom Februar 1932 zeigt die Inhalte der Kampagne im Herbst 1931 und Frühjahr 1932: Der NSLB-Funktionär Bauer war zum Thema „Eltern, was wird aus euren schulentlassenen Söhnen?“ vorgesehen. Der oberbayerische HJ-Führer Emil Klein thematisierte die Frage: „Wer politisiert die Jugend? Wer gefährdet die Autorität der Schule und Lehrer?“ Der Führer des NSDAP-Bezirks München Mitte-Süd, Karl Tempel, wählte als Titel seiner Rede: „Eltern, wahrt eure Erziehungsrechte!“ Allerdings untersagte die Polizei diese Februar-Veranstaltung, um jeden Angriff gegen das Verbot der Teilnahme von Schulpflichtigen in der HJ zu verhindern.²⁸³ Der Höhepunkt der Kampagne war die Ende 1931 von der HJ-Gefolgschaft III (München-West) inszenierte Wanderausstellung über die HJ. Hier sollte demonstriert werden, daß Jugendliche in der HJ „nicht politisch verhetzt und verroht werden“. In der NS-Gauzeitung konnte man lesen: „Betritt man die Ausstellung, so leuchtet einem zunächst das Wiesengrün entgegen, auf dem sich zwei Zelte mit straff gespannten Bahnen erheben. Daneben ein frischer Hitlerbube, den Wimpel in der Faust, als ob er Lagerwache hielte, denn in dem offenen Zelt sieht man im Dunkeln einen Schläfer, dessen Kopf soeben noch aus dem Schlafsack guckt [...]“. Die Ausstellung zeigte das Lagerleben, statistisches Material zur Entwicklung der Organisation sowie Zeitungen und Publikationen. Wandbilder interpretierten historische Ereignisse und diffamierten Führer der Arbeiterparteien. In Vitrinen fanden sich Gegenstände aus dem HJ-Alltag und während der Heimabende angefertigte Handwerksstücke.²⁸⁴ Solche Ausstellungen erachtete die Münchner HJ als wirksame Eigenwerbung und hatte bereits im Dezember 1930 während der HJ-Gautagung im Hotel „Haus der Landwirte“ in der Goethestraße eine ähnliche „Arbeits- und Werkausstellung“ arrangiert.²⁸⁵ Neben diesem Bild scheinbarer Idylle und Harmlosigkeit pflegte die HJ seit 1932 als zweiten Zweig ihrer Selbstdarstellung den Mythos von der angeblich²⁸⁶ brutalen Verfolgung der Hitlerjungen durch den politischen Gegner. Das geeignete Vorbild lieferte die SA, für die dies bereits seit Jahren fester Bestandteil ihrer Propaganda war. Entsprechend veranstaltete die Leitung des HJ-Unterbannes München Anfang August 1932 eine Trauerkundgebung „für die von Rotmord und Reaktion ermordeten Hitlerjungen“²⁸⁷ – allerdings ohne daß sich bislang Entsprechendes in München ereignet hatte – mit klassischen Musikstücken von

Gau München-Oberbayern.“ Vgl. generell Front, Beilage Jungfront, „Aus den Gefolgschaften“ 1931–1932.

²⁸² Front 8 (20. 2. 1932), „Hitlerjugend“.

²⁸³ Front 5 (30. 1. 1932), „Die Münchner Polizeidirektion verbietet Elternversammlung der HJ“.

²⁸⁴ Front 19 (5. 12. 1931), „Die Arbeitswanderausstellung der HJ“.

²⁸⁵ Front 8 (1. 12. 1930), Beilage: Jungfront, 1 (1. 12. 1930). Front 1 (1. 1. 1931), „Arbeits- und Werkausstellung 1930 der Südbayerischen HJ“. Vgl. auch SMP 48 (20. 11. 1932), „Bund deutscher Mädel“: Bericht über die Handwerksausstellung des BDM am 5. 12. 1932.

²⁸⁶ Vgl. zur Aggressivität der politischen Gegner der NSDAP: Kapitel IV.4.

²⁸⁷ Unter „Rotmord“ verstand die Parteipresse die KPD und das sozialdemokratische Reichsbanner; unter „Reaktion“ dagegen die Bayerische Volkspartei.

Brahms, Beethoven und Carl-Maria von Weber und gezielt geladenen Gästen, um die polizeiliche Überwachung auszuschließen.²⁸⁸ Aufmerksame Beobachter konnte diese Selbstdarstellung schwerlich über die Menschenverachtung und das totalitäre Gepräge der NS-Ideologie hinwegtäuschen, die auch den Jugendlichen in München vermittelt wurden.²⁸⁹ Unbeirrt darum forderte eine Zeitungsanzeige mit einem besonderen Motiv zum Beitritt in den BDM auf: „Euch Münchner Mädels, die ihr das Glück habt, in der Geburtsstätte des Nationalsozialismus leben zu dürfen, fordern wir auf: Zeigt euch dessen würdig, indem ihr durch euren Eintritt in unseren Bund unsere Front stärkt. So daß wir mit Stolz melden können, München voran!“²⁹⁰

Der NSDStB

Ab 1929 überzog der NSDStB das Münchner Hochschulleben mit aufsehen-erregendem Aktionismus. Neben den regelmäßigen Großkundgebungen waren wöchentliche Sprechabende und gelegentliche Aufmärsche geboten sowie ein beinahe täglicher Steh-Convent im Hauptgebäude der Universität und in der Technischen Universität auf der großen Treppe am Ausgang Arcisstraße.²⁹¹ Um neuen Schwung in die HGM zu bringen, reduzierte der Bund im Sommersemester 1929 die Zahl der Sprechabende und steigerte die Zahl der Ausflüge, die die „kameradschaftlichen Bande“ wieder enger knüpfen sollten, sowie die Zahl der Übungen im Kleinkaliberschießen auf dem Schießplatz des Münchner BdO.²⁹² Die „Ortsgruppe Studenten“ sah ihre Aufgabe im Sommer 1931 primär in der Propaganda und verlegte den Schwerpunkt auf die Großveranstaltungen, die nach Ansicht der Führung „über den Ruf der nationalsozialistischen Studenten“ entschieden. Deshalb hatte jedes Mitglied jeweils fünf Tage vor solchen Ereignissen seine Freizeit „restlos zur Verfügung“ zu stellen. Außerdem dürfe es keinen geben, „der nicht mindestens 3 Bekannte oder Freunde hinschleift“. Über die Veranstaltungen hinaus suchte die Ortsgruppe durch Zellenobmänner auch in den Wohnvierteln den Kontakt zu den einzelnen Mitgliedern. Im Sommer 1931 führte die Ortsgruppe ideologische Schulungskurse ein und organisierte sieben Arbeitskreise, die sich dem außenpolitischen Kurs der NSDAP widmeten sowie dem spezifisch nationalsozialistischen Biologismus, dem Wirtschaftsprogramm der Partei, der „Rassenhygiene“, „Wehrfragen“ und den Gewerkschaften und Betriebsräten. Einmal pro Woche hielt die Ortsgruppe „Pflichtsport“ ab, darunter auch Pistolenschießen.²⁹³

²⁸⁸ Front 32 (6. 8. 1932), balkengefaßte Anzeige.

²⁸⁹ Zur Wahrnehmung der nationalsozialistischen Gewalt: Kapitel IV.4. Zur Ideologie der NS-Jugendverbände: Kapitel IV.2. sowie Stachura, Nazi Youth, S. 43 ff.

²⁹⁰ Front 1 (1. 9. 1930), „Münchner Mädels!“.

²⁹¹ Vgl. z.B. VB 253 (31. 10. 1929), AdB. Sowie StA, Würzburg, II/18, Einladungen zu Münchner NSDStB-Großkundgebungen 1930–1932. VB 1930–1932, AdB. StA, PDM 6824: Einführungsbroschüre der Ortsgruppe Studenten, Gau München-Oberbayern, Juni 1931. Dazu auch: Böhm, Universität München, S. 54.

²⁹² StA, Würzburg, RSF II/14: Teschenmacher an Schirach vom 13. 4. 1929.

²⁹³ StA, PDM 6824: Einführungsbroschüre der Ortsgruppe Studenten, Gau München-Oberbayern, Juni 1931. Die Anweisung zu dieser Schulungsinitiative gab die NSDStB-RL: StA, Würzburg, RSF II/14: Rschr. NSDStB-RL/Schulungsleiter „Ende April 1931“.

Um zusätzlich auf sich aufmerksam zu machen, verteilte der NSDStB Flugschriften²⁹⁴ und veröffentlichte im Mai 1931 eine Schallplatte mit Reden Schirachs.²⁹⁵ Doch zur wichtigsten Methode geriet, wie an späterer Stelle noch zu schildern sein wird, ab 1929 die demonstrative Aggressivität. Extreme Verbalradikalität und gezielte Provokationen sollten Aufmerksamkeit erregen, das Meinungsfeld der Universitätsöffentlichkeit dominieren und den weltanschaulichen Gegner einschüchtern. Von seinen Versammlungssprengungen und Hetzkampagnen gegen Professoren nahm der Bund erst ab Anfang 1932 infolge des energischen Gegenkurses der Hochschulleitung Abstand. Dieser provokatorische Aktionismus war jedoch nur ein Teil der Strategie, denn gleichzeitig bot der NSDStB durch sein soziales Engagement im AStA auch das Bild einer um die studentischen Nöte bemühten Organisation.

Im allgemeinen erhielt der Münchner NSDStB keine große Unterstützung innerhalb der Partei. Die Parteipresse stellte keine eigene Rubrik zur Verfügung und vermied jede regelmäßige Berichterstattung, abgesehen von Veranstaltungseinladungen und einzelnen Ausnahmefällen, wie etwa der Kampagne gegen Professor Nawiasky 1931.²⁹⁶ Die Parteiführung betrachtete die Arbeit an den Hochschulen eher als Nebenschauplatz, schätzte Fragen von Wissenschaft oder Hochschulpolitik in der Regel gering und besaß kein entsprechendes, konkretes Programm. Auch die diesbezüglichen Zielsetzungen für den Fall der Machtergreifung waren eher verschwommen und liefen auf eine großangelegte politische „Säuberung“, die Abschaffung der Lehrfreiheit und die Verlagerung des Schwerpunktes auf eine „völkische“ Erziehung hinaus.²⁹⁷ Charakteristischerweise lehnte der Gaugeschäftsführer Nippold das Hochschulprogramm der Münchner Ortsgruppe Studenten im Herbst 1931 rundweg ab, da ihm der Ansatz zu „wissenschaftlich“ war: „Auf diese Weise erziehen Sie Professoren [...]“. Statt dessen schlug Nippold vor: „Führen Sie die Ihnen anvertrauten Menschen hinaus in die Natur, dann lernen sie dabei Heimat- und Vaterlandsliebe, zwingen Sie die Menschen zum Eintritt in die SA, dann lernen sie dadurch Disziplin und Kameradschaft und lassen Sie um des Himmels willen alles zwangsmäßig Intellektuelle aus dem Spiel.“ Der Nationalsozialismus lasse sich am besten „an einem Winterabend auf einer Skihütte“ erfassen. Nippold hob als Schreckbild die „geistreichen Debatten“ der studentischen Verbände hervor. Und er warnte die Ortsgruppe mit dem Hinweis, die Studentenorganisation sei nicht „Selbstzweck“, sondern „Mittel zur Verwirklichung von Adolf Hitlers Gedanken“.²⁹⁸ Nichtsdestotrotz stellte der NSDStB, ähnlich wie andere Binnenorganisationen der NSDAP auch, sein elitäres Bewusstsein zur Schau. Die Münchner Ortsgruppe „Studenten“ betrachtete sich als „die

²⁹⁴ Vgl. generell StA, Würzburg, RSF II/18. StA, Würzburg, RSF II/10: Sonderrundschreiben der RL des NSDStB o. w. A.; Datierung nach Lage im Akt.

²⁹⁵ Diese vom Funkhörerdienst eV. Berlin herausgebrachte Platte trug den Titel „Student und Arbeiter“: StA, Würzburg, RSF II/14: Rschr. NSDStB-RL vom 19. 5. 1931.

²⁹⁶ Kapitel IV.4.

²⁹⁷ Böhm, Universität München, S. 86–90.

²⁹⁸ StA, Würzburg, RSF II/14: GGF an Ofg Studenten vom 12. 10. 1931.

Führerschule der NSDAP“.²⁹⁹ Im Herbst 1932 ordnete die NSDStB-Bundesführung an, künftig Mitglieder nach vier Semestern an die Parteiorganisation oder an die lokale NSDStB-Führung als Führereservoir zu überstellen.³⁰⁰ Schirach selbst träumte davon, im NSDStB „einen neuen Führertyp zu schaffen, den jungen Menschen, der Organisator, Redner, Wissenschaftler, Propagandist gleichzeitig ist [...]. Dieser Führer kennt keine Konflikte, kein Disharmonieren mit der Organisation, dieser Führermensch, den wir zu schaffen haben, ist der neue Frontsoldat.“³⁰¹

Zu den wesentlichen Zielen des NSDStB an den Münchner Hochschulen gehörte die Dominanz in den Studentenausschüssen und die Unterwanderung der Studentenverbände. Seit 1930 wirkte ein Nationalsozialist im AStA-Vorstand der Universität, seit 1931 war der Vorsitzende selbst Parteimitglied. An der Technischen Hochschule bestand diese Situation schon seit 1929.³⁰² Der NSDStB versuchte dort regelmäßig mit Hilfe seiner Gremiumsvertreter den AStA für die NS-Propaganda einzuspannen. Als der ehemalige HGM-Führer Kurt Ellersieck im Frühjahr 1931 im AStA der Technischen Hochschule das Amt für politische Bildung übernahm, folgten bald Einladungen an NS-Prominente, darunter Hermann Göring, der im Rahmen des Vortragszyklus zum Themenkreis „Pazifismus oder Wehrgeist“ um einen Vortrag gebeten wurde.³⁰³ Über das AStA-Pressamt der Technischen Hochschule, seit Frühjahr 1931 von einem Parteimann besetzt, besaß der NSDStB weitreichenden Einfluß auf die Hochschulzeitung.³⁰⁴ Im Januar 1931 initiierte der Nationalsozialist im AStA-Vorstand der Universität erfolgreich zwei Beschlüsse, die zugleich die Mentalität der AStA-Mehrheit charakterisierten. Der AStA unterstützte zum einen das Vorgehen der Heidelberger Studentenschaft gegen Professor Emil Gumbel, der wegen seiner Publikation über „Fememorde“ bei den Nationalsozialisten besonders verhaßt war, und zum anderen den Antrag der Giessener Studentenschaft auf einen Numerus clausus für jüdische Studenten.³⁰⁵ Der Waffenring und die Nationalsozialisten dominierten den AStA mit ihrer Mehrheit etwa bei der Entsendung von Vertretern zu Studententagungen, bei Anträgen katholischer bzw. linksgerichteter Vertreter oder schlicht bei der Erteilung der Sprecherlaubnis.³⁰⁶ Allerdings stieß die Durchsetzungsfähigkeit der Nationalsozialisten gelegentlich auch auf Grenzen. Noch 1930 wurde der nationalsozialisi-

²⁹⁹ StA, PDM 6824: Einführungsbrochure der Ortsgruppe Studenten, Gau München-Oberbayern, Juni 1931.

³⁰⁰ StA, PDM 6824: Anordnung Nr. 4 (20. 10. 1932) des NSDStB-Führers.

³⁰¹ StA, Würzburg, RSF II/14: Rshr. der NSDStB-RL/Schirach vom 30. 11. 1931.

³⁰² Vgl. auch Kapitel IV.5.

³⁰³ StA, Würzburg, RSF II/10: AStA TH München/Kurt Ellersieck an Göring vom 2. 3. 1931. Göring lehnte allerdings ab, da er einige der vorgesehenen Referenten als „Vaterlandsverräter“ erachtete und nicht mit diesen zusammen auftreten wollte: StA, Würzburg, RSF II/10: Schirach an Ellersieck vom 11. 3. 1931.

³⁰⁴ BA, Berlin, NS 22/421: Sitzung des „Führerrings“ des NSDStB am 1. 3. 1931 im Braunen Haus.

³⁰⁵ StA, Würzburg, RSF II/18: Vorstandssitzung des AStA der Universität München am 22. 1. 1931.

³⁰⁶ Ebenda: Vorstandssitzungen des AStA der Universität München am 5. 7. 1932 und 3. 2. 1933.

stische Beisitzer im Universitäts-AStA regelmäßig überstimmt.³⁰⁷ Der AStA verhinderte ebenfalls, daß in seinen Räumen ein Bild des nationalsozialistischen thüringischen Unterrichts- und Kultusministers Wilhelm Frick aufgehängt wurde.³⁰⁸ Im Dezember 1931 scheiterte die Idee, eine Protestkundgebung und ein universitäres Mißtrauensvotum gegen den Rektor Albert Rehm zu initiieren, an der AStA-Mehrheit. Der Rektor hatte entsprechend kultusministerieller Anordnung den Schriftleiter der NS-Hochschulzeitung „Deutsche Revolution“, Harald Rehm, von der Universität verwiesen.³⁰⁹ Allerdings hatte auch Schirach, der ständig in die Politik des Münchner NSDStB eingriff, die HGM aufgefordert, von dem Mißtrauensantrag abzusehen, da der Rektor sich stets für die „Wehrhaftmachung“ der Jugend eingesetzt habe.³¹⁰ Die massive Kritik der sozialistischen und katholischen AStA-Vertreter am Verhalten des AStA-Vorstandes während der Nawiasky-Affäre im Sommer 1931 ließ sich keineswegs verheimlichen. Auch die Idee eines Numerus clausus für jüdische Studenten fand im AStA der Universität trotz anfänglicher Zustimmung letztendlich keine Mehrheit.³¹¹ In der Münchner Technischen Hochschule dagegen hatte der NSDStB damit bereits 1929 Erfolg, denn die Vollversammlung der Studentenschaft und des AStA hatte den Numerus-clausus-Antrag angenommen. Daraufhin ersuchte der AStA der Technischen Hochschule die Führung des Dachverbandes der deutschen Studenten im Reich, die „Deutsche Studentenschaft“ (D.St.), eine entsprechende gesetzliche Regelung „für deutsche Staatsbürger jüdischer und anderweitig nicht deutscher Abstammung“ zu erwirken. Ähnliche Forderungen stellten 1929 auch Berliner, Erlanger und Würzburger Studentenschaften.³¹² Im AStA der Technischen Hochschule spielte der NSDStB wesentlich früher als an der Universität eine dominierende Rolle. Im Februar 1930 schloß sich der AStA der Technischen Hochschule der Initiative der Göttinger Studenten an, Hindenburg um die Einleitung eines zweiten Referendums gegen den Young-Plan zu bitten. Trotz des ausdrücklichen Verbotes des Rektors propagierte der nationalsozialistische AStA-Vorstand die Idee und verteilte Unterschriftenlisten. Hierauf reagierte der Senat im Juni mit einem scharfen Verweis gegen den nationalsozialistischen Vorsitzenden des AStA, Karl Motz, und drohte ihm den Ausschluß von der Universität an. Die Nationalsozialisten beschlossen daraufhin, die aufgeheizte politische Stimmung an der Technischen Hochschule zu nutzen. Eigenmächtig bestimmte die Mehrheit von Waffenring und Nationalsozialisten die Selbstauflösung des AStA und führte Neuwahlen durch, in denen der NSDStB drei zusätzliche Mandate gewann. Allerdings er-

³⁰⁷ Vgl. z. B. ebenda: Vorstandssitzungen des AStA der Universität am 23. 2. 1930 und 7. 5. 1930.

³⁰⁸ StA, Würzburg, RSF II/14: Gladiss, Mitglied des AStA-Vorstands der Universität München an den AStA-Vorstand vom 16. 6. 1930. Ebenda, RSF II/18: Entschließung AStA-Vorstand vom 17. 6. 1930.

³⁰⁹ StA, Würzburg, RSF II/18: Vorstandssitzung des AStA der Universität München am 14. 12. 1931. Franz, Münchner Hochschulen, S. 63.

³¹⁰ StA, Würzburg, RSF II/10: Schirach an HGM vom 11. 12. 1931.

³¹¹ Böhm, Universität München, S. 57.

³¹² StA, Würzburg, RSF II/10: Notiz des AStA der TH München, o. w. A. Grüttner, Studenten, S. 28 f.

klärte der Senat die Wahl für ungültig.³¹³ Die Affäre entwickelte nun negative Folgen für die D.St., die sich ebenfalls an der Göttinger Initiative beteiligt hatte. Die D.St. erhielt ihre bayerischen Mitgliedsbeiträge aus den Haushaltsetats der jeweiligen bayerischen AStA. Der Haushalt bedurfte jedoch in jedem einzelnen Fall der Genehmigung des Kultusministeriums, die diese bis Jahresanfang 1930 verweigerte. Der von Waffenring und NSDStB dominierte AStA der Technischen Hochschule München reagierte darauf im Januar 1930 mit einem arroganten Brief ganz im Sinne der an dieser Hochschule mittlerweile herrschenden Gesinnung.³¹⁴ Die zunehmend rechtsradikalen bzw. nationalsozialistischen Tendenzen der D.St. und der Fall Nawiasky bewogen das bayerische Kultusministerium schließlich dazu, ab dem Sommersemester 1932 die bayerischen Zwangsbeiträge endgültig abzulehnen.³¹⁵ Die systematischen Versuche, studentische Selbstverwaltungsorgane zu unterwandern und im nationalsozialistischen Sinne zu instrumentalisieren, richteten sich auch gegen die D.St.³¹⁶ Schirach hatte schon im Herbst 1929 gegenüber den NSDStB-Führern deutlich werden lassen, daß „wir uns keinen besseren Rahmen für unsere Propaganda denken können, als den der D.St. mit ihren AStA-Wahlen, Studentenzeitingen usw.“³¹⁷ Nachdem dieses Ziel ab Sommer 1930 in Bayern und ein Jahr später auch auf Reichsebene erreicht war,³¹⁸ verließen im Sommer 1932 manche Studentenverbände den Dachverband und gingen in Opposition. Im Kreis VII (Bayern) distanzierten sich besonders die katholischen Studentengruppen.³¹⁹

Gegenüber den rechtskonservativen Studentenverbindungen bezog der NSDStB eine zwiespältige Haltung. Einesteils arbeitete der Bund im AStA unter anderem mit dem Waffenring zusammen, andererseits sah er diese Verbindungen primär als Mitglieder- bzw. Wählerreservoir an, deren Existenz jedoch als überflüssig.³²⁰ Dies gab Schirach nicht nur hinsichtlich des „Hochschulringes Deutscher Art“ (HDA) offen zu und verbot ab Dezember 1930 NS-Studenten die Mitgliedschaft im HDA.³²¹ Daraufhin verlor der HDA trotz seiner Proteste gegen

³¹³ Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 54f. StA, Würzburg, RSF II/14: Rschr. NSDStB-RL anlässlich des 12. Studententages in Hannover, o. D.; Datierung anhand Inhalt: Herbst 1929. Ebenda: RSF II/18: „Kommilitonen!“, Flugblatt des NSDStB.

³¹⁴ StA, Würzburg, RSF II/14: AStA-Vorstand der TH München an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, o. D., Entwurf des Schreibens, Januar 1930.

³¹⁵ UAM, Akten des Senates 366 c: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus an die Rektorate der drei Landesuniversitäten vom 19.4. und 17. 10. 1932. Vgl. auch Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 33–44.

³¹⁶ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 3. „Führersitzung“ des NSDStB am 1. 3. 1931 im Braunen Haus. Ebenda Protokoll der 5. „Führersitzung“ des NSDStB am 2. 5. 1931 im Braunen Haus.

³¹⁷ StA, Würzburg, RSF II/14: Rschr. NSDStB-RL anlässlich des 12. Studententages in Hannover, o. D.; Datierung aus dem Inhalt: Herbst 1929.

³¹⁸ Kapitel IV.5., Anm. 152–155.

³¹⁹ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 7. „Führersitzung“ des NSDStB am 30. 6. 1932 im Braunen Haus. Grüttner, *Studenten*, S. 36.

³²⁰ Grüttner, *Studenten*, S. 34.

³²¹ „Bewegung“ [*Zeitschrift des NSDStB*] 34 (23. 12. 1930), Anordnung Baldur von Schirachs.

Schirachs Verbot³²² rapide an Mitgliedern und Einfluß.³²³ Die Unterwanderung des als Dachverband vieler Korporationen auch in München vertretenen HDA war weit fortgeschritten: In vielen Hochschulstandorten im Reich arbeiteten HDA und NSDStB eng zusammen. Der Reichsvorsitzende und etliche HDA-Mitarbeiter waren Mitglieder von NSDStB und NSDAP. Dasselbe Spannungsverhältnis bestand auch gegenüber den waffentragenden Verbindungen in München. Eine Reihe von Vorfällen verschlechterte seit 1930 zunehmend die Beziehungen. Im Herbst 1930 kam es zu einer langdauernden Kämpfprobe zwischen dem Dachverband der waffentragenden Studentenverbände Münchens, dem „Münchener Studenten-Convent“ (M.S.C.), und der NSDAP-Reichsleitung bzw. dem NSDStB.³²⁴ Den Anlaß lieferte die Verweigerung einer Duellforderung durch den Privatsekretär des USchLA-Reichsleiters, Wilhelm von Holzschuher, der wie sein Kontrahent Mitglied des „Corps Franconia“ war. Die Meinungsverschiedenheiten eskalierten im Frühjahr 1931 zu einem heftigen Streit zwischen der NSDAP und dem M.S.C. Der USchLA-Vorsitzende Buch und Schirach versuchten, ultimativ die Rücknahme der Forderung zu erzwingen, und selbst der „Völkische Beobachter“ attackierte die Verbände. Erst nach langwierigen Verhandlungen, an denen schließlich auch Hitler und Heß teilnahmen, beendete ein Kompromiß den Streit. Das Duell fand nicht statt, beide Parteien nahmen ihre wechselseitigen Forderungen zurück. Der M.S.C. und die betroffenen waffentragenden Verbindungen erkannten jedoch, daß die RL nicht an ihren Ehrenregeln bzw. Verbandsrechten interessiert war oder gar an einer Kooperation, sondern nur an der Unterwerfung der Verbände. Im ersten Moment schienen die Studentenverbände durch die unberechenbare und arrogante Verhandlungsführung der Nationalsozialisten geradezu ernüchert. Der M.S.C. wollte zwar von einem endgültigen Bruch mit der NSDAP nicht sprechen, nicht zuletzt um der weltanschaulich-ideologischen Sympathien willen, gegenüber dem NSDStB war der Graben jedoch nicht mehr zu überbrücken. Der Münchner Waffenring verbot seinen Corpsstudenten vorübergehend die Mitgliedschaft im NSDStB,³²⁵ der M.S.C. dagegen auf Dauer. Der nationalsozialistische Vorsitzende der D.St., Lienau, riet angesichts der Entwicklung davon ab, allzu offen an der Zerschlagung des Waffenringes zu arbeiten. Schirach hingegen untersagte vorläufig jede Listenverbindung mit „Waffenstudenten“.³²⁶ Nach einer ruhigeren Phase brach im Winter 1931 an Universität und Technischer Hochschule erneut ein „scharfer Kampf“ zwischen NSDStB und Waffenring aus, der schließlich das gesamte Frühjahr 1932 beherrschte. Der

³²² StA, Würzburg, RSF II/p 317: Rschr. Deutscher Hochschulring-RL vom 24. 12. 1930.

³²³ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 3. „Führersitzung“ des NSDStB am 1. 3. 1931 im Braunen Haus.

³²⁴ StA, PDM 6824: Denkschrift des Münchner S.C. vom 5. 2. 1931 über die Auseinandersetzungen mit der NSDAP im Fall Holzschuher Winter 1930/31. Ergänzt durch die Denkschrift des Gauleiters Wagner vom Februar 1931 zur Auseinandersetzung. StA, Würzburg, RSF II/p 226: Rschr. Nr. 4 (9. 2. 1932) der NSDStB-Reichsleitung. Vgl. dazu auch Kuhnt, Corps Palatia, S. 234–238.

³²⁵ Kuhnt, Corps Palatia, S. 237.

³²⁶ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 4. „Führersitzung“ des NSDStB am 29. 3. 1931 im Braunen Haus.

Münchner NSDStB suchte bei den AStA-Wahlen im Herbst 1931 durch die Listenverbindung mit einer Gruppe von Studentenverbänden unter dem Listentitel „Waffenstudentische Kampfgruppe“ dem Waffenring Wähler zu entziehen und machte diesem darüber hinaus mit polemischen Angriffen die offizielle Vertretung waffentragender Studenten streitig. Daraufhin verließ der Waffenring Anfang Dezember 1931 sämtliche Münchner AStA, die nun nicht mehr arbeitsfähig waren.³²⁷ In der Münchner Presse kündigte der Waffenring aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Semester jede künftige Zusammenarbeit mit dem NSDStB, betonte allerdings ausdrücklich, dies gelte nicht für die NSDAP. Damit war nun auch der noch im Frühjahr erhebliche Einfluß des NSDStB auf die Waffenringführung beendet.³²⁸ Unbeirrt hielt der NSDStB auch bei der AStA-Wahl im November 1932 an der Listenverbindung fest³²⁹ und veranlaßte die drei betreffenden Verbindungen nur, sich mit einem Flugblatt zu recht fertigen.³³⁰ Ebenso sollte sich das Verhältnis zwischen M.S.C. und NSDStB bis Ende 1932 nicht mehr verbessern. Im November lehnte der M.S.C. sogar die Einladung des NSDStB zu einer Gedenkfeier für die Weltkriegstoten ab.³³¹ Anfang des Jahres 1933 sahen sich die Nationalsozialisten an den Münchner Hochschulen nicht nur mit dem massiven Widerstand der sozialistischen und der katholischen Studentenverbindungen konfrontiert, sondern auch mit der Ablehnung nahezu aller waffentragenden Organisationen.³³²

Die Propaganda für den Mittelstand

Dem Mittelstand bis zum Zeitpunkt einer möglichen NS-Machtergreifung „in seinem Existenzkampf gegen jüdisch-marxistische Großbetriebe zu helfen“, sah die Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein (KGWK) als ihre Hauptaufgabe.³³³ Für die darauffolgende Zeit prophezeite ihr Führer Georg Sturm eine ständische Gliederung des Wirtschaftslebens.³³⁴ In aggressiven antisemitischen Tiraden diffamierten Parteiredner und Schriftpropaganda das Judentum als Zerstörer des deutschen Mittelstands.³³⁵ Beharrlich warb der Bund in den

³²⁷ Ebenda: Protokoll der 6. „Führersitzung“ des NSDStB am 24./25. 2. 1932 im Braunen Haus.

³²⁸ Münchner Zeitung 297 (12./13. 12. 1931), „Der Waffenring scheidet aus dem AStA aus“; hier wörtlicher Abdruck der „Erklärung“ des Münchner Waffenringes. Grüttner zufolge existierte eine derartige gemeinsame Liste jedoch erst 1932: Ders., Studenten, S. 496.

³²⁹ StA, Würzburg, RSF II/18: Wahlvorschlag zu den AStA-Wahlen der Universität München am 24. 11. 1932, zusammengestellt vom Hauptwahlausschuß; vgl. hier die Liste 3 „Nationalsozialisten und waffenstudentische Verbände (NSDStB, M.L.C., M.V.C., R.S.C.)“.

³³⁰ StA, Würzburg, RSF I 20 f 26: Flugblatt „Kommilitonen! Waffenstudenten!“.

³³¹ Kuhnt, Corps Palatia, S. 247.

³³² UAM, Senat 366 c/4: „Informationsblatt“ des NSDStB-Kreises VII vom Januar 1933.

³³³ Front 11 (10. 10. 1931), „Glänzender Verlauf der Münchner Gauschulungstagung“ [am 2.–4. 10. 1931]. Vgl. auch Front 21 (19. 12. 1931), „Ein Jahr arbeitsreiche Tätigkeit der Kampfgemeinschaft“.

³³⁴ Front 11 (10. 10. 1931), „Hinein in die Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“.

³³⁵ Vgl. eines der übelsten Beispiele: Front 10 (5. 3. 1932), „Der Mittelstand. Alljuda in der Verteilung“.

Münchener Parteizeitungen für den Boykott jüdischer Geschäfte, die Entfernung der Juden aus der deutschen Wirtschaft³³⁶ und die Bekämpfung der Münchner Warenhäuser, darunter die im Herbst 1931 neu entstandene Niederlassung von Woolworth im Stadtzentrum,³³⁷ sowie die Warenhäuser Uhlfelder und Tietz,³³⁸ aber auch der Karstadt-Konzern.³³⁹ Zusätzlich denunzierte die Gauzeitung regelmäßig in kleinen Anzeigen Münchener Geschäftsleute durch Gerüchte, meist verknüpft mit antisemitischer Hetze: Diese Annoncen erschienen in der Regel als einfache Schlagzeilen, wie zum Beispiel „Strumpf-Herbst, Dachauer Straße: Strumpf-Sachs und Rosenthal sind jüdisch“,³⁴⁰ steigerten sich gelegentlich auch zu kurzen Artikeln, wie etwa im Fall des Schuhhauses Dietl am Stachus. Allerdings revidierte die „Front“ in diesem Fall ihre Angriffe ausnahmsweise einmal und erklärte, sie habe sich davon „überzeugt“, daß die Firma keineswegs Billigprodukte der tschechischen Schuhfabrik Bata führe. Vielmehr sei der Besitzer Otto Dietl sogar Mitglied des Münchner „Bata-Abwehr-Ausschusses“, der sich zum Ziel gesetzt habe, die „Überschwemmung des deutschen Marktes mit tschechischen Billigschuhen zu verhindern“. ³⁴¹ Hinsichtlich des antijüdischen Boykotts wandte sich die Kampfgemeinschaft verstärkt an die „deutsche Hausfrau“, vor allem während der Weihnachtszeit. Sturm und Gauleiter Wagner entdeckten die Frau geradezu als „die Seele des Mittelstandes“; beiden war die Macht der Kaufkraft bzw. der Konsumentenentscheidung wohl bewußt.³⁴² Mit dem Boykott verknüpfte sich zugleich der Versuch, die Kaufkraft der Parteibasis auf die nationalsozialistischen Ladenbesitzer umzulenken.³⁴³ Zu dem Zweck verbreitete die Kampfgemeinschaft seit Dezember 1930 ein „Verzeichnis deutscher Geschäftsleute“³⁴⁴ und ersuchte die Parteimitgliedschaft, nur in den aufgeführten Geschäften einzukaufen. Sturm, dem der Sinn für das Machbare offensichtlich abhanden gekommen war, verlangte von den Ortsgruppenführern, die Ausgabenbelege jedes Einkaufs zu kontrollieren.³⁴⁵ Ähnlich diktatorisch drohte er im Sommer 1931, Parteimitglieder beim Besuch von Warenhäusern jüdischer Besitzer durch Obleute registrieren und anschließend aus der Partei ausschließen zu las-

³³⁶ Vgl. Münchner Wacht 1930, Front 1931–1932 sowie die KGWK-Flugblätter: BA, Berlin, Slg. Schumacher 242 a.

³³⁷ Front 16 (14. 11. 1931), „Stirbt die Einheitsfront gegen Moloch Warenhaus“.

³³⁸ Front 7 (13. 2. 1932), „Wegen des Juden Uhlfelder 20 Stunden Untersuchungshaft“.

³³⁹ Front 6 (8. 7. 1931), Mittelstandsfront. Beilage der KGWK Nr. 1 (8. 7. 1931).

³⁴⁰ Front 21 (19. 12. 1931), „Briefkasten“.

³⁴¹ Front 18 (28. 11. 1931), „Geschäftliches“.

³⁴² Vgl. z. B. Front 4 (1. 10. 1930), AdB. StA, PDM 6873: PND 747: Wagner in der KGWK-Versammlung am 19. 8. 1931.

³⁴³ Vgl. IfZ, MA 738: Rschr. Nr. 1 (24. 10. 1932) der Sektion 1 der Ortsgruppe 22; hier wurden u. a. die nationalsozialistischen Ladenbesitzer im Sektionsgebiet aufgelistet. SMP 49 (4. 12. 1932), „Deutsche Weihnachten – deutsche Geschäftsleute – deutsche Käufer“. SMP 50 (11. 12. 1932), „Der Weihnachtsmann ist gerüstet“. SMP 51 (18. 12. 1932), „Auf den deutschen Gabentisch nur deutsche Gaben aus deutschen Geschäften!“.

³⁴⁴ Front 9 (15. 12. 1930), „Anordnung“. Front 11 (10. 10. 1931), „Hinein in die Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“. Front 39 (24. 9. 1932), „Mitteilung!“. StA, PDM 6873: KGWK-Versammlung am 15. 1. 1932.

³⁴⁵ Front 9 (15. 12. 1930), „Anordnung“.

sen.³⁴⁶ Zumindest das Einkaufsverbot hielt er auch 1932 aufrecht.³⁴⁷ Darüber hinaus versuchte die Kampfgemeinschaft beharrlich, die Konsumvereine durch die Veröffentlichung von Gehaltsbezügen, „Telefonspesen“ und Aufwandsentschädigungen ihrer Funktionäre zu diffamieren. Preisvergleiche zwischen Konsumverein und Einzelhändler sollten deren angebliche „Schundware“ entlarven.³⁴⁸

Um den Münchner Mittelstand warb Sturm auf zwei Ebenen. Einmal engagierte er sich über die Gauzeitung „Front“, zum anderen betrieb er, zunächst mit Hilfe seiner Kampfgemeinschaft und später über die Fachgruppen, gezielte Lobbyarbeit im Sinne des Mittelstandes und versuchte zugleich die mittelständischen Verbände zu unterwandern. In der „Front“ präsentierte sich die Kampfgemeinschaft als „Anwalt“ des vom wirtschaftlichen Niedergang betroffenen Mittelstandes³⁴⁹ und bot neben allgemeinen ideologischen Diskussionen und Berichten über das Vereinsleben der Organisation vor allem einen vielfältigen Informationsservice. Ab November 1930 gab hier überdies ein monatlicher Steuer- und Wirtschaftskalender Steuertermine bekannt und besprach auch entsprechende wirtschaftliche Fragen.³⁵⁰ Im Herbst 1932 startete die Gauzeitung eine Serie großformatiger Artikel über die historische Entwicklung des Münchner Handwerks, die von ideologischen Anspielungen weitgehend frei gehalten waren.³⁵¹ Die Kampfgemeinschaft bot seit 1930 wöchentliche Sprechstunden in der Gaugeschäftsstelle an.³⁵² Außerdem konnten ihre Mitglieder auf kostenlosen Rechtsschutz bis zu einer Gebührenhöhe von 250 Mark an Rechtsanwaltskosten zurückgreifen,³⁵³ seit Herbst 1931 auch auf die kostenlose Rechtsberatung in Buchhaltungs- und Steuerfragen.³⁵⁴ Der Rechtsschutz beschränkte sich auf die Prozeßvertretung gegenüber Firmen jüdischer Besitzer, Konsumvereinen, den Steuerbehörden und dem Staat. Daneben bot er kostenlose Vertretung in Strafprozessen, soweit die Mitglieder infolge ihrer politischen Tätigkeit betroffen waren. Der Service schloß die kostenlose Vertretung in außergerichtlichen Vergleichsverfahren

³⁴⁶ StA, PDM 6873: KGWK-Führer Sturm in KGWK-Versammlung 19. 8. 1931 im Kreuzbräu.

³⁴⁷ BA, Berlin, Slg. Schumacher 242a: Richtlinien der Kampfgemeinschaft als Nachtrag zur Dienstvorschrift der PO der NSDAP, o. w. A.; Datierung nach dem Inhalt 1932.

³⁴⁸ Front 11 (10. 10. 1931), „Bonzen und Konsumvereine“. Front 6 (8. 7. 1931), „Wer ist billiger, der Konsumverein oder der Einzelhandel?“. Front 38 (17. 9. 1932), „Welche Vorteile erhofft sich der selbständige Mittelständler von seiner Mitgliedschaft in Konsumvereinen?“. SMP 48 (27. 11. 1932), „Die Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein und ihre konsumgenossenschaftlichen Widersacher“. SMP 2 (8. 1. 1933), „Die Finanzwehen des Konsumvereins Sendling-München“.

³⁴⁹ SMP 5 (29. 1. 1933), „Wenn es so weitergeht, müssen wir alle zusperrren“.

³⁵⁰ Vgl. z.B. Front 6 (1. 11. 1930).

³⁵¹ SMP 48 (27. 11. 1932), „Altmünchner Gewerbe: Lebzelter und Wachszieher.“ SMP 51 (18. 12. 1932), „Tuch- und Lodenmachergewerbe in München.“ SMP 52 (25. 12. 1932), „Vom bayerischen Bier.“ SMP 1 (1. 1. 1933), „Früh übt sich, was ein Meister werden will!“.

³⁵² Front 1930–1932.

³⁵³ StA, PDM 6873: Beitrittsformular der GL, Abt. Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe der KGWK.

³⁵⁴ Front 18 (28. 11. 1931), Einladung zur GMV der KGWK, 3. 12. 1931 Kreuzbräusaal.

mit ein.³⁵⁵ Die Stelle fertigte zudem kostenfreie Verträge an, insbesondere Miet-, Pacht-, Sicherungs- und Übereignungsverträge, um die Einzelhändler nicht jüdischen Rechtsanwältinnen und Syndici „auszuliefern“.

Allmählich baute die Kampfgemeinschaft ein eigenes Vereinsleben auf, das sich nach anfänglich nur sporadischen Versammlungen seit Ende November 1930 schließlich zu einem breit gefächerten Angebot an monatlichen Fachgruppenversammlungen, Schulungskonferenzen, Großveranstaltungen und Wahlversammlungen entwickelte.³⁵⁶ Selbst die 24 Fachgruppen organisierten sogleich je eine eigene Wahlversammlung anlässlich der Reichstagswahl im Juli 1932.³⁵⁷ Um möglichst viele Besucher zu gewinnen, warben die nationalsozialistischen Innungsfunktionäre in ihren Innungen³⁵⁸ und lud die Kampfgemeinschaft die Mittelstandsvertreter anderer Parteien ein und sicherte ihnen Redezeit zu.³⁵⁹ Gezielt versuchte die Kampfgemeinschaft sich als Verteidigerin des Münchner Mittelstandes zu etablieren. Als im Sommer 1931 Pläne für eine Markthalle in Neuhausen, Ecke Donnersberger/Schlör/Schulstraße, mit ca. 80 Geschäften bekannt wurden, suchte sich die Kampfgemeinschaft gemeinsam mit dem NS-Stadtrat Fiehler an die Spitze des breiten Widerstands unter der Neuhauser Geschäftswelt zu setzen. Schließlich übernahm die NSDAP in einer Eingabe an den Stadtrat die Protestnote der weit über hundert Neuhauser Geschäftsleute und nutzte deren Ablehnung durch die Stadtratsmehrheit, um BVP und SPD Mittelstandsfeindlichkeit vorzuwerfen.³⁶⁰ Nach diesen Vorgängen schaltete sich die KGWK immer wieder in öffentliche Auseinandersetzungen ein und zeigte sich 1932 grundsätzlich auf allen Protestversammlungen des Münchner Handwerks.³⁶¹

Bei einem ihrer maßgeblichen Ziele, der Unterwanderung des mittelständischen Verbandswesens, gelang der Kampfgemeinschaft 1931 ein bemerkenswerter Coup. Seit Sommer des Jahres traten einige Persönlichkeiten der Münchner

³⁵⁵ Front 21 (19. 12. 1931), „Ein Jahr arbeitsreiche Tätigkeit der Kampfgemeinschaft.“

³⁵⁶ Vgl. generell Front 1930–1932, Mittelstandsfront und AdB. Vgl. auch Front 11 (10. 10. 1931), „Hinein in die Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“. Front 38 (17. 9. 1932), AdB, „Abteilung Mittelstand“. Front 11 (10. 10. 1931), „Glänzender Verlauf der Münchner Gauschulungstagung“ [2.–4. 10. 1931]. Front 36 (3. 9. 1932), „An alle Obmänner der Kampfgemeinschaft, Fachberater und Berufsfachgruppenführer München-Stadt/Land.“: Einladung zu Obmänner- und Fachgruppenbesprechung am 5. 9. 1932.

³⁵⁷ Front 29 (16. 7. 1932), AdB.

³⁵⁸ StA, PDM 6743: Polizeibericht o. w. A. über die Versammlung der KGWK vom 21. 7. 1932.

³⁵⁹ Vgl. z. B. Front 8 (20. 2. 1932), „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“: Einladung zur Versammlung am 23. 2. 1932 im Hackerkeller, zu der auch Stadtrat Ostermayer (Vorsitzender der Mittelstandsgruppe der BVP) und Rechtsanwalt Loritz (Vorsitzender des Wahlkreises Oberbayern/Schwaben der Wirtschaftspartei) geladen waren und jeweils 20 Minuten Redezeit erhielten.

³⁶⁰ Front 11 (10. 10. 1931), „Wie sich die BVP-Stadträte als Mittelstandsvertreter zeigen.“ Front 24 (11. 6. 1932), „Die guten Manieren des Herrn Stadtrat Ostermayer“.

³⁶¹ Vgl. die Berichte über Nationalsozialisten auf entsprechenden Protestversammlungen: z. B. BSZ 37 (14./15. 2. 1932), „Klagen des Handwerks und Gewerbes“. BSZ 39 (17. 2. 1932), „Protestbewegung gegen die Schlachtsteuer“. SMP 5 (29. 1. 1933), „Wenn es so weitergeht, müssen wir alle zusperrn“.

Handwerksinnungen zur NSDAP über, darunter Anton Aigner, Vorstandsmitglied des allgemeinen Gewerbevereins München, und zweiter Vorsitzender der Münchner Schlosserinnung, Fritz Strebel, Vorsitzender der Fuhrherreninnung München, Josef Roos, Vorstandsmitglied der Tapeziererzangsinnung München und des allgemeinen Gewerbevereins München und Leopold Hatz, Vorsitzender der Zimmermeistervereinigung. Im November inszenierte Sturm aus diesem Vorgang eine groß angelegte Propagandakampagne, die dem Münchner Handwerk den Eindruck einer erdrutschartigen Bewegung hin zum Nationalsozialismus suggerieren sollte. Sturm veröffentlichte die Übertritte alle auf einmal und präsentierte anschließend die Übergetretenen wochenlang in den Schlagzeilen der „Front“ sowie in Kampfgemeinschafts-Versammlungen, wo Aigner und seine Kollegen offen für die NSDAP warben.³⁶² Als 1932 weitere Handwerksfunktionäre der Partei beitraten, wiederholte Sturm die Kampagne jedoch nicht.³⁶³ Abgesehen von diesen Auftritten stimmten Aigner und Hatz zwar stets in die massive Kritik der Münchner Handwerksinnungen an der staatlichen Politik ein, entwickelten jedoch kein überdurchschnittlich auffälliges Engagement für die NSDAP.³⁶⁴ Über die genannten Handwerksfunktionäre versuchte die Kampfgemeinschaft nun generell in den Münchner Innungen, aber auch in den Dachorganisationen von Handwerk und Mittelstand Fuß zu fassen. Sturm selbst konzentrierte sich auf den „Kleingewerbetreibenden Ausschuß“ der bayerischen Industrie- und Handelskammer München, wo er seit 1931 Mitglied war.³⁶⁵ Die Veranstaltungen der Fachgruppen warben stets um die Münchner Handwerker. Im Januar 1932 gelang es sogar, einige Vertreter der Münchner Handwerkskammer zum Besuch einer Versammlung der Kampfgemeinschaft zu bewegen. Sturm hatte hierfür bekannte Parteiprominente hinzugezogen, wie den Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der ROL Dr. Wagener und Gauleiter Wagner, die das Wirtschaftsprogramm der NSDAP darlegten. Die positiven Äußerungen der Handwerkskammervorteiler über den Nationalsozialismus nutzte die Gauzeitung ausgiebig.³⁶⁶

Die Münchner Kampfgemeinschaft nutzte jede Gelegenheit, die einflußreiche Konkurrenz der Mittelstandsorganisationen anderer Parteien zu bekämpfen. Eine hervorragende Gelegenheit boten hier die führungsinternen Auseinandersetzungen der Münchner Wirtschaftspartei im Herbst 1931, die die KGWK entsprechend in Zeitungsartikeln und Versammlungen monatlang thematisierte. Die „Front“ konstruierte kurzerhand ein dramatisches Szenario, indem sie behauptete, mehrere Vorstandsmitglieder seien zurückgetreten, nachdem der Rechts-

³⁶² Front 18 (28. 11. 1931), „Warum wurden wir Nationalsozialisten? Bekenntnisse Münchner Mittelstandsführer zu Adolf Hitler“. Ebenda, „Handwerker! Gewerbetreibende!“. Front 21 (19. 12. 1931), „Warum sind führende Handwerker und Gewerbetreibende zu Adolf Hitler übergetreten?“. Front 8 (20. 2. 1932), „KGWK“. StA, PDM 6742: Polizeibericht über die KGWK-Versammlung am 30. 11. 1931.

³⁶³ Front 22 (28. 5. 1932), „Der Mittelstand bei Adolf Hitler“.

³⁶⁴ BSZ 37 (14./15. 2. 1932), „Klagen des Handwerks und Gewerbes“.

³⁶⁵ Front 18 (28. 11. 1931), „Handwerker! Gewerbetreibende!“. Einladung zur KGWK-Versammlung am 30. 11. 1931.

³⁶⁶ StA, PDM 6873: Polizeibericht über KGWK-Versammlung 15. 1. 1932 im Bauerngürl.

anwalt Dr. Loritz, Wahlkreisvorsitzender der Partei in Oberbayern-Schwaben und Mitglied ihres Reichsparteivorstandes, ein erklärter Gegner der Nationalsozialisten, versucht habe, sich in den Vorstand zu drängen. Zu einer Gendarstellung gezwungen, wandte die „Front“ einen ihrer üblichen Tricks an und druckte mit ironischem Unterton die Gerüchte ein zweites Mal ab, nur diesmal eben mit einem Fragezeichen versehen.³⁶⁷ Gegen die BVP benutzte die Kampfgemeinschaft kontinuierlich die Parole vom „Mittelstandsfeind“. Im Herbstwahlkampf 1932 entwickelte die Gaumittelstandsorganisation daraus schließlich eine großangelegte Kampagne gegen die BVP.³⁶⁸ Die Mittelstandsabteilung beteiligte sich zudem rege an der allgemeinen Parteipropaganda gegen Reichskanzler von Papen als angeblichem Vertreter großindustrieller und damit mittelstandsfeindlicher Interessen.³⁶⁹ Zugleich umwarb Gauleiter Wagner den Mittelstand mit geradezu hymnischen Elogen. In einer Versammlung Ende Oktober 1932 erklärte er: „Gerade auf den Mittelstand, in dem die Begriffe und Grundsätze von Treue, Glauben, Ehrlichkeit und Familie noch verankert seien, komme es an.“³⁷⁰

Die NSBO

1931 wurde die NSBO auch in München aktiv und überzog vom Frühjahr an die Stadt mit regelmäßigen Versammlungen, selbst die „Fachgruppen“ und „Industriegruppen“ hielten sporadische Mitgliederversammlungen.³⁷¹ Die NSBO bot nun Rechtsauskunft an, zunächst einmal wöchentlich, ab Dezember des Jahres an fünf Tagen der Woche.³⁷² Gleichzeitig forcierte man den Aufbau von Betriebszellen einmal durch die Einführung von zwei wöchentlichen Sprechstunden ab Mitte November 1931 in der NSBO-Geschäftsstelle, zum anderen indem man die Parteimitglieder in den Betrieben und Ämtern dazu anhielt, selbständig Zellen zu gründen und zugleich die jeweilige Personalstärke sowie die politische Einstellung der Belegschaft und des Betriebsrates zu melden.³⁷³ Im Frühsommer 1932 startete die Münchner NSBO eine Kampagne, um Lehrlinge und jugendliche Arbeiter für sich zu gewinnen,³⁷⁴ und schloß sich anschließend dem reichsweiten

³⁶⁷ Front 18 (28. 11. 1931), „Krach auch in der Ortsgruppe München der Wirtschaftspartei“. Front 21 (19. 12. 1931), „Krach in der Wirtschaftspartei, Ortsgruppe München“. Front 4 (23. 1. 1932), „Herr Dr. Loritz, der schweigsame Rechtsanwalt“. Front 5 (30. 1. 1932), „Der schweigsame Rechtsanwalt Loritz fliegt“. Vgl. zum tatsächlichen Verlauf der Auseinandersetzungen: BSZ 27 (3. 2. 1932), „Differenzen in der Bayerischen Wirtschaftspartei“.

³⁶⁸ Front 41 (8. 10. 1932), „Erwachende Mittelstandsfreudigkeit in der Bayerischen Volkspartei“.

³⁶⁹ Front 41 (8. 10. 1932), „Große Beamtenkundgebung in München, Pg Frick spricht“. Front 43 (22. 10. 1932), „Der Mittelstand im Zeichen des Hakenkreuzes“.

³⁷⁰ VB 299 (25. 10. 1932), „Der nationalsozialistische Aufbruch des Mittelstandes“.

³⁷¹ StA, PDM 6850: Mitgliederversammlungen der Fachgruppe für Beamte 1931–1932. Vgl. z. B. Front 22 (24. 12. 1931), „Aus den Fachgruppen“. Vgl. generell Die Front 1931–1932, Beilage Arbeitsfront.

³⁷² StA, PDM 6850: Betriebsstürmer 2 (1931). Vgl. u. a. Front 19 (5. 12. 1931), AdB.

³⁷³ Front 7 (15. 11. 1930), „Nachrichten aus dem Gau“. Ebenda, „Anordnung“ der GaunsBO. VB 287 (3. 12. 1930), „Betriebszellen-Organisation München“.

³⁷⁴ Front 21 (21. 5. 1932), „An die Mitglieder der BZO!“.

NSBO-„Feldzug“ unter der Parole „Keine Arbeitsstelle – ohne Nazizelle“ an.³⁷⁵ Das Propagandaspektrum umfaßte nun neben öffentlichen Veranstaltungen und Mitgliederabenden auch Belegschaftsversammlungen, die Verteilung von Schriftmaterial an Haushalte³⁷⁶ sowie regelmäßige Schulungstagungen, um die Organisation zu verbessern und auf einen einheitlichen Kurs festzulegen.³⁷⁷

Die NSBO trat mit einer Vielzahl von Themen an die Münchner Öffentlichkeit, sei es das „Tarifrecht und Frauenarbeit im Bankengewerbe“³⁷⁸ oder Personalabbau und Gehaltskürzungen bei der Oberpostdirektion München,³⁷⁹ im Bankhaus Heinrich und Hugo Marx oder in der München Industriebank GmbH.³⁸⁰ Wie bereits in der reichsweiten Propaganda, so machte sich die NSBO auch in München die Folgen der drastischen staatlichen Sparmaßnahmen unter der Beamenschaft zunutze. Der Führer der Beamtenfachgruppe, Blank, versprach hier Anfang 1932 tiefgreifende Änderungen, falls die Nationalsozialisten an die Macht kämen. Während des Reichspräsidentenwahlkampfes im März 1932 sicherte er zu, daß bei einer nationalsozialistischen „Machtergreifung“ alle gewerkschaftlich orientierten und alle jüdischen Beamten aus dem Staatsdienst entlassen würden. Gegen die Reichsregierung polemisierte Blank mit drastischen Ratschlägen: Es sei fraglich, „ob ein Beamter unter dieser Regierung noch sein Gehalt oder seine Pension bekommt,“ daher rate er allen Sparern, „etwaiges Geld in Sparkassen und Banken abzuheben und zu Hause liegen zu lassen, denn wenn Hindenburg wieder käme, sei vielleicht auch dieses Geld verloren“.³⁸¹ Die Propaganda der vielen Unterorganisationen der NSDAP orientierte sich auch in München, unbeirrt aller Widersprüche, stets an ihrer jeweiligen Klientel. Daher war die Propaganda der NSBO im Vergleich zur Grundlinie der Partei deutlich sozialistischer und radikaler gefärbt.³⁸² Gerade in Streikfragen bestand ein offener Gegensatz zu den Bemühungen der NSDAP, innerhalb der Großindustrie Unterstützung zu gewinnen, wie die „Münchner Post“ nicht ohne Häme feststellte.³⁸³ Die NSBO-Reichsleitung hielt den Streik als „die schärfste Waffe des Arbeiters“ in bestimmten Situationen für notwendig, machte eine Teilnahme von Parteimitgliedern aber von ihrer ausdrücklichen Zustimmung abhängig. Für diesen Fall sagte sie jedoch im Sommer 1932 finanzielle Unterstützung zu und legte feste Rücklagen an.³⁸⁴

³⁷⁵ Front im Bild 8 (4. 5. 1932).

³⁷⁶ StA, PDM 6850: „Merkblatt“ Nr. 1 (1. 9. 1932) der Gau-HA VI des Gaues München-Oberbayern.

³⁷⁷ Vgl. z. B. Front 34 (20. 8. 1932), AdB, „Die NSBO-Gauschulungstagung.“ vom 14. 8.–15. 8. 1932 in München.

³⁷⁸ Front 20 (12. 12. 1931), „Betriebsgruppe Banken und Versicherungen“: Fachgruppenversammlung, 19. 11. 1931.

³⁷⁹ Front 22 (24. 12. 1931), Beilage Arbeitsfront Nr. 6, „Aus den Fachgruppen“.

³⁸⁰ Front 17 (21. 11. 1931), „Gruppe Beamte, Banken und Versicherungen.“

³⁸¹ StA, PDM 6850: PND 764: Versammlung der Fachgruppen Beamte des Gaues am 17. 1. 1932. Ebenda: PND 770: Leiter Fachgruppe Beamte der GL, Blank, in Mitgliederversammlung der Fachgruppe Beamte am 17. 3. 1932.

³⁸² Orlow, Nazi Party, S. 275 ff.

³⁸³ MP 251 (30. 10. 1930), „Hitler entschuldigt sich bei den Metallindustriellen“.

³⁸⁴ StA, PDM 6850: gedr. „Verfügungen“ der ROL/Hauptabt. VI vom 31. 7. 1932: „Streikunterstützungs-Bestimmungen der NSBO“, gültig ab 1. 8. 1932.

Bereits während des Ende 1930 beginnenden Metallarbeiterstreiks, der im Frühjahr 1931 in die Aussperrung Tausender von Arbeitern mündete,³⁸⁵ bezog die NSBO deutlich Stellung. In Berlin riefen NSBO und Gauleitung offen zur Beteiligung am Streik auf.³⁸⁶ Ähnlich unterstützte die NSBO in Bayern im Herbst 1932 den Streik bei BMW.³⁸⁷ Daß der Gau allerdings tatsächlich, wie der NSBO-Funktionär Gleixner behauptete, täglich jedem ledigen NSBO-Mitglied zwei Mark und jedem verheirateten mit Kind drei Mark zuteilte bzw. bisher wöchentlich rund 700 RM ausgegeben hatte, erscheint angesichts der leeren Parteikassen unwahrscheinlich. Gleixner führte aus, der Streik richte sich nicht gegen die Unternehmen, sondern gegen die Regierung Papen und die von ihr erlassenen Notverordnungen.³⁸⁸ Protagonist der radikalen NSBO-Linie war nicht zuletzt Gauleiter Wagner. Charakteristisch hierfür war seine Rede in einer Münchner NSBO-Versammlung im März 1931, deren aggressive Parteinahme für die Arbeiterschaft stürmischen Applaus erhielt. Die Arbeitgeber in der NSDAP, wie auch die Münchner Wirtschaftsführer, konnten von solcher Polemik nicht unberührt bleiben. Denn Wagner prophezeite zwar, daß den Gewerkschaften nach einer „Machtergreifung“ „der Garaus gemacht werde“, doch warnte er zugleich, heute seien sich Betriebsrat und Arbeitgeber „in der Ausbeutung der Arbeiterschaft vollständig einig“, daher verlange die NSDAP „ein Besitzrecht des Arbeiters an dem Betrieb“. „Im kommenden Dritten Reich habe der Arbeitgeber für den Lebensabend des Arbeiters zu sorgen“. Das derzeitige Fürsorgesystem sei angesichts des staatlichen Bankrottes bald am Ende angelangt. „Aus diesem Grunde will die NSDAP auch die politische und wirtschaftliche Revolution.“ Ihre Aufgabe sei es, „Kämpfer zu schaffen, die auf unserem legalen Weg, wenn die Stunde der Abrechnung gekommen ist, die Zerstörer dann da aufhängen werden, wo der Galgen am höchsten sein wird“.³⁸⁹ Im Januar 1932 verkündete Wagner vor Vertretern der Münchner Handwerkskammer: „Ja, wir sind sozialistisch, aber nicht im Sinne des Marxismus, sondern im Sinne einer Volksgemeinschaft. Wir dulden nicht, daß nur einzelne aus der Wirtschaft profitieren. Die Wirtschaft darf nicht nur den Kapitalisten dienen, sondern muß dem Volksganzen dienen. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“³⁹⁰ Ähnlich radikale Töne ergriffen Parteifunktionäre in NSBO- oder Mittelstandsversammlungen immer wieder.³⁹¹ Bei einer Goebbels-Versammlung im Oktober 1932 wurde dies bereits durch den Plakattitel deutlich: „Nieder mit der Geldsackdiktatur!“³⁹²

³⁸⁵ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 8. StA, PDM 6850: PND 727 über die Versammlung der NSBO am 10. 3. 1931.

³⁸⁶ VB 247 (17. 10. 1930), „NSDAP solidarisch mit den Metallarbeitern. Streikaufruf der Berliner Gauleitung“.

³⁸⁷ Front 42 (15. 10. 1932), Rubrik: „Der Deutsche Arbeiter“.

³⁸⁸ StA, PDM 6743: PDM., o. D. über die Versammlung der Münchner NSBO am 31. 10. 1932.

³⁸⁹ StA, PDM 6850: PND 727: Versammlung der NSBO am 10. 3. 1931.

³⁹⁰ StA, PDM 6873: KGWK-Versammlung, 15. 1. 1932 im Bauerngirgl, München.

³⁹¹ Vgl. z. B. StA, PDM 6743: Polizeibericht über die NSBO-Versammlung am 26. 2. 1932 zum Thema „Weg mit Lohnkürzungen!“ Ebenda: Polizeibericht über die NSBO-Versammlung am 3. 12. 1932 zum Thema „Schluß mit dem Lohn-, Unterstützungs- und Rentenraub“.

³⁹² Front 40 (1. 10. 1932), Anzeige von der „Massenkundgebung“ der GL/NSBO am 3. 10. 1932 im Zirkus Krone.

Im NSBO-Gauorgan „Betriebsstürmer“ beobachtete die Polizeidirektion 1931 „radikale Ausführungen [...] die sich an der Grenze des Strafbaren bewegen“.³⁹³ Mit derartigen Gebärden hoffte die NSBO, den politisch radikalisierten sowie den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Um verstärkt Mitglieder aus der Arbeiterschaft zu werben, bot die NSBO überdies verminderte Mitgliedsbeiträge für Erwerbslose an. Zudem mußte ein NSBO-Mitglied zunächst nicht automatisch in die NSDAP eintreten und damit zwei Mitgliedsbeiträge zahlen. Jedoch war es nicht erlaubt, aus der NSDAP aus- und wegen des geringeren Mitgliedsbeitrages in die NSBO einzutreten. Gerade das taten mit stillschweigender Duldung der NSBO offensichtlich zahlreiche Erwerbslose.³⁹⁴ Trotzdem gewann die NSBO reichsweit nur schleppend neue Mitglieder, der Aufbau von Betriebszellen machte unabhängig von der Gegenwehr in den Betrieben kaum Fortschritte, und man war weit davon entfernt, etwa den Freien Gewerkschaften ernsthafte Konkurrenz zu bieten.³⁹⁵ Daher versuchte die NSBO schließlich im Februar 1931 im Reich wie auch in München-Oberbayern, die Parteimitglieder unter Androhung des Parteiausschlusses zum Eintritt in die Betriebszellen zu zwingen. Infolge der auftretenden Widerstände reduzierte sich dieser Beschluß im Mai 1932 auf den rein „moralischen“ Druck.³⁹⁶

Der Widerstand gegen „politische Zellen“ war in den Münchner Betrieben naturgemäß vehement. Selbst das Buchgewerbehaus Müller & Sohn, immerhin wichtigster Geschäftspartner des Parteiverlages und Druckerei des „Völkischen Beobachters“, behandelte Nationalsozialisten keineswegs bevorzugt. Der Betrieb verhinderte jede Parteipropaganda und schreckte dabei selbst vor Schikanen und Einstellungsverboten nicht zurück. Die NSBO hatte noch 1931 bei den Betriebsratswahlen in der Druckerei eine herbe Niederlage erlitten. Nachdem sich darüber mittlerweile bereits die sozialdemokratische Presse amüsierte, kam es Ende April 1931 zwischen dem Leiter des Parteiverlages, Amann, und der NSBO-Gauleitung zu einer heftigen Auseinandersetzung. Amann konterte die Anschuldigungen in der für ihn typischen Art mit derart aggressiven Attacken gegen den NSBO-Gaureferenten für Beamtenfragen Blank,³⁹⁷ daß dieser (allerdings vergeblich) beim Parteischiedsgericht Klage einreichte.³⁹⁸ Angesichts des Mißerfolgs beim Aufbau von Betriebszellen, die vermutlich in der Regel sofort betriebsintern verboten wurden, beteiligte sich die NSBO im Frühjahr 1931 „erstmalig“ mit eigenen Listen an Betriebsratswahlen in München. Da Mitglieder eines Betriebsrates weitgehenden Kündigungsschutz genossen, sah sie wenigstens hier eine Möglichkeit, NS-Zellen in jedem Betrieb zu schaffen. Dabei zielte man „unter allen Umständen“

³⁹³ StA, PDM 6850: Vermerk PDM/VI/N vom 9. 3. 1931.

³⁹⁴ Verordnungsblatt der NSDAP Nr. 26 (30. 6. 1932): „Bekanntgabe“ ROL vom 21. 6. 1932.

³⁹⁵ Orlow, Nazi Party, S. 237 und 276.

³⁹⁶ StA, PDM 6850: Rschr. Nr. 10 (1. 5. 1932) der ROL/HA VI (Betriebszellen). Front 13 (25. 3. 1932), „Gaubefehle“.

³⁹⁷ Zur Biographie Blanks: StA, PDM 6850: Vermerk PDM/VI/d vom 10. 9. 1932. BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Blank, Leonhard.

³⁹⁸ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Blank, Leonhard: Bericht des Gau-NSBO-Leiters Frey vom 23. 4. 1931. Ebenda: Blank an RL-USchLA vom 30. 4. 1931. Ebenda: Antwort des USchLA-RL vom 5. 5. 1931.

auch auf die städtischen und staatlichen Betriebe, ja selbst auf das Münchner Amtsgericht ab.³⁹⁹ Im Oktober 1931 versuchte die NSBO, anlässlich der Neuwahl des Verwaltungsstellenvorstandes in der Münchner Barmer Ersatzkasse Fuß zu fassen. Im selben Monat beteiligte sie sich auch an den Beamtenratswahlen bei der Münchner Reichsbahn.⁴⁰⁰

Die Frauenorganisationen

Die Hauptaufgabe der Münchner NS-Frauenorganisationen war, wie bereits beschrieben, das soziale Engagement innerhalb der NSDAP. Daneben hielten sie in München neben ihren Mitgliederabenden sporadisch größere Versammlungen ab⁴⁰¹ und unterstützten damit etwa den Reichspräsidentenwahlkampf.⁴⁰² Im Mai 1932 hielt die Organisation im Mathildensaal erstmals eine Feierstunde zum Muttertag ab.⁴⁰³ Im Sommer 1932 reagierte eine Versammlungsreihe auf die zeitgleiche SPD-Kampagne, die prophezeit hatte, das „Dritte Reich“ würde Frauen auf die „Aufzucht“ von Kindern beschränken, ihre totale Unterordnung unter den Mann durchsetzen und ihnen jegliche politische Rechte absprechen.⁴⁰⁴ Wie die NSDAP 1932 die Propaganda unter Frauen zu gestalten gedachte, wurde auf der ersten Münchner „Beratungstagung“ der NS-Frauenschaftsleiterinnen im Reich Ende März 1932 deutlich. Eine Referentin erklärte hier offen, Frauen zeigten sich Emotionen besonders zugänglich und seien besonders empfänglich für die Person Hitlers. Deshalb gelte es, im Wahlkampf mit emotional gehaltener Propaganda bzw. intensivem Personenkult zu arbeiten und an den Frauenschaftsabenden die Schulung anhand von „Mein Kampf“ voranzutreiben.⁴⁰⁵ Diese Anregungen flossen unmittelbar in die Münchner Aktivitäten der NS-Frauen ein.

Die Politik gegenüber der rechtsgerichteten Konkurrenz

Seit 1928 verfolgte die NSDAP einen moderaten Kurs gegenüber den rechtsgerichteten Verbänden, insbesondere dem Stahlhelm. Entsprechend ordnete Hitler für den Reichsfrontsoldatentag in München Anfang Juni 1929 an, obwohl er der SA die Teilnahme verboten hatte, den Stahlhelm und die anwesenden Wehrver-

³⁹⁹ StA, PDM 6850: PND 727: Versammlung der NSBO am 10. 3. 1931: Ausführungen Leonhard Blanks.

⁴⁰⁰ Front 10 (3. 10. 1931), „Achtung Pg, vormerken!“.

⁴⁰¹ Die Front 1930–1932, AdB. IfZ, MA 738: Einladungen u. a. der Ortsgruppe Ramersdorf 1931–1932.

⁴⁰² MNN 97 (10. 4. 1932), „Große nationalsozialistische Frauen-Versammlung“ im Augustinerkeller.

⁴⁰³ Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 162.

⁴⁰⁴ HStA, Slg. Varia 1328: Einladung zur Versammlung am 5. 7. 1932 der Ortsgruppe 27. StA, PDM 6743: Polizeibericht über die Versammlung am 29. 7. 1932 im Wittelsbacher-garten. Vgl. z. B. MP 58 (11. 3. 1931), „Wie würde es der Frau im ‚Dritten Reich‘ ergehen?“; hier Bericht über zwei Frauenversammlungen der SPD-Neuhausen zum Thema. Vorwärts 198 (29. 7. 1932), „Die Frau im Dritten Reich.“ Vgl. auch Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 163.

⁴⁰⁵ VB 65 (29. 3. 1932), Beiblatt „Die Deutsche Frauenbewegung“.

bände mit besonderem Respekt und Wohlwollen zu behandeln.⁴⁰⁶ Bereits im Mai 1929 warnte die Münchner Polizeidirektion davor, daß das neuerdings sehr freundliche Verhältnis zwischen NSDAP und Stahlhelm von politisch nicht zu unterschätzender Wirkung sei.⁴⁰⁷ Hitler verfolgte jedoch vor allem eigennützige Ziele, wie er vor Parteifunktionären des Gaues Rheinland im November 1930 offen bekannte. Er betrachte den Stahlhelm, der in hohem Maße den Zielen der NSDAP zustimme und die gegenseitige Zurückhaltung in politischen Fragen zugesagt habe, zu „60 Prozent“ als Reserve für SA und SS und hoffe, über den Verband „gewisse Kreise der Wehrmacht“ für die Partei zu gewinnen.⁴⁰⁸ Obwohl Doppelmitgliedschaften für Nationalsozialisten parteioffiziell strikt verboten waren und etwa im Fall des BHS oder anderer Organisationen unnachsichtig geahndet wurden,⁴⁰⁹ tolerierte Hitler dies gegenüber dem Stahlhelm bis Sommer 1930. In der Folge wurden Doppelmitgliedschaften vor allem in Südbayern und München alltäglich. Anschließend erinnerte die NSDAP wieder mit Nachdruck an ihr Verbot, und der Stahlhelm befahl seinen Mitgliedern, aus der Partei auszutreten.⁴¹⁰ Davon abgesehen hielt sich auch die Gauleitung an die angeordnete Zurückhaltung und bot den rechtsgerichteten Verbänden, allen voran dem bayerischen Stahlhelm, sogar während der kurzzeitigen Spannungen zwischen beiden Organisationen auf Reichsebene im Sommer 1930 stets ihre freundliche Seite.⁴¹¹ Hitlers Einschätzung der Stahlhelm-internen Zustimmung zur NSDAP mag übertrieben erscheinen, ideologisch näherte sich der Verband der Partei an und wechselte seit 1928 von einer eher gemäßigt-antirepublikanischen Haltung zur radikalen Ablehnung der Weimarer Demokratie. Die noch 1930 entspannten Beziehungen zur NSDAP schwankten in den folgenden Jahren fortwährend zwischen Ablehnung und Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Kalkulierte nationalsozialistische Konfrontationen und die ständigen Mitgliederverluste an die NSDAP rissen die Gegensätze immer wieder auf, nicht zuletzt anlässlich der Kandidatur des Stahlhelmführers Duesterberg bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932. Im Herbst 1932 bemühte sich die Stahlhelmführung trotz der aggressiven Kampagne der Nationalsozialisten erneut um eine Annäherung.⁴¹² Diese Schwankungen wirkten sich auch auf die Münchner Verhältnisse aus. Traten Verbandsführer gerade 1929 und 1930 immer wieder mit wärmsten Empfehlungen für Hitler und die NSDAP vor ihre Mitglieder, so häufte sich Jahresende 1931 und 1932 die Kritik,⁴¹³ und man versuchte, der Mitgliederverluste Herr zu werden. Denn an der Basis tendierten viele Stahlhelmer auch in Bayern und München mehr und mehr zur NSDAP.

⁴⁰⁶ StA, Lagebericht 79 (8. 6. 1929), S. 14.

⁴⁰⁷ Motzet, NSDAP, S. 97.

⁴⁰⁸ HRS IV/1, Dok. 30, S. 122f.: Hitler auf der NSDAP-Führertagung in Köln am 22. 11. 1930.

⁴⁰⁹ Nußer, Wehrverbände, S. 313. Bennecke, Hitler und die SA, S. 162.

⁴¹⁰ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 10. StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 10.

⁴¹¹ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 10.

⁴¹² Berghahn, Stahlhelm, u. a. S. 103 ff., 113–123, 183 ff., 243 f.

⁴¹³ Der Protest des bayerischen Stahlhelmführers Lenz im Dezember 1931 traf auf die für Röhms charakteristische arrogante Zurückweisung: Berghahn, Stahlhelm, S. 188.

Hoffnung auf den Durchbruch: Die Wahlkämpfe 1929 bis Juli 1932

Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Kommunalwahl 1929

Im Herbst und Winter 1929 boten sich der Münchner NSDAP zwei Möglichkeiten, die Wirksamkeit der Parteireformen zu testen: das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Münchner Kommunalwahl am 8. Dezember. Da sich die Agitation der Partei bei beiden Ereignissen ineinander verzahnte, werden diese Aktivitäten im Folgenden zusammen dargestellt. Anfang Juli 1929 initiierte der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ ein Referendum, mit dem die Annahme des Young-Plans durch Reichsregierung und Reichstag verhindert werden sollte. Dieser Plan sah entsprechend den Beschlüssen der Pariser Konferenz die Verringerung und endgültige Fixierung der deutschen Reparationen vor. Im Reich gehörten dem Ausschuß die DNVP, „Stahlhelm“, „Reichslandbund“, „Alldeutscher Verband“ und einige kleinere Organisationen an.⁴¹⁴ In Bayern unterstützten das Volksbegehren zusätzlich der BHKB, der BBUr, die VVVB und die VVVM sowie eine Reihe weiterer Gruppierungen.⁴¹⁵ Hitler und die NSDAP traten dem Ausschuß nach längerem Zögern im August bei.⁴¹⁶ Bereits seit Ende Juni waren die Versammlungsredner und Ortsgruppenführer im Reich angewiesen, das „Pariser Abkommen“ verstärkt zu thematisieren.⁴¹⁷ Die Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren verlief in München vom 16. bis zum 29. Oktober, der Volksentscheid war für den 22. Dezember festgelegt.⁴¹⁸

In ihrem Aufwand an Schriftpropaganda zeigte sich die Partei im Münchner Wahlkampf von September bis Dezember gegenüber 1928 eher zurückhaltend. Der Kassenbericht der Ortsgruppe Schwabing bezifferte die Kosten für entsprechende Plakatierungsaktionen auf rund 56 RM, fünf Prozent der Gesamtausgaben des Jahres 1929⁴¹⁹ und etwa genauso viel, wie die Sektion 1928 aufgewandt hatte.⁴²⁰ In München⁴²¹ wurden mindestens⁴²² zwei Flugblätter anlässlich des

⁴¹⁴ Der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan“ wurde am 9. 7. 1929 in Berlin gegründet; in Bayern entstand im Juli 1929 ein eigener Landesauschuß unter der Leitung des bayerischen Stahlhelms: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 84 ff. Vgl. überdies die StA, Lageberichte der zweiten Jahreshälfte 1929 82 (14. 8. 1929) bis 88 (17. 12. 1929). Schulz, *Vorabend der großen Krise*, S. 422 ff.

⁴¹⁵ StA, PDM 6766: Vermerk der PDM/Vd vom 25. 11. 1929.

⁴¹⁶ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 10.

⁴¹⁷ StA, Lagebericht 80 (2. 7. 1929), S. 15.

⁴¹⁸ ZBSL 62 (1930), S. 267 ff.

⁴¹⁹ IFZ, MA 1221: Kassenbericht der Ortsgruppe Schwabing für 1929; diese Ausgaben Ende 1929 könnten möglicherweise auch Ausgaben für die SA beinhalten.

⁴²⁰ Kapitel III.3., S. 183.

⁴²¹ Die in München verteilten Flugblätter waren inhaltlich auf die Verhältnisse bzw. Vorkommnisse in der Stadt abgestimmt oder sprachen die Münchner direkt an.

⁴²² Die 1929–1933 in München verteilten Flugblätter und Plakate lassen sich aus folgenden Quellen rekonstruieren: VB, AdB 1929–1933. Front 1931–1932. SMP 1932–1933. StA, Lageberichte 1929–1932. StA, PDM 6757, 6661, 6665, 6666, 6669, 6774, 6775: Klebezettel, Flugblätter und Plakate der NSDAP 1929–1933. HStA, Abt. 5, Flugblatt-Sammlung 10; Es ist nicht nachzuprüfen, ob diese Flugblatt-Sammlung der ehemaligen „Sammlung Rehse“ sämtliche Flugblätter, die 1929 in München im Umlauf waren, erfaßte; grundsätz-

Referendums sowie sechs verschiedene Flugblätter und drei Plakate anlässlich der Kommunalwahlen 1929 verbreitet. Offensichtlich erhielten die Ortsgruppen auch jetzt die Flugblätter von der Reichsleitung. Eine Abrechnung erfolgte möglicherweise über die Wahlsonderumlage, für die von jedem Mitglied ein bestimmter Betrag eingetrieben wurde.⁴²³ Zusätzlich brachte der Herrschinger Verlag des Leiters der Reichsrednerschule, Fritz Reinhardt, in München zwei jeweils 24 und 32 Seiten starke Broschüren mit den Themen „Young-Plan-Menschenexport. Warum?“ und „Hände weg vom Young-Plan. Warum?“ zur Verbreitung.⁴²⁴ Nachdem die Parteispitze an den vielen Kommunal- und Landtagswahlen, die in der zweiten Hälfte 1929 im Reich anstanden, weit größeres Interesse besaß als am Plebiszit, engagierte sie sich, im deutlichen Gegensatz zum Reichsausschuß, nur mit einer geringen Zahl an Flugschriften. Das Referendum diente nicht zuletzt in den Münchner Großveranstaltungen vorwiegend als ergänzende Propagandamunition für die als wichtiger erachteten Wahlen.⁴²⁵ Von Anfang September bis zum Ende der Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren hielten die Nationalsozialisten in der Stadt 12 Großveranstaltungen ab.⁴²⁶ Vermutlich durch die geringe Zahl an Eintragungen entmutigt,⁴²⁷ behandelten die Parteiredner das Thema „Young-Plan“ in den 13 großen der Kommunalwahl gewidmeten Versammlungen nur noch am Rande und begnügten sich in den 14 Tagen zwischen der Wahl am 8. Dezember und dem Volksentscheid mit zwei Großveranstaltungen zum Referendum. Insgesamt hielt die NSDAP in den vier Monaten bis zum 22. Dezember 27 Versammlungen in den großen Münchner Sälen ab, sieben davon mit Hitler. Allein am 3. Dezember überzog sie die Stadt mit 20 Veranstaltungen in drei großen und 17 kleineren Gasthäusern. Zu diesem Zweck transportierte die Reichslei-

lich wurden hier auch Flugblätter, die im gesamten Reich oder in bestimmten Ländern ausgegeben worden waren, gesammelt.

⁴²³ IfZ, MA 738: Bestätigung GL vom 28. 1. 1930 über den Erhalt von 350 RM von der Ortsgruppe Schwabing.

⁴²⁴ StA, PDM 6741: Anzeige auf der Rückseite des Flugblattes „Organisierter Volksbetrug“.

⁴²⁵ Jung, Plebiszitärer Durchbruch, S. 500–507; allein in Preußen, Sachsen und Hessen standen am 17. November Kommunalwahlen an; daneben fanden z. B. am 27. Oktober des Jahres in Baden und am 8. Dezember in Thüringen Landtagswahlen an. Lt. Jung sah die Parteispitze darüber hinaus im Volksentscheid ohnehin nur eine „punktuelle Sachreglung“: Ebenda, S. 507.

⁴²⁶ Die nationalsozialistischen Versammlungen 1929–1933 lassen sich aus folgenden Quellen rekonstruieren: StA, PDM 6739: Hs. Zusammenstellung der Parteiversammlungen 1928–1929, vermutlich Ende 1929 durch die NSDAP verfaßt. Vgl. generell: StA, PDM 6740–6745: Polizeiberichte über NSDAP-Versammlungen 1929–1933. 6774. 6660–6667: Veranstaltungseinladungen 1929–1933. StA, NSDAP 740, und StA, PDM 6823: Befehle der Münchner SA-Verbände im Februar und März 1933. HStA, Slg. Varia 1325, 1328: Versammlungseinladungen 1929–1933. HStA, MIInn 81583–81588: Vermerke der PDM/VI zum Wahlkampf 1929–1933. StA, Lageberichte 1929–1932. Zu den Versammlungen mit Hitler 1929 vgl.: HRS III/1/ Dok. 86 (S. 411), Dok. 93 (S. 440) und ebd. III/2, Dok. 106 (S. 479), Dok. 108 (S. 497), Dok. 113 (S. 525), Dok. 116 (S. 532). StA, PDM 6774: Vermerke der PDM/VI vom März und April 1932 zum Wahlkampf. IfZ, MA 738: Korrespondenz Ortsgruppen mit GL 1932 und Versammlungseinladungen. IfZ, MA 1216: Rschr. der GPL 1930–1933. SMP 1932–1933. VB 1929–1933, AdB. BSZ 1929–1933.

⁴²⁷ Nur sechs Prozent der wahlberechtigten Münchner stimmten dem Begehren zu: ZBSL 62 (1930), S. 267 ff.

tung SA-Verbände aus Regensburg, Eichstätt, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Ulm und Stuttgart herbei und rief die besten Parteiredner aus ganz Deutschland zusammen: Hitler, Goebbels, Straßer, Kube, Göring, Heines, Buttmann, Schemm und mehrere Gauleiter. Hitler, bei dessen Ankunft die Zuhörer nicht selten sogar auf Stühle und Tische stiegen,⁴²⁸ sprach kurz in jeder der Versammlungen. Daneben hatten die Ortsgruppen nun mit eigenen wöchentlichen Versammlungen den Wahlkampf zu unterstützen.⁴²⁹ Mit diesem Veranstaltungsaufwand übertraf die NSDAP die BVP bei weitem.⁴³⁰ Die SA beteiligte sich mit drei Propagandamärschen am Wahlkampf. Am 20. Oktober 1929 führte Edmund Heines 300 SA-Leute durch Pasing. Fünf Tage später marschierten 400 SA- und SS-Leute gemeinsam mit 800 Stahlhelmlern vom Zirkus Krone bis zur Bannmeile in der Innenstadt.⁴³¹ Am Sonntag, den 1. Dezember, fuhren, von starken Polizeikräften begleitet, rund 1100 SA- und SS-Leute auf 48 Lastwägen verteilt (in strömendem Regen) vier Stunden durch die Stadt, sangen politische Lieder und verteilten Propagandaschriften. Obwohl hierfür eigens Verbände aus dem Umland sowie aus Eichstätt, Ingolstadt, Landshut und Plattling gekommen waren, zeigte die Münchner Bevölkerung kaum Interesse.⁴³² Gleichzeitig versuchte die neue Gauleitung die städtische Parteibasis mit aller Kraft für den Wahlkampf einzuspannen. Wagner wies die Parteiführer an, diese zu koordinieren und zu überwachen, und befahl der Mitgliedschaft: „Schleppt am [Wahl-]Sonntag alles, was Beine hat, zur Wahl! Wählt selbst in den frühen Vormittagsstunden! Die übrige Zeit des Wahltages gehört ausschließlich der Schlepper-Arbeit“.⁴³³

Polizeibeobachter zeigten sich erstaunt über den großen Aufwand der Partei für die bayerischen Kommunalwahlen, der den der anderen Parteien sichtlich überstieg,⁴³⁴ und registrierten gleichzeitig besorgt die wachsende Aggressivität. Die Parteipropaganda in Münchner Zeitungen und Versammlungen griff zu immer drastischeren Methoden der Stimmungsmache und gewann in den Monaten bis zum Volksbegehren erheblich an Schärfe. Während der SA-Führer Edmund Heines in Parteiveranstaltungen mit seiner Vergangenheit als „Fememörder“ prahlte,⁴³⁵ forderte der „Völkische Beobachter“ auf der Titelseite den „Galgen für

⁴²⁸ StA, PDM 6740: Polizeibericht. o. D. über die NSDAP-Versammlung an 29. 11. 1929 im Löwenbräu.

⁴²⁹ VB 279 (1./2. 12. 1929), Anzeige. StA, PDM 6740: Verschiedene Polizeiberichte vom 4. und 5. 12. 1929. StA, Lagebericht 88 (17. 12. 1929), S. 5ff.

⁴³⁰ Vgl. Treu zur Fahne 1 (Mai 1931), „Ein Jahr erfolgreicher Arbeit [der Münchner BVP-Kreisorganisation]“.

⁴³¹ StA, Lagebericht 86 (16. 12. 1929), S. 6 und 14.

⁴³² StA, Lagebericht 88 (17. 12. 1929), S. 5. VB 280 (3. 12. 1929), „Mit unseren Fahnen durch Münchens Straßen“. MP 279 (2. 12. 1929), „Wahlpropaganda à la Zirkus“. NZ 280 (3. 12. 1929), „Aus dem Wahlkampf“.

⁴³³ VB 284 (7. 12. 1929), „Alarmbefehl!“

⁴³⁴ StA, Lagebericht 88 (17. 12. 1929), S. 5. Die Münchner BVP engagierte sich für die Kommunalwahl 1929 mit 12 Großveranstaltungen, 470000 Flugblättern und 5890 Plakaten: Treu zur Fahne 1 (1. 8. 1930), „Aus unserem Kreisverband“.

⁴³⁵ Vgl. z. B. VB 232 (6. 10. 1929), AdB, über die Versammlung am 7. 10. 1929. StA, PDM 6740: Polizeibericht vom 4. 12. 1929 über die Versammlung am 3. 12. 1929 im Arzbergerkeller.

die Young-Politiker“,⁴³⁶ und verbreiteten nationalsozialistische Redner das Gerücht, das Ausland erhalte durch den „Young-Plan“ das Recht, „deutsche Jünglinge und Mädchen als Arbeitskräfte nach den Kolonien zu exportieren“.⁴³⁷ Nationalsozialistische Schlägertrupps attackierten mittlerweile auch BVP-Versammlungen.⁴³⁸ Dabei zog die gestiegene Aggressivität der Partei auch negative Folgen nach sich, denn die Polizei griff nun, wie bereits geschildert, immer öfter zum Verbot von Versammlungen und Flugschriften. Derselbe Effekt entstand vermutlich, als Hitler Anfang November in einem in Presse und Versammlungen ausgetragenen Streit den bayerischen Kronprinzen Rupprecht und seinen Kabinettschef, Joseph Graf Soden-Fraunhofen, zwingen wollte, sich für das Volksbegehren auszusprechen.⁴³⁹

Wenngleich das Volksbegehren in der Stadt nur auf sehr geringe Resonanz stieß, zahlte sich die Beteiligung für die NSDAP in München weit eher aus als im Reich.⁴⁴⁰ Die Mitgliederliste des Landesausschusses Bayern für das Volksbegehren führte 26 prominente Rechtskonservative auf, darunter nahezu die gesamte bayerische Führungsspitze von Stahlhelm und DNVP. Mit dabei waren aus München Hermann Bauer, Landtagsmitglied der DNVP und Führer der VVM, Hans Hilpert, DNVP-Landesvorsitzender, Max Kühner, Münchner Ortsgruppenführer der VVM und Finanzmanager des bayerischen Stahlhelms, Julius Friedrich Lehmann, Verleger und Herausgeber diverser antisemitischer Schriften, Hermann von Lenz, militärischer Leiter des bayerischen Stahlhelms, Walter Otto, Münchner Universitätsprofessor für Alte Geschichte und zugleich hochrangiger Mitarbeiter Hilperts, Alfred von Tirpitz, früherer Großadmiral und bis 1928 Reichstagsabgeordneter der DNVP, Gottfried Traub, der bereits am Kapp-Putsch beteiligte Herausgeber der „Münchner Augsburgischer Abendzeitung“, und schließlich Rudolf von Xylander, Bundesführer des „Bundes Bayern und Reich“ und politischer Leiter des bayerischen Stahlhelms, der auch den Vorsitz des Volksbegehren-Landesausschusses übernahm.⁴⁴¹ Die Zusammenarbeit mit diesem Personenkreis

⁴³⁶ VB 279 (1./2. 12. 1929).

⁴³⁷ StA, Lagebericht 86 (16. 12. 1929), S. 1.

⁴³⁸ Nationalsozialisten störten die BVP-Versammlung am 12. 11. 1929 in der Blüte massiv: BK 290 (13. 11. 1929), „Die Bayer. Volkspartei in Staat und Gemeinde“.

⁴³⁹ StA, Lagebericht 86 (16. 12. 1929), S. 4. Hoser, Tagespresse, S. 672 ff. Benz, Berichte, S. 226: Eintragung Mosers vom 3. 11. 1929. HRS III/2, Dok. 93, S. 430–440: Hitler am 6. 11. 1929 im Bürgerbräukeller zum Thema „Kabinettspolitik und Volksbegehren – eine Antwort an den Graf Soden“. Ebenda, Dok. 94, S. 440–458: offener Brief Hitlers an Graf Soden-Fraunhofen am 7. 11. 1929 im VB: „Graf Sodens Kabinettspolitik im Dienste der Young-Front“. Im Januar 1930 führte Hitler wegen der Berichte der Münchner Telegrammzeitung einen Beleidigungsprozeß gegen dessen Chefredakteur: HRS III/3, Dok. 5, S. 17–31.

⁴⁴⁰ Jung sieht für die Partei weder finanziellen noch propagandistischen Gewinn aus der Beteiligung am Referendum; die NSDAP habe vom Reichsausschuß keine Gelder und kaum publizistische Unterstützung erhalten; gleichzeitig habe die Mitarbeit die Partei auch nicht wesentlich aufgewertet, da sie u. a. von Hugenberg keineswegs bevorzugt und gleichrangig behandelt worden sei; die Stärke der NSDAP beruhe zu diesem Zeitpunkt auf ihrem eigenen wachsenden Erfolg bei den regionalen und lokalen Wahlen: Ders., Plebiszitärer Durchbruch, S. 493–509.

⁴⁴¹ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 16–18. Zu Bauer: Nußer, Wehrverbände, S. 285, und Hoser, Tagespresse, S. 538, Anm. 208. Zu Hilpert: Hoser, Tagespresse, S. 689. Zu Kühner:

verschaffte der bislang politisch eher unbedeutenden NSDAP in der zweiten Jahreshälfte 1929 auf jeden Fall Ansehen und Aufmerksamkeit in den konservativen nationalen Kreisen Bayerns. Entsprechende Wirkung besaß nicht zuletzt der gemeinsame Auftritt Hitlers mit dem reichsweit prominenten Hugenberg Ende Oktober des Jahres.⁴⁴² Mittlerweile konnte die bayerische NSDAP ja auch eine nicht unbeträchtliche nominale Stärke vorweisen.⁴⁴³ Das Referendum bot der Partei darüber hinaus ideale Propagandamunition für den Kommunalwahlkampf und generell gute Profilierungsmöglichkeiten. Diese Tatsachen förderten die Entwicklung zur Massenbewegung zumindest in München, auch wenn es die NSDAP hier nicht einmal vermochte, die potentielle Anhängerschaft vollständig für den Volksentscheid zu mobilisieren.⁴⁴⁴

Die Reichstagswahl im September 1930

Ermutigt durch die deutlichen Erfolge bei verschiedenen Kommunal-⁴⁴⁵ und Landtagswahlen im Vorjahr sowie die Landtagswahl im Juni 1930 in Sachsen⁴⁴⁶, stürzte sich die Parteileitung in eine groß angelegte Kampagne um die Wahl am 14. September 1930. Hitler stellte in der Parteiführertagung in München vor Gauleitern und Mandatsträgern den Kampf gegen die Befürworter des „Young-Planes“ und hier wiederum nicht lokale Vorgänge, sondern die Reichspolitik, in den Mittelpunkt der Propaganda. Entsprechend dem in der Tagung propagierten Ziel, den „marxistischen Novemberstaat sturmreif“ zu schießen, verordnete Gauleiter Wagner seinerseits der Münchner Partei das Motto: „Tod dem Marxismus, Tod dem Pazifismus!“⁴⁴⁷ Die Wahlkampfaktivitäten der Gauleitung in der Stadt wie auf dem Lande ließen die Münchner Polizeidirektion erneut, wie schon 1929, von einem „außerordentlichen“ und „bisher nie gezeigten“ Aufwand sprechen.⁴⁴⁸ Sofort nach der Reichstagsauflösung am 18. Juli begann die Partei in München mit ihren Großveranstaltungen und ließ hiermit bald alle anderen Par-

StA, Lagebericht 68 (13. 7. 1928), S. 13; ebenda, S. 75 (23. 3. 1929), S. 18; ebenda 82 (14. 8. 1929), S. 17. Nußer, Wehrverbände, S. 289 und 292. Zu Lenz: StA, Lageberichte 79–107 und Hoser, Tagespresse, S. 212, Anm. 45. Zu Walter: BA, Berlin (ehem. BDC): Pk Walter, Otto. Hoser, Tagespresse, S. 72, Anm. 25. Zu Tirpitz: Hoser, Tagespresse, S. 48, Anm. 33; Zu Traub: Hoser, Tagespresse, S. 641 ff., 1099f. Zu Xylander: StA, Lagebericht 77 (7. 5. 1929), S. 20.

⁴⁴² Jung, Plebiszitärer Durchbruch, S. 494.

⁴⁴³ Alleine die Münchner NSDAP umfaßte Ende 1929 rund 3400 Mitglieder: Kapitel IV.5., S. 213.

⁴⁴⁴ So Gauleiter Wagner vor der Sektion Westend am 23. 10. 1929: StA, PDM 6733: Polizeibericht PND 676 (30. 11. 1929).

⁴⁴⁵ Jung, Plebiszitärer Durchbruch, S. 504 f. Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 89–113.

⁴⁴⁶ So erhielt die NSDAP bei den Landtagswahlen 1929 in Baden 7 Prozent und in Thüringen 11,3 Prozent sowie bei den Bürgerschaftswahlen in Lübeck 8,1 Prozent; bei der Landtagswahl in Sachsen 1930 waren es 14,4 Prozent: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 90, 96, 108 und 111.

⁴⁴⁷ StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 6 f. Paul, Aufstand der Bilder, S. 91 f.

⁴⁴⁸ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 7. Der Wahlkampf zeigte in ganz Bayern wie auch reichsweit ein bislang nicht gekanntes Ausmaß: Pridham, Hitler's Rise, S. 137. Paul, Aufstand der Bilder, S. 92 f.

teien weit hinter sich.⁴⁴⁹ In den acht Wochen bis zum 14. September organisierte die Münchner NSDAP 25 Versammlungen in großen Sälen und knapp 60 Ortsgruppenveranstaltungen in kleineren Gasthäusern, die nahezu alle gut besucht wurden.⁴⁵⁰ In der Hoffnung, den „Epp-Effekt“ von 1928 zu wiederholen, warb die Partei in den Großveranstaltungen besonders mit dem einundachtzigjährigen Weltkriegsgeneral Litzmann,⁴⁵¹ während sich Prinz August Wilhelm von Preußen, der Sohn des letzten deutschen Kaisers, für die Münchner SS engagierte.⁴⁵² Neben größeren Mengen an Klebezetteln⁴⁵³ erhielten die Münchner Ortsgruppen mindestens fünf allgemeine Flugblätter und ein weiteres, das sich speziell an die Bewohner von Neubauwohnungen wandte. Zusätzlich wurden mindestens drei Plakate herausgegeben, deren Verteilung die Gauleitung in München selbst übernahm.⁴⁵⁴ Außerdem verbreitete die Partei in München eine nicht mehr feststellbare Anzahl der insgesamt 30 Sonderdrucke des „Völkischen Beobachters“, die teilweise auch als Flugblätter und Plakate konzipiert waren.⁴⁵⁵ Dieser Aufwand glich wie schon 1928 in etwa dem Schriftmaterialien-Einsatz der BVP.⁴⁵⁶ Allerdings arbeitete die Münchner NSDAP diesmal nicht mit einem detaillierten Verteilungsplan – möglicherweise ein Hinweis auf die noch ausstehende Besetzung des Amtes des Gaupropagandaleiters. Dieses bereits geschilderte Vakuum hatte jedoch keine nachteiligen Folgen für das Versammlungswesen oder für die Verteilung der Schriftmaterialien.⁴⁵⁷ Die polizeilichen Einschränkungen der Flugblattpropaganda versuchten SA und SS auf jede erdenkliche Weise zu kom-

⁴⁴⁹ StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 1. Das Urteil der PDM bestätigt das BVP-Mitteilungsorgan: Die Münchner BVP hielt im Wahlkampf insgesamt nur 33 Veranstaltungen, davon sechs in den großen Münchner Sälen, ab: *Treu zur Fahne* 1 (1. 8. 1930), 2 (26. 8. 1930) und 3 (8. 9. 1930), vgl. jeweils die Versammlungsanzeigen.

⁴⁵⁰ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1929–1933). Vgl. darüber hinaus: StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 1. StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 7. *Die Front* 1 (1. 9. 1930) und 2 (15. 9. 1930), jeweils Versammlungskalender.

⁴⁵¹ *Münchner Wacht* 9 (15. 7. 1930), „General Litzmann in München“.

⁴⁵² StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 8.

⁴⁵³ StA, PDM 6774: Vermerk Polizeireferat VI vom 17. 2. 1932 über die Aktivitäten des Adjutanten der SS-Standarte München, Ostberg, seit 1930. In dessen Wohnung waren am 15. 5. 1930 ca. 300 000 Stück beschlagnahmt worden.

⁴⁵⁴ IFZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf, Sektionsführer, Zellenobleute und Propagandawarte zur Reichstagswahl am 14. 9. 1930, o. w. A.. IFZ, MA 1216: GGF an sämtliche Ogf und Sektionsführer vom 27. 8. 1930. Vgl. auch Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zur Schriftpropaganda).

⁴⁵⁵ VB August und September 1930, Anzeigen der RPL. In Nordbayern verteilte die NSDAP z. B. nur zehn dieser Flugblätter: StA, PDM 6764: StA, Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg 180 (8. 10. 1930), S. 5.

⁴⁵⁶ Für die Reichstagswahl 1930 verteilte die BVP ein Flugblatt an Haushalte (insgesamt 280 000 Stück) und bot zudem 12 Flugblätter (285 000 Stück), 6 Sondernummern der „*Treu zur Fahne*“ und eine *Wahlzeitung* (248 000 Stück), 2 Bild- und 31 Schriftplakate (14 000 Stück) an: *Treu zur Fahne* 1 (Mai 1931), „Ein Jahr erfolgreicher Arbeit“.

⁴⁵⁷ Somit ist auch Pauls Darstellung zu widersprechen, es habe für diesen Wahlkampf keine effektive Organisation gegeben: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 68. Das reibungslose Funktionieren der Münchner Aktivitäten läßt vermuten, daß hier möglicherweise der GGF mitarbeitete.

pensieren.⁴⁵⁸ So entsandte z. B. der SS-Sturm 69 bis zum Wahlsonntag regelmäßig nachts drei „Klebegruppen“ von je zehn Mann mit Fahrrädern in das Stadtgebiet und die Außenviertel, speziell zu sämtlichen Fabriken. Während jeweils der größere Teil einer Gruppe gegen politische Gegner und die Polizei Posten stand, überzog der Rest die Umgebung mit Klebezetteln und Plakaten. Im Braunen Haus wartete ein zusätzliches Kommando, um notfalls zu Hilfe zu eilen.⁴⁵⁹ Ähnlich waren auch SA-Stürme in der Stadt unterwegs.⁴⁶⁰ Die auch unter den übrigen Parteimitgliedern große Bereitschaft zur Mitarbeit wurde nicht zuletzt durch die noch darzustellende, von der Propaganda geschürte und an der Parteibasis weit verbreitete Hoffnung auf eine Machtübernahme stimuliert. Das Wahlergebnis, das an späterer Stelle geschildert werden wird, enttäuschte diese Hoffnungen zwar, war jedoch auch in München ein beachtlicher Erfolg.

Herbst 1930 bis Februar 1932: Ernüchterung und Zerreißprobe

Nach dem erstaunlichen Wahlerfolg im September 1930 rechnete die Münchner NSDAP nicht im mindesten mit den starken Spannungen und Erschütterungen, die sie in den folgenden knapp eineinhalb Jahren bis zur Reichspräsidentenwahl 1932 belasten sollten. Zuerst zerfielen die großen Hoffnungen auf eine baldige Machtübernahme, die breite Teile der Parteibasis hegten. Erst im Frühjahr 1932 zeichnete sich mit der Reichspräsidentenwahl eine erneute Möglichkeit ab. Dann ernüchterten im Frühjahr 1931 die Presseenthüllungen über Röhm's Homosexualität und die Stennes-Affäre die Münchner Partei und lähmten, Polizeibeobachtern zufolge, zeitweise „fast jede positive Parteiarbeit“.⁴⁶¹ Um von der unangenehmen Situation abzulenken, inszenierte der NSDStB – höchstwahrscheinlich auf Anraten der Gauleitung – die Krawalle gegen den Universitätsprofessor Nawiasky.⁴⁶² Die Gauleitung suchte ihrerseits im Widerstand gegen das Uniformverbot die Konfrontation mit der Polizei. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Bankenkrise ging die Polizei, wie bereits dargelegt, im Juli dazu über, in München, wie in ganz Bayern, beinahe alle NSDAP-Versammlungen zu verbieten. Die Stimmung der nationalsozialistischen Aktivisten in der Stadt wurde äußerst angespannt; Putschgerüchte machten sich breit.⁴⁶³ Als Ende Juni 1931 Überlegungen des amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover, die Reparationen vorerst einzustellen, bekannt wurden,⁴⁶⁴ traf diese Nachricht die Münchner Parteiaktivisten

⁴⁵⁸ Vgl. z. B. StA, PDM 6764: Bericht der Schutzpolizei des 9. Stadtbezirkes vom 31. 7. 1930.

⁴⁵⁹ StA, PDM 6828: PND-Bericht 708 (28. 8. 1930) über den Appell der SS-Standarte München am 26. 8. 1930. StA, PDM 6829: PND-Bericht 708 (17. 9. 1930) über den Appell der SS-Stürme 69 am 1. 9. 1930.

⁴⁶⁰ StA, PDM 6764: Vermerke PDM/VI vom 2.9., 16.9., 22.9., 23.9. und 25. 9. 1930.

⁴⁶¹ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1. Zu den Vorgängen um Röhm und Stennes: Kapitel IV.4.

⁴⁶² Dies vermuteten Nawiasky und die Polizeibehörden: Nawiasky, Münchner Universitätskrawalle, S. 37. StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1.

⁴⁶³ Zur Konfrontationspolitik der Gauleitung und Putschgerüchten: Kapitel IV.4.

⁴⁶⁴ Der amerikanische Präsident Herbert Hoover schlug am 20. 6. 1931 ein einjähriges Schuldenmoratorium für alle deutschen Reparationen vor, das am 24. 7. 1931 unterzeichnet wurde: Meyer, Reparationspolitik, S. 342.

nach Ansicht von Polizeibeobachtern „wie eine Bombe“, da man hier nun eine Kettenreaktion befürchtete: Der Wegfall dieser finanziellen Belastungen würde die Wirtschaftskrise in Deutschland abschwächen und damit auch die Radikalisierung der Wählermassen bzw. die Chancen auf eine Machtergreifung mit Hilfe der Wahlen entscheidend verringern. Gleichzeitig entfiel mit den Reparationen auch ein wichtiges Propagandathema. Aus diesem Grund entfachte die NSDAP nicht zuletzt in München eine massive Agitation gegen die internationalen Verhandlungen über den „Hoover-Plan“ und bot den Polizeibehörden wiederum einen Grund mehr für Versammlungsverbote. Als im Juli aus diesen Verhandlungen bekannt wurde, daß Frankreich möglicherweise vom Reich einen strengeren innenpolitischen Kurs verlangen werde, verfielen Teile der Parteispitze, insbesondere der SA-Führung, kurzzeitig in Panik. Man befürchtete die Auflösung der SA oder gar der NSDAP, einzelne Parteiführer begannen im „Braunen Haus“ Akten zu vernichten, manche Münchner SA-Führer verließen ihre Verbände und suchten Verstecke auf, während sich ihre Unterführer verselbständigten. Substanzlose Gerüchte über eine mögliche Ausweisung Hitlers auf Verlangen Frankreichs ließen die Aufregung ihren Höhepunkt erreichen. Die gesamte Münchner SA und SS wurde in Alarmzustand versetzt. Etliche Mitglieder vermuteten eine unmittelbar bevorstehende Aktion, obwohl sich die SA-Führung nach außen hin zurückhaltend gab. Röhm verteidigte die Alarmbereitschaft gegenüber der Polizei damit, daß die SA im Falle kommunistischer Demonstrationen von der Straße ferngehalten werden sollte. Als sich Ende Juli sämtliche Gerüchte als haltlos erwiesen, schwanden die aufgestauten Emotionen schlagartig, die höheren SA-Führer wurden nun jedoch wegen ihres kopflosen Verhaltens von Hitler scharf kritisiert. Mittlerweile reduzierten sich aufgrund der kontinuierlichen Verbote von Versammlungen, Uniformen und Demonstrationen die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt rapide, und das politische Klima beruhigte sich vorübergehend.⁴⁶⁵ Im Herbst hatte die Partei in München wieder ihr Gleichgewicht gefunden. Trotz der polizeilichen Einschränkungen und Enttäuschung über die ausgebliebene Machtergreifung stiegen die Mitgliederzahlen erneut.⁴⁶⁶ Dadurch reaktivierten sich bald die alten Hoffnungen. Doch den finanziellen und propagandistischen Schaden der Versammlungsverbote – selbst das erste „Symphoniekonzert“ des Gaues mußte verschoben werden⁴⁶⁷ – konnte auch die Ironie der Gauzeitung nicht überspielen, die sich bei Brüning für den „dreiwöchigen Propagandaurlaub“ bedankte, den die Verbote der Reichsregierung anlässlich des „Weihnachtsfriedens“ verursacht hatten.⁴⁶⁸ Daraufhin konzentrierte sich die Gauleitung auf den Organisationsausbau und setzte eine Gauschulungstagung vom 2. bis zum 4. Oktober 1931 in München an.⁴⁶⁹

⁴⁶⁵ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 2 f. Zu den geschilderten Vorgängen im Sommer 1931 äußern sich weder Pridham (Hitler's Rise) noch andere Forschungspublikationen zum Nationalsozialismus.

⁴⁶⁶ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 1.

⁴⁶⁷ Front 2 (9. 1. 1932), AdB.

⁴⁶⁸ Front 20 (12. 12. 1931), Aus dem Gau München-Oberbayern.

⁴⁶⁹ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 2.

Die Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932

Als die Initiative des Reichskanzlers Brüning zur Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs durch den Reichstag Anfang 1932 scheiterte, wurde die Neuwahl des Reichspräsidenten bzw. die erneute Kandidatur Hindenburgs unumgänglich. Die NSDAP befand sich zunächst in einer schwierigen Situation. Während die Parteiorganisation sofort auch in München mit den Wahlkampf vorbereitungen begann und Wagner bereits am 14. Februar mit den Amtswaltern des Gaues die entsprechenden Details besprach,⁴⁷⁰ konnte die Partei keinen eigenen Kandidaten vorsehen. Hitler zögerte lange mit seiner Bewerbung, und erst am 22. Februar konnte Goebbels dessen Kandidatur offiziell bekannt geben. Fünf Tage später eröffnete Hitler offiziell den Wahlkampf.⁴⁷¹ Für den ersten Wahlgang ordnete die RPL an, sich unter der Parole „Schluß jetzt! Wählt Hitler!“ auf die Jungwähler, die sozialdemokratische Wählerschaft und die bürgerliche Mitte zu konzentrieren. Auf die Anhängerschaft der SPD machte sich die Parteiführung besondere Hoffnungen, da Hindenburg hier als Symbol für Monarchie, Junkertum und Militarismus galt. Entsprechend präsentierte die Parteipropaganda Hindenburg gegenüber den Arbeitern als Junker und Militaristen und gegenüber dem Bürgertum als einen Kandidaten, der auf die Stimmen der „Marxisten“ angewiesen sei. Flugblätter attackierten die sozialdemokratische Unterstützung für Hindenburg als „Gesinnungsverlust“,⁴⁷² und suchten, so z. B. die monatliche Wahlzeitung der „Flammenwerfer“, die Unterstützer Hindenburgs als die „Hindenburggegner von 1925“ zu brandmarken, die sich nun mit „den Juden“ zur Wahl Hindenburgs verbündeten.⁴⁷³ Für den zweiten Wahlgang am 10. April fokussierte die RPL die Propaganda auf die bürgerlichen Hindenburgwähler, insbesondere auch auf die Frauen.⁴⁷⁴

Sofort nach der Gautagung am 14. Februar wurde München mit einer Vielzahl von Versammlungen überzogen.⁴⁷⁵ Auf sechs Großveranstaltungen und 58 Wahlversammlungen der Ortsgruppen in den ersten zwei Wochen folgten bis zum ersten Wahlgang am 13. März nahezu täglich in allen Stadtvierteln mehrere nationalsozialistische Versammlungen gleichzeitig, insgesamt 20 Großveranstaltungen und 65 Ortsgruppenversammlungen. Bis zum zweiten Wahlgang hielt die Gauleitung weitere fünf, die Ortsgruppen hielten rund ein Dutzend Veranstaltungen

⁴⁷⁰ Front 8 (20. 2. 1932), AdB.

⁴⁷¹ Orlow, Nazi Party, S. 245–248. Kissenkoetter, Straßer, S. 131 f. Paul, Aufstand der Bilder, S. 97.

⁴⁷² StA, PDM 6774: Vermerk Polizeibezirk 8 vom 12. 3. 1932. Ebenda: Vermerk Polizeibezirk 7 vom 11. 3. 1932.

⁴⁷³ HStA, MInn 81587: Flammenwerfer, 2. Jg., Folge 4 (1. 3. 1932). Ebenda: BVP-Kreisverband Oberpfalz an MInn vom 6. 4. 1932: Der Kreisverband übersandte die Wahlzeitung mit dem Schr. eines BVP-Mitgliedes aus Wörth an der Donau über die Verbreitung der Broschüre in nationalsozialistischer Versammlung.

⁴⁷⁴ Paul, Aufstand der Bilder, S. 95–98.

⁴⁷⁵ Im folgenden: Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1929–1933). Vgl. v. a.: Front 1932, 7–14, jeweils Versammlungskalender. Front 10 (5. 3. 1932), – Rubrik „Die Oberbayerische Kampffront“. IfZ, MA 1216: Versammlungskalender der GL München-Oberbayern 17.2.–3. 3. 1932.

ab. Diesen Aufwand betrieb, wie die Münchner Polizei feststellte, tatsächlich keine andere Partei.⁴⁷⁶ Daneben setzte die NSDAP, wie bereits erörtert, in München erstmals auch Propagandafilme ein. Der im Februar 1932 gegründete SA-Sprechchor konnte sein Ziel, „die nationalsozialistische Idee in knapper und konzentrierter Form in die Massen zu tragen“, jedoch nur ein einziges Mal in Neuhausen in die Tat umsetzen, ehe die Polizei jeden weiteren Auftritt verhinderte.⁴⁷⁷ Mit jeweils fünf Großversammlungen am 10. und am 11. März warb die Gauleitung gezielt unter ehemaligen Frontsoldaten und dem Mittelstand.⁴⁷⁸ Um unter den KPD-Anhängern Mitglieder zu gewinnen, bediente sie sich auch, wie schon sporadisch im Vorjahr, zur NSDAP übergetreter Kommunisten oder angeblicher Sowjetunion-Experten.⁴⁷⁹ Bereits im Oktober 1931 hatte die Gaupropagandaleitung die Ortsgruppen angewiesen, solche Personen grundsätzlich zur propagandistischen Verwertung zu melden.⁴⁸⁰ Im Dezember des Jahres präsentierte sie als besondere Sensation den ehemaligen Münchner Führer der kommunistischen „Roten Hilfe“.⁴⁸¹

Anfang März begann die Gauleitung mit dem Einsatz der Flugblätter, Plakate und Broschüren.⁴⁸² Sie bekam einen Großteil der Materialien von der RPL und

⁴⁷⁶ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 1. Im gesamten Gau meldete die NSDAP für den Zeitraum 3.3.–9. 3. 1932 323 Versammlungen und 26 Großkundgebungen: Front 18 (30. 4. 1932), „Aus der Tätigkeit des Gaus München-Oberbayern“.

⁴⁷⁷ VB 76 (16. 3. 1932), AdB. StA, PDM 6743: PDM an MIInn vom 24. 3. 1932, gez. Koch.

⁴⁷⁸ VB 72 (12. 3. 1932), AdB. Die Front 12 (18. 3. 1932), Versammlungskalender.

⁴⁷⁹ IfZ, MA 738: gedruckte Einladung „Volksgenossen! Götzendämmerung in Deutschland!“ o. D.; Versammlungsreihe im März mit dem „ehemaligen Tschekist (G.P.U) und nunmehrigen Nationalsozialisten Klötzner, angeblich ein ehemaliger persönlicher Freund von Max Holz“ zum Thema „Sowjetrußland und Hitlerdeutschland“. Klötzner erschien in drei Versammlungen im Franziskanerkeller, Berg am Laim und Neuharlaching. Auftritte des ehem. KPD-Führers Neumann als Redner: 2 geplante Auftritte am 25. und 26. 2. 1932 waren bereits vorher verboten worden; deshalb jetzt in Versammlung am 26. 2. 1932 unter falschem Namen ausführliches Referat gehalten und erst am Schluß seiner Ausführungen seinen Namen genannt. Polizei hatte (auch nach Sicht des Berichtverfassers) keine Handhabe gegen Neumann: Polizeibericht an MIInn vom 24. 3. 1932, gez. Koch: StA, PDM 6743. IfZ, MA 738: gedruckte Einladung, o. D. der Ortsgruppe Ramersdorf; hier wurde der Auftritt Wilhelm Reichardts, „...der langjährige sozialdemokratische Gewerkschaftsführer und ehemaliger Kriegsminister der Räterepublik.“ am 2. 3. 1932 im Kleinen Löwengarten in Ramersdorf angekündigt.

⁴⁸⁰ StA, PDM 6776: Rschr. GPL Rauscher an alle Bzf und Ogf des Gaus München-Oberbayern vom 13. 10. 1931.

⁴⁸¹ Front 20 (12. 12. 1931), „Der Ortsgruppenvorsitzende der roten Hilfe München tritt in öffentlicher Versammlung zu uns über“. Front 3 (16. 1. 1932), „Kommunistische Strategie und Taktik“.

⁴⁸² Im Folgenden: IfZ, MA 1216: Rschr. GPL und GGF an die Ortsgruppen des Gaus München-Oberbayern vom 2. 3. 1932 und 9. 3. 1932. Vgl. auch ebenda: Rschr. des GPL an alle Ogf und Bzf des Gaus München-Oberbayern vom 7. 4. 1932 anlässlich des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl. StA, PDM 6774: Vermerk des PDM/VI vom 17. 2. 1932. StA, PDM 6764: Polizeipressebericht vom 12. 3. 1932. Vgl. auch Front 9 (27. 2. 1932), Rubrik „Oberbayerische Kampffront“. Paul umreißt nur den geplanten, nicht jedoch den tatsächlichen Materialaufwand der NSDAP für den Reichspräsidentenwahlkampf und gibt keine Hinweise zur Umsetzung auf Gauebene: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 96 ff. Vgl. generell: Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zur NSDAP-Flugschriftpropaganda).

der Reichswahlleitung in Berlin übersandt⁴⁸³ und ließ den Rest über den eigenen Gau-Verlag und den Eher-Verlag herstellen. Insgesamt brachte sie im Gaugebiet, wie in München, 16 Flugblätter, mindestens zwei Broschüren, etwa 20 Klebezettel-Serien, mindestens dreizehn Plakate, darunter vier Bildplakate mit einem detailliert ausgeklügelten Verteilungsplan in Umlauf. Jeden Tag hatten die Münchner Ortsgruppen jeweils ein Flugblatt oder mehrere bestimmte in der Gaugeschäftsstelle abzuholen und sofort zu verteilen. Die Verbreitung der Plakate und Broschüren übernahm die Gauleitung in München selbst, vermutlich mittels der SA-Verbände. Nebenher verteilten die Ortsgruppen in großem Umfang die Gauzeitung „Die Front“. Für den gesamten Frühjahrswahlkampf waren die Ortsgruppen seitens der Gauleitung zu deren Bezug mindestens in Höhe ihrer jeweiligen Mitgliederzahl gezwungen worden.⁴⁸⁴ Zusätzlich lieferte der Eher-Verlag für das Gaugebiet über die Reichsleitung kostenlos 115 000 Broschüren, 14 000 Bildplakate sowie 92 000 Exemplare von mindestens 23 verschiedenen Sondernummern des „Völkischen Beobachters“.⁴⁸⁵ NSDStB und NSS beteiligten sich mit einem Wahlexemplar der Zeitschrift „Deutsche Revolution“⁴⁸⁶ bzw. mit einem eigenen Flugblatt am Wahlkampf.⁴⁸⁷ Die Schriftpropaganda fand ihren Schwerpunkt vermutlich aus Geldmangel im ersten Wahlgang. Für den zweiten Wahlgang verteilte die Partei nur noch in beschränktem Umfang Flugblätter, dafür jedoch vor allem Sondernummern der nationalsozialistischen Tagespresse.⁴⁸⁸ Ein deutliches Indiz für den gewaltigen Propagandaaufwand bot der Schuldenberg der Gauleitung, der nach der Reichspräsidentenwahl und der Landtagswahl im Sommer 1932 rund 100 000 RM betrug.⁴⁸⁹ Aber auch die Ortsgruppen mußten erhebliche finanzielle Mittel für den Wahlkampf aufgewandt haben, wie an späterer Stelle zu erörtern sein wird.

Die polizeilichen Maßnahmen behinderten den Wahlkampf in München erheblich. Immer wieder erschwerten Rede- und Versammlungsverbote die Propaganda. Schließlich ließ der für den zweiten Wahlgang von der Reichsregierung ausgerufenen „Osterfrieden“ gerade noch eine Woche Zeit für den Wahlkampf.⁴⁹⁰ Der Verteilungsplan geriet infolge der erwähnten Beschlagnahmungen und Verbote einer ganzen Reihe von Flugblättern und Plakaten alsbald ins Stocken. Dar-

⁴⁸³ StA, PDM 6774: Vermerk des PDM/VI a vom 26. 4. 1932 über die Vernehmung des Propagandaleiters des Gaues München-Oberbayern, Dötsch, am 26. 4. 1932. Dazu auch: Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 96.

⁴⁸⁴ IfZ, MA 1216: Rschr. Verlag „Die Front“ an die Bzf und Ogf vom 18. 2. 1932. Ebenda: Rschr GPL vom 22. 3. 1932.

⁴⁸⁵ Rschr. GGF Nippold vom 7. 4. 1932: Kapitel IV.3., Anm. 482. Vgl. auch IfZ, Db 23.10: Anordnungen des RSM; vgl. die ganzseitigen Werbeanzeigen des Eher-Verlages zwischen diesen Anordnungen.

⁴⁸⁶ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 6. NSDStB-„Führersitzung“ am 24./25. 2. 1932 im Braunen Haus.

⁴⁸⁷ StA, PDM 6837: Original des Flugblattes.

⁴⁸⁸ StA, PDM 6829: PND-Bericht 771 (22. 7. 1932) über den Appell des SS-Sturmes 1/I/1 am 23. 3. 1932.

⁴⁸⁹ BA, Berlin, NS 22/452: Grapp an Wagner vom 14. 7. 1932 und an ROL/I/ Abt. Kriegsopferversorgung vom 18. 7. 1932.

⁴⁹⁰ HStA, Sammlung Varia 1328: Rschr. Ortsgruppe Lehel im April 1932.

aufhin entspann sich eine Art Kleinkrieg zwischen Polizei und NSDAP, da letztere den Verboten durch möglichst rasche bzw. nächtliche Verteilung zuvorzukommen suchte⁴⁹¹ und die Polizeibeamten ihrerseits besonders in den letzten Tagen vor dem ersten Wahlgang in fortwährenden Nachtstreifen die nicht genehmigten Plakate und Flugblätter entfernten.⁴⁹² Wer bei illegalen Verteilungsaktionen erwischt wurde, mußte fast ausnahmslos mit einer Anzeige rechnen. Im März 1932 liefen Verfahren gegen rund 100 Parteimitglieder vor dem Schnellgericht München-Au, die häufig mit Geldstrafen von 15 und 20 Mark endeten – das entsprach in etwa 15–20 Mittagessen in einem Gasthaus, für einfache Parteimitglieder durchaus ein empfindlicher Betrag.⁴⁹³ Relativ geringe Auswirkungen dürfte jedoch das Verbot von SA, SS und HJ vom 13. April bis 14. Juni 1932 gehabt haben, wenngleich es Gauleiter Wagner in der Öffentlichkeit zum plakativen Vergleich mit der „Christenverfolgung“ reizte.⁴⁹⁴ Die Mitglieder der SA und SS organisierten sich auf „kameradschaftlicher“ Basis weiter, waren nun unmittelbar den Ortsgruppenführern unterstellt⁴⁹⁵ und fielen als Wahlkampfhelfer keineswegs aus. Die Gauleitung wies angesichts der Polizeimaßnahmen die Parteiaktivisten zur verstärkten mündlichen Propaganda an. Es gelte, den Menschen die Angst vor dem „Dritten Reich“ zu nehmen.⁴⁹⁶ Den „Osterfrieden“ deklarierte die Gauleitung kurzerhand zur „Atempause“. In den einzelnen Ortsgruppen führte sie Schulungsabende durch, veranstaltete am 20. März erneut eine Gauführerkonferenz in München⁴⁹⁷ und verteilte vorbereitend weiteres Propagandamaterial für die letzte Wahlkampfwoche.⁴⁹⁸

Für den Reichspräsidentenwahlkampf band die Gauleitung von Anfang an die Parteimitglieder radikaler als je zuvor in den Wahlkampf ein. Auch SS und SA wurden besonders in den letzten Wochen „jeden Abend und jede Nacht“ zur Flugblattverteilung und zum Schutz von Parteiführern und Versammlungen eingesetzt.⁴⁹⁹ Dafür erhielten zumindest die erwerbslosen SS-Leute während der Aktionen immer wieder freie Kost im Braunen Haus.⁵⁰⁰ Ebenso rege beteiligten sich die motorisierten Trupps des SA-Motorsturms und des NSKK, das während dieses Zeitraums nicht dem SA-Motorsturmführer, sondern eigenen Führern unterstand.⁵⁰¹ Ein zusätzlicher, 30 Mann starker „Expreftrupp“ des Münchner Motorsturms konnte ab Mitte März 1932 bei „wichtigen“ Vorkommnissen sofort

⁴⁹¹ Rschr. GGF Nippold vom 9. 3. 1932: Kapitel IV.3., Anm. 482.

⁴⁹² Vgl. z. B. StA, PDM 6774: Berichte der Polizeibezirke 2, 7 und 8 vom 11., 12. und 13. 3. 1932.

⁴⁹³ Augsburgischer Abendzeitung 85 (4. 4. 1932). VB 105 (14. 4. 1932), „Gerichtsbeobachter. Vor dem Schnellrichter“.

⁴⁹⁴ Front 16 (19. 4. 1932), „Das System auf dem Kriegspfad“.

⁴⁹⁵ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 9.

⁴⁹⁶ HStA, Sammlung Varia 1328: Rschr. Ortsgruppe Lehel im April 1932.

⁴⁹⁷ IfZ, MA 1216: Rschr. GGF Nippold an Bzf und Ogf, 15. 3. 1932.

⁴⁹⁸ Front 18 (30. 4. 1932), „Aus der Tätigkeit des Gaues München-Oberbayern“.

⁴⁹⁹ StA, PDM 6824: SS-Befehl A Nr. 8 (31. 3. 1932) der RFSS, Abschrift.

⁵⁰⁰ StA, PDM 6829: PND-Bericht 771 (22. 7. 1932) über den Appell des SS-Sturmes 1/I/1 am 23. 3. 1932.

⁵⁰¹ StA, PDM 6824: OSAF-Verfügung vom 4. 2. 1932: betr. „Einsatz der Motorverbände im Wahlkampf“.

ausrücken.⁵⁰² Gleichzeitig wurden über die Ortsgruppen sämtliche Mitglieder intensiv für die Verteilung von Flugschriften verpflichtet.⁵⁰³ Daneben gab die Gauleitung für den ersten Wahlgang Listen an die Parteimitglieder aus, auf denen diese in einer Spalte Unterschriften sammeln sollten, mit denen die Unterzeichnenden die Stimmabgabe zugunsten Hitlers zusicherten. In einer zweiten Spalte mußte der Sammler vermerken, ob der Betreffende auch gewählt hatte. Notfalls, ordnete Wagner an, gelte es, die Leute persönlich zur Wahlurne zu „schleppen“. Die Ortsgruppenführer wiederum waren gefordert, ihre Mitglieder bei dieser Arbeit zu überwachen.⁵⁰⁴ Die Parteiaktivisten setzten diese Anweisungen durchaus in die Tat um,⁵⁰⁵ gelegentlich in einer Dreistigkeit, daß die Behörden eingriffen. Besonders im Finanzamt München-Süd und im Versorgungsamt München-Land betrieben Parteianhänger „heftige Agitation“ und drohten Kollegen, die sich nicht unterschriftlich verpflichteten, Hitler zu wählen, unverblümt mit dem Verlust der Stellung im Dritten Reich.⁵⁰⁶ Für den zweiten Wahlgang schickte die Gauleitung die Münchner Parteimitglieder aus, um von Haustür zu Haustür für Hitler zu werben⁵⁰⁷ und jeweils „20 Nichtparteigenossen“ zur Wahlurne zu bringen.⁵⁰⁸

Die rigorose Einbindung der Parteibasis steigerte deren ohnehin fortgeschrittene Politisierung, wie sich an den privaten Wahlkampfkationen einzelner Nationalsozialisten beobachten ließ. Es war kein Einzelfall, wenn ein Mann im Dom Mitte März 1932 an Kirchenbesucher selbstgefertigte Handzettel verteilte mit Schlagzeilen wie etwa „Wählt den ‚Massenmörder‘ Hindenburg statt den Bonzenmörder Hitler!“ oder „Wählt alle Hindenburg! Er unterschreibt die besten Notverordnungen!“⁵⁰⁹ Im selben Monat kam es zu einer besonders spektakulären Aktion. Taxifahrer hatten am Marienplatz einen imposanten Schneemann mit dem Konterfei des Reichspräsidenten Hindenburg aufgestellt. Noch in der darauf folgenden Nacht suchten Nationalsozialisten durch einen zwei Meter hohen, mit Hakenkreuz dekorierten Schneemann die Konkurrenz zu übertrumpfen. Auf der Figur war die Kohleaufschrift zu lesen: „Wählt Hitler“. Als die Polizei am nächsten Tag die Schrift entfernte, schrieben Nationalsozialisten auf die Figur, diesmal unbeanstandet: „Nun erst recht“. Am Tag darauf entfernten die Polizeibeamten das Hakenkreuz. Daraufhin schlug ein nationalsozialistischer Student den Kopf des Hindenburg-Schneemannes ab und löste prompt Handgreiflichkeiten aus. Innerhalb weniger Stunden entstanden nun an mehreren Stellen in der Stadt, teilweise unter Mitarbeit von Bildhauern, Schneefiguren mit den Gesichtszügen Hindenburgs. Auch die KPD wollte nicht zurückstehen und präsentierte im Westend

⁵⁰² StA, PDM 6833: PND 770 und 773: Appelle des SA-Motorsturms am 16.3. und 13. 4. 1932 Augustinerkeller.

⁵⁰³ IfZ, MA 1216: Rschr. der GPL vom Februar, März und April 1932.

⁵⁰⁴ IfZ, MA 1216: Rschr. Gauleiter Wagner „Befehl“ vom 5. 3. 1932.

⁵⁰⁵ HStA, MIInn 81607: MIInn an Reichsinnenminister vom 30. 3. 1932. BK 78 (18. 3. 1932), „Wie sie es trieben“.

⁵⁰⁶ HStA, MIInn 81587: MIInn an Finanzamt München Süd und an Versorgungsamt München-Land, jeweils 1. 4. 1932.

⁵⁰⁷ Front 14 (2. 4. 1932), AdB.

⁵⁰⁸ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL vom 22. 3. 1932.

⁵⁰⁹ MZ 74 (15. 3. 1932), „Ritterliche‘ Kampfweise“.

eine Schneebüste ihres Parteivorsitzenden Thälmann. Die Polizei war den ganzen Tag damit beschäftigt, diese politischen „Schneemänner“ wieder zu entfernen, da sie überall erregte verbale und handgreifliche Auseinandersetzungen provozierten.⁵¹⁰ Die Stimmung an der NSDAP-Basis beruhte auch 1932 wesentlich auf dem demonstrativen Optimismus der Parteispitze. Die Reichspropagandaleitung proklamierte von Anfang an in der Öffentlichkeit, Hitlers Wahl zum Reichspräsidenten sei so gut wie sicher, und verlangte von den Gauleitungen: „Die Siegesgewißheit der gesamten Partei muß bis zum blinden Gehorsam gesteigert werden“.⁵¹¹ Gauleitung und Gauzeitung gaben diese Haltung unmittelbar an die Parteibasis weiter.⁵¹²

Die bayerische Landtagswahl im April 1932

Auf die Reichspräsidentenwahl folgte in München nahezu nahtlos der Wahlkampf um die bayerische Landtagswahl am 24. April. Die Reichsleitung setzte Hermann Esser als Propagandaleiter für Bayern ein.⁵¹³ Aufgrund des hohen Materialaufwandes für die Reichspräsidentenwahl wurden für den kurzen zweiwöchigen Wahlkampf keine neuen Flugblätter herausgegeben.⁵¹⁴ Erstaunlicherweise hielt sich die Gauleitung in München auch mit den Versammlungen zurück. Nur sieben Großveranstaltungen und etwa ein Dutzend Kundgebungen der Ortsgruppen fanden statt.⁵¹⁵ Die Gaupropagandaleitung erneuerte Wagners Befehl, 20 Bekannte zur Wahl mitzubringen, und wies die Parteiaktivisten erneut an zum „Schleppen von Leuten, von denen anzunehmen ist, daß sie uns wählen“. Daneben habe jeder Nationalsozialist den gesamten Wahltag über mit Parteiabzeichen die Straßen zu durchstreifen und für die NSDAP zu werben.⁵¹⁶ Die Wahl geriet in München, wie an späterer Stelle ausführlicher diskutiert werden wird, im Vergleich zur Landtagswahl 1928 zu einem großen Erfolg. Beinahe alle für die Münchner Stimmkreise aufgestellten Kandidaten der NSDAP gelangten in den Landtag. Buttman für die Stimmbezirke München I und II und Dauser für München VI waren bereits 1928 aufgestellt worden. Neu hinzu kamen Josef Bauer für den Stimmbezirk München VII, Hermann Esser für München V und X und schließlich Adolf Wagner für München III und IV. Nur Anton Aigner für München IX sowie Sebastian Gleixner für München VIII wurden nicht gewählt.⁵¹⁷

⁵¹⁰ HStA, MInn 81603: PDM an MInn vom 16. 3. 1932. Vgl. die Abbildung im VB 77 (17. 3. 1932). MNN 74 (16. 3. 1932), „Was soll das heißen?“.

⁵¹¹ Zitiert nach: Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 97.

⁵¹² Vgl. z. B. *Front* 8 (20. 2. 1932), „Befehlsempfang“.

⁵¹³ *Front* 14 (2. 4. 1932), AdB: „Organisatorisches“.

⁵¹⁴ IfZ, MA 738: Rschr. der Ortsgruppe 6 an ihre Mitglieder vom 15. 4. 1932.

⁵¹⁵ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1929–1933). VB 108/109 (17./18. 4. 1932), AdB. VB 124 (3. 5. 1932), AdB.

⁵¹⁶ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Bzf und Ogf vom 21. 4. 1932.

⁵¹⁷ VB 103 (12. 4. 1932), „Die nationalsozialistischen Kandidaten zum Bayerischen Landtag“. VB 117 (26. 4. 1932), „Die NSDAP ebenso stark, wie die Bayer. Volkspartei“.

Die Reichstagswahl im Juli 1932

Die Münchner NSDAP kam nicht zur Ruhe, gerade dreieinhalb Monate nach der Landtagswahl stand am 31. Juli der nächste Wahlgang an. Die RPL stellte die zurückliegenden Jahre der Weimarer Republik unter dem Motto „14 Jahre Bankrott“ in den Mittelpunkt der Parteipropaganda. Dabei galt die Schlagrichtung einmal der SPD als Hauptgegner, dann der KPD, als angeblichem Sinnbild für „Vernichtungs- und Zerstörungswut“, und schließlich dem Zentrum, das in Preußen jahrelang die „religionsfeindliche“ SPD unterstützt habe. Die RPL riet den Parteipropagandisten auch dazu, den „Preußenschlag“ gegen die SPD zu verwenden, die sich in Preußen mit so geringem Aufwand habe vertreiben lassen. Sie wies darüber hinaus die Parteipresse im Lande an, künftig sämtliche Fälle kommunistischer Gewalt „groß aufzuziehen“ und „alle Einzelheiten in epischer Breite darzustellen“ bzw. auf die Formel zuzuspitzen: „Einzig die NSDAP biete demgegenüber die Gewähr, daß Deutschland nicht in einem gewaltigen Blutbad ertrinke“.⁵¹⁸ Die Münchner Parteibasis konnte dem „Völkischen Beobachter“ wie auch der „Front“ nun täglich entsprechende Meldungen entnehmen, die jeden noch so kleinen Fall im Stil eines „Altonaer Blutsonntages“ aufzubauschen suchten.⁵¹⁹

Angesichts der speziellen bayerischen Verhältnisse nahm die Gauleitung im Juni 1932 zwei zusätzliche Themen in ihr Propagandarepertoire auf. Mit dem ersten Thema reagierte die Partei auf die energische Bekämpfung durch die bayerische Regierung. Die Gauleitung versuchte, dies entsprechend Hitlers Sicht⁵²⁰ als bayerischen Sonderweg gegen die Reichseinheit, als „Separatismus“ zu brandmarken.⁵²¹ Im Juli erschien im Rahmen dieser Kampagne eine dreißigseitige Broschüre mit dem Titel „Der bayerische Landtagsskandal“. Am 17. Juni 1932 waren die nationalsozialistischen Abgeordneten trotz des noch geltenden Uniformverbotes in voller Uniform im Landtag erschienen und wurden daraufhin aus der gerade stattfindenden Sitzung ausgeschlossen. Da sie sich weigerten, den Saal zu verlassen, und erst mit Hilfe der Polizei vertrieben werden konnten, wurde der Ausschluß auf 20 Sitzungstage verlängert.⁵²² Die Broschüre konstruierte aus den Vorgängen einen angeblichen Verfassungsbruch. Die nationalsozialistischen Landtagsmitglieder seien einer „Rechtsbeugung“ zum Opfer gefallen.⁵²³ Ministerpräsident Held, der eigentlich in der Öffentlichkeit als scharfer Kritiker an der Zurückhaltung Papens gegenüber der NSDAP wie auch an der Absetzung der preußischen Regierung galt, sollte mit einem Wahlplakat in ein zwiespältiges Licht gerückt werden. Ende Juli 1932 waren Held und Papen auf allen städtischen

⁵¹⁸ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 100ff.

⁵¹⁹ Zur NS-Instrumentalisierung von „Preußenschlag“ und „Altonaer Blutsonntag“: Kapitel IV.4., S. 421.

⁵²⁰ HRS V/I/ Dok. 102, S. 201 f.: Hitler auf der NSDAP-Gauleitertagung in München am 28. 6. 1932.

⁵²¹ Front 26 (25. 6. 1932), „Die heutigen Machthaber mögen wissen, daß in Bayern separatistische Gedanken keinen Platz haben“. Vgl. auch das Motto der Gauschulungstagung im Juli 1932: Front 28 (9. 7. 1932), „Das Sammelsignal des Gau's München-Oberbayern. Gegen Separatismus und Klassenkampf“.

⁵²² SMP 47 (20. 11. 1932), „Die NSDAP-Fraktion wieder im Landtag“.

⁵²³ Front 29 (16. 7. 1932), AdB: „Bayerischer Separatismus.“.

Litfaßsäulen Arm in Arm auf der Konferenz der Länderminister am 23. Juli 1932 in Stuttgart zu sehen. Darunter die Schrift: „Das ist die Bayerische Volkspartei! Wer sie wählt, ist ausgeschmiert!“ Tatsächlich hatte Papen auf der Konferenz erst im Moment der Aufnahme, ohne daß Held es hätte verhindern können, diesem unter den Arm gegriffen.⁵²⁴ Das zweite Thema galt der Auseinandersetzung mit dem Katholizismus. Die Beziehungen zu den Kirchen gerieten für die Nationalsozialisten in München wie im Reich seit Jahresende 1930 zu einem ernstzunehmenden Problem.⁵²⁵ Insbesondere unter den Bischöfen und breiten Kreisen des Katholizismus in Bayern, allen voran verschiedene Publizisten, nahm die Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus deutlich zu und dokumentierte sich, wie bereits geschildert, nicht zuletzt in den „Pastoralen Anweisungen“ des Februars 1931. Diese zwischen Verweigerung und offenem Widerstand schwankende Haltung der katholischen und seit 1931 stellenweise auch der evangelischen Kirche hemmte nach Ansicht der Polizeidirektion den Erfolg der NSDAP in München.⁵²⁶ Angesichts der überwiegend katholischen Bevölkerung Bayerns nahm die Partei dieses Hindernis ernst. Seit Spätherbst 1930 bemühte sich die NSDAP daher auch in ihrer Münchner Presse und in den Versammlungen, glaubhaft zu machen, daß sie ein „positives Christentum“ vertrete und vollkommen auf dem Boden des Christentums stehe.⁵²⁷ Ende Oktober 1930 verteidigte die Gauleitung im Auftrag der Reichsleitung in einem Schreiben an Kardinal Faulhaber ihre „loyale Stellungnahme zu Kirche und Religion“ und bat den Kardinal, sich zugunsten der NSDAP einzusetzen.⁵²⁸ Seit den „Pastoralen Anweisungen“ verfolgte die Gauleitung eine Doppelstrategie. Einerseits stellte sie die nicht in ihrem Sinne politisch aktiven Katholiken als die „falsche Vertretung“ des Katholizismus dar. Andererseits suchte die Parteipropaganda Beweise zu liefern, daß die NSDAP auch für Katholiken wählbar sei. Diese Linie verstärkte die Partei in München im Reichstagswahlkampf im Juni und Juli 1932. Es galt vor allem, das Image der BVP als Vertreterin der Katholiken in Bayern zu schwächen. In der „Front“ bezichtigten fortwährend angebliche katholische Geistliche, stets im selben Stil, die BVP der Zusammenarbeit mit den „gottlosen Sozialdemokraten“⁵²⁹ oder brandmark-

⁵²⁴ Front 32 (6. 8. 1932), „Die Schlacht ist geschlagen – Das System ist gebrochen“. BK 213 (31. 7. 1932), „Dr. Held und Reichskanzler Arm in Arm. Ein nationalsozialistischer Mißbrauch“.

⁵²⁵ Schon im Winter 1930 erklärte der Mainzer Generalvikar Philipp Jakob Mayer offen seine Ablehnung der NSDAP: Van Roon, *Widerstand*, S. 102.

⁵²⁶ StA, Lagebericht 96 (23. 1. 1931), S. 11. Ebenda 99 (20. 4. 1931), S. 1.

⁵²⁷ Entsprechend traten immer wieder nationalsozialistische Redner in NS-Versammlungen auf: Vgl. hier insbesondere die Auftritte Gregor Straßers im Zirkus Krone 28. 11. 1930 (StA, PDM 6741: Polizeibericht vom 29. 11. 1930) und Rudolf Buttmanns vor der Ortsgruppe 10 am 11. 12. 1930 (Ebenda: Polizeibericht vom 12. 12. 1930) oder auch Rudolf Mößmers in der Ortsgruppe Ramersdorf am 19. 8. 1931 (IfZ, MA 738: Versammlungsbericht für den VB, o. D.). Zu den gleichlaufenden Bemühungen und ihrer Wirksamkeit in Bayern: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 159–183.

⁵²⁸ Volk, *Akten*, Dok. 211, S. 507: GL an Faulhaber vom 21. 10. 1930.

⁵²⁹ Vgl. z. B. Front 30 (23. 7. 1932), „Kein Katholik darf gezwungen werden, einer bestimmten Partei anzugehören“. Ebenda, „Ein katholischer Priester über Zentrum und Bayerische Volkspartei“: „Vor keinem Verbrechen seid ihr zurückgeschreckt, ihr Pharisäer und

ten „politisierende“ Münchner Pfarrer.⁵³⁰ Zu denselben Themen lieferte die RPL die reichsweit veröffentlichte Broschüre „Zentrum Hochverrat“ und attackierten die Parteiredner die BVP, insbesondere den Führer des Bayerischen Christlichen Bauernvereins, Georg Heim.⁵³¹ Besonders massiv konzentrierte sich die Gauzeitung auf Gerlich und den „Geraden Weg“, dessen ebenso offener wie leidenschaftlicher Kampf gegen den Nationalsozialismus die Partei keineswegs unberührt ließ.⁵³² Seit Jahresbeginn 1932 bemühten sich die Gauzeitung⁵³³ und die Redner in den Münchner Wahlversammlungen,⁵³⁴ die Vereinbarkeit von katholischem Glauben und Nationalsozialismus zu beweisen. Die „Front“ behauptete dreist, der Nationalsozialismus rüttle nicht an religiösen Dogmen und stehe „unerschütterlich“ auf dem Boden der christlichen Konfessionen. Man habe nur als politische Bewegung darauf zu achten, daß „[...] jeder die Religion auszuüben vermag, die seiner innersten Überzeugung entspricht“.⁵³⁵ Bereits 1931 versuchte der überzeugte Nationalsozialist,⁵³⁶ Münchner Universitätsprofessor und Nobelpreisträger für Physik Johannes Stark, zugunsten der NSDAP zu vermitteln, nicht zuletzt durch seine beiden 1931 im Eher-Verlag erschienen Publikationen „National-

Bonzen!“ Ebenda, „Wider den Geist des Antichrist“: gegen mögliche Koalitionsverhandlungen zwischen BVP und SPD. Ebenda, „Die Religion ist in Gefahr. Durch Zentrum und Bayerische Volkspartei“. Front 31 (30. 7. 1932), „Wie urteilen katholische Persönlichkeiten über die BVP?“ Front 33 (13. 8. 1932), „Wir kämpfen gegen die BVP, weil sie mit dem Christenfeindlichen Marxismus gemeinsame Sache macht! [...]“.

⁵³⁰ Vgl. z.B. Front 3 (16. 1. 1932), „Ist das noch Seelsorge?“, gegen den Kurat Otto Breiter von St. Sebastian in Schwabing. Front 7 (13. 2. 1932), „Die Seelsorge des Herrn Dr. Muhler“. Front 24 (11. 6. 1932), „Religionsunterricht in den städtischen Mittelschulen“: Kritik am Münchner Pfarrer Brunner.

⁵³¹ Front 4 (23. 1. 1932), „Aus dem Landtagsprotokoll vom 28. 11. 1901“. HRS V/I/Dok. 99, S. 192–198: Hitler im Zirkus Krone am 24. 6. 1932.

⁵³² Front 15 (7. 11. 1931), „Der Hetzpostel P. J. Naab“. Front 20 (14. 5. 1932), „Eine kalte Dusche für Dr. Gerlich“. Front 24 (11. 6. 1932), „Dr. Gerlich macht sich wichtig“. Front 25 (18. 6. 1932), „Dr. Gerlich endgültig abgeblitzt!“ Front 27 (2. 7. 1932), „Dr. Gerlich und die Wahrheit“. Front 32 (6. 8. 1932), „Dr. Gerlich im Irrenhaus?“. Front 42 (15. 10. 1932), „So sieht er aus der gerade Weg“. SMP 47 (20. 11. 1932), „Der gerade Weg des Dr. Gerlich“. SMP 52 (25. 12. 1932), „Dr. Gerlichs Gerader Weg in der Praxis“. SMP 2 (8. 1. 1933), „Auf geradem Weg“. SMP 4 (22. 1. 1933), „Der Gerade Rückweg“.

⁵³³ Front 4 (23. 1. 1932), „Christentum und Nationalsozialismus“. Front 10 (5. 3. 1932), „Von einem Katholiken, der nicht Nationalsozialist ist“. Ebenda, „Ein ehrliches Wort“: Der Regensburger Bischof habe am 24. 9. 1931 in Walldorf bei Kelheim erklärt, „Wenn der Nationalsozialismus nicht wäre, dann hätten wir bereits den Kommunismus in Deutschland“. Front 15 (9. 4. 1932), Aufruf: „Wir wollen katholisch bleiben“. Vgl. auch die Broschüre „Ein katholischer Priester schreibt: Christliches Deutschland erwache!“: Front 35 (27. 8. 1932).

⁵³⁴ Vgl. z.B. die Auftritte Rudolf Mößmers in der Schwabinger Brauerei am 8. 3. 1932 (VB 70 (10. 3. 1932), AdB), des evangelischen Pfarrers Hans Wegener in einer NS-Versammlung am 30. 3. 1932 (Front 14 (2. 4. 1932), Versammlungskalender) und die Rede des Nationalsozialisten Ebner am 15. 7. 1932 im Kolosseum (MP 162 (15. 7. 1932), kleine Notiz). IFZ, MA 1216: Versammlungskalender 7.–15. 7. 1932). Vgl. generell Front 1932, Versammlungskalender und Rubrik AdB, sowie VB 1932, AdB.

⁵³⁵ Front 24 (11. 6. 1932), „Nazibewegung schürt Katholikenhaß. Geisteskrankheit oder Wahlschwindel?“.

⁵³⁶ Stark engagierte sich 1931 vor allem im NSDStB: StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 3. „Führersitzung“ des NSDStB am 1. 3. 1931 im Braunen Haus.

sozialismus und Katholische Kirche“ und „Nationalsozialismus und Lehrerbildung“. ⁵³⁷ Im Frühjahr dieses Jahres korrespondierte er kurzzeitig mit Kardinal Faulhaber, um für die NSDAP Boden zu gewinnen und möglicherweise eine Abschwächung der „Pastoralen Anweisungen“ zu erreichen. Faulhaber wies ihn jedoch in aller Deutlichkeit zurück und sah keine Basis für eine Diskussion. ⁵³⁸

Während der zwei Monate von Anfang Juni bis zum Wahltag am 31. Juli hielt die Gauleitung 14 Wahlversammlungen in den großen Sälen und rund 90 innerhalb der Ortsgruppen ab, davon zwei Drittel im Juli. ⁵³⁹ Nachdem der erste Anlauf im Frühjahrswahlkampf, wie dargestellt, an der Polizei gescheitert war, setzte die Gauleitung entsprechend den Intentionen der RPL ⁵⁴⁰ erneut verstärkt auf große Massenkundgebungen und organisierte am 3. Juli und am letzten Tag vor der Wahl, am Samstag, den 30. Juli 1932, jeweils eine Großkundgebung im Dantestadion mit jeweils annähernd 30 000 Zuhörern. ⁵⁴¹ Die Gauleitung inszenierte beide Veranstaltungen aufwendig, ließ jedes Mal die drei Münchner Standarten von SA und SS in großer Parade aufmarschieren ⁵⁴² und gestaltete die zweite Veranstaltung als „Begrüßungskundgebung“ für Hitler, der von seinem dritten Wahlkampfflug ⁵⁴³ quer durch Deutschland zurückkehrte. Aufsehen im Wahlkampf erregte auch die Münchner SS, die sich am Deutschlandflug der SS-Fliegerstaffel vom 26. bis 31. Juli 1932 beteiligte. Zehn Maschinen flogen von München aus über Frankfurt, Köln, Hamburg, Warnemünde, Berlin, Leipzig, Nürnberg und wieder zurück nach München. ⁵⁴⁴ Nach dem Ende des bayerischen Demonstrationsverbotes waren im Juli 1932 erstmals wieder SA-Propagandamärsche in München möglich. Noch am 19. Juni hatte sich die Protestdemonstration der Gau-SA unter dem energischen Zugriff der Polizei schnell wieder aufgelöst. ⁵⁴⁵ Am Sonntag, den 3. Juli, marschierten anlässlich der Gau-Amtswaltertagung mehrere tausend SA-

⁵³⁷ StA, PDM 6862: NS-Lehrerzeitung 7. Folge (April 31), S. 11: Buchbesprechungen.

⁵³⁸ Volk, Akten, Dok. 238, 239 und 240, S. 545–552: Faulhaber an Stark vom 12. 3. 1932. Stark an Faulhaber vom 20. 3. 1931; Antwort Faulhabers vom 1. 4. 1931.

⁵³⁹ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1929–1933). IfZ, MA 1216: Versammlungskalender der GL München-Oberbayern 4.–15. 7. 1932. Ebenda: Kundgebungsplanung der GPL vom 12. 7. 1932 für den Juli 1932.

⁵⁴⁰ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 102.

⁵⁴¹ Front 27 (2. 7. 1932), Anzeige. Front 31 (30. 7. 1932), Anzeige. Front 32 (6. 8. 1932), „Die Freiheitskundgebungen im Dantestadion“. MNN (1. 8. 1932), „Hitler-Kundgebung im Dantestadion“. Die Front gab zwar 50 000 Besucher an, nach Schätzungen der PDM faßte das Stadion jedoch nur 30 000: StA, PDM 6743: Hs. Vermerk PDM/VI/N, Meixner, vom 14. 3. 1932 über das Verbot der für den 12. 3. 1932 geplanten NS-Veranstaltung im Dantestadion.

⁵⁴² Front 32 (6. 8. 1932), „Die Freiheitskundgebung im Dantestadion. München wieder deutsch!“

⁵⁴³ Insgesamt führte Hitler in den Wahlkämpfen 1932 vier Flüge durch das Reich durch: 3.–10. 3. 1932, 18.–24. 4. 1932, 15.–30. 7. 1932 und 13. 10.–5. 11. 1932. Zu diesem Zweck mietete die NSDAP von der Lufthansa ein dreimotoriges Flugzeug: SMP 47 (20. 11. 1932), „Ein Besuch bei Flugkapitän Baur“; Baur wohnte in der Münchner Borstei und war der Pilot.

⁵⁴⁴ VB 216 (3. 8. 1932), „Deutschlandflug des SS-Geschwaders“. StA, PDM 6824: SS-Befehlsblatt Nr. 1 (4. 11. 1932), „Anerkennung“ des Flugunternehmens durch den RFSS.

⁵⁴⁵ Vgl. Kapitel IV.4.

und SS-Mitglieder aus ganz Oberbayern unter strengen polizeilichen Auflagen auf einer vorgegebenen Marschroute vom Prinzregentenplatz nach Neuhausen.⁵⁴⁶ Auch im Juliwahlkampf benützte die Gaupropaganda den Film und konnte, wie bereits dargestellt, neuerdings auch auf Tonfilme zurückgreifen. Nachdem die RPL auf möglichst häufige Filmeinsätze drang,⁵⁴⁷ ließ die Gauleitung in den vier Münchner Bezirken jeweils mindestens drei Filmabende durchführen.⁵⁴⁸ Dagegen blieb ihr, im Gegensatz zur Partei im Reich, die Nutzung des Rundfunks verwehrt. Obwohl die Reichsregierung erstmals dieses Medium für Wahlkampfpropaganda öffnete, verhinderte die bayerische Regierung die Übertragungen der drei reichsweit ausgestrahlten Redeauftritte Gregor Straßers und Josef Goebbels⁵⁴⁹ im bayerischen Rundfunk.⁵⁵⁰ Daraufhin schritten verärgerte Parteimitglieder kurzerhand zur Selbsthilfe und ließen diese Reden aus dem eigenen Radio am offenen Fenster in höchster Lautstärke erschallen.⁵⁵¹

Im Juni begann die Verteilung umfangreicher Schriftpropaganda, die die Ortsgruppen größtenteils gezielt bei der Gauleitung bestellt hatten.⁵⁵² Gut zehn Tage vor der Wahl lag täglich eine Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ zur Verteilung vor, ferner alle zwei Tage eine eigene zweiseitige Wahlkampfzeitung, dazu jeweils sechs Flugblätter und Flugschriften sowie einige Broschüren, 12 Text- und vier Bildplakate, ein eigenes Leuchtschrift-Plakat, das auch bei Nacht zu lesen war, sowie eigens für Hausdächer und -wände ersonnene „Giebelplakate“. Die Gauleitung lieferte diesmal sämtliches Material, mit Ausnahme der Nummern des „Völkischen Beobachters“, der 2,20 RM teuren Leuchtschrift-Plakate und der Giebel-Plakate, die für Preise zwischen 30 Pf. und 3 RM von sämtlichen Ortsgruppen verpflichtend abgenommen werden mußten, kostenlos.⁵⁵³ Nun initiierte die RPL erstmals eine Erklärung verschiedener Professoren an den Hochschulen zugunsten Hitlers, die zwei Tage vor der Wahl im „Völki-

⁵⁴⁶ Sprechchöre, Gesang, Marschunterbrechungen und anschließende Versammlungen waren verboten: HStA, MInn 81607: Beschluß der PDM vom 1. 7. 1932 Abschrift. Front 27 (2. 7. 1932), „Zum Gruß“. Front 28 (9. 7. 1932), „12000 Mann SA und SS marschieren in München“.

⁵⁴⁷ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 102. Vgl. auch IfZ, MA 1216: Rschr. GGF an alle Bzf und Ogf vom 8. 7. 1932.

⁵⁴⁸ IfZ, MA 1216: Rschr. GGF an alle Bzf und Ogf vom 8. 7. 1932.

⁵⁴⁹ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 196 f. Zum ersten Mal trat am 16. 12. 1930 ein Nationalsozialist im Rundfunk auf. Gespräch Feder – Professor Nölting (MdL SPD) „Sozialismus und Nationalsozialismus“ im Rahmen Vortragsreihe „Gedanken zur Zeit“ in der Deutschen Welle: Deutsche Zeitung 282 (2. 12. 1930), „Kulissenpolitik im Berliner Rundfunk“. Vorwärts 589 (17. 12. 1930), „Feder im Examen“. Braunschweigische Landeszeitung 73 (4. 1. 1931), „Interessanter Versuch“. VB 6./7. (6./7. 1. 1931), „Das Rededuell Feder – Nölting“.

⁵⁵⁰ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 196 f.

⁵⁵¹ Front 25 (18. 6. 1932), „Der gefährliche Rundfunk“.

⁵⁵² IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 3. 6. 1932.

⁵⁵³ Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zu der NSDAP-Flugschriftpropaganda). IfZ, MA 1216: GPL an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 18. 7. 1932. Paul nennt nur die Bild- und Textplakate: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 102.

schen Beobachter“ erschien. Allerdings befanden sich darunter vorerst keine Münchner Dozenten.⁵⁵⁴

Wie schon im Frühjahr, so setzte die RPL auch jetzt große Hoffnungen auf die individuellen Aktivitäten der einzelnen Parteimitglieder und forderte diese auf, mindestens zwei bis drei Bekannte „auf das intensivste“ zugunsten der NSDAP zu bearbeiten, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht in die NS-Massenkundgebungen kamen.⁵⁵⁵ Die Ortsgruppen wurden angewiesen, ihre Mitglieder in den Straßen, vor der Haustüre, aber auch in Krankenhäusern oder Altersheimen für die Partei werben zu lassen.⁵⁵⁶ Zum selben Zweck verteilte die Gauleitung die Mannschaften von SA und SS in „Propagandatrupps“ auf das ganze Stadtgebiet.⁵⁵⁷ Die Mannschaften und Kraftfahrzeuge des NSKK wurden pausenlos zum Transport von Rednern und Parteiführern sowie zur „Beförderung von säumigen Wählern und presshaften Parteigenossen“ oder kranken Parteimitgliedern eingesetzt.⁵⁵⁸ Auch in diesem Wahlkampf bremsen die polizeilichen Verbote die Entfaltung der Schrift- und Versammlungspropaganda.⁵⁵⁹ Wagners Beschwerde über die starken Einschränkungen für SA, SS und HJ, als dem „stärksten Propagandamittel“ der Partei, geriet mittlerweile zu einem Ritual.⁵⁶⁰ Dennoch wurde der Wahltag für die NSDAP in München zu einem Erfolg, wie an späterer Stelle ausführlicher erörtert werden wird. Allerdings deuteten sich nun zum ersten Mal die Grenzen der nationalsozialistischen Mobilisationsfähigkeit in der Stadt an.⁵⁶¹

Ratlosigkeit und Abwarten: Sommer 1932 bis Januar 1933

Die Zeit zwischen den Wahlen: August bis Oktober 1932

Trotz der gewaltigen reichsweiten Reichstagswahlgewinne im Juli 1932 erreichte die NSDAP keine Mehrheit im Reichstag, die ihr die Machtübernahme ermöglicht hätte. Entsprechend groß war auch in München die Enttäuschung der Parteibasis, die infolge der monatelang suggerierten Siegesgewißheit⁵⁶² darauf nicht vorbereitet war. Die Aggressivität wuchs und fand ihren Höhepunkt in den bereits erwähnten Sprengstoffattentaten der Münchner SA.⁵⁶³ Entsprechend den starken innerparteilichen Spannungen wechselte auch die Stimmung der Münchner Parteibasis im Sommer 1932 zwischen extremen Auf- und Abwärtsbewegungen.⁵⁶⁴ Die seit

⁵⁵⁴ StA, Würzburg, II/p 351 a: Abschrift der „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“. VB 211 (29. 7. 1932), „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“.

⁵⁵⁵ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 102f.

⁵⁵⁶ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Bzf und Ogf vom 26. 7. 1932.

⁵⁵⁷ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Bzf und Ogf vom 3. 6. 1932.

⁵⁵⁸ StA, PDM 6835: PND 784: Versammlung NSKK-Hochland am 19. 7. 1932.

⁵⁵⁹ Vgl. Kapitel I.3.

⁵⁶⁰ Front 32 (6. 8. 1932), „Parteigenossinnen, Parteigenossen des Gaues München-Oberbayern!“.

⁵⁶¹ Vgl. Kapitel IV.5.

⁵⁶² Vgl. z. B. die Rschr. der GGF und der GPL im Juni und Juli 1932: IfZ, MA 1216.

⁵⁶³ Kapitel IV.4., S. 400.

⁵⁶⁴ Vgl. Kapitel IV.3.

Anfang August wachsenden Hoffnungen auf Verhandlungen über die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zerstoßen, als dieser den als Kompromiß angebotenen Vizekanzlerposten ablehnte und die Gespräche scheitern ließ.⁵⁶⁵ Die wenig später folgenden Verhandlungen über eine mögliche Regierungskoalition zwischen Zentrum und NSDAP im Reichstag beendete Hitler Mitte September mit dem gleichen kompromißlosen Beharren auf dem Reichskanzleramt.⁵⁶⁶

Außerhalb der Wahlkämpfe konzentrierte sich die Gauleitung 1932 darauf, die neugewonnenen Wählermassen fest an die NSDAP anzubinden bzw. zu Nationalsozialisten zu „erziehen“. Dazu wies sie die Ortsgruppen an, zunächst ihre Schulden durch intensive Spendensammlung abzubauen, endgültig alle ihre Ämter zu besetzen, wieder regelmäßige Sprechabende abzuhalten, ihr Vereinsleben zu aktivieren und das Zellenystem weiter auszubauen. In der Stadt wurden verstärkt Schulungskurse sowie Frauenversammlungen abgehalten.⁵⁶⁷ Um nach den monatelangen innerparteilichen Spannungen Meldungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse über eine Meuterei in der Münchner SA entgegenzuwirken und die Verbände neu zu motivieren, hielt die OSAF Anfang September 1932 einen SA-Generalappell ab.⁵⁶⁸ Die Reichsleitung gründete im September 1932 auch in München einen freiwilligen Arbeitsdienst, dessen Einsatzgebiet bis in das Umland der Stadt reichte. Unverheiratete, erwerbslose Parteimitglieder im Alter zwischen 17 und 25 Jahren konnten sich hierzu in einem Lager nahe Forstenried bei freier Unterkunft in Wohnbaracken und Verpflegung sowie 50 Pfennig Taschengeld pro Arbeitstag melden. Im Oktober des Jahres waren dort bereits 80 Männer beschäftigt.⁵⁶⁹

Die Reichstagswahl im November 1932

Die Münchner NSDAP ging, wie die Partei im ganzen Reich, von vornherein mit einer ungünstigen Ausgangslage in den Wahlkampf um die Reichstagswahl am 6. November. Die drückenden Schulden der vergangenen Wahlkämpfe und die rückläufigen Einnahmen setzten der Propaganda enge Grenzen.⁵⁷⁰ Die Motivation der Parteibasis schien durch das häufige Wechselspiel zwischen suggerierter

⁵⁶⁵ Kissenkoetter, Straßer, 141 ff.

⁵⁶⁶ Orlow, Nazi Party, S. 278 ff. Kissenkoetter, Straßer, S. 153 ff. Wiesemann, Vorgeschichte, S. 116 ff. Die Koalitionsverhandlungen, die das Zentrum mit der NSDAP im Spätsommer 1932 führte, waren primär gegen Papen gerichtet und verfolgten die Idee, die NSDAP in einer Koalitionsregierung zu „zähmen“: Hehl, Katholizismus, S. 252. Teile der BVP-Spitze standen noch im Oktober 1932 einer Koalition NSDAP-Zentrum auf Reichsebene durchaus aufgeschlossen gegenüber: vgl. den Artikel im Mitteilungsblatt der BVP für ihre Vertrauensleute Nr. 9/10 (5. 10. 1932), „Die Besprechung mit den Nationalsozialisten“.

⁵⁶⁷ IfZ, MA 1216: GL/Abt. Einzelhandel, Handwerk und Handel an alle Bzf und Ogf vom 2. 5. 1932. Ebenda: Rschr. GPL an alle Bzf und Ogf vom 7. 5. 1932 und vom 11. 5. 1932. Ebenda: Rschr. GGF an alle Bzf und Ogf vom 5. 9. 1932. Front 32 (6. 8. 1932), „Partei-genossinnen, Parteigenossen des Gaues München-Oberbayern“.

⁵⁶⁸ Front 38 (17. 9. 1932), „Generalappell der Münchner SA“.

⁵⁶⁹ StA, PDM 6809; PND 789: Appell des SA-Sturms 14/II/L am 14. 9. 1932. StA, PDM 6829: PND-Bericht 791 (16. 11. 1932) über die SS-Führerbesprechung des SS-Abschnitt I Süd am 3. 10. 1932.

⁵⁷⁰ Vgl. Kapitel V.1.

Siegesgewißheit und ernüchternder Realität ausgereizt; in der Münchner NSDAP registrierte die Polizei deshalb gar „Zersetzungserscheinungen“. Den Oktober charakterisierten in München zunehmende Austritte, deutlich rückläufige Neuzugänge und Spendenfreudigkeit sowie wachsendes Desinteresse am Vereinsleben. Nach Ansicht der Polizeibeobachter versprach nur ein deutlicher Wählerfolg eine Wende für die Partei.⁵⁷¹ Doch genau dies sahen Teile der Parteispitze von vornherein als aussichtslos an, Straßer rechnete sogar mit Verlusten.⁵⁷² Überdies mußte die Münchner NSDAP nach wie vor auch mit Polizeiverboten rechnen.⁵⁷³ Dennoch stürzten sich RPL und Gauleitung mit Energie in den Wahlkampf. Die RPL sah eine Chance, in die Wählerpotentiale von Sozialdemokratie und DNVP einzubrechen, und stellte die Profilierung der „sozialistischen“ Ziele der NSDAP im Gegensatz zum „reaktionären Herrenklub“ der Papenregierung in den Mittelpunkt der Propaganda, bemühte sich jedoch, klassenkämpferische Tendenzen zu vermeiden. In diesem Sinne befürwortete die Parteileitung nun auch die Beteiligung der NSBO an Streiks. Die Angriffe hatten sich zudem gegen die Regierungsarbeit und den „judenfreundlichen Standpunkt“ der DNVP zu richten sowie erneut die Argumentation gegen die SPD als „Steigbügelhalter“ Hindenburgs und gegen das Zentrum als Helfer der SPD bereitzuhalten. Gegen die KPD empfahl die RPL, die Zustände in der Sowjetunion zu diskutieren. Grundsätzlich wurde den Parteipropagandisten im Lande geraten, eine förmliche „Panikstimmung“ gegen die Reichsregierung zu entfachen.⁵⁷⁴ Die Gauleitung übertrug diese Grundlinien auf München und blies in der Presse und in den Versammlungen zum Angriff auf den „Herrenklub“ der Großindustriellen und Großverdiener, die das Land in „Verzweiflung“ und „Chaos“ brächten.⁵⁷⁵ Einen willkommenen Anlaß lieferte Papens Besuch in München und dessen Rede vor dem Bayerischen Industriellenverband am 12. Oktober.⁵⁷⁶ Nach den heftigen Attacken gegen die NSDAP, die Rudolf von Xylander, Mitglied der Landesleitung des „Stahlhelms“ und zugleich hochrangiger DNVP-Prominenter,⁵⁷⁷ in einer DNVP-Versammlung Mitte September ritt,⁵⁷⁸ wandte sich die Münchner Partei massiv gegen die DNVP. Wagner drohte dem „Stahlhelm“, der den DNVP-Saalschutz übernahm, unverhohlen:

⁵⁷¹ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 9.

⁵⁷² Orlow, Nazi Party, S. 283 ff. Kissenkoetter, Straßer, S. 155.

⁵⁷³ Vgl. Kapitel I.3.

⁵⁷⁴ Paul, Aufstand der Bilder, S. 104 ff. StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 2 f.

⁵⁷⁵ Front 42 (15. 10. 1932), „Der Münchner Papenklüngel“. Front 41 (8. 10. 1932), „Herr von Papen bezieht.“; hier vergleicht die Front die angeblichen Gehaltsbezüge Papens mit denen der nationalsozialistischen Minister in Thüringen. Front 42 (15. 10. 1932), „Papen regiert das Volk verzweifelt“; hier wurden z. B. Selbstmorde aufgelistet. Front 43 (22. 10. 1932), „Adel der Gesinnung – oder Adel des Namens“ Front 43 (22. 10. 1932), „Etappe Herrenklub“ StA, PDM 6743: Polizeibericht vom 5. 10. 1932 über die Rede Goebbels' in der NSBO-Versammlung am 4. 10. 1932 im Zirkus Krone. Ebenda: Vermerk der die Versammlung überwachenden Polizeibeamten vom 25. 10. 1932 über die Rede Franks am 22. 10. 1932 im Saal des Hotel Wagner.

⁵⁷⁶ Front 42 (15. 10. 1932), „Papen schützt sich vor der Liebe des Volkes“.

⁵⁷⁷ Nußer, Wehrverbände, S. 352. StA, Lagebericht 81 (26. 7. 1929), S. 14.

⁵⁷⁸ Front 38 (17. 9. 1932), „Endlich in Liebe vereint! Deutschnationale und andere Juden Arm in Arm im Kampf gegen die deutsche Freiheitsbewegung“.

„Papen und sein Manager Hugenberg sind nun einmal Leute, die uns nicht nur unsympathisch sind, sondern in denen wir nach der Niederringung des Marxismus und des bürgerlichen Parteienbreies die Männer sehen, die das letzte Hindernis darstellen für die Erbauung eines neuen Deutschlands. Wer sie schützt, bekommt es mit uns zu tun, ganz gleichgültig, ob er das Stahlhelmabzeichen trägt oder sonstwie etwas“.⁵⁷⁹ Die Drohung war allerdings ein Bluff, denn Hitler hatte bereits Mitte Oktober 1932 ausdrücklich angeordnet, DNVP-Versammlungen grundsätzlich nicht zu stören, um der DNVP nicht ungewollt Publizität zu verschaffen und über die Eintrittsgelder den Wahlfonds zu füllen.⁵⁸⁰ Trotz der ungünstigen Lage der Partei verbreitete die Gauleitung erneut Siegesgewißheit.⁵⁸¹ Allerdings war Wagner inzwischen vorsichtiger in seiner Wortwahl. Bezeichnenderweise bevorzugte er in seinem Rundbrief an die Parteimitglieder den Konjunktiv, wenn die Rede auf die „Machtergreifung“ kam.⁵⁸² Um die Partei im Gau angesichts leerer Kassen und zunehmenden Engagement-Unwillens doch noch mitzureißen, setzte Wagner auf eine Art trotzigen Optimismus: „Wir sind zur Wahl getrieben worden und wir werden sie durchkämpfen. [...] Wenn unser Führer uns befiehlt, noch einen sechsten, siebenten und zehnten Wahlkampf zu organisieren, so würden wir es tun, weil wir diesen Mann kennen, weil er der einzigste Mann in Deutschland ist, der in der Lage ist, die Dinge zu übersehen. [...] Entweder führt die Bewegung oder sie geht von vornherein nicht in die Regierung hinein. Für einen Vizekanzler ist uns unsere Bewegung zu schade“.⁵⁸³ Und die „Sonntag-Morgenpost“ erklärte anlässlich der Vorführung von Propagandafilmen in städtischen Kinos: „Wer geglaubt hat, daß wir Nationalsozialisten ‚wahlmüde‘ oder diesem neuen Wahlkampf nicht gewachsen seien, sieht schon aus diesem kleinen Ausschnitt, wie gründlich er sich geirrt hat“.⁵⁸⁴ Eine Propaganda- und Presse-tagung Mitte Oktober bereitete die Gaufunktionäre auf den Wahlkampf vor.⁵⁸⁵ Anschließend folgten die Führertagungen sämtlicher Kreise Münchens.⁵⁸⁶

Am 24. September 1932 eröffnete die Gauleitung im Zirkus Krone mit Gregor Straßer als Hauptredner offiziell den Wahlkampf.⁵⁸⁷ Bis zum Wahltag folgten weitere 18 Großveranstaltungen sowie rund 50 Wahlversammlungen der Ortsgruppen.⁵⁸⁸ Den Höhepunkt erreichte die Rede Hitlers am 5. November in einer der Ausstellungshallen auf der Theresienwiese vor 10000 Besuchern.⁵⁸⁹ Das „Soziale Amt“ der Gauleitung vermittelte den Ortsgruppen für ihre Wahlversamm-

⁵⁷⁹ Front 43 (22. 10. 1932), „Wenn ich Kaiser wäre! Streiflichter“.

⁵⁸⁰ StA, PDM 6823: Rschr. des OSAF/Röhm vom 13. 10. 1932.

⁵⁸¹ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Kreis- und Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932.

⁵⁸² IfZ, MA 1216: Rschr. Gauleiter Wagner „Liebe Parteigenossin, lieber Parteigenosse!“ vom 29. 10. 1932.

⁵⁸³ Front 44 (29. 10. 1932), „Gauleiter Wagner im Wahlkampf in München-Oberbayern“.

⁵⁸⁴ SMP 45 (6. 11. 1932), „Kampfabschnitt aus dem Gau München-Oberbayern“.

⁵⁸⁵ Front 43 (22. 10. 1932), AdB: „Letzte Kampfanweisungen“. StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 3.

⁵⁸⁶ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL vom 18. 10. 1932.

⁵⁸⁷ Front 39 (24. 9. 1932), „Gregor Straßer eröffnet in München den Wahlkampf“.

⁵⁸⁸ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1929–1933).

⁵⁸⁹ VB 313 (10. 11. 1932). StA, PDM 6743: Polizeibericht vom 7. 11. 1932.

lungen kostenlos „ausgesuchte“ Künstler für Gesang, Klavier oder Theaterdarbietungen.⁵⁹⁰ Weit stärker als in den Wahlkämpfen zuvor setzten diese nun Propagandafilme ein.⁵⁹¹ Wie schon im Juli 1932, so organisierte die RPL auch Anfang November des Jahres und, auf Wunsch Hitlers, der ein Treuebekenntnis zur neuen Reichsregierung forderte,⁵⁹² noch einmal im Februar 1933 eine Erklärung verschiedener deutscher Hochschulprofessoren zugunsten Hitlers. Die Aktion fand jedoch 1932 nur zögerliche Unterstützung, da zum Teil selbst Parteimitglieder negative berufliche Folgen befürchteten. Unter den 56 Unterschriften der im NS-Organ „Der Führer“ am 6. November 1932 veröffentlichten Erklärung fand sich, wie schon im Juli, erstaunlicherweise kein einziger Münchner Vertreter, dagegen viele Dozenten aus Berlin, Karlsruhe, Heidelberg und anderen Hochschulstädten.⁵⁹³

Zur Wahlkampffinanzierung ließ sich die Gauleitung erstmalig ein größeres „Darlehen“ bei der Reichsleitung einräumen.⁵⁹⁴ Dennoch machte sich die angespannte Kassenlage der Partei überall bemerkbar. Die Gauleitung lieferte auf eigene Kosten nur eine kleine Anzahl Flugblätter sowie zwei kleinformatige Bildplakate⁵⁹⁵ und brachte einen vierseitigen Brief des Gauleiters in Umlauf, der um Engagement im Wahlkampf und daneben um Verständnis für die Wahlkampfsonderumlage warb.⁵⁹⁶ Zusätzlich bot die „Front“ eine Reihe von Wahlnummern an.⁵⁹⁷ Dafür sprang jetzt der Eher-Verlag ein, bewies einmal mehr seine entscheidende Bedeutung für die NS-Propaganda und lieferte kostenlos und portofrei vom 25. Oktober bis zum 4. November täglich eine Million Exemplare des „Völ-

⁵⁹⁰ Front 41 (8. 10. 1932), AdB.

⁵⁹¹ Z. B. veranstaltete die Ortsgruppe 26 Ende Oktober 1932 an vier Abenden hintereinander Filmvorführungen: Front 43 (22. 10. 1932), Versammlungskalender.

⁵⁹² StA, Würzburg, II/p 351 b: Bundesführer Stäbel an ungenannten Professor vom 11. 2. 1933.

⁵⁹³ StA, Würzburg, II/p 351 a: Abschrift der „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“. VB 211 (29. 7. 1932), „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“. VB 310 (5. 11. 1932), „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“. Vgl. auch Faust, Professoren, S. 37–41. Heiber, Professor, S. 14 ff. Mit der Aktion im November reagierte die NSDAP auf eine ähnliche DNVP-Initiative zugunsten Papens. Auch der NS-Ärztbund trat der deutschnationalen Initiative sofort mit einer Broschüre entgegen: StA, Würzburg, II/p 351 b: NSDStB-RPL an Hess vom 3. 11. 1932, an ROL-HA III, an den NS-Ärztbund vom 7. 11. 1932 und an RPL/Goebbels vom 10. 11. 1932.

⁵⁹⁴ Der Revisionsbericht von 1935 vermerkt die Aufnahme eines „Darlehens“ von 20000 RM bei der RL am 15. 9. 1932, nur drei Tage nach der Reichstagsauflösung, die zu den Neuwahlen im November des Jahres führte: StA, NSDAP 40: Bericht über die Revision bei der GL München-Oberbayern der NSDAP vom 6. 3. 1935. Es ist kaum vorstellbar, daß die RL Kredite an Gauleitungen vergab. Möglicherweise hatte die RL der GL die Kosten für eine bestimmte Menge an Propagandamaterialien im voraus erlassen. Eventuell hatte die RL mit diesem Betrag auch die Beitragsanteile, die die GL an die RL abzuführen hatte, für mehrere Monate gestundet.

⁵⁹⁵ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932. StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 3. Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zu der NSDAP-Flugschriftpropaganda).

⁵⁹⁶ IfZ, MA 1216: Rschr. Gauleiter Wagner „Liebe Parteigenossin, lieber Parteigenosse!“ vom 29. 10. 1932. Ebenda: Rschr. GL, Kassenabteilung an alle Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932.

⁵⁹⁷ Front 42 (15. 10. 1932), Anzeige: „Leser, Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Pressewarte“.

kischen Beobachters“ an die Ortsgruppen im Reich; hiervon erhielten auch die Münchner einen erheblichen Anteil, etwa die Ortsgruppe Ottobrunn jeden Tag 200 Exemplare.⁵⁹⁸ Darüber hinaus offerierte der Verlag weitere Werbenummern für jeweils eineinhalb Pfennig. Auch verschiedene Unterorganisationen der Partei engagierten sich mit Propagandamaterialien. Der NSLB lieferte größere Posten seiner Zeitung zu reduzierten Preisen an die Ortsgruppen.⁵⁹⁹ Die finanzielle Schwäche der NSDAP nutzte allerdings deren politischen Gegnern nur wenig, denn auch der Münchner Wahlkampf von SPD und BVP war von finanzieller „Erschöpfung“ gezeichnet; die BVP begann mit ihrer Schriftpropaganda erst wenige Tage vor der Wahl. Die Zahl der SPD-Versammlungen hatte „bedeutend“ abgenommen und dennoch rückläufige Besucherzahlen hinzunehmen; allgemein sah sich die SPD mit der Wahlmüdigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Mitglieder konfrontiert.⁶⁰⁰ Angesichts der leeren Parteikassen forderte die RPL auch in diesem Wahlkampf die persönliche Werbetätigkeit jedes einzelnen Parteimitgliedes.⁶⁰¹ Die Gaupropagandaleitung erklärte diese zur tragenden Säule des Wahlkampfes. Neben Briefkontakten oder Hausbesuchen wurde geraten, regelmäßig in Uniform – obgleich dies verboten war – spazieren zu gehen, vor Parteiplakaten Diskussionen anzufachen oder auch das Zeichen der „Eisernen Front“, die drei abwärtsgerichteten Pfeile, zu übermalen.⁶⁰² Wagner verlangte erneut, jedes Parteimitglied habe „mindestens 10 Wähler“ zu werben.⁶⁰³ Auch die Münchner SA und SS wurden nun schon zum vierten Mal in diesem Jahr beschworen, „ihr Äußerstes herzugeben“ und sich „rücksichtslos“ für den Ordnungsdienst und den „Schleppdienst“ sowie die Schriftpropaganda einzusetzen.⁶⁰⁴ Radfahrertrupps der SA überwachten in den letzten Wochen vor der Wahl die Parteiplakate.⁶⁰⁵ Auf Anordnung der RPL setzte die Gauleitung nun erstmals verstärkt auf die Beflaggung der Häuser von Parteimitgliedern und wies die NS-Frauenschaften an, Fahnen herzustellen.⁶⁰⁶ Für den Wahltag ordnete die Gauleitung abermals einen systematischen „Schleppdienst“ an und verpflichtete SA und SS, entlang der Hauptverkehrsstraßen Wahlparolen aufzumalen.⁶⁰⁷

⁵⁹⁸ IfZ, MA 1216: Vertriebsabteilung des Eher-Verlages an die Ortsgruppe Ottobrunn vom 22. 10. 1932.

⁵⁹⁹ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Kreis- und Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932.

⁶⁰⁰ StA, Lagebericht 113 (10. 12. 1932), S. 19. Mitteilungsblatt für die Vertrauensleute der BVP 12 (20. 12. 1932).

⁶⁰¹ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 106.

⁶⁰² StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 3.

⁶⁰³ IfZ, MA 1216: Rschr. Gauleiter Wagner „Liebe Parteigenossin, lieber Parteigenosse!“ vom 29. 10. 1932.

⁶⁰⁴ StA, PDM 6823: Befehl des OSAF/Röhm vom 28. 10. 1932. StA, PDM 6823: Aufruf des Führers der SS-Gruppe-Süd „An alle SS-Führer und -Männer“ vom 11. 10. 1932.

⁶⁰⁵ StA, PDM 6809: Appell des SA-Sturms 14/II/L am 27. 10. 1932.

⁶⁰⁶ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 106. IfZ, MA 1216: GPL an alle Krf, Ogf und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932. Ebenda: Adjutant des Kreisleiters München-Mitte-Süd und Ost an die Ortsgruppen des Kreises vom 27. 2. 1933. Allerdings befolgten nur in der Ortsgruppe Harlaching beinahe alle Parteimitglieder die Anweisung.

⁶⁰⁷ IfZ, MA 1216: Rschr. GPL an alle Kreis- und Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932.

Auch im Herbstwahlkampf war die Partei durch die genannten polizeilichen Gegenmaßnahmen vehement eingeschränkt. Propagandamärsche waren verboten, zwei Flugblätter durften nicht verteilt werden, und vier Versammlungen wurden untersagt, darunter die im Oktober in der Ausstellungshalle auf der Theresienwiese geplante. Der „Fall Röhm“ schadete der NSDAP nach wie vor, selbst die RPL sah hierin eine der vielen Ursachen für den Wählerverlust am 6. November. Mancher Gauleiter forderte nun offen den Rücktritt Röhm's.⁶⁰⁸ In diesem Sinne schrieb der Gauleiter Wagner im Januar 1933 an das Personalamt der ROL, „daß es zwar eine große Ehre ist, in München, der Geburtsstadt der Bewegung, Gauleiter zu sein, daß es aber sicher leichter und dankbarer ist, dieses Amt in einer möglichst großen Entfernung von München auszufüllen“.⁶⁰⁹

Rückschläge und Stagnation zur Jahreswende 1932/1933

Das Reichstagswahlergebnis und die noch weit höheren Stimmenverluste bei den Gemeinderatswahlen in Sachsen und Thüringen wenige Wochen später versetzten die NSDAP in München wie überall im Reich in große Niedergeschlagenheit. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit, eine wesentliche Quelle des nationalsozialistischen Selbstvertrauens, war verloren gegangen. Darüber hinaus befand sich die Partei im Reich wie in München in äußerster finanzieller Bedrängnis.⁶¹⁰ Als dazu der Rücktritt Gregor Straßers kam, machten sich Anzeichen von Depression breit. Straßer und die ROL-Spitze waren sich Anfang November 1932 einig, daß die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt überschritten hatte und die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis zum Sommer 1933 voraussichtlich unter drei Millionen sinken würde.⁶¹¹ Damit wäre die Voraussetzung für die NS-Wahlerfolge und in der Folge jede Aussicht auf eine „Machtergreifung“ wieder in weite Ferne gerückt. Entsprechend strebte Straßer danach, die NSDAP schnellstmöglich an die Regierung zu bringen, wenn nötig auch in einer Koalition und unter Verzicht auf das Kanzleramt.⁶¹² Der Ausgang der Novemberwahl bestärkte ihn in seiner Haltung. Eine Zeitlang schien es, als gäbe Hitler dieser eindringlichen Argumentation nach; Verhandlungen mit Hindenburg kamen Ende November wieder in Gang. Doch dann lehnte Hitler, überzeugt von Goebbels und Göring, alle entsprechenden Pläne endgültig ab. Straßer resignierte und trat am 8. Dezember 1932 von allen Parteiämtern zurück. Ihm folgten eine Reihe von Funktionären in der ROL. Die Reaktion innerhalb der Münchner Parteibasis auf Straßers Schritt, den die Parteileitung zuerst in der Öffentlichkeit als „dreiwöchigen Krankheitsurlaub“ zu verschleiern suchte, läßt sich nur schwer feststellen. Furcht vor einer möglichen Parteispaltung

⁶⁰⁸ BA, Berlin, NS 22/1: Zusammenfassung der Stimmungsberichte der GPL vom 6.–15. 11. 1932 durch die RPL, o. w. A. Vgl. auch: Kissenkoetter, Straßer, S. 161.

⁶⁰⁹ BA, Berlin, NS 22/266: Wagner an Personalamt der ROL vom 26. 2. 1933.

⁶¹⁰ Kissenkoetter, Straßer, S. 159. Orlow, Nazi Party, S. 286–289.

⁶¹¹ BA, Berlin, NS 22/447: Vermerk des Leiters der Abteilung Arbeitsbeschaffung der ROL/IV (Wirtschaft), Tholens, für einen geplanten Vortrag vor Straßer am 11. 11. 1932. Kissenkoetter erwähnt dieses bislang offensichtlich unveröffentlichte Dokument nicht: Ders., Straßer.

⁶¹² Im Folgenden: Kissenkoetter, Straßer, S. 162 ff., 170–177, 183. Pridham, Hitler's Rise, S. 291 ff.

aufgrund des breiten Anhangs Straßers in der ROL, wie sie innerhalb der Reichsleitung anfangs grassierte, war nicht zu verspüren. Die Ansätze einer Parteirevolte, wie sie sich mancherorts im Reich zeigte, so etwa in der Rebellion fast der gesamten fränkischen SA unter der Führung des SA-Untergruppenführers Wilhelm Stegmann, fanden in München keine Resonanz. Inwiefern die Münchner Mitglieder der Diktion der Parteileiter folgten, ist nicht abzuschätzen. Der NSBO-Gauleiter Frey äußerte sich auf der Münchner Amtswalsertertagung seiner Organisation am 8. Januar 1933 „sehr vorsichtig“. „Strasser sei ein alter bewährter Kämpfer, über den man nicht so ohne weiteres den Stab brechen dürfe, zumal man nicht hinter die Kulissen schauen könne. Es gebe nur eines: ‚Treue zum Führer Adolf Hitler‘.“ Doch schon einen Monat später schwenkte er wie alle anderen Parteiredner in der Stadt⁶¹³ vollständig auf Hitlers Linie ein und attackierte Straßer ohne Hemmungen.⁶¹⁴

Die Polizeibeobachter registrierten im Dezember 1932 und Anfang 1933 allorts in der Münchner NSDAP und SA „Ermüdungserscheinungen“, die sich in fortlaufenden Parteiaustritten und weitgehendem Desinteresse am Vereinsleben äußerten, ein Phänomen, das allerdings auch den politischen Gegner traf.⁶¹⁵ Ein SA-Sturm schloß aus diesen Gründen im Dezember 1932 35 Mann und im folgenden Monat 15 Mann aus; die Ortsgruppe Westend verlor „innerhalb weniger Wochen“ über 100 Mitglieder. Der SS-interne Stimmungsbericht von Mitte November 1932 entsprach in beinahe allen Facetten der Berg- und Talfahrt der Gemütsverfassung innerhalb der Münchner NSDAP. Immerhin, so beschwor der Bericht, habe sich die trotz des Hochgefühls im Winter 1931 und im Frühjahr 1932 ab Sommer 1932 herrschende „sehr gedrückte“ Stimmung mittlerweile gebessert. Zu den Gründen für die Depression zählte die SS neben den „wenigstens zeitweise geringen politischen Erfolgen“ die fortschreitende Wirtschaftskrise, aber auch Identitätsprobleme, „weil die Truppe nicht erkennt, wofür sie eigentlich da ist. [...] Die SS betrachtet sich als Kampftruppe. Bekanntlich ist es nie gut für eine militärische Formation, immer nur hingehalten, ohne einmal in den Brennpunkt gestellt zu werden. [...] Durch das ewige Warten wird eine Truppe mürbe, ungehalten und mißmutig“. Der Ärger verstärkte sich durch den steigenden verbandsinternen Verwaltungsaufwand. Im Motorsturm wuchs besonderer Unmut, da nicht einmal die Auslagen der Fahrer während der Wahlkämpfe ersetzt worden

⁶¹³ Vgl. insbesondere die drastischen Angriffe des norddeutschen, früheren evangelischen Geistlichen Münchmeyer: StA, PDM 6744: Polizeibericht vom 11. 1. 1933 über die Versammlung am 10. 1. 1933 im Hackerkeller.

⁶¹⁴ StA, PDM 6850: PND 799 und 803: NSBO-Funktionärstagungen München-Oberbayern am 8.1. und 5. 2. 1933.

⁶¹⁵ Der Mitgliederbestand des sozialdemokratischen Reichsbanners in der Innenstadt hatte sich seit dem Herbst 1932 nahezu halbiert. HStA, MInn 81607: Vermerk der PDM/VI vom 21. 1. 1933. StA, PDM 6829: PND-Bericht 798 (16. 12. 1932) über den Appell des Sturmbann I/1 am 4. 12. 1932. Die SPD rang mit der „starken“ Gleichgültigkeit vieler Mitglieder; die „Eiserne Front“ beschloß, „tausende“ von Mitgliedern zwangsweise zu streichen, die seit Monaten kein Engagement mehr zeigten: StA, Lagebericht 113 (10. 12. 1932), S. 19.

waren. Der Bericht schlug als Abhilfe die systematische Ausbildung der SS vor, die auch von den Mannschaften und Führern gewünscht werde.⁶¹⁶

Zu dieser Abhilfe griffen auch Gauleitung und SA-Führung, um der sich ausbreitenden Depression in der Partei zu entgegenen. Zunächst übten sie⁶¹⁷ sich jedoch in beschwörenden Appellen und versuchten die Enttäuschungen der vergangenen Wochen positiv umzudeuten, etwa als „Gesundungskur des 6. November“. Man habe doch nur „politisches Treibholz“ verloren, Wähler, die „mehr aus Konjunkturrücksichten, als aus weltanschaulichen Gründen“ für die NSDAP votiert hätten. Dies bedeute vielleicht „zahlenmäßig einen Verlust, ist aber bewegungsmäßig ein Gewinn, denn dadurch ist die Gewähr gegeben, daß diese Bewegung bleibt und nicht Partei wird“. Am „festgefügteten Block“ der Partei könne „nicht mehr gerüttelt werden [...], selbst wenn noch zehn Wahlen in kurzer Folge kommen würden. [...] Man hat gewußt, daß der 6. November für die nationalsozialistische Bewegung jener Läuterungsprozeß sein wird, der früher oder später einmal kommen mußte, damit die Spreu vom Weizen getrennt werde“. Und Gauleiter Wagner wandte sich mit einer neuen Parole an die Parteimitglieder: So wie die NSDAP, nachdem Generalstaatskommissar von Kahr 1923 vergeblich versucht habe, diese zu zerschlagen, gewaltig angewachsen sei, werde sie auch nach dem entsprechenden Versuch Papens am 6. November wachsen und dann endgültig siegen.⁶¹⁸ Ein Münchner SA-Sturmbannführer verkündete Ende Dezember 1932 darüber hinaus: „Wer müde geworden ist und glaubt, nicht mehr mittun zu können, der gehe beizeiten von uns, wir wollen es ihm nicht nachtragen, aber Halbe und Laue können wir gerade jetzt weniger denn je in unseren Reihen gebrauchen und dulden! [...] Und wenn die Welt voll Teufel wär, das Reich muß unser doch werden!“⁶¹⁹

Intensiver Binnenaktivismus, insbesondere Mitgliederversammlungen und Schulungen, sollte nun helfen, der Depression zu entkommen. Doch zunächst unterband die Reichsregierung Papen, wie bereits dargestellt, unter der Losung „Burgfrieden über Weihnachten“ von Anfang Dezember 1932 bis zum 3. Januar 1933 nahezu alle politischen Aktivitäten, darunter Aufmärsche und Versammlungen. Selbst vorgesehene „interne“ Schulungs- und Organisationstagungen der Münchner Kreise und Ortsgruppen⁶²⁰ begannen aufgrund der Münchner Poli-

⁶¹⁶ StA, PDM 6824: Bericht „An Herrn Richard Hildebrandt“, o. w. A.; nach Inhalt und Aufbau nahezu identisch mit dem Stimmungsbericht der SS-Standarte I an den Führer des SS-Abschnitts I vom 25. 11. 1932, zitiert im Morgenrapport der PDM/VI/N vom 29. 11. 1932; StA, PDM 6829.

⁶¹⁷ Vgl. zu SA und SS z. B. VB 348 (13. 12. 1932), „Weihnachten bei der Münchner SS“. Oder auch: StA, PDM 6823: Rschr. SS-Gruppe-Süd „Allen SS-Führern und Männern zum neuen Jahr!“ vom 19. 12. 1932.

⁶¹⁸ SMP 46 (13. 11. 1932), „Nicht wählen sondern arbeiten!“ Ebenda, „Das Wahlergebnis“. Ebenda, „Aufruf!“

⁶¹⁹ StA, PDM 6823: „Tagesbefehl“ des SA-„Sturmbann I/2 München-Land-West“ vom 30. 12. 1932.

⁶²⁰ VB 341 (6. 12. 1932), „Die Bewegung rüstet zu neuen Kämpfen. Amtswalserteragungen in allen Gauen“. StA, PDM 6786: Anordnung des ROL Nr. 14 vom 28. 11. 1932, gez. Gregor Straßer: Landesinspektoren haben in allen Gauen bis spätestens 1. 1. 1933 eine Gau-Amtswalserteragung anzusetzen.

zei⁶²¹ erst nach dem 3. Januar 1933.⁶²² Von den Einschränkungen unberührt blieb der seit Ende Dezember 1932 laufende „Dreimonatsplan“ zum Ausbau der NSBO-Binnenorganisation.⁶²³ Die Gauleitung band die Ortsgruppen in der zweiten Januarhälfte 1933 in eine aufwendige zweiwöchige Werbekampagne für das Gauorgan „Sonntag Morgenpost“ ein.⁶²⁴ Auch SA und SS wurden in detaillierten Schulungsplänen und größeren Geländeübungen aktiviert. Im Vordergrund stand dabei nun die militärische Ausbildung, die nach Ansicht der Münchner SS-Führung zu geringfügig und etwa dem Münchner „Stahlhelm“ weit unterlegen war.⁶²⁵ Die Münchner SA hatte das Thema entgegen allen Beteuerungen der Parteiführung nie ganz aus den Augen verloren. Seit 1931 regten sich wieder vereinzelt Initiativen. Im Mai dieses Jahres bot ein Münchner Architekt den Verbänden in der Stadt an, eigene Kleinkaliber-Schützen-Verbände ohne offiziellen Bezug zur SA aufzubauen, die dann um so leichter auf öffentlichen Schießplätzen üben könnten. Röhms lehnte die Zusammenarbeit mit dem Mann unter Verweis auf das SA-interne Verbot von Schießübungen ab,⁶²⁶ nicht jedoch dessen Grundidee. Denn schon einen Monat später gründete der SA-Sturm 18 die offiziell „neutrale“ „Münchner Kleinkaliber-Schützengesellschaft“, die nur Mitglieder von SA und SS aufnahm und diesen eine Schießausbildung vermittelte. Die Polizeibehörden vermuteten hierin zugleich eine Sammelorganisation für den Fall eines SA-Verbotes.⁶²⁷ Im Frühjahr fanden die monatlichen Schießübungen auf dem Schießplatz des Vereins „Bayerntreue“ in Neubiberg statt.⁶²⁸ Der Münchner SA-Motorsturm übte seinerseits im November 1931 auf einem Schießstand in der Donnersbergerstraße 8, den ein Mitglied des „Stahlhelms“ einschließlic Kleinkalibergewehr zur Verfügung stellte.⁶²⁹ Die Münchner SS mietete bereits im Mai 1931 von einem ihrer Mitglieder ein großes Grundstück in Ottobrunn für Kleinkaliberschießübungen.⁶³⁰ Gleichzeitig mahnten die SA- und SS-Führer ihre Leute beständig, in der Öffentlichkeit keine Waffen zu tragen, und drohten widrigenfalls

⁶²¹ Die GL hätte unzweifelhaft noch im Dezember 1932 entsprechende Tagungen durchgeführt. Nachdem dies jedoch nicht geschah, ist als Hindernisgrund nur ein in den Quellen nicht belegtes Polizeiverbot vorstellbar.

⁶²² Vgl. z. B. IfZ, MA 1216: Rschr. KrL München Mitte-Süd vom 8. 2. 1933. Generell VB Februar 1933, AdB.

⁶²³ StA, PDM 6850: Informationsdienst der GL/HA VI (Betriebszellen) Nr. 3 (31. 12. 1932).

⁶²⁴ IfZ, MA 1216: Gauleiter Wagner an alle Ortsgruppen des Gaues München-Oberbayern vom Januar 1933.

⁶²⁵ Stimmungsberichte der Münchner SS-Standarte I vom November 1932: Kapitel IV.3., Anm. 616.

⁶²⁶ StA, PDM 6827: Leindecker an OSaF-Stab vom 31. 5. 1931 und Antwort Röhms an Leindecker vom 1. 6. 1931.

⁶²⁷ StA, PDM 6860: Einladung zu Gründungsfeier der Kleinkaliber-Schützengesellschaft München am 6. 9. 1931. Ebenda: PND 741 über GMV der Münchner Kleinkaliber-Schützengesellschaft am 6. 7. 1931.

⁶²⁸ StA, PDM 6860: Flugblatt „Kleinkaliber-Schiessen!“ vom März 1932.

⁶²⁹ StA, PDM 6833: PND 757: Appell des SA-Motorsturms am 19. 11. 1931 im Augustinerkeller.

⁶³⁰ StA, PDM 6829: Vermerk PDM/VI/N vom 18. 5. und 8. 7. 1931.

mit sofortigem Parteiausschluß.⁶³¹ Im Spätherbst 1932 intensivierte die SA militärische Gelände- und Exerzierübungen, soweit dies das staatliche Demonstrationsverbot zuließ.⁶³² Der SS-Abschnitt I hatte seinen Verbänden bereits im November 1932 für zwei Appelle im Monat „Wehrsport“ verordnet. Bei den anderen beiden Appellen wurden in geschlossenen Räumen Jiu-Jitsu und andere Sportarten geübt sowie Unterricht über Wach-, Absperrdienst, Geländedienst und die NS-Weltanschauung erteilt.⁶³³ Ein SS-Sturm trainierte im Dezember 1932 unter anderem den Einsatz als „Maschinengewehrtrupp“ mit zwei Sanitätern und zwei „Winkern“.⁶³⁴ Ein SA-Sturmbann vertiefte im Januar 1933 in Sonderkursen das Exerzieren und die Ausbildung am Infanteriegewehr. Dazu zog er eigens ehemalige Angehörige der Reichswehr und Landespolizei als Berater hinzu.⁶³⁵ Von den im November 1932 seitens SA und SS geplanten Geländeübungen „im großen Stile“ wurde mindestens eine SS-Wehrsportübung mit über 700 Mann vom Bezirksamt München, wenn auch unter strengen Auflagen, genehmigt.⁶³⁶ Ab dem 3. Januar 1933 intensivierte die SA-Gruppenführung Hochland im Rahmen des Ausbildungsplanes die Aufmärsche.⁶³⁷ Um die Verbände im Reich besonders zu motivieren, erhielten einige Stürme, darunter acht Münchner, ab Februar 1933 die Namen von Nationalsozialisten, die am 9. November 1923 erschossen worden waren.⁶³⁸

Das Aktionsprogramm zeigte Wirkung. Mitte Januar 1933 beschrieben Polizeibeobachter die Stimmung der Münchner SA als „augenblicklich wieder zuversichtlich und sehr gut“.⁶³⁹ Schließlich wirkte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 für die Parteibasis wie eine Erlösung.⁶⁴⁰ Noch am selben Abend marschierten sämtliche Münchner SA- und SS-Verbände auf dem Königsplatz auf, und Gauleiter Wagner hielt eine Rede. Allerdings verhinderten Polizeieinheiten Propagandamärsche durch den Bannkreis um den Landtag und lösten alle Demonstrationen auf dem Odeonsplatz auf.⁶⁴¹ Die Kanzlerschaft Hitlers weckte unter den Münchner Parteiaktivisten himmelstürmenden Optimismus, allenthalben wuchs die Vorfriede auf eine erhoffte baldige „Machtergrei-

⁶³¹ Vgl. z. B. StA, PDM 6829: PND-Bericht 723 (16. 2. 1931) und PND-Bericht 771 (22. 7. 1932).

⁶³² Vgl. den Beschluß der SA-Gruppenführung Hochland: HStA, MInn 81607: Vermerk PDM/VI vom 14. 10. 1932. Vgl. auch StA, PDM 6824: SA-Gruppenbefehl Nr. 1 (3. 1. 1933).

⁶³³ StA, PDM 6824: Befehl Nr. 1 (23. 11. 1932) des SS-Abschnitt I.

⁶³⁴ StA, PDM 6829: PND-Bericht 798 (16. 12. 1932) über den Appell des Sturmes 1/I/1 am 30. 11. 1932.

⁶³⁵ StA, PDM 6829: PND-Bericht 800 (6. 2. 1933) über den Kurs des SA-Sturmbannes I/1 am 9. 1. 1933.

⁶³⁶ HStA, MInn 81607: Halbmonatsbericht Regierungspräsidium von Oberbayern Nr. 2923 (5. 12. 1932).

⁶³⁷ HStA, MInn 81607: Befehl Nr. 1 (3. 1. 1933) des SA-Gruppenführer Hochland. Ebenda: Befehl Nr. 18/32 vom 30. 12. 1932 der Münchner SA-Standarte L.

⁶³⁸ StA, PDM 6824: OSAF-Verordnungsblatt Nr. 11 (1. 2. 1933).

⁶³⁹ HStA, MInn 81607: Vermerk der PDM/VI vom 18. 1. 1933.

⁶⁴⁰ StA, PDM 6823: Rschr. des SS-Abschnitt I, gez. v. Malsen-Ponickau, vom 30. 1. 1933.

⁶⁴¹ VB 31 (31. 1. 1933), „Kundgebung am Königsplatz“ und ebenda, „Die Polizei noch im Koch-Fahrwasser“.

fung“, mancherorts hingen sofort nach den ersten Radiomeldungen Hakenkreuzflaggen aus den Fenstern. Anfang Februar 1933 erklärte der Neuhauser Sturmführer, und griff damit, ohne es zu ahnen, den wenige Wochen später folgenden Ereignissen voraus: Künftig brauche sich keiner mehr vor dem politischen Gegner zu fürchten, da sowohl Polizei als auch Reichswehr zunehmend mit der NSDAP sympathisierten.⁶⁴²

Die Reichstagswahl am 5. März 1933

Die Bedingungen für den Wahlkampf zur Reichstagswahl am 5. März 1933 waren, sowohl in München als auch im Reich, die günstigsten seit 1925. Beinahe sämtliche Restriktionen der Behörden fielen weg, darunter das Verbot der Propagandamärsche und auch die finanziellen Beschränkungen, denn die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ genehmigte bereits seit 4. Februar Sammlungen unter Mitgliedern in der gesamten Öffentlichkeit, d. h. vor der Haustüre, in Veranstaltungen und mittels der Presse.⁶⁴³ Der bereits erwähnte Hirtenbrief des Münchner Erzbischofs im Februar 1933 hatte die strikte Ablehnungsfront des Katholizismus erschüttert.⁶⁴⁴ Während die Reichsregierung die gegnerische Propaganda insbesondere von KPD und SPD einschränkte, standen der NSDAP die finanziellen Mittel des Reichsinnenministeriums, aber auch wachsender Industriekreise, sowie der Zugang zum Rundfunk, einem der wirksamsten Massenmedien, zur Verfügung.⁶⁴⁵ Daneben konnte die Partei bei der Wahlentscheidung am 5. März mit dem Zügeffekt der Reichskanzlerschaft Hitlers rechnen und strich diese in ihrer Agitation entsprechend heraus.⁶⁴⁶ Eine hervorragende propagandistische Gelegenheit bot zusätzlich der Reichstagsbrand am 27. Februar, denn die Empörung ergriff weite Teile der Bevölkerung. Selbst die konservative, der BVP nahestehende Bayerische Staatszeitung berichtete nun, ohne daß die Urheberchaft der KPD bewiesen gewesen wäre, unablässig über die angebliche kommunistische „Gefahr“ und rechtfertigte die Härte des staatlichen Vorgehens gegen die KPD.⁶⁴⁷ Damit trug man nicht unwesentlich zu der Stimmung bei, die wenige Monate später unter dem Vorwand, der Staat sei in Gefahr, letztlich selbst das Vorgehen gegen die BVP akzeptierte. Die nationalsozialistische Propaganda griff die

⁶⁴² IfZ, MA 738: Memoiren Antonie Strauss, Geschichte der Sektion Gern-Nymphenburg.

⁶⁴³ Vgl. Kapitel I.3. BSZ 33 (9. 2. 1933), Bekanntmachung des bayerischen Innenministeriums vom 8. 2. 1933 zur Reichstagswahl am 5. 3. 1933.

⁶⁴⁴ Zofka sieht die Bindungskraft der (unausgesprochenen) kirchlichen Wahlempfehlung gegen die NSDAP bereits durch die Koalitionsverhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum im Sommer 1932 nachhaltig beeinträchtigt. Dies habe erstmals die Abwanderung von der BVP zur NSDAP stimuliert: Ders., Nationalsozialismus auf dem Lande, S. 175. Die Münchner Wahlergebnisse entsprechen dieser These nicht: Anhang A.1., Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

⁶⁴⁵ Bracher, Stufen, S. 108–118. Paul, Aufstand der Bilder, S. 111.

⁶⁴⁶ Paul, Aufstand der Bilder, S. 111.

⁶⁴⁷ BSZ 50 (1. 3. 1933), „Das Reichstagsgebäude von Kommunisten in Brand gesetzt“; der Leitartikel forderte hier: „Für das deutsche Volk besteht jetzt der Zustand der Notwehr“. Vgl. generell BSZ 50–54 (März 1933).

Thematik breit und mit dramatischen Effekten auf.⁶⁴⁸ Jedoch setzte die Polizei dem in weiten Teilen des Reiches praktizierten nationalsozialistischen Terror gegen die Arbeiterparteien,⁶⁴⁹ wie bereits dargestellt, in München weitgehend einen Riegel vor. Zwar war die kommunistische „Neue Zeitung“ ab 1. März verboten, die Presse von SPD und BVP konnte jedoch ungehindert erscheinen.⁶⁵⁰

Die RPL belieferte nun über die Nachrichtenagenturen auch die nichtnationalsozialistische Presse mit Informationen über den Parteiwahlkampf und erweiterte auf diese Weise dessen Wirkungsfeld. Die ganz auf Hitler zugeschnittene Wahlpropaganda stand bis zum Reichstagsbrand unter dem Leitmotto „Hitler baut auf“ und stellte dann die massive Bekämpfung von KPD und SPD in den Mittelpunkt. Besonders bei Frauen und Nichtwählern erhoffte sich die RPL zusätzliche Stimmengewinne.⁶⁵¹ DNVP und „Stahlhelm“ wurden von jeglichen Angriffen ausgespart, und auch gegenüber dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei hatten die Parteiredner „leise zu treten“.⁶⁵² Große Aufmerksamkeit widmete die Parteipropaganda der Gewinnung katholischer Wähler bzw. dem Abbau der Ressentiments gegen die NSDAP. Der „Völkische Beobachter“ diskutierte ausführlich alle aus nationalsozialistischer Sicht vermeidbaren Differenzen,⁶⁵³ der Eher-Verlag gab eigens vier Hefte zur Thematik heraus.⁶⁵⁴ Gauleiter Wagner sprach bereits Anfang Februar in allen Ortsgruppen Münchens, um die Parteibasis auf die neue Situation nach Hitlers Reichskanzlerschaft vorzubereiten und auf den Reichstagswahlkampf einzuschwören.⁶⁵⁵ Den gleichen Zweck verfolgte die Tagung sämtlicher Gaufunktionäre am 12. Februar.⁶⁵⁶ Wie die NSDAP den kommenden Wahlkampf zu führen gedachte, äußerte Hitler auf der Berliner Tagung der NSBO-Landeswarte am 2. Februar 1933. Drei Tage später verbreitete NSBO-Gau-Führer Frey Hitlers Ausführungen unter den Münchner Parteifunktionären. Damit konnten nun die Münchner Polizei und auch die bayerische Regierung Gewißheit darüber haben, was sie erwartete. Hitler habe erklärt, „kein Teufel“ könne ihm die Macht wieder aus den Händen reißen. Da für den kommenden Wahlkampf der NSDAP sämtliche staatlichen Mittel, natürlich auch der Rundfunk, zur

⁶⁴⁸ Vgl. VB und SMP 28. 2. 1933–5. 3. 1933, jeweils Rubrik AdB. Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 112. Vgl. als extremes Beispiel dieser Propaganda VB 45 (14. 2. 1933), „Kommunisten mißbrauchen Kinderleiber als Barrikaden!“.

⁶⁴⁹ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 112. Bracher, *Stufen*, S. 129–137.

⁶⁵⁰ Vgl. BSZ Februar/März 1933.

⁶⁵¹ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 111 f.

⁶⁵² StA, PDM 6744: Auszug aus dem Morgenrapport der PDM/VI/5 vom 17. 2. 1933 über die RPL-Anweisung. IfZ, MA 1216: GPL an alle Kreise und Ortsgruppen des Gaues München-Oberbayern vom 14. 2. 1933.

⁶⁵³ VB 61 (2. 3. 1933), „Jede katholische Stimme der Liste 1“; diesem Thema war die gesamte Seite 2 dieses Beobachters gewidmet. Vgl. auch VB 46 (9. 2. 1933), „Schluß mit konfessioneller Verhetzung!“. Ebenda, „Unser Bekenntnis zum Christentum“. Ebenda, „Zentrum und BVP wollen wieder einmal die Religion gegen das neue Deutschland ausspielen!“. Vgl. generell VB und SMP Februar/März 1933.

⁶⁵⁴ Die Titel der vier Hefte lauteten: „Katholizismus und Nationalsozialismus“, „Nationalsozialismus und katholische Kirche“, „Katholische Kirche und Judentum“ sowie „Zentrumsherrschaft und Jesuitenpolitik“: vgl. z. B. VB 47 (16. 2. 1933), *Anzeige*.

⁶⁵⁵ Vgl. z. B. IfZ, MA 1216: R Schr. Kreisleitung München Mitte-Süd vom 8. 2. 1933.

⁶⁵⁶ VB 42/43 (11./12. 2. 1933), *AdB*.

Verfügung ständen, werde Frick „der gegnerischen Presse schon einen Tanz aufspielen“. Der Reichstagswahlkampf werde „mit äußerster Schärfe und Kraft durchgeführt werden“. Erhalte die NSDAP nicht über 50 Prozent der Wählerstimmen, „so komme eben die Diktatur durch Hitler“.⁶⁵⁷ Bereits am 3. Februar hatte Gauleiter Wagner in zwei Münchner Großveranstaltungen ebenfalls die Nutzung der staatlichen Propagandamittel im Wahlkampf sowie „Aufmarsch-, Versammlungs- und Zeitungsverbote“ „gegen die andern“ angekündigt und unverblümt gedroht: „Wer in Deutschland in Zukunft [...] die Faust aufhebt gegen das deutsche Vaterland, dem wird sie abgeschlagen. [...] Die besondere Bedeutung des Wahlkampfes liegt darin, daß unter Umständen nicht mehr allzu oft in Deutschland gewählt werden wird“. Der ebenfalls anwesende Frey ergänzte: „Die bisher Herrschenden bewege die Sorge um ihre Bonzenposten, um ihren Bauch und vielleicht um ihre Köpfe. Diese Sorge sei nicht unbegründet“.⁶⁵⁸ Esser äußerte sich vier Tage später im Bürgerbräukeller ironisch zu den „Klageliedern über Unterdrückung und Vergewaltigung“ der Presse im Reich und warnte: „Man beabsichtige, einige Dreckblätter vollständig auszuschalten [...]. Man werde diese Schmierfinken kein Haar anders behandeln, als die NSDAP es immer schon vorausgesagt habe, doch habe man es ihr nicht geglaubt“.⁶⁵⁹ Ein anderer nationalsozialistischer Versammlungsredner prophezeite am selben Tag: „Wenn der Reichsregierung von Bayern aus in den Arm gefallen werden sollte, dann werden wir auf dem Platz sein und das Feld behaupten. [...] Wenn einmal in Bayern der Terror von oben gebrochen ist und in Bayern die Polizei so kann, wie sie will, dann werden auch in Bayern so manchem die Augen aufgehen“.⁶⁶⁰

In dem nun folgenden Wahlkampf kannte die Intensität der nationalsozialistischen Propaganda in München kaum Grenzen.⁶⁶¹ In den gut vier Wochen von Anfang Februar bis zum 5. März 1933 bot die Gauleitung 30 Versammlungen in den großen Sälen auf und rund 60 in den kleineren Gasthäusern. Damit übertraf sie etwa die BVP bei weitem.⁶⁶² Zusätzlich zeigten SA und SS mit mindestens 16 Propagandamärschen von 300 und 1000 Mann starken Trupps in beinahe sämtlichen Stadtteilen ihre Präsenz. Die Aufmärsche am 15. Januar, am 5., 12. und 24. Februar und schließlich am 5. März, dem Wahltag, umfaßten jeweils die gesamte Münchner SA und SS, verstärkt durch SA-Verbände aus dem gesamten Gaugebiet.⁶⁶³ Den 24. Februar gestaltete die Gauleitung als propagandistisches

⁶⁵⁷ StA, PDM 6850: PDN 803: Amtswaltertagung der Gau-NSBO München-Oberbayern am 5. 2. 1933.

⁶⁵⁸ StA, PDM 6744: Polizeibericht, 4. 2. 1933, über NS-Versammlungen im Bürgerbräu- und Franziskanerkeller.

⁶⁵⁹ StA, PDM 6744: Polizeibericht vom 8. 2. 1933 über die nationalsozialistische Versammlung am 7. 2. 1933.

⁶⁶⁰ StA, PDM 6744: Polizeibericht vom 4. 2. 1933 über die Rede des Nationalsozialisten Höflmeier am 3. 2. 1933 in der Schwabinger Brauerei.

⁶⁶¹ Im Folgenden: Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen 1929–1933).

⁶⁶² Die BVP hielt in München insgesamt rund 40 Versammlungen ab, darunter acht in den größeren Sälen: vgl. generell BSZ Februar/März; insbesondere: BSZ 51 (2. 3. 1933), „Kundgebung der BVP“.

⁶⁶³ Vgl. SMP, VB (Münchner Ausgabe) und BSZ, Februar/März 1933.

Großereignis. Die Feier begann mit einem „Zapfenstreich“ der gesamten Münchner SA und SS und rund 4000 SA-Leuten unter anderem aus Freising, Augsburg, Landshut, Ingolstadt oder Garmisch auf der Theresienwiese. Bereits den Anmarsch gestalteten die einzelnen Münchner SA-Verbände als Demonstration in ihren Stadtteilen. Die anschließende Rede Hitlers vor rund 23000 Besuchern in zwei Ausstellungshallen wurde in eine parallele NS-Versammlung im Hofbräuhaus bzw. über mehrere im Freien aufgestellte Lautsprecher in die gesamte Innenstadt übertragen und zugleich über alle Sender des bayerischen Rundfunks ausgestrahlt. Am späten Abend zogen rund 13000 SA- und SS-Männer mit Fackeln von der Theresienwiese über die Innenstadt, das „Braune Haus“, wo Hitler die Parade abnahm, und den Königsplatz bis zum Josephsplatz. Die Münchner Polizeidirektion genehmigte hier erstmals sogar die Durchquerung des Bannkreises um den Landtag.⁶⁶⁴ Die Gesamtkosten von rund 24000 RM, davon allein 5000 RM für den Aufmarsch der oberbayerischen SA, boten ein Beispiel dafür, welche erheblichen Summen die Gauleitung nun für den Wahlkampf aufwandte.⁶⁶⁵

Die nationalsozialistische „Kampfbundbühne“ unterstützte den Wahlkampf mit Theaterstücken.⁶⁶⁶ Die Gauleitung sorgte für eine intensive Filmpropaganda, beinahe jede Ortsgruppe und zusätzlich die Kreisleitungen veranstalteten im Februar ein oder zwei Filmabende.⁶⁶⁷ Nachdem nun der Einsatz des Rundfunks nahezu unbeschränkt möglich war,⁶⁶⁸ standen bei vielen Versammlungen Übertragungen der Reichssender im Mittelpunkt. Beinahe alle Münchner Ortsgruppen widmeten der Übertragung der Rede Hitlers am 10. Februar im Berliner Sportpalast Mitgliederversammlungen.⁶⁶⁹ Am 2. März war auf den bayerischen Sendern die Rundfunkrede Görings über die „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933 zu hören.⁶⁷⁰ Solche Ansprachen wurden häufig zusätzlich mit mehreren Übertragungswagen in der Öffentlichkeit verbreitet. Am 4. März war die Königsberger Rede Hitlers auf über 30 öffentlichen Münchner Plätzen zu vernehmen.⁶⁷¹ Die Flugschriftpropaganda der Münchner NSDAP läßt sich für die Märzwahl nicht rekonstruieren, da sich die Polizeiberichte bedeckt halten und sich in

⁶⁶⁴ StA, PDM 6744: GL München-Oberbayern an PDM vom 17. 2. 1933. Ebenda: SA-Gausturm München-Oberbayern an PDM vom 18. 2. 1933 und Antwort der PDM vom 22. 2. 1933. MP 47 (25./26. 2. 1933), „Der braune Freitag“. MZ 55/56 (25. 2. 1933), „Hitler in München“. BK 57 (26. 2. 1933), „Der Hitler-Rummel in München“. BSZ 48 (26./27. 2. 1933), „Hitler-Kundgebung in München“.

⁶⁶⁵ StA, NSDAP 49: Revisionsbericht über die Kassenführung der GL München-Oberbayern vom 6. 3. 1935, Bl. 23. Der Bericht erwähnt allerdings nirgends finanzielle Unterstützung durch die Reichsregierung; derartige Überweisungen wurden jedoch vermutlich nicht publik gemacht. Zur Finanzierung des Wahlkampfes im Frühjahr 1933 auf Reichsebene: Bracher, Sauer, Schulz, Nationalsozialistische Machtergreifung, S. 66–74.

⁶⁶⁶ Vgl. z. B. die Aufführung der politischen Komödie „Majorität entscheidet“ am 13. und 15. 2. 1933 im Künstlerhaus am Lenbachplatz 8: VB 41 (10. 2. 1933), AdB. Vgl. generell VB Februar/März 1933, AdB.

⁶⁶⁷ Vgl. generell: VB Februar 1933, AdB.

⁶⁶⁸ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 196 ff.

⁶⁶⁹ VB 41 (10. 2. 1933), AdB. Vgl. generell VB Februar/März 1933, AdB. BSZ 34 (10. 2. 1933), „Reichskanzler Hitler und Reichsminister Dr. Hugenberg im Rundfunk“.

⁶⁷⁰ BSZ 51 (2. 3. 1933), „Reichsminister Göring heute Abend im Rundfunk“.

⁶⁷¹ VB 63/64 (4./5. 3. 1933), AdB und Versammlungsanzeige.

der Parteipresse sowie in sämtlichen Unterlagen der Münchner NSDAP ebenfalls keine Hinweise finden. Tatsächlich hatte die NSDAP jedoch auch jetzt Flug-schriften und Plakate verbreitet,⁶⁷² und es ist kaum denkbar, daß der Aufwand ausgerechnet bei der entscheidenden Wahl des 5. März hinter dem 1932 erreichten Ausmaß zurückstand. Hier dürfte die Gauleitung auch auf den Aufruf von elf Münchner Hochschuldozenten zurückgegriffen haben, die sich im „Völkischen Beobachter“ nun erstmals zu Hitler bekannten.⁶⁷³ Erneut wurde der intensive Einsatz der Parteibasis bei der individuellen persönlichen Wählerwerbung und ebenso auch der „Schleppdienst“, der mit Fahrzeugen Kranke und andere Parteimitglieder zu den Wahllokalen brachte, aktiviert.⁶⁷⁴ Die Parteimitglieder erhielten für die persönliche Werbung den Auftrag, mit allen Mitteln die Furcht vor den Arbeiterparteien zu schüren: „Fragt jeden, der noch gewonnen werden kann, ob es ihm gleichgültig ist, wenn ihm eines Tages der rote Untermensch die Gurgel durchschneidet und sein Haus in Flammen aufgehen läßt“.⁶⁷⁵ Wie schon bei der Reichstagswahl im November 1932 rief die Gauleitung die Parteibasis dazu auf, in den letzten drei Tagen vor der Wahl an ihren Häusern und Wohnungen Fahnen und Transparente anzubringen, erzielte allerdings diesmal eine sehr viel stärkere Beteiligung.⁶⁷⁶ Die OSAF und die Gauleitung ordneten für den letzten Tag vor der Reichstagswahl in der Stadt abendliche Fackelzüge und für das Münchner Umland ab 23.00 Uhr zusätzlich Leuchtf Feuer auf Berg- und Hügelkuppen an. Um nicht dem politischen Gegner Argumente oder gar der bayerischen Regierung in letzter Minute vor der erwarteten Machtergreifung die Gelegenheit zum Gegen-schlag zu bieten, verordneten die SA-Führung bzw. die Unterführer in der letzten Woche vor dem Wahltag ihren Verbänden strikte Zurückhaltung und drohten widrigenfalls den Parteiausschluß an.⁶⁷⁷ Gleichzeitig wurden jedoch sämtliche SA- und SS-Verbände, unmittelbar nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, in vorübergehende und vom 4. bis zum 5. März in erhöhte Alarmbereitschaft ver-setzt, d. h., jeder einzelne SA-Mann hatte sich an diesen beiden Tagen außerhalb der Propagandaarbeit in seiner Wohnung für einen Ausmarsch bereitzuhalten.⁶⁷⁸

⁶⁷² VB 62 (3. 3. 1933), „Wahlplakate“.

⁶⁷³ Ebenda, „Die Münchner Hochschullehrer stellen sich hinter Adolf Hitler“.

⁶⁷⁴ Vgl. z. B. IfZ, MA 1216: „Letzte Anordnung für die Reichstagswahl“ der GPL vom 2. 3. 1933. Ebenda: Rschr. Kreisleitung München Mitte-Süd vom 8. 2. 1933.

⁶⁷⁵ VB 63/64 (4./5. 3. 1933), „Das Morgenrot der Freiheit über Deutschland“.

⁶⁷⁶ IfZ, MA 1216: „Letzte Anordnung für die Reichstagswahl“ des GPL vom 2. 3. 1933. VB 65 (6. 3. 1933), „Unser Wahlsieg in München“. BSZ 48 (26./27. 2. 1933), „Hitler-Kundgebung in München“.

⁶⁷⁷ StA, PDM 6823: „Sonderbefehle“ des Sturmbann I/2 vom 28. 2. 1933 sowie des Führers der SA-Untergruppe München-Oberbayern, Helfer, vom 27. 2. 1933; Helfer stützte sich auf die Verfügung des OSAF Nr. 556/33 (25. 2. 1933).

⁶⁷⁸ StA, PDM 6758: Rschr. SA-Sturm 25/L vom 4. 2. 1933. StA, PDM 6774: Vermerk der PDM/VI vom 2. 3. 1933. StA, PDM 6823: „Sonderbefehl“ des Sturmbann I/2 vom 28. 2. 1933.

4. Konflikte und Aggressivität als Charakteristikum der Parteiarbeit

Innerparteiliche Konflikte

Auseinandersetzungen innerhalb der SA und SS

Es erhebt sich die Frage, ob die negative Wirkung der innerparteilichen Konflikte in den Jahren bis 1928 in den Folgejahren durch den wachsenden Erfolg der Partei und die nunmehr straffere Führung abgeschwächt wurde. Nach wie vor richtete sich das hohe Aggressionspotential der NSDAP nicht nur gegen ihre weltanschaulichen Gegner, sondern zeigte auch im Binnenleben der Partei Folgen. Ende 1930 wurden bei der Revolte eines SA-Verbandes am Münchner Stadtrand selbst Parteiführer tötlich angegriffen. Erinnerungen an die Krise von 1927 wurden wach, und dem Gaugeschäftsführer Nippold kamen aus Resignation und Wut in einer Versammlung die Tränen.¹ Hielten sich die Kompetenzstreitigkeiten unter den Verbandsführern noch in einem für solche Verbände üblichen Ausmaß,² so nahm die Aggressivität innerhalb der SA und der SS gelegentlich drastische Formen an und wirkte sich auch gegen die eigenen Leute aus. Im Januar 1933 erschlug ein SA-Truppführer im Streit einen SA-Mann mit einem Bierglas.³ Einen Vorgeschmack auf die Zustände nach der Machtergreifung gab Anfang Oktober 1931 einmal mehr der Führer der Münchner SS, Heinrich Höflich, als er in seinem Dienstzimmer im Braunen Haus einen Untergebenen brutal zusammenschlug und diesen mit den Füßen vom ersten Stock die Treppe hinuntertrat.⁴ Die Auseinandersetzungen innerhalb der SA-Verbände arteten stellenweise in einen regelrechten Kleinkrieg aus. Den Höhepunkt bot hierbei die Auseinandersetzung im Sommer 1931 zwischen dem Gerner Ortsgruppenführer Max List und dem dortigen SA-Sturm. List war mit dem SA-Sturmführer Eichinger seit längerem verfeindet und versuchte, die benachbarten Neuhauser Verbände und die Gerner SA gegeneinander auszuspielen. Der Machtkampf um Rang und Einfluß eskalierte mehr und mehr und endete erst, als List am 28. Juli 1931 mit 15 Männern der Neuhauser SA drei Gerner SA-Mitglieder überfiel, diese mit Stahlruten, Bleikugeln und Gummiknüppeln zusammenschlagen ließ, und daraufhin gemeinsam

¹ Kassenunstimmigkeiten lösten Ende 1930 heftigen Streit zwischen der lokalen SA und dem Dachauer Ofg aus, der bald den Schutz der SS benötigte. Der gesamte SA-Verband trat zurück. Vermittlungsversuche des SA-Gausturmführers Kallenbach und des GGF Nippold in einer Ortsgruppenversammlung endeten im Chaos: StA, PDM 6830: PND 719 (o. D.); Versammlung der Ortsgruppe Dachau am 14. 12. 1930.

² Vgl. z. B. StA, PDM 6830: Morgenrapport PDM/VI vom 24. 1. 1930 über den Rücktritt des SA-Sturmführers Röhr. StA, PDM 6829: PND 730 (4. 7. 1931): Führerbesprechung des SS-Sturmbannes II am 19. 4. 1931.

³ StA, PDM 6809: Polizeibericht über den Appell des SA-Sturms 4/I am 4. 1. 1933.

⁴ Trotz der Anzeige des Betroffenen wegen Körperverletzung, Beleidigung und Nötigung lehnte der Oberstaatsanwalt des Landgerichtes München I „mangels öffentlichen Interesses“ ein Verfahren ab: StA, PDM 6829: Hofmann an Landgericht München I vom 29. 10. 1931 und hs. Vermerk der Antwort des Oberstaatsanwalts vom 3. 11. 1931.

mit einigen der Beteiligten im November des Jahres aus der Partei ausgeschlossen wurde.⁵

Auch die bereits 1928 latent vorhandenen Aggressionen zwischen SA und SS rissen nicht ab. Allen Absprachen zwischen Himmler und Pfeffer im Januar 1930⁶ zum Trotz war das Verhältnis zwischen beiden Gruppierungen am Jahresende „sehr feindselig“.⁷ Selbst der Münchner SS-Führer Dietrich zeigte der SA ganz offen seine Abneigung und riet seinen Verbänden davon ab, innerhalb der SA für die SS zu werben, da SA-Leute niemals fähig wären, schnell genug die erforderliche SS-Disziplin zu lernen.⁸ Hitler versuchte schließlich im November 1930, die auch reichsweit erheblichen Differenzen durch ein detailliertes Regelwerk auszugleichen.⁹ Diese Anordnung brachte jedoch keine Abhilfe für eine der Hauptursachen jener fortwährenden Spannungen, der Abwerbung von SA-Leuten durch die SS. Im März 1931 bezeichnete der bayerische NSDStB-Kreisleiter die Konkurrenz zwischen SA und SS in München als mittlerweile „unerträglich“; beide Organisationen würden „sich um jedes Mitglied des Studentenbundes raufen“.¹⁰ Nachdem sich diese Situation bis zum Herbst nicht änderte,¹¹ sah sich nun Himmler gezwungen, einzugreifen, „um dem Unfug des Werbens in der SA ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben“. Künftig benötigte ein SA-Mann für den Übertritt die Genehmigung des zuständigen SA-Gruppenführers. Röhm verbot seinerseits jede Werbung für die SS innerhalb der SA.¹²

Die Revolte des OSAF-Stellvertreters Ost, Stennes, im Frühjahr 1931¹³ wurde von der Münchner Presse sehr intensiv wahrgenommen und innerhalb der NSDAP noch bis 1932 diskutiert. Sogar Rudolf Heß wurde als „Stennesmann“

⁵ BA, Berlin (ehem. BDC), Pk und OPG-Akte List, Max; Zentralamt der NSDAP an Kanzlei des Führers vom 20. 12. 1940: Wiederaufnahmeantrag Max List. Ebenda: Zusammenstellung der Vorfälle bis zur Amtsenthebung Lists, o. D., verfaßt durch einen OPG-Beisitzer. Ebenda: GGF Nippold an den GL/USchLA-Vorsitzenden Schraut vom 30. 7. 1931 mit Anlage. Ebenda: Vernehmungprotokolle verschiedener SA-Leute vom August und September 1931. Ebenda: List an GL/USchLA vom 10. 8. 1931. Ebenda: Urteil des GL/USchLA vom 17. 10. 1931.

⁶ StA, PDM 6826: Auszug aus einem masch. Tagebuch des OSAF-Stabes für 1930; hier wurden stichpunktartig Reiseaktivitäten und besondere Vorkommnisse in der Geschäftsstelle vermerkt.

⁷ StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 9.

⁸ Vgl. z. B. StA, PDM 6829: PND 703 (27. 6. 1930): Appell der SS-Standarte München am 24. 6. 1930.

⁹ StA, PDM 6826: Anordnung OSAF/Hitler vom 7. 11. 1930.

¹⁰ StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 3. „Führersitzung“ des NSDStB am 1. 3. 1931 im Braunen Haus.

¹¹ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 4.

¹² StA, PDM 6824: SS-Befehl A Nr. 70 (23. 12. 1931). Ebenda: Rschr. OSAF Nr. 7407/31 (12. 12. 1931).

¹³ Der OSAF-Stellvertreter Ost, Walter Stennes, forderte von der Parteiführung, sich v. a. mittels der SA stärker auf außerparlamentarische Aktivitäten zu konzentrieren. Nachdem Hitler dies ablehnte, um kein staatliches Eingreifen zu riskieren, kam es zum Bruch. Stennes' Versuch, seine SA-Verbände aus SA und NSDAP herauszulösen, scheiterte nach Anfangserfolgen. Berlin bildete den Schwerpunkt der Rebellion im Februar/Mai 1931: Moreau, Nationalsozialismus, S. 78 ff. Longerich, Braune Bataillone, S. 110 f.

verdächtig.¹⁴ Dennoch übertrug sich die Auseinandersetzung, wie schon bei dem ersten Konflikt zwischen Stennes und der Parteiführung im Herbst 1930, auch im Frühjahr 1931 nur in begrenztem Ausmaß auf die Münchner SA. Allerdings machte sich nun unter den SA-Leuten in der Stadt Unmut über die Situation ihres Verbandes bemerkbar, wie auch über „das Bonzentum“, das sich in der Parteiführung „in einem schier unerträglichen Maße breit gemacht hat“. Damit war vor allem die Überheblichkeit und Unnahbarkeit mancher Parteiführer gegenüber der Parteibasis gemeint, über die häufig Klagen an die Reichsleitung gingen. Hitler selbst, der in einer der teuersten Münchner Wohngegenden eine Neunzimmerwohnung unterhielt, wurde von der Kritik ausgenommen, da er in den Augen der SA-Leute bescheiden lebte und die Zustände mißbilligte. Der Unmut führte jedoch nach Ansicht der Polizeibeobachter hauptsächlich wegen Hitlers Haltung zu keiner tieferen Krise. Möglicherweise hatten die zum selben Zeitpunkt verstärkten Spannungen zwischen der Münchner SS-Standartenführung und der Basis¹⁵ dieselben Ursachen wie die Konflikte in der SA. Offene Sympathie für Stennes blieb im Reich wie auch in München sehr selten. Selbst als sich der frühere Propagandaleiter und zweite Kassierer des Gaues Groß-München,¹⁶ Ludwig Rauschopf, im Mai 1931 auf Stennes' Seite schlug und für diesen unter den Münchner Parteimitgliedern warb, blieb er ohne Gefolgschaft. Daher kam Rauschopf dem bevorstehenden Parteiausschluß zuvor und verließ die NSDAP.¹⁷ Auch der SA-Gruppenführer Süd, August Schneidhuber, unterstützte die Revolte kurzzeitig, da er über die Abtrennung der SA München-Oberbayern aus seinem Gruppengebiet im Frühjahr 1931 verärgert und zudem von den Presseenthüllungen über Röhms Homosexualität abgestoßen war. Bereits im Juli 1931 schwenkte er jedoch wieder auf Röhms Kurs ein.¹⁸ Sein Nachrichtendienstleiter Herbert Riestler ließ ebenfalls Sympathien für Stennes durchblicken und wurde im Juli 1931 vorübergehend seines Amtes enthoben. Als sich jedoch die Mehrheit der Münchner SA-Stabswache, die eigentlich ursprünglich aus den „zuverlässigsten“ SA-Mitgliedern gebildet worden war, ebenfalls als Stennes-Anhänger herausstellte und aufgelöst wurde, gewann innerhalb der Parteiführung kurzfristig „lähmendes Mißtrauen“ die Oberhand.¹⁹ Trotz dieser Vorfälle fand Stennes in Bayern keinen

¹⁴ BK 93 (3. 4. 1931), „Aufstand im Dritten Reich“. MNN 91 (4. 4. 1931), „Hitlers Gegenmaßnahmen“. BK 94 (4./5. 4. 1931), „Der Kessel“; MNN 92 (5./6. 4. 1931), „Hitler, Stennes und der Nationalsozialismus“; BK 98 (8. 4. 1931), „Abwehr der ‚Meuterei‘“. StA, Würzburg, RSF II/p 224: Protokoll der 6. „Führersitzung“ des NSDStB am 24./25. 2. 1932.

¹⁵ StA, Lagebericht 99 (20. 4. 1931), S. 1.

¹⁶ Vgl. StA, PDM 6659 und 6660: Plakate und Flugblätter der Münchner NSDAP 1930; hier die Nennung Rauschopfs. Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Organisatorisches“.

¹⁷ BA, Berlin (ehem. BDC), Personenkartei Rauschopf, Ludwig: GL München-Oberbayern an RL/Kartothek vom 19. 10. 1931. Ebenda: GGF München-Oberbayern an GL/USchLA und an Rauschopf vom 11. 5. 1931.

¹⁸ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Schneidhuber, August: Karl von Eberstein an Röhms vom 11. 7. 1931. Ebenda: „Ehrenwörtliche Erklärung“ Schneidhubers vom 20. 7. 1931. StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1. HRS IV/1, Dok. 122, S. 391: Hitler an Schneidhuber vom 22. 5. 1931.

¹⁹ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1.

nennenswerten Anhang. Entsprechend verlief der Generalappell der Münchner SA und SS am 9. April 1931, mit dem die Parteileitung diese Verbände gegen eine mögliche Unruhe immunisieren wollte, „vollkommen harmonisch“ und mündete in einen Treueschwur auf Hitler.²⁰

Einen Höhepunkt der innerparteilichen Aggressionen bildeten die Attentatspläne gegen Ernst Röhm im April 1932.²¹ Noch am 6. November 1930 hatten Münchner NSDAP und SA die Rückkehr Röhrs nach dessen zweijährigem Bolivien-Aufenthalt gefeiert. Hitler empfing ihn persönlich am Münchner Hauptbahnhof²² und stellte ihn Monate später der SA-Brigade München-Oberbayern persönlich als neuen SA-Stabschef vor.²³ Wenige Wochen darauf wurde vor allem durch Artikelserien der sozialdemokratischen „Münchner Post“ die Homosexualität des SA-Stabschefs Ernst Röhm in der Öffentlichkeit bekannt. Die „Post“ berichtete von April bis Juni 1931 und erneut wenige Tage vor der Reichspräsidentenwahl 1932 über das Verfahren gegen Röhm vor dem Landgericht München I wegen „widernatürlicher Unzucht“ und bezog einen Teil ihrer Informationen von dem NSDAP-Dissidenten Otto Straßer.²⁴ Nicht nur der Münchner Polizeidirektion,²⁵ sondern auch der Parteispitze war Röhrs Homosexualität schon seit längerem bekannt. Hitler, in dieser Sache mehr Pragmatiker denn Ideologe, wollte Röhm aufgrund seiner guten Verbindungen zur Reichswehr und seiner charismatischen und organisatorischen Fähigkeiten halten, solange dessen Privatleben der Partei nicht massiv schadete.²⁶ Entsprechend spielte Hitler gegenüber der im Februar 1931 wachsenden innerparteilichen Kritik die Angriffe auf Röhm herunter. Ein eigenes Rundschreiben, das allerdings den OSAF nirgends wörtlich erwähnte, erklärte kurzerhand: Die Kampagne richtete sich gegen „Dinge“, „[...] die gänzlich außerhalb des Rahmens des SA-Dienstes liegen. Vielfach sind einfach

²⁰ StA, Lagebericht 99 (20. 4. 1931), S. 1, 3.

²¹ Nicht gerechtfertigt erscheint es dagegen, hier den angeblichen von Röhm geplanten Mordanschlag gegen Hitler aufzuführen: Richardi/Schumann, *Geheimakte*, S. 52–74. Den Autoren zufolge habe Röhm Hitler 1931 durch ein Attentat beseitigen und sich selbst, finanziert durch ausländische Großindustrielle, an die Spitze der NSDAP setzen wollen. Diese These besitzt jedoch keine Überzeugungskraft, da die Publikation erhebliche innere Widersprüche aufweist, wichtige Forschungspublikationen und Quellenbeständen zur SA vernachlässigt. Zudem sind die verwendeten Quellen häufig nicht nachprüfbar und erscheinen an den entscheidenden Stellen eher fragwürdig. Vgl. die ausführliche Rezension von Winfried Süß: Über Röhrs angebliche Pläne „für ein Reich ohne Hitler“. In: *Historisches Jahrbuch Jg. 115* (1995), S. 486–490. Süß' umfassender Kritik bleibt nur der Verweis auf einen weiteren wesentlichen inneren Widerspruch der Publikation hinzuzufügen: Röhm verfügte innerhalb der Parteispitze seit den Enthüllungen über seine Homosexualität im Frühjahr 1931 über so wenig Ansehen und Hausmacht, daß er hier die für eine innerparteiliche Machtübernahme unabdingbare Unterstützung niemals erhalten hätte. Dies hätten die Autoren der Publikation von Jellonnek entnehmen können, auf die sie sich bei der Darstellung der Attentatspläne gegen Röhm hauptsächlich stützten; vgl. Jellonnek, *Homosexuelle*, S. 69 ff..

²² VB 266 (8. 11. 1930), „Hauptmann Röhrs Rückkehr nach Deutschland“.

²³ StA, PDM 6809: PND 727: Brigadeappell der SA München-Oberbayern am 7. 3. 1931.

²⁴ Jellonnek, *Homosexuelle*, S. 62 ff. BK 92 (1. 4. 1932), „Röhm-Briefe sind echt!“. Hoser, *Tagespresse*, S. 711 f.

²⁵ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1.

²⁶ Jellonnek, *Homosexuelle*, S. 56 ff. und 68 f.

Angriffe politischer oder persönlicher Gegner ohne weiteres übernommen worden. [...] die SA [ist] eine Zusammenfassung von Männern zu einem bestimmten politischen Zweck [...]. Sie ist keine moralische Anstalt zur Erziehung von höheren Töchtern, sondern ein Verband rauher Kämpfer. Aufgabe der Prüfung kann hier nur sein, ob der SA-Führer oder -Mann in der SA seine Dienstpflicht erfüllt oder nicht. Das Privatleben kann nur dann Gegenstand der Betrachtung sein, wenn es wesentlichen Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung zuwiderläuft.²⁷ Nachdem nun der politische Gegner die Angelegenheit gegen die NSDAP einsetzte, war die Belastung für die Partei in den Augen mancher Parteiführer zu hoch. Die Pressekampagne erregte auch an der Münchner Parteibasis Diskussionen.²⁸ Auf Hitlers Drängen hin zog sich Röhm während der Zeitungsserie für einige Zeit aus München zurück und hielt sich auch danach der Öffentlichkeit fern. Selbst die Münchner NSDAP vermied eine Zeitlang Großveranstaltungen oder SA-Appelle.²⁹ Die Angriffe ließen jedoch nicht nach. Schließlich ergriff der USchLA-Vorsitzende der Reichsleitung, Walter Buch, vermutlich in Zusammenarbeit mit Franz Xaver Schwarz, dem Reichsschatzmeister, und Paul Schulz, dem Stellvertreter und Stabsleiter Gregor Straßers, die Initiative. Noch vor Beginn der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 gab Buch seinem ehemaligen Regimentskameraden aus dem Ersten Weltkrieg, Emil Danzeisen,³⁰ zugleich SD-Mitarbeiter, früherer SA-Sturmführer und Laimer Ortsgruppenführer, den Auftrag, Röhm, den Leiter des SA-Nachrichtendienstes Karl Leon Graf Du Moulin-Eckart und den für Röhm tätigen Nachrichtenbeschaffer Georg Bell zu töten. Der Plan scheiterte jedoch schon im Vorfeld an seiner dilettantischen Vorbereitung. Der angeworbene Attentäter fand sich nur ungenügend instruiert und warnte am 16. März 1932 kurzerhand Moulin-Eckart und schließlich Röhm. Moulin-Eckart zeigte die Sache bei der Polizei an, und Bell gab die wichtigsten Informationen an die „Münchner Post“ weiter. Danzeisen selbst wurde im Juli 1932 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Affäre beschäftigte den gesamten April über die Presseschlagzeilen, hauptsächlich der „Münchner Post“, nachdem Schwarz und Schulz ihrerseits eine Privatklage gegen diese Zeitung anstrebten.³¹

²⁷ HRS IV/1, Dok. 54, S. 183: „Erlaß Nr. 1“ des OSAF vom 3. 2. 1931. Vgl. auch Jellonnek, *Homosexuelle*, S. 61.

²⁸ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1. Die Ablehnung reichte bis in die bayerische SA-Spitze. Der SA-Gruppenführer Süd, August Schneidhuber, bezeichnete im Gespräch mit dem Quartiermeister und Adjutanten der OSAF, Karl von Eberstein, Röhm's Ernennung zum Stabschef als ein „verunglücktes Experiment“. Nach solchen Presseberichten hätten sich die Leute früher „eine Kugel in den Kopf geschossen“: BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Schneidhuber, August: Eberstein an Röhm vom 11. 7. 1931.

²⁹ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1.

³⁰ Zu Danzeisen's Parteikarriere: BA, Berlin (ehem. BDC): SA-Akte Danzeisen, Emil. Nach seinem Austritt aus der SA im August 1931 war Danzeisen nachrichtendienstlich für die NSDAP tätig, vermutlich für den SD, da er nach der Machtergreifung SD-Beauftragter des SD-Oberabschnittes Süd in der PDM wurde: Ebenda. Vgl. auch Jellonnek, *Homosexuelle*, 69f.

³¹ Jellonnek, *Homosexuelle*, S. 69ff. Vgl. auch Hoser, *Tagespresse*, S. 712. Domröse, *NS-Staat*, S. 183f. Höhne, *Orden*, S. 69–73. Vogelsang, *Reichswehr*, S. 308f. Richardi/Schu-

Nach der Reichstagswahl im Juli bemühten sich Schwarz, Schulz, Buch und nun auch Bormann und Goebbels erneut darum, Röhm aus der Parteispitze zu entfernen, blieben aber auch diesmal erfolglos.³² Einen letzten Anlauf nahm im Herbst des Jahres der Verleger Julius F. Lehmann, indem er versuchte, über den prominenten Münchner Psychiater Oswald Bumke auf Hitler einzuwirken. Doch auch Bumkes briefliche Stellungnahme blieb folgenlos.³³

Auseinandersetzungen innerhalb der „zivilen“ Parteiorganisation

Auch von 1929 bis 1933 zeigte, wie in den Jahren zuvor, die „zivile“ Organisation der Münchner NSDAP ein Bild fortwährender innerparteilicher Auseinandersetzungen. Die im Folgenden genannten, wenigen rekonstruierbaren Fälle, offensichtlich nur ein Bruchteil dieses Phänomens,³⁴ offenbaren nicht nur Fronten und Methoden der innerparteilichen Machtkämpfe, sondern erhellen schlaglichtartig die massiven personellen, finanziellen und organisatorischen Probleme, mit denen die Münchner NSDAP sowie der in der Stadt aktive Gauapparat immer wieder zu kämpfen hatten. Die Quellen dokumentieren vor allem die Streitigkeiten in der Gauleitung, da die Münchner Polizeidirektion nun nicht mehr in der Lage war, die stark angewachsene Zahl der Ortsgruppen, in denen es keineswegs friedlicher zugeing,³⁵ gleich intensiv zu überwachen.³⁶ Es dürfte keine Ausnahme gewesen sein, wenn sich der Führer der Ortsgruppe 20, Liebenstein, im Sommer 1932 nur noch durch ein USchLA-Verfahren gegen die Intrigen eines Sektionsführers wehren konnte.³⁷ Derartige Machtkämpfe scheinen zum Alltag gehört³⁸ und die Parteiarbeit erheblich beeinträchtigt zu haben, wie der Konflikt zwischen dem Leiter des Parteiverlages Max Amann und dem Gau-Mittelstandsführer Georg Sturm vermuten läßt. Diese Auseinandersetzung signalisierte, daß der Propagandaapparat hinter den Kulissen keineswegs so reibungslos lief, wie es die Partei nach außen hin demonstrierte. Persönliche Animositäten ließen im Ernstfall selbst die vielbeschworene Bedeutung des Kampfes um den Mittelstand in den Hintergrund treten. Seit Herbst 1931 und selbst noch inmitten des Reichspräsidentenwahlkampfes ignorierte der „Völkische Beobachter“ auf Weisung Amanns jede Veröffentlichung der Münchner KGWK. Als schließlich der Gaugeschäftsführer Nippold im April 1932 beim Parteigeschäftsführer Bouhler intervenierte, antwor-

mann, Geheimakte, S. 74 f. Die ausführlichste Darstellung der Vorgänge liefert McKale, Party Courts, S. 203–224.

³² Kissenkoetter, Straßer, S. 81.

³³ Bumke, Erinnerungen, S. 163–166.

³⁴ Die PDM fällt als Quelle aus, da ihr zu wenig Informationen aus dem Innersten der GL zuliefen und sie die Ortsgruppen nicht mehr vollständig überwachte. Die ehemaligen OPG-Akten der NSDAP im Bundesarchiv Berlin (ehem. BDC) sind nicht vollständig erhalten.

³⁵ Vgl. die Reste der Korrespondenz der GL München-Oberbayern mit dem RL-USchLA 1932/1933: StA, NSDAP 49.

³⁶ Die Berichte von Ortsgruppenversammlungen reduzierten sich ab 1929 auf ein Zehntel der Berichte aus den Jahren zuvor: Vgl. StA, PDM 6733, 6742–6745.

³⁷ StA, PDM 6733: PDN 788: Zellenobmannersitzung der Ortsgruppe 20 am 30. 8. 1932.

³⁸ Gauleiter Wagner deutete dies gegenüber dem Leiter des ROL-Personalamtes, Robert Wagner, an: BA, Berlin, NS 22/266: Wagner an Personalamt der ROL vom 26. 2. 1933.

tete Amann drastisch: „Ich bin froh, daß der Verlag den Unfug der Sturm’schen ‚Propaganda‘ nicht fördert“.³⁹ Vermutlich lag die Ursache für Amanns Ärger in Sturms beharrlichen Versuchen, die Parteizeitung zu einer Änderung ihrer Inseratpolitik zu bewegen. Sturm sah sein mittelständisches Engagement durch die fortwährenden Inserate von Großfilialen wie Bernhard Müller-Backofen, Tietz, Woolworth, Tengemann oder Kaiser’s Kaffee-Geschäft im „Völkischen Beobachter“ konterkariert. Amanns Desinteresse an der Kritik veranlaßte Sturm zu seiner Intervention bei der ROL.⁴⁰ Die Konkurrenz der jeweiligen Geschäftsverzeichnisse des „Völkischen Beobachters“ und der Kampfgemeinschaft steigerte die Spannungen zusätzlich.⁴¹

Die Position des Gauleiters Wagner war durch die Auseinandersetzungen zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Gegen ihn entspannen sich keine Kämpfe im Stil einer „May-Fronde“. Obwohl er die absolute Lenkungsgewalt über jede Parteiorganisation in seinem Gau beanspruchte und dabei in Einzelfällen sogar dem Reichsorganisationsleiter gewachsen war, bewies die Affäre um den HJ-Gauleiter Emil Klein, daß auch Wagners Durchsetzungsfähigkeit Grenzen gesetzt waren. Die Machtkämpfe innerhalb des Gauapparates, die angesichts des bereits geschilderten, dichten Nebeneinanders vielfältiger Unterabteilungen mit sich teilweise überschneidenden Kompetenzen auf jeden Fall existiert hatten, hinterließen in den Quellen, mit Ausnahme dieses Falles Klein, keine Spuren. Die massive Auseinandersetzung zwischen Klein und Wagner im Sommer 1932 spaltete die HJ im Gau München-Oberbayern.⁴² Wagner hatte Klein und den Gefolgschaftsführer Etzel Anfang Juli 1932 aufgrund angeblicher finanzieller Unterschlagungen des Amtes enthoben. Zum Nachfolger bestimmte er Kurt Haller von Hallerstein, den Gauleiter des NSS. Klein gab sich jedoch nicht geschlagen, blieb im Amt und ignorierte von Hallerstein. Gleichzeitig stellte er kurzerhand eine Ersatzorganisation zusammen und führte seinen bisherigen HJ-Verband unter neuem Titel weiter. Auch ein Teil der Münchner HJ wechselte in Kleins neuen Verband. Vergeblich intervenierte Wagner im Oktober des Jahres beim Reichsjugendführer von Schirach, um die Absetzung durchzusetzen. Nachdem Schirach Klein schließlich doch absetzte, wandte sich dieser an die ROL, woraufhin Hitler Anfang November von Hallerstein beurlaubte und der Posten des HJ-Gebietsführers vakant blieb. Bereits im Februar 1933 war Klein erneut offizieller HJ-Gauleiter.

³⁹ BA, Berlin, NS 22/1050: Sturm an GL München-Oberbayern, 1. 4. 1932, mit Randvermerken Nippolds, Bouhlers und Amanns. Ebenda: Sturm an Gauleiter Wagner vom 5. 1. 1932.

⁴⁰ BA, Berlin, NS 22/447: Sturm an ROL/HA IV (Wirtschaft) vom 31. 8. 1932.

⁴¹ BA, Berlin, NS 22/1050: Sturm an Gauleiter Wagner vom 5. 1. 1932.

⁴² Im Folgenden: StA, PDM 6841: Polizeibericht über die Mitgliederversammlung der HJ am 8. 7. 1932. StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 7. Ebenda 113a (30. 12. 1932), S. 7. StA, PDM 6837: Protokoll der Vernehmung Adrian von Renteln durch die PDM vom 15. 2. 1932. BA, Berlin, NS 22/1050: Hs. Notiz über ein Schr. Gauleiter Wagners an den Reichsjugendführer Schirach vom 5. 10. 1932. StA, PDM 6733: PND 796: Amtswaltersitzung des Kreises West am 8. 11. 1932. BA, Berlin (ehem. BDC): Personenkartei Klein, Emil. Stachura, Nazi Youth, S. 230.

Der Streit mit Klein sowie der ausbleibende Durchbruch bei den zurückliegenden Frühjahrswahlen in Bayern ließen die Anspannung in der Gauleitung und damit die Schärfe der Auseinandersetzung ansteigen. Der heftige Konflikt um die Kriegspferabteilung im Sommer 1932, unmittelbar vor der Reichstagswahl, ermöglicht einen Blick auf die finanziellen Probleme der Gauleitung angesichts der Wahlkämpfe und möglicherweise auch auf den Führungsstil der Gauleitung gegenüber den kleineren Unterabteilungen.⁴³ Da der eigentliche Leiter der Abteilung Kriegspfer, Dauser, zumeist im Landtag beschäftigt war, führte sein Stellvertreter Paul Grapp die Abteilung seit Sommer 1931 weitgehend selbständig. Unter großem persönlichen und ehrenamtlichen Einsatz engagierte sich Grapp gemeinsam mit zwei Mitarbeitern. Aufgrund des geringen Zuschusses von 20 Mark monatlich, den er von der Gauleitung erhielt – selbst die Korrespondenz mußte mit eigenen Mitteln bestritten werden –, wuchs die Summe, die Grapp privat vorstreckte, bald auf 350 Mark. Der Gauleiter ignorierte jede Bitte um Abhilfe und widmete der Abteilung keine Zeit. Als Grapp schließlich zusätzlich für einen Verlust von 300 Mark, der durch nicht verkaufte Broschüren entstanden war, aufgenommen sollte und selbst seine Bitte um kostenlose Briefumschläge zurückgewiesen wurde, wandte er sich an die Gauleitung. Doch sowohl der Gaukassierer als auch der Gaugeschäftsführer und der Gauleiter verweigerten ihm in stellenweise heftigem Schlagabtausch höhere Zuschüsse, da sich grundsätzlich jede Parteigliederung angesichts der hohen Verschuldung der Gauleitung und ihrer einzelnen Abteilungen selbst finanzieren müsse. Schließlich entließ ihn Wagner aus dem Amt, weil ihm diese Selbstfinanzierung nicht gelungen war: „Wenn alle Referenten so gearbeitet hätten wie sie, dann wäre der Gau bankrott. Sie warten [wohl] auf den Herrgott?“ Vergeblich forderte der auf Grapps Intervention hinzugezogene Leiter der ROL-Hauptabteilung III, Rolf Rienhardt, mehrmals persönlich und telefonisch Wagner auf, die Entlassung rückgängig zu machen. Rienhardt verwies auf das grundsätzliche Recht der ROL, sämtliche Gaufachberater zu bestimmen und abzusetzen. Die Kriegspferabteilung des Gaus war mittlerweile handlungsunfähig, da die Leitung vakant blieb und Grapp wichtige Aktenbestände zurückbehielt. Vergeblich bat Straßer die Gauleitung, den in den einschlägigen Münchner Kreisen bekannten und beliebten Grapp mit Rücksicht auf den laufenden Wahlkampf zumindest bei den Kriegspferkundgebungen sprechen zu lassen. Doch Wagner lehnte jeden Kompromiß ab und übergab im August 1932 dem Kriegsbeschädigten-Obmann der Ortsgruppe Haidhausen-West, Anton Rothenhäusler, das Amt.⁴⁴

Zum Vorteil für die Partei wurden die Fälle Klein und Grapp nicht in der gegnerischen Presse publik. Mit entsprechenden Veröffentlichungen hatte die

⁴³ Im Folgenden: BA, Berlin, NS 22/452: Grapp an Gauleiter Wagner vom 14. 7. 1932. Ebenda: Grapp an ROL/Abt. Kriegspferversorgung vom 18. 7. 1932 und 26. 7. 1932. Ebenda: ROL/Abt. Kriegspferversorgung an ROL/HA III vom 19. 7. und 26. 7. 1932. Ebenda: ROL/HA III an GL München-Oberbayern vom 27. 7. 1932. Ebenda: ROL/Straßer an GL München-Oberbayern 29. 7. 1932.

⁴⁴ StdA, München, BuR 1586: Verschiedene ms. Kurzbiographien Anton Rothenhäuslers, o. w. A. VB 196 (14. 7. 1936), „Ratsherr Rothenhäusler gestorben“.

Münchener NSDAP 1932 nach der Kampagne der sozialdemokratischen „Münchener Post“ gegen Röhm oder den Enthüllungsberichten über Moulin-Eckart fortwährend zu kämpfen. Besonders schlagzeilenträchtig geriet die Affäre um den juristischen Referenten der Reichsleitung, Freiherr Dr. Theobald von Reck. Dieser verließ im Sommer die NSDAP und begann mit detaillierten Parteiinternas im „Bayerischen Kurier“ eine Kampagne gegen die Partei.⁴⁵ Aber auch ohne Medienecho beeinträchtigten jene Auseinandersetzungen die Parteiarbeit. Ähnlich gravierende Folgen dürften die in der Gauführung angesiedelten Konflikte um Otto Nippold und Matthäus Dötsch im Herbst 1932 gehabt haben – zu einem Zeitpunkt, als sich die Finanzlage und Motivation der Partei in München wie im gesamten Gau ohnehin auf einem Tiefstand befanden. Die Affäre nahm ihren Anfang, als sich 1932 die Geldstrafen gegen den Gaugeschäftsführer Nippold wegen dessen aggressiven publizistischen Auftritten häuften. Schließlich weigerte sich Gauleiter Wagner im September, nicht zuletzt aufgrund der leeren Kassen, wie bisher⁴⁶ für diese Bußgelder aufzukommen, die mittlerweile auf mindestens 3000 RM angewachsen waren.⁴⁷ Daraufhin floh Nippold nach Italien und Österreich und kehrte erst nach der Weihnachtsamnestie 1932 zurück.⁴⁸ Sein Amt übernahm noch im selben Monat der vormalige Grünwalder Ortsgruppenführer Otto Hartmann.⁴⁹ Die heroischen Darstellungen der Parteipresse verschwiegen, daß sich hinter Nippolds Aggressivität vor allem massive persönliche Probleme, insbesondere das Scheitern seiner Ehe verbargen.⁵⁰ Im Herbst 1932 befand sich der vom Gauleiter zunächst hochgeschätzte Geschäftsführer in einem gänzlich desolaten Zustand. Die nach Wagners Ansicht „lächerliche“ nächtliche Aktion, in der Nippold die Fensterscheiben der „Münchener Neuesten Nachrichten“ zerschlagen hatte, zerstörte sein innerparteiliches Ansehen zusätzlich. Als ihm die Gauleitung

⁴⁵ BK 233 (21. 8. 1931), „Eine Absage“. BK 237 (25. 8. 1931), „Gegenerklärung“ BK 293 (20. 10. 1931), „Frontwechsel der Nationalsozialisten“; Reck erklärte hier u. a., die kurze Mitarbeit in der RL habe genügt, ihn „von der geistigen und moralischen Unzulänglichkeit eines wildgewachsenen Führerhaufens zu überzeugen“.

⁴⁶ BA, Berlin, NS 22/452: Grapp an Gauleiter Wagner vom 14. 7. 1932.

⁴⁷ Im Januar 1932 wurde Nippold wegen politischer Organisation schulpflichtiger Kinder zu sechs Wochen Haft, ersatzweise 600 RM, verurteilt: Front 4 (23. 1. 1932), „Der große Front-Prozeß“. Im Februar folgten zwei Verfahren wegen Beleidigung mit zusammen 800 RM, ersatzweise drei Monate Haft: Front 18 (30. 4. 1932), zwangsweiser Abdruck des Urteils des Amtsgerichtes München gegen Nippold vom 2. 2. 1932. Front 29 (16. 7. 1932), zwangsweiser Abdruck eines Urteils des Amtsgerichtes München gegen Nippold vom 19. 2. 1932. Im Juni erhielt er in einem Beleidigungsverfahren dreieinhalb Monate Haft, ersatzweise 700 RM. Im September hatte die Beleidigung Erika Manns und Constanze Hallgartens eine Geldstrafe von 1500 RM zur Folge: Münchener Telegrammzeitung 224 (27. 9. 1932), „Gerichtliches Nachspiel einer Kundgebung“. VB 274 (30. 9. 1932), „Beleidigte Pazifistinnen“.

⁴⁸ BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Nippold, Otto: Vermerk eines [unbek.] Kreisamtsleiters vom 3. 12. 1936.

⁴⁹ BA, Berlin, Slg. Schumacher 206: Rschr. Hartmanns Oktober-Dezember 1932. BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Biechteler. HStA, MInn 81584: Vermerk der PDM vom November 1930.

⁵⁰ Im Folgenden: BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Nippold, Otto: Gauleiter Wagner an RL/Personalamt vom 25. 1. 1933.

nach einer Weile die finanzielle Unterstützung versagte, verschaffte er sich in Österreich und Italien illegale Kredite auf Gau-Kosten. Wagner zeigte sich über Nippold derart verärgert, daß er sich noch Ende Januar 1933 weigerte, ihn in irgendeiner Form wieder in die Gauleitung aufzunehmen. Erst als Ingolstädter Kreisleiter in den Monaten Februar bis April 1933 gelang es ihm, sein altes Ansehen zurückzugewinnen.⁵¹

Ein deutlicher Indikator für die gespannte Stimmung in der Münchner Gauleitung nach den Katastrophen des Herbstes 1932 war der Fall des Gaupropagandaleiters, zugleich Führer des Front-Verlags und des Bezirks bzw. der Kreise Fürstenfeldbruck, Dachau und Wasserburg, Matthäus Dötsch.⁵² Dötsch zog sich Ende November 1932, frustriert über die Wahlniederlagen und den Zustand der Partei, aus allen Ämtern zurück und ließ die Gauleitung im unklaren, wann er seine Stelle wieder antreten werde. Als er schließlich nach Italien zu Nippold floh und sich ebenfalls „wochenlang in Meran fälschlicherweise als Flüchtling“ versorgen ließ, während die Gauleitung seine mittellos zurückgebliebene Familie unterstützte, wurde er Ende Dezember abgesetzt.⁵³

Die Beispiele Nippold und Dötsch zeigten, daß die Effizienz der Münchner Partei durchaus unter den problematischen Charakteren ihrer Führer zu leiden hatte, selbst wenn in beiden Fällen die personellen Lücken rasch geschlossen werden konnten. Auch in den Jahren des Aufstieges sah sich die Münchner NSDAP immer wieder mit Persönlichkeiten in den Führungspositionen konfrontiert, die mit massiven persönlichen Problemen nicht zurande kamen. Ein besonders drastisches Beispiel war der Bruder Karl Fiehlers, Heinz Werner Fiehler. Dieser hatte 1923 mit dem „Stoßtrupp Hitler“ am „Hitlerputsch“ teilgenommen und war anschließend vor seiner Verhaftung für sechs Jahre nach Südamerika geflohen. Nach seiner Rückkehr arbeitete er als freier Mitarbeiter für den „Völkischen Beobachter“ und später für die „Front“, deren Schriftleitung er 1931 übernahm. Ab Juni 1932 hatte er diese Position bei der kurzlebigen Gau-Tageszeitung „Münchner Wacht“ inne.⁵⁴ Fiehler war im März 1923 wegen Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, erhielt 1929 für die Unterschlagung mehrerer zehntausend Mark 15 Monate Gefängnis, verursachte nach seiner vorzeitigen Entlassung auf Bewährung im Juni 1930 mit einer Gastwirtschaft betrügerischen Konkurs und verfiel nach der Machtergreifung endgültig dem sozialen Abstieg.⁵⁵

⁵¹ Nach der Machtergreifung wurde Nippold erneut GGF, und Wagner machte ihn darüber hinaus zu seinem Stellvertreter: BA, Berlin (ehem. BDC), Personenkartei Nippold, Otto.

⁵² BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Dötsch, Matthäus.

⁵³ StA, NSDAP 49: Dötsch an RL-USchLA vom 12. 1. 1933. Ebenda: RL-USchLA an GL München-Oberbayern vom 25. 1. 1933 mit hs. Notizen Gauleiter Wagners. BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Dötsch, Matthäus: Gauleiter Wagner an RL/USchLA vom 30. 1. 1933.

⁵⁴ Front im Bild 7 (29. 5. 1932), „Die Entwicklung des Verlages Adolf Wagner“. Front 21 (21. 5. 1932), AdB. BA, Berlin (ehem. BDC), Personenkartei Fiehler, Heinz Werner.

⁵⁵ 1934 erhielt er zwei verschiedene Gefängnisstrafen, insgesamt 15 Monate Gefängnis, wegen seines Geschäftskonkurses. Daraufhin inhaftierte ihn die Gestapo „wegen Schädigung des Ansehens des Oberbürgermeisters Fiehler und der nationalsozialistischen Bewegung“ im Februar 1936 im KZ Dachau. Nach Jahren fortwährenden Arbeitsplatzwechsels und gelegentlichen Inhaftierungen, unter anderem wegen Zechprellerei oder Trunkenheit, lan-

Die Münchner NSDAP zeigte sich, ebenso wie die gesamte Partei, reich an Widersprüchen. Trotz der aggressiven parteioffiziellen Ablehnung⁵⁶ engagierten sich auch einige Homosexuelle in der NSDAP. Im Frühjahr 1932 geriet, wie erwähnt, Ernst Röhm in den Blickfang der Öffentlichkeit. Zum selben Zeitpunkt lebten in München mindestens drei Parteiführer im Verborgenen ihre Homosexualität. Sie fielen nach der Machtergreifung dem schonungslosen Verdikt der Partei zum Opfer. Es handelte sich um den früheren Münchner HJ-Führer und langjährigen Bund-Eckehart-Aktivisten Alfons Baumgartner,⁵⁷ den Kassier der Gau-NSBO und Leiter der Betriebsgruppe Banken und Versicherungen in den Jahren von 1930 bis 1932, Paul Draken,⁵⁸ sowie um den hochrangigen Gau- und SA-Funktionär, Edmund Heines, der 1931 sogar zum Stellvertreter Röhm's und SA-Gruppenführer in Schlesien aufstieg.⁵⁹ Auch in anderen Bereichen offenbarte sich die Diskrepanz zwischen den Forderungen der Parteiideologie und der Realität im Alltag. So beschäftigte beispielsweise der Feldmochinger Ortsgruppenführer Philipp Grüner seit 1929 in seinem Münchner Seifengeschäft eine Jüdin. Bald entwickelte sich eine enge Freundschaftsbeziehung, jene Frau bewahrte Grüners Geschäft mit einem Darlehen von mehreren tausend Mark vor dem Konkurs, Grüner wiederum übernahm im April 1930 die Pflegschaft ihrer beiden Kinder und überließ ihr nach 1933 die Leitung des Geschäftes. Als die Beziehung 1935 bekannt wurde, verlor Grüner seinen Posten als Bürgermeister und Ortsgruppenführer.⁶⁰ Widersprüche zeigten sich auch bei Ortsgruppenführern wie Max List, der wie bereits geschildert, innerparteiliche Kontrahenten durch SA-Trupps zusammenschlagen ließ, ebenso bei SS-Sturmführern, die sich als Zuhälter entpuppten⁶¹ oder deren nicht „rein arische Abkunft“ im Nachhinein durch das Parteigericht entdeckt

dete er schließlich zu Beginn des Weltkrieges in der Trinkerheilanstalt: BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Fiehler, Heinz Werner: Bericht Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin an Reichsschrifttumskammer Berlin vom 11. 3. 1942. Ebenda: Auszug aus dem Strafregister Staatsanwaltschaft Bayreuth vom 18. 8. 1941.

⁵⁶ Jellonnek, Homosexuelle, u. a. S. 72 ff.

⁵⁷ Baumgartner wurde im September 1932 aus allen Parteiämtern entlassen. Stachura, Nazi-Youth, S. 212 f. BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Baumgartner. StA, Lagebericht 58 (23. 7. 1927), S. 16.

⁵⁸ Draken wurde 1935 angezeigt, verbrachte mehrere Monate in Gestapohaft und übersiedelte schließlich nach Berlin. Dazu: StdA, BuR 1554: Draken an Fiehler 30. 3. 1936. Ebenda: Tempel an Draken vom 31. 3. 1936. Ebenda: ms. Lebenslauf Drakens vom 22. 2. 1935.

⁵⁹ Zur Biographie Edmund Heines: Kapitel II., Anm. 128.

⁶⁰ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Grüner, Philipp: Urteilsspruch des Gaugerichtes München-Oberbayern vom 4. 9. 1935 mit Begründung.

⁶¹ Martin Kohlrosler, Fahnenträger der 6. Kompanie der Münchner SA 1923, leitete 1931 und Anfang 1932 einen Münchner SS-Sturm. Nach seiner dreimonatigen Gefängnishaft wegen Zuhälterei ging er nach Berlin und stieg dort bereits im Mai 1932 zum Obersturmbannführer der Adolf-Hitler-Standarte der SS auf: BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Personalakte Eggers, Karl. StA, PDM 6829: Vernehmung Kohlrosers durch die PDM/VIa am 25. 6. 1931. Der SS-Sturmführer Georg Stich, bereits wegen Diebstahls, Unterschlagung und Zuhälterei vorbestraft, wurde im Oktober 1932 erneut wegen brutaler Mißhandlung einer 19jährigen Frau inhaftiert, die er zur Prostitution gezwungen hatte: StA, PDM 6829: Vermerk PDM/II vom 26. 10. 1932.

wurde.⁶² Ein mehrfach vorbestrafter Finanzbetrüger wie Karl Eggers konnte langjähriger Sektionsführer werden und zwei Jahre nach seinem Parteiausschluß aufgrund erwiesener Unfähigkeit zur Sektions- bzw. Kassenführung seine Parteikarriere unbeirrt fortsetzen, die ihn schließlich trotz wiederholter skandalöser Betrugereien bis in den OSAF-Stab führte.⁶³ Gegen Betrugsfälle waren selbst Gauleitung und Reichsleitung nicht gefeit.⁶⁴

Die Konflikte innerhalb der Münchner NSDAP erreichten somit in den Jahren des Aufstiegs ein ähnliches Ausmaß wie in den Vorjahren. Das nun verbesserte Führungssystem verhinderte diese keineswegs, sondern vermehrte sie eher. Innerparteiliche Aggression, Machtkämpfe, die ohnehin für politische Parteien in gewissen Grenzen zum Alltag gehören, und problematische Führungspersönlichkeiten begleiteten die Partei wie im Reich⁶⁵ so auch in München während der gesamten Weimarer Jahre. Die Konflikte konnten jedoch den dichten Ausbau von Organisation und Vereinsleben keineswegs lähmen. Vermutlich verhinderte dies vor allem die Zug- und Bindekraft des wachsenden Erfolges, der die Mitgliedschaft immer wieder einte und motivierte.

Zunehmende Aggressivität gegen den weltanschaulichen Gegner

Ursachen und Bedeutung des Phänomens

Charakteristisch für die neue Strategie der NSDAP in München seit 1929 war die rapide Zunahme aggressiver Auftritte der SA und anderer Parteiorganisationen.⁶⁶ Saal- und Straßenschlachten gehörten jetzt zum politischen Alltag. Ganz offen suchte die NSDAP, solange es die staatlichen Organe zuließen, mit ihren demonstrativen Aufmärschen und Versammlungen besonders in den Arbeitervierteln der Stadt die Konfrontation mit KPD und Reichsbanner.⁶⁷ Auch sonst häuften sich brutale Angriffe gegen den politischen Gegner. Mit „gutem“ Beispiel schritt hier

⁶² StA, NSDAP 49: RL-USchLA an den Münchner SS-Truppführer Wolfgang Lindner vom 25. 1. 1933. Der Fall Lindner war keineswegs ein Einzelfall. Der im Mai 1933 eingesetzte Grafinger Kreisleiter wurde kurze Zeit später als Jude „überführt“: Zu weiteren Beispielen vgl.: StA, NSDAP 49: Korrespondenz GL mit dem RL-USchLa 1932/1933.

⁶³ Schon 1928 war er in München wieder als Truppführer aktiv, stieg bis zum Sommer 1932 zum Sturmführer der SA-Reservestandarte auf: BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Vermerk Heinemann vom 19. 10. 1926. Ebenda: SA-Personalakt Eggers, Karl: Personalfragebogen, ausgefüllt im August 1937. Ebenda: Mitgliedskarte Eggers Karl. Vgl. zu Eggers generell: Kapitel III.4.

⁶⁴ Bei der Hausdurchsuchung in der GL am 16. 4. 1932 anlässlich des Verbotes von SA und SS fand die Polizei eine 19seitige Untersuchung über den Diebstahl von 151,29 RM aus der Gaukasse: StA, PDM 6831: Bericht des die Durchsuchung leitenden Beamten an die PDM/Vla vom 19. 4. 1932. Martin Bormann übernahm 1931 unter anderem deswegen die Leitung der zentralen SA-Hilfskasse in München, weil sein Vorgänger größere Summen unterschlagen hatte: Lang, Bormann, S. 4.

⁶⁵ McKale, Party Courts, S. 30–224.

⁶⁶ Aggressivität gegen den politischen und weltanschaulichen Gegner war jedoch bereits in den zwanziger Jahren ein Kennzeichen der Partei, wie die Polizeiuntersuchungen verdeutlichen: StA, PDM 6745.

⁶⁷ Vgl. auch Vollnhals, Aufstieg der NSDAP, S. 163.

die Parteileitung voran. Sei es, daß Hermann Esser eine Schlägerei im Stadtrat provozierte,⁶⁸ sei es, daß der Gaugeschäftsführer eigenhändig in einer nächtlichen Aktion die Schaufenster der Redaktion der größten Münchner Tageszeitung, der „Münchner Neuesten Nachrichten“, zertrümmerte,⁶⁹ die Aggressivität gehörte zum propagandistischen Grundkonzept der Gauführung. Die Ankündigung des Gauleiters Wagner im Oktober 1932, die Partei werde den Reichstagswahlkampf mit einer „Brutalität und Schlagkraft“ führen, „die unseren Gegnern Hören und Sehen vergehen läßt“⁷⁰, war keine leere Drohung. Die Aggressivität der Nationalsozialisten in den Jahren 1925 bis 1933 äußerte sich zum einen verbal in Diskussionen, Vorträgen sowie in den Parteiorganen bzw. in der Schriftpropaganda und zum anderen in den handgreiflichen Auseinandersetzungen, Versammlungsstörungen und -sprengungen, wie auch in illegalen Demonstrationen oder bei der Zerstörung gegnerischer Plakate. Die mündlich verbreiteten sowie die handgreiflichen Formen lassen sich im Gegensatz zur verbalen, schriftlich verbreiteten Aggressivität nicht mehr vollständig erfassen bzw. rekonstruieren.⁷¹

Die Ursachen für die verstärkte Aggressivität waren vielschichtig. Ideologie und Selbstverständnis der NSDAP und noch mehr der SA bargen bereits ein starkes Aggressionspotential in sich. Die Partei erstrebte eine Diktatur und die Zerstörung der freiheitlichen Grundrechte der Weimarer Republik. Das offenbarte ihr Verhalten vor und während des „Hitlerputsches“ 1923, das verkündete ihre Propaganda in den Jahren von 1925 bis 1933 tagtäglich. Der nationalsozialistische Ansatz zur Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der dreißiger Jahre sah die Entfernung aller tatsächlichen und vermeintlichen weltanschaulichen Kontrahenten aus dem öffentlichen Leben vor. Zugleich war die Aggression gegen den politischen Gegner integrierter Bestandteil der politischen Strategie und Propaganda. Die von der weitgefächerten, an unterschiedlichster Klientel orientierten Binnenorganisation betriebene, unablässige öffentliche Aktivität und permanente Mobilisierung der Mitgliedschaft waren undenkbar ohne Provokation und bewußte Gewaltanwendung. Die Wirtschaftskrise und die einhergehende politische Radikalisierung, die sie in ihrem Sinne zusätzlich forcierte, waren das Lebenselixier dieser Partei und sicherten ihr Erfolg und Zulauf. Immer wieder beobachteten die Polizeibehörden, daß sich die Zuhörer bei zurückhaltenderen NS-Rednern „langweilten“.⁷² Dagegen erreichte etwa der SA-Führer Edmund Heines im Herbst 1930 mit seinen radikalen Ausführungen zu den „Feme-

⁶⁸ Ebenda. Zur NS-Interpretation des Vorfalls: Front 6 (6. 2. 1932), „Stürmische Szenen im Münchner Stadtrat“.

⁶⁹ StA, PDM 6743: Ermittlungsbericht der Münchner Polizei vom 30. 8. 1932. Zur Darstellung der Vorgänge aus der Sicht der NSDAP: Front 35 (27. 8. 1932), „Die Früchte der Hetzjournalle“.

⁷⁰ IfZ, MA 1216: Rschr. der GL vom 29. 10. 1932.

⁷¹ Die StA, Lageberichte und Polizeiberichte erfaßten nur die hinsichtlich Ausmaß und Brutalität auffälligsten Fälle. Meist gaben Presseberichte über solche Vorfälle, in der Regel durch die Münchner Post, den Anlaß zu Ermittlungen.

⁷² Vgl. z. B. StA, Lagebericht 86 (16. 12. 1929), S. 4: Rede von Epps am 8. 11. 1929 im Bürgerbräukeller.

morden“ stets große Begeisterung und überfüllte Säle.⁷³ Das Reichsinnenministerium registrierte schon im November 1929 nicht nur aufmerksam die zunehmende NS-Gewalt, sondern auch das dahinter stehende Konzept: Die NSDAP versuche bewußt, Unruhe in der Bevölkerung zu schüren, um sich in der „Bürgerkriegsstimmung“ als Rettung vor dem Chaos zu präsentieren.⁷⁴ Noch vor dem „Hitlerputsch“, als hierfür keine Strafverfolgung drohte, hatten Münchner Nationalsozialisten dies offen zugegeben.⁷⁵ Der demonstrative Einsatz der SA als Machtinstrument, das notfalls auch handgreiflich ein Stadtviertel „eroberte“, entsprach dieser Strategie. Zugleich sollten damit neue Anhänger gewonnen werden, indem man sich gegenüber der bürgerlichen Bevölkerung als Schutztruppe gegen den „Marxismus“ und gegenüber den Bewohnern eines Arbeiterviertels als die überlegenere politische Gruppierung profilierte.⁷⁶ Entsprechend den dramatischen Wahlerfolgen seit Ende der zwanziger Jahre wuchs die Hoffnung auf eine baldige „Machtergreifung“ sowie das Bewußtsein eigener Stärke, und damit schwand die Hemmungen, die eigene, wie auch die der Parteiideologie innewohnende Aggressivität deutlicher zu zeigen. Andererseits bot 1932 die Enttäuschung, daß die NSDAP trotz ihrer Wahlsiege nicht an die Macht gelangte, ein weiteres Stimulans für die Gewaltbereitschaft. Gerade im Herbst 1932 nahmen die offenen und verdeckten Diskussionen über einen möglichen Putsch in der Stadt allorts wieder zu.

Auch ein spezifisch münchenerisches Phänomen ist hier von Bedeutung. Zahlreiche Nationalsozialisten hatten an den Kämpfen gegen die Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 teilgenommen.⁷⁷ Die in die Stadt einrückenden Truppen und Freikorps gingen auf brutale Weise gegen ihre kommunistischen Gegner vor. Innerhalb von zwei Wochen wurden rund 650 Menschen getötet, über 400 davon durch willkürliche Erschießungen. Viele der Opfer, darunter auch Mitglieder des

⁷³ StA, Lagebericht 84 (16. 9. 1929), S. 2. Ebenda. 86 (16. 12. 1929), S. 4.

⁷⁴ BA, Berlin, R 15.07/67100: Nachrichtensammelstelle beim Reichsinnenministerium an den Reichsinnenminister vom November 1929, versandt an die Nachrichtenstellen der Länder am 1. 12. 1929. Der Bericht sammelte auf acht Seiten nationalsozialistische Aussagen, wie die Republik zerstört werden sollte, und auf weiteren 11 Seiten die folgenreichsten Überfälle von Nationalsozialisten auf Passanten und politische Gegner im Herbst 1929.

⁷⁵ Vgl. zwei charakteristische Beispiele: StA, PDM 6698: PND, o. D.: DAP-Versammlung am 24. 6. 1920. Ebenda: PND, o. D.: Sprechabend am 18. 10. 1920 im Hofbräuhaus; Hitler erklärte hier: „Ja, wir wollen das Volk in diesen schweren Zeiten aufwiegeln und ununterbrochen aufhetzen, denn wir hoffen bald auf den Tag, an dem diese fremde Schmarotzer-rasse hinaus muß“.

⁷⁶ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 133–139. Offensichtlich zeigte diese Taktik bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 auch Erfolg: Die Studie von Dee R. Wernette belegt, daß die in Arbeiterwohngebieten praktizierte NS-Gewalt in Kombination mit verstärktem propagandistischem Engagement die NS-Wahlgewinne steigerte. Allerdings erscheint das Ergebnis nur eingeschränkt glaubhaft, denn die Studie benutzt als einzige Quellengrundlage für die nationalsozialistische Gewalt eine reichsweit erscheinende Tageszeitung: Wernette, *Political Violence*, u. a. S. 166–172. Vgl. auch Merkl, *Gewaltanwendung*, S. 428–431.

⁷⁷ Dies fiel bei der Erstellung der Statistik der Münchner Sektions- und Ortsgruppenführer auf (Anhang B.2., Sektions- und Ortsgruppenführer). Dieses Engagement wurde jedoch nicht in die Statistik aufgenommen.

katholischen Gesellenvereins, waren nicht einmal an den Kämpfen beteiligt gewesen. Daneben hatten die Verbände eine Unzahl von zum Teil unbegründeten Festnahmen, Gefangenenmißhandlungen, Plünderungen bis hin zu Leichenberaubungen und Diebstählen zu verantworten. Nicht selten übertrafen diese Einheiten an Brutalität und Grausamkeit die bekämpften Rotgardisten bei weitem. Der Staat wie auch große Teile der Münchner Bevölkerung übersahen diese Exzesse und sparten nicht mit Anerkennung und Dank an die „Befreier“ Münchens. Verfahren wegen der willkürlichen Erschießungen endeten nahezu ergebnislos.⁷⁸ Diese Vorgänge hatten eine fatale Wirkung, da Teile der Münchner Bevölkerung und besonders die beteiligten Verbände daraus vor allem eines lernen konnten: Als „vaterländisch-nationaler“ Aktivist durfte man in bestimmten Ausnahmesituationen gegen linksradikale Bewegungen mit aller Brutalität, ja selbst mit Massenerschießungen vorgehen; man blieb dabei nicht nur weitgehend ungestraft, sondern erntete vielmehr breite Anerkennung. Dieser Lerneffekt förderte die Gewaltausbrüche rechtsradikaler Aktivisten in den Jahren 1919 bis 1933 nicht unwesentlich.⁷⁹ Die an anderer Stelle bereits erörterte Wirkungsmacht der antisemitischen Propagandathese von der angeblichen jüdischen „Leitung“ der Räterepublik gab diesem Lerneffekt zusätzlich eine spezifisch antijüdische Stoßrichtung.

Handgreifliche Auseinandersetzungen

Bereits die jährliche Zunahme der von Polizei und Presse registrierten, durch Nationalsozialisten ausgelösten größeren Schlägereien⁸⁰ spiegelte die neue Linie der Münchner NSDAP deutlich wider. 1925 bis 1928 waren neun Vorfälle gemeldet worden. 1929 ereigneten sich, vor allem im November und Dezember, insgesamt elf handgreifliche Auseinandersetzungen. 1930 stieg die Zahl bereits auf 22 Fälle, hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte, 1931 auf 25. Zwölf derartige Vorfälle begleiteten die Wahlkämpfe 1932 bis zum Juli. Wohl vor allem infolge der massiven polizeilichen Reaktion ging anschließend diese Zahl rapide zurück. 1933 registrierte die Polizei im Stadtgebiet erneut neun Schlägereien bis zum Wahltag am 5. März 1933. Den gleichen Anstieg seit 1930 mit dem Höhepunkt 1931 ließen die Versammlungsstörungen und illegalen Demonstrationen erkennen. Dagegen nahmen die Sprengungen gegnerischer Versammlungen nur von Herbst 1929 bis Herbst 1930 deutlich zu. In den folgenden Jahren hielt sich die Partei hier stark zurück, da sie, wie bereits geschildert, mögliche Konsequenzen der Polizeidirektion fürchtete. Die Dunkelziffer der nicht offiziell registrierten Auseinandersetzungen dürfte dieses Bild kaum verändern. Diese spezifische Münchner Entwicklung war

⁷⁸ Hillmayr, *Terror*, S. 120–151. Schwarz, *Monarchie*, S. 431 f. Hannover, *politische Justiz*, S. 54–75. Wilhelm, *Dichter*, S. 91 ff.

⁷⁹ Weisbrod sieht die breite Akzeptanz gegenüber rechtsgerichteter Gewalt als Phänomen der gesamten bürgerlichen Gesellschaft der Weimarer Jahre: Ders., *Gewalt in der Politik*, 391–404.

⁸⁰ Im Folgenden: StA, Lageberichte 1925–1932. StA, PDM 6830: Verhalten der SA 1926–1932. HStA, MIInn 81580–81588: Verhalten der NSDAP 1925–1933. MP 1925–1932. BSZ 1925–1933. Viele Hinweise auf politische Auseinandersetzungen finden sich zudem in den Quellen zur Schriftpropaganda und den öffentlichen Versammlungen der NSDAP: Kapitel III.3., Anm. 22 und 39 sowie Kapitel IV.3., Anm. 422 und 426.

Teil des reichsweit sprunghaften Anwachsens politisch motivierter Gewaltaktionen seit 1929. Dieser Trend erreichte seinen Höhepunkt in der ersten Jahreshälfte 1932, als die Zahlen der entsprechenden Strafverfahren auf das Fünffache gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres anstiegen, und flaute nach der Novemberwahl stark ab.⁸¹ Erstaunlicherweise hatten die Münchner Auseinandersetzungen in den acht Jahren bis 1932 zwar immer wieder eine Reihe von Schwerverletzten zur Folge, jedoch nur einen einzigen Toten.⁸² Dies erstaunt um so mehr, als gerade 1932 immer wieder sowohl Schuß- als auch Hieb- und Stichwaffen eingesetzt wurden.⁸³ Seit 1930 beschlagnahmten die polizeilichen Waffenkontrollen bei Großveranstaltungen von NSDAP und KPD stets zahlreiche Waffen, wie Messer, Schlagringe, gelegentlich auch Schußwaffen.⁸⁴ Bereits während des Reichstagswahlkampfes 1930 charakterisierte die Münchner Polizei das öffentliche Auftreten von NSDAP und KPD als mittlerweile „derart verwildert“, daß nur der beständige massive Polizeieinsatz erhebliches Blutvergießen verhindert habe.⁸⁵ 1932 und in den ersten beiden Monaten des Jahres 1933 konnte ein Münchner, obwohl die Polizei die Lage im Griff hatte, den Eindruck gewinnen, die Zustände des Jahres 1923 seien zurückgekehrt.⁸⁶ Seit Herbst 1929 nahm auch die Zahl nationalsozialistischer Parolen an Hauswänden zu sowie die Zerstörung oder das Überkleben gegnerischer Plakate.⁸⁷ Nächtliche Trupps bemalten die Bavaria auf der Theresienwiese mit den Worten „Heil Hitler“⁸⁸ oder versuchten mit einer auf der Umfassungsmauer der städtischen Obdachlosenhäuser in Laim, Ecke Landsberger/Sandrrart/Behamstraße, angebrachten 1,60 m hohen und über 30 m langen Aufschrift „Wählt Hitler – Liste 9 – Freiheit und Brot“ die dort wohnenden Kommunisten herauszufordern.⁸⁹ 1932 wurden erstmals Plakatsäulen in Brand gesteckt.⁹⁰

⁸¹ Christoph, Reichsamnestien, S. 324 f.

⁸² Vgl. zum Fall Hirschmann Kapitel IV.4., S. 420.

⁸³ Bei der illegalen SA-Demonstration am 19. 6. 1932 wurde auf die Polizei geschossen: Kapitel IV.4., Anm. 114. Am Wahlabend des 13. 3. 1932 schoß ein Kommunist zwei Polizeibeamte nieder: BSZ 62 (15. 3. 1932), Rubrik „Aus der Landeshauptstadt“. Vgl. generell auch: Faatz, Staatsschutz, u. a. S. 269.

⁸⁴ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 95 (1. 9. 1930), S. 1.

⁸⁵ StA, Lagebericht 93 (1. 9. 1930), S. 1.

⁸⁶ 1923 erschütterte eine Lawine von handgreiflichen Auseinandersetzungen die Stadt; zu den 61 polizeilich registrierten Fällen kommt eine erhebliche Dunkelziffer nichtregistrierter Fälle hinzu, da die PDM Gewalttaten in der Regel erst nach Pressemeldungen erfaßte: StA, PDM 6698–6700: Polizeiberichte über Vorfälle bei NSDAP-Versammlungen 1920–1923. StA, PDM 6701–6705: Polizeiberichte über strafrechtlich relevante Aktivitäten der Münchner NSDAP 1923. StA, PDM 6704: Polizeiermittlungen vom Januar und Februar 1923 zum nationalsozialistischen Überfall auf das Hotel Grünwald am 24. 1. 1923. Vgl. auch MP 260/261 (10./11. 11. 1923), „Chronik völkisch-nationalsozialistischer Gewalttaten in Bayern [1920–1923]“. MP 273 (25. 11. 1931), „Nationalsozialistische Gewalttaten in Bayern. Eine zeitgemäße Erinnerung 1920–1927.“

⁸⁷ Vgl. z. B. StA, PDM 6764: Polizeiberichte über nationalsozialistische Aktivitäten seit 1930 u. a. im Wahlkampf. Auch StA, Lageberichte 1930–1932.

⁸⁸ StA, PDM 6827: Polizeipressebericht vom 13. 6. 1931.

⁸⁹ StA, PDM 6764: Bericht Schutzpolizei, Bezirk 9, vom 31. 7. 1930.

⁹⁰ Augsburger Abendzeitung 100 (19. 4. 1932), „Auch in München brennen Plakatsäulen“. Zur Zerstörung von Plakaten vgl. StA, PDM 6661: Vorgänge im Zusammenhang mit der Plakatierung politischer Parteien 1930–1932. MP 1931–1932. StA, Lageberichte 1931–1932.

Einer der Hauptprotagonisten des gestiegenen aggressiven Verhaltens der Partei war der bereits mehrfach genannte SA-Führer Edmund Heines. Wie bereits an anderer Stelle dargestellt, war Heines noch 1927 durch seine beharrliche Forderung nach aggressivem Aktionismus mit der Partei in Konflikt geraten, da Hitler nach dem Ende des gegen ihn gerichteten Redeverbotes von der SA strikte Zurückhaltung verlangte.⁹¹ Nach seiner innerparteilichen Rehabilitation 1929 hatte sich die Situation gewandelt. Heines war im Frühjahr 1929 vorzeitig aus der Haft wegen Beteiligung an einem „Fememord“ in Ostpreußen entlassen worden und brüstete sich nun in der Art eines Lokalmatadors in Münchner Parteiversammlungen mit seiner Geschichte als „Fememörder“.⁹² Daneben inszenierte er nach der Art mittelalterlicher Ritterturniere Kampfansagen an den politischen Gegner in den Parteizeitungen, so etwa im Frühjahr 1930 an das sozialdemokratische Reichsbanner: „Mit großer Freude erfuhr ich, daß ihr in Flugblättern und Plakaten bekanntgegeben habt, daß ihr euch endlich zum Kampf stellen und mit mir und meinen Freunden Abrechnung halten wolltet. Von politischen Gegnern lasse ich mich nicht zweimal einladen.“⁹³

Die Darstellung einiger Fallbeispiele verdeutlicht das seit 1929 veränderte Verhalten der Münchner NSDAP. Ihre Ankündigung, nunmehr systematisch die Münchner Arbeiterviertel „zu erobern“⁹⁴, versuchte die Gauleitung bereits Ende November 1929 umzusetzen. Doch die erste Probe aufs Exempel mißlang. Die Verteiler von NS-Flugblättern wurden in Giesing stets verjagt. Die systematisch geplante Sprengung einer KPD-Veranstaltung im Gasthaus „Falkenwand“ am Edlingerplatz am 4. Dezember scheiterte. Die rund 50 SA-Leute unter Führung des Münchner SA-Führers Zöberlein wurden bereits beim Antransport auf Lastwagen von KPD-Anhängern mit Flaschen beworfen und anschließend zur überstürzten Flucht unter massivem Polizeischutz gezwungen. Aufgrund der nun sehr hohen Gewaltbereitschaft beider Seiten patrouillierten in den folgenden Tagen Polizeieinheiten zu Pferd und per Pkw durch Giesing.⁹⁵ Obwohl der „Völkische Beobachter“ den Fehlschlag zum Heldenstück der Münchner SA gegen die „Roten Wegelagerer am Schyrenplatz“ umstilisierte⁹⁶, war die „Niederlage“ nicht zu verleugnen. Erst ein Jahr später, am 1. Juni 1930, zeigte sich die NSDAP erneut in dem Stadtviertel. Nachdem nun die gesamte Münchner SA durch Giesing und Haidhausen marschierte⁹⁷ und erhebliche Polizeikräfte aufgeboten waren, sah die

⁹¹ Zur Rolle Heines' während der SA-Krise 1927: Kapitel III.3.

⁹² StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 4.

⁹³ Das Reichsbanner verhinderte jedoch seinen Auftritt vor der Fürstenfeldbrucker SPD: VB 85 (9. 4. 1930), „Offener Brief an die vom Reichsbanner“. MP 83 (10. 4. 1930), „Noch einmal Fürstenfeldbruck“.

⁹⁴ StA, PDM 6735: PND 679: Gautagung der Gaue Oberbayern und München am 10. 11. 1929. Gauleiter Wagner kündigte gleich von vornherein an, hier werde es auch „blutige Köpfe“ geben. StA, PDM 6809: Polizeibericht über den Appell des SA-Sturms 3 am 17. 1. 1930: Rede des Sturmführers.

⁹⁵ HStA, MInn 81582: PDM an MInn vom 10. 2. 1930. Bericht des Polizeibezirks 7 (Au) über die Vorkommnisse am Edlingerplatz am 4. 12. 1930. NZ 283 (6. 12. 1929), „Hakenkreuzler provozieren in Giesing“.

⁹⁶ VB 283 (6. 12. 1929), „Rotmord in Giesing. Rote Wegelagerer am Schyrenplatz“.

⁹⁷ MP 125 (2. 6. 1930), „Immer wieder Hakenkreuzler-Provokationen“.

KPD von einer Auseinandersetzung ab und versammelte sich am selben Tag außerhalb der Stadt.⁹⁸ Die handgreiflichen Auseinandersetzungen nahmen in der politisch aufgeheizten Stimmung stellenweise dramatische Gestalt an. In der wohl spektakulärsten Saalschlacht der dreißiger Jahre am 5. August 1930 im Neuhauser „Volkarthof“ attackierten sich über 100 SA-Leute und KPD-Anhänger in hemmungsloser Brutalität mit allen greifbaren Gegenständen, insbesondere mit Bierkrügen, die beide Seiten seit Versammlungsbeginn systematisch unter den Tischen gesammelt hatten. Dabei zertrümmerten sie die gesamte Einrichtung und hinterließen dutzende Schwerverletzte.⁹⁹ Kaum weniger folgenreich geriet die Sprengung der SPD-Versammlung am 22. April 1932 mit dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten und früheren preußischen Innenminister Albert Grzesinski als Redner. Die Saalschlacht endete mit 35 Schwerverletzten. Noch Tage später präsentierten etliche SA-Leute in den Parteiversammlungen ihre Verbände an Kopf und Armen wie Auszeichnungen.¹⁰⁰ Für die SA-Gauführung München-Oberbayern waren diese Kämpfe 1931 der Anlaß, ihren Leuten den Kauf eines elektrischen Selbstschutzapparates zu empfehlen. Das allerdings sehr kostspielige, von einer Münchner Firma hergestellte Gerät ähnelte einer Armbanduhr und machte den Gegner mit einem Stromstoß von 20000 Volt „augenblicklich kampfunfähig“.¹⁰¹ Nach dem Antritt Hitlers als Reichskanzler blühte die nationalsozialistische Gewalt erneut auf. Die Vorgänge am 5. Februar 1933 ließen bereits eine Vorahnung auf die allorts angekündigte Abrechnung mit dem politischen Gegner nach einer „Machtergreifung“ aufkommen. Im Anschluß an einen SA-Propagandamarsch durch die Innenstadt hetzten über 100 SA-Leute eine Handvoll Mitglieder des sozialdemokratischen Reichsbanners durch die Neuhauser Straße und schlugen mit Stahlruten, Totschlägern und Stangen auf ihre Opfer ein. Selbst eine anfahrende Trambahn, in die Reichsbanner-Leute am Karlsplatz flüchteten, wurde attackiert. Eine Gruppe von 50 SA-Männern schlug ein Ehepaar, das das Abzeichen der Eisernen Front trug, zu Boden und attackierte die beiden in maßloser Brutalität mit Fußtritten und mit allen verfügbaren Gegenständen. Passanten, die der Frau helfen wollten, wurden ebenfalls bedroht. Ein Polizeibeamter wurde nicht an die Schläger herangelassen und konnte sich schließlich nur mit gezogenem Säbel und mit Hilfe mehrerer Kollegen durchsetzen.¹⁰²

Speziell der Gauleiter Wagner betrachtete die Versuche der Münchner Polizei, dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen, nicht nur als nützliche propagandistische Gelegenheit, sondern auch als Einschränkung der Parteientwicklung und darüber hinaus stets als persönliche Kampfansage. Folglich befahl er, das Uni-

⁹⁸ Obgleich das KPD-Organ *Neue Zeitung* schon im Vorfeld daran erinnerte: „Hier wurden vor Jahren Heines und seine Kumpane schmäählich in die Flucht geschlagen“: NZ 87 (15. 4. 1930), „Hakenkreuzlermarsch durch Giesing“. Zum NS-Propagandamarsch: HStA, MIIn 81582: Vormerkung für MIIn/Stützel vom 31. 5. 1930.

⁹⁹ StA, PDM 6741: PDM an die NSDAP München vom 15. 8. 1930.

¹⁰⁰ Front 18 (30. 4. 1932), „Unerhörte Herausforderung der Münchner Bevölkerung“.

¹⁰¹ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 5.

¹⁰² StA, PDM 6758: Bericht des Polizeibezirkes 2 vom 5. und 8. 2. 1933.

formverbot vom 5. Juni 1930,¹⁰³ das die Partei erheblich belastete,¹⁰⁴ durch das Tragen des Braunhemdes oder zumindest einer Hakenkreuz-Armbinde demonstrativ zu ignorieren.¹⁰⁵ Für den 14. Juni 1930 kündigte er eine Protestversammlung im Zirkus Krone an, wofür Parteiplakate mit Aufschriften wie „Die Schwarzen am Rhein ziehen ab – die Schwarzen in Bayern übernehmen ihr Erbe“, warben. Die Polizeidirektion griff konsequent durch und verbot diese sowie alle weiteren Veranstaltungen, die auch nur den Anschein eines Protestes gegen die staatlichen Maßnahmen erahnen ließen.¹⁰⁶ Das Tragen der braunen wie auch der einheitlich weißen Hemden oder anderer einheitlicher Kleidungsmerkmale wurde nicht geduldet.¹⁰⁷ Schließlich verbot Hitler, der bei weiterer Eskalation ein SA-Verbot in Bayern befürchtete, bis auf weiteres, öffentlich Parteiuniformen zu tragen, und stoppte die Verbreitung eines besonders aggressiven Protestflugblattes der Gauleitung.¹⁰⁸ Ein Jahr später beschränkte sich Wagner nicht mehr auf verbale Kraftakte.¹⁰⁹ Im Frühsommer 1931 befand sich die NSDAP in München, wie erwähnt, durch die Pressekampagne um Röhms Homosexualität und die Stennes-Krise in einer unangenehmen Lage. Die Gauleitung beschloß, jede Gelegenheit zu nutzen, um von den Vorfällen abzulenken. Daraufhin entfachte der NSDStB Aufsehen erregende Krawalle gegen den Staatsrechtler und Universitätsprofessor Nawiasky, der den Münchner Nationalsozialisten wegen seiner engagierten demokratischen Gesinnung und seines jüdischen Glaubens bereits seit Jahren ein Dorn im Auge war.¹¹⁰ Eine zweite Gelegenheit bot das Uniformverbot anlässlich der Standkonzerte am Odeonsplatz und im Hofgarten. Mit allen Mitteln versuchte hier die Gauleitung, den politischen Gegner zu provozieren und das Uniformverbot zu umgehen, wobei sie auch handgreifliche Auseinandersetzungen mit der Polizei in Kauf nahm.¹¹¹ Die Versuche der Polizeidirektion, das Uniformverbot auch gegenüber den Wachposten vor dem „Braunen Haus“, einem Trupp von 16 SS-Leuten und zwei „Spähern“ in der Nachbarschaft,¹¹² durchzusetzen, nutzte Wagner schließlich zu einer Kraftprobe. Allen Verboten zum Trotz behielt Wagner die Wache bei. Für jeden Verhafteten rückten sogleich neue Uniformierte nach. Hitler und sein Adjutant, Wilhelm Brückner, erklärten, die Wache werde

¹⁰³ Faatz, Staatsschutz, 185–188.

¹⁰⁴ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 12.

¹⁰⁵ Münchner Wacht 7 (1. 6. 1930), „Gau-Befehl“. Vgl. auch Münchner Wacht 7 (1. 6. 1930), „Heilige Einfalt“. VB 134 (7. 6. 1930), „Schwarz-rote Verschwörung in Bayern gegen das erwachende Deutschland“.

¹⁰⁶ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 9f.

¹⁰⁷ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 10. Am 10. 7. 1930 führte die OSAF als Ersatz des Braunhemdes das „weiße Verbotshemd“ ein: BA, Berlin, Slg. Schumacher 403: SABA „weiße Verbotshemden“ vom 10. 7. 1930.

¹⁰⁸ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 9f.

¹⁰⁹ Möglicherweise wollte die Gauleitung das Uniformverbot, den für die NSDAP negativen Effekten zum Trotz, dennoch zumindest für Aufmerksamkeit erregende propagandistische Auftritte nutzen.

¹¹⁰ Die Beteiligung der GL an einer Kampagne dieses Ausmaßes ist, wenn auch nicht nachweisbar, so doch sicher anzunehmen.

¹¹¹ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 2.

¹¹² HStA, MInn 81603: PDM an MInn vom 27. 3. 1931.

keinesfalls abgezogen. Hunderte von SA-Leuten umlagerten tagelang das „Braune Haus“ und bedrohten die eingreifenden Beamten. Der Polizeipräsident und verschiedene führende Beamte erhielten Morddrohungen und Beleidigungen wie etwa „Judenbüttel“, „Breikoch“ oder: „Der Tag kommt, wo ihr alle auf einem Haufen liegt und mit Benzin übergossen dann angezündet werdet“. Schließlich beendete die Polizei in einer Blitzaktion sämtliche Demonstrationen, sperrte die Briener Straße, verhaftete 29 Uniformierte und zeigte damit, daß sie gewillt war, das Uniformverbot unter allen Umständen durchzusetzen.¹¹³ Ein Jahr später, als die Bayerische Regierung, wie bereits dargestellt, im Juni 1932 entgegen der reichsweiten Aufhebung aller Demonstrations- und Uniformverbote an ihren Verboten festhielt, suchte Wagner erneut die gezielte Konfrontation. Diese Ereignisse waren zugleich ein letzter Höhepunkt in der langjährigen Auseinandersetzung zwischen Münchner Polizei und bayerischem Innenministerium auf der einen und der NSDAP auf der anderen Seite.¹¹⁴ Am 19. Juni 1932 wurde die gesamte SA des Gaues in der Landeshauptstadt zusammengezogen. Obgleich die durch ihr Agentennetz frühzeitig informierten Behörden bereits an der Stadtgrenze alle auswärtigen Verbände abfingen, standen dennoch Tausende von SA-Leuten im Stadtzentrum, die Uniformen von Mänteln und Windjacken bedeckt. Punkt zwölf Uhr fiel die Umhüllung, und die Verbände sangen in der Prinzregentenstraße mit hocherhobener Hand das Deutschlandlied. Der SA-Gausturmführer Karl Freiherr von Eberstein hielt am Brunnen vor der Universität eine „zündende Ansprache“, während Gauleiter Wagner in der Ludwigstraße den Aufmarsch leitete. Sämtliche Marschkolonnen strebten zur Wohnung des Ministerpräsidenten Held in der Prinzregentenstraße. Die Polizei hatte die Lage jedoch im Griff, zerstreute jeden Aufmarsch, setzte etliche SA-Trupps bereits beim Verlassen ihrer Lokale fest und verhaftete insgesamt 473 SA- und SS-Leute, darunter auch prominente Führer wie den bereits genannten von Eberstein und den Führer der bayerischen SS, Prinz Josias zu Waldeck und Pyrmont, außerdem Graf Spreiti, Karl Graf Schwerin und den Adjutanten des Leiters der NS-Reichsführerschule Theodor Berkelmann. In der Schwabinger Schellingstraße und in der Amalienstraße wurden die Beamten brutal angegriffen und mußten sich mit dem Säbel wehren. Auch ein Schuß fiel. Der Sturm von rund 90 SA-Leuten auf eine Polizeiwache zur Befreiung von Verhafteten wurde abgewehrt. Die 291 Verfahren vor dem Amtsgericht München endeten Anfang November 1932, nachdem in einigen Fällen die Revisionsinstanz bemüht worden war, mit 61 Freisprüchen und

¹¹³ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 2. HStA, MInn 81584: MInn an PDM vom 4. 3. 1931. HStA, MInn 81603: Anordnung PDM vom 1. 7. 1931. Ebenda: PDM an MInn vom 10. 7. 1931: Bericht über die Vorfälle. StA, PDM 6830: Polizeipresseberichte vom 4. 7. und 6. 7. 1931. MP 150 (3. 7. 1931), „Man pfeift auf Herrn Stützel!“ MP 152 (6. 7. 1931), „Polizeipräsident mit dem Tode bedroht“. MNN 150 (6. 7. 1931), „Das Uniformverbot und die nationalsozialistischen Demonstrationen“. Vgl. auch Pridham, *Hitler's Rise*, S. 256 f.

¹¹⁴ Im Folgenden: StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 9. StA, PDM 6830: Polizeipressebericht vom 20. 6. 1932. Front 26 (25. 6. 1932), AdB und „SA-Aufmarsch in München“; die Front widmete dem Aufmarsch eine ganze Seite und zusätzlich mehrere Artikel. Front 42 (15. 10. 1932), „Weitere Systemurteile gegen deutsche Freiheitskämpfer“. SMP 45 (6. 11. 1932), „Die Tragödie der ‚473‘“.

230 Verurteilungen zu Gefängnisstrafen von durchschnittlich drei bis sieben Tagen, ersatzweise einer Geldstrafe in Höhe von sechs bis 20 Mark. In 15 Fällen betrug das Strafmaß je eine Woche Gefängnis. Sechs Angeklagte warteten noch auf den Ausgang ihrer Verfahren. Eberstein selbst erhielt drei Wochen Gefängnis. Sieht man vom kurzlebigen Mobilisierungseffekt ab, erwies sich die Demonstration für die Gauleitung als Mißerfolg. Die Überraschung war trotz einzelner Demonstrationzüge mißlungen, und Wagners Behauptung, die Landeshauptstadt wäre, hätte er nur gewollt, auf einen Wink hin in der Hand der SA-Verbände gewesen,¹¹⁵ entpuppte sich angesichts der übermächtigen Polizei als hohle Drohgebärde.

Die den SA-Verbänden eigene Aggressivität trieb in den Neuhauser und Gerner SA-Verbänden ganz besondere Blüten. Röhm und die SA-Führung erwarteten Ende Juli 1932 im Gefolge eines vermeintlich sicheren Reichstagswahlsieges die Machtergreifung der NSDAP und anschließend den Auftrag, zumindest gegen die KPD vorzugehen. Da der Wahlsieg nicht eintrat, setzte die SA-Spitze ihre Hoffnung auf die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP,¹¹⁶ Vermutlich um den Eindruck zu erwecken, nur eine NS-Regierung könne der von den Kommunisten erzeugten Bürgerkriegssituation Herr werden, erhielt der Münchner SA-Sturmbann I am 1. August den Auftrag, Gewaltaktionen der KPD vorzutäuschen und die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen. Sturmbannführer Strauß ließ seine Leute drei Tage später in der Nacht kleinere Sprengstoffanschläge und Brandstiftungen durchführen. Dabei wurde ein sozialdemokratisches Jugendheim zerstört, das SPD-Festzelt im Dantestadion niedergebrannt, ein Straßenbahnhäuschen am Dantebad, ein Holzgebäude am Nymphenburger Kanal und das Kaufhaus des jüdischen Besitzers Uhlfelder beschädigt. Der „Völkische Beobachter“ lieferte am nächsten Tag die begleitenden Kommentare: „Mit etwas [...] Scharfsinn ließ sich feststellen, daß die bolschewistischen Elemente wahllos auf das Chaos hinarbeiten.“ Das dilettantisch ausgeführte Unternehmen geriet jedoch zum ‚Schuß nach hinten‘. Die Polizeibehörden durchschauten aufgrund ihres Agentennetzes die Gewaltaktionen sehr bald und verhafteten Strauß sowie nahezu den gesamten SA-Sturm der Borstei.¹¹⁷

Verbale Aggressivität

Die Ablehnung der Weimarer Demokratie und die Absicht, diese zu zerstören, war in mehr oder minder deutlicher Form Teil nahezu jeder propagandistischen Aussage der NSDAP in München.¹¹⁸ Extreme Äußerungen, in denen Staat und

¹¹⁵ Front 26 (25. 6. 1932), „Die Soldateska ist machtlos“.

¹¹⁶ Orlow, Nazi Party, S. 278 ff.

¹¹⁷ Ein Teil dieser SA-Leute blieb bis zur Machtergreifung in München im März 1933 hinter Gittern: Zum Beispiel Neuhausen, S. 81 ff. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Anschläge vor dem Amtsgericht München noch einmal aufgerollt und zwei ehemalige SA-Leute wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt: IfZ, Gm 07.94/9: Urteil des Landgerichtes München I vom 17. 6. 1948 im Prozeß gegen Müller Karl und 29 Genossen.

¹¹⁸ Vgl. im Folgenden: Münchner Wacht 1930. Front 1930–1932. SMP 1932/1933. VB 1925–1933. StA, Lageberichte 1925–1932. Vgl. zudem Kapitel III.3., Anm. 22 und 39 sowie Ka-

Republik oder der weltanschauliche Gegner besonders aggressiv beleidigt oder bedroht wurden, blieben lange Zeit sehr selten und nahmen hinsichtlich Anzahl und Radikalität erst ab Herbst 1930 rapide zu.¹¹⁹ Allein für 1929 ließen sich anhand der Polizeiunterlagen und nationalsozialistischer Presseorgane etwa gleich viele Äußerungen wie in den vorhergegangenen vier Jahren 1925 bis 1928 zusammen registrieren. 1930 und 1931 nahm ihre Zahl weiter zu und stieg 1932 schließlich auf mehr als das Dreifache des Vorjahres. Eine in diesem Sinne ‚extreme‘ Äußerung war etwa Julius Streichers Beschimpfung des verstorbenen Stresemann als „Lumpen“ und „Trinker“ mit „mongolischem“ Gesichtsausdruck Mitte Oktober 1929 im Bürgerbräu. Nebenher ließ er hier noch einfließen, daß nur ein „Lump oder Gauner“ in „einer Republik“ Amt und Würden oder auch ein Ministeramt erhalten könne.¹²⁰ Ebenso radikal war auch die Anerkennung, die General von Epp Anfang Juli desselben Jahres in einer NS-Großveranstaltung den „Fememorden“ zollte.¹²¹

Die Aggressivität der Münchner Parteibasis konnte angesichts der Hetzreden mancher Partei- und SA-Führer nicht verwundern. Nach den zunehmenden Erfolgen bei Landtags- und Kommunalwahlen¹²² wuchs bereits 1930 in Teilen der Münchner Parteibasis die Überzeugung von einer baldigen NS-Machtübernahme. Im April 1930 erfuhr ein SA-Sturm von seinem Führer, daß man „bei Errichtung des 3. Reiches“ stark in Anspruch genommen würde, da im Bereich des Sturmes eine Vielzahl staatlicher Gebäude zu besetzen seien.¹²³ Diese Stimmung erreichte im Herbst 1931 sowie in den Vorbereitungsphasen der Reichspräsidentenwahl und der Reichstagswahlen im Juli und November 1932 immer neue Höhepunkte, als untergeordnete wie auch hochrangige Parteifunktionäre,¹²⁴ darunter der Münchner SA-Motorsturmführer,¹²⁵ der Münchner SS-Führer,¹²⁶ Gauleiter Wagner,¹²⁷ der SA-Gruppenführer und Hitler-Adjutant Wilhelm Brückner¹²⁸ und,

pitel IV.3., Anm. 422 und 426 (Quellen zur Schrift- und Versammlungspropaganda der NSDAP 1925–1933).

¹¹⁹ Vgl. hierzu besonders den Polizeikommentar in StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 8. Besonders das neue Gauorgan „Die Front“ fiel den Behörden auf: StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 8.

¹²⁰ StA, PDM 6740: Polizeibericht vom 13. 10. 1929 über die Massenversammlung am 10. 10. 1929.

¹²¹ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 13.

¹²² Kapitel IV.3., Anm. 445 und 446.

¹²³ StA, PDM 6830: Vermerk PDM/VI/N vom 9. 5. 1930.

¹²⁴ Vgl. auch: StA, PDM 6824: Polizeibericht über die Konferenz der Spitzen der RL, SA und SS am 15. 9. 1931 in der Reichsführerschule. Und StA, PDM 6830: Morgenrapport PDM/VI/N vom 1. 10. 1931 über die Reden des Gauleiters Wagner und des SA-Gausturmführers Kallenbach in einem SA-Werbeabend Ende September.

¹²⁵ StA, PDM 6833: PND 762: Appell des Motorsturm am 7. 1. 1932 mit Vermerk PDM vom 8. 1. 1932.

¹²⁶ StA, PDM 6828: PDM/VI vom 22. 11. 1930 über die Rede Dietrichs beim SS-Standarten-Appell vom 19. 11. 1930. StA, PDM 6829: PND 741 (29. 7. 1931) über die Rede Dietrichs beim SS-Standarten-Appell am 9. 7. 1931.

¹²⁷ MP 198 (29/30. 8. 1931), „Großer Generalappell der SS“. StA, PDM 6829: PDM/VIa vom 15. 2. 1932 über den „Deutschen Abend“ der SS München am 13. 2. 1932.

¹²⁸ StA, PDM 6809: Mitgliederversammlung der Ortsgruppe 9 (Bahnhof) am 16. 9. 1931.

wenn auch nur im engeren Kreis, selbst Hitler¹²⁹ jedesmal den Eindruck erweckten, eine Machtergreifung stünde unmittelbar bevor. Entsprechend trieb diese Erwartung an der Münchner Parteibasis bunte Blüten.¹³⁰ Die „Münchner Post“ wollte in Schwabing Frauen beobachtet haben, die beim Einkaufen behaupteten, „am Sonntag werde Hitler an die Macht kommen, dann bekämen sie die Waren entweder um die Hälfte billiger oder möglicherweise ganz umsonst“. Es sei also besser, mit dem Einkauf noch zu warten.¹³¹ Im Finanzamt München-Süd rühmten sich Beamte sogar, „[...] ihre Beförderung innerhalb des Finanzamtes für das dritte Reich schon in der Tasche zu haben, so daß ihnen gar nichts geschehen könne und sie auf alle Fälle sichergestellt seien“.¹³² Die Münchner Stimmung war kein Sonderfall. Im Dezember 1931 registrierte der SA-Generalinspekteur, daß der Glaube an eine Machtergreifung „in wenigen Tagen“ und an den anschließenden Aufstieg in staatliche Ämter in SS und SA im gesamten Reich weit verbreitet sei.¹³³ Dieser Lohn wurde von Parteifunktionären regelmäßig versprochen; nicht nur der Münchner SS-Führer Dietrich sicherte seinen Leuten zu: „Dann werden die SS-Kameraden die ersten sein, Ämter und Posten einzunehmen, die ihnen eigentlich schon längst gehörten“.¹³⁴ Die 1931 in ganz Bayern parteiintern kursierenden Putschgerüchte waren eine Reaktion auf den dramatischen NSDAP-Reichstagswahlerfolg im Vorjahr. Eine Reihe von bereits an anderer Stelle dargestellten Ereignissen heizten diese Stimmung zusätzlich an: Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Uniformverbot, die Nawiasky-Krawalle, die monatelangen Versammlungsverbote sowie die zum Teil panikartigen Reaktionen der Münchner NSDAP im Gefolge der innenpolitischen Debatten um den Hoover-Plan im Sommer 1931. Verheißungsvoll erteilte Himmler der Münchner SS „in Anbetracht der politischen Lage“ eine Urlaubssperre über die Weihnachtsfeiertage,¹³⁵ und selbst die Nachrichtensammelstelle des Reichsinnenministeriums ließ sich aus München regelmäßig über die angebliche SS-Mobilmachung infor-

¹²⁹ Hitler Ende April 1931 vor der NSDAP-Reichstagsfraktion in München: StA, Lagebericht 101 (9. 6. 1931), S. 1.

¹³⁰ Vgl. z. B. StA, PDM 6829: PND 742 (29. 7. 1931) über den Appell des SS-Sturmes 2/II am 14. 7. 1931. Auch aus dem NS-Gau Schwaben meldeten Polizeinformanten parteiinterne Diskussionen über einen Putsch: StA, PDM 6830: StA, Lagebericht 702 der Polizeidirektion Augsburg vom 15. 6. 1931. Zur Stimmung während des Reichspräsidentenwahlkampfes 1932: StA, PDM 6873: Polizeibericht über die KGWK-Versammlung am 15. 1. 1932. StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 2. StA, PDM 6829: PND-Bericht 773 (22. 7. 1932) über den Appell des SS-Sturmes 1/I/1 am 6. 4. 1932. Die Münchner SS war sich vor allem nach dem „Preußenschlag“ Papens 1932 gewiß, „daß der Endkampf beginne“: StA, PDM 6829: PND-Bericht 784 (27. 7. 1932).

¹³¹ MP 54 (11. 3. 1932), „SS-Mobilmachung“.

¹³² HStA, MIInn 81587: MIInn an Finanzamt München Süd und an Versorgungsamt München-Land, jeweils 1. 4. 1932.

¹³³ StA, PDM 6776: SA-Generalinspekteur Ulrich an SA-Stabschef vom 17. 12. 1931.

¹³⁴ StA, PDM 6829: PND 741 (29. 7. 1931) über die Rede Dietrichs beim SS-Standarten-Appell am 9. 7. 1931. So auch der Adjutant der Münchner SS-Standarte, Karl Ostberg: StA, PDM 6774: Vermerk der PDM/VIa vom 25. 1. 1932. Vgl. auch StA, PDM 6829: PND-Bericht 788 (9. 9. 1932) über den Appell des SS-Sturmes 1/I/1 am 31. 8. 1932.

¹³⁵ StA, PDM 6829: PND-Bericht 759 (30. 12. 1931) über den Appell des SS-Sturmbannes I am 5. 12. 1931.

mieren.¹³⁶ Die Putschgerüchte anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 wurden obendrein durch die OSAF stimuliert, die die SA und SS reichsweit in den Alarmzustand versetzte, da sie damit rechnete, daß die Eiserne Front im Falle hoher nationalsozialistischer Stimmengewinne ein staatliches SA/SS-Verbot oder zumindest eine Absage des 2. Wahlganges provozierte.¹³⁷ Eine ähnliche Alarmbereitschaft galt für die Münchner SA in den letzten zehn Tagen vor der Juli-Wahl 1932.¹³⁸ Nach dieser Wahl heizte sich die Stimmung weiter auf. Ein SA-Sturm-bannführer erklärte seinen Leuten, daß sich der „bis jetzt gegangene Weg der Legalität [...] nicht mehr aufrecht erhalten lasse, weil die Wahlen eine Entscheidung nicht gebracht hätten“. In der Münchner SA kursierte wie in den Verbänden im gesamten Reich¹³⁹ vor und nach der Wahl die Idee, die KPD durch Spezialtruppen zu Gewalttätigkeiten herauszufordern, um der NSDAP über ein KPD-Verbot im Reichstag die absolute Mehrheit zu verschaffen. Entsprechend warnte das Münchner Reichsbanner seine Leute davor, daß die NSDAP derzeit „mit allen Mitteln“ Schlägereien provoziere, und riet, in der nächsten Zeit Treffpunkte der NSDAP und SA zu meiden und Uniformen nur im Dienst zu tragen.¹⁴⁰ Nach den erfolglosen Versuchen, über den Reichstag legal an die Macht zu kommen, und angesichts des desolaten Zustandes der Partei im Herbst 1932 begann erneut die Diskussion über eine gewaltsame Machtergreifung. Die Diskrepanz zwischen den fortwährenden Legalitätsbeteuerungen der Parteiführung und den in nahezu jeder Veranstaltung erhobenen Appellen an SA und SS, sich auf den „Ruf“ Hitlers vorzubereiten, wurde immer offensichtlicher.¹⁴¹ Als der Gauleiter Wagner der SA-Reserve-Standarte R 16 „List“ Anfang Oktober prophezeite, „wenn die NSDAP nicht auf legalem Wege an die Macht käme, dann bleibe nur noch der Weg des Kampfes“, war für die Polizei gleichermaßen wie für die übrigen Anwesenden „[...] ohne weiteres herauszuhören, daß hier nicht der Kampf im abstrakten Sinne, sondern der Kampf mit der Waffe gemeint war, wenn auch das Wort Waffe nicht fiel.“¹⁴²

Trotz aller Gerüchte, Alarmbereitschaften und den vermutlich auf höchster Führungsebene von Partei und SA durchaus existierenden Vorplanungen lassen sich vergleichbare Planspiele für eine nationalsozialistische Mobilmachung, wie

¹³⁶ Vgl. StA, PDM 6829: Korrespondenz Reichsinnenministerium mit PDM, November 1931 bis Januar 1932.

¹³⁷ StA, PDM 6826: SS-Befehl -C-Nr. 3 (3. 3. 1932); hier Hinweis auf Befehl Nr. 673/32 der OSAF vom 2. 3. 1932.

¹³⁸ StA, PDM 6823: Befehl des SA-Standartenführers „L“, Hans Bunge, vom 22. 7. 1932, Abschrift.

¹³⁹ Winkler, Weimar, S. 489–513.

¹⁴⁰ HStA, MIInn 81607: Vermerk vom 4. 8. 1932 über die Beobachtungen der PDM an den Vortagen.

¹⁴¹ Vgl. z. B. StA, PDM 6809: Polizeibericht über den Generalappell der Münchner SA und SS am 15. 9. 1932. Ebenda: PND 789: Appell des SA-Sturms 14/II/L am 14. 9. 1932. Vgl. auch StA, PDM 6733: PND 796: Gauleiter Wagner und der Kreisleiter in der Amtswaltersitzung des Kreises West am 8. 11. 1932.

¹⁴² HStA, MIInn 81607: Polizeibericht vom 10. 10. 1932. Vgl. auch Wagners ebenso drastisches Bekenntnis in seinem Wahlrundbrief an die Parteimitglieder des Gaues: IfZ, MA 1216: Rschr. Wagners vom 29. 10. 1932.

sie von den Polizeibehörden im Spätherbst 1931 im hessischen Boxheim gefunden wurden,¹⁴³ in den Unterlagen der Münchner Partei nicht nachweisen. Wenn der SA-Motorsturm seit 1931 alle Transportfahrzeuge in der Stadt mit einem Fassungsvermögen von 40 Personen für die Beschlagnahmung im Falle einer „Machtergreifung“ registrierte,¹⁴⁴ war dies nicht in eine systematische Koordination eingebunden. Dennoch nahmen Presse¹⁴⁵ und bayerische Regierung die Möglichkeit eines Putschversuches sehr ernst. Innenminister Stützel traf 1932 im Vorfeld jeder Wahl umfangreiche Maßnahmen, die Alarmbereitschaft der gesamten bayerischen Polizei eingeschlossen,¹⁴⁶ und veranlaßte, beunruhigt unter anderem durch regionale SA-Gestellungsbefehle, die Einrichtung von „Alarmbereitschaften“ und das Auftauchen vieler oberpfälzischer Nationalsozialisten in München, alle Bezirksregierungen und Polizeidirektionen zu „eingehenden Ermittlungen“.¹⁴⁷

Charakteristische Beispiele für die verbalen Exzesse der Nationalsozialisten in München außerhalb des Wahlkampfes boten das Verhalten nach der mißlungenen Machtdemonstration am 19. Juni 1932 und die Reaktion auf die Fortsetzung des bayerischen Uniform- und Demonstrationsverbotes im Vormonat. Nachdem der erwähnte SA-Aufmarsch vom 19. Juni 1932 gescheitert war, setzte die Partei den Kampf mit der Regierung im Gauorgan fort. „Die Front“ präsentierte Wagner als den München beherrschenden Helden, der „fürchterliches Blutvergießen“ verhindert habe, die Münchner Polizeibeamten dagegen als eine „Horde wilder Tiere“. Der Gaupressereferent Karl Springer drohte unverhohlen: „Der Sieg wird auf rein legalem Wege unserer werden. Aber dann: Wehe den Besiegten!“ Die drei letzten Worte waren im Original fett gedruckt und in die Mitte gerückt.¹⁴⁸ Auf die Fortführung des bayerischen Uniform- und Demonstrationsverbotes reagierte Gauleiter Wagner in der „Front“ mit einer Aggressivität, die die Maßnahme in den Augen der bayerischen Regierung erst recht gerechtfertigt erscheinen lassen mußte. Insbesondere warnte er vor der Ausführung einer Reichsexekution durch SA und SS: „Seit Jahr und Tag haben wir mit eiserner Energie an dem Begriff der Legalität festgehalten.¹⁴⁹ [...] Unsere Legalität verlangt aber von uns, daß wir mit der gleichen Energie, mit der wir an ihr festhalten, auch dafür sorgen, daß andere nicht illegal werden. Das mag sich die Bayerische Volkspartei mit allen ihren Ministern merken. [...] Entweder beugen sich also die schwarz-roten Länder-

¹⁴³ Diese geheimen Mobilmachungspläne des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Werner Best gegen einen kommunistischen Aufstand waren bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung am 25. 11. 1931 auf dem Boxheimer Hof in Hessen gefunden worden: Broszat, *Machtergreifung*, S. 228. Orlow, *Nazi Party*, S. 232. Vgl. auch MP 245 (21. 10. 1932), „Das wohlwollende Reichsgericht. Es setzt den Nazi Dr. Best außer Verfolgung“.

¹⁴⁴ StA, PDM 6833: PND 720: Appell des Motorsturms am 9. 1. 1931.

¹⁴⁵ Angesichts der reichsweiten SA-Umorganisation appellierte der „Bayerische Kurier“ eindringlich an die Regierung, zu handeln, „bevor es zu spät ist“: BK 320 (16. 11. 1931), „Was geht in der SA vor?“. Die Münchner Post warnte 1932 aufgrund ihr zugespielter Dokumente vor einer SS-Mobilmachung: MP 54 (11. 3. 1932), „SS-Mobilmachung“.

¹⁴⁶ Faatz, *Staatsschutz*, S. 197 ff. und 204.

¹⁴⁷ StA, PDM 6830: Stützel an PDM vom 20. 7. 1931. Ebenda: Rschr. MInn vom 28. 7. 1931.

¹⁴⁸ Front 26 (25. 6. 1932), „Die Soldateska ist machtlos“.

¹⁴⁹ Wagners Bemerkung erscheint beinahe wie ein Freudscher Versprecher, hielten die Nationalsozialisten doch tatsächlich nur an dem Begriff und nicht an seinem Sinngehalt fest.

regierungen dem rechtmäßigen und gerechten Reichswillen freiwillig, oder das Reich zwingt sie mit Hilfe der nationalsozialistischen Bewegung hierzu.“¹⁵⁰

Zu den extremen verbalen Äußerungen der Nationalsozialisten in München gehörten besonders die fortwährenden Drohungen, wie man nach einer Machtergreifung mit dem politischen Gegner zu verfahren gedenke.¹⁵¹ Schon Anfang Januar 1928 tröstete Hitler die Münchner SA über die Zurückhaltung der Partei hinweg: „Es komme schon eine andere Zeit, wenn Gott will, in der die NSDAP die Macht habe, und dann werde das Hemmende von selbst verschwinden.“¹⁵² Es war kein Einzelfall, wenn etwa der mittelfränkische Gauleiter Julius Streicher unmittelbar nach seiner Entlassung aus dreimonatiger Haft Ende Oktober 1930 im Münchner Bürgerbräukeller verkündete, „daß dereinst die Zeit kommen werde, wo die Nationalsozialisten die jetzigen Machthaber einsperren werden“.¹⁵³ Der Stabschef der SA, Ernst Röhm, erklärte unter anderem in einer Versammlung im März 1931, „wenn wir am Ruder sind“, werde der politische Gegner „binnen 24 Stunden am Baume hängen. Wir werden die Lumpen rücksichtslos aufhängen. Die Gegner der Partei sollen sich nur ja nicht einbilden, daß es dann so gemütlich weitergeht.“¹⁵⁴ Gauleiter Wagner prophezeite der Münchner SS im August 1931, „[...] unsere Gegner werden wir am Tage der Abrechnung mit Stumpf und Stiel ausrotten. [...] Wir werden ein sauberes Deutschland gestalten, dann werden die heute Herrschenden unsere Macht zu fühlen bekommen. [...] Gnade Gott denen, die für die uns aufgezwungenen Opfer verantwortlich sind.“¹⁵⁵ Der SA-Gausturmführer von München-Oberbayern, Eberstein, versprach seinen Zuhörern in einem SA-Appell im Herbst 1931, nach der „Machtergreifung“ „könne sich dann jeder SA-Mann den von ihm notierten Gegner vorfangen und erledigen“.¹⁵⁶ Hitler verbot der Partei anlässlich des Fundes der Boxheimer Dokumente zwar offiziell alle „illegalen“ bzw. individuellen Vorbereitungen auf eine „Machtübernahme“, erklärte jedoch im selben Atemzug: „Daß der Nationalsozialismus nach Übernahme der Macht mit unerbittlicher Strenge gegen alle Schädlinge an Volk und Vaterland vorgehen wird, ist eine Selbstverständlichkeit, die keiner Erwähnung bedarf.“¹⁵⁷ „Die Front“ warnte anlässlich der Entlassung nationalsozialistischer Mitarbeiter des Münchner Arbeitsamtes im Juni 1932 vor dem „großen Risiko“: „Die NSDAP ist nämlich gewillt, im nationalsozialistischen Staat diese

¹⁵⁰ Front 26 (25. 6. 1932), „Reich und Länder“. Der hier nur kurz zitierte Aufsatz Wagners ist ein Paradebeispiel für die brutale Drohung, die die Nationalsozialisten in München für jedermann ersichtlich verbreiteten.

¹⁵¹ Charakteristisch sind insbesondere Himmlers Worte: „Es ist kein Grund, irgendwie ungeduldig zu sein. Wir haben 13 Jahre auf die Abrechnung warten können und können ruhig noch ein paar Wochen dazu warten. So wahr es eine göttliche und irdische Gerechtigkeit gibt, kommt die Abrechnung. Sie wird sauber und kalten Blutes beglichen werden“: StA, PDM 6823: „SS-Befehl-A-No.7“ des RFSS/Himmler vom 16. 8. 1932.

¹⁵² HRS II/2, Dok. 218, S. 596f.: Hitler am 9. 1. 1928 vor der Münchner SA.

¹⁵³ StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 8: Versammlung am 25. 10. 1930.

¹⁵⁴ StA, Lagebericht 99 (20. 4. 1931), S. 2.

¹⁵⁵ MP 198 (29/30. 8. 1931), „Großer Generalappell der SS“.

¹⁵⁶ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 2.

¹⁵⁷ StA, Lagebericht 107 (29. 12. 1931), S. 2. Zu den Boxheimer Dokumenten: Herbert, Best, S. 112–119.

Maßnahmen mit der gleichen Münze heimzuzahlen [...].“¹⁵⁸ Besondere Aufmerksamkeit erregte der prominente NS-Anwalt Hans Frank vor dem Münchner Amtsgericht in der Au im Frühjahr 1932. Frank bestätigte Hitlers Worte vor dem Leipziger Staatsgerichtshof vom September 1930,¹⁵⁹ nach der Machtergreifung werde ein Gerichtshof zusammentreten und dann würden „voraussichtlich auch Köpfe in den Sand rollen“. Die Nationalsozialisten würden, wenn sie die Macht in Händen hätten, diese „rücksichtslos“ anwenden.¹⁶⁰ Als Hitler Reichskanzler geworden war, ließen Wagner, NSBO-Gauleiter Frey¹⁶¹ oder auch Esser jede Hemmung fallen, und die Drohkulisse erreichte ihren Höhepunkt. Die Äußerungen der Parteiführer in München ließen in groben Zügen auch die Folgen einer Machtergreifung für die deutschen Juden erahnen: Die Entfernung aus allen einflussreichen Positionen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wurde nicht nur, wie bereits erörtert, von der „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ in den verschiedensten Varianten immer wieder angekündigt. Es war kein Einzelfall,¹⁶² wenn der zweite Vorsitzende der Sektion Gern-Nymphenburg seiner Sektion im Februar 1929 versicherte, „daß die NSDAP, wenn sie einmal die Macht erlange, sofort alle Juden – speziell die vom Osten zugewanderten – abschieben werde. [...] Wenn die Juden einmal ausgewiesen seien, dann werde für die eigenen Volksgenossen genügend Platz und Arbeit vorhanden sein. Auch gehörten die Regierungsstellen nur mit Deutschen und mit keinen Juden besetzt“.¹⁶³

Der radikale Kurs des NSDStB

Der Münchner NSDStB verfolgte an Universität und TH seit Ende der zwanziger Jahre einen ebenso aggressiven Kurs, wie die Gauleitung im gesamten Stadtgebiet. Dies zog in den Jahren 1930 bis zur ersten Hälfte 1932 eine unablässige Folge von Konfrontationen mit der Hochschulleitung, mit mißliebigen Dozenten und auch mit Studentenverbänden nach sich. Gezielte Aktionen gegen Dozenten gehörten in diesen Jahren zum Repertoire des NSDStB im gesamten Reich.¹⁶⁴ Die Münchner Hochschulleitung ging zwar gegen diese Umtriebe vor,¹⁶⁵ schreckte allerdings vor einem grundsätzlichen Ausschluß des NSDStB aus dem Hochschulleben zurück, da sie eine weitere Eskalation befürchtete.¹⁶⁶ Die lange Zeit zu zögerliche

¹⁵⁸ Front 24 (11. 6. 1932), „Nazi-Angestellte im Arbeitsamt München“.

¹⁵⁹ HRS III/3: Dok. 123, S. 441: Hitler am 25. 9. 1930 vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig.

¹⁶⁰ BSZ 77 (5. 4. 1932), „Das Wort vom Köpferollen“; die BSZ gab hier Franks Worte im Prozeß Hitler gegen den Redakteur Gruber wieder.

¹⁶¹ Zur Biographie Freys: BA, Berlin (ehem. BDC), OSS: SS-Personenakte Frey, Kurt.

¹⁶² Derartige Äußerungen lassen sich in NS-Versammlungen häufig belegen: vgl. z. B. den SA-Führer Heines in einer NS-Versammlung Ende Mai 1930: Münchner Wacht 6 (Juni 1930), „Ein frischer Zug weht durch Haidhausen“.

¹⁶³ StA, PDM 6733: PND 645: Mitgliederversammlung am 1. 2. 1929.

¹⁶⁴ Vgl. Heiber, Professor, S. 52 f.

¹⁶⁵ Heiber spricht den Universitäten im Reich eine energische Gegenwehr gegen den NSDStB ab: Ders., Professor, S. 115. Zumindest in München erscheint dieses Urteil etwas zu pauschal.

¹⁶⁶ Böhm, Universität München, S. 56.

Haltung der Universität bot den Nationalsozialisten nicht nur für ihren Konfrontationskurs breiten Spielraum. Nachdem die seit Sommer 1930 geführten Diskussionen innerhalb der Universitätsführung, ob analog zum staatlichen Uniformverbot künftig nur noch die historischen Uniformen der Studentenverbände zugelassen werden sollten, ohne Ergebnis blieben,¹⁶⁷ präsentierte sich der NSDStB bis zum Frühsommer 1931 weiterhin überall im an sich verbotenen Braunhemd.¹⁶⁸ Den Auftakt startete der NSDStB Ende Juni 1929, als Unbekannte eine nationalsozialistische Kranzschleife an der Gefallenentafel der Universität beschädigten. Daraufhin versuchte der Bund, die Münchner Studenten mit unbewiesenen Verdächtigungen gegen ihre jüdischen Kommilitonen aufzuhetzen, und inszenierte eine ausgedehnte Schlägerei.¹⁶⁹ Anlässlich der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1930 in der Aula der Universität provozierte der NSDStB den nächsten Skandal, der diesmal jedoch nachhaltige Folgen hatte: Beim Auszug der Dozenten und Gäste aus dem Saal, darunter auch von Kahr, kommandierte Schirach für den NSDStB-Trupp „Stillgestanden“. In dem Moment, als von Kahr vorbeizog, rief er „Rührt euch“ und sofort anschließend erneut „Stillgestanden“. Die Universitätsleitung wertete dies als schwere Beleidigung von Kahrs und schloß den NSDStB, der eine offizielle Entschuldigung verweigerte, für zwei Semester von sämtlichen Hochschulfeierlichkeiten aus und verbot für diese Zeit das Tragen von Braunhemden und Hakenkreuzbinden innerhalb der Universität.¹⁷⁰ Im Februar 1930 randalierte der NSDStB in einer Versammlung, in der der jüdische Staatsrechtler Professor Hans Nawiasky als Vorsitzender des Münchner Vereins für das Deutschtum im Ausland auftrat.¹⁷¹ Mitte November sprengte der Bund die Versammlung des Republikanischen Studentenkartells in der Schwabinger Brauerei, die „Saalschlacht“ hinterließ mehrere Schwerverletzte.¹⁷² Im Dezember störte der NSDStB eine Veranstaltung der Universität gegen die polnische Oberschlesienpolitik, da der Rektor den Nationalsozialisten Moulin-Eckart als Referenten abgelehnt hatte.¹⁷³ Mitte Januar 1931 versuchten nationalsozialistische Studenten eine öffentliche Veranstaltung mit dem Direktor des „Centralvereins deutscher Bürger jüdischen Glaubens“ (CV) und Herausgeber der CV-Zeitung zu sprengen.¹⁷⁴ Eine Woche später ging der NSDStB mit Tränengas und Stinkbomben ge-

¹⁶⁷ StA, Würzburg, RSF II/18: Vorstandssitzung des AStA der Universität am 7. 5. 1930.

¹⁶⁸ So etwa anlässlich einer Feier der Münchner Studentenverbindungen auf dem Königsplatz im Mai 1931: Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 118.

¹⁶⁹ UAM, G XVI-28: Syndikus der Universität München zu den Vorfällen vom 24.6., 25.6. und vom 1. 7. 1929. Ebenda: Protokolle der Vernehmungen von neun Studenten durch den Syndikus vom 24.6.–1. 7. 1929.

¹⁷⁰ Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 103 f. MNN 38 (8. 2. 1930), „Suspension angedroht“ Böhm, *Universität München*, S. 55. Faust, *Studentenbund*, S. 101 f.

¹⁷¹ Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 105 ff.

¹⁷² Ebenda., S. 108 ff. MNN 311 (15. 11. 1930), „Gesprengte Versammlung“.

¹⁷³ Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 62 f. Heiber versetzt den Vorfall fälschlich an die Berliner Universität: Ders., *Professor*, S. 50.

¹⁷⁴ UAM, G XVI-29: Professor d'Estes, Direktor des Instituts für Zeitungsforschung München, an Rektorat der Universität München vom 5. 3. 1931. MP 11 (15. 1. 1931), „Studentische Hakenkreuzflegel“.

gen eine Versammlung mit dem sozialdemokratischen Universitätsprofessor Maurenbrecher vor.¹⁷⁵

Im Juni 1931 erreichte der Konfrontationskurs des Münchner NSDStB mit einer erneuten Kampagne gegen Professor Nawiasky den Höhepunkt.¹⁷⁶ Als Nawiasky in einer Vorlesung am 23. Juni 1931 auf den verhängnisvollen Vorbildcharakter des Friedens von Brest-Litowsk für den Versailler Vertrag hinwies,¹⁷⁷ organisierte der NSDStB in einer großangelegten Kampagne die Sprengung der Vorlesungsfortsetzung drei Tage später.¹⁷⁸ Das Stichwort lieferte der „Völkische Beobachter“, der an diesem Tag Nawiasky massiv angriff und fälschlicherweise behauptete, dieser habe den Versailler Vertrag gutgeheißen.¹⁷⁹ Nawiasky, rechtzeitig von Studenten vor der Aktion gewarnt, wechselte den Hörsaal und ließ in den neuen Saal nur ausgewählte Studenten. Daraufhin entfesselten Studenten des Stahlhelms und Nationalsozialisten, allen voran der NSDStB-Führer Gottfried Neeße, vor den Türen sowie im alten Vorlesungssaal einen lautstarken Tumult, der in Schlägereien endete.¹⁸⁰ Vergeblich versuchte der zweite AStA-Vorsitzende Falkner gemeinsam mit dem Rektor die Studenten zu beruhigen. Noch am selben Tag verlangten Neeße, Falkner wie auch die Stahlhelm-Studentengruppe unabhängig voneinander vom Senat die Maßregelung Nawiaskys.¹⁸¹ Der NSDStB gab sich mit der ersten Aktion noch nicht zufrieden. Als Falkner den Bericht des „Völkischen Beobachters“ am nächsten Tag in der Münchner Hochschulzeitung veröffentlichte,¹⁸² suchte der „Beobachter“ die Stimmung an der Universität wei-

¹⁷⁵ UAM, G XVI-29: Maurenbrecher an Rektorat der Universität München vom 19. 1. 1931. Ebenda: Rektorat der Universität München an PDM vom 21. 1. 1931. Vgl. auch Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 111–117.

¹⁷⁶ Zum Fall generell: StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1. Nawiasky, *Münchner Universitätskrawalle*. UAM, G XVI-34: Ausführlicher Bericht des Rektors der Universität München an das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus vom 5. 7. 1931. Böhm, *Universität München*, S. 55. Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 73–100. Heiber, *Professor*, S. 112 ff. Grüttner, *Studenten*, S. 31.

¹⁷⁷ Nawiasky, *Münchner Universitätskrawalle*, S. 2. StA, Würzburg, RSF I/07 p 370: Vorsitzender der Deutschen Studenten, Gerhard Krüger, an Dr. Michael, Berlin, vom 13. 10. 1932.

¹⁷⁸ Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 73–80. Nawiasky, *Münchner Universitätskrawalle*, S. 2.

¹⁷⁹ VB 177 (26. 6. 1931), „Ein feiner Münchner Hochschulprofessor. Nawiasky verteidigt den Versailler Vertrag“.

¹⁸⁰ Franz, *Münchner Hochschulen*, S. 73–100. Nawiasky, *Münchner Universitätskrawalle*, S. 1–10. UAM, G XVI-34: Ausführlicher Bericht des Rektors der Universität München an das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus vom 5. 7. 1931. UAM, Akten des Senates 326/6: Senatssitzungsprotokolle 1930–1932, S. 67 f. Disziplinarverfahren gegen Neeße.

¹⁸¹ StA, Würzburg, RSF II/18: Bericht des AStA-Vorstandes der Universität München in der AStA-Sitzung am 8. 7. 1931. Ebenda, RSF I/07 p 370: Bericht des 1. Vorsitzenden des AStA der Universität München „über die Angelegenheit Nawiasky“ vom 20. 9. 1932. UAM, G XVI-34: Falkner an Senat der Universität München vom 26. 6. 1931. Ebenda: Hochschulgruppe des Stahlhelms an Rektorat der Universität München vom 26. 6. 1931.

¹⁸² StA, Würzburg, RSF I/07 p 370: Bericht des 1. Vorsitzenden des AStA der Universität München „über die Angelegenheit Nawiasky“ vom 20. 9. 1932.

ter zu schüren.¹⁸³ Gegen die nun inszenierten Tumulte während Nawiaskys Vorlesung am 30. Juni wußte sich der Rektor nur noch mit Hilfe der Polizei und durch die Schließung der Universität zu helfen. Erst nachdem die Studentenverbände mit einem Ordnungsdienst die Ruhe garantierten, wurde die Universität am 6. Juli wieder eröffnet.¹⁸⁴ Zugleich unterband die Polizei die Versammlungen, mit denen der NSDStB den Konflikt wachzuhalten suchte.¹⁸⁵

Die Krawalle brachten den Universitäts-AStA an den Rand der Spaltung und verdeutlichten den Einfluß des NSDStB. Als der nationalsozialistische AStA-Vorsitzende einen Protest gegen den Polizeieinsatz an die Presse weitergab, nahmen ihrerseits zwei Mitglieder des AStA-Vorstandes in der Presse zugunsten Nawiaskys Stellung.¹⁸⁶ In der ersten Sitzung des Universitäts-AStA nach den Vorfällen griffen die katholischen Vertreter und die Sozialisten den Vorstand an, weil dieser sich zwar scharf gegen das Einschreiten der Polizei verwahrt, die Ausschreitungen dagegen in der Öffentlichkeit nicht deutlich verurteilt hatte. Daneben kritisierten sie, daß der Vorstand gegenüber dem Senat ausschließlich auf die Behauptungen des „Völkischen Beobachters“ gegen Nawiasky zurückgegriffen habe. Der Nationalsozialist Hildebrandt, Vorsitzender des AStA-Vorstandes, bestritt den Vorwurf, die Vorfälle seien von der NSDAP gelenkt worden, und wollte die Tumulte erst dann verurteilen, „[...] wenn wir ganz genau wissen, daß sie nicht zurecht erfolgten“. Die Vertreter des Waffenrings, darunter auch Falkner, der zweite AStA-Vorsitzende, bezeichneten den Einsatz der Polizei als unnötig und verweigerten gemeinsam mit Hildebrandt jede öffentliche Distanzierung von den Ereignissen. Als ein Mißtrauensantrag der Katholischen Freistudenten sowie jede Entschließung, die den Vorstand kritisierte, an der Mehrheit der Anwesenden scheiterten, endete die Debatte schließlich in einem Tumult.¹⁸⁷ Daraufhin distanzieren sich die katholischen Studentenverbindungen gegenüber der Universitätsleitung vom Verhalten des AStA-Vorstandes.¹⁸⁸ Wenige Tage später verfaßten 300 Studenten der Universität eine Erklärung zugunsten Nawiaskys.¹⁸⁹

Während der NSDStB vordergründig vom gewünschten propagandistischen Erfolg profitierte, erwiesen sich die Folgen der Unruhen für ihn letztendlich als negativ, auch wenn dies zunächst nicht deutlich wurde. Obwohl der NSDStB-Führer Gottfried Neeße vor dem Rektor der Universität offen zugegeben hatte, daß die Nationalsozialisten hinter der Aktion standen,¹⁹⁰ sah der Disziplinarausschuß des Senates keine Hinweise auf ein planmäßiges Vorgehen des Bundes und

¹⁸³ VB 178 (27. 6. 1932), „Der Nawiasky-Skandal an der Münchner Universität“

¹⁸⁴ Nawiasky, Münchner Universitätskrawalle, S. 31. StA, Würzburg, RSF II/18: Bericht des AStA-Vorstandes der Universität München in der AStA-Sitzung am 8. 7. 1931. UAM, Akten des Senates 326/6: Senats Sitzungsprotokolle 1930-1932, S. 52-57; Sitzungen am 30.6. und 1. 7. 1931. Heiber, Professor, S. 112ff.

¹⁸⁵ StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 1.

¹⁸⁶ StA, Würzburg, RSF I/07 p 370: Bericht des früheren 1. Vorsitzenden des AStA der Universität München „über die Angelegenheit Nawiasky“ vom 20. 9. 1932.

¹⁸⁷ StA, Würzburg, RSF II/18: Sitzung des AStA der Universität München am 8. 7. 1931.

¹⁸⁸ UAM, G XVI-34: Katholische Freistudentenschaft an Rektorat der Universität München, Abschrift o. w. A.

¹⁸⁹ BSZ 158 (12./13. 7. 1931), „Eine Adresse an Professor Nawiasky“.

¹⁹⁰ StA, Würzburg, RSF II/18: Sitzung des AStA der Universität München am 8. 7. 1931.

beließ es dabei, die Relegation Neeßes von der Universität bzw. die Suspension des Bundes nur anzudrohen.¹⁹¹ Andererseits lehnten der Senat und schließlich auch das bayerische Kultusministerium, das Mitte Juli sogar in einer eigenen nationalsozialistischen Landtagsinterpellation bemüht wurde,¹⁹² die Maßregelung Nawiaskys als unbegründet ab.¹⁹³ Die Hochschule war nun jedoch nicht mehr gewillt, die Radikalisierung weiterhin tatenlos hinzunehmen, und reagierte vehement, als der NSDStB auch im AStA-Wahlkampf des Herbstes 1931 unbeirrt an seinem aggressiven Kurs festhielt. In einem Disziplinarverfahren im Dezember 1931 erhielt der Leiter des Bayerischen NSDStB-Kreises und Herausgeber des NS-Studentenorgans „Deutsche Revolution“, Eberhard von Künsberg, einen scharfen Verweis. Der Schriftleiter Harald Rehm wurde wegen eines Artikels in einer Wahlnummer des Blattes im November 1931 von der Universität verwiesen und der Münchner NSDStB im Januar 1932 für das restliche Wintersemester suspendiert.¹⁹⁴ Da mit jeder weiteren Attacke das Risiko für die Arbeit des Bundes wuchs, hielten sich die Nationalsozialisten für den Rest des Jahres 1932 vollkommen zurück.

Der Antisemitismus

Der Antisemitismus war integraler Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie und Aggressivität während der Weimarer Republik, die Beseitigung der Juden aus allen einflußreichen Sparten der Wirtschaft, Politik und Kultur ihr Ziel.¹⁹⁵ Die Münchner NSDAP machte hier keine Ausnahme, wenngleich sich bezüglich der öffentlichen Artikulation zwischen Antisemitismus und allgemeiner Aggressivität deutliche Unterschiede beobachten lassen. Seit 1925 suchte die Partei in der Stadt ihren Antisemitismus abzuschwächen. Um den Polizeibehörden keinen Anlaß für ein Eingreifen zu bieten, blieben handgreifliche Attacken und die extremsten Formen verbaler Hetze, die noch 1923 zum „normalen“ Alltag in der Stadt gehört hatten,¹⁹⁶ nahezu gänzlich aus. Bis 1923 kannte die unablässige Flut von in extrem beleidigende und gewalttätige Sprache gepackten Vorurteilen und Tatsachenverdrehungen, mit denen den Juden gedroht wurde, keine Hemmungen. Dazu zählte auch der Aufruf zur Lynchjustiz. Es war kein Einzelfall, wenn Andrea Ellendt, Agitatorin des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und zugleich natio-

¹⁹¹ Nawiasky, Münchner Universitätskrawalle, S. 31 ff. UAM, Akten des Senates 326/6: Sitzungsprotokolle des Senates 1930–1932, S. 67 f. und 75 f.: Sitzungen am 20.7. und 29. 7. 1931.

¹⁹² Nawiasky, Münchner Universitätskrawalle, S. 21.

¹⁹³ Ebenda, S. 21 und 30. StA, Würzburg, RSF I/07 p 370: Vorsitzender der D.St. Gerhard Krüger an Dr. Michael, Berlin, vom 13. 10. 1932. UAM, G XVI-34: Berichte des Untersuchungsausschusses des Senates der Universität München vom 11.7. und 25. 7. 1931.

¹⁹⁴ Franz, Münchner Hochschulen, S. 68 f. Böhm, Universität München, S. 55. UAM, Akten des Senates 326/6: Sitzungsprotokolle des Senates 1930–1932, S. 100–102: Sitzung am 12. 12. 1931.

¹⁹⁵ Graml, Reichskristallnacht, S. 91–99, 104–107. Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland, S. 53–58.

¹⁹⁶ Vgl. generell: Walter, Judenfeindschaft, S. 97–142. Jäckel/Kuhn: Hitler. StA, PDM 6698, 6699 und 6700: Polizeiberichte über die NSDAP-Versammlungen 1921–1923. Vgl. insbesondere: BSZ 66 (20. 3. 1923), „Die Lage der Juden in Bayern“.

nalsozialistische Rednerin, ihren Zuhörern im Bürgerbräu zurief: „Nicht mit Worten können wir die Juden bekämpfen, wir müssen vielmehr zur Tat schreiten. Dazu seid ihr aber alle berufen, alle, die ihr hier seid. Seid einig, wenn es gilt, Rache an den Juden zu üben.“¹⁹⁷ Hermann Esser forderte die Internierung aller Juden in Lagern und die Erschießung einiger 10000 davon, solange bis die französische Ruhrgebietsbesetzung beendet werde.¹⁹⁸ Der „Völkische Beobachter“ reagierte auf die öffentliche Bestürzung, als der Vizepräsident der Münchner Industrie- und Handelskammer, Siegmund Fraenkel, seine Frau und sein Sohn von „Stoßtrupp“-Mitgliedern nachts brutal zusammengeschlagen wurden, mit den Worten, „daß wir froh sind, wenn München allmählich in den Ruf kommt, daß es für Juden und andere Ausländer besser ist, die Stadt überhaupt nicht zu betreten.“¹⁹⁹

Nach 1925 beschränkte sich die Parteiöffentlichkeit im wesentlichen auf eine graduell zurückhaltendere, vermutlich von den Zeitgenossen als „gemäßigter“ bzw. salonfähig angesehene Form des Antisemitismus. Wie dargestellt, wurden direkte oder indirekte Aufforderungen zu handgreiflichen Attacken oder zur Ermordung von Juden, selbst entsprechende Ankündigung für den Fall einer Machtübernahme, bis 1933 angesichts der nunmehr konsequent drohenden Bestrafung wegen Volksverhetzung weitgehend vermieden. Auch die sonstige extreme antisemitische Agitation offenbarte sich in der Presse und in öffentlichen Veranstaltungen in München in den Jahren von 1925 bis 1930 im Vergleich zu der sonst gezeigten verbalen Aggressivität sehr selten. 1931 jedoch verdoppelte sich die Zahl solcher Äußerungen im Vergleich zu den Vorjahren, 1932 verdreifachte sie sich und sank erst in den ersten zwei Monaten des Jahres 1933 wieder auf den Stand der Jahre bis 1930.²⁰⁰ Der Anstieg ab 1931 entsprach einem reichsweiten Trend, der auch die handgreifliche Aggression betraf.²⁰¹ Dieser zeigte, obwohl er vor allem im Herbst 1932 beinahe nur durch Artikel des Gauorgans „Die Front“ verursacht wurde, daß sich die extreme antisemitische Grundhaltung nach 1923 keineswegs verflüchtigt hatte. Die Zurückhaltung war nur eine Fassade, die auch zwischen 1925 und 1930 wiederholt durchbrochen wurde, wie bereits einige wenige Beispiele verdeutlichen: Unter den regelmäßigen antisemitischen Vorträgen in der Sektion Schwabing²⁰² stach der des Nürnberger Nationalsozialisten und Mitstreiters Julius Streichers, Karl Holz, am 5. November 1925 besonders hervor. Holz präsentierte das gesamte menschenverachtende Register nationalsozialistischer jüdenfeindlicher Klischees, von der Zerstörung des Kulturlebens, der „Hehlerei“ und der „Wucherzinsen“ bis hin zu den Theorien internationaler

¹⁹⁷ StA, PDM 6700: PND 363: Polizeibericht über die Versammlung am 11. Mai 1922. Zu Ellendt: Lohalm, Völkischer Radikalismus, S. 225, 298.

¹⁹⁸ Walter, Judenfeindschaft, S. 112.

¹⁹⁹ Zitiert nach Richardi, Hintermänner, S. 428. Zu diesem Überfall in der Nacht des 21. 6. 1923: Ders., S. 428–432. Zu weiteren nationalsozialistischen Überfällen: Ebenda, S. 403–432.

²⁰⁰ Kapitel IV.4., Anm. 118 (Quellen zur verbalen Aggressivität der Münchner NSDAP).

²⁰¹ Walter, Judenfeindschaft, S. 200–222.

²⁰² Vgl. generell: IfZ, „Protokollheft“/„Protokollbuch“ sowie StA, PDM 6733: Sektionsversammlungen 1925–1929.

Verschwörung. So erklärte er unter anderem: „Am besten erkennt man den Juden an der Stimme, die geradezu scheppert. Wenn der Jude älter wird, dann entpuppt er sich, er kehrt in seine Urgestalt zurück. (Zwischenruf [eines Zuhörers] Zum Affen!). Langer Oberkörper, Fettschicht, Bauch Schinpanzen [sic], Säbelbeine. [...] So versteht es der Jude, seine Schinpanzenfigur mit seinem Schädel und Unterkiefer zu verstecken. Zusammenfassung: Haare krumm, Nase krumm, Körper krumm, Beine krumm, ein Krummstiefel von oben bis unten. Im Alten Testament steht geschrieben: Gott schuf den Menschen nach seinem Ebenbild. Das hat der Jude von den Germanen gestohlen. Gott sieht unseren Vorfahren bestimmt ähnlicher als diese Juden. [...] Christus sagte über die Juden: Ihr seid Kinder des Teufels – Eure Väter sind Mörder von Anfang an. [...] Christus ist über die Welt gegangen und kämpfte gegen den Weltjuden. Es ist schon einmal konstatiert worden, daß der Jude Mongolenblut, Negerblut und Affenblut besitzt“. Für seinen Vortrag erhielt Holz nicht nur den langanhaltenden Beifall der rund 300 Zuhörer, überdies bedankte sich Sektionsführer Woltereck bei ihm auch noch ausdrücklich für die „wunderbaren Ausführungen“ und ergänzte, „ein Judenmerkmal habe der Redner vergessen, das ist das Fluidum.²⁰³ Stundenweit kann man den Juden schon riechen. Jüdische Dichtung und Musik [sei] nervenaufpeitschend, erotisch.“ Anschließend proklamierte der Stadtrat und spätere NS-Oberbürgermeister Fiehler den „Kampf“ gegen das Judentum.²⁰⁴ Im September 1926 verkündete der Gauleiter von Hessen-Nassau-Süd, Anton Haselmayer, in einer nationalsozialistischen Versammlung, für den Kampf gegen die Juden sei nur ein Strick notwendig. „Wenn der letzte Jude am Galgen hängt, kann Deutschland wieder auferstehen!“²⁰⁵ Goebbels bemerkte im Hackerkeller Anfang November 1926: „Man möge ihm [Goebbels] vorhalten, daß auch der Jude ein Mensch sei. Dieses habe noch niemand bestritten, die Frage sei nur, was für ein Mensch. Der Floh sei auch ein Tier, aber ein lästiges Tier. Ein Tier aber, das den Menschen quält, muß vernichtet werden. Der Jude sei ein quälender Mensch, deshalb müsse die Auseinandersetzung mit ihm kommen“.²⁰⁶ In der Generalmitgliederversammlung der NSDAP am 30. Juli 1927 kündigte Hitler an: Wenn die Nationalsozialisten die Macht im Staat besäßen, „so würden wir selbstverständlich die Macht, die wir dann auf legale Weise besäßen, auf Grund der heiligen Mehrheit der Zahl, brutal anwenden, um mit Hilfe dieser rein legalen Macht die Juden auszurotten“.²⁰⁷ „Die Front“ beschloß einen mit bössartiger antisemitischer Hetze gefüllten Artikel im Oktober 1931 mit der Prophezeiung: „Bis endlich der große Tag der Abrechnung den gesamten stinkenden und allen Gesetzen des ästhetischen Empfindens hohnsprechenden Palaver hinweggefegen wird, dorthin, wohin er nach dem göttlichen

²⁰³ So auch Hitler in einer Münchner NSDAP-Versammlung am 29. 11. 1929: HRS III/2, Dok. 106, S. 485.

²⁰⁴ IfZ, „Protokollheft“, S. 71–75. Vgl. auch StA, PDM 6733: PND 521 (o. D.).

²⁰⁵ StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 17.

²⁰⁶ StA, PDM 6734: PND 555.

²⁰⁷ HRS II/1, Dok. 159, hier S. 432; Hitler verstand unter „auszurotten“ an dieser Stelle vermutlich vor allem die „kategorische“ Ausweisung der Juden, die er in den Sätzen zuvor ausführlich erörterte.

natürlichen Gericht gehört: in die Kehrichttonne der Weltgeschichte!“²⁰⁸ Der SS-Führer und frühere Neuhauser Sektionsführer Karl Ostberg²⁰⁹ beendete seine gut einstündigen antisemitischen Tiraden in einer Versammlung Ende Januar 1932 mit den Worten: „Man soll nicht glauben, daß wir gegen die Juden gewalttätig vorgehen wollen, wenn auch 50 davon aufgehängt gehörten!“²¹⁰ Der Adjutant der Münchner SA-Standarte „L“, von Bussek, rief auf einem Sturmappell Mitte September 1932 die SA-Leute dazu auf, so intensiv wie möglich Spenden zu sammeln. „Und wenn dabei einer an einen Juden gerät, dann soll er ihn am besten gleich erschlagen.“ Bussek korrigierte sich sofort und erwiderte, hierbei handele es sich nicht um einen Befehl, „denn sonst werde er natürlich sofort von der Polizei belangt, obwohl er nicht hoffe, daß ein Spitzel unter den Anwesenden sei“.²¹¹

Derartige Äußerungen waren Ausnahmen im breiten Strom der wenn auch gleichermaßen inhumanen, so doch zurückhaltenderen antisemitischen Propaganda der Münchner NSDAP. Doch auch bei dieser gemäßigteren Variante offenbarte sich in der Öffentlichkeit ein differenziertes Verhalten. Während sich der Antisemitismus sowohl an der Parteibasis als auch innerhalb der Führungsebene bis 1933 stets präsent zeigte,²¹² läßt sich seine Artikulation auf den von Reichs- und Gauleitung vertriebenen Plakaten bzw. Flugblättern und in den großen städtischen Parteiversammlungen deutlich in drei Phasen gliedern.²¹³ Die Abkehr von

²⁰⁸ Front 12 (16. 10. 1931), „Hebräer-Gschmeiß“.

²⁰⁹ Ostberg war für seinen fanatischen Antisemitismus stadtbekannt: Vgl. z.B. StA, PDM 6733: PND 536 über die Mitgliederversammlung der Sektion Neuhausen am 13. 4. 1926. Oder auch: Front 39 (24. 9. 1932), „Versammlung der Ortsgruppe 23/Sektion 2“ am 23. 9. 1932. Schon 1927 charakterisierte die PDM Ostberg: „Als Judenhasser steht er von allen Sektionsführern der hiesigen Ortsgruppe an erster Stelle.“: StA, PDM 6745: Vermerk PDM/VI vom 9. 5. 1927.

²¹⁰ StA, PDM 6743: Polizeibericht über die Versammlung der Ortsgruppe 8 am 27. 1. 1932.

²¹¹ StA, PDM 6809: PND 789: Appell des SA-Sturms 14/II/L am 14. 9. 1932.

²¹² Vgl. Im Folgenden als Quellen für den Antisemitismus in der Münchner NSDAP: IfZ, „Protokollbuch“ und „Protokollheft“. Mitteilungsblatt der Sektion Westend 1928–1929: Kapitel III.3., Anm. 110 und 111. Westend-Wacht 1930. Münchner Wacht 1930. Die Front 1931–1932. Völkischer Beobachter 1925–1932. StA, PDM 6733: Versammlungen der Münchner Sektionen 1925 bis 1929. StA, PDM 6740–6745: Versammlungen der Münchner Ortsgruppen 1930–1932. StA, PDM 6737 und 6824: Versammlungen des NSDStB 1930–1932. StA, PDM 6742, 6743 und 6873: Versammlungen der KGWK 1931–1932. StA, PDM 6874: Versammlungen der WPV 1929–1932. StA, Lageberichte 1925–1932. StA, PDM 6667: Klebezettel der NSDAP 1928–1932; vgl. hier besonders die antisemitischen Klebezettel-Serien, die Ostberg im Wahlkampf 1930 und 1932 herstellen ließ. Vgl. die Flugblätter und Plakate der NSDAP 1925–1933: Kapitel III.3., Anm. 22 sowie Kapitel IV.3., Anm. 422. In welchem Ausmaß der Antisemitismus zum Alltag einer NSDAP-Stadtteilorganisation gehörte, ist im Fall des Stadtteils Neuhausen gut dokumentiert: Spuren jüdischen Lebens in Neuhausen.

²¹³ Die Analyse des Antisemitismus der Münchner NSDAP ist mit einem Quellenproblem konfrontiert. Von den meisten Parteiplakaten und Flugblättern ist nur der Titel bekannt. Die Vorträge in den Versammlungen der Stadtteilorganisationen liegen nur bis 1929 in einem größeren Bestand vor. Allein die Referate auf den Großveranstaltungen der Partei sind von 1925 bis 1932 zum großen Teil erhalten. Daher erscheint für eine befriedigende Untersuchung nur letzterer Bestand brauchbar. Allerdings ist auch hier die Quellenlage stellenweise problematisch, da Polizeiberichte teilweise nur geringes Interesse an antisemitischen Äußerungen zeigten und ab 1930 von vielen Ortsgruppenversammlungen nur

der ersten Phase bis zum „Hitlerputsch“, in der ein radikales Sprachklima dominierte, wurde bereits genannt. In der zweiten Phase, den Jahren 1925 bis 1930, zeigte sich der Antisemitismus in Form kurzer Bemerkungen innerhalb nahezu jeder Versammlung, wodurch er für die Zuhörer als Teil der Parteiideologie erkennbar wurde. Sehr selten widmete man dem Thema dagegen einen ganzen Vortrag oder größere Abschnitte und wenn, dann trat hier stets derselbe Kreis an Rednern auf. Dazu gehörten vor allem die nicht in München ansässigen Julius Streicher, Karl Holz und der ehemalige evangelische Pastor aus Borkum, Ludwig Münchmeyer, sowie die Münchner Hermann Esser, der VB-Mitarbeiter Georg Maurer, Karl Ostberg und in den dreißiger Jahren die Mediziner Karl Astel und Hermann Böhm. Nur im Ausnahmefall widmeten auch Hitler, Frick und Gregor Straßer ausschließlich diesem Thema einen ganzen Vortrag. Wenn auch in keiner der Wahlen 1925 bis 1933 der Kampf gegen das Judentum zum zentralen Leitthema gemacht wurde, so war dieser doch – von den Ausnahmen in der dritten Phase abgesehen – immer wieder in die Wahlkampfthemen der Versammlungen eingeflochten.²¹⁴ In der dritten Phase, von Spätherbst 1930 bis 1933, verzichtete die offizielle Propaganda der Parteileitung allmählich darauf, den Antisemitismus deutlich zu artikulieren, auch wenn vereinzelte, nebenbei eingeflochtene antisemitische Bemerkungen nie vollständig verschwanden.²¹⁵ Von dieser Taktik wich man nur im Herbstwahlkampf 1932 noch einmal kurzzeitig ab. Die Zurückhaltung begann reichsweit schon im Sommer 1930 und damit früher als in München.²¹⁶ Vermutlich schätzte die Parteileitung die Gefahr, durch den Antisemitismus potentielle Wähler zu verschrecken, in München geringer ein und befürchtete vielmehr, durch den neuen Kurs die extrem antisemitisch orientierten Teile der Münchner Partei zu verlieren. Nicht ohne Grund galt die Stadt bis Mitte der zwanziger Jahre als süddeutsches Zentrum des Antisemitismus.²¹⁷

mehr der Titel des Abendvortrages bekannt ist, nicht jedoch der Inhalt. Doch selbst wenn man sich nur an diesen Titeln orientieren müßte, läßt sich die hier vertretene Phaseneinteilung beobachten. Die Analyse der Reden Hitlers, die nahezu vollständig und meist im vollen Wortlaut dokumentiert sind, bestätigt die Einteilung: Vgl. Kapitel IV.4., Anm. 218. Die Analyse der Artikulation des Antisemitismus im Völkischen Beobachter kann an dieser Stelle wegen des hohen Zeitaufwandes nicht geleistet werden; dies bleibt einem eigenen Forschungsprojekt überlassen. Vgl. im Folgenden Kapitel IV.4., Anm. 212.

²¹⁴ Dies bestätigt auch Paul, der den Antisemitismus in der reichsweiten NS-Propaganda der Jahre 1930–1932 eher in seiner gedämpften Form beobachtete: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 92. Vgl. auch Pridham, *Hitler's Rise*, S. 237.

²¹⁵ Pridham proklamiert diese Zurückhaltung für ganz Bayern und erklärt sie zum einen als taktisch bedingt und zum anderen als abhängig von regionalen Bedingungen, darunter der jeweilige jüdische Anteil an der Bevölkerung und die Haltung der Parteiaktivisten. Grundsätzlich habe die NSDAP vor allem gegenüber dem Mittelstand mit ihrem Antisemitismus geworben: Pridham, *Hitler's Rise*, S. 239 und 244.

²¹⁶ Schonbaum, *Hitlers social revolution*, S. 29. Noakes, *Nazi Party*, S. 209. Mommsen, *Breakthrough*, S. 107f. Kershaw, *Hitler Myth*, S. 331ff. Paul zufolge verfolgte die NSDAP diese Zurückhaltung schon ab 1928: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 92, 105. Vgl. allerdings Walters Einwände: Ders., *Judenfeindschaft*, S. 234f.

²¹⁷ Auerbach, *Lehrjahre*, S. 6–11, und ders., *Regionale Wurzel*, S. 65–68.

Anhand Hitlers antisemitischer Äußerungen in Münchner Versammlungen läßt sich diese Taktik noch genauer beobachten.²¹⁸ Hitlers Argumentationsgebäude gegen das Judentum bestand aus fünf Einzelsträngen, die er in Variationen, oftmals eher stereotyp, wiederholte. Die Basis bildete die Theorie von einer angeblich minderwertigen, von triebhafter Zerstörungswut beherrschten Rasse. Daraus folgerte Hitler zweitens eine internationale jüdische Verschwörung mittels „Hochfinanz“ und internationaler Presse mit dem Ziel der Weltherrschaft und drittens die These von der „Hydra“ Marxismus als einer „Institution“ des Judentums. In diesen Zusammenhang werden auch die angebliche Schuld der Juden an der Novemberrevolution oder die Wahlerfolge von KPD und SPD eingereiht. Mit den genannten Thesen verknüpfte Hitler viertens die Vorstellung von der durch das Judentum beherrschten Sowjetunion und fünftens die These von der dominanten jüdischen Machtstellung in Presse, Staat und Wirtschaft der Weimarer Republik.²¹⁹ Gelegentlich streute er auch Diffamierungen ein, die sich keinem dieser Stränge zuordnen lassen. Am weitaus häufigsten floß die Verschwörungsthese in die Vorträge ein, gefolgt von der Verbindung Marxismus-Judentum. Zumeist verknüpfte Hitler die genannten Thesen in Form einer oder mehrerer kurzer Bemerkungen mit weit ausholenden Darstellungen zum jeweiligen Abendthema, so daß den Zuhörern die angebliche Rolle des Judentums im Gesamtzusammenhang deutlich wurde, ohne daß Hitler das Wort „Jude“ im Rest des Vortrages noch einmal aussprach. Auf diese Weise war der Antisemitismus in beinahe zwei Drittel seiner Auftritte bis 1929 deutlich eingeflochten und das Judentum als sein Hauptgegner erkenntlich. Hitler sprach nur sehr selten in konzentrierter Form bzw. ausschließlich zum Thema „Judentum“. In diesen Fällen steigerte er sich meist zu einer Aggressivität, die seine innere Haltung, den paranoiden Judenhaß, unmißverständlich deutlich machte.²²⁰ 1931 und 1932 trat Hitler in München nur noch halb so oft auf wie in den Vorjahren. Gleichzeitig verschwanden sowohl kurze wie auch ausführliche Bemerkungen gegen das Judentum. In beiden Jahren fand sich in dem breiten Themenspektrum von den Angriffen gegen die Weimarer Parteien, die Regierungen, den Marxismus oder die Polizeiaktionen gegen die Partei bis zu den Themengebieten „Volk ohne Raum“ oder Reparationen kaum mehr ein Hinweis auf die Rolle des Judentums. Das entsprach seiner auch außerhalb Münchens

²¹⁸ Im Folgenden: HRS I, II/1–2, III/1–3, IV/1–3, V/1. Hitlers Reden sind v. a. im VB und in Polizeiberichten festgehalten. Die Quellen dokumentieren auch Reden, in denen sich keine antisemitischen Äußerungen finden, und lassen kein Desinteresse am Antisemitismus erkennen, das etwa entsprechende Passagen ausblenden würde.

²¹⁹ Diese Thesen lassen sich in konzentrierter Form in der Rede Hitlers auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP am 30. 7. 1927 in München finden: HRS II/1, Dok. 159, hier S. 428–435. In ähnlich konzentrierter Form gaben aber auch z. B. die VB-Sondernummer vom 17. 9. 1925 und Hitlers Rede auf der Versammlung anlässlich der Wiedergründung der NSDAP am 27. 2. 1925 dieses Argumentationsgebäude wieder: HRS I, Dok. 6, S. 14–28, und ebenda, Dok. 65, hier S. 153 f. Zu Hitlers Antisemitismus vgl. auch ders., *Mein Kampf*, S. 312 ff., 356–361. Herbst, *Entfesselung*, S. 54–57. Kershaw, *Hitler*, S. 302–322.

²²⁰ Vgl. z. B. die Versammlungen am 27. 2. 1925, 9. 4. 1927, 30. 7. 1927 oder auch 3. 4. 1929: HRS I, Dok. 6, hier S. 17–23. Ebenda II/1, Dok. 102, hier S. 245 ff. Ebenda II/1, Dok. 159, hier S. 428–435. Ebenda III/1, Dok. 17, S. 127–158.

gezeigten Zurückhaltung in diesen Jahren. Erst im Herbst 1932 gab Hitler in seinen Münchner Vorträgen dem Antisemitismus sporadisch wieder Raum.²²¹ In der Neujahrsbotschaft für 1933, die in allen nationalsozialistischen Zeitungen verbreitet wurde, lassen sich ein letztes Mal vor der „Machtergreifung“ sämtliche Stränge beobachten.²²² Trotz der taktischen Zurückhaltung hatten sich die Grundelemente des Hitlerschen Antisemitismus nicht verändert.

Die dritte Phase der Artikulation des nationalsozialistischen Antisemitismus in München von 1930 bis 1933 war von deutlichen Widersprüchen gekennzeichnet. Der taktischen Zurückhaltung stand die Zunahme extremer antisemitischer Äußerungen in der Gauzeitung im Herbst 1931/1932 und schließlich die Kontinuität des Antisemitismus an der Parteibasis entgegen. Diese war in allen Facetten des Parteilebens und der Propaganda erkennbar, wie einige wenige Beispiele zeigen: In den Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen wurden zwar selten, jedoch unverändert Vorträge angeboten, die sich ausschließlich dem Judentum widmeten. Der Kreis München-Mitte-Süd erklärte die Vorträge des Universitätsportarztes Karl Astel im Februar 1932 über „Rassenhygiene“ sogar zur Pflichtveranstaltung für seine Amtswalter.²²³ Der Mediziner Hermann Böhm hielt im Januar und Februar 1933 eine ähnliche Vortragsreihe in den Ortsgruppen.²²⁴ Der bereits mehrfach genannte SS-Führer Ostberg verbreitete anlässlich der Reichstagswahl 1930 seine antisemitischen Plakate mit selbstgezeichneten Karikaturen von Führern der Arbeiterbewegung.²²⁵ Zwischen 1930 und 1933 ließ er auf eigene Rechnung, vor allem anlässlich der Wahlkämpfe, mindestens 60 verschiedene Serien antisemitischer Klebezettel in hohen Stückzahlen herstellen und durch die Münchner SS verbreiten. Diese Schriften beinhalteten im stets gleichen Stil bössartige Beleidigungen, wie etwa ein im Mai 1930 am Isartor angeklebtes Exemplar: „Hopfenhandel kann jeder Judenstinker, aber Hopfenzupfen nie“, oder auch ein im Oktober 1931 beschlagnahmter Klebezettel „Faule Eier nimmt man nicht zum Kochen, und Petroleum nicht zum Salat. Juden, die zu keiner Arbeit taugen, wählt ein Esel nur als Führer in den Staat“.²²⁶ Im Reichspräsidentenwahlkampf 1932 kursierte in der Stadt ein von der RPL herausgegebenes Plakat mit Fotografien von Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten unter der in pseudohebräischen Lettern

²²¹ Diese Zurückhaltung kennzeichnete vermutlich Hitlers gesamtes öffentliches Auftreten in den Jahren 1931–1933. Vgl. etwa seinen programmatischen Aufruf in der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz vom 2. 4. 1932 anlässlich der Reichspräsidenten- und der Landtagswahlen; Hitler bedient sich hier zwar reichlich seines üblichen Schlagwortkanons mit Begriffen wie „Marxismus“, „Bolschewismus“, „Schieber und Wucherer“, das Judentum oder auch nur das Wort „Jude“ kommt jedoch nicht einmal in Anspielung vor: HRS V/1, Dok. 1, S. 3–15. Vgl. auch Herbst, *Das nationalsozialistische Deutschland*, S. 57.

²²² HRS V/2, Dok. 107, S. 298.

²²³ Front 6 (6. 2. 1932), „Versammlungskalender“.

²²⁴ VB Januar/Februar 1933, AdB.

²²⁵ Vgl. die Abbildungen in: Zum Beispiel Neuhausen, S. 113.

²²⁶ StA, PDM 6667: Polizeibericht vom 14. 5. 1930. StA, PDM 6669: Anzeige des bayerischen CV bei der PDM am 9. 10. 1931, in der Anlage 26 verschiedene Klebezettel. StA, PDM 6775: Vermerke Polizeibezirk 10 vom 28. 2. 1933 und PDM/VI vom 20. 2. 1933, in der Anlage jeweils verschiedene Klebezettel und Entwürfe Ostbergs.

gedruckten Überschrift, „wir wählen Hindenburg“.²²⁷ Die Gauabteilung Einzelhandel, Handwerk und Gewerbe empfahl im Frühjahr 1932 ihren Vertretern bei den Ortsgruppen den „Kampf gegen Marxisten und Juden“ als ihre Hauptaufgabe.²²⁸ Die Münchner Parteigliederungen führten 1932 mehrere offensiv-antisemitische Theaterstücke auf.²²⁹ Die Gauorgane „Münchner Wacht“ und „Die Front“ druckten an ihrem unteren Seitenrand oder an anderen Stellen stets antisemitische Parolen, wie etwa „Geht nicht zu jüdischen Ärzten und Rechtsanwältinnen“ oder „Frauen, die Juden sind euer Unglück“.²³⁰ Die „Sonntag-Morgenpost“ richtete im November 1932 eine eigene Rubrik „Zur Judenfrage“ ein, die gezielt antisemitische Propaganda unter einem vorgeblich wissenschaftlichen Deckmantel verbreitete, etwa historische Abhandlungen von Achim Gerke, einem der prominentesten „Rasseforscher“ der NSDAP und zugleich Leiter der „NS-Auskunft für Rassefragen“ beim Reichsgeschäftsführer.²³¹ Das seit Herbst 1932 erscheinende Blatt proklamierte ohnehin offen die Förderung des Antisemitismus als sein Ziel.²³² Seit 1932 schwanden an der städtischen Parteibasis die Hemmungen vor handgreiflicher Gewalt. Im August des Jahres verübten SA-Leute Anschläge auf die jüdischen Kaufhäuser Uhlfelder und EPA.²³³ Mitte Januar 1933 warfen Nationalsozialisten bei drei jüdischen Geschäften die Schaufenster ein. Anfang Februar wurde ein Mann niedergeschlagen, den Nationalsozialisten nur aufgrund seiner Nasenform als Juden erkannt haben wollten.²³⁴ Keinen Zweifel am Bild der NSDAP als einer antisemitischen Partei ließ auch das Parteigericht der Reichsleitung. Dieses stimmte im August 1932 dem Feldafinger Ortsgruppenführer zu, der den Parteibeitritt eines Mannes mit Hinweisen auf den jüdischen Großvater der Ehefrau abgelehnt hatte. Der Umgang mit Juden, auch als Ehepartner, sei für ein Parteimitglied grundsätzlich „im weitesten Sinne [...] unmöglich, unschicklich und mit seiner Weltanschauung unvereinbar“.²³⁵ Im Herbstwahlkampf 1932 ordnete die Gauleitung offiziell an, die antisemitische Propaganda zu steigern.²³⁶

²²⁷ StA, PDM 6764: Rschr. PDM/VI vom 4. 6. 1932: Zusammenstellung der Verbote von Plakaten und öffentlichen Veranstaltungen anlässlich der Wahlen des Reichspräsidenten und zum Bayerischen Landtag 1932.

²²⁸ IfZ, MA 1216: Rschr. GL, Abt. Einzelhandel, Handwerk und Handel an alle Bzf und Ogf vom 2. 5. 1932.

²²⁹ Vgl. zu den Stücken „Halbblut“, „Kompromißgeist“, „Der Hias“: Kapitel IV.3., S. 318 ff.

²³⁰ Die Münchner Wacht Ausgaben 1930. Die Front 1931–1932.

²³¹ Vgl. SMP 1932/1933. Zu Gerke: Tyrell, Führer befehl, S. 359.

²³² SMP 45 (6. 11. 1932), „Zum Geleit“.

²³³ Walter, Judenfeindschaft, S. 241.

²³⁴ StA, PDM 6758: Vermerke des Polizeibezirks 1 vom 12. 1. 1933 und vom 7. 2. 1933.

²³⁵ StA, NSDAP 49: GGF an RL-USchLA vom 8. 8. 1932 und Antwort des RL-USchLA vom 11. 8. 1932.

²³⁶ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 3: Instruktionen der Gaupropagandaleitung auf der Münchner Propagandatagung am 15. 10. 1932. Auch: Paul, Aufstand der Bilder, S. 105. Bei der IHK-Wahl im Januar 1933 lehnten es die Spitzenverbände der Münchner Wirtschaft ab, mit der NS-Mittelstandsorganisation gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen. Darauf reagierte die GL mit Wahlanzeigen wie etwa „Unser Hauptfeind, der Jude, hat gegen uns mobilisiert!“. VB 9 (9. 1. 1933), „Industrie- und Handelskammerwahlen!“. Vgl. generell Kapitel IV.4., Anm. 212 (Quellen des Antisemitismus der Münchner NSDAP).

Allerdings stieß dies nun innerhalb der Münchner SS auf „kein Verständnis“: die „Rassenfrage“ werde „zu stramm angepackt. Nur langsame Vorarbeit kann zum Erfolg führen, andernfalls führt sie zur Lächerlichkeit“.²³⁷ Selbst anhand der „gemäßigten“ öffentlichen Artikulation des Antisemitismus konnte der zeitgenössische Beobachter in München mindestens bis 1930 zwei grundlegende nationalsozialistische Intentionen für den Fall einer „Machtergreifung“ deutlich wahrnehmen: Juden mußten damit rechnen, daß sie aus allen höheren bzw. einflußreichen Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entfernt und zu Staatsbürgern zweiter Klasse wurden und daß sie, der Sicherheitsgarantien eines Rechtsstaats beraubt, den Protagonisten eines dann entfesselten Antisemitismus schutzlos ausgeliefert sein würden.²³⁸ Mit einiger Aufmerksamkeit ließ sich die Gültigkeit dieser Forderungen jedoch auch nach 1930 feststellen. Dazu genügte es, die NS-Partei-basis zu beobachten oder etwa 1932 die Reichspresse bzw. den Rundfunk zu verfolgen, wo Göring, Kube und Gregor Straßer detailliert die genannten nationalsozialistischen Pläne zur Dissimilation der Juden wiederholten. Gerade Görings drastische Auslassungen erschienen auch in der Münchner Wochenschau.²³⁹

Ohne daß an dieser Stelle näher auf die Ausprägung des nationalsozialistischen Antisemitismus vor der Machtergreifung eingegangen werden kann,²⁴⁰ – dies betrifft insbesondere die Frage der innerparteilichen Steuerung dieser Propaganda²⁴¹ –, können aus dem genannten Phänomen der drei Phasen bereits eine Reihe von Folgerungen gezogen werden: Oberflächliche, unsensible Versammlungsbesucher oder Betrachter eines Parteiplakates, die nicht in das Münchner Parteileben eingebunden waren und keine Parteizeitungen lasen, konnten ab 1930 den Antisemitismus als ein Randphänomen unterschätzen und nicht mehr, wie bisher, als zentrale Komponente der NS-Ideologie erkennen. Entsprechend spielte der Antisemitismus für den Massenzulauf zur Partei ab Herbst 1930 eine geringe Rolle, denn nur ein Bruchteil der neuen NSDAP-Wählerschichten partizipierte am Münchner Parteileben. Möglicherweise vermutete die Parteiführung, daß die Bevölkerungsmehrheit im Reich dem radikalen Antisemitismus ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüberstand und entschied sich deshalb ab 1930 für die taktische Zurückhaltung. Die in München zutage tretende Entwicklung des nationalsozialistischen Antisemitismus vor 1933 widerspricht in wesentlichen Punkten sowohl der „strukturalistischen“ als auch der „intentionalistischen“ Interpretation der Holocaust-Forschung.²⁴² Das Münchner Beispiel zeigt, daß Überlegungen zur Ent-

²³⁷ StA, PDM 6824: Bericht eines SS-Verbandes „An Herrn Richard Hildebrandt“, o. w. A.; weitgehend identisch mit: StA, PDM 6829: Stimmungsbericht der SS-Standarte I an den Abschnitt-Führer I vom November 1932, zitiert im Morgenrapport der PDM/VI/N vom 29. 11. 1932.

²³⁸ Vgl. als ein Beispiel: Hitlers Prophezeiung im Löwenbräukeller am 29. 11. 1929: HRS III/2, Dok. 106, S. 485 ff.

²³⁹ Walter, Judenfeindschaft, S. 234 f.

²⁴⁰ Vgl. für die bayerische NSDAP die (allerdings vage) Darstellung Pridhams: Ders., Hitler's Rise, S. 237–244.

²⁴¹ Schonbaum, Noakes, Mommsen und Kershaw halten dies für gesichert: Kapitel IV.4., Anm. 216.

²⁴² Vgl. die griffige Zusammenfassung der Forschungslage bei Heilbronner, Antisemitismus, S. 17 ff.

wicklung des Antisemitismus stärkere Differenzierung benötigen, als dies die pauschalen Thesen beider Forschungsrichtungen erlauben. Das öffentliche Auftreten bzw. die Propaganda der NSDAP zerfiel in verschiedene Bereiche, die in unterschiedlicher Weise den Antisemitismus artikulierten. Keineswegs stand der Antisemitismus in der gesamten Parteipropaganda einheitlich, wie von den „Intentionalisten“ vertreten, bis 1933 unverändert im Mittelpunkt. Ebenso wenig setzte die Parteipropaganda seit 1930 oder gar schon seit 1928 an Stelle des Antisemitismus, so die These der „Strukturalisten“, den Marxismus als neues zentrales Feindbild. In München zeigten die offizielle stadtteilübergreifende Propaganda und die aktive Parteibasis unterschiedliches Verhalten. Zwar verschwand der extreme Antisemitismus auch in der Stadt bereits 1925 weitgehend aus der öffentlichen Propaganda, jedoch entwickelte sich die genannte taktische Zurückhaltung erst 1930²⁴³ und erfaßte nicht die Parteibasis. Hier zählte der Antisemitismus sowohl vor als auch nach 1925 und nicht erst ab 1933 zu den leitenden Feindbildern. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch bei der Beobachtung der Entwicklung im Reich. Verschiedene Lokalstudien zeigen, daß der Antisemitismus im Binnenleben der Partei auch nach 1930 seine Bedeutung behielt.²⁴⁴ In München konnte man sich noch bis 1930 auf Hitlers antisemitische Äußerungen berufen, und der Antisemitismus erschien nicht erst ab 1929, sondern schon seit 1925 im Kontext der NS-Propaganda gegen Marxismus und Kapitalismus. Dagegen bestätigt sich die Skepsis im Sinne der „Intentionalisten“, ob der Antisemitismus bei der Gewinnung neuer Mitglieder und Wähler in den Wahlkämpfen 1932 eine entscheidende Rolle spielte. Insbesondere Hitler folgte ab 1930 der geschilderten Taktik und wickelte hiervon nur im Herbst 1932 und in seiner Neujahrsbotschaft 1933 ab.²⁴⁵ Es stellt sich hier generell die Frage, ob hinter der taktischen Zurückhaltung der Reichsleitung primär die Furcht vor einer geringen oder gar kontraproduktiven Werbewirksamkeit des Antisemitismus in der breiten Bevölkerung stand. Es handelte sich ja keineswegs nur um einen oberflächlichen Themenwechsel. Angesichts der weiten Verbreitung eines gemäßigten Antisemitismus unter der deutschen Bevölkerung verursachte die Beibehaltung der gemäßigten Variante in der offiziellen Propaganda keinen Abschreckungseffekt. Gerade 1932 wuchs die Salonfähigkeit dieser Variante in der öffentlichen Diskussion deutlich.²⁴⁶ Möglicherweise stand hinter der Zurückhaltung vor allem die sich seit 1930 anbahnende Entscheidung in der Parteispitze, „die Juden“ künftig weniger durch demonstrativen Verbalradikalismus zu bekämpfen als durch die „kühle und nüchterne“ Vorbereitung auf künftige gesetzgeberische Maßnahmen.²⁴⁷ Den in das Vereinsleben eingebundenen Münchner Aktivisten war die bedeutende Rolle des

²⁴³ V.a. Gerhard Paul konstatiert, daß die Parteileitung bereits nach der Wahl 1928 eine „graduelle Revision“ der Parteipropaganda eingeleitet habe und nicht zuletzt nach innerparteilicher Kritik am „Radau-Antisemitismus“ den Antisemitismus in der parteioffiziellen Propaganda abschwächte: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 92.

²⁴⁴ Vgl. u. a. Pridham, *Hitler's Rise*, S. 237–244.

²⁴⁵ HRS V/2, Dok. 107, S. 298.

²⁴⁶ Walter, *Judenfeindschaft*, S. 233 f., 242.

²⁴⁷ So die überzeugende These Walters: Ders., *Walter, Judenfeindschaft*, S. 228–232.

Antisemitismus für die NSDAP bewußt.²⁴⁸ Für diesen Kreis zählte neben dem Marxismus und dem „Weimarer System“ auch das Judentum zum elementaren Feindbild der Partei. Dieser Kreis sah sich darüber hinaus beflügelt von der sehr weitgehenden Toleranz, die Staat und Gesellschaft gegenüber antisemitischer Propaganda offenbarten.²⁴⁹ Diese Erfahrung blieb in den Köpfen derjenigen Aktivisten haften, die nach 1933 in langsamer und differenzierter Steigerung die Verfolgung der deutschen und europäischen Juden organisierten. Ihnen war bewußt geworden, wie sehr das deutsche Judentum in der Gesellschaft isoliert war und wie weit Verfolgungsmaßnahmen möglicherweise gehen durften. Damit war diese Erfahrung ein wesentlicher Schritt auf dem Weg der stufenweisen Entfesselung²⁵⁰ der nationalsozialistischen Gewalt gegen das Judentum, auch wenn in München nirgends der Gedanke an die 1941 einsetzende Judenvernichtung vorweggenommen wurde und alle Äußerungen über Vernichtung oder Ermordung nur eine begrenzte Gruppe von „Schiebern“ oder Regierungsmitgliedern und politischen Gegnern im Blick hatten, nie jedoch die generelle Vernichtung des gesamten Judentums.²⁵¹

Zum Vergleich: Die Aggressivität des politischen Gegners

Die größte Gefahr für die öffentliche Sicherheit ging in München von der NSDAP aus. Weitaus seltener trugen die Arbeiterparteien, hier vor allem die KPD, durch Versammlungssprengungen und Überfälle zu den aggressiven Auseinandersetzungen bei.²⁵² Den gravierendsten Fall stellten die Vorfälle um den Tod des SA-Mannes Georg Hirschmann am 5. Mai 1927 dar: Nach Wortgefechten, auf die die SA-Männer mit der Faust reagiert hatten, hetzten rund 100 Mitglieder des Reichsbanners sechs SA-Leute über eine Stunde lang durch die Giesinger Straßen und traktierten diese mit Füßen, Holzplatten und Knüppeln. Dabei wurde schließlich Hirschmann von einem 17jährigen Arbeiter erschlagen.²⁵³ Glaubt man dem Gau-

²⁴⁸ Hierzu, hinsichtlich der reichsweiten Situation, als Gegenmeinung: Adam, Judenpolitik, S. 23 ff.

²⁴⁹ Zur Inkonsequenz der staatlichen Behörden: Kapitel I.3.

²⁵⁰ Dieser von Ludolf Herbst für den Nationalsozialismus ab 1933 geprägte Begriff erscheint m. E. bereits für die Entwicklung in der Weimarer Republik passend: Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland.

²⁵¹ Kapitel IV.4., Anm. 212 (Quellen zum nationalsozialistischen Antisemitismus).

²⁵² Vgl. z. B. HStA, MInn 81583: PDM/VI an MInn vom 17. 4. 1930: Zusammenstellung aller Auseinandersetzungen im Zeitraum September 1929 bis April 1930, an denen Nationalsozialisten beteiligt waren. Vgl. generell die StA, Lageberichte 1925–1932, Rubrik „Aus der Linksbewegung“, sowie: Faatz, Staatsschutz, S. 261–272. Zu Funktion und Ausmaß der kommunistischen Gewalt in der Weimarer Republik vgl. generell: Rosenhaft, Problem des Terrors, S. 394–421. Auch Wernette konstatiert für die Wahlkämpfe 1930 und 1932, daß die Gewalttätigkeit der KPD im reichsweiten Durchschnitt derjenigen der NSDAP in nichts nachstand: Wernette, Political Violence, S. 105–161.

²⁵³ Nach ausgedehnten Ermittlungen und der Vernehmung von Hunderten von Zeugen verurteilte das Landgericht München I in der Revisionsverhandlung schließlich den Haupttäter zu rund zweieinhalb Jahren Haft und verteilte darüber hinaus einmal zwei Jahre Haft und zweimal vier Jahre Haft zur Bewährung: StA, PDM 6829: Hs. Inhaltsverzeichnis der gesamten Ermittlungsakten. Ebenda: Urteilsschrift Amtsgericht München vom

organ „Die Front“, so fanden in München 1932, dem Jahr der heftigsten politischen Auseinandersetzungen, rund 20 politisch motivierte Überfälle auf Nationalsozialisten statt.²⁵⁴ Auffälligerweise publizierte „Die Front“ solche Überfälle erst 1932 gehäuft, vor allem im Juli und August während der schwebenden Diskussionen um eine mögliche Kanzlerschaft Hitlers und eine Koalition zwischen Zentrum und NSDAP.²⁵⁵ Die Auflistung solcher Vorfälle unter Schlagzeilen wie etwa „Rotmordbestien in Oberbayern“ oder „Organisiertes Wegelagerertum in München“²⁵⁶ diente stets der Propaganda und wurde anlässlich des Reichstagswahlkampfes im Juli 1932 auf Anweisung der RPL verstärkt.²⁵⁷ Auf diese Weise sollte die eigene Aggressivität verdeckt und zugleich gerechtfertigt werden. Gauleitung und RPL hegten die Hoffnung, durch eine wachsende Bürgerkriegsstimmung, geschürt durch die Münchner Version eines „Altonaer Blutsonntags“,²⁵⁸ die Erinnerung an die Münchner Räterepublik bzw. die kommunistischen Aufstände im Reich 1919 wachzurufen und den Eindruck preußischer Verhältnisse zu vermitteln. Auf diesem Wege ließ sich die NSDAP als einzige rettende Kraft präsentieren oder vielleicht sogar ein zweiter „Preußenschlag“²⁵⁹ provozieren. Die Partei nutzte jeden noch so geringen Anlaß für die eigene Propaganda und griff skrupellos auch zu bewußten Falschmeldungen: So entpuppte sich ein laut „Völkischer Beobachter“ von mehreren Kommunisten überfallener und dabei „lebensgefährlich“ verwundeter Nationalsozialist²⁶⁰ im Polizeipressebericht als

19. 11. 1927. Ebenda: Urteilsschrift der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht München I vom 18. 2. 1928.

²⁵⁴ Front 17 (21. 11. 1931), „Rotmord auch in München in Aktion gesetzt!“ Ebenda 5 (30. 1. 1932), „Reichspräsidentenwahl im Zeichen des Bürgerkrieges“. Ebenda 5 (30. 1. 1932), „Die rote Mordpest“. Ebenda 24 (11. 6. 1932), „Marxistische Anweisungen zum Bürgerkrieg“. Ebenda 29 (16. 7. 1932), „Auch in München?“ Ebenda 29 (16. 7. 1932), „Rotmord auch in Oberbayern.“ Ebenda 30 (23. 7. 1932), „Rotmordbestien in Oberbayern“. Ebenda 32 (6. 8. 1932), „Organisiertes Wegelagerertum in München“ und „Roter Straßenterror in der Lothringer Straße“. Ebenda 35 (27. 8. 1932), „Wieder ein SA-Mann von roten Wegelagerern niedergeschlagen“. Ebenda 40 (1. 10. 1932), „Rotmordbanditen überfallen SA-Mann“. SMP 47 (20. 11. 1932), „Feigheit ist Trumpf!“.

²⁵⁵ Die Verhandlungen mit Hindenburg scheiterten am 13. August 1932, die oberflächlichen Kontakte mit dem Zentrum begannen in der zweiten Hälfte des August 1932: Orlow, Nazi Party, S. 270 und 278 ff.

²⁵⁶ Vgl. Kapitel IV.4., Anm. 254.

²⁵⁷ Paul, Aufstand der Bilder, S. 100 ff.

²⁵⁸ Im preußischen Altona hatte ein Propagandamarsch der SA durch eine KPD-Hochburg am Sonntag, den 17. 7. 1932, eine Straßenschlacht mit rund 11 000 Beteiligten ausgelöst. Dabei waren 18 Menschen getötet und 61 verletzt worden: Jochmann/Büttner, Hamburg, S. 30 f.

²⁵⁹ Gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, ernannte Reichspräsident von Hindenburg am 20. 7. 1932 Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für Preußen und setzte damit die geschäftsführende sozialdemokratische Landesregierung ab. Als Anlaß dienten die Vorgänge um den „Blutsonntag von Altona“, tatsächlich hatte die Regierung Papen die Absetzung bereits am 10. 7. 1932 beschlossen. Der von der preußischen Landesregierung angerufene Staatsgerichtshof erklärte zwar die Absetzung für verfassungswidrig, die Notverordnung jedoch für rechtes. Damit behielt Papen die Macht in Preußen: Benz, Staatsstreich gegen Preußen, S. 9–34.

²⁶⁰ VB 35/36 (4./5. 2. 1933), „Ein Nationalsozialist lebensgefährlich verwundet“.

gänzlich unpolitischer Streithahn, der von einem Wirt allein wegen seiner Trunkenheit und ausstehender Zechschulden am Betreten der Wirtschaft gehindert wurde und sich beim Durchstoßen einer Glastüre verletzt hatte.²⁶¹ Den Höhepunkt dieser Manipulationsmethode bot die Reaktion auf das Gerichtsurteil gegen fünf SA-Männer, die im August 1932 im schlesischen Potempa einen polnischen Kommunisten zu Tode gequält hatten und daraufhin vom Sondergericht in Beuthen zum Tode verurteilt worden waren.²⁶² Der Gauleiter Wagner behauptete: „Ein Schrei des Entsetzens“ gehe durch ganz Deutschland. Fünf sich bedroht fühlende Nationalsozialisten hätten in Notwehr einen „polnischen Insurgenten“, einen „bekanntesten und gefährlichsten Tschekka-Hetzer“, erschlagen. Die „Front“ inserierte mit großformatigen Anzeigen „Hilfe für die Opfer von Potempa! Fünf SA-Männer zum Tode verurteilt!“²⁶³

Wie nahmen die Gegner der NSDAP die Aggressivität wahr?

Die Parteiführer, allen voran der Gauleiter, nahmen, wie bereits gezeigt, kaum ein Blatt vor den Mund hinsichtlich ihrer Pläne im Falle einer Machtergreifung. Der Leser der Parteischriften und der Versammlungsbesucher konnte die Aggressivität wie auch generell den Antisemitismus der NSDAP in seinen unterschiedlichen Spielarten nicht übersehen und überhören. Über diesen begrenzten Kreis hinaus mußten auch die Polizeibehörden und die aufmerksamen Beobachter unter den politischen Gegnern bzw. unter den Münchnern dieses Phänomen wahrgenommen haben. Vermutlich konnte sich der einfache Bürger nur schwer vorstellen, daß es jemals zu einer entsprechenden radikalen Demontage des Rechtsstaates kommen würde, wie sie für die propagierten nationalsozialistischen Absichten gegen Juden und politische Gegner notwendig war.²⁶⁴ Erstaunlicherweise erstellte die Münchner Polizeidirektion – im Gegensatz zum Reichsinnenministerium und dem preußischen Innenministerium –²⁶⁵ zu keinem Zeitpunkt aus ihrer gewalti-

²⁶¹ StA, PDM 6881: Polizeipressebericht vom 7. 2. 1933.

²⁶² Kluge, Fall Potempa, S. 279–297. Hannover, Politische Justiz, S. 301–310.

²⁶³ Front 35 (27. 8. 1932), „Pulverfaß Deutschland“. Front 36 (3. 9. 1932), Schlagzeilen.

²⁶⁴ So bekannte der Münchner Bürgermeister der Weimarer Jahre, Karl Scharnagl, nach 1945, man habe nicht an die Gefährlichkeit der NSDAP geglaubt und BVP und Sozialdemokraten als starkes Gegengewicht empfunden. Man habe darauf gehofft, daß sich auch die Nationalsozialisten den Verhältnissen anpassen müßten, und habe „die ungeheure dynamische Gewalt und Brutalität der diktatorischen Führung und die schrankenlose Außerachtlassung überkommener Rechtsgrundsätze“ so nicht erwartet: Steinborn, Kommunalpolitik, S. 363. Vgl. im Gegensatz dazu die sehr hellsichtige Haltung des liberalen Chefredakteurs des Berliner Tageblatts, Theodor Wolf, in seinem Leitartikel am Tag der Reichstagswahl, 31. 7. 1932: Wolf bezeichnete einen NS-Staat als Ende jeder „geistigen und persönlichen Freiheit“, als „Absturz in die Finsternis“, der zwar irgendwann ein Ende finden, jedoch bis dahin dem deutschen Volk eine „furchtbare Lehrzeit“ und „unvorstellbare Leiden“ aufbürden werde: Zitiert nach Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand in Deutschland 1933–1945. Ein historisches Lesebuch. München 1997, S. 27–31.

²⁶⁵ Vgl. Nachrichtenkonferenzen der deutschen Länderinnenministerien 1925–1930: BA, Berlin, R 1507/67100: Nachrichtenkonferenz in Darmstadt am 24. 10. 1925. Ebenda: Nachrichtenkonferenz der süddeutschen Nachrichtenstellen in München am 6. 11. 1926.

gen Materialsammlung eine tiefergehende Analyse über die NSDAP.²⁶⁶ Dennoch dürfte ihr bewußt gewesen sein, daß die von dieser Partei ausgehende Gefahr für Rechtsstaat und Verfassung beträchtlich war und nach einer möglichen „Machtergreifung“ weiter steigen würde.

Ein Indiz, inwieweit die Münchner Öffentlichkeit das genannte Phänomen wahrnahm, bietet ein Blick in verschiedene Münchner Zeitungen. Allen voran registrierte die „Münchner Post“ die Aggressivität der Nationalsozialisten akribisch²⁶⁷ und attackierte die Partei mit Artikeln, die ob ihres beißenden Spottes oftmals erstklassiger politischer Satire glichen, dabei allerdings gelegentlich verharmlosend wirkten. So kommentierte die „Post“ im Januar 1932 eine Alarm-Verfügung der Münchner SS: „Diese Leutchen haben schon einmal einen ‚Putsch‘ gemacht, dessen wesentlichstes Merkmal im Spottgelächter der ganzen Welt bestand. Sie haben schon einmal mit großer Klappe den Marsch auf Berlin proklamiert, der im Bürgerbräukeller seinen Anfang und nach den ersten Schüssen bei der Feldherrnhalle sein unrühmliches Ende nahm. Wir brauchen diese Dinge also nicht allzu tragisch nehmen, zumal die Herrschaften, wenn sie wieder ein Tänzchen wagen sollten, diesmal auf einen ganz anderen Widerstand stoßen würden wie 1923!“ Allerdings forderte die „Post“ die Staatsorgane auf, die Entwicklung genau zu beobachten und „im richtigen Augenblick“ zuzugreifen.²⁶⁸ Vor allem die SS lieferte eine willkommene Zielscheibe, insbesondere deren Führer Himmler, an dem die Post „so gar nichts Arisches oder Nordisches im Aussehen“ fand. Er gleiche mit seiner „schmächtigen, fast zierlichen“ Statur eher einem „Krippenmandler“, sei weder blond noch mit „blauen Augen“ ausgestattet und habe vielmehr „das Aussehen eines serbischen Studenten“. „Wir nehmen an, daß Herr Himmler schon verheiratet ist, sonst dürfte er die Heiratsgenehmigung des Reichsführers der SS kaum erhalten.“²⁶⁹ In dieser Berichterstattung spiegelte sich die von der bayerischen SPD-Landesleitung ausgegebene offizielle Linie gegenüber der NSDAP: Optimismus und Kampfesentschlossenheit.²⁷⁰ Ihre Gelassenheit verlor die „Post“ allerdings angesichts der anhaltenden nationalsozialistischen Wahlerfolge 1932 recht bald. Ähnlich wie die „Post“ setzte sich auch manche konservative Zeitung mit den Nationalsozialisten, insbesondere mit deren Prophezeiungen für den Fall einer „Machtergreifung“ auseinander. Die „Bayerische Staats-

Ebenda: Nachrichtenkonferenz in Dresden am 27. 4. 1928. BA, Berlin, R 134/195–199; Nachrichtenkonferenz in Berlin am 28. und 29. 4. 1930.

²⁶⁶ Entsprechende Analysen ließen sich in den Quellen nicht finden. Die Lageberichte der Münchner Polizeidirektion faßten jeweils für zwei bis drei Monate relativ oberflächlich Teilphänomene der Partei zusammen, eine tiefergehende Analyse wurde nie versucht. Dies gilt auch für die Beiträge des bayerischen Innenministers und seiner Vertreter auf den genannten Länder-Nachrichtenkonferenzen: Kapitel IV.4., Anm. 265.

²⁶⁷ Z.B. MP 273 (25. 11. 1931), „Nationalsozialistische Gewalttaten in Bayern. Eine zeitgemäße Erinnerung 1920–1927“.

²⁶⁸ MP 18 (23./24. 1. 1932), „Hitler-Prätorianer“.

²⁶⁹ MP 6 (9./10. 1. 1932), „Der Nazi-Rassenzüchter“. Ab 1. 1. 1932 hatten alle unverheirateten SS-Mitglieder bei der RFSS eine „Heiratsgenehmigung“ einzuholen: StA, PDM 6824: SS-Befehl A Nr. 65 (31. 12. 1931).

²⁷⁰ Kral, SPD, S. 107 ff. und 167–175.

zeitung“ sah in den genannten Frankschen Worten vor dem Amtsgericht in der Au eine „neuerliche Bestätigung der geplanten nationalsozialistischen Schreckensherrschaft“, die „ohne jegliche Hemmung“ gegen ihre Gegner vorgehen werde.²⁷¹ Über Streichers Ausfälle gegen den unmittelbar zuvor verstorbenen Stremmann im Oktober 1929 zeigte sich die Zeitung entsetzt: „Den anständigen Menschen faßt tiefster Ekel an, wenn er sich mit solchen unglaublichen Roheiten beschäftigen muß. [...] Gott behüte uns vor solchen Befreiern. [...] Gott behüte uns vor dem Nationalsozialismus.“²⁷² Der BVP-nahe „Bayerische Kurier“ erachtete die von ihm seit 1925 regelmäßig dokumentierte NS-Aggressivität als ernsthafte Gefahr.²⁷³ Bereits die Aufhebung des Redeverbotes gegen Hitler 1927 hielt der „Kurier“ für einen Fehler.²⁷⁴ Im September 1930 hielt das Blatt Hitlers ständigen Legalitätsbeschwörungen entgegen, dieser habe schon 1923 Ehrenworte gebrochen, es würden sich daher „im weiten deutschen Reich wohl wenige naive Menschen finden, welche diesen Legalitätserklärungen mehr als einen taktischen Wert beilegen“.²⁷⁵ Im Frühjahr 1931 analysierte der „Kurier“ den Radikalismus als Lebenselixier der NSDAP: „Herr Hitler muß auf der einen Seite den Kessel weiter schüren und die Massenerregung gegen den von ihm bekämpften Gegenwartsstaat zur Siedehitze bringen; denn dieser Kessel soll ja die Kräfte liefern, die die NSDAP in den Besitz der politischen Macht bringen. Und er darf auf der anderen Seite auch keine Übertemperatur erzielen, weil ein vorzeitiges Platzen des Kessels alle Erfolgsaussichten beseitigt.“²⁷⁶ Auch das Mitteilungsblatt für die Münchner BVP-Vertrauensleute beschäftigte sich 1932 regelmäßig mit der Aggressivität und dem Gedankengut der Nationalsozialisten. So umriß die Broschüre etwa im April 1932 mit Zitaten aus „Mein Kampf“ die Indoktrinationsmethoden der NS-Propaganda.²⁷⁷ Zwei Monate später prophezeite sie ihren Lesern als Folgen einer „Machtergreifung“: „[...] brutale Macht und ihre rücksichtslose Ausnützung, die Niederknüppelung jeder anderen Meinung und jeder offenen Kritik [...]“.²⁷⁸ Vermutlich war auch die wache Sensibilität des 1931 vom NSDStB

²⁷¹ BSZ 77 (5. 4. 1932), „Das Wort vom Köpferrollen“.

²⁷² BSZ 237 (13./14. 10. 1929), „Unglaubliche Roheiten“.

²⁷³ In zwei Artikeln hielt der Kurier 1927 und 1931 einen Rückblick über Aussagen der Nationalsozialisten, die nach Meinung des Blattes belegten, daß Hitler und die Partei dieselben Ziele verfolgten wie 1923: BK 70 (11. 3. 1927), „Die Bekehrung des Herrn Hitler“. BK 50 (19. 2. 1931), „Verfolgte Unschuld“. Im Herbst 1931 beobachtete der Kurier besorgt die möglichen SA-Putschvorbereitungen: BK 320 (16. 11. 1931), „Was geht in der SA vor?“.

²⁷⁴ BK 70 (11. 3. 1927), „Die Bekehrung des Herrn Hitler“: „Um eine epochale Bekehrung ganz großen Stils, um eine radikale und plötzliche Wandlung der grundlegenden staatspolitischen Anschauungen handelt es sich. Denn zwischen dem, wozu sich Herr Hitler neuerdings verpflichtet hat, und dem, was Herr Hitler bisher als seine Überzeugung vertreten hat, klafft ein tiefer und breiter Abgrund, der nur durch einen ungeheuren Gesinnungswandel überbrückt werden kann“.

²⁷⁵ BK 263 (20. 9. 1930), „Die neue Taktik“.

²⁷⁶ BK 94 (4./5. 4. 1931), „Der Kessel“.

²⁷⁷ Mitteilungsblatt 4 (15. 4. 1932), „Die Partei der Wahrheit“. Vgl. generell die Nummern des Mitteilungsblattes 1932.

²⁷⁸ Mitteilungsblatt 5/6 (30. 6. 1932), „Die Nationalsozialisten scheuen die Verantwortung“.

attackierten Professors Nawiasky kein Einzelfall. Nawiasky mahnte unmittelbar nach den gegen ihn gerichteten Krawallen gegenüber dem Senat den Kampf gegen die Nationalsozialisten als existentielle Notwendigkeit an. „Ohne energischen Abwehr- und Lebenswillen besteht keine Hoffnung.“ Diese Bewegung wolle die „Lehr- und Lernfreiheit“ und damit die Universität Humboldtscher Prägung zerstören. Ein Nationalsozialist „achtet Ehre und Würde des Nebenmenschen nicht“, ist von Führerbefehlen geradezu abhängig und setzt „die Autorität der Gruppe über alles“. Gegen eine solche Organisation gebe es „keinen Kompromiß“, sonst drohe der Universität und der Demokratie „Todesgefahr“.²⁷⁹

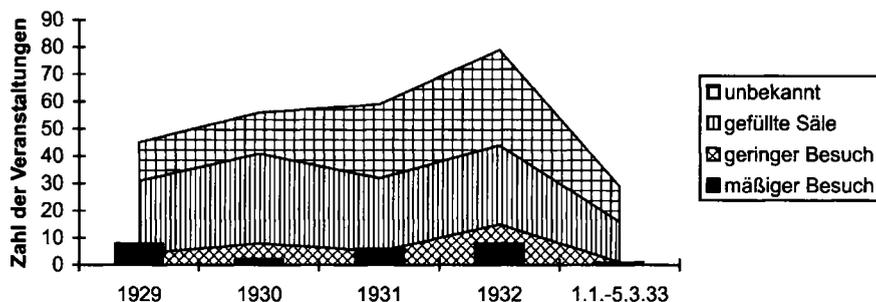
²⁷⁹ Nawiasky, Münchner Universitätskrawalle, S. 37.

5. Mißerfolg und Erfolg der Partei 1929 bis März 1933

Partizipation der Basis: Besucherzahlen und Bereitschaft zu finanziellem Engagement

Aufgrund der 1930 bis 1933 rapide zurückgehenden polizeilichen Berichterstattung ist die Partizipation an Mitgliederversammlungen der Stadtteilsorganisationen in diesen Jahren nur lückenhaft zu rekonstruieren. Die Angaben des „Völkischen Beobachters“ können wegen ihrer propagandistischen Intention nicht verwendet werden. Die wenigen Polizeiberichte zeigen meist gut gefüllte Säle,¹ sind jedoch nicht repräsentativ. Sicherlich nahm nie die gesamte Mitgliedschaft vollzählig an Versammlungen bzw. am Vereinsleben teil, sondern nur eine begrenzte, wenn auch im Vergleich zu den Vorjahren nunmehr größere Gruppe. Diese dürfte sich in den für die Partei ungünstigen Zeiten, wie etwa im Sommer 1931 oder im Herbst 1932, jeweils verringert haben. Aufgrund der Quellenlage können im Folgenden nur die Besucherzahlen der öffentlichen Versammlungen in den großen Sälen Münchens analysiert werden.

Graphik 5: Besuch der NSDAP-Großveranstaltungen 1929–1933



Der Interpretation des Zahlenmaterials sind enge Grenzen gesetzt: Höchstwahrscheinlich setzen sich die Besucherzahlen vorwiegend aus den Parteiaktivisten, teilweise auch aus gezielt zugeteilten SA-Verbänden und nur zum geringsten Teil aus Laufpublikum sowie noch nicht in die NSDAP eingebundenen Bevölkerungsteilen zusammen.² Da sich diese verschiedenen Besuchergruppen nicht statistisch verifizieren lassen, kann die tatsächliche Partizipation der Parteibasis an diesen Versammlungen nicht zweifelsfrei festgestellt werden. Überdies bleiben für einen hohen Prozentsatz an Versammlungen die Besucherzahlen unbekannt (Anstieg von 26 Prozent 1929 auf 46 Prozent 1933). Dennoch offenbart die Tendenz der

¹ StA, PDM 6733 und 6741–6745: Mitgliederversammlungen der Münchner NSDAP-Ortsgruppen 1929–1932.

² Vgl. die gelegentlichen Bemerkungen der Polizeibeamten, die die Versammlungen überwachten: Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen).

Jahre 1929–1933 (Abbildung 16), sieht man vom Mißerfolg des Herbstes 1932 ab,³ die Fortsetzung des für die NSDAP positiven Trends des Jahres 1928,⁴ also eine weit größere Resonanz auf die Großveranstaltungen als in den Vorjahren. Die Gesamtzahl der Besucher 1929–1933 lag trotz rückläufiger Besucherzahlen 1932 erheblich über der Summe der Vorjahre. Dieser Umstand hing wesentlich mit dem sprunghaften Anstieg der Großveranstaltungen von 53 (1929) auf 58 (1930), 60 (1931), 87 (1932) und schließlich auf 30 in den zwei Monaten am Jahresanfang 1933 zusammen. In dieselbe Richtung weist insbesondere 1933 der nun auffallend größere Zulauf zu den SA-Propagandamärschen, darunter vor allem der Fackelzug am 24. Februar 1933, den Tausende von Münchnern an den Straßenrändern beobachteten.⁵

Trotz des Erfolgstrends blieb die Partei von Mißerfolgen nicht verschont. Wie in den Vorjahren stießen vor allem NSBO-Veranstaltungen, Versammlungen für Erwerbslose und die Zentralsprechabende auf besonders geringe Resonanz.⁶ 16 Zentralsprechabende fielen ganz aus, die übrigen 14 wiesen große Lücken in den Besucherreihen auf.⁷ Stellenweise war auch der Wahlkampf im Dezember 1929 mit diesen Problemen konfrontiert.⁸ 1932 gingen die Besucherzahlen deutlich zurück: Während 1929, 1930 und 1931 stets über 50 Prozent der Säle gefüllt waren, erzielten dieses Ergebnis 1932 nur noch 32 Prozent. Mißerfolge ließen sich vor allem im Herbstwahlkampf feststellen, als über ein Drittel der Versammlungen mäßig oder gering besucht waren, darunter selbst die Kundgebung mit Hitler in der Ausstellungshalle auf der Theresienwiese, die nur 9000 Besucher anzog. Polizeibeamten zufolge, die bei vielen Ortsgruppen-Wahlveranstaltungen ebenfalls nur sehr geringen Besuch beobachteten, hatte die NSDAP den Kulminationspunkt ihres Aufstiegs auch in München „überschritten“. Die frühere Begeisterung für die Partei habe „erheblich“ nachgelassen.⁹ Als das Konzert des Reichssymphonieorchesters anlässlich seines einjährigen Bestehens den Bau des Zirkus Krone nur zur Hälfte füllte, zog es Hitler vor, nicht zu erscheinen.¹⁰

³ Im Folgenden: Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen).

⁴ Vgl. Kapitel III.3. Allerdings stieg seit 1929 auch die Zahl der Versammlungen, für die keinerlei Hinweise auf Besucherzahlen existieren.

⁵ BSZ 48 (26./27. 2. 1933), „Hitler-Kundgebung in München“. MNN 55 (25. 2. 1933), „Münchner Hitler-Tag“. Augsburgischer Abendzeitung 55 (24. 2. 1933), „Der Hitler-Fackelzug“. Ebenda 56/57 (25./26. 2. 1933), „Der Fackelzug zu Ehren Hitlers“.

⁶ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den NSDAP-Versammlungen).

⁷ StA, Lageberichte 1929. StA, PDM 6739: Hs. Zusammenstellung der Zentralsprechabende 1928–29, o. w. A.; Datierung Ende 1929, vermutlich durch NSDAP-Verwaltungspersonal verfaßt.

⁸ Die Gesamtbesucherzahl bei den 20 Veranstaltungen der „Versammlungswelle“ am 3. Dezember 1929 lag mit etwa 8000 weit unter dem Fassungsvermögen der Säle: StA, Lagebericht 88 (17. 12. 1929), S. 5. BK 339 (5. 12. 1929). Mehrere Großveranstaltungen anlässlich des Volksentscheides stießen auf Desinteresse. Die Abschlußkundgebung im Zirkus Krone war nur zu einem Fünftel gefüllt: StA, PDM 6740: Polizeivermerk o.D. Auch VB 295 (20. 12. 1929), AdB.

⁹ StA, Lagebericht 112a (30. 12. 1932), S. 1 und 3.

¹⁰ StA, Lagebericht 113a (30. 12. 1932), S. 2.

Die Beitragszahlungsmoral der Münchner Parteimitglieder läßt sich aufgrund der lückenhaften Quellenbasis für die Jahre nach 1929 noch weniger vollständig rekonstruieren als für die Jahre zuvor. An der laxen Zahlungsmoral dürfte sich jedoch nichts geändert haben. Kein Rundschreiben eines Ortsgruppen-Kassenwartes oder des Gaugeschäftsführers, das nicht die Ablieferung der Beiträge anmahnte.¹¹ So erhielt beispielsweise die Ortsgruppe Ramersdorf, erst Mitte Mai 1931 an die Beiträge für März und April erinnert, schon Mitte August erneut eine Aufforderung, die Rechnung für Juli einzureichen.¹² 1930 rechneten fünf der neun Ortsgruppen und Stützpunkte des Kreise Grafing (NSDAP-Kreis München Land) über ein halbes Jahr lang nicht „ordnungsgemäß“ mit der Gauleitung ab. Vier davon reagierten selbst auf wiederholte Mahnungen hin nicht.¹³ Im Sommer 1929 schätzte die Münchner Polizei, daß insgesamt höchstens 60 Prozent der Parteimitglieder im Reich regelmäßig ihre Beiträge zahlten.¹⁴ Noch im Herbst 1931 sah das Landeskriminalpolizeiamt Berlin hier keine Veränderung und charakterisierte die finanzielle Lage der NSDAP angesichts der beständigen Klagen über unregelmäßige Beitragszahlungen „in fast allen Gauen“ als „weiterhin sehr ungünstig“.¹⁵ Selbst viele Münchner SS-Leute zahlten manchmal ein halbes, teilweise auch fast ein ganzes Jahr keine Mitgliedsbeiträge.¹⁶

1932 erreichte die Zahlungsmoral im Gau wie auch in München einen Tiefpunkt. Auf der Gautagung Anfang Juli 1932 mußte auf einer internen Besprechung der Kassenwarte des Gaus konstatiert werden, daß über 50 Prozent der Mitglieder mehr als drei Monate im Rückstand waren. Alle Anwesenden beklagten daher die derzeitige Mitgliedersperre der Partei, durch die täglich etwa 200 RM an Aufnahmegebühren und Beiträgen ausfielen. Die Polizeibehörden vermuteten wohl zu Recht, daß das selbe Phänomen der nach zwei Wahlkämpfen mit rund 90 000 RM hochverschuldeten Gauleitung erheblich zusetzte.¹⁷ Im Herbst und Winter des Jahres hatte die NSDAP reichsweit wie auch im Gaugebiet und in München mit dem erneut wachsenden Rückgang der Beitragszahlungen zu kämpfen.¹⁸ Ende Januar 1933 kritisierte der RSM Schwarz in einem ausführlichen Rundschreiben an sämtliche NSDAP-Gauleitungen¹⁹ deren gravierende Nachlässigkeit bei der Ablieferung der RL-Beitragsanteile. Gleichzeitig dankte er ausdrücklich elf namentlich aufgeführten Gauen, z.B. Unterfranken und Oberfranken, für deren pünktliche Einzahlung. Alle übrigen, nicht genannten Gae,

¹¹ Vgl. IfZ, MA 738 und MA 1216: Die erhaltenen Rschr. 1930–1933. Vgl. auch die Jahrgänge 1929 und 1930 des Mitteilungsblattes der Ortsgruppe Westend, die „Westend-Wacht“. Ebenso: IfZ, MA 1216: Rschr. der Münchner Ortsgruppen 1930–1932.

¹² IfZ, MA 738: GSM an Ortsgruppe Ramersdorf vom 11. 5. 1931 und vom 11. 8. 1931.

¹³ StA, NSDAP 49: GGF an RL-ÜSchLA vom 19. 5. 1931 über die Amtsenthebung des Grafinger Kreisleiters.

¹⁴ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 8.

¹⁵ BA, Berlin, 15.01 RMDI: 26091: Mitteilungen Nr. 22 des Landeskriminalpolizeiamtes Ia Berlin vom 15. 11. 1931.

¹⁶ StA, PDM 6829: PND 712 (25. 11. 1930) über den Appell der SS-Standarte 40 am 20. 10. 1930.

¹⁷ StA, PDM 6735: PND 782: Gautagung des Gaus München-Oberbayern am 1. 7. 1932.

¹⁸ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 9. Vgl. auch: Turner, Großindustrie, S. 353.

¹⁹ IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 27. 1. 1933.

darunter München-Oberbayern, waren Schwarz zufolge drei Monate und länger im Rückstand. Stellenweise reduzierte sich auch die Spendenbereitschaft der Münchner Parteibasis 1932 rapide. Die Gau-Sonderumlagen im Frühjahr, Herbst und am Jahresende 1932 scheiterten weitgehend. Letztere wurde nur von etwa 11 Prozent der Mitglieder des Gau's bezahlt.²⁰ Die Winterhilfe des „Sozialen Amtes“ der Gauleitung gewann in München fast keine finanzielle Unterstützung.²¹ Die aufgrund der Wahlkämpfe hochverschuldeten Münchner Ortsgruppen²² konnten die gegenüber der Gauleitung ausstehenden Beitragsanteile nicht mehr ausgleichen. Die zunehmend dramatischer werdende Wirtschaftskrise verminderte die Zahlungsfähigkeit der Parteimitglieder ohnehin. Im Januar 1933 waren nach Angaben der Gauleitung zwei Drittel der Münchner SA-Angehörigen arbeitslos.²³ Unter der sehr hohen Zahl an Erwerbslosen in den Reihen der Münchner SS im November 1932 gab es etliche, die nach Einschätzung der SS-Führung „nicht in der Lage sind, sich ein Glas Bier zu kaufen“. Daher überließen die Wirte einzelnen SS-Stürmen keine Räume oder größere Säle mehr.²⁴

Die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung läßt sich für die Jahre von 1929 bis 1933 nur eingeschränkt als Gradmesser für die Zustimmung zur Partei und die Partizipation am Parteileben verwenden. Sämtliche Quellen spiegeln nur die Beurteilung der Zahlungsmoral durch die Gauleitung. Daher ist es nicht möglich, zweifelsfrei zu unterscheiden zwischen tatsächlich nachlassender Zahlungsmoral der Parteimitglieder und den Fällen, in denen Ortsgruppen die einkassierten Beiträge aufgrund ihrer hohen finanziellen Belastungen kurzerhand für sich verwandten. Doch war die geringe Zahlungsmoral zweifellos, wie schon im Zeitraum zuvor, auch in den Jahren des Aufstiegs Teil des Parteialltags. Die NSDAP war zum einen schlicht überfordert, die gewaltige Masse der neugewonnenen Mitglieder vollständig in ihre Organisation einzubinden und damit zur Beitragszahlung zu motivieren. Und sie hatte zum anderen, abgesehen vom gelegentlichen Desinteresse an der Partei, vor allem mit der Verschlechterung der ökonomischen Lage vieler Parteimitglieder durch die Wirtschaftskrise zu rechnen. Vermutlich aus diesem Grund sahen sich jedoch nahezu alle politischen Gruppierungen mit dem Problem ‚Zahlungsmoral‘ konfrontiert. Entsprechende Klagen, z. B. aus der Münchner und der südbayerischen KPD,²⁵ dem Münchner Frontkriegerbund,²⁶

²⁰ Kapitel V., Anm. 98.

²¹ BA, Berlin NS 22/1050: GL/Soziales Amt am ROL vom 16. 11. 1932. StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 9.

²² BA, Berlin (ehem. BDC), Bericht vom 3. 5. 1940 des Reichsamtsleiters Johann Singer, ehem. Amtswalter der Ortsgruppen Haidhausen und Bogenhausen, über die Tätigkeit der Frauenschaftsleiterin Agnes Brack vor 1933. Vgl. auch das Rschr. des GSM Kuchenreuther vom 28. 10. 1932 anlässlich der Wahlkampfumlage Ende 1932 (IfZ, MA 1216); diese diente, lt. Kuchenreuther, der finanziellen Erholung der GL und der Ortsgruppen.

²³ BA, Berlin, NS 22/266: Wagner an Personalamt der ROL vom 26. 2. 1933.

²⁴ StA, PDM 6824: Bericht „An Herrn Richard Hildebrandt“, o. w. A.; weitgehend identisch mit dem Stimmungsbericht der SS-Standarte I von Mitte November, zitiert im PDM/VI-Morgenrapport vom 29. 11. 1932: StA, PDM 6829.

²⁵ Vgl. generell StA, Lageberichte 1929–1932. Insbesondere: StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 3. Ebenda 98, S. 2f.: Im Frühjahr 1931 zahlte nur die Hälfte der KPD-Mitglieder im Reich ihre Mitgliederbeiträge. Ebenda 102 (12. 7. 1931), S. 6. Ebenda 104 (28. 9. 1931),

dem bayerischen Stahlhelm,²⁷ dem BHKB²⁸ oder vom Münchner Reichsbanner²⁹ registrierte die Münchner Polizei von 1929 bis 1932 fortwährend. Sogar die BVP war davon betroffen.³⁰

Die Mitgliederfluktuation

Gegenüber den Vorjahren reduzierten sich ab 1929 die Quelleninformationen zur Parteimitgliedschaft rapide. Die Mitgliederkladden des Karteamtes der Reichsleitung fehlen ebenso wie z. B. die ursprünglich umfangreichen statistischen Unterlagen der Gauleitung oder der Ortsgruppen. Statt einer Analyse der sozialen Schichtung läßt sich hier nur die grobe Entwicklung des Mitgliederzulaufs rekonstruieren. Seit Ende 1929 stieg die Mitgliedschaft der Münchner NSDAP von etwa 3300–3400³¹ auf rund 5000 im Herbst 1931³² und schließlich rund 10000 am 1. Januar 1933.³³ Das Bezirksamt München-Land wies im April 1934 genau 4022 Mitglieder auf, eine Zahl, die allerdings im Frühjahr 1933 wesentlich kleiner gewesen sein dürfte.³⁴ Der gesamte Gau München-Oberbayern umfaßte nach parteieigenen Angaben am Jahresanfang 1931 rund 10000, am Jahresanfang 1932 etwa 15000 Mitglieder und am 1. Januar 1933 19127 Parteimitglieder. Genau ein Jahr später hatte sich die Zahl auf 59445 mehr als verdoppelt.³⁵ Somit lieferte München Anfang 1932 etwa 33 Prozent und Anfang 1933 über 50 Prozent des Mitgliederbestandes des Gaus. Zwischen 1929 und 1933 hatten sich die Mitgliederzahlen nahezu verdreifacht. Bereits im Februar 1930 verkündete Gauleiter Wagner, der Gau Groß-München habe seit Oktober des Vorjahres den Mitgliederstand um „fast 10 Prozent“ vermehrt.³⁶ Im Sommer 1930 wurde aufgrund des überaus hohen Zustroms zur Münchner NSDAP kurzzeitig eine Aufnahmesperre ver-

S. 3, 5: In der KPD-Südbayern waren im September 1931 rund 80 Prozent der Mitglieder arbeitslos und konnten „so gut wie keine Beiträge“ leisten; in München zahlten immerhin 62 Prozent ihre Beiträge. Ebenda 108 (29. 1. 1931), S. 4. Ebenda 111 (19. 5. 1932), S. 1. Ebenda 113 (10. 12. 1932), S. 5.

²⁶ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 10.

²⁷ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 14.

²⁸ StA, Lagebericht 88 (23. 12. 1929), S. 14. Ebenda 90 (8. 4. 1930), S. 20.

²⁹ StA, Lagebericht 102 (12. 7. 1931), S. 15.

³⁰ Schönhoven, Volkspartei, S. 82 ff.; jedoch differenziert Schönhoven nicht zwischen den Jahren 1925 bis 1933.

³¹ Anheier und Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 180, Schaubild 1.

³² IfZ, MA 738: GGF Nippold an alle Ofg und Bzf München-Stadt vom 19. 9. 1931.

³³ StA, NSDAP 238: Vortrag eines GGF-Mitarbeiters am 30. 4. 1934 „zur Neuorganisation Münchens“.

³⁴ Die Mitgliederzahl hatte sich zwischen Januar 1933 und April 1934 im Stadtgebiet auf 28528 mehr als verdoppelt: StA, NSDAP 238: „Vorschlag zur Neuorganisation Münchens“, Vortrag eines GGF-Mitarbeiters am 30. 4. 1934.

³⁵ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“. Front 8 (20. 2. 1932), „Tod diesem System!“ VB 51 (23. 2. 1934), „Gau München-Oberbayern im Jahr der Entscheidung“. Die Gesamtzahl der NSDAP-Mitglieder im Gau stellte somit zu Jahresanfang 1932 etwa 0,7 und ein Jahr später ein Prozent der rund 1,7 Millionen Einwohner des Gaugebietes, die die Volkszählung von 1930 erfaßte: BA, Berlin, NS 22/1050: GGF an ROL I vom 24. 11. 1931.

³⁶ Westend-Wacht 2 (Februar 1930), „Parteigenossen und Gesinnungsfreunden im Westend treudeutschen Heilgruß!“.

hängt.³⁷ Die Polizei beobachtete ihrerseits in den Wochen vor und nach der Reichstagswahl 1930 reichsweit, wie auch in München, einen starken Mitgliederzuwachs.³⁸ Dahinter verbarg sich allerdings auch eine hohe Fluktuationsrate bzw. Abwanderung von Mitgliedern. Wagners Behauptung in einer Ortsgruppenversammlung Ende März 1931, die Münchner Mitgliederzahl – noch Ende 1929 rund 3500 – habe „um das dreifache ihres ursprünglichen Bestandes zugenommen. [...] 3/4 der Zugänge sind aus den Kreisen der Münchener Arbeiterschaft“³⁹, war natürlich weit übertrieben bzw. eine Verwechslung mit der Mitgliederzahl des gesamten Gaues. Doch auch wenn die Münchner Organisation ihre Zahl nur verdoppelt hatte, bedeutete dies, daß sie bereits bis zum Herbst 1931, als der Gaugeschäftsführer die Mitgliederzahl auf rund 5000 bezifferte,⁴⁰ wieder einen Großteil ihrer Mitglieder verloren hatte. Anfang 1932 gab Wagner in der Parteipresse unumwunden zu, daß der gesamte Gau München-Oberbayern von den weit über 10000 Neuzugängen des Vorjahres bereits die Hälfte wieder verloren habe. Mit der Aussage, man habe immer nur die „besten Volksgenossen“ behalten und alles „Untaugliche“ abgestoßen, kaschierte er auf elegante Art diese extreme Fluktuationsrate.⁴¹ Möglicherweise war die Aufhebung der reichsweiten NSDAP-Mitgliedersperre im Frühjahr 1932 in München hierfür ein Indiz.⁴² Besonders einschneidende Mitgliederverluste und rückläufige Neuzugänge beobachtete die Polizei bei der Münchner NSDAP schließlich auch im Herbst 1932.⁴³

Die Mitgliederentwicklung der Münchner SS ist durch eine Vielzahl von SS-internen Angaben gut verbürgt.⁴⁴ Die Mannschaftsstärke stieg von nur 20 Mitgliedern im Oktober 1928 auf 120 im Oktober 1929, ca. 200 im Oktober 1930, 555 im Dezember 1931 und schließlich auf 881 im Januar 1933. Der Reitersturm zählte

³⁷ Münchner Wacht 7 (Juni 1930), „Gau-Befehl“.

³⁸ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 8.

³⁹ StA, PDM 6742: Polizeibericht vom 26. 3. 1931 über die Versammlung der Ortsgruppe 20 am 25. 3. 1931.

⁴⁰ IfZ, MA 738: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf München Stadt vom 19. 9. 1931.

⁴¹ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“. Front 8 (20. 2. 1932), „Tod diesem System!“.

⁴² StA, PDM 6743: Polizeibericht über die Versammlung der Ortsgruppe 7 am 19. 1. 1932 in der Blüte.

⁴³ StA, Lagebericht 113a (30. 12. 1932), S. 1.

⁴⁴ Im Folgenden: StA, PDM 6827: Vermerk PDM/VI, 17. 10. 1929: Stärke der Münchner SS im Oktober 1928 20 Mann und im Oktober 1929 120. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 7: Stärke der Münchner SS 140 Mann. StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9: Münchner SS zählt 200 Mann. StA, PDM 6829: PND 727 (1. 4. 1931) über den Appell der SS München-Oberbayern am 11. 3. 1931: Münchner SS zählt 350 Mann. StA, PDM 6829: PND 741 (29. 7. 1931) über die Rede des SS-Oberführers Dietrich beim Appell der SS-Standarte I am 9. 7. 1931: Münchner SS zählt 460 Mann. StA, PDM 6828: Bericht PDM/VI/N über den Appell der Münchner SS am 28. 8. 1931: Münchner SS zählt 538 Mann. StA, PDM 6824: „Gesamt-Stärkemeldung der SS für den Monat Dezember 1931“; Zusammenstellung der OSAF vom 25. 1. 1932: Münchner SS zählt 555 Mann. StA, PDM 6828: Hs. Vermerk PDM/VI/N vom 14. 3. 1932: Stärke der Münchner SS 743 Mann. Ebenda: Stärkemeldung der SS-Standarte I für August 1932, Abschrift PDM/VI vom 9. 9. 1932. Ebenda: Stärkemeldung der SS-Standarte I München für Dezember 1932, Notiz Standartenführer Höflich vom 7. 1. 1933. Ebenda: Stärkemeldung der SS-Standarte I München sowie der Sturmabteilung I, II und III für Januar 1933: Stärke der Münchner SS 881 Mann.

im Frühjahr 1932 75 Mann.⁴⁵ Der stärkste Wachstumsschub ließ sich in den zehn Monaten von Oktober 1930 bis August 1931 beobachten, in denen der Verband um 340 Mann anstieg, und in den drei Monaten von Dezember 1931 bis März 1932, in denen über 180 Münchner in die SS eintraten. Dagegen stagnierte der Zuwachs von August bis Dezember 1931, als sich die Münchner SA und SS durch Putschgerüchte und die Pressemeldungen über Röhm in großer Unruhe befanden.⁴⁶ Und auch in den 10 Monaten zwischen März 1932 und Januar 1933 konnte der Verband seine Mitgliederzahl nur um 134 Mann steigern. Wenngleich der SS-Abschnitts-Führer I (Süd), Dietrich, im November 1931 die Münchner SS als den kleinsten Verband des gesamten Abschnitts bezeichnete,⁴⁷ ergaben die SS-Stärkemeldungen für November und Dezember 1931⁴⁸ sowie Januar 1932⁴⁹ das Gegenteil. Hier zählte München zu den mannschaftsstärksten Standarten im Reich und umfaßte mehr SS-Männer als ganze Großregionen. Unter den Standarten, die ein Stadtgebiet bearbeiteten, erschien München nach Berlin als zweitstärkster Verband. Auch im SS-Abschnitt I stand München vor den Standarten Mittel- und Unterfranken und Oberbayern und war damit der stärkste städtische SS-Verband in Bayern. Die gesamte SS im Reich war von etwa 1400 Mann im April 1929 auf 17717 im Dezember 1931, 23 853 im August 1932 und schließlich rund 52 000 im Januar 1933 angestiegen, die SS in Süddeutschland von fünf Brigaden mit insgesamt 1600 Mann im Dezember 1930 auf 4818 Jahresende 1931.⁵⁰ Die stetig hohe Fluktuation verschonte auch die Münchner SS nicht. So verlor der Verband im Herbst 1929 binnen dreier Monate von 154 Mitgliedern 10, die freiwillig austraten, und 23, die wegen „Ungehorsams“ oder „Pflichtwidrigkeit“ ausgeschlossen wurden.⁵¹ Eine ähnliche Situation bot sich im Januar 1932 in der gesamten SS-Gruppe Süd. Drei Standarten hatten innerhalb dieses Monats etwa die Hälfte ihrer Neuzugänge verloren, bei drei weiteren übertrafen die Abgänge die Zugänge. Die Münchner Standarte wiederum hatte 118 neue Mitglieder gewonnen und 108 verloren. Bei einer Gesamtmitgliederzahl der SS-Gruppe von 4933 standen 474 neu gewonnenen Mitgliedern 364 Abgänge gegenüber.⁵²

⁴⁵ VB 47 (16. 2. 1932), „Reiterfest der 1. SS-Standarte München, Sturm 3/I“.

⁴⁶ Vgl. Kapitel IV.4.

⁴⁷ StA, PDM 6829: Vermerk PDM/VI/N über die Führerbesprechung des SS-Abschnitts I Süd am 19. 11. 1931.

⁴⁸ StA, PDM 6822: Rschr. der RFSS vom 23. 1. 1932: Gesamtstärkemeldung der SS für Dezember 1931. StA, PDM 6824: Gesamtstärkemeldung der SS für Dezember 1931; Zusammenstellung der OSAF vom 25. 1. 1932.

⁴⁹ StA, PDM 6828: „Stärkemeldung Monat Januar 1932“ der SS-Gruppe Süd vom 24. 2. 1932.

⁵⁰ Gesamtstärkemeldung der SS für den Monat Dezember 1931: Kapitel IV.5. Anm. 48. StA, PDM 6827: Vermerk PDM/VI, 14. 10. 1929: Einteilung der SS in Staffel, Schar und Gau. StA, PDM 6827: PDM Vermerk 17. 4. 1929: „... nunmehr“ richtige Zahlen bekannt. Der StA, Lagebericht 74 (23. 2. 1929), S. 10. hatte noch 12–1500 Mann angegeben. StA, PDM 6829: Hs. Vermerk der PDM/VI/N vom 19. 12. 1930. Werner, SA, S. 551. Weniger zuverlässig erscheinen die abweichenden Angaben Koehls und Höhnes, die oftmals auf der SS-internen Selbstdarstellung nach 1933 beruhen: Koehl, Black Corps, S. 43, 53, 79. Höhne, Orden, S. 57.

⁵¹ StA, 6827: Vermerk PDM/VI, 17. 10. 1929.

⁵² StA, PDM 6828: „Stärkemeldung Monat Januar 1932“ der SS-Gruppe Süd vom 24. 2. 1932.

Vom Jahresende 1928 bis Oktober 1930 verdoppelte die Münchner SA ihre Stärke auf rund 600 Mann.⁵³ Die nächsten Monate brachten einen rasanten Mitgliederzulauf: Im März 1931 war der Verband über 1600 Mann stark⁵⁴ und umfaßte bereits im Dezember 1931 2677 Mann. Die Standarte 2 (München Land) zählte 1855 Mann.⁵⁵ Bei einem „Generalappell“ der gesamten SA und SS Münchens am 15. 9. 1932 erschienen im Zirkus Krone 5600 SA- und SS-Leute; somit dürfte sich der Mitgliederstand von Ende 1931 bis zum Jahresende 1932 noch einmal erhöht haben.⁵⁶ Der SA-Spitze war der Münchner Verband jedoch stets zu klein. Im März 1929 kritisierte der südbayerische SA-Führer Schneidhuber, der Verband entspreche weder der Einwohnerzahl der Stadt noch dem Anspruch Münchens als einem „Hauptstützpunkt der NSDAP“.⁵⁷ Wagner setzte sich sofort nach seiner Ernennung als Münchner Gauleiter das Ziel, „daß die SA bald wieder auf der Höhe sei, die ihr in München als ihrer Geburtsstätte zusteht“.⁵⁸ Im Vergleich mit anderen städtischen SA-Verbänden stand München an Mitgliederstärke im Januar 1929 an 20. Stelle und im Januar sowie im April 1930 an 14. Stelle.⁵⁹ Im Frühjahr 1931 stellte München immerhin beinahe 60 Prozent der 2800 Mann starken SA-Untergruppe Oberbayern und 17 Prozent der SA-Gruppe Süd mit 9500 Mann. München rangierte zwar hinter der Millionstadt Berlin (3200 SA-Leute) oder auch hinter Düsseldorf (2200 SA-Leute), konnte sich jedoch durchaus mit Hamburg (1000 SA-Leute), Essen (1700 SA-Leute) und Köln-Aachen (1700 SA-Leute) messen.⁶⁰ Dasselbe galt auch am Jahresende 1931, obwohl die OSAF noch im September ärgerlich festhielt: „Die Entwicklung der SA in Bayern hat mit der im übrigen Reichsgebiet nicht Schritt gehalten“.⁶¹ Die Münchner SA umfaßte nun 42 Prozent der rund 6030 Mann starken SA-Untergruppe München-Oberbayern und war zusammen mit der SA München-Land weitaus größer als etwa die Standarte 3 (Schwaben) mit 3240 Mann.⁶² Anfang 1932 lobte Wagner die nach eigenen Angaben 7500 bis 8000 SA- und SS-Leute des Gaues München-Oberbayern als, im Vergleich zur Bevölkerungszahl, stärksten Verband in ganz Deutschland. Zwei Drittel der Parteimitglieder seien hier aktiv.⁶³ Reichsweit standen im Herbst 1932

⁵³ StA, Lagebericht 94 (24. 10. 1930), S. 9.

⁵⁴ StA, Lagebericht 99 (20. 4. 1931), S. 3. StA, PDM 6828: Polizeibericht über den Appell der SA-Brigade München-Oberbayern am 7. 3. 1931; Angaben Röhms.

⁵⁵ StA, PDM 6827: Vierteljahresbericht IV/31 der SA-Gruppe Hochland vom 14. 1. 1932.

⁵⁶ StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 790 (24. 12. 1932) über die Veranstaltung. Es ist jedoch nicht zu klären, ob tatsächlich sämtliche Besucher Mitglieder beider Organisationen waren, bzw. ob damit bereits die gesamte Mitgliedschaft von SA und SS erfaßt war.

⁵⁷ StA, PDM 6809: PND 649: Appell des SA-Sturm 3, am 1. 3. 1929: Ansprache des Sturmführers.

⁵⁸ StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 10.

⁵⁹ BA, Berlin, NS 1/303: „Statistischer Rückblick auf das Kampffahr 1929“, gedruckte Übersicht, o. w. A. StA, Lagebericht 90 (8. 4. 1930), S. 16.

⁶⁰ BA, Berlin, Slg. Schumacher 404: Anlage eines nicht rekonstruierbaren Rschr. der OSAF: „Einteilung des SA-Bereiches ab 1. 5. 1931“.

⁶¹ StA, PDM 6824: OSAF-Verfügung Nr. 6401/31 (28. 9. 1931).

⁶² StA, PDM 6824: Zusammenstellung der SA-Stärke durch die OSAF vom 11. 1. 1932 nach dem Stand der Meldungen vom 15. 12. 1931. StA, PDM 6827: Vierteljahresbericht IV/31 SA-Gruppe Hochland vom 14. 1. 1932.

⁶³ Front 8 (20. 2. 1932), „Tod diesem System!“ Front 1 (1. 1. 1932). „Zum Kampf 1932“.

rund 435 000 Mitglieder in den Reihen der SA.⁶⁴ Obwohl sich die Fluktuation der Münchner SA mangels Quellen nicht genauer umreißen läßt,⁶⁵ kann man davon ausgehen, daß diese wie im Falle der Parteimitgliedschaft bzw. der SS besonders in den Krisenmonaten 1931 und 1932 erheblich war.

Die Zahl der Münchner HJ-Mitglieder stieg Mitte 1929 von rund 40⁶⁶ bis Mai 1930 auf etwa 100 an und zählte Ende 1931 etwa 280. Im März 1932 waren in München rund 500 Mitglieder in HJ und BDM zusammen aktiv.⁶⁷ Das illegal aktive Jungvolk organisierte 1932 in der Stadt 20 bis 30 Jungen.⁶⁸ Der Münchner NSS umfaßte im Dezember 1930 nur 7 Schüler und stand damit weit hinter den NSS-Organisationen im Reich zurück. Die Berliner Organisation hatte zum selben Zeitpunkt 735 Mitglieder, der Gau Hamburg 272, selbst der Würzburger NSS zählte 24 Mitglieder, die Organisation in Düsseldorf 30, in Stuttgart 60.⁶⁹ Der gesamte bayerische NSS führte im September 1931 92 Mitglieder und im Dezember 1932 in Südbayern 604.⁷⁰ Reichsweit hatte der NSS am Anfang Dezember 1930 5895 Mitglieder, im Februar 1931 über 7000⁷¹ und im Februar 1932 15 655 Mitglieder.⁷² Jede größere Entfaltung des Münchner NSS und des Jungvolkes dürfte jedoch am Widerstand der Polizei gescheitert sein.⁷³ Auch der Münchner BDM war nur eine kleine Gruppe,⁷⁴ vergleicht man ihn mit der Stärke des Gauverbandes. Im gesamten Gau München-Oberbayern war die Organisation von 1930 bis zum Mai 1932 von 15 auf 50 Mitglieder angewachsen, umfaßte im Juli 1932 etwa 90, im November 166 und im Februar 1933 lediglich 200 Mädchen.⁷⁵ Die Münchner HJ lieferte bis 1933 stets den größten Teil der Mitgliedschaft des HJ-Gauverbandes München-Oberbayern. Im Mai 1930 hatte der Gau gerade 25 Mitglieder mehr als

⁶⁴ Longerich, Braune Bataillone, S. 159.

⁶⁵ Vgl. z. B. StA, NSDAP 740: „Stärkemeldung“ des Sturmes 9 an den Sturmbann II, München vom 22. 3. 1931, gez. Sturmverwalter Schneidt: Der Sturm, Anfang April 91 Mann stark, verlor bis zum Monatsende zehn Mann. Vier davon waren versetzt worden, fünf waren entweder ausgeschlossen oder mangels Interesse gestrichen worden, einer trat freiwillig aus dem Verband aus.

⁶⁶ StA, Lagebericht 65 (21. 3. 1928), S. 23. Ebenda 69 (31. 8. 1928), S. 15.

⁶⁷ StA, PDM 6842: PND 698: HJ-Gauführer Klein am Sprechabend Ortsgruppe Gern-Nymphenburg am 16. 5. 1930. Front 19 (5. 12. 1931), „Die Arbeitswanderausstellung der HJ“. Front 2 (9. 1. 1932), „Unser Vormarsch in Oberbayern. Die Entwicklung der HJ im Gau München-Oberbayern“. StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 8.

⁶⁸ StA, PDM 6842: PND 698: Polizeivernehmung eines HJ-Mitglieds, das eine Schülergruppe leitete, vom 4. 2. 1932.

⁶⁹ BA, Berlin, NS 22/423: Jahresbericht des NSS für die Zeit vom 17. 11. 1929 bis 1. 12. 1930.

⁷⁰ Pridham, Hitler's Rise, S. 209.

⁷¹ BA, Berlin, NS 22/423: Jahresbericht des NSS vom 31. 1. 1931 für den Zeitraum 17. 11. 1929–1. 12. 1930.

⁷² BA, Berlin, NS 22/420: Bericht Reichsführer HJ und NSS Renteln vom 24. 2. 1932 zur Stärke seiner Verbände.

⁷³ Vgl. Kapitel I.3.

⁷⁴ Die von der BDM-Führerin Königsbauer für den Gau-BDM im April 1932 angegebene Zahl von nur 15 Mädchen dürfte jedoch zu niedrig gewählt sein: HStA, Slg. Varia: Gebiet Hochland, 1. Gebietstreffen in München 19.–21. 8. 1937, S. 14.

⁷⁵ HStA, Reichsstatthalter 451: Festschrift „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“ München 1943, S. 4f. Leonhart, Wir arbeiten auf lange Sicht, S. 193. BA, Berlin, NS 22/266: GGF an ROL vom 21. 12. 1932.

die Münchner HJ;⁷⁶ die Mitgliedschaft wuchs bis Sommer 1931 auf 500, zählte zum Jahreswechsel 1931/32 etwa 1000 Jungen⁷⁷ und stieg bis Sommer 1932 auf rund 1500 Mitglieder an.⁷⁸ Die HJ bezifferte ihre reichsweite Stärke im Oktober 1932 mit rund 70000 Mitgliedern.⁷⁹

Allen Werbekampagnen und Anstrengungen zum Trotz schickte somit nur ein geringer Teil der Münchner Parteimitgliedschaft seine Kinder in die HJ. Für diese niedrigen Mitgliederzahlen wie auch die hohe Fluktuationsrate – nach eigenen Angaben verzeichnete die Organisation 1928 und 1929 dreimal soviele Abgänge wie Neuzugänge – war in München und Oberbayern vor allem das Vorgehen der Polizei verantwortlich. Zudem bevorzugten die 17-jährigen Jungen offensichtlich eher die SA.⁸⁰ Die Fluktuation hielt auch 1932 unvermindert an: Während der HJ-Gau München-Oberbayern im Sommer 1932 noch 1500 Mitglieder meldete,⁸¹ umfaßte das gesamte HJ-Gebiet Hochland mit den Kreisgebieten München, Oberbayern und Schwaben am 9. März 1933 nur noch rund 1000 Mitglieder.⁸² Die bayerische HJ konnte mit dem reichsweiten Zuwachs der HJ nicht mithalten, die zwischen 1929 und Ende 1931 nach parteieigenen Angaben von 18000 auf 48000 Mitglieder⁸³ und schließlich auf genau 43434 HJ-Mitglieder und 5184 BDM-Mitglieder im März 1932 expandierte.⁸⁴ Hinsichtlich der Mitgliederstärke stand der Gau München-Oberbayern im November 1931 unter den 40 HJ-Gauen im Reich an 17. Stelle, fiel im darauffolgenden Monat auf Platz 26 und im Januar 1932 auf Platz 28 unter den mittlerweile 45 Gauen. Der Dachverband, das HJ-Gebiet Hochland, wechselte im gleichen Zeitraum von der neunten Stelle unter den zwölf HJ-Gebieten zunächst auf die vorletzte elfte Stelle und schließlich auf die zehnte Stelle. Die Münchner Mitgliedschaft stand weit hinter anderen Großstädten außerhalb Bayerns zurück.⁸⁵ Diese Entwicklung hielt auch im Jahr 1932 an.⁸⁶

Die Nachrichten über die Mitgliederzahlen der Münchner NSBO sind spärlich. Möglicherweise wollte man aus Furcht vor der Gegenwehr der Betriebe keine Details nach außen dringen lassen. Doch selbst allgemeine Unterlagen über die Mitgliederentwicklung oder die Fluktuationsrate fehlen. Die erfolglose Münchner

⁷⁶ StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 12.

⁷⁷ Front 1 (1. 1. 1932), „Zum Kampf 1932“. Front 2 (9. 1. 1932), „Die Entwicklung der HJ im Gau München-Oberbayern“. Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern“. StA, PDM 6842: PDM an bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus vom 20. 2. 1932. IFZ, MA 738: HJ-GL an die Ortsgruppen des Gaus München-Oberbayern vom 20. 1. 1932.

⁷⁸ StA, PDM 6735: PND 782: Gautagung des Gaus München-Oberbayern am 1. 7. 1932.

⁷⁹ Brandenburg, HJ, S. 115 ff.

⁸⁰ Front 36 (3. 9. 1932), „4 Jahre Hitlerjugend im Gau München-Oberbayern“.

⁸¹ Ebenda.

⁸² BA, Berlin (ehem. BDC), Pk Klein, Emil: Arbeitsbericht des HJ-Gebietsführers Emil Klein für die Zeit vom 9.3.–25. 10. 1933. „15 Jahre Gebiet Hochland“, S. 4 (Kapitel IV.5., Anm. 75).

⁸³ Front 19 (5. 12. 1931), „Die Arbeitswandausstellung der HJ“.

⁸⁴ StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 8.

⁸⁵ StA, PDM 6826: Reichsrundschreiben der HJ-RL 3/31 (15. 12. 1931) und 1/32 (1. 5. 1932), jeweils Anlage.

⁸⁶ Vgl. z. B. StA, PDM 6826: Reichsrundschreiben der HJ-RL 3/32 (26. 2. 1932), S. 4f. und Anlage 2.

Vorgängerorganisation der NSBO, die „Großdeutsche Gewerkschaft“, gewann gerade 60 Mitglieder im Februar 1929 und stagnierte von September bis zur Auflösung bei knapp 300.⁸⁷ Auch die Mitgliederstärke der städtischen NSBO dürfte nur gering gewesen sein, nachdem die Organisation im gesamten Gau München-Oberbayern in der zweiten Jahreshälfte 1931 bei 800 Mitgliedern verharrte⁸⁸ und bis Anfang Januar 1933 nur auf 3531 Mitglieder anwuchs.⁸⁹ Während der Mitgliederstand in ganz Bayern Ende September 1932 etwa 25 000 betrug,⁹⁰ waren es im Reich im Juni 1932 nach Parteiangaben rund 110 000,⁹¹ im Herbst des Jahres ca. 9000 Betriebszellen mit etwa 200 000 Mitgliedern und bis zum Januar 1933 rund doppelt so viele Mitglieder.⁹² Unzufrieden mit der Bilanz des Gaus, verbesserte NSBO-Kreisleiter Gleixner den Mitgliederstand auf der Funktionärstagung des NSBO-Kreises München-West kurzerhand auf 4000. Die NSBO-Gauleitung wiederum setzte sich auf der Tagung die Verdoppelung der Mitgliederzahl zum Ziel und erklärte die anstehenden Betriebsrats- und Krankenkassen-Wahlen zur Schlüsselwahl, da die Münchner NSBO bislang nicht einmal bei der Unterwanderung der Betriebsräte größere Erfolge vorweisen konnte.⁹³ Erst im Mai 1931 war mit Sebastian Gleixner bei der Firma Osram erstmals ein Nationalsozialist in einen städtischen Betriebsrat gewählt worden.⁹⁴ Bei den Wahlen in der ersten Hälfte 1931 gelang es der NSBO in zwölf Betrieben, darunter dem Städtischen Schlacht- und Viehhof, der Firma Siemens & Halske/Technisches Büro, der Dachauer Wurstfabrik Wulfert und Sohn, den Bayerischen Motorenwerken, der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, der Bayerischen Landesgewerbebank,

⁸⁷ HStA, MInn 81661: Bericht vom 2. 2. 1929, verfaßt vermutlich von der PDM. StA, PDM 6850: PND 670: Der neue Vorsitzende der GdGW, Amann, am Sprechabend der Münchner GdGW am 6. 9. 1929.

⁸⁸ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 2. StA, PDM 6735: PDM/VI/N an MInn vom 9. 10. 1931: Tagung des Gaus München-Oberbayern am 2. 10. 1931 in München.

⁸⁹ VB 51 (23. 2. 1934), „Gau München-Oberbayern im Jahr der Entscheidung“.

⁹⁰ StA, PDM 6850: Vermerk PDM vom 26. 9. 1932.

⁹¹ VB 168 (16. 6. 1932), „Warum nationalsozialistische Betriebszellen“.

⁹² StA, Lagebericht 112a (20. 10. 1932), S. 3. Orlow, Nazi Party, S. 276.

⁹³ StA, PDM 6850: PND 799: Amtswaltermittlung NSBO-Kreis West am 3. 1. 1933. Zur nationalsozialistischen Beteiligung an Betriebsratswahlen: StA, Lagebericht 91 (23. 5. 1930), S. 11: Beteiligung an den Wahlen zum Angestellten- und Betriebsrat der Bayerischen Versicherungskammer im Frühjahr 1930. StA, Lagebericht 101 (9. 6. 1931), S. 2: Bei den Wahlen der Reichsbahn in München am 9./10. Mai 1931 wurde kein Nationalsozialist gewählt. Front 15 (7. 11. 1931), „Wir trommeln. Die Barmer-Ersatzkassenversammlungen und der deutsche Bankbeamtenverein“; der Artikel meldete zwar ausführlich, die Nationalsozialisten hätten bei der Neuwahl des Verwaltungsvorstandes in München dem Deutschen Bankbeamtenverein erheblich Stimmen abnehmen können, von einem gewählten NS-Vertreter wird jedoch nicht berichtet. VB 268 (12. 11. 1930), „Die Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn“. BK 303 (30. 10. 1930), „Reichsbahnratswahlen“. StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 8: Bei den reichsweiten Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn am 19. und 20. Oktober 1930 hatte die NS-Liste, außer in Berlin, keinerlei Erfolg. StA, PDM 6850: PDN 803 über die NSBO-Amtswaltermittlung München-Oberbayern am 5. 2. 1933: Hier wurde diskutiert, warum die NSBO bislang keinen Vertreter in den von Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaften dominierten Krankenkassenvertretungen Münchens stellte.

⁹⁴ VB 142 (22. 5. 1931), „Unser Sozialismus“.

dem Herrenmoden-Geschäft Geschwister Heener sowie der Metallwarenfabrik Friedrich Deckel, ein bis zwei Vertreter in den jeweiligen Betriebsrat einzubringen. Die Nationalsozialisten befanden sich hier jedoch stets in verschwindender Minderheit gegenüber den Vertretern der Freien Gewerkschaften oder anderer Verbände.⁹⁵ Allein bei den Vorstandswahlen für die Verwaltungsstelle München der Barmer Ersatzkasse am 22. Oktober 1931 gelang der NSBO ein bemerkenswerter Erfolg. Von den rund 600 abgegebenen Stimmen fielen 303 auf die NS-Liste. Damit waren alle fünf nationalsozialistischen Listenmitglieder und auch die folgenden fünf Ersatzleute gewählt worden.⁹⁶ Möglicherweise waren auch bei der Betriebsrätewahl der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank einige nationalsozialistische Kandidaten gewählt worden.

Die vor Kündigungen gesicherte Position eines Betriebsrates war vor allem für die Gründung von Betriebszellen von großem Nutzen.⁹⁷ Wahrscheinlich hatte die NSBO entsprechend ihren niedrigen Mitgliederzahlen im Gau auch bei der Gründung von Betriebszellen im Gau und in München keinen großen Erfolg, wengleich sich die tatsächliche Zahl der Münchner Betriebszellen nur eingeschränkt belegen läßt. Ein Teil der NSBO-Mitglieder war ohnehin nur aufgrund der im Vergleich zur NSDAP niedrigeren Beitragssätze beigetreten und engagierte sich nicht in Betriebszellen.⁹⁸ Die vom Gauleiter Wagner im März 1931 veröffentlichte Zahl von 220 Zellen⁹⁹ ist nicht mehr nachprüfbar. Seit Februar 1931 existierte bei der Reichsbahn eine Betriebszelle mit 16 Mitgliedern,¹⁰⁰ drei Monate später wurde bei der Firma Osram eine Zelle aktiv, geleitet vom Mitglied des Betriebsrates und kurzzeitigen NSBO-Kreisleiter 4, Sebastian Gleixner,¹⁰¹ im Spätherbst des Jahres entstand auch bei den Bayerischen Motorenwerken (BMW) eine Zelle.¹⁰² Seit dem Frühjahr 1932 war im Münchner Arbeitsamt eine Zelle mit sechs Mitgliedern aktiv.¹⁰³ Bei der Reichsbahn entstand im Frühjahr 1932 eine

⁹⁵ StA, PDM 6850: Zusammenstellung der „Betriebs-Wahlergebnisse 1931 der NSDAP im Gau München-Oberbayern“ durch die PDM/VI/N, o. w. A. StA, PDM 6742: Polizeibericht 26. 3. 1931 über die Rede Wagners in der Versammlung der Ortsgruppe 20 am 25. 3. 1931.

⁹⁶ VB 298/299 (25./26. 10. 1931), „Barmer Ersatzkasse in unserer Hand“.

⁹⁷ VB 142 (22. 5. 1931), „Unser Sozialismus. Graf Reventlow spricht bei den nationalsozialistischen Studenten“.

⁹⁸ Immer wieder griff die NSBO reichsweit, wie auch im Gau, zu drastischen Maßnahmen, um Nationalsozialisten in den Betrieben zu zwingen, Betriebszellen zu gründen: Vgl. Kapitel IV.3.

⁹⁹ StA, PDM 6742: Polizeibericht 26. 3. 1931 über die Versammlung der Ortsgruppe 20 am 25. 3. 1931.

¹⁰⁰ StA, PDM 6850: PND 724: Versammlung der Gau-NSBO für Mitglieder der Reichsbahn am 2. 2. 1931.

¹⁰¹ VB 142 (22. 5. 1931), „Unser Sozialismus“. StA, PDM 6850: PND 804 über die NSBO-Amtswaltersitzung München, Kreis 4 am 10. 2. 1933.

¹⁰² StA, PDM 6850: PND 755: Polizeibericht vom Oktober 1931. HStA, MInn 81587: PDM an MInn vom 24. 3. 1932 zum Verbot der von der NS-Betriebszelle bei BMW für den 26. 2. 1932 einberufenen Belegschaftsversammlung der Firma.

¹⁰³ Deren Leiter, der frühere Sektionsführer Innere Stadt, Karl Eggers, war dort seit Dezember 1928 beschäftigt und seitdem mehrfach wegen seiner Parteitätigkeit verwarnt worden. Eggers nahm am 11. März 1933 mit einem SA-Sturm in eigener Regie die „Per-

weitere „Betriebszelle HBF München“. ¹⁰⁴ Im Münchner Funkhaus gründeten 22 Arbeiter und Angestellte im Oktober 1932 eine Zelle. ¹⁰⁵ Die im Januar 1933 aktiven Zellen im Kaufhaus Tietz und bei der Firma Metzler waren bereits im Vorjahr entstanden. Ihre Obleute beklagten allerdings die massiven Schwierigkeiten, die der nationalsozialistischen Propaganda in diesen Betrieben entgegengesetzt würden. ¹⁰⁶ Die Münchner Polizei, die nur einen Teil der aktiven Betriebszellen registrierte, notierte im Februar 1933 in acht Betrieben oder Ämtern nationalsozialistische Betriebszellen mit insgesamt 106 Mitgliedern. Dazu gehörten die bereits genannten Firmen Osram und Metzeler & Co., letztere mit 47 Mitgliedern, die Laderinnung, die Bayerischen Leichtmetallwerke, die Firma Siemens & Halske, die Firma Kraftverkehr Bayern, das Statistische Landesamt und die Gaswerk-Verwaltung. ¹⁰⁷ Seit November 1932 arbeiteten im Gau München-Oberbayern zusätzlich die reichsweit 1500 Mitglieder starken NS-Jugendbetriebszellen. ¹⁰⁸

Der Mitgliederstand der Münchner NSBO-Fachgruppen ist nicht bekannt. Die städtische Fachgruppe für Beamte zählte vom Sommer 1931 bis zum Frühjahr 1932 vor allem Stadträte und Lehrer sowie Beamte der Reichsbahn, Reichspost, Justizbehörden und des Finanzamtes in ihren Reihen. Die größte Gruppe stellten die mittleren und unteren Beamten, darunter in der „Mehrzahl“ Finanzbeamte. ¹⁰⁹ Teile der Münchner Beamtenschaft sympathisierten durchaus mit der NSDAP. Dies zeigt der Polizeibericht über die Diskussion im Anschluß an eine NSBO-Beamtenversammlung am 16. Juni 1931, bei dem freilich Übertreibungen oder gezielte Falschbehauptungen nicht ausgeschlossen werden können: Ein Staatsangestellter behauptete hier, „daß seine ganze Abteilung einschließlich ihres Leiters der NSDAP beitreten werde. Dies habe sein Amtsvorstand persönlich inszeniert“. Ein Münchner Oberzollsekretär prophezeite, „daß beim Zoll die Stimmung der Beamtenschaft sehr gespannt sei und daß die verantwortlichen Staats-

sonalsüberung“ vor. Front 24 (11. 6. 1932), „Nazi-Angestellte im Arbeitsamt München“. BA, Berlin (ehem. BDC), SA-Personalakte Eggers, Karl: Eggers an SA-Schützenstandarte 2 vom 10. 9. 1937. Ebenda: Eggers an OSAF/Dienststelle „Betreuung“ vom 2. 11. 1942. Ebenda: Eggers an RL vom 23. 2. 1943. Ebenda: Arbeitsamt München an Eggers vom 8. 6. und 4. 8. 1932: jeweils dienstliche „Verwarnung“.

¹⁰⁴ StA, PDM 6850: Informationsschrift „NSBO Gau München-Oberbayern“ Nr. 1 (Januar 1933).

¹⁰⁵ Front 41 (8. 10. 1932), AdB.

¹⁰⁶ StA, PDM 6850: PND 799 über die Amtswaltertagung NSBO-Kreis West am 3. 1. 1933.

¹⁰⁷ StA, PDM 6805: „nationalsozialistische Zellen in hiesigen Betrieben“, Vermerk der PDM/VI vom 3. 2. 1933.

¹⁰⁸ BA, Berlin, NS 22/420: RL der NS-Jugendbetriebszellen an ROL I vom 9. 2. 1932.

¹⁰⁹ Im folgenden handelt es sich zwar um Versammlungen der NSBO-Gauorganisation, nachdem diese jedoch in München stattfanden, dürfte hier vor allem der Stand der Münchner Fachgruppe wiedergegeben sein: StA, PDM 6850: PND 739: Beamtenversammlung der NSBO des Gau München-Oberbayern am 16. 6. 1931. Ebenda: PND 764: Mitgliederversammlung der Fachgruppe Beamte des Gau München-Oberbayern am 17. 1. 1932. Ebenda: PND 770: Mitgliederversammlung der Fachgruppe Beamte am 17. 3. 1932. Ebenda: PND 775: Mitgliederversammlung der Fachgruppe Beamte am 2. 5. 1932. Zu diesen Mitgliederversammlungen waren nur Mitglieder der Fachgruppe und Parteimitglieder zugelassen. Die Polizei ersah die Berufszugehörigkeit aus den Anwesenheitslisten.

männer recht große Augen machen würden, wenn sie die politische Einstellung ihrer Beamten kennen würden“. Ein Münchner Kommunalbeamter warf ein, „daß die Beamten der Straßenbahn alle für die NSDAP Sympathien hätten“. Amtsgerichtsdirektor Freiherr von Aufseß befand in seinem Beitrag über das Engagement von Beamten innerhalb der NSDAP, „daß gegen eine parteipolitische Betätigung nichts einzuwenden sei“.¹¹⁰

An sich hatte das Geflecht der nationalsozialistischen Unterorganisationen in München das Ziel, gesellschaftliche Gruppen und beruflich-wirtschaftliche Verbände weitestmöglich zu unterwandern oder diesen das Terrain streitig zu machen.¹¹¹ Die meisten Gruppierungen führten aber eher ein Randdasein im kleinsten Kreise und ohne größere Anziehungskraft für die breite Bevölkerung. Neben dem Bund der NS-Juristen mit 253 Mitgliedern im Gau und 21 in München (Oktober 1931)¹¹² arbeitete die Beamtenfachorganisation, die allerdings stets mit den Hemmungen gegenüber einem für Beamte riskanten Parteibeitritt rechnen mußte und bis Jahresanfang 1933 im gesamten Gau nur 602 Mitglieder gewann.¹¹³ Der Münchner NS-Ärztbund gewann unter den in München tätigen 1452 Ärzten und 214 Zahnärzten (Stand 1925)¹¹⁴ offiziell bis Juli 1930 23 Mitglieder und bis Ende 1932 gerade 31 weitere, darunter 14 praktische Ärzte und 14 Zahnärzte.¹¹⁵ Von den Münchner NS-Frauenorganisationen sind nur wenige Zahlen bekannt, und auch die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in der Stadt läßt sich nicht rekonstruieren. In der DFO-Ortsgruppe engagierten sich im Dezember 1930 220 Frauen,¹¹⁶ in deren Konkurrenzverband, der „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Frauen“, im Mai des Jahres rund 50 Mitglieder.¹¹⁷ Bis Ende der zwanziger Jahre existierten außer in München nur in Berlin und im NS-Gau Sachsen größere NS-Frauenverbände.¹¹⁸ Der DFO umfaßte Ende August 1930 160 Ortsgruppen mit insgesamt 4000 Mitgliedern.¹¹⁹ Sämtliche NS-Frauenverbände zusammen zählten zum Jahresende 1930 ca. 7600 Frauen,

¹¹⁰ StA, PDM 6850: PND 739: Beamtenversammlung der NSBO des Gaues München-Oberbayern am 16. 6. 1931.

¹¹¹ Diese Taktik verfolgte zumindest der ROL Straßer: Orlow, Nazi Party, u. a. S. 258 ff.

¹¹² StA, PDM 6859: Mitgliederliste des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Stand 1. 10. 1931, o. w. A.

¹¹³ VB 51 (23. 2. 1934), „Gau München-Oberbayern im Jahr der Entscheidung“.

¹¹⁴ Münchner Wirtschafts- und Verwaltungsblatt Nr. 12 (September 1927), S. 108.

¹¹⁵ StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 9. StA, PDM 6848: Vermerk PDM/Vld vom 16. 7. 1930. Ebenda: Liste „Ärzteverzeichnis“, die dem SA-Standartenbefehl Nr. 3/32 vom 19. 8. 1932 beigelegt war, Abschrift der PDM. Ebenda: Mitglieder-Liste des NS-Ärztbundes „für München und Vororte“, Stand 21. 11. 1932; die Liste führte nur „diejenigen Mitglieder, die es wünschten, genannt zu werden“. Somit repräsentieren die aufgeführten 45 Namen wohl nicht den gesamten Münchner Ärztbund.

¹¹⁶ StA, PDM 6852: PDM/Vld vom 2. 12. 1930 über eine Mitteilung der Münchner DFO-Führerin Stierhof-Schultes. Vgl. auch Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 157.

¹¹⁷ Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 159. StA, PDM 4853: PND 697 (9. 5. 1930) über die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Frauen am 6. 5. 1930.

¹¹⁸ Stephenson, Woman, S. 24.

¹¹⁹ StA, PDM 6852: Mitteilung 23 (1. 12. 1930) Polizeipräsidium Berlin an PDM. Stephenson, Woman, S. 230.

sechs Prozent der gesamten Parteimitglieder.¹²⁰ Drei Monate zuvor stand der Gau München-Oberbayern mit 776 Mitgliedern in der Rangfolge unmittelbar nach den Verbänden in „Groß-Berlin“ (917 Mitglieder) und noch vor Sachsen (673 Mitglieder), Düsseldorf (121 Mitglieder) und Essen (137 Mitglieder).¹²¹ Bis Jahresanfang 1933 steigerte der Gau seine Mitgliederzahl um das Siebenfache auf ca. 6000.¹²² Dementsprechend dürfte sich auch die Münchner Frauenorganisation wesentlich vergrößert haben. Der Münchner NS-Lehrerbund (NSLB) bestand im April 1931 aus einem kleinen Kreis von nur 21 Mitgliedern,¹²³ wuchs jedoch wohl noch erheblich, da auch die reichsweite Mitgliederzahl von ca. 2000 Ende 1931 auf ca. 5000 im April 1932, ca. 10000 im Oktober und schließlich rund 11000 Mitglieder im März 1933 anstieg.¹²⁴ Die Gau-Abteilung Kriegsoffer war zwar mit der Vertretung von Kriegsbeschädigten bei den Behörden stark beschäftigt, beklagte jedoch noch im Frühjahr 1932 das Desinteresse der Mitglieder anderer Kriegsbeschädigten-Verbände und selbst der NS-Parteiaktivisten,¹²⁵ das letztendlich die Gau-Mitgliederzahl bis Jahresanfang 1933 nur auf rund 1500 Mitglieder ansteigen ließ.¹²⁶

Der Erfolg an den Hochschulen

Die Mitgliederzahlen des NSDStB in München blieben auch nach 1929 verhältnismäßig niedrig. Unter den 7000–8000 Münchner Studenten der Jahre bis 1933 gewann der Bund an der Technischen Hochschule in der zweiten Jahreshälfte 1929 zwischen 22 und 37 Mitglieder¹²⁷ und an der Universität bis November 1930 rund 100 Mitglieder.¹²⁸ Vermutlich stieg diese Zahl auch in den folgenden Jahren nicht gravierend an, betrachtet man die Mitgliederzahlen des NSDStB in Bayern und im Reich. Der NSDStB-Kreis VII (Bayern) stand im Juni 1932 mit rund 600 Mitgliedern, zuzüglich 100 des ANSt,¹²⁹ im Mittelfeld der zehn NSDStB-Kreise in Deutschland und Österreich und stagnierte in der zweiten Jahreshälfte 1932 bei rund 800 Mitgliedern.¹³⁰ Reichsweit steigerte sich der NSDStB von 2500 Mitglie-

¹²⁰ PDM-Vermerk vom 2. 12. 1930: Kapitel IV.5., Anm. 116. Knesebeck-Gohary, Frauenbewegungen, S. 157.

¹²¹ Stephenson, Woman, S. 25.

¹²² VB 51 (23. 2. 1934), „Gau München-Oberbayern im Jahr der Entscheidung“. Möglicherweise waren jedoch nur etwa die Hälfte davon gleichzeitig Mitglieder der NSDAP: Pridham beziffert die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in ganz Bayern für 1930 auf rund 1000 und 1933 auf etwa 2800: Ders., Hitler's Rise, S. 203.

¹²³ StA, NSDAP 992: NSLB-Ogf Weiskopf an NSLB-Gauleiter Bauer, 25. 4. 1931.

¹²⁴ Feiten, NS-Lehrerbund, S. 48 f.

¹²⁵ BA, Berlin, NS 22/452: „Tätigkeitsbericht“ der Abt. Kriegsofferversorgung des Gaus München-Oberbayern vom 25. 11. 1931, vom 20. 1. 1932 und vom 15. 4. 1932.

¹²⁶ VB 51 (23. 2. 1934), „Gau München-Oberbayern im Jahr der Entscheidung“.

¹²⁷ StA, Würzburg, RSF II/10: Lienau an NSDStB-RL vom 29. 11. 1929 und Antwort von Schirach am 1. 12. 1929.

¹²⁸ Böhm, Universität München, S. 57.

¹²⁹ StA, Würzburg, RSF II p 224: Protokoll der 7. „Führersitzung“ des NSDStB am 30. 6. 1932 im Braunen Haus.

¹³⁰ StA, Würzburg, RSF II 17: Hs. Grafik des „Mitgliederstandes in den Kreisen“ des NSDStB o. w. A. aus den Akten der NSDStB-Bundesführung.

dern im Sommer 1931 auf rund 4000 am Jahresende und schließlich auf ca. 8700 im Januar 1933.¹³¹ Der Münchner Ableger der reichsweit sehr kleinen nationalsozialistischen Studentinnenorganisation ANSt. übertraf mit seinen neun Mitgliedern Ende 1930 und 40 im Januar 1933¹³² immerhin die Gruppe in Göttingen mit nur zwölf Mitgliedern im Wintersemester 1930 bzw. zwanzig im Februar 1933 oder auch die Gruppe an der Universität Frankfurt mit sechs Mitgliedern im Dezember 1930. Berlin stellte im März 1931 mit 17 Mitgliedern reichsweit die stärkste ANSt.-Gruppe. Reichsweit war der ANSt. im März 1931 mit 150, im September 1932 mit 704 und vier Monate später mit 750 Mitgliedern vertreten.

Bis 1929 waren die Münchner Wahlergebnisse angesichts der Erfolge an anderen Universitäten für den NSDStB enttäuschend.¹³³ Erst jetzt, und damit später als im reichsweiten Durchschnitt der Universitäten, gelang der Durchbruch. Der Bund verdoppelte nun die Zahl seiner Stimmen und Sitze im AStA¹³⁴ und konnte einen Beisitzer in den fünfköpfigen Vorstand delegieren. Nachdem dies noch im Vorjahr der geschlossene Block der NS-Gegner im AStA verhindert hatte,¹³⁵ stellten die Nationalsozialisten mit Hilfe der Vertreter des Waffenrings und anderer kleinerer Gruppierungen von Juni 1931 bis 1933 stets den ersten Vorsitzenden und, bis auf die Nachwahl im Februar 1933, einen Beisitzer.¹³⁶ Seit Ende 1931 war ebenfalls ein Nationalsozialist leitender Gesellschafter des Münchner Ablegers der größten Sozialeinrichtung der „Deutschen Studentenschaft“ (DSt.), der „GmbH Studentenhaus“.¹³⁷ Doch mit 10 von 30 AStA-Sitzen hatte der Bund 1930 bereits die Grenze des Erfolgs erreicht. Im Herbst 1931 konnte trotz massivsten Propagandaaufwandes nur ein einziges weiteres Mandat hinzugewonnen werden, das bei der Wahl ein Jahr später wieder verloren ging. An der Technischen Hochschule war den Nationalsozialisten dagegen größerer Erfolg beschieden. Seit 1928 verdoppelte jeder Wahlgang die NSDStB-Stimmen und verschaffte dem Bund ab 1929 den AStA-Vorsitz und schließlich 1931 14 von 30 Sitzen, wovon er allerdings 1932 einen wieder einbüßte.¹³⁸ Mit Ausnahme des Jahres 1930, als der NSDStB-Stimmenanteil bei den AStA-Wahlen an der Münchner Universität den Reichsdurchschnitt um 0,5 Prozent übertraf, lag der Anteil immer weit unter die-

¹³¹ Grüttner, Studenten, S. 51. Bleuel/Klennert, Deutsche Studenten, S. 214. Kater, Studentenschaft, S. 117.

¹³² Im Folgenden: Manns, Frauen, S. 155, 162–165 sowie Anm. 49 und 57.

¹³³ Grüttner, Studenten, S. 496, Tabelle 25: So errangen die Nationalsozialisten an den Hochschulen in Erlangen und Greifswald schon 1928 die Mehrheit im AStA.

¹³⁴ Vgl. Anhang 1, Ergebnisse der AStA-Wahlen.

¹³⁵ StA, Lagebericht 95 (4. 12. 1930), S. 10.

¹³⁶ UAM, Senat 366 c/4: Berichte über das Wintersemester 1930/1931, das Sommersemester 1931 und das Wintersemester 1931/1932 jeweils vom AStA der Universität vom 10. 6. 1931 und 15. 5. 1932. StA, Würzburg, RSF II 18: Sitzung des AStA der Universität München am 8. 7. 1931 und 14. 12. 1931. Ebenda: Vorstandssitzung des AStA der Universität München am 5. 7. 1932 und am 3. 2. 1933.

¹³⁷ UAM, Senat 366 c/4: Bericht über das Wintersemester 1931/1932 vom AStA der Universität vom 15. 5. 1932.

¹³⁸ Vgl. Anhang 1, Ergebnisse der AStA-Wahlen. Franz, Münchner Hochschulen, S. 54. StA, Würzburg, RSF II 14: AStA-Vorstand der TH München an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus o. D., Entwurf des Schreibens, Januar 1930.

sem Durchschnitt. Befand sich der Münchner NSDStB 1928 bis 1930 noch im Mittelfeld der Ergebnisse an den deutschen Universitäten, so fiel er 1931, als der NSDStB reichsweit im AStA von elf Hochschulen die absolute Mehrheit besaß,¹³⁹ weiter zurück und erzielte 1932 neben Bonn das mit Abstand niedrigste Ergebnis im Reich – knapp 17 Prozent unter dem Durchschnitt. Dagegen lagen die Ergebnisse an der Münchner Technischen Hochschule bis 1930 stets geringfügig unter, 1931 und 1932 jedoch um zwei Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt und hoben den Bund damit in die Spitzengruppe des Reichsvergleichs.¹⁴⁰

Dennoch blieb dem Bund hier wie an der Universität die absolute Mehrheit der Stimmen bzw. Sitze bis 1933 verwehrt. Auf der Suche nach Erklärungen geraten vor allem drei Faktoren in den Blick: die Stabilität des katholischen Wählerblockes, die Etablierung neuer kleiner Gruppierungen bei den AStA-Wahlen und die Konsolidierung des Waffenringes nach massiven Verlusten. Gestützt von ihrem nur geringfügig schwankenden Wählerstamm, verteidigten die beiden katholischen Listen seit 1929 erfolgreich knapp ein Viertel der Sitze im AStA der Universität und ein Sechstel an der Technischen Hochschule.¹⁴¹ Diese Fraktionen wiederum orientierten sich stark an der ablehnenden Haltung des Katholizismus gegenüber der NSDAP. So schloß der Vorstand des Altherrenbundes, einem der großen Dachverbände der Münchner katholischen Verbindungen, des „Cartell-Verbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ (CV), im März 1932 die Mitgliedschaft wie auch jede Unterstützung der NSDAP für Katholiken kategorisch aus, „solange unsere Bischöfe sie verurteilen“. Der Vorstand erwartete zugleich, „daß die einzelnen Altherrenverbände gegen Versuche, durch die NSDAP die Politik in den CV hineinzutragen, [...] mit den schärfsten Mitteln vorgehen“.¹⁴² Ähnliche Ablehnung zeigten die großen katholischen Studentenverbände im gesamten Reich.¹⁴³ Seit 1930 standen dem Durchbruch des Münchner NSDStB zusätzlich zwei kleinere rechtskonservative Gruppierungen im Wege: Die liberale und die deutschnationale Liste hielten die Zahl ihrer Sitze zwischen 1930 und 1932 erfolgreich auf gleichem Stand. An der Universität sicherte überdies 1931/1932 die im Gegensatz zu den sozialistischen Listen erfolgreichere, den Sozialdemokraten nahestehende Liste „Fachschaften“ drei bis vier Sitze. Alle drei Listen banden im Herbst 1932 an der Universität ein weiteres Viertel aller Sitze. Die Verluste des NSDStB an den Münchner Hochschulen im Herbst 1932 hatten, wie bei den Reichstagswahlen auch, ihre Ursachen zum einen in der allgemeinen Wahlmüdigkeit. Doch mindestens ebenso folgenreich war das tiefe Zerwürfnis mit dem Münchner Waffenring,¹⁴⁴ das den Wählerzustrom zum NSDStB stoppte. Die alten Traditionen und das dichte Milieu der Verbände des Waffenringes zeigten nun Wirkung und stabilisierten den Rest der zwischen 1928 und

¹³⁹ Bleuel/Klunnert, *Deutsche Studenten*, S. 214. Kater, *Studentenschaft*, S. 117.

¹⁴⁰ Grüttner, *Studenten*, S. 495 (Tabelle 25).

¹⁴¹ Vgl. Anhang 1, Ergebnisse der AStA-Wahlen. Vgl. auch Böhm, *Universität München*, S. 56.

¹⁴² BSZ 52 (3. 3. 1932), Versammlung des CV München am 1. 3. 1932.

¹⁴³ Grüttner, *Studenten*, S. 32.

¹⁴⁴ Vgl. Kapitel IV.4.

1932 halbierten Wählerschaft an den Hochschulen.¹⁴⁵ Allerdings hielt dieser Trend den Waffenring nicht von der punktuellen Zusammenarbeit mit dem NSDStB im AStA ab. Seine Mitglieder lehnten keineswegs den Nationalsozialismus generell ab, sondern nur die drohende Selbstaufgabe der Organisation und damit ihrer Identität zugunsten einer Fusion mit dem NSDStB.

Die Nationalsozialisten konnten, wie schon an anderer Stelle beschrieben,¹⁴⁶ durch die Zusammenarbeit mit dem Waffenring nicht nur den AStA-Vorsitz an den Münchner Hochschulen, sondern bis zu dem Zerwürfnis Anfang 1932 auch dessen Politik weitgehend dominieren. Von den vermutlich rund 100 Studentenverbindungen in der Stadt¹⁴⁷ unterstützten nur sehr wenige offen den NSDStB. Im Februar 1932 standen nach NSDStB-Angaben vier Fünftel der Münchner Korporationen an der Seite des Waffenrings und damit gegen den Bund. Nur wenige Verbindungen standen dem NSDStB gegenüber „etwas positiver“, darunter Ratisbonen, „Weinheimer S.C.“ und R.S.C. Die stärkste Unterstützung erhielt der Bund von den Münchner Burschenschaften „Arminia“ und „Guelfia“, die nach Einschätzung des NSDStB „ganz klar unsere Interessen“ vertraten. Die „Freie Münchner Wehrschafft Palaio-Germania“, die sich selbst als „Bollwerk der großen nationalsozialistischen Idee“ bezeichnete, wollte dieser Idee, „wenn es sein muß, auch mit der studentischen Waffe in der Hand, zum endgültigen Siege verhelfen“. Die Burschenschaften „Cimbria“ und „Danubia“ zeigten eine ähnliche, wenn auch nicht so deutlich ausgeprägte Haltung. Der Münchner NSDStB-Führer sah jedoch in vielen weiteren Verbindungen wachsende Sympathien für den NSDStB.¹⁴⁸ Tatsächlich war der nationalsozialistische Einfluß innerhalb des Münchner Waffenringes selbst noch während der Auseinandersetzungen sehr groß und erstreckte sich im Februar 1932 sogar auf dessen Satzungen und Personalpolitik. So bewirkte die HGM-Führung die Absetzung des Leiters des „hochschulpolitischen Arbeitsausschusses“ des Ringes, der als dessen Führungszentrum galt. Die Streichung der bisher notwendigen Zweidrittelmehrheit, um Beschlüsse der Ring-Leitung zu kippen, und der vorläufige Verzicht der Ring-Leitung auf die Herausgabe neuer politischer Richtlinien ermöglichten künftig noch stärkere nationalsozialistische Einflußnahme.¹⁴⁹ In den Augen der katholischen Studentenvertreter waren die Waffenringvertreter 1932 ohnehin „in der Mehrzahl“ Nationalsozialisten. Während die HGM-Führung dies natürlich bestätigte, sah sich der

¹⁴⁵ Vgl. Anhang 1.5., Ergebnisse der AStA-Wahlen. Vgl. auch Böhm, Universität München, S. 54, 57.

¹⁴⁶ Kapitel IV.4.

¹⁴⁷ Jahresmitte 1923 gab es an der Münchner Universität 99 Verbindungen, darunter 19 katholische und drei jüdische. DVP und Deutschnationale führten ebenfalls eine Hochschulgruppe: UAM, G XVI-23: „Verzeichnis der im Sommerhalbjahr 1923 an der Universität München angemeldeten studentischen Vereine“, o. w. A.

¹⁴⁸ StA, Würzburg, RSF II 23: NSDStB München an NSDStB-Bundesführung vom 29. 2. 1932; in der Anlage „Bericht über die Einstellung der Münchner Waffenring-Korporationen zum NSDStB und zur NSDAP“. StA, PDM 6831: Palaio-Germania an Röhm, o. D: Einladung zum „Reichsgründungskommers“.

¹⁴⁹ StA, Würzburg, RSF II 23: NSDStB München an NSDStB-Bundesführung vom 19. 2. 1932. Ebenda: NSDStB München an NSDStB-Bundesführung vom 29. 2. 1932.

Ring mit den Nationalsozialisten keineswegs „verheiratet“. ¹⁵⁰ Bis zur AStA-Wahl im Herbst wechselte schließlich auch der V.C. die Front und beteiligte sich mit den Verbänden M.L.C. und R.S.C. an der gemeinsamen Liste des NSDStB. ¹⁵¹

Die parallel zur Dominanz im AStA angestrebte Unterwanderung der DSt. gelang dem NSDStB in Bayern bereits sehr frühzeitig und führte dazu, daß ab Mai 1930 bis zur „Machtergreifung“ ein Nationalsozialist die Führung des DSt.-Kreises VII (Bayern) innehatte ¹⁵² und die Dachorganisation vollständig nationalsozialistisch dominiert wurde, wie sich der bayerische DSt.-Kreisleiter im Sommer 1932 vor dem Münchner AStA brüstete. ¹⁵³ Als ab Juli 1931 schließlich auch die Reichsführung des DSt. an einen Nationalsozialisten ging ¹⁵⁴ und der NSDStB hier ab Herbst des Jahres die absolute Stimmenmehrheit errang, war die Vorherrschaft auch in der Reichsorganisation bis 1933 gesichert. ¹⁵⁵

Im Gegensatz zu Erfolgen in einzelnen Städten, z. B. in Berlin oder Tübingen, wo sich schon 1929/1930 breitere Zustimmung zur NSDAP entwickelte, ¹⁵⁶ hatte die NSDAP vor 1933 bei den Münchner Hochschul-Dozenten nur sehr dürftigen Erfolg, und zwar nicht nur hinsichtlich eingeschriebener Mitglieder, die sich vor 1933 im gesamten Reich nur sehr selten fanden. ¹⁵⁷ Sicherlich zogen unter dem bayerischen Kultusminister Goldenberger, der den Nationalsozialisten keineswegs wohlgesonnen war, ¹⁵⁸ Münchner Professoren oder Assistenten die stille Mitgliedschaft dem offenen Bekenntnis zur Partei vor. Dennoch waren bis Februar 1933 von den 600 Münchner Dozenten und Assistenten, die nichtplanmäßigen Hilfskräfte eingeschlossen, nur zwei Professoren und 17 Assistenten der NSDAP beigetreten, zumeist ab 1930. Außer dem Forstzoologen Karl Leopold Escherich, der sich nur bis 1923 für die NSDAP engagierte, waren darunter keine Ordinarien. Dazu kam eine Anzahl von Dozenten, die latente Sympathie für die

¹⁵⁰ StA, Würzburg, RSF II 18: Vorstandssitzung des AStA der Universität München am 5. 7. 1932.

¹⁵¹ StA, Würzburg, RSF II 18: Wahlvorschlag zu den AStA-Wahlen der Universität München am 24. 11. 1932, zusammengestellt vom Hauptwahlausschuß.

¹⁵² StA, Würzburg, RSF II 14: Mitteilungsblatt für nationalsozialistische Vertreter in den Körperschaften der „Deutschen Studentenschaft“, [abgekürzt:] „AStAkorrespondenz“ Nr. 1 (30. 4. 1931). Ebenda: Gladiss, Mitglied des AStA-Vorstands der Universität München, an den AStA-Vorstand vom 16. 6. 1930; aus dem Schreiben wird Lienaus Stellung ersichtlich. StA, Würzburg: RSF II 18: Vorstandssitzungen des AStA der Universität München am 5. 7. 1932 und am 3. 2. 1933; hier wurde Ellersieks immer wieder als Kreisleiter der DSt. angesprochen. UAM, 366 c/4: „Informationsblatt“ des NSDStB Kreis VII vom Januar 1933. Faust, Studentenbund, S. 103.

¹⁵³ StA, Würzburg, RSF II 18: Vorstandssitzung des AStA der Universität München am 5. 7. 1932. Ebenda: Vorstandssitzung des AStA der Universität München am 3. 2. 1933: Diskussion über die Bemerkungen Ellersieks in den vorangegangenen Sitzungen.

¹⁵⁴ StA, Würzburg, RSF II, 47 b: Rschr. Nr. 1 (17. 11. 1930) der NSDStB-RL an die Kreisleitungen des NSDStB. Grüttner, Studenten, S. 34.

¹⁵⁵ StA, Würzburg, RSF I 07 p 370: Vorsitzender der DSt. Gerhard Krüger an Dr. Michael, Berlin, vom 13. 10. 1932. StA, Würzburg, RSF II p 317: „Die Neuorganisation des NSDStB“, o. D., gezeichnet Bundesführer Gerd Rühle; Datierung anhand Inhalt: Mitte November 1932. Grüttner, Studenten, S. 34. Heiber, Universität, S. 46 und 51.

¹⁵⁶ Faust, Professoren, S. 35.

¹⁵⁷ Heiber, Universität, S. 48 f.

¹⁵⁸ Vgl. Franz, Münchner Hochschulen.

Partei empfanden, diese jedoch nie publik machten. Eine gewisse öffentliche Unterstützung fand die NSDAP außer bei bereits genanntem Professor Escherich nur noch von dem Geographen Karl Haushofer und dem Historiker Karl Alexander von Müller.¹⁵⁹ Müller trat der NSDAP jedoch erst Anfang August 1933 bei.¹⁶⁰ Auch Geheimrat von Calker, Arbeitgeber des NS-Juristen Hans Frank während dessen Assistentenzeit am Institut für Wirtschaftsrecht an der Technischen Hochschule in München, bekannte sich im Sommer 1929 zum Nationalsozialismus.¹⁶¹ Dagegen sympathisierte der Psychiater Professor Oswald Bumke, Leiter der Münchner Psychiatrischen Klinik und 1928/1929 Rektor der Münchner Universität, 1932 mit dem Nationalsozialismus¹⁶² und stellte NS-Organisationen wiederholt Hörsäle für Vorträge zur Verfügung; doch er war kein offener Parteigänger und scheute noch als Rektor die Konfrontation mit dem NSDStB keineswegs. Bumke erscheint charakteristisch für die indifferente Haltung mancher Dozenten gegenüber den Nationalsozialisten. Als Erfolg konnte es der NSDStB allerdings ansehen, daß der Syndikus der Münchner Universität, der in der Regel über die Hörsaal-Vergabe entschied, als „ein heimlicher, aber entschiedener Nationalsozialist“¹⁶³ gute Beziehungen zur NSDAP und ihrer Führung pflegte.¹⁶⁴

Eine im Juni 1933 von der DSt. angeforderte und von den Fachschaften der Münchner Fakultäten zusammengestellte Studie, von der nur noch Fragmente erhalten sind, beurteilte die politische Einstellung der Professoren unter den Historikern, Zoologen und Pharmazeuten. Die Fachschaft Geschichte fand unter den 13 „geprüften“ Dozenten aus den Bereichen Geschichtliche Hilfswissenschaften, Bayerische Geschichte, Neuere Geschichte, Geschichte des Mittelalters, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte nur einen einzigen sicheren Nationalsozialisten, den Professor Graf zu Stolberg-Wernigerode, der im Fach Neuere Geschichte lehrte. Selbst Karl Alexander von Müller charakterisierten die Studenten als zwar „aktiv national“, aber „nie irgendwo [als] Parteigänger“. „Immerhin“ versicherte die Fachschaft, daß sämtliche Dozenten nach Herkunft und Heirat „arisch“ seien.¹⁶⁵ Dasselbe Ergebnis ergab die Prüfung der Bereiche Zoologie und Pharmazie. Allerdings warf der Bericht dem Direktor des Zoologischen Instituts, Karl von Frisch, vor, daß dieser kein Interesse an Rassenkunde zeige, „ohne eige-

¹⁵⁹ Böhm, Universität München, S. 48 f.

¹⁶⁰ Müller trat der NSDAP am 1. 8. 1933 bei: BA, Berlin (ehem. BDC) WI: Müller, Karl, Alexander: „Ausführliches Gesamturteil“ des Gaupersonalamts München-Oberbayern vom 15. 10. 1942 über Müller als Nationalsozialisten. Das Datum des Beitritts Müllers kann als zuverlässig gelten, da hierzu die Personenkartei der RL verwendet wurde. Böhm legt den Beitritt Müllers fälschlich in den Mai 1933: Ders., Universität München, S. 48.

¹⁶¹ Frank, Im Angesicht des Galgens, S. 73.

¹⁶² So Bumke im Herbst des Jahres gegenüber dem antisemitischen Verleger Julius Friedrich Lehmann: Bumke, Erinnerungen, S. 136 und 165. Allerdings bezeichnete sich Bumke in seinen Memoiren auch für das Jahr 1932 als Gegner der NSDAP: Ebenda, u. a. S. 166.

¹⁶³ Ebenda, S. 136.

¹⁶⁴ Böhm, Universität München, S. 47, Anm. 82.

¹⁶⁵ StA, Würzburg, RSF I 07 p 32: masch. Beurteilung der Historischen Fachschaft der Universität München; gez. Eppler und Rall. Eine ähnliche politische Katalogisierung hatte die DSt. schon im Oktober 1932 von allen deutschen Universitäten angefordert, damals allerdings kaum Resonanz erhalten: Faust, Professoren, S. 38 f.

nen politischen Standpunkt“ arbeite, sich „instinktos in [seiner] Stellung zu Juden“ verhalte, Frauen im Institut beschäftige und kein Verständnis für „Bevölkerungspolitik“ besitze. Von den Dozenten wurden nur Ludwig Scheuring und Wilhelm Goetsch als Nationalsozialisten angeführt, letzterer allerdings nicht als eingeschriebenes Mitglied. Nur für einen Assistenten wurde die Mitgliedschaft als „wahrscheinlich“ erachtet.¹⁶⁶ Die fehlenden Münchner Unterschriften auf den 1932 veröffentlichten Wahlaufufen verschiedener Hochschulprofessoren zugunsten Hitlers waren ein deutliches Indiz für die geringe Unterstützung der NSDAP seitens dieser Kreise. Selbst dem Aufruf im März 1933 schlossen sich nur elf Münchner Dozenten an.¹⁶⁷

*Erfolg unter den politischen Organisationen
insbesondere der rechtsgerichteten Konkurrenz*

Immer wieder hatten seit 1925 einzelne rechtsradikale Verbandsführer ihre Zustimmung zu den Zielen der NSDAP oder zu Hitler geäußert.¹⁶⁸ Als die NS-Propaganda ab 1928 bestimmten rechtsradikalen Verbänden gegenüber ihre freundliche Seite zuwandte, häuften sich 1929 und 1930 in München solche Äußerungen etwa des Stahlhelms,¹⁶⁹ des Frontkriegerbundes,¹⁷⁰ des BHS,¹⁷¹ des Bundes Oberland,¹⁷² aber gelegentlich auch der DNVP.¹⁷³ Dies schuf in bestimmten

¹⁶⁶ StA, Würzburg, RSF I 07 p 32: Schr. der Deutschen Pharmazeutenschaft, Ortsgruppe München, Pharmazeutisches Institut der Universität an DSt. München vom 29. 6. 1933.

¹⁶⁷ VB 211 (29. 7. 1932), „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“. VB 310 (5. 11. 1932), „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“. VB 62 (3. 3. 1933), „Die Münchner Hochschullehrer stellen sich hinter Hitler“. Vgl. auch Kapitel IV.3., Anm. 673.

¹⁶⁸ Vgl. z. B.: StA, PDM 6829: PND 525 (o. D.): Auftritt des Frontkriegerbundführers Alletter auf der Weihnachtsfeier der Münchner SS am 11. 12. 1925. Oder: StA, Lagebericht 67 (13. 6. 1928), S. 18f.: Organisationsführer des Bundes Oberland, Leibrecht, in einer Münchner Mitgliederversammlung seines Bundes im Mai 1928.

¹⁶⁹ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 8f., Bayerischer Stahlhelm Nr. 16 (20. 8. 1929) über den Auftritt des bayerischen Stahlhelm-Führers, Oberst Lenz, auf dem NS-Parteitag 1929. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 8f.: Rede Karls von Malaise, seit Juni 1929 Führer des Münchner Stahlhelms, auf dem Frontkriegerbundestag am 21./22. 9. 1929 in München. StA, Lagebericht 96 (23. 1. 1931), S. 12: Rede des Stahlhelm-Führers Seldte in der Stahlhelm-Versammlung im Zirkus Krone am 22. 11. 1930. StA, Lagebericht 103 (2. 8. 1931), S. 7: Bericht der PDM über die Haltung des Münchner und Bayerischen Stahlhelms im Sommer 1931.

¹⁷⁰ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 8f. und 94 (24. 10. 1930), S. 10: Reden des Bundesführers des Frontkriegerbundes, Alletter, auf den Bundestagen am 21./22. September 1929 und am 6./7. 9. 1930 jeweils in München.

¹⁷¹ Der bayerische BHS-Führer, Escherich, bedauerte auf der Führersitzung der Organisation in München Mitte Dezember 1929, daß sich auf Führungsebene kein Kontakt zur NSDAP finden lasse. Der BHS sei daran nicht schuld. An der Basis gebe es dies längst: Nußer, Wehrverbände, S. 313.

¹⁷² Vgl. z. B. StA, Lagebericht 84 (16. 9. 1929), S. 4f.: Im September 1929 prophezeite der Führer des Bundes Oberland Weber den Münchner Mitgliedern, der Bund werde ohnehin in näherer Zeit zur NSDAP wechseln, die Übertritte von Mitgliedern zu dieser Partei seien „nicht so tragisch“. StA, Lagebericht 88 (23. 12. 1929), S. 12: Der neugewählte Bund-Oberland-Vorsitzende Aechter bemerkt im Anschluß an seine Wahl vor Verbands-

rechtsradikalen Kreisen der Stadt allmählich ein Klima der Sympathie für die Partei und verbesserte ihr Ansehen bzw. ihre öffentliche Resonanz. Dadurch gerieten die Grenzen zum rechtskonservativen Bürgertum, zumindest für den außenstehenden Beobachter, den Besucher der öffentlichen Veranstaltungen und den Zeitungsleser ins Fließen, auch wenn sie in der Realität, wie etwa beim Stahlhelm, nach wie vor bestanden. Es schien, als bahnte sich die gleiche Situation an wie in den Jahren vor dem Putsch 1923, als unter Generalstaatskommissar von Kahr selbst die Regierung stellenweise diese Grenzen nicht mehr deutlich zog. Allerdings beteiligte sich die Münchner BVP nicht an diesem Trend und lehnte die Nationalsozialisten unmißverständlich ab.

Vor allem das Verhalten des Stahlhelms produzierte jene Grauzone der Indifferenz und mangelnden Abgrenzung. In manchen Bereichen lagen die Grundorientierungen von Stahlhelm und Nationalsozialisten seit Anfang der dreißiger Jahre parallel. Neben der Bekämpfung des „Bolschewismus“ als Sammelbegriff für das linksorientierte politische Lager und einem zumeist gemäßigten Antisemitismus proklamierte der Verband nunmehr öffentlich seinen Haß auf die Weimarer Demokratie. Ähnliche Parallelen gab es auch bei den außen- und innenpolitischen Zielen, so z.B. hinsichtlich einer autoritären Staatsordnung.¹⁷⁴ Die partielle Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm wie auch dessen wohlwollender Zuspruch verschafften der NSDAP um so mehr Ansehen, als im Stahlhelm nicht nur eine Reihe von ehemaligen Generälen, sondern seit Sommer 1929 selbst die bayerischen Prinzen Ludwig Ferdinand, Alfons und Adalbert Mitglieder waren.¹⁷⁵ Während des Münchner Reichsfrontsoldatentages des Stahlhelms verkündete dessen Bundesführer Seldte auf dem offiziellen Presseempfang am 31. Mai 1929 sarkastisch: „Die Stahlhelmer lieben den heutigen Staat genau so wie ein Bebel, ein Ebert oder ein Scheidemann das frühere Kaiserreich geliebt haben“. Und dennoch nahmen an der Gefallenenehrung des Stahlhelms am Armeemuseum auch die genannten Prinzen, der bayerische Justizminister Gürtner sowie der ehemalige Generalstaatskommissar und jetzige Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes von Kahr teil.¹⁷⁶ Dieser 10. Reichsfrontsoldatentag vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1929 stieß nach Beobachtung der Polizei mit seinen Parademärschen und Gefallenenehrungen bei großen Teilen der Bevölkerung auf positive Resonanz und verzeichnete rund 100 000 Besucher, etwa 30 000–40 000 weniger als in Hamburg bzw. Berlin in den Vorjahren.¹⁷⁷ Entsprechenden Nutzen zog die NSDAP auch aus der Mitarbeit am Volksbegehren gegen den Youngplan oder auch aus anderen Anlässen, z. B. den Gedenkfeiern der Thule-Gesellschaft anläß-

mitgliedern am 15. 12. 1929: „[...]daß das politische Ziel nunmehr voll und ganz das der Nationalsozialisten sei“.

¹⁷³ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 75 (23. 3. 1929), S. 16.

¹⁷⁴ Berghahn, Stahlhelm, u. a. S. 240 ff. Posse, Kampfbünde, S. 27. Mosse, Deutsche Rechte, S. 235 ff. Vgl. auch StA, Lagebericht 75 (23. 3. 1929), S. 29: Richtlinien des Stahlhelms, propagiert auf der Tagung der VVV-Deutschland in Berlin vom 6.–8. 3. 1929.

¹⁷⁵ StA, Lagebericht 80 (2. 7. 1929), S. 18.

¹⁷⁶ StA, Lagebericht 79 (8. 6. 1929), S. 1, 8. Zu Kahr vgl.: HRS I, S. 115, Anm. 6.

¹⁷⁷ StA, Lagebericht 79 (8. 6. 1929), S. 8, 13. Posse, Kampfbünde, S. 23.

lich des „Geiselmordes“ 1919 im Luitpoldgymnasium, wo sich jedes Mal ein breites Spektrum von Verbänden versammelte.¹⁷⁸

Zu dieser genannten Grauzone trugen gelegentlich selbst die Monarchisten bei. So verkündete Enoch von Guttenberg, der Landesleiter des BHKB, auf der Landestagung des Verbandes am 12. Dezember 1931 in seinem Hauptvortrag mit dem beziehungsreichen Thema „Bayerische Monarchie – Brüning – Hitler“: Die „Feinde des Nationalsozialismus seien auch die Feinde des Heimat- und Königsbundes [...] Es gebe viele Wege, auf denen der Bund gemeinsam mit den Nationalsozialisten gehen könne. Gemeinsam sei der ausgeprägte nationale Gedanke, gemeinsam sei, wenigstens in weiten Kreisen der Nationalsozialisten, der Gedanke an das monarchische Führertum. Trennend sei das Bekenntnis der Nationalsozialisten zur Kollektivwirtschaft und die Stellung Hitlers zur eigentlichen Staatsform, der er nur sekundäre Bedeutung beimesse“. Trotzdem glaubte von Guttenberg, „daß die Bundesmitglieder sehr wohl zugleich Mitglieder der NSDAP sein könnten“. Zum Abschluß der Versammlung hielt der Polizeibeobachter fest: „Die Teilnehmer an der Landestagung bekannten fast einmütig ihre Sympathie für die Nationalsozialisten“.¹⁷⁹ Auch wenn diese Äußerungen keineswegs bedeuteten, daß der BHKB-Vorsitzende auf dem besten Wege war, Nationalsozialist zu werden, konnte die Wirkung einer solchen Rede im Lande nicht ausbleiben.

Obwohl das Klima der Sympathie nicht eine tatsächliche Annäherung an die Nationalsozialisten spiegelte und die Beziehungen etwa zum Stahlhelm oder den Monarchisten stets Schwankungen unterworfen blieben, verstärkte es die potentielle Bereitschaft der Mitglieder in den betroffenen rechtsgerichteten Verbänden, die NSDAP zu unterstützen, zu wählen und vielleicht auch einmal in ihre Reihen überzuwechseln. Wenn die Verbände gegen die aus der Sicht der NSDAP illegale Doppelmitgliedschaft nichts einwandten, war der Boden hierfür bereitet. Der Erfolg der NSDAP in den Jahren ab 1929 stimulierte diese Entscheidungsprozesse zusätzlich. Die genannten Sympathiebeweise fanden sich bereits 1931 nur mehr sporadisch und verschwanden 1932 beinahe vollständig. Vor allem die Beziehungen zwischen Stahlhelm und NSDAP kühlten sich, wie berichtet, drastisch ab. Als die Parteileitung Anfang 1932 das Verbot der Doppelmitgliedschaft nun für sämtliche Wehrverbände bekräftigte, blieb allerdings trotzdem noch so manche Hintertüre offen, wenn dies der Parteitaktik entsprach. So bat Gauleiter Wagner vergeblich, das Verbot konsequent auch auf alle Jugendorganisationen auszudehnen und insbesondere die Sondergenehmigung für den Jugendverband „Geusen“ rückgängig zu machen, um die Konkurrenz zwischen deren mitgliederstarken Münchner Ortsgruppe und der HJ zu beenden. Die ROL schätzte den Verband, dessen Münchner Führungspositionen lückenlos mit Nationalsozialisten besetzt waren, wegen seiner äußeren Neutralität weiterhin als nützliches Instrument.¹⁸⁰

Der bereits skizzierte Fusionsprozeß innerhalb der rechtsgerichteten Organisa-

¹⁷⁸ Vgl. z. B. StA, Lagebericht 77 (7. 5. 1929), S. 21: Gedenkfeier im Luitpoldgymnasium am 30. 4. 1929 mit 1500 Anwesenden der Gruppierungen SA, SS, NSDAP, DFKB, Bund Oberland, Stahlhelm und VVM.

¹⁷⁹ StA, Lagebericht 107 (29. 12. 1931), S. 6.

¹⁸⁰ BA, Berlin, NS 22/1050: Wagner an ROL I vom 19. 1. 1932.

tionen Münchens hatte die politische Landschaft in der Stadt entscheidend verändert. Die Zahl der in den Jahren von 1929 bis Ende 1932 aktiven Verbände halbierte sich gegenüber den Vorjahren, schätzungsweise 2000–3000 der Mitglieder hatten deren Reihen verlassen. Dagegen verdreifachte die Münchner NSDAP ihre Mitgliedschaft zwischen 1929 und 1932 und übertraf, wie gesagt, mit ca. 10000 Mitgliedern Anfang Januar 1933 um mehr als das Doppelte sämtliche rechtsgerichteten Verbände in der Stadt zusammen. Im Gegensatz zu den Jahren vor 1929 mündeten die Mitgliederverluste und Auflösungserscheinungen dieser Verbände, darunter insbesondere Frontkriegerbund, Bund Oberland und Stahlhelm, in weit größerem Ausmaß in kontinuierlichen Zustrom zur NSDAP.¹⁸¹ Dieser wuchs im Frühjahr 1932 beim bayerischen Stahlhelm so „erheblich“ an, daß dessen Führung nervös wurde.¹⁸² Stellenweise wechselten größere Gruppen geschlossen zu den Nationalsozialisten. So zog der Münchner Hans Buchner, der bereits am „Hitlerputsch“ im „Kavalleriezug Hitler“ teilgenommen hatte, nach seinem Übertritt zur NSDAP im Frühjahr 1930 sieben Mitglieder seines früheren Stahlhelm-Trupps nach und gründete mit diesen den SS-Sturm 4/I/1.¹⁸³ Trotz dieses Zulaufs war die kontinuierliche Stärke der bedeutendsten politischen Gegner der NSDAP, SPD und BVP, ein gravierendes Hindernis, da diese in den Jahren 1929 bis 1933 zusammen etwa 60 Prozent der schätzungsweise 50000 politisch organisierten Münchner an sich banden, d. h. dreimal so viele wie die NSDAP.

Erstmals in den dreißiger Jahren formierten sich aus Kreisen ehemaliger Nationalsozialisten, die mit eigenen Interpretationen des Nationalsozialismus Hitlers Kurs ablehnten, nennenswerte Oppositionsgruppierungen. Diese vermochten jedoch weder im Reich noch in München bedeutendere Mitgliederzahlen oder öffentliche Resonanz zu gewinnen. Im Sommer 1930 entstand in Berlin die „Kampfgemeinschaft revolutionäre Nationalsozialisten“ unter Führung Otto Straßers. Dieser hatte die NSDAP im Sommer 1930 verlassen, da er Hitler beschuldigte, auf den Sozialismus und den revolutionären Charakter der Partei zu verzichten.¹⁸⁴ Ein halbes Jahr später existierte auch in München eine kleine Ortsgruppe um das Sonntagsblatt „Wahrheiten der Woche“, dessen Herausgeber Ernst Grosse auch den rebellischen SA-Führer Stennes unterstützte.¹⁸⁵ Ende September 1931 gründete Grosse die Münchner Ortsgruppe der nunmehr in „Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands“ (NSKD) umbenannten Organisation Straßers und Stennes'. Zum Führer wurde der frühere Leiter des Freikorps Oberland, Ludwig Oestreicher, ernannt. Die „Wahrheiten der Woche“ erschienen nun unter dem Titel „Der deutsche Scheinwerfer“. Obwohl die Gruppe, die sich häufig im Verborgenen versammelte, um nationalsozialistischen Störversuchen zu entgehen, im Herbst 1931 von Übertritten aus der SA profitierte, mußten ihr Polizeibeobach-

¹⁸¹ Vgl. generell StA, Lageberichte 1932 bis 1932.

¹⁸² StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 6.

¹⁸³ BA, Berlin (ehem. BDC), OSS Buchner, Hans: Hs. Lebenslauf Buchners vom 9. 3. 1933. Ebenda: Sturmbannführer Röhl an 1. SS-Standarte vom 30. 7. 1932.

¹⁸⁴ StA, Lagebericht 92 (9. 7. 1930), S. 10. Ebenda 94 (24. 10. 1930), S. 9. Ebenda 96 (23. 1. 1931), S. 12. Zu Otto Straßer: Moreau, Straßer, S. 286 ff.

¹⁸⁵ StA, Lagebericht 101 (9. 6. 1931), S. 5.

ter noch im Herbst des nächsten Jahres keine Bedeutung zu.¹⁸⁶ Daneben waren in der Stadt noch verschiedene andere nationalsozialistische Oppositionsgruppen aktiv. Im September 1930 warfen Flugblätter des „Kampfbundes wahrer Nationalsozialisten“ Hitler vor, er verschleudere die Mitgliedsbeiträge mit teuren Wohnungen und Autos, hänge am „Gängelband“ seiner industriellen Geldgeber und habe die „alten“ Ziele um „einiger Ministersessel halber“ aufgegeben.¹⁸⁷

Die Unterwanderung und Instrumentalisierung des Mittelstandes

Rund 48 000 bis 51 000 Gewerbebetriebe arbeiteten zwischen 1925 und 1933 in München.¹⁸⁸ Die Handwerksbetriebe unter ihnen wurden von rund 40 Innungen betreut.¹⁸⁹ Daneben agierten drei wirtschaftliche Dachorganisationen: Die „Handwerkskammer von München und Oberbayern“ sowie die „Münchener Industrie- und Handelskammer“ (IHK) und der „Allgemeine Gewerbeverein“. Der Erfolg der Nationalsozialisten innerhalb dieser Gremien erwies sich als zwiespältig. Dem Gauführer der NS-Mittelstandsorganisation, Georg Sturm, gelang es zwar, 1931 Mitglied des Ausschusses für Kleingewerbetreibende der IHK zu werden,¹⁹⁰ er hatte dort jedoch kaum Einfluß.¹⁹¹ Als die NS-Mittelstandsabteilung zur Wahl der IHK-Mitglieder Januar 1933 erstmals mit eigenen Kandidaten antreten wollte, lehnte die Kammer dies, laut Sturm, mit der Begründung ab, „daß die Handelskammer eine wirtschaftliche Einrichtung sei und mit Politik nichts zu tun habe“.¹⁹² Bei der Wahl am 10. Januar 1933 konnte die NSDAP keinen einzigen ihrer Kandidaten, Hugo Bruckmann, Max Amann, Adolf Wagner und Georg Sturm, durchbringen. Nicht einmal die von ihr offiziell als Nichtnationalsozialisten unterstützten Kandidaten hatten Erfolg.¹⁹³ Auch der Versuch, die Dachorganisation des Münchner Handwerks zu unterwandern, blieb in den Anfängen stecken. In der Handwerkskammer gelang es immerhin, den Syndikus, d. h. den Leiter der Rechtsabteilung, Richard Etzel,¹⁹⁴ zu gewinnen. Etzel offenbarte erst-

¹⁸⁶ StA, Lagebericht 105 (23. 10. 1931), S. 7. StA, Lagebericht 109 (22. 2. 1932), S. 6. Ebenda 112a (20. 10. 1932), S. 11.

¹⁸⁷ Neue freie Volkszeitung in München 208 (10. 9. 1930), „Palastrevolution auch in der Münchener Hitlerei“. Vgl. z. B. auch IfZ, MA 1226: Flugblatt „Front Appell“, am 23. 2. 1932 in Neuhausen verteilt als Nummer 2 der Zeitschrift der oppositionellen Mitglieder der Münchner NSDAP, SA und SS.

¹⁸⁸ Zwei Jahre Gewerbefreiheit. Hrsg. vom Gewerbeferat der Stadt München. München 1949, S. 18.

¹⁸⁹ StdA, Bestand Gewerbeamt 1052–3911.

¹⁹⁰ Front 18 (28. 11. 1931), „Handwerker, Gewerbetreibende!“: KGWK-Einladung zur Versammlung am 30. 11. 1931.

¹⁹¹ Winkel, Industrie und Handelskammer, S. 35.

¹⁹² StA, PDM 6744: Polizeibericht vom 11. 1. 1933 über Sturm in der Versammlung am 10. 1. 1933 im Hackerkeller.

¹⁹³ VB 10 (10. 1. 1933), „Ein letztes Wort zur Industrie- und Handelskammerwahl“. Ebenda 11 (11. 1. 1933), „Das Ergebnis der Industrie- und Handelskammerwahl“. MAA 12 (12. 1. 1933), „Wahlen zur Münchener Industrie- und Handelskammer“. BSZ 43 (21./22. 2. 1932), „Industrie, Handel und Volkswirtschaft“: IHK-Versammlung in München am 20. 2. 1932.

¹⁹⁴ Etzel war 1931 und 1932 Syndikus der Handwerkskammer von Oberbayern: Die Bayerische Bäckerei Nr. 50 (1932), S. 3.

mals in einer KGWK-Versammlung im Januar 1932 vorsichtig seine Sympathie für die Nationalsozialisten. Sein Vorschlag künftiger Gespräche zwischen Nationalsozialisten und Handwerkskammer „unter vier Augen oder in einem kleineren Kreise“ wurde nicht verwirklicht.¹⁹⁵ Seit Juli 1932 bezog Etzel schließlich unmißverständlich Stellung zugunsten der Partei¹⁹⁶ und beteiligte sich nach der „Machtergreifung“ sofort an der Gleichschaltung des Münchner Handwerks.¹⁹⁷ Der Vorstand der Handwerkskammer blieb den Nationalsozialisten jedoch verwehrt.¹⁹⁸ Im Herbst 1931 traten Anton Aigner und Josef Roos, Vorstandsmitglieder des allgemeinen Gewerbevereins München, offen zur NSDAP über.¹⁹⁹ In den folgenden Jahren meldete die NS-Presse keine weiteren Übertritte aus diesen beiden Gremien. Möglicherweise konnten Etzel und Aigner weitere Kollegen überzeugen, die jedoch die Publizität scheuten. Daher läßt sich die Behauptung des Führers der KGWK im September 1932, es sei in diesem Jahr gelungen, in beiden Gremien „die Führung“ zu erringen, nicht überprüfen.²⁰⁰ Zumindest im Februar 1932 war der erste Vorsitzende des „Allgemeinen Gewerbevereins München“, Künstle, zugleich Obermeister der Schneidermeister-Innung, kein Nationalsozialist.²⁰¹ Sturms Behauptung gegenüber ist durchaus Skepsis angebracht, da er zur Überzeichnung der Bedeutung der KGWK und damit seiner eigenen Person neigte.²⁰²

Der Einbruch in das Münchner Innungswesen gelang der Partei erst 1931 und auch da nur in beschränktem Umfang. In dreizehn Innungen, gut ein Drittel der rund 40 Münchner Vereinigungen, bekannten sich 1931 und 1932 Vorstandsmitglieder zur NSDAP. In acht davon erhielten Nationalsozialisten ein Beisitzeramt,²⁰³ in zwei Innungen, bei den Fuhrherren und den Zimmerermeistern, be-

¹⁹⁵ StA, PDM 6873: Polizeibericht über KGWK-Versammlung am 15. 1. 1932 im Bauerngirtl.

¹⁹⁶ BA, Berlin, NS 22/447: KGWK/Sturm an Gauleiter Wagner vom 23. 9. 1932.

¹⁹⁷ Auskunft Josef Staudter vom 8. 1. 1996.

¹⁹⁸ Der Handwerkskammer-Präsident der Jahre ab 1932 bis über die „Machtergreifung“ hinaus, der Münchner Bäckermeister Christoph Röschein, war ebensowenig ein Nationalsozialist wie der zweite Vorsitzende, der Bäckermeister A. Rappel: 100 Jahre Bäckerinnung München, S. 37. Die Bayerische Bäckerei 11 (1931), S. 5. Ebenda 22 (1932), S. 5.

¹⁹⁹ Front 18 (28. 11. 1931), „Bekanntnisse Münchner Mittelstandsführer zu Adolf Hitler“. StA, PDM 6742: Polizeibericht über die KGWK-Versammlung am 30. 11. 1931.

²⁰⁰ BA, Berlin, NS 22/447: KGWK/Sturm an Gauleiter Wagner vom 23. 9. 1932.

²⁰¹ BSZ 37 (14./15. 2. 1932), „Aus dem Lande“.

²⁰² Vgl. z. B. BA, Berlin, NS 22/447: KGWK/Sturm an Gauleiter Wagner vom 23. 9. 1932.

²⁰³ Josef Roos war 1932 Beisitzer in der Tapeziererzwangsinnung München. Franz Hieber war 1932 Beisitzer in der Münchner Bäcker-Innung. Jakob Reiter war 1932 Beisitzer in der Innung der Elektroinstallateure. Ludwig Etmayer war 1932 Beisitzer in der Konditoren-Innung. Paul Lengfelder war 1932 1. Schriftführer der Metzger-Innung. Georg Reichelt und Josef Göttlinger waren 1929–1933 Beisitzer in der Zwangsinnung der Schneider. Josef Hübschenberger war 1930–1933 Schriftführer der Freien Innung für das Bau- und Kunstschlossergewerbe. Max Schiffl arbeitete 1932 als Geschäftsführer der Tabakwareneinkaufsgenossenschaft der Zigarrenhändler: Front 18 (28. 11. 1931), „Bekanntnisse Münchner Mittelstandsführer zu Adolf Hitler“. Front 26 (25. 6. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“. Front 27 (2. 7. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“. Front 36 (3. 9. 1932), AdB: Abt. Mittelstand. Front 38 (17. 9. 1932), AdB: Abt. Mittelstand. Front 20 (14. 5. 1932), Rubrik „Der Mittelstand“. Front 22 (28. 5. 1932), „Der Mittelstand bei Adolf Hitler“. Front 38 (17. 9. 1932), „Aus der Tätigkeit der Kampf-

kannten sich 1932 die Obermeister zur NSDAP,²⁰⁴ und in drei weiteren waren 1932 die stellvertretenden Vorsitzenden Parteimitglieder.²⁰⁵ Mehr als einen Nationalsozialisten im Vorstand hatte nur die Schneiderinnung mit zwei Beisitzern und die Schlosserinnung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schriftführer.²⁰⁶ Im Bayerischen Drogistenverband und im Landesverband der Elektroinstallateure²⁰⁷ arbeiteten 1932 Nationalsozialisten auch im Landesvorstand. Bei den Drogisten stellten sie mit Franz Ziegler und Karl Faulhaber sogar den ersten und zweiten Vorsitzenden.²⁰⁸ Die Zahl der Nationalsozialisten in den Vorständen der Münchner Innungen dürfte bis Anfang März 1933 vollständig erfaßt sein, da die NS-Presse mit Sicherheit jeden entsprechenden Fall auf irgendeine Weise propagandistisch ausgenutzt und damit publik gemacht hatte.²⁰⁹ In den vorliegenden Fällen fälschte das Gauorgan „Die Front“ sogar gelegentlich die Amtsstellung der Nationalsozialisten in den Innungsvorständen, um den Sensationseffekt noch zu erhöhen.²¹⁰

Nur der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende, d. h. der Obermeister und sein Stellvertreter, konnten innerhalb einer Innung ernsthaft Einfluß im Sinne der NSDAP ausüben, beispielsweise durch die Leitung der Innungsversammlungen,

gemeinschaft“. 100 Jahre Bäckerinnung München, S. 70ff. Auskunft Josef Staudter vom 8. 1. 1996. StdA München, Gewerbeamt 1616: Freie Innung für das Bau- und Kunstschlossergewerbe im Stadt- und Amtsbezirk München, Vorstandschaft 1928–33.

²⁰⁴ Der 1. Vorsitzende der Zimmerermeister-Innung war 1932 Leopold Hatz. Der 1. Vorsitzende der Fuhrherreninnung München war 1932 Fritz Strebler: Front 18 (28. 11. 1931), „Bekanntnisse Münchner Mittelstandsführer zu Adolf Hitler“.

²⁰⁵ Anton Aigner, 2. Vorsitzender der Schlosser-Zwangsinnung 1929–1933. Joseph Mayr, 2. Vorsitzender der Zwangsinnung der Mechaniker- und Automechanikermeister 1932–1933. Fritz Flach, 2. Vorsitzender der Zwangsinnung der Wagner 1928–1933: StdA München, Gewerbeamt 3906: Protokoll der Wahl des Vorstandes der Zwangsinnung für das KFZ-Mechanikergewerbe Oberbayern am 15. 6. 1932. StdA München, Gewerbeamt 1616: Freie Innung für das Bau- und Kunstschlossergewerbe im Stadt- und Amtsbezirk München, Vorstandschaft 1928–33. StdA München, Gewerbeamt 1853: Wagner-Zwangsinnung München, Vorstandschaft 1900–1933. Archiv der Innung des Bekleidungshandwerks München: Protokollbuch der „Bezirksvereinigung Schneidermeister Nord“ 1932–1940. StdA München, Gewerbeamt 2037: Schneider-Zwangsinnung für Stadt- und Amtsbezirk München an Stadtrat Landeshauptstadt München vom März 1929, April 1930 (5. 3. 1931) und April 1932.

²⁰⁶ Kapitel IV.5., Anm. 205 und 209.

²⁰⁷ Die Front nannte im Juni 1932 Jakob Reiter als Schriftführer des Landesverbandes der Elektroinstallateure: Front 27 (2. 7. 1932), „Die Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“.

²⁰⁸ Front 22 (28. 5. 1932), „Der Mittelstand bei Adolf Hitler“.

²⁰⁹ Zur Absicherung wurden die Innungsunterlagen gesichtet: Vgl. Literaturverzeichnis, Archivalia der Münchner Innungen. Sowie: StdA München, Bestand Gewerbeamt 1052–3911. In etwa zwei Drittel aller Münchner Innungen wurden zwischen April und Juni 1933 die 1. und 2. Vorsitzenden ausgewechselt und durch Nationalsozialisten ersetzt. Dies spiegelt ebenfalls in gewissem Sinne die Haltung dieser Innungsvorstände gegenüber der NSDAP: StdA München, Bestand Gewerbeamt 1052–3911.

²¹⁰ Z. B. wurde Anton Aigner zum Vorsitzenden der Schlosserinnung erklärt, er war jedoch nur 2. Vorsitzender: Front 26 (25. 6. 1932), „Mittelstandsfachgruppen an der Arbeit“. StdA München, Gewerbeamt 1616: Freie Innung für Bau- und Kunstschlossergewerbe im Stadt- und Amtsbezirk München, Vorstandschaft 1928–33.

die Personalpolitik und die Einwirkung auf die beteiligten Betriebe.²¹¹ Nachdem Obermeister in der Regel mit absoluter Mehrheit, Beisitzer mit einfacher Mehrheit gewählt wurden,²¹² spiegelte sich in diesen Persönlichkeiten in gewissem Sinne die politische Haltung eines Teils der Innung. Die Wahl eines nationalsozialistischen Obermeisters hieß somit, daß ein Großteil der Innungsmitglieder die NS-Ideologie tolerierte, wenn nicht gar unterstützte. Die Obermeister der Fuhrherren und Zimmerermeister waren überdies offen in der NS-Presse aufzutreten, ohne daß die Innung dies mit Sanktionen quittierte oder etwa ihren Rücktritt verlangt hatte. Der Vorsitzende der Münchner Zimmerermeister-Innung, Leopold Hatz, erklärte in einer NS-Veranstaltung Ende November 1931 sogar, die gesamte Innung sei mit der NSDAP „einig“²¹³. Insgesamt hatten die Nationalsozialisten jedoch nur bei zwei bis fünf von über 40 Innungen Erfolg. Die Unterwanderungsstrategie der Nationalsozialisten im Münchner Handwerk war am Vorabend der „Machtergreifung“ weitgehend gescheitert. Dem entspricht die „Stille“ in der sonst mit Erfolgsberichten nicht sparsamen Parteipresse.

Den Mißerfolg signalisieren auch die sehr geringen Mitgliederzahlen der Fachgruppen, deren erklärtes Ziel die Unterwanderung der Innungen war. Im Juli 1932 verzeichneten die 22 Berufsfachgruppen im gesamten Gau München-Oberbayern nur etwa 3000 eingeschriebene Mitglieder,²¹⁴ das waren im Durchschnitt 130 Mitglieder pro Fachgruppe. Die KGWK selbst steigerte sich im Gau von rund 80 Mitgliedern unmittelbar nach der Gründung auf etwa 180 im Januar 1931 und schließlich auf 1000 Mitglieder im Oktober.²¹⁵ Das Münchner Handwerk lehnte die aufwendige nationalsozialistische Selbstinszenierung als Protestplattform gegen die Politik der bayerischen Regierung gegenüber dem Handwerk oder auch gegen die in Handwerkskreisen weitgehend unbeliebten Konsumvereine und Waren-

²¹¹ Vgl. die Satzungen der Innungen: Kapitel IV.5., Anm. 212.

²¹² Vgl. z. B. die Satzungen der Innungen des KfZ-Gewerbes, der Elektroinstallateure, der Maler und Lackierer, der Bäcker, der Uhrmacher, der Schlosser, der Schächler und Küfner: Archiv der KfZ-Innung München: Satzung der Zwangsinnung für das Kraftfahrzeugmechaniker-Gewerbe im Regierungsbezirk Oberbayern 1929. Archiv des Landesinnungsverbandes für das Bayerische Elektrohandwerk: „Satzung des Verbands deutscher Elektro-Installations-Firmen, Landesverband Bayern“, vermutlich 1930. Archiv der Maler-Innung München: Satzung der Maler- und Lackierer-Zwangsinnung München vom 8. 4. 1925. 100 Jahre Bäcker-Innung München, u. a. S. 28. Archiv der Uhrmacher-Innung München: Satzung der Uhrmacher-Zwangsinnung München und Umgebung von 1922. Archiv der KfZ-Innung München: Satzungen der Zwangsinnung für das KfZ-Gewerbe im Regierungsbezirk Oberbayern. München 1929. StdA München, Gewerbeamt 1616: Freie Innung für das Bau- und Kunstschlossergewerbe im Stadt- und Amtsbezirk München, Vorstandschaft 1928–33: Satzung der „Freien Innung für das Schlosser-Handwerk zu München“ vom September 1928. StdA München, Gewerbeamt 1767: Freie Innung für das Schächler- und Küfergewerbe München und Umgebung, Vorstandschaft 1929–33: Satzung der Freien Innung von 1930.

²¹³ StA, PDM 6742: Polizeibericht vom 1. 12. 1931 über die KGWK-Versammlung am 30. 11. 1931.

²¹⁴ Front 27 (2. 7. 1932), „Aufruf! Mittelständler herein in die nationalsozialistischen Berufsfachgruppen“.

²¹⁵ Front 11 (10. 10. 1931), „Hinein in die KGWK“. Die Versammlung war am 25. 11. 1930 im Hackerbräukeller.

häuser²¹⁶ ab. Möglicherweise finden sich die Ursachen für die Resistenz der Innungen in deren starker Bindung an unter anderem religiöse und oft jahrhundertalte Traditionen.²¹⁷ Dies könnte auch erklären, warum sich die Zwangsinnung des KfZ-Gewerbes, die erst Ende 1931 offiziell gegründet worden war,²¹⁸ anfälliger für die nationalsozialistischen Werbeversuche zeigte. So machte sich der nationalsozialistische Erfolg im Mittelstand vor 1933 eher in anderer Hinsicht bemerkbar. Im Dezember 1932 tauchte erstmals „NS-Spielzeug“ in den Anzeigenrubriken der Parteipresse auf. Die Münchner Spielzeugfirma Karl Kessler bot neben SA- und SS-Männern auch SA-Standartenträger aus Zinn an. Die Spielwarenhandlung Obletter in der Kaufingerstraße 23 warb mit der Federzeichnung eines SA-Mannes beim „Hitlergruß“ und mit dem Spruch „Einem deutschen Jungen machen Sie bestimmt Freude mit Soldaten: Reichswehr, Hitlersoldaten, Indianer, Ritter in größter Auswahl“.²¹⁹

Die Wahlergebnisse

Die Entwicklung in München

Die Wahlen 1928 waren ein günstiges Vorzeichen gewesen. Ab 1929 folgten die Wahlergebnisse der NSDAP schließlich in München wie im gesamten Reich einem steten Aufwärtstrend, der nach dem Einbruch zum Jahresende 1932 im März 1933 in unerwartet hohe Stimmengewinne mündete. Den künftigen Trend in München deutete die Kommunalwahl am 8. Dezember 1929 an. Die Partei steigerte ihr Ergebnis im Vergleich zur Stadtratswahl 1924 um etwa 2 Prozent, erhielt im Stadtrat zwei Sitze mehr als die Völkischen 1924 und gewann über 51 000 Stimmen bzw. 11 Prozent der Wahlberechtigten. Obwohl das Ergebnis keine Euphorie hervorrief und manchen NS-Kommunalpolitiker zu Nachdenklichkeit veranlaßte,²²⁰ war der Wahlausgang für die Partei ermutigend. Mit ihren acht Sitzen im Stadtrat trat die NSDAP jetzt als die drittstärkste Kraft nach BVP (12 Sitze) und SPD (17 Sitze) und vor der KPD (3 Sitze) auf²²¹ und verzeichnete am Stadtrand einen weiteren Erfolg. In Obermenzing stellte die NSDAP mit sechs von 14 Gemeinderatssitzen, drei mehr als jeweils BVP und SPD, künftig den Bürgermeister. Dieser war nun einer der sieben NSDAP-Bürgermeister, die die Partei 1929 in ganz Bayern vorweisen konnte. Allerdings erreichte die Partei in den größeren Gemeinden im Umland Münchens, in Pasing, Haar, Aubing und Fürstenfeld-

²¹⁶ Vgl. z.B. die Kampagne der Münchner Bäckerinnung 1932: Die Bayerische Bäckerei, Jahrgang 1932. Vgl. auch „Uhrmacherkunst“. 1929–1932.

²¹⁷ In diesem Zusammenhang muß auch die unter bestimmten Handwerkszweigen weitverbreitete Mitgliedschaft im Kolping-Werk gesehen werden. Dazu auch: Auskunft Karl Steiger, langjähriger Münchner Obermeister und Landesinnungsmeister der Schuhmacher-Innung, am 14. 12. 1995.

²¹⁸ Festschrift zum 50jährigen Bestehen der KfZ-Innung München-Oberbayern.

²¹⁹ SMP 49 (4. 12. 1932), „Der Zinnsoldat. Altes deutsches Weihnachtsspielzeug“. SMP 50 (11. 12. 1932), Anzeige.

²²⁰ Vgl. Kapitel VI.

²²¹ Vgl. Anhang 1, Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933. Vgl. auch MNN 335 (9. 12. 1929), „Das Wahlergebnis in München“.

bruck, nicht einmal einen Sitz.²²² Der Erfolg bei der Stadtratswahl entwickelte erstaunlicherweise keinen Zuffekt für das Volksbegehren gegen den Youngplan 1929. Während der Eintragungsfrist vom 16. bis 29. Oktober schrieben sich in München sechs Prozent der Stimmberechtigten in die Listen ein. Am 22. Dezember gaben beim Volksentscheid gerade 10 Prozent ihre Stimme ab, alle – bis auf 0,45 Prozent – zugunsten des Entscheids. Dieser Mißerfolg fiel hinter das gesamt-bayerische Ergebnis mit 11 Prozent, das Reichsergebnis mit 13,8 Prozent und das bayernweit höchste Ergebnis im Wahlkreis Franken mit 19,2 Prozent der Wahlberechtigten zurück.²²³ Das Münchner Ergebnis fügt sich dennoch, wie bereits von Widmann festgestellt,²²⁴ nicht unmittelbar in den von Falter rekonstruierten kausalen Zusammenhang zwischen niedriger Zustimmung jeweils für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1925, für den Volksentscheid 1929 und in der Folge niedrigerer Zustimmung für Hitler und die NSDAP in den Wahlen nach 1928.²²⁵ Denn die Münchner Wählerzustimmung für Hindenburg 1925 und das Reichstagswahlergebnis der NSDAP im Jahre 1930 übertrafen den Durchschnitt in Bayern und im Reich bei weitem.²²⁶

Die Reichstagswahl im September 1930 brachte der NSDAP den Durchbruch.²²⁷ Mit den in München erzielten knapp 18 Prozent aller Wahlberechtigten rückte sie nahe an BVP (19 Prozent) und SPD (24 Prozent) heran und überrundete KPD (8 Prozent) und DNVP (7 Prozent) bei weitem. Im Vergleich zur Reichstagswahl 1928 hatte sie nun ihre Prozentanteile mehr als verdoppelt und im Vergleich zu den Stadtratsstimmen von 1929 beinahe ein Drittel zusätzliche Wahlberechtigte für sich mobilisiert. Die Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 konnte dieses Ergebnis trotz erneut gesteigerter Propagandaaufwendungen nur um gut drei Prozentpunkte auf 21 Prozent der Wahlberechtigten verbessern. Hindenburg erhielt dagegen 56 Prozent.²²⁸ Bei der Landtagswahl im April des Jahres blieb die Zustimmung zur NSDAP in der Stadt etwa auf der selben Höhe.²²⁹ Die Reichstagswahl im Juli 1932 verschaffte der Partei in der Stadt gerade ein Prozent mehr an Wählerstimmen als die Reichspräsidentenwahl und nur 4 Prozent mehr als die Reichstagswahl 1930. Das mögliche Wählerpotential in der Stadt schien damit ausgeschöpft. Allen Anstrengungen zum Trotz hatte die NSDAP noch immer nicht die 25,5 Prozent des „Völkischen Blocks“ bei der Landtagswahl im April 1924 erreicht. Während die SPD in München, wie auch im Reich, seit der Reichs-

²²² ZBSL 62 (1930), S. 473.

²²³ Vgl. Anhang 1, Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933. ZBSL 62 (1930), S. 267–276. Insgesamt zeichneten bis zum 29. 10. 1929 auf den Listen ein: München 28 550, Nürnberg 14 815, Fürth 2189, Bamberg 2283, Würzburg 1629, Augsburg 4815; VB 253 (31. 10. 1929), „Das Volksbegehren in Bayern. Teilergebnisse München 30. 10. 1929“.

²²⁴ Widmann, Wahlergebnisse, S. 9.

²²⁵ Falter, Hitlers Wähler, S. 123 ff.

²²⁶ Vgl. Anhang 1, Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933 und 1, Reichspräsidentenwahlen.

²²⁷ Im Folgenden: Anhang 1, Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

²²⁸ ZBSL 64 (1932), S. 207–211. Vgl. Anhang 1, Reichspräsidentenwahlen.

²²⁹ Im Folgenden: Anhang 1, Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

tagswahl 1930 stetig Stimmen verlor²³⁰ und im Juli 1932 bei 17 Prozent der Wahlberechtigten anlangte, erlebte die Münchner BVP seit 1930 einen leichten Aufwärtstrend und erreichte nun 20,5 Prozent. Die KPD legte im selben Zeitraum über drei Prozent zu, die Zahl der Nichtwähler hatte mittlerweile wieder das Niveau von 1928 erreicht. Dagegen verloren die DNVP und die Kleinstparteien über vier Prozent. Die Zuwächse bei KPD, BVP und der Gruppe der Nichtwähler rührten vermutlich von den Verlusten der Münchner SPD von 6,8 Prozent her, während die NSDAP ihre Gewinne vor allem aus dem Rückgang der DNVP und der Kleinstparteien schöpfte. Die Ergebnisse der Parteien bei der Landtagswahl 1932 fügten sich weitgehend in den Trend der Reichstagswahlergebnisse 1930 und 1932.

Die Reichstagswahl im November 1932 warf die Münchner NSDAP mit 18 Prozent der Wahlberechtigten beinahe auf ihren Stand von 1930 zurück. Die Partei hatte von 1928 bis 1932 etwa 14 Prozent Wahlberechtigte hinzugewonnen und beinahe vier Prozent davon wieder eingebüßt. Im Gegensatz zu BVP und SPD, die im Vergleich zur Juli-Wahl etwa je zwei Prozent verloren, legten KPD und DNVP dieselbe Prozentzahl zu. Nachdem die SPD-Verluste der KPD zugute kamen, verlor die NSDAP vermutlich vor allem an DNVP und KPD oder an die Gruppe der Nichtwähler, die um zweieinhalb Prozent zugenommen hatte. Die Märzwahl 1933 veränderte die Situation dramatisch. Mit 33,6 Prozent verdoppelte die Münchner NSDAP ihr Ergebnis vom November des Vorjahres beinahe. DNVP und BVP stagnierten geringfügig über ihrem Ergebnis vom November, während die SPD beinahe drei Prozent hinzugewann, die KPD entsprechend ihrem stark eingeschränkten Wahlkampf 4 Prozent und die Kleinstparteien ein Prozent verloren. Ihren gewaltigen Zugewinn von 15 Prozent bezog die NSDAP somit, wie im Reich,²³¹ aus dem gleichhohen Rückgang der Nichtwähler und auch aus dem Lager der ehemaligen KPD-Wähler und der Kleinstparteien.²³² Der Einbruch in die Wählerschaften der katholischen Partei war der Münchner NSDAP im Gegensatz zu den Tendenzen im Reich²³³ allerdings auch 1933 nicht gelungen.

Der Vergleich mit der Partei im Reich

Vergleicht man die Reichstagswahlergebnisse im Reich und in München miteinander, so erscheint die Münchner Entwicklung 1924 bis 1930 im Sinne der NSDAP erfolgreich. Reichstagswahlen sind als übergreifender Gradmesser für die Zustimmung zur NSDAP 1924 bis 1933 zuverlässiger als Landtags- oder Kommunalwahlen. Im Mittelpunkt der Parteipropaganda standen nicht kommunalpolitische Themen, sondern die Reichstagswahlen und der politisch-wirtschaftliche Alltag

²³⁰ Ebenda.

²³¹ Falter, Wähler der NSDAP, S. 57.

²³² Ebenda. Widmann kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Daß die NSDAP nach 1924 unter den im Reich erzielten Wahlergebnissen blieb, stehe auch im Zusammenhang mit dem geringen Potential der Kleinstparteien in München. Dadurch bot sich der Partei nicht mehr wie 1924 eine günstige Ausdehnungsmöglichkeit. Die Partei habe vermutlich, wie im Reich, am meisten von den Nichtwähleranteilen profitiert: Ders., Wahlergebnisse, S. 22–24.

²³³ Ebenda, S. 53.

auf Reichsebene.²³⁴ Diese Mißachtung belastete jedoch nie den Erfolg bei den Kommunalwahlen, da die Münchner Stadtratswahlergebnisse weder 1924 noch 1929 auffällig von der allgemeinen Wahlentwicklung abwichen,²³⁵ sondern zu den nationalsozialistischen Spitzenergebnissen bei solchen Wahlen zählten.²³⁶ Dennoch sind die Ergebnisse von Kommunal- und Landtagswahlen nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Motivation der Wähler nicht mit den Stimmengewinnen bei Reichstagswahlen zu vergleichen.

Hinsichtlich der Reichstagswahlen bietet sich der Vergleich mit den von der Forschungsgruppe um Jürgen Falter erstellten Kontrastgruppen an.²³⁷ Sämtliche Reichstagswahlkreise werden hier nach vergleichbaren Sozialmerkmalen ausdifferenziert und in Gruppen zusammengefaßt. Eine dieser Kontrastgruppen ist in ihren Strukturen mit der Stadt München²³⁸ vergleichbar. Diese Gruppe besteht aus insgesamt 23, überwiegend urban geprägten Wahlkreisen mit einem Anteil von über zwei Drittel Katholiken. Der Prozentsatz der Arbeiter liegt unter dem Reichsdurchschnitt, der Anteil der im Dienstleistungssektor Tätigen und ihrer Angehörigen dominiert unter den in der Stadt Beschäftigten. Während der Durchschnitt der Reichstagswahlergebnisse der NSDAP in dieser Kontrastgruppe²³⁹ von 1924 bis 1928 doppelt so stark war wie der Reichsdurchschnitt, lag er 1930 nur noch um einen Prozentpunkt höher und bei den Wahlen 1932 und 1933 sechs bis neun Prozent darunter. Die Münchner Ergebnisse folgten dieser Tendenz, übertrafen jedoch bis 1930, vom Mißerfolg des Volksbegehrens abgesehen,²⁴⁰ den Durchschnitt der Kontrastgruppe um zwei bis drei Prozentpunkte, im Mai 1924 sogar um über sieben Prozent (der Wahlberechtigten). Erst bei den Wahlen 1932 sowie 1933 sanken die Münchner Ergebnisse weit unter den Reichsdurchschnitt, verloren zugleich die Spitzenstellung innerhalb der Kontrastgruppe und zeigten nun denselben Durchschnitt. Allerdings übertrafen die Münchner Ergebnisse 1932 und 1933 nach wie vor diejenigen in den katholischen Städten Köln und Essen und zeigten sich auf gleichem Stand wie in Düsseldorf.²⁴¹ Zwar erreichte die Partei bis 1930 den Stand der Gewinne vom Mai 1924 wieder und mobilisierte den größten Teil ihres Wählerpotentials in der Stadt. Doch in den folgenden drei Jahren tat sie sich in der „Geburtsstätte der NSDAP“ wesentlich schwerer, neue Wählermassen zu gewinnen, als im Reichsdurchschnitt. Bei der Juliwahl 1932 blieb der Münchner NSDAP-Gewinn von 4 Prozent sogar unter

²³⁴ HRS III/2, Dok. 106, S. 479 ff.: Hitler im Münchner Zirkus Krone am 7. 12. 1929. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 477. Friebe, Kommunalpolitik, S. 45 f.

²³⁵ Anhang 1, Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924–1933.

²³⁶ Matzerath, Kommunalpolitik, S. 47 ff.

²³⁷ Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 190–203.

²³⁸ Vgl. Kapitel I.1.

²³⁹ Im Folgenden: Anhang 1, Reichstagswähler zugunsten der NSDAP. Bei der Wahl 1928 zählten die 10,7 Prozent der Stimmen, die die NSDAP in München gewann, zu den besten Ergebnissen unter den Großstädten des Reiches: In Weimar erzielte die Partei 10,6 Prozent der Stimmen, in Koblenz 10,4, in Nürnberg 10,6, in Augsburg 7,0, dagegen in Köln 1,6, in Düsseldorf 1,6, in Duisburg 1,7 und in den drei Stadtkreisen Berlins (Berlin, Potsdam I und II) nur 1,57 Prozent: Stachura, Wendepunkt, S. 86 ff.

²⁴⁰ ZBSL 62 (1930), S. 267–276.

²⁴¹ Schmiechen-Ackermann, Großstädte, S. 266 (Diagramm 1).

dem der Kontrastgruppe von 6 Prozent.²⁴² Die spätere „Hauptstadt der Bewegung“ wurde nun ebenfalls Teil eines Phänomens in der Weimarer Republik, das ab 1932 Wahlkreise mit den Sozialmerkmalen der genannten Kontrastgruppe reichsweit kennzeichnete: der relative Mißerfolg der NSDAP bei der Gewinnung neuer Wählerschichten.

Hochburgen und Stadtviertel mit geringerem Erfolg

Die Hochburgen der Münchner NSDAP und die Viertel mit ihren niedrigsten Wahlergebnissen lassen sich anhand der Landtagswahlergebnisse für die zehn Landtagswahl-Stimmkreise 1924 bis 1932 herausarbeiten, die von der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht wurden. Allerdings fassen diese Stimmkreise jeweils verschiedene Stadtbezirke zusammen und erlauben keine Ausdifferenzierung deren unterschiedlicher sozialer Prägung. Dadurch wird nicht deutlich, welcher Bezirk und damit welche soziale Schicht genau für die besonders signifikanten NS-Ergebnisse verantwortlich war. Das Verhalten bei den Landtagswahlen läßt sich überdies nur eingeschränkt auf die Reichstagswahlen übertragen, da bestimmte Bevölkerungsschichten bei beiden Wahlen vermutlich unterschiedlich abstimmten. Immerhin werden gewisse Tendenzen deutlich.²⁴³ Die jeweiligen Wählerblöcke bewiesen in allen drei Landtagswahlen von 1924 bis 1932 eine erstaunliche Stabilität. So zeigte etwa der IX. Stimmkreis im Vergleich mit den anderen Stimmkreisen stets das höchste SPD-Ergebnis. Im VIII. Stimmkreis holte die SPD stets ihr zweithöchstes Ergebnis, der VI. Kreis stand regelmäßig an dritter Stelle. Die BVP konnte gleich bleibend im I. Stimmkreis mit ihrem höchsten, im X. mit ihrem zweithöchsten und im IV. mit ihrem dritthöchsten Ergebnis rechnen. Für die DNVP stand ebenso beharrlich an erster Stelle der X., an zweiter der II., an dritter der I. und an vierter der III. Kreis. Und auch die NSDAP hatte in diesen neun Jahren kontinuierlich in den gleichen Stimmkreisen ihre Hochburgen und ihre niedrigsten Ergebnisse.²⁴⁴ Diesem Trend folgte selbst die Bezirkstagswahl 1928.²⁴⁵ Das beste bzw. zweitbeste Ergebnis im Vergleich der Stimmkreise erzielte die Partei wechselweise innerhalb der Kreise I und II, an dritter Stelle stand der III. Kreis und an vierter der VII. Kreis. Zum I., II. und III. Kreis gehörten die Stadtbezirke Altstadt, Universität, Lehel-Süd und Josephsplatz sowie Schwabing West, Königsplatz, Marsfeld, Hauptbahnhof und Neuhausen-Oberwiesenfeld. Der VII. Kreis umfaßte das südliche Schlachthofviertel, das Glockenbachviertel und das Gärtnerplatzviertel. Für die Landtagswahl 1924 läßt sich das

²⁴² Vgl. Anhang 1, Reichstagswähler zugunsten der NSDAP.

²⁴³ Gerhard Widmann analysiert in seiner Hauptseminararbeit (Widmann, Wahlergebnisse) ebenfalls die Daten der ZBSL und kommt zu denselben Ergebnissen. Stellenweise ergaben sich jedoch immer wieder (geringfügige) unterschiedliche Rechenergebnisse bei der Auswertung der ZBSL. Widmann analysiert zudem die Ergebnisse von KPD und SPD sowie von DNVP, DVP und DDP jeweils als Block und nicht nach den einzelnen Parteien ausdifferenziert. Daher stützt sich die folgende Abhandlung primär auf die eigene ZBSL-Auswertung und nicht auf Widmanns Arbeit. Vgl. im Folgenden: Anhang 1, Landtagswahlstimmkreise.

²⁴⁴ Im Folgenden: Anhang 1, Landtagswahlstimmkreise.

²⁴⁵ ZBSL 60 (1928), S. 605–630.

Ergebnis präzisieren. Den größten NS-Stimmenanteil erzielten hier die Stadtbezirke 1 (Max-Joseph-Platz), 5 (Ludwigstraße), 6 (Königsplatz) und 7 (Nordfriedhof).²⁴⁶ Der Stadtteil Laim gehörte nicht zu diesen Kreisen, lieferte der NSDAP jedoch bei den Reichstagswahlen im November 1932 und im März 1933 hohe Ergebnisse: 47 bzw. 54 Prozent der Stimmen.²⁴⁷ Ihre niedrigsten Ergebnisse²⁴⁸ quittierten die Nationalsozialisten stereotyp im IX. Kreis, gefolgt vom VIII. und vom IV., der jedoch 1932 auf dem dritten Platz vom V. Kreis abgelöst wurde. Zum VIII. und IX. Kreis gehörten die Stadtbezirke Haidhausen-Nord-, -Südost und -West, Unter- und Obergiesing sowie Ramersdorf, Berg am Laim, Au und Harlaching. Der IV. Stimmkreis bestand aus den Bezirken Neuhausen-Nymphenburg-Gern, Donnersbergerbrücke, Schwabing-Nord, Milbertshofen und Moosach. Der V. Kreis umfaßte die Bezirke Theresienwiese, Schlachthofviertel-Nord, Westend und Schwanthalerhöhe. Für 1924 wiederum lassen sich die niedrigsten Ergebnisse in den Stadtbezirken 18 (Giesing-Harlaching), 20 (Westend), 24 (Thalkirchen) und 25 (Laim) lokalisieren.²⁴⁹ Der Wechsel der Stimmkreise IV und V in der Rangliste der NSDAP-Ergebnisse ist möglicherweise auf die Mobilisierung der Nichtwähler zurückzuführen. Im IV. Kreis reduzierte sich die Gruppe der Nichtwähler 1932 gegenüber nahezu allen anderen Kreisen um das Doppelte. Im V. Kreis – ohnehin eine BVP-Hochburg – zeigte diese Gruppe dagegen einen der niedrigsten Rückgänge unter allen Kreisen. Für alle anderen Parteien zählten die Kreise IV und V hinsichtlich des Erfolges eher zum Mittelfeld. Bis 1929 lassen sich einige Parallelen zwischen Wähler- und Mitgliedschaft²⁵⁰ der Münchner NSDAP beobachten. So wiesen die Stadtbezirke 5, 6 und 26, d.h. ein Teil der Stimmkreise I und II, stets die höchsten Mitgliederzahlen auf, während die Bezirke 14, 15, 17 und 18, d.h. ein Teil der Stimmkreise VIII und IX, stets die niedrigsten Mitgliederzahlen innerhalb der Partei verzeichneten.

Es ist schwierig, die Stimmkreise bestimmten sozialen Schichten eindeutig zuzuordnen. In seiner Arbeit über die Wahlen in München 1919–1933 zeigt Gerhard Widmann für die zehn städtischen Landtagswahl-Stimmkreise auf der Basis der Datenerhebungen der Berufszählung von 1907 sowie der Volkszählung von 1910 zumindest Tendenzen auf.²⁵¹ Eine Verwendung dieser Daten erscheint problematisch. Abgesehen von der erheblichen Vergrößerung des Stadtgebietes in diesen nahezu drei Jahrzehnten²⁵² muß die hohe Mobilität der Münchner mit berechnet werden.²⁵³ Zudem differenzieren die sehr einfachen Kategorien Widmanns die NSDAP-Wählerschaft nicht im Sinne der Kategorien Falters²⁵⁴ bzw. Katers²⁵⁵.

²⁴⁶ Widmann, 35 Prozent für den „Völkischen Block“.

²⁴⁷ Auer, Laimer Chronik, S. 158 f.

²⁴⁸ Vgl. Anhang 1, Landtagswahlstimmkreise.

²⁴⁹ Widmann, 35 Prozent für den „Völkischen Block“.

²⁵⁰ Kapitel III.5., S. 213 ff.

²⁵¹ Widmann, Wahlergebnisse, S. 20–22.

²⁵² Die Quellen des Münchner Wirtschaftslebens, S. 19. Statistisches Handbuch 1938, S. 19.

²⁵³ Dies legt das entsprechende Verhalten der Münchner Parteianhänger 1924 bis 1928 nahe: Vgl. Kapitel III.5.

²⁵⁴ Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 161 ff.

²⁵⁵ Kater, Nazi Party.

Die Kategorie „Arbeiter“ etwa müßte, um eine eindeutigere Aussagekraft zu erhalten, in „Facharbeiter“ und „ungelernte Arbeiter“ unterteilt werden.²⁵⁶ Die Aufteilung in Stimmkreise läßt letztendlich keinen Schluß zu, in welchem Stadtviertel die Partei ihre Ergebnisse tatsächlich erzielte. Widmann bietet somit nur einen Annäherungswert an die tatsächlichen Verhältnisse bzw. Indizien für den Erfolg oder Mißerfolg der NSDAP in bestimmten Bevölkerungsschichten. Trotzdem erscheint es interessant, Widmanns Ergebnisse zumindest ansatzweise zu umreißen. Folgt man der Tendenz der genannten Sozialdaten,²⁵⁷ so hatte die Münchner NSDAP ihre besten Landtagswahlergebnisse in Stimmkreisen (I, II, III), die im Vergleich zu den anderen Kreisen einen höheren Anteil²⁵⁸ an Protestanten, Berufslosen, im öffentlichen Dienst Beschäftigten und Freiberuflern aufwiesen. Dies bezieht sich auf die bürgerlichen Stadtviertel in Schwabing, in der Altstadt sowie um den Gärtnerplatz.²⁵⁹ Die NS-Hochburg im VII. Kreis wich mit einem leicht überdurchschnittlichen Anteil an Beschäftigten aus Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr, einem leicht unterdurchschnittlichen Anteil an Protestanten und Berufslosen und einem stark unterdurchschnittlichen Anteil an Freiberuflern und im öffentlichen Dienst Beschäftigten vom Muster der drei genannten Kreise ab. Deren Charakteristika boten den liberalen und konservativen Parteien sowie den Kleinstparteien tendenziell bessere Wahlergebnisse. Erstaunlicherweise zählte der X. Kreis, der genau die Charakteristika der Kreise I–III aufweist, eher zum Mittelfeld der NS-Wahlergebnisse der zehn Kreise. Daher konstatiert Widmann, daß die NSDAP in München, wie im Reich auch, in unterschiedlichen Sozialstrukturen erfolgreich war. Die niedrigsten NSDAP-Ergebnisse lieferten Kreise (IX und VIII) mit einem stark überdurchschnittlichen Anteil an Arbeitern, Tagelöhnern und Industrie/Handwerk sowie einem stark unterdurchschnittlichen Anteil an Protestanten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe. Innerhalb dieser Kreise befanden sich die traditionellen Arbeiterviertel Haidhausen, Giesing und die Au. Ähnlich ungünstige Ergebnisse hatte die NSDAP 1932 auch im VI. Kreis hinzunehmen, der, abgesehen von einem etwas höheren Anteil an Protestanten, ebensolche Charakteristika zeigte wie die Kreise VIII und IX. Der IV. Kreis, der noch bis 1928 schlechtere Ergebnisse hervorbrachte, wies, abgesehen von einem sehr hohen Anteil Berufsloser, keine über- oder unterdurchschnittlichen Anteile bestimmter Beschäftigungsgruppen auf. Widmann vermutet, daß für den relativen Mißerfolg der NSDAP in den Münchner Arbeitervierteln der hohe Anteil an Arbeitern, Katholiken und gebürtigen Münchnern bzw. deren weitgehend homogene Sozialmilieus ausschlaggebend waren.

²⁵⁶ Ein entsprechender Forschungsansatz würde jedoch den Rahmen der vorliegenden Studie bei weitem sprengen.

²⁵⁷ Im Folgenden: Widmann, Wahlergebnisse, S. 22.

²⁵⁸ Im Folgenden entsprechend Widmann, Wahlergebnisse, S. 20, Anm. 40:

höher bzw. stark überdurchschnittlich	= mehr als 20 Prozent über dem Durchschnitt;
leicht überdurchschnittlich	= 10–20 Prozent über dem Durchschnitt;
stark unterdurchschnittlich	= mehr als 20 Prozent unter dem Durchschnitt;
leicht unterdurchschnittlich	= 10–20 Prozent unter dem Durchschnitt.

²⁵⁹ Vgl. auch Vollnhals, Aufstieg der NSDAP, S. 161.

V. Die Finanzierung der Parteiarbeit

1. Sektionen und Ortsgruppen

Im Folgenden soll die qualitative und quantitative Entwicklung der Finanzierungsstrukturen der NSDAP-Stadtteilorganisationen, aufgeteilt nach den verschiedenen Einkommensquellen, erläutert werden. Die Sektionen (später die Ortsgruppen) führten faktisch zwei Kassen. In der ersten wurden sämtliche Posten verbucht, die an die Reichsleitung abgeführt werden mußten: die Aufnahmegebühren, die bei Parteieintritt zu zahlenden Werbebeiträge, die gesamten Mitgliederbeiträge und bestimmte Sonderspenden.¹ Erst nach dem Übergang der Münchner NSDAP-Leitung an den neuen Gauleiter Wagner im Herbst 1929 konnten die Ortsgruppen auch auf bestimmte Anteile an diesen Geldern zurückgreifen. Die zweite Kasse verzeichnete alle übrigen Einnahmen, die zur alleinigen Verfügung der Sektion standen:² die Erträge aus Sammlungen und Spenden, aus Eintrittsgeldern bei öffentlichen Veranstaltungen sowie aus dem Verkauf von Propagandamaterialien. Der unentgeltliche Propagandaeinsatz der Mitgliedschaft oder der SA, beispielsweise bei Plakatierungen, sparte zwar erhebliche Kosten, ist jedoch nicht im eigentlichen Sinne als Finanzierungsmethode zu werten. Daher soll diese Praxis hier auch nicht besprochen werden.

Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren

Die Parteisatzungen und die Anweisungen des Reichsschatzmeisters Schwarz verpflichteten³ die Sektionen, wie schon in den Jahren bis zum „Hitlerputsch“ 1923,⁴ so auch von 1925 bis 1929, zur monatlichen Ablieferung der bei ihnen eingezahlten Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren und Werbebeiträge sowie bestimmter Spenden⁵ an die Reichsleitung. Eine Initiative des Schwabinger Sektionsführers

¹ Vgl. IfZ, „Protokollheft“, S. 92: Kassenberichte der Sektion Schwabing für 1925, 1928 und 1929. Der Kassenbericht der Sektion Sendling für 1926 bestätigt dieses Bild: „Rechnenschaftsbericht über die Sektionskasse Sendling“, gezeichnet vom Sektionskassier vom 1. 1. 1927: StA, NSDAP 496.

² So wurden in der Sektion Schwabing drei Kassenbücher geführt: vgl. IfZ, MA 1221: Ein „Hauptkassenbuch für die Mitgliedsbeiträge“ und andere Posten, die an die RL abzuführen waren [im Folgenden: HKB], ein „Sektionskasse-Tagebuch“ [im Folgenden: SKTB] und ein „Kassenhauptbuch“ für die Umsätze der Sektion [im Folgenden: KHB].

³ IfZ, MA 738: RSM Schwarz an die Sektionskassiere, o. D.; Datierung vermutlich März 1925 nach der Lage im Mikrofilm, dem Stil und der äußeren Form des Dokumentes. Vgl. HRS I, Dok. 4, S. 7–9: „Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP“ vom 26. 2. 1925. HRS I, Dok. 64, S. 147 ff.: „Satzungen der NSDAP“ vom 21. 8. 1925: § 6 „Organisation des Vereins“. HRS I, Dok. 146, S. 461 ff.: „Satzungen der NSDAP/NSDAV e.V.“ vom 22. 5. 1926: § 5 „Generalversammlungen“.

⁴ Tyrell, Führer befehl, Dok. 9, S. 31 ff.: Satzung der NSDAP vom 29. 7. 1921.

⁵ Hierunter wurden sowohl Einzelspenden als auch Sammlungen für Sonderumlagen und

Woltereck im Mai 1925, den Münchner Sektionen wenigstens einen Anteil von 5 Pf. pro Mitgliedsbeitrag zu sichern, scheiterte. Schwarz und auch Hitler selbst lehnten das Ansinnen mit der Begründung ab, daß die Reichsleitung gerade auf die Münchner Beiträge dringend angewiesen sei.⁶ Durch das Fehlen der Beitragsanteile, wie sie üblicherweise selbständigen Ortsgruppen, die in keinen Gauverband eingeordnet waren, zustanden, war den Münchner Sektionen eine wichtige finanzielle Stütze entzogen. Grundsätzlich zahlte jedes Mitglied der NSDAP einen monatlichen Beitrag, der sich durch die gleichzeitige Mitgliedschaft in SA, SS, HJ und bestimmten anderen Parteiorganisationen oder auch durch Arbeitslosigkeit verringerte.⁷ Nur einige wenige Parteiorganisationen verlangten darüber hinaus noch eigene Gebühren.⁸ Von den Mitgliederbeiträgen gingen jeweils bestimmte Anteile an die Reichsleitung, die Gauleitung (in deren Gebiet die Beiträge erhoben wurden) und an die selbständigen Ortsgruppen bzw. Ortsgruppen, die in Gauverbände eingegliedert waren. Ohne die genannte Sonderregelung hätte München als selbständiger NSDAP-Ortsgruppe 1925 und 1926 25 Pf. des damaligen monatlichen Mitgliedsbeitrages von 50 Pf. bzw. 60 Pf. zugestanden, zwischen Herbst 1927 und Herbst 1928 40 Pf. von 80 Pf. Wenn ein Mitglied einen höheren Betrag als diesen Mindestbeitrag einzahlte, kam die Differenz der Ortsgruppe zugute. Ab 1. Oktober 1928, nachdem im Zuge der NSDAP-Organisationsreform⁹ die Anteile für alle Ortsgruppen (selbständige und unselbständige) im Reich einheitlich geregelt worden waren, hätte der Münchner Anteil erneut 25 Pf. von 80 Pf. betragen. Erst im Herbst 1932 wurde im Zuge einer Beitragserhöhung der Ortsgruppenanteil gesteigert. Er betrug jetzt 60 Pf. von dem im Gaugebiet München-

Spendenforderungen der RL verstanden. Vgl. die Einnahmen und Ausgaben im Schwabinger KHB.

⁶ StA, NSDAP 496: Woltereck an HGS vom 23. 5. 1925; vgl. die hs. Randvermerke des RSM Schwarz.

⁷ Vgl. Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge). Zur Regelung der Beitrittsmodalitäten von SA und SS vgl. Longeric, Braune Bataillone, S. 56f., und HRS II/1, Dok. 135, S. 326: „GRUSA II. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 31. 5. 1927 sowie Dok. 139 (S. 335f.): „GRUSA III. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 3. 6. 1927.

⁸ Vgl. einige Beispiele: BA, Berlin, Slg Schumacher 230: Rschr. Elsbeth Zander „An die Mitglieder des DFO“ vom 20. 1. 1929 sowie VB 20 (24. 1. 1929), „An alle Mitglieder des DFO“: Ein Mitglied der DFO zahlte 1928–1931 im Monat 50 Pf. StA, PDM 6827: Rschr. GL München-Oberbayern vom 25. 2. 1932, Abschrift: Die NS-Frauenschaften verlangten 1932 im Gau 20 Pf monatlich. VB 249 (19./20. 10. 1930), „Bekanntmachung“: Der NS-Juristenbund erhob seit Ende 1929 einen Jahresbeitrag von fünf RM. StA, PDM 6873: Beitrittsformular der KGWK, o. D. (vermutlich. 1931): Ein Mitglied bezahlte jährlich mindestens 15 RM. StA, PDM 6948: Satzungen des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, o. D.: Der Jahresbeitrag des Ärztebundes betrug 1930 fünf RM. StA, NSDAP 992: Muster eines für 1931 erstellten Schreibens des NSLB Gau München-Oberbayern „Lieber deutscher Volksgenosse“ mit der Unterschrift des Leiters der Münchner Ortsgruppe, Bauer; dem Schreiben zufolge hatte ein erwerbstätiger Lehrer bzw. Pensionist monatlich 2,30 RM Beitrag zu zahlen.

⁹ Durch die Organisationsreform, die im Gefolge der Führertagung in München vom 1.–2. 9. 1928 beschlossen worden war, existierten im Reich ausschließlich Gaue, denen die Ortsgruppen jeweils untergeordnet waren: VB 206 (5. 9. 1928), „Die organisatorischen Ergebnisse der Führertagung“.

Oberbayern gültigen (nichtermäßigten) Regelbeitrag in Höhe von 1,20 RM.¹⁰ Seit Ende Oktober 1929, nachdem die Münchner Sektionen zu Ortsgruppen ernannt worden waren, galt auch in München der innerhalb der NSDAP übliche Verteilerschlüssel für die Mitgliederbeiträge. Dadurch verbesserten sich die Finanzen der Münchner NSDAP erheblich. Rein theoretisch standen dieser nun 1930 ca. 10500 RM und 1932 ca. 72000 RM zusätzlich zur Verfügung.¹¹ Vermutlich motivierte dies die Ortsgruppen, die Mitgliedsbeiträge energischer einzutreiben. Seit 1930 durften diese auch die Werbebeiträge einbehalten.¹² Von ihrem ebenfalls seit 1930 verbrieften Recht, in Eigenregie die Beiträge zu erhöhen,¹³ haben die Münchner Ortsgruppen anscheinend keinen Gebrauch gemacht; hierfür findet sich jedenfalls in den überlieferten Unterlagen kein Beleg. Mit Jahresbeginn 1932 erhielten sie schließlich erstmals einen Anteil von 50 Pf an dem Aufnahmebeitrag von 3 RM. Auch an Sonderumlagen wurden die Münchner Stadtteilorganisationen in diesem Jahr erstmals beteiligt. Von den zwei Umlagen der Gauleitung während des Reichspräsidentenwahlkampfes 1932, die von den Mitgliedern jeweils 2 RM forderten, und ebenso von der Gau-Sonderumlage des Spätherbstes 1932 in Höhe von 3 RM pro Mitglied erhielten die Ortsgruppen jeweils die Hälfte.¹⁴ Allerdings ließen das Desinteresse und die nachlassende Opferbereitschaft der Mitglieder nur einen Bruchteil der geforderten Gelder zusammenkommen.¹⁵ Noch von der im September 1927 erhobenen Sonderumlage der Reichsleitung in Höhe von zwei Mark, die eigentlich den Ortsgruppen im Reich zugute kam und deren ständige Zahlungsschwierigkeiten und Schulden bei der Reichsleitung lindern sollte,¹⁶ hatte München nichts erhalten.¹⁷

Eine Reihe von Faktoren schmälerte die tatsächlichen Erträge der Münchner Ortsgruppen aus den Mitgliederbeiträgen. Zum einen war die Zahlungsmoral der Parteiangehörigen stets relativ niedrig und nahm wie geschildert, schon 1927/1928 und erneut 1932 ein dramatisches Ausmaß an.¹⁸ Zum anderen gerieten verschie-

¹⁰ Vgl. Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

¹¹ Dies gilt, wenn man davon ausgeht, daß 1930 geschätzt 3500 und 1932 geschätzt 10000 Mitglieder ihre Beiträge vollständig bezahlten. Zu den Mitgliederzahlen: Kapitel IV.5.

¹² IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche NSDAP-Gauleitungen vom 26. 5. 1930: Die RL verzichtete künftig auf die Abführung der ihr nach § 5 der Parteisatzungen vom 22. 5. 1926 zustehenden Werbebeiträge.

¹³ IfZ, MA 738: „Dienstanweisung für Ortsgruppen und Stützpunkte der NSDAP im Gau München-Oberbayern“ für 1930; Ziffer V. „Mitgliederbeitrag“.

¹⁴ IfZ, MA 1216: GGF an die Ortsgruppe Ottobrunn vom 31. 3. 1932. Vgl. auch ebenda: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 17. 3. 1932. IfZ, MA 1216: GSM an alle Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932; diesem Schreiben war entsprechend der Zahl der Mitglieder des Adressaten ein Begleitschreiben Wagners beigelegt. Vgl. IfZ, MA 1216: Original dieses Rschr. Wagners.

¹⁵ Vgl. Kapitel V., Anm. 98.

¹⁶ IfZ, Fa 104/2: RL an alle Gaue und selbständige Ortsgruppen vom 1. 9. 1927: Selbständige Ortsgruppen erhielten 1 RM, solche im Gauverband sowie Gauleitungen je 50 Pf von jeder eingezahlten Umlage.

¹⁷ In sämtlichen Kassenbüchern der Sektion Schwabing und ebenso im gesamten gesichteten Material der Ortsgruppe München 1925–1929 läßt sich kein Hinweis auf eine derartige Einnahme finden.

¹⁸ Vgl. Kapitel III.5. und IV.5.

dene Sonderregelungen den Münchner Ortsgruppen zum Nachteil. Grundsätzlich mußte eine NS-Ortsgruppe zuallererst die festgelegten Gau- und Reichsleistungsanteile von den Mitgliederbeiträgen abführen. Falls die Beitragsleistungen den Mindestbeitrag überstiegen, begünstigte diese Regelung die Ortsgruppen; der gegenteilige Fall konnte zu Verlusten führen. Überdies mußten sie mit der Gauleitung die Beiträge entsprechend ihrer Mitgliederzahl abrechnen und nicht entsprechend der tatsächlich eingegangenen Gelder. Diese Regelung hatte die Reichsleitung – vermutlich als Reaktion auf die nachlässige und 1927 besonders rückläufige Zahlungsmoral der Parteimitgliedschaft – bereits im Herbst 1927 für sämtliche Ortsgruppen im Reich eingeführt.¹⁹ Dies zwang die Münchner Ortsgruppen, die Beitragseintreibung mit allen Mitteln zu intensivieren,²⁰ da die rigorose Kassenverwaltung des NSDAP-Gaues München-Oberbayern insbesondere in den dreißiger Jahren keine Ausnahme zuließ.²¹ Hierbei konnten den Ortsgruppen erhebliche Defizite entstehen. Gegen Jahresende 1929 benutzte die Ortsgruppe Schwabing deshalb sogar vorübergehend die von ihrem Kassenwart verwalteten Erträge einer Sonderumlage der Reichsleitung, um die Beitragsschulden aus zwei Abrechnungsmonaten zu begleichen,²² und konnte diese dennoch erst Mitte Januar vollständig abtragen.²³ Es bleibt fraglich, ob die Regelung der Gauleitung vor und nach 1929 tatsächlich mit voller Konsequenz befolgt wurde. Um von den hunderten von Mitgliedern, die über den gesamten Stadtbezirk verstreut wohnen, jeden Monat sämtliche Beiträge einzutreiben – die einzige effektive Methode stellte oft ein Hausbesuch dar –, hätte es eines hohen Aufwandes bedurft. Den Kassenbüchern der Sektion Schwabing ist bis 1929 kein Hinweis zu entnehmen, daß über die Summe der einkassierten Beiträge hinaus weitere Gelder an die Reichsleitung überwiesen worden waren, um die noch ausstehenden Beitragszahlungen auszugleichen.²⁴ Die genaue Einhaltung dieser Anordnungen des Reichsschatzmeisters hätte bei den Münchner Sektionen, die ja verpflichtet waren, jeweils die Beiträge in voller Höhe an die Reichsleitung abzuliefern, zum finanziellen Kollaps geführt – vor dem Hintergrund der seit 1927 gravierend zurückgehenden Sektionseinnahmen. Es ist denkbar, daß der Münchner Partei aus diesem Grund bis 1929 eine Ausnahmeregelung gewährt wurde, die sich allerdings in den überlieferten Quellen nicht niedergeschlagen hat.

Einen für die Ortsgruppen ähnlich ungünstigen Effekt hatte die Neuregelung der Mitgliederbeiträge durch die Verfügung des Reichsschatzmeisters vom Sep-

¹⁹ IfZ, Fa 104/2: Rschr. der RL an alle Gaue und selbständige Ortsgruppen vom 1. 9. 1927.

²⁰ Allerdings schätzte die Münchner Polizei noch im Sommer 1929, daß insgesamt höchstens 60 Prozent der Parteimitglieder im Reich regelmäßig ihre Beiträge zahlten: StA, Lagebericht 82 (14. 8. 1929), S. 8.

²¹ Vgl. IfZ, MA 738: GSM an die Ortsgruppe Ramersdorf vom 11. 5. 1931. Vgl. auch IfZ, MA 1216: GL, Abteilung Kartei an die Ögf des Gaues München-Oberbayern vom 18. 3. 1932.

²² IfZ, MA 1221: Kassenbericht der Ortsgruppe Schwabing für 1929; vgl. besonders die Bemerkung des Kassenwartes der Ortsgruppe am Schluß des Berichtes.

²³ IfZ, MA 738: Hs. Quittung vom 13. 1. 1930 der Gaugeschäftsstelle NSDAP „Groß-München“: „M [RM] 268,95 Restzahlung Beiträge Dezember [1929] erhalten zu haben bestätigt.“

²⁴ Vgl. dazu KHB und HKB.

tember 1932. Nun hatten Mitglieder der SA, SS und der „NS-Jugendorganisation“²⁵ nur mehr einen ermäßigten Beitrag von 60 Pf., zuzüglich der SA-Zulage von 20 Pf., zu zahlen. Nachdem jede Ortsgruppe jedoch verpflichtet war, neben der SA-Zulage die gleichbleibenden Gau- und Reichsleitungs-Anteile (40 Pf. + 30 Pf.) in voller Höhe abzuführen,²⁶ sah sie sich gezwungen, bei jedem SA-Mitglied 10 Pf. beizusteuern. Für die Münchner NSDAP, unter deren rund 5000 Mitgliedern sich im September 1931 mindestens 2000 SA-Männer befanden,²⁷ war dies höchst ungünstig, hatten die Ortsgruppen doch bereits durch den ermäßigten Erwerbslosen-Beitrag Mindereinnahmen hinzunehmen.²⁸ Ersten Protesten entgegenete der Reichsschatzmeister Schwarz mit dem Hinweis auf die angeblich vielfältigen zusätzlichen Finanzquellen der Ortsgruppen. Schließlich entschloß er sich doch zur Nachbesserung. Ab dem 1. November 1932 forderte die Beitragsregelung von SA- und SS-Mitgliedern sowie „zivilen“ erwerbslosen Parteimitgliedern jeweils monatlich 1 RM. Nur erwerbslose SA-, SS- und HJ-Mitglieder zahlten den Betrag von 80 Pf, zu dem die Ortsgruppe praktisch 10 Pf zuschießen mußte.²⁹ Die Gauleitung entschloß sich demgegenüber zu einer eigenen Regelung, um das ursprüngliche Ziel des Reichsschatzmeisters, die finanzielle Entlastung der SA-Mitgliedschaft, zu erreichen. Die Ortsgruppen hatten im Fall von SA-Mitgliedern, die zukünftig insgesamt 85 Pf. zahlten, grundsätzlich 5 Pf. beizusteuern. Gleichzeitig wurde jedoch der Beitrag für die erwerbslosen Parteimitglieder um 5 Pf auf 1,45 RM erhöht.³⁰

Sammlungen und Spenden

Die regelmäßigen Sammlungen, die im Rahmen der wöchentlichen geschlossenen Mitgliederversammlungen unter ausdrücklicher Erlaubnis der Parteileitung durchgeführt wurden, waren für die Münchner Sektionen bis 1929 die wichtigste Einnahmequelle.³¹ Manche Sektion stellte zu dem Zweck eine Art „Opferstock“ an den Saaleingang.³² Daneben wurde immer wieder auf den öffentlichen Sprech-

²⁵ Während des reichsweiten SA-Verbotes vom 13. 4. bis 17. 6. 1932, das auch die der SA unterstellten Organisationen betraf, war ersatzweise die „NS-Jugendorganisation“ gegründet worden: HStA, Reichsstatthalter 451: „15 Jahre Gebiet Hochland der Hitlerjugend“, S. 4.

²⁶ Anhang 3., (Mitgliedsbeiträge), Anm. 26.

²⁷ StA, PDM 6827: Vierteljahrsbericht IV/31 der SA-Gruppe Hochland vom 14. 1. 1932. IfZ, MA 738: Rschr. GGF Nippold an alle Ofg und Bzf München-Stadt vom 19. 9. 1931.

²⁸ Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

²⁹ IfZ, Db 23.10: Rschr. Schwarz an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 25. 9. 1932 und 1. 10. 1932.

³⁰ Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

³¹ IfZ, MA 738: RSM Schwarz an die Sektionskassierer vom März 1925 (Kapitel V., Anm. 3): „Die Sektionen wollen auch künftighin so wie bisher besorgt sein, Mittel zur Deckung der nicht allzu reichlich bemessenen Sektions-Bedürfnisse durch Opferstock-Sammlungen etc. aufzubringen“.

³² Die Sektion Schwabing führte hierzu eine mit einem Hakenkreuz verzierte Sammelbox: IfZ, „Protokollbuch“ und „Protokollheft“ der Sektion Schwabing. Vgl. auch: IfZ, MA 738: Inventar-Liste der Sektion Schwabing vom 16. 2. 1925 und Inventar-Verzeichnis vom 15. 3. 1926.

und Unterhaltungsabenden oder im Einzugsgebiet der Sektionen gesammelt,³³ in der Regel jedoch für die Sonderumlagen und Spendenforderungen der Reichsleitung.³⁴ Hier konzentrierte man sich auf gezielt ausgewählte, einschlägig bekannte finanzkräftige Personen.³⁵ Die Erträge aus dem „Opferstock“ waren für die Sektionen unentbehrlich. Die erhaltenen Kassenbücher und Kassenberichte der Sektion Schwabing³⁶ geben hier einen detaillierten Einblick. Diese Erträge sicherten 1925, 1926, 1927 und 1929 als größter Posten rund ein Drittel der Jahreseinnahmen. Nur 1928 floß durch Unterhaltungsabende etwa doppelt soviel Geld in die Sektionskasse wie durch den „Opferstock“. 1925 hatte die Sektion rund 3500 RM Einnahmen und 3 300 RM Ausgaben, im nächsten Jahr etwa 3 600 RM Einnahmen und 3400 RM Ausgaben in ihrer zweiten Kasse zu verbuchen; 1927 dagegen waren es nur mehr rund 1600 RM gegenüber 1300 RM Ausgaben, 1928 deckten sich Einnahmen und Ausgaben bei etwa 1200 RM, und 1929 standen beide Posten schließlich bei etwa 1100 RM.³⁷ Das gleiche Bild zeigen der Kassenbericht der Sektion Sendling für 1926³⁸ und die Etatübersicht der Sektion Innere Stadt für das erste Halbjahr 1925. Hier stellte der „Opferstock“ sogar über 60 Prozent der

³³ Sendlinger Sektionskassenbericht 1926 (Kapitel V., Anm. 1.) und KHB der Sektion Schwabing. Die Quellen zeigen, daß daneben in den Sektionen im geringen Maße auch für den eigenen Bedarf gesammelt wurde. Im Fall der Sektion Schwabing etwa für die Bibliothek oder Sektionsausflüge: Vgl. das KHB.

³⁴ Zum Beispiel erbat die RL im Oktober 1925 von den Schwabinger Sektionsmitgliedern eine Spende und stellte den Spendern im Gegenzug eine private Einladung bei Hitler in Aussicht. Sei es aus diesem Grund oder aus anderen – bereits drei Tage später hatten 17 Personen 147 RM gespendet (IfZ, „Protokollheft“, S. 64 f.: Angaben in der Vorstandssitzung am 12. 10. 1925 und am Sprechabend der Sektion Schwabing am 15. 10. 1925).

³⁵ Vgl. StA, NSDAP 496: Liste der Sektion Neuhausen „Förderer der NSDAP. Freiwillige Spenden für Propagandagaben.“ o. w. A.; Datierung nach Lage im Quellenkorpus vermutlich 1926; die Liste erfaßt 6,50 RM an Spenden. In der Liste war kein Mitglied der Sektionsführung aufgeführt; außerdem war bei den 82 mit Namen, Beruf und Wohnort aufgeführten Personen lediglich für sieben Personen eine Spende vermerkt, die Liste war also bereits vor der Sammlung angelegt worden. Darauf weisen auch die unterschiedlichen Handschriften für die Personenliste einerseits und die Spendeneinträge andererseits. Es handelte sich also vermutlich nicht um eine Liste, auf der die Spendenbereitschaft der Sektionsmitglieder vermerkt, sondern um eine Liste mit Personen (Sympathisanten und/oder Parteimitglieder), die gezielt um Spenden angegangen werden sollten. Die meisten in der Liste genannten Personen gehörten mit Berufen wie etwa „Postinspektor“, Kaufmann oder „Oberzollamtmann“ dem Mittelstand an.

³⁶ Vgl. Kapitel V.1., Anm. 1 und 2. Darüber hinaus kann man für die Jahre 1924 bis 1930 auf die Eintragungen im KHB der Sektion zurückgreifen: IfZ, MA 1221.

³⁷ IfZ, „Protokollheft“, S. 92: Kassenbericht für 1925 in der GMV der Sektion am 28. 1. 1926. IfZ, „Protokollbuch“, S. 100: Kassenbericht für 1926 in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 5. 1. 1927. Ebenda, S. 131: Kassenbericht für 1927 in der GMV der Sektion am 12. 1. 1928. Ebenda, S. 138: GMV der Sektion Schwabing am 14. 3. 1929. IfZ, MA 1221: „Kassabericht der Sektion Schwabing NSDAP pro 1928“. Ebenda: „Kassabericht der Sektion, jetzt Ortsgruppe Schwabing der NSDAP pro 1929“; da die hier angegebenen Summen nicht mit der Summe der Einzelposten übereinstimmen und der „Kassabericht“ auch sonst zu Rechenfehlern neigt, wurden hier einfach die einzeln aufgelisteten Einnahmen- und Ausgabenposten, die in zwei Blöcke (vor dem 1. 11. 1929, d. h. der Ernennung der Sektion Schwabing zur Ortsgruppe und nach dem 1. 11. 1929) aufgeteilt waren, als Ganzes addiert.

³⁸ Vgl. Kapitel V., Anm. 1.

Gesamteinnahmen von 513 RM³⁹ und verschaffte der Sektion nach Abzug ihrer Unkosten durchschnittlich 5 bis 10 RM pro Abend.⁴⁰ Daneben erhielten die Sektionen immer wieder Einzelspenden, die jedoch in den nachweisbaren Fällen, bis auf eine Ausnahme,⁴¹ keinen bedeutenden Umfang erreichten.⁴² Manche Sektion erhob auch Umlagen, da ihr der unregelmäßige und spärliche Spendenfluß zu wenig Sicherheit brachte. So forderte die Sektion Innere Stadt im April 1925 einen „Sonderbeitrag“ von 50 Pf. pro Mitglied.⁴³ Grundsätzlich verfügten manche Sektionen über durchaus lohnende Spendenquellen. Beispielsweise sammelte die Sektion Innere Stadt für die an die Reichsleitung abzuliefernde „Hitler-Spende“ anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1925 innerhalb von 14 Tagen über 200 Mark.⁴⁴ Auch bei einer anderen Sammlung in diesem Jahr zeigten sich manche Spender nicht kleinlich; so gab etwa das „Papier & Galanteriewarengeschäft Soratroy“ in der Brienner-Straße 24,50 RM, davon 16 RM für die SA.⁴⁵

Eine Reihe von Faktoren verminderte den Ertrag aus den Sammlungen immer wieder. Dazu zählt in der Hauptsache das Vorgehen der Münchner Polizei, die jede öffentliche und allgemeine Sammlung, die politischen Parteien strikt verboten war, verhinderte.⁴⁶ Ausschließlich in geschlossenen Mitgliederversammlungen galt eine Ausnahme.⁴⁷ Erstaunlicherweise verursachten die „Opferstock“-Sammlungen während der Sprechabende nie Konflikte, obwohl deren Besuch in der Regel⁴⁸ auch Nichtmitgliedern offenstand. Nur für kurze Fristen zwischen März und Mai 1928 sowie von September bis Dezember 1929 erhielt die Münchner NSDAP

³⁹ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: hs. Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Sektion Innere Stadt von Januar bis August 1925 durch den RSM vom 2. 9. 1925.

⁴⁰ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: hs. Quittungen über die Einnahmen und Ausgaben an den Sprechabenden vom Mai bis August 1925.

⁴¹ Im Herbst 1926 flossen der Sektion Schwabing eigens für die Einrichtung ihrer Bibliothek mehrere 100 RM zu: KHB, Bl. 19: Einträge vom 29. 9., 30. 11. und 28. 10. 1926.

⁴² IfZ, „Protokollheft“, S. 93: Auszug aus dem Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1925. KHB: Einträge bei den Einnahmen unter dem Stichwort „Spenden“. StA, NSDAP 496: „Einzahlungs-Liste der Sektion Thalkirchen“ o. w. A., Datierung nach den Eintragungen: April/Mai 1925; die Liste vermerkte vereinzelte Spenden in Höhe von 1 bis 2 RM. Ebenda: „Jahresabrechnung über vereinnahmte Mitglieder-Beiträge der Sektion Neuhausen“ vom 29. 12. 1926: hier wird nur eine Einzel-Spende erwähnt.

⁴³ IfZ, „Protokollheft“, S. 1: Sektionsführer Woltereck in der Mitgliederversammlung am 9. 4. 1925.

⁴⁴ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Hs „Einzeichnungs-Liste für die Hitler-Spende“ der Sektion Innere Stadt, April 1925. Ebenda: Eggers an Heinemann vom 16. 11. 1925; hier auch die Aufstellung Eggers' der Sammlungsergebnisse für die „Hitler-Spende“.

⁴⁵ BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: hs. Quittung vom 30. 5. 1925.

⁴⁶ StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Münchner Sektionsversammlungen 1925–1929.

⁴⁷ Kapitel I.3., Anm. 209 und 210. Vgl. auch Pridham, *Hitler's Rise*, S. 60.

⁴⁸ Zwischen Frühjahr 1926 und 1927 waren die Mitgliederversammlungen auf Anweisung der RL zeitweilig geschlossen abgehalten worden: Vgl. die Diskussion in der Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 9. 2. 1926 über das Verbot der RL, zukünftig Gäste in die Versammlung mitzubringen. Vgl. ebenso die Hinweise in der Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 18. 2. 1926, daß ab Anfang März des Jahres die Sprechabende grundsätzlich „geschlossen“ abzuhalten seien: IfZ, „Protokollbuch“, S. 4.

offiziell die Erlaubnis, für den Wahlkampf in öffentlichen Versammlungen und mit Presseaufrufen Gelder zu sammeln.⁴⁹ Das gleiche galt im Mai 1927 zugunsten der Hinterbliebenen des bei einer Schlägerei zwischen Reichsbanner und NSDAP umgekommenen SA-Mannes Hirschmann.⁵⁰ Die NSDAP argumentierte gegen die Sammlungsverbote in München spitzfindig, die Sammlungen und Spendenaufrufe ergingen ausschließlich an Partei- bzw. „Vereinsmitglieder“, aber nicht an die Öffentlichkeit und fielen somit unter die Ausnahmeregelung des Gesetzes.⁵¹ In der Regel gingen die Behörden unbeeindruckt von dieser Argumentation konsequent gegen die Sammlungstätigkeit der Partei vor; sämtliche in den Quellen belegte polizeiliche Untersuchungen mündeten in Ermittlungsverfahren, die bei günstiger Beweislage mit Verurteilungen zu Geld- oder sogar Haftstrafen endeten.⁵² Allerdings gibt es Anhaltspunkte, daß die Behörden 1932 die NS-Argumentation zumindest teilweise akzeptierten, wie an späterer Stelle noch dargestellt wird. Bereits in den zwanziger Jahren ließen sich einzelne Beamte verunsichern. In einem Fall hatte der die Versammlung überwachende Beamte eine Sammlung genehmigt, weshalb er später von seinem Abteilungsleiter harsch gerügt wurde.⁵³

⁴⁹ StA, PDM 6788: MIInn an PDM vom 20. 3. 1928; Stützel wies die Behörden an, der NSDAP anlässlich der Reichstags- und Landtagswahlen in Bayern auf Widerruf die Genehmigung zu erteilen, für die Propagandakosten „gelegentlich der Veranstaltung von Wahlversammlungen innerhalb des Versammlungsraumes eine öffentliche Sammlung von Geldspenden vorzunehmen. [...] Die Erlaubnis erlischt mit dem Tage der Wahl, falls beide Wahlen nicht zusammenfallen, mit dem Tage der später stattfindenden Wahl.“ Wenige Tage später gestattete Stützel zusätzlich für die Dauer der „Wahlzeit“ auch „Sammlungsaufrufe“ in der NS-Presse: StA, PDM 6788: MIInn an RL vom 12. 4. 1928. Vgl. die ähnlichen Genehmigungen des MIInn für die Kommunalwahl 1929 (StA, PDM 6788: MIInn an RL vom 14. 10. 1929) sowie für das Referendum gegen den Youngplan (StA, PDM 6788: MIInn an die Landtagsfraktion der NSDAP vom 18. 12. 1929).

⁵⁰ StA, PDM 6788: Verlag Franz Eher Nachf. an PDM vom 27. 5. 1927 mit der Bitte um Genehmigung der Sammlung. Unter dieses Schreiben gesetzt: Antwort MIInn an Verlag Franz Eher Nachf. vom 1. 6. 1927.

⁵¹ StA, PDM 6788: Protokoll der Vernehmung des RSM Schwarz, des VB-Schriftleiters Weiß und Hitlers wegen eines nicht genehmigten Spendenaufrufs im VB 99 (1./2. 5. 1927) im Polizeireferat VIa vom 13. 5. 1927. Zum weiteren Verlauf des Strafverfahrens gegen Hitler, Schwarz und Weiß vgl. VB 245 (23./24. 10. 1927). Vgl. auch die Argumentation Fricks in einem VB-Artikel: VB 134 (14. 6. 1927), „Unerlaubte Sammlung“. Auch der Parteigeschäftsführer Bouhler äußerte sich in einer Polizeivernehmung Anfang 1928 wegen einer nicht genehmigten Versammlung in diesem Sinne: Im Gespräch mit Juristen der NSDAP sei ihm wiederholt versichert worden, „daß eine Sammlung mit öffentlichem Charakter dann nicht vorliege, wenn sich die Aufforderung nicht an die Öffentlichkeit wende, sondern auf den Kreis der eingeschriebenen Mitglieder beschränkt sei.“: StA, PDM 6788: Vernehmungsprotokoll vom 3. 1. 1928 in Zusammenhang mit der „Anzeige gegen Fiehler und Gen.[ossen] wegen unerlaubter Sammlung“.

⁵² Vgl. StA, PDM 6788: Das Vorgehen der Polizei gegen die Sammlungstätigkeit der NSDAP 1925–1933.

⁵³ StA, PDM 6788: Vermerk der PDM vom 21. 11. 1927 über eine Veranstaltung der NSDAP im Mathäserbräu am 17. 11. 1927; am Schluß der Versammlung sei lt. Polizeibericht ein Spendenaufwurf ausdrücklich nur an die Parteimitglieder gerichtet worden, „da sonst [nach Ansicht des nationalsozialistischen Versammlungsleiters] die Polizei eine öffentliche Sammlung nicht genehmigt habe“. Vgl. den unter diesen Vermerk gesetzten Kommentar des zuständigen Abteilungsleiters der PDM.

In einem anderen Fall ließen sich die Beamten auf eine Diskussion mit den Versammlungsleitern ein. Durch die selbstsicher auftretende Parteiprominenz verunsichert, hielten sie zunächst Rücksprache mit der Einsatzzentrale. Als die Sammlung schließlich verboten wurde, war sie bereits weitestgehend beendet.⁵⁴

Der rapide Einnahmenrückgang aus den „Opferstöcken“ seit 1927 lag jedoch weniger an den Aktivitäten der Polizei als vielmehr an dem bereits genannten Rückgang der Mitgliederversammlungen⁵⁵ und Besucherzahlen seit dem Frühjahr 1927, die sämtliche Sektionen in München betraf. Denn diese Versammlungen boten die wichtigste Gelegenheit zur Spendensammlung: Sie waren frei von Einschränkungen durch Polizei und Forderungen der Parteileitung und konzentrierten die aktivsten, opferwilligsten Sektionsmitglieder. Dazu kam offensichtlich die abnehmende Spendenfreudigkeit der Mitglieder, wie die stark rückläufige wöchentliche Summe im Falle der Sektion Schwabing zeigt. Der Schwabinger „Opferstock“ lieferte 1925 knapp 1300 RM bzw. im Wochendurchschnitt 27 RM.⁵⁶ Bis zum Rücktritt des Sektionsvorsitzenden Woltereck im Mai 1926 schwankte die wöchentliche Summe zwischen 20 und 40 RM und reduzierte sich anschließend auf 12 bis 22 RM. 1927 pendelte sie nur noch zwischen 10–15 RM, 1928 zwischen 8–10 RM und 1929 wieder zwischen 10–20 RM. Hitlers Anwesenheit in den Versammlungen ließ die Beträge sofort deutlich steigen.⁵⁷ Im gesamten Jahr 1927 erwirtschaftete der „Opferstock“ nur noch knapp 380 RM,⁵⁸ 1928 – die Mitgliederversammlungen wurden immer seltener – rund 113 RM⁵⁹ und 1929 rund 230 RM.⁶⁰ Als ab Herbst 1929 auf Anweisung der Gauleitung erneut regelmäßig wöchentliche Mitgliederversammlungen abgehalten wurden,⁶¹ dürften die Erträge aus dem „Opferstock“ wieder gestiegen sein.⁶² Insgesamt behielt das Sammlungswesen, das seit 1930 dem jeweiligen Ortsgruppenführer

⁵⁴ Dieser Vorgang während der NS-Veranstaltung am 9. 12. 1927 im Mathäserbräu zog umfangreiche Verhandlungen innerhalb der Polizeibehörden und Ermittlungen gegen Parteiprominente nach sich: StA, PDM 6788: Vermerk PDM/VID vom 10. 12. 1927: Bericht des die Überwachung der Versammlung am 9. 12. 1927 leitenden Beamten. Vgl. des weiteren die Berichte von der Vernehmung sämtlicher Beamter, die an der Überwachung der Veranstaltung teilgenommen hatten, sowie die Schreiben Fiehlers und anderer Parteiprominenter in dieser Angelegenheit an die Polizeidirektion sowie die Protokolle der Vernehmungen Fiehlers, Essers und Bouhlers: StA, PDM 6788.

⁵⁵ Hierin sah auch der Schwabinger Sektionskassier Hilble den Hauptgrund für den Rückgang der Schwabinger Opferstockerträge: Vgl. Hilbles Kommentar im Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1928: IfZ, MA 1221.

⁵⁶ IfZ, „Protokollheft“, S. 92 ff.: Kassenbericht der Sektion für 1925.

⁵⁷ Vgl. IfZ, „Protokollheft“, „Protokollbuch“ sowie das HKB und das KHB. StA, PDM 6733: Polizeiberichte über die Sektionsversammlungen 1925–1929.

⁵⁸ KHB: Die Einträge für 1927 unter dem Stichwort „Opferstock“ ergeben zusammengesetzt diese Summe.

⁵⁹ IfZ, MA 1221: Kassenbericht der Sektion Schwabing für 1928.

⁶⁰ IfZ, MA 1221: Kassenbericht der Ortsgruppe Schwabing für 1929.

⁶¹ StA, PDM 6739: PDM-Morgenrapport vom 24. 10. 1929 über die Schwabinger Sektionsversammlung am Vortag. Front 1930–1932, AdB.

⁶² Allerdings nahm die Sektion Schwabing in insgesamt sechs Sprechabenden im November und Dezember 1929 (vgl. IfZ, „Protokollbuch“) gerade 42 RM an „Opferstock“-Erträgen ein: IfZ, MA 1221: Kassenbericht der Ortsgruppe Schwabing für 1929.

unterstand,⁶³ auch in den Jahren des Aufstiegs seine große Bedeutung für die Stadtteilorganisationen.

Neben den üblichen – wenn auch meist illegalen – Sammlungen in öffentlichen Veranstaltungen und in der Öffentlichkeit beschritt die Partei in München Anfang der dreißiger Jahre neue Wege, um sich weitere Geldquellen zu erschließen. Bereits seit dem Frühsommer 1927 existierte im Gebiet des damaligen NSDAP-Gaues Oberbayern-Schwaben die Einrichtung eines sogenannten „Opferinges“. Gauleiter Reinhardt schuf hier eine von der Reichsleitung unabhängige Organisation, in der die beigetretenen Parteimitglieder und Sympathisanten die Gauleitung kontinuierlich mit Beträgen in Höhe von mindestens 50 Pf. unterstützten.⁶⁴ Im Juni 1930 entstand schließlich für das Münchner Stadtgebiet ein eigener „Opfering“ als Kreis von regelmäßigen Spendern zugunsten der Ortsgruppen. Jedoch stand diese Einrichtung von Anfang an unter dem Zugriff der Gauleitung, da die von den Ortsgruppen gesammelten „Opfering“-Gelder grundsätzlich von der Gaukasse verwaltet und bis zum Sommer 1931 nach eigenem Ermessen,⁶⁵ danach nach einem festgelegten Verteilerschlüssel verteilt wurden. Dieser überließ den Ortsgruppen mit 70 Prozent den größten Anteil am Gesamtbetrag.⁶⁶ Im September 1931 schließlich wurde der „Opfering“ zur Dachorganisation des gesamten Sammlungswesens des Gaues umgebaut. Sammlungen neben dem „Opfering“ wurden bis auf wenige Ausnahmefälle⁶⁷ verboten, sämtliche Erträge aus Haus- und Straßensammlungen sowie aus den Versammlungen flossen nun in diese Einrichtung.⁶⁸ Gleichzeitig erhielten jetzt die Gauleitung, die Bezirksleitungen, die SA und die HJ sowie ab 1932 auch die NS-Frauenschaften und die SS jeweils monatlich einen festgelegten Anteil am „Opfering“. Den Ortsgruppen blieben

⁶³ IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 3. 9. 1930. Verordnungsblatt der RL der NSDAP, Folge 17 (15. 2. 1932), S. 40: Anordnung des RSM Schwarz vom 10. 2. 1932; sowie Folge 32 (30. 9. 1932), S. 72: Anordnung des RSM Schwarz vom 1. 10. 1932; in diesen beiden Anordnungen wurde die „Dienstweisung für Ortsgruppen und Stützpunkte“ vom 1. 6. 1931 erneut bekräftigt.

⁶⁴ StA, PDM 6785: Vertraulicher Bericht [vermutlich der PDM] vom August 1927 über die „Finanzierung der N.S.D.A.P.“. Ebenda: Abschrift eines Vermerks PDMVI/N vom 3. 8. 1927. Vgl. auch: StA, Lagebericht 59 (31. 8. 1927), S. 12. Der Förderkreis, den der RSM in seinem Kassenbericht für 1926 erwähnt, ist in dieser Hinsicht nicht von Bedeutung, da hier nur die RL unterstützt wurde: VB 175 (1./2. 8. 1927), „Die Generalversammlung der NSDAP“.

⁶⁵ Münchner Wacht 7 (1930), „Opfering“; der GL zufolge sollten die Gelder je „nach Leistung“ verteilt werden.

⁶⁶ IfZ, MA 1216: Rschr. des GGF Nippold vom 20. 6. 1931: „Arbeitsplan für die Bezirks- und Ortsgruppenleiter des Gaues München-Oberbayern 20. Juni bis 15. August“, Bl. 4 „Werbung zum Opfering“.

⁶⁷ IfZ, MA 1216: Rschr. des Leiters der Gauabteilung „Opfering“ vom 27. 1. 1932, o. w. A.: Gestattet waren nur mehr die Sammlungen in den Veranstaltungen für den „Kampfschatz“ (den Wahlkampffond der Partei), die Werbung „Fördernder Mitglieder“ für die SS und darüber hinaus Sammlungen für besondere Anlässe, in solchen Fällen jedoch nur mit „Opfering“-Marken, die also wie üblich der GL abgekauft werden mußten.

⁶⁸ IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 8. 9. 1931. Front 2 (15. 10. 1931), „Anordnung“ des Gauleiters Wagner. Vgl. auch IfZ, MA 1216: Rschr. des GGF Nippold und des Gauleiters Wagner an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 19. 1. 1932.

nach dem neuen Verteilerschlüssel lediglich 30 Prozent des Gesamtbetrages. Anfang 1932 erhöhten die neuen Bestimmungen des „Opferinges“ den Ortsgruppenanteil auf 70 Prozent, wenn der Sammler ein „ziviles“ Parteimitglied gewesen war, und auf 55 Prozent, falls er zur Mitgliedschaft der SA, SS, NS-Frauenschaft oder HJ zählte. Für die Werbung von kontinuierlichen „Opfering“-Spendern und für den Verwaltungsaufwand der allgemeinen Sammlungen war anfangs der Kassenwart, später ein eigens abgestellter Obmann der Ortsgruppen zuständig.⁶⁹ Für den „Opfering“ wurde zunächst mit Sammelscheinen, ab 1932 mit eigenen Marken gesammelt. Jeder Sammler erhielt eine „Sammelkarte“ zugeteilt, auf der der Ortsgruppenkassier die dem Sammler ausgehändigten Markenbögen vermerkte und den Erlös aus den verkauften Spendermarken quittierte. Kontinuierliche Spender erhielten eigene „Spenderkarten“, in die sie die Marken einkleben mußten.⁷⁰ Jeder Sammler hatte mindestens einen Bogen mit Marken im Gegenwert von 1,50 RM zu übernehmen. Die grundsätzlich mit einem Ausweis⁷¹ der Gauleitung ausgestatteten Sammler verkauften meist Marken zu 10 Pf. und seltener die schwer absetzbaren zu 50 Pf. und 1 RM.⁷² Durch das Markensystem, die Ausweispflicht und das Verbot jeder Sammlung außerhalb des „Opferinges“ konnten die Gauleitung wie die Ortsgruppen dem Mißbrauch durch Sammler wirksam entgegen. Gleichzeitig kontrollierte die Gauleitung damit das gesamte Sammlungswesen im Gaugebiet, da die ab 1932 eingeführten Spendenmarken und Spenderkarten nur bei ihr erhältlich waren. Der Gau-Anteil an den Karten betrug jeweils 5 Pf., an den Marken 30 Prozent ihres Nennwertes.⁷³ Noch im Herbst 1931 hatten die Ortsgruppen von den gesammelten Beträgen zuerst ihren Anteil abgezogen und den Rest dann monatlich der Gauleitung zur weiteren Verteilung übersandt.⁷⁴ Die ständige Beeinträchtigung der Gewinne der Gauleitung und der übrigen Anteilsberechtigten durch die schleppende Abrechnungspraxis vieler Ortsgruppen war mit der Einführung der Marken und Spenderkarten beendet. Die Gauleitung erhielt nun ohne größeren Aufwand in jedem Fall ihren Anteil am „Opfering“. Da die Ortsgruppen auf die Sammlungserträge angewiesen waren, der Gauleitung also auf jeden Fall Marken abnahmen, bedeuteten diese Gewinne auch einen zuverlässigen Einkommensposten der Gauleitung. Überdies waren die Ortsgruppen nun zu größtmöglicher Sammlungsaktivität gezwungen. Der einzelne Sammler wiederum sah sich durch die Sammelkarte, die seine Ergebnisse aufführte und vom Ortsgruppenkassierer kontrolliert wurde, sowie durch die ver-

⁶⁹ GGF-Rschr. vom 8. 9. 1931: Kapitel V., Anm. 68.

⁷⁰ IfZ, MA 1216: Rschr. des GGF Nippold vom 17. 9. 1931. Front 4 (23. 1. 1932), „Gaubefehle betreff Opfering“. Rschr. Nippold und Wagner vom 19. 1. 1932: Kapitel V., Anm. 68. HStA, Slg. Varia 1328: Vgl. eine Original-Spenderkarte der Ortsgruppe Ramersdorf von 1932.

⁷¹ U. a. Rschr. Nippold und Wagner vom 19. 1. 1932: Kapitel V., Anm. 68. HStA, Slg. Varia 1328: Vgl. den „Opfering“-Sammel-Ausweis des Münchner NSDAP-Stadtrates Jakob Grimlinger mit Einträgen vom 16. 2. 1932.

⁷² Rschr. Gau-Abteilung „Opfering“ vom 27. 1. 1932: Kapitel V., Anm. 67.

⁷³ Vgl. die Ausführungsbestimmungen zum „Opfering“ in den Rschr. der GL vom 19. 1. 1932 und vom 27. 1. 1932: Kapitel V., Anm. 68 und 67.

⁷⁴ GGF-Rschr. vom 17. 9. 1931: Kapitel V., Anm. 70.

pfllichtende Übernahme eines ganzen Markenblocks von 1,50 RM für jede Sammlungsaktion unter erheblichem Erfolgsdruck. Erfolgsprämien, wie etwa freier Eintritt in Veranstaltungen der Ortsgruppe⁷⁵, schufen zusätzliche Motivation.

Der Erfolg der Sammlungen ist auch für die dreißiger Jahre nicht genau abzuschätzen, da wie zuvor eine Vielzahl an Faktoren die Erträge der Ortsgruppen schmälerten. Vor allem die polizeilichen Aktivitäten gegen das Sammlungswesen stellten ein großes Hindernis dar, denn nach wie vor waren Sammlungen an der Haustüre, in den Straßen und in der Presse ausnahmslos verboten und nur für knapp bemessene Fristen während der Wahlkämpfe Ausnahmegenehmigungen erhältlich.⁷⁶ Von der Flut illegaler Haus- und Straßensammlungen,⁷⁷ die ja eine viel günstigere, weil schlechter zu überwachende Möglichkeit zur Geldbeschaffung boten als die Veranstaltungen, konnten die Polizeibehörden nur einen Teil strafrechtlich verfolgen, da sie hierbei vor allem auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen waren.⁷⁸ Wie einzelne Fälle zeigen, konnten dabei durchaus ansehnliche Beträge zusammenkommen. Die Frauenschaft der Ortsgruppe 5 brachte mit ihren monatlichen Spendenrundgängen bei den bekannten Gönnern der Ortsgruppe für die Reichspräsidentenwahl im März 1932 rund 230 RM und für die Reichstagswahl im Juli 1932 rund 700 RM zusammen.⁷⁹ Bei der illegalen „Opfering“-Haussammlung⁸⁰ eines weiblichen Mitglieds der Ortsgruppe 11 im Juli 1932 im Glockenbachviertel spendeten die von der Polizei vernommenen Personen, nach eigenen Angaben allesamt Sympathisanten, jedoch keine Parteimitglieder, im Durchschnitt 50 Pf. und mehr. Somit kamen durch eine einzige Sammlerin, die zudem nicht einmal auf große Resonanz gestoßen war, rund 30 RM zusammen.⁸¹ Interessant sind hier auch die Motive einiger Spender. Die Frau eines Polizeioberkommissars erklärte offen: „Ich tat dies nur, weil ich sie [die Sammlerin] gut kannte und von ihr auch Ruhe haben wollte.“ Eine Kaufmannsfrau bekannte ähnlich freimütig: „Da mich die Geißler [die Sammlerin] schon früher 3–4 mal darum anbettelte und ich endlich von ihr Ruhe haben wollte“ und „weil ich sie gut kenne und mit der Sammlung ein nationaler Zweck verbunden ist.“⁸²

⁷⁵ Rschr. Gau-Abteilung „Opfering“ vom 27. 1. 1932: Kapitel V., Anm. 67; das Schreiben empfahl den Ortsgruppen diese Maßnahme gegenüber erfolgreichen Sammlern.

⁷⁶ StA, PDM 6788: Korrespondenz MIInn mit RL bzw. GL München-Oberbayern 1930–1932.

⁷⁷ Vgl. generell StA, PDM 6788: Vorgehen der Münchner Polizei gegen die Sammlungen der NSDAP 1925–1933.

⁷⁸ Ein Beispiel: StA, PDM 6788, Polizeibezirk 11 an PDM/VIId vom 4. 8. 1932. Am 3. 8. 1932 hatte eine unbekannte Frau eine Sammlung für die NSDAP in Geschäften in der Ungererstraße vorgenommen. Die Behörden waren hierauf jedoch erst nach Hinweisen aus der Bevölkerung – darunter eine anonyme Denunziation – aufmerksam geworden.

⁷⁹ Mitteilungsblatt NSDAP-Kreis München-Nord Nr. 12 (1. 11. 1933), „Zwei Jahre NS-Frauenschaft der Ortsgruppe 5“.

⁸⁰ Auch in diesem Fall hatte die Polizei erst Monate später und selbst dann nur aufgrund einer anonymen Anzeige von der Sammlungsaktion erfahren.

⁸¹ StA, PDM 6788: Vermerk PDM/VIId vom 18. 10. 1932; hier auch verschiedene Vermerke des Polizeireferats VIId vom 21. 10. 1932 über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, anonyme Anzeige an das Amtsgericht München-Au und Protokoll vom 29. 10. 1932 der polizeilichen Vernehmung von insgesamt sechs Personen.

⁸² Vernehmungsprotokoll vom 29. 10. 1932: Kapitel V., Anm. 81.

Daneben versuchten die Ortsgruppen mit allen möglichen Kunstgriffen auch in den öffentlichen Veranstaltungen zu sammeln.⁸³ Die Ortsgruppe Haidhausen-West forderte am 5. Februar 1932 im Hofbräuhaus ihre Mitglieder auf, rückständige Beiträge dem am Saaleingang postierten SA-Mann zu bezahlen. Es werde „jeder Beitrag nach eigenem Belieben angenommen“. Die anwesenden Polizeibeamten verhinderten diese verschleierte Sammlung jedoch sofort.⁸⁴ Das Vorgehen einer Ortsgruppe im Herbst 1931 dürfte dagegen öfter erfolgreich praktiziert worden sein: Im Anschluß an eine öffentliche Versammlung der Ortsgruppe 10 am 28. Oktober 1931 im Gasthaus „Rupertshof“ rief der Redner Studentkowsky, ein NSDAP-Landtagsabgeordneter aus Sachsen, zur Geldsammlung zugunsten der SA und der Ortsgruppe auf und übernahm demonstrativ die Verantwortung dafür. Sowohl der Ortsgruppenführer als auch der örtliche SA-Führer bestritten jede Verantwortung, ja sogar die Absicht, eine Sammlung abhalten zu wollen; die polizeiliche Ermittlung der beteiligten SA-Leute mißlang. Gegen den „offiziell“ verantwortlichen Studentkowsky konnte aufgrund seiner Immunität als Landtagsabgeordneter ebenfalls nicht vorgegangen werden.⁸⁵

Einschneidend wirkte sich auch der Zugriff der Parteileitung auf die Sammlungserträge aus. Ohne Abstriche hatte die Gauleitung die Neuregelung des Beitragswesens der NSDAP ab 1. September 1930 übernommen, nach der die Ortsgruppen verpflichtet waren, die gesamten in den Versammlungen erbrachten⁸⁶ Spenden und Sammlungserträge – ausgenommen die Erträge des „Opferinges“⁸⁷ – an die Gaukasse abzuliefern. 50 Prozent wurden den Ortsgruppen schließlich wieder zugeleitet, den Rest erhielt die SA.⁸⁸ Die Neuorganisation des Sammlungswesens der Partei ab Herbst 1931 dürfte von den Ortsgruppen überwiegend positiv beurteilt worden sein. Einerseits wurde zwar die freie Entfaltung ihrer Sammlungstätigkeit beendet und ihr Anteil am „Opfering“ erheblich reduziert. Andererseits war den Ortsgruppen der Löwenanteil an den Gewinnen gesichert, ohne

⁸³ Vgl. generell: StA, PDM 6788: Das Sammlungswesen der Münchner NSDAP 1925–1933, sowie: StA, PDM 6741, 6742 und 6743: Öffentliche Versammlungen der Münchner NSDAP 1929–1933.

⁸⁴ StA, PDM 6743: Polizeibericht vom 6. 2. 1932.

⁸⁵ StA, PDM 6788: Vermerk PDM/VI d vom 6. 11. 1931; darunter Vermerk PDM/VI a vom 13. 11. 1931 mit dem Protokoll der Vernehmung des Ortsgruppenführers Tempel und des SA-Führers Egner. Ebenda: PDM/VI d an den Oberstaatsanwalt für den Landgerichtsbezirk München I vom 18. 11. 1931.

⁸⁶ In dem Rschr. des RSM vom 3. 9. 1930 (IfZ, Db 23.10:) war ursprünglich nur davon die Rede gewesen, sämtliche „Spenden“ an die GL abzuliefern. Das Rschr. des GSM vom 2. 1. 1931 an alle Ortsgruppen des Gau München-Oberbayern (IfZ, MA 1216) präzisierete den Begriff „Spenden“ nachträglich als anlässlich von Versammlungen erbrachte „Teller- oder BüchSENSAMMLUNGEN“.

⁸⁷ In keiner der veröffentlichten Anordnungen des RSM und des GSM war der „Opfering“ erwähnt worden. Überdies verstand man seitens der GL unter „Spenden“ nur die Sammlungserträge aus den öffentlichen Versammlungen: Kapitel V, Anm. 86.

⁸⁸ Front 1 (1. 9. 1930), AdB: Ankündigung der Neuregelung der Beiträge durch die GL ab 1. September des Jahres. IfZ, MA 1216: GSM Meyer an alle Ortsgruppen und Bezirke vom 23. 9. 1930; hier Ausführungsbestimmungen zum Rschr. des RSM vom 3. 9. 1930: IfZ, Db 23.10.

daß sie parteiinterne Verteilungskämpfe und Konkurrenzkämpfe um Spender fürchten mußten.

Die Gauleitung beurteilte den Erfolg des „Opferring“-Systems im Gaugebiet, abgesehen von den Mahnungen wegen der schleppenden Abrechnung der Ortsgruppen 1931, in der Regel positiv.⁸⁹ Vermutlich bezog sich dies vor allem auf die Gewinne aus ihrem 30-Prozent-Anteil. Während er im Oktober 1931 die Abrechnung der Ortsgruppen als „außerordentlich schlecht“ kritisierte, lobte der Gaugeschäftsführer Nippold gegenüber einem Ortsgruppenführer die guten Ergebnisse, die sich in manchen Ortsgruppen jedesmal auf Hunderte von Mark beliefen, wenn die „Opferring“-Werbung von den jeweiligen Führern energisch durchgeführt worden war.⁹⁰ Auch im Frühjahr 1932 bezeichnete etwa der Leiter der Gau-Abteilung „Opferring“ in einem Rundschreiben die Ergebnisse in vielen Ortsgruppen als „außerordentlich erfreulich“.⁹¹ Auch wenn solchen Äußerungen möglicherweise propagandistische Intentionen zugrunde lagen, dürften die Gewinne der Münchner Ortsgruppen zumindest in der ersten Jahreshälfte 1932 auf jeden Fall höher gelegen haben als je zuvor. In diesem Jahr gewährte die Gauleitung den Ortsgruppen im Gaugebiet einen besonders günstigen Verteilungsschlüssel und überließ diesen wegen deren anhaltend gespannten Finanzlage im Januar und vermutlich den gesamten Sommer des Jahres über auch den dreißigprozentigen Gau-Anteil.⁹² In der zweiten Hälfte 1932 beeinträchtigte vor allem die nachlassende Spendenbereitschaft der Parteimitglieder die Sammelergebnisse. Die im Frühjahr 1932 zur Bezahlung der Wahlkosten eingesetzte Sonderumlage⁹³ – 4 RM, das Vierfache des durchschnittlichen Stundenlohns eines einfachen Arbeiters, sollten innerhalb weniger Wochen eingezahlt werden – mußte viele Parteimitglieder finanziell überfordern. Noch acht Monate nach ihrer Einführung hatte dem Gauschatzmeister Kuchenreuther zufolge ein großer Teil der Ortsgruppen im Gaugebiet die Umlage „nur teilweise oder überhaupt nicht abgeführt“.⁹⁴ Im Mai 1932 betrachtete die Gauleitung angesichts der durch die permanenten Wahlkämpfe ohnehin im Übermaß finanziell belasteten Parteimit-

⁸⁹ Vgl. IfZ, MA 1216 und MA 738: Siehe die Bemerkungen in den Rschr. der GL 1930–1932.

⁹⁰ IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 8. 10. 1931. Ebenda: Nippold an den Ortsgruppenführer Ottobrunn, Weinbeer, vom 14. 10. 1931.

⁹¹ IfZ, MA 1216: Leiter der Gauabteilung „Opferring“, Friedrichs, an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 24. 2. 1932; Friedrichs bat zugleich die Ogf, ihm Erfahrungsberichte über die Sammlungstätigkeit für den „Opferring“ zu senden, um die Organisation weiter verbessern zu können.

⁹² IfZ, MA 1216: Gauabteilung „Opferring“ an alle Bzf und Ogf des Gau München-Oberbayern vom 19. 1. 1932 betreff Neuorganisation des „Opferring“. Ebenda: GGF Nippold an die Bzf und Ogf des Gau München-Oberbayern vom 16. 6. 1932: „Um den Ortsgruppen [unter anderem bei der Abtragung ihrer Schulden beim Gau] zu helfen, wird die GL ab heute die Opferringmarken kostenlos zur Verfügung stellen.“ Die Gültigkeitsdauer dieser Anordnung ist anhand der Quellen nicht zu belegen.

⁹³ IfZ, MA 1216: Gauleiter Wagner an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 11. 5. 1932.

⁹⁴ IfZ, MA 1216: Rschr. des GSM vom 28. 10. 1932. Bereits im März des Jahres beklagte dies auch der Gaugeschäftsführer Nippold: IfZ, MA 1216: Rschr. des GGF Nippold vom 17. 3. 1932.

glieder und angesichts des Mißerfolgs der vorangegangenen Sonderumlagen die Einforderung einer weiteren Sonderumlage als „sinnlos“.⁹⁵ Entsprechend bestätigte auch die bereits erwähnte Sammlerin im Münchner Glockenbachviertel im Juli 1932 der Polizei, daß sie grundsätzlich nicht mehr unter Parteimitgliedern sammle, „da diese nichts hergeben“.⁹⁶ Aber die nach drei Wahlkämpfen desolaten Kassenlage der Gauleitung und der Ortsgruppen erzwang im Reichstagswahlkampf des Spätherbstes 1932 schließlich doch eine neue Sonderumlage in der stattlichen Höhe von 3 RM. Vermutlich war sich auch die Gauleitung bewußt, daß damit die Grenze der finanziellen Opferbereitschaft überschritten war, fühlte sich doch der Gauleiter persönlich verpflichtet, in einem vierseitigen Rundschreiben an sämtliche Mitglieder des Gaues dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Von Anfang an machte sich die Gauleitung jedoch keine Hoffnung auf einen großen Erfolg.⁹⁷ Das Ergebnis der Sonderumlage war bezeichnend. Denn obwohl Mitgliedern, die den Betrag in voller Höhe bezahlten, eine eigene Urkunde in Aussicht gestellt worden war, beteiligten sich bis Ende 1932 vermutlich nur etwa 11 Prozent der rund 19 800 Parteiangehörigen des Gaues an der Umlage.⁹⁸

Die Rolle der finanzkräftigen Spender, die die NSDAP mit größeren Beträgen unterstützten, ist aufgrund des eklatanten Quellenmangels der unzugänglichste Komplex der NS-Parteifinanzierung. Diese Quellenlage kann im Grunde nicht verwundern. Ohne Zweifel konnte auch die Münchner NSDAP, wie schon die NSDAP-Reichsleitung, mit finanzkräftigen Spendern rechnen, die allerdings vermutlich großen Wert darauf legten, ihre Unterstützung nicht publik werden zu lassen. Daher suchten die Münchner NS-Organisationen entsprechende Informationen vor dem Zugriff der Polizeibehörden und der Presse zu schützen, etwa indem man auf jede schriftliche Dokumentation verzichtete. Möglicherweise handelten bereits die Kassenführer selbständig in diesem Sinne. So wurde die 50 RM-Spende der Münchner Spatenbrauerei für das Frühlingsfest der Sektion Schwabing Ende Mai 1925 nur in der internen Sektionsvorstandssitzung er-

⁹⁵ IfZ, MA 1216: Gauleiter Wagner an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 11. 5. 1932.

⁹⁶ Polizeiliches Vernehmungsprotokoll vom 29. 10. 1932: Kapitel V., Anm. 81.

⁹⁷ IfZ, MA 1216: Rschr. des GSM vom 28. 10. 1932. Hier kündigte die GL an: „Die Mitglieder, welche den Umlagenbetrag aus eigenen Mitteln oder durch Sammlung mittels der Spenderkarte aufgebracht und in voller Höhe bezahlt haben, sind namentlich der GL zu melden. Sie erhalten dann eine auf ihren Namen lautende Urkunde als Empfangsbescheinigung über die Ortsgruppe zugesandt.“ Wenn die GL tatsächlich damit gerechnet hätte, daß sämtliche fast 20 000 Mitglieder des Gaues (Stand 1. 1. 1933: VB 51 (23. 2. 1934), „Gau München-Oberbayern im Jahr der Entscheidung“) diese Umlage bezahlen würden, hätte sie einen erheblichen Zeit- und Kostenaufwand miteinkalkulieren müssen. Bereits die genannte Formulierung signalisiert die Skepsis der GL über den Erfolg der Umlage.

⁹⁸ StA, NSDAP 40: Bericht über die Revision bei der GL München-Oberbayern der NSDAP vom 6. 3. 1935, Bl. 23n. Der Bericht verzeichnete als Einnahmen für die Wahlumlage rund 3500 RM: Damit war natürlich nur der 50-Prozent-Anteil der GL an der Sonderumlage gemeint. Wenn man die Einnahmen durch diesen Anteil von 1,50 RM dividiert, ergibt sich die Zahl von mehr als 2300 Mitgliedern, die die Sonderumlage gezahlt hatten, d. h. 11 Prozent. Das Ergebnis kann sich verschieben, wenn man zugrunde legt, daß manche Mitglieder nur einen Teil der Umlage oder auch mehr einbezahlten.

wähnt,⁹⁹ nicht jedoch im Kassenbuch, das sonst penibel jeden Einzelposten festhielt.¹⁰⁰ Im darauffolgenden Jahr spendeten verschiedene Einzelpersonen der Sektion Beträge jeweils in Höhe von 100 RM und mehr, ohne daß das Kassenbuch die Namen der Spender nannte.¹⁰¹ Die Stifter größerer Beträge blieben im Gegensatz zum Direktor des Parteiverlags, Amann, der in den dreißiger Jahren immer wieder die Münchner SA-Verbände unterstützte,¹⁰² lieber anonym. Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Bericht des Reichsschatzmeisters Schwarz auf der NSDAP-Generalmitgliederversammlung 1927¹⁰³ über die ca. 11 000 RM an Spenden, die die Münchner Ortsgruppe 1926 zum Umbau der Hauptgeschäftsstelle beisteuerte. Die 11 Münchner Sektionen¹⁰⁴ konnten nur einen kleinen Teil dieser Gelder geliefert haben. So überwies die mitgliederstärkste und finanziell gutsituierte Sektion Schwabing 1926 insgesamt 300 RM an die Reichsleitung.¹⁰⁵ Der größte Teil war somit von einer unbekanntem Zahl von Personen, worunter sich eine Reihe finanzkräftiger Spender befunden haben dürften, der Reichsleitung direkt überwiesen worden. Die breite Mitgliedschaft war hier nicht aktiv geworden, sie hatte ja bereits während der entsprechenden Sektions-sammlungen ihren Teil zum „Baufonds“ beigetragen. Im weiteren Verlauf seines Berichtes dankte Schwarz ausdrücklich einer nicht näher benannten „Opfergemeinschaft“, die sich Anfang 1926 zur „kräftigen“ finanziellen Unterstützung der Reichsleitung zusammengefunden habe. Möglicherweise unterstützten diese Kreise auch manche Münchner Sektion und später auch die Ortsgruppen.

Die Unterstützung durch einzelne Großindustrielle bleibt fraglich. Die geringe Zahl der Großbetriebe in München bot der Partei weniger Auswahl an Spendern als etwa Berlin oder das Ruhrgebiet. Überdies ist es wenig wahrscheinlich, daß es der NSDAP in München gelang, aus diesen Kreisen vermögende Förderer zu gewinnen. Die von Turner für die zwanziger Jahre konstatierte¹⁰⁶ Ablehnung und Interesselosigkeit der großindustriellen Kreise im Reich gegenüber der Partei betraf vermutlich auch München. Bis Anfang 1928 vermittelte die NSDAP in der Stadt das Bild einer kleinen, politisch unbedeutenden, radikalen Randgruppe. Das Parteiprogramm mit seinen betont „antikapitalistischen“ Elementen, aber auch die Exponenten der Partei attackierten offen die Großindustrie. Es war keine Seltenheit, wenn etwa der Propagandaleiter der Partei, Otto May, in einem Flugblatt erklärte, man habe nunmehr „unter der berufenen Führung Adolf Hitlers [...] den Kampf aufgenommen [...] gegen die dauernde finanzielle und wirtschaftliche Ausplünderung unseres Volkes durch das Großleihkapital“.¹⁰⁷ Zudem stand den

⁹⁹ IfZ, „Protokollheft“, S. 20: Sitzung des Vorstandes der Sektion Schwabing am 1. 5. 1925.

¹⁰⁰ KHB, Bl. 8, Eintragung vom 31. 5. 1925.

¹⁰¹ KHB, Bl. 19: Einträge vom 29. 9., 30. 11. und 28. 10. 1926.

¹⁰² Kapitel V, Anm. 267 und 258.

¹⁰³ VB 175 (1./2. 8. 1927), „Die Generalversammlung der NSDAP“.

¹⁰⁴ Zur Zahl der Sektionen: IfZ, MA 738: „Verzeichnis der Sektionen, Sektionsführer, Sektionslokale usw.“ der Ortsgruppe München 1926.

¹⁰⁵ Vgl. die Eintragungen im KHB für 1926.

¹⁰⁶ Im Folgenden: Turner, Großindustrie, S. 406 ff.

¹⁰⁷ StA, PDM 6774: Flugblatt „Sklaven Deutschlands“ herausgegeben vom Propagandaleiter des VB, Otto May. Einem Vermerk der PDM/VI vom 18. 3. 1925 (StA, PDM 6774) zu-

Wirtschaftsführern die in München zwangsläufig besonders deutliche Erinnerung an den dilettantischen Umsturzversuch Hitlers 1923 vor Augen. Vermutlich ließ erst der nationalsozialistische Wahlsieg im Herbst 1930 die Münchner Wirtschaftskreise auf die Partei aufmerksam werden. Dennoch war die während der frühen dreißiger Jahre von der Parteiführung praktizierte „Strategie der kalkulierten Zweideutigkeit“ (Turner) wenig geeignet, die Großindustrie in größerem Umfang für die NSDAP zu gewinnen. Einerseits präsentierte sich die Partei auch in München als eine Bewegung, der es unter anderem darum ging, die Arbeitermassen wieder für das „nationale“ Lager zu gewinnen, sie den Arbeiterparteien zu entreißen.¹⁰⁸ Andererseits ergingen sich etliche Parteiprominente in der Münchner Öffentlichkeit immer wieder in einem Verbalradikalismus gegen die Großindustrie, der eine Annäherung wenig wahrscheinlich werden ließ. So schlug ein Redner im Bürgerbräukeller Ende 1931 vor, die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die weitgehende Enteignung der Großindustriellen zu finanzieren.¹⁰⁹ Im Herbstwahlkampf 1932 erreichte diese Agitation ihren Höhepunkt. Selbst Gauleiter Wagner attackierte in einem Leitartikel der Gauzeitung die Industriellen wegen ihrer Unterstützung der Regierung Papen als „Hörige des Kapitalisten, des Juden“, die aus schierer Geldsucht das deutsche Volk „zerstört und zertrümmert“ hätten.¹¹⁰ Beinahe jede Großveranstaltung der NSDAP erging sich in derartigen maßlosen Angriffen.¹¹¹

Turner zufolge gewann die NSDAP große Unterstützung in den Jahren bis zum März 1933 reichsweit weniger beim Großunternehmertum, als vielmehr bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Ohne Aussicht auf die Hilfe des Staates oder der großen nationalen Wirtschaftsverbände, auf die die Großkonzerne rechnen durften, sahen sich diese Unternehmen der Wirtschaftskrise mehr oder minder schutzlos ausgeliefert.¹¹² Doch die NS-Werbekampagnen hatten bei solchen für das Münchner Wirtschaftsleben typischen Betrieben wenig Erfolg. Die Zahl der innerhalb der Innungen erfaßten Betriebe, die die NSDAP unterstützten, war vermutlich gering. Wie bereits geschildert, besaßen die Nationalsozialisten in der IHK keinen Einfluß, im allgemeinen Gewerbeverein, in der Handwerkskammer und unter den Handwerksinnungen nur begrenzten. Entsprechend war vermutlich auch die Zahl der NSDAP-Förderer unter den Münchner Klein- und Mittelbetrieben eher unbedeutend. Eine Reihe von Namen aus dem gehobenen Bürgertum sind bekannt; so unterstützten seit den zwanziger Jahren zum Beispiel der

folge war das Flugblatt erst nach einigen Änderungen genehmigt worden und war zur Verteilung in ganz Bayern gedacht.

¹⁰⁸ Turner, *Großindustrie*, S. 306; Turner erwähnt hier besonders Hitlers Rede im April 1932, unmittelbar vor den bayerischen Landtagswahlen, vor dem Münchner „Herrenklub“. Dieser Verbindung gehörte ein Großteil der örtlichen Wirtschaftsführer an. HRS V/1 (April 1932–September 1932) erfaßt diese Rede allerdings nicht.

¹⁰⁹ StA, PDM 6742: Polizeibericht über die Rede des norddeutschen NSDAP-Landtagsabgeordneten Börger in der Versammlung am 7. 12. 1931.

¹¹⁰ Front 42 (15. 10. 1932), „Der Münchner Papenklüngel“.

¹¹¹ Vgl. etwa StA, PDM 6743: Polizeiberichte vom 4. 10. bis 25. 10. 1932: Ausführungen Goebbels' in der Versammlung am 4. 10. 1932, Feders am 13. 10. 1932 und Franks am 22. 10. 1932.

¹¹² Turner, *Großindustrie*, S. 244 ff. und 408 f.

Kunsthändler und Verlagsbesitzer Franz Hanfstaengl, die Verleger Julius F. Lehmann und Hugo Bruckmann mit Frau, der Münchner Kleinfabrikant Ludwig Stiegler, der Leiter der Münchner Daimler-Benz Filiale Jakob Werlin oder der Chemiefabrikant Albert Pietzsch, der seit 1927 der Partei angehörte und nach 1933 IHK-Präsident wurde, die Reichsleitung und speziell Hitler.¹¹³ Zu diesem Kreis zählte auch Peter Ostermayer, einer der Begründer der Münchner Filmindustrie.¹¹⁴ Allerdings bleibt es fraglich, ob auch die Münchner NSDAP-Stadtteilorganisationen Zugang zu diesen Kreisen fanden. Selbst die Gauabteilung „Soziales Amt“ beklagte sich im November 1932, daß die Gauleitung bislang „übernennenswerte Gönner nicht verfügt [...]“, und bat die ROL um entsprechende Adressen.¹¹⁵ Mangels Quellenbelege bleibt die tatsächliche Bedeutung der mittelständischen Unternehmer offen. Die einzeln aufgeführten Spendenbeträge in den Sektionskassenbüchern waren, wie bereits gesagt, eher unbedeutend. Wahrscheinlich finanzierten sich die Münchner Sektionen zumindest während der zwanziger Jahre im Wesentlichen durch die Masse der einfachen Mitglieder und nicht durch einzelne finanzkräftige Förderer.

Gewinne aus den Veranstaltungen

Bis Herbst 1929 verlangten die Sektionen in der Regel keinen Eintritt für ihre Sprechabende,¹¹⁶ um den beständigen Klagen seitens der SA-Mitglieder etwa über die hohen Eintrittsgelder der öffentlichen NS-Großveranstaltungen zu entgegenen.¹¹⁷ Dagegen wurden bei den Unterhaltungsabenden, Sektionsfesten und Weihnachtsfeiern, die häufig weit höhere Besucherzahlen als die Sprechabende aufwiesen,¹¹⁸ regelmäßig Eintrittsgebühren, meist in Höhe von 50–60 Pf., teilweise auch 1 RM, erhoben.¹¹⁹ Dies war ungefähr der Preis für eine durchschnitt-

¹¹³ StA, PDM 6785: „Vertraulicher“ PDM-Bericht über die „Finanzierung der N.S.D.A.P.“ vom August 1927, o. w. A. Vgl. auch den Bericht der Polizeidirektion München über die Geldquellen der NSDAP an den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung in Berlin vom 28. 9. 1928; abgedruckt in: Vogt, Finanzierung, S. 241 ff. Das Dokument baut, wie aus dem Vergleich der Dokumente ersichtlich wird, in Form und Inhalt weitgehend auf der Analyse vom August 1927 auf. Vgl. ferner: Turner, Großindustrie, S. 244. IfZ, Nachlaß Albert Pietzsch: Unterlagen des Entnazifizierungsverfahrens. Schuster, Hitler in München, S. 129.

¹¹⁴ Ostermayer war nach eigenen Angaben einer der ersten Filmproduzenten Münchens, gründete 1918 die Firma „Münchner Lichtspielkunst“ (Emelka) und unterstützte die NSDAP, insbesondere deren Filminteressen, seit 1922. Hierbei pflegte er auch Kontakte zum RPL Goebbels: Hanna-Doud, Film, S. 84 f.

¹¹⁵ BA, Berlin, NS 22/1050: Gauabteilung Soziales Amt an ROL vom 16. 11. 1932.

¹¹⁶ In den Quellen lassen sich keinerlei Hinweise auf Eintrittsgebühren bei den Sprechabenden finden.

¹¹⁷ Vgl. zum Beispiel: StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 592 (o. D.) über die Führersitzung der SA-Standarte I München am 8. 11. 1927.

¹¹⁸ Vgl. u. a. IfZ, „Protokollheft“, „Protokollbuch“ und StA, PDM 6733, Polizeiberichte über die Münchner Sektionsversammlungen 1925–1929.

¹¹⁹ KHB der Sektion Schwabing. VB (Münchner Ausgabe) 1925–1929, AdB. StA, PDM 6733: Mitgliederversammlungen der Münchner NSDAP-Sektionen 1925–1929. HStA, Slg. Varia 1328 und 1329: Einladungen zu NSDAP-Versammlungen 1925–1929. Vgl. da-

liche Mittagmahlzeit in einem der Münchner Gasthäuser. Mit einem Fünftel jener Gesamteinnahmen, die den Sektionen belassen wurden, stellten diese Erträge¹²⁰ aus den Unterhaltungsabenden und Festen 1925 den zweitgrößten Posten der Sektion Schwabing. Auch zwischen 1926 und 1929 rangierte dieser Einnahmeposten entweder an erster oder an zweiter Stelle im Gesamtbudget der Sektion.¹²¹ Bei der Sektion Sendling stand dieser Posten 1926 an zweiter Stelle,¹²² ebenso im Etat der Sektion Innere Stadt in der ersten Hälfte 1925.¹²³ Angesichts ihrer desolaten Finanzen warben die Sektionsführer 1927 gegenüber dem stellvertretenden Reichspropagandaleiter Himmler¹²⁴ bezeichnenderweise für die Durchführung von Weihnachtsfeiern als probatem Mittel, um die leeren Kassen wieder zu füllen.¹²⁵ Zweifellos besaßen die Eintrittsgelder in den Etats sämtlicher Münchner Sektionen einen bedeutenden Stellenwert. Doch reduzierte der Rückgang solcher Unterhaltungsveranstaltungen seit 1927¹²⁶ die entsprechenden Einnahmen. Im Fall der Sektion Schwabing verminderten sie sich zwischen 1925 bzw. 1926 und 1929 von über 600 RM bzw. 500 RM auf rund ein Fünftel dieses Betrages. In den Jahren 1927 und 1929 fand nur jeweils ein einziger Unterhaltungsabend in der Sektion statt.¹²⁷ Ohnehin warfen solche Abende nicht in jedem Fall Gewinne ab, und oft wurde der größte Teil der Einnahmen unmittelbar zur Deckung der Ver-

neben auch StA, NSDAP 496: Einladung der Sektion Süd an die Münchner Sektionen zur Weihnachtsfeier der Sektion am 20. 11. 1926. IfZ, MA 738: Einladung der Sektion Süd vom 17. 1. 1927 zu einer „Faschings-Unterhaltung“ am 22. 1. 1927; hier wurden gar Eintrittspreise von 1 RM bzw. 50 Pf für SA-Mitglieder verlangt.

¹²⁰ Gewöhnlich ergab ein Unterhaltungsabend über die Eintrittsgebühren hinaus noch eine Reihe weiterer Einnahmen: Vgl. zum Beispiel die Veranstaltung der Sektion Schwabing am 11. 5. 1929 (KHB, Bl. 27):

72 Programme à 20 Pf:	14,40 RM
174 Eintrittskarten à 60 Pf:	104,40 RM
Spenden:	15,00 RM
„Opferstock“:	21,37 RM
zusammen:	155,17 RM

¹²¹ IfZ, „Protokollheft“, S. 92 ff.: Kassenbericht der Sektion für 1925. Von den hier angegebenen Einnahmen aus den Veranstaltungen wurden nur die Gewinne durch die Eintrittsgelder erwähnt. Diese errechneten sich aus den Eintrittsgebühren (vgl. die Angaben im „Protokollheft“) multipliziert mit der Zahl der jeweils Anwesenden: IfZ, „Protokollheft“. „Protokollbuch“. StA, PDM 6733, Polizeiberichte über die Münchner Sektionsversammlungen 1925–1929. IfZ, MA 1221: Kassenberichte der Sektion für 1928 und 1929. KHB der Sektion Schwabing.

¹²² Rund ein Drittel der Einnahmen, die der Sektion verblieben, entsprangen den Erträgen der jeweiligen Unterhaltungsabende: Sendlinger Sektionskassenbericht 1926: Kapitel V, Anm. 1.

¹²³ Kapitel V, Anm. 39: Zusammenstellung durch den RSM.

¹²⁴ Tyrell, Führer befiehl, S. 355: Himmler hatte dieses Amt von 1926 bis 1930 inne.

¹²⁵ StA, PDM 6733: Polizeibericht PND 592 (o. D.): Sektionsführersitzung in der HGS vom 25. 10. 1927.

¹²⁶ Vgl. Quellen zu den Sektionsveranstaltungen: Kapitel III.3., Anm. 39.

¹²⁷ Vgl. das KHB sowie IfZ, „Protokollheft“, S. 92 ff.: Kassenbericht der Sektion für 1925. Von den im Kassenbericht angegebenen 755 RM Einnahmen wurden nur die Eintrittsgelder hier erwähnt. IfZ, MA 1221: Kassenberichte der Sektion für 1928 und 1929. KHB der Sektion Schwabing.

anstellungsunkosten verwendet.¹²⁸ Die Sektion Innere Stadt finanzierte 1925 in der Regel ihre Saalmieten im Kreuzbräu, jeweils 7 RM, über den „Opferstock“. Im November 1925 verzeichnete sie wegen dessen geringer Erträge bei den Veranstaltungen bereits 21 RM Schulden. Die Feier des 9. November erbrachte trotz der 250 Besucher nur 8,85 RM. Dieses Geld reichte nicht einmal, um die 44 RM für die Musikkapelle an diesem Abend zu begleichen.¹²⁹ In den dreißiger Jahren veranstalteten alle Ortsgruppen von neuem regelmäßig solche Abende.¹³⁰ Es bleibt jedoch ungeklärt, inwieweit es den Ortsgruppen hier gelang, Überschüsse zu erwirtschaften. Offensichtlich war es durchaus möglich, die Kosten derartiger Veranstaltungen niedrig zu halten, wie das Beispiel eines Unterhaltungsabends der Ortsgruppe Ramersdorf Ende September 1931 zeigt. Der gut besuchte „Deutsche Abend“ bot den Auftritt einer SA-Kapelle und verschiedene andere Einlagen und bilanzierte bei einem Eintritt zwischen 10 und 40 Pf. einen Überschuß von 70 RM.¹³¹ Nachdem etwa der SA-Sturmbann II aus einer gut besuchten Veranstaltung im Juni 1931 im Bürgerbräukeller einen geschätzten Reingewinn von rund 300 RM erzielt hatte,¹³² dürften auch die Münchner Ortsgruppen entsprechenden Profit aus derartigen Veranstaltungen im Bürgerbräu gezogen haben. Im Sommer des Wahljahres 1932 empfahl die Gauleitung den Ortsgruppen sogar ausdrücklich, ihre leeren Kassen mit Sommerfesten, „Deutschen Abenden“ und ähnlichem zu sanieren.¹³³ Mit Beginn der dreißiger Jahre hielten die Ortsgruppen immer öfter neben ihren Mitgliederversammlungen öffentliche Veranstaltungen in den großen Sälen Münchens ab. Hierbei wurden in der Regel zwischen 10 und 30 Pf. Eintritt verlangt, Erwerbslose und Kriegsversehrte hatten meist freien Zutritt.¹³⁴ Nachdem jedoch nur selten zuverlässige Besucherzahlen überliefert sind, läßt sich der Gewinn der Ortsgruppen aus solchen Veranstaltungen nicht abschätzen. Er dürfte jedoch nicht unerheblich gewesen sein, wenn man, ohne die bei solchen Gelegenheiten stets gesammelten Spenden zu berücksichtigen, die Eintrittspreise als Basis für eine theoretische Hochrechnung nimmt: Aus den 87 Großveranstaltungen im Wahljahr 1932 erzielten die Organisatoren, meist die Gauleitung, und zum geringeren die Ortsgruppen und die NS-Unterorgani-

¹²⁸ Die Sektion Sendling nahm 1926 etwa 85 RM für Unterhaltungsabende ein; davon verblieben 5 RM Überschuß: Sendlinger Sektionskassenbericht 1926: Kapitel V., Anm. 1. Ein ähnliches Bild ergab sich im Fall der Sektion Schwabing: KHB und die Kassenberichte von 1925, 1928 und 1929: Kapitel V., Anm. 1.

¹²⁹ StA, NSDAP 496: Schriftführer Innere Stadt an HGS vom 17. 11. 1925.

¹³⁰ Quellen zu den Ortsgruppenveranstaltungen: Kapitel IV.3., Anm. 426.

¹³¹ IfZ, MA 738: „Beschaffenhheitsbericht der Ortsgruppe Ramersdorf für die Monate September und Oktober 1931“: „Versammlungstätigkeit“. Ebenda: Eintrittskarten für den „Deutschen Abend“ der Ortsgruppe Ramersdorf am 27. 9. 1931.

¹³² StA, NSDAP 740: Zahlmeister des Sturmbann II an den Geldverwalter des Sturmes 45 vom 27. 8. 1931 über die seit Anfang Mai bis Ende August des Jahres an den Sturm geleisteten Zahlungen.

¹³³ IfZ, MA 1216: Rschr. der GPL vom 3. 6. 1932 an alle Bzf und Ogf des Gaues München-Oberbayern, Bl. 3; die GPL versprach den Ortsgruppen überdies für derartige Veranstaltungen die Zuteilung bekannter Redner. Ebenda: IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 13. 6. 1932.

¹³⁴ Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen NSDAP-Versammlungen).

sationen einen rein theoretischen Bruttogewinn von mindestens 90 000 bis 100 000 RM.¹³⁵

Generell entstanden durch die polizeilichen Maßnahmen erhebliche Einkommensverluste. Das im Sommer 1930 erlassene Verbot, in öffentlichen Versammlungen der NSDAP und der KPD sowie deren Hilfsorganisationen Bier oder Speisen auszugeben,¹³⁶ zwang die Gastwirte zur Einführung bzw. Erhöhung der Saalmiete, um auf ihre Kosten zu kommen.¹³⁷ Die monatelangen Versammlungsverbote im Sommer und Herbst 1931 trafen auch die Massenveranstaltungen der Ortsgruppen empfindlich.¹³⁸ Entsprechende erhebliche finanzielle Verluste veranlaßten den Gaugeschäftsführer zu der Bemerkung, die Münchner Polizeidirektion bzw. der bayerische Innenminister versuchten, die NSDAP absichtlich in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.¹³⁹ Denn die Einnahmen waren für die Gau-

¹³⁵ Von diesen 87 Versammlungen waren 28 nachweisbar bis auf den letzten Platz gefüllt. Diese Zahl multipliziert mit einer durchschnittlichen Besucherzahl von 2000 und dem niedrigsten Eintrittspreis von 50 Pf. ergibt 28 000 RM. Hinzu kamen die restlichen 59 Versammlungen, von denen 15 nur etwa zur Hälfte und acht zu zwei Dritteln gefüllt waren sowie 36, von denen keine Besucherzahlen vorlagen. Nimmt man für diese 36 Versammlungen hypothetisch den ungünstigsten Fall (der nur zur Hälfte gefüllte Saal) mit einer durchschnittlichen Besucherzahl von 1000 und multipliziert diese Zahlen mit dem genannten Eintritt, so ergeben sich schätzungsweise mindestens 29 000 RM. Die höchsten Gewinne warfen jedoch die Versammlungen am 3. 7. und 30. 7. 1932 im Dantestadion (jeweils 30 000 Besucher) und am 5. 11. 1932 in der Ausstellungshalle (mindestens 10 000 Besucher) ab, die bei einem durchschnittlichen Eintritt von 50 Pf. zusammen mindestens 35 000 RM erbrachten. Zur Besucherzahl im Dantestadion: StA, PDM 6743: hs. Vermerk PDM/VI/N, Meixner vom 14. 3. 1932. Zu den drei Veranstaltungen generell: Front 27 (2. 7. 1932) und 31 (30. 7. 1932), Anzeigen. MNN (1. 8. 1932), „Hitler-Kundgebung im Dantestadion“. StA, PDM 6743: Polizeibericht vom 7. 11. 1932. Die Schätzung der gesamten Einnahmen aus den 87 Großveranstaltungen 1932 dürfte nur geringfügig nach oben zu korrigieren sein; zwar lagen die Eintrittspreise für die vorderen Sitzreihen der Säle meist wesentlich höher und schwankten zwischen 1 und 5 RM; zudem waren möglicherweise viele der 36 Versammlungen mit unbekannter Besucherzahl vollständig gefüllt; andererseits stellte die SA in beinahe jeder Großveranstaltung einen Teil der Besucher, und es ist anzunehmen, daß diese Verbände vom Eintritt befreit waren. Vgl. zu den Besucherzahlen: Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quelle Besucherzahlen).

¹³⁶ StA, PDM 6741: PDM an die NSDAP München vom 15. 8. 1930.

¹³⁷ Für einen Saal in der „Blüte“ mit einem Fassungsvermögen von 200 Personen zahlte die Sektion Schwabing 1928 pro Abend 6 RM. Die Sektion entrichtete in den Jahren 1925/1926 im Winter und ab 1927 für jede Versammlung Miete: vgl. die Eintragungen im KHB. Auch die anderen Sektionen zahlten in der Regel für ihre kleinen Mitgliederversammlungen Saalmieten; vgl. z. B. BA, Berlin (ehem. BDC), OPG-Akte Eggers, Karl: Quittungsbelege in Höhe von 5–6 RM für die Saalmiete im Alten Hackerbräuhaus, Januar bis August 1925. Dies gilt sicher auch für die Veranstaltungen der Ortsgruppen in den großen Sälen Münchens. Eine Versammlung der GL am 18. 8. 1930 im Bürgerbräu für Erwerbslose mußte abgebrochen werden, da die Saalmiete aus verschiedenen Gründen nicht bezahlt werden konnte: StA, PDM 6741: hs. Kommentar der PDM auf Versammlungseinladung. Noch im November 1928 hatte die Partei mit der Direktion des Mathäerbräu eine Erhöhung des Bierpreises um fünf Pf vereinbart, um die Saalmiete für die Zentral-sprechende zu vermeiden: StA, PDM 6739: Polizeibericht PND 636 (6. 12. 1928) über die Bemerkung Hermann Essers auf dem ZSA am 12. 11. 1928.

¹³⁸ Kapitel IV.3., 426 (Quellen zu den NSDAP-Veranstaltungen).

¹³⁹ IFZ, MA 1216: GGF an die Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 4. 9. 1931.

leitung unabdingbar, um die hohen Schulden aus dem Reichstagswahlkampf im Vorjahr – etwa 150 RM standen jeden Monat als Tilgungsbetrag an – abzutragen. Dem suchte der Gauschatzmeister im September 1931 durch eine einmalige Sonderumlage von 30 Pfennig pro Mitglied notdürftig abzuwehren.¹⁴⁰ Offensichtlich hingen die Finanzen der Gauleitung zu wesentlichen Teilen von den Überschüssen der von ihr veranstalteten Großveranstaltungen ab. An diesen Gewinnen wurden, wie noch darzustellen sein wird, soweit sie in München im Rahmen einer SA-Veranstaltung erzielt worden waren, stets die SA-Verbände in der Stadt und im Gau beteiligt. Möglicherweise erhielten auch die Münchner Ortsgruppen ähnliche Anteile.

Verkauf von Propagandamaterialien und sonstige Einnahmequellen

Nur für zwei Sektionen sind Daten zum Weiterverkauf von Propagandamaterialien, darunter des „Völkischen Beobachters“, von Plaketten, Hitlerbildern und anderem überliefert. Diese Gewinne stellten den drittgrößten Etat der Sektionen Schwabing und Sendling. Letztere gewann hier rund 16 RM, fünf Prozent ihrer Gesamteinnahmen.¹⁴¹ Die entsprechenden Gewinne für den Zeitraum vor und nach 1929 sind nicht abzuschätzen. Allerdings hatten solche Geschäfte vor allem im Herbst 1932 offenbar ein derartiges Ausmaß angenommen, daß die Gauleitung diese kurzerhand ihrer Genehmigung unterwarf.¹⁴² Ab 1930 expandierte der Weiterverkauf von Broschüren und Zeitungen, die den Ortsgruppen seitens des Eher-Verlags oder der Gauleitung verbilligt oder kostenlos geliefert wurden, stetig.¹⁴³ Während der Verkaufserfolg teurer Publikationen, wie etwa der 1930 erschienenen „Gefesselten Justiz“ des prominenten Parteijuristen Hans Frank, fraglich erscheint –, die Ortsgruppen erhielten das Buch bei der Gauleitung für 2,60 RM und verkauften es für stattliche 3,60 RM weiter¹⁴⁴ – sicherte der Verkauf von Parteizeitungen, in der Regel die Gauzeitung „Die Front“ oder auch die Flugschrift „Der Flammenwerfer“¹⁴⁵, durchaus Gewinne. Daneben erbrachte jedes verkaufte Exemplar des seit 1932 zur Verfügung stehenden „Verzeichnisses deutscher Geschäfte“ der Gau-Mittelstandsorganisation¹⁴⁶ einen Gewinn von 10 Pf.¹⁴⁷ Ob-

¹⁴⁰ StA, PDM 6733: PND 750: Ogf Biechteler in der Mitgliederversammlung seiner Ortsgruppe 21 am 9. 9. 1931.

¹⁴¹ Vgl. Kapitel V., Anm. 1: Kassenberichte der Sektionen Sendling, Schwabing und KHB. Zwischen April und Mai 1926 hatte die Sektion rund 150 Exemplare des VB verkauft und sandte dem Verlag 141 unverkaufte Exemplare sowie 14,10 RM für diesen Rest zurück; das bedeutet, die Sektion hatte jedes Exemplar für je 10 Pf vom Eher-Verlag erhalten: IfZ, MA 738: Sektionsführer Woltereck an den Verlag vom 22. 5. 1926.

¹⁴² Front 41 (8. 10. 1932), „Anordnung“ des GGF Hartmann.

¹⁴³ Vgl. allgemein IfZ, MA 1216: Die Rschr. des GGF und des GPL 1930–1932.

¹⁴⁴ IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 19. 12. 1930.

¹⁴⁵ IfZ, MA 1216: GPL Rauscher an die Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 12. 10. 1931: Ab Bestellungen von hundert Stück wurde „Der Flammenwerfer“ für 2 Pf pro Stück zum Weiterverkauf für je 5 Pf überlassen.

¹⁴⁶ Es handelt sich dabei um ein Verzeichnis von Münchner Geschäften, deren Besitzer Parteimitglieder waren. Diese mußten die Eintragung in das Verzeichnis jedoch eigens bean-

wohl der Preis, für den die Exemplare der „Front“ an die Ortsgruppen abgegeben wurden, zwischen Juni 1931 und Januar 1932 allmählich von 5 Pf. auf 10 Pf. anstieg, blieb diesen, bei einer größeren verkauften Auflage zum Straßenverkaufspreis von anfangs 10 Pf. und ab Mitte 1931 15 Pf., unter dem Strich ein Überschuß. Um das Porto zu sparen, konnten die Exemplare direkt beim Verlag oder auch beim Münchner Hauptpostamt abgeholt werden.¹⁴⁸ Von den 20 Pf. der ab Januar 1932 eingeführten „Front im Bild“ durften die Ortsgruppen 6 Pf. behalten.¹⁴⁹ Gleichzeitig winkten Prämien für neugeworbene Abonnenten der Gauzeitung.¹⁵⁰ Bei diesen Geschäften gerieten die Ortsgruppen zeitweilig jedoch auch unter großen Druck. 1931 waren sie immer wieder zur Abnahme fester Stückzahlen der „Front“ gezwungen,¹⁵¹ anlässlich der Reichspräsidentenwahl 1932 sogar zum Dauerbezug entsprechend ihrer Mitgliederzahl für die gesamte Zeit des Wahlkampfes von Ende Februar bis zum 10. April.¹⁵² Auf diese Weise garantierte die Gauleitung ihrer Zeitung einen großen Abnehmerkreis nebst entsprechenden Gewinnen und betrieb zugleich kostenlose Werbung für die Zeitung sowie zusätzliche Wahlkampfpropaganda.

Die Schwabinger Sektionskasse führte bis 1929 noch eine Reihe weiterer Finanzquellen auf, die jedoch entweder unbedeutend waren oder, da sie an bestimmte Projekte gebunden waren, keine Überschüsse erwirtschafteten. Dazu zählten etwa die von den Sektionsmitgliedern zurückgezahlten Darlehen oder

tragen. Front 39 (24. 9. 1932), „Mitteilung!“. StA, PDM 6873: KGWK-Versammlung am 15. 1. 1932.

¹⁴⁷ IfZ, MA 738: Führer der KGWK, Sturm, vom 14. 11. 1931 an alle Ogf und Obmänner der Organisation. Ebenso: IfZ, MA 1216: Sturm im Januar 1932 an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern; Sturm gab als Herstellungspreis für das Verzeichnis 30 Pf an; die Ortsgruppen durften die Broschüre für 40 Pf weiterverkaufen.

¹⁴⁸ IfZ, MA 1216 und MA 738: Gaupressewart Springer vom 30. 6. 1931 an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern und vom selben Tag an alle Ogf, Bzf und Pressewarte München Stadt. IfZ, MA 1216: Rschr. des Organisationsleiters der Front o. w. A. Ebenda: Rschr. des Verlages „Die Front“ vom 31. 12. 1931 an die Ortsgruppenführer und Pressewarte. Diese Preise wurden vom Verlag auch 1932 für die Nachfolgerin der Front, die „Sonntag-Morgen-Post“, außer während des Wahlkampfes zur Reichspräsidenten-Wahl (vgl. Kapitel V., Anm. 152), beibehalten: IfZ, MA 1216: Rschr. des Verlages „Die Front“ in der zweiten Hälfte 1932.

¹⁴⁹ Vgl. IfZ, MA 1216: Rschr. der GL 1930–1932.

¹⁵⁰ Vgl. unter anderem IfZ, MA 1216: Rschr. der Vertriebsabteilung der Front vom 31. 10. und vom 31. 12. 1931 an die Ortsgruppenführer: Für jeden neuen Abonnenten erhielten die Ortsgruppen 30 Pf Prämie und zusätzlich 20 Prozent der Gebühr eines geworbenen Inserates. Vgl. auch IfZ, MA 738: Muster eines Rschr. des Verlages „Adolf Wagner“ o. w. A. in Form einer Besteliste für die „Sonntag-Morgen-Post“ ab 1. Dezember 1932: Für jeden Abonnenten sollte die Ortsgruppe eine Prämie von 60 Pf erhalten.

¹⁵¹ IfZ, MA 738: Rschr. des Gaupressewartes Springer vom 30. 6. 1931: Die Ortsgruppen hatten entsprechend ihrer Mitgliederzahl bis Mitte Juli des Jahres Exemplare der Front für je 6 Pf abzuholen. IfZ, MA 1216: Rschr. des Organisationsleiters der Front o. w. A.: ab 1. 10. 1931 wurde den Ortsgruppen wöchentlich eine bestimmte Stückzahl der Front für 8 Pf pro Stück zugesandt.

¹⁵² Die Front wurde mit und ohne Bildbeilage zum Einheitspreis von 10 Pf geliefert: IfZ, MA 1216: Rschr. des Verlages „Die Front“: „An die Herren Bezirksleiter und Ortsgruppenführer!“ vom 18. 2. 1932. Ebenda, GPL Dötsch vom 22. 3. 1932 an Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern.

auch die Einnahmen aus Inseraten, die den größten Teil der Kosten der Sektionsmitteilungen deckten,¹⁵³ nachdem der Druckereibesitzer Josef Heidenreich,¹⁵⁴ ein engagiertes Sektionsmitglied, das Blatt zum Selbstkostenpreis druckte.¹⁵⁵ Ähnlich dürfte es sich bei diesen Einnahmen auch für andere Sektionen verhalten, die vermögend genug waren, Darlehen zu vergeben oder ein Mitteilungsblatt zu unterhalten, wie etwa die Sektion Westend.¹⁵⁶ Seit Beginn der dreißiger Jahre bemühten sich die Ortsgruppen mit allen möglichen Methoden, die Kassen aufzubessern. Durchaus originell – wenn auch der Erfolg fraglich erscheint und sich nicht belegen läßt – erscheint etwa der Versuch der Gauleitung, die Kaufkraft der Parteimitgliederschaft zu nutzen. Mitte Juni 1930 entstand die Idee, durch einen bei der Gauleitung abzuliefernden „Kaufnachweis“ die Geschäfte zu ermitteln, die in größerem Maß an Parteimitgliedern verdienten. Diese sollten künftig gezielt um Inserate für die Gauzeitung, Spenden oder gar um die Abführung eines bestimmten Prozentsatzes des durch Parteimitglieder verursachten Umsatzes angegangen werden. Die Gauleitung wollte diese Gelder anschließend „je nach Leistung“ an die Ortsgruppen verteilen.¹⁵⁷

1932 verbesserten eine Reihe von Faktoren die Etats der Ortsgruppen. Diese zählten zwar nicht als Einnahmen im eigentlichen Sinne, verringerten jedoch die Ausgaben der Ortsgruppen und entlasteten damit deren überbeanspruchte Wahlkampfkassen. Die Gauleitung verrechnete den Ortsgruppen, im Gegensatz zu ihrer sonstigen Praxis, 1932 nur einen kleinen Teil der Kosten für die Propagandamaterialien,¹⁵⁸ – sieht man von der geschilderten Verkaufsaktion der „Front“ im Frühjahrswahlkampf ab. Nachdem der Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., bereits in der Vergangenheit den Ortsgruppen immer wieder verbilligte Exemplare von Broschüren und Zeitungen zum freien Verkauf überlassen hatte,¹⁵⁹ lieferte er während des Novemberwahlkampfes über eine Woche lang kostenlose Exemplare des „Völkischen Beobachters“.¹⁶⁰ Vermutlich unterstützte das finanziell erfolgreiche Parteiunternehmen¹⁶¹ die NSDAP häufiger mit ähnlichen Aktionen. Ebenfalls im Reichstagswahlkampf des November 1932 strich die Gauleitung die festgelegten Rednerhonorare, die Ortsgruppen hatten nur

¹⁵³ 1925–1926 gab die Sektion im Durchschnitt zwischen 60 und 70 RM für das Blatt aus und nahm durch die Inserate durchschnittlich zwischen 50 und 60 RM ein; vgl. das KHB.

¹⁵⁴ Die „Leopolddruckerei“ des Parteimitgliedes Joseph Heidenreich, Schellingstraße 26, übernahm die Parteaufträge im Schwabinger Gebiet: StA, PDM 6738: Flugblätter und Plakate der NSDAP 1928.

¹⁵⁵ IfZ, „Protokollheft“, S. 89: Tätigkeitsbericht des Schwabinger Sektionsführers Wolterreck für 1925 in der GMV der Sektion am 28. 1. 1926.

¹⁵⁶ Mitteilungsblatt der Sektion Westend: HStA, Slg. Varia 1328.

¹⁵⁷ Münchner Wacht 7 (1930), „Gaubefehle“.

¹⁵⁸ IfZ, MA 1216: GSM an alle Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter vom 28. 10. 1932.

¹⁵⁹ Vgl. z. B. IfZ, MA 738: GPL an Bzf und Ogf Münchens vom 17. 10. 1931 über die Zusendung von 15 000 VB-Sondernummern.

¹⁶⁰ IfZ, MA 1216: Vertriebsabteilung des Eher-Verlages an die Ortsgruppe Ottobrunn vom 22. 10. 1932.

¹⁶¹ Hale, Presse, S. 40f.; Hale zufolge hatte der vor allem durch den seit 1929 wachsenden Absatz von Hitlers „Mein Kampf“ gut situierte Verlag im Jahr 1932 rund 3 900 000 RM zur Wahlkasse der Partei beigesteuert.

mehr für deren Spesen aufzukommen.¹⁶² Im gesamten Untersuchungszeitraum suchte eine Vielzahl der Führer der Stadtteilorganisationen die häufigen Engpässe ihrer Organisation durch erhebliche private Finanzmittel zu überwinden.¹⁶³ Der Ärger des Schwabinger Sektionsführers Woltereck Ende September 1925 über solche Belastungen war hier symptomatisch.¹⁶⁴ Dessen Vorgänger aus den Jahren vor 1923, Oskar Körner, ruinierte seine Spielwarenhandlung, indem er regelmäßig die Hälfte seiner Geschäftseinnahmen in die Parteiarbeit investierte.¹⁶⁵

2. Die SA

Das Finanzierungssystem der SA orientierte sich an dem militärisch strukturierten Organisationsaufbau und der schwierigen Einbindung in die Parteiorganisation und war dadurch facettenreicher und komplexer als im Fall der Sektionen. Einmal erwirtschafteten die Münchner Verbände in Eigeninitiative Einnahmen durch Eintrittsgelder und Sammlungen. Dazu kam der private finanzielle Beitrag mancher Führer. Zum anderen erhielten die Verbände Unterstützung seitens übergeordneter SA-Stellen und der „zivilen“ Parteiorganisation sowie feste Anteile an den Mitgliederbeiträgen und Aufnahmegebühren der NSDAP. Letztere wurden zwar von der Parteimitgliedschaft gestellt, jedoch letztendlich von den entsprechenden Gau-SA-Führungen an deren Unterverbände verteilt. Zwischen 1925 und 1930 (mit Unterbrechungen) kassierte die Reichsleitung diese Gelder und leitete sie an die Gau-SA-Führungen weiter. Ab Herbst 1930 fiel diese Aufgabe dann an die „zivilen“ NSDAP-Gauleitungen. Die Gau-SA-Führungen regelten grundsätzlich die Überweisungsmodalitäten an ihre Unterverbände. Allem Anschein nach existierte hier kein parteioffiziell festgelegter Verteilerschlüssel.

Zuweisungen seitens der Parteiorganisation und der SA-Führung

Die Reichsleitung unterstützte die SA nur sehr selten direkt. Für den gesamten Zeitraum 1925 bis 1933 lassen sich nur zwei Fälle nachweisen. Selbst während der Krise der Verbände 1927, die auch mit deren finanzieller Misere zusammenhing, verweigerten Hitler und der RSM, in dessen Händen, den SA-Satzungen entspre-

¹⁶² IfZ, MA 1216: GGF an die Reichs-, Gau- und Bezirksredner des Gaus München-Oberbayern, 22. 10. 1932; Hartmann begründete die Maßnahme damit, daß „die Ortsgruppen nicht in der Lage sind, Rednergebühren zu bezahlen“. Ebenda, GPL an alle Ogf und Kreisleiter des Gaus München-Oberbayern vom 25. 10. 1932.

¹⁶³ Der Neuhauser Führer Walter erhielt 1926 für seine hohen privaten Spenden sogar von Hitler öffentliches Lob: StA, PDM 6733: Polizeibericht PND 536 (o. D.) über die Neuhauser Sektionsversammlung am 13. 4. 1926.

¹⁶⁴ IfZ, „Protokollheft“, S. 57: Vorstandssitzung der Sektion Schwabing am 23. 9. 1925.

¹⁶⁵ StA, PDM 6784: Bericht eines Polizeibeamten an die PDM vom 29. 10. 1925 über die Mitteilung Heinrich Bauderers, der die Frau Körners nach dessen Tod am 9. 11. 1923 geheiratet hatte.

chend, deren Kassenführung lag,¹⁶⁶ jede weitergehende finanzielle Unterstützung.¹⁶⁷ 1928 finanzierte die Reichsleitung den Münchner SA-Verbänden anlässlich des Reichs- und Landtagswahlkampfes die für zwei große Propagandafahrten Mitte Mai benötigten Lastwagen¹⁶⁸ und sagte ihnen im November des Jahres die Unterstützung von Spielmannszug und Kapelle zu.¹⁶⁹ Möglicherweise sind eine Reihe weiterer Hilfsaktionen der folgenden Jahre nicht in den Quellen dokumentiert. Die indirekten finanziellen Verbindungen zwischen der Reichsleitung und den unteren SA-Verbänden sollten weniger deren Arbeit finanzieren als mehr den einzelnen SA-Mann individuell unterstützen. So kam etwa der Mitte Mai 1927 kurzzeitig eingeführte, in Bayern allerdings sofort polizeilich unterbundene „Reichshilfsfonds“ finanziell bedürftigen Ortsgruppen und auch SA-Leuten, die „im Dienst“ Schaden erlitten hatten, zugute.¹⁷⁰ Ein ähnliches Ziel verfolgte die Ende 1926 gegründete „SA-Versicherung“.¹⁷¹ Dieser von der OSAF verwaltete „Fonds“ half versicherten SA-Mitgliedern für einen Monatsbeitrag von 20 Pf. im Fall von Verletzungen während des SA-Dienstes. Offiziell war seit dem Frühjahr 1928 jeder SA-Verband verpflichtet, seine Mitglieder zu versichern.¹⁷² Anfang 1930 kündigte die Reichsleitung die bisherige Zusammenarbeit mit der Versicherungsgesellschaft „Deutscher Ring“ und führte die Einrichtung künftig als Parteiunternehmen.¹⁷³ Der Versicherungsbeitrag stieg nun auf 30 Pf. Ein Rechtsanspruch bestand jedoch nach wie vor nicht. Entsprechend verweigerte sich ein großer Teil der Parteibasis dem von Hitler ultimativ geforderten Beitritt.¹⁷⁴ Das Unternehmen unterstand seit Sommer 1930 dem Reichsschatzmeister¹⁷⁵ und trug ab Herbst des Jahres die Bezeichnung „Hilfskasse“.¹⁷⁶ Nach SA-internen Angaben leistete das Unternehmen erhebliche Auszahlungen an die Versicherten¹⁷⁷

¹⁶⁶ HRS II/1, Dok. 31, hier S. 67: Satzung der SA vom 17. 9. 1926, § 13. Im Mai 1927 wurde die SA-Satzung überarbeitet: Ebenda, Dok. 135, S. 326 ff.: „GRUSA II. Grundsätzliche Anordnung der SA“ vom 31. 5. 1927.

¹⁶⁷ StA, PDM 6809: Polizeiberichte 1927–1928 über die Führerbesprechungen der Münchner SA-Standarte.

¹⁶⁸ StA, PDM 6809: PND 612 (1. 5. 1928): Führerbesprechung der Standarte I München am 14. 4. 1928.

¹⁶⁹ StA, PDM 6809: Polizeibericht PND 634 (o. D.) über den Appell der SA-Standarte München am 2. 11. 1928; da beide Verbände in Veranstaltungen eingesetzt wurden, erhielt der Spielmannszug 30 RM, die SA-Kapelle 140 RM.

¹⁷⁰ StA, Lagebericht 56 (6. 5. 1927), S. 19.

¹⁷¹ StA, Lagebericht 53 (21. 12. 1926), S. 25. Vgl. auch Fischer, Stormtroopers, S. 115. Lang, Sekretär, S. 52 f.

¹⁷² StA, PDM 6869: OSAF von Pfeffer zur „SA-Versicherung der NSDAP“ vom 1. 4. 1928, mit hs. Notizen.

¹⁷³ Lang, Sekretär, S. 52 f.

¹⁷⁴ Dies zeigten die häufigen parteioffiziellen Mahnungen in der Münchner Wacht und in der Front 1930–1932 aufgrund der säumigen Beitragszahlung.

¹⁷⁵ HRS III/3, Dok. 91, S. 362: Anordnung Hitlers und Schwarz' vom 20. 8. 1930 anlässlich der OSAF-Kassenrevision.

¹⁷⁶ VB 243 (12./13. 10. 1930), „Hilfskasse der NSDAP“. IfZ, MA 738: Rschr. der „Hilfskasse der NSDAP“ an alle Ogf und Stützpunktleiter der NSDAP vom 10. 11. 1930.

¹⁷⁷ Fischer, Stormtroopers, S. 115. Angeblich hatte die SA-Versicherung 1930 reichsweit in 179 Fällen insgesamt 17 800 RM ausbezahlt; weitere 110 Unfälle hätten nicht bearbeitet werden können, da die Betroffenen nicht „ordnungsgemäß“ versichert gewesen seien.

und erwirtschaftete Anfang der dreißiger Jahre trotz der schleppenden Beitragszahlungen ansehnliche Überschüsse.¹⁷⁸ Dies konnte nicht verwundern: Das Unternehmen war, trotz staatlicher Interventionsversuche, von jeder Besteuerung befreit. Die Beiträge flossen aufgrund interner Regelungen bereits 1930 zu drei Vierteln nicht in den Pool der Versicherung, sondern in die Parteikasse.¹⁷⁹ Die bis August 1930 zusammengekommenen über 60 000 RM dienten ausnahmslos der Deckung der hohen Defizite der Reichszeugmeisterei¹⁸⁰ und dem Ankauf des Barlow-Palais. 1932 verzeichnete die „Hilfskasse“ einen Umsatz von über drei Millionen RM.¹⁸¹ Obgleich die Reichsleitung noch Ende 1930 alle Forderungen nach Gewinnbeteiligung zurückwies,¹⁸² profitierte die SA hiervon spätestens seit 1931.¹⁸³ Eine vom Berliner Polizeipräsidium zusammengestellte Übersicht nannte für den September 1930 für München rund 2450 versicherte Mitglieder, für das restliche Oberbayern 1125 und für das gesamte Reichsgebiet rund 117 000.¹⁸⁴ Sollten diese Angaben zuverlässig sein,¹⁸⁵ so konnten im Reich durch die 30-Pfennig-Beiträge – eine konsequente Zahlungsmoral vorausgesetzt – monatliche Bruttoeinnahmen von über 35 000 RM entstehen.¹⁸⁶

Von der Gau-SA-Führung erhielten die Münchner Verbände einen Anteil an den Mitgliedsbeiträgen und Aufnahmegebühren zugewiesen. Während sich dessen Höhe für München weitgehend rekonstruieren läßt,¹⁸⁷ bleibt dagegen der Verteilungsschlüssel für die untersten SA-Einheiten meist ungeklärt. Die entsprechenden Ausführungsbestimmungen der Schatzmeister von Reichs-, Gau- und Gau-SA-Leitung fehlen weitgehend. Noch 1925 war die SA überwiegend von der

¹⁷⁸ Auf dem Treffen der höheren SA-Führer und Vertreter der Parteispitze am 30. 11. 1930 in München kamen unter anderem die reichsweiten Finanzierungsprobleme der SA zur Sprache; der OSAF-Stellvertreter Ost, Stennes, schlug hier vor, die Überschüsse der SA-„Versicherung“ bzw. der „Hilfskasse“ zur Sanierung der SA-Finanzen zu verwenden; Hitler und der RSM Schwarz lehnten dies ab, kündigten jedoch an, mit einem Teil der Gelder die SA-Sanitätstrupps zu unterstützen: Werner, SA, S. 509.

¹⁷⁹ Lang, Sekretär, S. 52–54.

¹⁸⁰ Anordnung Hitlers und Schwarz' vom 20. 8. 1930: Kapitel V, Anm. 175.

¹⁸¹ Lang, Sekretär, S. 61, 63.

¹⁸² Vgl. Kapitel V, Anm. 178.

¹⁸³ StA, PDM 6827: Bericht des Generalinspektors der SA über die Stimmung der SA „(hauptsächlich aus dem Westen und Süden)“ vom 22. 7. 1931; dem Bericht zufolge erzielte die SA-Versicherung „beträchtliche Überschüsse“.

¹⁸⁴ StA, PDM 6869: Auszug aus den „Mitteilungen Nr. 21 des Polizeipräsidiiums, Landeskriminalamt (IA) Berlin vom 1. November 1930“ über den Stand der SA-Versicherung der NSDAP am 1. 9. 1930.

¹⁸⁵ Keinesfalls war, wie der Bericht suggeriert, beinahe die gesamte Mitgliedschaft in München und im Gau versichert gewesen. In den Quellen lassen sich häufig Mahnungen wegen der schleppenden Beitragszahlungen zur „SA-Versicherung“ finden. Der Gau-Obmann für die Hilfskasse, Meyer, warf den Ortsgruppen des Gau München-Oberbayern vor, daß sie die Anmeldungen zumeist „nicht oder nur sehr mangelhaft“ durchführten; bis zur Abfassung des Schreibens seien nur 20–25 Prozent der SA-Leute versichert gewesen, insbesondere in München, „wo sich die Obleute scheinbar um die Versicherung der SA überhaupt nicht gekümmert haben“. Ultimativ forderte Meyer daher bis Mitte Januar 1931 die Anmeldung sämtlicher SA-Leute: Rschr. Meyer vom 30. 12. 1930.

¹⁸⁶ Vgl. auch Fischer, Stormtroopers, S. 115.

¹⁸⁷ Vgl. Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

finanziellen Unterstützung durch die Sektionen abhängig. Erst im Gefolge der reichsweiten SA-Neuorganisation 1926 erhielt die Organisation durch die Einbindung in das allgemeine Beitragswesen eine festere finanzielle Grundlage. Im Mai 1926 wurde zusätzlich zu den monatlichen Mitgliedsbeiträgen eine „SA-Steuer“ von 10 Pf. für alle Parteimitglieder eingeführt, die nicht zugleich der SA oder SS angehörten. Die Reichsleitung überwies diese „Steuer“-Gelder zunächst der OSAF zur freien Verteilung an die Gau-Verbände und setzte erst Ende des Jahres einen Verteilerschlüssel fest.¹⁸⁸ Nun gelangten 5 Pf. an die OSAF¹⁸⁹ und 5 Pf. von jedem Betrag ihres Gebietes an die jeweilige Gau-SA. Die Standartenführung wiederum verfügte über 40 Prozent dieser in ihrem Gebiet erbrachten 5 Pfennig-Beträge¹⁹⁰ – gerade 2 Pf. pro bezahltem Beitrag. Mit der Neuregelung des NSDAP-Beitragswesens ab Oktober 1927 gingen anstelle der „Steuer“ jetzt jeweils 12 Prozent aller Beitragsanteile der jeweiligen „zivilen“ Gauleitungen und der Reichsleitung in einem Gau an die entsprechende Gau-SA. Das bedeutete jedoch keine Verbesserung, da jetzt insgesamt höchstens 4 bis 5 Pf. pro Beitrag die Gau-SA erreichten und entsprechend weniger die Standarten. Im Februar 1928 erhielt die Münchner SA eine Sonderregelung und mußte für die nächste Zeit nur mehr 40 Pf. Mitgliedsbeitrag zahlen.¹⁹¹ Im Zuge der NSDAP-Organisationsreform von Mitte 1928¹⁹² wurden die Beitragsregelungen grundlegend vereinheitlicht.¹⁹³ Jetzt entrichtete nur noch die Reichsleitung 10 Pf. von jedem ihrer Beitragsanteile an die OSAF. Nachdem die Neuordnung des Beitragswesens im Sommer 1930 diese Regelung noch unverändert übernommen hatte, brachte der Eingriff des Reichsschatzmeisters wenige Monate später eine entscheidende Verbesserung. Statt der Zahlungen der Reichsleitung wurde erneut eine gesonderte SA-Zulage, jetzt in Höhe von 20 Pf. auf jeden Mitgliedsbeitrag, einschließlich der SA und SS, aufgeschlagen und über die SA-Gauführung verteilt. Diese Regelung galt auch noch nach der „Machtergreifung“. Der Kreis der zur Abführung dieser Zulage Verpflichteten reduzierte sich allerdings immer wieder, insbesondere im Sommer 1932, als infolge des reichsweiten SA-Verbotes zwischen April und Juli das gesamte Kassenwesen der Verbände ruhte.¹⁹⁴ Die SA-Männer wurden „ein-

¹⁸⁸ IfZ, MA 1216: RSM an alle Ortsgruppen des Gaus Oberbayern-Schwaben vom 25. 3. 1927; das Schreiben wies auf eine Bekanntmachung der RL hin, nach der ab 1. 12. 1926 diese Aufteilung der SA-Steuer gelten sollte.

¹⁸⁹ Offiziell blieb dieser Betrag zwar bei der Reichsleitung; es ist jedoch nicht vorstellbar, daß diese Gelder nicht zur Verfügung der SA standen. Nachdem die Verteilung nach unten (an die Gau-SA) geregelt war, ging dieser Betrag höchstwahrscheinlich an die OSAF, auch wenn in den Anordnungen jeder Hinweis auf die Anteile der OSAF fehlt.

¹⁹⁰ StA, PDM 6745: „SABE [SA-Befehl] des OSAF an den Gaust[urm] 0[berbayern]“ vom 6. 7. 1927.

¹⁹¹ Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

¹⁹² Seit der Neuorganisation waren sämtliche Ortsgruppen der NSDAP einem Gau untergeordnet; vgl. u. a. HStA, Slg. Varia 1439: „Richtlinien für die Untergliederung der NSDAP“ vom 15. 9. 1928. Bis dahin hatten neben den Gauen auch eine Reihe selbständiger Ortsgruppen existiert.

¹⁹³ Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge), Anm. 15.

¹⁹⁴ Im folgenden: IfZ, Db 23.10: RSM an alle Gauleitungen der NSDAP vom 30. 4. 1932: „Betreff: Folgen der Auflösung der SA und SS für den Dienst- und Geschäftsverkehr der

fache Parteimitglieder“; sämtliche Sammlungen für die SA waren parteioffiziell verboten. Die weiterhin zu zahlende SA-Zulage verblieb einschließlich der erhöhten Aufnahmegebühr jetzt bei den „zivilen“ Gauleitungen.¹⁹⁵ Nach dem Ende des SA-Verbots galt erneut die ursprüngliche Regelung des Beitragswesens.¹⁹⁶

Insgesamt besaßen die Beitragsanteile nur einen untergeordneten Stellenwert in der gesamten SA-Finanzierung, da sie sehr niedrig angesetzt waren und nie die Höhe derjenigen etwa der Ortsgruppen oder der Reichsleitung erreichten. Das gilt um so mehr für die Münchner SA-Verbände, denen ja wiederum nur ein Teil dieser Gelder zustand. Selbst wenn alle rund 2400 Münchner Parteimitglieder Anfang 1927¹⁹⁷ – die rund 300 SA- und SS-Angehörigen einmal ausgenommen – die SA-Steuer gezahlt hätten, entfielen auf die Standarte monatlich gerade 42 RM.¹⁹⁸ Doch angesichts der geschilderten, mangelnden Zahlungsmoral der Mitglieder erscheint nicht einmal dieser Betrag realistisch. Vermutlich waren die Anteile während der gesamten frühen dreißiger Jahre sehr gering, betrachtet man die Verhältnisse im Frühjahr 1931:¹⁹⁹ Damals erhielten die Münchner Verbände diese Gelder nicht als parteioffiziell verbindlichen Anteil, wie etwa die NSDAP-Ortsgruppen, sondern im Rahmen der SA-Etats als variable „Zuschüsse“, als „Bürogeld“, überwiesen. Von den monatlich rund 1500 RM aus der SA-Zulage und den Aufnahmegebühren im Brigadegebiet München-Oberbayern erhielten – nach Abzug von 20 Prozent für einen „Dispositionsfonds“ der OSAF – die Stäbe der Münchner Standarte und der Sturmabteilung den festgelegten Betrag von je 25 RM. Den einzelnen Stürmen blieb demnach ein von der Restsumme abhängiger Betrag von rund 18 RM.

Eine Reihe von Faktoren, die die SA reichsweit betrafen, verminderten zusätzlich die Gesamtsumme der Beitragsanteile. Zur genannten, mangelnden Zahlungsmoral trat die nachlässige Handhabung der Überweisungen an die SA seitens der Gauleitungen hinzu.²⁰⁰ Zumindest bis Herbst 1928 schmälerten zahlreiche Bei-

NSDAP.“ Ebenda: RSM an alle Gauleitungen der NSDAP vom 4. 5. 1932. Vgl. auch IfZ, MA 1216: GPL an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 7. 5. 1932: „Abwicklung der ehem. SA“.

¹⁹⁵ Schwarz legte in seinem Rshr. vom 30. 4. 1932 (Kapitel V., Anm. 194) nicht wörtlich fest, welche Parteiorganisation die Gelder erhalten sollte; die Ortsgruppen hatten jedoch die Zulagen und Aufnahmegebühren einzutreiben und „auf dem Dienstweg“ abzuführen. Die Gelder sollten „trotzdem wie bisher eingezogen und zur Verstärkung der Parteipropaganda zur Verfügung gestellt [werden]“. Das heißt, diese Beträge flossen wie üblich den Gauleitungen zu; darüber hinaus erwähnte der RSM mit keinem Wort, welche Beiträge die ehemaligen SA-, SS- und HJ-Mitglieder zukünftig zu zahlen hatten. Es erscheint jedoch als unwahrscheinlich, daß diesen nun der weit höhere Beitrag der „zivilen“ Mitglieder aufgezwungen wurde.

¹⁹⁶ In der Neuregelung des Beitragswesens ab Oktober 1932 behielt Schwarz ausdrücklich das vor dem SA-Verbot gültige Finanzierungssystem bei: Vgl. Anhang 3., Anm. 26.

¹⁹⁷ Anheier/Neidhardt, Soziographische Entwicklung, S. 180, Schaubild 1.

¹⁹⁸ 2100 Mitglieder lieferten je 10 Pf SA-Steuer, zusammen 210 RM; die Hälfte davon stand dem Gausturm zur Verfügung, und dieser überwies hiervon wiederum 40 Prozent an die Standarte – 42 RM.

¹⁹⁹ Im Folgenden: StA, PDM 6825: Führer der SA-Brigade I, München-Oberbayern, an OSAF vom 20. 3. 1931.

²⁰⁰ Dies trug im Sommer 1931 offenbar wesentlich zur schlechten Stimmung innerhalb der SA bei. Die Verbände fühlten sich ausgenutzt: StA, PDM 6827: Bericht des General-

tragsermäßigungen für bestimmte Personenkreise die Einnahmen der SA: So waren seit Mai 1926 auch in München SA und SS von der SA-Steuer ausgenommen. Erwerbslose, anfangs gänzlich von Mitgliedsbeiträgen befreit, zahlten ab August 1926 nur 10 bzw. 20 Pf. und dementsprechend keine SA-Steuer. Infolgedessen wurden im Herbst 1927 die SA-Anteile von denjenigen der Reichsleitung und der jeweiligen Gauleitung abgezweigt, die ja grundsätzlich von allen Mitgliedern erhoben wurden. An den Parteiaufnahmegebühren wurde die SA erst ab Herbst 1930 beteiligt.²⁰¹ Von den 2 RM Gebühr erhielt die Reichsleitung und die jeweilige Gau-SA je 1 RM. Doch schon ab Januar 1931 kostete der Beitritt zu HJ, SS oder SA nur noch 1 RM. Im Sommer desselben Jahres schraubte die Gauleitung München-Oberbayern zur Unterstützung einer SA-Werbekampagne diese Gebühr mindestens bis Ende August für die SA auf 50 Pf. und für die HJ auf 15 Pf. herunter. Die Differenz zur Deckung der Reichsleitungs-Anteile an der Aufnahmegebühr wollte der Gausturm aus eigenen Mitteln begleichen.²⁰²

Feste Gehälter und Etatgelder für SA-Standartenführer sind in den zwanziger Jahren angesichts der geschilderten, desolaten finanziellen Lage sowohl der obersten SA-Führung als auch der Reichsleitung unwahrscheinlich. Anhand von Quellen lassen sich solche Zahlungen erst für die dreißiger Jahre nachweisen. Dagegen blieben die Führer der „zivilen“ Sektionen und Ortsgruppen auch jetzt ohne Gehälter. Die für das Frühjahr 1931 nachgewiesenen, bereits erwähnten monatlichen Etatgelder der Münchner Verbände, das sogenannte „Bürogeld“, richteten sich in ihrer Höhe nach der jeweiligen Finanzlage. Insgesamt hatte zum Beispiel der Sturm 45 zwischen Mai und August, also in vier Monaten, 113,30 RM von seinem vorgesetzten Sturmbann überwiesen bekommen.²⁰³ Im Februar 1932 erhielten die Sturmbanne in München monatlich 30 RM.²⁰⁴ Die Zuweisungen konnten auch monatelang bei der Brigadeführung hängen bleiben oder wie im Fall eines Münchner Sturmbanns den ganzen Sommer 1931 über.²⁰⁵

inspektors der SA über die Stimmung der SA „(hauptsächlich aus dem Westen und Süden)“ vom 22. 7. 1931. Vgl. auch die zahlreichen Rschr. des RSM in den zwanziger und dreißiger Jahren; insbesondere: IfZ, Db 23.10: Rschr. des RSM vom 5. 11. 1928, vom 5. 12. 1930 und vom 21. 2. 1931.

²⁰¹ Anhang 3. (Mitgliedsbeiträge).

²⁰² IfZ, MA 1216: Auszug aus dem „Gausturmbefehl München-Oberbayern“ vom 17. 8. 1931, Ziffer 10.

²⁰³ StA, NSDAP 740: Zahlmeister des Sturmbanns II an den Geldverwalter des Sturmes 45 vom 27. 8. 1931.

²⁰⁴ StA, NSDAP 661: Führer der „Untergruppe München-Oberbayern“, Eberstein, an die Gruppe Hochland vom 6. 2. 1932; Eberstein bat um Unterstützung des Führers des Münchner Sturmbannes III, Mayer, der aus finanziellen Gründen um seine Beurlaubung gebeten habe, da ihm sein Monatsetat von 30 RM seit langem nicht mehr ausreichte.

²⁰⁵ Noch im Mai des Jahres waren dem Sturmbann 25 RM „Bürogeld“ überwiesen worden: StA, NSDAP 740: Geldverwalter der Standarte München an den Sturmbann II vom 15. 5. 1931. In dem Schreiben des Sturmbannes II an den Geldverwalter des Sturmes 45 vom 27. 8. 1931, das die Zahlungen an den Sturm für die Monate Mai bis August 1931 auflistete (StA, NSDAP 740), fand sich jedoch kein Vermerk über ein derartiges „Bürogeld“ oder irgendwelche ähnlich gearteten Überweisungen.

Aussagen über die Gehälter der Münchner SA-Führer basieren nur auf wenigen Anhaltspunkten. Die erhaltenen drei SA-Etatpläne lassen jedoch nur Aussagen über den Führungsstab der südbayerischen SA-Spitze zu, der die Münchner SA über ihren Gausturm indirekt untergeordnet war.²⁰⁶ Der Etatentwurf²⁰⁷ des OSAF Röhm für die Ende Oktober 1931 neugegründete SA-Gruppe „Hochland“ führte 1200 RM monatlich als „Personalunkosten“ auf. Gehälter erhielten der Gruppenführer, der Stabsleiter, der Adjutant und eine Hilfskraft. Hinzu kamen noch jeweils 300 RM Ausgaben für „Betriebsunkosten“, „Reisespesen“ und anderes. Diese Gesamtsumme lag nur geringfügig über dem nur fünf Monate vorher konzipierten Etat der SA-Gruppe „Süd“,²⁰⁸ aus der später die Gruppe „Hochland“ entstand,²⁰⁹ verdeutlichte jedoch den Sparwillen des Reichsschatzmeisters, der der Gruppe Süd noch im August 1930 insgesamt 3000 RM gewährt hatte.²¹⁰ Innerhalb der Münchner SA erhielten zumindest 1932 der Standartenführer und sein Adjutant feste Gehälter,²¹¹ konnten sich jedoch aufgrund der Geldknappheit der SA-Führung keineswegs auf eine vollständige oder regelmäßige Auszahlung verlassen.²¹² Zunächst bestimmte und verteilte die OSAF die Etatgelder der OSAF-Stellvertreter und ihrer Regionalverbände selbst. Als deren „katastrophale“ Finanzwirtschaft die Partei fortwährend zur Deckung hoher Defizite zwang, übertrug Hitler im August 1930 diese Rechte auf den Reichsschatzmeister und überließ der OSAF künftig keine Mittel mehr zur freien Verfügung. Zugleich wurden nun auch die SA-Zeugmeistereien, die Versicherungsunternehmen der SA und das Engagement mit der Zigarettenfirma Dresler dem Reichsschatzmeister direkt unterstellt.²¹³ Damit lag die Finanzierung der Verbände nahezu gänzlich in den Händen der Parteileitung.

In erheblichem Maße trugen die mit Beginn der dreißiger Jahre häufiger durchgeführten und weitaus besser als früher besuchten Münchner SA-Großveranstaltungen mit ihren oft beachtlichen Überschüssen zur Finanzierung der städtischen SA bei. So hinterließ etwa eine Zirkus-Krone-Versammlung der SA-Brigade München-Oberbayern am 9. April 1931 allein der Münchner SA einen Nettoge-

²⁰⁶ Kapitel IV.2., Anm. 139 und 140.

²⁰⁷ StA, PDM 6822: OSAF Röhm an RSM Schwarz vom 31. 10. 1931.

²⁰⁸ StA, PDM 6825: „Nr. 8 Gruppe Süd“: Etat der SA-Gruppe o. w. A.; nach Form und Inhalt ist das Dokument ein Auszug aus dem Schreiben Röhm an den RSM vom 19. 5. 1931 zur Festsetzung der SA-Etatpläne (StA, PDM 6825).

²⁰⁹ StA, PDM 6822: „Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung“ Nr. 5 (30. 11. 1931).

²¹⁰ Anordnung Hitlers und Schwarz' vom 20. 8. 1930: Kapitel V., Anm. 175.

²¹¹ StA, NSDAP 661: Bericht des Sturmbannführers von Carlshausen vom 3. 10. 32 an die OSAF/Abteilung II über die erbitterte Klage des Adjutanten der SA-Standarte München, von Bussek, über dessen ausbleibendes Gehalt. Es ist anzunehmen, daß nicht nur der Standartenadjutant, sondern auch der Standartenführer selbst ein solches Gehalt bezog. Dagegen erwähnte Eberstein in seinem Schreiben vom 6. 2. 1932 über die finanzielle Situation eines Münchner Sturmbannführers und die Unterstützung des Sturmbanns durch die SA-Führung außer der monatlichen Etatzuweisung keine Gehaltszuteilung (Vgl. Kapitel V., Anm. 204).

²¹² Vgl. Kapitel V., Anm. 211.

²¹³ Anordnung Hitlers und Schwarz vom 20. 8. 1930: Kapitel V., Anm. 175.

winn von 1500 RM.²¹⁴ Die genaue Anzahl derartiger Veranstaltungen und die jeweiligen Gewinne sind allerdings nicht mehr zu klären.

Ab 1931²¹⁵ beteiligten sich NSDAP-Ortsgruppen und SA im Reich an einer Werbekampagne zugunsten bestimmter Zigarettenmarken. Während der beteiligte Konzern, die Dresdener Zigarettenfabrik Dreßler,²¹⁶ auf diese Weise nach einer festen Abnehmerschaft strebte, erhielt die SA im Gegenzug finanzielle Unterstützung,²¹⁷ die an die unteren Verbände weitergeleitet wurde. Die OSAF arbeitete mit der Firma bereits seit 1929 zusammen, ab August 1930 war dieses Engagement der SA unmittelbar dem Reichsschatzmeister unterstellt.²¹⁸ Den Vertrieb dieser Zigaretten übernahm bis Herbst 1930 eine Unterabteilung der „Reichszeugmeisterei“ der NSDAP und anschließend die Zigarettenfabrik selbst.²¹⁹ Um die Werbung für die „Parteizigarette“ voranzutreiben, gab es für München sogar einen eigenen Beauftragten der Gau-SA-Führung.²²⁰ Nach Angaben der Gauleitung war sowohl der einzelne SA-Mann durch Gutscheine, die jeder Zigarettenpackung beilagen, als auch der Gausturm selbst durch eine entsprechend dem Umsatz ausgezahlte Barvergütung unmittelbar an den Gewinnen des Konzerns beteiligt.²²¹ Wenngleich für die Münchner SA keine konkreten Angaben vorliegen, so dürften diese Einnahmen doch von Bedeutung gewesen sein, nachdem sie sich bis zum Herbst 1932²²² für etliche andere SA-Untergruppen zu einer wichtigen Quelle entwickelt hatten. Die SA-Untergruppe Koblenz-Trier beispielsweise erhielt im August des Jahres rund 280 RM – etwa die Hälfte ihres monatlichen Budgets.²²³

²¹⁴ StA, PDM 6786: Abrechnung vom 14. 4. 1931 über die SA-Werbekundgebung, die lt. PDM-Vermerk vom 2. 6. 1932 bei einer polizeilichen Durchsuchungsaktion kurz zuvor im Braunen Haus beschlagnahmt worden waren.

²¹⁵ Die Zusammenarbeit mit dem Gau München-Oberbayern läßt sich erstmals für den Sommer 1931 belegen. Ein unbekannter Parteifunktionär, Horst Fritzsche, übersandte der Ortsgruppe Ramersdorf „wieder“ eine Anzahl Werbeflugblätter für die Zigaretten der Marke „Sturm“: IfZ, MA 738: Fritzsche an Ofg Ramersdorf vom 6. 7. 1931.

²¹⁶ Vgl. die dem Ramersdorfer Ortsgruppenführer Anfang Juli 1931 zugesandten Flugblätter (Kapitel V, Anm. 215). Vgl. auch IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 25. 10. 1930 und vom 10. 12. 1930.

²¹⁷ Fischer zufolge praktizierte die SA dieses Verfahren auch mit verschiedenen anderen Firmen, er liefert jedoch im Einzelnen keine Beispiele bzw. Belege: Ders., Stormtroopers, S. 128.

²¹⁸ Anordnung Hitlers und Schwarz' vom 20. 8. 1930: Kapitel V, Anm. 175.

²¹⁹ Fischer und Longerich bezeichnen die Zigarettenfabrik „Sturm“ sogar als „SA-owned“, als Eigentum der SA (Longerich, Braune Bataillone, S. 135; Fischer, Stormtroopers, S. 128f.). Tatsächlich hatte die Reichszeugmeisterei für einen bestimmten Zeitraum den Vertrieb übernommen. Ansonsten bestanden zwischen der Partei und dem Unternehmen zumindest im Herbst 1930 nur vertragliche Verbindungen: vgl. IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen der NSDAP vom 25. 10. 1930 und vom 10. 12. 1930.

²²⁰ IfZ, MA 738: Rschr. Friederichs vom 15. 9. 1931.

²²¹ IfZ, MA 738: Rschr. Gau- und Gau-SA-Leitung an die Ortsgruppen und SA-Verbände Oberbayerns vom 17. 9. 1931.

²²² Lt. Longerich blieben jedoch immer wieder Gelder bei den Untergruppen hängen: Ders., Braune Bataillone, S. 136.

²²³ Fischer, Stormtroopers, S. 128.

Die Unterstützung der Münchner SA durch die NSDAP-Stadtteilorganisationen gewann in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre existentielle Bedeutung,²²⁴ hing jedoch von der Finanzstärke der jeweiligen Sektion ab und war in den bekannten Fällen nicht sehr hoch. 1926 ließ die kleine Sektion Sendling mit 50 bis 60 Mitgliedern²²⁵ lediglich 12,50 RM, also vier Prozent ihrer Gesamtausgaben, der SA, SS und einer ungenannten Zahl von „zivilen“ Parteimitgliedern zukommen.²²⁶ Die zwischen 500 und 600 Mitglieder starke Sektion Schwabing²²⁷ stiftete der SA²²⁸ 1925 gut 110 RM, 1926 bis Mai 75 RM sowie in der zweiten Jahreshälfte 25 RM. 1927 reduzierte sich diese Summe erheblich und läßt sich für 1928 nicht mehr belegen. Offensichtlich wurden die Verbände nicht einmal für ihren Einsatz während des Reichstags- und Landtagswahlkampfes im Mai desselben Jahres entschädigt. Erst im Herbst 1929 flossen wieder Zuschüsse, insgesamt über 100 RM.²²⁹ Die Unterstützung der SA dürfte dem starken Einnahmerückgang der Sektionen zwischen 1927 und 1929 zum Opfer gefallen sein.²³⁰ Dies verursachte 1927 vereinzelt starke Spannungen zwischen Sektionsführungen und der SA.²³¹

Die Neuregelung des NSDAP-Beitragswesens im Juli 1930²³² verpflichtete die Münchner Ortsgruppen (die vormaligen Sektionen) zur Unterstützung der örtlichen SA wie auch von NSDStB und HJ. Da sie hier jedoch „nach eigenem Ermessen“ vorgehen konnten, bleibt der Wert dieser Anordnung für die SA fraglich. Wenige Monate später präzisierte der Reichsschatzmeister Schwarz den Juli-Erlass,²³³ so daß jetzt monatlich 50 Prozent von sämtlichen Spenden- und Sammlungserträgen einer Ortsgruppe über die jeweilige Gauleitung an die Gau-SA-Führung gingen. Damit dürften die SA-Einnahmen sprunghaft angestiegen sein, auch wenn sich das anhand der überlieferten Quellen nicht belegen läßt. Anfang

²²⁴ Nicht ohne Grund bezeichnete der Münchner SA-Führer Seidenschwang Ende 1927, nachdem die Reichsleitung jede finanzielle Hilfe ablehnte, diese Unterstützung durch die Sektionen als die „einzige Möglichkeit“: StA, PDM 6809: PND 596 (30. 12. 1927): Führerbesprechung der SA-Standarte München am 13. 12. 1927.

²²⁵ StA, PDM 6733: PND 544 (19. 7. 1926): Sendlinger Mitgliederversammlung am 6. 7. 1926.

²²⁶ Vgl. Sendlinger Sektionskassenbericht 1926: Kapitel V, Anm. 1.

²²⁷ IfZ, MA 738: hs.. Mitgliederstatistik der NSDAP-Sektion Schwabing 1925–1929.

²²⁸ Im Folgenden: Ausgabeposten im KHB und HKB sowie Kassenberichte der Sektion Schwabing (IfZ, MA 1221).

²²⁹ StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die Appelle des SA-„Sturm I (Schwabing)“ 1925–1929.

²³⁰ Die Sektion Westend unterstützte den in ihrem Gebiet aktiven SA-Sturm offensichtlich auch noch 1928: StA, PDM 6809: PND 627 (19. 9. 1928): Aussage des Sturmführers im Appell des Sturm 3 am 13. 9. 1928.

²³¹ Vgl. z. B. StA, NSDAP 496: Schriftwechsel zwischen dem zweiten Vorsitzenden der Sektion Innere Stadt und dem USchLA-Vorsitzenden Heinemann, Ende Juni 1927.

²³² IfZ, Db 2310: RSM an sämtliche Gauleitungen vom 26. 5. 1930 zur Neuregelung des Beitragswesens der Partei „mit Wirkung vom 1. 7. 1930“.

²³³ IfZ, Db 2310: RSM an sämtliche Gauleitungen vom 3. 9. 1930: Abänderung des RSM-Rschr. vom 26. 5. 1930 (IfZ, Db 23.10). Vgl. auch die Bekanntgabe der Regelung für das Gaugebiet München-Oberbayern in der Front 1 (1. 9. 1930), AdB: „Verfügung“. Sowie: IfZ, MA 1216: GSM an Ortsgruppenkassiere des Gaues Groß-München vom 23. 9. 1930.

Oktober 1930 konkretisierte Schwarz die letzten Eckpfeiler des neuen SA-Finanzierungskonzeptes.²³⁴ Die Gau-SA-Führung hatte mit den eingehenden Sammlungserträgen nunmehr sämtliche Propagandakosten im Gaugebiet zu tragen und mußte nun auch ihre Beitragsanteile zur Deckung der Unkosten ihrer Verbände verwenden. Für die Aufmärsche, Feldküchen, Musikinstrumente oder Sanitätsausrüstungen mußten die Münchner Verbände nun nicht mehr selbst aufkommen. Diese Regelung galt gut ein Jahr, bis im September 1931 das gesamte Spendensammlungswesen im Gau München-Oberbayern im „Opferring“ neu organisiert wurde. Nachdem das neue System, wie noch zu schildern sein wird, die SA etwa gegenüber den Ortsgruppen entscheidend benachteiligte, übertrug die endgültige Regelung des „Opferringes“ im Februar 1932 den Ortsgruppen die Unkosten der SA-Verbände für den Versammlungsschutz und anderes.²³⁵ Wie einige Beispiele zeigen, beteiligten die Ortsgruppen die SA vereinzelt auch an den Einnahmen der von ihnen in den dreißiger Jahren durchgeführten Groß- und Festveranstaltungen.²³⁶ Vermutlich unterstützten die Münchner Stadtteilorganisationen ihre SA-Verbände so wie in verschiedenen norddeutschen Städten auch durch finanzielle Beihilfe für SA-Heime, durch Unkostenerstattungen für Propagandaaufwendungen und anderes.

Die Eigeninitiative der SA-Verbände

Die begrenzte und für die SA unbefriedigende Unterstützung durch Partei und SA-Spitze zwang die Münchner Verbände zur Eigeninitiative. Die Eintrittsgelder aus öffentlichen Veranstaltungen spielten hier eine wichtige Rolle. Für die „Appelle“ der größeren und kleineren SA-Einheiten wurde zwar kein Eintritt verlangt,²³⁷ dafür jedoch in den fortwährenden Unterhaltungs- und Werbeabenden sowie in den jährlichen Weihnachtsfeiern der einzelnen Münchner SA-Einheiten.²³⁸ Die Zahl der SA-Veranstaltungen in den großen Münchner Sälen, wie im Bürgerbräukeller, Schwabingerbräu oder Zirkus Krone, insbesondere die der Werbeabende, stieg in den dreißiger Jahren stark an.²³⁹ Daneben flossen nun auch

²³⁴ IfZ, Db 23.10: RSM an die Gauleitungen der NSDAP vom 10. 10. 1930: Richtlinien zur Finanzierung der SA.

²³⁵ Vgl. Kapitel V, S. 470f. Auch: Front 8 (20. 2. 1932), AdB.

²³⁶ StA, PDM 6809: PND 726 (1. 4. 1931) über den Werbeabend des Sturmes 53 am 20. 2. 1931; der Führer der Ortsgruppe 23, List, versprach hier der SA einen Teil der Einnahmen aus der Anfang März mit dem Redner Münchmeyer im Löwenbräukeller geplanten Veranstaltung. Diese Veranstaltung am 27. 3. 1931 war bei Eintrittspreisen von 50 Pf. bzw. 2 RM für reservierte Plätze gut besucht: StA, PDM 6742: Polizeibericht vom 28. 3. 1931. StA, PDM 6742: Versammlungseinladung. Vgl. auch IfZ, MA 738: „Beschaffenhetsbericht der Ortsgruppe Ramersdorf für die Monate September und Oktober 1931“; von rund 70 RM Überschuß des Deutschen Abends der Ortsgruppe am 27. 9. 1931 hatte die SA 11 RM erhalten.

²³⁷ StA, PDM 6809: Die Polizeiberichte über die SA-Appelle der Münchner Verbände 1925–1932 vermerkten in keinem Fall Eintrittsgebühren.

²³⁸ So etwa das Sommerfest in Starnberg am 14./15. 8. 1926: StA, Lagebericht 51 (22. 9. 1926), S. 2.

²³⁹ StA, 6734 bis 6744: Öffentliche Veranstaltungen der Münchner NSDAP 1925–1932.

die Erlöse aus Unterhaltungsabenden bestimmter Gauorganisationen in die Kassen der Münchner SA.²⁴⁰ Die Gewinne der SA aus den Veranstaltungen sind schwer einzuschätzen; eine Bedeutung als Einnahmequelle bekamen sie jedoch erst durch die mit Beginn der dreißiger Jahre steigenden Besucherzahlen. Neben den lukrativen Massenveranstaltungen im Zirkus Krone²⁴¹ warfen auch Unternehmungen der Münchner Standarte und der Sturmbanne Gewinne ab; so konnte beispielsweise ein Sturmbann seinen drei Stürmen jeweils 80 RM²⁴² aus dem Überschuß einer Bürgerbräu-Veranstaltung im Juni 1931²⁴³ überweisen.²⁴⁴

Die Verbände versuchten ihre Finanzen stets auch durch Sammlungen aufzubessern, die jedoch zumeist illegal waren, da politischen Organisationen Spendensammlungen in der Öffentlichkeit, etwa in den Parteizeitungen oder auf Versammlungen, grundsätzlich verboten waren. Ausnahmen galten nur während der Wahlkampfzeiten und daneben zu bestimmten anderen Anlässen.²⁴⁵ Bis 1929 erhielt die Münchner SA nur eine einzige derartige Ausnahmegenehmigung.²⁴⁶ Die illegalen Sammlungen während der Mitgliederabende oder auf öffentlichen Großveranstaltungen lassen sich aufgrund der notwendigen Geheimhaltung²⁴⁷ in den zwanziger Jahren nur sehr selten nachweisen,²⁴⁸ erzielten jedoch in den bekannten Fällen beachtliche Ergebnisse. So gewann etwa ein Münchner Sturm im September 1928 innerhalb weniger Wochen und außerhalb der Wahlkampfzeit, in

²⁴⁰ IfZ, MA 1216: SA-Befehl Nr. 17 des Führers des Gausturmes München-Oberbayern, Kallenbach, vom 3. 9. 1931. Der Leiter der Abteilung „Rasse und Kultur“ der GL stellte sich der SA unentgeltlich für Vortragsabende zur Verfügung. Als Auftakt war eine Veranstaltung am 11. 9. 1931 im Franziskanerkeller angesetzt worden; hier wurden 40 Pf Eintritt verlangt, für SA und SS 20 Pf. Der „Reinerlös“ war für die Standarte München bestimmt.

²⁴¹ Zur Werbeveranstaltung der Gau-SA am 9. 4. 1931: Kapitel V, S. 491 f.

²⁴² Es ist naheliegend, daß auch die beiden anderen Stürme des Sturmbann II die 80 RM erhielten, die dem Sturm 45 überwiesen worden waren; allerdings ist nicht zu belegen, inwieweit diese Summe durch die Eintrittsgelder oder durch Sammlungen zustande gekommen war.

²⁴³ Diese parteioffizielle Trauerfeier am 3. 6. 1927 war dem bei einer Auseinandersetzung zwischen Reichsbanner und SA im Stadtteil Giesing am 25. 5. 1927 getöteten SA-Mann Georg Hirschmann gewidmet: Kapitel IV.4. Hitler hielt die Gedenkrede: HRS II/1, Dok. 140, S. 337 ff.

²⁴⁴ StA, NSDAP 740: Zahlmeister des Sturmbanns II an den Geldverwalter des Sturmes 45 vom 27. 8. 1931.

²⁴⁵ Vgl. Kapitel I.3., Anm. 208 und 209.

²⁴⁶ Diese Sammlung fand im Juni 1927 statt. Nach den Auflagen des Bayerischen Innenministeriums durfte der Erlös nur den Hinterbliebenen Hirschmanns zukommen; die Abrechnung war der Polizei vorzulegen: StA, PDM 6788: Verlag Franz Eher Nachf. an PDM vom 27. 5. 1927 und Antwort MIInn an Verlag Franz Eher Nachf. vom 1. 6. 1927.

²⁴⁷ Polizeibeobachtungen sind hier beinahe die einzige Quelle, konnten jedoch nur einen Teil der Sammlungen erfassen. Ende Januar 1928 geriet der SS-Mann Paul Weickert [der spätere SS-„Reichsgeldverwalter“] bei einer SA-Sammlung im Bürgerbräu an einen Polizeibeamten in Zivil, der seine Personalien feststellte und das gesammelte Geld beschlagnahmte: StA, PDM 6829: Meldung des Beamten an die PDM/VIa vom 27. 1. 1928.

²⁴⁸ StA, PDM 6733: Mitgliederversammlungen der Münchner Sektionen 1925–1929. PDM 6739–6744: Öffentliche Veranstaltungen der Münchner NSDAP 1928–1933. PDM 6788: Berichte der Polizei über geplante und durchgeführte Sammlungen der Münchner SA 1925 ff.

der die Spendenbereitschaft meist besonders hoch war, 60 RM.²⁴⁹ Für die dreißiger Jahre sind Sammlungen der SA häufiger belegt, da die SA-Führung zum Jahresbeginn 1931 ihr Sammlungswesen auf der Basis eines Markensystems mit festen Verteilerschlüsseln organisatorisch vereinheitlichte²⁵⁰ – eine Tendenz, die zur selben Zeit auch für die NSDAP-Gauleitung zu beobachten war. Jeder Sturmbann übernahm künftig von der Münchner Standarte die einzelnen Marken, sogenannte „Bausteine“, für 20 Prozent ihres Gegenwertes und verteilte sie an die Stürme.²⁵¹ Vom Erlös der verkauften Marken behielten die Stürme 60 Prozent²⁵² und überwiesen den Rest an den Sturmbann. Entsprechend suchten die Stürme ihre Marken mit allen Mitteln abzusetzen, notfalls auch mit Zwang.²⁵³

Seit September 1931 hatte die SA im Gaugebiet München-Oberbayern ihre Sammlungserträge an den „Opferring“,²⁵⁴ derjenigen Ortsgruppe abzuliefern, in deren Gebiet gesammelt worden war. Von diesen Beträgen erhielt die Gau-SA-Führung über die Gauleitung 30 Prozent monatlich zugeteilt²⁵⁵ und leitete einen Teil davon wiederum an die Münchner Standarte weiter. Ab Jahresbeginn 1932 war das Engagement des einzelnen SA-Mannes noch stärker gefordert, da die Ortsgruppe künftig nur noch von dessen Sammelertrag 15 Prozent an den jeweiligen SA-Sturm direkt überwies.²⁵⁶

Die Rolle einzelner potenter Spender für die Münchner SA bleibt ungeklärt. Trotz spärlicher Quellenhinweise bemühte sich die SA ohne Zweifel mit aller Energie um solche Förderer. So versandte ein Münchner Sturmbann im Herbst

²⁴⁹ StA, PDM 6809: PND 627 (19. 9. 1928): Sturmführer Röhl auf dem Appell des Sturm 3 am 13. 11. 1928.

²⁵⁰ Einen Einblick in dieses Marken-Sammlungswesen der SA gibt ein zusammenhängender Quellenbestand über die Finanzen des Münchner SA-Sturmbannes II aus den Jahren 1931 und 1932 (Vgl. Kapitel V. Anm. 214, 244 und 252); die in den Dokumenten sichtbar werdenden Vorgänge dürften, abgesehen von quantitativen Nuancierungen, für das Finanzierungssystem der gesamten Münchner SA charakteristisch sein. Es ist kaum anzunehmen, daß für jeden Sturmbann der Münchner SA ein gesonderter Verteilerschlüssel für die „Baustein“-Gelder galt.

²⁵¹ StA, NSDAP 740: „Standartenbefehl Nr. 11“ der Münchner SA vom 17. 4. 1931. Gelegentlich berechnete die Standarte Marken auch erst im Nachhinein oder zog sie von den Geldüberweisungen an den Sturmbann ab: Ebenda.

²⁵² StA, NSDAP 740: Einzelne Abrechnungsbelege verschiedener Münchner SA-Verbände über die „Baustein“-Gelder 1931; vgl. hier insbesondere: Ebenda: hs. Abrechnung des Sturm 18 vom 18. 4. 1931, verfaßt für den Geldverwalter des Sturmbann II, o. w. A.; 117 Bausteine waren für je 20 Pf verkauft worden; davon erhielt der Sturmbann acht Pf, der Sturm 12 Pf. Ebenda: masch. „Ausgaben-Beleg“ Nr. 9 des Sturmbann II vom 20. 4. 1931: für jeden „Baustein“ war der Standarte vom Sturmbann ein Betrag von vier Pf zu bezahlen; für die 117 Bausteine, die der Sturm 18 gesammelt hatte, waren somit 4.68 RM abgeliefert worden.

²⁵³ StA, PDM 6809: PND 730 (4. 7. 1931): Generalappell des SA-Sturmes 18 am 1. 4. 1931; der Sturm nötigte hier, dem Polizeibericht zufolge, die anwesenden SA-Leute, mindestens fünf Marken zu je 20 Pf zu kaufen.

²⁵⁴ Zum „Opferring“: Kapitel V., S. 470 ff.

²⁵⁵ IfZ, MA 738: Anordnung des Gausturmführers München-Oberbayern vom 11. 9. 1931; Ziffer 4 und 5.

²⁵⁶ Front 4 (23. 1. 1932), „Gaubefehle betreff Opferring“.

1932 gezielt Spendenbriefe an potentielle Geldgeber.²⁵⁷ Besonders vom Direktor des Parteiverlags, Max Amann, konnte die Münchner SA in den dreißiger Jahren Unterstützung erwarten.²⁵⁸ Die Lebensmittel- und Geld-Sammelungsaktion für die „SA-Winterhilfe“ 1931/1932, die auch aus Fonds des „Opferinges“ gespeist wurde,²⁵⁹ kam notleidenden Mitgliedern der Gau-SA zugute und finanzierte die schon Mitte November 1931 eingerichtete „SA-Küche“.²⁶⁰

Der tatsächliche Gewinn für die SA aus dem „Opfering“ kann nicht mehr rekonstruiert werden. Die negative Wirkung der schleppenden Abrechnungspraxis der Ortsgruppen und die vor allem im Herbst 1932 rückläufige Spendenbereitschaft der Münchner Parteisympathisanten waren evident. Ebenso gravierend wirkte das im September 1926 erlassene, grundsätzliche Verbot jeder eigenständigen Sammlung der SA,²⁶¹ von dem jedoch die SS ausgenommen war.²⁶² Nachdrücklich unterstrich die Reichsleitung dieses Verbot im Herbst 1930 auch für Haussammlungen.²⁶³ Diese Regelung entfachte nicht nur in München²⁶⁴ ein be-

²⁵⁷ StA, NSDAP 740: Musterschreiben vom 23. 11. 1932 des SA-Sturmbann II der Standarte 1/München, gez. vom Sturmbannführer; das Schreiben bat in ausgesucht höflichem Ton, mittels Spenden im kommenden Winter „Hunger und Not“ innerhalb der SA zu lindern. Ebenda: Dankschreiben des SA-Sturmbann II vom 11. 11. 1932 anlässlich einer Unterstützung für Druckkosten.

²⁵⁸ StA, PDM 6809: PND 760 (31. 12. 1931) über den Appell des SA-Sturms 1 am 16. 12. 1931: Der Sturmführer gab bekannt, daß Amann „48 Eßpakete für erwerbslose SA-Leute gestiftet habe“. Ebenda: PND 794 (27. 10. 1932) über den Appell des SA-Sturms 14 am 27. 10. 1932: Hier wurde mitgeteilt, daß Amann für ein SA-Heim in München 5000 RM gestiftet hatte und für dessen Miete aufkommen wollte, dafür jedoch den intensiven Einsatz bei der Werbung für den VB verlangte.

²⁵⁹ IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gau München-Oberbayern vom 28. 11. 1931.

²⁶⁰ Front im Bild 1 (1. 1. 1932), kleine Notiz o.w.A.

²⁶¹ Diese Anordnung bzw. ihre Gültigkeit ist in den Quellen nur durch parteiinterne Äußerungen belegt: StA, PDM 6733: PND 550 (13. 9. 1926) über die Bekanntgabe der entsprechenden RL-Anordnung am Sprechabend der Sektion Schwabing am 2. 9. 1926. IfZ, „Protokollbuch“, S. 91: Fiehler auf der Sitzung des Schwabinger Sektionsvorstands am 25. 10. 1926. StA, NSDAP 496: USchLA-Vorsitzender, Heinemann, Sektionsführer Innere Stadt vom 30. 6. 1927. IfZ, Db 23.10: Rschr. des RSM vom 26. 5. und 3. 9. 1930: Schwarz verwies hier bezüglich eines solchen Verbotes auch auf sein (ebenfalls nicht in den Quellen dokumentiertes) Rschr. vom 31. 8. 1928. StA, PDM 6809: PND 627 (19. 9. 1928) und PND 637 (6. 12. 1928) über die Bemerkungen des Sturmführers auf den Appellen des SA-Sturmes 3 am 13. 9. 1928 und am 23. 11. 1928: Vgl. zusätzlich auch Fischer, Stormtroopers, S. 125; Fischer behauptet allgemein, wenn auch ohne detaillierte Quellenachweise, daß die Parteispitze das Sammlungswesen der SA beständig eingeschränkt habe.

²⁶² Seit 1925 hatte nur die SS innerhalb der NSDAP die Erlaubnis, sich einen Kreis „Fördernder Mitglieder“ zu halten: StA, PDM 6823: „Grundsätzliche Ausführungsbestimmungen zur Organisation der Reichsgeldverwaltung der SS.“ Nummer 1/3. Auflage vom Februar 1930. Ebenda: „Dienstvorschrift für F.M.[fördernde Mitglieder]-Geldverwaltungen (DFMG)“ vom November 1932; hier auch abgedruckt: Hitler an den Reichsführer der SS vom 15. 3. 1929. „Fördernde Mitglieder“ gehörten der SS an, nahmen aber nicht am aktiven Dienst teil, sondern unterstützten die Organisation über die Mitgliedsbeiträge hinaus kontinuierlich finanziell.

²⁶³ VB 223 (19. 9. 1930), AdB: „Warnung!“.

²⁶⁴ Die Regelung förderte entscheidend die Krise der Münchner SA 1927: Vgl. Kapitel III.3.

trächtliches Konfliktpotential zwischen Parteiorganisation und SA. Nachdem sich für die dreißiger Jahre eine ganze Reihe von SA-Sammlungen nachweisen lassen, war das Verbot entweder nach 1930 aufgehoben, oder es waren den Verbänden regelmäßige Ausnahmegenehmigungen erteilt worden, die sich jedoch nicht in den Quellen niederschlugen. Dies gilt z.B. für die „Baustein“-Markensammlung, deren Erfolg sich ebenfalls nur schwer übersehen läßt. Die Gesamtsummen dürften jedoch relativ gering gewesen sein. Ende April 1931 etwa hatte ein Münchner Sturmbann innerhalb von zweieinhalb Wochen²⁶⁵ mit seinen rund 300 Mann²⁶⁶ gut 62 RM gesammelt.

Der „Opfering“, in dessen Korsett sich auch die SA zu fügen hatte, bevorzugte die Ortsgruppen und schränkte die Sammlungstätigkeit der SA erheblich ein. Im Jahr der größten finanziellen Belastung, dem Wahlkampfjahr 1932, wurde der SA-Anteil an den innerparteilichen Sammlungserträgen radikal zusammengestrichen. Als Ausweg bot sich nur noch an, die Sammlungsaktivität der SA-Leute maximal zu steigern. Günstig erwies es sich nun, daß die Münchner Polizei seit 1932 im Fall von Sammlungen, die sich gezielt an Parteimitglieder richteten, allmählich von ihrer konsequenten Verbotslinie abwich, wie ein Beispiel im August des Jahres zeigt. Nachdem zuerst einem allgemein gehaltenen Presseaufruf zugunsten eines „Hilfswerks“ für verletzte SA-Leute die Genehmigung verweigert worden war,²⁶⁷ ließ die Polizeidirektion den wenige Tage später folgenden Sammlungsaufruf²⁶⁸ unbehelligt. Sie begründete dies damit, daß sich der Aufruf ausdrücklich an die Parteimitglieder richte und damit den „geschlossenen Charakter“ der Sammlung gewährleiste.²⁶⁹ Diese Spenden galten den Angehörigen der wegen ihrer Teilnahme an einem Demonstrationmarsch Ende Juni des Jahres in München verhafteten SA-Männer.²⁷⁰ Faktisch akzeptierte die Polizeidirektion damit die Argumentationslinie der NSDAP. Gegen alle sonstigen illegalen Sammlungsaktivitäten der SA ging die Polizei jedoch rigoros vor. Selbst der Besitz einer Sammelbüchse führte zu strafrechtlichen Ermittlungen.²⁷¹

Fischer sieht hier auch die Ursachen für vergleichbare Konflikte unter Norddeutschen SA-Verbänden: Ders., *Stormtroopers*, S. 125.

²⁶⁵ Die Abrechnung des Sturm 18 vom 18. 4. 1931 (Kapitel V, Anm. 252) vermerkte, daß der Sturm am 1. 4. 1931 500 Bausteine à 20 Pf erhalten hatte. Es ist anzunehmen, daß auch die anderen Stürme zum selben Zeitpunkt ihr Kontingent an Bausteinen erhalten hatten. Die Gesamtabrechnung des Sturmbann II für sämtliche Stürme datiert vom 20. 4. 1931 (Kapitel V, Anm. 252).

²⁶⁶ StA, NSDAP 740: Gedrucktes Formular für die Stärkemeldung der Stürme des Sturmbann II für 1931; nur die Spalten für die Monate März, April und Juni 1931 waren hs. ausgefüllt.

²⁶⁷ StA, PDM 6788: PDM an RL vom 20. 8. 1932: Ablehnung des mündlichen Genehmigungsantrags der NSDAP vom 19. 8. 1932 für eine Sammlung zum „Hilfswerk für die Opfer der SA“ durch Aufruf in der Presse. Damit war natürlich eine Sammlung für SA-Leute gemeint und nicht für die Opfer der SA.

²⁶⁸ Front 35 (27. 8. 1932), „Münchner Parteigenossen!“.

²⁶⁹ StA, PDM 6788: Vermerk des PDM/VI d vom 29. 8. 1932 und vom 31. 8. 1932.

²⁷⁰ Kapitel IV.4.

²⁷¹ Vgl. z.B. StA, PDM 6788: Vermerk der PDM/VIa vom 19. 1. 1932 betreff einer Hausdurchsuchung am 16. 1. 1932.

Eine Untersuchung der Münchner Polizeidirektion von Mitte November 1926²⁷² zählte zu den Einnahmequellen der SA²⁷³ auch den Verkauf von SA-Uniformen sowie von Propagandamaterialien, darunter Druckschriften wie etwa Hitlers „Mein Kampf“. Die mit dem Verkauf der SA-Ausrüstung betrauten privaten und parteiamtlichen Einrichtungen – die „Reichszeugmeisterei“ jedoch erst unter der Leitung des Reichsschatzmeisters²⁷⁴ – erwirtschafteten durch hohe Preise²⁷⁵ und aufgrund ihrer Monopolstellung als einzige parteioffizielle SA-Ausrüstungsbetriebe nicht unwesentliche Gewinne.²⁷⁶ Diese fielen anfangs der Obersten SA-Führung und ab Mitte 1930 der Reichsleitung zu. Es bleibt unklar, ob die Münchner SA hiervon im selben Maße profitierte wie etwa die Berliner SA.²⁷⁷

3. Zusammenfassung

Nachdem die Münchner NSDAP der zwanziger Jahre nicht über eine der wichtigsten und verlässlichsten Einnahmequellen der Partei, die Mitgliedsbeiträge, verfügen konnte, sahen sich die Sektionen fast ausschließlich auf die Einnahmen aus Spenden und Unterhaltungsveranstaltungen angewiesen. Die polizeilichen Verbotsmaßnahmen beschränkten jedoch auch die Sammlungstätigkeit im wesentlichen auf die Mitgliederversammlungen.²⁷⁸ Die Sektionsfinanzen hingen dergestalt eng mit dem Eigenleben der Stadtteilorganisationen zusammen. Solange das Sektionsmilieu entsprechende Anziehungskraft ausübte, waren die Mitgliederversammlungen und Unterhaltungsabende gut besucht und die Sektionsmitglieder zur finanziellen Unterstützung der Sektion motiviert, so daß reichlich Spenden und Eintrittsgelder in die Sektionskasse flossen. Dennoch waren diese Beträge

²⁷² StA, Lagebericht 52 (15. 11. 1926), S. 6; der Bericht erwähnt darüber hinaus die Einführung des „Systems der fördernden Mitgliedschaft“ bei der SA. Hier handelt es sich um eine Fehlinformation der Behörden, denn dies war innerhalb der NSDAP nur der SS gestattet: Vgl. Kapitel V, Anm. 67.

²⁷³ Gemeint ist wohl die SA reichsweit; allerdings trifft die Analyse, wie die Quellen belegen, auch auf München zu.

²⁷⁴ Noch unter der Regie der OSAF erwies sich das Unternehmen als defizitär und wurde fortlaufend vom RSM mit hohen Beträgen unterstützt: Anordnung Hitlers und Schwarz' vom 20. 8. 1930: Kapitel V, Anm. 175.

²⁷⁵ Die entsprechenden detaillierten Darstellungen der sozialdemokratischen Münchner Post versuchte Rottenberger zunächst gerichtlich zu unterbinden. Nachdem er jedoch der Post keineswegs nachweisen konnte, die Unwahrheit behauptet zu haben, und zugleich das Gerichtsverfahren immer unangenehmere Details zutage förderte, resignierte Rottenberger schließlich: MP 17 (21. 1. 1929), „Juden als Hitlerlieferanten“. MP 50 (1./2. 3. 1930), „Auch eine gemeinnützige Reichswirtschaftsstelle“.

²⁷⁶ StA, PDM 6805: Vermerk der PDM/VI/N vom 20. 12. 1928. Siehe z. B. StA, PDM 6826: Schlußbeurteilung des Generalinspektors der SA zu den Vierteljahresberichten des 3. Quartals 1931 vom 8. 12. 1931, vgl. besonders die hs. Randvermerke Röhms.

²⁷⁷ Fischer zufolge erhielt etwa die Berliner SA einen gewissen Anteil an den Gewinnen der Reichszeugmeisterei: Ders., Stormtroopers, S. 116.

²⁷⁸ Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Sammlungen der Sektion Schwabing im Sektionsgebiet beinahe ausschließlich zugunsten der RL durchgeführt wurden. Möglicherweise verbot der RSM jede Sammlung außerhalb der Sprechabende.

häufig eher bescheiden, betrachtet man die Besucherzahlen und Mitgliederstärken. Zusätzlich konkurrierten die Sektionssammlungen fortwährend mit den Spendenforderungen der Parteileitung. Die Einnahmen waren also hauptsächlich vom Engagement der jeweiligen Sektionsführung sowie von der Opferbereitschaft und finanziellen Potenz der Mitglieder abhängig. Die überlieferten Budgets verschiedener Münchner Sektionen erreichten denn auch, außer im Fall der Sektion Schwabing, nur einen geringen Umfang.²⁷⁹ Ihre Budgets setzten die Sektionen bis 1926/1927 vor allem für ihr Vereinsleben ein, vermutlich in der Hauptsache für die Versammlungskosten.²⁸⁰ Die ausschließlich zur Verfügung der Sektion Schwabing stehenden Einnahmen erreichten, wie geschildert, 1925 und 1926 einen erstaunlich hohen Stand. 1927 kam es zu einem dramatischen Einbruch, die Erträge halbierten sich gegenüber dem rund dreieinhalbtausend RM starken Etat der beiden Vorjahre und schrumpften bis Ende 1929 schließlich auf ein Drittel. Ähnlich drastisch reduzierten sich seit 1927 auch die Einnahmen der anderen Münchner Sektionen infolge der rückläufigen Zahl an Mitgliederversammlungen und Besuchern. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die Sektionen ihre zahlungskräftige bzw. opferbereite Anhängerschaft unwiderruflich verloren hatten. Das Engagement für den Ende 1929 zugunsten der Reichsleitung reichsweit eingeführten „Dispositionsfonds“²⁸¹ beweist dies deutlich. Allein während einer Schwabinger Mitgliederversammlung zeichneten die Anwesenden Kreditscheine in Höhe von 6420 RM.²⁸² Ein ähnliches Bild offenbarten die Einzeichnungen anderer Sektionen.²⁸³ Die Anhängerschaft bot somit nach wie vor eine günstige finanzielle Basis, die NSDAP mußte nur ihre Methoden ändern, um sie sich wieder zu erschließen. Die Schwäche der Münchner Ortsgruppe lag in ihren Mobilisierungsmethoden und den Grundstrukturen ihres Finanzsystems begründet. Die Sektion Schwabing ließ überdies 1927 bis 1929 in großem Umfang Gelder, die eigentlich dringend für den eigenen Bedarf benötigt worden wären, der Reichsleitung zukom-

²⁷⁹ Einnahmen und Ausgaben der Sektion Sendling 1926: Sendlinger Sektionskassenbericht 1926: Kapitel V., Anm. 1. Einnahmen und Ausgaben der Sektion Innere Stadt in der ersten Hälfte 1925: Zusammenstellung durch den RSM (Kapitel V., Anm. 39). Einnahmen und Ausgaben der Sektion Schwabing 1925–1929: Kapitel V., Anm. 37. Die Sektion Neuhäusen nahm 1926 ca. 258 RM ein und gab ca. 331 RM aus: StA, PDM 6733: PND 560 (28. 1. 1927) über die GMV der Sektion am 19. 1. 1927: Kassenbericht für 1926. Die Sektion Süd nahm 1928 ca. 579 RM ein und gab ca. 550 RM aus: StA, PDM 6733: PND 644 (11. 2. 1929) über die GMV der Sektion am 24. 1. 1929: Kassenbericht für 1928.

²⁸⁰ Kapitel III.3.

²⁸¹ Für den „Dispositionsfonds“ waren die Parteimitglieder im gesamten Reich aufgefordert, der RL Darlehen zu festen Zinssätzen zu gewähren: StA, PDM 6733: PND 676 (4. 11. 1929): Erläuterungen zu diesem Fonds in der Mitgliederversammlung der Sektion Westend am 23. 10. 1929.

²⁸² Vgl. IfZ, „Protokollbuch“, S. 141 f.: Mitgliederversammlung der Sektion Schwabing am 23. 10. 1929.

²⁸³ StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 2 f.: Zwei weitere Münchner Ortsgruppen hatten jeweils Beträge von 1860 bzw. 2040 Mk eingezahlt. Im April 1930 stellte die RL die Sammlung jedoch wieder ein, da, Polizeibeobachtern zufolge, die Ergebnisse im Reich ihren Erwartungen nicht entsprachen: StA, PDM 6784: Landeskriminalpolizeiamt Berlin vom 1. 5. 1930 über das RSM-Rschr. an sämtliche Gauleitungen vom 3. 4. 1930.

men.²⁸⁴ Die Sektion maß allem Anschein nach der Unterstützung der Parteispitze einen weit höheren Stellenwert bei als ihrem eigenen Vereinsleben und den Aufwendungen für die Propaganda. Möglicherweise wollte sich der Sektionsvorsitzende Fiehler auf diese Weise innerhalb der Parteispitze profilieren. Fiehler, seit 1928 NSDAP-Schriftführer, fungierte seit den dreißiger Jahren in der Reichsleitung als Referent für Kommunalpolitik.²⁸⁵

Seit 1929 vollzog sich in der Münchner NSDAP ein grundlegender Wandel, ohne den die Partei wohl erfolglos geblieben wäre. Die Reform des Finanzierungssystems war neben dem organisatorischen Ausbau und der Einführung neuer Mobilisierungskonzepte die entscheidende Weichenstellung für die Erweiterung der Münchner NSDAP und den gewaltig gesteigerten Propagandaaufwand der dreißiger Jahre, ohne den sich die durch die Wirtschaftsmisere nachhaltig geförderte Entwicklung zur Massenbewegung nicht hätte vollziehen können. Einen ersten Schritt unternahmen die Reichsleitung und die neue Gauleitung unmittelbar nach deren Antritt im Oktober 1929. Innerhalb weniger Monate wurde das Finanzierungssystem der Münchner Stadtteilorganisationen in einigen wesentlichen Bereichen neu strukturiert. Die Ortsgruppen verfügten künftig über den in der Partei üblichen Anteil an den Mitgliedsbeiträgen und damit über weitgehende finanzielle Eigenständigkeit. In den nächsten Jahren erweiterten die Ortsgruppen bzw. die Gauleitung die Bandbreite der Einnahmemöglichkeiten erheblich. Zusätzlich zu den Geldern aus Unterhaltungsabenden, Sammlungen und Mitgliederbeiträgen waren die Ortsgruppen nunmehr auch an den Aufnahmegebühren und den beim Parteieintritt gezahlten Werbebeiträgen beteiligt. Dazu kamen die Einnahmen aus Großveranstaltungen und aus dem gesteigerten Verkauf von Propagandaschriften sowie ab 1932 aus den Gau-Sonderumlagen. Das System des „Opferings“ begünstigte die Ortsgruppen erheblich und verschaffte diesen, abgesehen von einer kurzzeitigen Ausnahme, seit Herbst 1931 mehr als zwei Drittel und ab 1932 beinahe über die Hälfte sämtlicher Sammlungserträge der Parteioorganisationen in ihrem Einzugsgebiet. In der ersten Jahreshälfte 1932 verblieben den Ortsgruppen sogar die gesamten von ihren Mitgliedern gesammelten Gelder.

Trotzdem muß diese Einnahmensteigerung der Ortsgruppen aufgrund mehrerer Einschränkungsfaktoren mit Vorsicht beurteilt werden. Die Beitragszahlungsmoral der Mitglieder und die zahlreichen Ermäßigungen in der Praxis verursachten insbesondere 1932 erhebliche Beitragsverluste. Ein Jahr lang, von Herbst 1930 bis Herbst 1931, hatten die Ortsgruppen außerdem die Hälfte ihrer Sammlungserträge an die SA abzuliefern. Das staatliche Vorgehen beeinträchtigte jede Sammlungstätigkeit außerhalb der eng begrenzten Wahlkampfzeiten und zudem das Versammlungswesen bzw. die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern. Die Dauerbelastung im Wahljahr 1932 reduzierte die Spendenbereitschaft der Parteimitglieder, die Wirtschaftskrise und die damit einhergehende Einkommensverschlechterung taten ein Übriges. Dennoch war die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadtteilorganisationen ohne Zweifel gestiegen. Dies ist in erster Linie auf die Finanzreform

²⁸⁴ Kapitel II.3.

²⁸⁵ StDA, BuR: Personalakte Fiehler: Lebenslauf Fiehlers, von diesem am 4. 3. 44 eigenhändig verfaßt.

und in zweiter auf den Zuwachs an Mitgliedern und Anhängern seit Ende der zwanziger Jahre zurückzuführen. Die größten Ausgaben erforderten vermutlich die Versammlungen, insbesondere die Großveranstaltungen mit ihrem Aufwand für Werbung, Redner, Saalmiete und Gestaltung. Nach den geschilderten Propagandaausgaben, die vor allem während der Wahlkämpfe die Einnahmen der Ortsgruppen wohl um ein Vielfaches überstiegen, dürfte die Unterstützung der SA und anderer Parteiorganisationen ebenfalls größere Kosten verursacht haben.

Seit dem Sommer 1932 verschlechterte sich die finanzielle Lage der Partei im Gausgebiet wie auch bei den Münchner Ortsgruppen. Die Opferbereitschaft der Mitglieder schwand, beschleunigt nicht zuletzt durch drei Sonderumlagen in diesem Jahr, die neuen Beitragsregelungen im September gestalteten sich für die Ortsgruppen ungünstiger, und die Reichstagswahl im November verursachte erneut beträchtliche Kosten, obwohl noch nicht einmal die hohen Schulden der vorausgegangenen Wahlkämpfe abgetragen waren. Auch die Gauleitung steckte zu diesem Zeitpunkt in einer finanziellen Krise. Die Mitgliedsbeiträge waren so stark zurückgegangen, daß sie die der Reichsleitung zustehenden Anteile nicht mehr überweisen konnte; der gewaltige Schuldenberg der Gaukasse war auch durch die Sonderumlagen des Jahres nicht zu beseitigen und der anstehende Reichstagswahlkampf ließ sich nur mehr durch einen Kredit bei der Reichsleitung finanzieren.²⁸⁶

Die Entwicklung der SA-Finzen hob sich deutlich ab von derjenigen der übrigen Parteiorganisationen. In den zwanziger Jahren ließ die schmale Finanzbasis den Münchner SA-Verbänden keinen allzu großen Handlungsspielraum. Neben der rapide eingeschränkten Sammlungstätigkeit verblieben nur wenige Einnahmequellen. Die SA-Anteile an den Mitgliederbeiträgen waren verschwindend gering und reduzierten sich durch die Regelung im Herbst 1927 noch mehr. Zum selben Zeitpunkt entfielen auch die Zuschüsse der Sektionen, die ohnehin meist nur dem einzelnen SA-Mann und weniger dem gesamten Verband gegolten hatten. Die tiefe organisatorisch-personelle Krise der Münchner SA 1927 wurde durch den eklatanten Geldmangel zusätzlich geschürt. Der Führer der Münchner SA lehnte es aus Furcht vor weiteren Schulden nun sogar ab, Unterhaltungsabende zu veranstalten. Offensichtlich stellte auch die Armut vieler Münchner SA-Leute ein Problem dar.²⁸⁷ Erst nach längeren Diskussionen mit der Münchner SA-Führung²⁸⁸ gestand die selbst von Geldnöten geplagte Reichsleitung dem Verband Erleichterungen zu, darunter die drastische Beitragssenkung und die Unterstützung

²⁸⁶ Vgl. Kapitel IV.3. Ein Indiz für die angespannte finanzielle Lage der Ortsgruppen war die kostenlose Lieferung von Propagandamaterial durch die GL: Ebenda.

²⁸⁷ Nach Angaben eines Sturmführers konnte es sich die Hälfte der SA-Leute nicht einmal leisten, mit der Straßenbahn zu den Versammlungen zu fahren: StA, PDM 6809: PND 592 (o. D.) über die Führerbesprechung der Standarte I München am 8. 11. 1927.

²⁸⁸ Vgl. z. B. StA, PDM 6809: PND 594 (8. 12. 1927), PND 610 (23. 4. 1928) und PND 612 (1. 5. 1928) über die Führerbesprechungen der SA-Standarte München am 15. 11. 1927, 31. 3. 1928 und am 14. 4. 1928. Es ist auffällig, daß die Münchner SA-Führung während der zwanziger Jahre direkt mit der Reichsleitung verhandelte, um finanzielle Hilfe zu erlangen, und nicht mit der übergeordneten Gau-SA-Führung. Möglicherweise versprachen sich die Münchner Verbände von der RL eher derartige Unterstützung.

der Musikabteilungen. Tatsächlich kamen diese Maßnahmen allerdings keineswegs den Verbänden, sondern nur den einzelnen SA-Angehörigen zugute. Nur unwesentlich trugen auch weiterhin die SA-Anteile an den Parteimitgliedsbeiträgen zur Finanzierung der Verbände bei, trotz deren annähernder Verdoppelung im Oktober des Jahres. Dennoch verbesserte sich die finanzielle Lage der SA-Führung, wie die erhöhte Zahl kostenaufwendiger Propagandafahrten mit Lastwagen in der ersten Hälfte 1928 sowie der gestiegene Verwaltungsaufwand bewiesen.²⁸⁹

Grundlegend änderte sich die Situation erst zwei Jahre später mit der fundamentalen Umstrukturierung der SA-Finzen im Herbst 1930, wenige Wochen vor der Reichstagswahl. Die neue, nun von beinahe allen Parteimitgliedern zu zahlende SA-Zulage verdoppelte²⁹⁰ den ursprünglichen Beitragsanteil der SA. Zusätzlich erhielt die SA von jeder Aufnahmegebühr die Hälfte. Dreh- und Angelpunkt des SA-Finanzwesens wurde jetzt die Gau-SA-Führung, die von der „zivilen“ Gauleitung sämtliche Beitragsanteile und Aufnahmegebühren entgegennahm und an ihre untergeordneten Verbände verteilte. Anfang Oktober 1930 waren die SA-Verbände unterhalb der Gau-SA-Führungsebene auf einen Schlag von den gesamten Propagandakosten befreit, seit dem vorangegangenen Monat wurden sie zur Hälfte an den Sammlungserträgen der Ortsgruppen beteiligt. Mit dieser (theoretisch) erheblichen Stärkung der SA-Geldmittel²⁹¹ reagierte die Parteileitung nicht zuletzt auf die Stennes-Krise und die stellenweise heftige Kritik aus der SA-Spitze, die es angesichts des Wahlkampfes zu entschärfen galt. Vermutlich bestanden diese Verbesserungen nur „auf dem Papier“, da die Überweisung der Zulagen sowie der Spendengelder offensichtlich bei einer ganzen Reihe von Gauleitungen im Reich sehr schleppend und oftmals nur unvollständig verlief.²⁹²

Seit den dreißiger Jahren erweiterte sich auch für die Münchner SA das Spektrum ihrer Einnahmequellen. Die Verbände profitierten vor allem von der steigenden Zahl an Großveranstaltungen der SA-Führung auf städtischer wie auch auf Gauebene. Bereits 1931 veränderte sich aber die Situation erneut deutlich zu Ungunsten der SA-Kasse. Als zu Jahresbeginn SA- und SS-Mitglieder von der Zahlung der SA-Zulage entbunden wurden, verminderte sich deren Gesamtvolumen entsprechend. Im Herbst sank der Anteil an den Sammlungserträgen der Ortsgruppen auf 30 Prozent. Parallel dazu reduzierten sich die Unterstützung der

²⁸⁹ StA, Lageberichte 1928. StA, PDM 6809: Polizeiberichte über die Münchner SA-Führerbesprechungen 1928.

²⁹⁰ Longerich vermutet, daß vor allem der massive Unwillen verschiedener höherer SA-Führer, allen voran der OSAF-Stellvertreter Ost, Stennes, über die unbefriedigende finanzielle Ausstattung der SA die Parteispitze dazu veranlaßt hatte, den SA-Anteil zu verdoppeln: Ders., Braune Bataillone, S. 102 ff.

²⁹¹ Es stellt sich die Frage, inwieweit die Zahlungen der Münchner Standarte an den Sturm-bann II im Frühjahr 1931 repräsentativ sind. Zu diesem Zeitpunkt schufen die genannten Faktoren eine günstige Situation für die SA-Finzen, die bereits gegen Jahresende nicht mehr gegeben war.

²⁹² Aus diesem Grund forderte der OSAF-Stellvertreter Ost, Stennes, auf der Konferenz der Führungsspitzen von Partei und SA im November 1930 (Vgl. Kapitel V., Anm. 178), die Einzahlung der SA-Zulagen zukünftig zentral zu erfassen. Vgl. dazu auch Fischer, Storm-coopers, S. 116.

Münchner SA durch die Gau-SA-Führung wie auch zeitweilig die Einnahmen aus den Aufnahmegebühren. 1932 verschlechterte sich die finanzielle Ausgangsbasis der Verbände weiter, da sich der Anteil an den Sammlungserträgen im Gebiet einer Ortsgruppe drastisch verringerte und zugleich der Kreis der zur Zahlung der SA-Zulage Verpflichteten weiter eingeschränkt wurde. Nachdem die Unterstützungspflicht der Gau-SA-Führung gänzlich entfallen war, waren die Verbände von den nur unverbindlich festgelegten Zuschüssen der Ortsgruppen abhängig. Die 1932 rückläufige Spendenbereitschaft betraf höchstwahrscheinlich auch die Sammlungstätigkeit der SA. Wenngleich sich die Diskussion über diese Situation innerhalb der Münchner SA nicht verfolgen läßt, so artikulierte sich doch an der Spitze der SA im Gau wie auch im Reich immer wieder deutlich der Unwille über die finanzielle Situation der Verbände. Ende September 1932 prophezeite der Führer der SA-Gruppe Hochland, der unmittelbare Vorgesetzte der Münchner SA, den finanziellen Kollaps seiner Verbände für den kommenden Winter. Eine OSAF-Umfrage registrierte im Herbst 1932 bei sämtlichen Regionalverbänden vehemente Klagen über die finanzielle Lage.²⁹³

Einige Momente des Finanzwesens der Münchner NSDAP sind nicht nur charakteristisch für die lokalen Verhältnisse, sondern auch für die gesamte NSDAP. Dazu zählt einmal die finanzielle Grundkonzeption der Gauleitung. Diese setzte die Ortsgruppen bei der Einziehung der Mitgliedsbeiträge unter erheblichen Zugzwang, indem sie ihnen die Gau- und Reichsleitungsanteile kurzerhand in Rechnung stellte. Damit sicherte sie sich ab gegen die schwankende innerparteiliche Zahlungsmoral und wälzte die entsprechenden Auseinandersetzungen mit der Parteibasis erfolgreich auf die unteren Parteigliederungen ab. Doch der Nutzen für die Gauführung bleibt fraglich, da wohl auch Münchner Ortsgruppen trotz aller Zwangsmaßnahmen die Beitragsanteile nicht vollständig ablieferten, andererseits die rigorose Regelung die finanzielle Basis der Stadtteilorganisationen verringerte und damit die Gauführung gezwungen war, bestimmte Propagandakosten der Ortsgruppen wieder selbst zu tragen.²⁹⁴ Dennoch entschied sich die Gauleitung für diese Regelung, da sie den Löwenanteil der Propagandamaterialien der Ortsgruppen lieferte und auf eine möglichst zuverlässige Einnahmequelle angewiesen war. Allein durch die Beitragsanteile verfügte sie Ende 1932 theoretisch, d. h. wenn sämtliche 19800 Mitglieder ihre Beiträge zahlten, monatlich über beinahe 8000 RM. Um ihre Einnahmen zu sichern, unterwarf die Gauleitung ab Herbst 1930 allmählich das gesamte Sammlungswesen im Gaugebiet ihrer Kontrolle. Bereits die ersten Strukturen des „Opferrings“ standen unter ihrer Aufsicht. Im Laufe der folgenden eineinhalb Jahre dehnte sie ihren Einfluß sukzessive aus, so daß ihr ab September 1931 30 Prozent von nahezu sämtlichen Sammlungserträgen im gesamten Gaugebiet zukamen. Dennoch ließen sich die Kassendefi-

²⁹³ Longerich, Braune Bataillone, S. 159. Vgl. zum Streit zwischen Gauleitungen und SA-Führung um die defizitäre finanzielle Versorgung der SA auch: Hüttenberger, Gauleiter, S. 69–72.

²⁹⁴ Möglicherweise hatte die GL aus diesem Grund bereits von vornherein die Sonderumlage höher angesetzt als notwendig, um wenigstens zum Teil die Propagandakosten zu decken.

zite nicht ausgleichen, nicht einmal durch die „ultima ratio“ der Sonderumlagen. Das Zusammentreffen von niedriger Zahlungsmoral der Mitglieder, rückläufiger Spendenbereitschaft und beständig steigenden Propagandakosten mußte das Finanzierungssystem der Gauleitung überfordern.

Das Kassenbuch der Sektion Schwabing läßt vermuten, daß die Stadtteilorganisationen ihre Ausgaben nicht von langer Hand planten, sondern nach dem Prinzip „von der Hand in den Mund“ arbeiteten.²⁹⁵ Der Vergleich der täglichen Einnahmen- und Ausgabenposten zeigt, daß die Sektion auf Rücklagen verzichtete und fast das gesamte Geld mehr oder minder sofort ausgab. Von den laufenden Einnahmen, den „Opferstock“-Erträgen, wurden alle gerade anfallenden Kosten bezahlt, etwa für Büromaterialien oder Mitgliederversammlungen. Für größere Ausgaben anlässlich der Unterhaltungsveranstaltungen wurde eigens gesammelt oder man verwandte die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern. Gelegentliche Überschüsse dienten der Beschaffung von Propagandamaterial.

In den dreißiger Jahren dürften den Stadtteilorganisationen gelegentlich erhebliche Summen zur Verfügung gestanden haben, wenn man die theoretisch möglichen Gesamtvolumina der verschiedenen Einnahmequellen innerhalb des Münchner Gebietes für das Jahr 1932 betrachtet. Zu 72 000 RM aus Mitgliedsbeiträgen und 100 000 RM aus Eintrittsgeldern bei Großveranstaltungen kämen noch Eintrittsgelder aus kleineren Veranstaltungen, die Anteile am „Opferstock“ und der Erlös aus dem Verkauf von Propagandamaterialien hinzu, alles in allem vermutlich 200 000 bis 250 000 RM; dies wären pro Monat 17 000 bis 20 000 RM, von denen allerdings die Aufwendungen der Gauleitung, insbesondere die Gehälter, abzuziehen waren. Die Einnahmen der Münchner NSDAP können jedoch nur noch geschätzt werden und sind nicht mehr eindeutig rekonstruierbar, da die Gelder auf vielen verschlungenen Wegen in die Finanzierung der Gauleitung integriert waren.

Ein weiteres Charakteristikum des Finanzwesens der Münchner NSDAP betrifft die SA. Deren Finanzierung blieb aus der Sicht der SA-Verbände im gesamten Zeitraum vor der „Machtergreifung“ unbefriedigend und verengte ihren Handlungsspielraum. In den zwanziger Jahren fiel die Unterstützung durch die Sektionen gering aus, die Anteile an den Mitgliedsbeiträgen waren bedeutungslos, und die Sammlungstätigkeit der Verbände blieb permanent eingeschränkt. Alle Reformansätze während der dreißiger Jahre hatten nur wenig Erfolg, da sie entweder von vornherein unvollständig oder ineffizient geplant waren oder spätestens die Handhabung der Neuregelungen durch die Ortsgruppen und Gauleitungen sowie die nachlässige Beitragszahlungsmoral der Parteimitglieder eine durchschlagende Verbesserung verhinderten. Erst der Mitgliederzuwachs und die erhöhte Resonanz der Partei in der Öffentlichkeit dürften die SA-Einnahmen aus Sammlungen und Beitragsanteilen in den dreißiger Jahren deutlich erhöht haben. Da die SA jedoch auch ihre Organisation und Aktivitäten erheblich erweitert hatte, blieb die Finanzsituation weiterhin prekär.

²⁹⁵ Vgl. SKTB und KHB.

Longerich interpretiert den finanzpolitischen Streit zwischen den Spitzen von Partei und SA als Teil der grundlegenden Diskussion um die innerparteiliche Stellung der SA bzw. als den Ausdruck ihres Strebens nach möglichst umfassender Unabhängigkeit.²⁹⁶ Zweifellos signalisierte die beständig unbefriedigend gelöste finanzielle Situation den SA-Leuten den zweitrangigen Stellenwert ihrer Verbände innerhalb der NSDAP. Im Mittelpunkt der Parteifinanzien bzw. der Konzeptionen der Reichsleitung, soweit man davon sprechen kann, standen die Gauleitungen, die Ortsgruppen und nicht zuletzt die Reichsleitung selbst, keinesfalls jedoch die SA-Verbände. Diese waren durch ihr Finanzierungssystem stets von der Parteispitze und den Gauleitungen abhängig und damit einer gewissen Kontrolle unterworfen.²⁹⁷ Zu keinem Zeitpunkt erhielt die SA die gleiche finanzielle Autonomie, wie sie etliche andere Parteiorganisationen besaßen, die zumindest eigene Mitgliederbeiträge verlangen konnten. Hitler fürchtete die allzu große Selbständigkeit der Verbände und band sie auch in finanzieller Hinsicht eng an die Partei. Erst 1935 erlangte die SA die vollständige finanzielle Autonomie.²⁹⁸

Es ist jedoch, von möglichen Ausnahmen abgesehen, unwahrscheinlich, daß die Parteispitze die finanzielle Misere der SA absichtlich provozierte, um deren Eigenständigkeitsstreben zu dämpfen. Denn diese Misere schadete auch der „zivilen“ Parteiorganisation, da sie die Propagandatätigkeit und die Eigenwerbung der SA erschwerte und überdies den Streit zwischen SA und „zivilen“ Parteiorganisation in einem Ausmaß schürte, daß mancherorts selbst die Parteiwahlkämpfe davon beeinträchtigt wurden.²⁹⁹ Die defizitäre Finanzierung der SA hatte ihre Hauptursache vielmehr in der stets gespannten Finanzlage der Gesamtpartei. Gerade die Schulden im Wahlkampfjahr 1932 steigerten die Versuchung bzw. den Zwang für Reichs- und Gauleitung, bei der SA zu sparen. Diese hatten abzuwägen, wem sie am ehesten ein hohes Maß an kostenlosem Engagement und finanziellen Opfern zumuten konnten, und verfielen dabei auf die durch militärische Disziplin relativ gebundenen SA-Verbände.

Wenn man nun zum Vergleich die Finanzierungssysteme anderer Parteien heranzieht, lassen sich einige interessante Unterschiede feststellen. Allerdings liegen nur im Falle der BVP und der DNVP detailliertere Informationen vor, wobei der Quellenmangel Schönhoven nur eine knappe Rekonstruktion des BVP-Finanzwesens erlaubte.³⁰⁰ 1925 hatte ein lediges BVP-Mitglied 2,50 RM und ein Familienverband 3,50 RM jährlich zu zahlen. 1926 wurden diese Beiträge sogar noch auf 2 RM bzw. 3 RM gesenkt, 1933 auf 1 RM bzw. 1,50 RM. Dagegen wurde von einem durchschnittlichen NSDAP-Mitglied 1925 ohne Ermäßigungen 6 RM verlangt, 1926 bereits 7,20 RM, seit Oktober 1927 schließlich 9,60 RM. Bis November 1932 stieg dieser Betrag im NSDAP-Gau München-Oberbayern schließlich um weitere 7,80 RM auf 17,40 RM an. Die NSDAP-Beiträge hatten sich innerhalb von acht Jahren beinahe verdreifacht. Allerdings lagen diese Beiträge noch Ende

²⁹⁶ Longerich, Braune Bataillone, S. 108.

²⁹⁷ So auch Longerich: Ders., S. 131 ff.

²⁹⁸ Fischer, Stormtroopers, S. 116.

²⁹⁹ Hüttenberger, Gauleiter, S. 69–72.

³⁰⁰ Im Folgenden: Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 82 ff.

1928 auf derselben Höhe wie die der SPD³⁰¹ und sogar unter dem allgemeinen Beitrag der KPD, der für ein voll erwerbstätiges Mitglied in diesem Jahr 1,20 RM monatlich bzw. 14,40 RM jährlich betrug.³⁰² Doch unabhängig von der Höhe der Beiträge traf die niedrige Zahlungsmoral der Mitgliedschaft, wie gesagt, sämtliche Parteien und die gesamte politische Szenerie in der Stadt. Die Beitragsgelder der BVP wurden nach einem festen Schlüssel an die Ortsverbände, Bezirksverbände, Kreise und zuletzt an die Parteizentrale verteilt, wobei die Kreise und die Zentrale nicht selten längere Zeit auf ihre Gelder warten mußten. Der grundsätzlich sehr geringe Anteil der Mitgliederbeiträge an der Finanzierung der Parteispitze wie der unteren Verbände – die Gesamterträge der NSDAP dürften hier weitaus höher gelegen haben –, zwang die BVP zur Spendensammlung. Die höchste Unterstützung konnten hier die Mitglieder des BVP-Wirtschaftsrates, Kreise der Großindustrie sowie die Bauernvereine und vermögendere katholische Adelige leisten. Erst im Wahlkampf 1928 griff die Parteizentrale der BVP zu einer Sonderumlage – dem für die NSDAP-Selbstfinanzierung charakteristischen Zwangsinstrument. Sämtliche Bezirksverbände hatten für jede BVP-Wählerstimme, die bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 in ihrem Gebiet abgegeben worden war, 4 Pf. an die Kreisverbände abzuliefern. Diese wenigen Aussagen zur Finanzierung der BVP zeigen im Vergleich zur NSDAP zwei Charakteristika: Das BVP-Finanzierungssystem war weit weniger effizient organisiert und die finanzielle Basis der Volkspartei, insbesondere der Parteispitze, erheblich schmaler. Dadurch konnte die Parteizentrale nicht, wie die NSDAP-Gauleitungen, zu einem finanziellen Rückgrat der Propaganda werden. So gesehen wären der Propagandatätigkeit der BVP im Vergleich zur NSDAP wesentlich engere Grenzen gesetzt gewesen, hätte die Partei nicht massive Unterstützung durch die wohlwollende Haltung der katholischen Geistlichen sowie durch eine große Zahl von BVP-Bürgermeistern und anderen kommunalen Spitzenbeamten erhalten. Dazu kam letztendlich auch die nicht zu unterschätzende Rolle des bayerischen Regierungsapparates.

Das Beitragssystem der DNVP litt offenbar an ähnlichen Defiziten wie das der BVP. Die Überweisungen der Landesverbände an die Hauptgeschäftsstelle deckten nur 40 bis 50 Prozent des geplanten Haushalts, und die Partei war ständig auf größere Spenden angewiesen.³⁰³ Die Gesamteinnahmen des bayerischen Verbands basierten 1929 nur zu knapp 20 Prozent auf den Mitgliedsbeiträgen, 1930 nur noch zu 10 Prozent, was rund 8000 RM bzw. 5000 RM gleichkam.³⁰⁴ Damit kassierte die Münchner NSDAP selbst in ihrem Krisenjahr 1927 ein weitaus größeres Beitragsvolumen (geschätzte 12000 RM) als die DNVP in ganz Bayern.³⁰⁵ Ob-

³⁰¹ StA, Lagebericht 70 (16. 10. 1928), S. 13: Der Monatsbeitrag wurde auf Beschluß der SPD-Parteispitze Ende September auf 80 Pf erhöht.

³⁰² StA, Lagebericht 63 (19. 1. 1928), S. 2: Ab 1. 1. 1928 galten neue Beitragsmarken: In der I. Klasse (Vollarbeiter) zahlte das Mitglied nunmehr 30 Pf, in der II. (Kurzarbeiter) 20 Pf, in der III. (Frauen) 10 Pf und in der IV. Klasse (Erwerbslose) 10 Pf.

³⁰³ Matzerath/Turner, Selbstfinanzierung, S. 69.

³⁰⁴ HStA, NL Hilpert: Protokollbuch der Landesausschußsitzungen der bayerischen DNVP: Hilpert in der Sitzung vom 16. 2. 1929. Ebenda: MdL Baerwolf in der Sitzung vom 28.3. und vom 31. 10. 1931.

³⁰⁵ Kapitel II.3., S. 92 ff.

wohl die bayerischen DNVP-Führer diesen Zustand selbst als „ungesund“ und „unhaltbar“ betrachteten, waren sie in beiden Jahren existentiell von größeren Spenden abhängig. Hierbei spielte vor allem die DNVP-Reichsleitung eine entscheidende Rolle, die für den Wahlkampf 1930 aus ihren Spendenfonds rund 19000 RM überwies und damit 90 Prozent der gesamten Wahlspenden der bayerischen DNVP stellte. Die seit 1929 sinkenden Beitragseinnahmen waren hauptsächlich auf die rückläufigen Mitgliederzahlen zurückzuführen.³⁰⁶ Während der dreißiger Jahre litt die Partei reichsweit an chronischem Geldmangel. Diese Lage verschlechterte sich bei der bayerischen DNVP dramatisch, als Hugenberg, der neben verschiedenen Schwerindustriellen die Partei jahrelang finanziell getragen hatte,³⁰⁷ angesichts der wirtschaftlichen Lage seines Konzerns im Frühjahr 1931 sämtliche Geldzuwendungen an den Landesverband einstellte.³⁰⁸

Versucht man die Hauptmerkmale des Finanzwesens der Münchner NSDAP vor der Machtergreifung zusammenzufassen, fallen vier Faktoren auf, die zugleich während der dreißiger Jahre in unterschiedlichen Variationen im Gau München-Oberbayern und vermutlich auch innerhalb der Partei im gesamten Reich galten: der Grad der Organisation, die Spendenbereitschaft der Mitglieder, die Phantasie und die Flexibilität der Verantwortlichen. Zwischen 1930 und 1931 wurde das gesamte Sammlungswesen der Parteiorganisationen in München wie im Gauggebiet, darunter auch der SA, weitgehend lückenlos vereinheitlicht und an feste Verteilungsschlüssel gebunden. Die Eintreibung und Verteilung der Mitgliedsbeiträge waren schon seit 1925 nach verbindlichen Richtlinien geregelt. Das Kassenwesen der Ortsgruppen und SA-Verbände wurde fortwährend, nicht zuletzt vom Reichsschatzmeister, kontrolliert. Trotz aller Unzulänglichkeiten und Schwächen trug dieser hohe Organisationsgrad der Parteifinanz in erheblichem Maße zum Aufbau einer finanziellen Basis bei. Der verbindliche Verteilungsmechanismus begrenzte den innerparteilichen Verteilungskampf um die finanziellen Ressourcen der Anhängerschaft. Dies garantierte sowohl der Reichsleitung als auch der Gauleitung einen weitgehenden Handlungsspielraum, den Ortsgruppen dagegen eine relativ sichere finanzielle Grundlage, deren Volumen weit über dem der zwanziger Jahre lag. Die NSDAP-Parteiorganisationen erhielten die erforderliche Basis, um einen hohen Grad an finanzieller Autonomie bzw. Unabhängigkeit von einzelnen vermögenden Spendern zu erreichen. Unabdingbar war allerdings eine Mitgliedschaft, die sich in dieses System einbauen ließ. Gerade die finanzielle Opferbereitschaft der NSDAP-Mitglieder war eines der charakteristischsten Kennzeichen der Partei vor der Machtergreifung. So hatte ein Münchner Mitglied innerhalb von acht Jahren die Verdreifachung des Mitgliedsbeitrags zu tragen. Allerdings hielt sich die Gauleitung München-Oberbayern im Gegensatz zu manchen anderen Gauleitungen, die sogar noch die von der Reichsleitung angeordnete Obergrenze überstiegen,³⁰⁹ an die offiziellen Beitragssätze, ja unterschritt diese zeit-

³⁰⁶ Kapitel V., Anm. 304.

³⁰⁷ Holzbach, „System Hugenberg“, S. 102f. Leopold, Hugenberg, S. 43f. und 95.

³⁰⁸ Hoser, Tagespresse, Teil 2, S. 684f.

³⁰⁹ IfZ, Db 23.10: RSM an alle Gauleitungen vom 26. 5. 1930. Schwarz zufolge war diese Praxis „maßgebend“ für die erneute Erhöhung der Mitgliederbeiträge ab Oktober 1932:

weise sogar. Abgesehen von den im Vergleich zu anderen Parteien, etwa der BVP, sehr hohen Beitragssätzen, hatte ein beitragswilliges NSDAP-Mitglied überdies eine (im Lauf der Jahre steigende) Aufnahmegebühr zu zahlen. Gehörte das Mitglied außerdem noch bestimmten Parteiorganisationen, wie dem NS-Lehrerbund oder der „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ an, so waren zusätzliche weitere Monatsbeiträge zu entrichten.³¹⁰ Neben den Sammlungen der Parteiorganisationen kamen des weiteren beständig Sonderumlagen auf das Mitglied zu, darunter acht seitens der Reichsleitung zwischen 1925 und 1930³¹¹ sowie mindestens fünf seitens der Gauleitung zwischen 1929 und 1932, drei davon allein 1932. Gleichzeitig verlangte jede Großveranstaltung der Partei stattliche Eintrittsgebühren. Überdies waren die Mitglieder der intensiven Werbung für die Parteizeitungen ausgesetzt, deren Bezug die Parteiführung als obligatorisch bezeichnete. Und nicht zuletzt versuchte die Reichsleitung kontinuierlich, sämtliche Mitglieder zum Beitritt in die verschiedenen Versicherungsunternehmen der Partei zu verpflichten, allen voran die SA-Versicherung und die NS-Sterbekasse.³¹² Besonders hohem Druck unterlagen die Parteifunktionäre, die in der Regel einem ebenso rigorosen wie kalt berechnenden System unterworfen waren. Indem die Etats eines Amtes grundsätzlich sehr knapp gehalten wurden, sparte man Geld und zwang die Leiter der Gauabteilungen zur Eigeninitiative bei der Finanzierung ihrer Tätigkeit. Wer hierbei Mißerfolg hatte, mußte auf den eigenen Geldbeutel zurückgreifen und durfte nicht hoffen, sein Geld jemals wieder zurückerstattet zu bekommen.³¹³ Wenngleich die Rolle einzelner vermögender Förderer weiterhin offen bleiben muß, läßt sich doch für München festhalten, daß die breite Masse der Unterstützer der Partei, insbesondere die mittelständischen Schichten, im Grunde die wesentliche Basis der Parteifinanzien stellte. Das einzelne Parteimitglied lieferte der Partei mit seiner Bereitschaft, sich immer wieder in das geschickte Netzwerk von Beiträgen, Umlagen, Spenden, Versicherungen oder Abonnements einbinden zu lassen, in der Summe ein beträchtliches Finanzvolumen. Hierfür instrumentalisierte die Partei unablässig die zum nationalsozialistischen Schlagwortkanon gehörenden Begriffe „Opferbereitschaft“ und „Volksgemeinschaft“. Diese grundsätzliche große Neigung, erhebliche finanzielle Opfer zu bringen, verdeutlicht den Enthusiasmus vieler Parteimitglieder und zugleich die Anziehungskraft der NSDAP vor 1933. Unterm Strich machte sich das Phänomen bezahlt, auch wenn sich manche Anhänger dem Druck entzogen, wie die für politische Parteien vor 1933 übliche, ambivalente Beitragszahlungsmoral zeigte. Die schier unerschöpfliche Phantasie bei der Erschließung neuer Finanzierungsquellen war ein weiteres Charakteristikum der Parteifinanzierung. Vor allem in

Ebenda: RSM an alle Gauleitungen vom 25. 9. 1932. Selbst von den SA-Angehörigen wurden z. T. zusätzliche Sonderbeiträge erhoben: Ebenda: RSM an alle Gauleitungen vom 29. 6. 1930. Vgl. dazu auch: Matzerath/Turner, Selbstfinanzierung, S. 64.

³¹⁰ Vgl. Kapitel V, Anm. 8.

³¹¹ Vgl. Kapitel II.3.

³¹² Vgl. dazu z. B. Front 26 (25. 6. 1932), „Schutz schaffen“. Zur NS-Sterbekasse: StA, Lagebericht 89 (7. 2. 1930), S. 16.

³¹³ Ein drastisches Beispiel bietet der Fall des Kriegsofferbeauftragten Grapp 1932: Vgl. Kapitel IV.4.

den dreißiger Jahren vergrößerten die Münchner Parteiorganisationen mit Hilfe der Gauleitung über die drei Säulen ihrer Finanzierung hinaus – dies waren die Eintrittsgelder, die Anteile an den Mitgliedsbeiträgen und die Spendengelder – beständig das Spektrum an Einnahmequellen und bewiesen dabei oft großen Einfallsreichtum. Die Gauführung bemühte sich fortwährend, die bestehenden Finanzierungsmethoden zu überarbeiten und neue zu erschließen. Die „Gauschulungstagungen“ widmeten dem Finanzwesen eigene Konferenzen und vergaben gelegentlich sogar Prämien für Verbesserungsvorschläge.³¹⁴ Die häufigen Abänderungen der Beitragsregelungen, oft innerhalb weniger Monate, zeugen von der Flexibilität der für das Finanzierungswesen der Partei verantwortlichen Persönlichkeiten. Ende 1932 entschloß sich der Reichsschatzmeister aufgrund der Kritik an der erst wenige Wochen geltenden neuen Beitragsregelung bereits wieder zu einer Nachbesserung. Auf der Suche nach einer geeigneten Beteiligung der SA an den Mitgliedsbeiträgen wurden die Regelungen in acht Jahren insgesamt fünfmal verändert. Allerdings hatte die Neuregelung 1930 angesichts des laufenden Wahlkampfes hauptsächlich taktische Motive. Zweifellos verrät dieser ständige Wechsel in gewissem Maße die Schwächen der Finanzierungskonzepte, doch zumindest reagierte die Partei auf die Probleme und versuchte, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die große Bedeutung dieser flexiblen Reaktion wird durch den kontrastierenden Blick auf andere Parteien erkennbar: Deutschnationale und Bayerische Volkspartei arbeiteten neun Jahre lang, 1925 bis 1933, kontinuierlich mit demselben ineffizienten, schlecht funktionierenden Finanzierungssystem.

³¹⁴ IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaués München-Oberbayern vom 31. 8. 1931.

VI. Die NSDAP im Münchner Stadtrat 1925–1933

1. Die nationalsozialistischen Stadträte

Die Münchner Kommunalwahl am 7. Dezember 1924 brachte drei Kandidaten des Völkischen Blocks, der als NSFB angetreten war, in den Stadtrat, Karl Fiehler, den Rechtsanwalt August Buckeley und den Gastwirt Josef Fuchs. Für die GVG gewannen Max Amann, der Gewerbegerichtsrat Erwin Meyr und Ulrich Graf einen Sitz.¹ Die Einigung beider Gruppen gelang auch nach der Wiedergründung der NSDAP nicht. Im Frühjahr 1925 schlossen sich Buckeley mit Fuchs und Meyr und einem Stadtrat der Mittelstandspartei zur „Freien Arbeitsgemeinschaft“ zusammen, während sich Amann, Graf und Fiehler Hitler unterstellten. Anfang März 1926 wich Meyr dem fortwährenden Druck der NSDAP und übergab sein Mandat an Christian Weber.² Doch Fuchs und Buckeley lehnten den Anschluß bis 1929 ab³ und blieben damit, obwohl sie sich parallel zum Bedeutungsverlust der NSFB immer weniger engagierten,⁴ steter Anlaß für Streit.⁵ Durch die Kommunalwahl im Dezember 1929 gelangten acht Nationalsozialisten in den Stadtrat: Neben den wiedergewählten Amann, Fiehler, Graf und Weber erhielten jetzt auch Hermann Esser, Jakob Grimminger, Heinrich Hoffmann und Franz Xaver Schwarz je ein Mandat.⁶

Seit 1925 bestimmte die Reichsleitung als offizielle Führung der Münchner NSDAP die nationalsozialistischen Stadtratskandidaten. Allerdings war Hitlers Eingreifen im Fall Meyr ebenso wenig Erfolg beschieden wie dem Widerstand innerhalb der Reichsleitung gegen Webers Antritt im Stadtrat.⁷ 1929 lag die Kandidatenauswahl offiziell in Händen der Münchner Gauleitung, inoffiziell entschied jedoch Hitler.⁸ Die Gauleitung traf nur die Vorauswahl unter den lokalen Parteiführern. Letztendlich lassen sich Kriterien und Motive der Bewerber wie auch der Auswahlverfahren nicht mehr klären. Wie die Fälle Esser und Weber zeigen, war hier weniger ein konsequentes oder gar einheitliches Konzept, sondern eher der

¹ Nachrichtenblatt 21 (16. 12. 1924), S. 7. Der Nationalsozialist 2 (22. 11. 1924), „Die Stadtratswahl“.

² StA, Lagebericht 35 (5. 8. 1925), S. 10. VB 91 (16. 7. 1925), AdB. Tyrell, Führer befehl, Dok. 43 b, S. 110.

³ Steinborn, Kommunalpolitik, S. 553 ff. (Anhang II).

⁴ Hanko, Kommunalpolitik, S. 334.

⁵ Vgl. IfZ, „Protokollbuch“ und „Protokollheft“ und StA, PDM 6733: Sektionsversammlungen der Münchner NSDAP 1925–1926. Vgl. zum Streit um Meyr Kapitel III.4.

⁶ Steinborn, Kommunalpolitik, S. 470 f.

⁷ BA, Berlin, NS 51/5b: Weber an Bouhler vom 22. 7. 1925.

⁸ StA, PDM 6735: PND-Bericht 679 (31. 12. 1929) über die Tagung der Gaue Oberbayern und München am 10. 11. 1929. HRS III/2, Dok. 98, S. 464: Anordnung Hitlers vom 16. 11. 1929.

jeweilige unmittelbare Kontakt zu Hitler ausschlaggebend. Die Reichsorganisationsleitung hätte gerade diese beiden Kandidaten zweifellos nicht aufgestellt.

Gemessen an ihrer Arbeit im Münchner Stadtrat lassen sich die nationalsozialistischen Stadträte in drei Gruppen einteilen: Über ernsthafte Erfahrungen und Kenntnisse auf kommunalem Gebiet verfügten nur Fiehler und Schwarz. Beide zeigten sich im Plenum sehr aktiv und bevorzugten meist zurückhaltendere und sachlichere Diskussionsformen. Dagegen konzentrierten sich Esser, Amann und Weber auf eine rabiante Obstruktionspolitik und fielen vor allem durch lautstarke Polemik und Störmanöver auf. Die übrigen NS-Stadträte profilierten sich als unauffällige „Hinterbänkler“ (Hanko) und lieferten nur selten Wortbeiträge.⁹ Karl Fiehler, Jahrgang 1895, arbeitete seit 1919 in der Münchner Stadtverwaltung und diente sich, trotz der einjährigen Festungshaft wegen Beteiligung an den Ausschreitungen des „Stoßtrupps Hitler“ am 9. November 1923, bis zum Obersekretär hoch.¹⁰ Als Führer der erfolgreichen Schwabinger NSDAP 1926–1930 war er eng in die Münchner Partei eingebunden. Fiehler war von 1925 bis 1935 Schriftführer der Partei, hatte also eines der drei ranghöchsten Ämter innerhalb der Parteileitung inne.¹¹ Seit 1925 profilierte er sich als kommunalpolitischer Fachmann der Partei. Ab 1929 leitete er gemeinsam mit Rudolf Buttmann, dem Fraktionsführer im Bayerischen Landtag und engen Freund Straßers, die ROL-Abteilung für Kommunalpolitik. Im Sommer 1932 übernahm er die alleinige Führung. Trotz seiner Ämter gewann der zwar ehrgeizige jedoch wenig durchsetzungsfähige Fiehler¹² keinen echten Einfluß innerhalb der Reichsleitung.¹³ Als Fiehler 1933 das Amt des ersten Bürgermeisters in München übernahm,¹⁴ war er möglicherweise gerade wegen seiner Schwäche in den Augen des Gauleiters Wagner der geeignetste Kandidat. Im Stadtrat leistete Fiehler den größten Teil der nationalsozialistischen Fraktionsarbeit.¹⁵ Obwohl er sich hier, wie Schwarz, gerne als moderat und besonnen präsentierte, formulierte er in verschiedenen Publikationen die theoretischen Grundlagen für die nationalsozialistische Obstruktionspolitik im

⁹ Friebel, Kommunalpolitik, S. 61. Hanko, Kommunalpolitik, u. a. S. 338.

¹⁰ Hanko, Kommunalpolitik, S. 334. Die Stadt München wurde durch die staatliche Rechtsaufsicht gezwungen, Fiehlers Entlassung anlässlich der Festungshaft wieder rückgängig zu machen: StdA, Personalakte Fiehler, Karl: Dienststrafbescheid der Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern vom 19. 1. 1925.

¹¹ Tyrell, Führer befehl, S. 355. Vgl. die Parteisatzung vom 22. 5. 1926: HRS I, Dok. 146, S. 461 ff.

¹² Hanko, Kommunalpolitik, S. 334 f. Ein langjähriger Kollege beschrieb Fiehler in dessen Spruchkammerverfahren 1947 in diesem Sinne: „Fiehler ist keine Kämpfernatur, er hat keine starken Ellbogen.“: Zitiert nach Hanko, Kommunalpolitik, S. 335. Nicht in dieses Bild paßt allerdings, daß Fiehler nie durch seine stärksten Konkurrenten, Buttmann und Esser, verdrängt wurde.

¹³ Kissenkoetter, Straßer, S. 49 ff. und Anm. 111 sowie S. 66. Tyrell, Führer befehl, S. 356, 360 und 366. Zu Buttmann: HRS III/1, S. 47, Anm. 49.

¹⁴ Fiehler wurde am 20. 3. 1933 vom Innenminister Wagner zum kommissarischen 1. Bürgermeister bestellt und am 26. 4. 1933 vom Stadtrat gewählt: StdA, Personalakte Fiehler, Karl: selbstverfaßter Lebenslauf vom 4. 3. 1944. HStA, MInn 80403: Ernennungsurkunde Fiehlers vom 20. 3. 1933. Vgl. auch Hanko, Kommunalpolitik, S. 345–350.

¹⁵ Steinborn, Kommunalpolitik, S. 343 f.

Stadtrat¹⁶ und suchte nie, die Exzesse seiner Kollegen zu verhindern. Fiehler machte keinen Hehl aus seiner Ablehnung der Demokratie wie auch aus seinem starken Antisemitismus, der seine folgenreichste Wirkung schließlich nach der „Machtergreifung“ entfaltete.¹⁷ In Fiehler vereinten sich die für die NS-Kommunalarbeit vor 1933 charakteristischen Gegensätze von Obstruktion und sachlicher Mitarbeit. Franz Xaver Schwarz, 1875 geboren, arbeitete bis 1925 im Städtischen Dienst, zuletzt als Verwaltungsobersekretär. Seit 1925 widmete er sich – bis 1945 – als Reichsschatzmeister hauptberuflich den Finanzen der NSDAP und trug entscheidend zum Erfolg der Partei bei. Seine berufliche Kenntnis der Stadtverwaltung nutzte Schwarz für die Arbeit im Stadtrat, brachte jedoch entsprechend der wachsenden Parteiarbeit zunehmend weniger Zeit auf.¹⁸ Der 1929 als Neunundzwanzigjähriger in den Stadtrat gewählte Hermann Esser übernahm sogleich die Fraktionsführung.¹⁹ Obgleich ehemaliger NSDAP-Propagandaleiter, fand Esser infolge der Ablehnung durch hochrangige Parteiführer wie auch durch Auseinandersetzungen mit Hitler nach 1926 nie mehr Zugang zum inneren Machtzirkel der Partei und mußte sich mit der Hauptschriftleitung des „Illustrierten Beobachters“²⁰ sowie einem Sitz im oberbayerischen Kreistag (ab 1928) und im bayerischen Landtag (ab 1932) begnügen.²¹ Dafür gelang es ihm innerhalb der nationalsozialistischen Kommunalpolitik, in steter Konkurrenz zu Fiehler, eine gewisse Bedeutung zu gewinnen. So leitete auf dem Reichsparteitag 1929 nicht der eigentlich zuständige Fiehler die kommunalpolitische Tagung, sondern Esser.²² Esser übernahm im selben Jahr die Wahlleitung für die Münchner Stadtratswahl²³ und löste Fiehler als Fraktionsführer ab.²⁴ 1930 wurde Esser mit der Organisation der NS-Fraktion in Städtebund und Städtetag beauftragt.²⁵ Im Münchner Stadtrat gelang es ihm mit seinen unqualifizierten und brutalen Umgangsformen und unverhülltem Desinteresse an sachbezogener Arbeit, sogar Weber und Amann zu übertrumpfen. War er selbst von der positiven Wirkung dieser Eigenschaften für die Partei überzeugt,²⁶ so blieb sein „Radaustil“ die wesentliche Ursache für den innerparteilichen Karrierebruch.²⁷ Im Februar 1932 erklärte Esser nach einem von

¹⁶ Hanko, Kommunalpolitik, S. 335 f.

¹⁷ Zu Fiehlers aktivem Engagement bei der Verfolgung und Ausbeutung der Münchner Juden durch Verwaltungsmaßnahmen: Hanko, Kommunalpolitik, S. 336 f. und 417 ff. und Hanke, u. a. S. 184 ff.

¹⁸ Hanko, Kommunalpolitik, S. 337. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 486. Tyrell, Führer befehl, Dok. 23, S. 74. Hauptstadt der Bewegung, S. 228 f.

¹⁹ Im Folgenden: Kapitel III.4., S. 192 f. Jablonsky, Dissolution, S. 98. Tyrell, Führer befehl, S. 70 sowie Dok. 23 und 31.

²⁰ Hoser, Tagespresse, S. 1006 und Anm. 17.

²¹ VB 120 (24. 5. 1928), „Die Kreiswahlen in München“ Wistrich, Wer war wer, S. 83.

²² Friebel, Kommunalpolitik, S. 43.

²³ HRS III/2, Dok. 98, S. 464: Anordnung Hitlers vom 16. 11. 1929.

²⁴ Vgl. u. a. Wistrich, Wer war wer, S. 83.

²⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 51.

²⁶ Friebel, Kommunalpolitik, S. 63. Hanko, Kommunalpolitik, S. 338.

²⁷ Daß Straßer nach den persönlichen Erfahrungen mit Esser in den Jahren 1924 bis 1926 diesem jemals einen Platz in der ROL zugestanden hätte, ist kaum denkbar. Zu den Ereignissen 1926: Kapitel III.4.

ihm inszenierten Tumult gegenüber Oberbürgermeister Scharnagl: „[...] ich freue mich, wenn Sie mir persönlich anrechnen, daß ich in den Karpfenteich hier etwas Bewegung gebracht habe. Ich werde auch in Zukunft diese Tendenz weiter verfolgen, weil ich der Meinung bin, daß es höchste Zeit ist, daß die alten Karpfen etwas durcheinandergehechelt werden.“²⁸ Der 1891 in München geborene Max Amann stand Esser bei seinen Auftritten meist zur Seite.²⁹ Amann besaß seit den frühen Jahren der Partei als ehemaliger militärischer Vorgesetzter Hitlers im Weltkrieg, NSDAP-Geschäftsführer und Leiter des Parteiverlags „Franz Eher Nachf.“ ein enges Verhältnis zu Hitler. Bis zum Ende der zwanziger Jahre entwickelte er den Verlag zu einem gewinnträchtigen Unternehmen und gewann dadurch großen Einfluß innerhalb der NSDAP, die auf die Propaganda der Verlagspresse, darunter der „Völkische Beobachter“, sowie auf die erwirtschafteten Überschüsse angewiesen war.³⁰ Seit 1931 gehörte Amann nominell der Parteileitung im Rang eines Reichsleiters an. Durch seine Verlagstätigkeit blieb Amann seit dem Ende der zwanziger Jahre kaum noch Zeit für ein ernsthaftes kommunalpolitisches Engagement. Ebenfalls wegen seiner rüden Attacken, kombiniert mit Desinteresse und Inkompetenz,³¹ fiel im Stadtrat Christian Weber auf. Seinen ursprünglichen Einfluß innerhalb der Parteileitung hatte der 1883 geborene Viehhändler Weber nach der Wiedegründung der NSDAP 1925 vollständig verloren³² und konnte sich nur mühsam 1926 gegen parteiinternen Widerstand ein Stadtratsmandat sichern.³³ Die Abneigung der Parteispitze gegen Weber blieb bestehen. Ende 1926 drohte ihm wegen säumiger Beitragszahlungen sogar der Parteiausschluß.³⁴ Im Laufe der folgenden Jahre gelang es dem renitenten Außenseiter, der nie in den Kreis der Führer der Stadtviertelorganisationen integriert war, zumindest seine Stellung innerhalb der städtischen Parteiprominenz sowie begrenzten Zugang zu Hitler zurückzuerobern.³⁵ Nach der Machtergreifung gewann Weber schließlich eine Schlüsselrolle in der Münchner Stadtregierung.³⁶ Hankos Charakteristik als „Hinterbänkler“ trifft vor allem auf Ulrich Graf, Jakob Grimlinger und Heinrich Hoffmann zu. Der vormalige städtische Freibankmetzger Graf, Jahrgang 1878, besaß eine untergeordnete Stellung innerhalb der Parteileitung. Vor dem 9. November 1923 Hitlers Leibwächter und Mitgründer der SA, beim Putsch selbst schwer verwundet, war Graf seit 1925 1. Beisitzer des obersten Parteischiedsgerichtes und ab 1931 zusätzlich in der wirtschaftspolitischen Abteilung

²⁸ Zitiert nach: Friebe, Kommunalpolitik, S. 63.

²⁹ Schon im Februar 1925 provozierte er durch seine Attacken gegen den jüdischen SPD-Stadtrat Nußbaum eine Schlägerei im Stadtrat: Hanko, Kommunalpolitik, S. 338.

³⁰ Weiß, Biographisches Lexikon, S. 21. Hanko, Kommunalpolitik, S. 337f. Tyrell, Führerbefehl, S. 357. Hauptstadt der Bewegung, S. 220f. StA, PDM 6705: Vermerk PDM/VIa vom 29. 5. 1923.

³¹ Martin, Weber, S. 450.

³² Vgl. Kapitel III.4.

³³ Martin, Weber, S. 449.

³⁴ Pridham, Hitler's Rise, S. 59f. und 62. Tyrell, Trommler, S. 264.

³⁵ Martin, Weber, S. 450.

³⁶ StdA, BuR 1611: Fragebogen Christian Weber, ausgefüllt am 22. 4. 1938. Hanko, Kommunalpolitik, S. 339ff. Hauptstadt der Bewegung, S. 231 f.

der ROL für Mietgesetzfragen tätig.³⁷ Der 1892 geborene Grimminger, beim Putsch 1923 Träger der „Blutfahne“,³⁸ besaß nach 1925 keinerlei Einfluß innerhalb der Parteispitze, hatte also das Mandat nur durch sein Renommee als „Alter Kämpfer“ erhalten und konnte sein Ansehen allerhöchstens auf die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Ramersdorf im Oktober 1930 stützen.³⁹ Hoffmann, 1895 geboren, genoß als „Leibphotograph“ seit 1919/1920 beste Beziehungen zu Hitler, der durch ihn überdies Eva Braun kennengelernt hatte, und dementsprechendes Ansehen in der Partei. Durch seine Bildberichterstattung lieferte Hoffmann der Partei wichtiges Propagandamaterial.⁴⁰ Darüber hinaus verdankte ihm die Partei die Räume für die 1925 in der Schellingstraße 50 neu eingerichtete Hauptgeschäftsstelle.⁴¹ Allerdings kristallisierte sich vermutlich schon während seiner Tätigkeit als zweiter Kassier der GVG 1924⁴² heraus, daß Hoffmann das Durchsetzungsvermögen oder die Ambitionen für ein höheres Parteiamt fehlten.⁴³

2. Die Tätigkeit der Fraktion

Erst als sich zwei Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP, die NSFB und der Völkische Block, statt für den gewaltsamen Umsturz für die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten als Weg zu einer Machtübernahme entschieden, wuchs das nationalsozialistische Interesse an Kommunalwahlen und -politik. Die GVG wollte, obgleich sie den parlamentarischen Weg im Grunde ablehnte, ihrer Konkurrenz das Terrain nicht allein überlassen und stellte nun, mit Zustimmung Hitlers, ebenfalls eine eigene Kandidatenliste auf.⁴⁴ Nach der Wiedergründung der NSDAP 1925 entschied sich schließlich auch Hitler für den parlamentarischen Weg. Doch primär dominierte in der Parteiführung, wie schon 1923,⁴⁵ das Desinteresse an Kommunalpolitik, von einzelnen Ausnahmen abgesehen.⁴⁶ Ein konkretes kommunalpolitisches Programm wurde bis 1933 nicht erarbeitet, das Parteiprogramm und auch Hitlers „Mein Kampf“ ignorierten dieses Gebiet der Politik.⁴⁷ Doch auf die Dauer war zumindest ein sachthematisch-ideologischer Handlungsleitfaden unumgänglich.⁴⁸ Die Chancen und Gefahren, an der eigenen

³⁷ Tyrell, Führer befehl, S. 356. Hanko, Kommunalpolitik, S. 338. BA, Berlin, NS 22/11: Wirtschaftspolitische Abt. an ROL II vom 16. 4. 1931. Hauptstadt der Bewegung, S. 232 f.

³⁸ Hanko, Kommunalpolitik, S. 338. München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 233.

³⁹ Front 6 (1. 11. 1930), AdB.

⁴⁰ Wistrich, Wer war wer, S. 184 f. Weiß, Biographisches Lexikon, S. 230 f.

⁴¹ Bouhler, Lesebuch, S. 79 f.

⁴² Tyrell, Führer befehl, Dok. 31, S. 82.

⁴³ Weiß, Biographisches Lexikon, S. 230 f. München – „Hauptstadt der Bewegung“, S. 149.

⁴⁴ Lageberichte 20 (2. 12. 1924), S. 10 ff. und 21 (16. 12. 1924), S. 7. Jablonsky, Verbotszeit, S. 145.

⁴⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 36.

⁴⁶ 1926 gab Hitler Buttmann und Fiehler den Auftrag, zum Gesetzentwurf für eine neue bayerische Gemeindeverfassung Stellung zu beziehen: Matzerath, Nationalsozialismus, S. 36.

⁴⁷ Friebe, Kommunalpolitik, S. 41 und 45.

⁴⁸ Friebe, Kommunalpolitik, S. 47.

kommunalpolitischen Arbeit gemessen zu werden, waren auch nach Fiehlers Ansicht nicht unbeträchtlich, da die Politiker und die Auswirkung ihrer Entscheidungen unmittelbar greifbar waren.⁴⁹ Bald nach 1925 gewann die Partei Stadtratsitze und vereinzelt auch Bürgermeisterämter. Jeder hier geleistete Fehler schadete dem Ansehen der Partei. Die NSDAP reagierte hier durchaus empfindlich.⁵⁰ Zudem ließen sich auf dem Gebiet der Kommunalpolitik und -wahlen bereits Erfolge verbuchen, als der Trend noch gegen die NSDAP sprach. So übernahm in Obermenzing ab 1925 der Nationalsozialist Oberbriller das Amt des ersten Bürgermeisters.⁵¹ Schließlich begann die Parteileitung 1927 damit, sich der Kommunalpolitik intensiver zu widmen. Ab Mai des Jahres erschien das „Mitteilungsblatt für die Nationalsozialisten in den Parlamenten und Gemeinderäten“ unter Herausgeberschaft Buttmanns; Fiehler übernahm das Fachressort Kommunalpolitik.⁵² Allerdings erhob Hitler das Organ erst ab 1930 zur Pflichtlektüre für die betroffenen NS-Mandatsträger.⁵³ 1927 und 1929 fanden auf den Reichsparteitagen kommunalpolitische Tagungen statt.⁵⁴ 1927 richtete die ROL als ihre erste Unterabteilung das bereits genannte Referat für Kommunalpolitik ein.⁵⁵ Nach dem Rücktritt Straßers im Dezember 1932 übernahm Fiehler die neugegründete Abteilung „zur Beratung und Überwachung der NS-Arbeit in den Kommunen“.⁵⁶ Es gelang Fiehler jedoch bis 1933 nicht, die NS-Kommunalpolitik im Reich einheitlich zu steuern oder wenigstens die Einhaltung der in den parteioffiziellen Veröffentlichungen erlassenen Richtlinien durchzusetzen.⁵⁷ Entscheidend waren seine Führungsschwäche, die organisatorischen Defizite – nicht einmal jeder Gau besaß einen entsprechenden Fachberater⁵⁸ – und das anhaltende Desinteresse der Parteispitze an der Kommunalpolitik.

Im Gegensatz zur Parteileitung nahmen manche lokale Parteigliederungen kommunalpolitische Themen durchaus ernst. In Bayern fanden bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre regelmäßige Treffen der NS-Stadträte statt.⁵⁹ Auf den Nürnberger Tagungen Ende Januar 1925, also noch vor der Wiedergründung der Partei, und Anfang Februar 1926 bestanden die Teilnehmer zwar auf

⁴⁹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 14.

⁵⁰ Die SPD nutzte entsprechende Skandale weidlich. Auf solche Vorwürfe reagierte die NSDAP anlässlich der bayerischen Landtagswahl 1928 sogar in den Mitteilungsblättern: Matzerath, Nationalsozialismus, S. 55 f., Anm. 235.

⁵¹ 1931 wurde schließlich der Ortsgruppenführer und Gemeinderat Ostertag zweiter Bürgermeister: Front 20 (12. 12. 1931), „Auch der zweite Bürgermeister von Obermenzing ein Nationalsozialist“.

⁵² Matzerath, Nationalsozialismus, S. 39.

⁵³ HRS III/2, Dok. 109, S. 499: Anordnung Hitlers vom 5. 12. 1929.

⁵⁴ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 37. Friebel, Kommunalpolitik, S. 43.

⁵⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 37. Tyrell, Führer befehl, S. 356, 360 und 366.

⁵⁶ Diese war eine von zwei Unterabteilungen der neuerrichteten „Kommission für Beratung und Überwachung der nationalsozialistischen parlamentarischen Arbeit in den Länderparlamenten und Kommunen“ unter der Führung Buttmanns: Tyrell, Führer befehl, S. 369. Vgl. Friebels anderslautende Darstellung, die hier jedoch nicht übernommen wird, da er keine Quellenbelege liefert: Ders., Kommunalpolitik, S. 44.

⁵⁷ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 39 und 53, 170 f.

⁵⁸ Friebel, Kommunalpolitik, S. 44.

⁵⁹ Die näheren Hintergründe der Tagungen ließen sich nicht aus den Quellen erschließen.

ihrer Selbständigkeit, erarbeiteten jedoch zugleich Richtlinien für die Arbeit in den Stadtparlamenten und gründeten eine Arbeitsgemeinschaft zur Beratung der städtischen NS-Fraktionen.⁶⁰ Der nationalsozialistische „Stadträtekongreß“ in München Ende April 1926 begrüßte auch die NS-Fraktion im bayerischen Landtag sowie kommunalpolitische Vertreter aus dem gesamten Reich und nahm zu Gemeindesteuergesetzen Stellung.⁶¹ Die NS-Fraktionen in den Kommunen agierten weitgehend unabhängig von der entsprechenden ROL-Abteilung und waren letztendlich nur den jeweiligen Gauleitungen untergeordnet, insbesondere bei Grundsatzfragen wie etwa Stichwahlbündnissen. Die ROL riet hier nur zu Flexibilität.⁶² Die Münchner Gauleitung beschäftigte sich jedoch bis 1931 wenig mit der Thematik.⁶³ Auf der Tagung der beiden Gaue Groß-München und Oberbayern am 10. November 1929 zur Vorbereitung der bevorstehenden Kommunalwahlen trat nur der oberbayerische Gauleiter Reinhardt mit konkreten Anweisungen auf.⁶⁴ Vergleichbares lieferte erst die Funktionärsschulungstagung des NSDAP-Gaues München-Oberbayern Anfang Oktober 1931. Vorträge instruierten die über 100 anwesenden Gemeindevertreter über ihre innerparteiliche Bedeutung, die NS-Gemeindepolitik sowie über das Verhalten gegenüber anderen Parteien.⁶⁵ Bezeichnenderweise war Fiehler in diese wie auch die 1932 stattfindende Tagung nicht eingebunden.⁶⁶

Die NSDAP entwickelte bis 1933 statt eines konkreten Programms nur sehr allgemein gehaltene kommunalpolitische Grundlinien, die wesentlich auf den „Mitteilungen“ und Fiehlers grundlegender Schrift „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“ basierten. Darüber hinaus skizzierte Hitler seine kommunalpolitischen Vorstellungen in einer Münchner Rede im November 1929.⁶⁷ Er verlangte die absolute Unterordnung der „Tagesfragen“ der Gemeinden unter die großen Fragen der „Weltanschauung“. Alle kommunalpolitischen Themen, etwa die Er-

⁶⁰ MZ 20 (21. 1. 1925), „Eine Tagung der nationalsozialistischen Stadträte Bayerns“. VB 40 (18. 2. 1926), „Unser Vormarsch in Süddeutschland“.

⁶¹ VB 89 (20. 4. 1926), „Mitteilungen. Aufruf!“. IfZ, „Protokollbuch“, S. 62: Fiehler berichtet über die Tagung am Sprechabend der Sektion Schwabing am 29. 4. 1926.

⁶² BA, Berlin, NS 22/1050: Reinhardt an Straßer, 23. 10. 1918 und Antwort Straßers, 5. 11. 1928.

⁶³ Vgl. auch: IfZ, MA 1216: Anordnungen von GPL und GGF 1930–1932. Front 1930–1932. SMP 1932–1933.

⁶⁴ Um einer Situation, wie sie im Münchner Stadtrat bis 1929 vorherrschte, vorzubeugen, verlangte er in seinem Gau mittels eidesstattlicher Erklärungen die Rückgabe der Mandate im Falle des Parteiaustritts oder von Zuwiderhandlungen gegen das Parteiprogramm. Die Frage möglicher Listenverbindungen mit der DNVP blieb den Ortsgruppenführern überlassen. Weibliche Kandidaten wurden erst ab Listenplatz sieben aufgestellt: StA, PDM 6735: PND-Bericht 679 (31. 12. 1929). VB 262 (12. 11. 1929), „Nationalsozialisten und Gemeindepolitik“. StA, Lagebericht 86 (13. 11. 1929), S. 5f.

⁶⁵ Front 11 (10. 10. 1931), „Glänzender Verlauf der Münchner Gauschulungstagung“.

⁶⁶ Front 26 (25. 6. 1932), AdB, „Schulungstagung des Gaues München-Oberbayern 1., 2. und 3. 7. 1932“.

⁶⁷ HRS III/2, Dok. 106, S. 479ff.: Hitler am 29. 11. 1929 im Löwenbräukeller. Er wiederholte damit Gedanken aus seiner Rede gegen die Reinhardt-Festspiele am 3. 4. 1929: HRS III/2, Dok. 17, S. 127ff. Vgl. die ähnlichen Grundgedanken Hitlers auf der Weimarer NSDAP-Reichsführertagung 1927: HRS II/2, Dok. 198, S. 559f.: Hitler am 27. 11. 1927.

ziehung, der Wohnungsbau oder auch die Kunst seien „vom Standpunkt der Erhaltung [des] Blutes“ her zu beurteilen.⁶⁸ Die Parteiführung konzentrierte sich seit den Erfolgen bei der Reichstagswahl 1930 auf die großen überregionalen Wahlen, als einzige realistische Möglichkeit, an die Macht zu gelangen, und verstand die Kommunalpolitik daher in erster Linie als Diskussionsforum für die zentralen Fragen der Reichspolitik sowie als Plattform zur Selbstdarstellung.⁶⁹ Das Endziel der Partei, die Zerstörung der Weimarer Republik und die Eroberung der staatlichen Macht, war Prämisse jeder nationalsozialistischen Kommunalpolitik vor 1933,⁷⁰ auch wenn sich etwa das „Mitteilungsblatt“ der geringen entsprechenden Möglichkeiten bewußt war.⁷¹ Das galt auch in München, wie Karl Fiehler unmittelbar nach der Machtergreifung 1933 feststellte: „Ich habe mir redlich Mühe gegeben, meine Stellung in der Gemeinde dazu zu gebrauchen, den vergangenen Staat zu zerstören [...]“.⁷² Entsprechend formulierte das nationalsozialistische „Mitteilungsblatt“ 1930 als weitere Grundsätze der NS-Kommunalarbeit die propagandistische Zusammenfassung aller Gegner der Republik, den Widerstand gegen den Staat und die Unterstützung der „Opfer dieses Systems“. Nicht nur im Reich beschränkte sich die NS-Kommunalpolitik auf die Selbstinszenierung als Anwalt des Volkes und auf die meist kategorische Ablehnung der Politik der Gemeindeleitung.⁷³ Auf diese Weise sollte laut „Mitteilungsblatt“ verhindert werden, daß man an der „weiteren Ausbeutung und Knechtung unseres Volkes“ durch die „Verschleierung des Bankrotts“ mitwirkte.⁷⁴ Das Blatt propagierte die ausnahmslose Ablehnung von Haushaltsetats,⁷⁵ und Hitler forderte, kommunale Funktionsträger grundsätzlich zu bekämpfen, denn es komme gar nicht darauf an nachzuprüfen, ob deren Politik „anständig“ sei, da alle Momente der Weimarer Kommunalpolitik dem Untergang geweiht seien.⁷⁶ Da die NSDAP die Lösung aller Probleme auf die Zeit nach der Errichtung des nationalsozialistischen Staates verschob, beschränkten sich ihre Kommunalpolitiker auf die narrative Darstellung dieser Probleme.

So wie das gesamte nationalsozialistische „Wirtschaftsprogramm“ blieben auch die Aussagen zur kommunalen Wirtschaftspolitik bis 1933 fragmentarisch. Seit 1927 umwarb die NS-Kommunalpropaganda verstärkt den Mittelstand, unter an-

⁶⁸ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

⁶⁹ So auch Hitler im Münchner Zirkus Krone am 7. 12. 1929: Steinborn, Kommunalpolitik, S. 477. Vgl. auch HRS III/2, Dok. 113, S. 528. Friebe, Kommunalpolitik, S. 46. Hanko, Kommunalpolitik, S. 342. Fiehler bezeichnete die NS-Gemeindevetreter gar als „unbedingten Fremdkörper“ in den Parlamenten: Ders., Gemeindepolitik, S. 12.

⁷⁰ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 52. Goebbels kündigte anlässlich der preußischen Kommunalwahlen im November 1929 an, „positive Aufbauarbeit“ sei gar nicht vorgesehen, man wolle keine Verantwortung für Gemeindepolitik übernehmen: Münchner Telegramm-Zeitung 220 (14. 11. 1929), „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“: Zitat aus Goebbels' „Angriff“ vom November 1929.

⁷¹ Friebe, Kommunalpolitik, S. 46.

⁷² Nationalsozialistische Gemeinde Jg. 1 (1933), S. 272. Hanko, Kommunalpolitik, S. 342.

⁷³ Friebe, Kommunalpolitik, S. 48.

⁷⁴ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 13.

⁷⁵ Zitiert nach Friebe, Kommunalpolitik, S. 68.

⁷⁶ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

derem durch die Kritik an der staatlichen Steuerpolitik bzw. Mittelstandsförderung,⁷⁷ und präsentierte sich, wie in München, als dessen Schutzmacht auch gegen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte.⁷⁸ Gegen die Wohnungsnot wurde der Bau billiger Sozialwohnungen und Kleinsiedlungen propagiert,⁷⁹ gegen die wachsende Arbeitslosigkeit jede Erhöhung der Wohlfahrtsausgaben abgelehnt und dafür staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, die allgemeine Arbeitsdienstpflicht und der „Kampf“ gegen Schwarzarbeit und Doppelverdiener gefordert. Esser erklärte den Arbeitsdienst kurzerhand zur entsprechenden Patentlösung.⁸⁰ Grundsätzlich verlangten NS-Kommunalpolitiker verstärkte staatliche Interventionen, um das „Gemeinwohl“ gegen Einzelinteressen durchzusetzen, insbesondere in der Wirtschaft.⁸¹ Über das Ausmaß dieser Eingriffe herrschte allerdings keine Einigkeit; so lehnte das „Mitteilungsblatt“ 1932 die staatliche Reglementierung angesichts der kommunalen Haushaltsdefizite ab. Jede Steuerregelung habe sich der Versorgung der vielfach mit dem Gemeinwohl betrauten Gemeinde unterzuordnen.⁸² Dagegen wollte Hitler im Wechselspiel zwischen Staat und Gemeinden das „Schicksal“ des Reiches dem der Kommunen überordnen.⁸³ NS-Gemeindevertreter wiederum verwarfen die zentralistischen Tendenzen der Weimarer Reichsverwaltung, verlangten die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte und propagierten zugleich die Ablösung des gemeindlichen Regierungssystems durch das nationalsozialistische Führerprinzip.⁸⁴ Entsprechend pendelten die ohnehin vagen Vorstellungen von Selbstverwaltung in der Münchner Fraktion zwischen den genannten Polen.⁸⁵ Obwohl Hitler für die Verwaltung den Primat des Führergedankens verlangte,⁸⁶ verweigerten die Nationalsozialisten 1932 in den meisten Kommunen eine Erweiterung der Befugnisse der Bürgermeister, um ihren eigenen Einfluß nicht zu schmälern. Während der Krise der kommunalen Haushalte 1930–1932 kritisierten viele Nationalsozialisten die Einschränkungen der Selbstverwaltung durch staatliche Zwangsregulierungen,⁸⁷ wie sie etwa die bayerische Staatsregierung 1932 zur Deckung des Münchner Gemeindehaushalts vornahm.⁸⁸ Die allgemeinen Forderungen des „Mitteilungsblattes“ im Februar 1932 nach Vereinfachung, Sparsamkeit, „Sauberkeit“ und Transparenz der Verwaltung wurden selten konkretisiert und unterschieden sich nur graduell von den Proklamationen der SPD und BVP. Für den öffentlichen Dienst propagierte Fiehler die Entlassung aller Juden und das Ende der Stellenvergabe „nur nach Par-

⁷⁷ Matzerath, Nationalsozialismus, S 54.

⁷⁸ StDA, BuR 451/1: Vgl. v. a. die nationalsozialistischen Anträge 534 (21. 10. 1926), 808 (2. 7. 1928). Hierzu auch Hitler am 29. 11. 1929: Kapitel VI, Anm. 67.

⁷⁹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 50.

⁸⁰ Friebe, Kommunalpolitik, S. 50f. und 76. MGZ vom 20. 9. 1932, S. 612.

⁸¹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 7.

⁸² Friebe, Kommunalpolitik, S. 52.

⁸³ Vgl. Kapitel VI, Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

⁸⁴ Friebe, Kommunalpolitik, S. 56.

⁸⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 59f. und 438.

⁸⁶ Vgl. Kapitel VI, Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929.

⁸⁷ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 58 f.

⁸⁸ Kapitel VI, S. 524 ff.

tegesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten“.⁸⁹ Unbeirrt um Widersprüche betrachtete die NSDAP die totale Politisierung der Beamtenschaft gegen die Republik als erklärtes Ziel und kündigte im gleichen Atemzug deren Unterwerfung unter ihre Ideologie bzw. Vorgaben im künftigen „Dritten Reich“ an.⁹⁰ Auf kulturellem Gebiet befürwortete Fiehler eine strikte Zensur gegen Presse und Literatur und die Ausrichtung der Bildungsarbeit auf die NS-Weltanschauung.⁹¹ Wie jedoch dem allseits diskutierten und prognostizierten kulturellen Niedergang Münchens⁹² begegnet werden sollte, konkretisierten Fiehler und die Fraktion nie.⁹³ Für Hitler war die „deutsche Kunst“ in München ohnehin von keinem Niedergang bedroht.⁹⁴ Die nationalsozialistische Kommunalpolitik lehnte mit Beginn der dreißiger Jahre Steuererhöhungen und neue Steuern verstärkt ab.⁹⁵ Zugleich schloß sich das „Mitteilungsblatt“ 1932 der bereits genannten Forderung nach weitreichender Steuerhoheit für die Kommunen an, um die Selbstverwaltung zu sichern.⁹⁶ Fiehlers Schriften und das „Mitteilungsblatt“⁹⁷ sowie die Münchner Stadtratsfraktion⁹⁸ lehnten jedoch auch die Anleihenpolitik der Kommunen grundsätzlich ab, da diese von „ausländischen Bankjuden“ abhängig mache.⁹⁹

Die NS-Fraktionsarbeit in München während der Jahre 1925 bis 1933 verfolgte weitgehend die bereits skizzierten ideologischen Linien. Das hing nicht zuletzt auch mit Fiehlers Arbeit zusammen. Entgegen ihren offiziell propagierten Grundsätzen beschränkte sich die NS-Fraktion, insbesondere Fiehler, hierbei keineswegs nur auf die prinzipielle Negation. Dieses Phänomen charakterisierte die NS-Kommunalpolitik reichsweit und entwickelte sich regional unterschiedlich durch die Teilhabe an der gemeindlichen Tagespolitik. Dahinter standen taktische, propagandistische, aber auch sachliche Gründe. Manche NS-Gemeindevertretungen im Reich, darunter auch die Münchner Fraktion, schienen durchaus mit sachlicher Arbeit und eigenständigen Konzeptionen mit dem politischen Gegner konkurrieren zu wollen.¹⁰⁰ Das wird vor allem deutlich an den Anträgen der Fraktion in diesen neun Jahren im Münchner Stadtrat. Hier kristallisieren sich vier Kategorien von Anträgen heraus: Anträge mit deutlich überzogenen Forderungen mit und ohne ideologische Färbung, zurückhaltendere Anträge mit ideologischer Färbung, Anträge ohne jede Provokation und ideologische Färbung und schließlich Anträge, die sich keiner der drei anderen Kategorien eindeutig zuordnen lassen.

⁸⁹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 70f.

⁹⁰ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 60.

⁹¹ Friebel, Kommunalpolitik, S. 54. Fiehler, Gemeindepolitik, S. 34.

⁹² Vgl. dazu u. a. Prinz, Präludium, S. 33 ff.

⁹³ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 34.

⁹⁴ Vgl. Kapitel VI., Anm. 67: Hitler am 29. 11. 1929, hier S. 132f. und 492.

⁹⁵ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 54. Zur Haltung der Münchner Fraktion vgl. StdA, BuR 451/1 und die Jahrgänge der MGZ 1925–1933.

⁹⁶ Friebel, Kommunalpolitik, S. 48.

⁹⁷ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 54.

⁹⁸ Vgl. StdA, BuR 451/1, v. a. die nationalsozialistischen Anträge 110 (17. 2. 1925), 459 (5. 5. 1926), 795 (23. 5. 1928).

⁹⁹ Fiehler, Gemeindepolitik, S. 28.

¹⁰⁰ Matzerath, Nationalsozialismus, S. 56f.

Unter die dritte Kategorie fällt etwa der Antrag im Mai 1925, der Straßenbahn-Schülerkarten auch für Kaufmannslehrlinge forderte, da diese zu geringen Lohn erhielten.¹⁰¹ Zu den deutlich überzogenen Anträgen zählt z.B. Fiehlers Forderung Ende Oktober 1928, für eine Weihnachtsbescherung zugunsten der meist sozial schwächeren Kinder der Fortbildungsschulen, für die bisher keine Mittel vorgesehen waren, einen Betrag von 10000 RM zur Verfügung zu stellen.¹⁰² Bei den nationalsozialistischen Anträgen zum Haushaltsplan 1928 war die ideologische Färbung deutlicher erkennbar.¹⁰³ Fiehler forderte hier unter anderem die Einführung einer „Wohnungsluxussteuer“, die Streichung der Zuschüsse an die liberalen Münchner Kammerspiele und den Gewerkschaftsverein oder auch die schärfere Besteuerung von Warenhäusern und ausländischen Filmen. Mehr als die Hälfte aller Anträge in den Jahren 1925 bis 1929, 1928 und 1929 sogar zwei Drittel, vermieden überzogene und provokante Forderungen oder ideologische Färbung.¹⁰⁴ Unbeirrt um den bereits von Hanko festgestellten Widerspruch der NS-Kommunalpolitik zwischen ideologischer Zielsetzung und Sacharbeit¹⁰⁵ zeigte die Münchner NS-Fraktion immerhin Anzeichen für einen Willen zu ernsthafter Mitarbeit und bot gelegentlich durchaus substantielle Verbesserungsvorschläge für die Probleme der Stadtgemeinde. Mit diesen Anträgen wollte sich die Fraktion vor allem als Beschützer der sogenannten „kleinen Leute“ und des Mittelstands profilieren, während zumindest Fiehler auch echtes soziales Interesse zeigte.¹⁰⁶ Die meisten sachlichen und moderaten Anträge betrafen allerdings nur kommunalpolitische Randbereiche und Marginalien. Grundlegenden Problemen widmete sich dagegen z. B. ein Antrag im Dezember 1926. Um der wachsenden Verschuldung der Kommune durch Großkredite abzuhelfen, verlangte die Münchner NS-Fraktion, den wachsenden Geldbedarf statt durch solche Kredite eher durch die Ausgabe von „Notgeld“, unverzinslichen Papieren oder auch durch die Bildung von „Baufonds“ mit langjährigen Tilgungsraten zu decken. Auf diese Weise werde die Inflation nicht angeheizt, da „dauernde Werte“ als Gegenleistung geschaffen würden, und zugleich hohe Zinslasten vermieden.¹⁰⁷ Der Stadtrat wurde aufgefordert, gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und anderen kommunalen Spitzenverbänden von der Reichs- und Staatsregierung die Erlaubnis für ein solches Vorgehen zu erwirken.¹⁰⁸ 1931 beschäftigte sich die NS-Fraktion vor allem mit zwei großen Themen, der zunehmenden Finanzkrise der Stadt und den damit zusammenhängenden Personalentlassungen in städtischen Betrieben. Den 127 Entlassungen lagen Kriterien, wie Mängel in Qualifikation oder Leistung, zugrunde, in einigen Fällen auch die exzessive republikfeindliche politische Aktivität. So wurde

¹⁰¹ StdA, BuR 451/1: Antrag 173 (4. 5. 1925).

¹⁰² StdA, BuR 451/1: Antrag 865 (22. 10. 1928).

¹⁰³ StdA, BuR 451/1: Antrag 795 (23. 5. 1928).

¹⁰⁴ StdA, BuR 451/1: Nationalsozialistische Anträge im Münchner Stadtrat.

¹⁰⁵ Hanko, Kommunalpolitik, S. 343. Vgl. hierzu auch Steinborn, S. 378 ff.

¹⁰⁶ BA, Berlin, NS 18/5018: Fiehler an RPL, 24. 6. 1931: Fiehler schilderte hier sein Engagement im Stadtrat für eine Gruppe sozial schwacher Mieter gegen einen aus seiner Sicht problematischen Kündigungsbescheid.

¹⁰⁷ StdA, BuR 451/1: Antrag 459 (5. 5. 1926).

¹⁰⁸ Ebenda.

im Münchner Schlacht- und Viehhof acht NS-Parteimitgliedern gekündigt. Daraufhin beantragte die NS-Fraktion einen Untersuchungsausschuß zu angeblichen „Unregelmäßigkeiten“ bei diesen Vorgängen, scheiterte jedoch an der ablehnenden Stadtratsmehrheit.¹⁰⁹ Der analog zur Wirtschaftskrise wachsenden finanziellen Notlage der Stadt widmete sich Anfang September 1931 ein eher populistischer denn realitätsbezogener nationalsozialistischer Dringlichkeitsantrag.¹¹⁰ Die Gemeinde solle die „Flut“ staatlicher Notverordnungen zurückweisen, die Steuererhöhungen und drastische Einsparungen bei städtischen Gehältern, vor allem bei der unteren und mittleren Beamtenschicht, sowie bei kulturellen und sozialen Aufgaben erzwingen. Es gelte „die letzten Reste gemeindlicher Selbstverwaltung“ zu bewahren. Eine Denkschrift für die Staatsregierung müsse die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Notverordnung und die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen des Sparkurses aufzeigen. Eine zweite Denkschrift habe die Kürzungen der höheren Beamtengehälter um 20 bis 50 Prozent vorzuschlagen, sowie eine Neuregelung der städtischen Besoldungen nach Kriterien, wie Leistung, Verantwortlichkeit und örtliche Lebenshaltungskosten. Die „schonungslose Klarlegung der tatsächlichen Lage der Gemeinden“ werde der Reichsregierung beweisen, daß jede Erholung nur durch ein Ende der Reparationszahlungen zu erreichen sei. Der Stadtrat erörterte den Antrag Ende September zwar, verwies einige Forderungen an die Sparkommission und an den Personalausschuß, lehnte ihn jedoch letztendlich ab.¹¹¹ Der Deutsche Städtetag und der Bayerische Städtebund hätten hier bereits ausreichend Stellung bezogen.

Im Krisenjahr 1932 zeigte das nationalsozialistische Engagement im Stadtrat eine eigentümliche Entwicklung.¹¹² Ab März verzichtete die Fraktion für den Rest des Jahres auf jede extreme Aggression, provozierte gerade noch Ordnungsrufe. Möglicherweise galt es zunächst im Reichspräsidentenwahlkampf Seriosität zu beweisen. Später spiegelte sich hier die Enttäuschung über den gescheiterten Versuch, durch diese Wahl an die Macht zu gelangen. Vielleicht wollte die Fraktion auch angesichts der Ereignisse um das SA/SS-Verbot Juni/Juli 1932 den bayerischen Behörden keinen Anlaß für ein hartes Vorgehen liefern. Auch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 änderte an der Zurückhaltung nichts. Noch im Februar 1932 war dagegen die nationalsozialistische Aggressivität eskaliert. Immer wieder inszenierten NS-Fraktionsmitglieder, allen voran Esser, schwere Tumulte. Einmal hielt sich die gesamte Fraktion über eine Woche demonstrativ von den Sitzungen fern. Als Anlaß diente jedesmal die Nichtzulassung nationalsozialistischer Redner durch die Geschäftsordnung. Esser gebärdete sich besonders rabiat, entriß dem Sitzungsleiter die Glocke und mußte nach handgreiflichen Attacken mit Polizeigewalt zunächst aus dem Sitzungssaal und

¹⁰⁹ Nach der Machtergreifung setzte wiederum einer der Betroffenen, der Betriebsrat Gleixner, die Entlassung nahezu aller damals beteiligten Stadtbeamten durch: Hanko, Kommunalpolitik, S. 344f.

¹¹⁰ StdA, BuR 451/2: Antrag 270 (8. 9. 1931).

¹¹¹ StdA, BuR 451/2: Beschluß des Stadtrat-Hauptausschusses vom 1. 10. 1931.

¹¹² Im Folgenden: Friebe, Kommunalpolitik, S. 62–65, 135ff. Vgl. auch MGZ vom 4. 2. 1932, S. 63f. Ebenda vom 16. 2. 1932, S. 131. Ebenda vom 23. 2. 1932, S. 158.

schließlich von der Besuchertribüne vertrieben werden.¹¹³ Erstaunlicherweise bot der Stadtrat diesen Attacken keinen ernsthaften Widerstand. Die NS-Fraktion war keineswegs isoliert. Ihre Anträge wurden parallel zu den Konfrontationen diskutiert und einer am 11. Februar sogar angenommen.¹¹⁴ Alle Rufe nach einer „handfesteren“ Geschäftsordnung blieben ohne Konsequenz. Die Möglichkeiten, derartige Exzesse zu unterbinden, waren gering. Scharnagls Anregung im Ältestenausschuß des Stadtrats, den Sitzungsausschluß von Störern von bisher zwei Tagen auf ein Vierteljahr auszuweiten, wurde verworfen.¹¹⁵ Angesichts dessen mußte der Stadtrat einen Ansehensverlust in der Öffentlichkeit befürchten. Die Mehrheit des Münchner Stadtrates schien grundsätzlich keineswegs beunruhigt über die NS-Fraktion. Die Nationalsozialisten wurden eher unterschätzt.¹¹⁶ Mancher Kommunalpolitiker wünschte ihnen sogar Regierungsverantwortung, damit sich die Unhaltbarkeit ihrer Theorien erweise. Die Partei, die den Stadtrat ohnehin nur als Instrument auf dem Wege zur Machtergreifung betrachtete, konnte die Münchner Kommunalpolitik nicht wesentlich beeinflussen; der Stadtrat war durch die Zusammenarbeit von BVP und Sozialdemokraten – auch wenn diese nie offen proklamiert wurde – stark genug, die Attacken zu verkraften und geordnet zu arbeiten.¹¹⁷

Gelegentlich erhielten bestimmte NS-Anträge auch Zustimmung, zumeist in der Theaterpolitik. So verhinderte die NS-Fraktion immer wieder im Verbund mit der Stadtratsmehrheit die Aufführung bestimmter Stücke, vor allem in den Kammerspielen.¹¹⁸ Damit trug sie indirekt zum finanziellen Ruin dieser wohl bedeutendsten liberalen Theaterbühne Münchens bei. Die hochverschuldeten Kammerspiele lagen nicht allein wegen ihrer zeitkritischen und avantgardistischen Aufführungen in der Schußlinie der Nationalsozialisten, sondern auch wegen des jüdischen Glaubens ihres geschäftsführenden Direktors Adolf Kaufmann.¹¹⁹ Das nationalsozialistische Vorgehen deckte sich weitgehend mit der Linie der konservativen, stellenweise sogar der liberaleren Zeitungen gegenüber dem Spielplan der Kammerspiele und nicht zuletzt auch mit der Linie der konservativen Parteien im Stadtrat. BVP und DNVP setzten gelegentlich auch ohne NS-Initiative Aufführungsverbote durch.¹²⁰ Doch die NS-Theaterpolitik hatte nicht in jedem Fall Erfolg. Eine Aufführung in den Kammerspielen an Allerheiligen 1926 konnte sie nicht verhindern,¹²¹ ebenso wenig 1928 Kreneks Jazzoper „Jonny spielt auf“, die

¹¹³ Friebel, Kommunalpolitik, S. 62.

¹¹⁴ Friebel, Kommunalpolitik, S. 67.

¹¹⁵ Friebel vermutet vor allem entsprechende juristische Bedenken: Ders., Kommunalpolitik, S. 64.

¹¹⁶ Vgl. die Äußerung Karl Scharnagls nach 1945: Kapitel IV.4., Anm. 264.

¹¹⁷ Friebel, Kommunalpolitik, S. 84 und 135 ff..

¹¹⁸ 1925 traf dieses Schicksal Wedekinds „Büchse der Pandora“, 1926 Zuckmayrs „Der fröhliche Weinberg“, 1928 Karl Kraus' „Traumstück“, 1930 Falkenbergs Inszenierung von Friedrich Wolfs „Cyankali“: Petzet, Kammerspiele, S. 174, 200 f. und 220.

¹¹⁹ Euler, Kammerspiele, S. 109.

¹²⁰ Ebenda, S. 110 ff.

¹²¹ Das Stück konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die Äußerung Fiehlers: StA, PDM 6733: Sprechabend der Sektion Schwabing am 28. 10. 1926.

sich nicht einmal mit nationalsozialistischen Stinkbomben und Protestgesängen sprengen ließ,¹²² und auch nicht die Max-Reinhardt-Festspiele 1929.¹²³ 1932 wurden drei NS-Anträge zum Themenkomplex Arbeitslosigkeit von der Stadtratsmehrheit angenommen. Dies waren ein Antrag Mitte Februar auf Einspruch gegen die Kürzungen der Invalidenversicherung durch das Reich zuungunsten der Kommunen, ein Antrag im März auf Bereitstellung von städtischem Grund für den Wohnungsbau und ein Antrag im September auf Wiederinbetriebnahme der Isartalbahn. Die übrigen Anträge des Themenkomplexes wurden bis auf zwei, für die sich eine Abstimmung von selbst erledigt hatte, in nichtöffentliche Sitzungen oder in das nächste Sitzungsjahr verlegt. Die beiden Anträge zu allgemeinen Wirtschaftsfragen, die sich gegen die Mittagsbrotzeit städtischer Beamter im jüdischen Kaufhaus Uhlfelder und gegen die Errichtung eines Einheitspreisgeschäftes in der Lohringer Garage richteten, scheiterten. Der kulturpolitische Antrag Anfang Februar, gegen die staatliche Schließung des Prinzregententheaters vorzugehen, wurde ebenfalls abgewiesen. Großer Erfolg war den NS-Anträgen 1932 nicht beschieden, auch wenn der „Völkische Beobachter“ natürlich das Gegenteil berichtete:¹²⁴ Von 23 Anträgen waren nur drei in öffentlicher Sitzung erörtert, alle übrigen in nichtöffentlichen Sitzungen behandelt und hier zumeist abgelehnt worden.¹²⁵ BVP und SPD waren nicht bereit, die NSDAP durch Zustimmung zu ihren Anträgen politisch aufzuwerten. Letztendlich wurde den Nationalsozialisten nicht die Möglichkeit gegeben, in der Münchner Kommunalpolitik Wesentliches mitzubestimmen.

Zumindest mit der Zahl ihrer Eingaben suchte die NS-Fraktion selbst im Krisenjahr 1932 mit dem politischen Gegner Schritt zu halten. Ihre Anträge und Anfragen stellten mehr als ein Fünftel der insgesamt 103 Eingaben des Jahres. Damit blieb sie um sechs hinter der SPD zurück und übertraf um zehn die BVP.¹²⁶ Zehn dieser Anträge behandelten Fragen der Arbeitslosigkeit und der Wohlfahrtslasten, zwei weitere betrafen sonstige wirtschaftliche Fragen, einer kulturelle Belange. In der Haushaltsdebatte 1932 wurden die widersprüchlichen Grundlinien der NS-Kommunalpolitik ein letztes Mal vor der Machtergreifung deutlich. Die Stadtregierung hatte demonstrativ in ihrem Etatvorschlag vom 4. April ein 17 Millionen starkes Defizit aufgenommen, zu dessen Deckung sie sich infolge der Wirtschaftskrise außerstande sah. Auf diese Weise protestierte man gegen die staatliche Finanzpolitik, die den Gemeinden immer mehr Lasten, jedoch immer weniger Finanzierungsquellen überließ.¹²⁷ Die Nationalsozialisten stimmten dem Entwurf wie auch der beiliegenden Protestnote an die bayerische Staatsregierung zu und suchten zugleich den Protest des Stadtrates für die eigene Kritik am Weimarer „Sy-

¹²² Steinborn, Kommunalpolitik, S. 437.

¹²³ MNN 78 (20. 3. 1929), „Das verhinderte Reinhardt-Gastspiel“.

¹²⁴ VB 1 (1./2. 1. 1933), AdB.

¹²⁵ Friebel, Kommunalpolitik, S. 67.

¹²⁶ Friebel, Kommunalpolitik, S. 65 ff.

¹²⁷ Im Folgenden: Friebel, Kommunalpolitik, S. 69–79. MGZ vom 31. 5. 1932, S. 349 ff. und 353. Ebenda vom 30. 6. 1932, S. 434 ff., 458, 461, 467. Ebenda vom 6. 10. 1932, S. 658 f. Ebenda vom 22. 11. 1932, S. 843.

stem“ zu vereinnahmen.¹²⁸ Als die Regierung von Oberbayern diesen Etat nicht akzeptierte und die Stadt zu einer Reihe dramatischer Sparmaßnahmen zwang, weigerten sich die Nationalsozialisten, an einem Ausweg mitzuarbeiten. Geschichte warfen sie der BVP die bisherige „wahnsinnige“ Kreditaufnahme wie auch die Nachgiebigkeit gegenüber der genannten staatlichen Finanzpolitik vor. Unberührt um die ursprüngliche nationalsozialistische Zustimmung argumentierte Esser, die Proteste des Stadtrates zerstörten die staatliche Autorität. Die NS-Fraktion hielt an der Selbstinszenierung als Hüterin sozialer Belange fest, ungeachtet der Widersinnigkeit ihrer Argumentation. Während die Stadtverwaltung seit Monaten verzweifelt Einsparungsmöglichkeiten suchte, forderte Fiehler finanzielle Zuschüsse für Schülertheater-Aufführungen und Schulhauserweiterungen und lehnte alle Einsparungen bei Arbeitsbeschaffung, Straßenbau, Wohnungsbau und sogar beim Flugwesen ab. Die Nationalsozialisten verweigerten (wie die KPD auch) dem zweiten und dem dritten Haushaltsentwurf, die beide erneut erhebliche Defizite aufwiesen, wie auch dem von der Staatsaufsichtsbehörde schließlich am 30. September aufoktroierten Zwangsabgleich die Zustimmung. Einen alternativen Entwurf hatte die Fraktion nicht vorzuweisen, die Argumente blieben ebenfalls die gleichen. Schließlich bot Esser in der Debatte am 6. Oktober der BVP die Möglichkeit einer Koalition an – natürlich unter Führung der NSDAP – und drohte, die aggressive Stimmung im Volk werde ohnehin bald die Auflösung des Stadtrates herbeiführen.¹²⁹ Die NSDAP verweigerte der Stadt auf dem Höhepunkt der Krise jede Hilfe und entlarvte damit die selbststilisierte Pose als Retter der Selbstverwaltung als Propagandafloskel.¹³⁰ Dies war nur konsequent, denn die Krise lag ja in ihrem Interesse, sie lieferte die Munition zur Bekämpfung der Weimarer Republik.

3. Die Bedeutung der Mitarbeit im Stadtrat für die Münchner NSDAP

Indizien für die Stellung der Münchner NS-Fraktion in der städtischen Parteioorganisation bieten der Rang und die Entscheidungskompetenz ihrer Mitglieder innerhalb der lokalen Hierarchie. Unter den für die Wahl im Dezember 1929 aufgestellten 20 Kandidaten¹³¹ fanden sich vier aktive Ortsgruppenführer und zwei Mitglieder von Ortsgruppenführungen, die Leiter der Münchner SA und SS, ein Mitglied der Gauleitung Groß-München, zwei Mitglieder des bayerischen Landtags und eines des Reichstags (Frick), drei Führer der Reichsleitung sowie zwei Spitzenfunktionäre der NS-Presse (Amann und Esser). Dazu kamen Parteiprominente mit dem Renommee des „Alten Kämpfers“, jedoch ohne nominelle Macht:

¹²⁸ Fiehlers Vorwürfe gegen den bayerischen Staat gipfelten in der Behauptung: „Wir befinden uns nicht mehr in einem Rechtsstaat, sondern in einem Staat absoluter Willkür“: MGZ vom 27. 5. 1932, S 335.

¹²⁹ Friebe, Kommunalpolitik, S. 79ff.

¹³⁰ Hanko, Kommunalpolitik, S. 342.

¹³¹ VB 272 (23. 11. 1929), „Unsere Kandidaten“.

Weber, Grimminger, Hoffmann, der Hitler-Adjutant Schaub und der ehemalige Laimer Sektionsführer und zweite Kassierer der NSDAP von 1921 Riedl.¹³² Die lokale Führungsschicht, die Mitglieder der Parteispitze und die Gruppe „Alter Kämpfer“ ohne nominelle Macht waren jedoch nur auf dem Papier in etwa gleich stark vertreten, da auf den aussichtsreichen ersten zehn Plätzen Reichsleitung, Pressefunktionäre, „Alte Kämpfer“ und der Münchner SA-Führer dominierten. Unter den ersten sechs Kandidaten, die schließlich gewählt wurden, befand sich mit Fiehler nur mehr ein Ortsgruppenführer. Die Auszeichnung alter Parteiprominenz hatte Vorrang vor der Aktivierung kommunalpolitischer Kompetenz¹³³ und vor der Belohnung erfolgreicher und aktiver lokaler Führer, wie des Multifunktionsbauers Bauer¹³⁴ oder des Münchner SA-Führers Zöberlein, die hinter den nicht aktiven Parteiprominenten Grimminger und Hoffmann erst auf die Plätze neun und zehn verwiesen wurden. Vermutlich stand hinter dieser Machtverteilung die Münchner Gauleitung, die den Machtzuwachs von Ortsgruppen- oder SA-Führern durch ein Stadtratsmandat zu verhindern suchte. Grundsätzlich war ohnehin die Beziehung zu Hitler entscheidend. Die 1929 gewählten Kandidaten waren jedenfalls, mit Ausnahme von Fiehler, nicht in die lokale Partei eingebunden und verfügten hier kaum über echtes Ansehen und Einfluß, abgesehen von Amann und Schwarz. Während Amann wegen seines Einflusses auf das Parteiorgan und wegen seiner gelegentlichen finanziellen Zuwendungen wichtig war, bestimmte der Reichsschatzmeister, wie geschildert, den Handlungsspielraum der Ortsgruppen entscheidend mit.¹³⁵

Das Ansehen der Stadträte innerhalb der Münchner NSDAP läßt sich nur eingeschränkt bemessen. Generell besaßen deren öffentliche Auftritte in den Jahren von 1925 bis 1927 größere Bedeutung, solange die Münchner Partei aufgrund des zweijährigen Redeverbotes auf ihre größte rhetorische Attraktion, Hitler, verzichten mußte.¹³⁶ Unter den NS-Gemeindevertretern im Reich kam der Münchner Stadtratsfraktion durch die Präsenz hochrangiger Parteiführer besonderes politisches Gewicht zu. Ein Münchner Stadtratssitz gewann zudem als materielle Absicherung und vor allem als Anerkennungsprämie Hitlers sowie durch das innerparteiliche Ansehen Münchens als Gründungsstätte und Ort des Novemberputsches zusätzlich einen eigenen Wert. Daher war dieses Amt auch für hochrangige Parteiführer wie etwa Amann oder Schwarz, die in ihren Aufgabenbereichen ohnehin überbeansprucht waren und vermutlich auch keine finanzielle Unterstüt-

¹³² StA, PDM 6798: Sitzungsprotokoll der NSDAP-Generalmitgliederversammlung im Januar 1921, Abschrift vom 10. 2. 1921. StA, NSDAP 496: Korrespondenz Sektion Laim mit der HGS 1925–1928. StA, PDM 6657: Ogf Laim, Riedl, an PDM vom 28. 11. 1929.

¹³³ Vgl. auch Hanko, Kommunalpolitik, S. 339. Steinborn, Kommunalpolitik, S. 485. Friebe, Kommunalpolitik, S. 56.

¹³⁴ Vgl. zu Bauer Kapitel IV.1. und IV.2.

¹³⁵ Betrachtet man die Rangstellung der Kandidaten auf den aussichtsreichsten Listenplätzen, läßt sich Hanko nicht zustimmen, der die Besetzung der Münchner Kandidatenliste 1929 als Indiz für den geringen Stellenwert bezeichnet, den die Parteispitze der Kommunalpolitik, aber auch den Mandatsträgern zumaß: Ders., Kommunalpolitik, S. 339. Überdies wäre zu erwarten gewesen, daß sich die Mandatsträger in die Materie einarbeiteten und sich ihre fehlende kommunalpolitische Kompetenz erwarben.

¹³⁶ Wiesemann, Vorgeschichte, S. 89.

zung benötigten, reizvoll. Zugleich galt es, in der Wahlliste möglichst bekannte und zugkräftige Namen, die ja durch die Anwesenheit der Reichsleitung leicht verfügbar waren, zu präsentieren.

Für die Münchner Partei diente der Stadtrat auch als gelegentliche Propaganda-plattform. Durch konträre Stadtratsdiskussionen kamen die Nationalsozialisten in die Medien. Der „Völkische Beobachter“ berichtete ebenfalls sporadisch über die NS-Fraktion. Die Münchner Gemeindezeitung druckte Redebeiträge der NS-Stadträte und damit NS-Propaganda kostenlos. Auch in den NS-Stadtteilorganisationen war die Fraktionsarbeit immer wieder ein Gegenstand der Debatte, wenn auch sehr selten und bis 1929 meist auf das Verhalten der NSFB-Stadträte Fuchs und Buckeley beschränkt.¹³⁷ Häufiger wurde hierbei Fiehler aktiv, der sich auf diese Weise in seiner Sektion Schwabing wie auch innerhalb der Münchner Partei zu profilieren suchte.¹³⁸ Ein ausdrücklich positives Echo erhielt die Arbeit der Münchner Fraktion in den Sektionen nur in Ausnahmefällen.¹³⁹ Der Einfluß der nationalsozialistischen Stadtratsarbeit auf die Münchner Wahlergebnisse läßt sich kaum rekonstruieren, da die Wähler vermutlich nur 1929 das kommunale Auftreten der Partei als Wahlkriterium betrachteten und sonst stets die Politik im Reich und in Bayern. Inwieweit die ohnehin kaum thematisierte Fraktionsarbeit von den Wählern überhaupt registriert wurde, läßt sich nicht feststellen. Der NS-Kommunalwahlkampf übertraf zwar den der anderen Parteien, stand jedoch, wie geschildert, hinter dem Aufwand für die Reichstagswahl von 1928 zurück. Allerdings signalisiert die Wahl von 1929, daß der Selbstdarstellung der Fraktion nur wenig Erfolg beschieden war. Betrachtet man den reichsweiten Trend, so war das Münchner Ergebnis ein großer Erfolg. Mit 16 Prozent der Stimmen verzeichnete die Münchner NSDAP bei den reichsweiten Kommunalwahlen 1929 und 1930 unter den bayerischen Parteiorganisationen ein hervorragendes Ergebnis,¹⁴⁰ stand aber auch unter denen der deutschen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern in der Spitzengruppe neben Städten wie Wiesbaden (16,7%) oder Frankfurt am Main (10,6%).¹⁴¹ Dennoch mußte es den Parteistrategen zu denken geben, daß

¹³⁷ Vgl. Kapitel IV.3., Anm. 39 (Quellen der NSDAP-Versammlung 1925–1929).

¹³⁸ So berichtete Fiehler z. B. in den Schwabinger Sprechabenden seit 1925 im Anschluß an die Referate immer wieder von der Kommunalpolitik. Durchschnittlich drei bis vier Referate pro Jahr in den Sprechabenden dieser Sektion galten der Münchner Kommunalpolitik: Vgl. IfZ, „Protokollbuch“, „Protokollheft“ und StA, PDM 6733: Versammlungen der Sektion Schwabing 1925–1929. Zu Fiehlers Amtsantritt in Schwabing: StA, PDM 6733: PND 546: Schwabinger Sektionsversammlung am 22. 7. 1926.

¹³⁹ Vgl. z. B. IfZ, „Protokollbuch“, S. 56.

¹⁴⁰ Die größten Erfolge bei den Kommunalwahlen im Jahr 1929 erzielte die NSDAP im reichsweiten Vergleich in Bayern. Hier gewann die Partei in der Kategorie der Städte mit über 25 000 Einwohnern im Durchschnitt 12,1 Prozent der Sitze. Das Gesamtergebnis für alle bayerischen Kommunen lag mit zwei Prozent der Stimmen für die NSDAP jedoch sehr niedrig. Die Münchner NSDAP rangierte mit 16 Prozent gemeinsam mit Nürnberg an fünfter Stelle nach Pirmasens, Bayreuth, Ingolstadt und Hof: Matzerath, Nationalsozialismus, S. 48 ff.

¹⁴¹ Ebenda, S. 47 ff. Die Kommunalwahlen im November 1929 in Sachsen und Preußen ergaben in Städten dieser Größenordnung durchschnittlich 8,6 Prozent bzw. 4,6 Prozent der Rathaussitze. Zu den Ergebnissen in den Großstädten dieser Länder trug vor allem die hier besser ausgebauten Parteiorganisation bei: Ebenda, S. 49. Bei den Kommunalwahlen

die Partei trotz Wirtschaftskrise und gestiegenem Propagandaaufwand in München nur 15 000 Stimmen bzw. zwei Sitze mehr errungen hatte¹⁴² als GVG und NSFB 1924 zusammen. Im Dezember 1924 beeinflussten die politische und wirtschaftliche Beruhigung und die heillose Zerstrittenheit der Völkischen¹⁴³ deren Reichstags- und Kommunalwahlergebnisse negativ. Die nationalsozialistische Stadtratsarbeit hatte demnach seit 1925 keine Zugkraft entwickelt, die über ein gewisses Stammwählerpotential hinaus Wähler mobilisierte.¹⁴⁴

in Baden im November 1930, die zweifellos bereits vom Reichstagswahltrend im September beeinflusst waren, stellte die Partei in rund 70 Prozent aller Kommunen starke Vertretungen: Ebenda, S. 49, Anm. 192.

¹⁴² Steinborn, Kommunalpolitik, S. 552.

¹⁴³ Jablonsky, Dissolution, S. 140–145. Tyrell, Führer befehl, S. 70 und Dok. 34, S. 86 f. Gordon, Hitlerputsch, S. 493 und 497. StA, Lageberichte 20 (2. 12. 1924), S. 10 ff. und 21 (16. 12. 1924), S. 7.

¹⁴⁴ Friebel kommt zum selben Ergebnis, ohne jedoch die Kommunalwahlen 1924 und 1929 miteinander zu vergleichen: Ders., Kommunalpolitik, S. 84.

Zusammenfassung

I.

Als Hitler die NSDAP im Februar 1925 wieder gründete, zerschlugen sich binnen kurzem die Hoffnungen, in München am Erfolg der Jahre bis 1923 anknüpfen zu können. Ließ sich das vernichtende Ergebnis der Reichspräsidentenwahl 1925 noch als Persönlichkeitswahl ohne Aussagekraft über die Zustimmung zum Nationalsozialismus beiseite schieben, so war die Stagnation in den Folgejahren nicht zu übersehen. Die Aktivitäten der Partei gewannen weit weniger spektakuläres Ausmaß als noch in den Jahren bis 1923; Propagandamärsche, intensive Verbreitung von Flugschriften und Großveranstaltungen zählten kaum zum Repertoire. Parteiversammlungen waren überdies meist nur mäßig besucht. Die Münchner Ortsgruppe kam von 1926 bis zum Frühjahr 1928 über 2500 Mitglieder nicht hinaus. Damit stand sie weit hinter BVP und SPD zurück und erreichte nicht einmal ihren Stand des Jahres 1923. Sämtliche Nebenorganisationen der Münchner NSDAP stagnierten mit verschwindend kleinen Mitgliederzahlen. Selbst die SA hielt bis 1928 nur mühsam ihren Stand von 300 Mitgliedern und fiel hinter etlichen Wehrverbänden oder selbst hinter dem „Deutschvölkischen Turnverein“ zurück. Das sozialdemokratische „Reichsbanner“ war sogar um das nahezu Zwanzigfache stärker. Diese Parteimitgliedschaft der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war im Hinblick auf ihre Sozialstruktur in der Stadt fest verankert. Das sozial-ökonomische Profil der Münchner NSDAP, das, mit Ausnahme des geringeren Arbeiteranteils, dem Profil der Gesamtpartei sehr ähnlich war, bot ein Abbild der städtischen Gesamtbevölkerung; die Partei stellte keine Außenseitergruppe dar.

Da die öffentlichkeitswirksame Propaganda nur eine untergeordnete Rolle spielte und größere Nahziele wie etwa eine Wahl fehlten, konzentrierten sich die Sektionen auf ihr Binnenleben – eine für viele NSDAP-Regionalorganisationen 1925/1926 charakteristische Situation.¹ Hier entwickelte sich bald ein dichtes spezifisch nationalsozialistisches Milieu, das einigen Sektionen – vor allem in den eher bürgerlich dominierten Stadtvierteln Schwabing, Innenstadt, Laim und Nymphenburg-Gern – in den ersten beiden Jahren nach 1925 einen langsamen Mitgliederzuwachs oder zumindest relative Stabilität sicherte. Die Anziehungskraft, aber auch die Dichte dieses Milieus, das den Beteiligten das Gefühl einer Art Großfamilie vermittelte, hingen von dem Charisma und Engagement des jeweiligen Sektionsführers und seiner Mitarbeiter ab. Deren Desinteresse wie auch fortwährender Streit oder Geldmangel konnte dieses feingesponnene Netz aus sozialem Engagement, Binnenorganisationen, Unterhaltungsaktivitäten und persönlicher Einbindung des einzelnen Mitglieds (sofern es in der Mitgliederversammlung erschien) zerstören. Der Wechsel in der Schwabinger Sektionsführung demon-

¹ Orlow, Nazi Party, S. 104.

strierte dies deutlich. Das nationalsozialistische Vereinsleben orientierte sich stellenweise an den Arbeiterparteien, entwickelte jedoch nie dasselbe breite Organisationsspektrum und maß etwa dem Sport oder Bergwandern kaum Bedeutung bei.

Das Milieu besaß allerdings letztendlich nicht die Anziehungskraft, um im großen Stil neue Anhänger zu werben und die Stagnation bzw. die durchschnittliche Fluktuationsrate der Jahre bis 1929 von rund 50 Prozent zu verhindern. Die Parteiaustritte innerhalb der Sektion Schwabing erreichten 1927 ihren Höhepunkt. Ohnehin besuchten bestenfalls ein Drittel bis ein Viertel der Münchner Sektionsmitglieder die Mitgliederversammlungen, das Zentrum des Vereinslebens. Seit 1927 sanken die Besucherzahlen fortwährend. Ähnlich signalisierte auch die von 1926 bis 1929 stets relativ niedrige Beitragszahlungsmoral der Mitgliedschaft, die 1927 einen Tiefpunkt erreichte, die geringe Partizipation am Parteileben. Das Vereinsleben war seit dem Zusammenbruch der Sektionsfinanzen 1927 stark eingeschränkt und verschwand infolge der rückläufigen Mitgliederversammlungen 1928 nahezu vollständig. Als wichtigste Aufgabe dieses Milieus entpuppte sich nicht die Werbung neuer Anhänger, sondern die Formierung der nationalsozialistischen Kader. Das Milieu band eine kleine Gruppe von Aktivisten an die Sektion, ließ diese Gruppe „zusammenwachsen“, motivierte sie stetig von neuem und imprägnierte sie mit der nationalsozialistischen Ideologie. Diese Kader erhielten während der Stagnationsjahre die inneren Strukturen von Sektionen und SA, standen für den Wahlkampf 1928 zur Verfügung und bildeten das Netz, das den Mitgliederzuwachs in der zweiten Hälfte dieses Jahres auffing.

Trotz des Scheiterns aller Versuche, einen mit den Jahren bis 1923 vergleichbaren Aufstieg zu erreichen, trotz des seit 1927 zunehmend desolateren Zustandes und der dementsprechenden Unzufriedenheit der Parteiführung, besaß die Ortsgruppe bis 1928 eine herausragende Stellung unter den lokalen Parteiorganisationen im Reich. Dies lag zum einen an deren stellenweise noch ungünstigeren Situation. Die Münchner NSDAP war, soweit die bekannten Daten diese Aussage zulassen, bis 1928 hinsichtlich ihrer Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse eine der erfolgreichsten nationalsozialistischen Ortsgruppen. Ihre Funktionäre saßen in vielen einflußreichen Positionen der Reichsleitung, der die Ortsgruppe zugleich als wichtige finanzielle Stütze diente. Hitler fühlte sich an die städtische Organisation ideell gebunden, sah in ihr noch bis 1926 seine entscheidende Hausmacht und gestand deren Führerkorps in dieser Zeit zwangsweise ein größeres Maß an Eigenwilligkeit zu. Die Hauptursache dafür, daß es der Münchner NSDAP in den Jahren bis 1928 wesentlich schneller als dem Gros der Parteiorganisationen im Reich gelang, ihr mögliches Anhängerpotential aufzuspüren und wenigstens teilweise in ihre Reihen zu überführen, war jedoch ihr Standortvorteil. Zum einen konnte die Münchner Organisation auf ihr Potential aus den Jahren bis 1923 zurückgreifen. Ein Teil dieser Anhänger ließ sich auch durch das dilettantische Scheitern des Putsches nicht von der Partei abschrecken. Viele, die sich nach den Auseinandersetzungen des Jahres 1924 zurückgezogen hatten, kehrten nach einer Übergangsphase zurück. Über ein derartiges Potential verfügten die meisten Organisationen im Reich nach 1925 nicht. Zudem profitierte die Münchner Ortsgruppe von der Nähe Hitlers und der Reichsleitung sowie der Leitungsgremien

etlicher NSDAP-Unterorganisationen wie auch der bayerischen Landtagsfraktion. Damit besaß man nicht nur einen in der Parteiöffentlichkeit wirksamen Nimbus, sondern auch eine Reihe zugkräftiger Redner.

Der der Stadt vermutlich in Reminiszenz an die Jahre bis 1923 bzw. mit Blick auf die anwesenden Führungsgremien der NSDAP verliehene Titel „Hauptstadt der Bewegung“ ist für die Jahre 1925 bis 1933 nicht gerechtfertigt. Die Münchner NSDAP stand bis 1928 weit hinter BVP und SPD zurück. Und sie zählte nach 1930 nicht mehr zu den stärksten NS-Lokalorganisationen. München wurde nicht, wie von Hitler angekündigt, zu einem Hauptstützpunkt, gar zu einer „Hauptstadt“ im Sinne des Wortes oder zum Vorbild für die Organisation im Reich ausgebaut. Zu inkonsequent und ineffektiv ergriffen die Reichsleitung und immer wieder auch Hitler bis 1929 die Lenkung der Sektionen. Das Vorgehen im Falle der SA-Krise 1927 und bei der Wahl 1928 zeigte, daß der Parteileitung die Münchner Entwicklung zumindest nicht gleichgültig war, wenngleich stellenweise vermutlich eher die Sorge mitspielte, eine allzu auffällig negative Entwicklung in München könnte die Reichsleitung bloßstellen. Doch zugleich hatte die Reichsleitung wesentlichen Anteil an der im Vergleich mit BVP und SPD weit ungünstigeren Entwicklung der Münchner NSDAP.

Zieht man zum Vergleich die Wahlergebnisse vom April 1924 und die Mitgliederzahl der Münchner NSDAP 1922/1923 heran, so wird deutlich, daß die Partei im Mai 1928 ihr Potential keineswegs ausgeschöpft hatte. Im Gegenteil, Stagnation und Desinteresse beherrschten die NSDAP noch bis zum Frühjahr 1928. Dieser Entwicklung liegen vor allem Fehlentscheidungen der Reichsleitung und die seit 1925 sehr ungünstigen Rahmenbedingungen für nationalsozialistische Aktivitäten zugrunde. Orientierung und Methoden der Parteipropaganda blieben bis 1927 im Vergleich zu den hochgesteckten Erwartungen weitgehend erfolglos. Die Arbeiterschaft stand zwar im Fokus der Werbung, stellte jedoch nur² etwa ein Viertel der Parteimitgliedschaft; die NSDAP verzeichnete in Arbeitervierteln deutlich niedrigeren Zulauf als in bürgerlichen Vierteln. Als nationalsozialistische Redner 1927 in München auch um den Mittelstand zu werben begannen, änderte dies nichts an der Stagnation der Mitgliedschaft und schlug sich vorerst auch nicht in einer signifikanten Veränderung ihrer Sozialstruktur nieder. Das Interesse an der NSDAP bestand in diesen Kreisen bereits vor 1927 und nahezu unabhängig von der nationalsozialistischen Orientierungswende. Weder die Einführung von stadtteilübergreifenden „Zentralsprechabenden“ an Stelle der Sektionsversammlungen noch die Verdreifachung der Großveranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr oder die Aufhebung des Redeverbots für Hitler im Frühjahr 1927 steigerten das Interesse der Parteibasis und den Mitgliederzustrom. Vielmehr verursachte diese Vervielfachung der Großveranstaltungen nun die Erosion des Milieus und damit zusammenhängend auch den Zusammenbruch der Sektionsfinanzen.

Diese für die Nationalsozialisten ungünstige Entwicklung verstärkten die seit 1925 fortwährenden sektionsinternen Auseinandersetzungen, die auch Hitlers Autorität angriffen und zu der ohnehin hohen Fluktuation unter den Münchner

² Hierin sieht Orlow neben dem chronischen Geldmangel der Partei die Hauptursache für die Stagnation der NSDAP bis 1927: Ders., *Nazi Party*, u. a. S. 125.

Sektionsführern beitrugen. Gerade diese beiden Phänomene erschwerten die Entstehung eines Vereinslebens nachhaltig. NSDStB und SA gerieten 1927 an den Rand der Auflösung. Besonders die Rebellion der Münchner SA war aufgrund der dieser Organisation innewohnenden Grundkonflikte um die Finanzierung und den SA-eigenen Aktionismus abzusehen; der Ausbruch des Konfliktes gerade 1927, auf dem Höhepunkt der Krise der Münchner NSDAP, war nicht verwunderlich. Auch die Ortsgruppe konnte sektionsinternem Streit kaum entgehen, da sich hier zum einen die für politische Organisationen unvermeidlichen Machtkämpfe abspielten und zum anderen die Fronten des Jahres 1924 nicht mit der Wiedergründungsveranstaltung aufgehoben waren. Die ehemaligen Gegner fanden genug Anlässe, um die Auseinandersetzungen fortzuführen. Die Münchner NSDAP bot jedoch angesichts der geschilderten Momente ein Bild der Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit, ihre Ausstrahlungskraft sank 1927 auf ein Minimum. Diese Entwicklung hätte möglicherweise ein geeigneter Ortsgruppenführer abschwächen können, der die Ortsgruppe straffer und effizienter koordinierte, als dies die Reichsleitung tat. Hitler lehnte jedoch nach den Erfahrungen der Auseinandersetzungen mit der May-Fronde und mit Ernst Woltereck eine solche Lösung ab. Auch wollte er seine Stellung innerhalb der Ortsgruppe nicht beeinträchtigen lassen. 1929 war diese Skepsis geschwunden und Hitlers Selbstbewußtsein erstarkt, denn er übergab die Leitung Münchens dem ebenso ehrgeizigen wie durchsetzungsfähigen Adolf Wagner.

Doch auch die Tatkraft eines Ortsgruppenführers hätte in den Jahren bis Anfang 1928 den Mangel an zugkräftigen Propagandathemen und den Widerstand des Staates nicht wettmachen können. Die relativ stabile politische und wirtschaftliche Lage, die in nichts dem Krisenjahr 1923 glich, bot der radikalen Systemkritik der NSDAP im gesamten Reich³ und auch in München keine Ansatzpunkte und reduzierte die Klientel, die sich politisch radikalisierte ließ. Nicht zuletzt um dieses Defizit auszugleichen, führten die Münchner Nationalsozialisten 1925/1926 einen verbissenen Kleinkrieg gegen den weitaus schwächeren NSVB und agierte die SA immer wieder mit demonstrativer Aggressivität. Die seit dem „Hitlerputsch“ nicht mehr toleranten Behörden erzwangen die Abschwächung der sensationsträchtigen aggressiven NS-Propaganda und schränkten die Parteifinanzierung massiv ein. In diesem Zusammenhang signalisiert das Redeverbot gegen Hitler die in München für die Partei besonders ungünstige veränderte Situation. Diese Rahmenbedingungen verstärkten den Mißerfolg der bereits durch ihre Methoden und Orientierung belasteten Propaganda wesentlich. Überdies traf die Partei in der Stadt nun auch auf starke politische Gegner. BVP und SPD besaßen im Vergleich zur NSDAP ein Vielfaches an Mitgliedern. Bei der Reichstagswahl 1928, die reichsweit die republikbejahenden Parteien stärkte und deren Gegner schwächte, lag die SPD in München weit über ihrem Durchschnitt

³ Pridham hält dieses Moment neben den Schwierigkeiten beim Ausbau der Parteiorganisation, wie sie etwa durch das Redeverbot gegenüber Hitler entstanden, und dem chronischen Geldmangel für den entscheidenden Grund der nationalsozialistischen Stagnation in den Jahren 1925–1928: Ders., *Hitler's Rise*, S. 63, 77.

in Bayern und im Reich. Die BVP wiederum erwies sich im Gegensatz zu ihren bayernweiten Stimmenverlusten in München als stabil.

Das desolatte äußere Erscheinungsbild der NSDAP, das in den Jahren bis zum Frühjahr 1928 nicht nur in München, sondern beinahe ausnahmslos reichsweit zu beobachten war, verleitete ein politisches Nachschlagewerk im Sommer 1927 zu der Behauptung, die NSDAP sei mittlerweile nur noch eine „Erinnerung der Inflationsperiode“.⁴ Ein Reiseführer erklärte 1928 über Hitler, „München [...] hat ihn verschluckt und verdaut. Er ist nur noch ein historisches Exkrement“.⁵ Kaum anders das Urteil des bayerischen Innenministers Karl Stützel, der daher im Frühjahr 1927 keinen Grund sah, Hitler weiterhin die Redeerlaubnis zu verweigern.⁶ Dennoch war die Situation der Partei keineswegs aussichtslos. In der Stadt existierte nach wie vor ein gut organisierter Apparat, der sich auf ein weitmaschiges Netz kleiner aktivistischer Gruppen von hochmotivierten und engagierten Anhängern stützen konnte. Selbst im Krisenjahr 1927 reklamierte die NSDAP die höchsten Mitgliederzahlen im rechtsradikalen Lager. Überdies mußte die Partei ohnehin nicht lange in ihrer mißlichen Lage verharren.

II.

Das Jahr 1928 brachte eine wesentliche Wende. Sie war sowohl von bewußten Reformen der Parteileitung als auch von zufälligen, aus der Sicht der NSDAP günstigen Entwicklungen getragen. Indem es gelang, die Krise der Münchner SA zu beheben, ließ sich der Verband erneut für die Parteipropaganda einsetzen, entwickelte neue Anziehungskraft und verschaffte der Partei durch die vermehrten Propagandamärsche größere Beachtung.

1928 griff die Reichsleitung – zunächst primär wegen des Wahlkampfes – zu einer neuen Methode der Anhängerwerbung und hatte, gemessen an den Besucherzahlen, großen Erfolg. Sie setzte die nur den Sektionen zugänglichen „Zentralsprechabende“ ab, verdoppelte jedoch gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Großveranstaltungen, die der gesamten Bevölkerung offen standen. Hierfür zog sie nun vermehrt die zugkräftigsten Parteiredner heran. Der chronische Mangel an guten Rednern hatte bislang wesentlich zum Mißerfolg der Parteiversammlungen beigetragen. Während die „Zentralsprechabende“ selbst mit talentierten Rednern wie Hitler, Streicher oder Esser bis 1929 kein Interesse fanden, erhielten die offenen Großveranstaltungen weit über die Parteimitgliedschaft hinaus Zulauf,⁷ was darauf hindeutet, daß zu diesem Zeitpunkt wesentliche Teile der Parteimitgliedschaft zu keinem größeren Engagement für die Partei bereit waren. Dieser Trend zur ruhenden Mitgliedschaft zeigte sich auch an einem anderen Punkt. Das Vereinsleben war nahezu verschwunden, konnte demnach den neuen Zulauf auch

⁴ Heuss, Politik, S. 138.

⁵ Scher/Sinsheimer, Baedeker.

⁶ Pridham, Hitler's Rise, S. 76 f.

⁷ Es ist unwahrscheinlich, daß die Mitglieder hierzu zahlreicher erschienen als zu den „Zentralsprechabenden“.

nicht in die Partei einbinden oder zur Mitarbeit heranziehen. Ein ersatzweises Betätigungsfeld existierte nicht. Ein großer Teil der Münchner, die der Partei seit 1928 beitraten, gaben sich somit mit der Ableistung ihres finanziellen Beitrages zufrieden.

Die geschilderten Veränderungen wirkten sich indes ab Frühjahr 1928 im Sinne der NSDAP ausgesprochen günstig aus und beeinflussten zugleich auch die Reichstags- und Landtagswahlen im selben Jahr, die, wie gesagt, ihrerseits die Situation der Münchner NSDAP nachhaltig verbesserten. Der mit großem Engagement geführte Wahlkampf, in den sich selbst Hitler verstärkt einband, wie auch das Wahlergebnis einte und mobilisierte die Parteikader und gab ihnen das langersehnte Nahziel. Der im Vergleich zum Abschneiden der NSDAP im Reich beachtliche Erfolg von 7 bis 8 Prozent der Wahlberechtigten bei beiden Wahlen bot den Münchner Nationalsozialisten eine Ermutigung. Seit 1928 reduzierten sich die sektionsinternen Auseinandersetzungen und auch die Fluktuation in den Sektionsführungen erheblich. Die Partei fand jetzt wachsende öffentliche Beachtung. Der Wahlerfolg steigerte vermutlich vor allem ihre Attraktivität im rechtsradikalen Spektrum der Stadt. Möglicherweise machte sich jetzt auch die Orientierungswende der NSDAP gegenüber den Wehrverbänden bezahlt. Die bereits während des Wahlkampfes steigenden Mitgliederzahlen signalisierten die Wirkung der verbesserten Propagandamethoden, aber auch der Wahl selbst. 1928 gingen – wenn man die Schwabinger Entwicklung verallgemeinert – auch die Parteiaustritte deutlich zurück, die NSDAP-Mitgliedschaft zeigte eine höhere Stabilität. Allerdings gelang es vorerst nicht allen Sektionen, im gleichen Maße den Trend zu nutzen und ihre Mitgliedschaft zu vermehren.

III.

Im Sommer 1929, am Vorabend der Weltwirtschaftskrise, befand sich die Münchner NSDAP schließlich in einer günstigen Ausgangssituation. Innerhalb des von einem dramatischen Fusionsprozeß geprägten rechtsradikalen Verbandswesens – ein reichsweit zu beobachtendes Phänomen⁸ – etablierte sich die Partei als weitaus stärkste Kraft und verzeichnete aus diesen Verbänden regen Zulauf an Führungspersönlichkeiten und Mitgliedern. Auch wenn sie nur acht Prozent des gesamten politisch organisierten Potentials Münchens an sich binden konnte, so war die NSDAP doch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl und Wählerstimmen mittlerweile zur drittstärksten Kraft nach SPD und BVP geworden. Vermutlich hoffte man parteiintern, im Laufe der Zeit auch die rund zehn Prozent der Wahlberechtigten zu gewinnen, die noch bei der Reichstagswahl 1924 die DNVP gewählt hatten und 1928 zur DVP, verschiedenen Kleinstparteien und zur Gruppe der Nichtwähler

⁸ BA, Berlin, R 15.07/67100: Dresdner Nachrichtenkonferenz der deutschen Länderinnenminister und ihrer Nachrichtenbehörden am 27. 4. 1928, S. 97; dem Referenten über den Rechtsradikalismus im Reich zufolge hatte die NSDAP mittlerweile „alle anderen völkisch-radikalen Gruppen innerhalb der Bewegung an die Wand gedrückt“.

wechselten. Erstmals seit 1925 wuchs nun auch in München die Hoffnung, Hitlers erklärtes Ziel, die Machtübernahme, verwirklichen zu können.

Die Entwicklung 1928 und insbesondere die Wahl setzten, aus der Rückschau betrachtet, den Anfangspunkt für den Aufstieg der Partei in München. Für die Ortsgruppe war nicht wie für die Partei im Reich die Organisationsreform Anfang September 1928 die entscheidende Zäsur, sondern die geschilderten Ereignisse. Doch dieser Aufschwung war keineswegs unumkehrbar, beliebig linear fortsetzbar oder gar in seiner rasanten Entwicklung in den folgenden Jahren vorhersehbar. Der Zeitraum 1928 bis Herbst 1929 bedeutete eine erste Konsolidierungsphase.⁹ Vorerst standen die gravierenden Defizite der Parteiarbeit jedem mit den Jahren bis 1923 vergleichbaren Aufstieg unüberwindlich im Weg: Das Finanzdesaster der Stadtteilorganisationen, aber auch entsprechende Hinweise des Schwabinger Kassenbuches lassen nur den Schluß zu, daß die Reichsleitung nahezu die gesamte Wahlpropaganda im Mai 1928 selbst bezahlt hatte. Wenn sie dies für künftige Wahlen ändern wollte, mußte sie das Finanzierungssystem der Sektionen verbessern, das durch ihr Verschulden seit 1927 förmlich blockiert war und nahezu keine Möglichkeit bot, Geld zu erwirtschaften. Denn die geschlossenen Mitgliederversammlungen, bislang wichtigste Gelegenheit der Spendensammlungen, fielen aus, und jede öffentliche Sammlung war behördlicherseits verboten. Daneben galt es grundsätzlich, die ruhenden Teile der Mitgliedschaft, aber auch die Sektionen selbst zu aktivieren und deren Propaganda in den Stadtvierteln zu intensivieren. Diese umfassende Parteireform war die Grundbedingung für jeden Erfolg. Für einen entscheidenden Auftrieb fehlte jedoch auch eine außenpolitische oder innenpolitische Krisenstimmung, die der radikalen nationalsozialistischen Grundsatzkritik an der Weimarer Demokratie zuarbeitete. Dies erkannten auch ihre Gegner auf staatlicher Seite deutlich.¹⁰ Ohne diese Krise konnte die NSDAP, selbst wenn sie die genannten Defizite überwand, auf Dauer das Gros ihrer Anhänger nicht halten. Die wirtschaftliche Entwicklung in München ließ jedoch im Frühjahr/Sommer 1929 trotz hoher Arbeitslosigkeit und der seit 1927 virulenten reichsweiten Landwirtschaftskrise keine Verschlechterung spüren.

IV.

Ende Oktober 1929, eine Woche nach dem New Yorker Börsenkrach, setzte die Reichsleitung zum zweitenmal eine Reform der Ortsgruppe in Gang, die schließlich zur entscheidenden Zäsur in der Entwicklung der Münchner NSDAP seit 1925 geriet. Daß diese zeitlich mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise zusammentraf, dürfte Zufall gewesen sein. Das Vorhaben war jedoch absehbar: Die Reichsleitung sah sich infolge des mittlerweile reichsweit bedeutenden Mitglie-

⁹ Keinesfalls gilt dies für den gesamten Zeitraum 1925–1929, wie von Anheier und Neidhardt vorgeschlagen: *Diess., Soziographische Entwicklung*, S. 179.

¹⁰ Kapitel Zusammenfassung, Anm. 8: Referat Rechtsradikalismus auf der Nachrichtenkonferenz, S. 97 und 122.

derzuwachsen seit längerem nicht mehr existentiell abhängig von der finanziellen Unterstützung durch die Ortsgruppe. Auf seine einstige Hausmacht war Hitler seit 1927/1928 nicht mehr angewiesen. Gleichzeitig lagen die Defizite der Ortsgruppe sozusagen täglich vor Augen der Reichsleitung und harrten einer Lösung. Die Reform entwickelte sich in vier Schüben, die schrittweise, doch ohne größere Vorausplanung, nahezu sämtliche Parteiaktivitäten erfaßten und sich gerade 1932 vor allem am Ausbau der Reichsleitung orientierten. Nach dem Herbst 1929 folgte der zweite Schub im Frühjahr 1930, der dritte entfaltete sich im Zeitraum nach der Reichstagswahl 1930 und dem Frühjahr 1931, der vierte Schub folgte im Sommer und Herbst 1932.

Der Herbst 1929 brachte der Münchner NSDAP unter Gauleiter Wagner erstmals eine zentrale und energische Leitung, außerdem die Erweiterung ihrer Binnenorganisation und eine Ausweitung der propagandistischen Wirkungsfelder bzw. -möglichkeiten, unter anderem, indem die genannte Finanzblockade aufgehoben wurde. In den folgenden Jahren führte die Gauleitung die Reform in dieselbe Richtung weiter. Die straffe Koordination trieb die nun zu Ortsgruppen ernannten Sektionen bereits 1929 zu regerer Aktivität an. Schon die Ernennung der Sektionsführer durch Hitler seit Ende 1926 und die Verdrängung der Mitgliederversammlung 1928 hatten hierfür den Boden bereitet, indem sie zumindest die Introvertiertheit der Sektionen reduzierten. Als sich die Gauleitung wegen der Fusion mit dem Gau Oberbayern ab November 1930 nicht mehr ausschließlich auf München konzentrieren konnte, übergab sie die unmittelbare Lenkung an die Bezirks- bzw. Kreisleitungen, die allmählich große Führungsapparate aufbauten. Deren Strukturen glichen jedoch nur auf dem Papier dem vielteiligen Gauapparat, da nur selten sämtliche theoretisch vorgesehenen Ämter besetzt wurden.

Durch die differenzierte Untergliederung der Ortsgruppen verdreifachte sich im Frühjahr 1930 die Zahl der in den Stadtteilen tätigen Parteiorganisationen, die nun sogar für nahezu jede Straße eigene Einrichtungen entwickelten. In Verbindung mit dem Mitgliederzulauf, der diese Strukturen füllte, verfügte die Propaganda nun über eine größere Reichweite als noch 1929. Schließlich entwickelte sich – im wesentlichen am Ausbau der Reichsorganisationsleitung orientiert – aus dem Apparat der Gauleitung innerhalb von drei Jahren ein komplexes Organisationsnetz, das sich auch in der Stadt intensiv engagierte. In den wenigen Monaten zwischen November 1930 und dem Frühjahr 1931 entstanden aus den seit Sommer 1930 tätigen Beratungsstellen für Kriegsinvaliden und bestimmte Berufszweige sechs feste Abteilungen für die Parteipresse, Landwirtschaft, Arbeiterschaft (NSBO), Kommunalpolitik, juristische Fragen und Beamte, die nach und nach für beinahe jeden Bereich der Parteiarbeit Arbeitsstäbe installierten. Hinzu kamen ein allerdings wenig effizienter Geheimdienst und eine Presseauswertungsstelle. Von großer Bedeutung waren die Fortbildungsinstitutionen, die die Zahl der zumindest rudimentär geschulten Parteiredner und Funktionäre und damit auch die Möglichkeiten vermehrten, den Versammlungen mehr Zugkraft zu verleihen sowie das Organisationsnetz und damit letztendlich das Wirkungsfeld der Propaganda weiter auszubauen. Im selben Zeitraum wurden nun in München zusätzliche Organisationen für Lehrer und Juristen aktiv. Erstaunlicherweise entwickelte sich die für den Mittelstand konzipierte Einrichtung relativ zögerlich,

begann erst im Frühjahr 1931 mit ihrem Engagement und baute schließlich im Frühsommer 1932 Werbeorganisationen für rund 20 Handwerkszweige auf.

Im Sommer 1932 gruppierte der Gau ein zweitesmal, dem Um- bzw. Ausbau der Reichsleitung folgend, seinen Apparat um. Zuvor waren bereits kulturelle Organisationen aktiv geworden. Die Abteilungen für Fremdenverkehr, Rundfunk und das innerparteiliche sozialkaritative Engagement kamen später hinzu. Viele dieser Gliederungen begannen nun ihrerseits einen stetig expandierenden Fächer an berufsständischen Unterorganisationen zu entwickeln, so daß Ende 1932 mindestens 60 verschiedene Einrichtungen, Gau-Hauptabteilungen eingeschlossen, in der Stadt tätig waren. Zählt man hierzu die über 30 in den Stadtvierteln aktiven Ortsgruppen, die SA- und SS-Verbände, die im selben Zeitraum ebenfalls einen vielzelligen Ausbau vollzogen, sowie die Jugend- und Frauenorganisationen, so hatte das gesamte Organisationsnetz der NSDAP in München mittlerweile ein gewaltiges Ausmaß angenommen.¹¹ Der Mitgliederzulauf füllte diese Strukturen mehr oder minder dicht und trug die Propaganda allmählich in jeden Winkel der Stadt.

Ein wesentliches Charakteristikum der Reformen war die Intensivierung der Propagandaaktivitäten. Durch ihr Organisationsnetz wollte die Partei die Einbindung und Mobilisierung ihrer Mitglieder verbessern und zugleich mit einer Mischung aus Vereinsleben und Lobbyarbeit, die die Protestthemen der jeweiligen Klientel instrumentalisierte, neue Anhänger gewinnen. Während die berufsständischen Organisationen zusätzlich die handwerklichen und gewerblichen Institutionen der Stadt zu unterwandern suchten, warb die NSBO offensiv um die Arbeiterschaft. Das hierbei zur Schau getragene sozialistische Profil war nur eines der vielen, auf die jeweilige Klientel zugeschnittenen und damit sich häufig gegenseitig widersprechenden Gesichter, mit denen sich die NSDAP in München präsentierte. Dieses Profil dominierte die Parteipropaganda jedoch genauso wenig wie etwa die Werbung um den Mittelstand¹² oder der Antisemitismus. Dieser durchzog, durch staatlichen Druck zu gemäßigerer Artikulation gezwungen als noch in den Jahren bis 1923, bis 1930 als charakteristisches und nicht zu übersehendes Element das gesamte Spektrum der Propaganda. Anschließend verordnete die Parteiführung aus wahltaktischen Gründen den stadtteilübergreifenden Großveranstaltungen und der von ihr herausgegebenen Schriftpropaganda zusätzliche Zurückhaltung. Alle übrigen Bereiche der Propaganda, insbesondere an der Parteibasis, waren davon nicht berührt und ließen sich nach wie vor deutlich etwa über die Repressionen aus, die man nach einer Machtergreifung gegen Juden verhängen werde. Der Antisemitismus war jedoch wohl nicht entscheidend für den Massenzulauf zur NSDAP in München. Pridham wertet die vielseitige Orientierung der NS-Propaganda, die verschiedenste Berufs- und Gesellschaftsschichten ansprach, als einen wesentlichen Grund für den Erfolg der NSDAP in Bay-

¹¹ Orlow zu diesem reichsweiten Phänomen treffend: „NSDAP's octopus of organizations“: Ders., *Nazi Party*, S. 199.

¹² Dies widerspricht Gerhard Paul, der die nationalsozialistischen Bemühungen um die Arbeiterschichten als kontinuierlich und zugleich innerhalb der Parteipropaganda dominant bezeichnet: Ders., *Aufstand der Bilder*, S. 85.

ern.¹³ Entsprechend dem Organisationsausbau vermehrten sich nun auch die Einsatzfelder und Hilfsmittel der Propaganda, da jede Unterorganisation, wie auch SA und SS, wiederum ein eigenes Vereinsleben und eine eigene Werbetätigkeit entwickelten. Schließlich ging die Partei im Hinblick auf die Wahlkämpfe des Jahres 1932 zu permanenter Aktivität und Präsenz in der Stadt über. Mittlerweile wurde verstärkt das Medium Film eingesetzt, und auch die Zahl der nationalsozialistischen Presseerzeugnisse vermehrte sich rapide, da nahezu jede der in München ansässigen, reichsweit operierenden NS-Unterorganisationen eines oder mehrere eigene Publikationsorgane führte. Der neue Gau erhielt 1929 eine Zeitung, woraufhin binnen kurzem die Ortsgruppen mit eigenen Mitteilungsblättern folgten. Zugleich vervielfachte die Gauleitung seit Herbst 1929 die Zahl der Großveranstaltungen und verpflichtete hierfür jetzt auch die Ortsgruppen. Die Tradition der wöchentlichen Sprechabende wurde wieder aufgegriffen, da sich die Gauleitung davon größeren Erfolg versprach als von den nun endgültig ad acta gelegten „Zentralsprechabenden“.

Zugleich reaktivierte sich das Vereinsleben und dehnte sich aufgrund der gewachsenen Mitgliederzahlen und Unterorganisationen weiter aus als in den Jahren bis 1927. Auch das soziale und kulturelle Engagement – insbesondere Theater und Konzerte – entfaltete sich weitaus intensiver und breiträumiger als in den zwanziger Jahren. Zum entscheidenden Motor der sozialkaritativen Aktivitäten gerieten die Frauenorganisationen. Diesem neu entstehenden nationalsozialistischen „Milieu“ verdankte die Partei, wie schon in den Jahren bis 1929, weniger den Massenzulauf von Mitgliedern, sondern vor allem die Bindung, Motivierung und Mobilisierung der Parteimitglieder. Auch in den Jahren des Aufstiegs ließ sich nur ein kleiner Teil der Mitgliedschaft wirkungsvoll in die NS-Binnenorganisation einbinden, wie die hohe Fluktuationsrate und die nachlässige Beitragszahlung zeigten. Doch das Milieu war zweifellos notwendig, denn es genügte eben nicht, nur jeweils für den Wahlkampf kurzfristig die Mitgliedschaft zusammenzutrommeln. Ohne kontinuierliche Verbindung mit der Partei konnte die anfängliche Überzeugung und Zustimmung binnen kurzem erodieren.¹⁴ Darüber hinaus verstärkte dieses Phänomen die Anziehungskraft der NSDAP, indem es ihr durch das Bild der Seriosität, familiärer Gemütlichkeit¹⁵ und menschlicher Gemütsart ein positives Image verschaffte. Das Image spiegelte den für die Weimarer Republik typischen Hang zum Vereinsleben und profitierte zugleich davon. Unbeirrt davon attackierte die Partei jede vergleichbare „Vereinsmeierei“ in den Reihen ihrer Gegner stets mit beißendem Spott.

Die Parteizentrale wälzte seit 1930 die Hauptlast an der lokalen Expansion von Vereinsleben und Propaganda auf die Stadtteilorganisationen ab, die dies in ihren

¹³ Pridham, *Hitler's Rise*, S. 197 ff.

¹⁴ Pridham sieht dagegen den großen Parteiapparat wegen seiner Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten als Versuch, die neue Anhängerschaft an die Partei anzubinden, bevor das Hochgefühl der Wahlsiege einer Ernüchterung wich: Ders., *Hitler's Rise*, S. 201.

¹⁵ Heilbronn's Untersuchung über den Zerfall der bürgerlichen Vereinskultur des Schwarzwaldes in der Endphase der Weimarer Republik konstatiert, die NSDAP sei von vielen Zeitgenossen als „Verein“ empfunden worden und deshalb für die Angehörigen sich auflösender Vereine attraktiv geworden: Heilbronn, *Stammtisch*, S. 198 f.

Vierteln am effektivsten organisieren konnten. Dies ermöglichte jedoch erst die schrittweise Reform des Finanzierungskonzeptes, die die Einnahmen der Ortsgruppen erheblich steigerte und ein höchst effizientes System der Geldbeschaffung entwickelte. Die Ortsgruppen konnten nun die beachtliche finanzielle Potenz ihrer Mitgliedschaft wesentlich besser nutzen und sahen durch die Beteiligung an den Mitgliedsbeiträgen zugleich einen Anreiz, sich intensiver für deren Einkassierung zu engagieren. Das Finanzvolumen vergrößerte sich jedoch auch für die Gauleitung, die mit Hilfe des Reichsschatzmeisters die straffe Strukturierung des gesamten Sammlungs- und Beitragswesens zu ihren Gunsten ausrichtete. Die SA dagegen profitierte von den Finanzreformen letztendlich nicht. Doch die Kosten des Wahlkampfaufwandes übertrafen selbst die erheblich vergrößerte finanzielle Belastbarkeit der Binnenorganisation bei weitem, wie die hohe Verschuldung der Ortsgruppen 1932 zeigte. Abgesehen von ihrer ideologischen Orientierung und wenigen organisatorischen Einzelheiten hatte sich die Münchner NSDAP gegenüber den Jahren bis 1928 nachhaltig verändert. Dies betraf, wie geschildert, Organisation, Propaganda und Finanzierung, aber auch das Führerkorps der Stadtviertelorganisationen, wo ein Generationswechsel zur deutlichen Verjüngung und zum weitgehenden Austausch der Führungskräfte der Vorjahre führte.

V.

Die genannten Reformen entfalteten für die Partei eine optimale Arbeitsgrundlage, um die Auswirkungen der wirtschaftlich-politischen Krise nutzen zu können. Tatsächlich gelang dies jedoch nicht in dem Maße, wie es der Ausbau und die Aktivitätensteigerung der Partei erwarten ließen. Bis 1933 banden SPD und BVP standhaft drei Fünftel der politisch organisierten Münchner, die NSDAP dagegen, allen Anstrengungen zum Trotz, nur ein Fünftel. Angesichts dessen relativierte sich die erfolgreiche Verdreifachung der Mitgliedschaft bzw. die noch weit höheren Zuwächse bei SA und SS ebenso wie der Eindruck der vielzelligen Binnenorganisation, die in vielen Bereichen ohnehin nur geringe Erfolge errang.¹⁶ Gerade die Fachgruppen von NSBO und KGWK, meist nur eine kleine Schar von Aktivisten, hatten keinen wesentlichen Erfolg bei ihren Versuchen, die städtischen Betriebe mit nationalsozialistischen Zellen zu überziehen und die Handwerksinnungen bzw. die einflußreichsten Dachorganisationen des Münchner Mittelstandes zu unterwandern. Die Betriebszellenorganisation sah sich zudem häufig mit dem Desinteresse an ihren Veranstaltungen konfrontiert. Damit zerschlugen sich alle Versuche, im städtischen Wirtschaftsleben wesentliche meinungsbildende Kraft zu werden. Ebenso scheiterten, zumindest entsprechend ihren Mitgliederzahlen, die meisten Unterorganisationen. Der Erfolg der Beamtenorganisation allerdings

¹⁶ Pridham konstatiert ohne ausreichend konkrete Quellenbelege, daß die NS-Unterorganisationen nicht wesentlich zum Mitgliederzuwachs der Partei in Bayern beitrugen: Ders., *Hitler's Rise*, S. 204.

ist aufgrund der Quellenlage nicht verifizierbar, ebenso offen bleiben der tatsächliche gesellschaftliche Einfluß und die Verbindungen der genannten Organisationen. Zweifellos verfügte die Partei über ihre Mitgliederzahlen hinaus noch über eine gewisse Zahl aktiver Sympathisanten, die aus gesellschaftlichen oder ökonomischen Gründen den Parteibeitritt scheuten. Allerdings läßt sich letztlich nicht klären, in welchem Ausmaß die Unterorganisationen der Partei zu den Wahlerfolgen beitrugen. Die Resonanz der NS-Großveranstaltungen, deren Beurteilung durch gelegentlich fehlende Informationen zu Besucherzahlen erschwert wird (1932 über 40 Prozent), offenbarte ein weiteres Mal die Ambivalenz des Aufschwungs: Trotz des fortgesetzten Aufwärtstrends seit Ende 1928 und bis 1933 überwiegend dicht gefüllter Besucherreihen mußte die Partei stellenweise deutliche Mißerfolge hinnehmen, insbesondere im Herbst 1932, und benötigte immer wieder die SA, um Lücken in den Sälen zu kaschieren. Dies betraf, wie erwähnt, besonders die NSBO, aber auch die speziell für Arbeitslose durchgeführten Veranstaltungen. Die Ortsgruppen wiederum sahen sich nicht selten zu trickreichen Methoden genötigt, um ihre Versammlungen zu füllen. Ebenso wenig ließ sich bis 1933 das für alle politischen Organisationen der Stadt typische und durch die Wirtschaftskrise noch verstärkte Phänomen der nachlässigen Beitragszahlung, das schließlich in der zweiten Jahreshälfte 1932 seinen Höhepunkt erreichte und den Herbstwahlkampf erschwerte, beseitigen. Vor allem bei SA und SS war eine Vielzahl von Mitgliedern arbeitslos.

Auch die Wahlergebnisse der Münchner NSDAP zeigten sich ambivalent. Obwohl sich 1929 das Kommunalwahlergebnis von 1924 nur um zwei zusätzliche Stadtratssitze steigern ließ, gab dies der NSDAP die Hoffnung, daß der 1929 aus ihrer Sicht reichsweit günstige Wahlrend nun auch auf München übergegriffen hatte. Die Partei etablierte sich endgültig als drittstärkste politische Kraft in der Stadt und ließ alle völkisch-rechtsradikalen Gruppierungen weit hinter sich. Die beginnende Parteireform hatte hierfür die Grundlage geliefert. Die Wahl wie auch die Gegenwehr von SPD und BVP im Stadtrat verhinderten jedoch jeden wesentlichen Einfluß der NSDAP auf die Stadtpolitik. Bei der reichsweit als „Erdrutsch“ für die NSDAP kommentierten Reichstagswahl von 1930 mobilisierte die Münchner Partei im Vergleich zum Vorjahr ein Drittel mehr an Wählern und verdoppelte ihren Anteil an den Wahlberechtigten gegenüber 1928 auf rund 18 Prozent. Der erste Schritt der Parteireform und der im Vergleich zu 1929 rapide gesteigerte Propagandaaufwand hatten sich bezahlt gemacht. Trotz einer zweijährigen Vorbereitungs- und Ausbauphase und eines Wahlkampfaufwands, der diesmal zumindest bei der Reichspräsidentenwahl alle anderen Parteien in den Schatten stellte, ließ sich bei den Wahlen 1932 das Ergebnis von 1930 gerade um maximal vier Prozent der Wahlstimmen steigern. Die Wählerklientel zeigte nun im Grunde ähnliche sozialstrukturelle Merkmale wie die der Partei in vergleichbaren Regionen im Reich. Durch hohe Schulden und das – ähnlich wie bei anderen Parteien – gesunkene Interesse ihrer Aktivisten und Wählerklientel belastet, verlor die Partei bei der Reichstagswahl im November 1932 auch diesen Gewinn wieder. Damit erreichte sie nicht einmal das Ergebnis des „Völkischen Blocks“ bei der Landtagswahl von 1924. Erst die gänzlich veränderten Bedingungen der Reichstagswahl im März 1933 brachten den Durchbruch. Die NSDAP gewann durch

den Zulauf von über drei Fünftel der früheren Nichtwähler rund 33 Prozent der Wahlberechtigten. Die Wählerpotentiale von DNVP und liberal-konservativen Kleinstparteien ließen sich nicht erobern, waren jedoch ohnehin unbedeutend.¹⁷ Doch selbst dieser große Wahlerfolg war von der absoluten Mehrheit weit entfernt, während die NSDAP nunmehr vermutlich die Grenzen ihrer Mobilisierungskraft in München erreicht hatte. Die nationalsozialistischen Bemühungen um die Münchner Hochschulen stießen ebenfalls auf Schwierigkeiten. Selbst im Frühjahr 1933 ließ sich nur eine verschwindende Minderheit der Dozentschaft für ein offenes Bekenntnis zur NSDAP gewinnen. An der Universität stagnierten die Mitgliederzahlen nach einem im Reichsvergleich verspäteten Aufschwung auf niedrigem Niveau, während sich die Zustimmung bei den AStA-Wahlen auf die 10-Prozent-Marke fixierte und damit weit unter Reichsdurchschnitt lag. Nur mit Hilfe des „Waffenringes“ und anderer Gruppierungen konnten die Nationalsozialisten hier größeren Einfluß gewinnen. Dagegen begann der Aufstieg des NSDStB an der TH mit ihrem höheren Anteil an protestantischen Studenten bereits bei der AStA-Wahl 1928. Ab dem folgenden Jahr stellte der Bund bis 1933 den AStA-Vorsitzenden, und seit 1931 zählten die TH-Wahlergebnisse zu den besten des NSDStB im Reich. Allerdings gewann der Bund auch an der TH nie die absolute Mehrheit.

VI.

Der Aufstieg der NSDAP in der Weimarer Republik zeigte sich als höchst vielschichtiger und komplexer Prozeß. Das wird an der Geschichte der Münchner NSDAP einmal mehr deutlich. Entscheidend war eine Vielzahl von Faktoren und deren Verknüpfung: die wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen, die Fähigkeit, zugkräftige Propagandathemen bzw. ein attraktives Bild der Partei zu entwickeln und zu verbreiten, der Propagandaaufwand, die Zahl und Bereitschaft der Aktivisten, die Effizienz des Finanzierungssystems, die Existenz und Größe des Anhängerpotentials, die Haltung der Behörden und der entscheidenden normengestaltenden Kräfte der Gesellschaft und der Kirchen, der Zugeffekt des Erfolges und schließlich die Stärke der politischen Gegner. Es stellt sich nun die Frage, warum es für die Münchner NSDAP ausgerechnet 1932 um vieles schwerer war, neue Wählerschichten und Anhänger zu gewinnen. Warum verloren die nationalsozialistischen Wahlergebnisse innerhalb der von Falter aufgestellten Wähler-Kontrastgruppe seit 1932 auch noch ihre frühere Spitzenposition? Sieht man von der zweifellos entsprechend wirksamen verzögerten Entfaltung der Wirtschaftskrise in München ab, die zudem, gemessen an den Arbeitslosenzahlen, nicht dieselbe Wucht entwickelte wie in anderen Großstädten des Reiches, so hatte dieser relative Mißerfolg oder, besser gesagt, der gedämpfte Aufstieg zwei Hauptursachen: die konfessionell gebundene Ablehnung der NSDAP und das Vorgehen der

¹⁷ Widmann sieht diese fälschlich als grundlegendes Hindernis für eine weitergehende Ausbreitung der NSDAP in München: Ders., Wahlergebnisse, S. 8 und 23.

Polizei. Die moderne Wahlforschung belegt den tendenziellen Mißerfolg der NSDAP in katholisch dominierten Wahlgebieten, insbesondere seit die Kirchenführung 1931 ihre Ablehnung des Nationalsozialismus öffentlich dokumentierte. In München bot sich durch das überdurchschnittliche Engagement mehrerer überregional bedeutender katholischer Geistlicher und Publizisten eine gegenüber manchen anderen katholisch dominierten Großstädten besondere Situation. Diese Tendenz half mit, das Wählerpotential der BVP, aber auch die katholischen Studentenverbindungen zu stabilisieren. Letztere standen gemeinsam mit dem „Waffenring“, der aus Furcht vor dem Verlust seiner Selbständigkeit den aggressiven Kurs des NSDStB ablehnte, dem NS-Erfolg an den Hochschulen entscheidend im Wege. Die kirchliche Haltung wirkte sich vermutlich selbst auf die Einstellung vieler Handwerksinnungen aus. Die Münchner Polizei bzw. das bayerische Innenministerium entwickelten sich infolge der durch den „Hitlerputsch“ veränderten bayerischen Regierungspolitik zu einem gravierenden Hindernis für die NSDAP. Ausschlaggebend waren ordnungspolitische Überlegungen sowie der Schutz von Recht und Verfassung gegen die in München, wie im Reich auch, seit 1929 gestiegene Aggressivität der Nationalsozialisten. Die radikalen Drohungen für den Fall einer Machtergreifung als auch die handgreifliche und verbale Brutalität bzw. die Anerkennung und Förderung von Gewalt durch die Partei waren im städtischen Alltag nicht mehr zu übersehen. Der in der historischen Forschung vielfach diskutierte Werbeeffekt dieser Aggressivität zugunsten der NSDAP ließ sich für München nicht rekonstruieren. Deren Instrumentalisierung hatte sich für Partei- und SA-Führung, abgesehen von der notwendigen Ventilfunktion für den Drang der SA nach Aktivismus, nicht gelohnt. Ein direkter Zusammenhang mit dem Zulauf an Wählern und Mitgliedern läßt sich nicht beweisen. Das arrogante und angriffslustige Verhalten, wie es etwa 1931 in der Auseinandersetzung um die uniformierte Wache am „Braunen Haus“ zu Tage trat, wirkte gerade in München kontraproduktiv, wo die negative Erinnerung an die nationalsozialistischen Auftritte 1923 oder den „Hitlerputsch“ dominierte. Auch Teile der konservativen Presse registrierten die nationalsozialistische Aggressivität – in auffallendem Gegensatz zum Antisemitismus – bereits in den zwanziger Jahren aufmerksam, reagierten gerade aus der „historischen“ Erinnerung heraus mit scharfer Ablehnung und erkennbarem Gefahrenbewußtsein. Die vermutlich einzig effektive Bekämpfung der NSDAP wäre das Verbot der Partei und konsequent jeder Nachfolgeorganisation in den Jahren der Stagnation gewesen. Denn damit hätte die Partei die entscheidende Propagandaplattform der Parlamente verloren und – wenn man auf einen Putsch verzichten wollte – zugleich die einzige Möglichkeit zum Systemsturz: Die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten und die Regierungsbeteiligung. Ein Verbot war spätestens ab 1931 sinnlos angesichts der numerischen Stärke der Partei und ihres gewaltigen Apparates, der für seine Aktivisten mittlerweile hohe Bindekräfte entwickelt hatte. So hielt etwa das SA-Verbot die Verbände keineswegs von ihren Wahlkampfaktivitäten ab. Doch in der Summe verhinderten die Behörden, trotz aller Inkonsequenz und weit fortgeschrittener Erosion demokratischer Grundüberzeugungen nicht zuletzt in Justizkreisen, die maximale Entfaltung der NS-Propaganda in der Stadt, die möglicherweise sonst bereits 1932 ein Ausmaß wie im Frühjahr 1933 erreicht hätte.

Allerdings war die Polizei nicht für die Entwicklung der Mitgliederzahlen oder den Mißerfolg von KGWK und NSBO verantwortlich. Solange die BVP die Schlüsselpositionen von Regierung und Polizei effektiv gegen die NSDAP einsetzen konnte, blieben München nicht nur bürgerkriegsähnliche Zustände wie in anderen deutschen Großstädten erspart, sondern war es darüber hinaus für die Partei nur sehr schwer möglich, sich in den Wahlen durchzusetzen. Entsprechend zügelte die Reichsleitung die Aggressivität der Parteimitgliedschaft in der Stadt, um nicht noch schärfere Sanktionen zu riskieren. Es war angesichts der sich bereits 1932 abzeichnenden wirtschaftlichen Verbesserung unwahrscheinlich, daß die NSDAP in München und in Bayern ohne Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und die Reichstagswahl im März 1933 mit all ihren Folgen jemals an die Macht gelangt wäre. Welche Folgen die Beseitigung der Hindernisse hatte, zeigte sich gerade bei dieser Wahl, als unter dem Druck der Reichsregierung alle wesentlichen staatlichen Einschränkungen für die nationalsozialistische Propaganda und Finanzierung wegfielen. Zweifellos hatten die Reichskanzlerschaft Hitlers und der Reichstagsbrand bzw. dessen politische Instrumentalisierung durch die NSDAP ihre Wirkung. Der nationalsozialistische Innenminister Frick bekämpfte den politischen Gegner nicht zuletzt mit Hilfe der Pressezensur und setzte erhebliche Finanzmittel sowie erstmals den Rundfunk systematisch im Sinne der NSDAP ein. Nicht ohne Folgen konnte es außerdem bleiben, daß die bayerische katholische Kirchenführung ihre Ablehnung der NSDAP abschwächte.¹⁸ Doch entscheidend war, daß sich die Parteipropaganda in München jetzt erstmals maximal entfalten konnte und ihre Breitenwirkung enorm steigerte. Auf einen Schlag gewann die NSDAP beinahe 15 Prozent – hauptsächlich aus der Gruppe der Nichtwähler – zu ihrem bisherigen Sockel an Wählerstimmen hinzu.

Grundsätzlich stellt sich angesichts des relativen Mißerfolges der Münchner NSDAP natürlich die Frage nach dem Wert der Parteireformen ab 1929. Es erscheint jedoch nicht angebracht, daraus die Wirkungslosigkeit des massiven Propagandaeinsatzes und des organisatorischen Ausbaues zu folgern. Durch Plakate oder Flugblätter ließ sich zwar keine politische Meinung formen, ihr Einsatz war nach Ansicht der modernen Wahlforschung nicht wahlentscheidend, sondern verstärkte vorhandene Stimmungen und memorierte Persönlichkeiten und Parteien.¹⁹ Ohnehin übertraf der NS-Wahlkampf 1928 und 1930 die gegnerischen Parteien weniger auf dem Gebiet der Schriftpropaganda, sondern durch die große Zahl der Großveranstaltungen. Auch deren Wert bestand gelegentlich, etwa wenn die Partei mit SA und SS Besucherlücken füllte, weniger in der Gewinnung neuer Anhänger, sondern mehr in den eingenommenen Eintrittsgeldern. Dennoch waren in einer Zeit, in der nur ein begrenzter Teil der Bevölkerung regelmäßig Zeitungen las und das breitenwirksame Medium Radio sich noch kaum etabliert hatte, die von den Nationalsozialisten eingesetzten Propagandamittel in der Summe höchst wirksam, um die NSDAP und ihre Lösungsvorschläge für die

¹⁸ Die Folgen des Hirtenbriefs Kardinal Faulhabers waren jedoch begrenzt, da das BVP-Wählerpotential auch im März 1933 unverändert stabil blieb.

¹⁹ Müller, Wahlplakat, S. 37f.

Krise – sei es auch nur ihr „diffuses Image“ (Paul)²⁰ – als Alternative in das Blickfeld des Wählers zu rücken. Entsprechende Wirkung hatten besonders die nationalsozialistischen Propagandamärsche. Eine signifikante Steigerung dieser Mittel vermehrte entsprechend auch die öffentliche Auseinandersetzung mit der NSDAP – dieser Effekt trug seit 1930 wesentlich zum Erfolg der NSDAP in München bei. Die Märzwahl 1933 demonstrierte, wie gesagt, deutlich den Kausalzusammenhang zwischen Wahlerfolg und Propagandaufwand in seinen vielen Facetten: Märsche und Ausfahrten, Versammlungen, Schriftpropaganda, informelle Propaganda (persönliche Werbung der einzelnen Mitglieder) und Vereinsleben.²¹ Allerdings verloren diese Mittel vermutlich ab einem gewissen Sättigungsgrad des Zielpublikums und durch vorhandene Resistenzen ihre Wirkung. Das Organisationsnetz wiederum war für die Partei allein schon dadurch wertvoll, daß es einen großen und erwiesenermaßen funktionstüchtigen Kader entstehen ließ und erhielt.²² Außerdem gewährleistete es die große Reichweite der Parteipropaganda und die finanzielle Überlegenheit gegenüber vermutlich allen anderen Parteien. Zugleich demonstrierten die vielfältigen Unterorganisationen den nationalsozialistischen Anspruch, die Interessen aller Klassen und Schichten der Bevölkerung zu vertreten und in der NSDAP zu vereinen.²³ Darüber hinaus verhütete die organisatorische Stärke, daß die bayerische Regierung zum radikalen Verbot der Partei griff.²⁴ Für den stellenweise verwirrenden Wildwuchs der Unterorganisationen, der selten einem Gesamtkonzept folgte und vielfach Kompetenzüberschneidungen sowie heftige Konkurrenz bei der Werbung um dieselbe Klientel nach sich zog, wäre eine Vereinheitlichung sinnvoll gewesen. Hier deutete sich bereits die Entwicklung des Parteiparates nach 1933 an. Doch diese Reibungsverluste behinderten, abgesehen von den beiden Frauenorganisationen, die Arbeit nicht entscheidend. Die Gauleitung konnte selbst das Fehlen eines eigenen Propagandaleiters während des Wahlkampfes 1930 wettmachen. Dies gilt auch für die unvermeidlich lückenhafte Ämterbesetzung bei den Ortsgruppen sowie für die gegen die zunehmende innerparteiliche Bürokratisierung gerichtete Nachlässigkeit bzw. schlichte Verweigerung. Selbst der auch nach 1929 anhaltende parteiinterne Streit hatte wohl keinen entscheidenden negativen Effekt für die Wahlergebnisse, sieht man von den Vorfällen im Zusammenhang mit dem OSAF Röhms 1931 und 1932 ab. Doch war hier weniger der Streit bedeutsam, sondern die öffentliche Reaktion auf Röhms Homosexualität. Die Konflikte beeinträchtigten die Arbeit

²⁰ Paul, *Aufstand der Bilder*, S. 113.

²¹ Auch Dieter Ohr konstatiert eine kausale Beziehung zwischen nationalsozialistischer Propaganda und NSDAP-Wahlerfolg: Ders., *Kausale Beziehung*, S. 106–127. Allerdings ist Ohrs Argumentationsbasis für eine solche allgemeine Aussage eher unbefriedigend. Er analysiert unter dem vielfältigen Propagandarepertoire der NSDAP nur die Versammlungen und zudem nur die hessische Landtagswahl 1931, ohne das Wahljahr 1932 zu berücksichtigen.

²² Pridhams Skepsis, daß der Organisationsapparat eher „auf dem Papier“ beeindruckte denn in der Realität, ist somit nicht zuzustimmen: Ders. *Hitler's Rise*, S. 199.

²³ So auch Pridham, *Hitler's Rise*, S. 204.

²⁴ Dagegen sieht Wiesemann den größten Wert des Organisationsnetzes in der Gewinnung neuer Anhängerschichten: Ders., *Vorgeschichte*, S. 103.

der Ortsgruppen nicht in dem Maße wie in den zwanziger Jahren, dazu dürfte auch die nun sehr niedrige Fluktuationsrate unter den Führern der Stadtteilorganisationen wesentlich beigetragen haben. Die höhere Rate innerhalb des NSDStB entsprach vermutlich den spezifischen Studienbedingungen. Die Größe der SA-Verbände führte dazu, daß interne Auseinandersetzungen im Gegensatz zu den zwanziger Jahren nicht sofort die gesamte Organisation beherrschten. Die wesentlich ernsteren Auseinandersetzungen zwischen SA und SS führten wohl kaum zu einer Abkehr von den Organisationen. Immerhin zeigte sich, daß selbst eine effektive und energische Führung die für die NSDAP charakteristischen partei-internen Aggressionen nicht verhindern konnte, sondern vielmehr selbst in Gang hielt, betrachtet man das Verhalten des Gauleiters Wagner. Die NSDAP war auch in München keineswegs die gefestigt-monolithische und harmonische Organisation, als die sie sich in der Öffentlichkeit präsentierte.

VII.

Doch was charakterisierte nun die spezifische Situation der Münchner NSDAP? Die wohl prägendste Wirkung hatten hervorstechende Rahmenbedingungen, deren Kombination in München ein besonderes Klima für den Aufstieg der NSDAP schuf. Dies waren einmal die geschilderten Hindernisse, die Staat und katholische Kirche dem Aufstieg der NSDAP entgegensetzten. Ohnedies mußte die NSDAP in der Landeshauptstadt München, dem Sitz der Bayerischen Regierung, mit besonderer Beobachtung und Sensibilität seitens des Staates rechnen. Dazu kam die außerordentliche Stabilität und Leistungsfähigkeit der wichtigsten Gegner, SPD und BVP, die vermutlich durch den Hauptstadt-Nimbus motiviert waren, hier ihre Organisation und Wählerschaft zu besonderer Stärke zu entwickeln. Eine parteiintern singuläre Rahmenbedingung war die enge organisatorische, personelle, finanzielle und – betrachtet man speziell Hitler – emotionale Verbindung mit der Parteizentrale und zahlreichen anderen Führungsgremien von Unterorganisationen. Dies brachte vielfältigen Nutzen, aber auch hohen Erwartungsdruck durch die latente Forderung, daß sich die Münchner NSDAP dieser „Ehre“ würdig erweise und die „Erfolge“ von 1923 wiederhole. Letztendlich überwog jedoch bis 1929 der Nachteil aus dieser Verbindung: die Blockade von Finanzen, Propaganda und damit Erfolg der Ortsgruppe. Dadurch unterschied sich die Münchner Entwicklung ein weiteres Mal deutlich von derjenigen der meisten anderen nationalsozialistischen Regionalverbände. Charakteristisch war auch die Bedeutung der Münchner NSDAP innerhalb der Gesamtpartei in den Jahren bis 1928/1929. Diese basierte auf dem genannten innerparteilichen Ansehen, der zeitweiligen Abhängigkeit Hitlers und der Reichsleitung sowie auf der Stärke ihrer Wähler- und Mitgliederschaft. Spezifisch münchenerisch war es insbesondere, daß es der Ortsgruppe zwischen 1925 und 1930 wesentlich schneller als anderswo gelang, einen ersten Teil des möglichen Anhängerpotentials zu mobilisieren. Innerhalb des Gaues München-Oberbayern behielt die städtische NSDAP ihre Bedeutung bis 1933, als sie 50 Prozent der Mitgliederschaft stellte. Die NSDAP besaß 1925 in München wesentlich bessere Startbedingungen, als die Parteiverbände im Reich.

Die Münchner Organisation konnte auf die Verbindungen zur Reichsleitung und die Strukturen und Anhänger der Jahre 1919–1924 zurückgreifen. Die in der Stadt etablierten Traditionen des Antisemitismus und extremen Nationalismus einschließlich der hier nachhaltig ausgebauten Publizistik boten einen besonders günstigen Nährboden, der schon 1919/1920 Hitler motiviert hatte, sich gerade hier politisch zu engagieren. Somit war es kein Zufall, daß auch 1925 der Fokus der NSDAP zunächst auf München lag.

In einigen Ausprägungen glich das Phänomen des Münchner Nationalsozialismus der Partei im Reich, denkt man zum Beispiel an Ausmaß und Form des Organisationsausbaus. Trotzdem war die Münchner Entwicklung in den Jahren ab 1925, betrachtet man die genannten Rahmenbedingungen kombiniert, singulär. Nachdem es der Organisation in den Jahren bis 1923 sehr erleichtert worden war, über ihre tatsächliche Stärke und Zustimmung seitens der Bevölkerung hinaus das politische Leben zu dominieren, hatte sich die Situation nach 1925 grundlegend gewandelt. Der französische Gesandte in München, Graf Wladimir d'Ormesson, hielt dies im Oktober 1932 mit folgenden Worten fest: „Viele Menschen schmücken ihre Kleidung mit dem Hitlerabzeichen. Man hat indes in keiner Weise den Eindruck, daß man in der Hauptstadt des Nationalsozialismus weit und dort die wirkliche Gegenwart des Führers genießt.“²⁵

²⁵ Zitiert nach Nußer, Wehrverbände, S. 297.

Anhang

1. Wahlergebnisse

Wahlverhalten der Wahlberechtigten in München 1924-1933¹

Wahlen (Angaben in Prozentanteilen an den Wahlberechtigten)	NSDAP	DNVP	BVP	SPD	KPD	Sonstige ²	Nicht- wähler
1924 April Landtag	25,73 (VBI)	3,1	14,63	12,6	11,76	4,83+(?) +1,02	24,91
1924 Mai Reichstag	19,47 (NSFB)	8,39	14,05	11,31	10,37	3,94+(?) +0,73	31,38
1924 Dez. Reichstag	7,11 (NSFB)	16,86	18,56	19,78	8,75	1,48+3,48+2,38	20,65
1924 Dez. Stadtrat (Sitze)	9,03 (NS+NSFB) (6)	(unbek.) (6)	(unbek.) (13)	19,65 (13) (-9)	7,8 (5)	5,45+3,55+(?) (4+2+1)	20,15
1925 März Reichspräs. (1. Wahlg.)	4,8 (Ludendorff)	24,4 (Jarres)	13,9 (Held)	21,5 (Braun)	3,7 (Thälmann)		28,1
1928 Mai Reichstag	7,94: NSDAP 0,14: VBI	6,73	17,12	24,19	6,33	7,08+2,61+4,05	23,06
1928 Mai Landtag	7,48: NSDAP 0,15: VBI	5,24	17,51	23,75	6,13	6,40+2,89+2,92	25,44
1928 Mai Kreistag	7,65		18,18	24,45			25,69
1928 Mai Bezirkstag (gewählte Vertreter)	5,56 (4)	5,57 (4)	17,85 (13)	21,91 (16)	4,75 (3)	11,35+2,44+- (9+1+-)	30,57
1929 Dez. Volks- entscheid	9,96 (ja) 0,45 (nein)						
1929 Dez. Stadtrat (Sitze)	11,20 (8)	4,66 (3)	17,87 (12)	23,92 (17)	4,70 (3)	6,36+4,19 ³ (4)+(3)	26,84
1930 Sept. Reichstag	17,87						
1932 April Reichspräs. (1./2. Wahlg.)	19,9/21,1 (Hitler)	1,94+5,04 ⁴	18,71	23,83	8,29	5,28+(?) +1,29	17,73 9,5/ 15,1
1932 April Landtag	21,50	2,45	21,31	15,60	9,75	2,93+(?) +1,88	24,34
1932 Juli Reichstag	22,12	2,45	20,56	17,00	11,78	1,94+(?) +0,62	23,11
1932 Nov. Reichstag	18,44	4,95	18,4	15,28	14,61	1,70+(?) +0,65	25,62
1933 März Reichstag	33,60	5,46	19,44	18,21	10,47	1,14+(?) +0,44	10,82

- 1 ZBSL 56 (1924), S. 221–293 und 294–323. ZBSL 57 (1925), S. 155–184, 339ff. und 407–422. MNN 335 (8. 12. 1924), „Stadtratswahl“. Bei der Münchner Stadtratswahl am 7. 12. 1924 gingen BVP, DNVP, DVP und die Grund- und Hausbesitzer-Liste eine Listenverbindung ein, die „Einheitsliste der Nationalen Wahlgemeinschaft“. MNN 335 (8. 12. 1924), „Stadtratswahl“. ZBSL 60 (1928), S. 429, 437ff., 478–579 und 580–630. ZBSL 62 (1930), S. 267–276. MNN 335 (9. 12. 1929), „Das Wahlergebnis in München“. ZBSL 62 (1930), S. 453–477. ZBSL 63 (1931), S. 51–94. ZBSL 64 (1932), S. 207–211 und 357–472. ZBSL 65 (1933), S. 62–104 und 288–328.
- 2 „Sonstige“ = 1. Die Kleinstparteien, 2. DDP, 3. DVP
- 3 Bei der Münchner Stadtratswahl am 8. 12. 1929 bildeten DDP, DVP, Nationalliberale Reichspartei des deutschen Mittelstandes und die Wirt-schaftspartei eine Listenverbindung, die „Freie Bürgerliche Mitte“. MNN 335 (9. 12. 1929), „Das Wahlergebnis in München“.
- 4 Bei der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 kandidierten in München zwei DNVP-Organisationen, die „DNVP in Bayern“ und die „Konservative Volkspartei“. ZBSL 63 (1931), S. 51–94.

Wahlberechtigte, die bei den Reichstagswahlen 1924–1933 in München für die NSDAP stimmten¹

	Mai 1924	Dez. 1924	1928	1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
München	19,47	7,11	7,94	17,87	22,12	18,44	33,6
Kontrastgruppe	12	4	5	16	22	18	33
Oberbayern	12,4	4,4	5,1	13,7	20,1	16,3	33,6
Bayern	10,6	4,0	4,7	14,1	26,5	23,6	37,8
Reich	5,0	2,3	2,0	14,9	31,2	26,5	38,7

- 1 Zu den Münchner Ergebnissen: ZBSL 56 (1924), S. 294–323. ZBSL 57 (1925), S. 155–184. ZBSL 60 (1928), S. 429 und 437ff. ZBSL 63 (1931), S. 51–94. ZBSL 64 (1932), S. 425–472. ZBSL 65 (1933), S. 62–104 und 288–328. Zu den mit München vergleichbaren Kontrastgruppen: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 200: vgl. die dritte unterste Spalte von rechts. Zu den Ergebnissen in Oberbayern und Bayern: Widmann, Wahlergebnisse, S. 7 (Tabelle).

Wahlverhalten der Wahlberechtigten bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932¹

1925, 2. Wahlgang

	Hindenburg	Marx	Thälmann	Nichtwähler
München	45,4	26,8	3,1	24,4
Oberbayern	42,8	19,7	2,1	35,1
Bayern	38,9	23,5	1,9	35,3
Reich	37,2	34,9	4,9	22,4

1932, 1. und 2. Wahlgang

Wahlgang	Hindenburg		Hitler		Thälmann		Duesterberg		Winter		Nichtwähler	
	1.	2.	1.	2.	1.	2.	1.	1.	1.	2.		
München	56,8	55,5	19,9	21,1	11,1	8,0	1,7	0,6	9,5	15,1		
Oberbayern	58,1	59,4	19,0	19,1	7,8	5,9	1,6	0,5	12,6	15,3		
Bayern	51,6	53,0	25,7	27,5	6,3	4,6	2,3	0,3	13,4	14,5		
Reich	42,4	43,9	25,8	30,5	11,3	8,4	5,8	0,3	13,8	16,5		

¹ Die Daten geben die Prozentanteile an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten wieder. Widmann, Wahlergebnisse, S. 9 (Tabelle). ZBSL 57 (1925), S. 339 ff. ZBSL 64 (1932), S. 207 ff.

Wahlverhalten in den Münchner Stimmkreisen bei den Landtagswahlen 1924–1932¹

Landtagswahl 1924 (Prozentanteile an den Wahlberechtigten)

	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
VSPD	7,5	10,5	12,0	12,2	10,8	14,5	13,1	16,7	17,1	11,1
KPD	5,1	8,1	9,1	14,9	14,0	16,3	10,6	16,4	16,6	8,0
BVP	18,7	11,7	12,9	15,7	14,8	12,1	13,1	13,3	15,2	16,3
VBI	30,8	32,2	28,9	21,6	23,7	22,1	27,2	20,5	19,2	25,2
VNR	4,6	4,7	3,1	2,1	2,3	2,0	2,2	1,4	1,1	6,4
DB	1,8	2,5	1,4	1,6	3,0	1,4	2,0	0,7	1,0	2,7
NL	0,7	0,6	0,6	0,3	0,2	1,2	0,4	0,2	0,4	0,6
DVP-NL	1,2	1,1	1,2	0,5	0,8	0,2	0,8	0,6	0,5	2,1
Sonstige	1,8	2,0	3,2	3,8	2,8	3,3	2,1	2,5	2,3	1,1
NW	26,0	25,5	26,4	25,0	25,5	26,5	26,0	25,6	24,9	24,8

Ergebnisse der AStA-Wahlen an Universität und TH 1927–1932

Universität ¹	1927		1928		1929		1930		1931		1932	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
NSDStB	401	2	633	3	1293 ²	6	2437	10	2713	11	2293	10
Waffenring	2163	11	2152	10	1891	8	1396	6	1354	6	997	4
Kath. Liste	1519	8	1561	7	1563	7	1856	7	1734	7	1786	8
FHG	699	3	716	3	743	3	429	2	320	1	–	–
Sozialisten	–	–	–	–	–	–	337	1	212	1	290	1
Fachschaft	–	–	–	–	–	–	–	–	837	4	795	3
Liberale	699	3	733	4	580	3	496	2	–	–	484	2
Deutsch-nationale	531	3	531	3	542	2	453	2	–	–	405	2
Insgesamt	6012	30	6326	30	6612	29	7545	30	7338	30	7280	30
Wahlbeteiligung							91,2%		93%		87%	

Technische Hochschule ³	1927		1928		1929		1930		1931		1932	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
NSDStB	0	0	398	4	660	6	1367	11	1495	14	1264 ⁴	13
Waffenring	1661	15	1555	13	1223	10	1049	9	923	8	695	7
Kath. Liste	529	5	492	4	453	4	422	4	503	5	455	5
Freistudenten	1149	10	1041	9	0	0	–	–	–	–	–	–
Deutsch-nationale	–	–	–	–	450	4	204	2	373 ⁵	3	276 ⁶	3
Liberale	–	–	–	–	447	4	260	2	–	–	251 ⁷	2
Sozialisten	0	0	0	0	186	2	110 ⁸	1	–	–	0	0
Insgesamt	3339	30	3486	30	3425	30	3639	30	3485	30	2940	30
Wahlbeteiligung					90%		90%		91%		84,2%	

¹ Bayerische Hochschulzeitung 1928–1933. StA, Würzburg, RSF I/13: Wahlergebnisse veröffentlicht vom Münchner AStA am 22. 11. 1928 und 22. 11. 1929. StA, Würzburg, RSF II/18: AStA-Wahlergebnisse Universität/TH 1930–1932, zusammengestellt von den AStA. Ebenda: Vermerk HGM vom 25. 11. 1930. Ebenda: Vermerke AStA-Wahlleitung zu den Universitätswahlen am 26. 11. 1931 und 24. 11. 1932. VB 273 (24./25. 11. 1929), „Näheres zu den AStA-Wahlen in München“. SMP 48 (27. 11. 1932), „Studentensiege in München“. Böhm, Universität, S. 54. Grüttnert, Studenten, S. 495 (Tabelle 25).

² Listenverbindung NSDStB (1160 Stimmen/5 Sitze) mit Liste „Nationalsozialistische Studentinnen“ (133 Stimmen/1 Sitz).

³ VB 273 (24./25. 11. 1929), „Näheres zu den AStA-Wahlen in München“. StA, Würzburg, RSF II/18: Vermerk HGM vom 25. 11. 1930 o. w. A. Ebenda: AStA-Wahlleiter an NSDStB-RL vom 27. 11. 1931. Franz, Münchner Hochschulen, S. 71.

⁴ Listenverbindung „Nationalsozialisten und Waffenstudentische Verbände“ (1069 Stimmen/11 Sitze) mit Liste „Weihestephan“ (195 Stimmen/2 Sitze).

⁵ Liste „Nationale Sammeliste“.

⁶ Liste „Deutsche Wehrstudenten“.

⁷ Liste „Nationale Fachschaften“.

⁸ Liste „Deutscher Studentenverband“.

Abkürzungen:

- Deutschnationale = TH: „Großdeutsche Finkenschaft“; Universität: 1929/1930 „Großdeutsch-nationaler Widerstandsblock“, 1932 „Deutschnationale Kampf-front“
- Libérale = TH: „Großdeutsche Studentenschaft“; Universität: 1929/1930 „Notgemeinschaft Deutscher Finken“, 1932 „Deutsche Wehrstudenten“
- Sozialisten = „Freie Hochschulgruppe“, ab 1930 „Deutscher Studentenverband“ (hier auch SPD u. jüdische Studenten)
- Waffenring = Dachorganisation sämtlicher Schlagenden Verbindungen in München
- FHG = „Freie Hochschulgruppe“ (Sozialdemokraten; jüdische Studenten)
- Katholische Liste = 1930: „Katholische Korporationen“ und „Katholische Freistudenten“

2. Soziographische Statistik der Parteikader

Münchner Parteifunktionäre in Reichsleitung, Gauleitung, OSAF und Gau-SAF¹

Zeitraum	Reichsleitung			OSAF	SS- OL	GL	Gau- SAF
	25-30/9	30/9-32/6	32/6-12	31-32	25-33	30-32	31-32
Gesamtzahl der Ämter ²	14	62	83	10-12	10-12	10-50 ³	10
Gesamtzahl der Funktionäre (Fluktuation inbegriffen) ³	23	64	73	unbek.	unbek.	55	unbek.
Davon Münchner Funktionäre	11	19	21	16	10	38	7
Sektions-/Ortsgruppenführer	3	5	5	1	1	8	2
Amtswalter in Sektionen/ Ortsgruppen	2	—	—	—	—	5	—
SA-Führungspersonal	—	2	3	9	—	2	4
SS-Führungspersonal	—	—	2	1	3	—	—
NSDStB-Führungspersonal	—	4	3	—	—	1	—
Sonstiges Führungspersonal	1	1	3	2	1	22 ⁵	1
Parteikarriere in München bis 1923	4	5	5	4	5	—	—
Parteikarriere in München 1924	1	1	—	—	—	—	—
Geburtsort in München	1	3	5	4	2	11/13 ⁶	2
Geburtsort im übrigen Bayern	6	4	5	7	4	14/19	2
Geburtsort im übrigen Reich	1	4	4	4	4	7/10	—
Geburtsort im Ausland	2	3	3	—	—	1/1	—
Geburtsort unbekannt	1	4	4	2	—	5/16	3

¹ Die hier genannten Daten entstammen einer Vielzahl von Einzelinformationen aus sämtlichen für die vorliegende Studie gesichteten Quellen. Zu den für die Statistik ergiebigsten Beständen und Literatur zählen: Westend Wacht 1929-1930, Münchner Wacht 1930, Front 1930-1932, SMP 1932-1933, VB 1925-1933, StA, Lageberichte 1925-1932, Mitteilungsblatt des Kreises München-Nord der NSDAP 1933-1934. Vgl. Kapitel III.3., Anm. 39 und Kapitel IV.3., Anm. 426 (Quellen zu den öffentlichen Versammlungen der NSDAP 1925-1933). Kapitel III.3., Anm. 22 und Kapitel IV.3., Anm. 422 (Quellen zur Schriftpropaganda der NSDAP 1925-1933). BStB, Mitteilungen der Kreisleitung München 1934. StA, NSDAP 496: Korrespondenz RL mit den Münchner Sektionen 1925-1929. IfZ, MA 738 und 1217: Mitgliederlisten verschiedener Sektionen 1925-1929 und der Ortsgruppe München 1921-1923. StA, PDM 6824: Personallisten der bayerischen SA 1931/1932. StA, PDM 6827: Mitgliederlisten der Münchner SS 1929-1933. StA, PDM 6809: Versammlungen der Münchner SA 1925-1933. StA, Würzburg, RSF II/17: Listen der Mitglieder und AStA-Wahlkandidaten des Münchner NSDStB. IfZ, MA 738 und MA 1216: Statistiken, Korrespondenzen, Versammlungseinladungen u. ä. der Münchner Sektions- und Ortsgruppenführer 1925-1933. Münchner Wacht 7 (Juni 1930) und 8 (1. 7. 1930), „Der Gau Groß-München. Ortsgruppen- und Zellenorganisation München-Stadt“. Nachlaßgericht München: Spruchkammerakten Brack, Buchner, Drax, Grüner, Hartmann, Hieber, Kuchenreuther, Nippold, Schiff. StdA, Ratskartei. StdA, Bestand Einwohnermeldeamt. StdA, BuR 1563, 1597, 1599, 1606. Amtliches Handbuch Bayerischer Landtag 1928-1933. Der Großdeutsche Reichstag 1938. Reichstagshandbuch 1933. Nationalsozialistisches Jahrbuch. Bosl, Bayerische Biographie. Das Deutsche Führerlexikon. Stockhorst, Fünftausend Köpfe. Weiß, Biographisches Lexikon. Jäckel/Kuhn, Hitler. Maser, Frühgeschichte. Nußer, Wehrverbände. Tyrell, Führer befiehlt. Stachura, Nazi Youth. Hoser, Tagespresse. HRS Bde. I-V. Joachimsthaler, Schroeder. Gordon, Hitlerputsch. Benz, Berichte.

Die Sektions- und Ortsgruppenführer des Gebietes München-Stadt⁷

		1925–1929	bis Mai 1930	bis März 1933
Geburtsorte	München	4	4	18
	übriges Bayern	9	4	14
	übriges Reich	6	2	8
	Ausland	–	–	4
	unbekannt	5	–	23
Erstmaliger Parteibeitritt	1919–1923	12	6	10
	1925–1929	5	3	16
	1930–1933	–	–	27
	unbekannt	7	1	14
Geburtsjahrgang	1902–1911	1	3	7
	1892–1901	8	3	15
	1882–1891	3	2	10
	1872–1881	5	2	10
	1862–1871	3	–	3
	unbekannt	4	–	22
Gesamtzahl	Sektionsführer bzw. Ortsgruppenführer	24	10	67
	Sektionen bzw. Ortsgruppen	10–7	9	39

² Hier werden im Falle der RL gezählt: Der Parteivorsitzende und dessen Adjutanten, Haupt- und Unterabteilungen und Stabsleiter (Quelle: Tyrell, Führer befehl, S. 355–368); jedoch nicht Sachbearbeiter bzw. Bürokräfte; jeder Funktionär wird nur einmal gezählt, selbst wenn er mehrere Ämter innehatte. Zu den Ämtern der OSAF, GL und Gau-SA-Führung: BA, Berlin, Slg. Schumacher 404: Einteilung der OSAF-Referate vom 3. 3. 1931, o. w. A. StA, PDM 6824: SA-Stäbe vom Sturmbann bis zur Gruppe; Zusammenstellung der OSAF vom 2. 2. 1932. Ebenda: „Stellenbesetzungs-Liste der [SA-]Gruppe Hochland“; Datierung nach Personalbesetzung: März 1931. Zu den Ämtern von OSAF und Gau-SAF generell: StA, PDM 6822 und 6824–6826: OSAF-Anordnungen 1931–1933 und Verordnungsblatt der OSAF 1931–1933.

³ Vgl. Kapitel IV.2. (Der Apparat der GL).

⁴ Tyrell, Führer befehl, S. 355–368. Zu OSAF, SS-OL, GL und Gau-SA-Führung: Vgl. Anhang 2.1., Anm. 1.

⁵ Hier sind vor allem die nicht in NSDAP-Ortsgruppen aktiven Führer der 25 Münchner KGWK-Fachgruppen erfaßt.

⁶ Linke Ziffer: die in der Münchner NSDAP aktiven Funktionäre; rechte Ziffer: Gesamtzahl der Funktionäre der GL.

⁷ Zu den Quellen: Anhang 2.1., Anm. 1.

3. Die Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren der NSDAP 1925–1933

*Die parteioffizielle Regelung und die Sonderregelungen für den Gau München-Oberbayern
bzw. die Münchner NSDAP*

Gültigkeit ¹	Monatliche Mitgliederbeiträge				Verteilungsschlüssel pro Mitgliedsbeitrag und Monat ²	Auf- nahme- gebühren
	All- gemein	SA	andere Sonder- regelung	Erwerbs- lose		
ab Februar 1925 ³	50 Pf	50 Pf	unbe- kannt	frei ⁴	us O: unregelt sb O: 25 Pf GL: 40 Pf RL: 25 Pf von sb O; 10 Pf von GL SA: unregelt	1 RM ⁵
ab 22. 5. 1926 ⁶ Einführung der SA-Steuer von 10 Pf	60 Pf	50 Pf ⁷ (SA- Steuer entfällt) ⁸	SS: wie SA ⁹	frei	us O: unregelt sb O: 25 Pf GL: 40 Pf RL: 25 Pf von sb O 10 Pf von GL SA: 10 Pf SA-Steuer ¹⁰	gleich- bleibend
Ab August 1926 Erwerbslosen- beiträge ¹¹				Allgemein 20 Pf SA: 10 Pf		
Ab 1. 12. 1926 neuer Verteiler- schlüssel ¹²					SA- Steuer: 5 Pf an örtliche SA 5 Pf an RL bzw. OSAF	
Ab 1. 10. 1927 ¹³	80 Pf	80 Pf	unbe- kannt	40 Pf	sb O: 40 Pf O i. Gau- verbd.: 30 Pf GL: 30 Pf RL: 40 Pf von sb O 20 Pf von GL SA: SA-Steuer fällt zukünftig weg, 12% der Anteile der GL und RL an Gau-SAF	gleich- bleibend
Ab 1. 4. 1928 (nur München)		40 Pf ¹⁴				
ab 1. 10. 1928 ¹⁵	gleich- bleibend	München: gleichblei- bend ¹⁶ RL: 80 Pf	unbe- kannt	55 Pf ¹⁷ weitere Ermäßi- gung zu Lasten der O	O: 25 Pf GL: 25 Pf RL: 30 Pf SA: GL/RL-Anteil entfällt, dafür 10 Pf von RL an OSAF	gleich- bleibend
Ab 1. 7. 1930 ¹⁸	1 RM	80 Pf	SS, HJ, NSDStB, Frauen- schaft wie SA	un- bekannt	O: 25 Pf GL: 35 Pf RL: 40 Pf SA: 10 Pf RL-Anteil ¹⁹	gleich- bleibend

Gültigkeit ¹	Monatliche Mitgliederbeiträge				Verteilungsschlüssel pro Mitgliedsbeitrag und Monat ²	Auf- nahme- gebühren
	All- gemein	SA	andere Sonder- regelung	Erwerbs- lose		
ab 1. 9. 1930 ²⁰ Einführung SA-Zulage 20 Pf	1,20 RM	1 RM	SS wie SA (sonstige Ermäßi- gungen entfallen)	1 RM	O: 25 Pf GL: 35 Pf RL: 40 Pf SA: 20 Pf (von O/GL an GauSAF)	2 RM
ab 1. 1. 1931 Sonderregelung im Gau MO ²¹	gleich- blei- bend	80 Pf (SA- Zulage entfällt)	SS: wie SA	gleich- blei- bend	gleichbleibend; nur mehr „zivile“ Mitglieder zahlen SA-Zulage	gleichblei- bend SA, SS erhalten 1 RM, SA- u SS-Angehö- rige zahlen nur 1 RM ²²
ab 1. 2. 1932 ²³ Erhöhung der Aufnahme- gebühr						3 RM RL, GL, SA erhal- ten davon je 1 RM Ewl von Erhöhung befreit Sonder regelungen im Gau MO: – O und GL erhalten je 50 Pf ²⁴ – SA zahlt nur 1 RM Gebühr ²⁵
ab 1. 10. 1932 ²⁶ jeweils 20 Pf SA-Zulage in- begriffen Gau MO: Sonder- regelungen	RL: 1,50 RM GL: 1,40 RM	RL: 80 Pf GL: 80 Pf	RL: NSJ ²⁷ wie SA GL: unbe- kannt	RL: SA 80 Pf allgemein 1 RM GL: grund- sätzlich 1 RM	O: 60 Pf (im Gaugebiet MO 50 Pf) von Ewl 10 Pf bei SA, SS, NSJ 10 Pf Verlust GL: 40 Pf RL: 30 Pf SA: 20 Pf SA-Zulage; SS zahlt Zulage direkt an SS- Dienststellen	
ab 1. 11. 1932 ²⁸ jeweils 20 Pf SA-Zulage inbegriffen Gau MO: Sonder- regelungen	RL: 1,50 RM GL: 1,45 RM ²⁹	RL: 1 RM GL: 85 Pf	RL: SS, NSJ wie SA GL: unbe- kannt	RL: allgemein 1 RM; SA, SS, NSJ 80 Pf GL: allge- mein 1,05 RM; SA, SS, NSJ unbekannt	Im allgemeinen gleichbleibend	

Abkürzungen:

ewl/Ewl erwerbslos/Erwerbslose

GauSAF Gau-SA-Führung

GL NSDAP-Gauleitung München Oberbayern

MO München-Oberbayern

NSJ Nationalsozialistische Jugendbewegung

O Ortsgruppe

RL NSDAP-Reichsleitung

sb Selbständige

us Unselbständige

-
- ¹ Die Gültigkeitsdauer der Regelungen ist, außer wenn in den RSM-Anordnungen vermerkt, nicht in jedem Fall eindeutig. Im Folgenden wird jeweils der Zeitpunkt angegeben, ab dem die Neuregelung in Kraft trat. Grundsätzlich kann nicht ausgeschlossen werden, daß im Gaugebiet München-Oberbayern bzw. in München noch weitere Sonderregelungen existierten, die sich in den Quellen nicht niedergeschlagen haben.
 - ² Grundsätzlich war, folgt man den RSM-Rschr., von jedem Mitgliedsbeitrag, auch von dem ermäßigten, zuerst der Anteil der RL und der GL, anschließend derjenige der SA abzuführen. Der restliche Betrag verblieb der Ortsgruppe.
 - ³ HRS I, Dok. 64, S. 147 ff.: Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21. 8. 1925, § 3 und § 5. Vgl. auch IfZ, Fa 104/1: Rschr. der HGS an die Ortsgruppen der NSDAP im Reich vom 21. 3. 1925.
 - ⁴ IfZ, MA 738: „Richtlinien für die Sektionen der Ortsgruppe München der NSDAP“ vom 16. 3. 1925. Vgl. auch StA, NSDAP 496: Rschr. des RSM Schwarz an die Sektionsführer Münchens vom 1. 9. 1925: Voraussetzung für Beitragsfreiheit waren die jeweils monatlich der HGS nachzuweisende „Erwerbslosigkeit“ und „Armut“. SA-Mitglieder waren nicht von vornherein von Beiträgen befreit.
 - ⁵ Vgl. Anm. 3.
 - ⁶ HRS I, Dok. 143, S. 428 ff.: Generalmitgliederversammlung der NSDAP am 22. 5. 1926.
 - ⁷ Vgl. Anm. 6.
 - ⁸ IfZ, MA 1216: RSM an alle Ortsgruppen der Kreise Oberbayern und Schwaben: Nach Bekanntmachung der RL im VB 253 (7./8. 11. 1926), blieben die Angehörigen der SA und SS nach wie vor von der SA-Steuer befreit.
 - ⁹ Vgl. Anm. 8.
 - ¹⁰ HRS I, Dok. 146, S. 461 ff.: Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22. 5. 1926, § 5; von den Mitgliedsbeiträgen haben Gauleitungen 20 Prozent, selbständige Ortsgruppen dagegen 50 Prozent an die RL abzuliefern.
 - ¹¹ StA, NSDAP 496: HGS an die Sektionen Münchens vom 17. 6. 1926: Entsprechend Hitlers Anordnung vom 9. 8. 1926 (HRS II, Teil 1 Dok. 17, S. 38) hatten Gaue und Ortsgruppen die vollständige Ablieferung der RL-Beitragsanteile der Erwerbslosen zu garantieren. „Mitteilungsblatt“ der Sektion Westend Nr. 15 (1. 7. 1927), „Einzahlung der Mitgliedsbeiträge“.
 - ¹² IfZ, MA 1216: RSM an alle Ogf der Kreise Oberbayern und Schwaben: Wie schon im VB 253 (7./8. 11. 1926) bekanntgegeben, verzichtet die RL ab 1. 12. 1926 auf die Hälfte der SA-Steuer zu Gunsten der örtlichen SA-Führung.
 - ¹³ IfZ, Fa 104/2: Rschr. der RL an alle Gaue und selbständige Ortsgruppen vom 1. 9. 1927: Nach Beschluß der NSDAP-Generalmitgliederversammlung vom 30. 7. 1927 gilt ab 1. 10. 1927 die neue Beitragsregelung.
 - ¹⁴ StA, Lagebericht 66 (28), S. 20. Die Regelung galt mindestens bis Sommer 1929: Vgl. die Aussage des Führers des SA-Sturm 3 auf dem Appell am 12. 7. 1929 über die Monatsbeiträge der SA-Mitglieder: StA, PDM 6809: PND 664 (26. 7. 1929).
 - ¹⁵ IfZ, Db 23.10: Rschr. des RSM an die Gau- und Untergauleitungen Bayerns und die Bezirksleitungen Essen und Bergisch Land, Niederrhein vom 10. 9. 1928: Beschlüsse der NSDAP-Generalmitgliederversammlung am 31. 8. 1928 über die Neuregelung der Verteilung der Beiträge, wirksam ab 1. 10. 1928.
 - ¹⁶ Vgl. Anm. 14.
 - ¹⁷ Dieser Betrag setzte sich aus den Anteilen der RL und der GL zusammen, die grundsätzlich abzuführen waren.
 - ¹⁸ IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen vom 26. 5. 1930: Beschlüsse der NSDAP-Generalmitgliederversammlung vom 23. 5. 1930 über die Neuregelung des Beitragswesens, wirksam ab 1. 7. 1930.
 - ¹⁹ IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen vom 3. 6. 1930
 - ²⁰ IfZ, Db 23.10: RSM an sämtliche Gauleitungen vom 3. 9. 1930 Ausführungsbestimmungen zur Verfügung Hitlers, veröffentlicht im VB 209 (3. 9. 1930), Abänderung der Anordnungen des Rschr. vom 26. 5. 1930 (vgl. Anm. 18); rückwirkend gültig ab 1. 9. 1930. Verordnungsblatt der RL der NSDAP Folge 11 (16. 11. 1931), S. 26: Bekanntgabe des RSM

- vom 10. 11. 1931 als Bestätigung seines Rschr. vom 3. 9. 1930. Vgl. auch Front 1 (1. 9. 1930), AdB. Ankündigung u. a. der SA-Zulage. StA, NSDAP 49: Anweisung des GSM Kuchenreuther vom 20. 6. 1931: „Richtlinien für den Kassenwart“. IfZ, MA 738: Rschr. des Ogf Ramersdorf an seine Ortsgruppenmitglieder vom 8. 5. 1931: hier Angabe der Beitragssätze.
- 21 IfZ, MA 1216: GGF Nippold und GSM Kuchenreuther an die Ogf des Gaues vom 16. 1. 1931: Beitragsneuregelung für SA und SS „rückwirkend ab 1. Januar 1931“, Änderung der RSM-Bestimmungen vom 2. 9. 1930 (vgl. Anm. 20).
- 22 StA, PDM 8850: Vormerkung PDM/VI/N vom 12. 12. 1932 über die Beitragsneuregelung durch die GL München-Oberbayern ab 1. 11. 1932 sowie über die zuvor gültigen Beitragssätze.
- 23 Verordnungsblatt der RL der NSDAP, Folge 15 (15. 1. 1932), S. 36: Verfügung des RSM vom 15. 1. 1932.
- 24 IfZ, MA 1216: GGF Nippold an alle Ogf und Bzf des Gaues München-Oberbayern vom 8. 1. 1932.
- 25 Vgl. Anhang 3., Anm. 22.
- 26 Hier erließen RL und GL München-Oberbayern unterschiedliche Regelungen. IfZ, Db 23.10: RSM-Rschr. an sämtliche Gauleitungen vom 6. 9. 1932 Beitragsneuregelung mit Wirkung vom 1. 10. 1932; Abänderung der Bestimmungen vom 3. 9. 1930 (vgl. Anm. 20). StA, PDM 8850: PDM/VI/N vom 12. 12. 1932 (vgl. Anm. 22).
- 27 Die Nationalsozialistische Jugendbewegung (NSJ) war die Ersatzorganisation der von dem SA-Verbot betroffenen HJ.
- 28 Hier erließen RL und GL München-Oberbayern unterschiedliche Regelungen. IfZ, Db 23.10: RSM-Rschr. an sämtliche Gauleitungen vom 17. 10. 1932: Abänderung der durch RSM vom 6. 9. 1932 festgelegten Beitragssätze für SA, SS, NSJ und Erwerbslose (Anm. 26). StA, PDM 8850: PDM/VI/N vom 12. 12. 1932 (Anhang 3., Anm. 22). Die Regelung der RL galt schließlich bis zur erneuten Neuregelung des Beitragswesens durch das RSM-Rschr. vom 30. 11. 1934: Vgl. hier den Vermerk: „unter Aufhebung der Verfügungen vom 3. 9. 1930, 6. 9. 1932 und 17. 10. 1932“ (IfZ, Db 23.10). Die Gültigkeitsdauer der Beitragsregelung der GL München-Oberbayern ist nicht nachprüfbar.
- 29 In der Vormerkung des Polizeireferates VI/N vom 12. 12. 1932 (Anm. 22) werden zwar 1,25 RM als Beitrag für erwerbstätige Parteimitglieder, die nicht der SA beigetreten waren, angegeben. Es ist allerdings kaum vorstellbar, daß die GL München-Oberbayern freiwillig um 25 Pf unter dem Beitragsminimum der RL blieb; vermutlich berechneten die PDM-Informanten die SA-Zulage von 20 Pf nicht mit ein; der Beitrag von 1,45 RM erscheint somit plausibler.

Verzeichnis der Tabellen und Graphiken

- Tab. 1: Zusammenschlüsse und Fusionen rechtsgerichteter Verbände in München und Bayern 1925–1933
- Tab. 2: Mitgliederstand der Münchner BVP 1925–1931
- Tab. 3: Mitgliederstand der Münchner KPD und einiger KPD-Unterorganisationen 1919–1932
- Tab. 4: Mitgliederstand der Münchner SPD 1919–1932
- Tab. 5: Mitgliederzahlen einiger Gaue und Ortsgruppen der NSDAP 1925–1933
- Tab. 6: Die Münchner Sektionen und ihr Gebiet 1926
- Tab. 7: Redeauftritte Hitlers 1925–1933
- Tab. 8: Die Redner der Sektion Schwabing 1925–1929
- Tab. 9: Zu- und Abgänge der Sektion Schwabing März 1925-September 1929
- Tab. 10: Die Neugliederung der Münchner NSDAP-Kreise ab Oktober 1932
- Tab. 11: Die in München kursierenden NS-Organen 1930–1933
- Graphik 1: Die Gauleitung München-Oberbayern Ende 1930
- Graphik 2: Die Gauleitung München-Oberbayern vom Frühjahr 1931 bis Sommer 1932
- Graphik 3: SA-Organisation 1930 und 1931
- Graphik 4: SS-Organisation 1930 und 1932
- Graphik 5: Besuch der NSDAP-Großveranstaltungen 1929–1933

Abkürzungsverzeichnis

Abschr.	Abschrift
AdB	„Aus der Bewegung“
AG	Arbeitsgemeinschaft
AHR	American Historical Review
ANSt	Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen
ARF	Altreichsflagge
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BA	Bundesarchiv
BBuR	Bund Bayern und Reich
BDM	Bund deutscher Mädel
BdO	Bund Oberland
BHKB	Bayerischer Heimat- und Königsbund
BHS	Bayerischer Heimatschutz
BK	Bayerischer Kurier
BStB	Bayerische Staatsbibliothek
BSZ	Bayerische Staatszeitung
BVP	Bayerische Volkspartei
Bzf	NSDAP-Bezirksführer
CEH	Central European History
C.V.	Cartell-Verband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
Ders.	Derselbe
DFO	Deutscher Frauenorden
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVOB	Deutschvölkischer Offiziersbund
DSt.	Deutsche Studentenschaft
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
erw.	erweitert
FKB	Frontkriegerbund
GdGW	Großdeutsche Gewerkschaft
GG	Geschichte und Gesellschaft
GGF	Gaugeschäftsführer
GL	Gauleitung (des NSDAP-Gaues Groß-München bzw. München Oberbayern)
GPL	Gaupropagandaleiter
GSM	Gauschatzmeister
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptabteilung
HDA	Hochschulring Deutscher Art
Hg.	Herausgeber
HGM	Hochschulgruppe München
HGS	Hauptgeschäftsstelle
HJ	Hitler-Jugend

HJB	Historisches Jahrbuch
HKB	„Hauptkassenbuch für Beiträge“ der NSDAP-Sektion Schwabing 1924–33
HM	Historische Mitteilungen
HRS	Hitler, Reden, Schriften
hrsg.	herausgegeben
hs.	handschriftlich
HSR	Historical Social Research
HStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JCH	Journal of Contemporary History
JMH	Journal of Modern History
KGWK	Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein
KHB	„Kassenhauptbuch“ der NSDAP-Sektion Schwabing 1924–1929
KrL	Kreisleitung
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
MAA	Münchner Augsburger Abendzeitung
MdL	Mitglied des Landtags
MInn	Bayerisches Ministerium des Inneren
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MO	München-Oberbayern
MP	Münchner Post
ms.	maschinenschriftlich
M.S.C.	Münchner Studenten-Convent
MZ	Münchner Zeitung
NPL	Neue Politische Literatur
NSAK	Nationalsozialistisches Automobilkorps
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschland
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSJ	Nationalsozialistische Jugendbewegung
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSS	Nationalsozialistischer Schülerbund
NSVB	Nationalsozialer Volksbund
NZ	Neue Zeitung
o. D.	ohne Datum
Ogf	NSDAP-Ortsgruppenführer
o. J.	ohne Jahresangabe
o. O.	ohne Ortsangabe
OSAF	Oberste SA-Führung
o. w. A.	ohne weitere Angaben

PDM	Polizeidirektion München
Pf.	Pfennig
PND	Politischer Nachrichtendienst der Polizeidirektion München
PO	Politische Organisation der NSDAP
RFSS	Reichsführer SS
RGF	Reichsgeschäftsführer
RKO	Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung
RL	Reichsleitung der NSDAP
RM	Reichsmark
ROL	Reichsorganisationsleiter bzw. -leitung
RPL	Reichspropagandaleitung
Rschr.	Rundschreiben
RSM	Reichsschatzmeister
SA	Sturmabteilung der NSDAP
Schr.	Schreiben
SJfP	Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik
SKTB	„Sektionskasse-Tagebuch“ der NSDAP-Sektion Schwabing 1924–29
Slg.	Sammlung
SMP	Sonntag-Morgenpost
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv München
StdA	Stadtarchiv München
s. v.	sub voce
TBB	Tannenbergbund
überarb.	überarbeitet
USchLA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der NSDAP
VB	Völkischer Beobachter (Münchener Ausgabe)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVVB	Verband Vaterländischer Verbände Bayern
VVVM	Verband Vaterländischer Verbände Münchens
WPV	Wehrpolitischer Verein
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZBSL	Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes
zit.	zitiert

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität München (UAM)

Bestand Generalia (G)

Bestand Personalakten

Bestand Senat

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (HStA)

– *Abteilung V* (Nachlässe und Sammlungen)

Slg. Varia

Plakatesammlung

Presseauschnittsammlung

Nachlaß Hilpert

– *Abteilung II* (neuere Bestände)

Bestand Innenministerium (MIInn)

Bestand Außenministerium (MA)

Bayerische Staatsbibliothek (BSStB)

Nachlaß Ernst Hanfstaengl

Bundesarchiv, Abteilung Berlin-Lichterfelde

Bestand Reichsschatzmeister (NS 1)

Bestand Parteikanzlei der NSDAP (NS 6)

Bestand Reichspropagandaleitung (NS 18)

Bestand Reichsorganisationsleitung (NS 22)

Bestand Oberstes Parteigericht (NS 36)

Bestand Dienststelle Bouhler (NS 51)

Bestand Kanzlei des Führers (62 Ka 1)

Bestand Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (R 134 und 15.07)

Bestand Reichsinnenminister (R 15.01)

Slg. Schumacher

Institut für Zeitgeschichte (IFZ)

Bestand Db

Bestand ED

Bestand Fa

Bestand Gm

Bestand MA

Nachlaßgericht München

Spruchkammerakten Brack, Buchner, Drax, Grüner, Hartmann, Hieber, Kuchenreuther,

Nippold, Schiffel;

Staatsarchiv München (StA)

Bestand Polizeidirektion München (PDM)

Bestand NSDAP

Bestand Landratsämter (LRA)

Bestand Amtsgericht München (AG)

Staatsarchiv Nürnberg (StA, Nürnberg)
Bestand Polizeidirektion Nürnberg-Fürth
Mischbestand NSDAP

Staatsarchiv Würzburg (StA, Würzburg)
Bestand RSF

Stadtarchiv München (StdA)
Bestand Gewerbeamt
Bestand Bürgermeister und Rat
Personalakten
Ratskartei

Archivalia der Münchner Innungen
Archiv der Innung des Bekleidungshandwerks München: Protokollbuch der „Bezirksvereinigung Schneidermeister Nord“ 1932–1940
Archiv der KfZ-Innung München: Satzungen und Verwaltungsunterlagen der Zwangsinnung für das KfZ-Gewerbe im Regierungsbezirk Oberbayern. München 1929

2. Gedruckte Quellen

Zeitungen, Zeitschriften

Bayerische Hochschulzeitung 1928–1933
Der Angriff
Der Nationalsozialist (Ersatz für den im Juni 1921 verbotenen VB)
Der Völkische Beobachter (Münchner Ausgabe)
Die Front; mit der Beilage: Front im Bild
Die Sonntag-Morgenpost
Münchner Gemeindezeitung
Münchner Neueste Nachrichten
Münchner Post
Münchner Wacht
Völkischer Kurier

Mitteilungsblätter und -organe

Amtswalterinnenblatt der NS-Frauenschaft Gau München-Oberbayern 1933/1934
Der SA-Mann
Der Weltkampf. Monatsschrift für die Judenfrage aller Länder. Hrsg. Alfred Rosenberg. München 1925 ff.
Die Bayerische Bäckerei. Fachzeitschrift des Bayerischen Bäcker-Innungsverbandes und der Bayerischen Bäckerinnung 1925–1932
Die Westendwacht, Mitteilungsblatt der Sektion Westend 1929–1930
Dienstanweisung für Ortsgruppen und Stützpunkte sowie deren Untergliederungen über Kassen- und Buchführung sowie über den Geschäftsverkehr. Hrsg. von der NSDAP-Reichsleitung. München 21932
Gau Groß-Berlin. Gesamtadressenwerk der NSDAP-Geschäftsstellen. Bd. 1. Berlin 1934
Lageberichte N (Lageberichte des politischen Nachrichtendienstes der Polizeidirektion München) Nr. 1–113a, Februar 1924–Dezember 1932
Mitteilungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Sektion Schwabing 1924–1927
Mitteilungsblatt der BVP für ihre Vertrauensleute 1929–1932
Mitteilungsblatt der NSDAP-Parteileitung Nr. 1–15 (September 1921–Juni 1922)

- Mitteilungsblatt der Sektion Westend 1926–1928
 Mitteilungsblatt des Kreises München-Nord der NSDAP 1933–1934
 Nationalsozialistische Gemeinde, Jg. 1 (1933)
 NSKK-Mitteilungsblatt, Jg. 1931–1932
 „P-Berichte“ (Politische Berichte) der Polizeidirektion München Nr. 1–80, Januar 1922–April 1924
 Protokollheft bzw. Protokollbuch der Sektion Schwabing 1925–1930
 Protokollbuch der Ortsgruppe Neuhausen 1923
 Reichsschatzmeister. Anordnungen, Anweisungen, Bekanntgaben, Rundschreiben. Bd. I–VII
 Süddeutsche Uhrmacherzeitung, Jahrgänge 1920–1932
 Treu zur Fahne. [Mitteilungsblatt der Münchner BVP] 1924–1931
 Uhrmacherkunst. Verbandszeitung der Deutschen Uhrmacher. Hrsg. vom Zentralverband der Deutschen Uhrmacher e.V. Halle a. d. Saale, Jahrgänge 1929–1932
 Verordnungsblatt NSDAP-Reichsleitung, Jahrgang 1931 (Folge 1–14) und Jahrgang 1932 (Folge 15–38)

3. Mündliche und schriftliche Auskünfte

- Interview mit Josef Staudter, langjähriges Mitglied des „Vereins der Elektro-Installateure“, am 8. 1. 1996.
 Schreiben der Innung Spengler, Sanitär- und Heizungstechnik München vom 22. 12. 1995.
 Interview mit Karl Steiger, langjähriger Münchner Obermeister und Landesinnungsmeister der Schuhmacher-Innung, am 14. 12. 1995.

4. Literatur

Quellenpublikationen

- Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945. Bd. I 1917–1934. Bearbeitet von Ludwig Volk. Mainz 1975.
 Benz, Wolfgang (Hrsg.): Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Stuttgart 1971.
 Ders.: Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932. In: Wolfgang Benz/Immanuel Geiss: Staatsstreich gegen Preußen. 20. Juli 1932. Düsseldorf 1982, S. 9–34.
 Bonnin, Georges: Le putsch de Hitler à Munich en 1923. Les Sables d'Olonne 1966.
 Bry, Carl Christian: Der Hitler-Putsch. Berichte und Kommentare des Deutschland-Korrespondenten (1922–1924) für das „Argentinische Tag- und Wochenblatt“. Hrsg. von Martin Gregor Dellin. Nördlingen 1987.
 Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Hitlerputsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Stuttgart 1962.
 Ders.: Der Aufstieg der NSDAP 1919–1933 in Augenzeugenberichten. Düsseldorf 1968.
 Die Quellen des Münchner Wirtschaftslebens. Untersuchung über die Wirtschaftsverhältnisse der Stadt München und ihre Beziehungen zur allgemeinen Volkswirtschaft. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt München. München 1930.
 Falter, Jürgen/Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. München 1986.
 Führer zum Reichsparteitag der NSDAP zu Nürnberg vom 19. bis 21. August 1927. Hrsg. von Alfred Rosenberg, München 1927.

- [Goebbels, Joseph] Die Tagebücher von Josef Goebbels. Teil II (Diktate 1941–45). Hrsg. von Elke Fröhlich i. A. des Instituts für Zeitgeschichte u. mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands. Bd. 6. München u. a. 1995.
- Heiber, Helmut (Hrsg.): Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten. Stuttgart 21961.
- Der Hitler-Prozess 1924. (3 Bde.) Hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneider. München 1997/1998.
- Hitler, Adolf: Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933. Bd. I. Die Wiedergründung der NSDAP Februar 1925–Juni 1926. Hrsg. von Clemens Vollnhals. München u. a. 1992. Bd. II. (2 Bde.) Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl Juli 1926–Mai 1928. Hrsg. von Bärbel Dusik. München u. a. 1992. Bd. III. (3 Bde.) Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930. Hrsg. von Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitarb. von Christian Hartmann. München u. a. 1994, 1995. Bd. IV. (3 Bde.) Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930–März 1932. Hrsg. von Constantin Goschler und Christian Hartmann. München u. a. 1994, 1996, 1997. Bd. V. (2 Bde.) Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932–Januar 1933. Hrsg. von Klaus A. Lankheit und Christian Hartmann. München 1996, 1998.
- Jäckel, Eberhard/Kuhn, Axel (Hrsg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924. Stuttgart 1980.
- Ludwig Thoma: Sämtliche Beiträge aus dem Miesbacher Anzeiger 1920/21. Hrsg. von Wilhelm Volkert. München und Zürich 1989.
- Münchener Wirtschafts- und Verwaltungs-Blatt. Hrsg. vom Stadtrat München. Nr. 10 (Juli 1926), Nr. 11 (August 1926), Nr. 1/2/3 (Oktober/November/Dezember 1934).
- Nationalsozialistisches Jahrbuch.
- Parteistatistik der NSDAP, Stand 1. Januar 1935. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München o. J.
- Phelps, Reginald H.: Dokumente aus der „Kampfzeit“ der NSDAP 1923. In: Deutsche Rundschau 84 (1958), S. 459–468, 1034–1044.
- Schöner, Hellmuth (Hrsg.): Hitler-Putsch im Spiegel der Presse. Berichte bayerischer, norddeutscher und ausländischer Zeitungen über die Vorgänge im November 1923 in Originalreproduktionen. München 1974.
- Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945. Hrsg. von Dietmar Petzina, Werner Abelshausen und Anselm Faust. München 1978.
- Staat und NSDAP 1930–1932. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Band 3. Düsseldorf 1977.
- Statistisches Handbuch der Hauptstadt der Bewegung für die Jahre 1927 bis 1937. Hrsg. vom Hauptverwaltungsamt und Statistischen Amt München. München 1938.
- Statistisches Handbuch der Stadt München. München 1928.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des bayerischen Landtags 1919–1933.
- Tyrell, Albrecht (Hrsg.): Führer befiehlt. Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf 1969.
- Volkszählung in Bayern 1925. München 1927.
- Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes 1925–1933.

Nachschlagewerke

- Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags. Hrsg. Landtagsamt München. München 1928, 1932, 1933.
- Benz, Wolfgang u. a. (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1997.
- Bosl, Karl (Hrsg.): Bosls Bayerische Biographie. 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten. Regensburg 1983.

- Das Deutsche Führerlexikon. Berlin 1934.
 Der Großdeutsche Reichstag 1938. Berlin 1938.
 Reichstagshandbuch 1925 ff. Berlin 1925 ff.
 Schwarz, Max: MdR. Biographisches Handbuch der deutschen Reichstage. Hannover 1965.
 Stockhorst, Erich: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Velbert/Kettwig 1967.
 Weiß, Hermann: Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt a. M. 1998.
 Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt a. M. 1989.

Biographien, Memoiren und Selbstzeugnisse

- Andersch, Alfred: Die Kirschen der Freiheit. München 1962.
 Bumke, Oswald: Erinnerungen und Betrachtungen. Weg eines deutschen Psychiaters. München 1952.
 Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. Gräfelfing 1953.
 Graf, Oskar Maria: Gelächter von außen. Aus meinem Leben 1918–1933. Nachdruck Frankfurt a. M. 1983.
 Hanfstaengl, Ernst: Zwischen weißem und braunem Haus. Erinnerungen eines politischen Außenseiters. München 1970.
 Hitler, Adolf: Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung. Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung. München 1931.
 Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. München 1959.
 Lüdecke, Kurt G. W.: I Knew Hitler. London 1938.
 Mann, Klaus: Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht. Frankfurt a. M. 1963.
 Mann, Thomas: Tagebücher. Hrsg. von Peter de Mendelsohn. 5 Bde. Frankfurt a. M. 1979–1986.
 May, Otto: Hitler und seine Canaille. Eine Abrechnung. Berlin 1928.
 Müller, Karl Alexander von: Im Wandel einer Welt. Erinnerungen. Bd. 3. 1919–1932. München 1966.
 Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverrätters. München 1928.
 Rossbach, Gerhard: Mein Weg durch die Zeit. Erinnerungen und Bekenntnisse. Weilburg-Lahn 1950.
 Sauerbruch, Ferdinand: Das war mein Leben. Bad Wörishofen 1951.
 Thyssen, Fritz: I Paid Hitler. New York 1941.

Literatur vor 1945

- Blitzlichter über die Nationalsozialisten. Beobachtungen und Feststellungen. Hrsg. vom Generalsekretariat der BVP. München 1932.
 Bouhler, Philipp: Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend. München 1938.
 Feder, Gottfried (Hrsg.): Nationalsozialistische Bibliothek. München 1927 ff.
 Feuchtwanger, Lion: Erfolg. Drei Jahre Geschichte einer Provinz. Berlin 1930.
 Fiehler, Karl: 5 Jahre Nationalsozialistische Gemeindepolitik in München. München 1929.
 Gumbel, Emil J.: Verschwörer: Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalsozialistischen Geheimbünde seit 1918. Wien 1924.
 Hasselbach, Ulrich von: Die Entstehung der NSDAP 1919–1923. Leipzig 1931.
 Heiden, Konrad: Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933. Zürich 1934.

- Heilmeyer, Adolf: Die Stadt Adolf Hitlers. In: Süddeutsche Monatshefte 33 (1935), S. 135 ff.
- Heuss, Theodor: Politik. Ein Nachschlagebuch für Theorie und Praxis. Halberstadt 1927.
- Hiemisch, Max: Die Geschichte der NSDAP Bielefeld. Bielefeld 1933.
- Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal. I. Teil: Januar 1928. II. Teil: Mai 1928. Hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern. München o. J. [anonymer Hrsg. Wilhelm Hoegner].
- Hoffmann, Heinrich (Hrsg.): München. Die Hauptstadt der Bewegung. Diessen am Ammersee 1937.
- Kanzler, Rudolf: Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren. München 1931.
- Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959.
- Leutner, Max: Rund um den Rathausturm. Fünf Jahre Gemeindepolitik. Ein Arbeitsbericht der Bayerischen Volkspartei im Münchner Rathaus. München 1929.
- Nawiasky, Hans: Die Münchner Universitätskrawalle. München 1931.
- Plümer, Friedrich: Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis. München 1925.
- Posse, Ernst: Die politischen Kampfbünde Deutschlands. Berlin 1930.
- Roth, Joseph: Das Spinnennetz (Nachdruck). Frankfurt a. M. 1970.
- Scharnagl, Anton: Völkische Weltanschauung und wir Katholiken. München 1932.
- Scher, Peter/Sinsheimer, Hermann: Was nicht im Baedeker steht. München. München 1928.
- Schlund, Erhard: Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland. München 1924.
- Sebottendorf, Rudolf: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der NS-Bewegung. München 1933.
- Völkische Organisationen. Parteien, Vereine, Verbände, Orden (Deutschvölkischer Katechismus, H. 2). Leipzig 1931.
- Volz, Hans: Daten der Geschichte der NSDAP. Berlin 1934.
- Zöberlein, Hans: München, die Stadt der Bewegung. In: Ludwig Deubner (Hrsg.): München. Die Kunst-Stadt des neuen Reiches (Sonderdruck aus der Heimatzeitschrift „Das Bayernland“). München 1934, S. 29–33.
- Ders.: Der Befehl des Gewissens. Ein Roman von den Wirren der Nachkriegszeit und der ersten Erhebung. München 1937.

Literatur nach 1945

- Ackermann, Konrad: Der Widerstand der Zeitschrift Hochland gegen den Nationalsozialismus. München 1965.
- Adam, Uwe: Die Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972.
- Allen, William S.: The Nazi Seizure of Power. The Experience of a Single German Town 1930–1935. London 1966.
- Altendorfer, Otto: Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945. Passau 1990.
- Anheier, Helmut K./Neidhardt, Friedhelm: Soziographische Entwicklung der NSDAP in München 1925 bis 1930. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 97–104.
- Diess. und Wolfgang Vortkamp: Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchner NSDAP, 1925–1930. In: KZfSS 50 (1998), H. 4, S. 619–643.
- Anschütz, Helga: Die NSDAP in Hamburg. Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930. Hamburg 1956.
- Aretin, Erwein: Fritz Michael Gerlich. Prophet und Märtyrer, sein Kraftquell. München 1983.

- Aretin, Karl Otmar Freiherr von: Der bayerische Adel. Von der Monarchie zum Dritten Reich. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. III. Hrsg. von Martin Broszat u. a., München und Wien 1981, S. 513–568.
- Ders.: Fritz Gerlich. In: Georg Schwaiger (Hrsg.): Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Bd. II. München 1984, S. 157–172.
- Aronson, Shlomo: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD. Stuttgart 1971.
- Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung in München. Aus der Stadtchronik und anderen Quellen. Hrsg. vom Stadtarchiv München. Zusammengestellt von Wolfram Selig. München 1983.
- Auer, Matthias. L.: Laimer Chronik. Eine Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Stadtteils Laim von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bd 1: Chronologische Ausführungen von den Anfängen bis 1981. München 1983.
- Auerbach, Helmut: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft 1919–1923. In: VfZ 25 (1977), S. 1–45.
- Ders.: Vom Trommler zum Führer. Hitler und das nationale Münchner Bürgertum. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991, S. 67–91.
- Ders.: Regionale Wurzeln und Differenzen der NSDAP 1919–1923. In: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 65–85.
- Ay, Karl-Ludwig: Volksstimmung und Volksmeinung als Voraussetzung der Münchener Revolution von 1918. In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München und Wien 1969, S. 345–386.
- Ders.: Von der Räterepublik zur Ordnungszelle Bayern. Die politischen Rahmenbedingungen für den Aufstieg Hitlers in München. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991, S. 9–26.
- Balistier, Thomas: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA. Münster 1989.
- Bauer, Reinhard/Gerstenberg, Günther/Peschel, Wolfgang (Hrsg.): Im Dunst aus Bier, Rauch und Volk. Arbeit und Leben in München 1840 bis 1945. München 1989.
- Bauer, Richard (Hrsg.): Thomas Wimmer und sein München. Eine Stadt im Aufbau. 1948–1968. Zusammengestellt und ausgewählt von Elisabeth Angermair. München 1989.
- Baumgärtner, Raimund: Vom Kaplan zum Ministerialrat. Joseph Roth – eine nationalsozialistische Karriere. In: Politik – Bildung – Religion. Hans Maier zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Theo Stammen u. a. Paderborn 1996, S. 221–34.
- Becker, Winfried: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Bayern. Ein Dokumentarbericht Heinrich Helds aus dem Jahr 1933. In: HJB 112 (1992), S. 412–435.
- Behrend, Hanna: Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921–1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei. Frankfurt a. M. 1981.
- Bender, Oskar: Der „Gerade Weg“ und der Nationalsozialismus. München 1953.
- Bennecke, Heinrich: Hitler und die SA. München 1962.
- Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935. Düsseldorf 1966.
- Bessel, Richard J.: Violence as Propaganda: The Role of the Storm Troopers in the Rise of Nazism. In: Thomas Childers (Hrsg.): The Formation of the Nazi Constituency 1919–1933. London, Sidney 1986, S. 131–146.
- Bleek, Stefan: Das Stadtviertel als Sozialraum. Innerstädtische Mobilität in München 1890 bis 1933. In: Wolfgang Hardtwig/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933. München 1990, S. 217–234.

- Bleistein, Roman (Hrsg.): Rupert Mayer. Leben im Widerspruch: autobiographische Texte, Prozeß vor dem Sondergericht, Reden und Briefe. Frankfurt a.M. 1991.
- Ders.: Abt Alban Schachleiter OSB. Zwischen Kirchentreu und Hitlerkult. In: HJB 115 (1995), S. 170–187.
- Bleuel, Hans Peter/Klinnert, Ernst: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programm – Aktionen 1918–1935. Gütersloh 1967.
- Bocherding, Karl: Münchner Zeitgeschichte 1918–1945. München 1964.
- Böhm, Helmut: Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936). Berlin 1995.
- Böhnke, Wilfried: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Bosl, Karl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München und Wien 1969.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Villingen 1972.
- Ders.: Stufen der Machtergreifung. Köln 1983.
- Ders./Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987.
- Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln 1960.
- Brünche, Ernst Otto: Die NSDAP in Baden 1928–1933. Der Weg zur Macht. In: Thomas Schnabel (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933. Stuttgart u.a. 1982, S. 15–48.
- Brandenburg, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation. Köln 1982.
- Brauer, Gernot/Reinartz, Dirk: Milbertshofen. Ein Portrait aus dem Münchner Norden. München 1991.
- Broszat, Martin: Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/1927. In: VfZ 8 (1960), S. 85–118.
- Ders.: Zur Struktur der NS-Massenbewegung. In: VfZ 31 (1983), S. 52–76.
- Ders.: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik. München 1984.
- Broszat, Martin/Dübber, Ulrich/Hofer, Walter/Möller, Horst u.a.: Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll. Berlin 1983.
- Bruch, Rüdiger von/Müller, Rainer A. (Hrsg.): Erlebte und gelebte Universität. Die Universität München im 19. und 20. Jahrhundert. Pfaffenhofen 1986.
- Brückl, Josef: 1200 Jahre Trudering. Festaussgabe zur zwölfhundertjährigen Wiederkehr der ersten urkundlichen Erwähnung. München 1972.
- Brunner, Claudia: Arbeitslosigkeit in München 1927 bis 1933. Kommunalpolitik in der Krise. München 1992.
- Buchloh, Ingrid: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg. Eine Fallstudie. Duisburg 1980.
- Büttner, Ursula: „Volksgemeinschaft“ oder Heimatbindung: Zentralismus und regionale Eigenständigkeit beim Aufstieg der NSDAP 1925–1933. In: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 87–96.
- Cahill, John J.: The NSDAP and May Day 1923. Confrontation and Aftermath 1923–1927. Cincinnati 1973.
- Cahnmann, Werner J.: Juden in München 1918–1943. In: ZBLG 42 (1979), S. 415 ff.
- Childers, Thomas (Hrsg.): The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany 1919–1933. Chapel Hill 1983.
- Ders.: The Formation of the Nazi Constituency 1919–1933. London und Sidney 1986.
- Christoph, Jürgen: Die politischen Reichsamnestien 1918–1933. Frankfurt a.M. u.a. 1988.

- Dandl, Herbert: Zöberlein. Wegmarken einer Giesinger Nazikarriere. In: Thomas Guttman (Hrsg.): Unter den Dächern von Giesing. Politik und Alltag 1918–1945. München 1993, S. 56–60.
- Ders.: Zwischen Räterepublik und Nazidiktatur oder: Wie Giesing unter die Nationalsozialisten fiel. In: Thomas Guttman (Hrsg.): Unter den Dächern von Giesing. Politik und Alltag 1918–1945. München 1993, S. 9–49.
- Denzler, Georg: „Ein Gebetssturm für den Führer“. Münchens Katholizismus und der Nationalsozialismus. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991, S. 124–153.
- Deschner, Günther: Reinhard Heydrich. Statthalter der totalen Macht. Esslingen 1980.
- Deuerlein, Ernst: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr. In: VfZ 7 (1959), S. 177–227.
- Ders.: Hitler. Eine politische Biographie. München 1969.
- Diehl, James, M.: Paramilitary Politics in Weimar Germany. Bloomington/Indiana 1977.
- Ders.: Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“. Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ (VVVD) 1922–1932. In: VfZ 33 (1985), S. 617–639.
- Domrose, Ortwin: Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röh-putsch. München 1974.
- Donohoe, James: Hitler's Conservative Opponents in Bavaria 1930–1945. Leiden 1961.
- Dornberg, John: Der Hitlerputsch. München, 8. und 9. November 1923. Frankfurt a. M. Berlin 1989.
- Douglas, Donald M.: The Early Ortsgruppen: The Development of National Socialist Local Groups, 1919–1923. University of Kansas 1969.
- Ders.: The Parent Cell; Some Computer Notes on the Composition of the First Nazi Party Group in Munich 1919–21. In: CEH 10 (1977), S. 55–72.
- Dürr, Kajetan: Historische Entwicklung der Münchner Stadtbezirke. München 1991.
- Düwell, Kurt: Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“. In: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 9 (1983), S. 287–344.
- Dupeux, Louis: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategien und Konservative Dynamik. Dt. von Richard Kirchhoff. München 1985.
- Elektroinstallateure. Chronik 1997.
- Empor zum Licht. Arbeitersänger und Arbeitersportler in München vor 1933. Begleitbuch zur Ausstellung vom 11. April – 5. Juni 1987 in der Kassenhalle des Münchner Rathauses. Hrsg. vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München. München 1987.
- Erdmann, Karl D./Schulze, Hagen (Hrsg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Düsseldorf 1980.
- Engelmann, Ralph Max: Dietrich Eckart and the Genesis of Nazism. Washington 1971.
- Euler, Friederike: Theater zwischen Anpassung und Widerstand. Die Münchner Kammer-spiele im Dritten Reich. In: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II. München, Wien 1979, S. 91–174.
- Faatz, Martin: Vom Staatsschutz zum Gestapo-Terror. Politische Polizei in Bayern in der Endphase der Weimarer Republik und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur. Würzburg 1995.
- Falter, Jürgen W.: Die Wähler der NSDAP 1928–1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft. In: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn u. a. 1984, S. 47–59.
- Ders.: Die erste moderne Integrationspartei? Historische Wahlforschung und die Kontroverse um das Wählerpotential der NSDAP. In: FAZ 66 (19. 3. 1986).
- Ders.: Hitlers Wähler. München 1991.
- Ders./Kater, Michael H.: Wähler und Mitglieder der NSDAP. Neue Forschungsergebnisse zur Soziographie des Nationalsozialismus 1925 bis 1933. In: GG 1993, H. 2, S. 155–177.

- Faust, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und NS in der Weimarer Republik. 2 Bde. Düsseldorf 1973.
- Ders.: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33. In: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2 Hochschule und Erwachsenenbildung. Stuttgart 1980, S. 30 ff.
- Feiten, Willi: Der NS-Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Weinheim 1981.
- Felken, Detlef: Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur. München 1988.
- Fenske, Hans: Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918. Bad Homburg u. a. 1969.
- Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. Berlin 1973.
- Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der KfZ-Innung München-Oberbayern und zur Eröffnung des neuen Berufsbildungszentrums des KfZ-Handwerks München. München 1983.
- Fischer, Conan: Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929–1935. London 1983.
- Ders.: Ernst Julius Röhm – Stabschef der SA und unentbehrlicher Außenseiter. In: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt 1989, S. 212–222.
- Flechthelm, Ossip K.: Münchens topographische Bevölkerungsentwicklung im letzten Jahrhundert. Münchener Statistik 1959, H. 11/12, S. 265–277.
- Flemmer, Walter: Verlage in Bayern. Geschichte und Geschichten. Pullach bei München 1974.
- Flood, Charles B.: Hitler. The Path to Power. Boston/Mass. 1989.
- Fogel, Heidi: Nationalsozialismus in der Dreieich. Aufstieg und Herrschaft der NSDAP im heterogen strukturierten Lebens- und Erfahrungsraum des südlichen Frankfurter Umlandes. Darmstadt 1991.
- Franke, Volker: Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt. Essen 1987.
- Franz[-Willing], Georg: Munich. Birthplace and Center of the NSDAP. In: JMH 29 (1957), S. 319–334.
- Ders.: Die Hitlerbewegung. Bd. I. Der Ursprung 1919 bis 1922. Hamburg und Berlin 1962.
- Ders.: Putsch und Verbotzeit der Hitlerbewegung. Oldendorf 1977.
- Franz, Ludwig: Der politische Kampf an den Münchner Hochschulen von 1919 bis 1933 im Spiegel der Presse. München 1949.
- Friebel, Lars: Die NSDAP und die Münchner Kommunalpolitik in der ersten Reichspräsidentenwahl bis zum Verbot der BVP. Unveröffentlichte Magisterarbeit München 1983.
- Gerstenberg, Günther: Freiheit. Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreißiger Jahre. 2 Bde. München 1997.
- Ders.: Eine rote Burg des Proletariats. Das deutsche Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße. München 1997.
- Gilbhard, Hermann: Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz. München 1994.
- Glaser, Peter: Die Kirchenpolitik Kardinal Faulhabers in der Ära des Nationalsozialismus von 1930–1937, dargestellt im Bereich der Erwachsenenbildung. Unveröffentlichte ms. Zulassungsarbeit München 1996.
- Görgen, Peter: Düsseldorf und der Nationalsozialismus. Köln 1968.
- Gorce, Paul M. de la: La prise du pouvoir par Hitler 1928–1933. Paris 1983.
- Gordon, Harold J.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924. München 1978.
- Gordon, Sarah: Hitler, Germans and the Jewish Question. New Jersey 1984.
- Gotto, Klaus/Reppen, Konrad (Hrsg.): Die Katholiken und das Dritte Reich. Mainz ²1983.

- Graml, Hermann: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich. München 1988.
- Greiner, Klaus: Die Münchner Neuesten Nachrichten 1918–1933. In: Die Zwanziger Jahre in München. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Mai bis September 1979. Im Auftrag des Münchner Stadtmuseums hrsg. von Christoph Stölzl. München 1979, S. 29–36.
- Grill, Johnpeter H.: The Nazi Movement in Baden 1920–1945. Chapel Hill 1983.
- Ders.: Local and Regional Studies on National Socialism. A Review. In: JCH 21 (1986), S. 253–294.
- Gritschneider, Otto: Die Akten des Sondergerichts über Stadtpfarrer Dr. Emil Muhler. München 1975.
- Ders.: Ich predige weiter. Pater Rupert Mayer und das Dritte Reich. München 1987.
- Ders.: Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitlerputsch und die bayerische Justiz. München 1990.
- Gruchmann, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933 bis 1945. München 1988.
- Ders.: Hitlers Denkschrift vom 16. Mai 1923. Ein verloren geglaubtes Dokument. In: VfZ 39 (1991), S. 305–328.
- Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich. Paderborn u. a. 1995.
- Guttmann, Thomas (Hrsg.): Unter den Dächern von Giesing. Politik und Alltag 1918–1945. München 1993.
- Hagmann, Meinrad: Der Weg ins Verhängnis. Reichstagswahlergebnisse 1919 bis 1933 besonders aus Bayern. München 1946.
- Hale, Oron J.: Presse in der Zwangsjacke 1933–1945. Düsseldorf 1965.
- Halbrodt, Dirk: Materialien zur Rezeptionsgeschichte der Münchener Revolution und Räte-republik. In: Dirk Halbrodt/Wolfgang Kehr (Hrsg.): München 1919. Bildende Kunst/ Fotografie der Revolutions- und Rätezeit. München 1979, S. 197–262.
- Hallgarten, Georg W. F.: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918–1933. Frankfurt a. M. 1935.
- Hambrecht, Rainer: Der Aufstieg der NSDAP in Mittelfranken und Oberfranken (1925–1933). Nürnberg 1976.
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt a. M. 1967.
- Hamilton, Richard F.: Who Voted for Hitler? Princeton, N. J. 1982.
- Hanke, Peter: Zur Geschichte der Juden in München 1933–1945. München 1967.
- Hanko, Helmut H.: Kommunalpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung“ 1933–1935. Zwischen „revolutionärer“ Umgestaltung und Verwaltungskontinuität. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. III. Hrsg. von Martin Broszat u. a. München, Wien 1981, S. 403–442.
- Ders.: Die nationalsozialistische Machtübernahme im Münchner Rathaus. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 196–201.
- Hanna-Daoud, Thomas: Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung. Köln u. a. 1996.
- Hannover, Heinrich/Hannover-Drück, Elisabeth: Politische Justiz 1918–1933. Hamburg 1977.
- Hanseder, Willi: Von der Reichszeugmeisterei zur McGraw-Kaserne. In: Thomas Guttmann (Hrsg.): Giesing. Vom Dorf zum Stadtteil. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart Giesings und Harlachings. München 1990, S. 181–196.
- Hansen, Eckhard: Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches. Augsburg 1991.
- Hanser, Richard: Prelude to Terror. The Rise of Hitler 1919–1923. London 1971.
- Hartmann, Peter-Claus: Der Hitlerputsch im Urteil der französischen Gesandtschafts- und Botschaftsberichte. In: Francia 5 (1977), S. 453–472.
- Harvolk, Edgar: Eichenzweig und Hakenkreuz. Die Deutsche Akademie in München (1924–1962) und ihre volkskundliche Sektion. München 1990.

- Hauss, Hanns-Jochen: Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. München 1964.
- Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932. Stuttgart 1963.
- Hehl, Ulrich von: Staatsverständnis und Strategie des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 238–253.
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar. München 1968.
- Ders.: Universität unterm Hakenkreuz. Teil I. Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz. München 1991.
- Heilbronner, Oded: The Failure that Succeeded. Nazi Party Activity in a Catholic Region in Germany 1929–1932. In: JCH 27 (1992), S. 531–549.
- Ders.: Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald. In: GG, H. 2 (1993), S. 178–200.
- Ders.: Wohin verschwand der nationalsozialistische Antisemitismus? Zum Charakter des Antisemitismus der NSDAP vor 1933 und seinem Bild in der Geschichtswissenschaft. In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1995. Hrsg. von Julius H. Schoeps/Karl E. Grözinger/Ludger Heid/Gerd Mattenklott. München und Zürich, S. 15–44.
- Heinacher, Peter: Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933). Teil I und II. Flensburg 1986.
- Held, Hans L.: München. München 1950.
- Held, Joseph: Heinrich Held. Ein Leben für Bayern. Regensburg 1958.
- Hennig, Eike/Kieserling, Manfred/Schlegel-Batton, Thomas: Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Zur Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei ländlichen hessischen Kreisen. In: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik. Opladen 1990, S. 293–334.
- Herbst, Ludolf: Das nationalistische Deutschland 1933 – 1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg. Frankfurt a. M. 1996.
- Herzmann, Lewis: DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918–1924. Lincoln 1963.
- Hetzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition. In: Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Grossmann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. III: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. München, Wien 1981, S. 1–234.
- Heusler, Andreas: Pasing im „Dritten Reich“. In: Spuren. Beiträge zur Pasinger Geschichte. Hrsg. von der Geschichtswerkstatt Arbeiten und Leben in Pasing e.V. München 1989, S. 131–178.
- Heyen, Franz J. (Hrsg.): Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier. Boppard 1967.
- Hillmayr, Heinrich: München und die Revolution von 1918/1919. Ein Beitrag zur Strukturanalyse von München am Ende des Ersten Weltkrieges und seiner Funktion bei Entstehung und Ablauf der Revolution. In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München und Wien 1969, S. 453–504.
- Ders.: Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. München 1974.
- Historisches – Aktuelles. Königsplatz-Panorama. Hrsg. vom Bezirksausschuß Maxvorstadt. München 1996.
- Hockerts, Hans Günter: „Hauptstadt der Bewegung“. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 355.
- Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Gütersloh 1967.

- Hofmann, Hans Hubert: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924. München 1961.
- Hollweck, Ludwig: Von Wahnmoching bis zur Traumstadt. München 1969.
- Holtfrenrich, Carl-Ludwig: Die deutsche Inflation 1914–1923. Berlin 1980.
- Holzbach, Heidrun: Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP. Stuttgart 1981.
- Horn, Wolfgang: Regionale Entwicklung des Nationalsozialismus. In: NPL 21 (1976), S. 366–376.
- Ders.: Der Marsch zur Machtergreifung. Die NSDAP bis 1933. Düsseldorf 1980.
- Hoser, Paul: Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Bd. 1 und 2. Frankfurt a. M. 1990.
- Ders.: Der Parteiverlag der NSDAP: Franz Eher Nachf. GmbH. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 137.
- Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. Stuttgart 1984.
- Hürten, Heinz: Deutsche Katholiken 1918–1945. Paderborn 1982.
- Ders.: Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918–1920. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 81–94.
- Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969.
- 100 Jahre Bäcker-Innung München 1884–1984. Hrsg. von der Bäckerinnung München. München 1984.
- 100 Jahre SPD im Münchner Rathaus. Hrsg. von der SPD-Stadtratsfraktion. München 1994.
- „Im Namen des Deutschen Volkes“. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz. Köln 1989.
- Jablonsky, David: The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotszeit 1923–1925. London 1989.
- Jaschke, Hans-Gerd: Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie. Opladen 1982.
- Ders.: Zur politischen Orientierung von Frauen und Frauenverbänden in der Weimarer Republik. In: Detlef Lehnert/Klaus Megerle, (Hrsg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik. Opladen 1990, S. 155 f.
- Jasper, Gotthard: Justiz und Nationalsozialismus. Hannover 1985.
- Jellonnek, Burkhard: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich. Paderborn 1990.
- Joachimsthaler, Anton: Christa Schroeder. Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. München, Wien 1985
- Ders.: Hitlers Eintritt in die Politik und die Anfänge der NSDAP. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 71–82.
- Jochmann, Werner/Büttner, Ursula: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931–1933. Hamburg 1983.
- Jüdisches Leben in München. Lesebuch zur Geschichte des Münchner Alltags. Hrsg. von der Landeshauptstadt München. München 1995.
- Jugendbilder. Lesebuch zur Geschichte des Münchener Alltags. Hrsg. von der Landeshauptstadt München. München 1989.
- Jung, Otmar: Plebiszitärer Durchbruch 1929? Zu Bedeutung von Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan für die NSDAP. In: GG 15 (1989), S. 489–510.
- Kaiser, Klaus: Braunschweiger Presse und NS. Der Aufstieg der NSDAP im Lande Braunschweig im Spiegel der Braunschweiger Tageszeitungen 1930 bis 1933. Braunschweig 1970.

- Kalmer, Georg: Beamtenschaft und Revolution. Eine sozialgeschichtliche Studie über Voraussetzung und Wirklichkeit des Problems. In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München und Wien 1969, S. 201–262.
- Karl, Willibald (Hg): Bogenhausen. Vom bäuerlichen Pfarrdorf zum noblen Stadtteil. München 1992.
- Kater, Michael H.: Zur Soziographie der frühen NSDAP. In: VfZ 19 (1971), S. 124–159.
- Ders.: Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928. Randgruppe zwischen Hitler und Straßer. In: VfZ 22 (1974), 2, S. 148–190.
- Ders.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik. Hamburg 1975.
- Ders.: The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945. Cambridge/Mass. 1983.
- Keinemann, Friedrich: Sieben entscheidende Jahre. Hamm 1928–1935. Ende der Weimarer Republik – Machtergreifung – Gleichschaltung. Bochum 1991.
- Kele, Max: Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor 1919–1933. Chapel Hill 1972.
- Kershaw, Ian: The „Hitler Myth“. Oxford 1989.
- Ders.: Hitler 1889–1936. Stuttgart 1998.
- Keßler, Richard: Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924. Berlin 1971.
- Kieser, Klaus: Das Gärtnerplatztheater in München 1932–1944. Zur Operette im Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. u. a. 1991.
- Kieserling, Manfred: Faschisierung und gesellschaftlicher Wandel. Microanalyse eines nordhessischen Kreises 1928–1935. Wiesbaden 1991.
- Kirschstein, Christine: Merkantiler Futterneid im politischen Gewand. Mit Rassismus gegen die Konkurrenz. In: Münchner Stadtanzeiger 46, Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 18. 11. 1993.
- Kissenkoetter, Udo: Gregor Straßer und die NSDAP. Stuttgart 1978.
- Klee, Ernst: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt a. M. 1985.
- Klein, Adolf: Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933–1945. Köln 1983.
- Kleßmann, Christoph: Hans Frank – Parteijurist und Generalgouverneur in Polen. In: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt 1989, S. 41–51.
- Klinsiek, Dorothea: Die Frau im NS-Staat. Stuttgart 1982.
- Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Düsseldorf und Köln 1982.
- Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie. Hannover 1969.
- Kluge, Paul (Hrsg.): Der Fall Potempa. Dokumentation. In: VfZ 5 (1957), S. 279–297.
- Knesebeck-Gohary, Christine: Nationalistische und völkische Frauenbewegungen im München der Weimarer Jahre. In: Sybille Krafft (Hrsg.): Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden 1900–1950. München 1995, S. 146–165.
- Knauer-Nothhaft, Christl/Kasberger, Erich: Berg am Laim. Von der Hofmark zum Stadtteil Münchens. München 1987.
- Kock, Peter J.: Mit spitzer Feder gegen Hitler. Georg Moenius, ein streitbarer Publizist und Priester. In: Unser Bayern, Heimatbeilage der Bayerischen Staatszeitung 29 (1980), Nr. 10, S. 75.
- Koktanek, Anton M.: Oswald Spengler in seiner Zeit. München 1968.
- Koehl, Robert L: The Black Corps. Structure and Power Struggles of the Nazi SS. Madison/Wisconsin 1983.
- Kolbe, Jürgen: Heller Zauber. Thomas Mann in München, 1894–1933. Berlin 1987.

- Krafft, Sybille (Hrsg.): Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden 1900–1950. München 1995.
- Kral, Herbert: Die Landespolitik der SPD in Bayern von 1924 bis 1933. München 1985.
- Kratzenberg, Volker: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934. Frankfurt a. M. 1987.
- Krause, Thomas: Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP von 1921–1933. Hamburg 1987.
- Kruppa, Bernd: Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928. Berlin 1988.
- Kühling, Karl: Osnabrück 1925–1933. Von der Republik bis zum Dritten Reich. Osnabrück 1963.
- Kuehnelt-Leddihn, Erik R. von: The Bohemian Background of German National Socialism: the DAP, DNSAP and NSDAP. In: *Journal of the History of Ideas* 9 (1948), H. 3, S. 339–371.
- Kühnl, Reinhard: Die nationalsozialistische Linke 1925–1930. Eine Untersuchung über Geschichte, Struktur und Ideologie der Straßer-Gruppe. Meisenheim a. Glan 1966.
- Ders.: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Straßer-Programm von 1925/26. In: *VfZ* 14 (1966), H. 3, S. 317–333.
- Ders.: Zum Funktionswandel der NSDAP von ihrer Gründung bis zur Machtergreifung. In: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 12 (1967), H. 8, S. 802–811.
- Kuhnt, Joachim: Geschichte des Corps Palatia zu München 1813 bis 1987. Hrsg. vom Bund Alter Münchner Pfälzer e.V. 1987. München 1987.
- Kurt, Alfred/Schlander, Otto: Der Kreis Offenbach und das Dritte Reich. Leben und Politik, Verfolgung und Widerstand im Kreisgebiet in den Jahren 1930 bis 1945. Dreieich 1991.
- Lang, Jochen von: Und willst du nicht mein Bruder sein. Der Terror in der Weimarer Republik. Wien und Darmstadt 1989.
- Ders.: Martin Bormann – Hitlers Sekretär. In: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt 1989, S. 1–14.
- Large, David Clay: Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung. München 1998.
- Layton, Roland: The „Völkische Beobachter“ 1925–1933. A Study of the Nazi Party Newspaper in the Kampfzeit. Virginia 1965.
- Ders.: The „Völkische Beobachter“ 1920–1933. The Nazi Party Newspaper in the Weimar era. In: *CEH* 3 (1970), H. 4, S. 353–382.
- Lenman, Robin: Julius Streicher and the Origins of the NSDAP in Nuremberg 1918–1923. In: A.J. Nicholls/E. Matthias (Hrsg.): German Democracy and the Triumph of Hitler. London 1971, S. 129–159.
- Leonhardt, Henrike, „Wir arbeiten auf lange Sicht“. Der Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend auf dem Marsch in den Zweiten Weltkrieg. In: Sybille Krafft (Hrsg.): Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden 1900–1950. München 1995, S. 188–211.
- Leopold, John A.: Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic. New Haven, London 1977.
- Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 56–81.
- Ders.: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966). In: Ders.: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 25–50.
- Lerner, Daniel: The Nazi Elite. Stanford 1951.
- Levine, Herbert S.: Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925–1939. Chicago 1973.
- Lösche, Peter/Walter, Franz: Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu. In: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.): Politische Teilkulturen zwischen

- Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik. Opladen 1990, S. 161–187.
- Loewenstein, Kurt: Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie. In: Werner E. Mosse u. a. (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965, S. 349–404.
- Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923. Hamburg 1970.
- Longerich, Peter: Die Braunen Bataillone. Geschichte der SA. München 1989.
- Lorant, Stefan: Ich war Hitlers Gefangener. Ein Tagebuch 1933. München 1987 (erstmalig London 1935).
- Ludewig, Hans-Ulrich: Nationalsozialismus als Protestbewegung. Machteroberung und Machtstabilisierung in Braunschweig. In: Schicht – Protest – Revolution in Braunschweig 1922 bis 1947/48. Hrsg. Birgit Pollmann. Braunschweig 1995, S. 175 ff.
- Lükemann, Ulf: Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur. Berlin 1963.
- Lutz, Hermann; Fälschungen zur Auslandsfinanzierung Hitlers. In: VfZ 2 (1954), H. 4, S. 386–396.
- MacGee, James H.: The Political Police in Bavaria, 1919–1936. Univ. of Florida 1980.
- Madden, James P.: The Social Composition of the Nazi Party 1919–1930. Oklahoma 1976.
- Ders.: Some Social Characteristics of Early Nazi Party Members 1919–23. In: CEH 14 (1982), S. 34–56.
- Maier, Charles/Hoffmann, Stanley/Gould, Andrew (Hrsg.): The Rise of the Nazi Regime. Historical Reassessments. Boulder, Col. 1986.
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996.
- Mann, Rosemarie: Entstehung und Entwicklung der NSDAP in Marburg bis 1933. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte Bd. 22 (1972), S. 254–342.
- Manns, Haide: Frauen für den Nationalsozialismus. Nationalsozialistische Studentinnen und Akademikerinnen in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Opladen 1997.
- Manstein, Peter: Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung. Frankfurt a. M. u. a. 1990.
- Martens, Stefan: Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „zweiter Mann im Reich“. Paderborn 1985.
- Martin, Thomas: Aspekte der politischen Biographie eines lokalen NS-Funktionärs. Der Fall Christian Weber. In: ZBLG 57, H. 2 (1994), S. 435–484.
- Marwell, David G.: Ernst Hanfstaengl – Des „Führers“ Klavierspieler. In: Ronald Smelser/ Enrico Syring/Rainer Zitlmann (Hrsg.): Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen. Darmstadt 1993, S. 137–149.
- Maser, Werner.: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt a. M. 1965.
- Ders.: Der Sturm auf die Republik. Die Frühgeschichte der NSDAP. Stuttgart 1973.
- Mason, Timothy W.: National Socialist Policies Towards the German Working Class 1925–1939. 2 Bde. Oxford 1971.
- Matzerath, Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart 1970.
- Ders./Turner, Henry A.: Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–32. In: GG, H. 3 (1977), S. 59–92.
- Mauch, Hans-Joachim: Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“. Frankfurt a. M. 1982.
- Maurer, Marion: Freimann, eine Gemeinde im Schatten der Großstadt. München 1985.
- Mayer, Ulrich: Das Eindringen des Nationalsozialismus in die Stadt Wetzlar. Wetzlar 1970.
- McKale, Donald M.: The Nazi Party Courts: Instruments for Establishing Discipline and Unity 1926–1934. Kent State University 1970.
- Ders.: The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement 1921–1945. Lawrence u. a. 1974.

- Mehring, Hartmut: Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Martin Broszat und Hartmut Mehring (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München und Wien 1983, S. 287–432.
- Ders.: Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Martin Broszat und Hartmut Mehring (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München und Wien 1983, S. 1–286.
- Ders.: Alle Räder stehen still? Die Münchner Arbeiterbewegung und der Nationalsozialismus. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991, S. 154–177.
- Memming, Rolf B.: The Bavarian Governmental District Unterfranken and the City Burgstadt 1922–1939. A Study of the National Socialist Movement and Party-State Affairs. Nebraska 1974.
- Mensing, Björn: „Hitler hat eine göttliche Sendung“. Münchens Protestantismus und der Nationalsozialismus. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991, S. 92–123.
- Ders.: Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Göttingen 1998.
- Ders./Prinz, Friedrich: Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991.
- Merkel, Peter H.: Die alten Kämpfer der NSDAP. In: SJfP 2 (1971), S. 495–518.
- Ders.: Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925–1933. In: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1982, S. 422–440.
- Meyer, Gerd: Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 327–342.
- Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn u. a. 1984.
- Miesbeck, Peter: Hitler und München 1913 bis 1918. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 20–24.
- Ders.: Bürgertum und Nationalsozialismus in Rosenheim. Studien zur politischen Tradition. Rosenheim 1994.
- Mitchell, Otho, C.: Hitler Over Germany. The Establishment of the Nazi Dictatorship (1918–1934). Philadelphia 1983.
- Möller, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie. München 1990.
- Ders./Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996.
- Mohler, Arnim: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. Darmstadt 1972.
- Moll, Martin: Der Sturz alter Kämpfer. Ein neuer Zugang zur Herrschaftsanalyse des NS-Regimes. In: HM 5 (1992), S. 1–52.
- Mommsen, Hans: The Breakthrough of National Socialists. In: Michael Laffan (Hrsg.): The Burden of German History 1919–1945. London 1989, S. 107 ff.
- Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Zum 60. Geburtstag hrsg. von Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod. Hamburg 1991.
- Moreau, Patrick: Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten“ und die „Schwarze Front“ Otto Straßers 1930–1935. Stuttgart 1984.

- Morsey, Rudolf: Fritz Gerlich (1883–1934). In: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Hrsg. Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. Bd. 7. Mainz 1994, S. 21–38.
- Mosse, Werner E./Paucker, Arnold (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965.
- Mosse, Werner E.: Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden. In: Ders. u. a. (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965, S. 3–51.
- Mosse, George L.: Die deutsche Rechte und die Juden. In: Werner E. Mosse u. a. (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965, S. 183–246.
- Motzet, Robert: Die Entwicklung der Münchner NSDAP von der Wiederzulassung am 27. Februar bis zur Reichstagswahl am 14. September 1930. Unveröffentlichte Magisterarbeit München 1991.
- Mühlberger, Detlef: The Rise of National Socialism in Westphalia 1920–1933. London 1975.
- Ders.: The Sociology of the NSDAP. The Question of Working-Class Membership. In: JCH 15 (1980), S. 493–511.
- Ders.: Germany. In: Ders. (Hrsg.): The Social Basis of European Fascist Movements. London u. a. 1987, S. 40–139.
- Ders.: Hitlers Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement. London, New York 1991.
- Müller, Gerd: Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der BRD. Tübingen 1978.
- Müller-Funk, Wolfgang: Ein idealer Nährboden für den Nationalsozialismus? Münchens Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg im Spiegel der Literatur. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“. Regensburg 1991, S. 49–66.
- Müller-Rieger, Monika: Westend. Von der Sendlinger Haid' zum Münchner Stadtteil. München 1995.
- München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993.
- Munro, Gregory: Georg Moenius and the „Allgemeine Rundschau“ of Munich 1929–1933. Queensland 1989.
- Neliba, Günther: Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie. Paderborn 1990.
- 1913–1988. 75 Jahre Damenschneider-Innung München. Hrsg. Bekleidungshandwerksinnung München 1988.
- Neville, Joseph B.: Count Ernst Reventlow. Revolutionary Conservatism and the Weimar Republic. Wisconsin 1971.
- Nicholls, Anthony. J.: Weimar and the Rise of Hitler. London 1968.
- Ders.: Hitler and the Bavarian Background to National Socialism. In: Anthony J. Nicholls/Erich Matthias (Hrsg.): German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History. London 1971, S. 99–128.
- Ders./Matthias, Erich: German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History. New York 1971.
- Niedermeier, Augustin: Der Kämpfer für Wahrheit und Recht. Fritz Gerlich, ein Mann des katholischen Widerstands. St. Ottilien 1995.
- Noakes, Jeremy: Conflict and Development in the NSDAP 1924–1927. In: JCH 1 (1966), H. 4, S. 3–36.
- Ders.: The Nazi Party in Lower Saxony 1921 – 1933. London 1971.
- Noller, Sonja: Die Geschichte des „Völkischen Beobachters“ von 1920–1923. München 1956.
- Nußner, Horst: Konservative Wehrverbände in Bayern Preußen und Österreich 1918–1933. München 1973.
- Nußler, E.: Das Münchner Schuhmacher-Handwerk von 1890 bis 1964. In: 700 Jahre Schuh-

- macher-Innung München. Hrsg. von der Schuhmacher-Innung München. München 1990, S. 23–26.
- Nyomarka, Joseph: *Charisma and Factionalism in the Nazi Party*. Minneapolis 1967.
- Ogan, Bernd/Weiß, Wolfgang: *Faszination und Gewalt*. Nürnberg 1992.
- Ohr, Dieter: *Nationalsozialistische Versammlungspropaganda und Wahlerfolg der NSDAP: Eine kausale Beziehung?* In: HSR 22 (1997), Nr. 3/4, S. 106–127.
- Orlow, Dietrich: *The History of the Nazi Party; Bd. 1: 1919–1933*. Newton Abbot 1971 (erstmalig Pittsburg 1969).
- Ders.: Rudolf Heß – „Stellvertreter des Führers“. In: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.): *Die braune Elite. 22 biographische Skizzen*. Darmstadt 1989, S. 84–97.
- Padfield, Peter: *Himmler. Reichsführer SS*. New York 1991.
- Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: *Geschichte der NSDAP 1920–1945*. Köln 1981.
- Paul, Gerhard: *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*. Bonn 1990.
- Petzet, Wolfgang: *Theater. Die Münchner Kammerspiele 1911–1972*. München 1973.
- Peukert, Detlev J. K.: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Moderne*. Frankfurt a.M. 1987.
- Phelps, Reginald: Anton Drexler, der Gründer der NSDAP. In: *Deutsche Rundschau* 87 (1961), H. 12, S. 1134–43.
- Ders.: *Before Hitler Came: Thule Society and Germanen Orden*. In: *JMH* 35 (1963), H. 3, S. 245–261.
- Ders.: *Hitler als Parteiredner im Jahre 1920*. In: *VfZ* 11 (1963), S. 274–330.
- Ders.: *Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei*. In: *AHR* 68 (1963), H. 4, S. 974–986.
- Pingel, Henner: *Das Jahr 1933. NSDAP-Machtergreifung in Darmstadt und im Volksstaat Hessen*. Darmstadt 1978.
- Plewnia, Margarete: *Auf dem Weg zu Hitler: der völkische Publizist Dietrich Eckart*. Bremen 1970.
- Pöhlmann, Barbara: *Heinrich Held als bayerischer Ministerpräsident (1924–1933). Eine Studie zu neun Jahren bayerischer Staatspolitik*. München 1996.
- Poliakov, Léon: *Geschichte des Antisemitismus*. Worms 1977–1989.
- Pommerin, Reiner: *Die Ausweisung von ‚Ostjuden‘ aus Bayern 1923*. In: *VfZ* 3 (1986), S. 311–340.
- Pool, James E./Pool, Suzanne: *Hitlers Wegbereiter zur Macht. Die geheimen deutschen und internationalen Geldquellen, die Hitlers Aufstieg zur Macht ermöglichten*. München 1979.
- Poteet, David C.: *The Nazi Youth Movement 1920–1927*. Georgia 1972.
- Preis, Kurt: *München unterm Hakenkreuz 1933–1945*. München 1989.
- Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.): *Deutschlandwahn und Wirtschaftskrise. Gelsenkirchen auf dem Weg in den Nationalsozialismus*. Essen 1991.
- Pridham, Geoffrey: *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria 1923–1933*. London 1973.
- Prinz, Friedrich: *Münchens geistiges Leben in den Zwanziger Jahren*. In: *Die Zwanziger Jahre in München. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Mai bis September 1979*. Im Auftrag des Münchner Stadtmuseums hrsg. von Christoph Stözl. München 1979, S. 19–28.
- Ders.: *Präludium oder erste Niederlage des Nazismus? Münchens kulturelles Milieu in den Zwanziger Jahren*. In: Björn Mensing/Friedrich Prinz (Hrsg.): *Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der „Hauptstadt der Bewegung“*. Regensburg 1991, S. 27–48.
- Probst, Robert: *Die NSDAP im Bayerischen Landtag 1924–1933*. Frankfurt a.M. 1998.
- Pyta, Wolfram: *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1989.
- Rasehorn, Theo: *Rechtspolitik und Rechtsprechung. Ein Beitrag zur Ideologie der „Dritten Gewalt“*. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Düsseldorf 1987, S. 407–428.

- Rauh-Kühne, Cornelia: Katholisches Sozialmilieu, Region und Nationalsozialismus. In: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 213–234.
- Rehberger, Horst: Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33. Heidelberg 1966.
- Reiche, Eric G.: The Development of the SA in Nuremberg 1922–1934. Delaware 1972.
- Reimann, Joachim: Der politische Liberalismus in der Krise der Revolution. In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München und Wien 1969, S. 165–199.
- Reitlinger, Gerald: The SS. Alibi of a Nation 1922 – 1945. London 1956.
- Richardt, Hans-Günter: Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP. München 1991.
- Ders./Schumann, Klaus: Geheimakte Gerlich/Bell. Röhm's Pläne für ein Reich ohne Hitler. München 1993.
- Riebe, Manfred: Gottfried Feder, Wirtschaftsprogrammatiker Hitlers. Ein biographischer Beitrag zur Vor- und Frühgeschichte des Nationalsozialismus. Erlangen 1971.
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Düsseldorf 1966.
- Ders.: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1992.
- Roloff, Ernst-August: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover 1961.
- Roon, Ger van: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick. München 1987.
- Rosendorfer, Herbert: Die Nacht der Amazonen. Köln 1989.
- Rosenhaft, Eve: Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1929–1933. In: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1982, S. 394–421.
- Roth, Claudia: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. München 1997.
- Ruck, Michael: Bollwerk gegen Hitler? Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus. Köln 1988.
- Ders.: Bibliographie zum Nationalsozialismus. Köln 1995.
- Rudloff, Wilfried: Notjahre – Stadtpolitik in Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise 1914 bis 1933. In: Richard Bauer (Hrsg.): Geschichte der Stadt München. München 1992, S. 336–368.
- Ders.: Zwischen Revolution und Gegenrevolution: München 1918 bis 1920. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 31–36.
- Ders.: Auf dem Weg zum „Hitler-Putsch“: Gegenrevolutionäres Milieu und früher Nationalsozialismus in München. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 97–104.
- Ders.: Stadt und Armut in der Zwischenkriegszeit: Das Beispiel München. In: Oberbayerisches Archiv, Bd. 119. München 1995, S. 305–317.
- Rürup, Reinhard: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft. Göttingen 1975.
- Saage, Richard: Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP in der Weimarer Republik. In: IWK 11 (1975), H. 2, S. 146–177.
- Sabrow, Martin: Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar München 1994.
- Sackett, Robert E.: Popular Entertainment, Class, and Politics in Munich 1900–23. Cambridge 1982.
- Saldern, Adelheid von: Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Nord-

- deutschland (1930–1933). In: Frank Bajohr (Hrsg.): Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hamburg 1993, S. 20–52.
- Sandfuchs, Wilhelm: Pater Rupert Mayer. Verteidiger der Wahrheit, Apostel der Nächstenliebe, Wegbereiter moderner Seelsorge. Würzburg 1981.
- Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975.
- Schäfer, Bernhard: München – Geburtsort und Mittelpunkt der NSDAP. In: Iris Lauterbach (Hrsg.): Bürokratie und Kult: Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Teil 1. München 1995.
- Schäfer, Wolfgang: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches. Hannover u. a. 1956.
- Schäffer, Fritz: Josef Bauer – ein „aufrechter Nationalsozialist“? Politische Biographie des Münchner Stadtschulrats und Vorsitzenden des Bayerischen Lehrervereins im Dritten Reich. Bad Heilbronn 1995.
- Schenk, Dieter: Hitlers Mann in Danzig. Gauleiter Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen. Bonn 2000.
- Schieder, Wolfgang: Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei. In: GG 1993, H. 2, S. 141–154.
- Schildt, Gerhard: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26. Freiburg 1964.
- Schmidt, Klaus F.: Die „NS Briefe“ (1925–1930). Programm, Anschauungen, Tendenzen, Anmerkungen zu innerparteilichen Diskussionen und Richtungskämpfen der NSDAP. In: Paul Kluge zum 60. Geburtstag. Frankfurt a. M. 1968, S. 111–126.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef: Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945. In: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 253–270.
- Schmuhl, Hans-Walter: Philipp Bouhler – Ein Vorreiter des Massenmordes. In: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen. Darmstadt 1993, S. 39–50.
- Schnabel, Thomas: Die NSDAP in Württemberg 1928–1933. Die Schwäche einer regionalen Parteienorganisation. In: Ders. (Hrsg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933. Stuttgart u. a. 1982, S. 49–81.
- Schön, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim 1972.
- Schönhagen, Benigna: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart 1991.
- Schönhoven, Klaus: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932. Düsseldorf 1972.
- Ders.: Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33. In: HZ 224 (1977), S. 340–378.
- Schonbaum, David: Hitler's social revolution. London 1980.
- Schudnagies, Christian: Hans Frank. Aufstieg und Fall des NS-Juristen und Generalgouverneurs. Frankfurt a. M. 1989.
- Schüddekopf, Otto Ernst: Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933. Frankfurt a. M. 1973.
- Schulz, Gerhard: Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Berlin 1975.
- Ders.: Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. II.: Deutschland am Vorabend der großen Krise. Berlin 1987.
- Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917–1933. Berlin 1982.
- Schumann, Klaus: Kommunalpolitik in München zwischen 1918 und 1933. In: Die Zwanziger Jahre in München. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Mai bis September 1979. Im Auftrag des Münchner Stadtmuseums hrsg. von Christoph Stölzl. München 1979, S. 1–18.

- Schuster, Wolfgang: Hitler in München – privat? In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 129.
- Schwabe, Klaus: Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 95–133.
- Schwaiger, Georg (Hrsg.): Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. 2 Bde. München 1984.
- Schwarz, Albert: Die Zeit von 1918 bis 1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates (1918–1920). In: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd. 4: Das neue Bayern 1800–1970, Erster Teilband. München 1974, S. 387–453.
- Ders.: Die Zeit von 1918 bis 1933. Zweiter Teil: Der vom Bürgertum geführte Freistaat in der Weimarer Republik (1920–1933). In: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd. 4: Das neue Bayern 1800–1970, Erster Teilband. München 1974, S. 454–517.
- Schwarz, Jürgen: Deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Freiburg 1962.
- Schwarz, Stefan: Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten. München 1963.
- Schwarzwälder, Herbert: Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933. Bremen 1966.
- Schwarzwälder, Wulf: Der Stellvertreter des Führers. Rudolf Hess. München 1974.
- Schwend, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954.
- Ders.: Die Bayerische Volkspartei. In: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1963.
- Segl, Siegfried: Gräfelting. Vom Bauerndorf zur Gartenstadt im Würmtal. München 1984.
- Seidler, Franz W.: Fritz Todt – Vom Autobahnbauer zum Reichsminister. In: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt 1989, S. 299–312.
- Seiler, Joachim: Statistik des Erzbistums München-Freising in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Georg Schwaiger (Hrsg.): Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Bd. I. München 1984, S. 285–332.
- Shirer, William L.: The Rise and Fall of the Third Reich. London 1960.
- Sidman, Ch. F.: Die Auflagenkurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des NS 1920 bis November 1923. In: VfZ 13 (1965), S. 112–118.
- Smith, Bradley F.: Heinrich Himmler 1900–1926. Sein Weg in den deutschen Faschismus. München 1979.
- Sonnenberger, Franz: Schulgeschichte als Zeitgeschichte. Die Meisterschule für Mode München. In: Mode für Deutschland. 50 Jahre Meisterschule für Mode München 1931–1981. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 27. 2.–20. 4. 1981. Hrsg. vom Münchner Stadtmuseum 1981, S. 7–30.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalsozialismus zwischen 1918 und 1933. München 1968.
- SPD. Hundert Jahre Sozialdemokraten in München. Festschrift des SPD-Unterbezirkes München. München 1969.
- Speckner, Herbert: Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr. Erlangen 1955.
- Spuren. Beiträge zur Pasinger Geschichte. Hrsg. von der Geschichtswerkstatt Arbeiten und Leben in Pasing e.V. München 1989.
- Spuren jüdischen Lebens in Neuhausen. Der Antisemitismus und seine Folgen. Hrsg. von der Geschichtswerkstätte Neuhausen. München 1995.
- Stachura, Peter D.: Nazi Youth in the Weimar Republik. Santa Barbara 1975.

- Ders.: Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928. In: VfZ 28 (1978), S. 68–99.
- Ders.: Gregor Straßer and the Rise of Nazism. London 1983.
- Ders.: (Hrsg.): The Nazi Machtergreifung. London 1983.
- Steger, Bernd: Der Hitlerprozeß und Bayerns Verhältnis zum Reich. In: VfZ 25 (1977), S. 441–466.
- Stein, Peter: Die NS-Gaupresse 1925–1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme. München 1987.
- Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand in Deutschland 1933–1945. Ein historisches Lesebuch. München 1997.
- Steinborn, Peter: Grundlagen und Grundzüge Münchner Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert. München 1968.
- Steiner, Johannes: Gerlich – Naab. Prophetien wider das Dritte Reich. München 1946.
- Steinweis, Alan E.: Weimar Culture and the Rise of National Socialism: The Kampfbund für deutsche Kultur. In: CEH 24 (1991), S. 402–423.
- Stephenson, Jill: The Nazi Organization of Woman. London 1981.
- Stölzl, Christoph (Hrsg.): Die Zwanziger Jahre in München. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Mai bis September 1979. München 1979.
- Strauss, Herbert A./Kampe, Norbert (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt a. M. 1985.
- Striesow, Jan: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922. Bd. 1.2. Frankfurt a. M. 1981.
- Struve, Walter: Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918–1945. Essen 1992.
- Suchy, Barbara: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus. From the First World War to Its Dissolution in 1933. In: Yearbook. Leo Baeck Institut 30 (1985), S. 67–103.
- Süss, Winfried: Über Röhm's angebliche Pläne „für ein Reich ohne Hitler“. In: Historisches Jahrbuch Jg. 115 (1995), S. 486–490.
- Sunnus, Michael: Der NS-Rechtswahrerbund (1928–1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation. Frankfurt a. M. 1990.
- Taylor, Simon: The Rise of Hitler: Revolution and Counter-Revolution in Germany 1918–1933. New York 1983.
- Tenfelde, Klaus: Stadt und Land in Krisenzeiten. München und das Münchener Umland zwischen Revolution und Inflation 1918 bis 1923. In: Wolfgang Hardtwig/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Soziale Räume in der Urbanisierung: Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933. München 1990, S. 37–57.
- Ders.: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert. Bonn 1997.
- Thoss, Bruno: Der Ludendorff-Kreis 1919–1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch. München 1978.
- Tiedemann, Eva-Maria: Die frühe politische Formierung des Antisemitismus. In: Friedrich Prinz/Marita Krauss (Hrsg.): München – Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1886–1912, S. 304–310.
- Toppe, Andreas: Provinzialjustizverwaltung, Richter, Urteilspraxis im Dritten Reich. Zur Geschichte des Oberlandesgerichts München. Unveröffentlichte Magisterarbeit München 1995.
- Tränhard, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems. Düsseldorf 1973.
- Trumpp, Thomas: Franz von Papen, der preussisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preussen. Marburg 1963.
- Turner, Henry A.: Die Großindustrie und der Aufstieg Hitlers. Berlin 1985.

- Tyrell, Albrecht: Vom Trommler zum Führer. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP. München 1975.
- Ullbricht, Justus H.: Völkische Publizistik in München. Verleger, Verlage und Zeitschriften im Vorfeld des Nationalsozialismus. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 131–137.
- Unterföhring 1180–1980. Hrsg. von der Gemeinde Unterföhring. Unterföhring 1980.
- Verdunkeltes München. Geschichtswettbewerb 1985/1986: Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, ihr Ende und ihre Folgen. Hrsg. von der Landeshauptstadt München. Buchendorf 1987.
- Vogel, Wieland: Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik. Mainz 1989.
- Vogelsang, Thilo: Die Reichswehr in Bayern und der Münchner Putsch 1923. Dokumentation. In: VfZ 5 (1957), S. 91–101.
- Ders.: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932. Stuttgart 1962.
- Vogelsang, Wolfgang (Hrsg.): Obermenzing. Geschichte und Geschichten. München 1988.
- Vogt, Martin: Zur Finanzierung der NSDAP zwischen 1924 und 1928. In: GWU, H. 21 (1970), S. 234–243.
- Ders.: Parteien in der Weimarer Republik. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 134–157.
- Volk, Ludwig: Der Bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930–1934. Mainz 1965.
- Ders.: Bayern im NS-Staat 1933 bis 1945. In: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd. 4. Das neue Bayern 1800–1970, Erster Teilband. München 1974, S. 518–537.
- Volkov, Shulamit: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays. München 1990.
- Vollnhals, Clemens: Der Aufstieg der NSDAP in München 1925 bis 1933: Förderer und Gegner. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 157–165.
- Wagner, Johannes V.: Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und NS-Alltag in einer Revierstadt. Bochum 1983.
- Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik. Bonn 1999.
- Watt, Donald: Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270–280.
- Weber, Reinhard: „Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit“. Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924. In: VfZ 42 (1994), S. 129–150.
- Weidisch, Peter: Die Machtergreifung in Würzburg 1933. Würzburg 1993.
- Ders.: München, Parteizentrale und Reichsleitung der NSDAP. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 259–272.
- Weisbrod, Bernd: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen beiden Weltkriegen. In: GWU 43 (1992), S. 391–404.
- Weiss, John: Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich. Hamburg 1997.
- Weiß, Otto: Religion, Kirche, Staat und Nation während der Weimarer Zeit im Spiegel der Zeitschrift „Seele“ von Dr. Alois Wurm. In: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte, Bd. 34. München 1982, S. 38–54.
- Weisz, Christoph: Die Revolution von 1918 im historischen und politischen Denken Mün-

- chener Historiker der Weimarer Zeit (Konrad Beyerle, Max Buchner, Michael Doeberl, Erich Marcks, Karl Alexander von Müller, Hermann Oncken). In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München und Wien 1969, S. 535–578.
- Wenisch, Siegfried (Hrsg.): Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchives München. 17. 9.–8. 11. 1996. München 1996.
- Werner, Andreas: SA und NSDAP. SA: „Wehrverband“, „Parteitruppe“ oder „Revolutionsarmee“. Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920 bis 1933. Erlangen 1964.
- Wernette, Dee R.: Political Violence and German Elections: 1930 and July 1932. University of Michigan 1974.
- Weyerer, Benedikt: München 1919–1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. München 1993.
- Whetten-Indra, Gabriele: Literarisches Leben in München 1918–1933. In: Die Zwanziger Jahre in München. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Mai bis September 1979. Im Auftrag des Münchner Stadtmuseums hrsg. von Christoph Stölzl. München 1979, S. 37–52.
- Widmann, Gerhard: Entwicklung der Wahlergebnisse in München zwischen 1919 und 1933/38. Unveröffentlichte Arbeit (anlässlich des Hauptseminars „München und der Nationalsozialismus“, Ludwig-Maximilians-Universität im WS 1991/1992). München 1992.
- Ders.: 35 Prozent für den „Völkischen Block“. Hitlers gescheiterter Putschversuch und der folgende Prozeß als Propaganda-Plattform. In: Süddeutsche Zeitung 78 (06. 04. 1994).
- Wiesemann, Falk: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33. München 1975.
- Wilhelm, Hermann: Nationalsozialismus im Münchner Osten 1919–1945. München 1980.
- Ders.: Haidhausen. Münchner Vorstadt im Lauf der Zeit. München 1985.
- Ders.: Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921. Fulda 1989.
- Winkel, Harald: Wirtschaft im Aufbruch. Der Wirtschaftsraum München-Oberbayern und seine Industrie- und Handelskammer im Wandel der Zeit. München 1990.
- Winkler, Heinrich A.: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik. Köln 1972.
- Ders.: Von der Revolution bis zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin 1984.
- Ders.: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 21995.
- Wirsching, Andreas: Nationalsozialismus in der Region: Tendenzen der Forschung und methodische Probleme. In: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 25–46.
- Witetschek, Helmut: Die katholische Kirche seit 1800. In: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4. Das neue Bayern 1800–1970, Zweiter Teilbd. München 1975, S. 914–945.
- Witt, Thomas E.: The Nazi Party and Social Welfare 1919–1939. Virginia 1972.
- Wittmann, Reinhard: Hundert Jahre Buchkultur in München. München 1993.
- Wörtz, Ulrich: Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Straßer-Kreises in der NSDAP. Erlangen 1966.
- Wortmann, Michael: Baldur von Schirach – Studentenfürher, Hitlerjugendführer, Gauleiter von Wien. In: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt 1989, S. 246–257.
- Wykes, Alan: Reichsführer SS Himmler. Übers. von Wulf Bergner. Rastatt 1981.
- Zeender, John K.: The German Catholics and the Presidential Election of 1925. In: JMH 35 (1963), S. 366–381.

- Ziegler, Herbert: *Nazi Germany's New Aristocracy. The SS Leadership 1925–1939*. Princeton 1989.
- Ziegler, Walter: München als politisches Zentrum Bayerns: Regierungssitz und Gauhauptstadt. In: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Oktober 1993–März 1994. Hrsg. vom Stadtmuseum München. München 1993, S. 212–218.
- Ders.: Die Nationalsozialistischen Gauleiter in Bayern. Ein Beitrag zur Geschichte Bayerns im Dritten Reich. In: ZBLG 58 (1995), S. 427–460.
- Zimmermann-Buhr, Bernhard: *Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in den Jahren 1930–1933*. Frankfurt a. M. und New York 1982.
- Zittel, Bernhard: Dr. Fritz Michael Gerlich. Ein Märtyrer für die Wahrheit. In: *Der Mönch im Wappen*. Aus Geschichte und Gegenwart des katholischen München. München 1960, S. 521–532.
- Zofka, Zdenek: *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936*. München 1979.
- Zorn, Wolfgang: *Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806–1933*. München 1962.
- Zum Beispiel Neuhausen 1918–1933. Die nationalsozialistische „Kampfzeit“ in einem Stadtteil der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“. Hrsg. Geschichtswerkstätte Neuhausen. München 1993.
- Die Zwanziger Jahre in München*. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum Mai bis September 1979. Im Auftrag des Münchner Stadtmuseums hrsg. von Christoph Stölzl. München 1979.
- Zweck, Erich: *Die NSDAP in Regensburg von 1922–1933*. Regensburg 1984.

Personenregister

Auf die Aufnahme von Verfassern wissenschaftlicher Arbeiten sowie des Namens Hitler wurde verzichtet. Personen, die in den Anmerkungen genannt werden, sowie reine Institutionenbezeichnungen, z. B. „Kaeßkompagnie“, Firmennamen und Personen die nur als Amtstitel genannt werden, wurden ebenfalls nicht erfasst.

- Adalbert, Prinz von Bayern 447
Adam, Franz 280
Aigner, Anton 338, 358, 451
Alfons, Prinz von Bayern 447
Alletter, Hugo 170, 178
Amann, Joseph 266
Amann, Max 43, 96, 103, 109, 143, 190, 191, 193, 194, 196, 342, 385, 386, 450, 476, 497, 511, 512, 513, 514, 525, 526,
Armbrüster, Herbert 304
Astel, Karl 414, 416
Aumeier, Georg 98
- Bachleitner, Franz 304
Barmer 129
Basil, Fritz 178, 294
Bauer, Daniel 319
Bauer, Hermann 348
Bauer, Josef 96, 132, 170, 212, 243, 272, 282, 283, 327, 358, 526
Baumann 284
Baumgartner, Alfons 390
Baumgärtner, Max 174
Baur, Karl 42
Bayrhammer, Max 294
Bebel, August 447
Becher, Theodor 136
Bechstein, Carl 131
Bechstein, Helene 131
Beethoven, Ludwig van 293, 328
Behn Fritz 136
Bell, Georg 384
Berchem, Otto von 177
Berchtold, Josef 35, 98, 125
Bergemann, Walter 160, 201
Berkelmann, Theodor 399
Blank, Leonhard 340, 342
Blunck, Hans Friedrich 43
Boepple, Ernst 43
Böhm, Hermann 414, 416
Bormann, Martin 385
Born, Rudolf 127
Bouhler, Philipp 95, 108, 114, 116, 119, 139, 187, 188, 189, 190, 191, 196, 199, 203, 225, 266, 385
- Bracher, Joseph 319
Brack, Agnes 271, 302
Brack, Viktor 265
Brahms, Johannes 328
Braun, Eva 515
Braun, Otto 548
Brem, Beppo 293, 319, 320
Bruckmann, Elsa 131, 136
Bruckmann, Hugo 42, 136, 450, 478
Bruckner, Anton 280
Brückner, Wilhelm 179, 186, 289, 398, 401
Brüning, Heinrich 352, 353, 448
Buch, Walter 118, 127, 161, 333, 384, 385
Buchner, Hans 449
Buckeley, August 511, 527
Büchner, Richard 97
Bürckel, Joseph 113
Bumke, Oswald 49, 385, 445
Busseck von 413
Buttmann, Rudolf 45, 105, 119, 136, 151, 175, 179, 185, 206, 281, 319, 347, 358, 512, 516
- Calker, Geheimrat von 445
Cornelius, Carl 136
- Danneberg, Emil 175
Danzeisen, Emil 384
Darré, Richard Walther 95, 311, 317
Daub, Ludwig 125
Dauser, Hans 129, 179, 358, 387
Dickel, Otto 192
Dietl, Hans 98
Dietl, Otto 335
Dietrich, Hans 129, 381, 402, 432
Dietrich, Otto 289
Dinter, Arthur 69, 105, 192, 204
Dörfler, Theodor 171, 174
Dörnhöffer, Friedrich 136
Dötsch, Matthäus 96, 242, 388, 389
D'Ormesson, Wladimir Graf von 546

- Draken, Paul 390
 Drexler, Anton 105, 170, 171, 172, 173, 174, 185
 Du Moulin-Eckart, Karl Leon Graf von 253, 254, 384, 388, 407
 Duesterberg, Theodor 177, 344, 550

 Eberstein, Friedrich Karl Freiherr von 399, 400, 405
 Ebert, Friedrich 139, 447
 Ebrecht 317
 Eckart, Dietrich 42, 43
 Edelmann 185
 Eggers, Karl 26, 184, 188, 198, 199, 391
 Eichinger, Friedrich 380
 Ekkehard 320
 Ellendt, Andrea 410
 Ellersiek, Kurt 330
 Emmer, Franz 128
 Epp, Franz Xaver Ritter von 136, 138, 178, 180, 224, 225, 401
 Erzberger, Matthias 73
 Escherich, Karl Leopold 282, 444, 445
 Esser, Hermann 85, 89, 103, 105, 108, 109, 113, 115, 118, 120, 143, 145, 166, 170, 172, 174, 184, 185, 188, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 204, 206, 208, 284, 358, 377, 392, 406, 411, 414, 511, 512, 513, 514, 522, 525
 Esterhammer, Hans 286
 Etzel, Richard 257, 386, 450, 451

 Falkner 408, 409
 Faulhaber, Karl 452
 Faulhaber, Michael von 50, 51, 52, 54, 55, 360, 362
 Feder, Gottfried 105, 279, 311, 317
 Feeser, Friedrich 284
 Fegelein, Hans 260
 Fehr, Josef 257
 Feuchtwanger, Lion 13
 Fiehler, Heinz Werner 389
 Fiehler, Karl 19, 95, 117, 118, 155, 179, 206, 208, 218, 219, 337, 389, 412, 511, 512, 513, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 525, 526, 527
 Fobke, Hermann 193
 Fraenkel, Siegmund 35, 411
 Frank, Bruno 31
 Frank, Hans 137, 296, 310, 317, 406, 424, 445, 482
 Franke, Heinz 242, 311
 Frauendorfer, Max 253
 Frey, Kurt 267, 371, 376, 377, 406
 Frick, Wilhelm 56, 105, 169, 331, 377, 414, 525, 543

 Friesen, Friedrich 293
 Frisch, Karl von 445
 Frühauf, Ludwig 170, 171
 Fuchs, Josef 511, 527

 George, Stefan 22
 Gerke, Achim 417
 Gerlich, Fritz Michael 54, 361
 Geßler 472
 Glaser, Alexander 171
 Gleixner, Sebastian 341, 358, 436, 437
 Goebbels, Joseph 56, 68, 85, 100, 115, 167, 186, 194, 201, 317, 341, 347, 353, 363, 370, 385, 412
 Goetsch, Wilhelm 446
 Goldenberger, Franz Xaver 444
 Gonnermann 199
 Göring, Hermann 178, 317, 330, 347, 370, 378
 Graf, Oskar Maria 13
 Graf, Ulrich 103, 118, 196, 511, 514
 Grapp, Paul 387
 Grimm, Hans 43
 Grimminger, Jakob 235, 511, 514, 515, 525, 526
 Gröble, Adolf 293
 Groeber, Hermann 136
 Grosse, Ernst 449
 Grüner, Philipp 390
 Grzesinski, Albert 397
 Gumbel, Emil 330
 Günther, Hans 293
 Gürtner, Franz 75, 102, 447
 Guttenberg, Enoch von 448

 Haller von Hallerstein, Kurt 386
 Hanfstaengl, Erna 131
 Hanfstaengl, Ernst 131, 197
 Hanfstaengl, Franz 478
 Hanfstaengl, Helene 131
 Harbauer, Max 192, 196, 257
 Hartmann 242
 Hartmann, Otto 97, 388
 Haselmayer, Anton 412
 Haselmayer, Friedrich 138, 284
 Hatz, Leopold 338, 453
 Haushofer, Karl 445
 Heiden, Erhard 35, 98, 125
 Heidenreich, Joseph 314, 484
 Heim, Georg 72, 361
 Heimburg 284
 Heinemann, Bruno 84, 95, 108, 117, 118, 119, 121, 176, 195, 205
 Heines, Edmund 96, 97, 123, 127, 132, 159,

- 160, 161, 163, 201, 224, 241, 299, 347, 390, 392, 396
- Held, Heinrich 29, 31, 56, 102, 103, 359, 360, 399, 548
- Hellmuth, Otto 257
- Helmut, Wilhelm 319
- Heß, Rudolf 95, 103, 109, 178, 189, 202, 204, 284, 333, 381
- Heydrich, Reinhard 262, 263, 264
- Hierl, Konstantin 138, 179, 224, 238, 284
- Hildebrandt, H. 409
- Hilpert, Hans 45, 348
- Himmler, Heinrich 98, 100, 115, 116, 117, 119, 125, 127, 129, 149, 151, 161, 162, 167, 181, 203, 204, 231, 242, 262, 284, 320, 381, 402
- Hindenburg, Paul von 140, 321, 331, 340, 353, 357, 366, 417, 455, 550
- Hirschmann, Georg 163, 302, 468
- Hofer, Georg 259, 264
- Hoffmann, Heinrich 110, 143, 511, 514, 515, 525, 526
- Hoffmann, Hermine 131
- Hoffmann, Phillipp 285
- Höflich, Heinrich 380
- Höhmann, Heinrich 98
- Holz, Karl 411, 414
- Holzner, Kaspar 266
- Holzschuher, Wilhelm von 333
- Holzwarth, Wilhelm 170
- Hoover, Herbert 351, 402
- Horlacher, Michael 31
- Hörmann, Bernhard 99
- Horninger 262
- Huber, Johann C. 313
- Hugenberg, Alfred 349, 367, 508
- Hühnlein, Adolf 97, 284
- Hustert, Hans 98
- Jakob, Johann 313
- Jarres, Karl 140, 548
- Johst, Hanns 43, 292
- Kahr, Gustav von 32, 56, 174, 407, 447
- Katzmann, Ernst 288
- Kaufmann, Adolf 523
- Kilger, Franz 282
- Klagges, Dietrich 136
- Klein, Emil 133, 255, 257, 318, 324, 327, 386, 387
- Klein, Eugen 285
- Knilling, Eugen von 56
- Koch, Julius 57
- Köglmaier, Max 303
- Kolbenheyer, Erwin Guido 43
- Koller, Babette 271, 272, 299, 300
- Konnersreuth, Therese von 54
- König, Erich 315
- Körner, Oskar 84, 485
- Kottmayr, Hans 301
- Krauß, Friedrich von 97, 178
- Krenek 525
- Kriebel, Hermann 105
- Kropp 178
- Kube, Wilhelm 225, 347
- Kuchenreuther, Johann 474
- Kühme, Kurt 245
- Kühner, Max 348
- Künsberg, Eberhard von 410
- Künstle 451
- Kurz, Max 134, 135, 200
- Kürzl, Albert 314
- Kyfer, Hans 280
- Lambert, Hermann 50, 136
- Landau, Paul 70
- Landgraf 207
- Landgraf, Willi 319
- Lang 272
- Lange, Georg 136
- Langen, Albert 43
- Langenfaß, Friedrich 50
- Lehmann, Julius Friedrich 42, 43, 136, 348, 385, 478
- Lenk, Gustav 131, 132
- Lenz, Hermann von 348
- Lerchenfeld, Hugo von 56
- Ley, Robert 273
- Liebenstein, Adalbert 385
- Lienau, Walter 99, 278, 333
- List, Max 380, 390
- Litzmann, Karl von 350
- Löffelholz, Freiherr von 284
- Loritz, Alfred 339
- Ludendorff, Erich 33, 42, 43, 102, 104, 105, 107, 131, 137, 139, 140, 141, 170, 174, 175, 176, 178, 180, 185, 227, 548
- Ludwig Ferdinand, Prinz von Bayern 447
- Ludwig I., König von Bayern 14, 84
- Luxburg, Heinrich Graf von 136
- Mair, Barbara 272, 273, 282
- Malzer, Josef 98
- Mann, Thomas 13, 22, 31, 264
- Mantel, Karl 57
- Marx, Heinrich 340, 550
- Marx, Hugo 340
- Mauerer, Georg 414

- Maurenbrecher, Bertold 408
 May, Otto 84, 90, 95, 109, 115, 118, 121,
 139, 143, 172, 174, 184, 186, 187, 188, 189,
 190, 191, 192, 193, 194, 195, 197, 198, 200,
 203, 204, 206, 207, 476, 532
 Mayer, Rupert 52
 Mayr, Karl 318
 Meyer 75
 Meyr, Erwin 184, 189, 191, 196, 511
 Moenius, Georg 53
 Motz, Karl 331
 Muckermann, Friedrich 53
 Muhler, Emil 52
 Müller, Adolf 313, 342
 Müller, Bernhard 386
 Müller, Georg 43
 Müller, Karl Alexander von 445
 Münchmeyer, Ludwig 414
 Murr, Richard 98
 Mussolini, Benito 293
 Muth, Carl 53

 Nawiasky, Hans 329, 331, 332, 351, 398,
 402, 407, 408, 409, 410, 425
 Neeße, Gottfried 408, 409, 410
 Nero (römischer Kaiser) 55
 Neunzert, Max 180
 Nippold, Otto 75, 97, 245, 324, 329, 380,
 385, 388, 389, 474
 Nortz, Eduard 56
 Nötges, Jakob 53

 Oberbriller 516
 Oestreicher, Ludwig 449
 Ostberg, Karl 70, 74, 118, 151, 162, 191,
 198, 209, 321, 322, 413, 414, 416
 Ostermayer, Peter 316, 478
 Otto, Walter 348

 Papen, Franz von 76, 339, 349, 359, 360,
 366, 367, 372
 Pfaffenzeller, Wilhelm 170, 171
 Pfeffer, Franz von 123, 149, 158, 247, 324,
 381
 Pietzsch, Albert 95, 478
 Pilatus (römischer Statthalter) 56
 Plümer, Friedrich 116, 172, 173, 175
 Podlich, Hellmut 134
 Pöhner, Ernst 32, 56, 102
 Pöschl, Hans 184, 187, 188, 189
 Prühhäußler, Karl 311

 Rabe, Erna 319
 Raecke, Horst 133

 Rauscher, Hanns 96, 158, 159, 160, 161,
 165, 201, 242, 244
 Rauschopf, Ludwig 382
 Reck, Theobald Freiherr von 388
 Rehm, Albert 331
 Rehm, Harald 331, 410
 Reichinger, Franz Xaver 97
 Reinhardt, Fritz 100, 116, 124, 231, 233,
 235, 308, 311, 346, 470, 517
 Reinhardt, Max 524
 Reiter, Walter Maria 137
 Reizenstein, Baron von 179
 Renteln, Adrian von 259, 288
 Reventlow, Ernst Graf zu 104, 225
 Riederer, Jakob 128
 Riedl, Karl 326
 Rieger, Kreszenz 300
 Rienhardt, Rolf 387
 Rieste, Herbert 97, 253, 254, 289, 382
 Rohde, Robert 156
 Röhm, Ernst 41, 97, 104, 105, 107, 137, 138,
 147, 178, 180, 184, 186, 248, 249, 251, 253,
 254, 265, 284, 351, 352, 370, 373, 381, 382,
 383, 384, 385, 388, 390, 398, 400, 405, 432,
 491, 544
 Röhr, Johann 158
 Roos, Josef 338, 451
 Rösch, Otto 179, 284
 Rosenberg, Alfred 105, 136, 172, 191, 193,
 201, 279, 310, 311
 Rosenwink, Alois 125
 Rosikat, Erich 91
 Rossa 122
 Rossbach, Gerhard 132, 156, 176, 320
 Roth, Joseph 171
 Rothenhäusler, Anton 387
 Rottenberger, Adolf 127, 128
 Rottger 275
 Rühle, Gerd 134
 Rupprecht, Kronprinz von Bayern 140, 348

 Sälzle, Max 288, 294
 Sauerbruch, Ferdinand 49
 Schäffer, Fritz 44, 57
 Scharnagl, Karl 19, 29, 44, 321, 514, 523
 Schaub, Julius 525
 Scheidemann, Philipp 447
 Schemm, Hans 282, 283, 310, 347
 Scherbauer, Fritz 204
 Scheuring, Ludwig 446
 Schiedermaier, Otto 188
 Schirach, Baldur von 99, 134, 135, 136, 200,
 201, 202, 203, 277, 278, 284, 329, 330, 331,
 332, 333, 386, 407

- Schleich, Eduard von 265, 266
Schlund, Erhard 53
Schmalschläger, Benedikt von 265, 266
Schmidt, Max Josef 314
Schmitt, Walther 203
Schneider, Hermann 95, 108, 118, 119, 160
Schneidhuber, August 382, 433
Schraut, Rudolf 235
Schreck, Julius 98, 125
Schreiber, Georg 313
Schulz, Paul 95, 384, 385
Schumann 244
Schüssler, Rudolf 185
Schwarz, Franz Xaver 95, 108, 119, 187,
189, 190, 195, 198, 203, 205, 212, 241, 289,
384, 385, 428, 429, 461, 462, 465, 476, 493,
494, 511, 512, 513, 526
Schwerin, Karl Graf von 399
Schweyer, Franz 31
Seidenschwang, Georg 158, 160, 161, 162,
164
Seidl, Egon Georg 314
Seidler, Alarich 298
Seldte, Franz 447
Sergl, Georg 112
Sesselmann, Marc 170, 171
Seydlitz, Gertrud von 131
Siry 284
Soden-Fraunhofen, Joseph Maria Graf von
348
Spengler, Oswald 22
Sprenger, Jakob 269
Spreti, Graf von 399
Springer, Karl 75, 404
Stang, Georg 54
Stark, Georg 316
Stark, Johannes 361
Stegmann, Wilhelm 371
Stennes, Walter 76, 324, 351, 381, 382, 393,
449, 503
Stiegeler, Hans 313
Stiegler, Ludwig 478
Stierhof-Schultes, Rosa 271, 273
Stöhr 225, 266
Stolberg-Wernigerode, Graf von 445
Stolzing-Cerny, Josef 69, 284, 293, 318
Straßer, Gregor 85, 96, 100, 105, 111, 113,
115, 117, 186, 194, 231, 233, 238, 239, 242,
269, 272, 273, 274, 276, 278, 296, 311, 317,
347, 363, 366, 367, 370, 371, 384, 387, 414,
512, 516
Straßer, Otto 383, 449
Strauss, Rudolf 76, 298, 400
Strebel, Fritz 338
Streicher, Julius 70, 71, 72, 89, 92, 103, 104,
105, 108, 109, 113, 170, 172, 192, 193, 194,
204, 238, 311, 401, 405, 411, 414, 424
Stresemann, Gustav 401
Studentkowsky 473
Sturm, Georg 285, 286, 287, 288, 334, 335,
336, 338, 385, 386, 450
Stützel, Karl 57, 60, 63, 67, 72, 73, 101, 404,
533
Summer, Sepp 293, 294
Tempel, Karl 327
Tempel, Wilhelm 134, 135, 136, 200, 201,
202, 277
Thälmann, Ernst 358, 548, 550
Thoma, Ludwig 33
Thüngen, Hildolf von 170, 178, 224
Tirpitz, Alfred von 229, 348
Traub, Gottfried 348
Uhlfelder, Max 335, 400, 417
Vogt 145
Vossler, Karl 48
Wagener, Otto Wilhelm 338
Wagner, Adolf 13, 19, 68, 73, 78, 90, 91,
231, 232, 233, 236, 242, 272, 280, 283, 288,
299, 314, 323, 325, 339, 341, 347, 349, 353,
356, 357, 358, 364, 366, 367, 369, 379, 372,
374, 376, 377, 386, 387, 388, 389, 392, 397,
398, 399, 400, 401, 403, 404, 406, 422, 431,
433, 437, 448, 450, 461, 477, 512, 532, 536,
545
Wagner, Gerhard 99
Wagner, Richard 280, 293
Wahl, Karl 107
Waldeck und Pyrmont, Josias Prinz zu 399
Walter, Franz 184, 198
Weber, Alfons 201, 206
Weber, Carl-Maria von 293, 328
Weber, Christian 103, 184, 189, 190, 191,
195, 196, 197, 245, 511, 512, 513, 514, 525
Weickert, Paul 98
Weisheitinger, Ferdinand (Weiß Ferdl) 293
Weiß, Wilhelm 178, 179, 224, 311
Weisskopf, Hermann 282
Wening-Brem, Marga 319
Wenzl, Karl 96, 242
Werlin, Jakob 478
Wessel, Horst 324
Wilhelm August, Prinz von Preußen 350
Willstätter, Richard 49
Winter 550

- Wirtz, Johann 324
Wolf, Theodor 9
Woltereck, Ernst 94, 120, 121, 123, 128,
145, 152, 154, 155, 184, 185, 189, 192, 196,
197, 198, 204, 205, 206, 220, 412, 462, 469,
485, 532
Wurm, Alois 53
- Xylander, Robert von 45
Xylander, Rudolf von 348, 366
- Zander, Elsbeth 130, 131, 271, 272, 273, 274
Zaske, Berta 273
Zetlmeier 72
Ziegler, Franz 452
Zöberlein, Hans 79, 89, 97, 127, 148, 149,
162, 164, 165, 182, 205, 396, 526

